Begründung

Gliederung

1. EINFÜHRUNG UND ALLGEMEINE, THEMENÜBERGREIFENDE BEGRÜNDUNGEN 5

2. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: GESAMTRÄUMLICHE RAUMSTRUKTURELLE ASPEKTE 6

2.1 ZENTRALÖRTLICHE GLIEDERUNG UND REGIONALE RAUMSTRUKTUR 6
2.2 KULTURLANDSCHAFT 7
2.3 KLIMA UND KLIMAWANDEL 19
2.3.1 KLIMASCHUTZ UND KLIMAANPASSUNG 19
2.3.2 KLIMAÖKOLOGISCHE AUSGLEICHSRÄUME 20

3. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: SIEDLUNGSSTRUKTUR 22

3.1 FESTLEGUNGEN FÜR DEN GESAMTEN SIEDLUNGSRAUM 22
3.1.1 SIEDLUNGSBEREICHE ENTWICKELN, FREIRAUM SCHÜTZEN 22
3.1.2 VERANTWORTUNGSVOLLE FLÄCHENINANSPRUCHNAHME 35
3.2 ALLGEMEINE SIEDLUNGSBEREICHE 40
3.2.1 NACHHALTIGES WACHSEN IN DEN ALLGEMEINEN SIEDLUNGSBEREICHEN 40
3.2.2 ZWECKGEBUNDENE ALLGEMEINE SIEDLUNGSBEREICHE 42
3.2.3 EINRICHTUNGEN FÜR ERHOLUNG, SPORT, FREIZEIT UND TOURISMUS 43
3.3 FESTLEGUNGEN FÜR GEWERBE 44
3.3.1 BEREICHE FÜR GEWERBE- UND INDUSTRIE (GIB UND ASB-GE) 44
3.3.2 ZWECKGEBUNDENE BEREICHE FÜR GEWERBLICHE UND INDUSTRIELLE NUTZUNGEN 51
3.3.3 VIRTUELLER GEWERBEFLÄCHENPOOL FÜR DAS GEBIET DES KREISES KLEVE 58
3.4 GROßFLÄCHIGER EINZELHANDEL 83

4. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: FREIRAUM 89

4.1 REGIONALE FREIRAUMSTRUKTUR 89
4.1.1 FREIRAUMSCHUTZ- UND –ENTWICKLUNG 89
4.1.2 REGIONALE GRÜNZÜGE 92
4.1.3 FREIZEIT- UND ERHOLUNGSANLAGEN MIT HOHEM FREIRAUMANTEIL UND FREIRAUMBEREICHE FÜR SONSTIGE ZWECKGEBUNDENE NUTZUNGEN 95
4.2 SCHUTZ VON NATUR UND LANDSCHAFT 98
4.2.1 ALLGEMEINE VORGABEN 98
4.2.2 SCHUTZ DER NATUR 103
4.2.3 SCHUTZ DER LANDSCHAFT UND LANDSCHAFTSORIENTIERTE ERHOLUNG 105
4.3 WALD 106
4.4 WASSER 110
4.4.1 WASSERHAUSHALT 110
4.4.2 OBERFLÄCHENGEWÄSSER 111
4.4.3 GRUNDWASSER- UND GEWÄSSERSCHUTZ 112
4.4.4 VORBEUGENDER HOCHWASSERSCHUTZ 116
4.4.5 ABWASSER 118
4.5 LANDWIRTSCHAFT, GARTENBAU UND ALLGEMEINE FREIRAUM- UND AGRARBEREICHE 120
4.5.1 LANDBEWIRTSCHAFTUNG UND NATÜRLICHE RESSOURCEN 120
4.5.2 GARTENBAU 127

5. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: INFRASTRUKTUR 133

5.1 VERKEHRSINFRASTRUKTUR 133
5.1.1 ÜBERGREIFENDE ASPEKTE 133
5.1.2 WASSERSTRAßEN UND RUHEHÄFEN 135
5.1.3 SCHIENENNETZ 137

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

5.1.4 Straßennetz ... 141
5.1.5 Flugplätze /Luftverkehr ... 143
5.1.6 Radwege ... 144
5.2 Transportfernleitungen ... 146
5.3 Entsorgungsinfrastruktur ... 147
5.4 Rohstoffgewinnung ... 148
5.4.1 Oberflächennahe Bodenschätze ... 148
5.4.2 Lagerstätten fossiler Energien und Salze ... 154
5.5 Energieversorgung ... 157
5.5.1 Windenergieanlagen ... 157
5.5.2 Solarenergieanlagen ... 158
5.5.3 Biomasseanlagen ... 161
5.5.4 Wasserkraftanlagen ... 163
5.5.5 Geothermieanlagen ... 163
5.5.6 Kraftwerksstandorte ... 164

6. KOMPLETT WEGFALLENDE TEXTLICHE DARSTELLUNGEN ... 167

6.1 GEP99 1.2 Ziel 2 Regional bedeutsame Wohnstandorte konzentriert nutzen ... 167
6.2 GEP99 1.2 Ziel 4 Großflächige Einzelhandelsbetriebe standortmäßig und zentralörtlich einpassen ... 167
6.3 GEP99 2.3 Ziel 1 Nr. 5 Den Wald schützen – Eingriffe vermeiden oder ausgleichen ... 167
6.4 GEP99 3.4 Ziel 4 Das Regionalschnellbusnetz aufbauen ... 168
6.5 GEP99 3.7 Ziel 1 Schutz vor Fluglärm (Landesentwicklungsplan – Textliche Darstellung) ... 168
6.6 GEP99 3.7 Ziel 2 Den internationalen Verkehrsflughafen Düsseldorf wettbewerbsfähig ausbauen ... 168
6.7 GEP99 3.7 Ziel 3 Durch den Regionalflughafen Mönchengladbach den internationalen Verkehrsflughafen Düsseldorf entlasten ... 168
6.8 GEP99 3.7 Ziel 5 Fliegerische Option für den Militärflugplatz Brüggen offenhalten ... 169
6.9 GEP99 3.11 Ziel 1 Abfall vermeiden und vermindern, Abfall verwerten ... 169
6.10 GEP99 3.11 Ziel 2 Standorte für Abfallentsorgungsanlagen langfristig sichern ... 169
6.11 GEP99 3.11 Ziel 4 Siedlungsabfallentsorgung durch regionale Kooperationen weiter optimieren ... 169
6.12 GEP99 3.13 Aufschüttungen und Ablagerungen Alternative Verwendung von Bergematerial fördern und Aufhaldungen begrenzen ... 169
6.13 GEP99 3.10 Wasserwirtschaft Heisinger Aue ... 169

7. GRAPHISCHE DARSTELLUNGEN (INKL. BK) ... 170

7.1 Siedlungsraum ... 170
7.1.1 Planzeichen a) Allgemeine Siedlungsbereiche ... 170
7.1.2 Planzeichen b) ASB für zweckgebundene Nutzungen (ohne Planzeichen ba) ... 299
7.1.3 Planzeichen ba) Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen ... 301
7.1.4 Planzeichen c) Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (ohne Planzeichen ca) und ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) ... 301
7.1.5 Planzeichen ca) Abfallbehandlungsanlagen ... 348
7.1.6 Planzeichen d) GIB für flächenintensive Großvorhaben ... 349
7.1.7 Planzeichen e) GIB für zweckgebundene Nutzungen (ohne ea, eb und ec) ... 350
7.1.8 Planzeichen ea) Übertägige Betriebsanlagen und Einrichtungen des Bergbaus ... 354
7.1.9 Planzeichen eb) Standorte des kombinierten Güterverkehrs ... 354
7.1.10 Planzeichen ec) Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe ... 363
7.2 Freiraum ... 367
7.2.1 Planzeichen a) Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche ... 367
7.2.2 Planzeichen b) Waldbereiche ... 371
7.2.3 Planzeichen c) Oberflächengewässer ... 376
7.2.4 Planzeichen da) Schutz der Natur ... 378
7.2.5 Planzeichen db) Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ... 387
7.2.6 Planzeichen dc) Regionale Grünzüge ... 397
7.2.7 Planzeichen dd) Grundwasser- und Gewässerschutz ... 418
7.2.8 Planzeichen de) Überschwemmungsbereiche ... 423
7.2.9 Planzeichen ea) Aufschüttungen und Ablagerungen (ohne ea-1 und ea-2) ... 426
7.2.10 Planzeichen ea-1) Abfalldeponien ... 426
7.2.11 Planzeichen ea-2) Halden ... 433

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.12 Planzeichen eb) Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze ... 434
7.2.13 Planzeichen ec) Sonstige Zweckbindungen (ec-2 und ec-3; ohne ec-1) ... 458
7.2.14 Planzeichen ec-1) Abwasserbehandlungs- und Reinigungsanlagen ... 463
7.2.15 Planzeichen ed) Windenergiebereiche und ee) Windenergievorbehaltsbereiche ... 463
7.3 Verkehrsinfrastruktur ... 865
7.3.1 Planzeichen aa-1) und ab-1) Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr und den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bestand und Bedarfsplanmaßnahmen ... 865
7.3.2 Planzeichen aa-2) und ab-2) Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr sowie den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung ... 872
7.3.3 Planzeichen ac) Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen ... 876
7.3.4 Planzeichen ba-1) und bb-1) Schienenwege für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sowie für den überregionalen und regionalen Verkehr, Bestand und Bedarfsplanmaßnahmen ... 882
7.3.5 Planzeichen ba-2) und bb-2) Schienenwege für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sowie für den überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung ... 889
7.3.6 Planzeichen bc) Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege (Bestand und Planung) ... 891
7.3.7 Planzeichen c) Wasserstraßen unter Angabe der Güterumschlaghäfen ... 891
7.3.8 Planzeichen da) (einschließlich d)) Flughafen/ -Plätze für den zivilen Luftverkehr ... 893
7.3.9 Planzeichen db) (einschließlich d)) Militärflugplätze ... 894
7.3.10 Planzeichen dc) (einschließlich d)) Flughafen/ -Plätze für den zivilen Luftverkehr ... 894
7.3.11 Planzeichen E) Grenzen der Lärmschutzgebiete Gemäß LEP "Schutz vor Fluglärm" ... 895
7.3.12 Planzeichen F) (einschließlich fa), fb) und fc)) Lärmschutzbereiche gemäß Fluglärmschutzverordnungen ... 896
7.3.13 Planzeichen G) Erweiterte Lärmschutzzonen ... 897
7.4 Erläuterungskarten / Beikarten ... 898

8. KOMPLETT WEGFALLENDE GRAPHISCHE DARSTELLUNGSKATEGORIEN (EINSCHLIEßLICH DER KORRESPONDIERENDEN DARSTELLUNGEN) ... **899**

8.1 Siedlungsraum ... 899
8.2 Freiraum ... 899
8.3 Verkehrsinfrastruktur ... 899
8.3.1 Planzeichen 3. ba-3) Trasse der Umgehung Emmerich ... 899
8.3.2 Planzeichen 3. bb-1a) S-Bahn ... 899
8.3.3 Planzeichen 3. bb-1b) Stadtbahn ... 899
8.3.4 Planzeichen 3. bd) Regionalbedeutsame Park-and-Ride-Anlagen ... 900
8.4 Erläuterungskarten ... 900
8.4.1 Erläuterungskarte „Landschaft“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 900
8.4.2 Erläuterungskarte „Freizeit, Erholung“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 900
8.4.3 Erläuterungskarte „Klima“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 900
8.4.4 Erläuterungskarte „Personenverkehrsnetz“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 901
8.4.5 Erläuterungskarte „Güterverkehrsnetz“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 901
8.4.6 Erläuterungskarte „Straßen“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 901
8.4.7 Erläuterungskarte „Abfallwirtschaft“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 901
8.4.8 Erläuterungskarte 10 „Steinkohle und Salzbergbau“ (Streichung gegenüber GEP99) ... 901

9. ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG GEMÄß § 10 ABS. 3 RAUMORDNUNGSGESETZ ... **902**

9.1 Rechtliche Grundlagen ... 902
9.2 Ergebnisse der Umweltprüfung ... 902
9.3 Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und der Erörterung ... 916
9.4 Begründung für die Annahme des Plans nach Abwägung mit den geprüften in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten ... 924
9.4.1 Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen textlicher Darstellungen ... 926
9.4.2 Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zeichnersicher Darstellungen ... 927
9.4.2.1 Siedlungsraum ... 928
9.4.2.2 Freiraum ... 964
9.4.2.3 Verkehrsinfrastruktur ... 994
9.4.2.4 Kumulationsgebiete und Gesamtplanbetrachtung ... 1005

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

9.5 MAßNAHMEN ZUR ÜBERWACHUNG DER UMWELTAUSWIRKUNGEN 1005
10. SCHLUSSBEMERKUNGEN 1009
ANHANG 1 – QUELLEN, LITERATUR UND BASISDATEN 1010
ANHANG 2 – ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS 1020

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

1. EINFÜHRUNG UND ALLGEMEINE, THEMENÜBERGREIFENDE BEGRÜNDUNGEN

Im nachfolgenden Begründungstext wird seitens der Regionalplanung dargelegt, warum entsprechende textliche und zeichnerische Darstellungen im Entwurf des Regionalplans Düsseldorf (RPD) vorgenommen werden.

Dabei ist vorweg anzumerken, dass die Erläuterungen im Textteil des Regionalplans teilweise auch begründenden Charakter haben, sodass insoweit zusätzlich auf diese verwiesen wird. Weitere begründende Ausführungen finden sich in den Unterlagen zur Auseinandersetzung mit Stellungnahmen aus der Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung (einschließlich der Erörterungen) und in den im Rahmen der 3. Beteiligung ausgelegten Unterlagen (Begründung der Änderungen).

In vielen Fällen sind zeichnerische und textliche Vorgaben eng miteinander verknüpft, sodass sich Begründungen nicht immer exakt den textlichen oder zeichnerischen Darstellungen zuordnen lassen. Vor diesem Hintergrund sind themenbezogen – soweit beide vorhanden sind – immer sowohl die Begründungen zu den textlichen Darstellungen, als auch die Begründungen zu den zeichnerischen Darstellungen zusammen zu betrachten.

Alle im RPD gemachten Vorgaben sind aus den Zielen und Grundsätzen des LEP NRW entwickelt. Diese Vorgaben auf der Landesebene lagen insoweit dem Plan mit zugrunde. Insbesondere die fach- und raumübergreifenden Vorgaben der ersten Kapitel 1-5 des LEP NRW bspw. zur Raumstruktur, zum Klima, zur Zusammenarbeit und zur Kulturlandschaft sind im Kapitel 2 konkretisiert worden. Darüber hinaus sind diese eher allgemeinen Ziele und Grundsätze des LEP NRW bei allen weiterführenden regionalplanerischen Reglungen soweit relevant mitgedacht worden. Bei den Kapiteln 3 – 5 des RPD macht zudem schon die Anlehnung der Themenabfolge an die Gliederung des LEP NRW deutlich, dass eine intensive Auseinandersetzung des RPD mit dem LEP NRW erfolgt ist. Auch wenn einzelne Vorgaben des LEP NRW in der hier vorliegenden Begründung nicht explizit in der Auseinandersetzung erwähnt sein sollten, lagen sie doch der Planaufstellung stets zugrunde. In den folgenden Kapiteln der Begründung – und z.T. in den Unterlagen zu den Beteiligungsverfahren – wird ferner auf die einschlägigen Grundsätze und Ziele des LEP NRW hingewiesen und der Umgang damit dargelegt.

Der räumliche Geltungsbereich dieses Regionalplans Düsseldorf (Planungsraum Düsseldorf) umfasst das Gebiet der Kommunen in den Kreisen Kleve, Mettmann, Viersen und dem Rhein-Kreis Neuss sowie das Gebiet der kreisfreien Städte Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen und Wuppertal. Im Gegensatz dazu wurde der GEP99 noch für den gesamten Regierungsbezirk Düsseldorf aufgestellt, d.h. der Geltungsbereich umfasste auch die Kommunen im Regierungsbezirk Düsseldorf, die heute zum Verbandsgebiet des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) gehören.

Aus dieser Sachlage ergeben sich generelle Änderungsnotwendigkeiten im Vergleich zwischen dem Vorläuferplan GEP99 und dem Regionalplan für den kleineren Planungsraum Düsseldorf. Denn im GEP99 waren spezifische textliche Aussagen zu Gebietskörperschaften im heutigen Planungsraum des Regionalverbandes Ruhrgebiet (RVR) enthalten. Diese werden nun aufgrund des entsprechenden Neuzuschnitts des Planungsraums nicht in den neuen Regionalplan übernommen. Dies gilt ebenso für Fassungen der bisherigen textlichen Vorgaben, die nur für den heutigen Planungsraum des RVR gelten, z.B. weil für den heutigen Planungsraum Düsseldorf bereits über Änderungen des GEP99 modifizierte Vorgaben (inkl. Streichungen) beschlossen worden sind – die aber eben nicht den Planungsraum des

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

RVR betreffen – oder weil der RVR hier entsprechende Änderungen des GEP99 beschlossen hat. Auch in der graphischen Darstellung des neuen Regionalplans werden aufgrund der Planungsraumthematik naturgemäß keine Vorgaben für Kommunen im Planungsraum des RVR mehr enthalten sein. Dessen ungeachtet bleibt die Geltung des GEP99 im Gebiet des RVR von der Regionalplanerarbeitung im Planungsraum Düsseldorf unberührt.

2. Textliche Darstellungen: Gesamträumliche raumstrukturelle Aspekte

2.1 Zentralörtliche Gliederung und regionale Raumstruktur

Die Zentralen Orte, die im LEP NRW festgelegt sind, sind Ausgangspunkt für den Grundsatz G1 der hier neu eingeführt worden ist. Mit der Festlegung der Zentralen Orte werden den Aufgabenträgern, den Städten und Gemeinden, zentralörtliche Funktionen zugewiesen. Das bedeutet, dass die Städte und Gemeinden in ihrer zentralörtlichen Einstufung bestimmte Versorgungs- und Entwicklungsfunktionen wahrnehmen sollen. Durch die Zuweisung sollen Daseinsfunktionen auf die Fläche bezogen günstig angeboten werden, da mit nur wenigen raumstrukturell und von der verkehrlichen Erschließung her passend gewählten zentralen Orten ein großer Raum abgedeckt werden kann. Unnötige Konkurrenz verschiedener benachbarter Städte kann vermieden werden. Die Festlegung der Zentralen Orte soll als "Organisationsmittel" (Brösse in Blotevogel 2005) der räumlichen Planung verstanden werden, landesplanerische Zielvorstellungen über die gesamträumliche Entwicklung einerseits als (ganzheitliches) Standortkonzept festzulegen und andererseits den jeweiligen Adressaten ihre Rolle und Funktionsspektrum darin zu vermitteln.

Die Einordnung der Städte und Gemeinden in das zentralörtliche Gliederungssystem richtet sich nach den dafür maßgeblichen Kriterien, das heißt insbesondere den Einwohnerzahlen der einzelnen Versorgungsbereiche sowie bei der Beurteilung von Grenzfällen, der besonderen Stellung einzelner Gemeinden im regionalen Arbeitsmarkt. Im Bereich der Arbeitsplatzzentralität wird vor allem auf die Bedeutung zentraler Orte als Arbeitsort für ihren Versorgungsraum abgestellt. Diese Einordnung ergibt sich aus der Abbildung 1 im LEP NRW. Die hierzu gemachte Erl. zu Z 2.1 macht deutlich, dass das „dreistufige System der Zentralen Orte in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin Orientierung für eine effiziente räumliche Bündelung von öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen bietet. Die bereits 1979 mit dem damaligen Landesentwicklungsplan I/II festgelegte und 1995 in den LEP NRW übernommene zentralörtliche Gliederung des Landes soll unverändert fortgelten. Sie ist Ergebnis historischer Prozesse und zugleich Grundlage für die weitere räumliche Entwicklung.“ Im Zusammenhang mit dieser zentralörtlichen Gliederung hat der LEP 95 mit dem LEPro folgendes Ziel formuliert: Die siedlungsräumliche Schwerpunktbildung von Wohnungen und Arbeitsstätten in Verbindung mit zentralörtlichen Einrichtungen im Sinne des LEPro (§ 7) soll auf der Grundlage der zentralörtlichen Gliederung angestrebt und innergemeindlich auf Siedlungsschwerpunkte (§ 6 LEPro) ausgerichtet werden. Die Gemeinden sollen die Entwicklung ihrer Siedlungsstruktur somit auf solche Standorte ausrichten, die sich für ein räumlich gebündeltes Angebot von öffentlichen und privaten Einrichtungen der Versorgung, der Bildung und Kultur, der sozialen und medizinischen Betreuung, des Sports und der Freizeitgestaltung eignen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Einrichtungen für die Bevölkerung in angemessener Zeit erreichbar sein sollen. Die zentralörtlichen Funktionen der Kommunen sind dabei nicht auf jedem m² der Kommune gleichermaßen anzutreffen,

Stand: Unterlagen für den Ausschuss

sondern kumulieren dabei in den Siedlungsschwerpunkten oder in den zentralen Versorgungskernen. Für diese Kerne gibt es viele Begriffe, oft wird aber sehr ähnliches gemeint. Um die Gemeinde dazu anzuhalten ihre Entwicklungen auf entsprechende Schwerpunkte auszurichten, ist dieser Grundsatz mit der dezentralen Konzentration eingeführt worden. Diese Grundidee der Schwerpunktbildung, wird mit der Einführung der ZASB im LEP NRW wieder aufgegriffen (siehe hierzu 7.1.1.5).
Neben den Versorgungsfunktionen ist auch die Entwicklungsfunktion ein Wesensmerkmal des Zentralen Orte Konzeptes. Auf diesen Aspekt geht der Grundsatz 2 stärker ein, der die metropolitanen Funktionen der Landeshauptstadt in den Blick nimmt.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Der Grundsatz steht mit den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes im Einklang und unterstützt den Grundsatz des § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG.

2.2 Kulturlandschaft

Die Kulturlandschaft wurde im GEP99 als gesondertes raumordnerisches Thema nicht behandelt. Vielmehr sind im GEP99 die Kulturlandschaft und ihre Ebenen und Wertigkeiten in unterschiedlichen Kapiteln angesprochen und mit thematisiert worden. Die geplanten Vorgaben im Kapitel 2.2 sind deshalb neu konzipiert und bauen nicht auf dem GEP99 auf. Im Überblick wurden für die Auseinandersetzung mit der Kulturlandschaftsthematik zunächst Betrachtungsräume (so genannte Kulturlandschaften) bestimmt. Danach wurden Kulturlandschaftsbereiche in Form eines räumlichen Netzwerkes innerhalb dieser Kulturlandschaften herausgearbeitet. Während für die einzelnen Kulturlandschaften Leitbilder entwickelt worden sind, sollen die zudem entwickelten Grundsätze für die ganze Planungsregion gelten). Die Grundsätze und textlich formulierten Leitbilder konkretisieren die Grundsätze des LEP NRW G3-2 bis G3-4 (zur Beachtung des Ziels 3.1 LEP NRW siehe weiter unten).

Der Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Düsseldorf vom LVR (vgl. LVR 2013) trägt den Titel „Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung“. Er ist die wichtigste Grundlage für alle neuen kulturlandschaftlichen Darstellungen im Regionalplan und gibt die Sichtweise der LVR-Fachämter für Bau- und Bodendenkmalpflege sowie des LVR-Fachbereichs Umwelt wieder. Der Fachbeitrag beschäftigt sich mit dem landschaftlichen Kulturerbe. Basierend auf dem Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Landesentwicklungsplan von 2007 sind bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (KLB) auf der Basis des historischen Zeugniswertes markiert worden. Diese Positionsbestimmung ist aus Sicht des Fachbeitrages notwendig, um innerhalb des nachfolgenden diskursiven Ansatzes der Regionalplanungsbehörde zum Thema Kulturlandschaft innerhalb der Sichtweise eindeutig identifizierbar zu sein. Der hier zugrunde liegende regionalplanerische Ansatz ist es, dass es regional abgrenzbare Räume gibt, die durch Wechselwirkung zwischen naturräumlichen Gegebenheiten und menschlicher Einflussnahme eigene Ausprägungen entwickelt haben, die sich von anderen abgrenzen lassen. Und diese Ausprägungen werden naturgemäß von unterschiedlichen Fachdisziplinen sehr unterschiedlich wahrgenommen. Daher bestimmt die „Leitlinie Kulturlandschaft“ des Regionalrates Düsseldorf als wesentlichen Arbeitsauftrag für die Regionalplanungsbehörde, kommunikativ zu bestimmen, „welche Raummerkmale und die Kombination derer auf einer regionalen Ebene identitätsstiftend sind“. Dieser kommunikative Zugang zum Thema Kulturlandschaft in der Gegenwart und Zukunft dient in erster Linie der Bestimmung eines regionalen Identitätsverständnisses. Es entspricht dem Verständnis, dass Kulturlandschaft als umfas-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

sender inhaltlicher Zugang zum Raum nicht die Addition von Einzelmerkmalen und -disziplinen darstellt, sondern dass die Wahrnehmung der Kulturlandschaft als Ganzes einen identitätsstiftenden Moment hat. Dieser Aspekt wird auch in den Erläuterungen im LEP NRW zu Z3-1 hervorgehoben: „Die erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung soll dabei Entwicklungspotentiale nutzen, die sich durch die kulturhistorische und ästhetisch-gestalterische Dimension der Kulturlandschaften flächendeckend im Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger und für die Identität des Landes sowie seiner Teilräume ergeben.“ Diesen identitätsstiftenden Moment ins Bewusstsein regionaler Akteure zu befördern, ist eine zusätzliche Basis für räumliche Nutzungsentscheidungen im Prozess der Erarbeitung des Regionalplans.

Der vorliegende Fachbeitrag betrachtet die historisch gewachsene Kulturlandschaft und stellt somit vordergründig nicht so sehr auf das Lebensumfeld und die Identität in der Region ab. Vielmehr wird das kulturelle Erbe, das sich aus landschaftlichen Kulturgütern und Raumbeziehungen zwischen Natur und Kultur ergibt, insbesondere in Baudenkmälern, Bodendenkmälern und archäologischen Fundplätzen gesehen. Sowohl die unmittelbare Substanz historischer Überlieferung als auch die strukturelle Prägung der heutigen Kulturlandschaft gibt ihr die innewohnende regionale unverwechselbare Eigenart, Schönheit und Vielfalt. Die momentane Kulturlandschaft ist das Ergebnis einer Nutzungs- und Gestaltungsgeschichte. Daraus haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe im Fachbeitrag zum Landesentwicklungsplan das Konzept der erhaltenden Kulturlandschaftsentwicklung abgeleitet. Die weitere Entwicklung der Landschaft muss somit werterhaltend erfolgen, damit sie ihren unverwechselbaren Charakter bewahrt und zugleich nachhaltig Potentiale für die Zukunft behält. Der Erhaltungsgedanke bezieht sich somit auf das Kulturelle Erbe innerhalb dieses Entwicklungsprozesses.

Der Titel des Fachbeitrages mit den Begriffen „erhalten“ und „entwickeln“ trägt eine Offenheit in sich und wirft die Frage auf, wie ein solch offener Ansatz durch Vorgaben der Raumordnung umgesetzt werden soll, weil ja gleichzeitig ein Zustand entwickelt aber auch erhalten werden soll. Die Landesplanung gibt zu dieser Frage im LEP NRW mit dem Z3-1 Folgendes vor: „In den Regionalplänen sind für die Kulturlandschaften jeweils kulturlandschaftliche Leitbilder zur Erhaltung und Entwicklung ihrer prägenden Merkmale festzulegen.“ Es geht darum, sich vorzustellen, wie die Kulturlandschaft der Zukunft aussehen kann und dazu sollen Bilder erstellt werden. Dem Entwurf des Regionalplanes liegt das Verständnis zur Grunde, dass diese Leitbilder eine Art qualitative Ergänzung zur traditionellen Raumordnung darstellen. Die kulturlandschaftliche Heterogenität der Planungsregion begründet es, dass für die Region nicht nur das eine Leitbild erstellt werden kann. Das bedeutet, zunächst geht es darum Teilräume einzugrenzen, die eine Kulturlandschaft ausbilden. Dann geht es darum, sich mit den regionalen Akteuren über die Größe und die Grenzen dieses Bereiches und gleichzeitig über ihre zukünftigen Vorstellungen der Kulturlandschaftsmerkmale zu verständigen. Dieser Verständigungsprozess ist mehr oder weniger während der Erarbeitung und der Offenlage des Regionalplanes erfolgt.

Das Gebiet des Regionalplans durchziehen unterschiedliche kulturlandschaftliche Grenzen oder Säume, da die Abgrenzung des Gebietes aus einer administrativen Entscheidung heraus erfolgt ist und nicht nur kulturlandschaftlichen Aspekten folgt. In früheren Zeiten gab es andere territoriale und administrative Gliederungen als die heutigen Verwaltungsgrenzen. Dabei hat es eine Einheit von administrativer Grenze und von kulturlandschaftlicher Grenze wie in fast allen Teilregionen in Deutschland nicht gegeben. Deshalb gibt es sehr verschiedene Kulturlandschaften in der Region. Die historisch gewachsene Kulturlandschaft in diesem Planungsgebiet hat unterschiedliche Einflüsse in ihrer geschichtlichen Entwicklung er-

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

fahren. Um die prägenden Bestandteile des kulturlandschaftlichen Wandels zu verstehen, und daraufhin Leitbilder für den zukünftigen Wandel zu entwickeln, kann man sich zunächst die Landschaftsgenese der einzelnen Kulturlandschaftsbereiche (KLB) aus dem LEP NRW vergegenwärtigen.

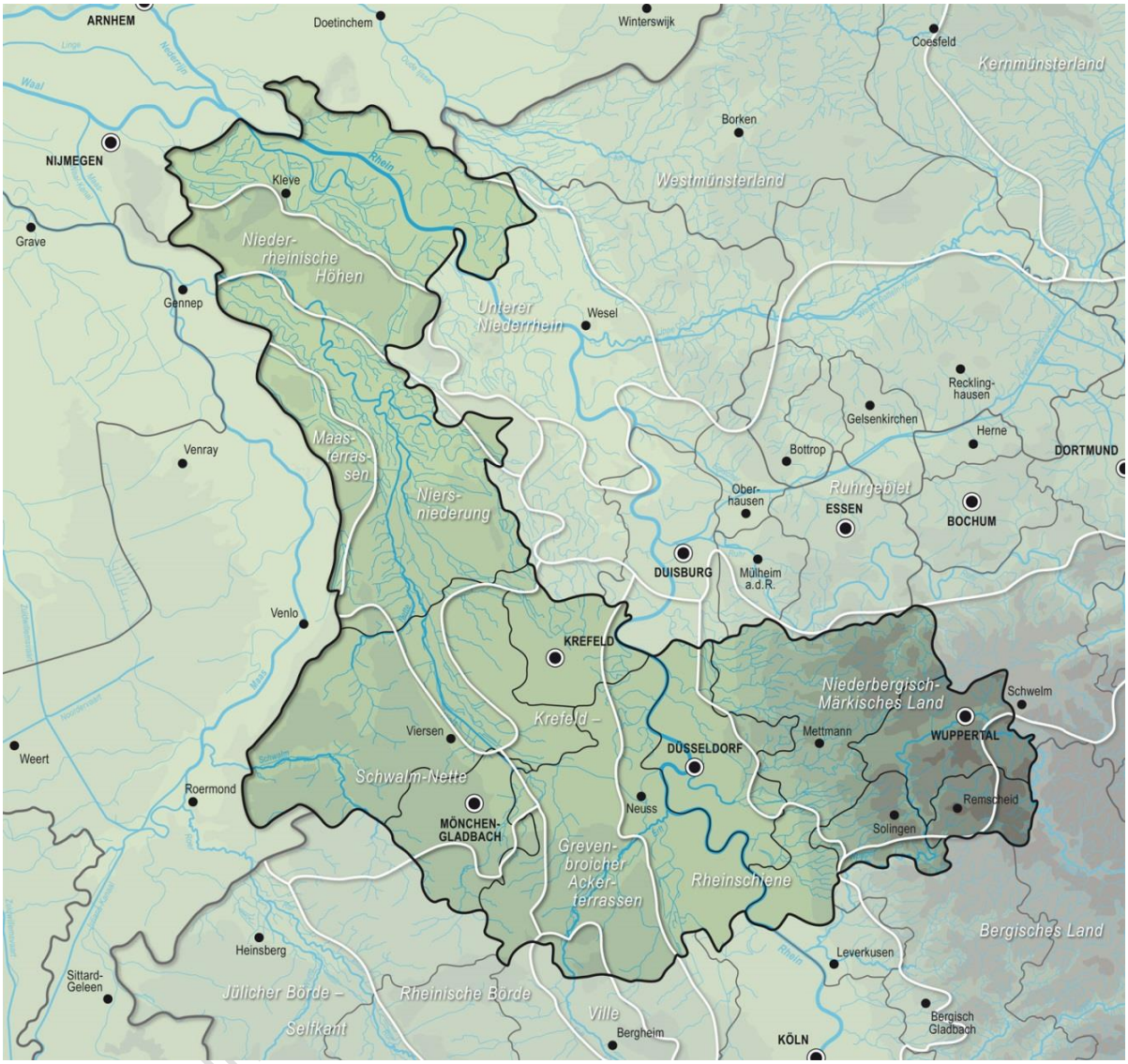
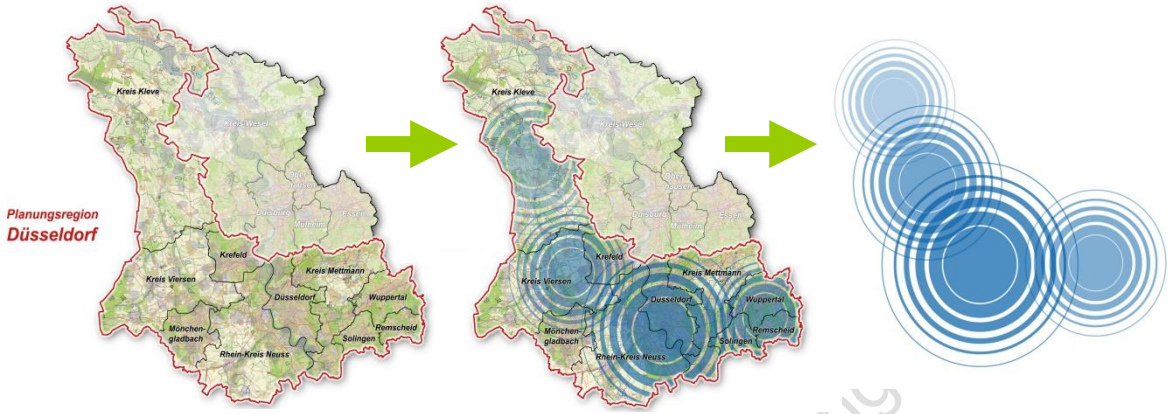


Abb. 2.2.1: Kulturlandschaftliche Gliederung

Die kulturlandschaftliche Gliederung in NRW (vgl. Abb. 2.2.1) ist auf der LEP-Ebene eine inhaltliche Grundlage, die auch für den Regionalplan gültig ist. Dieser Abgrenzung folgend gibt es 8 verschiedene Kulturlandschaften (KL 10 Unterer Niederrhein, KL 11 Niederrheinische Höhen, KL 12 Niersniederung, KL 13 Maasterrassen, KL 17 Schwalm-Nette, KL 18 Krefeld – Grevenbroicher Ackerterrassen KL 19 Rheinschiene KL 20 Niederbergisch-Märkisches Land), die die Region überwiegend ausfüllen. Im informellen Verfahren stellte sich immer die Frage nach teilräumlichen Konzepten, Abgrenzungen usw. In diesem Zusammenhang entstanden die so genannten Teilregionen („Pulsare“) im Planungsdiskurs der Bezirksregierung Düsseldorf. Sie bilden den Entwicklungsversuch eines assoziativen Raumes.

Die Pulsare folgten keinem räumlichen konkret abgrenzbaren Raum, sondern sie standen symbolisch dafür, dass es teilräumliche Betrachtungen im Rahmen der Erarbeitung des RPDs geben kann und soll.

Die einzelnen Pulsare sollen Assoziationen über teilräumliche Zusammenhänge zulassen. Infolgedessen entstand die Idee, sich bei den Kulturlandschaften an diese assoziativen Räume anzulehnen. Der Plangeber verneint damit nicht die einzelnen Kulturlandschaften



aus dem LEP (siehe Abb.2 im LEP NRW oder Abb. 2.2.1 in diesem Kapitel), sondern geht davon aus, dass diese von Menschen in dieser Form nicht in ihrer Kleinteiligkeit identitätsprägend wahrgenommen werden. In seinen Erläuterungen führt der LEP NRW aus, dass entsprechend den regionalen Erfordernissen die Kulturlandschaften weiter differenziert und räumlich konkretisiert werden können. Kulturlandschaft wird im Kontext dieses Raumordnungsplans als identitätsstiftend verstanden, so dass dieser Aspekt in den regionalplanerischen Entwurf mit eingeflossen ist. Deshalb wurden nicht einfach die 8 oben genannten Kulturlandschaften zu Grunde gelegt, sondern die Frage gestellt, wie lässt sich ein Betrachtungsraum finden, der auch bspw. zum Aktionsradius von Menschen in ihrem Alltag passt. Der Niederrhein in unserer Planungsregion bspw. besteht im Kreis Kleve allein aus 4 verschiedenen Kulturlandschaften. Er ist aber auch ein großes Ganzes mitsamt seinen niederländischen Einflüssen, dem Rhein, den historischen Orten, den verschiedenen sehr linearen Strukturen in Offenlandschaften usw. Es wird angenommen, dass er auch so von vielen seiner Bewohner und Besucher wahrgenommen wird. Es geht demnach um eine großräumigere Betrachtung. In dieser Maßstabsumkehrung liegt der Versuch, das regional Prägende herauszufinden, das dann auch in die regionalplanerische Abwägung entsprechend eingestellt werden kann. Im Folgenden soll begründet werden, wie die vier Teilräume abgegrenzt worden sind.

Die Region, im nördlichen Rheinland gelegen, ist kulturlandschaftlich mit ihrer Ausdehnung vom Niederrhein bis zum Bergischen vielfältig. Sie liegt in den drei „Naturräumlichen Großregionen“ (Meynen und Schmithüsen, 1960) niederrheinisches Tiefland, niederrheinische Bucht und dem Süderbergland.

Stand: Unterlagen für das Auftaktgespräch

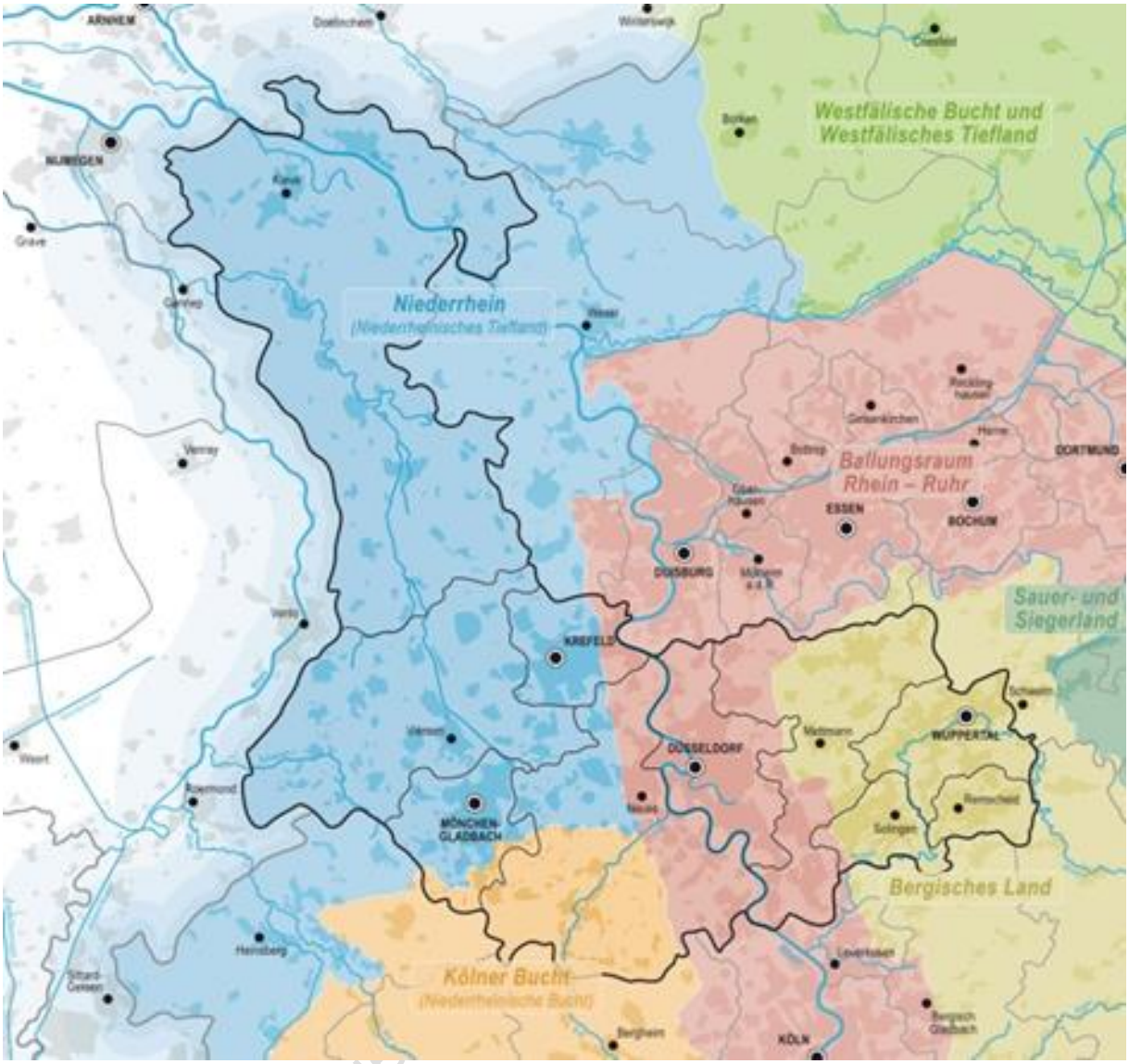


Abb. 2.2.2: Naturräumliche Großeinheiten

Industrialisierung und Urbanisierung haben zu einer sehr starken Überformung geführt, so dass hier eine abgewandelte Darstellung mit dem Ballungsraum Rhein-Ruhr dargestellt wird. Die naturräumlichen Ausstattungsmerkmale haben bis heute Auswirkungen auf das Nutzungs- und Siedlungsgefüge einschließlich der regionalen Baukultur. Das bergisch Schroffe unterscheidet sich eindeutig von den ruhigen niederrheinischen Landschaften. Das Metropolenhafte an der dynamischen Rheinschiene liegt benachbart zu sehr konstanten ländlich geprägten Gegenden. Diese Kulturlandschaften sind das Ergebnis eines langen Kultivierungsprozesses, in dem der Rhein immer die wichtigste Rolle gespielt hat. Die höheren Niederschläge und spezifische Baumaterialien wie etwa Schiefer führten z.B. im Bergischen Land zu einer charakteristischen Baugestaltung, während im steinarmen Niederrheingebiet der Anteil der Feldbrandziegel als Baumaterial höher ist. Landschaftsprägende Faktoren waren zudem die Bodenverhältnisse und die kleinklimatischen Unterschiede sowie die Reliefenergie. Dies hatte unmittelbare Auswirkungen auf den Bodenertrag und Anbautechniken und damit wiederum auf die Siedlungsbedingungen bzw. die Siedlungsdichte. Sichtbares Ergebnis ist die Kammerung der Landschaft mit Wald, Grünland und Ackerland in unterschiedlichen Größenanteilen. Somit ist die naturräumliche Gliederung des Gebietes im Landschaftsbild deutlich erkennbar. Die Kulturlandschaftsgeschichte hat zwischen den entstandenen

Stand: Umlage

Teilräumen eine deutlich wahrnehmbare und charakteristische Differenzierung herbeigeführt, deren Abgrenzung jedoch nicht grenzscharf, sondern meist fließend und überlagernd verläuft. So sind gerade in den Übergängen zwischen den Großlandschaften die landschaftliche Prägung und der Wandel des Raumes vielschichtig. Beispielsweise ist die Rheinschiene im Bereich Düsseldorf rechtsrheinisch sehr stark durch das Bergische Land geprägt. Auch zwischen den Räumen der Regionalpläne Düsseldorf und Ruhr bestehen kulturlandschaftsgeschichtlich enge Beziehungen und daraus resultierend auch heute noch inhaltliche Bezüge wie zum Beispiel zwischen den Kreisen Kleve und Wesel, sowie industrie- und montangeschichtlich zwischen dem Bergischen Land und dem Ruhrgebiet. Weiterhin hatten großräumige Prozesse auf europäischer Ebene immer wieder regionale Auswirkungen; diese verliefen entweder evolutionär, d.h. als Prozess (z.B. Landnahmen oder Kolonisationen) oder revolutionär, d.h. als Ereignis (z.B. Krieg). Insgesamt können in der Region des RPD vier Teilräume identifiziert werden:

- Düsseldorfer Rheinschiene
- Bergisches Land
- Flusslandschaft Niederrhein
- Rheinische Ackerlandschaft

Die Karte mit ihren vier Betrachtungsräumen (siehe Abbildung Kapitel 2.2 im Regionalplan) versucht die genannte Vielschichtigkeit aufzunehmen. Sie ist ein Zusammenführen der Großlandschaften, der Kulturlandschaften aus dem Fachbeitrag des LVR, aber auch ein Versuch, die intersubjektive Wahrnehmung der regionalen Akteure im Verhältnis zur regionalplanerischen Region abzubilden. Alle vier Kulturlandschaften sind vom Kern aus gedacht und überlagern sich soweit, dass eine scharfe Grenzziehung der kulturlandschaftlichen Teilräume nicht angezeigt scheint. Es sind vielmehr größere Grenzsäume, die hierdurch entstehen. Auch hören die Kulturlandschaften nicht an den Planungsgrenzen des RPD auf, sondern entwickeln sich insbesondere nach Süden kulturlandschaftlich ähnlich weiter. Der Niederrhein mit seinen Grenzwäldern erstreckt sich über den Naturpark Maas-Schwalm-Nette weiter nach Süden und über die Grenze in die Niederlande. Die rheinische Ackerlandschaft wird kulturlandschaftlich weitergeführt in der rheinischen Börde- und Villelandschaft mit ihren noch weiteren Blickbeziehungen. Für die Rheinschiene gilt die Verbindung ohnehin nach Norden und Süden und auch das Bergische der hiesigen Region ist naturräumlich gesehen eine nördliche Spitze der westlichen Mittelgebirgslandschaft.

Die vier Kulturlandschaften verfügen über ein großes kulturlandschaftliches Inventar. In der Beikarte 2B sind innerhalb der vier Teilräume die kulturlandschaftlichen Wertigkeiten gekennzeichnet. In der Beikarte 2B ist ein Netz aus Kulturlandschaftsbereichen hervorgehoben, welches besonders prägend für diese Teilregion ist. Dieses ist zum einen aus dem Ansatz der historischen und erhaltenden Kulturlandschaft (vgl. LVR 2013) mit den aufgeführten Baudenkmälern, Bodendenkmälern und archäologischen Fundplätzen und zum anderen aus physischen räumlichen Komponenten, wie Wälder, Flüsse, landschaftliche Morphologie, Landschaftsbild und dem Siedlungsgefüge herausgearbeitet worden. Diese Aspekte wurden überlagert, verdichtet und zu größeren charakteristischen Räumen zusammengefasst und mit Charakterisierungen versehen. Bei diesen Charakterisierungen wurden auch bewusst Begriffe aus dem Tourismusbereich herangezogen, da hiermit oft ein grobes Image für kleine Teilräume erfasst wird, die sich in den Gebrauch vieler Menschen wiederfinden. Die regionalen Kulturlandschaftsbereiche werden mit vier charakteristischen Typen (Acker-, Wald-,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Fluss-, Auen und Bruch- und Stadtlandschaften) gekennzeichnet. Bei der der Betrachtung dieses Netzes von Kulturlandschaftsbereichen in den vier Kulturlandschaften wird deutlich, dass es sich hierbei um sehr unterschiedliche Typen handelt. Während im Bergischen der enge Wechsel von Wald und Flusslandschaften dominiert, ist der Wechsel am Niederrhein mit seinen Ackerterrassen viel weitläufiger. Diese Unterschiede zwischen den vier Kulturlandschaften anhand der verschiedenen Kulturlandschaftsbereichscharakteristika zu verdeutlichen, war wichtig für den Plangeber. Was machen Hügel, flache Landschaften, Flüsse, Wald, Siedlungen, Städte und landwirtschaftliche Bewirtschaftungsarten und besonders naturnahe Landschaftselemente für die Wahrnehmung der Kulturlandschaften aus? Es wurde versucht, eine Art täglicher Erlebnisraum in einer bildhaften Darstellung durch die Verdichtung dieser räumlichen Elemente vorzunehmen. Zusätzlich zu dem Kulturlandschaftlichen Inventar sind es auch korridorhafte oder linienhafte Strukturen, die prägend für die Kulturlandschaft sind. Gerade durch diese Strukturen kommt es stärker zu einer Art Kulturlandschaftsnetzwerk. Prägnante Kulturlandschaftsbereiche stoßen aneinander und überlagern sich. In manchen Bereichen verdichten sich einzelne Elemente bestimmter Prägung, so sehr, dass sie besonders auffällig sind. Diese sind in der Beikarte 2 C hervorgehoben.

Das bedeutet, dass es nicht um einzelne kleinteilige Wertigkeiten geht, sondern die grobe Struktur des Raumes soll bei einer solchen Betrachtung ermittelt werden. Damit versucht der Plangeber stärker auf eine Wahrnehmungsorientierten Ansatz von Kulturlandschaft abzuzielen. Im Folgenden wird die planerische Genese der netzwerkartigen Kulturlandschaftsbereiche dargestellt: Zunächst wurde eine Reliefkarte des Planungsraumes als Grundlage herangezogen. Insbesondere im Bergischen Land, aber auch am durch ebene Landschaften und weitreichende Blickbeziehungen geprägten Niederrhein stellt das Relief das zentrale landschaftsprägende Element dar, welches alle überlagernden Flächennutzungen bedingt. Im Weiteren wurden zusätzliche geomorphologische Aspekte sowie Darstellungen zur Flächennutzung ergänzt. Im Wesentlichen sind hier das Gewässernetz sowie entlang des Rheins die ebenso prägenden Auenlandschaften, größere Waldbereiche, Landschaften mit überdurchschnittlichem ökologischen Wert und biotopvernetzender Funktion, Bereiche mit hoher Bodenfruchtbarkeit und somit einer starken landwirtschaftlichen Überprägung sowie die Siedlungsbereiche der Planungsregion zu nennen. Hinzu kommt die Wertigkeit des Landschaftsbildes, die erst im Zuge des Planverfahrens mit eingearbeitet werden konnte (Landschaftsbildbewertung des LANUV Mitte 2016). Diese Aspekte wurden zunächst überlagert (s. Abb. 2.2.3a bis 2.2.3f). Anschließend wurden die kulturhistorischen baulichen und die landschaftlichen Elemente, die im Wesentlichen aus dem Fachbeitrag des LVR übernommen wurden, mit diesen Bereichen überlagert. (Abb. 2.2.3 g-i). Dabei wurden auch die historischen Ortskerne mit einbezogen. Die Kennzeichnung der historischen Ortskerne in der Beikarte erfolgte in zwei Schritten. Zunächst wurden alle Stadt- und Ortskerne, die im LEP-Fachbeitrag zu Kulturlandschaft aufgeführt sind, dargestellt. Darüber hinaus wurden einzelne im Fachbeitrag zum Regionalplan erwähnte historische Ortskerne mit aufgenommen. Zur weiteren Differenzierung wurden nur solche Ortskerne als landesbedeutsame gekennzeichnet, wenn sie zum einen im LEP-Fachbeitrag zur Kulturlandschaft aufgeführt sind, und zum anderen in der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne vereinigt sind. Das letzte Kriterium basiert darauf, dass die Mitgliedschaft ein starkes Indiz für eine entsprechende Qualität ist.

Die darauffolgende Abbildung zeigt das Ergebnis des Netzes der Kulturlandschaftsbereiche (Abb. 2.2.3i). Damit sind der überwiegende Teil der Flächen, die der LVR-Fachbeitrag dargestellt hat, auch als Kulturlandschaftsbereich in der Beikarte 2B dargestellt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

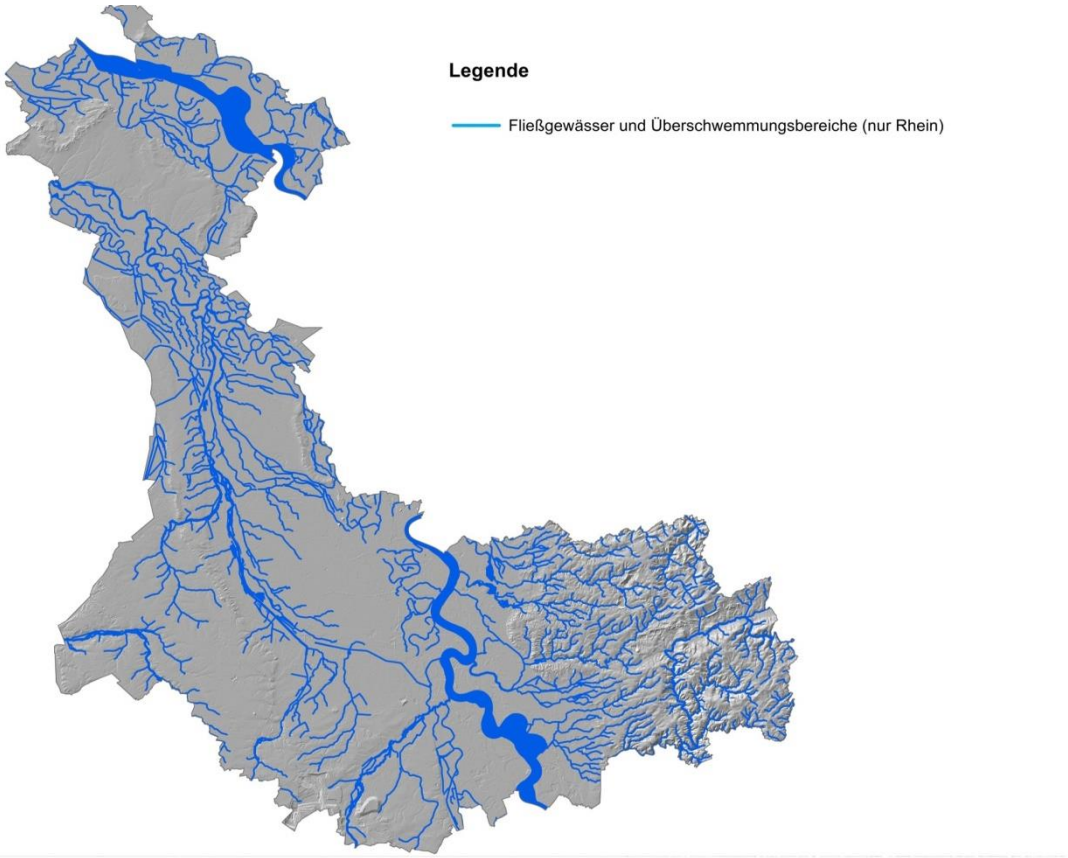


Abb. 2.2.3a: Fließgewässer als landschaftsprägendes Element im Planungsraum

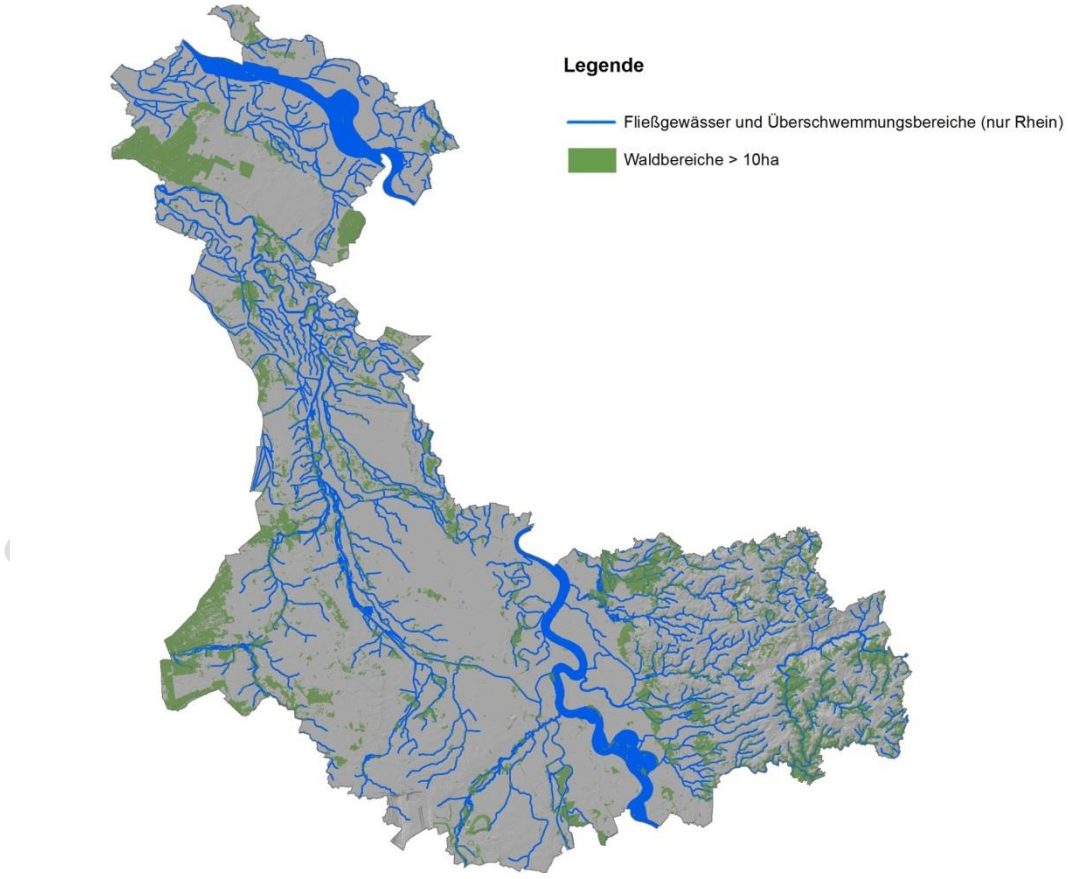


Abb. 2.2.3b: Zusätzliche Berücksichtigung prägender Waldbereiche

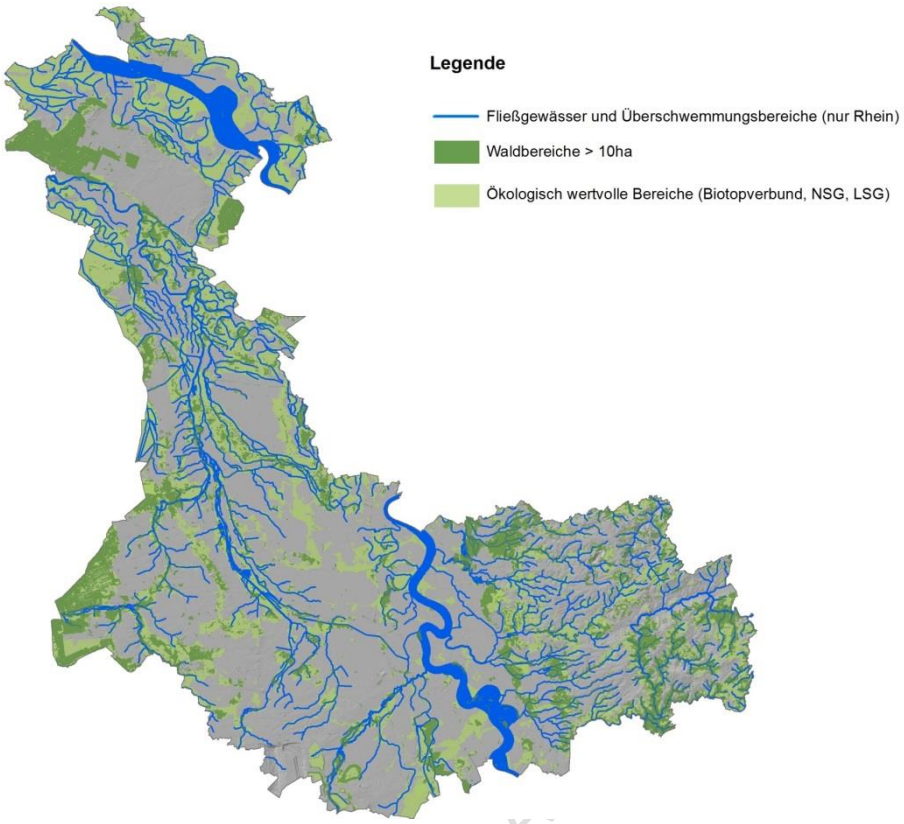


Abb. 2.2.3c: Zusätzliche Berücksichtigung ökologisch wertvoller Landschaften

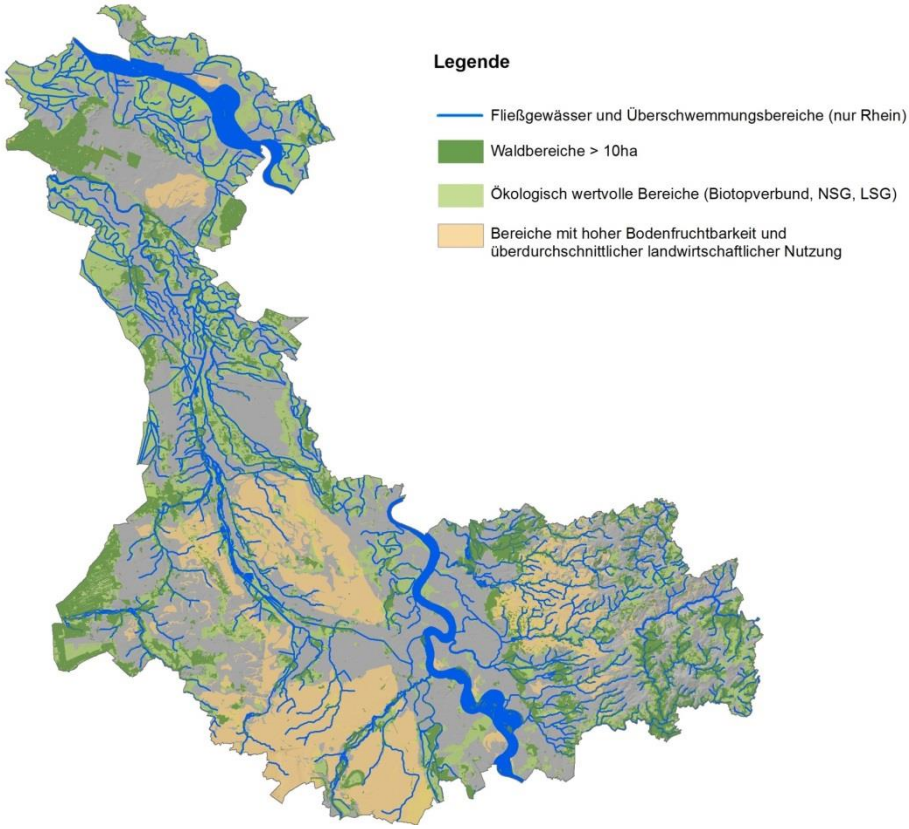


Abb. 2.2.3d: Zusätzliche Berücksichtigung intensiver landwirtschaftl. Überprägung

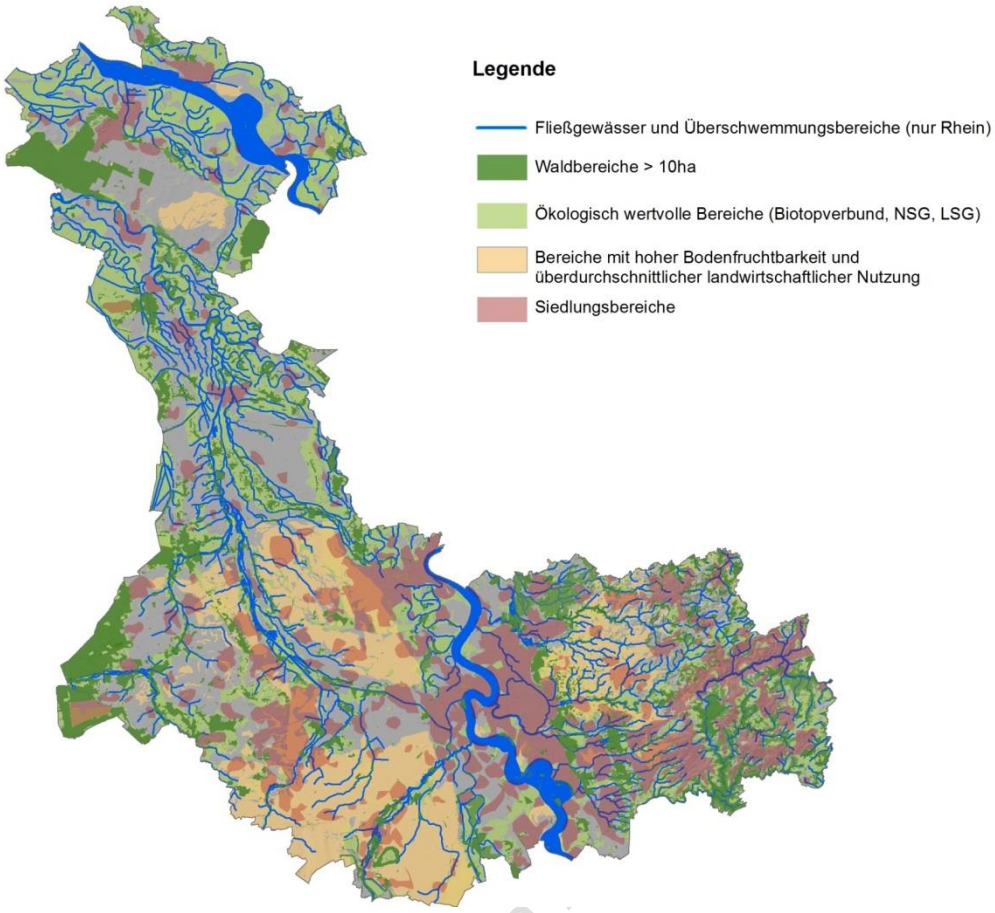


Abb. 2.2.3e: Zusätzliche Berücksichtigung der Siedlungsstruktur

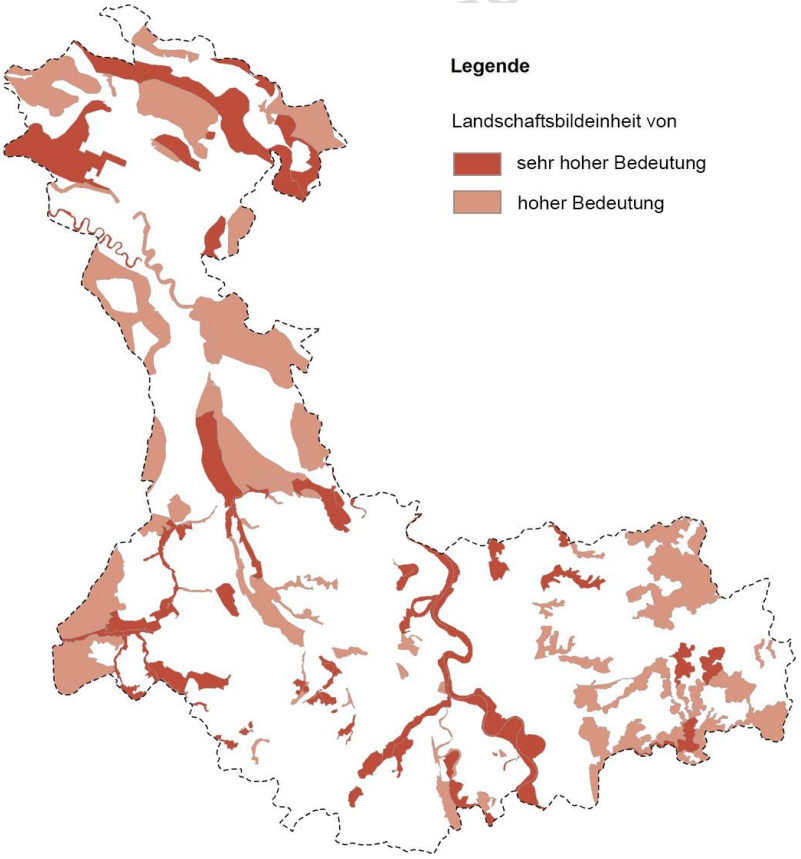


Abb. 2.2.3f: Einbeziehung der Landschaftsbildbewertung

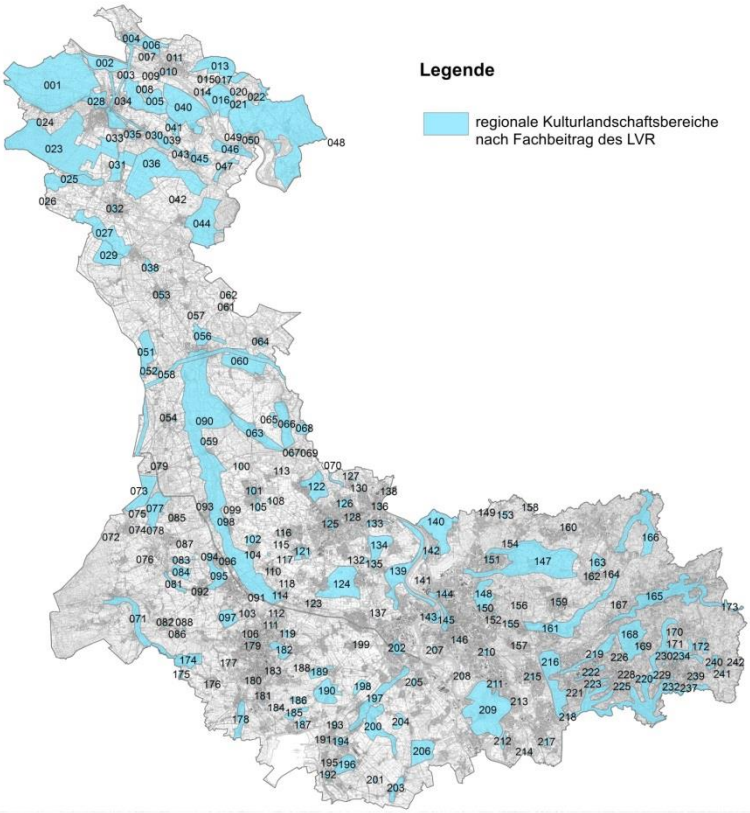


Abb. 2.2.3g: Kulturlandschaftsbereiche aus dem Fachbeitrag des LVR

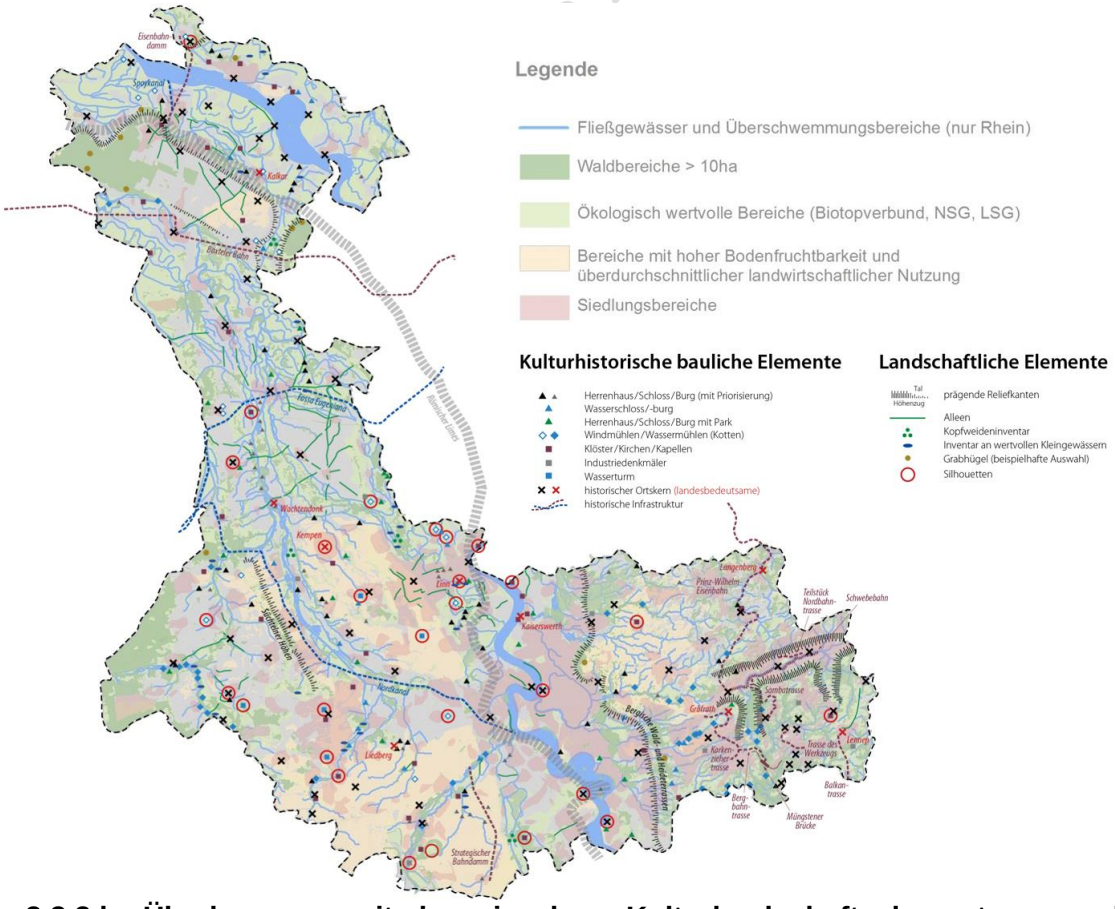


Abb. 2.2.3.h: Überlagerung mit den einzelnen Kulturlandschaftselementen aus den Kulturlandschaftsbereichen des LVR

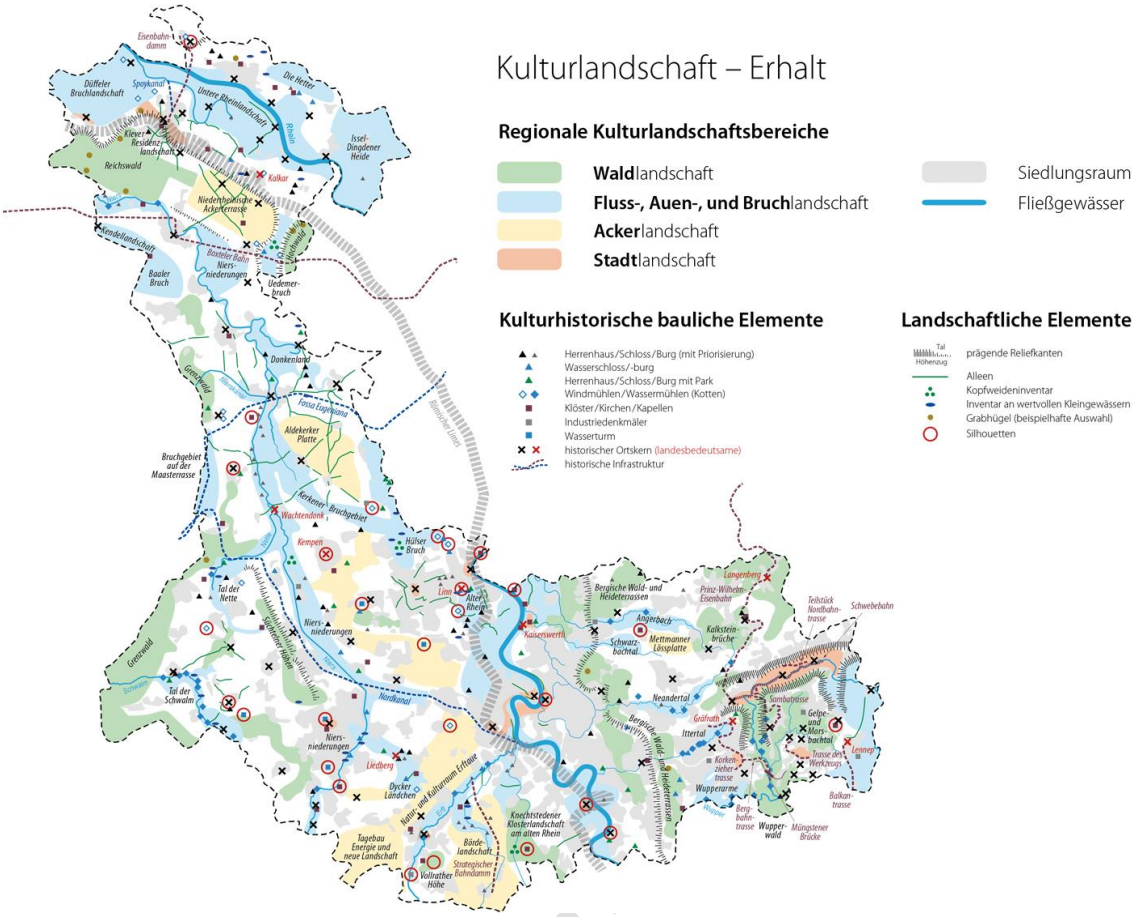


Abb. 2.2.3i: Ergebnis der Überlagerung in ein Netz von Kulturlandschaftsbereichen

Die Leitbilder, die in den Erläuterungen zu den Teilräumen formuliert sind, waren als Diskussionsgrundlage im Erarbeitungsverfahren angelegt. Entwickelt sind die Leitbilder auf der Grundlage verschiedener Informationen. Zum einen waren Ziele des Fachbeitrages des LVR und des Fachbeitrages des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV NRW 2013a) maßgeblich. Zusätzlich herangezogen wurden Materialien aus den Kreisen und Gemeinden, die im Zuge des informellen Verfahrens erarbeitet wurde. Hier sind insbesondere die Positionspapiere der Bergischen Städte und der Entwicklungsplan Kulturlandschaft des Rhein-Kreis Neuss zu benennen. Im Beteiligungsverfahren wurden sehr viele kleinteilige Anregungen gegeben, die häufig Berücksichtigung fanden. Allein im Rhein-Kreis Neuss hat in einem gemeinsamen Gespräch organisiert von dem Rhein-Kreis, der Region Köln-Bonn e.V. und der Bezirksregierung Düsseldorf, ein Austausch über die Ebenen und Projekte der Kulturlandschaft stattgefunden. Ein wichtiges Ergebnis war, dass die zunächst identifizierten Kulturlandschaften zu wenig mit einander vernetzt waren. Kulturlandschaftliche Projekte gewinnen vor allem an Bedeutung, wenn sie eingewoben sind in ein Netzwerk, in dem auch andere Projekte sind. Deshalb sind in einem neuen Ansatz die Bereiche stärker miteinander vernetzt werden. Ein zweiter wichtiger Aspekt war die Bedeutung des „Alten Rheins“ der bisher zu wenig hervorgehoben wurde. Insgesamt wurde der Ansatz aus dem ersten Entwurf damit deutlich überarbeitet und nimmt viele Anregungen von den unterschiedlichsten Akteuren auf.

Stand: Unterlagen für den

2.3 Klima und Klimawandel

2.3.1 Klimaschutz und Klimaanpassung

Da der Klimawandel sich im Rahmen der weltweiten Klimaschutzbemühungen zwar begrenzen, aber nicht mehr ganz vermeiden lässt, muss man sich auch dem Thema der Anpassung an den Klimawandel bzw. an die Folgen der Erhöhung der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre stellen. Relevant im Hinblick auf die Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels (z.B. Hitzeereignisse oder Veränderungen von Niederschlagsmustern) sind dabei z.B. Lage, Versiegelungsgrad und Bebauungsart bzgl. Siedlungen, Hochwasserschutzeinrichtungen oder die Schaffung und der Erhalt von Frischluftschneisen und Kaltluftentstehungsgebieten. Im Einzelfall kann es z.B. sein, dass man an einem Standort auf eine Innenverdichtung verzichtet, um eine Frischluftschneise bzw. ein Kaltluftentstehungsgebiet im Sinne des Schutzes vor zunehmender Sommerhitze zu erhalten. Klimaanpassung wird dabei aber in der Regel zweckmäßiger Weise nur ein – ggf. sehr wichtiger – Aspekt bei entsprechenden Planungsentscheidungen sein, dem ggf. auch andere Aspekte in der Abwägung vorgehen können. Daher ist für eine allgemeine Vorgabe ein regionalplanerischer Grundsatz ausreichend, der die Klimaanpassung unterstützt. Weitergehende zielförmige Vorgaben der Regionalplanung zu Einzelaspekten (z.B. Hochwasserschutz), die stark auch durch die nötige Anpassung an den Klimawandel begründet sind (aber zugleich auch anderen Belangen dienen können, z.B. dem Tourismus bei der Walderhaltung), bleiben aber unberührt, denn hier hat dann die erforderliche Abwägung bereits auf der Ebene der Regionalplanung stattgefunden.

Auch bezüglich des Klimaschutzes – im Sinne von Beiträgen zur Begrenzung des Anstiegs der Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre, wie z.B. eine flächensparende Siedlungsentwicklung, der Ausbau regenerativer Energien oder die Schaffung und der Erhalt natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe – ist ein Grundsatz der hier gewählten Art zweckmäßiger als ein allgemeines Ziel. Denn dem Klimaschutz als ein Belang von vielen soll in der Abwägung nicht in jedem Fall Vorrang vor anderen privaten oder öffentlichen Belangen gegeben werden. Hier muss im Einzelfall je nach Thema geprüft werden, ob der Klimaschutz oder ggf. dem entgegenstehende Belange vorgehen. Weitergehende zielförmige Vorgaben der Regionalplanung zu Einzelaspekten (z.B. zu regenerativen Energien), die stark auch durch die nötige Anpassung an den Klimawandel begründet sind (aber auch anderen Belangen dienen können, z.B. der regionalen Wertschöpfung), bleiben aber unberührt, denn hier hat dann die erforderliche Abwägung bereits auf der Ebene der Regionalplanung stattgefunden.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Der Grundsatz steht mit den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes im Einklang und unterstützt dabei den sehr ähnlichen § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 S. 7 ROG: „Den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes ist Rechnung zu tragen, sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen.“ Die Aufnahme eines ähnlichen Grundsatzes in den Regionalplan ist dabei auch erforderlich um deutlich zu machen, dass der § 2 Abs. 2 S. 1 Nr. 6 S. 7 ROG nicht abschließend durch die anderen textlichen und graphischen Darstellungen des Regionalplans umgesetzt wird. Denn auch z.B. die Bauleitplanung und Landschaftsplanung sollen sich mit diesem Belang abwägend auseinandersetzen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die geplante Vorgabe trägt – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Die Vorgabe ist aus dem LEP NRW, insb. aus den Kapiteln 4-1 und 4-2, entwickelt. Die geplante Vorgabe stellt dabei eine Ergänzung der LEP-Grundsätze dar und macht deutlich, dass diese Themen nicht bereits abschließend mit dem Regionalplan abgearbeitet sind (z.B. über die Windenergiebereiche oder Überschwemmungsbereiche), sondern, dass auch in nachfolgenden Verfahren diese Aspekte in die Abwägung einbezogen werden müssen.

2.3.2 Klimaökologische Ausgleichsräume

Das bisherige Ziel „Klimaökologische Räume“ im Kap. 2.7 des GEP99 wird in der bisherigen Form gestrichen. Die Inhalte werden stattdessen weitgehend unverändert in einen Grundsatz überführt. Hintergrund dafür ist, dass die entsprechenden Belange sinnvollerweise einzelfallbezogen mit ggf. konkurrierenden Interessen abgewogen werden sollen. Dafür sind Grundsätze das geeignete Instrument. Die Vorgabenintention ist jedoch auch weiterhin sinnvoll, um die klimaökologischen Belastungsgebiete im Planungsraum zu schützen.

Nähere Angaben zu den Zusammenhängen können dabei den Erläuterungen zum Grundsatz entnommen werden. Hinzuweisen ist darauf, dass die Thematik von klimaökologischen Ausgleichsräumen auch eine Rolle spielt bei anderen Festlegungen des Regionalplans, wie z. B, den Regionalen Grünzügen (insb. bei Luv-Lagen der Wirkungsräume) oder im Einzelfall den Siedlungsbereichsdarstellungen. Daher wird an dieser Stelle ergänzend auch auf diese Vorgaben verwiesen.

Für den Erhalt klimaökologischer Ausgleichsräume spielt insbesondere die Landschafts- und Bauleitplanung eine entscheidende Rolle. An sie richtet sich daher auch der entsprechende Grundsatz in erster Linie. Die entsprechende Thematik soll dort einzelfallbezogen auf nachfolgenden Verfahrensstufen unter Berücksichtigung der kleinräumigen Verhältnisse (z.B. Kommunengrenzen überschreitende Frischluftbahnen) abgearbeitet werden. Besonders relevant wird die Thematik dabei mit Luftreinhalteplänen sein.

Anzumerken ist ergänzend, dass auf eine Beikarte Klima mit räumlichen Abbildungen - wie noch beim GEP99 als Erläuterungskarte vorhanden - verzichtet wird, da die genaue Lage und aktuelle Bedeutung der entsprechenden sensiblen Räume sich in der Regel nur auf einer sehr kleinteiligen Ebene unterhalb der Region in einer für die Grundsatzumsetzung hinreichend genauen Detaillierung ermitteln lässt. Die Lage kann sich zudem z.B. durch zwischenzeitliche Nutzungsänderungen auch laufend ändern.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Der geplante Grundsatz korrespondiert und ist vereinbar mit § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 1 ROG, wonach der Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen ist.

Die geplanten Vorgaben tragen – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans – auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

„die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen“ sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. den Grundsätzen in den Kapiteln 4-1 „Klimaschutz“ und 4-2 „Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung)“, vereinbar. Die geplanten Vorgaben im Regionalplan stellen dabei eine Konkretisierung des Grundsatzes 4-2 des LEP NRW dar.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

3. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: SIEDLUNGSSTRUKTUR

3.1 Festlegungen für den gesamten Siedlungsraum

3.1.1 Siedlungsbereiche entwickeln, Freiraum schützen

Zu Z1

Die neuen Vorgaben im Kapitel 3.1.1 ersetzen das bisherige Ziel 1 des Kapitels 1.1 des GEP99.

Z 1 greift hierbei die Regelung aus Ziel 1.1 und Ziel 1.2 des GEP99 zur Siedlungsentwicklung innerhalb der Siedlungsbereiche auf. Die beiden Ziele des GEP99 wurden im RPD zusammengefasst, um das Verhältnis der vorrangigen Siedlungsentwicklung innerhalb der Siedlungsbereiche und der Eigenbedarfsentwicklung außerhalb zu verdeutlichen. Der Text wurde geändert, um den rechtlichen Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung gerecht zu werden. Die Ziele 1.3 - 1.4 des GEP99 wurden an dieser Stelle nicht weiter aufgeführt, weil sich das Ziel 1.3 auch schon aus den Vorgaben des LEP NRW ergibt und das Ziel 1.4 später im Freiraumkapitel inhaltlich behandelt wird.

Ziel 1 soll bewirken, dass die Siedlungsentwicklung konzentriert wird. Durch die Konzentration der Siedlungsentwicklung innerhalb der Siedlungsbereiche soll eine verkehrsvermeidende und flächensparende Zuordnung von Wohnungen und Arbeitsplätzen und anderen räumlichen Funktionen entstehen. Die Allgemeinen Siedlungsbereiche sind dort verortet, wo ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen besteht. Die Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen schließen in der Regel an bestehenden Siedlungsnutzungen an und bieten Raum für emittierende Betriebe.

Die Konzentration der Siedlungsentwicklung in diesen Bereichen (ASB und GIB) trägt dazu bei, Zersiedlung zu verhindern, Wege zur Versorgung und zur Arbeit möglichst kurz zu halten und eine langfristig finanziell tragfähige Infrastrukturausstattung vorzuhalten, damit langfristig die Daseinsvorsorge gesichert wird. Diese Zielsetzung ist vor allem vor dem Hintergrund des demographischen Wandels wichtig.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Das ROG hat dies direkt zu Beginn im § 2 bei den ersten drei Grundsätzen der Raumordnung verdeutlicht. Diese Grundsätze sind im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung nach § 1 Abs. 2 anzuwenden und durch Festlegungen in Raumordnungsplänen zu konkretisieren: „In seinen Teilräumen sind ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse anzustreben. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, (…). Demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen ist Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung und Arbeitsplätzen (…). Die Siedlungstätigkeit ist räumlich zu konzentrieren, sie ist vorrangig auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur und auf Zentrale Orte auszurichten. (…) die Flächeninanspruchnahme im Freiraum ist zu begrenzen. (…) Die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, ist zur Sicherung von Chancengerechtigkeit in den Teilräumen in angemessener Weise zu gewährleisten; (…). Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Erhaltung der Innenstädte und örtlichen Zentren als

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zentrale Versorgungsbereiche zu schaffen.“ Der Gesetzgeber zielt hier auf die Auswirkungen des demographischen Wandels ab. Dieser Wandel, der in der hiesigen Region als Übergang zu einer kleineren, älteren und individualisierten Gesellschaft beschrieben werden kann, erzeugt veränderte Wohnstandortbedarfe. Während in der Planungsregion in den letzten 10 Jahren ein zentraler Wohnversorgungsbestandteil die planerische Sicherung und Verteilung von Gebieten für das familienorientierte Wohnen war, wird es in Zukunft zunehmend relevant, dem Wohnraumbedarf kleinerer Haushalte, zumeist mit älteren Bewohnern, Rechnung zu tragen. Gerade für älter werdende Haushalte ist die Nähe zu Infrastruktureinrichtungen wichtig. Eine heutige Konzentration der Siedlungsentwicklung trägt in Zukunft dazu bei, Infrastrukturunterauslastung oder räumliche Fragmentierung der Siedlungsstruktur zu vermeiden. Dies ist wichtig, weil Infrastruktureinrichtungen durch weniger Menschen finanziert werden müssen, weite Wege Emissionen frei setzen und den Energieverbrauch erhöhen. Eine räumliche Zusammenführung und Konzentration von Wohnungen, Arbeitsstätten, Versorgungseinrichtungen und Freizeitaktivitäten trägt dazu bei, Flächenressourcen zu schonen und wirtschaftliche und soziale Beziehungen zu erleichtern.

Darüber hinaus begründet sich die Unterscheidung in Allgemeine Siedlungsbereiche und nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen in der Aufforderung im Landesentwicklungsplan, diese räumliche Unterscheidung vorzunehmen (Ziel 2-3 LEP NRW).

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Kapiteln 6.1 und 6.2, vereinbar. Insgesamt zielen die Grundsätze des LEP NRW unter 6.1 auf eine kompakte nachhaltige Siedlungsentwicklung ab. Diese Grundsätze sind hier in die planerischen Überlegungen miteingestellt. Zudem ist laut LEP NRW, Grundsatz 6.2-1, „die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden (…) auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche auszurichten, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen.“ Andere vorhandene Allgemeine Siedlungsbereiche können erweitert werden, wenn topographische Gegebenheiten oder andere vorrangige Raumfunktionen einer Erweiterung der zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereiche entgegenstehen. In Ziel 2-3 wird zudem geregelt, dass kleinere Ortsteile, die nicht über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen, auf eine Eigenentwicklung beschränkt bleiben sollen. Im Regionalplanentwurf sind alle Ortsteile, die nicht als Siedlungsraum dargestellt wurden, untersucht worden. Die Untersuchung umfasste eine Erhebung der öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen zur Vorbereitung der Planunterlagen in 2013. Im Jahr 2015 ist eine Überprüfung und Aktualisierung erfolgt. Die Ortsteile, die nicht als Siedlungsbereiche dargestellt werden, entbehren alle ein gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen. Gleichzeitig fehlt innerhalb oder im Einzugsbereich dieser Ortsteile auch eine tragfähige Bevölkerungsgröße, um erforderliche Infrastruktureinrichtungen aufzubauen oder langfristig sichern zu können. Um das Wohnen – auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels – in der Nähe von Infrastruktureinrichtungen zu ermöglichen, muss die Bautätigkeit auf Bereiche gelenkt werden, in denen Infrastruktur vorhanden ist. Gleichzeitig wird mit ihrer weiteren Ausnutzung ihr Fortbestand gesichert.

Die Bemessung der Eigenentwicklung ist auf die natürliche Bevölkerungsentwicklung abgestellt. Deshalb bedarf es in der Begründung für weitere Wohnbauflächen in den Eigenbedarfsortslagen einer differenzierten Darstellung, warum ein Neubaubedarf der ortsansässigen Bevölkerung in Zukunft zu erwarten ist. Diese differenzierte Darstellung kann zum einen aus einer ortsteilscharfen Statistik abgeleitet werden oder wenn diese nicht vorhanden ist, ermöglichen Rückschlüsse von der kommunalen Bevölkerungsstruktur auf die Ortsteile Aus-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

sagen zum Eigenbedarf in den nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen. Der Neubaubedarf kann sich bspw. auch aus einem steigenden Wohnflächenkonsum und sich verkleinernden Haushalten ergeben. Die städtebauliche Entwicklung in den nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen ist damit möglich, wird aber nur unter den Erfordernissen des Eigenbedarfes gesehen. Der damit verbundene hohe Regelungsgehalt für die kommunale Bauleitplanung ist vor allem mit der oben skizzierten demographischen Entwicklung begründet. Der Druck auf die nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen ist nachfrageseitig vor allem aufgrund seiner günstigen Grundstückspreise weiterhin vorhanden. Hierdurch entstehen aber Kosten, die dann später von der Allgemeinheit zu tragen sind (Infrastrukturausbau, Umweltkosten). Der Zuzug, der vielen Gemeinden in Zukunft verbleibt, soll deshalb auf die dargestellten Siedlungsbereiche konzentriert werden. Würde man diese Regelung nicht treffen, würde die wenige Siedlungsentwicklung, die überhaupt noch stattfindet, zu einem großen Teil in den nicht dargestellten Ortslagen passieren und dies würde eine nachhaltige ressourcenschonende Entwicklung verhindern. Es würde eine zersiedelnde Siedlungstätigkeit hervorrufen, die weitere Infrastrukturmaßnahmen erfordere. Teile der Bevölkerung würden zum Einkaufen, Schulbesuch oder Arbeiten zusätzlich erhebliche Wege zurücklegen. Regelmäßig würde hierdurch der Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs hervorgerufen. Aber auch beispielweise die mobile Alterspflege würde sich verteuern.

Für bereits in den nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen ansässige gewerbliche Betriebe können Bauflächen für eine Erweiterung oder Verlagerung geplant werden. Eine Neugründung soll in den dargestellten Siedlungsbereichen erfolgen, da dort eine ausreichende Infrastruktur vorhanden ist (z.B. technische Infrastruktur, ÖPNV-Anbindung, Kindergärten, Versorgungseinrichtungen) und ein größeres Arbeitskräftepotential besteht. Es besteht sonst die Gefahr, dass mittel- und langfristig expandierende Betriebe die Infrastruktur dieser kleinen Ortsteile überfordern und durch ein nicht ausreichendes Arbeitskräftepotential vor Ort zusätzliche Verkehre hervorgerufen werden. Bei einer vollständigen Umstrukturierung eines Betriebsstandortes in einer Eigenbedarfsortslage ist zu prüfen, ob eine Verlagerung des Betriebes in den Siedlungsbereich wirtschaftlich zumutbar ist.

Ziel 2 greift die Erläuterungen 8 des Ziels 2.1 auf. Hier wurde im GEP99 die Zielwirkung der Erläuterungskarte “Sondierungen für eine zukünftige Siedlungsentwicklung” dargestellt. Da es sich hierbei aber stärker um eine Regelung des Siedlungsbereiches handelt, ist im neuen Regionalplan ein Ziel im Kapitel „Siedlung“ hinzugefügt worden. In dem Kapitel 3.1.1 wird das Verhältnis von Freiraum und Siedlungsbereiche geregelt. Die Sondierungsbereiche liegen alle im Freiraum, eignen sich aber für eine Siedlungsentwicklung. Die in der Beikarte 3A dargestellten Sondierungsbereiche für Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) bzw. für Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sind für eine entsprechende regionalplanerische Bereichsdarstellung für einen etwaigen zukünftigen Bedarf gesichert. Dies ist aus strategischen Gründen wichtig, da trotz komplexer Bedarfsberechnung der langfristig bestehende – also über 20 Jahren hinausgehende – Bedarf nicht mit hoher Sicherheit kalkuliert werden kann. Der Nutzungsdruck auf den Raum ist in der Region Düsseldorf sehr hoch und es ist wichtig, dass auch sehr langfristig Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung im Anschluss an den bestehenden Siedlungsraum erhalten bleiben. Sondierungsbereiche halten eine solche Entwicklungsmöglichkeit offen. Ob diese Sondierungsbereiche erst in der nächsten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes zum Tragen kommen oder ob ein bisher nicht absehbarer Bedarf im Laufe des Planungszeitraumes eine regionalplanerische Inanspruchnahme erforderlich macht, kann derzeit nicht bestimmt werden (siehe hierzu auch Kap.7.1.1.6 für ASB). Deshalb ist es wichtig dieser Unsicherheit mit einer planerischen Dar-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

stellung zu begegnen, die Entwicklungsoptionen für gute Standorte für die weitere Zukunft offenhält. Außerdem bieten sich diese Sondierungsbereiche – von ihrer Standorteignung her – an, als mögliche Tauschflächen entsprechend LEP NRW, Ziel 6.1-1, zu fungieren, wenn bestehende ASB-Potentiale aus bisher nicht ersichtlichen Gründen nicht in Anspruch genommen werden können und wieder als Freiraum dargestellt werden.

Im Kreis Kleve sind die Bereiche des Gewerbeflächenpools als Sondierungsbereiche gesichert, die aktuell nicht mehr als GIB dargestellt sind. Hiermit soll die Möglichkeit ihrer erneuten Darstellung im Regionalplan für den Fall der Rückabwicklung des Gewerbeflächenpools gewährleistet bleiben. Die einzelnen Flächen sind im Folgenden dargestellt. Sie schließen alle an Siedlungsbereichen an und entsprechen in der Regel den standörtlichen Kriterien für die Siedlungsbereichsdarstellungen für ASB und GIB wie sie unter 7.1.1 und 7.1.4 dargestellt sind. Die Bereichsauswahl ergibt sich zudem in den meisten Fällen aus der Übernahme bestehender Sondierungsbereiche aus dem GEP99. In wenigen Fällen sind es auch Flächen, die zwar standörtlich für eine Entwicklung geeignet sind, die aber nicht mehr im Bedarfsrahmen liegen und von der Kommune aber als wichtige Entwicklungsoption eingestuft werden.

Die Flächen sind als Sondierungen für ASB und Sondierungen für GIB dargestellt. Die übrigen Darstellungen in den Karten entsprechen ausschnitthaft den Siedlungsbereichs- und Freiraumdarstellungen des RPD-Entwurfes Stand März 2016. Hiermit kann die Verortung der Flächen sichergestellt werden.

Die Legende gilt für die Abbildung 3.1.1.1a-l. Als Hintergrundrundkarte sind die flächendeckenden Darstellungen des Regionalplanes hinterlegt.

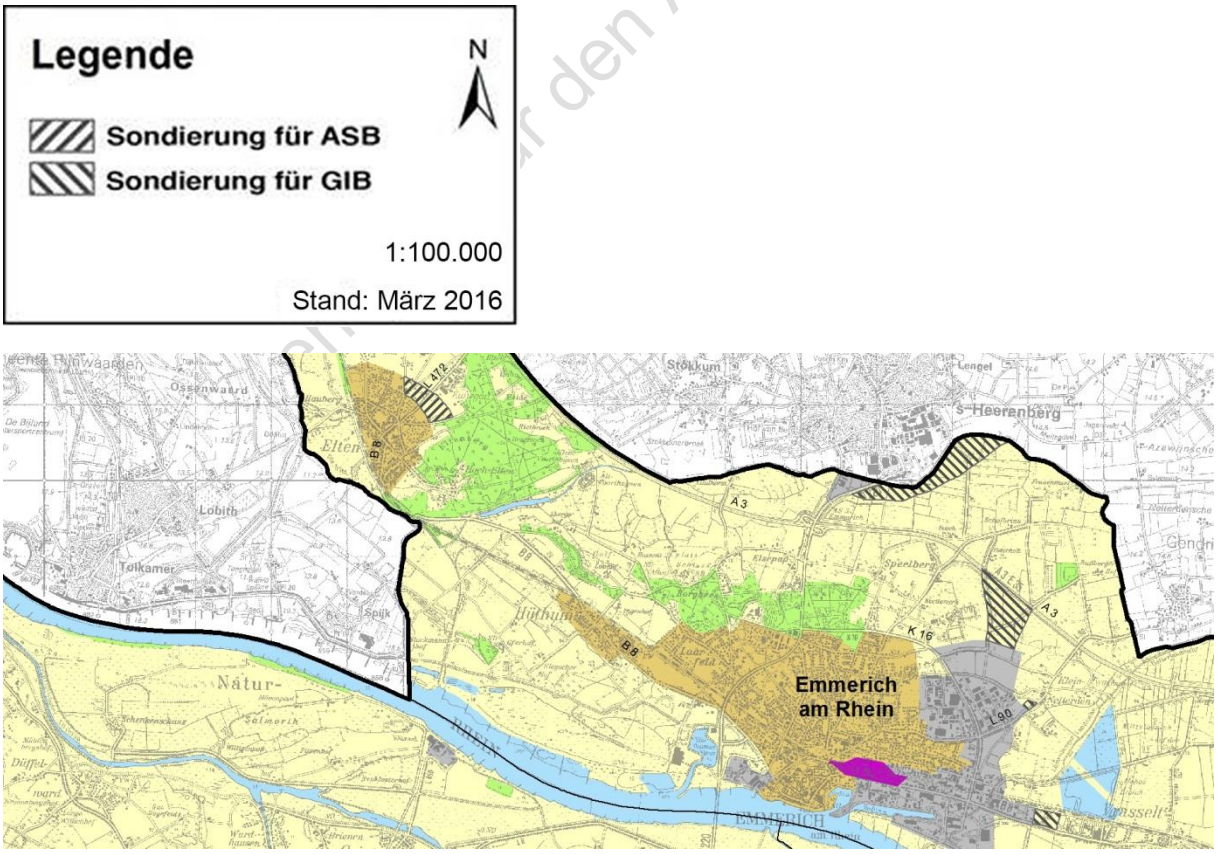


Abb. 3.1.1.1a: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Emmerich am Rhein

Entwurf für den Aufstellungsbeschluss

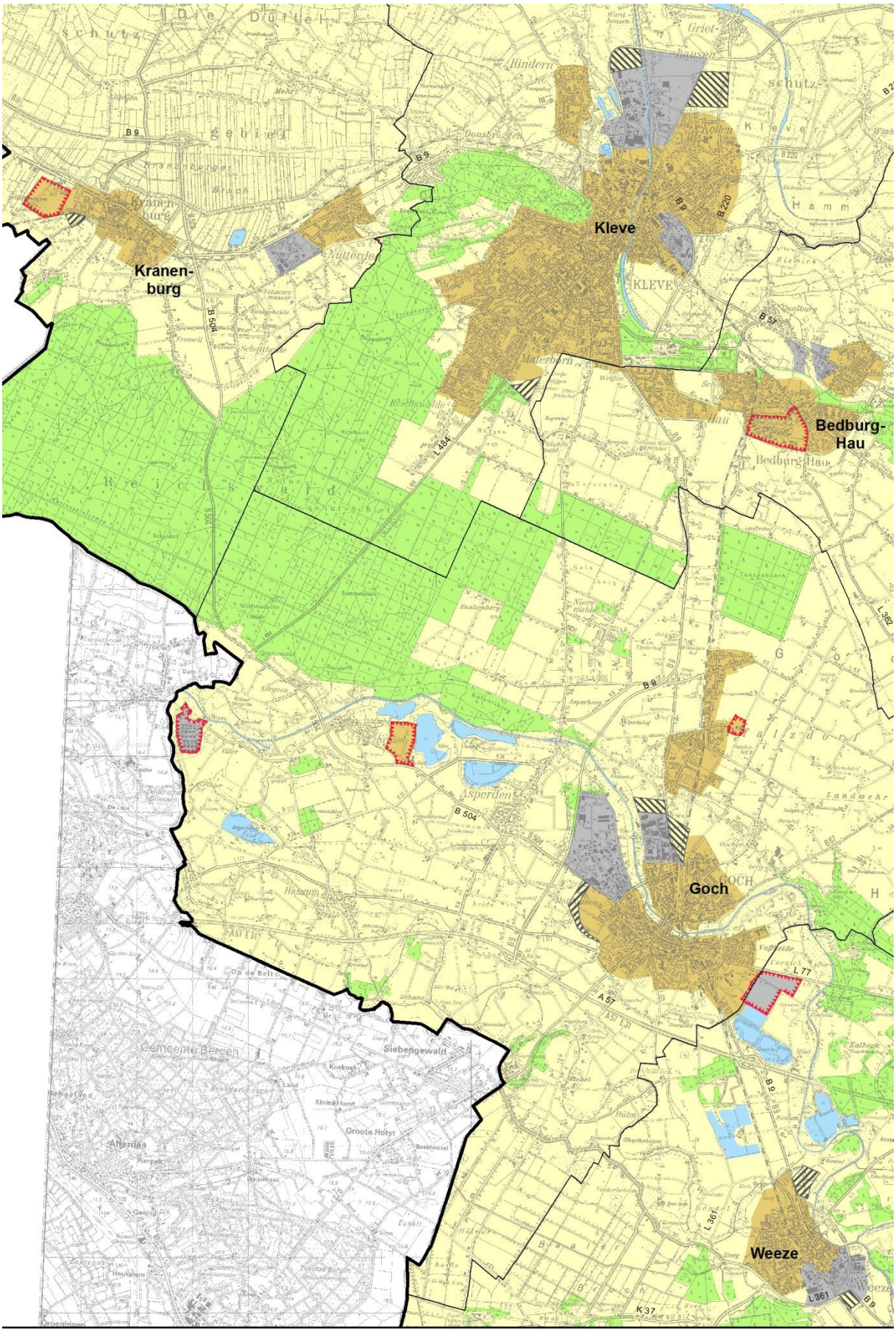


Abb. 3.1.1.1b: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Kranenburg, Kleve, Goch und Weeze

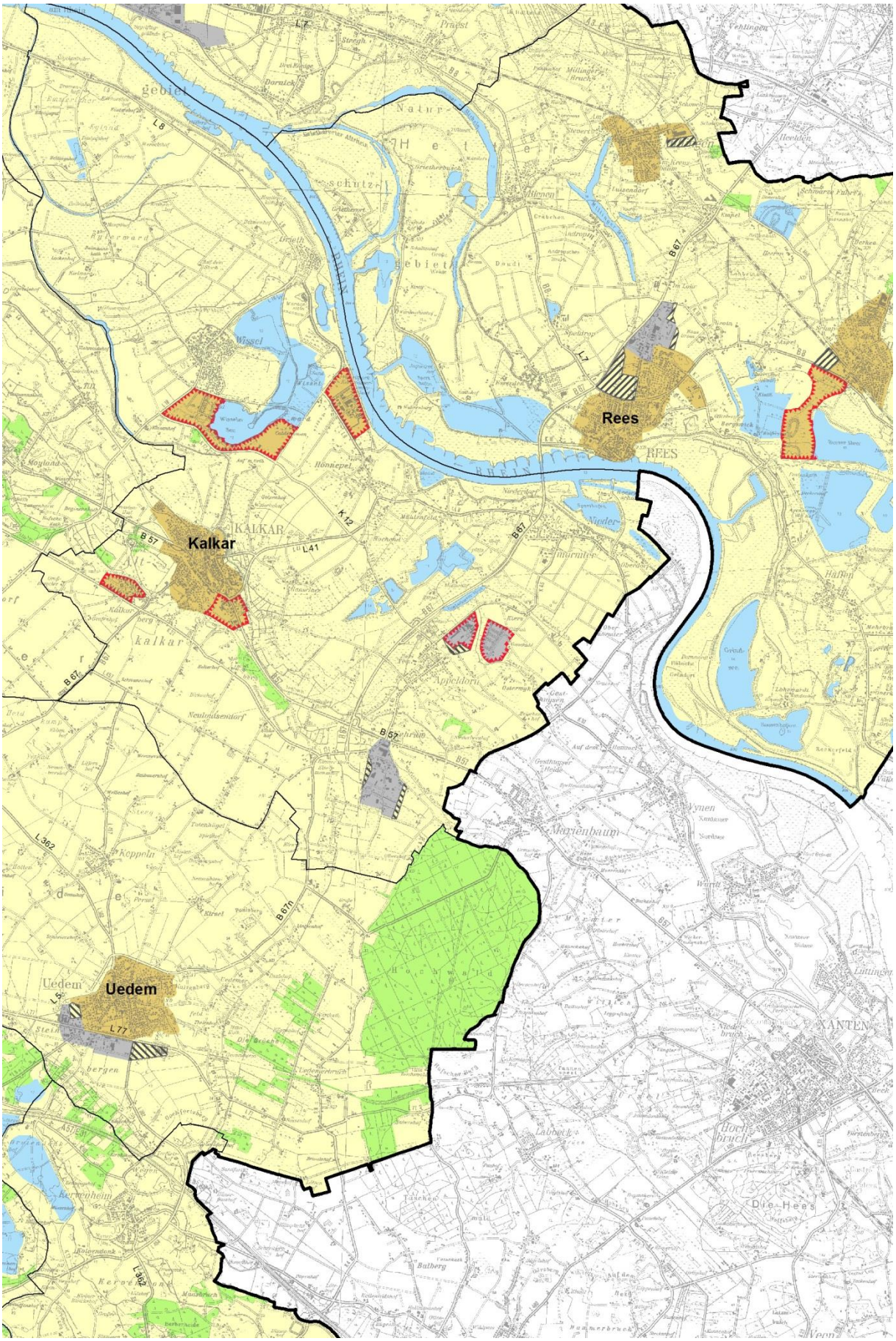


Abb. 3.1.1.1c: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Rees, Kalkar und Uedem

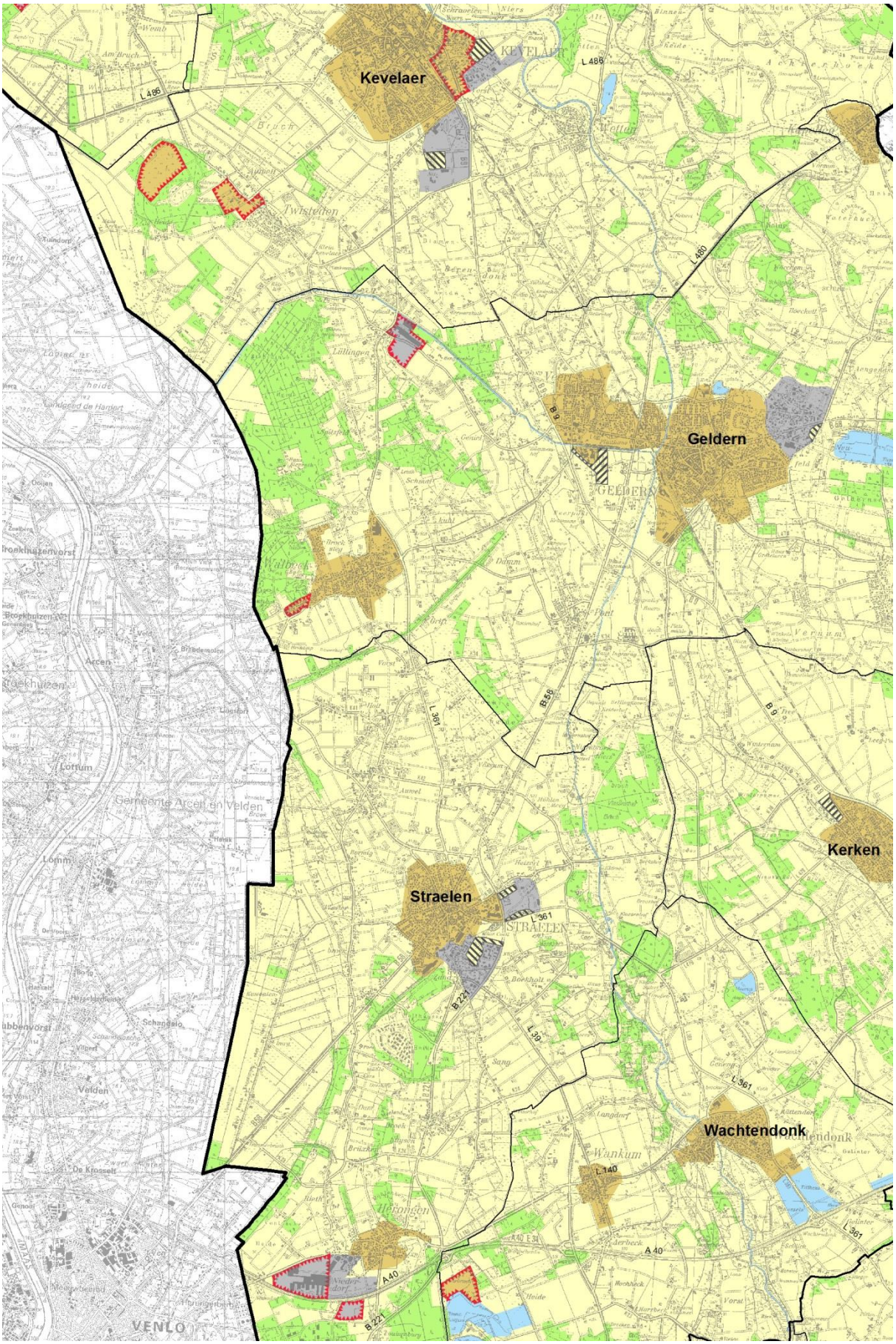


Abb. 3.1.1.1d: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Kevelaer, Geldern, Straelen und Kerken (westl. Teil)

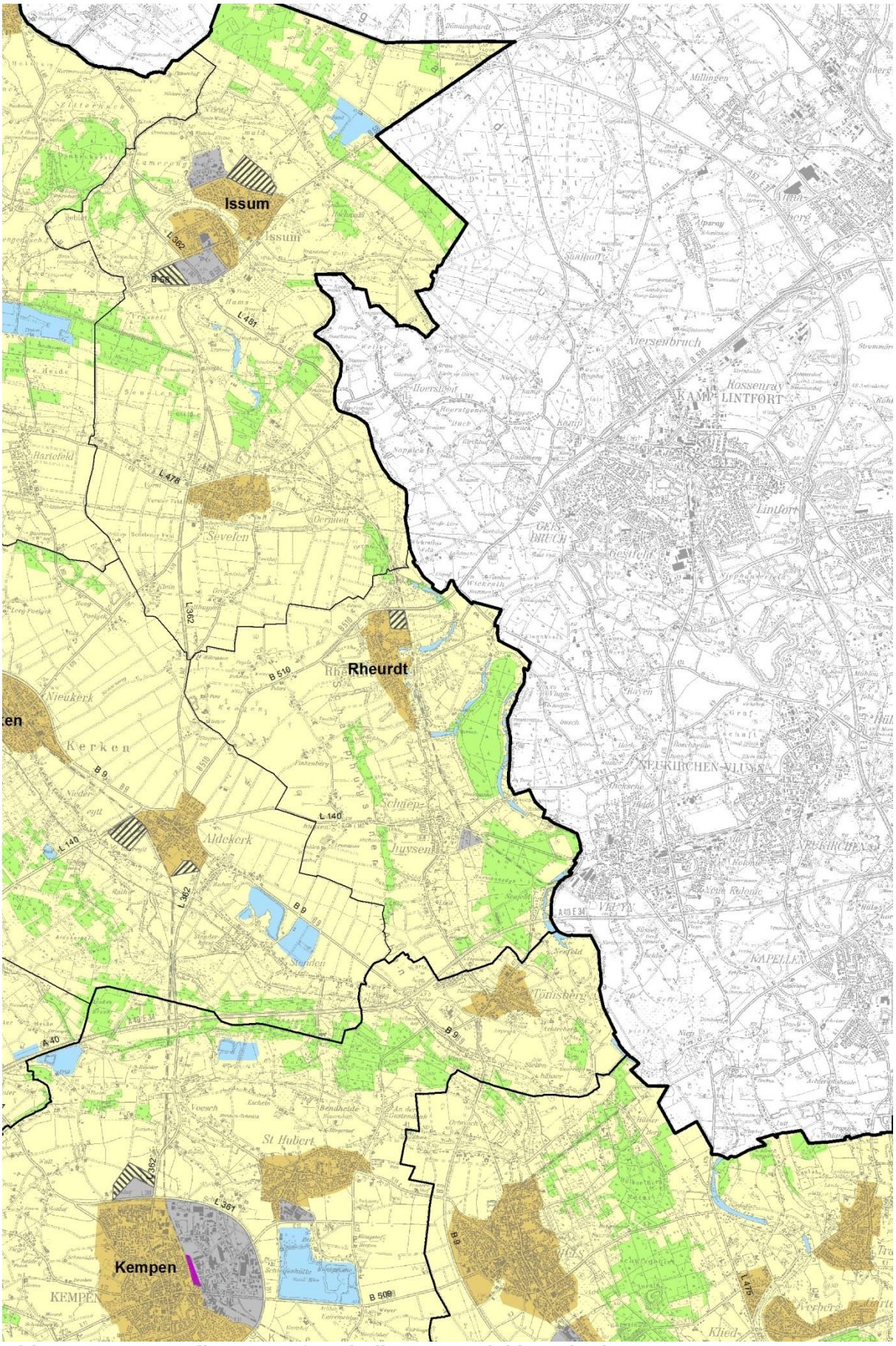


Abb. 3.1.1.1e: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Issum, Kerken (östl. Teil), Rheurdt und Kempen

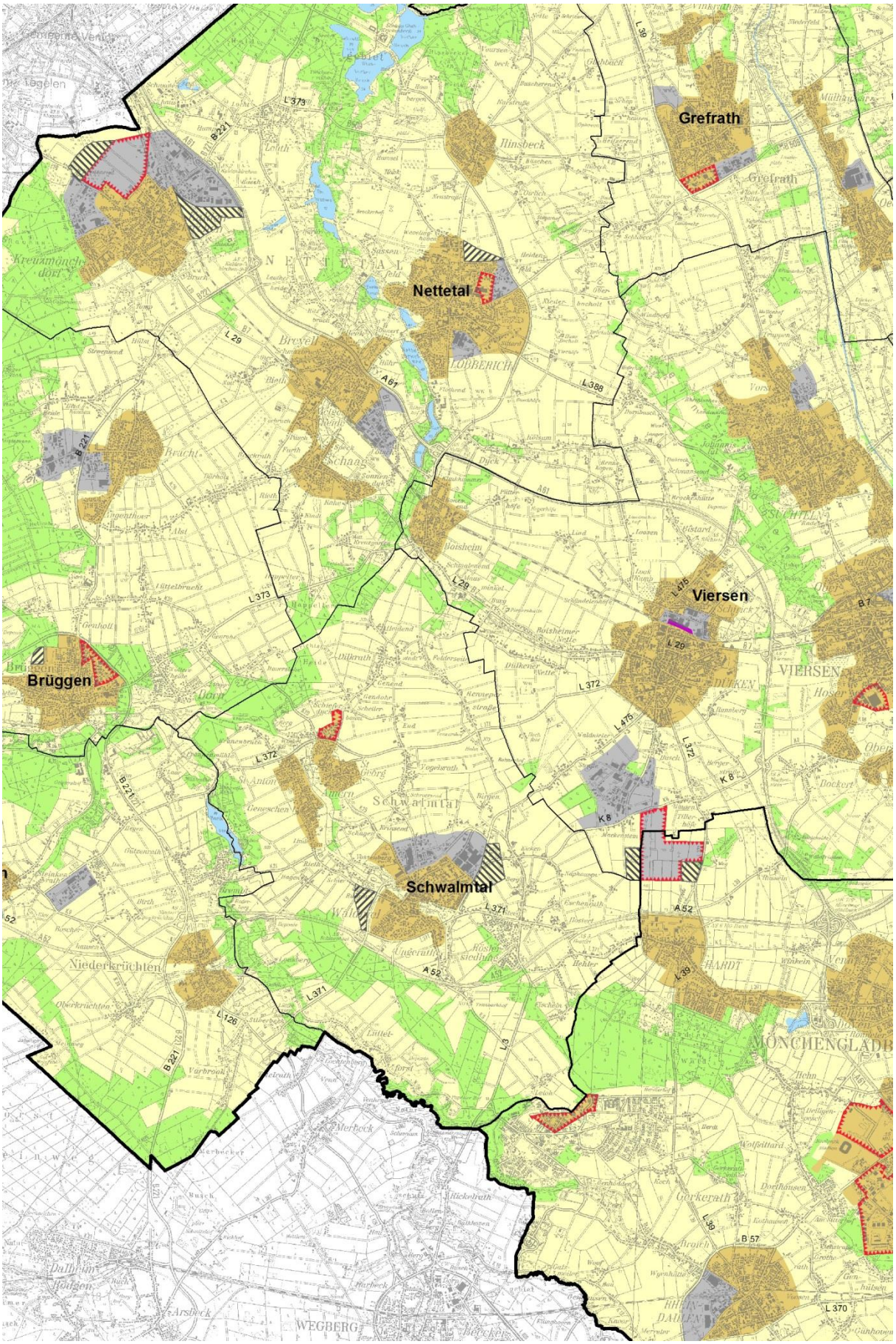


Abb. 3.1.1.1f: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Nettetal, Viersen, Schwalmtal und Mönchengladbach

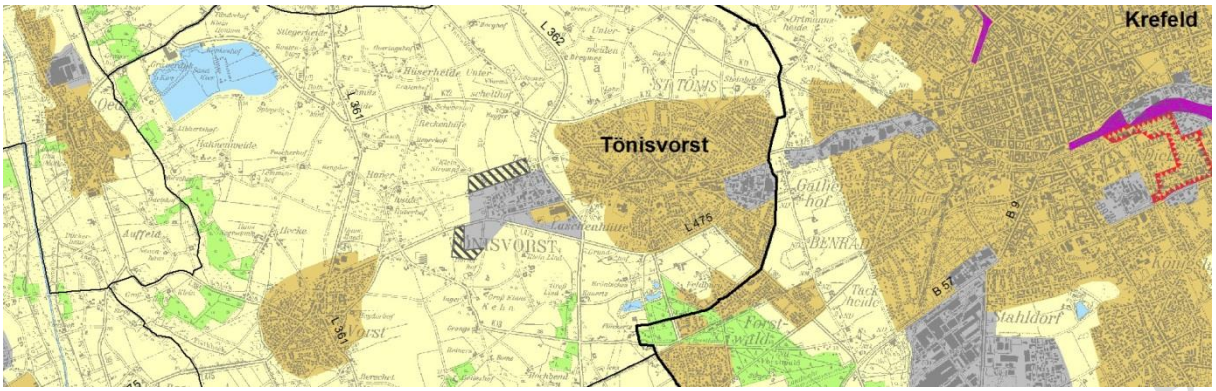


Abb. 3.1.1.1g: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Tönisvorst

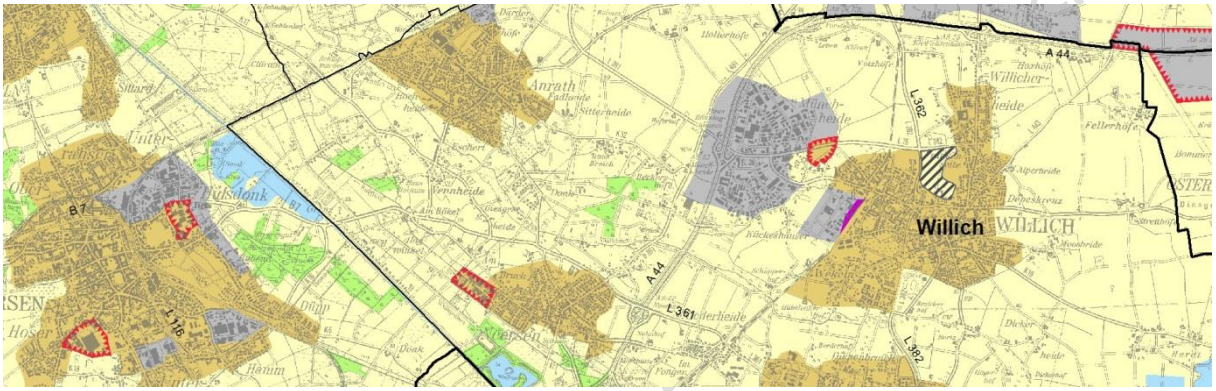


Abb. 3.1.1.1h: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Willich

Stand: Unterlagen für den Beschluss

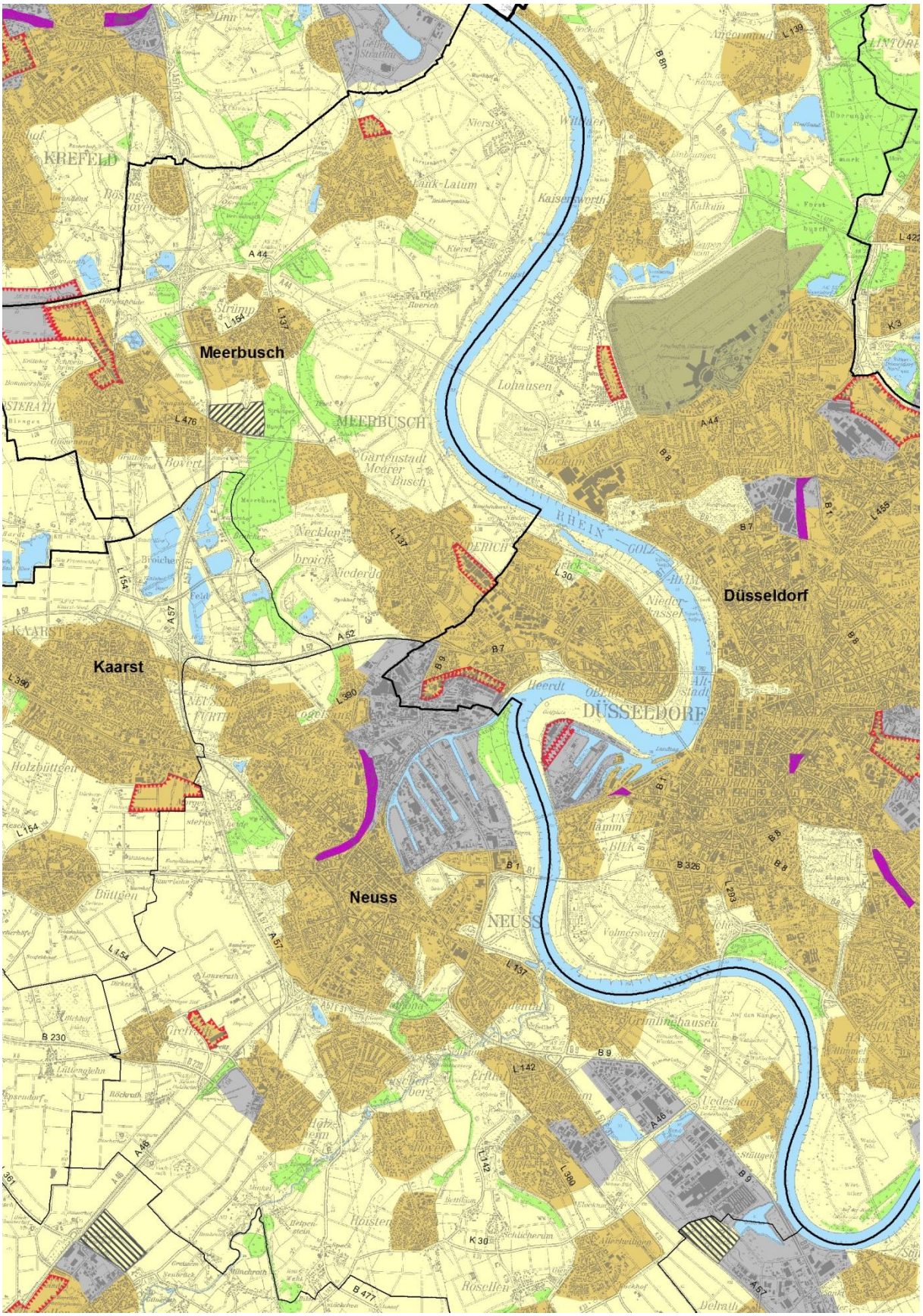


Abb. 3.1.1.1i: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommunen Dormagen, Grevenbroich und Meerbusch

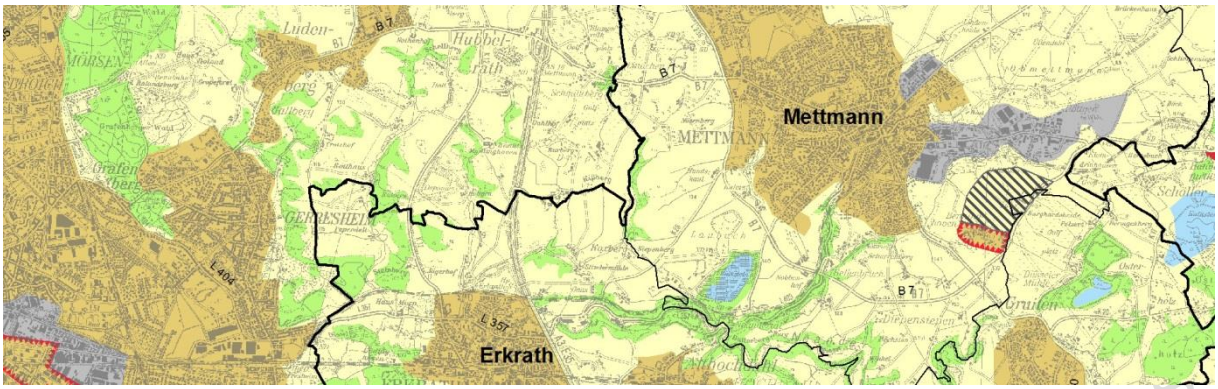


Abb. 3.1.1.1j: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Mettmann

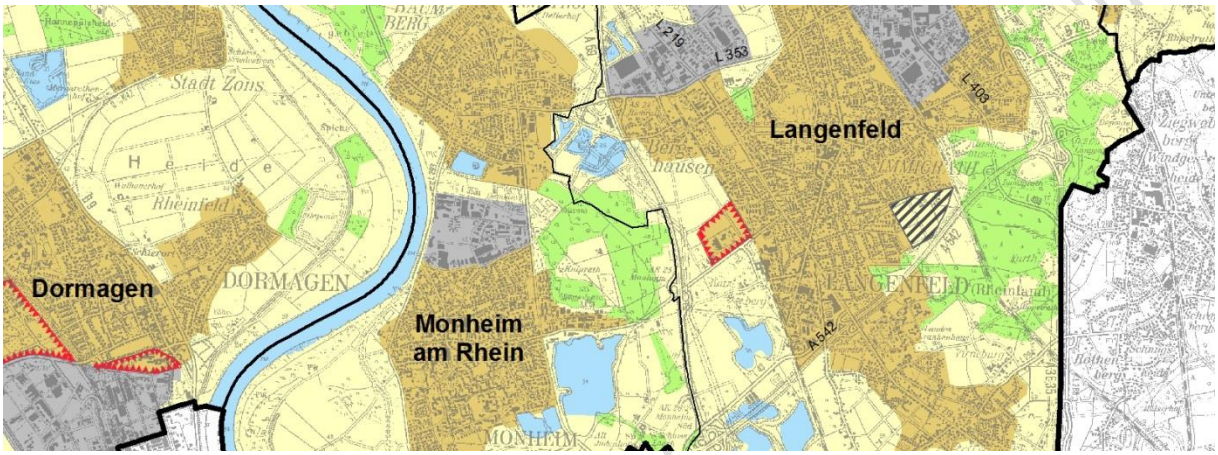


Abb. 3.1.1.1k: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Langenfeld

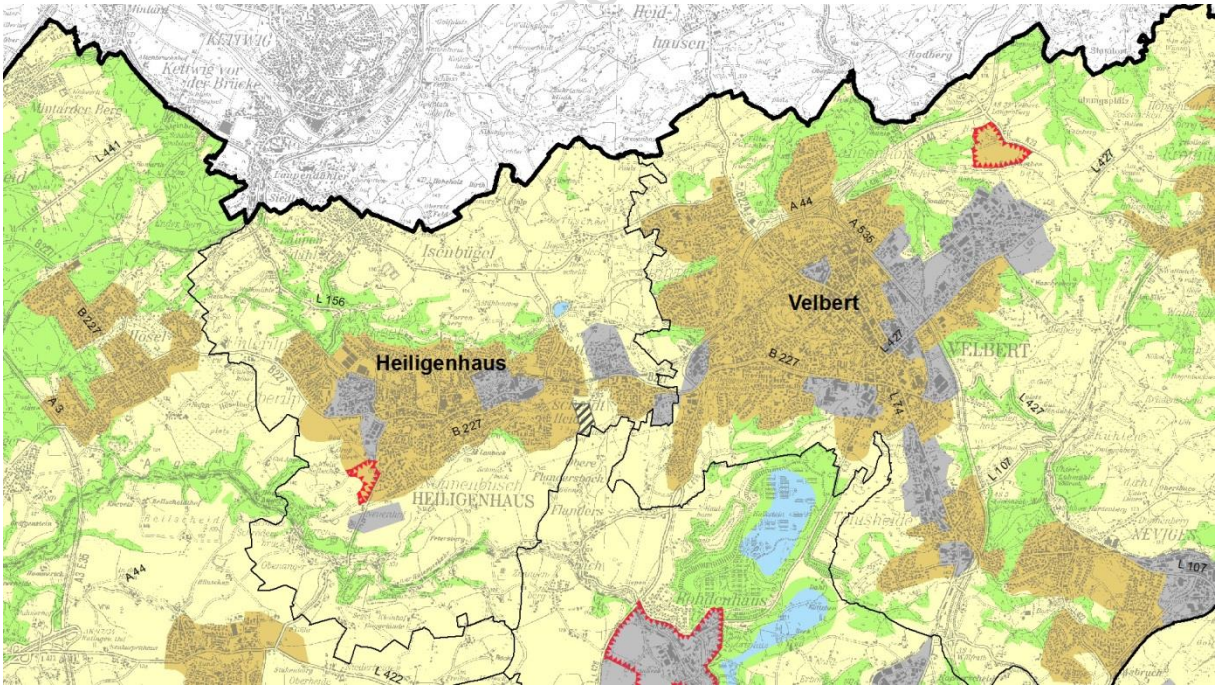


Abb. 3.1.1.1l: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommune Heiligenhaus

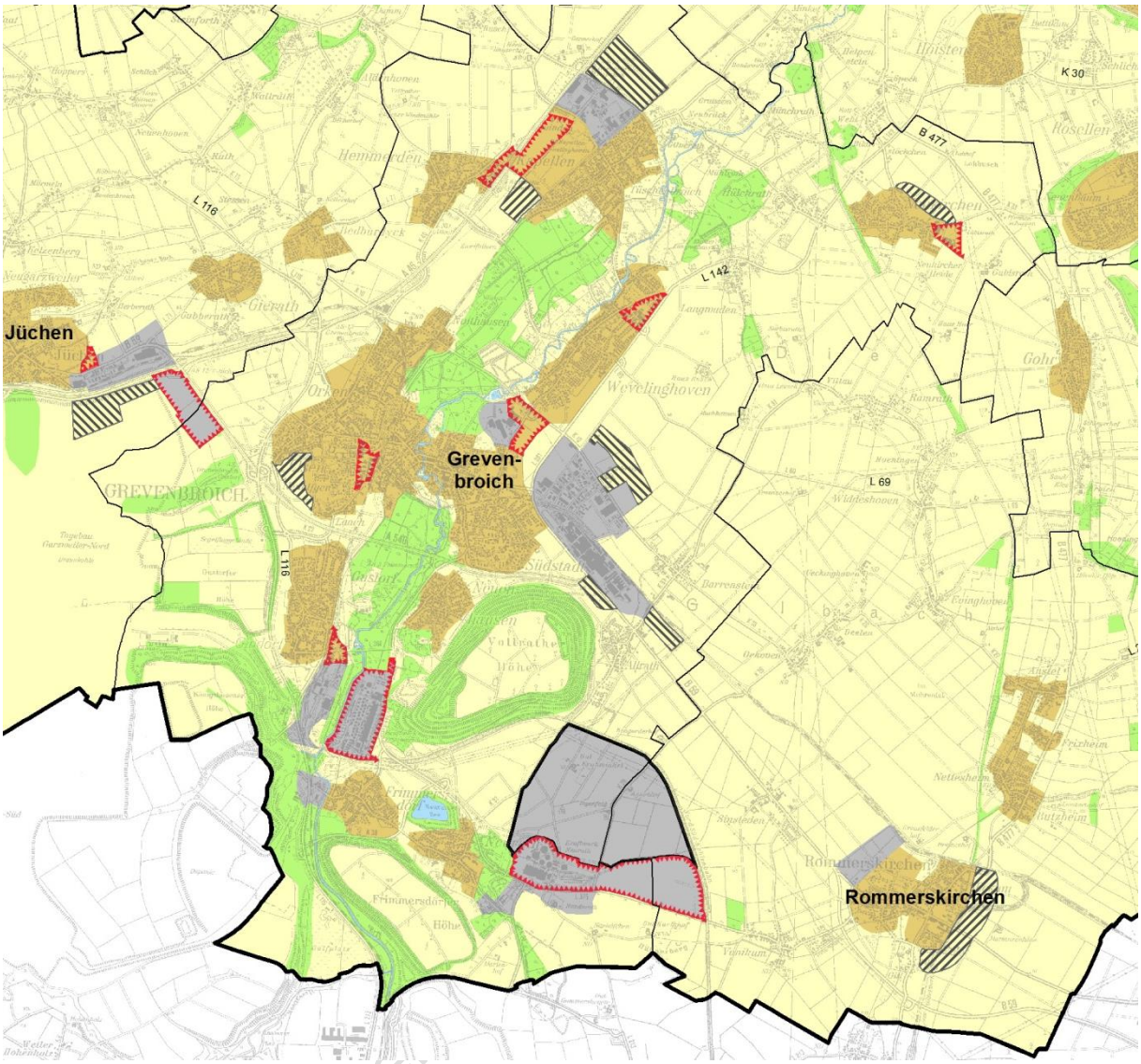


Abb. 3.1.1.1.m: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in den Kommunen Rommerskirchen, Grevenbroich und Jüchen

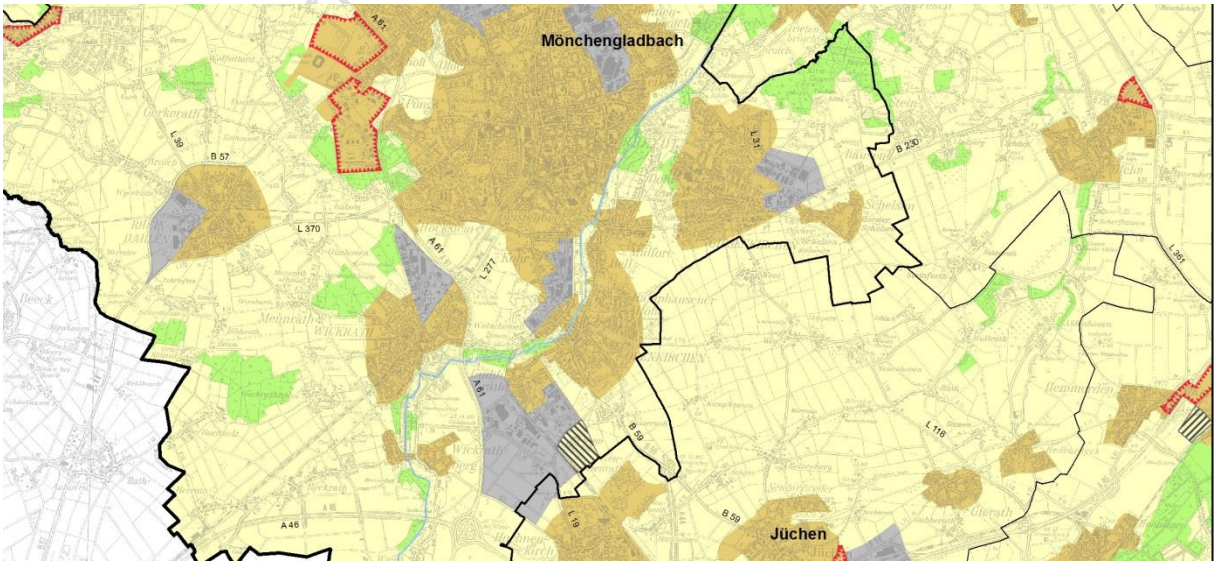


Abb. 3.1.1.1.n: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in Mönchengladbach

3.1.2 Verantwortungsvolle Flächeninanspruchnahme

Ziel 1 stellt zunächst klar, dass die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung nicht nur Aufgabe der Regionalplanung sondern auch der Kommunen ist, damit genügend Möglichkeiten für siedlungsbezogene Nutzungen in der Region auf der umsetzungsorientierten Ebene der kommunalen Bauleitplanung geschaffen werden. Der bisherige Regionalplan GEP99 machte hierzu nur in den Erläuterungen zum Ziel 2.1 des Kapitels 1.1 des GEP99 Ausführungen. Da sich in der Umsetzungsphase des GEP99 gezeigt hat, dass das Thema Bedarfsberechnung sehr viel Diskussion zwischen den Kommunen und der Regionalplan hervorgebracht hat, soll dieses Thema ausführlicher für die Bauleitplanung aufbereitet werden, damit es besser bestimmt werden kann. Wieviel Bedarfe in den einzelnen Kommunen in einem Planungszeitraum von 20 Jahren gegeben sind, wird in den Erläuterungen dargestellt. Die Berechnungsgrundlagen und methodischen Ansätze hierfür werden im Kapitel 7.1.1 und 7.1.4 bei der Begründung der zeichnerischen Darstellung für ASB und GIB dargestellt.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den geplanten Vorgaben im Regionalplan soll entsprechend §§ 1 und 2 ROG u.a. die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung geschaffen werden.

Die Vorgabe zur Siedlungsentwicklung in der Planungsregion entsprechen den Zielen des Landesentwicklungsplanes (LEP NRW, Ziel 6.1-1), nachdem die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht und flächensparend an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft, den vorhandenen Infrastrukturen sowie den naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotenzialen auszurichten ist. Hier werden zwei Zielsetzungen gleichermaßen verfolgt: so wenig wie möglich, aber so viel wie nötig. Es gilt zum einen, eine nicht erforderliche Inanspruchnahme von Freiraum für bauliche Zwecke zu vermeiden und übermäßige Bauflächenausweisungen in Kommunen zu verhindern, die zu Lasten anderer Kommunen gehen würden. Zum anderen soll so viel Fläche bereitgestellt werden, dass die wirtschaftliche Entwicklung in der Region weiter zunehmen kann und die Bedürfnisse der Wohnbevölkerung quantitativ und qualitativ gedeckt werden können. Bei diesen beiden Zielsetzungen spielt auch der Grundsatz zur flächensparenden Siedlungsentwicklung (LEP NRW G 6.1-2) eine zentrale Rolle. Der flächensparende Ansatz zeigt sich hier im Entwurf an unterschiedlichen Stellen wieder. Zunächst ist es die Konzentration der Siedlungsentwicklung, dann ist es das Ziel „Innen vor Außenentwicklung“ und als drittes die Einbeziehung von nicht zu geringen Dichtewerten bei der Ermittlung der Siedlungsdarstellungen. Dem Grundsatz kann im bestehenden Zielgerüst des LEP NRW nur genüge getan werden, wenn die Gemeinden dichtere Bauleitplanung betreiben und das Ziel Innen vor Außenentwicklung forciert verfolgen. Hierzu schafft der Regionalplan die richtigen Voraussetzungen.

Das Berechnungs- und Bilanzierungskonzept, das im Kapitel 7.1.1.6 für Wohnen und im Kapitel 7.1.4.4 für Gewerbe dargestellt wird, stellt die notwendige regionale Konkretisierung einer landesweit im LEP NRW festgelegten Bedarfsberechnungsmethode dar. Diese Berechnungen beruhen auf verschiedenen Daten und methodischen Ansätzen. Wichtige Entscheidungsgrundlage für beide Themenfelder ist zudem das Siedlungsmonitoring, welches gemäß § 4 Abs. 4 Landesplanungsgesetz NRW vom 8. April 2010 durch die Regionalplanungsbehörden in Zusammenarbeit mit den Kommunen (§ 37 Abs. 2. Satz 2 LPlG) durchgeführt wird. Durch die regelmäßige Erhebung von Flächenreserven für Gewerbe und Wohnen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

kann in der Zukunft festgestellt werden, ob genügend Reserven vorhanden sind und auf unvorhersehbare Bedarfe reagiert werden.

Das Ziel 2 greift die Regelung aus Ziel 2.1 des Kapitels 1.1 des GEP99 auf. Der Regelungsinhalt bleibt der gleiche, der Text wurde nur insoweit geändert, dass er den rechtlichen Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung gerecht wird. Das Ziel definiert für den Planungsraum einen Mindeststandard, wie Innen- vor Außenentwicklung planerisch auf der Ebene der Bauleitplanung operationalisiert werden kann. Die kommunale Bauleitplanung kann mit der Abarbeitung des Ziels selbst bemessen, ob sie der raumordnerischen Vorgabe der „Innen- vor Außenentwicklung“ gemäß dem LEP NRW genüge tut. Es war im Vorfeld der Regionalplanerarbeitung im Rahmen der Runden Tische vielfach angeregt worden, das Ziel nicht zu verschärfen und den nötigen Handlungsspielraum, wie er auch im GEP99 benannt war, zu belassen, aber die Vorgabe insofern neu zu formulieren, dass eine stärkere Operationalisierung (Stichwort „Bestimmbarkeit des Ziels“) erfolgen soll. Deshalb ist zu betonen, dass mit der Neuformulierung des Ziels keine inhaltliche Verschärfung, sondern nur eine klärende Formulierung des alten Ziels erfolgt.

Wichtig bei der Fragestellung, ob eine Gemeinde der Innenentwicklung genüge tut, muss zunächst erstmal die Klärung des Bedarfes vorher erfolgen, weil je nachdem wie viel Bedarf in den kommenden Jahren (Planungshorizont) erwartet wird, werden die Entwicklungspotentiale unterschiedlich bewertet. Beispiel: Zwei Gemeinden verfügen über die gleiche Menge an Innenentwicklungspotentialen. Die erste Gemeinde hat aber einen wesentlich höheren Bedarf; dann kann sie unter der formulierten Zielsetzung zeitlich eher Außenpotentiale entwickeln als die zweite Gemeinde, die ja aufgrund des geringeren Bedarfes länger mit ihren Innenentwicklungspotentialen eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung vorhalten kann.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Priorität der Innen- vor Außenentwicklung ist zunächst aus § 2 Abs. 2 ROG Nr. 6 Satz 3 abgeleitet: „Die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke ist zu vermindern, insbesondere durch die vorrangige Ausschöpfung der Potentiale für die Wiedernutzbarmachung von Flächen, für die Nachverdichtung und für andere Maßnahmen zur Innenentwicklung der Städte und Gemeinden sowie zur Entwicklung vorhandener Verkehrsflächen.“ Zudem gibt der LEP NRW in seinem Grundsatz 6.1-6 einen Vorrang der Innenentwicklung vor. Demnach haben „Planungen und Maßnahmen der Innenentwicklung (…) Vorrang vor der Inanspruchnahme von Flächen im Außenbereich.“ Die gezielte Erhaltung und Neuschaffung von Freiflächen im Innenbereich aus städtebaulichen Gründen ist hiervon unbenommen.

Diese Vorgabe ist für die Regionalplanung ausreichend konkret, benötigt aber für die Umsetzung in die Bauleitplanung eine Konkretisierung, was unter Innenentwicklung auf der Ebene der Bauleitplanung verstanden wird und ab welchem Zeitpunkt wieder nach „Außen“ geplant werden sollte. Dieser Weiterentwicklung der landesplanerischen Vorgabe als Ziel der Raumordnung liegen folgende Überlegungen zugrunde. Der Landesplanung war es auf ihrer Ebene nicht möglich das Ziel so konkret zu gestalten, dass es ein Ziel sein konnte. Auf der Ebene der Regionalplanung ist dies möglich. Gerade vor dem Hintergrund der hohen Siedlungsdichte in der hiesigen Planungsregion ist die Formulierung dieser Innenentwicklung als Ziel und nicht als Grundsatz angemessen. Zudem ist in der Überarbeitung eine Ausnahme eingefügt worden, die das Ziel für alle Kommunen umsetzbar macht. Auch die Grundsätze zur europäischen Stadt (LEP NRW G 6.1-5) und zur flächensparenden Siedlungsentwicklung (LEP NRW G 6.1-2) sind für diesen Fokus auf die Innenentwicklung wesentlich.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Hierzu sind zunächst drei Begriffsdefinitionen zu Innen-, Außen- und Siedlungspotentialen eingeführt worden:

1. Innenpotentiale: Innenpotentiale befinden sich innerhalb der Siedlungsbereiche. Zu diesen Innenpotentialen zählen geeignete Brachflächen, Baulücken und im Bebauungsplan als Baugebiete gesicherte Flächenreserven, die bereits erschlossen sind. (Die Erschließung soll gemäß §§ 30-35 BauGB gesichert sein).

2. Außenpotentiale sind alle bauleitplanerisch gesicherten Flächenreserven, die nicht Innenpotentiale sind.

3. Siedlungspotentiale: Sind im Regionalplan dargestellte, aber bisher nicht durch den Flächennutzungsplan in Anspruch genommene Siedlungsbereiche.

An diesen drei Kategorien ist eine zeitliche Abfolge geknüpft. Zunächst sollen die Innen-, dann die Außen- und dann die Siedlungspotentiale durch Bauleitplanung und Baulandentwicklung umgesetzt werden. Allerdings ist nicht davon auszugehen, dass erst wenn alle Innenpotentiale aufgebraucht sind, dass dann die Außenpotentiale angegangen werden sollen, sondern den Kommunen muss genügend Handlungsspielraum für kommunale planerische Erwägungen bleiben. Deshalb wird die Menge der anrechenbaren Innenpotentiale oder auch Außenpotentiale an den Planungszeitraum gekoppelt. Das heißt, wenn im Zuge einer anstehenden Flächennutzungsplanänderung die Innenpotentiale ausreichen, um 10 Jahre die zu erwartende Bautätigkeit abzudecken, sollen keine Außenpotentiale in Anspruch genommen werden. Bei der Berechnung der Innenpotentiale werden die bestehenden Baulücken nur zu 50% angerechnet, da bei vielen Baulücken davon ausgegangen wird, dass sie nicht alle aktivierbar sind.

Die bestehenden Ziele des GEP99 und insbesondere das Ziel „Mit Grund und Boden sparsam umgehen“ verfolgen das gleiche Ziel, haben sich aber als zu wenig konkret herausgestellt, sodass dieses Ziel in Vergangenheit immer wieder Diskussionen im Rahmen der landesplanerischen Anpassung hervorgerufen hat. Mit der klarstellenden Konkretisierung soll die Berechnung, ob noch genügend Innenpotentiale vorhanden sind, für die kommunale Bauleitplanung möglich und nachvollziehbar sein.

Das Instrument des **Flächentausches** räumt den Kommunen die Möglichkeit ein, Außenpotenziale, die nicht verfügbar sind oder aus anderen Gründen nicht entwickelt werden sollen gegen andere geeignete Außenpotenziale zu tauschen. Die Möglichkeit des Flächentausches ist vor dem Hintergrund von abnehmenden Planungsreserven wichtig, um den Gemeinden eine Flexibilität vor allem beim Grundstückserwerb einzuräumen. In der Vergangenheit haben Kommunen häufig berichtet, dass sie aufgrund nicht verkaufsbereiter Eigentümer Flächen nicht entwickeln konnten. Wenn nun aufgrund des demographischen Wandels immer weniger Flächen entwickelt werden und der Fokus der Flächenentwicklung dann nur auf einer Fläche liegt, die dann vielleicht nicht entwicklungsfähig ist, muss die Gemeinde die Möglichkeit haben, auf andere Flächen auszuweichen.

Das Ziel der **Flächenrücknahme** ist im Regionalplan eingeführt worden, weil in einigen Flächennutzungsplänen mehr Entwicklungspotenziale enthalten sind, als langfristig benötigt werden. Im Rahmen der Erarbeitung des RPDs war es nicht immer möglich, Siedlungsbereiche so zurückzuplanen, dass die planerischen Reserven auch dem Bedarf entsprächen. Dies war aber grundsätzliches Ziel aufgrund der Vorgaben, die der LEP NRW vorgibt. Aufgrund vielfältiger Erwägungen unter anderem des Vertrauensschutzes ist in einigen Kommu-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

nen (siehe Tabelle 3.1.2.2 des Kapitels 3.1.2 im Regionalplan) ein deutlicher Flächenüberhang auf der Flächennutzungsplanebene gegeben. Dieser bewegt sich jedoch im bedarfsgerechten Rahmen des LEP NRW für die Planungsregion Düsseldorf. Durch den Vertrauensschutz für einzelne Gemeinden mit hohen Flächenüberhängen ist kein Überschreiten des Maximalbedarfs, der durch den LEP NRW vorgegeben wird, begründet bzw. begründbar. In diesem Ziel sind nur die Kommunen angesprochen, die im Vergleich zu den übrigen Kommunen einen auffällig hohen Überhang auf der Bauleitplanungsebene haben. Dieser Überhang ist größer als 30 % des durch den RPD vorgegebenen Bedarfes. Aufgrund der Schwierigkeit für diese Kommunen, diese Flächen planerisch in einem Zuge der Regionalplanerarbeitung zurückzunehmen, sollen die Kommunen mit diesem Ziel den Auftrag erhalten, sich im Rahmen ihrer weiteren Bauleitplanung mit der Rücknahme von Flächen auseinanderzusetzen. Dieses Ziel soll damit die Einhaltung der landesplanerischen Ziele gewährleisten.

Neben der Flächenrücknahme ist aber auch das Gegenstück, das so genannte **Flächenbedarfskonto** im Ziel 3 in dem Regionalplan neu eingeführt worden. Die Kommunen Wuppertal, Düsseldorf, Remscheid, Solingen, Haan, Langenfeld, Erkrath und Monheim haben einen gewerblichen Flächenbedarf, der bisher nicht verortet werden konnte. Die Stadt Düsseldorf hat einen Bedarf an Flächen für Wohnen, der bisher nicht verortet werden kann (s.u.). Da dieser Flächenbedarf langfristig ist und die Bedarfe in der Kommune mindestens in den nächsten zehn Jahren flächenmäßig gesichert sind, wurde die Verortung der noch ausstehenden Flächenbedarfe in den Planungszeitraum geschoben. Diese Lösung dient vor allem der dann verbleibenden Flexibilität der Gemeinden, denn auch hier können sich die Kommunen in den nächsten Jahren strategisch überlegen, welche Flächen in den Gemeinden aus Ihrer Sicht noch entwickelt werden sollen. Vor dem Hintergrund der in den Kommunen stark vorhandenen Flächenkonkurrenzen ist es der Kommune zum Zeitpunkt der Regionalplanaufstellung nicht möglich, sich auf eine Option festzulegen.

Im Rahmen der Beteiligung hat sich gezeigt, dass die Wohnbedarfe, die im Rahmen von In und Um Düsseldorf verteilt wurden, nicht alle zugewiesen werden sollten, da in der Zukunft zu erwarten steht, dass Flächen durch den Strukturwandel in den planerischen Fokus rücken, die aktuell noch nicht bekannt sind (Stichwort Ranking dynamisieren). Um diesem Umstand Rechnung zu tragen, sind Teile des Wohnbedarfes aus Düsseldorf in das Flächenbedarfskonto überführt worden. Die Erläuterungen sind entsprechend ergänzt worden, weil sich in der Diskussion um diese bisher noch nicht bekannten Flächen gezeigt hat, dass es auch Flächen im Siedlungsraum betreffen kann, für die eine entsprechende Bauleitplanung ausreichen würde,

Flächenintensive Kompensationsmaßnahmen sollen gemäß dem Grundsatz 1 außerhalb des Siedlungsbereiches stattfinden, weil diese Flächen nicht Gegenstand der Bedarfsberechnung sind.

Der Grundsatz 2 geht im speziellen auf regionalbedeutsame Brach- und Konversionsflächen ein: Brach- und Konversionsflächen entstehen ungeplant und deren Entwicklung oder Aufkommen ist auch nicht absehbar. Vielmehr entstehen Brach- und Konversionsflächen durch einen wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen Strukturwandel immer wieder neu. Brachflächen sind Flächen, die ehemals wirtschaftlich für Gewerbe (ohne Land- und Forstwirtschaft), Industrie, Bergbau, Wohnen und/oder Verkehr genutzt wurden, aber derzeit keine auf Dauer angelegte Nutzung aufweisen und die zugleich noch als ehemals entsprechend genutzte Flächen erkennbar sind (auch über Bodenqualitäten oder -belastungen - z.B. in Folge der Beseitigung von Bodenschichten, Versiegelungen, Umlagerungen, Aufschüttungen, stoffli-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

chen Einwirkungen). Brachen und Konversionsflächen stellen ein wesentliches Siedlungsentwicklungspotential für zukünftige Nutzungen dar.

Der Grundsatz 2 konkretisiert die Vorgaben im LEP NRW, in dem in verschiedenen Zielen und Grundsätzen Vorgaben zur Umnutzung von regionalbedeutsamen Brach- und Konversionsflächen bestehen. Definition und Vorgaben sind im LEP NRW bereits so konkret, dass das im RPD Entwurf vom September 2014 noch vorgesehene Kap. 3.1.3 gestrichen wird, um Doppelregelungen zu vermeiden.

In Grundsatz 6.1-8 LEP NRW wird z.B. ausgeführt, dass die Regionalplanungsbehörden federführend ein regionales Konzept für die Nachnutzung regionalbedeutsamer Brach- und Konversionsflächen erstellen sollen. Auf regionaler Ebene ist wichtig, dass die geplanten Nachnutzungen das regionale Gleichgewicht (z.B. bei Wohn- und Gewerbeflächen) nicht gefährden, wenn es z.B. um sehr große Konversionsflächen geht, die erhebliche neue Gewerbeflächen- oder Wohnbauflächenpotenziale zur Folge haben. Hier ist es wichtig, dass Nachbargemeinden möglichst frühzeitig über die allgemeinen Planungsziele informiert werden, so dass konkurrierende Planungen vermieden werden. Aus diesem Grund wird in dem Grundsatz konkretisiert, dass Planungsziele und Bedarfsbewertung in dem regionalen Konzept vorbereitet werden können. Es handelt sich bei den Konzepten um informelle Instrumente, bei denen keine Vorgaben zu Mindestinhalten etc. bestehen. Vielmehr ist es sinnvoll erst mit Blick auf die Planung zu klären, ob ein Konzept erstellt werden könnte und welche Inhalte sinnvoll wären. Um Missverständnissen vorzubeugen, wird klargestellt, dass es sich dabei nicht um die Erarbeitung eines konkreten Standortkonzeptes handeln muss und dass es nicht Verfahren, die nach BauGB erforderlich sind, ersetzen kann. Dieses sind Aufgaben der Städte und Gemeinden. In der Planungsregion Düsseldorf wurde bereits mit Erarbeitung des GEP 99 ein Siedlungsmonitoring aufgebaut, in dem Städte und Gemeinden gemeinsam mit der Regionalplanungsbehörden die Siedlungsreserven erfassen und bewerten. Dieses bewährte Vorgehen soll auch bei der Bewertung der regionalbedeutsamen Brach- und Konversionsflächen fortgeführt werden und das regionale Konzept somit zwar nach Vorgabe des LEP NRW in Federführung durch die Regionalplanungsbehörde erarbeitet werden, aber in enger Abstimmung mit der Belegenheitskommune.

Bilanziert werden regionalbedeutsame Brach- und Konversionsflächen erst dann als Reserve, wenn diese von den Kommunen als verfügbar eingeschätzt werden. Der Grundsatz ist im neuen Regionalplan eingeführt worden, um die Vorgaben aus dem LEP NRW zur bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung zu konkretisieren. Die regional bedeutsamen Brach- und Konversionsflächen können ein großes Potenzial aufweisen, jedoch dauert es erfahrungsgemäß, bis die Planungsziele klar sind, die Verfügbarkeit der Flächen gegeben ist und die Planungen umgesetzt werden können. Solange die Brach- und Konversionsflächen nicht absehbar im Planungszeitraum umgesetzt werden können, sollen sie als Wiedernutzungspotenzial im Siedlungsmonitoring erfasst werden. So wird eine Transparenz im Rahmen des Siedlungsmonitorings geschaffen, gleichzeitig wird vermieden, dass einzelne Städte und Gemeinden nicht bedarfsgerechte Bauflächen ausweisen können, weil eine langfristig nicht verfügbare Brach- oder Konversionsfläche zu Überhängen in der Bedarfsberechnung führt.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

3.2 Allgemeine Siedlungsbereiche

3.2.1 Nachhaltiges Wachsen in den Allgemeinen Siedlungsbereichen

Zu G1 – G3

Die geplanten neuen Vorgaben ersetzen das bisherige Ziel 1 des Kapitels 1.2 des GEP99. Thematisch wird es ergänzt um den Grundsatz 1, welcher in Verbindung mit der Beikarte die Umsetzung der Vorgaben des 6.2.1 des LEP NRW darstellt. Damit erfolgt eine Abstufung bei der Siedlungsentwicklung entsprechend der Vorgaben des LEP. Zunächst werden die zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereiche festgelegt (siehe Beikarte 3B – Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche – und Kap. 7.1.1.5), um die Siedlungspotentiale in der Hauptsache an diesen Siedlungsbereichen zu verorten.

Die Grundsätze 2-3 unterstützen eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, weil Siedlungen kleinteilig weiterentwickelt werden sollen und die Funktionsmischung gesichert und verstärkt wird. Dieses fördert die verkehrsvermeidende bzw. verkehrsreduzierende Zuordnung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen zueinander sowie die Sicherung und Entwicklung zusammenhängender Freiräume. Zudem wird durch die ÖPNV-Ausrichtung der Siedlungsentwicklung ein Beitrag zur Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs geleistet. Die Grundsätze sind komplementär zu der zeichnerischen Darstellung. Hier sind bei der Darstellung bisher nicht in Anspruch genommener Siedlungsflächen (Siedlungspotentiale) standörtlich solche Bereiche ausgewählt worden, die

- in naturräumlich restriktionsarmen Bereichen liegen,
- in einer regionstypischen Nähe zu einem räumlich gebündelten Angebot öffentlicher und privater, grundzentralörtlicher Versorgungseinrichtungen liegen (zentralörtliche Siedlungsbereiche) und
- an Haltepunkten leistungsfähiger Linien des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) liegen (vgl. hierzu ausführlich Kap. 7.1.1).

Der LEP NRW formuliert in den Zielen und Grundsätzen in Kap. 6.1 den Auftrag für die Regionalplanung, dass die Siedlungsentwicklung kompakt gestaltet werden soll und dass das jeweilige Zentrum gestärkt werden soll. Sowohl die Regionalplanung als auch die Bauleitplanung sollen durch eine umweltverträgliche und siedlungsstrukturelle optimierte Zuordnung von Wohnen, Versorgung und Arbeiten zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Reduzierung des Verkehrsaufkommens beitragen. Letzteres soll vor allem durch die Aussagen des Grundsatzes drei unterstützt werden. Das gesamte Siedlungskonzept orientiert sich zwar an den Grundsätzen des LEP NRW zur Siedlungsentwicklung im Kapitel 6.1, hier werden aber vor allem die zur europäischen Stadt und zur klimagerechten Siedlungsentwicklung aus dem LEP NRW berücksichtigt. Zudem wird eine solche Siedlungsentwicklung dem Grundsatz 4-1 des LEP NRW zum Klimaschutz gerecht, weil eine energiesparende Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, die die Flächeninanspruchnahme reduziert und Verkehre vermeidet, dazu beiträgt Energie einzusparen (LEP NRW G 6.1-5 und G 6.1-7). Viele weitere Teilaspekte dieser Grundsätze sind im Weiteren für die kommunale Bauleitplanung relevant und gelten direkt. Eine wiederholende Aufführung im RPD ist nicht notwendig. Auch der Grundsatz des LEP NRW G 8.1-1 zur Integration von Siedlungs- und Verkehrsplanung war für die Erwägung der Grundsätze G1 – G3 relevant.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zu G4

Eine nachhaltige Raumentwicklung (ROG § 1 (2)) bringt die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang und führt zu einer dauerhaften, großräumigen, ausgewogenen Ordnung mit gleichwertigen Lebensverhältnissen in den Teilräumen. Gleichwertig bedeutet dabei nicht, dass durchweg die gleichen Versorgungsstandards gelten. Vielmehr geht es um die Sicherstellung eines den jeweiligen Nachfragebedingungen angepassten Niveaus infrastruktureller Versorgung, das den demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen Rechnung trägt, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung und Arbeitsplätzen (§ 2 (2) Nr.1 ROG). Dabei muss dem Ziel gefolgt werden, dass Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht erfolgen soll (LEP NRW Ziel 6.1-1).

Die Vorgabe ist zudem mit der Vorgabe 6.1-9 des LEP NRW hinreichend vereinbar und auch aus diesem entwickelt. Die geplante Regionalplanvorgabe stellt dabei eine Konkretisierung des Grundsatzes 6.1-9 des LEP NRW dar.

Nachhaltige Raumentwicklung bedeutet, nachfolgenden Generationen möglichst große Entwicklungsspielräume offen zu halten. Jede gegenwärtige Siedlungsentwicklung erzeugt infrastrukturbezogene Kosten, die von künftigen Generationen zu tragen sind. Dabei sind Folgekosten Aufwendungen für den Unterhalt, Bau und Betrieb der technischen Infrastrukturen und sozialen Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, etc. Durch die Einführung des Grundsatzes zur frühzeitigen Berücksichtigung der Infrastrukturfolgekosten und die Bereitstellung des Berechnungswerkzeugs sollen Kommunen im Abwägungsprozess geeignete Standorte zur Siedlungsentwicklung unter Kostengesichtspunkten ermitteln können.

Viele Teilräume der Planungsregion Düsseldorf müssen sich auf rückläufige Einwohnerzahlen und sich verändernde Nachfragestrukturen nach öffentlichen und privaten Dienstleistungen einstellen. In der gegenwärtigen Situation wird von Kommunen häufig der Versuch unternommen, mit der Ausweisung von zusätzlichen Wohnbauflächen neue Einwohner und damit neue Einnahmen für den kommunalen Haushalt zu generieren. Allerdings werden dabei die demographischen Veränderungen und die Wanderungserfolge, die meist nur aus der Abwerbung von Bürgern aus anderen Kommunen generiert werden, nicht kritisch hinterfragt. Dieser Abwerbungsprozess ist ein Grund dafür, warum es in den Kommunen einen Anstieg auf der Kostenseite geben kann, während die Einnahmenseite in der Region nicht erhöht wird. Hier gilt es, im Rahmen der ureigenen Aufgabe der Raumordnung – dem Regulieren raumbedeutsamer Auswirkungen – negativen Folgewirkungen vorzubeugen und die Kommune zur vorausschauenden Berücksichtigung von Infrastrukturfolgekosten anzuhalten.

Durch die Auseinandersetzung mit Infrastrukturfolgekosten in der Bauleitplanung soll eine gezielte Entwicklung von Brachflächen im Innenbereich, mit gleichzeitiger Nutzung bereits bestehender Infrastrukturen gestärkt werden, um einer Schaffung zukünftiger Brachflächen im Freiraum vorzubeugen und Kosten für die Instandhaltung von Infrastrukturen einzusparen. Ungenutzte Brachflächen im Innenbereich verursachen fortwährende Infrastrukturfolgekosten, die bei Neuentwicklungen im Freiraum weiterhin bestehen bleiben würden. Die Analyse der Infrastrukturfolgekosten und ihre Bewertung hinsichtlich möglicher Alternativen können den Kommunen z.T. Einsparpotenziale für die Infrastrukturfolgekosten von bis zu ca. 30 bis 50 % bei der technischen Infrastruktur und bis zu ca. 10 % bei den sozialen Infrastrukturen eröffnen und gleichzeitig Transparenz und Rationalität von kommunalpolitischen Entscheidungen erhöhen (LEP NRW, Grundsatz 6.1.9). Darüberhinausgehend kann durch eine

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bewusste und sinnvolle bauleitplanerische Entwicklung von Siedlungspotentialen ein Beitrag zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme geleistet und so zum Schutz des Freiraumes beigetragen werden.

Bei der Regionalplanerarbeitung sind bei der Bedarfsberechnung höhere Dichten als in der Vergangenheit zugrunde gelegt worden. Ausschlaggebend dafür sind Trends wie die Zunahme von kleineren Haushalten, der Rückgang von Einfamilienhausplanungen und die wachsende positive Wahrnehmung der Stadt, die damit stärker als bisher als Wohnstandort in den Fokus genommen wird. Gleichzeitig ist bei einer Realisierung höherer Dichten eine bessere Auslastung von technischen und sozialen Infrastruktur zu erwarten.

Die frühzeitige Betrachtung der Infrastrukturfolgekosten soll im Zusammenspiel mit verschiedenen anderen Instrumenten der Raumordnung einen Beitrag zu einer nachhaltigen Siedlungsentwicklung leisten.

Zu G5

Der Grundsatz ist eingeführt worden, da in der Vergangenheit Infrastrukturtrassen, die regionalplanerisch gesichert waren, vor allem durch eng heranrückende Wohnbebauung in ihrer Funktion eingeschränkt worden sind. Deshalb verweist dieser Grundsatz darauf, dass die Bauleitplanung diesen Nutzungskonflikt mit in den Blick nimmt.

3.2.2 Zweckgebundene Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Vorgabe dieses Kapitels entspricht weitestgehend dem Ziel 3 des Kapitels 1.2 GEP99. Hier wurde nur das „Planungen für“ einfügt, um deutlich zu machen, dass sich die Regelung auf die nachgeordneten Planungsebenen bezieht.

Im Unterschied zum GEP99 sind verschiedene Einrichtungen entfallen. Hierbei handelt es sich um militärische Standorte, die aktuell zur Konversion anstehen und deshalb zum Teil als ASB oder als Freiraum dargestellt werden. Hier ist der Standort Bergische Kaserne in Düsseldorf zu nennen. Aufgrund des Bedarfes an Flächen für Wohnungsbau wird dieser Bereich als ASB dargestellt. Auch sind die Standorte außerhalb der Planungsregion für die mittlerweile dem RVR die Planungskompetenz übertragen wurde, nicht mehr genannt. Neu ist, dass bestimmte Freizeitgroßeinrichtungen nun auch als ASB-Z aufgeführt werden (siehe hierzu auch das nächste Kapitel 3.2.3).

Neu hinzugekommen sind zwei Konversionsflächen im Kreis Kleve, die eine raumbedeutsame Größe haben und dessen sensible Nachfolgenutzung bestehender Strukturen mit der Darstellung ermöglicht werden sollen (eine dritte (Goch Hommersum) wird als GIB-Z dargestellt, siehe Kap.3.3.2). Aufgrund ihrer räumlichen Lage und der besonderen Standortfaktoren sollen sie einer baulich geprägten Nutzung vorbehalten bleiben, die sich aber nur auf den Bestand beziehen soll. Bei beiden Standorten handelt es sich um isoliert im Freiraum liegende Standorte, die nicht für eine Siedlungsentwicklung entsprechend Kapitel 3.2.1 geeignet sind.

In Kevelaer wurde für ein ehem. Munitionsdepot Twisteden (GEP99 als AFA dargestellt) ein ASB mit Zweckbindung „Umnutzung bestehender Bunker für nicht störendes Gewerbe und Sicherung der bestehenden Ferienhausnutzung“ dargestellt. Die Konversion ist eigentlich schon abgeschlossen. Die Nachnutzung „Traberpark“ funktioniert jedoch nicht. Der Rückbau der Bunker ist wirtschaftlich nicht zumutbar. Das von der Kommune über einen langen Zeitraum entwickelte Konzept (Ferienhäuser (teilweise schon umgebaut, FNP Verfahren bereits

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

abgeschlossen) und kleinteilige gewerbliche Nutzung), sichert auch eine sensible Nachnutzung der Bunkeranlagen. Die bisher geduldete Zwischennutzung (Gewerbe) funktioniert gut. Insgesamt ist damit kein Neubau erforderlich.

In Rees wird für das ehem. Depot Haldern I in der Erarbeitung des RPDs das Ziel: ASB mit Zweckbindung „Umnutzung bestehender Gebäude zur Zwischenlagerung von Speditionsgütern im Depot Haldern in Rees“ festgelegt. Das Konzept sieht vor, dass eine Firma für Spezialmaschinen die bestehenden Gebäude und Werkstätten nutzt. Die FNP-Änderung ist schon abgeschlossen. Der Rückbau der Gebäude war keine Alternative, da Bausubstanz und Infrastruktur in sehr gutem Zustand vorhanden sind. Auch hier ist kein Neubau erforderlich.

In Wülfrath bleiben die zwei dargestellten zweckgebundenen ASB erhalten, allerdings wird ihre Bezeichnung gegenüber der bisherigen Bezeichnung „Kliniken“ erweitert. Mit der neuen Bezeichnung „Gesundheit, Pflege und zugehörige Bildungseinrichtungen“ soll verdeutlicht werden, dass nicht nur klinische Einrichtungen, sondern auch weitere Einrichtungen aus dem allgemein gesundheitlichen Bereich sowie dem Pflegebereich und entsprechende Bildungseinrichtungen zulässig sind.

Die Zweckbindung „Klinik Wuppertal“ ist für die Ansiedlung einer Maßregelvollzugsklinik des Landes NRW vorgesehen. Dieser Standort rückte erst während der ersten Beteiligungsphase in den Fokus der Standortsuche. Deshalb ist sie seit dem zweiten Entwurf enthalten.

Die Bereiche in Neuss und Mönchengladbach sind Bestandsbereiche. Der Bereich in Mönchengladbach ist für Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Im GEP 99 war dieser Bereich Teil des größeren ASB-Z für militärische Nutzungen (siehe 7.1.2.2).

3.2.3 Einrichtungen für Erholung, Sport, Freizeit und Tourismus

Die Vorgabe dieses Kapitels wurden aus dem Ziel 1 des Kapitels 2.6 GEP99 weiterentwickelt. Viele Regelungen aus Kapitel 2.6 sind Gegenstand des LEP NRW, sodass diese nicht wiederholt werden müssen.

Aufgrund der unterschiedlichen räumlichen Auswirkungen und spezifischen Standortansprüche der verschiedenen Freizeit- und Erholungsanlagen können keine einheitlichen Abwägungskriterien für entsprechende Planungen zugrunde gelegt werden. Insbesondere ist die Standortwahl für großflächige Freizeitanlagen an ökonomische Motive der Vorhabenträger geknüpft, die einer vorausschauenden Planung nicht zugänglich sind. Eine Angebotsplanung kann dem raschen Wandel in der Entwicklung neuer Formen und Typen von Freizeiteinrichtungen mit jeweils spezifischen, teilweise nicht vorhersehbaren Standortansprüchen und Auswirkungen nicht gerecht werden. Die zeichnerische Darstellung “Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen Ferien- und Wochenendgebiete – (ASB-E)” im Regionalplan beschränkt sich daher auf bestehende bzw. landesplanerisch abgestimmte Freizeit- und Erholungsanlagen von raumbedeutsamer Größe. Diese Darstellungen umfassen Einrichtungen des Freizeitwohnens mit zugehörigen Freizeiteinrichtungen. Neue Siedlungsansätze, die einen Allgemeinen Siedlungsraum begründen, sollen somit im Freiraum durch Freizeit- und Erholungsanlagen nicht entstehen. Wenn im Laufe des Planungszeitraumes neue Darstellungen als ASB-E geprüft oder für eine Darstellung im Regionalplan vorgeschlagen werden, muss den Standortanforderungen des Ziels 6.6-2 des LEP NRW Genüge getan werden.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Im Verhältnis zum GEP99 gibt es im neuen Regionalplan eine Differenzierung zwischen ASB-E „Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen Ferien- und Wochenendgebiete“ und ASB-Z für spezifische Einrichtungen, worunter auch Freizeitgroßanlagen fallen. Sie sind namentlich alle benannt. Diese Differenzierung ist getroffen worden, damit die Ferienhausgebiete, die der Erholung dienen sollen, nicht durch große Freizeiteinrichtungen überplant werden können. Diese sollen nach dem LEP NRW stärker in den Allgemeinen Siedlungsbereichen entwickelt werden.

Streichungen aus dem GEP99:

Velbert: Wegfall des textlichen Ziels 2.6 Teilziel 6 GEP99

„(Z4) Im Allgemeinen Siedlungsbereich für Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen (ASB-E) in Velbert Röbbeck (Sport- und Freizeitpark) ist eine Ausweisung von Kerngebieten und Sondergebieten für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige großflächige Handelsbetriebe i.S.v. § 11 Abs. 3 BauNVO nicht zulässig. Ausnahmsweise können einzelne Einzelhandelsbetriebe mit bis zu 800 m^2 Verkaufsfläche ausgewiesen werden, wenn sie in der Addition insgesamt 2.500 m^2 Verkaufsfläche nicht überschreiten und sowohl vom Standort wie auch hinsichtlich ihres Sortimentes auf die jeweilige Sport- und Freizeitanlage bezogen sind“ wird gestrichen, da sich die damalig formulierte Projektidee für einen großen Sport- und Freizeitpark nicht verwirklichen ließ. Der Bereich der zeichnerischen Darstellung wurde verkleinert und als ASB-Z gekennzeichnet. Hier sollen die aktuell von der Stadt beabsichtigten Golfnutzungen ermöglicht werden.

3.3 Festlegungen für Gewerbe

3.3.1 Bereiche für Gewerbe- und Industrie (GIB und ASB-GE)

Die Vorgaben des RPD ersetzen das bisherige Ziel 1 des Kapitels 1.3 des GEP99.

Z 1 greift hierbei die Regelung aus Ziel 1 Absatz 1 des GEP99 zur allgemeinen Umsetzung der GIB auf. Der Text wurde geändert, um stärker den rechtlichen Anforderungen an ein Ziel der Raumordnung gerecht zu werden. Es wird im RPD nun abschließend definiert, wie die GIB im Regelfall umzusetzen sind und welche Ausnahmen bestehen. Die bisherige Definition im GEP 99 von „Emittent“ wurde konkretisiert. Die Regelung zu den GIB orientiert sich im RPD an der Baunutzungsverordnung, um eine Umsetzbarkeit auf Ebene der Bauleitplanung zu vereinfachen. Um den Anforderungen von § 50 BImSchG und der Seveso-III-Richtlinie gerecht zu werden, werden Begriffe und Regelungen ergänzt.

Z 2 wurde im RPD neu eingeführt, um zu klären, welche gewerblichen Nutzungen in den ASB vorgesehen werden können. Da in dem Ziel 2 nur Ausführungen zu Gewerbe erfolgen, aber in den Allgemeinen Siedlungsbereichen auch viele andere Siedlungsbezogene Nutzungen zulässig sind (z.B. Wohnen, Wohnfolgeeinrichtungen, Einzelhandel), wird in der Erläuterung 7 auf das Kap. 3.2 verwiesen. Zudem wurde im RPD eine neue Planungskategorie „ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe“ (ASB-GE) eingeführt und dargelegt, wie diese ASB-GE umgesetzt werden können.

Im Kapitel 3.3 der textlichen Darstellungen des RPD blieben die Regelungen des Kap. 1.3, Ziel 1, Absatz 2 des Regionalplans GEP99 unberücksichtigt, da eine Regelung zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels in Kap. 3.4 Großflächiger Einzelhandel erfolgt. Der dort nicht geregelte - kleinflächige - Einzelhandel ist als normaler Gewerbebetrieb von den

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

o.g. Regelungen in Kap. 3.3 umfasst. Die in der Erläuterung zu Kap. 1.3, Ziel 1, Absatz 2 des GEP99 vorgesehene Ausnahmeregelung für die Darstellung von Sonderbauflächen in städtebaulich integrierten Brachflächen unterhalb von 10 ha wurde gestrichen. Erfordert die Umnutzung einer Brachfläche in einem GIB die Planung von Sonderbauflächen für Einzelhandel nach den Regelungen von Kap. 3.4, dann ist eine Regionalplanänderung (GIB in ASB) erforderlich. So soll sichergestellt werden, dass ausreichend Flächen für Gewerbe und Industrie zur Verfügung stehen und die GIB nicht durch die Ansiedlung von schutzbedürftigen Nutzungen in ihrer Eignung für die Ansiedlung von Emittenten eingeschränkt werden.

Die Regelungen aus Ziel 1, Absatz 3 in Kapitel 1.3 des GEP99 wurden in G 1 aufgenommen. Die Vorgabe wurde von einem Ziel in einen Grundsatz geändert und es wurden Formulierungen ergänzt, um dessen Umsetzung sicherzustellen (z.B. Begriffsdefinitionen, Adressaten). Während die Regelung im GEP99 darauf abzielte, erforderlich Abstände zwischen Wohnen und Gewerbe in den GIB einzuhalten, sieht die Vorgabe im RPD vor, dass auch heranrückende Wohnbebauung und andere schutzbedürftige Nutzungen Rücksicht auf bereits ansässige Betriebe und die Ausnutzbarkeit von GIB nehmen sollen, und Abstände vorrangig z.B. in den ASB einzuhalten sind. Auch für das Heranrücken von anderen schutzbedürftigen Nutzungen an einen GIB bzw. insbesondere an einen Betriebsbereich nach Störfall-VO oder umgekehrt sind Regelungen ergänzt worden, um bereits auf Ebene der Regionalplanung Konflikte erkennen und vermeiden zu können.

Die grundlegende Überarbeitung von Ziel 1 in Kap. 1.3 des GEP99 ist erfolgt, da die Ergebnisse aus dem Siedlungsmonitoring zu Gewerbeflächen, der Fachbeitrag der Wirtschaft der IHKs und HWKs, Stellungnahmen von Städten und Gemeinden und regionale Gewerbeflächengutachten zeigten, dass es zwar mengenmäßig viele Reserven für Gewerbe im Regionalplan GEP99 und in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden gab, es aber an verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen für Betriebe fehlte, die negative Umweltauswirkungen oder einen besonderen Platzbedarf haben („Emittenten“, z.B. Industriebetriebe und Betriebsbereiche nach Störfall-VO, flächenintensive Gewerbebetriebe). Aufgrund ihrer hohen Standortanforderungen gab es in vielen Städten und Gemeinden keine oder nur sehr wenige Reserven, die zur Ansiedlung oder Erweiterung solcher Betriebe genutzt werden können (siehe auch Kap. 7.1.4.4). Dieser Engpass hatte verschiedene Gründe: Wohnbebauung ist an die GIB herangerückt, die gesetzlichen Auflagen für aneinandergrenzende Wohn- und Gewerbenutzungen steigen (z.B. Umsetzung der Seveso-Richtlinien) und im Rahmen des Strukturwandels haben sich auf den Industriebrachen konkurrierende Nutzungen angesiedelt (z.B. Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen, nicht-störendes Gewerbe). Gleichzeitig sind Flächen mit einer sehr guten Anbindung an die Schiene und das überörtliche Straßennetz knapp geworden, die sich für eine gewerblich industrielle Entwicklung eignen und sind die Nutzungskonkurrenzen z.B. mit der Landwirtschaft um verbleibende Freiflächen sind gestiegen. In den letzten Jahren wurden viele GIB als Gewerbegebiete umgesetzt, in denen sich Gewerbe- und Einzelhandelsbetriebe angesiedelt haben, die nicht wesentlich stören und auch in den ASB hätten untergebracht werden können.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Eine Erhebung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben in den GIB aus dem Jahr 2012 hat gezeigt, dass es in der Planungsregion Düsseldorf 237 großflächige Einzelhandelsbetriebe gab, die sich in einem GIB des GEP 99 befanden.

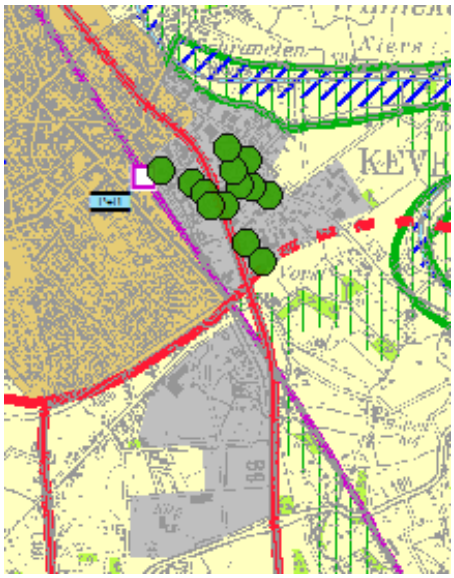


Abb. 3.3.1.1: Ausschnitt aus Einzelhandelsmonitoring: Großflächige EZH-Betriebe in GIB

Diese Einzelhandelsbetriebe nahmen einerseits Gewerbereserven in Anspruch, die für eine gewerblich-industrielle Nutzung nicht mehr zur Verfügung standen, andererseits prägten sie als schutzbedürftige Nutzung mit einem hohen Kundenaufkommen auch das Umfeld, da angrenzende Bauflächen für die Ansiedlung von erheblich belästigenden Betrieben nur noch eingeschränkt geeignet waren. Dabei handelte es sich nicht um einzelne GIB und Ausnahmefälle. In der Planungsregion Düsseldorf / im GEP 99 befanden sich sehr viele GIBs mit mindestens einem großflächigen Einzelhandelsbetrieb. Diese GIBs waren zusammen über 9000 ha groß. In den übrigen GIB befanden sich keine großflächigen EZH Betriebe. Sie waren zusammen ca. 7000 ha groß. Die folgende Abbildung zeigt zwei beispielhafte GIB, die grünen Punkt markieren dabei bestehende großflächige EZH-Betriebe in dem GIB. Der nördlich gelegene GIB wurde in der o.g. Analyse in Gänze als GIB mit EZH Betriebe erfasst, der südlich gelegene als GIB ohne EZH-Betriebe.

Der nördlich gelegene GIB eignet sich somit nur noch in Teilbereichen für die Ansiedlung von erheblich belästigenden Betrieben. Hinzu kommt, dass sich in den GIB auch kleinflächige Einzelhandelsbetriebe befinden können, die in Gewerbegebieten zulässig sind und andere konkurrierende Nutzungen (z.B. Wohnen, Büros und Dienstleistungen). Es bestand somit ein Planungserfordernis, welches im Zuge der Erarbeitung des RPDs eingelöst wurde. Zum einen ist geprüft worden, welche der o.g. GIB im RPD als Allgemeiner Siedlungsbereich dargestellt werden sollten, weil sie als GIB nicht mehr für die Ansiedlung von emittierendem Gewerbe geeignet waren zum anderen war es erforderlich, die textlichen Ziele für die GIB des GEP 99 zu überarbeiten, um zukünftige Fehlentwicklungen, wie sie in der Vergangenheit zu beobachten waren, in den verbleibenden und neuen GIB zu vermeiden.

Die o.g. Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben und anderen konkurrierenden Nutzungen in den GIB waren u.a. möglich, da die textlichen Regelungen des GEP99 auf allgemein gehaltenen Begriffen beruhten (z.B. „Emittent“) und nur ein Vorrang (für „Emittenten“) vorgesehen war, ohne dass konkretisiert wurde, was unter einem Emittenten zu verstehen ist, wie der Vorrang zu verstehen ist und wie die Regelungen auf der Ebene der Bauleit-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

planung umzusetzen sind. Zudem gab es die o.g. Ausnahme zur Planung von Sonderbauflächen für Einzelhandelsbetriebe auf Brachflächen im GIB.

Eine Überarbeitung der textlichen Ziele ist auch erfolgt, da die Regelungen des GEP99 den gestiegenen Anforderungen zur Umsetzung von § 50 BImSchG und der Störfallproblematik nicht genügen, da keine Aussagen dazu getroffen wurden.

Die Regelung im RPD beruht nun auf Begriffen der BauNVO, um die Umsetzung auf Ebene der Bauleitplanung zu vereinfachen. Es wird ausgeführt, dass ein GIB durch die Planung von gewerblichen Bauflächen nach § 1 BauNVO, von Industriegebieten nach § 9 BauNVO und von Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO bauleitplanerisch umgesetzt werden kann. Eine Einschränkung erfolgt für die Planung von Gewerbegebieten nach §8 BauNVO, indem geregelt wird, dass die im GIB geplanten Gewerbegebiete für die Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben vorgesehen werden sollen. Nur ausnahmsweise, wenn zur Gliederung der Baugebiete und zum Erfüllen von Abstandserfordernissen erforderlich, weil z.B. bereits ein Konflikt zwischen Industriebetrieb und in der Nähe gelegenen schutzbedürftigen Nutzungen besteht oder neue Konflikte vermieden werden sollen, können auch Gewerbegebiete geplant werden, die der Unterbringung von nicht wesentlich störenden und nicht störenden Gewerbebetrieben dienen. Die Voraussetzungen werden in der Erläuterung 4 konkretisiert. Dabei dürfen vorhandene Emittenten (z.B. Industriebetriebe und insbesondere Betriebsbereiche nach Störfall-VO) nicht beeinträchtigt werden. Damit werden die Ausführungen in der Anlage 3 zum Landesplanungsgesetz DVO konkretisiert, in der es heißt, dass in den GIB Flächen für die Unterbringung insbesondere von emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben und emittierenden öffentlichen Betrieben gesichert werden sollen. Für wohnverträgliches Gewerbe sollen Flächen in den ASB vorgesehen werden.

Mit dieser Regelung steigen die Anforderungen an die Bauleitplanung, denn es liegt in der Verantwortung der Städte und Gemeinden, die Ziele der Raumordnung umzusetzen. Wenn z.B. in einem FNP eine gewerbliche Baufläche dargestellt und im Verfahren nach §34 LPlG an die Ziele der Raumordnung angepasst wurde, ist es Aufgabe der Städte und Gemeinden sicherzustellen, dass auch ein daraus abgeleiteter Bebauungsplan für ein Gewerbegebiet nach § 8 BauNVO an die Ziele der Raumordnung angepasst ist, indem die Ansiedlung von nicht wesentlich störenden Gewerbebetrieben eingeschränkt oder ausgeschlossen wird. Diese Regelung ist erforderlich, um langfristig den emittierenden Industrie- und Gewerbebetrieben in den GIB einen ausreichenden Entwicklungsspielraum zu geben. Gleichzeitig bietet die Regelung mit der Möglichkeit, gewerbliche Bauflächen auszuweisen und erst im weiteren Bauleitplanverfahren konkretere Regelungen zu treffen, genug Spielraum für Städte und Gemeinden, Planungen entsprechend der örtlichen Gegebenheiten im Verfahren zu konkretisieren und z.B. einen GIB, der sich nicht für eine Umsetzung als Industriegebiet eignet, durch ein Gewerbegebiet umzusetzen. Ziel 1 sieht vor, dass in den GIB bei der Planung von Gewerbegebieten nach §8 BauNVO auch die ausnahmsweise zulässigen Nutzungen zugelassen werden dürfen. Die Vergnügungsstätten werden ausgenommen, weil sie die einzige Nutzung sind, die in der BauNVO nicht auch als Ausnahme in Industriegebieten nach §9 BauNVO aufgeführt ist. Durch die Ausnahmen soll den Städten und Gemeinden Spielraum für die langfristige Entwicklung der Gewerbegebiete gegeben werden.

Für bestehende GIB ist zudem eine Regelung getroffen, dass keine Planungspflicht durch das überarbeitete Ziel der Raumordnung ausgelöst wird, wenn vergleichbare Maßnahmen auch geeignet sind, das Ziel zu erreichen (z.B. Baugebiete nach § 34 BauGB). Zudem haben bestehende Baugebiete, Bauflächen und Nutzungen im GIB Bestandsschutz, auch wenn sie

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsgespräch

nicht den neuen Regelungen entsprechen (z.B. bestehende Gewerbegebiete, die auch nicht wesentlich störendes Gewerbe erlauben oder bestehende Wohngebiete). Es wäre unverhältnismäßig und nicht umsetzbar, die bestehenden GIB entsprechend der neuen Regelung umzubauen bzw. Betriebe zu verlagern. Auch rechtskräftige Baugebiete mit Reserven für eine Siedlungsentwicklung haben Bestandsschutz, insbesondere wenn sich daraus Entschädigungsansprüche ergeben würden.

Mit dem Ziel 2 wird im RPD eine neue Bereichskategorie „Allgemeiner Siedlungsbereich mit der Zweckbindung Gewerbe“ (ASB-GE) eingeführt. Das Siedlungsmonitoring und Raumanalysen (z.B. o.g. Erhebung bestehender großflächiger Einzelhandelsbetriebe in den GIB des Regionalplanes (GEP99)), Stellungnahmen in den vorbereitenden Beteiligungsverfahren und der Fachbeitrag der Wirtschaft zum Regionalplan (IHK/HWK 2011) belegten, dass sich in GIB, die einen Strukturwandel durchlaufen haben, Einzelhandelsbetriebe, Dienstleistungseinrichtungen, Freizeitnutzungen u. Ä. angesiedelt haben. Diese GIB sind für die Ansiedlung von belästigenden Gewerbe und Industriebetrieben nicht (mehr) geeignet und können mit den Zielen und Grundsätzen für GIB im RPD nicht mehr sinnvoll gesteuert werden. In den ASB mit der Zweckbindung Gewerbe (ASB-GE) können gewerbliche Bauflächen nach §1 BauNVO und Gewerbegebiete nach § 8 BauNVO geplant werden. Auch eine bauleitplanerische Umsetzung durch Sonderbauflächen ist möglich, wenn diese der Unterbringung von Nutzungen dienen, die die gleichen Standortanforderungen und Auswirkungen haben wie Gewerbebetriebe (z.B. Einzelhandel, Freizeiteinrichtungen mit einem hohen Verkehrsaufkommen).

Mit einer gewerblichen Nutzung konkurrierende Nutzungen wie Wohnbauflächen, Wohngebiete, gemischte Bauflächen, Dorf-, Misch- und Kerngebiete im Sinne der BauNVO sind nicht zulässig. Damit unterscheidet sich der ASB-GE von einem normalen ASB. Die GIB hätten zwar auch als ASB ohne Zweckbindung dargestellt werden können und durch die Bauleitplanung für eine gewerbliche Nutzung vorgesehen werden können, es gab jedoch besondere standortbezogene Gründe für eine Zweckbindung. Sehr häufig befinden sich im Umfeld noch Emittenten (insbesondere Betriebsbereiche nach Störfall-VO), die langfristig vor heranrückenden schutzbedürftigen Nutzungen geschützt werden sollen. Durch einen ASB-GE kann zumindest die Entwicklung von Wohnbauflächen verhindert werden. Zudem sind Siedlungsreserven in dem Bereich langfristig für eine gewerbliche Entwicklung gesichert und vor konkurrierenden Nutzungen geschützt. Dies kann sinnvoll sein, wenn der Konkurrenzdruck sehr hoch ist, weil z.B. auch in anderen Bereichen Bedarf für eine Siedlungsentwicklung besteht (z.B. für Wohnen) und es wenige Alternativen gibt, die gute Standortvoraussetzungen für Gewerbebetriebe erfüllen. In den ASB-GE sind Sonderbauflächen für großflächigen Einzelhandel mit einem zentrenrelevanten Kernsortiment ausgeschlossen, um nicht neue Konkurrenzstandorte zu den Zentren und Nebenzentren zu schaffen. Die Begründung hierzu erfolgt in Kap. 3.4.

Auch bei den neuen Regelungen für die ASB-GE ist ein Bestandsschutz für bestehende Nutzungen und bereits bestehende Bauflächen und Baugebiete getroffen worden, die mit den textlichen Zielen zu den ASB-GE nicht vereinbar wären. Ein Bestandsschutz ist erforderlich, da es sich um Bereiche im Strukturwandel handelt, in denen vielfältige Nutzungen nebeneinander bestehen können. Es ist regionalplanerisch aufgrund des Maßstabs nicht möglich, kleinteilig zu gliedern. Zudem wäre es unverhältnismäßig und nicht umsetzbar, bestehende Nutzungen zu verlagern oder bestehende Baugebiete umzuplanen.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Der Grundsatz G 1 soll verhindern, dass GIB und GIB Reserven sowie in den GIB ansässige emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in ihren Entwicklungsmöglichkeiten durch heranrückende Wohnbebauung oder andere schutzbedürftige Nutzungen erheblich eingeschränkt werden. Während bisher das Ziel so ausgerichtet war, dass die Emittenten auf angrenzende schutzbedürftige Nutzungen Rücksicht nehmen sollten (z.B. durch Abstandsregelungen, die in den GIB getroffen werden sollen), soll im RPD auch eine an einen GIB heranrückende schutzbedürftige Nutzung Abstände einhalten oder sollen andere geeignete Maßnahmen getroffen werden. Die Abstände und Maßnahmen können dann auch in den ASB oder ASB-GE liegen, da der ASB oder ASB-GE ein breites Spektrum möglicher Nutzungen bietet, die zwischen Emittenten und schutzbedürftige Nutzung liegen können und keine Konflikte erzeugen (z.B. Gewerbegebiete, Grünflächen).

Bei der Prüfung heranrückender Wohnbebauung oder einer anderen schutzbedürftigen Nutzung an einen GIB sollen nicht nur die bereits ansässigen Betriebe sondern auch die Ausnutzbarkeit verbleibender Reserven geprüft werden. Diese Erweiterung der Regelung ist im RPD im Vergleich zum GEP99 erfolgt, weil das Siedlungsmonitoring gezeigt hat, dass es immer weniger Reserven in den GIB des GEP99 gab, die sich für die Ansiedlung oder Erweiterung von erheblich belästigenden Gewerbebetrieben eigneten. Im Fachbeitrag der Wirtschaft wurde zudem ausgeführt, dass eine heranrückende Wohnbebauung zu einem großen Problem für bereits ansässige Gewerbebetriebe werden kann und vielfach geworden ist (vgl. IHK/HWK (2011): S. 19).

Da in sehr vielen aneinandergrenzenden ASB, ASB-GE und GIB bereits Bebauungen vorhanden sind oder Bauflächen geplant wurden, sind von der Regelung nur schutzbedürftige Nutzungen betroffen, die neu bzw. näher als bereits bestehende vergleichbare Nutzungen an Emittenten bzw. GIB heranrücken, um zu verhindern, dass sich der Konflikt weiter verschärft. In der Bewertung, ob ein erstmaliges oder näheres Heranrücken gegeben ist, muss die betriebliche Organisation mit betrachtet werden, da es sein kann, dass zwar angrenzend an eine Seite des Betriebsgrundstückes bereits Wohnen o. Ä. nah herangerückt ist, sich die störenden betrieblichen Abläufe jedoch in anderen Grundstücksabschnitten befinden. Rückt nun an dieser Seite auch Wohnen o.ä. heran, kann es erstmals zu Einschränkungen kommen, die vermieden werden sollen. Diese Prüfung soll im Rahmen der Bauleitplanung für die heranrückenden schutzbedürftigen Nutzungen erfolgen, um frühzeitig und nicht erst im Genehmigungsverfahren die Konflikte zu erkennen und v.a. um langfristig eine bedarfsgerechte Entwicklung der Wirtschaft zu sichern. Im Regionalplan (GEP99) wurde der Abstand in einem Ziel geregelt. Da jedoch viele unterschiedliche Fallkonstellationen in der Planungsregion Düsseldorf bestehen, die nicht abschließend geregelt werden können, ist hier stattdessen im RPD ein Grundsatz erarbeitet worden.

Besondere Anforderungen sind gegeben, wenn ein Betriebsbereich nach Störfall-VO von einer heranrückenden Wohnbebauung oder einer anderen schutzbedürftigen Nutzung betroffen ist. Aus diesem Grund wird in der Regelung des RPD an verschiedenen Stellen auf die Seveso- III Richtlinie und den KAS Leitfaden verwiesen und in den Definitionen z.B. zu schutzbedürftigen Nutzungen, die Definition aus der Seveso Richtlinie herangezogen. Hier ist eine Prüfung im Einzelfall unter Beteiligung der für den Immissionsschutz zuständigen Fachbehörden erforderlich, ob sich ein Abstandsgebot ergibt.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Es ist ein Grundsatz der Raumordnung eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie ein ausreichendes und

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln (§ 2 (2) Nr.4 ROG). Gleichzeitig ist der Freiraum zu schonen und die Freirauminanspruchnahme zu begrenzen (§ 2 (2) Nr. 6 ROG). Im LEP NRW, Ziel 6.1-1, wird ausgeführt, dass die Siedlungsentwicklung bedarfsgerecht und flächensparend an der Bevölkerungsentwicklung und der Entwicklung der Wirtschaft auszurichten sei. In Ziel 6.3-1 wird ausgeführt, dass für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen auf Basis regionaler Abstimmungen ein geeignetes Flächenangebot in den GIB zu sichern sei.

Die Ziele 1-2 und Grundsatz 1 setzen diese Vorgaben aus ROG und Landesentwicklungsplan (LEP NRW) um, da durch die in Kapitel 3.3.1 vorgesehene Steuerung und Unterscheidung von GIB, ASB und ASB-GE und die Regelungen zu Abständen in G 1 sichergestellt wird, dass die im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereiche für Gewerbe auch langfristig für die Ansiedlung und Erweiterung von Gewerbe- und Industriebetrieben zur Verfügung stehen und sich für die Ansiedlung von erheblich emittierenden Gewerbebetrieben eignen. Es werden Regelungen getroffen, um die Ansiedlung von konkurrierenden Nutzungen in den GIB und ASB-GE zu verhindern und es werden Regelungen getroffen, um zu verhindern, dass gewerbliche Bauflächen durch heranrückende schutzbedürftige Nutzungen nicht mehr für die Ansiedlung von stark emittierenden Gewerbebetrieben geeignet sind. Damit tragen die textlichen Ziele in Kap. 3.3.1 dazu bei, ein bedarfsgerechtes Flächenangebot für die Wirtschaft zu sichern.

In den Erläuterungen zu Ziel 6.3-1 im LEP NRW wird ausgeführt, dass es sich bei emittierenden Gewerbe- und Industriebetrieben, für welche die ergänzenden Festlegungen für GIB im LEP NRW gelten, um solche handelt, die erhebliche Emissionen erzeugen, die i.d.R. einer immissionsschutzrechtlichen Genehmigung bedürfen und Abstände erfordern. Für die Betriebe kommen zur Ansiedlung Industriegebiete nach § 9 und Gewerbegebiete nach §8 BauNVO in Betracht. Die Regelung in Kap. 3.3.2 im Regionalplan konkretisiert diese Regelung aus dem LEP NRW zur bauleitplanerischen Umsetzung der GIB. Es werden Voraussetzungen für den Regelfall und die Ausnahmen von zulässigen Nutzungen bzw. Baugebieten in den GIB vorgesehen.

In der Planungsregion Düsseldorf lagen laut Ergebnissen einer Analyse der Flächennutzungspläne der Städte und Gemeinden im Jahr 2013 nur 42 % der genehmigungspflichtigen Betriebe nach dem BImSchG in einem Industriegebiet, 14% lagen in einem Gewerbegebiet. Bei 17 % waren im FNP nur gewerbliche Bauflächen dargestellt und es lagen keine Informationen vor, ob die Bereiche als GI oder GE im Bebauungsplan festgesetzt waren. 2% der Betriebe lagen in einer Sonderbaufläche (z.B. SO Hafen). 25 % der Betriebe lagen in sonstigen Bereichen (z.B. Fläche für Versorgungseinrichtungen, Landwirtschaftliche Flächen, Wohnbauflächen). Zudem sind in der Planungsregion Düsseldorf sehr viele GIB bereits bauleitplanerisch konkretisiert und vielfach als Gewerbegebiet oder gewerbliche Baufläche. Aus diesem Grund ist es in der Planungsregion Düsseldorf erforderlich, dass im GIB-Ziel auch Regelungen für die Planung eines Gewerbegebietes nach § 8 BauNVO vorgesehen werden. Allerdings müssen Fehlentwicklungen, wie sie oben beschrieben wurden, vermieden werden. Deswegen wurde im RPD die Regelung eingeführt, dass die Gewerbegebiete, die im GIB geplant werden, der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbetrieben dienen sollen, und Gebiete, in den Betriebe untergebracht werden können, die das Wohnen nicht oder nicht wesentlich stören, nur ausnahmsweise dort geplant werden dürfen (z.B. um eine Zonierung an der Grenze von ASB und GIB zu ermöglichen).

Stand: Unterlagen für den Abstellbeschluss

Der Grundsatz 1 setzt den Grundsatz 6.3-2 *Umgebungsschutz* des LEP NRW um. Hier heißt es, dass Regional- und Bauleitplanung dafür Sorge tragen sollen, dass durch das Heranrücken anderer Nutzungen die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe innerhalb bestehender GIB nicht beeinträchtigt werden. Im Regionalplan wird konkretisiert, wie die Umsetzung des Grundsatzes auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen kann (z.B. Planung von Gewerbegebieten, Grünflächen o.ä.) und dass auch Reserven in den GIB berücksichtigt werden sollen.

Die Einführung von ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) ist mit dem LEP NRW vereinbar. In Ziel 6.2.1 sowie in der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz wird ausgeführt, dass die ASB u.a. der Entwicklung von wohnverträglichem Gewerbe dienen. Mit der Zweckbindung „Gewerbe“ wird diese Zielsetzung räumlich in einzelnen Städten und Gemeinden mit besonderer Ausgangssituation konkretisiert. Da die Regionalplanungsbehörden die Möglichkeit haben, nach § 1 (4) Plan-Verordnung zum LPlG Darstellungen zu ergänzen, für die das Planzeichenverzeichnis kein Planzeichen enthält, wird das Planzeichen „GE“ eingeführt und in der Legende erklärt. Die neue Gebietskategorie dient dazu, ein bedarfsgerechtes Gewerbeflächenangebot zu sichern, in dem bestehende und in Einzelfällen auch neue Gewerbegebiete für eine gewerbliche Entwicklung vorgehalten werden sollen und die Ansiedlung von anderen schutzbedürftigen Nutzungen oder konkurrierenden Nutzungen verhindert werden sollen, die in einem ASB sonst zulässig wären. Zudem sollen in angrenzenden GIB befindliche Gewerbe- und Industriebetriebe vor heranrückenden schutzbedürftigen Nutzungen geschützt werden und damit langfristig die Standorte bereits auf Ebene der Regionalplanung gesichert werden. Die neue Gebietskategorie gibt zusätzliche Möglichkeiten den Trennungsgrundsatz nach § 50 BImSchG umzusetzen.

3.3.2 Zweckgebundene Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen

Die Vorgaben des RPD ersetzen die Ziele 2 und 3 des Kapitels 1.3 des GEP99. Ziel 2 des GEP99 „Mit überregional bedeutsamen Standorten und interkommunaler Zusammenarbeit den Anschluss an Europa halten“ ist Ziel 3 geworden. Ziel 3 aus dem GEP99 „GIB für zweckgebundene Nutzungen schützen“ ist in den Zielen 1, 4, 5 und 6 des RPD umgesetzt worden. In den Zielen wird zwischen einzelnen Zweckbindungen unterschieden und sind differenzierte Vorgaben z.B. zur bauleitplanerischen Umsetzung und zu Abstandsregelungen vorgesehen worden.

Die Zweckbindung „Güterverkehrszentrum“ aus dem GEP99 ist in Ziel 1 übernommen worden. Es wird jedoch bei den Standorten des kombinierten Güterverkehrs erstmalig zwischen Hafennutzungen und Einrichtungen zum Güterumschlag unterschieden. Neu im RPD aufgenommen wurde Ziel 2, das Regelungen für „Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie“ trifft. Die Zweckbindungen „Pflanzenvermarktung“, „Kalkabbau“ und „Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte“ wurden in die Ziele 4-6 übernommen. Neu wurde unter Z6 auch ein GIB mit der Zweckbindung Umnutzung bestehender Gebäude des ehem. Depots zu gewerblichen Zwecken in Goch-Hommersum sowie in Wuppertal-Vohwinkel (südwestlich von Wuppertal-Dornap / Knäppersteich) ein GIB mit der Zweckbindung Nachnutzung gewerblicher Flächen und die Zweckbindung Agrobusiness, Logistik für die zweckgebundenen Standorte nördlich und südlich der Autobahn in Straelen-Herongen aufgenommen. Zudem wurde in Düsseldorf Lausward ein Standort aufgenommen, der eine Zweckbindung für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe und gleichzeitig einen Standort des kombinierten Güterverkehrs - Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe vorsieht, um Spielraum für

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

die Umsetzung des Standortes zu erhalten, zum Beispiel wenn eine Erweiterung des Kraftwerkes erforderlich sein sollte.

In den textlichen Vorgaben wurden konkrete Standorte (GIB) benannt, die in den zeichnerischen Darstellungen aufgenommen wurden und mit einer Zweckbindung (Zackenlinie sowie Symbol –Z–) versehen wurden.

Nutzungen, die der Zweckbindung entgegenstehen, dürfen nicht vorgesehen werden. Bestehende Nutzungen haben Bestandsschutz. Dies gilt insbesondere in den GIB mit Zweckbindung, die noch nicht entsprechend ihrer Zweckbindung bebaut wurden. Sie sind vielfach noch landwirtschaftlich genutzt, was auch weiterhin möglich sein soll. Im Einzelfall kann es auch andere „Zwischennutzungen" bis zur eigentlichen Umsetzung der Zweckbindung geben. Die Vorranggebiete sind nicht zugleich Eignungsgebiete. D.h. eine Ansiedlung der mit den Zweckbindungen vorgesehenen gewerblichen Nutzungen ist in anderen Bereichen weiterhin möglich. So kann es auch in normalen GIB (außerhalb der GIB mit einer Zweckbindung für Hafennutzung und hafenaffines Gewerbe) Gewerbebetriebe geben, die hafenaffin sind. Oder z.B. kann es nicht nur in den GIB mit der Zweckbindung Pflanzenvermarktung Betriebe geben, die im Bereich der Pflanzenvermarktung tätig sind. Ein Ausschluss der Ansiedlung entsprechender Gewerbebetriebe in anderen GIB ist nicht erwünscht und wäre ohnehin unverhältnismäßig. Es gibt in anderen Bereichen bereits bestehende Betriebe, die nicht in die GIB mit Zweckbindung verlagert werden können (z.B. wäre es nicht umsetzbar und nicht angemessen, die im Regiopark Mönchengladbach / Jüchen bereits ansässigen flächenintensiven Logistikunternehmen umzusiedeln, weil hier keine Zweckbindung für flächenintensive Vorhaben vorgesehen ist. Zudem würden die Entwicklungsmöglichkeiten der normalen GIB (wie z.B. in den verbleibenden Reserven des Regioparks) nicht bedarfsgerecht eingeschränkt. Somit werden die GIB mit Zweckbindung nur als Vorranggebiete, nicht aber als Eignungsgebiete geplant.

Der Regionalplan (GEP99) hat bisher keine Regelungen zu Abständen oder zu sonstigen Anforderungen bei der Umsetzung der GIB mit Zweckbindung (GIB-Z) aufgeführt. Im Grundsatz G 1 werden Regelungen zum Umgebungsschutz erstmalig auch für die zweckgebundenen GIB eingeführt. Zudem erfolgen für einzelne zweckgebundene Nutzungen Aussagen zum Umgebungsschutz in den Zielen, die sich am Bedarf der konkreten Nutzung orientieren. Es wird Bezug genommen auf den Abstandserlass NRW, das BImSchG und den KAS-Leitfaden. Die gewählten Abstände (300m) bieten verschiedenen Betrieben einen ausreichenden Entwicklungsspielraum, die typischerweise in Bereichen mit den entsprechenden Festsetzungen vorhanden sind. Ob eine heranrückende Wohnbebauung zu einer Einschränkung einer gewerblichen Nutzung führt, hängt auch von den betrieblichen Abläufen und der Grundstücksgröße des Gewerbebetriebes ab. Es wurde darum in den Erläuterungen eine Ausnahme für eine mögliche Unterschreitung der pauschalen Abstände vorgesehen. Diese Ausnahmen sind insbesondere wichtig, wenn bereits baulich geprägte GIB betroffen sind, in denen bereits schutzbedürftige Nutzungen angrenzen. Es erfolgen auch Regelungen für eine Rücknahme von noch nicht umgesetzten Bauflächenreserven für Nutzungen, die Schutzansprüche auslösen können, um die GIBZ bedarfsgerecht umsetzen zu können. Dabei sind nur Rücknahmen durchzuführen, die auch einen Beitrag zur Entschärfung des Abstandsproblems leisten können und die durch ein Bauleitplanverfahren umsetzbar sind. Wenn Störfallbetriebe von einer Planung betroffen sind, steigen die Anforderungen an den Umgebungsschutz und somit können ggf. größere Abstände erforderlich sein. Hier können keine pauschalen Regelungen auf Ebene des Regionalplanes getroffen werden, sondern es sind Einzelfallentscheidungen erforderlich.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Eine grundlegende Überarbeitung von Ziel 2 und 3 in Kap. 1.3 des GEP99 ist erfolgt, da die Ergebnisse aus dem Siedlungsmonitoring zu Gewerbeflächen, der Fachbeitrag der Wirtschaft der IHKs und HWKs, Stellungnahmen von Städten und Gemeinden und vorliegende regionale Gewerbeflächengutachten aus dem Kreis Mettmann, den bergischen Großstädten und der IHK mittlerer Niederrhein zeigten, dass zwar mengenmäßig viele Reserven für Gewerbe im Regionalplan GEP 99 und in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden gab, es aber an verfügbaren Gewerbe- und Industrieflächen für bestimmte Nutzungen bzw. für Betriebe mit besonderen Standortanforderungen fehlte. Es wurde z.B. ein Bedarf an Bauflächen für stark emittierende Industrie- und Störfallbetriebe festgestellt und für Betriebe, die große und gut angebundene Betriebsstandorte brauchen („flächenintensiv"). Ein besonderer Bedarf besteht auch für Flächen, die für den Güterumschlag und die Logistik geeignet sind, insbesondere für Häfen und Güterumschlagplätze. Der GEP99 sah für einzelne dieser Nutzungen bereits zweckgebundene Standorte vor, die im RPD übernommen und langfristig gesichert werden sollten, andere Standorte wurden neu aufgenommen. Die Zweckbindung stellt sicher, dass sie auch langfristig zur Verfügung stehen.

Einige Bereiche sind mit einer Zweckbindung versehen worden, weil es sich um bereits bestehende Nutzungen handelte, ihr Standort (z.B. isoliert im Freiraum gelegen) jedoch nur für die zweckgebundene Nutzung vorgesehen werden sollte und nicht für allgemeine gewerbliche Nutzungen (z.B. Abfall- oder Abwasserbehandlungsanlagen). Regelungen und Begründung befinden sich in den entsprechenden Kapiteln Abfall, Wasser, Energie etc.

Die **GIB mit der Zweckbindung als Standorte des kombinierten Güterverkehrs** werden als Schnittstellen benötigt, um den Güterumschlag im kombinierten Verkehr zu gewährleisten. Sie dienen dazu, die verschiedenen Verkehrsträger (Wasser, Schiene, Straße) optimal zu vernetzen. Durch Brechung potentieller Transitverkehre durch die Region bietet sich hier außerdem gleichzeitig ein Potential zur Wertschöpfung. Dem Güterverkehr werden sehr große Zuwächse in den nächsten Jahren prognostiziert, gleichzeitig sind dem Ausbau der Infrastruktur finanziell und räumlich enge Grenzen gesetzt. Durch eine optimierte Vernetzung der Verkehrsträger sollen Straßen entlastet und Emissionen im Güterverkehr reduziert bzw. die prognostizierten Zuwächse möglichst verträglich gesteuert werden. Schiffe und Güterzüge sind besonders geeignet für die Überbrückung großer Distanzen, der Vor- und Nachlauf erfolgt über zeitlich und räumlich flexiblere LKW. Z1 greift hierbei Teile des ehemaligen Ziels im Kapitel 3.2 des Regionalplanes (GEP99) auf, welches u. a. die Wahl geeigneter Standorte für Güterverkehrseinrichtungen zum Gegenstand hatte.

Die **GIB mit der Zweckbindung Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe** sind aufgrund ihres Anschlusses an Wasserstraßen besonders bedeutsame Schnittstellen im kombinierten Verkehr. Ihr Erhalt und Ausbau ist ein wichtiges Ziel, um für den Wachstumsmarkt Logistik im internationalen Standortwettbewerb gerüstet zu sein und die verschiedenen Verkehrsträger in transportwirtschaftlicher und ökologischer Hinsicht bestmöglich zu verknüpfen. In diesen Gebieten haben Hafennutzungen, die dem Güterumschlag zwischen See- und Landweg dienen, sowie hafenaffine Gewerbe- und Industriebetriebe Vorrang. Der Regionalplan schafft so die räumlichen Voraussetzungen für eine positive Entwicklung der Häfen und eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des umweltfreundlichen Verkehrsträgers Wasserstraße.

Damit die Häfen mit trimodaler Erschließung ihre besonderen Potentiale im kombinierten Verkehr bestmöglich nutzen können und die Funktion der Gebiete als Schwerpunkte des Güterumschlags langfristig gewährleistet ist, ist sicher zu stellen, dass die für die Hafennut-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zung wesentlich prägenden Einrichtungen für den Güterumschlag zwischen See- und Landweg an die Schiene angebunden werden können. Es sind daher entsprechende Flächen vorzuhalten, um die Schienenanbindung auch innerhalb der Hafenbereiche möglichst wirksam schützen und entwickeln zu können. Z1 tritt an die Stelle des ehemaligen Ziels 2 im Kapitel 3.5 des Regionalplanes (GEP99), welches dafür plädierte, Häfen als integralen Bestandteil von Güterverkehrszentren zu begreifen und entsprechend zu entwickeln. Außerdem greift Z1 Teile des ehemaligen Ziels 4 im Kapitel 3.3 des GEP99 auf, welche den Anschluss von GIB an das Bahnnetz zum Gegenstand hatten.

Die GIB an den Häfen werden in den zeichnerischen Darstellungen mit einer Zweckbindung versehen, um die Bereiche und insbesondere bestehende Reserven für eine bedarfsgerechte Entwicklung langfristig zu sichern.

Um die Häfen wurden ein Abstand von 300m gewählt, den heranrückende schutzbedürftige Nutzungen einhalten sollen, weil der Abstandserlass NRW in der entsprechenden Abstandsklasse Betriebe als zulässig bewertet, die vielfach in Häfen liegen (z.B. Betriebe zum Umschlag größerer Gütermengen und Anlagen zur Herstellung oder Reparatur von Schiffskörpern in geschlossenen Hallen). Größere Abstände können im Allgemeinen nicht eingehalten werden, weil die Häfen in der Planungsregion in dicht besiedeltem Raum liegen und sich bereits schutzbedürftige oder konkurrierende Nutzungen im Umfeld entwickelt haben. Diese bestehenden Nutzungen haben Bestandsschutz und stellen Grenzen für die Hafenentwicklung dar. Es ist aber zu vermeiden, neue konkurrierende Nutzungen, die an die Hafenbereiche näher heranrücken, zu planen, die das Potenzial der Häfen weiter reduzieren. Ausnahmsweise kann ein näheres Heranrücken anderer Nutzungen ermöglicht werden, wenn hierdurch kein neues Abstandserfordernis zu einem Hafenbereich ausgelöst wird.

Die Abstandsregelungen sind erforderlich, weil die Konkurrenz um die wenigen noch freien bzw. brachfallenden Flächen in Flussnähe steigt: Es gibt immer weniger ungenutzte Flächen in den bestehenden Gewerbe- und Industriegebieten, aufgrund der Nähe zum Wasser sind potenzielle Erweiterungsflächen jedoch wertvolle Räume für Natur und Landschaft und damit nur eingeschränkt zur Erweiterung der Häfen nutzbar. In vielen Städten und Gemeinden besteht ein großer Siedlungsdruck für Wohnen und Büros am Wasser. Gleichzeitig besteht aufgrund steigender Güterverkehrszahlen ein großer Ansiedlungsdruck aus dem Bereich Güterverkehr und Logistik.

Die Vorgaben des Ziels 1 sind vor diesem Hintergrund als relativ restriktiv einzustufen. Sie beziehen sich jedoch insgesamt auf nur sieben Standorte im Planungsraum (bei separater Zählung der verschiedenen Standorte der Neuss-Düsseldorfer Häfen und der Darstellungen in Krefeld). Angesichts dieser geringen Zahl betroffener Standorte und deren hoher Bedeutung für den Warentransport in der Region sind diese jedoch angemessen.

Die **GIB mit der Zweckbindung Standorte für flächenintensive Vorhaben und Industrie (Z2)** dienen der Unterbringung von Betrieben mit einem großen Flächenbedarf (z.B. Logistikbetriebe) oder erheblich beeinträchtigenden Industriebetrieben. In Niederkrüchten wird ein GIB mit einer Zweckbindung für Ansiedlungen von Betrieben, die einen Flächenbedarf von 10 ha und mehr vorgesehen und in Grevenbroich/ Jüchen, Goch/Weeze/Uedem sowie Viersen / Mönchengladbach ein GIB mit einer Zweckbindung für Ansiedlungen von Betrieben, die einen Flächenbedarf von 5 ha und mehr haben. Die beiden Standorte in Niederkrüchten und Grevenbroich/Jüchen wurden in dem regionalen Gewerbeflächenkonzept der Logistikregion Niederrhein aufgrund ihre verkehrlichen Anbindung und Lage als besonders gut geeignet für eine gewerbliche Entwicklung bewertet. In Niederkrüchten handelt es sich zudem um eine

Stand: Vorlage für den Aufstellungsbeschluss

Brachfläche. Der GIB-Z in Goch/Weeze/Uedem ist im regionalen Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve als besonders gut geeignet bewertet wurden, Es handelt sich um einen sehr gut angebundenen Standort, der keine Restriktionen aufweist und ein bestehendes Gewerbegebiet erweitert. Eine Begründung zu den zeichnerischen Darstellungen erfolgt in Kap. 7.1.7.3.

In der bauleitplanerischen Umsetzungen ist zu beachten, dass die GIB entweder als Industriegebiet umgesetzt werden sollen, welches geeignet ist um Betriebsbereiche nach Störfall-VO u. ä. gewerbliche Nutzungen mit hohen Standortanforderungen anzusiedeln oder als Gewerbe- bzw. Industriegebiet, welches sich für die Ansiedlung von Betrieben ab 5 ha bzw. 10 ha Größe im Endausbau einer Betriebsstätte bzw. eines Betriebsstandortes eignet. Hier ist eine entsprechende Erschließung in der Bauleitplanung vorzusehen. Es können auch Betriebe angesiedelt werden, die zwar kleiner oder weniger emittierend sind, aber als Neben- oder Zulieferbetrieb in einem engen funktionalen Zusammenhang zu einem bereits ansässigen flächenintensive oder einem stark emittierenden Betrieb stehen. 5ha wurden gewählt, da die Analyse der Inanspruchnahmen gezeigt hat, dass die Anzahl der Ansiedlungsfälle ab 5 ha selten ist und eine Flächengröße von 5 – 10 ha z. B. für Logistikbetriebe als Idealzustand gilt. Die nächste BAB Anschlussstelle oder vergleichbar ausgebaute Straße sollte für eine „ideal“ geeignete Fläche für einen Logistiker, bis zu 1 km entfernt liegen. Ein Gleisanschluss sollte vorhanden sein oder in der Nähe liegen, ein Binnen-/See-/Frachtflughafen in der Nähe liegen (vgl. Branchenkreis LogistikImmobilien und –flächen im LogistikCluster NRW (2012): Ansiedlungshandbuch Logistik.NRW 2012, S.53.)

Für die GIB mit der Zweckbindung Flächenintensive Vorhaben und Industrie wurde ein Abstand von 300m vorgegeben, den heranrückende schutzbedürftige Nutzungen einzuhalten haben, um ihr heute vorhandenes Standortpotenzial langfristig zu sichern. Bisher befinden sich in diesem Abstand keine Bauflächen für schutzbedürftige Nutzungen auf. 300m wurden auch gewählt, weil damit bei vertretbaren Einschränkungen für die Umgebung ein Großteil von emittierenden Betriebstypen angesiedelt werden können und in der dicht besiedelten Planungsregion Standorte, die einen Abstand von 300m von GIB zu schutzbedürftigen Nutzungen (z.B. Wohnen) einhalten können, selten und daher besonders zu schützen sind. Sollte es bereits schutzbedürftige Nutzungen in diesem Abstand geben, haben diese Bestandsschutz. Eine solche Bestandsregelung ist erforderlich, da der Regionalplan im Maßstab 1:50.000 nicht topographiescharf gelesen werden kann. Sollten Störfallbetriebe betroffen sein, können ggf. größere Abstände erforderlich werden, darum wird in der Regelung auf den Einzelfall verwiesen, der erst auf Ebene der Bauleitplanung bewertet werden kann.

Die Ausnahme für Zuliefer- und Nebenbetriebe wurde vorgesehen, da es städtebaulich nicht sinnvoll wäre, erforderliche Zuliefer- oder Nebenbetriebe in anderen GIB anzusiedeln und damit zusätzlichen Verkehr zu erzeugen. Zudem ist es Ziel, der Bauleitplanung genug Spielraum zu geben, attraktive Standorte für flächenintensive Betriebe bzw. Industriebetriebe zu schaffen. Die Voraussetzung des engen funktionalen Zusammenhangs zu einem bereits ansässigen Betrieb ist in die Regelung aufgenommen worden, um den Vorrang der GIBZ für die Ansiedlung von flächenintensiven oder stark emittierenden Betrieben sicherzustellen.

Die **GIB mit der Zweckbindung Überregional bedeutsame Standorte (Z3)** dienen der Ansiedlung, Erweiterung und Bestandssicherung von emittierenden Betrieben und nur ausnahmsweise von nicht emittierenden Betrieben nach den Regelungen von Kap. 3.3.1. Einzelne der genannten GIBZ sind gleichzeitig auch mit anderen Zweckbindungen überplant (Mönchengladbach / Viersen, Niederkrüchten, Goch / Weeze / Uedem, Straelen sowie Gre-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

venbroich / Jüchen als GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie). Die Standorte sind aufgrund ihrer Größe und / oder ihrer Standortqualitäten nicht nur von Bedeutung für die kommunale Wirtschaftsentwicklung, sondern auch für die Planungsregion. Das Potenzial, welches in diesen GIB für überregional bedeutsame Standorte besteht, ist größer als der Bedarf der Belegenheitskommune und erfordert darum ein regional abgestimmtes Vorgehen bei der bauleitplanerischen Umsetzung. Teilweise handelt es sich um Standorte, an denen kommunale Bedarfe für eine gewerbliche Entwicklung angrenzender Kommunen befriedigt werden sollen, weil es innerhalb des angrenzenden kommunalen Gebietes keine geeigneten oder vergleichbar guten Standorte gibt (z.B. Krefeld / Meerbusch). Die GIBZ Goch / Weeze / Uedem und Straelen-Herongen (südlich der BAB) sind zudem Standorte, die von den Städten und Gemeinden des Kreises Kleve in ihrem regionalen Gewerbeflächenkonzept für eine gemeinsame Entwicklung vorgeschlagen wurden. Sie ergänzen die interkommunale Zusammenarbeit im Gewerbeflächenpool für den Kreis Kleve.

Die GIBZ sind wichtige Bestandteile des Regionalplanes als regionales Gewerbeflächenkonzept für die gesamte Planungsregion und haben aufgrund ihrer Standortbedingungen und Größe eine besondere Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung in der Region. Deswegen soll die Belegenheitskommune die betroffenen Akteure in der Region frühzeitig über die Planungsziele für den überregional bedeutsamen Standort informieren. Ein im GEP99 noch vorgesehenes städtebauliches Konzept muss nicht dazu erarbeitet werden, sondern es soll über das Profil des Gewerbegebietes (z.B. vorgesehene Branchen, Standortqualitäten, Bauabschnitte) soweit zu dem Planungsstand möglich informiert werden. So sollen konkurrierende Planungen, die zu Flächenüberhängen und unrentierlichen Infrastruktureinrichtungen in der Region führen können frühzeitig vermieden werden. Dabei ist auch zu klären, wie die Gewerbeflächenpotenziale im Siedlungsmonitoring bewertet werden.

Im RPD wurden zwei neue überregional bedeutsame Standorte im Regionalplan für eine bauliche Entwicklung vorgesehen (Grevenbroich / Jüchen und Mönchengladbach / Viersen), für die im Rahmen des Siedlungsmonitorings, im Fachbeitrag der Wirtschaft sowie im Logistikkonzept Niederrhein ein Bedarf festgestellt wurde. Die neuen Überregional bedeutsamen Standorte in Goch/Uedem/Weeze und Straelen-Herongen (südlich der A40) wurden im Regionalen Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve als Ergänzung zum Gewerbeflächenpool vorgeschlagen. Der ebenfalls vorgeschlagene GIBZ in Emmerich, nördlich des bestehenden GIB, wird als Sondierungsbereich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen, da aktuell in der Stadt Emmerich große Flächenreserven bestehen und kein Bedarf für einen weiteren GIB.

Die überregional bedeutsamen Standorte in Krefeld-Fichtenhain/Meerbusch-Osterath und Nettetal-Kaldenkirchen wurden im GEP99 nur im textlichen Ziel vorgesehen, aber nicht in den zeichnerischen Darstellungen räumlich konkretisiert. Für ist im RPD eine Abgrenzung durch eine Zweckbindung in den zeichnerischen Darstellungen vorgenommen worden. Der GIBZ in Nettetal-Kaldenkirchen ist bereits bauleitplanerisch umgesetzt, jedoch befinden sich noch große Reserven an dem Standort, so dass er weiterhin zweckgebunden dargestellt wird.

Einige Überregional bedeutsame Standorte des GEP99 werden nicht mehr als überregional bedeutsame Standorte vorgesehen, weil sich die Planungsziele verändert haben (Monheim/Langenfeld) und/oder deren Realisierung teilweise bereits erfolgt ist (Grevenbroich-Kapellen, Remscheid, Düsseldorf/Ratingen) oder sie bereits in großen Teilen umgesetzt sind (Mönchengladbach-Güdderath).

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

Die **GIB mit der Zweckbindung Pflanzenvermarktung (Z5) und Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte sowie Agrobusiness / Logistik (Z6)** dienen der Unterbringung von Gewerbebetrieben, die eng verbunden sind mit der Landwirtschaft und Pflanzenvermarktung (besonders in den Kreisen Kleve und Viersen). Sie werden unverändert in der Erarbeitung des RPDs weitergeführt bzw. neu aufgenommen (Agrobusiness/Logistik) und sind Beleg dafür, dass sich in der Region ein Schwerpunkt für Gartenbau-, Pflanzenvermarktung und Landwirtschaft gebildet hat. Für diese Nutzungen sollen auch weiterhin bedarfsgerechte Ansiedlungs- und Erweiterungsmöglichkeiten vorgesehen werden. Eine Zweckbindung ist erforderlich, um die Standorte langfristig für die vorgesehenen Nutzungen zu sichern und die Flächeninanspruchnahme durch konkurrierende Nutzungen zu verhindern. Es handelt sich zudem teilweise um Sonderstandorte, die als ehemalig privilegierte Nutzungen im Freiraum entstanden und gewachsen sind (z.B. GIB Geldern Lüllingen oder der GIB mit Zweckbindung Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte, bei dem es sich um eine isoliert gelegene Zuckerfabrik handelt).

Der **GIB mit Zweckbindung Goch-Hommersum (Z6)** dient der Umnutzung bestehender Gebäude des ehem. Depots zu gewerblichen Zwecken. Er wurde dargestellt, um die Nachnutzung der bestehenden Gebäude und Infrastruktur zu ermöglichen. Im GEP99 wurde das ehemals militärisch genutzte Gelände als Freiraum dargestellt, obwohl es sehr stark baulich geprägt ist. Da die Freiraumwertigkeit im baulich geprägten Bereich nicht hoch ist und die Bausubstanz sehr gut ist, soll eine Nachnutzung ermöglicht werden. Voraussetzung ist, dass keine bauliche Nachverdichtung oder Erweiterung erfolgt, um eine Beeinträchtigung des angrenzenden Freiraums zu vermeiden.

Der **GIB mit Zweckbindung** in Wuppertal-Vohwinkel (südwestlich von Dornap / Knäppersteich) soll der **Nachnutzung** einer bereits über einen längeren Zeitraum im Zusammenhang mit der Kalksteingewinnung **gewerblich genutzten Fläche** dienen. Anlass ist eine betriebliche Umorganisation. Es ist beabsichtigt, einen bestehenden Betrieb, welcher die Produkte der Kalksteingewinnung nutzt, hierhin zu verlagern.

In der textlichen Darstellung des GEP99 waren spezifische Aussagen zu Kommunen im heutigen Planungsraum des RVR enthalten, da diese ehemals zum Planungsraum Düsseldorf gehörten. Diese werden im RPD aufgrund des entsprechenden Neuzuschnitts des Planungsraums gelöscht (Lippemündungsraum, Grafschafter Gewerbepark GENEND). Dieses betrifft auch die Regelung für den GIB für flächenintensive Großvorhaben gemäß Landesentwicklungsplan in Wesel.

Die Regelung für flächenintensive Großvorhaben in Grevenbroich wurde gestrichen, da der LEP NRW hierzu konkrete abschließende Regelungen trifft.

Im Regionalplan GEP99 war in Krefeld-Hückelsmay ein GIB mit Zweckbindung Postfrachtzentrum dargestellt. Diese Zweckbindung wurde im RPD aufgehoben, da es sich um einen Standort für ein normales Logistikunternehmen handelt, wie es in jedem geeigneten GIB angesiedelt werden kann, und zudem der GIB bereits zu großen Teilen bebaut ist, so dass auch keine Zweckbindung für logistische Nutzungen erforderlich ist, um den Standort vor konkurrierenden Nutzungen zu schützen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die GIBZ stellen einen wichtigen Baustein des Regionalplanes als regionales Gewerbeflächenkonzept dar. Sie dienen dazu die Vorgaben aus ROG (§2 (2) Nr. 4) und LEP NRW Kap.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

6.3 umzusetzen, da durch die zweckgebundenen Standorte ein bedarfsgerechtes Angebot an Flächen für die Wirtschaft gesichert werden kann.

Die GIB mit unterschiedlichen Zweckbindungen (insbesondere flächenintensive Vorhaben und Industrie sowie und Güterumschlag) dienen der Sicherung von Standorten für stark emittierende Betriebe und setzen damit Kapitel 6.3-1 des LEP NRW um. Für die zweckgebundenen Standorte wird zudem ein besonderer Umgebungsschutz vorgesehen und damit 6.3.2. Grundsatz Umgebungsschutz des LEP NRW umgesetzt, in dem es heißt, dass Regional- und Bauleitplanung dafür Sorge tragen sollen, dass durch das Heranrücken anderer Nutzungen die Entwicklungsmöglichkeiten für emittierende Betriebe innerhalb bestehender GIB nicht beeinträchtigt werden.

Die vorliegenden Regelungen setzen auch Grundsatz 6.3.4 (LEP NRW) um, in dem gefordert wird, dass bevor ein neuer GIB im Freiraum entwickelt wird oder ein bestehende GIB umgesetzt wird, eine interkommunale Zusammenarbeit angestrebt werden solle. Es werden bereits einige Standorte konkret benannt, die interkommunal entwickelt werden sollen. Auch der Grundsatz 6.3-5 wird umgesetzt, denn multimodale Schnittstellen sollen von der Regionalplanung vorrangig für eine bedarfsgerechte Festlegung von Flächen für Güterumschlag und Logistik genutzt werden. Die geeigneten Standorte in der Planungsregion Düsseldorf werden als GIBZ für Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe oder GIBZ für flächenintensive Ansiedlungen und Industrie gesichert und so vor konkurrierenden Nutzungen geschützt. Für die multimodalen Standorte mit Hafenanschluss wird der Rahmen sogar enger gezogen als im LEP NRW, Kap. 6.3-5, wo allgemein „Logistik“ genannt wird. In den GIBZ des Regionalplanes dürfen nur solche Nutzungen angesiedelt werden, die einen funktionalen Zusammenhang mit dem Umschlag oder dem Betrieb eines Hafens aufweisen.

3.3.3 Virtueller Gewerbeflächenpool für das Gebiet des Kreises Kleve

Die Vorgaben ersetzen das Ziel 4 des Kapitels 1.3 des GEP99. Die Zielsetzungen für den Gewerbeflächenpool Kreis Kleve wurden überarbeitet, da Ende 2015 zum Auslaufen der Modellphase im Herbst 2016, ein Evaluierungsbericht erstellt wurde, der dem Regionalrat in seiner Sitzung des Planungsausschusses am 10.03.2016 vorgelegt wurde. Die wesentlichen Ergebnisse der Evaluation werden in Kap. 3.3.3.1 als Auszug aus dieser Sitzungsvorlage ausgeführt. Es werden einige Änderungen im textlichen Ziel und in den Erläuterungen von Kap. 3.3.3 als erforderlich angesehen. Zu ihrer Umsetzung wurde ein ergänzender landesplanerischer Vertrag (Änderungsvertrag) abgeschlossen zwischen Kreis, Kommunen und Bezirksregierung. Der Vertrag vom 22.09.2010 ist Kap. 3.3.3.2 zu entnehmen und der Änderungsvertrag vom 05.07.2017 ist in Kap. 3.3.3.3. aufgenommen worden.

Folgende Änderungen wurden bei den textlichen Regelungen und den Erläuterungen aufgenommen: Die Planung für Angebotsflächen darf bereits zwei Jahr vor einem erkennbaren Flächenengpasse begonnen werden, da festgestellt wurde, dass die Planverfahren oft länger als ein Jahr dauern. Hier soll vermieden werden, dass ein Engpass entsteht. Es dürfen auch etwas größere Gewerbegebiete als Angebotsplanung vorgesehen werden (statt in der Größenordnung einer einfachen jährlichen durchschnittlichen Gewerbeflächeninanspruchnahme, in der Größe einer dreifachen Inanspruchnahme). So soll es möglich werden, erforderliche Erschließungskosten zu senken, den Planungsaufwand zu reduzieren und den Kommunen mehr Spielraum zu geben für die Entwicklung städtebaulich sinnvoller Standorte. Die Vorgabe im GEP99 hatte aufgrund der geringen Größe an Inanspruchnahmen für einige Städte und Gemeinden zur Folge, dass sie sehr kleinteilig planen müssen und sehr viele Planver-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

fahren durchführen müssen. Des Weiteren ist eine Regelung zur Klarstellung bei der Umnutzung von Brachflächen erfolgt und zur Umplanung bestehender Gewerbegebiete. Es sind Regelungen im Pool erforderlich, da die Entwicklung von Brachflächen nicht erschwert werden soll, da sie einen wichtigen Beitrag zum Flächensparen leisten können. Zudem gab es eine Regelungslücke für die Umplanung im Bereich bestehender Gewerbegebiete bzw. Gewerblicher Bauflächen. Um die Änderungen hinsichtlich der Zielsetzungen des Gewerbeflächenpools zu überprüfen, wurde die Modellphase um weitere 5 Jahre nach Inkrafttreten der Änderungen verlängert.

In der Evaluierung wird ausgeführt, dass es im Kreis Kleve einen Bedarf für die Darstellung von zweckgebundenen GIB gibt (insbesondere für große Ansiedlungen und Agrobusiness). Zu den Ausführungen siehe Kap. 7.1.4 und hier insbesondere Kap. 7.1.4.4.3).

Eine weitere Änderung erfolgte in Ziel 1 (4) letzter Satz, wo erläutert wird, was bei Auslaufen des Zieles passieren soll. Im GEP99 wurde lediglich ausgeführt, dass der alte Rechtsstand wieder hergestellt werden soll. Es ist im RPD erforderlich, zu präzisieren, welcher Stand gemeint ist. Darum wird ergänzt, dass die zeichnerischen Darstellungen wieder hergestellt werden sollen, die mit der 69. Regionalplanänderung des GEP99 für den Gewerbeflächenpool aufgehoben und in der Sondierungskarte gesichert wurden. Zeichnerische Darstellungen die zwischenzeitlich im RPD erfolgten, um z.B. Inanspruchnahmen über den Pool im Plan dazustellen sind nicht berührt. Da der landesplanerische Vertrag sowie obiges Ziel ein besonderes Verfahren zur Gewerbeflächenplanung darstellten und nicht die textlichen Ziele des Regionalplanes für den Kreis Kleve geändert wurden, sondern ausgeführt wird, dass die sonstigen Ziele der Raumordnung zu beachten sind, werden bei Auslaufen des Pools die textlichen Ziele des RPD für die gewerbliche Entwicklung im Kreis Kleve gelten.

3.3.3.1 Auszug aus dem Evaluierungsbericht zum Gewerbeflächenpool

Die folgenden Ausführungen sind ein Auszug aus dem Evaluierungsbericht, der dem Regionalrat in seiner Sitzung am 10.03.2016 vorgelegt wurde:
In den vergangenen vier Jahren wurden fünf Flächennutzungsplanänderungen zur Planung von Gewerbeflächen im Kreis Kleve rechtskräftig abgeschlossen. Zwei der Verfahren waren bereits vor der Rechtskraft des Gewerbeflächenpools eingeleitet worden (FNP Änderungen in Wachtendonk und Kleve mit insgesamt 2,9 ha).

In den drei „neuen“ Verfahren wurden 5,5 ha Gewerbeflächen neu geplant. Bei zwei Verfahren lagen sog. Investorenplanungen vor (Kevelaer, Kalkar), bei einer Planung eine Kopplung von Angebots- und Investorenplanung (Kalkar). Zwei Verfahren konnten nicht beschleunigt durchgeführt werden, da Landschaftsschutzgebiete betroffen waren. Die anderen Verfahren betrafen den restriktionsfreien Raum.

In weiteren fünf FNP-Verfahren konnte eine positive Anpassung an die Ziele der Raumordnung durchgeführt werden, es steht jedoch die Genehmigung noch aus. Die Planungen umfassen 11 ha Gewerbeflächen. Es handelt sich um vier Investorenplanungen (Rees, Kleve, Bedburg-Hau, Wachtendonk) und eine Planung als Kopplung von Investoren- und Angebotsplanung (Uedem). Die Flächen liegen alle im restriktionsfreien Raum, so dass eine beschleunigte Anpassung an die Ziele der Raumordnung erfolgt ist. Dass die Flächennutzungspländerungen bis November 2015 noch nicht rechtskräftig geworden sind, hat verschiedene Gründe, z.B. erfolgt die Anpassung der FNP-Änderung an die Ziele der Raumordnung grundsätzlich zu einem relativ frühen Verfahrenszeitpunkt, d.h. danach kommen noch Ver-

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

fahrensschritte nach dem Baugesetzbuch (BauGB), die durchgeführt werden müssen (z.B. Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung). In einem Verfahren erfolgt eine Umplanung, in einem Verfahren gibt es Probleme im Genehmigungsverfahren (unabhängig vom Ge-Pool).

Der Gewerbeflächenpool hat zurzeit einen Stand von 178 ha. Wie ausgeführt, sind 11 ha im Verfahren zur Ausbuchung. 4 ha befinden sich im Verfahren zur Einbuchung. Es handelt sich hierbei um eine Brachfläche, die eingebucht werden soll.

Neben den Entwicklungen auf den o.g. Flächen, die unter Rückgriff auf den Gewerbeflächenpool entwickelt wurden, gibt es die gewerblichen Bauflächenreserven, die schon im Vorfeld des landesplanerischen Vertrages mittels verbindlicher Bauleitplanung gesichert waren (sog. Kategorie-4-Reserven; Definition siehe unten). Die Entwicklung dieser Flächen lässt sich durch die Erkenntnisse aus dem Siedlungsflächenmonitoring beschreiben.
Im Siedlungsflächenmonitoring zum Stichtag 01.01.2014 wurden diese Reserven der Städte und Gemeinden im Kreis Kleve erfasst (siehe Archiv der Regionalratssitzungen: Sitzungsvorlage 6/61 PA der Sitzung vom 17.09.2015).

Die Tabelle 1 (siehe unten) vergleicht die Reserven in den Bauleitplänen zum Stand der 69. Regionalplanänderung (September 2010) mit den Reserven aus dem Siedlungsflächenmonitoring 01.01.2014. Es handelt sich hierbei um die o.g. „Kategorie-4-Reserven“, die nach Landesplanerischem Vertrag zum Gewerbeflächenpool definiert sind als: „Nicht einbuchbare gewerblich-industriell nutzbare Flächenreserven, die nach §34 BauGB bebaubar sind oder innerhalb rechtskräftiger B-Pläne liegen“. Auch Betriebserweiterungsflächen wurden im Gewerbeflächenpool nicht für einen Tausch vorgesehen, so dass sie auch in Tabelle 1 nicht betrachtet wurden. Im Kreis Kleve standen zum Stichtag 01.01.2014 zusätzlich 108 ha Betriebserweiterungsflächen zur Verfügung.
Die beiden Erhebungen unterscheiden sich geringfügig in ihrer Methodik (Definition Betriebserweiterungsfläche, Anteil gewerblicher Nutzung an Bauflächen in Mischgebieten), trotzdem ist der Vergleich aussagekräftig. Trotz der Inanspruchnahmen von Kat. 4 Reserven in der Modellphase des Pools, gibt es in den meisten Kommunen noch viele Reserven in aktuellen Baugebieten. Diese Kommunen werden absehbar nicht für eine Angebotsplanung auf das Flächenkonto des Gewerbeflächenpools zurückgreifen müssen.

Nur in einzelnen Städten und Gemeinden neigen sich diese Reserven in den Gewerbegebieten dem Ende zu (z.B. Uedem, Kalkar, Bedburg-Hau, Rees), so dass absehbar Angebotsplanungen erforderlich werden können.

In einzelnen Städten und Gemeinden haben sich die FNP-Reserven zwischen 2010 und 2014 erhöht. Diese Erhöhungen haben vielfältige Gründe z.B. Umnutzung von Brachflächen, neue Planungsziele für einzelne B-Plan Grundstücke, Neudefinition der Reserven im landesweiten Monitoring (Reserven in Mischgebieten werden erstmals erfasst, die Definition von Betriebserweiterungsflächen wurden enger gefasst, aktuelle Planverfahren).

Tabelle 1: Entwicklung der sog. „Kategorie 4 Reserven“

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Kleve, Kreis	Reserven September 2010 (Sitzungsvorlage 69. Regionalplanänderung)	Verfügbare FNP-Reserven nach Flächenmonitoring Stichtag 01.01.2014
Bedburg-Hau	1	4
Emmerich	81	81
Geldern	8	5
Goch	15	17
Issum	13	9
Kalkar	1	1
Kerken	1	1
Kevelaer	32	41
Kleve	88	90
Kranenburg	3	2
Rees	14	8
Rheurdt	2	2
Straelen	28	9
Uedem	5	1
Wachtendonk	6	4
Weeze	5	4
	318	**279**

Stand: Unterlagen für den Aus… Beschluss

Der landesplanerische Vertrag sieht vor, dass die Reserven in Bebauungsplänen regelmäßig überprüft und eingebucht werden sollen, wenn sie entschädigungsfrei nach §42 BauGB aufgehoben werden können. Das betrifft Bebauungspläne die schon einige Jahre alt sind. Aus Anlass des Gewerbeflächenpools sollten aber nur solche Bebauungspläne aufgehoben werden, deren Reserven noch nicht erschlossen sind und die nicht im Besitz der Städte und Gemeinden sind. Angesichts der wenigen gelaufenen Planverfahren über den Gewerbeflächenpool und das großzügig ausgestattete Flächenkonto wurde auf diese Prüfung während der Modellphase verzichtet. Eine solche Prüfung wird erforderlich, wenn die erste Regionalplanänderung durchgeführt werden muss, um das Flächenkonto wieder aufzufüllen. Es wurde vereinbart, dass ein solches Verfahren durchgeführt wird, wenn das Flächenkonto nur noch für eine durchschnittliche jährliche Flächeninanspruchnahme für Gewerbe reichen würde. Da die bisherige Flächeninanspruchnahme durch den Gewerbeflächenpool in vier Jahren nur 8 ha betrug (somit durchschnittlich 2 ha/Jahr), dürfte der Gewerbeflächenpool mit rd. 180 ha noch rein rechnerisch 90 Jahre reichen.

3.3.3.1.1 Evaluierung auf Grundlage der SUP

Die Sitzungsvorlage zur 69. Regionalplanänderung bzw. die dazugehörige strategische Umweltprüfung (SUP) sehen eine Evaluierung auf Basis bestimmter Indikatoren vor. Zum Beispiel:

- Entwicklung des Ausnutzungsgrades der Bebauungspläne (Anteil gewerblicher Bauflächen),
- Entwicklung der jährlichen Flächeninanspruchnahme
- Anteil von Planungen im Restriktionsraum

- Auswirkungen auf Natur- und Landschaft (Artenschutz, Erholungsfunktion, Landschaftsbild und schutzwürdige Böden).

Diese Indikatoren sollten im Vergleich mit anderen Teilregionen der Planungsregion (z.B. Kreis Viersen) belegen, ob durch den Pool die Zielsetzung Freiraumschutz / effizientere Bodennutzung durch nachfrageorientierte Planung erreicht wurde. Zudem sollte geprüft werden, ob das Modellprojekt eine ungewöhnlich starke Beeinträchtigung von Natur und Landschaft zur Folge hat, z.B. weil die Inanspruchnahme von restriktionsfreien Räumen erleichtert wird und große Inanspruchnahmen die Folge sein könnten. Auch wurde in der 69. Regionalplanänderung kritisiert, dass die besonders schutzwürdigen Böden nicht als Restriktionsraum bewertet wurden.

Angesichts der geringen Fallzahlen und der geringfügigen Flächengrößen ist eine solche vergleichende Analyse statistisch nicht sinnvoll durchführbar und wenig aussagekräftig.
Die Planung und Realisierung von Gewerbeflächen hat allgemein negative Auswirkungen auf Natur und Landschaft durch die Flächeninanspruchnahme und die gewerbliche Nutzung. Es kann nach 4 Jahren Modellphase aber nicht festgestellt werden, dass die Art und Weise der Flächenentwicklung im Gewerbeflächenpool eine größere Beeinträchtigung von Natur und Landschaft zur Folge hatte als die Gewerbeflächenplanung in anderen Planungsregionen. Die geringen Fallzahlen lassen vielmehr den Schluss zu, dass der Gewerbeflächenpool durch die Aufhebung von 180ha GIB/Gewerbeflächen einen Beitrag zum Flächensparen leistet.

Die FNP Änderungen waren sehr kleinteilig, d.h. i.d.R. wurden bestehende Gewerbegebiete arrondiert und selten Erschließungs- oder Ausgleichsflächen neu geplant. Somit war der Ausnutzungsgrad der B-Pläne bei den neuen Planungen sehr hoch. Aufgrund der geringen Fallzahl kann aber keine belastbare Aussage dazu getroffen werden.

Bei den fünf rechtskräftigen Planungen waren in 3 Bereichen schutzwürdige Böden betroffen (Kevelaer, Kalkar, Wachtendonk). In den fünf noch nicht genehmigten Verfahren sind bei zwei Verfahren schutzwürdige Böden betroffen (Rees, Uedem). Aufgrund der weiten Verbreitung schutzwürdiger Böden im Kreis Kleve ist eine Beeinträchtigung in gewissem Maße kaum vermeidbar, zumal wenn es sich wie vorliegend um Vorhaben mit einer starken Standortbindung handelt (Betriebserweiterungen, Arrondierung bestehender Gewerbegebiete).

3.3.3.1.2 Erfolge des Projektes

Ein großer Erfolg des Gewerbeflächenpools wurde zu Beginn des Verfahrens erreicht – als der Konsens erzielt werden konnte, das Flächenkonto durch die Aufhebung von ca. 140 ha GIB im Regionalplan und ca. 40 ha gewerblicher Baufläche in den Flächennutzungsplänen zu füllen. Da bisher nur 8 ha Gewerbeflächen rechtskräftig neu geplant wurden, kann aus Sicht des Freiraumschutzes eine positive Bilanz gezogen werden. Die Neuplanungen, welche über den Pool erfolgten, lagen fast alle im Restriktionsfreien Raum, so dass auch diese Zielsetzung erreicht werden konnte. Aus Sicht der Gewerbeflächenentwicklung wäre eine höhere Dynamik wünschenswert gewesen. Ziel des Pools ist es ja auch, gute Gewerbestandorte zu entwickeln, die von Investoren nachgefragt werden.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Nach 4 Jahren Modellphase des Gewerbeflächenpools zeigt sich, dass der größte Erfolg des Projektes die Vereinbarung der 16 Städte und Gemeinden, des Kreises und der Regionalplanungsbehörde zu einer interkommunalen Zusammenarbeit ist. Der Gewerbeflächenpool wurde von der Wirtschaftsförderung im Kreis Kleve aufgegriffen und vermarktet. In regelmäßigen Treffen der Projektbeteiligten wurden Erfahrungen mit dem Projekt ausgetauscht und das Modellvorhaben weiterentwickelt. Der Gewerbeflächenpool trifft trotz seiner überschaubaren Dynamik der Gewerbeflächenentwicklung im Kreis Kleve auf eine hohe Akzeptanz. Auch überregional ist das Modellprojekt auf Interesse gestoßen, es gab einige Anfragen anderer Planungsregionen bei den Projektbeteiligten.
Das von den Städten und Gemeinden des Kreises, vom Kreis Kleve und den Vertretern der Wirtschaft (IHK, Wirtschaftsförderung) erarbeitete regionale Gewerbeflächenkonzept, welches in die Erarbeitung des Regionalplanes eingebracht wurde, ist ein Baustein interkommunaler Zusammenarbeit, der den Gewerbeflächenpool ergänzen soll und möglicherweise erst durch die Zusammenarbeit im Ge-Pool möglich wurde. Es ist den Beteiligten gelungen, in allen Stadt- und Gemeinderäten einen Beschluss für das reg. Gewerbeflächenkonzept zu erwirken.

Die wenigen vorliegenden Planverfahren zeigen, dass der Gewerbeflächenpool für Betriebserweiterungen und Betriebsverlagerungen eine wichtige Rolle spielt. In Kevelaer und Kleve sind Standorte über Investorenplanungen entwickelt worden, die vermutlich ohne den Gewerbeflächenpool nicht umsetzbar gewesen wären. Beide Kommunen verfügen über großzügige Reserven in aktuellen Gewerbegebieten, die – nach den Siedlungszielen im LEP und Regionalplan – einer Entwicklung von zusätzlichen Bauflächen an den vorgeschlagenen Standorten im Wege gestanden hätten. Möglicherweise hätte aber auch ein Tausch (Rücknahme bestehender FNP- oder B-Plan Reserven) hierzu Spielraum gegeben.

3.3.3.1.3 Probleme in der Modellphase

Ziel des Pools ist es auch, gute Gewerbestandorte zu entwickeln, die von Investoren nachgefragt werden. Aufgrund der geringen Fallzahlen stellt sich die Frage, ob keine Nachfrage bestand oder ob der Pool mit seinen Regelungen im Weg stand?

Der Gewerbeflächenpool ist mit einer einfachen Idee gestartet („Virtueller Flächentausch“). Das Gutachten zur Umsetzung des Gewerbeflächenpools und der landesplanerische Vertrag zeigten bald, dass die einfache Idee nicht einfach umsetzbar ist. Die Planung von Bauflächen unterliegt einigen gesetzlichen Regelungen im BauGB, im Landesplanungsgesetz und im Landesentwicklungsplan. Diese Regelungen konnten auch durch ein Modellprojekt nicht ausgehebelt werden. Der Gutachter stand vielmehr vor der Voraussetzung, alle gesetzlichen Grundlagen zu beachten.
Der letztliche abgestimmte landesplanerische Vertrag und das Ziel der Raumordnung, welches der Umsetzung des Vertrags diente, sind sehr detailliert geworden. In der Modellphase stellte es eine große Herausforderung für die Beteiligten dar, die Projektlogik und Anforderungen, aber auch Möglichkeiten zu verstehen. Vermutlich gibt es nur sehr wenige Projektbeteiligte, die die Planung einordnen können. Dieser Umstand ist ein sehr großes Problem des Gewerbeflächenpools.

a.) Verfahrensbeschleunigung

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Der Gewerbeflächenpool beschleunigt die Abstimmung von FNP-Änderungen an die Ziele der Raumordnung. Kreis und Regionalplanungsbehörde prüfen lediglich, ob es sich um restriktionsfreien Raum handelt und ob die Voraussetzungen Investor/ Angebot gegeben sind. Wie bereits am Planbeispiel erläutert, hat die Regionalplanungsbehörde nicht mehr 8 Wochen Zeit, eine Stellungnahme zu erarbeiten sondern nur 4 Wochen. Der Kreis Kleve hat sich bereit erklärt, seine Stellungnahme innerhalb einer Woche zu erstellen. Ein Beschleunigungseffekt ist damit zwar gegeben – aber gemessen an den sonstigen Verfahrensschritten, die im Bauleitplanverfahren nach dem BauGB erforderlich sind, und auch nicht durch den Gewerbeflächenpool beschleunigt werden können, ist der Effekt eher gering. Die regionalplanerische Abstimmung nimmt nur einen kurzen Zeitraum ein – wenn es auch in Einzelfällen sein kann, dass bei Überhängen oder schwierigen Standorten diese Abstimmung langwierig ist oder auch zu einer negativen Anpassung führt. Die Resonanz der ersten vier Jahre zeigte hier einige Missverständnisse und Enttäuschungen.

b.) Brachflächen

Das Vertragswerk ist detailliert geworden, um den gesetzlichen Anforderungen zu genügen. Das hat aber auch zur Folge, dass Planungen, die nicht dem „Standard“ entsprechen oder einfach nicht bedacht wurden als das Projekt konzipiert wurde, zunächst vor Hürden standen. Zum Beispiel betraf es die Planung von Brachflächen. Der Gewerbeflächenpool besagt, dass keine Angebotsplanungen durch-geführt werden dürfen, wenn es noch genug Reserven in der Stadt gibt.

Was ist aber mit Brach- und Konversionsflächen, die gewerblich umgenutzt werden sollen? Diese stellen einen sehr sinnvollen Beitrag zum Flächensparziel dar, oft handelt es sich aber bei den Nachnutzungsprojekten um „Angebotsplanungen“. D.h. es wird das Planungsrecht (Gewerbe) geschaffen und anschließend ein Investor gesucht, der das Grundstück saniert. Solche Angebotsplanungen sind eigentlich im Sinne des Pools nur zulässig, wenn ein Bedarf besteht, den viele Kommunen nicht haben, weil sie noch über einige andere Kategorie-4 Reserven verfügen. Im konkreten Einzelfall wurde die Planung als „Investoren“planung behandelt, da ein Zwischenerwerber aufgetreten ist, der erhebliche Investitionen zur Aufbereitung in das Grundstück tätigt. Letztlich handelt es sich aber um eine „Angebotsplanung“, weil die Endnutzer der Grundstücke erst später gesucht werden.

c.) Kleinteilige Arrondierung bestehender Gewerbegebiete

Problematisch sind auch kleinteilige Arrondierungen der bestehenden Gewerbegebiete, die als Kategorie-4-Flächen (s.o.) einen Bestandsschutz haben. Es gab einige Planverfahren, diese Bauflächen geringfügig zu arrondieren, weil sich städtebauliche Ziele geändert haben. Wenn also z.B. eine bisher vorgesehene kleine Ausgleichs- oder eine Verkehrsfläche am Rande des Gewerbegebietes nicht mehr gebraucht wird, kann es städtebaulich sinnvoll sein, hier auch eine gewerbliche Baufläche darzustellen. In den Städten und Gemeinden, die keinen Bedarf für zusätzliche Angebotsplanungen belegen können (also fast alle), ist eine solche – auch wenn sie geringfügige sein sollte – Erweiterung der gewerblichen Bauflächen durch den Gewerbeflächenpool eigentlich ausgeschlossen. Die Regelungen sind so eindeutig und detailliert, dass es keinen Abwägungsspielraum oder Ausnahmen gibt.

d.) Erschließungsprobleme

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In zwei Gemeinden wurde eine Angebotsplanung an die Ziele der Raumordnung angepasst, da kaum noch freie Grundstücke zur Verfügung standen. In einer weiteren Gemeinde gab es erste Vorüberlegungen dazu.

Bei allen drei Planungen stellte sich heraus, dass die vertraglich vereinbarte Größe für eine Angebotsplanung (durchschnittliche jährliche Inanspruchnahme der letzten 10 Jahre) zu klein ist, um ein städtebaulich und erschließungstechnisch sinnvolles Baugebiet zu entwickeln. Die Höchstgrenzen liegen zwischen 0,4 und 4,3 ha und sind für jede Gemeinde festgelegt. Hier gibt es keinen Spielraum um auf städtebauliche Anforderungen des Grundstückes (Form / Größe) und der Erschließung eingehen zu können.
Es ist bei manchen Baugebieten sinnvoller, größere Angebotsflächen zu planen als es die vertraglichen Vereinbarungen erlauben, weil dann z.B. Erschließungsspangen geplanten werden können statt teurer und flächenintensiver Wendehämmer. Auch mit Blick auf die nächste Baustufe des Baugebietes kann es kostengünstiger und flächensparender sein, bereits 3-4 Jahre weiterzudenken. Der Gewerbeflächenpool hat hier zum Ziel die Angebotsplanungen zu reduzieren, um die Entstehung und unnötige Erschließung nicht vermarktbarer großer Gewerbeflächen zu vermeiden. Wenn im Rahmen eines neuen Flächennutzungsplanes in einem Baugebiet Gewerbeflächen für den Bedarf von 10-15 Jahren umgesetzt werden, ist das Risiko groß, dass es zu Fehlentwicklungen und –investitionen kommt. Bei einem Planungshorizont von nur einem Jahr, ist der Spielraum jedoch sehr stark eingeschränkt.

In einer FNP-Änderung während der Modellphase konnte ein Kompromiss gefunden werden, indem eine Kopplung von Investoren- und Angebotsplanung erfolgt ist, so dass ein Grundstück städtebaulich sinnvoll erschlossen werden konnte (Kalkar). In einem anderen Fall sind Bauflächen abgestimmt worden, die die Höchstgrenze geringfügig überschritten haben, sonst wären erhebliche Investitionen in eine Zwischenerschließung (provisorischer Wendehammer) erforderlich geworden (Uedem). In diesem Baugebiet beklagt die Stadt aber immer noch über deutlich höhere Aufwendungen durch die Planung und den Bau der Erschließungsanlagen in zwei bis drei Bauabschnitten. Wichtig zu wissen ist hier auch, dass ohne die Vorschriften des Gewerbeflächenpools an diesem Standort vermutlich ein größeres Baugebiet an die Ziele der Raumordnung angepasst worden wäre. In einem dritten Baugebiet, in dem die bisherige Erschließung eine große Ringerschließung nahe legt, konnte noch keine gute Lösung im Rahmen des Gewerbeflächenpools gefunden werden (Wachtendonk).

Während somit Städte und Gemeinden von dem Pool profitieren, die über großzügige Angebotsflächen verfügen und zusätzlich noch Flächen für Investorenplanungen entwickeln können, müssen Kommunen mit einem Bedarf bzw. einem nahenden Flächenengpass Kompromisse eingehen, die sie ohne den Gewerbeflächenpool nicht hätten eingehen müssten.

e.) Großflächige Planungen (über 10 ha)

Es ist auffällig, dass bisher nur kleinflächige Planungen über den Gewerbeflächenpool an die Ziele der Raumordnung angepasst wurden, obwohl der Bedarf z.B. für die Entwicklung von Logistikflächen regelmäßig angeführt wird. Hier haben sicherlich die bestehenden Baugebiete einen gewissen Bedarf abgefangen, es besteht im Kreis Kleve aber auch anscheinend eine Hemmschwelle, Planungen für Anfragen über 10ha durch den Gewerbeflächenpool umzusetzen.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Es wird von verschiedenen Städten (und im Gewerbeflächenkonzept des Kreises Kleve) ausgeführt, dass Investoren, die größere Flächen nachfragen, nicht bereit sind, die planerische Vorbereitung (Regionalplan- und FNP-Änderung) abzuwarten. Der Gewerbeflächenpool setzt aber voraus, dass für Planungen und Ansiedlungen ab 10 ha eine Regionalplanänderung erforderlich ist. Es gibt zwar Möglichkeiten zur Beschleunigung der Regionalplanänderung (z.B. vereinfachtes Verfahren, Parallelverfahren zu FNP Änderung ohne Bedarfsprüfung). Dennoch scheint der Planungsaufwand und die Verfahrensdauer Investoren abzuschrecken, denn es wurde noch kein Verfahren durchgeführt.
Der Gewerbeflächenpool scheint für Betriebserweiterungen und Verlagerungen innerhalb der Gemeinden von Interesse, für großflächige Neuansiedlungen scheint er nicht förderlich zu sein. In diese Richtung gehen auch die Ausführungen der Städte und Gemeinden in ihrem regionalen Gewerbeflächenkonzept.

f.) Bodenbevorratung

Die Vorteile der klassischen Angebotsplanung wie langfristige Planungssicherheit für Städte, Grundstückseigentümer und Investoren, Spielraum für städtebauliches und kostengünstigstes Erschließungskonzept sowie Bodenmanagement werden in Gesprächen mit Städten und Gemeinden hervorgehoben. Im Rahmen des Gewerbeflächenpools ist es zwar auch denkbar, durch informelle Vorabstimmungen einige der Vorteile zu übertragen (z.B. informelle Konzepte abstimmen, die dann i.S. des Gewerbeflächenpools schrittweise durch Investoren und Angebotsplanungen umgesetzt werden), aber letztlich ist es eine neue Arbeitsweise, die im Rahmen der Modellphase noch nicht implementiert werden konnte.

g.) Spezialisiere Nachfragen

Das regionale Gewerbeflächenkonzept zeigt, dass die Städte und Gemeinden einen Bedarf für spezielle gewerbliche Nachfragen sehen, der über den Gewerbeflächenpool nicht gedeckt werden kann. Hervorgehoben werden hier großflächige Ansiedlungen, die Logistik und das Agrobusiness. Es werden drei Standorte im Konzept von den Städten und Gemeinden vorgeschlagen, die attraktiv sind für die entsprechenden Betriebe und ergänzend zu den Regelungen im Pool entwickelt werden sollen (Erweiterung eines GIB in Emmerich, Planung eines interkommunalen GIB Weeze/Goch/Uedem und Konversion Depot Straelen-Herongen).

Angesichts der bisher beobachteten kleinteiligen Ansiedlungen über den Gewerbeflächenpool ist diese Forderung nachvollziehbar. Es bestehen zurzeit noch einige Reserven in den sog. Kategorie-4-Flächen (bestehende Baugebiete) um mögliche Hemmnisse des Gewerbeflächenpools auszugleichen. Es bleibt abzuwarten, wie die Gewerbeflächenentwicklung mittel- bis langfristig erfolgen wird, wenn diese Reserven abnehmen. Zumal die größeren bestehenden Kategorie-4-Reserven sich in bestimmten Gewerbegebieten konzentrieren, die teilweise nicht für die Ansiedlung entsprechender Betriebe geeignet sind. Für sehr großflächige Ansiedlungen sollte die Darstellung eines GIBZ vorgesehen werden, um zu vermeiden, dass Investoren in andere Regionen abwandern

3.3.3.1.4 Fazit (Votum der Regionalplanungsbehörde)

Der Gewerbeflächenpool konnte in der Modellphase einige Erfolge verbuchen: Die interkommunale Zusammenarbeit ist einen großen Schritt vorangekommen, ein großräumiger Flächentausch ist erfolgt und das Flächenkonto großzügig ausgestattet worden. Befürchtun-

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

gen, die zu Beginn des Verfahrens von einigen Akteuren geäußert wurden, nämlich dass aus dem Gewerbeflächenpool ein „Flächenfresser“ wird, haben sich in den ersten Jahren nicht bestätigt. Dagegen bleibt die Entwicklung neuer („nachfragegerechter“) Standorte hinter den Erwartungen zurück. Vor dem Hintergrund dieser ambivalenten Entwicklung des Pools wird von der Regionalplanungsbehörde vorgeschlagen, den Gewerbeflächenpool fortzuführen und so schnell wie möglich einige Änderungen umzusetzen. Die Modellphase sollte verlängert werden, um die vorgeschlagenen Modifizierungen zu prüfen und nach 5 Jahren zu evaluieren.

Es wird empfohlen, zeitnah drei Regelungen des Gewerbeflächenpools zu modifizieren:

- Veränderung der Angebotsplanung

Der Spielraum für die Planung von Angebotsflächen zur Deckung des lokalen Bedarfs sollte von einer einfachen durchschnittlichen jährlichen Inanspruchnahme mindestens auf eine dreifache durchschnittliche jährliche Inanspruchnahme hochgesetzt werden, um mehr Spielraum für Erschließungskonzepte zu erhalten und den Aufwand für Planungen und Erschließungen zu reduzieren. (Von dem Planungshorizont 10-15 Jahre anderer Planungsregionen wäre man dann immer noch weit entfernt.) Liegt die Höchstgrenze sehr niedrig (z.B. zurzeit durchschnittliche jährliche Inanspruchnahme in Kerken (0,06 ha) oder Rheurdt (0,15 ha)), sollte es im gut begründeten Einzelfall möglich sein, die Höchstgrenze etwas zu überschreiten, wenn ein städtebaulich sinnvoller Flächenzuschnitt es erfordert.

- Standorte für spezialisierte Nutzungen

Zudem sollten – ergänzend zum Gewerbeflächenpool – die Anregungen aus dem Regionalen Gewerbeflächenkonzept aufgegriffen werden und einige wenige Standorte i.S. einer Angebotsplanung für spezialisierte Nachfragen vorgehalten werden. Hier ist z.B. ein Standort für die spezialisierte Nachfrage im Bereich Agrobusiness / Logistik und ein Standort für die Ansiedlung von flächenintensiven Vorhaben denkbar. Diese Standorte sollten dem Vorgehen im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplanes in den anderen Teilräumen entsprechen (GIBZ Darstellungen z.B. für flächenintensive Vorhaben und Industrie / GIBZ Agrobusiness und Logistik).

Auswirkung auf das Flächenkonto:
Diese Standorte müssen, wie alle derzeit geplanten Gewerbeflächen im Kreis Kleve aus dem Flächenkonto des Gewerbeflächenpools abgebucht werden. D.h. durch die bauleitplanerische Umsetzung der vorgeschlagenen Standorte würde das Flächenkonto reduziert werden.
Bis zu ihrer Bebauung würden die Reserven als Kat. 4 Reserven geführt werden. Das regionale Gewerbeflächenkonzept schlägt Standorte in einer Größe von rd. 120 ha vor, davon ca. 35 ha auf einer Brachfläche. Die Umnutzung der Brachfläche wäre bilanzneutral, da Ziel ist, größengleich Flächen zu entsiegeln. Ein- und Ausbuchungen dürften sich dann entsprechen.
Sollten die Standorte in der vorgeschlagenen Größenordnung vorgesehen werden, würde eine deutliche Reduzierung des Flächenkontos erfolgen. Bei einem drohenden Leerlaufen wurde vereinbart, dass das Flächenkonto durch eine Regionalplanänderung aufgefüllt wird. Das kann auch dann erforderlich sein, wenn noch Reserven in den neu dargestellten GIBZ bzw. auch andere Kat. 4 Reserven zur Verfügung stehen. Durch diese Vereinbarung sollte sichergestellt werden, dass die Gemeinden bei Bedarf für eine Angebots- oder Investorenplanung Bauleitpläne aufstellen können.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Überarbeitung des textlichen Zieles (Brachflächen; Bestandsschutz bei geringfügiger Umplanung wirksamer Bauleitpläne)

Es sollte im textlichen Ziel und landesplanerischen Vertrag eine Ausnahmeregelung für die Nachnutzung von Brachflächen getroffen werden und eine Ausnahme für geringfügige Arrondierungen/ Umplanungen bestehender Baugebiete, die aufgrund veränderter städtebaulicher Ziele erfolgen sollen.

3.3.3.2 Änderungsvertrag zum Landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 zum Gewerbeflächenpool

Änderungsvertrag vom 05.07.2017 zum öffentlich-rechtlichen landesplanerischen Vertrag vom 22.09.2010 zur Entwicklung und Realisierung des „Virtuellen Gewerbeflächenpools“ als Modell einer regionalplanerischen Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung im Kreis Kleve

Vertrag zwischen

- dem **Land NRW**, vertreten durch die Regierungspräsidentin Düsseldorf, Frau Anne Lütkes, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
- dem **Kreis Kleve**, vertreten durch Herrn Landrat Wolfgang Spreen und der leitenden Kreisverwaltungsdirektorin Zandra Boxnick, Nassauer Allee 15 – 23, 47533 Kleve
- der **Gemeinde Bedburg-Hau**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Peter Driessen und Herrn Gemeindeverwaltungsrat Dieter Henseler (2. Allg. Vertreter), Rathausplatz 1, 47551 Bedburg-Hau
- der **Stadt Emmerich am Rhein**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Peter Hinze und Herrn Dipl. Ing. Jochen Kemkes (Fachbereichsleiter FB5), Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein
- der **Stadt Geldern**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Sven Kaiser und Frau Erste Beigeordnete Petra Berges, Issumer Tor 36, 47608 Geldern
- der **Stadt Goch**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Ulrich Knickrehm und Herrn Beigeordneten Dominik Bulinski, Markt 2, 47574 Goch
- der **Gemeinde Issum**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Clemens Brüx und Herrn Dipl.-Ing. Jürgen Happe (Fachbereichsleiter FB 2), Herrlichkeit 7-9, 47661 Issum
- der **Stadt Kalkar**, vertreten durch Frau Bürgermeisterin Dr. Britta Schulz und Herrn Stadtoberbaurat Frank Sundermann (Fachbereichsleiter FB 2), Markt 20, 47546 Kalkar
- der **Gemeinde Kerken,** vertreten durch Herrn Bürgermeister Dirk Möcking und Herrn Dipl.-Ing. Klaus Arnolds (Fachbereichsleiter FB Technik, Bauen, Planen), Dionysiusplatz 4, 47647 Kerken
- der **Stadt Kevelaer**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Dr. Dominik Pichler und Herrn Stadtverwaltungsoberrat Ludger Holla (Fachbereichsleiter FB 2), Peter-Plümpe-Platz 12, 47623 Kevelaer
- der **Stadt Kleve**, vertreten durch Frau Bürgermeisterin Sonja Northing und Herrn Jürger Rauer (Technischer Beigeordneter), Kavarinerstr. 20 -22, 47533 Kleve

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- der **Gemeinde Kranenburg**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Günter Steins und Herrn Gemeindeamtsrat Andreas Hermsen (Bauamtsleiter), Klever Str. 4, 47559 Kranenburg
- der **Stadt Rees**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Christoph Gerwers, Markt 1, 46459 Rees
- der **Gemeinde Rheurdt**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Klaus Kleinenkuhnen und Herrn Gemeindeverwaltungsrat Udo Hövelmans (Fachbereichsleiter FB 2), Rathausstr. 35, 47509 Rheurdt
- der **Stadt Straelen**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Hans-Josef Linßen und Herrn Stadtoberbaurat Harald Purath (Dezernatsleiter Dez. II), Rathausstr. 1, 47538 Straelen
- der **Gemeinde Uedem**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Rainer Weber und Herrn Gemeindeamtsrat Gerd-Heinz Billion (1. Allg. Stellvertreter/Kämmerer), Mosterstr. 2, 47589 Uedem
- der **Gemeinde Wachtendonk**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Hans-Josef Aengenendt und Herrn Gemeindeamtsrat Franz-Josef Delbeck (Fachbereitsleiter FB 3), Weinstr. 1, 47669 Wachtendonk
- der **Gemeinde Weeze**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Ulrich Francken und Herrn Gemeindeoberamtsrat Johannes Peters (Fachbereichsleiter FB2), Cyriakusplatz 13/14, 47552 Weeze

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

§ 1

Vertragsänderungen

Der öffentlich-rechtliche landesplanerische Vertrag vom 22.09.2010 wird wie folgt geändert:

1. Die Regelung in § 4 Abs. 5 lit. c) wird wie folgt ersetzt:

   „Weist die abbuchungsnachfragende Stadt oder Gemeinde nach, dass voraussichtlich innerhalb der folgenden zwei Jahre keine baureifen, aktivierbaren Flächenreserven mehr bestehen werden (sog. „Kategorie 4-Flächen“ im Sinne von Anlage A zu diesem Vertrag) kommt eine Abbuchung auch ganz oder teilweise für eine Angebotsplanung ohne konkrete Nachfrage zum Zeitpunkt der Abbuchung in Betracht. Dabei darf die Größenordnung eines dreifachen durchschnittlichen jährlichen Gewerbeflächenverbrauchs der betreffenden Stadt oder Gemeinde nach Maßgabe der Anlage C dieses Vertrages nicht überschritten werden. Weist die Stadt oder Gemeinde nach, dass ein geringfügiges Überschreiten dieser Größe aus städtebaulichen Gründen erforderlich ist und liegt der durchschnittliche jährliche Gewerbeflächenverbrauch der planenden Stadt oder Gemeinde im Vergleich zu den anderen Städten und Gemeinden im Kreis Kleve niedrig, kann die Größenordnung geringfügig überschritten werden.“

2. In § 4 Abs. 5 werden nach lit. e) folgende Regelungen ergänzt:

„f. Erfolgt eine Planung von Gewerbeflächen mit dem Ziel, eine bebaute oder baulich geprägte Brachfläche gewerblich nachzunutzen, ist kein Nachweis nach § 4 Abs. 5 b.) oder § 4 Abs. 5 c.) und keine Abbuchung erforderlich.

g. Erfolgt eine Planung von Gewerbeflächen mit dem Ziel, eine bestehende gewerbliche Baufläche oder ein bestehendes Gewerbegebiet umzuplanen, ist kein Nachweis nach § 4 Abs. 5 b.) oder § 4 Abs. 5 c.) erforderlich. Dies gilt auch bei einer geringfügigen Erweiterung der gewerblichen Bauflächen. Für Erweiterungen ist eine Abbuchung erforderlich."

3. In **Anlage B** – Ablauf des beschleunigten Verfahrens nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) – wird die Regelung in Absatz 2 lit. e) wie folgt ersetzt:

„Im Falle einer Angebotsplanung im Sinne von § 4 Abs. 5 c.) dieses Vertrages den Nachweis, dass die Stadt oder Gemeinde über die Abbuchungsfläche verfügen kann oder zumindest zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des beabsichtigten Bebauungsplans aller Voraussicht nach verfügen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass voraussichtlich innerhalb der folgenden zwei Jahre keine baureifen, aktivierbaren Flächenreserven mehr zur Verfügung stehen werden (sog. „Kategorie 4-Flächen" im Sinne von Anlage A zu diesem Vertrag)."

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

§ 2

Aufschiebende Bedingungen

Das Wirksamwerden dieses Änderungsvertrages steht unter der aufschiebenden Bedingung,

- dass der Regionalplan Düsseldorf unter inhaltlich unveränderter Übernahme von Kapitel 3.3.3 Z1 in Fassung gemäß Anlage 1 zu diesem Vertrag wirksam wird.

§ 3

Fortgeltung der Bestimmungen des öffentlich-rechtlichen landesplanerischen Vertrages vom 22.09.2010

(1) Bis zum Wirksamwerden dieses Änderungsvertrages durch Eintritt der in § 2 dieses Änderungsvertrages genannten aufschiebenden Bedingungen gelten alle Bestimmungen des öffentlich-rechtlichen landesplanerischen Vertrages vom 22.09.2010 unverändert fort.

(2) Mit Wirksamwerden dieses Änderungsvertrages gelten die Regelungen des öffentlich-rechtlichen landesplanerischen Vertrages in der Fassung vom 22.09.2010 unverändert fort, soweit in diesem Änderungsvertrag nichts Abweichendes bestimmt wird.

(3) Soweit dieser Änderungsvertrag aufgrund der Nichterfüllung einer der in § 2 genannten aufschiebenden Bedingungen nicht wirksam werden sollte, gelten alle Bestimmungen des öffentlich-rechtlichen landesplanerischen Vertrages vom 22.09.2010 unverändert fort.

§ 4

Salvatorische Klausel

Sollte eine Bestimmung dieses Änderungsvertrages unwirksam sein oder werden, nichtig sein oder nichtig werden, lückenhaft sein oder werden, so wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Anstelle der unwirksamen/nichtigen/lückenhaften Bestimmung werden die Vertragsparteien eine solche Bestimmung treffen, die dem mit der unwirksamen/nichtigen/lückenhaften Bestimmung beabsichtigten Zweck am nächsten kommt. Dies gilt auch für die Ausfüllung eventueller Vertragslücken.

Stand d. Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

3.3.3.3 Landesplanerischer Vertrag vom 22.09.2010 zum Gewerbeflächenpool (Auszug)

Öffentlich-rechtlicher landesplanerischer Vertrag zur Entwicklung und Realisierung des „Virtuellen Gewerbeflächenpools“ als Modell einer regionalplanerischen Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung im Kreis Kleve

Präambel

Die nachfolgenden Beteiligten treffen im Sinne von § 13 ROG und §§ 54 VwVfG folgende Vereinbarung im Hinblick auf die Entwicklung und Realisierung des „Virtuellen Gewerbeflächenpools“ in der Teilregion des Kreises Kleve als Modell einer regionalplanerischen Mengensteuerung der Siedlungsflächenentwicklung:

Vertrag unterzeichnet am 22.09.2010 zwischen

- dem **Land NRW**, vertreten durch die Regierungspräsidentin Düsseldorf, Frau Anne Lütkes, Cecilienallee 2, 40474 Düsseldorf
- dem **Kreis Kleve**, vertreten durch Herrn Landrat Wolfgang Spreen und dem leitenden Kreisverwaltungsdirektor Wilfried Suerick, Nassauer Allee 15 – 23, 47533 Kleve
- der **Gemeinde Bedburg-Hau**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Peter Driessen und Herrn Gemeindeamtsrat Dieter Henseler (2. Allg. Vertreter), Rathausplatz 1, 47551 Bedburg-Hau
- der **Stadt Emmerich am Rhein**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Johannes Diks und Herrn Dipl. Ing. Jochen Kemkes (Fachbereichsleiter FB5), Geistmarkt 1, 46446 Emmerich am Rhein
- der **Stadt Geldern**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Ulrich Janssen und Frau Ute Stehlmann (Wirtschaftsförderin), Issumer Tor 36, 47608 Geldern
- der **Stadt Goch**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Karl Heinz Otto und Herrn Stadtbaurat Klaus Krantz (allg. Vertreter / Fachbereitsleiter FB II), Markt 2, 47574 Goch
- der **Gemeinde Issum**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Gerhard Kawaters und Herrn Dipl.-Ing. Jürgen Happe (Fachbereichsleiter FB 2), Herrlichkeit 7-9, 47661 Issum
- der **Stadt Kalkar**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Gerhard Fonck und Herrn Stadtoberbaurat Frank Sundermann (Fachbereichsleiter FB 2), Markt 20, 47546 Kalkar
- der **Gemeinde Kerken,** vertreten durch Herrn Bürgermeister Dirk Möcking und Herrn Dipl.-Ing. Detlev Grimm (Fachbereichsleiter FB Technik, Bauen, Planen), Dionysiusplatz 4, 47647 Kerken
- der **Stadt Kevelaer**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Dr. Axel Stibi und Herrn Stadtverwaltungsoberrat Ludger Holla (Fachbereichsleiter FB 2), Peter-Plümpe-Platz 12, 47623 Kevelaer
- der **Stadt Kleve**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Theodor Brauer und Herrn Jürger Rauer (Technischer Beigeordneter), Kavarinerstr. 20 -22, 47533 Kleve
- der **Gemeinde Kranenburg**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Günter Steins und Herrn Gemeindeoberamstrat Norbert Jansen (Hauptamtsleiter), Klever Str. 4, 47559 Kranenburg
- der **Stadt Rees**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Christoph Gerwers und Herrn Andreas Mai (Erster Beigeordneter), Markt 1, 46459 Rees

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- der **Gemeinde Rheurdt**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Klaus Kleinenkuhnen und Herrn Gemeindeverwaltungsrat Theo Bartz (Fachbereichsleiter FB 2), Rathausstr. 35, 47509 Rheurdt
- der **Stadt Straelen**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Jörg Langemeyer und Herrn Stadtoberbaurat Harald Purath (Dezernatsleiter Dez. IV), Rathausstr. 1, 47538 Straelen
- der **Gemeinde Uedem**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Rainer Weber und Herrn Gemeindeverwaltungsrat Gerd-Heinz Billion (1. Allg. Stellvertreter/Kämmerer), Mosterstr. 2, 47589 Uedem
- der **Gemeinde Wachtendonk**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Udo Rosenkranz und Herrn Dipl.-Ing. Arne Scheiders (Fachbereitsleiter FB 3), Weinstr. 1, 47669 Wachtendonk
- der **Gemeinde Weeze**, vertreten durch Herrn Bürgermeister Ulrich Francken und Herrn Gemeindeoberamtsrat Johannes Peters (Fachbereichsleiter FB2), Cyriakusplatz 13/14, 47552 Weeze

§ 1 Vertragsziele

(1) Die Vertragspartner streben eine interkommunal abgestimmte Mengensteuerung der Gewerbeflächenentwicklung im Kreis Kleve an („Virtueller Gewerbeflächenpool“), um im gemeinsamen Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Region innerhalb des regional verfügbaren Mengengerüsts räumlich und zeitlich flexibler auf Nachfragen nach Gewerbeflächen reagieren zu können.

(2) Ein Flächenkonto als Instrument des Gewerbeflächenpools dient der Weiterentwicklung und Abrundung von Stadtteilen bzw. bestehenden Gewerbegebieten, um dem erforderlichen Freiraumschutz Rechnung zu tragen. Über die effiziente Nutzung nachfragegerechter Standorte soll das Flächenkonto zu einer nachhaltigen Reduzierung der Inanspruchnahme neuer, freier Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beitragen.

(3) Zur Vermeidung aufwändiger und kontroverser Bewertungen wird bei Bildung des Gewerbeflächenpools und Einbuchung in das Flächenkonto auf die Berücksichtigung von Flächen verzichtet, für die bereits Erlöserwartungen existieren, weil sie sich in kommunalem Besitz befinden oder bereits Erschließungsaufwendungen getätigt worden sind.

(4) Etwaige verbleibende zwischengemeindliche Vor- und Nachteile sehen die Vertragspartner über den kommunalen Finanzausgleich, die Kreisumlage sowie die Effekte der Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze auf die sozio-ökonomische Entwicklung des Kreisgebietes insgesamt als ausgeglichen an.

§ 2 Vertragsgegenstand

(1) Mit diesem landesplanerischen Vertrag werden die Voraussetzungen zur Änderung der gegenwärtigen regionalplanerischen Gewerbeflächendarstellung durch ein neues, vom Regionalrat Düsseldorf für das Gebiet der kommunalen Vertragspartner neu aufzustel-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

lendes textliches Ziel der Raumordnung (In Verbindung mit der Änderung der zeichnerischen Darstellung von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen und im Einzelfall Allgemeinen Siedlungsbereichen) geschaffen. Zugleich dient dieser Vertrag der Verwirklichung dieser Änderung des Regionalplans.

(2) Gegenstand des textlichen Ziels soll ein Flächenkonto sein, das die Städte und Gemeinden des Kreises Kleve in Anspruch nehmen können, um gewerbliche und industrielle Nutzungen bauleitplanerisch zu entwickeln und das verbindliche Vorgaben enthalten soll, wie bei Unterschreitung der in § 3 Abs. 6 dieses Vertrages genannten Menge eine Wiederauffüllung im erforderlichen Umfang erfolgt. Das Anpassungsverfahren nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) wird auf die in Anlage B zu diesem Vertrag beschriebene Weise beschleunigt. Bei Abbuchungen aus diesem Flächenkonto bedarf es dann keiner weiteren regionalplanerischen Bedarfsprüfung.

(3) Das Flächenkonto bildet einen virtuellen Mengenpool ab, dessen Gesamtgröße sich aus den von den vertragschließenden Städten und Gemeinden zum Startzeitpunkt (Datum der Vertragsunterzeichnung: 22.09.2010) eingebuchten Flächen bestimmt.

(4) Zur sachlichen Bestimmbarkeit des in Absatz 2 genannten Ziels der Raumordnung verständigen sich die Vertragspartner darauf, dass das Flächenkonto zum Startzeitpunkt, dem (22.09.2010), eine Größe von ca. 194 ha besitzt. Diese Flächenmenge setzt sich aus den in Anlage A namentlich und geografisch exakt aufgeführten Flächen zusammen, die zum Startzeitpunkt eingebucht werden. Die in Anlage A aufgeführten Flächen werden im Regionalplan nicht mehr als Siedlungsbereiche, sondern als Freiraum zeichnerisch dargestellt. Gemäß Absatz 1 ist dafür ein entsprechendes Regionalplanänderungsverfahren erforderlich.

(5) In der Übergangszeit zwischen dem Startzeitpunkt und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regionalplanänderung bzw. des neuen textlichen Ziels der Raumordnung haben die Kommunen grundsätzlich die Möglichkeit, ihre bestehenden Flächen ggf. bauleitplanerisch weiter zu entwickeln und zu vermarkten, auch wenn diese zum Startzeitpunkt eingebucht wurden. Soweit dies erfolgt, ist das Flächenkonto zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regionalplanänderung zu aktualisieren.

(6) Zur räumlichen Bestimmbarkeit des in Absatz 2 genannten Ziels der Raumordnung verständigen sich die Vertragspartner darauf, dass Räume, für die entgegenstehende Ziele der Raumordnung und fachgesetzliche Unterschutzstellungen im Sinne von Anlage D zu diesem Vertrag bestehen (sog. „Restriktionsraum“), für die Inanspruchnahme des beschleunigten Verfahrens gemäß Anlage B dieses Vertrages außer Betracht bleiben. Gewerblich-industrielle Nutzungen können in diesen Räumen nur im Rahmen des Regelverfahrens nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG) bauleitplanerisch entwickelt werden. Die Abbuchung aus dem Flächenkonto wird durch das Monitoring im Sinne von § 5 dieses Vertrages sichergestellt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

§ 3 Mitwirkungspflichten der Vertragsparteien

(1) Die regionalplanerische Zieländerung verlangt von den Vertragsparteien eine entsprechende Mitwirkung, um den gegenwärtigen regional- und bauleitplanerischen Zustand auf die angestrebte Rechtslage hin anzupassen.

(2) Die vertragsunterzeichnenden Städte und Gemeinden erklären ihre Zustimmung, dass zeichnerisch im Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) dargestellte Bereiche, die für eine gewerbliche und/oder industrielle Nutzung vorgesehen sind und bisher nicht mit verbindlichem Baurecht versehen sind (sog. „Kategorie 1-“ und „Kategorie 2-Flächen“ nach Anlage A Abs. 1 Buchstaben a), b) zu diesem Vertrag) flächenmäßig in gleicher Größe zum Startzeitpunkt in den Flächenpool einzubuchen sind. Einbuchen meint in diesem Zusammenhang die konkrete Benennung der Flächen (Anlage A), sowie die in Folge der Aufstellung des neuen landesplanerischen Ziels erforderliche Planänderung mit dem Ziel der Bauflächenzurücknahme. Sie werden ihre Bauleitplanung damit der geänderten Rechtslage anpassen, wobei sich diese Verpflichtung bereits aus § 1 Abs. 4 BauGB ergibt und insofern nicht erst mit diesem Vertrag begründet wird.

(3) Die Regionalplanungsbehörde erklärt ihre Bereitschaft, dem Regionalrat ein Regionalplanänderungsverfahren mit dem Ziel der Beschlussfassung im Sinne von § 2 Abs. 2 dieses Vertrages vorzuschlagen.

(4) Die vertragsunterzeichnenden Städte und Gemeinden erklären ihre Bereitschaft, das gemeinsame Flächenkonto durch die sukzessive Einbuchung geeigneter Flächen aufzufüllen, die sich insbesondere aus Anlage A Abs. 1 Buchstabe c) zu diesem Vertrag ergeben (sog. „Kategorie 3-Flächen“), falls für diese Flächen keine Nutzungsänderung beabsichtigt ist. Sie leiten dazu zügig die erforderlichen Bauleitplanverfahren ein, sobald die Plangewährleistungsfrist gemäß § 42 Abs. 2 BauGB abgelaufen ist.

(5) Die vertragsunterzeichnende Regierungspräsidentin der Bezirksregierung Düsseldorf und der vertragsunterzeichnende Landrat des Kreises Kleve als staatliche Verwaltungsbehörden erklären ihre Bereitschaft, alles verwaltungsverfahrensmäßig und organisatorisch Erforderliche zu unternehmen, um für eine zügige Abwicklung des beschleunigten Verfahrens nach Anlage B zu diesem Vertrag Sorge zu tragen.

(6) Unterschreitet trotz vertragskonformen Verhaltens der vertragsunterzeichnenden Städte und Gemeinden der Flächenpool die doppelte Menge eines durchschnittlichen Jahresverbrauchs der jeweils letzten 10 Jahre an gewerblich-industriellen Flächen im Kreis Kleve, verpflichtet sich die Regionalplanungsbehörde zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit des Flächenkontos, eine Beschlussvorlage zur Wiederauffüllung des Flächenkontos vorzubereiten, über die der Regionalrat im Rahmen seines pflichtgemäßen Ermessens entscheidet. Die Fortschreibung des Siedlungsflächenmonitorings ersetzt dabei den Bedarfsnachweis.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

§ 4 Ein- und Abbuchungen

(1) Das Flächenkonto wird verwaltungsmäßig im Rahmen des regionalplanerischen Siedlungsflächenmonitorings durch die Regionalplanungsbehörde geführt.

(2) Ein- und abbuchungsberechtigt sind alle vertragsunterzeichnenden Städte und Gemeinden des Kreises Kleve. Abbuchungen sind grundsätzlich nur vom vorhandenen Umfang des Flächenkontos, nicht jedoch vom Umfang der individuell vorgenommenen Einbuchung von Flächen abhängig, wobei § 1 Abs. 4 dieses Vertrages gilt.

(3) Zusätzliche Einbuchungen sind unter Beachtung von § 3 Abs. 4 dieses Vertrages jederzeit möglich und bei der Regionalplanungsbehörde als Monitoringinstanz anzuzeigen.

(4) Möglich ist auch die Einbuchung einer Flächenmenge, die sich aus der bauplanungsrechtlichen Aufhebung einer bisher zulässigen und ehemals ausgeübten gewerblich-industriellen Nutzung ergibt (sog. „Brachfläche“), sofern diese Fläche renaturiert und wieder dem Freiraum zugeführt wird.

(5) Erstmalige Abbuchungen vom Flächenkonto sind mit Inkrafttreten des Ziels der Raumordnung, auf das in § 2 Abs. 2 dieses Vertrages verwiesen wird, und unter der Voraussetzung, dass die kommunale Bauleitplanung im Sinne von § 3 Abs. 2 dieses Vertrages der geänderten Rechtslage angepasst wurde, möglich. Sollten in der Übergangszeit zwischen dem Startzeitpunkt und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des neuen textlichen Ziels der Raumordnung Veränderungen im Sinne von § 2 Abs. 5 dieses Vertrages auftreten, wird mit Inkrafttreten des Zieles eine Aktualisierung des Flächenkontos erforderlich. Abbuchungen unterliegen zudem den im Folgenden auf das Plangebiet bezogenen und in Anlage B („Abbuchungsverfahren“) verfahrenstechnisch näher spezifizierten Voraussetzungen und sind bei der Regionalplanungsbehörde als Monitoringinstanz anzuzeigen.

   a. Die abzubuchende Fläche ist nicht Bestandteil des Restriktionsraums im Sinne von § 2 Abs. 6 i. V. m. Anlage D zu diesem Vertrag.
   b. Die abbuchungsnachfragende Stadt oder Gemeinde hat ein konkretes tatsächliches Nutzungsinteresse eines oder mehrerer Investoren darzulegen.
   c. Weist die abbuchungsnachfragende Stadt oder Gemeinde nach, dass voraussichtlich innerhalb des folgenden Jahres keine baureifen, aktivierbaren Flächenreserven mehr bestehen werden (sog. „Kategorie 4-Flächen“ im Sinne von Anlage A zu diesem Vertrag) kommt eine Abbuchung auch ganz oder teilweise für eine Angebotsplanung ohne konkrete Nachfrage zum Zeitpunkt der Abbuchung in Betracht. Dabei darf die Größenordnung eines durchschnittlichen jährlichen Gewerbeflächenverbrauchs der betreffenden Stadt oder Gemeinde nach Maßgabe der Anlage C dieses Vertrages nicht überschritten werden.
   d. Stellt sich im Laufe des Bauleitplanverfahrens heraus, dass wider Erwarten eine abgebuchte Fläche doch zur Gänze oder in Teilen Teil des „Restriktionsraums“ im Sinne von § 2 Abs. 6 i. V. m. Anlage D diesen Vertrages ist, so entfällt das beschleunigte Anpassungsverfahren im Sinne von Anlage B dieses Vertrages.
   e. Die Obergrenze für eine einzelne Abbuchung beträgt 10 ha. Dies lässt das beschleunigte Anpassungsverfahren im Sinne von Anlage B sowie das Regelverfahren nach § 34 LPlG unberührt.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

(6) Bei Planungsvorhaben ≥ 10 ha besteht grundsätzlich ein Regionalplanänderungserfordernis, womit gleichzeitig das beschleunigte Anpassungsverfahren im Sinne von Anlage B dieses Vertrages entfällt. Auch im Falle derartiger Planungsvorhaben ist eine Abbuchung vom Flächenkonto vorzunehmen, um im Sinne von § 1 Abs. 2 dieses Vertrages zu einer nachhaltigen Reduzierung der Inanspruchnahme neuer, freier Flächen für Siedlungs- und Verkehrszwecke beizutragen.

(7) Für die sukzessiv erfolgten Abbuchungen < 10 ha soll eine gebündelte Anpassung der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans im Rahmen seiner Fortschreibung erfolgen.

§ 5 Monitoring

(1) Im Rahmen des Siedlungsflächenmonitorings erfasst die Regionalplanungsbehörde alle Ein- und Ausbuchungen von dem Flächenkonto im Sinne von § 2 dieses Vertrages.

(2) Die Auswirkungen dieses Vertrages, insbesondere auf die Flächeninanspruchnahme und die Arbeitsplatzentwicklung, werden durch die Regionalplanungsbehörde überprüft.

(3) Die Regionalplanungsbehörde führt nach Ablauf von vier Jahren in Zusammenarbeit mit den anderen Vertragsparteien eine Evaluierung durch und legt dem Regionalrat einen Bericht vor, der eine Empfehlung über die Weiterführung oder das Auslaufen des Ziels der Raumordnung enthält, auf das in § 2 dieses Vertrages verwiesen wird.

§ 6 Geltungsdauer des Vertrages

(1) Dieser Vertrag tritt am Tag nach der Unterzeichnung durch alle Vertragspartner in Kraft und wird zunächst mit einer Geltungsdauer von fünf Jahren abgeschlossen. Es wird davon ausgegangen, dass die Vertragspartner sich bereits im Vorfeld des Inkrafttretens des Vertrages mit der künftigen Umsetzung des Vertrages befasst und nach Kräften Vorkehrungen dazu getroffen haben.

(2) Sollte das zur Beschlussfassung des neuen Ziels der Raumordnung im Sinne von § 3 Abs. 3 dieses Vertrages erforderliche Regionalplanänderungsverfahren nicht binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eingeleitet worden sein, so ist dies ein wichtiger Grund für eine außerordentliche Kündigung des Vertrages.

(3) Bei einem Auslaufen des zunächst auf fünf Jahre befristeten Ziels der Raumordnung, auf das § 2 dieses Vertrages verweist, sowie im Falle einer ordentlichen Kündigung, die erstmalig mit einer halbjährigen Kündigungsfrist nach Ablauf der fünfjährigen Vertragslaufzeit in Betracht kommt, bedarf es der angemessenen Rückabwicklung des Vertrages durch die Vertragsbeteiligten und damit der Wiederherstellung des Zustands vor Einführung des Ziels der Raumordnung auf das in § 2 Abs. 2 dieses Vertrages verwiesen wird. Ansonsten verlängert sich der zunächst auf fünf Jahre abge-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

schlossene Vertrag nach Maßgabe der Weitergeltung dieses Ziels der Raumordnung automatisch.

(4) Einer Rückabwicklung des Vertrages bedarf es ebenfalls, wenn der mit der Vertragsunterzeichnung bekundete Konsens zwischen allen Vertragsparteien durch eine ordentliche Kündigung einzelner Vertragspartner beendet wird.

(5) Die Vertragspartner sind sich bewusst, dass sich aus möglichen Änderungen landesplanerischer Vorgaben Anpassungserfordernisse dieses Vertrages ergeben könnten. Entfällt mit der Änderung des Landesplanungsrechts die Geschäftsgrundlage, so ist der Vertrag entsprechenden anzupassen bzw. rückabzuwickeln.

§ 7 Salvatorische Klausel/Schlichtungsverfahren

(1) Pflichtverletzungen einzelner Städte und Gemeinden im Sinne von § 3 Abs. 1, 2 und 4 dieses Vertrages lassen den Bestand des Vertrages unberührt.

(2) Kommt eine Stadt oder Gemeinde ihren Pflichten im Sinne von § 3 Abs. 1, 2 und 4 dieses Vertrages nicht nach, so wird auf alle Bauleitplanverfahren dieser Stadt / Gemeinde das Regelverfahren nach § 34 Landesplanungsgesetz angewendet und sind durch diese Stadt / Gemeinde weitere Abbuchungen von dem Flächenkonto nicht mehr möglich.

(3) Die Vertragsparteien erklären sich bereit, in allen Streitfällen diesen Vertrag betreffend vor Beschreiten des Rechtsweges einem Schlichtungsverfahren zuzustimmen, bei dem die kommunalen Vertragspartner ebenso wie die Regionalplanungsbehörde berechtigt sind, je einen Schlichter zu benennen.

(4) Die beiden Schlichter haben drei Monate Zeit, einen Vorschlag zur Beilegung des Streitfalls zu erarbeiten. Stimmen nicht alle Vertragsparteien binnen eines Monats diesem Vorschlag zu, steht ihnen der Rechtsweg offen.

Anlagen

Anlage A: Übersicht der für eine gewerblich-industrielle Nutzung geeigneten Flächen der Städte und Gemeinden des Kreises Kleve, die zum Startzeitpunkt (Datum der Vertragsunterzeichnung) eingebucht werden.

(1) Definition der Flächenkategorien

a) Bisher bauleitplanerisch nicht entsprechend dargestellte Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) sowie allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) für Gewerbe gemäß Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) („Kategorie 1-Flächen“).

b) Bisher in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden des Kreises Kleve dargestellte gewerblich-industriell nutzbare Flächen, für die noch kein entspre-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

chender rechtskräftiger Bebauungsplan besteht und die nicht nach §34 BauGB bebaubar sind („Kategorie 2-Flächen“).

c) Mit Ablauf der Plangewährleistungsfrist gemäß § 42 Abs. 2 BauGB zur Auffüllung des Flächenkontos gewerblich-industriell nutzbare Flächen der Städte und Gemeinden im Kreis Kleve, für die bereits ein entsprechender rechtskräftiger Bebauungsplan besteht, aber bislang weder Erschließungsmaßnahmen durchgeführt worden sind, noch Erlöserwartungen bestehen, weil sich die Flächen nicht im kommunalen Besitz befinden („Kategorie 3-Flächen“).

d) Nicht einbuchbare gewerblich-industriell nutzbare Flächenreserven der Städte und Gemeinden im Kreis Kleve, die nach §34 BauGB bebaubar sind oder innerhalb rechtskräftiger Bebauungspläne liegen, die die Voraussetzungen von Buchstabe c) nicht erfüllen („Kategorie 4-Flächen“).

(2) Einzelübersicht der zum Stichtag (22.09.2010) eingebuchten **Kategorie 1-Flächen** der einzelnen Städte und Gemeinden im Kreis Kleve (Tabelle).

(3) Einzelübersicht der zum Stichtag (22.09.2010) eingebuchten **Kategorie 2-Flächen** der einzelnen Städte und Gemeinden im Kreis Kleve (Tabelle).

(4) Einzelübersicht der nach Ablauf der Plangewährleistungsfrist einzubuchenden **Kategorie 3-Flächen** der einzelnen Städte und Gemeinden im Kreis Kleve (Tabelle).

(5) Einzelübersicht der nicht einbuchbaren **Kategorie 4-Flächen** der einzelnen Städte und Gemeinden im Kreis Kleve (Tabelle).

(6) Gesamtübersicht der zum Stichtag (22.09.2010) eingebuchten, einzubuchenden, nicht einzubuchenden gewerblich-industriell nutzbaren Flächenreserven (Kategorie 1 bis 4) der einzelnen Städte und Gemeinden (Lagepläne und Tabellen).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anlage B: Ablauf des beschleunigten Verfahrens nach § 34 Landesplanungsgesetz (LPlG)

(1) Die Abbuchungsanzeige einer Stadt oder Gemeinde des Kreises Kleve ist auf dem Dienstweg an die Regionalplanungsbehörde zu richten.

(2) Die Abbuchungsanzeige hat folgende Informationen zu enthalten:

b) Eine Beschreibung des Planvorhabens, bestehend mindestens aus einer Größenangabe und einer geeigneten Plangebietsabgrenzung, aus der die räumliche Lage des Plangebiets hervorgeht, um die erforderliche Anbindung an das bestehende Siedlungsgefüge und die Nichtbetroffenheit des sog. Restriktionsraumes gemäß Anlage D zu diesem Vertrag überprüfen zu können, sowie eine Darstellung der aktuell gültigen Flächennutzungsplandarstellung der betroffenen Fläche und der zukünftig geplanten Änderung der Darstellung.

c) Die Stellungnahme des Kreises Kleve zu dem geplanten Vorhaben.

d) Nachweis des Nutzungsinteresses eines Investors im Sinne von § 4 Abs. 5 b. dieses Vertrages. Das Interesse gilt als nachgewiesen, wenn entweder ein Durchführungsvertrag zwischen Stadt oder Gemeinde und Investor, ein Entwurf eines Vorhaben- und Erschließungsplans oder eine Erklärung des Investors über Art und Zeitpunkt der Durchführung des beabsichtigten Investitionsvorhabens vorgelegt wird. Ebenfalls ist der Nachweis zu führen, dass der oder die Investoren über die dinglichen Verfügungsrechte an der Abbuchungsfläche verfügen oder zumindest zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des beabsichtigten Bebauungsplans aller Voraussicht nach verfügen werden, falls nicht die Gemeinde im Besitz der dinglichen Verfügungsrechte ist.

e) Im Falle einer Angebotsplanung im Sinne von § 4 Abs. 5 c. dieses Vertrages den Nachweis, dass die Stadt oder Gemeinde über die Abbuchungsfläche verfügen kann oder zumindest zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des beabsichtigten Bebauungsplans aller Voraussicht nach verfügen wird. Voraussetzung hierfür ist, dass voraussichtlich innerhalb des folgenden Jahres keine baureifen, aktivierbaren Flächenreserven mehr zur Verfügung stehen werden (sog. „Kategorie 4-Flächen“ im Sinne von Anlage A zu diesem Vertrag).

(3) Äußert sich die Regionalplanungsbehörde nicht innerhalb von einem Monat auf die Abbuchungsanzeige der Gemeinde, so kann die Gemeinde davon ausgehen, dass landesplanerische Bedenken im Sinne von § 4 Abs. 5 dieses Vertrages nicht erhoben werden und die Fläche als abgebucht betrachten.

(4) Werden landesplanerische Bedenken gegen eine Abbuchung erhoben, so greift das Regelverfahren nach § 34 LPlG.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anlage C: Durchschnittlicher jährlicher Verbrauch gewerblich-industriell nutzbarer Flächen der einzelnen Städte und Gemeinden des Kreises Kleve im Sinne von § 4 Abs. 5 c. dieses Vertrages

Hinweis: Diese Werte werden im Rahmen des laufenden Siedlungsflächenmonitorings durch die Regionalplanungsbehörde laufend aktualisiert (nächster Stichtag ist der 01.01.2012)

Kommune		Ø-jährl. Verbrauch* (ha/J)
		1999 - 2008
2101	Bedburg-Hau	0,39
2102	Emmerich	4,32
2103	Geldern	2,27
2104	Goch	4,24
2105	Issum	0,79
2106	Kalkar	0,95
2107	Kerken	0,06
2108	Kevelaer	3,22
2109	Kleve	1,44
2110	Kranenburg	0,81
2111	Rees	1,58
2112	Rheurdt	0,15
2113	Straelen	4,37
2114	Uedem	1,61
2115	Wachtendonk	0,52
2116	Weeze	1,06
Summe	**Kreis Kleve**	**27,78**

* Ergebnisse der Fortschreibung des Siedlungsmonitoring zum Stichtag 01.01.2009

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anlage D: Bestandteile des sog. „Restriktionsraumes“ im Sinne von § 2 Abs. 6 bei deren beabsichtigter Inanspruchnahme das Regelverfahren nach § 34 LPlG durchzuführen ist. Die Abbuchung aus dem Flächenkonto wird durch das Monitoring im Sinne von § 5 dieses Vertrages sichergestellt.

Restriktionsraum

Darstellungen aus dem Regionalplan GEP 99	**Naturschutzrechtliche Unterschutzstellung**	**Wasserwirtschaftliche Unterschutzstellungen**
Freiraumfunktion – Bereich für den Schutz der Natur	Naturschutzgebiete (BNatSchG)	Zone I – IIIC Wasserschutzgebiet (§ 14 LWG NRW)
Freiraumfunktion – Bereich für den Schutz der Landschaft und landschafts-orientierten Erholung	Landschaftsschutzgebiete (BNatSchG)	Überschwemmungsgebiet (§ 112 LWG NRW)
Freiraumfunktion – Regionale Grünzüge	Naturdenkmäler (BNatSchG)	
Freiraumfunktion – Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz	Geschützte Landschaftsbestandteile (BNatSchG)	
Freiraumfunktion – Überschwemmungsbereiche	Gesetzlich geschützte Biotope gem. LG NW i V. m. BNatSchG	
Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen – Aufschüttungen und Ablagerungen	NATURA-2000-Gebiete (Europäische Vogelschutzgebiete und FFH-Gebiete)	
Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen – Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze		
Rohstoffe / Reservegebiete für den oberirdischen Abbau nichtenergetischer Boden-schätze - Sondierungsbereiche für künftige BSAB (Erläuterungskarte 9a)		
Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen – Sonstige Zweckbindungen		
Freiraum -Waldbereiche		
Freiraum -Oberflächengewässer		
Siedlungsraum – ASB für zweckgebundene Nutzungen		
Siedlungsraum – GIB für flächenintensive Großvorhaben		
Siedlungsraum – GIB für zweckgebundene Nutzungen		
Verkehrsinfrastruktur – Trassenfestlegungen mit Zielqualität		
Grenzen der Lärmschutzgebiete gem. LEP „Schutz vor Fluglärm“		

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Der Gewerbeflächenpool Kreis Kleve ist ein Modellprojekt für die interkommunale Zusammenarbeit, welches im Jahr 2010 eingeführt wurde. Das Projekt ist mit den Regelungen des LEP NRW vereinbar. Kap. 6.3 Ziel 1 LEP NRW wird umgesetzt, da es sich um die Umsetzung eines regionalen Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes für den Kreis Kleve handelt. Grundsatz 6.3-4 des LEP NRW fordert die Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit bei der Entwicklung von GIB. Der Gewerbeflächenpool setzt diesen Grundsatz durch die Zusammenarbeit der 16 Städte und Gemeinden des Kreises, des Kreises und der Bezirksregierung um. Vorgesehen sind zudem einige wenige GIBZ, die interkommunal entwickelt werden sollen. Auch Grundsatz 5-1 des LEP NRW wird umgesetzt, da der Gewerbeflächenpool ein regionales Entwicklungskonzept bzw. ein Projekt darstellt, welches in der Zusammenarbeit verschiedener Institutionen einer Region (Kommunen, Kreis, Bezirksregierung, Wirtschaft) entstanden ist.

Eine Bauflächenentwicklung für Gewerbeflächen über den Pool erfordert die Anbindung des Standortes bzw. räumliche Zuordnung an den Siedlungsraum. Somit wird Ziel. 6.3-3 LEP NRW umgesetzt, da neue Bereiche für gewerbliche Nutzungen unmittelbar an ASB oder GIB angrenzen sollen. Eine Besonderheit des Pooles ist es, dass auch Gewerbeflächen angrenzend zu anderen Siedlungsräumen geplant werden können – wenn die Planung mit den sonstigen Zielen der Raumordnung vereinbar ist. Dies kann bei Eigenbedarfsortslagen der Fall sein, wenn ein ansässiger Betrieb sich erweitert. Hierzu sieht auch der LEP NRW in Ziel 2.3 ein Ziel zur Eigenentwicklung untergeordneter Ortsteile vor, der die Planung von gewerblichen Bauflächen ermöglicht.

Ziel 6.1-1 LEP NRW wird durch den Gewerbeflächenpool umgesetzt, da bei der Projektgründung (69. RP Änderung) zunächst GIB und FNP-Reserven aufgehoben und als Freiraum dargestellt wurden. Damit wurde ein Flächentausch i.S. von 6.1-1 vorgezogen. Eine Planung von neuen GIB bzw. von gewerblichen Bauflächen darf nur bedarfsgerecht erfolgen, wenn eine konkrete Investorenplanung vorliegt oder die Flächen zur Angebotsplanung nicht ausreichen. Dann wird auf die Flächenkontingente aus dem o.g. Flächentausch zurückgegriffen. Dabei ist bei der Angebotsplanung ein kürzerer Planungszeitraum vorgesehen als bei der Bedarfsbegründung des LEP NRW, so dass die Vorgaben zur bedarfsgerechten Entwicklung in Ziel 6.1-1 eingehalten werden.

3.4 Großflächiger Einzelhandel

Der Regionalplan nimmt mit dem Kapitel 3.4 eine Konkretisierung der landesplanerischen Festlegungen des LEP NRW im Sinne des § 8 Abs. 2 Satz 1 ROG vor (Vorlaufend waren im Zuge des Aufstellungsverfahren des Regionalplanes die Festlegungen des LEP sachlichen Teilplanes Großflächiger Einzelhandel maßgeblich. Die Festlegungen wurden inhaltsgleich in den LEP NRW überführt). Der LEP NRW bestimmt bereits weitreichende Regelungen zur verträglichen Verortung und Dimensionierung von Einzelhandelsvorhaben. Dabei werden Vorgaben an die Bauleitplanung bei der Darstellung und Festsetzung von Sondergebieten für Vorhaben im Sinne von § 11 Abs.3 BauNVO gemacht. D. h. es wird nur den Einzelhandelsvorhaben eine raumordnerische Relevanz unterstellt, für die der Bundesgesetzgeber in der BauNVO das besondere Erfordernis zur Darstellung eines Kern- oder Sondergebietes sieht (Ausnahme ist die mögliche Agglomeration mehrerer kleinflächiger Betriebe, LEP NRW Ziel 6.5-8). Das Bedürfnis nach einer überörtlichen Planung ist hier gegeben, da sich viele

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dieser Vorhaben auch außerhalb der Grenzen der Standortgemeinde in benachbarten Gemeinden bzw. in einer ganzen Region auswirken können. Die Regelungen dienen insbesondere der Sicherstellung der Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge (im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 1 ROG) sowie der Erhaltung der Innenstädte und örtlichen Zentren als zentrale Versorgungsbereiche (im Sinne von § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG).

Der Regionalplan unterstellt als Begründung für eine Konkretisierung des landesplanerischen Regelungskanons diesen Vorhaben die gleiche Relevanz und nimmt für seinen Planungsraum die aus seiner Sicht erforderlichen Ergänzungen auf der regionalplanerischen Ebene vor. Nachfolgend werden die einzelnen Ziele und Grundsätze genauer begründet; im Einzelnen wird dabei auf die hierfür besonders maßgeblichen Grundsätze der Raumordnung im Sinne von § 2 Abs. 2 ROG Bezug genommen.

Innerhalb der als ASB für Gewerbe gekennzeichneten Bereiche wird der gewerblichen Nutzung ein Vorrang eingeräumt. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um nicht erheblich belästigende Gewerbebetriebe sowie Dienstleistungen. Das Ziel Z 1 eröffnet hier die Möglichkeit zur Ansiedlung von großflächigen Einzelhandelsbetrieben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO mit nicht-zentrenrelevantem Kernsortiment, wenn die Ansiedlungskriterien des LEP NRW erfüllt sind. Typischerweise zur Gruppe dieser Betriebe gehörende Garten-, Bau- oder Möbelmärkte schränken die anderen Gewerbebetriebe in ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht ein. Ein vollkommener Ausschluss von großflächigen Einzelhandelsbetrieben, wie er in GIB erfolgt, ist daher nicht erforderlich und auch nicht zweckmäßig. Die mit der Festlegung ASB für Gewerbe beabsichtigte Entwicklung innerhalb dieser Bereiche wird durch die Ansiedlung von Einzelhandelsbetrieben mit nicht-zentrenrelevanten Sortimenten nicht gefährdet. Vielmehr ähneln sie den dort vorgesehen Gewerbebetrieben im Hinblick auf die benötigten Grundstücksgrößen und die benötigte Infrastruktur zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens. Daneben stellt die gleichzeitige Beachtung des LEP NRW sicher, dass keine Gefahr einer Zentrenschwächung besteht.

Diesem Ansatz folgend sieht die Regelung auch nur die Ansiedlung von Sondergebieten vor. Kerngebiete für Vorhaben im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO sind nicht zulässig. Diese dienen vorwiegend der Unterbringung von Handelsbetrieben sowie der zentralen Einrichtungen der Wirtschaft, der Verwaltung und der Kultur. Sie lassen also eine Vielzahl von unterschiedlichsten Einrichtungen zu und sind vorwiegend eine innenstadttypische Gebietskategorie. Daher lassen sich innerhalb von Kerngebieten festgesetzte Einzelhandelsvorhaben in ihrer Dimensionierung auch nicht adäquat begrenzen. Eine derartige Entwicklung widerspricht somit der innerhalb der ASB für Gewerbe regionalplanerisch gewollten Entwicklungsrichtung.

Des Weiteren erfolgt in diesen Bereichen der Ausschluss von Sondergebieten für Vorhaben im Sinne des § 11 Abs. 3 BauNVO mit zentrenrelevanten Kernsortimenten. Wesentliche Zielrichtung der landes- und regionalplanerischen Vorgaben zur Steuerung des Einzelhandels ist der Schutz und die Stärkung der vorhandenen Zentren. Dies entspricht insbesondere dem Grundsatz der Raumordnung § 2 Abs. 2 Nr. 3 Satz 3 ROG („Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Erhaltung der Innenstädte und örtlichen Zentren als zentrale Versorgungsbereiche zu schaffen“.) Der zentrenrelevante Einzelhandel übernimmt durch seine Magnetwirkung dabei eine ganz wesentliche Rolle im Hinblick auf die Funktionsfähigkeit der Zentren. Die identifizierten ASB für Gewerbe sind, dem Vorrang für Gewerbe entsprechend, zu einem deutlich überwiegenden Teil an den Rändern der Siedlungsbereiche im Regionalplan verortet. Eine künftige Ansiedlung von zentrenrelevantem, großflächigem Einzelhandel in

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

diesen Bereichen würde die Bemühungen zur Stärkung der Zentren und integrierten Lagen konterkarieren und zudem zu einer, innerhalb der ASB für Gewerbe, raumordnerisch nicht gewollten Schwerpunktsetzung führen.

Wie zuvor ausgeführt, ist der Ausgangspunkt für den LEP NRW die Steuerung von Kern- oder Sondergebieten für Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO. Hierüber ist bereits ein Großteil der Vorhaben, für die ein raumordnerisches Regelungsbedürfnis unterstellt wird, erfasst. Das vorgegebene Ziel 2 des Regionalplanes, nimmt die Möglichkeit in den Fokus, dass die Gemeinde eine Planung gemeinsam mit einem privaten Akteur vorhabenbezogen realisieren möchte. Hier wird der Vorhaben- und Erschließungsplan gemäß § 12 Abs. 3 BauGB Bestandteil des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes. Dabei ist die Gemeinde nicht an die Festsetzungen gemäß § 9 BauGB oder die in der BauNVO vorgesehenen Gebietskategorien gebunden. Dient die Planung der Verwirklichung eines großflächigen Einzelhandelsbetriebes, bestünde die Möglichkeit, ein Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO zu realisieren, ohne explizit ein Sondergebiet festzusetzen. Wird die Planung darüber hinaus unter den Vorrausetzungen des § 13 a BauGB verwirklicht („Bebauungspläne der Innenentwicklung“), könnte gemäß § 13 a Abs. Nr. 2 BauGB auch ein Bebauungsplan aufgestellt werden, der von den Darstellungen des Flächennutzungsplanes abweicht, bevor der Flächennutzungsplan geändert oder ergänzt ist. Der Flächennutzungsplan wäre im Wege der Berichtigung anzupassen. In der Planungsregion Düsseldorf gehören die Anwendung vorhabenbezogener Planung sowie das beschleunigte Verfahren im Sinne des § 13 a BauGB zum gängigen bauleitplanerischen Instrumentarium und kommen auch für die Verwirklichung von Einzelhandelsvorhaben zum Einsatz. Da diese Art der Planung eine Vorhabengröße erreichen kann, welche de facto einem Vorhaben im Sinne von § 11 Abs. 3 BauNVO entspricht, soll in der Planungsregion Düsseldorf sichergestellt sein, dass die Regelungen des Regionalplanes mit ihren damit verbundenen Schutzinteressen auch solche Vorhaben umfassen.

Der Grundsatz 1 fokussiert die raumordnerischen Festlegungen zur Ansiedlung von Einzelhandelsvorhaben speziell auf die in § 11 Abs. 3 Nr.1 BauNVO genannten Einkaufszentren und setzt sie in Beziehung mit den in der Beikarte dargestellten zentralörtlichen Siedlungsbereichen (Beikarte 3B: Zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche). Diese Beikarte ist eine Umsetzung der landesplanerisch geforderten Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die vorhandenen zentralörtlichen und somit infrastrukturell stärker ausgestatteten Siedlungsbereiche (vgl. Kapitel 3.2.1 des Regionalplanes – Nachhaltiges Wachsen in den Allgemeinen Siedlungsbereichen).

Ein Einkaufszentrum bietet in besonderem Maße ein räumlich konzentriertes und vielfältiges Angebot an Waren und Dienstleistungen, oftmals ergänzt um gastronomische Angebote und Freizeitnutzungen. Es handelt sich insoweit um einen besonderen Nutzungstyp, der sich mit Blick auf seine Magnetwirkung deutlich von einzelnen großflächigen Einzelhandelsbetrieben unterscheidet. Das tatsächliche Ausmaß dieser Wirkung auf umliegende Zentren und vorhandene Strukturen lässt sich nur im Einzelfall konkret bemessen. Gleichwohl zeigt die Definition des BVerwG aus dem Jahre 2007 (12.07.2007, 4 B 29.07), welche der Erläuterungstext aufgreift, sowie die herausgehobene Stellung des Vorhabentyps „Einkaufszentrum“ in § 11 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO die besondere Qualität verglichen mit einzelnen großflächigen Einzelhandelsbetrieben. Die BauNVO gesteht die Ansiedlung eines Einkaufszentrums nur unter der Voraussetzung der Planung eines Kern- oder Sondergebietes zu. Das Vorliegen möglicher atypischer Fallkonstellationen kann anders als bei einzelnen großflächigen Einzelhandelsbetrieben nicht geltend gemacht werden und wird von vorneherein ausgeschlossen

Stand: Entwurf für den Aufstellungsbeschluss

(sog. „Widerlegung der Vermutungsregel“). Es wird Einkaufszentren somit per se unterstellt, dass sie sich nach Art, Lage und Umfang auf die Verwirklichung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung oder auf die städtebauliche Entwicklung und Ordnung nicht nur unwesentlich auswirken können.

Sie ziehen in besonderem Maße Kunden an und benötigen für ihre verkehrs- und versorgungstechnische Erschließung eine besonders gut ausgebaute bzw. tragfähige Infrastruktur. Daher ist es aus raumordnerischer Sicht geboten, diese Schwerpunkte der Einzelhandelsentwicklung auch in die Schwerpunkte der bestehenden Siedlungsstrukturen zu lenken. Der massive Neu- und Ausbau von Infrastruktur soll auf diese Weise möglichst verhindert oder zumindest auf ein erforderliches Mindestmaß beschränkt werden. Die Ausrichtung soll im Sinne des Grundsatzes § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG auf vorhandene Siedlungen mit ausreichender Infrastruktur erfolgen. Gleichzeitig sollen die sich mit der Ansiedlung eines Einkaufszentren verbindenden positiven belebenden Effekte auch den integrierten und infrastrukturell besser ausgestatteten Bereichen zugutekommen mit der Zielsetzung, diese dort langfristig auch sichern zu können.

Die Grundsätze der Raumordnung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG geben vor, dass die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, zur Sicherung von Chancengerechtigkeit in den Teilräumen in angemessener Weise zu gewährleisten ist. Großflächige Einzelhandelsvorhaben, welche hier im Fokus landes- und regionalplanerischer Regelungen stehen, leisten zu diesem Versorgungsauftrag einen zentralen Beitrag. Daher soll gemäß Grundsatz 2 sichergestellt werden, dass sich die Erreichbarkeit solcher Standorte nicht alleine auf die Nutzung des motorisierten Individualverkehrs beschränkt. Städtebaulich integriert liegende bzw. geplante Standorte werden in der Regel eine Anbindung an den ÖPNV leicht sicherstellen können. In Randlagen der Siedlungsbereiche kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass eine adäquate Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr erst noch einzurichten ist. Der im Erläuterungstext beschriebene Radius von höchstens 700-1000 Meter, in dem eine Haltestelle fußläufig erreicht werden sollte, entspricht einer Gehzeit von ca. 10 Min. Diese Annahme orientiert sich an Aussagen des Einzelhandelserlasses. Dieser setzt in Bezug auf die fußläufige Erreichbarkeit von Nahversorgungsstandorten den gleichen Zeit-Distanz-Wert an (vgl. Einzelhandelserlass NRW Gem. RdErl. D. Ministeriums für Bauen und Verkehr u. d. Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie vom 22.09.2008, Seite 21). Liegt die Haltestelle weiter entfernt ist anzunehmen, dass die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs deutlich an Attraktivität verliert. Überdies wäre dann die Nutzung für alle Bevölkerungsgruppen nicht mehr adäquat möglich.

Darüber hinaus gibt der gleiche Grundsatz gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG vor, dass Raumstrukturen so zu gestalten sind, dass die Verkehrsbelastung verringert und zusätzlicher Verkehr vermieden wird. Insbesondere neue Standorte des Einzelhandels sind dazu geeignet, neuen Verkehr zu induzieren. Das Hinwirken auf die Sicherstellung der Erreichbarkeit durch den öffentlichen Personennahverkehr reduziert die Anzahl entstehender KFZ-Fahrten, was einen Beitrag in Hinblick auf die Umweltverträglichkeit der Planung leistet.

Der nicht-zentrenrelevante Einzelhandel, der von der Regelung ebenso umfasst wird, ist i. d. Regel eher KFZ-kundenorientiert. Jedoch sollte auch hier der Grundsatz Berücksichtigung finden, um eine Erreichbarkeit für alle Bevölkerungsgruppen sicherzustellen. Überdies handelt es sich oftmals um peripher liegende Standorte mit der Tendenz zu immer größeren Ag-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

glomerationen von Vorhaben mit weiten Einzugsbereichen, insbesondere im Möbeleinzelhandel. Je größer das Vorhaben ist, desto größer ist auch seine Magnetwirkung auf Kunden- bzw. Verkehrsströme im Umfeld. In diesem Zusammenhang sei hier auf die Ergebnisse des Gutachtens von Junker und Kruse hingewiesen („Grundlagen für die Erarbeitung einer neuen landesplanerischen Regelung zur Steuerung des großflächigen Einzelhandels, Untersuchung im Auftrag der Staatskanzlei NRW“ Junker und Kruse, Dortmund Juni 2011). Dieses unterstellt in einer Modellrechnung für den Möbeleinzelhandel ein Aufkommen von 56.000 KFZ pro 1 Million Euro Umsatz eines Vorhabens (vorgenanntes Gutachten, Seite 73, Tabelle 27 „Modellrechnung KFZ-Aufkommen im Möbeleinzelhandel, Eigene Annahmen und Berechnungen durch Junker und Kruse; u. a. Basierend auf EHI (2010) zitiert nach www.handelsdaten.de). Dabei wird angenommen, dass nur circa jeder 10. Besucher auch zum Käufer wird. Das heißt, dass nur ein Bruchteil der KFZ-Fahrten auch dazu dient, ggf. sperrige Artikel zu transportieren. Dies lässt den Schluss zu, dass auch beim nichtzentrenrelevanten Einzelhandel ein Potenzial zur Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs besteht. Im Hinblick auf die vorgenannten Grundsätze der Raumordnung sollte deshalb bei Vorhaben ab einer Größe von 25.000 m² Verkaufsfläche bei der Bauleitplanung zusätzlich eine Auseinandersetzung mit Möglichkeiten zur Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr erfolgen. Eine überschlägige Ermittlung typischer Vorhabengrößen innerhalb der Planungsregion Düsseldorf zeigt, dass Vorhaben oberhalb dieser Schwelle zur Gruppe der größeren Vorhaben in der Planungsregion gehören, was eine besondere Betrachtung des Verkehrsträgers Schiene rechtfertigt.

Während der Begriff „Öffentlicher Personennahverkehr“ allgemein alle öffentlichen Verkehrsträger umfasst, bezieht sich der Begriff des „Schienenpersonennahverkehrs“ explizit auf die genannten Zuggattungen. Die Einordnung orientiert sich an der Nahverkehrszügeordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung sowie des Bundesministeriums für Verkehr vom 30. September 1994.) Im Fokus stehen dabei die Zuggattungen, welche auch regionale Nahverkehrsaufgaben übernehmen und somit im Hinblick auf die weiten Einzugsbereiche größerer Einzelhandelsvorhaben auch eine Erreichbarkeit im regionalen Kontext sicherstellen können. Da in der Planungsregion Düsseldorf überdies auch die Verkehrsträger Stadtbahn, Straßen- und U-Bahn teilweise ebenso regionale Verflechtungen gewährleisten, können diese im Einzelfall in die Betrachtung einbezogen werden (Bspw. Stadtbahn Düsseldorf-Krefeld, Stadtbahn Düsseldorf-Duisburg).

Regionale oder kommunale Einzelhandelskonzepte bilden eine wichtige Grundlage für eine nachhaltige und rechtssichere Steuerung der Einzelhandelsentwicklung. Sie sollen über den Grundsatz 3 besonders gewürdigt werden. Als informelle Ergänzung zum rechtlichen Instrumentarium dienen sie dazu, die Struktur und Hierarchie der vorhandenen Zentren im Planungsraum zu erkennen und darauf aufbauend Entwicklungsperspektiven für die Ansiedlung oder Erweiterung von Einzelhandelsbetrieben zu erarbeiten. Diese Analysen tragen dazu bei, die Bauleitplanung für Einzelhandelsvorhaben oder dem Ausschluss von solchen an unerwünschten Standorten besser und rechtsicher begründen zu können. Wesentliches Element dieser Konzepte ist die Verortung und Hierarchisierung von tatsächlichen oder zu entwickelnden zentralen Versorgungsbereichen sowie die Erarbeitung von ortsspezifischen Sortimentslisten.

Die Regionalen Einzelhandelskonzepte sind jedoch im Speziellen auch als Instrument regionaler Kooperation besonders hervorzuheben. Ein von mehreren Kommunen abgestimmtes Vorgehen und auf Konsens ausgerichtetes Steuern großflächiger Einzelhandelsbetriebe erhöht die Chancen einer verträglichen Verteilung der Standorte im Planungsraum und nutzt

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

auch interkommunale Synergieeffekte. Hier können sich insbesondere praktische Verfahrenserleichterungen im Hinblick auf eine vereinfachte nachbarliche Abstimmung, höhere Planungssicherheit und eine schnellere Abstimmung im behördlichen Verfahren ergeben. Deshalb will der Regionalplan den Wert diese Konzepte über einen regionalplanerischen Grundsatz besonders betonen und die Gemeinden ermutigen, die Arbeit an diesen gemeinsamen Konzepten fortzusetzen.

Bereits der LEP NRW betont die besondere Bedeutung regionaler Einzelhandelskonzepte im Grundsatz 6.5-9 und fordert, die darin formulierten Inhalte bei der Aufstellung und Änderung von Regionalplänen in die Abwägung einzustellen. In der Planungsregion Düsseldorf wurden seit dem Jahre 2000 vier regionale Einzelhandelskonzepte implementiert. Das interkommunale Einzelhandelskonzept des Kreises Mettmann findet als eines der ersten Konzepte in der Region jedoch keine Anwendung mehr. Das Regionale Einzelhandelskonzept „Westliches Ruhrgebiet und Düsseldorf“ entfaltet für die Planungsregion nur für das Gebiet der Stadt Düsseldorf unmittelbare Bedeutung und wird von dieser als Moderationsinstrument entsprechender bauleitplanerischer Verfahren eingesetzt. Besondere standörtliche Vorgaben, die in Zusammenhang mit den regionalplanerischen Festlegungen zu diskutieren wären ergeben sich hieraus nicht. Auch die regionalen Konzepte für das „Bergische Städtedreieck“ sowie des Kreises Viersen fokussieren sich im Wesentlichen auf Ihre Funktion als Abstimmungsinstrument zur Erreichung eines regionalen Konsenses. Nach Prüfung der Inhalte der Konzepte lässt sich konstatieren, dass sich besondere räumliche Standortvorgaben nicht ergeben oder sie in Einklang mit den jeweils gültigen raumordnerischen Vorgaben entwickelt wurden. Ebenso sind die Anforderungen zur Erteilung eines regionalen Konsenses orientiert am raumordnerischen Anforderungskatalog. Insoweit ergeben sich im Rahmen der planerischen Abwägung und der Berücksichtigung von Grundsatz 6.5-9 des LEP NRW aus den Konzepten keine von den landes- oder regionalplanerischen Vorgaben abweichenden Steuerungsansprüche bei der Ausgestaltung der regionalplanerischen Festlegungen im Kap. 3.4 des RPD. Letztlich wird gerade auch mit dem Grundsatz 3 in Kap. 3.4 des RPD der Bedeutung regionaler Einzelhandelskonzepte und Grundsatz 6.5-9 des LEP NRW Rechnung getragen. Ferner sei darauf hingewiesen, dass in der Planungsregion Düsseldorf zwischenzeitlich nahezu flächendeckend kommunale Einzelhandelskonzepte vorliegen, welche die konkrete Basis für entsprechende Bauleitplanverfahren darstellen (Abgrenzung ZVB, Sonderstandorte, Zentrenrelevanz von Sortimenten). Das hat die Rolle der regionalen Konzepte als vorrangig bedeutsames Instrument der interkommunalen Abstimmung noch verstärkt.

Die in den kommunalen Konzepten festgelegten zentralen Versorgungsbereiche sind mit erheblichen Rechtswirkungen für die Planung und Genehmigung von Einzelhandelsvorhaben verbunden und sollten daher zusätzlich auch im Flächennutzungsplan dargestellt werden. In der Regel werden Einzelhandelskonzepte unter Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange entwickelt, einer Abwägung im Sinne von § 1 Abs. 7 BauGB unterzogen und dem Rat der Gemeinde zur Beschlussfassung vorgelegt. Im Rahmen dieser verfahrensmäßigen Arbeitsschritte bietet sich die Aufnahme der zentralen Versorgungsbereiche in den Flächennutzungsplan ohne unverhältnismäßigen Mehraufwand an.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

4. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: FREIRAUM

4.1 Regionale Freiraumstruktur

4.1.1 Freiraumschutz- und –entwicklung

Die neuen Vorgaben im RPD dieses Kapitels ersetzen das bisherige Ziel 1, Nr. 1 und Nr. 2 in Kapitel 2.1 des GEP99.

Mit den in G1 – G4 formulierten Vorgaben zum Schutz des Freiraums sollen die Voraussetzungen für die langfristige Offenhaltung von Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung gemäß § 2 Absatz 2 Nr. 1 ROG gesichert werden. Darüber hinaus dienen die Vorgaben in diesem Kapitel angesichts der anhaltenden Inanspruchnahme von Freiraum für Siedlungszwecke dem allgemeinen Schutz des Freiraums im Sinne der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung gemäß § 1 (2) ROG. Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG ist Freiraum durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen. Auch soll ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem geschaffen werden, innerhalb dessen die weitere Zerschneidung des Freiraums soweit wie möglich zu vermeiden und die Flächeninanspruchnahme zu begrenzen ist.

Der Freiraum trägt mit seinen vielfältigen ökologischen Funktionen für die Böden, den Wasserhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt, sowie das Klima einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen entscheidend zur Sicherung und Entwicklung der ökologischen Funktionen des Gesamtraumes bei. Gleichzeitig hat er vielfältige ökologische und soziale Ansprüche zu erfüllen (u.a. hinsichtlich Mobilität und Infrastruktur, der Erzeugung von Nahrungsmitteln, nachwachsenden Rohstoffen und erneuerbaren Energien, der Erholung und, insbesondere in ländlichen Räumen, als Lebens- und Wirtschaftsraum der ansässigen Bevölkerung). Im Spannungsfeld zahlreicher Nutzungsansprüche gilt es vor diesem Hintergrund, im Freiraum auch künftig die vielfältigen Raumfunktionen, räumlichen Ressourcen und Entwicklungspotentiale zu sichern - auch vor dem Hintergrund der angestrebten verstärkten Nutzung erneuerbarer Energien. Dies ist ein zentraler Beitrag zur Entwicklung der gesamten Planungsregion und ihrer Teilräume und zur Erhaltung von Entwicklungschancen auch für nachfolgende Generationen.

Neben den raumordnerischen Vorgaben für die Sicherung und Entwicklung des Freiraums beinhaltet der Regionalplan gem. § 18 (2) LPlG auch fachplanerische Vorgaben: als Landschaftsrahmenplan gem. § 6 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) für die nachfolgende Landschaftsplanung sowie als forstlicher Rahmenplan gem. § 7 Landesforstgesetz (LFoG).

G1 formuliert den Auftrag an die Bauleitplanung und die Landschaftsplanung, die Vorgaben des Regionalplans zu einem zusammenhängenden Freiraumsystem gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG auf ihrer Ebene zu konkretisieren und zu ergänzen. Die in G2 formulierten Anforderungen an raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, die nicht innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche oder der räumlich festgelegten Verkehrsinfrastruktur umgesetzt werden können, sollen dazu beitragen, wichtige räumliche Voraussetzungen für unterschiedliche Freiraumfunktionen zu sichern. Hierzu gehören insbesondere der Erhalt schutzwürdiger Böden, der Zusammenhang des Freiraumsystems und der Erhalt unzerschnittener Räume.

Die unter G1 formulierte Vorgabe soll die Erhaltung des Freiraums und die Sicherung seiner ökologischen Funktionen als wesentliche Voraussetzung für eine nachhaltige Raumentwicklung und als Beitrag zur Daseinsvorsorge gewährleisten, da die ökologischen Funktionen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

des Freiraums nicht nur im Freiraum selbst wirksam sind, sondern auch dazu beitragen können, ökologische Defizite im Siedlungsraum auszugleichen. Dazu sollen der regionale Freiraumzusammenhang gestärkt und die Verbindungen zwischen einzelnen Freiraumbereichen erhalten und entwickelt werden. G1 gilt für den gesamten Freiraum und ergänzt damit die in den nachfolgenden Kapiteln (u.a. Kap. 4.1.2, Kap. 4.2.2 und 4.2.3) enthaltenen Vorgaben für die Erhaltung von Bereichen mit besonderen Freiraumfunktionen.

Da sich Großräumigkeit und regionaler Zusammenhang des Freiraums sachlich und räumlich nur im regionalen Kontext erfassen und steuern lassen, erfolgt die Abstimmung der unterschiedlichen Ansprüche an den Freiraum und seine Funktionen auf der Ebene des Regionalplans. Dessen Darstellungen sind auf den nachfolgenden Planungsebenen der räumlichen Planung (Bauleitplanung und Landschaftsplanung), entsprechend den Vorgaben, räumlich und inhaltlich zu konkretisieren. Die Vorgaben des Regionalplans zur Sicherung des Freiraums richten sich an die Bauleitplanung, die Landschaftsplanung, sowie nachfolgende Zulassungs- und Genehmigungsverfahren. Soweit Bindungswirkungen der Raumordnung bestehen, sollen die Planungsträger die Vorgaben des Regionalplans räumlich und inhaltlich so konkretisieren, dass die räumlichen Voraussetzungen für den Schutz des Freiraums mit seinen Nutz-, Schutz- und Ausgleichsfunktionen erhalten und gesichert werden und die Planungen auch die qualitative Entwicklung des Freiraums berücksichtigen.

Ergänzend zu den in Grundsatz 7.1-1 Freiraumschutz des LEP NRW getroffenen Regelungen stellt G2 auf den räumlichen Zusammenhang des Freiraumsystems ab und benennt zentrale Kriterien für die raumordnerische Beurteilung von solchen neuen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die wegen ihrer spezifischen Zweckbestimmung, Anforderungen oder Auswirkungen nicht innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche oder der räumlich festgelegten Verkehrsinfrastruktur des Regionalplans umgesetzt werden können.

Mit der Realisierung solcher Planungen und Maßnahmen sind regelmäßig Auswirkungen verbunden, die den Freiraumzusammenhang sowie die ökologischen, aber auch soziale (z.B. Erholungsfunktion) und wirtschaftliche (Produktionsfunktion; Landwirtschaft) Freiraumfunktionen beeinträchtigen können. Durch die Kriterien (Vermeidung der Beeinträchtigung schutzwürdiger Böden, Vermeidung/Minimierung von Trenn-, Zerschneidungs- und Barrierewirkungen) soll sichergestellt werden, dass bei solchen Planungen und Maßnahmen die räumlichen Voraussetzungen für die Sicherung wichtiger Freiraumfunktionen gewahrt und Beeinträchtigungen dieser Funktionen möglichst vermieden werden. Um diese Anforderungen in Planungen berücksichtigen zu können, werden sie in den Erläuterungen im Einzelnen dargelegt und durch zentrale Kriterien operationalisiert. Auf der Grundlage der Stellungnahmen aus dem ersten Beteiligungsverfahren wurde der im ersten Entwurf des RPD enthaltene Grundsatz G6 inhaltlich in die Vorgaben des G2 aufgenommen. Die Vorgabe stellt hierdurch sicher, dass bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, soweit Bindungswirkungen der Raumordnung bestehen, die Belange des Bodenschutzes und besonders die für den Schutz des Klimas bedeutsamen Böden berücksichtigt werden. Naturnahe schutzwürdige Böden sind von besonderer Bedeutung für die Erhaltung der natürlichen Bodenfruchtbarkeit und der Lebensraumfunktion sowie für die Filter- und Regelungsfunktion des Wasser- und Stoffhaushaltes. Da eine Zerstörung insbesondere naturnaher Böden unumkehrbar ist, kommt bei raumbedeutsamen Nutzungen dem Erhalt schutzwürdiger Böden eine besondere Bedeutung für die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen zu. Dies gilt besonders für den Erhalt organischer Böden, die wegen ihrer Eigenschaft als CO_2-Speicher von besonderer Bedeutung für den Schutz des Klimas sind.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Gemäß dem LEP NRW, Kap. 7.1-1 soll die Funktion des Freiraums unter anderem als Identifikationsraum und prägender Bestandteil historisch gewachsener Kulturlandschaften gesichert und entwickelt werden. Zur Identifikation mit der Landschaft tragen auch historisch gewachsene Landschaftsbilder bei, zu denen landschaftsprägende Gebäudestrukturen gehören. Der bislang in Ziel 4 des Kapitels 2.5 des GEP99 enthaltene Ansatz der Erhaltung landschaftsprägender Gebäude im Freiraum als Bestandteil des Freiraumschutzes ist im RPD nicht mehr enthalten. Soweit die Erhaltung solcher Gebäude nicht im Rahmen privilegierter Nutzungen gem. § 35 (1) BauGB sichergestellt werden kann, ist in der Regel eine Vorbereitung der Nutzungsänderung durch eine Anpassung der Darstellungen des Flächennutzungsplans erforderlich. Darstellungen von Bauflächen außerhalb der im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereiche – dies gilt auch für die Umnutzung landschaftsprägender historischer Bausubstanz - sind gemäß Ziel 2-3 des LEP NRW nur unter den im Ziel festgelegten Voraussetzungen zulässig

Die Vorgabe G3 dient der Sicherung des räumlichen und funktionalen Zusammenhangs des Freiraums aus Vorsorgegründen. Hierzu sollen vorhandene, relativ störungsarme Freiräume erhalten werden, die in der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume auf der Grundlage von Fachinformationen (LANUV 2015) dargestellt und damit als Abwägungsbelange explizit genannt werden. Mit der Anlage von raumbedeutsamen Straßen und Schienenwegen sind regelmäßig neue oder zusätzliche trennende oder zerschneidende Wirkungen verbunden. Hierdurch werden insbesondere die Funktionen des Freiraums als Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum biologischer Vielfalt, als Raum für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen und als Identifikationsraum und prägender Bestandteil historischer Kulturlandschaften beeinträchtigt, indem großräumige Freiräume in kleinere Einheiten zergliedert werden und dadurch der großräumige Zusammenhang des Freiraums unterbrochen wird.

Die Vorgabe in G3 ist aus dem LEP NRW, Grundsatz 7.1-3, entwickelt, nach dem die Zerschneidung bisher unzerschnittener verkehrsarmer Freiräume vermieden werden soll. Unter Berücksichtigung der räumlichen Verhältnisse im Planungsraum legt der Regionalplan hier aus Vorsorgegründen als relevante Raumgröße für die besonders zu berücksichtigenden Freiräume, abweichend vom LEP NRW, eine Flächengröße unzerschnittener Freiräume von ≥ 20 km² - anstelle von ≥ 50 km² - fest, deren Zerschneidung vermieden werden soll. Unzerschnittene verkehrsarme Räume stellen störungsarme Rückzugs- und Ausbreitungsräume insbesondere für Tiere, aber auch für Pflanzen dar. Sie sind daher von besonderem Wert für den Naturschutz für großräumige Schutzstrategien (z. B. Biotopverbund, Artenschutzprogramme, Naturreservate, Natura 2000) und eignen sich potentiell als Räume für eine weitgehend störungsfreie Erholungsnutzung. Diese Vorgabe für den Freiraum betrifft neben der explizit genannten linienhaften Verkehrsinfrastruktur prinzipiell auch andere Nutzungen mit zerschneidender Wirkung gemäß der Fachdefinition (LANUV 2006, 2014), soweit nicht andere Vorgaben der Raumordnung weitergehende Regelungen treffen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben des RPD tragen entsprechend § 2 Absatz 2 Nr. 2 ROG dazu bei, den „Freiraum … zu schützen“ und so weit wie möglich durch die Vermeidung der „weitere(n) Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen“ die Voraussetzungen für ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen. Darüber hinaus tragen sie zur Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung des Raumes in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflan-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen entsprechend § 2 Absatz 2 Nr. 6 ROG bei; hierzu gehört unter anderem auch der Schutz und die besondere Berücksichtigung der klimarelevanten Böden, die als klimarelevante Böden natürliche CO_2-Senken sind.

Die Vorgaben des RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Ferner stehen die Vorgaben zur Sicherung eines zusammenhängenden regionalen Freiraumsystems im Einklang mit dem LEP NRW. Sie sind aus den entsprechenden Vorgaben in Kap. 7.1 des LEP NRW zur Erhaltung des Freiraums und zur Verbesserung seiner Funktionen sowie zur Inanspruchnahme von Freiraum entwickelt worden. Denn die Erhaltung und Sicherung von Freiraum und die Sicherung seiner Funktionen im Rahmen von Raumordnung und Landesplanung ist eine grundlegende Voraussetzung für die Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und die Nutzung und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen. Sie dienen somit der Umweltvorsorge. Diese umfasst die Sicherung, Entwicklung und ggf. Wiederherstellung des Freiraums mit seinen spezifischen Freiraumbereichen und –funktionen als eine wesentliche Voraussetzung für den Schutz und die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen.

4.1.2 Regionale Grünzüge

Die Vorgaben des RPD ersetzen das bisherige Ziel 2 des Kapitels 2.1 des GEP99, dessen Zielrichtung im Wesentlichen beibehalten wurde, den Freiraum in den Verdichtungsgebieten wegen seiner gliedernden und verbindenden Funktionen, zur Ergänzung des Siedlungsraumes sowie zum Ausgleich von durch siedlungsräumliche Nutzungen bedingten Belastungen besonders zu sichern und zu entwickeln. Die Vorgaben sollen dazu beitragen, die räumlichen Voraussetzungen für den Schutz bedeutender Freiraumfunktionen durch den Erhalt der dafür maßgeblichen Freiraumbestandteile als zusammenhängendes Freiraumsystem zu sichern. Hinsichtlich der Zuordnung als Vorgabe bzw. als Erläuterung erfolgte dabei eine Neugliederung des Inhalts. Die Vorgaben wurden an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

Z1 knüpft mit dem Begriff der Aufgaben und Funktionen der Regionalen Grünzüge inhaltlich an die Definition in Anlage 3 zur LPlG DVO an, nach der die Zweckbestimmung der regionalen Grünzüge der Erhaltung ihrer dort beispielhaft, aber nicht abschließend benannten Freiraumfunktionen gilt. Diese betreffen den Schutz von Freiraumbereichen „wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung)“. Damit Freiräume die genannten freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen wahrnehmen können, müssen sie je nach Funktion bestimmte Merkmale erfüllen:

- Für die siedlungsräumliche Gliederung ist die Freihaltung der an den Siedlungsraum angrenzenden Freiraumbereiche von siedlungsräumlichen Nutzungen von Bedeutung. Gerade im Verdichtungsraum übernimmt der Freiraum auch Ausgleichs- und Ergänzungsfunktionen, bezogen auf den Siedlungsraum. Die Schutzbedürftigkeit des Freiraumes ergibt sich hier neben der Freiraumknappheit aus der mit der Nähe zu den Siedlungsbereichen zunehmenden Bedeutung der freiraumgebundenen Ausgleichsfunktionen. Das heißt, dass Ausgleichsräume bzw. ihre ökologische Qualität wesentlich die

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Umwelt- und Lebensqualität der Siedlungen und Städte mitbestimmen. Hieraus begründen sich die Notwendigkeiten der regionalplanerischen Sicherung und Entwicklung von Regionalen Grünzügen (BÜRKLEIN 2005).

- Für den klimaökologischen Ausgleich bedarf es einerseits ausreichend großer zusammenhängender Flächen, auf denen Kaltluft entstehen kann (sogenannte „kaltluftproduzierende“ Flächen, wie z.B. Acker und Grünland, große Parkanlagen, Wald). Daher sollen die Regionalen Grünzüge dazu beitragen, in den Verdichtungsräumen klimatisch günstige Räume sowie Flächen für die Kaltluftproduktion und Belüftung zu schützen (s. hierzu auch Kap. 7.2.6.1). Da für den Planungsraum keine spezielle Klimaanalyse vorliegt, können aufgrund der in Kap. 7.2.6.1 der Begründung genannten Werte, im Einzelfall Rückschlüsse auf die klimaökologische Ausgleichsfunktion von Freiraumbereichen gezogen werden. Soweit für Teilräume detaillierte Untersuchungen vorliegen und bekannt sind (z.B. Stadt Krefeld 2003), wurden diese ebenfalls berücksichtigt.

- Als Voraussetzung der Erholungsfunktion bedarf es der Nutzbarkeit und Zugänglichkeit siedlungsnaher Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen. Diese können insbesondere durch die Freihaltung dieser Bereiche von entgegenstehenden siedlungsbezogenen und infrastrukturellen Nutzungen gesichert werden. Innerhalb der Regionalen Grünzüge übernehmen somit die siedlungsnahen Freiräume eine wichtige Funktion als Grüngürtel. Aus diesem Grunde sind besonders die unmittelbar an die Siedlungsbereiche angrenzenden Freiräume zu sichern und zu entwickeln. Diese Bereiche übernehmen damit sowohl wichtige Funktionen für die siedlungsräumliche Gliederung als auch als Grünverbindungen, die den Zugang zu weiteren, großräumigen Freiraumbereichen erschließen (insbesondere Wälder, Freiraumbereiche mit Gewässern). Diese letztgenannten Freiraumbereiche ergänzen im Verdichtungsraum die siedlungsnahen Freiräume als attraktive, regional bedeutsame Naherholungsgebiete und sind deshalb vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen.

- Zur Biotopvernetzung werden Freiflächen in die Regionalen Grünzüge einbezogen, die als Biotopverbundflächen und Trittsteinbiotope zentrale räumliche Strukturen ökologischer Grünverbindungen darstellen.

Um diese Funktionen zu sichern, sieht Z1 die Unzulässigkeit von Planungen und Maßnahmen vor, die die Aufgaben und Funktionen der Regionalen Grünzüge beeinträchtigen, um den Freiraum in den Regionalen Grünzügen von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten und seinen räumlichen Zusammenhang bezogen auf die für die Regionalen Grünzüge maßgeblichen Funktionen zu sichern. Insbesondere gilt dies für neue Darstellungen und Festsetzungen in Bauleitplänen für Bauflächen und Baugebiete außerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche, wenn sie die für Freiraumfunktionen zu sichernden Flächen in den Regionalen Grünzügen überplanen.

Da sich aus der gesamträumlichen Konzeption für die Regionalen Grünzüge in Teilbereichen des Planungsraums großräumige flächenhafte Darstellungen der Regionalen Grünzüge ergeben (s. Erläuterungen zur zeichnerischen Darstellung), wird klargestellt, dass bestimmte Nutzungen bzw. Planungen und Maßnahmen unter den im Ziel genannten Voraussetzungen zulässig sind. Dies steht in Übereinstimmung mit dem LEP NRW, der in Ziel 7.1-5 Voraussetzungen für ausnahmsweise siedlungsräumliche Inanspruchnahmen von regionalplanerisch festgelegten Grünzügen festlegt. In entsprechenden Fällen muss die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleiben.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Damit können Infrastruktureinrichtungen und -nutzungen auf der Grundlage von Planungen und Vorhaben für privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 BauGB auch in Regionalen Grünzügen vorgesehen werden, soweit die Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge hinsichtlich der siedlungs- und freiraumbezogenen Aufgaben und Funktionen sichergestellt wird. Dies gilt z.B. für Wassergewinnungsanlagen, Kläranlagen, Deponien, Abgrabungsbereiche, Verkehrsinfrastruktur und Leitungen.

Planungen und Vorhaben für privilegierte Nutzungen gem. § 35 (1) BauGB, die aufgrund ihrer besonderen Merkmale in der Regel nur im Freiraum realisiert werden können, wie Windenergieanlagen wegen der erforderlichen Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen oder Freiflächen-Solaranlagen wegen ihres Flächenbedarfs, werden durch Z1, Satz 3 von der Regelung in Satz 2 freigestellt, dass für entsprechende Planungen und Vorhaben keine Alternativen außerhalb des betroffenen Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt. Dies gilt auch für die Bauleitplanung für Wohnen und Gewerbe in den zeichnerisch nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen („Eigenbedarfsortslagen“) im Rahmen der Eigenentwicklung. Hier trägt die Freistellung dem Umstand Rechnung, dass eine Ausgliederung dieser Eigenbedarfsortslagen aus der zeichnerischen Darstellung in vielen Fällen planerische Entscheidungen erfordern würde, die auf der Ebene der Regionalplanung nicht getroffen werden können. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die für die Eigenentwicklung erforderlichen Flächen angesichts ihres in der Regel geringen Umfangs die Aufgaben und Funktionen der Regionalen Grünzüge nicht beeinträchtigen.

Planungen für diese gemäß Z1 nicht ausgeschlossenen Nutzungen müssen gemäß G1 die Erfordernisse der Regionalen Grünzüge berücksichtigen. Hierzu gehören ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen ebenso wie die Funktionsfähigkeit des Grünzuges. Die Maßstäbe hierfür ergeben sich insbesondere aus den in den Erläuterungen 2 und 3 sowie den in Tab. 7.2.6.1.1 der Begründung enthaltenen Kriterien. Die Vereinbarkeit dieser Nutzungen mit der erforderlichen Erhaltung der Funktionsfähigkeit der Regionalen Grünzüge ist im Einzelfall zu prüfen und darzulegen, bzw. sind anderenfalls mit der Erhaltung der Funktionsfähigkeit nicht vereinbare Planungen besonders zu begründen.

Der LEP NRW legt im Ziel 7.1-5 Grünzüge fest, dass die regionalplanerisch festgelegten Grünzüge für siedlungsräumliche Entwicklungen in Anspruch genommen werden dürfen, wenn für die siedlungsräumliche Entwicklung keine Alternativen außerhalb des Grünzuges bestehen und die Funktionsfähigkeit des Grünzuges erhalten bleibt. Keine Alternativen außerhalb des Grünzuges können insbesondere dann bestehen, wenn zeichnerisch nicht als Siedlungsbereiche festgelegte Ortslagen (Eigenbedarfsortslagen) flächig in die zeichnerische Darstellung der Regionalen Grünzüge einbezogen sind (s.o.). In Kommunen, in denen der überwiegende Teil der Freiraumbereiche mit Regionalen Grünzügen überlagert ist, kann sich darüber hinaus eine Alternativlosigkeit insbesondere dann ergeben, wenn für nach §35 (1) BauGB privilegierte Nutzungen, die nicht innerhalb des Siedlungsraumes geplant werden können, Bauleitpläne aufgestellt werden sollen. Für solche Planungen legt G1 fest, dass sie die Erfordernisse der regionalen Grünzüge berücksichtigen sollen.

Z2 ergänzt die in Z1 formulierte Zielsetzung der Freihaltung um einen Entwicklungsauftrag für die Regionalen Grünzüge, der sich an die räumlich zuständigen Planungsträger richtet. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die Regionalen Grünzüge nicht nur der Erhaltung der vorhandenen siedlungs- und freiraumbezogenen Funktionen dienen. Vielmehr sollen sie hinsichtlich bestehender Defizite dieser Funktionen entwickelt werden und somit diese Funktionen dort wiederherstellen, wo sie beeinträchtigt oder verloren gegangen sind.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Das Ziel richtet sich somit insbesondere an die Bauleitplanung und die Landschaftsplanung, durch die die Regionalen Grünzüge im Rahmen der vorgegebenen landesplanerischen Ziele zu sichern sind und mit weiteren Flächen zu ergänzen und zu vernetzen sind, die Bedeutung für die wohnungsnahe Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung, die Biotopvernetzung und die Anpassung an die Folgen des Klimawandels besitzen. Darüber hinaus bieten innerhalb der Regionalen Grünzüge auch wasserwirtschaftliche Planungen im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie geeignete Ansatzpunkte für die Verbesserung von Grünverbindungen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Entsprechend Anlage 3 zur LPlG DVO umfasst die Darstellung Regionaler Grünzüge solche „Freiraumbereiche – insbesondere in Verdichtungsgebieten –, die als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln oder zu sanieren und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen sind."

Die geplanten Vorgaben im Regionalplan stehen im Einklang mit Grundsatzvorgaben des ROG. Nach § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG ist der „Freiraum (…) durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen" und „ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen. Die weitere Zerschneidung der freien Landschaft (…) ist dabei soweit wie möglich zu vermeiden und die Flächeninanspruchnahme im Freiraum zu begrenzen".

Zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans tragen die geplanten textlichen Vorgaben auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Weiter sind gemäß LEP NRW, Ziel 7.1-5, die Grünzüge „im Hinblick auf ihre freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen zu erhalten, zu entwickeln oder wiederherzustellen und in der Regel vor siedlungsräumlicher Inanspruchnahme zu schützen". Hieraus sind die Vorgaben des RPD entwickelt.

4.1.3 Freizeit- und Erholungsanlagen mit hohem Freiraumanteil und Freiraumbereiche für sonstige zweckgebundene Nutzungen

Die Vorgaben dieses Kapitels dienen gemäß der §§ 1 und 2 des ROG der Abstimmung der sozialen Nutzungen des Freiraums für Sport- und Freizeit und ihren räumlichen Anforderungen mit den ökologischen und den wirtschaftlichen Freiraumnutzungen und -funktionen (z. B. als Raum für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung). Sie nehmen somit Bezug auf Ziel 7.1-2 des LEP NRW, wonach die Regionalplanung den Freiraum durch Festlegung spezifischer Freiraumfunktionen zu ordnen und zu entwickeln und Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen im Freiraum zu treffen hat. Gemäß Grundsatz 7.1-1 des LEP NRW soll im Freiraum u. a. die Funktion als „Raum für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen" gesichert und entwickelt werden. U. a. sollen für die naturverträgliche und landschaftsorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung besonders geeignete Bereiche, entsprechend Grundsatz 7.1-8, für diese Nutzungen gesichert und weiterentwickelt werden. Der LEP NRW unterscheidet zwischen landschaftsorientierten und naturverträglichen Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen (Grundsatz 7.1-8 LEP NRW)

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

einerseits und formuliert andererseits Standortanforderungen für raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen (Ziel 6.6-2 LEP NRW).

Die Vorgaben des LEP NRW in Kap. 7.1 beziehen sich somit in erster Linie auf die Sicherung und Entwicklung des im Rahmen der natürlichen Erholungseignung vorhandenen Angebots an Bereichen, die sich durch ihre Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit besonders eignen. Im Regionalplan werden diese Bereiche als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung gesichert (Kap. 4.2.3) und es werden in Kap. 4.2.2 Regelungen zur landschaftsorientierten naturverträglichen Erholungsnutzung in den Bereichen für den Schutz der Natur getroffen. Die weitere Entwicklung von Natur und Landschaft für allgemein zugängliche, nichtkommerzielle landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen innerhalb und außerhalb dieser regionalplanerisch festgelegten Bereiche ist Aufgabe der Bauleitplanung der Kommunen und der Landschaftsplanung der Kreise und kreisfreien Städte (Erläuterung zu Grundsatz 7.1-8 des LEP NRW).

Verschiedene Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen, die faktisch weit überwiegend oder ausschließlich im Freiraum ausgeübt werden, weil sie sich unmittelbar auf die vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten stützen, lassen sich weder eindeutig den landschaftsorientierten und naturverträglichen Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen gemäß Grundsatz 7.1-8 LEP NRW zuordnen, noch sind sie auf überwiegend durch raumbedeutsame bauliche Anlagen geprägte Erholungs-, Sport-, Freizeit- und Tourismuseinrichtungen angewiesen, die durch Ziel 6.6-2 LEP NRW gesteuert werden. Hierzu gehören alle Nutzungen, die sich unmittelbar auf die vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten stützen, wie Golfplätze, Wassersportanlagen, Waldklettergärten, und die zugleich in Abhängigkeit von der Nachfrage gewisse Infrastruktureinrichtungen wie z.B. Parkplätze, sanitäre Einrichtungen oder Einrichtungen zur Besucherlenkung erfordern. Für Planungen und Vorhaben für solche Nutzungen ebenso wie raumbedeutsame freiraumorientierte projektbezogene Entwicklungen im Freiraum ist Ziel 2-3 des LEP NRW zu beachten.

Ziel 2-3 des LEP NRW schließt in den im Regionalplan dargestellten Freiraumbereichen Planungen in der Regel aus, die insbesondere die Entwicklung von Bauflächen und Baugebieten vorsehen. Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen können dann im Freiraum geplant werden, wenn sie mit diesem Ziel vereinbar sind.

Die Vorgaben dieses Kapitels treffen vor diesem Hintergrund in G1 Regelungen für die Bauleitplanung von Flächen mit hohem Freiraumanteil für landschaftsbezogene Freizeit- und Erholungsnutzungen im Freiraum, die an bestimmte natürlich vorhandene landschaftliche Voraussetzungen gebunden sind und die zugleich in untergeordnetem Umfang bestimmter baulicher Anlagen bedürfen. Hierzu gehören unter anderem z.B. Bolzplätze, Schießanlagen als Anlagen für siedlungsnahe Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen. Häufig ist aus funktionalen Gründen ein räumlicher Zusammenhang solcher Anlagen und Einrichtungen mit dem Freiraum sinnvoll. Berücksichtigt wird hierbei, dass derartige Anlagen innerhalb der Siedlungsbereiche oder in Gemengelage mit empfindlichen siedlungsräumlichen Nutzungen besondere Abstände erfordern.

In der Abwägung zu G1 wurde bezüglich neuer Freizeitanlagen und –einrichtungen berücksichtigt, dass sie als Infrastruktur der Daseinsvorsorge im Interesse des Gemeinwohls liegen und der Gesundheit der Bevölkerung dienen. Dem wurde der Grundsatz des § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG zur Begrenzung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum gegenübergestellt. Dabei

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

wurde berücksichtigt, dass die Freiraumbereiche der Sicherung einer Vielzahl unterschiedlicher Aufgaben und Funktionen dienen. In den Freiraumbereichen können daher Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen zur Sicherung der Freiraumfunktionen freiraumorientierte Anlagen nur für landschaftsbezogene Erholungsnutzungen geplant werden, die sich unmittelbar auf die vorhandenen landschaftlichen Gegebenheiten stützen, wie Golf, Wassersport, Waldklettergärten, und soweit bauliche Anlagen dort nur untergeordnete Bedeutung aufweisen.

Angesichts eines beständigen und in seinen Ausprägungen kaum vorhersehbaren Wandels der Nachfragestrukturen werden in G1 für die landesplanerische Abstimmung von freiraumgeprägten Freizeit- und Erholungsnutzungen Vorgaben formuliert, die im Falle konkreter Planungsabsichten zum Tragen kommen. Es erfolgen somit keine planungsunabhängigen Festlegungen bzw. keine Angebotsplanungen. Dies dient auch dem Schutz des Freiraums in Bezug auf die übrigen Freiraumfunktionen.

Den hier zusammengefassten Anlagen mit hohem Freiraumanteil für anlagengebundene landschaftsbezogene Freizeit- und Erholungsnutzungen ist gemeinsam, dass sie in der Regel an spezifische landschaftliche Gegebenheiten anknüpfen. In der Regel sind sie nicht raumbedeutsam. Gleichwohl werden durch sie bislang land- oder forstwirtschaftlich genutzte Flächen ihrer ursprünglichen Nutzung ganz oder teilweise entzogen. Die Nutzungen können Bereiche mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft berühren oder die Zugänglichkeit von Landschaftsteilen für allgemeine landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen kann eingeschränkt werden. Die Anforderungen dieser Anlagen an ihren Standort sind abhängig von den jeweils vorgesehenen Erholungsaktivitäten. Hinsichtlich ihrer raumbezogenen Auswirkungen können auch die Erreichbarkeit des Standorts und sein Einzugsgebiet eine Rolle spielen. Daher legt G1 keinen abschließenden Katalog einheitlicher Anforderungen für die Auswahl der Standorte und die im Rahmen der Bauleitplanung zulässigen Nutzungen solcher Anlagen mit hohem Freiraumanteil fest. Stattdessen sieht der Grundsatz vor, dass die Anlagen im Freiraum geplant werden können, wenn sie mit den dargestellten Freiraumfunktionen verträglich sind; dies umfasst auch eine Bewertung der Nutzungen nach ihrer räumlichen und zeitlichen Konzentration und Intensität sowie der hiermit verbundenen weiteren Auswirkungen (z.B. Verkehr).

Die gemäß Z1 im Regionalplan als Freiraumbereiche mit Zweckbindung (FR-Z, Kap. 7.2.13.3) dargestellten Bereiche sind für raumbedeutsame projektbezogene Entwicklungen, die im Freiraum geplant werden sollen, weil sie mit Nutzungen verbunden sind, die einen hohen Freiraumanteil und eine Bindung an besondere Standortbedingungen aufweisen. Neue Siedlungsansätze im Freiraum sollen durch solche Vorhaben nicht entstehen.

Aufgrund der spezifischen Zielsetzung, die im Rahmen der FR-Z für Freizeit und Erholung projektbezogene Entwicklungen im Freiraum gleichermaßen zugunsten der sozialen, kulturlandschaftlichen und ökologischen Freiraumfunktionen vorsieht, die an spezifische räumliche Gegebenheiten gebunden sind, ist eine Angebotsplanung für solche Bereiche weder möglich noch im Sinne des Freiraumschutzes sinnvoll. Textlich in Z2 festgelegt und zeichnerisch dargestellt werden als FR-Z daher solche Freiraumbereiche, für die eine freiraumorientierte Entwicklung im Rahmen abgestimmter Konzepte vorgesehen ist oder bereits umgesetzt wird.

Darüber hinaus werden die Standorte in Z3 für bereits bestehende militärische Nutzungen im Freiraum festgelegt. Hiermit wird den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes gem. § 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG Rechnung getragen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Vorgaben dieses Kapitels berücksichtigen die Vorgaben des ROG

- in § 1 Abs. 2 zu einer nachhaltigen Raumentwicklung,
- § 2 Abs. 2 Nr. 4 zur Entwicklung ländlicher Räume unter Berücksichtigung ihrer Umwelt- und Erholungsfunktion sowie
- § 2 Abs. 2 Nr. 6 zur Gestaltung wirtschaftlicher und sozialer Nutzungen des Raumes unter Berücksichtigung seiner ökologischen Funktionen sowie
- § 2 Abs. 2 Nr. 7 zu den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung und des Zivilschutzes.

Die Vorgaben konkretisieren die im LEP NRW insbesondere in den Grundsätzen 7.1-1 und 7.1-8 getroffenen Vorgaben zur Funktion des Freiraums für landschaftsorientierte Erholung-, Sport- und Freizeitaktivitäten.

4.2 Schutz von Natur und Landschaft

Durch die textlichen Vorgaben im RPD in den nachfolgenden Kapiteln werden das Ziel im bisherigen Kapitel 2.4 des GEP99 sowie die Ziele 1 und 2 des bisherigen Kapitels 2.5 des GEP99 neu gegliedert. Die Vorgaben im RPD beziehen sich auf Freiraumbereiche, die hinsichtlich bestimmter Gegebenheiten oder Merkmale besondere Funktionen im Freiraum bereits wahrnehmen oder zukünftig wahrnehmen sollen und hierfür gesichert oder entwickelt werden sollen. Sie ersetzen das bisherige Ziel des Kapitels 2.4 des GEP99 und das Ziel 1 des Kapitels 2.5 des GEP99. Den Kapiteln 4.2.2 Schutz der Natur und 4.2.3 Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung des RPD wird das Kapitel 4.2.1 Allgemeine Vorgaben vorangestellt, das die Umsetzung und Entwicklung des Biotopverbundes im Rahmen der Landschaftsplanung berücksichtigt und diejenigen Vorgaben umfasst, die sowohl für die Bereiche für den Schutz der Natur (BSN) als auch für die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) gelten. Dies berücksichtigt, dass sich beide Bereiche funktional ergänzen. Das gilt insbesondere bezüglich der durch den Regionalplan als Landschaftsrahmenplan dargestellten angestrebten Entwicklung von Natur und Landschaft sowie der Entwicklung und Sicherung des Biotopverbundes auf regionaler Ebene.

Im Zuge der Erarbeitung des RPD entfallen solche Vorgaben des GEP99, die sich auf Sachverhalte beziehen, die nicht dem Einfluss der Regionalplanung unterliegen.

4.2.1 Allgemeine Vorgaben

Die Vorgaben des RPD in diesem Kapitel richten sich auf die Umsetzung des Biotopverbundes im Rahmen der Landschaftsplanung. Gegenüber den entsprechenden Vorgaben des GEP99 wurden sie inhaltlich konzentriert und an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst. Dabei wurden beschreibende Teile in die Erläuterungen verschoben, einzelne Aspekte werden auch im Rahmen der Begründung der zeichnerischen Darstellung (s. Kap. 7.2.4 und Kap. 7.2.5) abgehandelt.

Die Vorgaben in Kap. 4.2.1 (Z1, G1-G4) richten sich insbesondere an die Landschaftsplanung. G1 ist auf die Sicherung, Erhaltung und Entwicklung des landesweiten und regionalen Biotopverbundes (für Biotopverbundflächen unterhalb der Darstellungsschwelle) im Rahmen der Landschaftsplanung ausgerichtet. Z1 gibt der Landschaftsplanung den Auftrag insbesondere die innerhalb der Freiraumfunktionen liegenden schützenswerten und entwicklungs-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bedürftigen Teile von Natur und Landschaft zu konkretisieren, sowie erforderliche Schutz- und Entwicklungsmaßnahmen zu ergreifen. G2 ist eine Vorgabe, welche das naturschutzfachliche Konzept des Biotopverbundes mit seinen verschiedenen Bestandteilen - Kernbereiche, Verbindungsflächen und Puffer- und Entwicklungsflächen – aufgreift. Dessen Sicherung erfolgt insbesondere in der Landschaftsplanung. In G3 werden Vorgaben für den Schutz von Bereichen mit besonderer Bedeutung für den Schutz des Klimas und die Anpassung an den Klimawandel getroffen. G4 enthält die Vorgabe, dass im Rahmen von Schutzgebietsausweisungen auch die im Regionalplan dargestellten GIB, GIB-Z und ASB-GE sowie Betriebsbereiche nach Störfall-Verordnung zu berücksichtigen sind, um mögliche Konflikte zwischen diesen Nutzungen frühzeitig zu betrachten und Einschränkungen von Betrieben zu vermeiden. Die Vorgaben des RPD ersetzen das bisherige Kap. 2.4, Ziel, Nr. 1 und Nr. 2 des GEP99. Dass gemäß Kap. 2.4, Ziel, Nr. 1 des GEP99 den konkreten lokalen Bedingungen – insbesondere gegenüber land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, besonders Rechnung getragen werden soll, ist bereits durch den LEP mit den Grundsätzen 7.5-1 Räumliche Voraussetzungen der Landwirtschaft und 7.5-2 Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte in den Vorgaben selbst sowie in den zugehörigen Erläuterungen hinreichend abgedeckt und ist deshalb nicht mehr Gegenstand der neuen Vorgaben des Regionalplans.

Der Regionalplan erfüllt gem. § 18 LPlG i.V.m. § 6 LNatSchG die Funktionen eines Landschaftsrahmenplanes im Sinne des Bundesnaturschutzgesetzes, der die überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege enthält. Gem. § 6 LNatSchG stellt der Regionalplan die regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach Abstimmung und Abwägung mit anderen Belangen zusammenfassend dar. Z1 sowie die Grundsätze G1 – G3 enthalten diesbezüglich Vorgaben für den Schutz und die Entwicklung von Natur und Landschaft im Rahmen der Landschaftsplanung. G4 beinhaltet eine Berücksichtigungspflicht der Landschaftsplanung bei der Planung und Erweiterung von Schutzgebieten in der Nähe zu gewerblich-industriell geprägten Nutzungen.

Der Landschaftsrahmenplan umfasst gem. § 10 Abs. 1 BNatSchG die „überörtlichen konkretisierten Ziele, Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (…) für Teile des Landes“.

Als Landschaftsrahmenplan soll der Regionalplan gem. § 9 (3) Nr. 4 BNatSchG u.a. Angaben enthalten über Erfordernisse und Maßnahmen zur Umsetzung der konkretisierten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere

- zur Vermeidung, Minderung und Beseitigung von Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft,
- zum Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft,
- zu Flächen, die für künftige Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege besonders geeignet sind,
- zum Schutz und Aufbau eines Biotopverbunds, der Biotopvernetzung,
- zum Schutz, zur Qualitätsverbesserung und zur Regeneration von Gewässern, Böden, Luft und Klima, zur Erhaltung und Entwicklung von Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft,
- zur Erhaltung und Entwicklung von Freiräumen im besiedelten und unbesiedelten Bereich.

Wesentliche Angaben hierzu enthält der Regionalplan

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- im Textteil in den Kapiteln 4.1.1 Freiraumschutz und -entwicklung, 4.1.2 Regionale Grünzüge, 4.2.2 Schutz der Natur, 4.2.3 Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung, 4.3 Wald, 4.4.2 Oberflächengewässer,
- in den zeichnerischen Darstellungen der Freiraumbereiche und Freiraumfunktionen sowie
- in den Beikarten 4A – 4J, die den einzelnen Freiraum-Kapiteln zugeordnet sind.

Die Vorgaben Z1 sowie G1 – G3 dieses Kapitels dienen insofern der Umsetzung der in den thematischen Kapiteln dargestellten Erfordernisse und Maßnahmen durch die Landschaftsplanung. Dabei sind gem. § 9 Abs. 1 BNatSchG „die Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung dieser Ziele auch für die Planungen und Verwaltungsverfahren aufzuzeigen, deren Entscheidungen sich auf Natur und Landschaft im Planungsraum auswirken können."

Auf der Ebene der Regionalplanung stellt insbesondere der Biotopverbund einen geeigneten Ansatz dar, um räumlich-funktionale Beziehungen zwischen unterschiedlichen einzelnen Komponenten des Freiraums darzustellen, zu beschreiben und die für seine Erhaltung und Entwicklung geeigneten Räume zu sichern. Der Biotopverbund dient gem. § 21 BNatSchG „der dauerhaften Sicherung der Populationen wild lebender Tiere und Pflanzen einschließlich ihrer Lebensstätten, Biotope und Lebensgemeinschaften sowie der Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen. Er soll auch zur Verbesserung des Zusammenhangs des Netzes "Natura 2000" beitragen". Darüber hinaus soll der Biotopverbund auch die ökologischen Wechselbeziehungen zwischen unterschiedlichen Biotoptypen gewährleisten, z. B. für Arten mit im Lebenszyklus wechselnden Habitatansprüchen oder solchen, die Lebensraumkomplexe besiedeln. (BfN – Bundesamt für Naturschutz: http://www.bfn.de/0311_biotopverbund.html, abgerufen am 13.11.2012).

Durch die in G2 angesprochene Vorgabe zu Festsetzungen und Maßnahmen und Schutzausweisungen für die Flächen des Biotopverbundes trägt der Regionalplan seiner Funktion als Landschaftsrahmenplan und dem naturschutzrechtlichen Auftrag der Sicherung eines „Netzes räumlich und funktional verbundener Biotope" im Sinne des § 20 BNatSchG Rechnung.

Der in G1 und G2 angesprochene Biotopverbund zielt weniger auf einzelne, besonders schützenswerte Biotope ab, als auf die ökologischen und räumlich-funktionalen Ansprüche der heimischen Arten an ihren Lebensraum insgesamt. Beikarte 4D – Kernbereiche für die Entwicklung des Biotopverbundes – enthält hierzu die Funktion einzelner Bereiche im Zusammenhang des Habitatverbundes nach Habitaten (Lebensraumtypen), während Beikarte 4E – Regionaler Biotopverbund – den räumlichen Zusammenhang der Biotopverbundflächen im Kontext mit den regionalplanerischen Bereichsdarstellungen für den Schutz der Natur und für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung enthält.

Die Gefährdung zahlreicher Arten, Lebensräume und Lebensgemeinschaften durch Flächenverluste, Zerschneidung von Lebensräumen und beeinträchtigende Einwirkungen benachbarter oder überlagernder Nutzungen hält an, wie u.a. der Indikatorenbericht 2010 der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt belegt.

Vor dem Hintergrund vielfältiger Flächennutzungsansprüche (Land- und Forstwirtschaft, Siedlung, Gewerbe, Industrie, Infrastruktur) bedürfen Aufbau und Entwicklung des Biotopverbundes und der Biotopvernetzung der vorsorgenden Sicherung der erforderlichen Bereiche vor der Inanspruchnahme oder Beeinträchtigung funktionsräumlicher Zusammenhänge durch entgegenstehende Nutzungen bzw. der Koordination mit solchen Nutzungen.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Der aktuelle Grad der Gefährdung von Biotopen, Pflanzen und Tieren zeigt sich in den Roten Listen NRW (s. Erläuterungen zu LEP NRW, Ziel 7.2-1). Die Situation des Biotop- und Artenschutzes ist nach wie vor insbesondere durch folgende Gefährdungen gekennzeichnet:

- schutzwürdige Biotope sind noch nicht oder nicht ausreichend gesichert oder liegen ohne ausreichende Pufferzonen in einer intensiv genutzten Landschaft und sind nicht ausreichend gegenüber Randeinflüssen geschützt;
- nicht naturverträgliche Freizeitaktivitäten drängen in schutzwürdige Bereiche;
- Schad- und Nährstoffeinträge (Biozidanreicherung, Versauerung, Eutrophierung) und Entwässerung führen zur Gefährdung und Beeinträchtigung von Lebensgemeinschaften und Lebensräumen;
- die Inanspruchnahme von Freiflächen, u. a. durch Abgrabungen und Bautätigkeit, sowie die Zersiedlung und die Zerschneidung der Landschaft verstärken den Nutzungsdruck auf schutzwürdige Biotope.

Um auf der Ebene der Regionalplanung die räumlichen Voraussetzungen für den Aufbau und die Entwicklung des Biotopverbundes sichern zu können, bedarf es einer fachlich begründeten Auswahl von Flächen bzw. Bereichen, die diese Anforderungen erfüllen können.

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund des Klimawandels und der zu erwartenden klimatisch bedingten Veränderungen und Verschiebungen der Lebensräume (BfN 2011) geht es auf regionaler Ebene darum, großräumige und regionale Verbundachsen und die Durchgängigkeit von Landschafts- und Naturräumen zu sichern und zu entwickeln. Die Berücksichtigung von Arten mit hohen Raumansprüchen trägt dazu bei, der zunehmenden Zerschneidung der Landschaft entgegenzuwirken (ebd.). Als Ergebnis der Bestandsaufnahme und Bewertung von Natur und Landschaft und unter Berücksichtigung der sich aus den bestehenden Raumnutzungen ergebenden Konflikte enthält der durch das LANUV erstellte Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege die fachlichen Grundlagen sowie „Empfehlungen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft Empfehlungen zur Sicherung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft und zur Förderung der Biodiversität sowie Angaben zum Biotopverbund einschließlich des Wildtierverbundes und zur Anpassung an den Klimawandel (§ 8 (1) LNatSchG NRW) (LANUV 2014). Er bildet damit die wesentliche Grundlage für das Konzept des Regionalplans für Schutz und Entwicklung von Natur und Landschaft.

Diese fachliche Grundlage für das regionale Biotopverbundsystem wurde vom LANUV NRW erarbeitet und der Regionalplanungsbehörde in Form digitaler Flächen- und Sachdaten zur Verfügung gestellt (LANUV 2015). Sie umfasst die Abgrenzung und Bewertung von Bereichen mit Bedeutung für den Biotopverbund sowie Ziele und Maßnahmenempfehlungen für die einzelnen Biotopverbundflächen. Die in diesem Kapitel dargestellten Vorgaben betreffen die Umsetzung und Entwicklung des Biotopverbundes im Rahmen der Landschaftsplanung. Da nicht alle Schutzgebiete die Kriterien für Biotopverbundflächen erfüllen, wird aus naturschutzfachlicher Sicht die Sicherung und gegebenenfalls Entwicklung zusätzlicher Flächen als erforderlich angesehen, um den Biotopverbund zu sichern (BfN 2011).

Maßgeblich für den Vernetzungsgrad und die Wirksamkeit des Biotopverbundes ist die Durchgängigkeit des Gesamtsystems. Die Zielformulierungen und Maßnahmenempfehlungen des Biotopverbundes entsprechen den Zielen der Umsetzung der Wasser-Rahmen-Richtlinie (WRRL) bzw. ergänzen sich mit den Zielen der WRRL. Hierbei haben die Fließgewässer mit ihren Auen sowie die gewässerbegleitenden Landschaftsräume eine herausragende Bedeutung. Sie dienen dem Biotopverbund als Niederungs- oder Feuchtgebiete mit

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

besonderer Bedeutung für Naturschutzfunktionen. Das gilt insbesondere für die über den Raum der Planungsregion hinausreichenden und zum Teil grenzüberschreitenden Verbundkorridore im Verlauf des Rheines, der Erft, der Niers, der Schwalm und der Nette. Derartige zusammenhängende Freiraumbänder eignen sich besonders für die Entwicklung von naturschutzfachlichen Konzepten und Projekten mit Strahlwirkungen vom Freiraum bis in den Siedlungsbereich hinein. Die Entwicklung von Verbindungselementen stärkt den Biotopverbund durch die Überwindung bestehender Zäsuren. Beispielhaft hierfür sind Grünbrücken zu nennen, die die Durchgängigkeit des Biotopverbundes auch über Verkehrswege hinweg sicherstellen sollen. Der Biotopverbund trägt auch zur besseren Verknüpfung der Natura-2000-Gebiete bei (§ 2 Abs. 2 Nr. 8 ROG).

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die textlichen Vorgaben entsprechen § 2, Abs. 2 Nr. 2 ROG, wonach ein großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen sowie § 2, Abs. 2 Nr. 6 ROG, wonach den Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung zu tragen ist.

Die Vorgaben des RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Ebenfalls entsprechen sie dem Ziel 7.2-1 des LEP NRW. Danach dienen Aufbau und Entwicklung des Biotopverbundes dem Erhalt der Artenvielfalt wildlebender Tier- und Pflanzenarten und der landschaftstypischen Biotope, einerseits im Rahmen einer flächendeckenden Sicherung und Entwicklung natürlicher Landschaftsräume, andererseits über die Erhaltung und Entwicklung von Lebensräumen, „die aufgrund ihrer Größe und Struktur geeignet sind, zum Erhalt der Vielfalt der Arten und Lebensgemeinschaften und der landschaftstypischen Biotope dauerhaft beizutragen“. Gemäß Ziel 7.2-2 sind die zeichnerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur für den landesweiten Biotopverbund unter anderem zu sichern und zu entwickeln.

Entsprechend den Erläuterungen zu Ziel 7.2-1 des LEP NRW ist der in G1 und G2 angesprochene Biotopverbund funktional auf alle heimischen Tier- und Pflanzenarten zu orientieren, insbesondere aber auf Arten, die in ihrem Bestand gefährdet sind oder für deren Erhalt Nordrhein-Westfalen im Rahmen der o. g. europäischen Richtlinien eine besondere Verantwortung hat. Verbundsysteme sollen den genetischen Austausch zwischen Populationen, Tierwanderungen sowie natürliche Ausbreitungs- und Wiederbesiedlungsprozesse gewährleisten.

Die Vorgaben in Kap. 4.2.1 zum Biotopverbund und insbesondere G3 konkretisieren die Grundsätze 4-1 Klimaschutz und 4-2 Anpassung an den Klimawandel (Klimaanpassung) des LEP NRW, in denen einerseits die Raumentwicklung dazu beitragen soll, den Ausstoß von Treibhausgasen soweit wie möglich zu reduzieren und andererseits Bereiche mit besonderer Bedeutung für das Klima und die Anpassung von Natur und Landschaft an den Klimawandel besonders geschützt und entwickelt werden sollen.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

4.2.2 Schutz der Natur

Die Vorgaben dieses Kapitels beziehen sich auf den Schutz, die Sicherung und die Entwicklung der Bereiche für den Schutz der Natur im Rahmen der Landschaftsplanung sowie raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen. Die Vorgaben des RPD ersetzen das bisherige Kap. 2.4 Ziel Nr. 1 und Nr. 2 des GEP99. Gegenüber den entsprechenden Vorgaben des GEP99 wurden sie inhaltlich konzentriert und an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

Z1 und Z2 sichern in Verbindung mit den Vorgaben in Kap. 4.2.1 und der zeichnerischen Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur die räumlichen Voraussetzungen für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope und den Aufbau des Biotopverbundes. Die Bereiche für den Schutz der Natur umfassen sowohl wertvolle und schützenswerte Einzelbereiche, als auch Populationen, Lebensstätten, Lebensgemeinschaften, die einschließlich ihrer funktionsfähigen Wechselbeziehungen untereinander geschützt und entwickelt werden sollen.

Die Bereiche für den Schutz der Natur sind Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten. Die textlichen Vorgaben beziehen sich auf sämtliche innerhalb der Bereiche mit Vorrangfunktionen liegenden Flächen. Im Einzelfall können im Rahmen der Landschaftsplanung für die Festsetzung von Naturschutzgebieten auf der Grundlage der tatsächlichen Verhältnisse vor Ort oder maßstabsbedingt auch Abgrenzungen festgelegt werden, die über die BSN-Darstellung hinausgehen. Damit soll sichergestellt werden, dass die fachrechtliche Sicherung naturschutzfachlich besonders bedeutsamer Bereiche, Gebiete und Flächen sich an den jeweiligen fachlichen Erfordernissen orientieren kann.

Die großen unzerschnittenen, verkehrsarmen Räume (s. Erläuterung 4 zu Z1) sind im Rahmen des Biotopverbundes von besonderer Bedeutung für Tierarten mit großen Raumansprüchen. Insbesondere entlang der deutsch-niederländischen Grenze stellen die großräumigen Bereiche für den Schutz der Natur – auch Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung – die wesentlichen Bestandteile eines überregionalen Wildtier-Wander-Korridors zwischen dem niederländischen Nationalpark De Hoge Veluwe im Norden und der Eifel im Süden mit hoher Bedeutung u.a. für das Rotwild dar. Bedeutende Verbindungsflächen sind der Reichswald bei Kleve und der Grenzwald (mit Brachter und Diergardtscher Wald) westlich von Brüggen (LANUV 2014).

Gemäß Z1 dürfen raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen innerhalb der Bereiche zum Schutz der Natur die besonderen Funktionen nicht beeinträchtigen. Anhaltspunkte zu möglichen Beeinträchtigungen ergeben sich aus den konkreten Merkmalen dieser raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen.

In den Bereichen für den Schutz der Natur sollen die Flächen besondere Funktionen für den Arten- und Biotopschutz und die Erhaltung der biologischen Vielfalt übernehmen, die als Standorte für eine natürliche (Eigenentwicklung) oder naturnahe Entwicklung (im Rahmen spezifischer erforderlicher Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen) aufgrund ihrer Boden-, Nährstoff- und Wasserverhältnisse oder durch ihren räumlichen Zusammenhang mit vorhandenen Biotopen von Bedeutung sind.

Die naturschutzrechtlichen Voraussetzungen für einen weitgehenden Schutz der Bereiche für den Schutz der Natur werden durch die Festsetzung der für den Biotopverbund wesentli-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

chen Kernbereiche als Naturschutzgebiete im Rahmen der Landschaftsplanung oder durch ihre entsprechende fachrechtliche Ausweisung geschaffen.

Die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur bezieht auch die sogenannten Wildnisentwicklungsgebiete (s. Erl. 5 zu Z2) mit ein. Naturnahe ungenutzte Wälder weisen für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einen besonderen Stellenwert auf. Die „nationale Strategie zur biologischen Vielfalt“ sieht vor, 5 % der Wälder in Deutschland einer natürlichen Entwicklung zu überlassen (LANUV 2014, LANUV 2015). Für die Entwicklung von Wildnisentwicklungsgebieten erarbeitet das LANUV ein Konzept, das zunächst in den landeseigenen Forstbetrieben umgesetzt werden soll. Waldbereiche, die bereits hohe Altholzanteile aufweisen, sollen in der Kulturlandschaft die wertvollsten Relikte naturnaher Wälder repräsentieren, den Erhaltungszustand der FFH-Lebensräume sichern und für die Bevölkerung erlebbar gemacht werden. Innerhalb des Plangebietes sind insgesamt 15 Wildnisentwicklungsgebiete ausgewählt (LANUV 2014).

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben in Z1, Z2 und G1 stehen im Einklang mit den Grundsatzvorgaben des ROG und unterstützen diese. Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG ist „der Raum (…) in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen. Wirtschaftliche und soziale Nutzungen des Raums sind unter Berücksichtigung seiner ökologischen Funktionen zu gestalten(…), den Erfordernissen des Biotopverbundes (ist) Rechnung zu tragen“.

Die Vorgaben des RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Gem. Ziel 7.2-1 des LEP NRW sind für den landesweiten Biotopverbund ausreichend große Lebensräume zu sichern und zu entwickeln, um die biologische Vielfalt zu erhalten. Dies ist nur möglich, sofern die besonderen Funktionen, das naturräumliche Potential oder die angestrebte Entwicklung der Bereiche zum Schutz der Natur nicht durch Versiegelungen oder Zerschneidungen durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen beeinträchtigt oder gefährdet werden. Ergänzend zu den Vorgaben in Kap. 4.2.1 trägt das Ziel Z 1 insofern zu dem Ziel aus Kap. 7.2-1 Landesweiter Biotopverbund des LEP NRW bei, in dem es die Bereiche zum Schutz der Natur vor raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die mit der besonderen Funktion dieser Bereiche nicht vereinbar sind, schützt.

Ferner sind gem. Ziel 7.2-3 Vermeidung von Beeinträchtigungen gem. LEP NRW Gebiete zum Schutz der Natur (GSN) für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen nur unter den im Ziel genannten Ausnahmevoraussetzungen in Anspruch zu nehmen. Die Bereiche zum Schutz (BSN) der Natur konkretisieren die Gebiete zum Schutz der Natur im LEP NRW und gehen zum überwiegenden Teil über die zeichnerische Darstellung der Gebiete zum Schutz der Natur hinaus. Die Festlegung im Ziel Z 1 des Regionalplans, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen innerhalb der Bereiche zum Schutz der Natur nur zulässig sind, wenn hierdurch die besonderen Funktionen nicht beeinträchtigt werden oder das naturräumliche Potenzial oder die angestrebte Entwicklung gefährdet sind, stellt im Zusammenhang mit den zeichnerischen Darstellungen im Regionalplan insofern eine Konkretisie-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

rung des Ziels 7.2-3 im LEP NRW dar und gilt auch für die BSN, die zeichnerisch über die im LEP NRW dargestellten GSN hinausgehen.

G2 ist aus dem Grundsatz 7.2-4 Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen in Gebieten für den Schutz der Natur entwickelt und übernimmt dessen Regelungen für die regionalplanerisch dargestellten Bereiche für den Schutz der Natur.

4.2.3 Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

Die Vorgaben dieses Kapitels beziehen sich auf die Erhaltung, Sicherung Entwicklung und Wiederherstellung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung. G1 ersetzt Ziel 1 Nr. 1 - 4 des bisherigen Kap. 2.5 des GEP99, während die Vorgabe in G2 zur Entwicklung der Erholungsfunktion Ziel 2 des bisherigen Kap. 2.5 des GEP99 ersetzt. Gegenüber den entsprechenden Vorgaben des GEP99 wurden sie inhaltlich konzentriert und an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) sollen über geeignete Entwicklungszieldarstellungen (Erhaltung / Anreicherung) zur Verbesserung des Biotopverbundes beitragen und durch die Festsetzung von Landschaftsschutzgebieten gesichert werden.

Die Regelung in G1 greift die Vorgaben des LEP NRW, Kap. 7.2-5 Landschaftsschutz und Landschaftspflege inhaltlich auf und entwickelt sie für die Ebene des Regionalplans weiter, indem sie festlegt, dass die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung im Hinblick auf ihre Identität sowie für den Biotopverbund erhalten und Beeinträchtigungen durch raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen vermieden werden sollen. Hierfür ist es in der Regel erforderlich, die vorhandene Nutzungsstruktur beizubehalten oder im Rahmen von Naturschutz und Landschaftspflege die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes dauerhaft zu erhalten. Dies trägt in der Regel auch dazu bei, Eigenart, Vielfalt und Schönheit des Landschaftsbildes und damit den Erlebniswert der Landschaft zu erhalten.

Der in G2 formulierte Grundsatz zur Erhaltung und Entwicklung der BSLE für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzung trägt einerseits den Belangen der landschaftsorientierten Erholung Rechnung, zu denen Störungsarmut und eine geeignete Erschließung gehören, andererseits berücksichtigt er die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Flächennutzung in diesen Bereichen, sowie die von Naturschutz und Landschaftspflege.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Es gehört zu den Grundsätzen der Raumordnung, dass die „prägende Vielfalt des Gesamtraums und seiner Teilräume (…) zu sichern“ und der „Freiraum (…) durch übergreifende Freiraum-, Siedlungs- und weitere Fachplanungen zu schützen“ und ein „großräumig übergreifendes, ökologisch wirksames Freiraumverbundsystem zu schaffen“ ist (§ 2 Abs. 2, Nr. 2 ROG). Dem trägt G1 ebenso Rechnung wie § 2 Abs. 2, Nr. 5 (Erhaltung und Entwicklung von Kulturlandschaften; Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Pflege und Gestaltung von Natur und Landschaft) und Nr. 6 ROG (Entwicklung, Sicherung und Wiederherstellung des Raumes in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwir-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

kungen), während sich G2 insbesondere auf § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG (Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume) bezieht.

Die Vorgaben des RPD tragen – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans – auch dem neuen § 12 Abs. 3 LPlG-Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Gemäß Grundsatz 7.2-5 des LEP NRW soll Freiraum vor Beeinträchtigungen seiner Leistungs- und Funktionsfähigkeit oder seiner besonderen Wertigkeit aufgrund von Inanspruchnahmen bewahrt werden, der sich aufgrund seiner kulturlandschaftlichen Bedeutung, wegen seiner hohen Dichte an natürlichen Elementen oder für gefährdete Arten bedeutsamen Landschaftsstrukturen oder aufgrund besonderer Vielfalt, Eigenart und Schönheit durch eine hohe Wertigkeit auszeichnet. In den Erläuterungen wird hierzu ausgeführt, dass hierzu insbesondere die nicht raumordnerisch für den Schutz der Natur gesicherten Freiräume mit wertvollen Landschaftsbestandteilen gehören, die regionalplanerisch überwiegend als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung festzulegen sind.

4.3 Wald

Der Wald erfüllt mit der Rohstoffproduktion, als Erholungsraum, für den Biotopverbund, die Speicherung und verzögerte Abgabe von Niederschlagswasser, den Bodenschutz sowie für Klimaschutz und -anpassung vielfältige Funktionen. Darüber hinaus dient seine Erhaltung der langfristigen Offenhaltung von Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG. Die Waldvermehrung dient der Produktion des nachwachsenden Rohstoffs Holz, der Erholung der Bevölkerung, dem Biotopverbund, der Speicherung und verzögerten Abgabe von Niederschlagswasser, dem Boden- und dem Klimaschutz bzw. der Klimaanpassung. Vor dem Hintergrund der Regelungen im Ziel 7.3-1 Walderhaltung und Waldinanspruchnahme des LEP NRW erfolgt die regionalplanerische Steuerung der Sicherung und Entwicklung von Wald im Wesentlichen über die zeichnerische Darstellung der Waldbereiche (s. auch deren Begründung in Kap. 7.2.2.). Ergänzend hierzu sollen die textlichen Vorgaben im Regionalplan (RPD) entsprechend §§ 1 und 2 ROG u.a. dazu beitragen, mit Blick auf unterschiedliche teilräumliche Gegebenheiten insbesondere hinsichtlich der Waldverteilung, aber auch der Struktur des Waldes die einzelnen Funktionen des Waldes zu sichern und die räumliche Entwicklung der Waldbereiche vor dem Hintergrund der konkreten planerischen Rahmenbedingungen auch auf die Anforderungen anderer Raumnutzungen (u.a. der Landwirtschaft) abzustimmen. Sowohl den Vorgaben zur Walderhaltung in G1, zur Waldvermehrung und Waldentwicklung in G2, zum Ausgleich für die Inanspruchnahme von Wald in G3, als auch den in G4 enthaltenen Vorgaben für die Landschaftsplanung, die Waldentwicklung zu fördern, kommt mit Blick auf die Berücksichtigung der Erfordernisse des Klimaschutzes (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG) eine besondere Bedeutung zu.

In den Grundsätzen G1 bzw. G3 des RPD wird inhaltlich das bisherige Ziel 1, Nr. 1 (zur Walderhaltung) und Nr. 2 (zum Ausgleich für die Inanspruchnahme von Wald) des Kapitels 2.3 des GEP99 zu den im Regionalplan dargestellten Waldbereichen aufgegriffen. Nach den landesplanerischen Vorgaben (insbesondere Ziel 7.3-1) des LEP NRW gilt, dass Wald zu erhalten, vor nachteiligen Entwicklungen zu bewahren und weiterzuentwickeln ist. Dies gilt für die in den Regionalplänen festgelegten Waldbereiche. Bezüglich der in diesem Ziel enthaltenen Voraussetzungen für eine ausnahmsweise Inanspruchnahme von Wald erfolgt durch den RPD keine weitere Konkretisierung. Der RPD ergänzt mit G1 die textlichen Fest-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

legungen des LEP NRW in Ziel 7.3.1 (Walderhaltung und Waldinanspruchnahme) und Grundsatz 7.3-2 (Nachhaltig und ordnungsgemäß bewirtschaftete Wälder). Durch die Grundsätze erfolgt hinsichtlich der Sicherung und Verbesserung der Waldfunktionen eine inhaltliche Konkretisierung für die Erhaltung und Entwicklung der zeichnerisch dargestellten Waldbereiche (s. auch Kap. 7.2.2 der Begründung). Die Vorgaben zur Waldvermehrung und Waldverbesserung des bisherigen Ziels 2 des GEP99 sind nunmehr teilweise bereits durch Grundsatz 7.3-3 des LEP NRW erfasst. Ergänzend dazu betreffen G2 und G3 die räumliche Verortung der Begründung neuer Waldbestände im Zuge der Waldvermehrung sowie erforderlicher Ersatzaufforstungen. Zusätzlich gibt G2 vor, dass die nicht in die zeichnerische Darstellung übernommenen Kleinwaldflächen in den waldarmen Gebieten, die in Beikarte 4F – Wald dargestellt sind im Hinblick auf die Waldfunktionen erhalten und entwickelt werden sollen.

Die Planungsregion Düsseldorf ist aufgrund ihrer historischen Entwicklung unterdurchschnittlich bewaldet. Zwar haben die Waldflächen in der Planungsregion Düsseldorf im Zeitraum von 1994 bis 2011 um ca. 8% merklich zugenommen. Dennoch ist hier nur ein Bewaldungsanteil von 16 % zu verzeichnen, während der Anteil der Waldfläche an der Gesamtfläche in NRW insgesamt 26 % beträgt (WALD UND HOLZ NRW 2013). Demgegenüber steht das Ziel der Forst- und Holzwirtschaftspolitik, langfristig den Waldanteil in NRW von 27 % deutlich anzuheben. (http://www.umwelt.nrw.de/natur-wald/wald/forstpolitik/, Abruf zuletzt am 25.09.2017).

Gemäß der landesplanerischen Definition des LEP NRW gelten die meisten Kommunen in der Planungsregion als waldarm (Waldanteil geringer als 20%). Der forstliche Fachbeitrag (WALD UND HOLZ NRW 2013: 20) kennzeichnet die waldarmen Bereiche als „Suchräume für die Waldvermehrung“. Gemeinden mit Waldanteilen über 60 %, die gemäß LEP NRW als waldreich eingestuft werden, gibt es in der Planungsregion nicht. Nur wenige Gemeinden (Brüggen, Niederkrüchten) weisen Bewaldungsanteile über 30% auf. Hierbei bezieht sich die Angabe der Waldflächenanteile auf das gesamte Gemeindegebiet und nicht allein auf den Freiraum.

Die Waldflächen im Planungsraum Düsseldorf besitzen aufgrund des im Landesvergleich unterdurchschnittlichen Waldanteils (s.o.) einen besonders hohen Stellenwert. Eine Anreicherung mit Waldflächen ist vor diesem Hintergrund in der Planungsregion Düsseldorf insbesondere dort anzustreben, wo der Waldflächenanteil tatsächlich gering ist. Besonders gilt das an den Standorten, wo auf Dauer bedeutende Waldfunktionen erreicht werden können und wo die Funktion des regionalen Freiraumsystems durch die Anlage von standortgerechten Wäldern verbessert oder die Biotopvernetzung (vgl. Kap. 4.2.3) verstärkt werden kann.

In den waldarmen Teilbereichen der Planungsregion sollen die dargestellten Waldbereiche erhalten und Flächen für die Waldvermehrung bzw. für Ersatzaufforstungen in diesen bzw. in direkter räumlicher Zuordnung vorgesehen werden. Die Vorgaben in G2 und G3 berücksichtigen, dass teilräumlich niedrige Flächenanteile von Wald auch das Ergebnis der besonderen Nutzungseignung der Böden u.a. für eine landwirtschaftliche Nutzung sind, die sich aus diesem Grunde in den betreffenden Bereichen, auch historisch bedingt, als vorherrschende Freiraumnutzung durchgesetzt hat. G4 richtet sich an die Landschaftsplanung, die die Funktionen des Waldes fördert und dadurch zur Landschaftsentwicklung beitragen soll.

Die im Grundsatz 7.3-2 Grundsatz Nachhaltig und ordnungsgemäß bewirtschaftete Wälder des LEP NRW 5 formulierten Vorgaben bedürfen keiner weiteren Konkretisierung auf der Ebene der Regionalplanung. Eine Orientierung für die anzustrebende Entwicklung des Wal-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

des gemäß G1, Satz 1 und die diesbezügliche inhaltliche Ausgestaltung der forstlichen Planung und Beratung sowie raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen beinhaltet das Konzept “Wald 2000”, mit dem 1990 durch die damalige Landesregierung die naturnahe Waldbewirtschaftung für den Staatswald des Landes NRW eingeführt, für den Gemeinde- und Körperschaftswald empfohlen und auch für den Privatwald angeregt wurde. Die Umsetzung dieses Gesamtkonzeptes gewährleistet mit den im Folgenden beschriebenen wesentlichen Elementen eine multifunktionale Entwicklung der vorhandenen Waldbestände:

Wichtige Elemente bzw. Ziele von “Wald 2000“ sind:

- Erzielung standortgerechter ungleichaltriger, mehrschichtiger stabiler Mischbestände mit hoher Massen- und Wertleistung im Rahmen geeigneter Pflegemaßnahmen und einer nach Zieldurchmesser orientierten Holznutzung,
- Vermeidung des Biozideinsatzes,
- Vermeidung von Kahlschlägen,
- geländeangepasste Holzernte und Holztransporte im Wald,
- Erhaltung, Entwicklung und Vermehrung naturnaher Buchen- und Eichenwälder,
- Sicherung seltener Waldgesellschaften und Pflege historischer Waldnutzungsformen,
- Erhaltung ausgewählter Altwälder,
- Entwicklung vielfältiger Waldränder.

Zur konkreten Umsetzung dieser forstlichen Ziele trifft der Regionalplan keine Regelungen. Sie kann weiterhin auch auf der Grundlage vertraglicher Vereinbarungen erfolgen. Als inhaltliche Fortführung von „Wald 2000“ wird derzeit die „Waldstrategie NRW 2050“ erarbeitet (http://www.umwelt.nrw.de/natur-wald/wald/, Zugriff am 08.03.2016).

Der Schutz des Waldes und eine naturnahe, die biologische Vielfalt berücksichtigende Bewirtschaftung sind ein zentraler Beitrag zum Klimaschutz. Vor dem Hintergrund des im Landesvergleich unterdurchschnittlichen Waldanteils genießen die bereits im LEP NRW formulierten Festlegungen (7.3-1 Ziel Walderhaltung und Waldinanspruchnahme und 7.3-3 Grundsatz Waldarme und waldreiche Gebiete) einen besonderen Stellenwert in der Planungsregion Düsseldorf. Der RPD enthält hierzu in der Beikarte 4F – Wald – die Abbildung der waldarmen Gebiete (s. auch Kap. 7.2.2 der Begründung).

Waldvermehrungsmaßnahmen zum Erhalt und Ausbau des CO2-Minderungspotenzials von Wald und Holz sowie zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel können derzeit gemäß der Förderrichtlinie Waldklimafonds (Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft / Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015)) finanziell gefördert werden.

G4 gibt vor, dass die Funktionen des Waldes im Rahmen der Landschaftsplanung gefördert werden sollen. Hierdurch wird der Bedeutung des Waldes für die Landschaftsentwicklung Rechnung getragen. Im Rahmen der Planung und Umsetzung ist bezüglich der zu berücksichtigenden Belange eine Abstimmung der Landschafts- und Forstbehörden sowie weiterer zuständiger Stellen im Einzelfall erforderlich.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben in G1, G2, G3 und G4 stehen im Einklang mit Grundsatzvorgaben des ROG und unterstützen diese. Denn nach § 2 ROG Abs. 2 Nr. 4 sind ländliche Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehören auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Walderhaltung, Waldvermehrung und Waldentwicklung tragen wesentlich dazu bei, gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG die räumlichen Voraussetzungen für die (…) Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die (…) Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen und die räumlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die (…) Forstwirtschaft ihren Beitrag dazu leisten kann, die natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen zu schützen sowie Natur und Landschaft zu pflegen und zu gestalten. Darüber hinaus tragen die Vorgaben gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG auch den Erfordernissen des Biotopverbundes, dem vorbeugenden Hochwasserschutz, dem Schutz der Allgemeinheit vor Lärm und der Reinhaltung der Luft sowie den räumlichen Erfordernissen des Klimaschutzes Rechnung, sowohl durch Maßnahmen, die dem Klimawandel entgegenwirken, als auch durch solche, die der Anpassung an den Klimawandel dienen, insoweit sie dazu beitragen, die räumlichen Voraussetzungen für den Erhalt und die Entwicklung natürlicher Senken für klimaschädliche Stoffe zu schaffen.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch den neuen § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben im RPD stehen ebenfalls im Einklang mit dem LEP NRW und sind aus ihnen entwickelt, insbesondere mit Ziel 7.3-1 Walderhaltung und Waldinanspruchnahme und Grundsatz 7.3-3 Waldarme und waldreiche Gebiete. Bei einer im Rahmen der Ausnahmeregelung in Ziel 7.3-1, Satz 3 zulässigen Inanspruchnahme von Waldbereichen für entgegenstehende Planungen und Maßnahmen sieht der LEP als Ausgleich für die Inanspruchnahme in Gemeinden mit einem Waldanteil von mehr als 60% Strukturverbesserungen vorhandener Waldbestände vor. Ein solch hoher Waldanteil wird allerdings in der Planungsregion nirgendwo erreicht. Gemäß G3 ist demgegenüber vorgesehen, dass der Ausgleich bereits in Gebieten mit einem Waldanteil von 20% und mehr vorrangig in den dargestellten Waldbereichen durch Maßnahmen zur Verbesserung der Waldfunktionen realisiert werden soll. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen in der Planungsregion und dem Nutzungsdruck insbesondere auf landwirtschaftliche Flächen ist es nicht angemessen, bei Waldinanspruchnahmen in Kommunen mit einem Waldanteil von 20% bis unter 60% zwingend Ersatzaufforstungen vorzusehen. In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die dargestellten Waldbereiche aufgrund des Darstellungsmaßstabes 1 : 50.000 auch einzelne gemäß der fachrechtlichen Definition derzeit nicht als Wald anzusprechende Flächen enthalten können, die Potentiale für Ersatzaufforstungen bieten. Somit ist auch in diesen Gebieten im Einzelfall ein flächenmäßiger Ausgleich für gem. Ziel 7.3-1 des LEP NRW zulässige Waldinanspruchnahmen möglich - neben den gemäß G3, 2. Spiegelstrich für die Gebiete mit einem Waldflächenanteil von 20 % und mehr primär vorzusehenden Strukturverbesserungen vorhandener Waldbestände innerhalb der dargestellten Waldbereiche. Über die Erhaltung des Waldes hinaus soll gemäß dem LEP NRW, 7.3-3 Grundsatz Waldarme und waldreiche Gebiete, in waldarmen Gebieten im Rahmen der angestrebten Entwicklung auf eine Waldvermehrung hingewirkt werden. Diesen Aspekt greift G2 auf. Die Regelung in G3 zum Waldausgleich ist,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

wie oben ausgeführt, vor dem Hintergrund der spezifischen Nutzungsverteilung und –struktur in der Planungsregion auch mit den landesplanerischen Vorgaben vereinbar.

4.4 Wasser

4.4.1 Wasserhaushalt

Die Nr. 1 des Ziels 1 im Kapitel 3.10 „Auf Dauer sauberes Trinkwasser sichern“ des GEP99 wird getrennt. Die Nr. 1 des „alten“ Ziels 1 wird zu dem „neuen“ Grundsatz G1. Die Nr. 2 des „alten“ Ziels 1 wird gestrichen, der dort geforderte Schutz der „noch weitgehend unbeeinträchtigten, für die Trinkwassergewinnung geeigneten Bereiche“ wird durch die zeichnerische Darstellung der wasserwirtschaftlichen Reservegebiete als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) gewährleistet (vgl. Kapitel 4.4.3). Die Streichung dient somit der Vermeidung von Doppelungen und der Klarheit des Planwerks. Die unter Nr. 3 formulierte Forderung wird bereits durch die textlichen Darstellungen zu den Bereichen für den Schutz der Natur (BSN) sowie die entsprechenden fachrechtlichen Regelungen abgedeckt (vgl. Kapitel 4.2.1 und 4.2.2).

Die Grundsätze G1 und G2 dienen dazu, den Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit des Wasserhaushaltes zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglichst angemessen wiederherzustellen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). Ein leistungs- und funktionsfähiger Wasserhaushalt ist elementarer Bestandteil der natürlichen Lebensgrundlagen. Gleichzeitig ist er auch die Standortvoraussetzung für zahlreiche Produktions- und Dienstleistungsprozesse in Industrie und Gewerbe. Da Wasser nicht eigentumsfähig ist, ist es Aufgabe der Allgemeinheit, das Wasser zu schützen. Die EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) schafft seit Dezember 2000 einen einheitlichen europäischen Ordnungsrahmen für Maßnahmen der europäischen Gemeinschaft im Bereich der Wasserpolitik. Ziel der WRRL ist der Erhalt und die Schaffung eines guten ökologischen und chemischen Zustandes der Oberflächengewässer sowie eines guten quantitativen und chemischen Zustandes beim Grundwasser. Dies impliziert auch ein Verschlechterungsverbot.

Die in der Erläuterung zu G2 genannten Maßnahmen sind Beispiele, welche bei raumbedeutsamen Planungen berücksichtigt werden könnten. Das „Kooperationsmodell Landwirtschaft/ Wasserwirtschaft“ hat sich im Einzugsbereich der Trinkwassergewinnungsanlagen der Planungsregion hinsichtlich des Interessenausgleichs zwischen Trinkwasserschutz und Landwirtschaft sowie bei der Erhöhung der gegenseitigen Akzeptanz bewährt. Die dort wirtschaftenden Landwirte und die Wasserversorgungsunternehmen arbeiten in Kooperationen zusammen. Durch konkrete Beratung vor Ort und direkte finanzielle Unterstützung leisten sie eine sehr effektive Arbeit zum Schutz des Grundwassers. Dieses Kooperationsmodell soll daher beibehalten werden. Auch sollte das Beratungsmodell auf freiwilliger Basis zusammen mit EU-Agrarumweltmaßnahmen über die Einzugsbereiche der Trinkwassergewinnungsanlagen hinaus landesweit auf Gebiete ausgedehnt werden, in denen sich Oberflächengewässer und das Grundwasser bisher nicht in einem guten chemischen Zustand befinden.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Grundsätze stehen mit den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes im Einklang und unterstützen dabei insbesondere § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG (s.o.).

Darüber hinaus wird raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der Europäischen Union gem. § 2 Abs. 2 Nr. 8 ROG Rechnung getragen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Auch die Grundsätze 7.4-1 (Grundsatz Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Wasserhaushalts) und 7.4-2 (Grundsatz Oberflächengewässer) des LEP NRW werden durch die formulierten Grundsätze G1 und G2 konkretisiert und ergänzt. So wird beispielsweise auch die Erreichung der in Grundsatz 7.4-1 aufgeführten Ziele der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (Richtlinie 2000/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2000) unterstützt.

4.4.2 Oberflächengewässer

Die Oberflächengewässer haben eine wesentliche Bedeutung als Lebensraum für Flora und Fauna, für den Biotopverbund, als prägendes Element der Kulturlandschaft sowie für die Erholung der Bevölkerung und die Versorgung mit Trink- und Brauchwasser. Bei den Fließgewässern kommt hinzu, dass die Ziele der EG-Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) hinsichtlich der Erreichung eines guten ökologischen Zustands bei natürlichen Gewässerkörpern bzw. eines guten ökologischen Potentials bei erheblich veränderten oder künstlichen Gewässerkörpern häufig wegen hydromorphologischer Defizite nicht erreicht werden. Diese Defizite sind meist einem massiven Ausbau der Gewässer (Begradigung, Tieferlegung, Eindeichung, etc. in der Vergangenheit vor Inkrafttreten der WRRL) geschuldet.

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Raumnutzungen, vor allem in den Siedlungsbereichen, und der damit verbundenen Flächenkonkurrenz scheint die Verbesserung der gesamten Fließgewässerkörper auch aus Kostengründen unmöglich.

Hier setzt das Konzept der Strahlwirkung an. Nach diesem Konzept werden degradierte Gewässerabschnitte („Strahlwege“) durch Zuwanderung und Drift von gewässertypischen Lebensgemeinschaften von Tieren und Pflanzen aus naturnahen, hydromorphologisch hochwertigen Abschnitten („Strahlursprüngen“) aufgewertet. Sogenannte „Trittsteine“ (morphologische Bestandteile) in den Strahlwegen verlängern die Reichweite der Strahlursprünge, indem sie den Arten als temporäres Habitat bzw. Wanderungshilfe zur Verfügung stehen (LANUV (Hrsg.) 2001, S. 10 ff.).

Um die Erreichung der Ziele der WRRL zu unterstützen, aber auch um die Fließgewässer hinsichtlich der oben genannten Funktionen für den Raum zu stärken, sollen mit den in G1 formulierten Vorgaben die Randstreifen entlang der Fließgewässer im Außenbereich von entgegenstehenden Planungen, wie z.B. neuen Bauflächen, freigehalten werden. So sollen die Flächen langfristig für die potentielle Entwicklung von Strahlursprüngen und Trittsteinen erhalten bleiben. Der G1 erstreckt sich nur auf den Außenbereich i.S.d. § 35 BauGB, da in den baulich geprägten Siedlungsgebieten auf Grund der dort bestehenden, historisch gewachsenen Bebauung sowie der vielfältigen Raumansprüche eine solche Vorgabe nicht umsetzbar ist.

Wie in den Erläuterungen dargelegt, werden unter Fließgewässern die in NRW als berichtspflichtig geltenden Fließgewässer (Einzugsgebiet > 10 km^2) verstanden.

Eine fixe Festlegung der Mindestbreite von Gewässerrandstreifen erscheint vor dem Hintergrund der Verschiedenartigkeit der berichtspflichtigen Fließgewässer im Planungsraum nicht möglich und auch nicht sinnvoll. Daher wird in den Erläuterungen unter anderem auf die Blaue Richtlinie (MUNLV NRW 2010, Anhang 1 (S.85 ff.)) sowie die jeweiligen Umsetzungsfahrpläne verwiesen, wo detailliert dargelegt wird, wie Entwicklungskorridore für Fließgewässer abgegrenzt werden können. Nach dieser sind auch lokale Restriktionen, wie z.B. vorhandene Bebauung oder Infrastruktureinrichtungen bei der Ermittlung der möglichen Entwicklungskorridore zu berücksichtigen. Hierdurch bleibt auch die Verhältnismäßigkeit in Hinblick

Stand: Erläuterungen für den Aufstellungsbeschluss

auf die kommunalen und privaten Belange/Interessen gewährleistet. Zudem wird in den Erläuterungen ausgeführt, dass wenn eine beidseitige Uferrandstreifenentwicklung z. B. wegen räumlicher Restriktionen nicht möglich ist, geprüft werden soll, ob stattdessen eine entsprechende Ausweitung des Randstreifens auf dem gegenüberliegenden Ufer möglich ist.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Der Grundsatz steht mit den Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) im Einklang und unterstützt dabei den in § 2 des Raumordnungsgesetzes formulierten Grundsatz, dass durch die Raumordnung der Raum für die Funktionsfähigkeit des Wasserhaushaltes entwickelt, gesichert oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederhergestellt und die Grundwasservorkommen geschützt werden sollen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG).

Darüber hinaus wird raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der Europäischen Union gem. § 2 Abs. 2 Nr. 8 ROG Rechnung getragen.

Auch werden die Grundsätze 7.4-1 (Grundsatz Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Gewässer) und insbesondere 7.4-2 (Grundsatz Oberflächengewässer) des LEP NRW durch den formulierten Grundsatz G1 konkretisiert und ergänzt. Die in den Erläuterungen zu 7.4.2 des LEP NRW angesprochene ökologische Verbesserung der Gewässer durch die Entwicklung von sog. Trittsteinen soll mit dem formulierten Grundsatz gewährleistet werden.

Der Grundsatz G1 ist auch aus dem Ziel 7.1-2 – Freiraumsicherung in der Regionalplanung des LEP NRW entwickelt, da er explizit dazu dient, den Freiraum zu sichern und Vorsorge für den Erhalt und die Wiederherstellung der Funktionen der Oberflächengewässer zu treffen.

4.4.3 Grundwasser- und Gewässerschutz

Die Vorgaben zum Grundwasser- und Gewässerschutz ersetzen das bisherige Ziel 2 des Kapitels 3.10 des Regionalplans GEP99. Die bisherigen Regelungen wurden nicht durch eine grundlegend neuartige Regelung ersetzt, sondern die textlichen Ziele wurden entsprechend der Rechtsprechung der Vergangenheit sprachlich neu formuliert.

Wasser ist ein unverzichtbares Lebensmittel, gleichzeitig sind die Vorkommen von sauberem und gesundem Wasser begrenzt und nicht vermehrbar. Die der öffentlichen Wasserversorgung dienenden Wasservorkommen sind daher für die Allgemeinheit unersetzlich. Durch die Festsetzung von Wasserschutzgebieten wird diesem Umstand wasserrechtlich Rechnung getragen, und die Wasservorkommen werden vor schädigenden Einwirkungen geschützt. Ergänzend zu diesem fachrechtlichen Schutz besteht der regionalplanerische Schutz durch die zeichnerische Darstellung von Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz in Verbindung mit den textlichen Vorgaben zum Gewässerschutz. Beim regionalplanerischen Schutz kann die Sicherung der Flächen zeitlich sehr viel weiter vorgreifen als es der wasserrechtliche Schutz vermag. So können regionalplanerisch, in begrenztem Umfang über die bestehenden Gewinnungsanlagen hinaus, weitere Grundwasservorkommen auch langfristig als Reserve gesichert werden. Vor dem Hintergrund potentieller Verunreinigungen der Grundwasservorkommen und des Klimawandels sowie dem damit gegebenenfalls einhergehenden Ausfall bestehender Wassergewinnungen ist dies von Relevanz.

Durch die unter Z1 formulierten Vorgaben soll dieser Schutz gewährleistet werden. Hierzu dient vor allem die Klarstellung, dass es sich bei den zeichnerisch dargestellten Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) um Vorranggebiete der öffentlichen Was-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

serversorgung handelt. Durch den expliziten Ausschluss aller raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die die Nutzung der Grundwasservorkommen für die öffentliche Trinkwasserversorgung beeinträchtigen oder gefährden können, wird dieser Vorrang konkretisiert. In den Erläuterungen wird dargelegt, welche Planungen und Maßnahmen dies insbesondere sind. Genannt werden hier großflächige Versiegelungen, da durch diese die Grundwasserneubildung reduziert und dadurch die öffentliche Wasserversorgung quantitativ beeinträchtigt werden kann. Der Abbau oberflächennaher Bodenschätze, die Herstellung von Halden sowie die Errichtung von wassergefährdenden Anlagen sind in dieser Aufzählung genannt, da diese potentiell zu einer qualitativen Beeinträchtigung des Grundwassers führen können. Die weiterführenden Regelungen des Kapitels Rohstoffgewinnung bleiben unberührt.

Durch den Abbau von oberflächennahen Bodenschätzen (siehe Erläuterung 1) ergeben sich vornehmlich Qualitätsprobleme für das Grundwasser. Besondere Probleme ergeben sich durch Nassabgrabungen. Hier erhöht sich durch das Freilegen des Grundwassers die Gefahr der Verschmutzung. Jedoch auch bei Trockenabgrabungen kann es zu Beeinträchtigungen kommen, da durch die Wegnahme der Deckschicht die Filterwirkung gegen Schadstoffe aus verschiedenen Belastungspfaden entfällt. Eingetretene Verschmutzungen strömen schneller den Fassungsanlagen zu. Auch Mengenprobleme sind möglich, da insbesondere Kiesvorkommen zugleich sehr gute Grundwasserleiter sind und durch deren Abbau Grundwasserlandschaften nachhaltig verändert werden können.

In den Erläuterungen 1 werden auch Erdwärmesonden und Wasser-/Wasser-Wärmepumpen als Gefährdungspotential aufgeführt. Die davon ausgehenden Risiken für das Grundwasser sind das Niederbringen der Bohrung selbst, insbesondere wenn mehrere Grundwasserstockwerke durchteuft werden, da dann die Gefahr der Entstehung eines hydraulischen Kurzschlusses besteht, wenn Grundwässer unterschiedliche Spannungszustände und/oder hydrochemische Zusammensetzungen aufweisen. Durch das eingesetzte Wärmeträgermittel und das diesem zugegebene Frostschutzmittel bei Erdwärmesonden ist ein weiteres Gefährdungspotential gegeben, wenn z. B. die Anlage defekt ist und die freigesetzten Stoffe zu Grundwasserbeeinträchtigungen führen. Bei den Wasser-/Wasser-Wärmepumpen stellt außerdem der mögliche Grundwasseraufschluss eine Gefahr dar. Auch ist bei beiden Systemen nicht auszuschließen, dass aufgrund einer Vielzahl dieser Anlagen in einem bestimmten Gebiet ein erhöhtes Risiko einer nachteiligen Beeinträchtigung des Grundwassers besteht, z.B. durch Wärmentzug/-eintrag.

Des Weiteren sind in den Erläuterungen zu Z1 Windenergie- und Biomasseanlagen in bestehenden oder geplanten Wasserschutzzonen I und II genannt. Die bestehenden oder geplanten Wasserschutzzonen I und II liegen innerhalb der dargestellten BGG. Zudem können je nach Vorhabensausführung Windenergieanlagen auch in geplanten oder bestehenden WSZ IIIA eine Grundwasserbeeinträchtigung oder -gefährdung darstellen. Da Windenergieanlagen wegen der in den Anlagen vorhandenen wassergefährdenden Stoffe (z.B. Öle) sowie wegen ihrer Gründung (Eingriff in die schützenden Deckschichten) ein Gefährdungspotential für die Trinkwassergewinnung darstellen können, sind diese in den Wasserschutzzonen I und II eines festgesetzten Wasserschutzgebietes oder eines abgegrenzten Einzugsgebietes für die öffentliche Trinkwassergewinnung in der Regel verboten. Auch von der für den Bau und den Betrieb der Anlagen notwendigen Infrastruktur (Neubau bzw. Ausbau von Straßen für Baufahrzeuge und Kräne sowie für den Fahrzeugverkehr zur Wartung der Anlage) kann z. B. durch Baumaterialien im Straßenbau oder durch die Baumaschinen und Trans-

Stand: Unterlagen für den Abschluss

portfahrzeuge eine Gefährdung für die Trinkwassergewinnung ausgehen. Auch würden durch die Anlage von zusätzlichen Straßen und Verkehrswegen für den Bau und Betrieb der Windenergieanlagen nicht unerhebliche Bereiche der Schutzzone II versiegelt. Aufgrund der Nähe der Windenergieanlagen zu den Fördereinrichtungen einer Wassergewinnung ist das Risiko einer Grundwassergefährdung im Bereich der Wasserschutzzone I und II besonders groß, da hier das Grundwasser von der Grenze der Zone II nur eine Fließzeit von 50 Tagen bis zu den Fassungsanlagen benötigt. Auch in der Wasserschutzzone III A eines festgesetzten Wasserschutzgebietes oder eines abgegrenzten Einzugsgebietes für die öffentliche Trinkwassergewinnung sowie in den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (sogenannte Reservegebiete / Zone I - III A) können Windkraftanlagen ein Gefährdungspotential darstellen, wenn nicht durch die Verwendung biologisch abbaubarer Stoffe z.B. abbaubare Trafoöle und eine Gründung im grundwasserfreien Bereich eine Grundwasserbeeinträchtigung ausgeschlossen werden kann. Je nach Vorhabensausführung (Art und Umfang der eingesetzten Substanzen, Größe der Anlage etc.) sowie der Standortbedingungen gilt dies auch für Biomasseanlagen. Für die Trinkwassergewinnung stellen Biogasanlagen allgemein dann ein Gefährdungspotential dar, wenn die Gärreste zusätzlich zur Gülle auf landwirtschaftlich genutzte Flächen im Wasserschutzgebiet oder im Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnung aufgebracht werden. Wenn der in den Gärresten enthaltene Stickstoff nicht von den Pflanzen aufgenommen werden kann, erfolgt eine Auswaschung in das Grundwasser; dies kann – wenn nur noch geringe Abbaukapazitäten für Nitrat im Grundwasserleiter vorhanden sind - zu steigenden Nitratgehalten im Grundwasser führen. Dieser Aspekt ist unabhängig vom Standort der Anlage, obwohl eine Aufbringung der Gärreste häufig in unmittelbarer Umgebung der Anlage stattfindet.

Die Aufzählung der raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in der Erläuterung (1) zu Z1, die zu einer Beeinträchtigung oder Gefährdung der Gewässer (Grundwasser und oberirdische Gewässer) führen können, ist auf Grund der Fülle der wassergefährdenden Anlagen nicht abschließend. Die Formulierung wird jedoch der Anforderung des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG gerecht, dass “Ziele der Raumordnung verbindliche Vorgaben in Form von sachlich bestimmten oder bestimmbaren, […] textlichen […] Festlegungen in einem Raumordnungsplan […]“, sind. Die Bestimmbarkeit wird durch die Anlehnung an die Formulierung der wasserrechtlichen Vorgaben (WHG, LWG und VAwS) sichergestellt.

Bei der zeichnerischen Darstellung wurden im Rahmen der Abwägung Neudarstellungen von Siedlungsbereichen innerhalb der BGG nach Möglichkeit vermieden. Dennoch gibt es in den zeichnerischen Darstellungen Bereiche, in denen sich BGG mit Siedlungsbereichen oder nicht dargestellten Ortsteilen überlagern. Dies ist i.d.R. der faktischen Situation vor Ort geschuldet, dass vorhandene Siedlungsbereiche oder geringfügige Erweiterungen in den Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen liegen. Die in G1 formulierte Vorgabe stellt sicher, dass der Grundwasser- und Gewässerschutz im Rahmen der nachfolgenden kommunalen Bauleitplanung berücksichtigt wird.

Zu G2

Um das gesamte Schutzgebiet/Einzugsgebiet aller Grundwasservorkommen, die der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienen bzw. künftig dienen sollen, aufzuzeigen, werden - soweit vorhanden - die Wasserschutzzonen III B in der Beikarte 4G - Wasserwirtschaft – abgebildet. Gleichzeitig stellt die Beikarte 4G gem. G2 die Grundlage für den Ausschluss von Abgrabungen gemäß Kapitel 5.4.1 - Oberflächennahe Bodenschätze Ziel 4 (Z4 d) dar.

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Durch den Grundsatz G2 wird gewährleistet, dass die Belange des Grundwasser- und Gewässerschutzes bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen auch in diesen erweiterten Einzugsbereichen berücksichtigt werden müssen. Insbesondere sollen die genannten Nutzungen wegen der von ihnen potentiell ausgehenden Gefährdung des Grundwassers außerhalb der Einzugsgebiete errichtet werden. Der Grundsatz ist nicht neu. Im GEP99 befand er sich in Kapitel 3.10 in den Erläuterungen zu Ziel 2 unter Nr. 10, und als „nicht erwünschte Nutzung“ waren auch Bergehalden angeführt. Da vor dem Hintergrund des Endes der Subventionierung des Steinkohlebergbaus im Jahre 2018 zukünftig voraussichtlich nicht mit neuen Bergehalden zu rechnen ist, wurde dieser Begriff in der Aufzählung gestrichen. Auch waren im Regionalplan GEP99 explizit nur die Nassabgrabungen genannt. Da jedoch auch Trockenabgrabungen durch die Entfernung der schützenden Deckschicht die Puffer- und Filterfunktion des Bodens für das Grundwasser beeinträchtigen können, wurde die Formulierung in Abgrabungen geändert. So werden auch die Trockenabgrabungen erfasst.

Zu G3

Aufgrund der Westwärtswanderung des Tagebaus Garzweiler II verlagert sich auch der Schwerpunkt der Tagebausümpfungsmaßnahmen. Der durch die Grundwasserentnahmen zur Trockenhaltung des Tagebaus entstehende Absenktrichter hat zur Folge, dass sich die Grundwasserfließrichtung in Bereichen der Stadt Mönchengladbach sowie des Kreises Viersen und des Rhein-Kreises Neuss verändert. In den betroffenen Bereichen kommt es zu einer temporären Verlagerung der Einzugsgebiete von Gewinnungen der öffentlichen Trinkwasserversorgung („Verschwenkung“ von Einzugsgebieten öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen). Nach Abschluss der Tagebautätigkeiten werden sich sukzessive wieder die natürlichen Grundwasserfließverhältnisse einstellen. Festgesetzt wurden als Wasserschutzgebiet in der Regel die unbeeinflussten Einzugsgebiete der Trinkwassergewinnungen. Hintergrund hierfür war, dass die Bereiche langfristig geschützt werden sollen, aus denen auch zukünftig das Trinkwasser gewonnen wird. Die Trinkwassergewinnung erfolgt für mehrere Jahrzehnte jedoch faktisch aus den Verschwenkungsbereichen.
Der Grundsatz G3 dient dazu, bei der Planung von Abfallverbrennungsanlagen, Deponien oder Anlagen, die im erheblichen Umfang mit wassergefährdenden Stoffen umgehen, in diesen Bereichen auch die temporäre Verlagerung der Einzugsgebiete von Gewinnungen der öffentlichen Trinkwasserversorgung zu berücksichtigen. Ziel ist es, zusätzliche Risiken für die Trinkwasserversorgung für die Zeit der temporären Verschwenkung zu minimieren.
Da es sich um temporäre und damit in stetiger Veränderung befindliche Bereiche handelt, wurde die Vorgabe als Grundsatz formuliert. Die Abgrenzung der durch die Braunkohlegewinnung verursachten „Verschwenkungsbereiche“ ist im Einzelfall bei der zuständigen Wasserbehörde und ggf. mit Unterstützung durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen zu erfragen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den Vorgaben im RPD wird dem in § 2 des Raumordnungsgesetzes Absatz 2 Nr. 6 (ROG) formulierten Grundsatz: „Der Raum ist in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit (…), des Wasserhaushalts (…) zu entwickeln, zu sichern oder, soweit erforderlich, möglich und angemessen, wiederherzustellen. (…) Grundwasservorkommen sind zu schützen.“ hinreichend Rechnung getragen.

Stand Unterlagen für die Abstimmungsbeschluss

Der LEP NRW fordert in Ziel 7.4-3 (Sicherung von Trinkwasservorkommen): „*Grundwasserkommen und Oberflächengewässer, die für die öffentliche Wasserversorgung genutzt werden oder für eine künftige Nutzung erhalten werden sollen, sind so zu schützen und zu entwickeln, dass die Wassergewinnung und Versorgung der Bevölkerung mit einwandfreiem Trinkwasser dauerhaft gesichert werden kann. Sie sind in Ihren für die Trinkwassergewinnung besonders zu schützenden Bereichen und Abschnitten in den Regionalplänen als Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz festzulegen und für ihre wasserwirtschaftliche Funktion zu sichern*“. Die formulierten Ziele und Grundsätze des RPD-Entwurfs entsprechen somit auch den Vorgaben des LEP NRW. Mit der der Darstellung der Reservegebiete zugrundeliegenden Wasserbilanz 2003 (Bezirksregierung Düsseldorf 2003) liegt auch ein in den Erläuterungen des LEP NRW geforderter wasserwirtschaftlicher Fachbeitrag der oberen Wasserbehörde vor.

4.4.4 Vorbeugender Hochwasserschutz

Die formulierten Vorgaben zum vorbeugenden Hochwasserschutz ersetzen das bisherige Ziel 3 des Kapitels 3.10 des GEP99. Die bisherigen Regelungen wurden nicht durch eine grundlegend neuartige Regelung ersetzt, sondern die textlichen Ziele wurden entsprechend der aktuellen Rechtslage und der Rechtsprechung der Vergangenheit sprachlich neu formuliert. Die textlichen Vorgaben des RPD sind in Verbindung mit dem LEP NRW zu lesen. Die dort formulierten textlichen Ziele wurden im RPD zur Vermeidung von unnötigen Doppelungen nicht wiederholt.

Hochwasser sind grundsätzlich Bestandteile des natürlichen Geschehens. Wenn jedoch Menschenleben und von Menschen geschaffene Werte wie Gebäude und Infrastruktur betroffen sind, können sie zur Katastrophe werden.

Durch die fortschreitende Landnutzung der letzten Jahrhunderte wurden immer mehr Flächen in Nutzung genommen, welche potentiell einer Hochwassergefahr ausgesetzt sind. Trotz einer ständigen Verbesserung des technischen/baulichen Hochwasserschutzes stieg die Bedrohung durch Hochwasser.

Um Hochwasserrisiken nachhaltig zu vermindern, ist einerseits die Pflege und Verbesserung herkömmlicher Schutzeinrichtungen und des Abflussmanagements erforderlich. Andererseits muss Einfluss auf die Nutzungen im gefährdeten Bereich und im gesamten Einzugsgebiet der Flüsse genommen werden. Vordringlich ist dabei die Erhaltung und Vergrößerung der noch vorhandenen Abfluss- und Retentionsbereiche und ihre Freihaltung von Siedlungen und anderen ungeeigneten Nutzungen. Da Deiche und andere Hochwasserschutzeinrichtungen keinen absoluten Schutz garantieren können, muss auch in deichgeschützten Bereichen auf die potentielle Überflutungsgefahr hingewiesen werden, damit dieses Risiko auf nachfolgenden Planungsebenen berücksichtigt werden kann.

Durch die Darstellung der Überschwemmungsbereiche der Fließgewässer als Vorranggebiete (ohne die Wirkung von Eignungsgebieten) für den vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß der Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (Landesplanungsgesetz DVO – LPlG DVO, Anlage 3 Nr. 2. de) wird in Verbindung mit G1 die Grundlage geschaffen, diese von hochwasserempfindlichen Nutzungen frei zu halten. Dies ist zum einen die Basis für den Erhalt und die Schaffung von Retentionsraum, zum anderen dient dies dazu, das Schadenspotential durch zusätzliche Bebauung nicht weiter zu erhöhen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Berücksichtigung von rückgewinnbaren Überschwemmungsbereichen bei der Darstellung von Überschwemmungsbereichen (vgl. Erläuterung (2) und (3)) wird der Tatsache gerecht, dass zur Verringerung der Hochwasserspitzen (Scheitel der Hochwasserwelle) vor allem zusätzlicher Raum für das Gewässer, sogenannter Retentionsraum, erforderlich ist. Um die noch vorhandenen nicht bebauten Flächen, die zur Vergrößerung des Rückhaltevermögens geeignet sind, vorsorgend zu sichern, werden die hierfür geeigneten Bereiche ebenfalls als Überschwemmungsbereich dargestellt. Dies geschieht, um die Flächen nach Einzelfallprüfung gegebenenfalls durch entsprechende Planungen und Maßnahmen wie Deichrückverlegungen oder Einrichtung gesteuerter Rückhalteräume als Retentionsraum zurückgewinnen zu können.

Als potentielle Überflutungsbereiche werden gemäß den Erläuterungen zu 7.4-8 - Berücksichtigung potentieller Überflutungsgefahren des LEP NRW die Bereiche definiert, die durch Deiche oder andere hochwasserschutzrelevante Einrichtungen und Strukturen geschützt sind und die bei Versagen oder Überströmen dieser Einrichtungen und Strukturen überflutet werden können. Die Abbildung der Potentiellen Überflutungsbereiche und der Extremhochwasserbereiche in der Beikarte 4H - Vorbeugender Hochwasserschutz - erfolgt vor dem Hintergrund, dass, wie in den Erläuterungen zu G2 ausgeführt, die Möglichkeit eines Versagens von schützenden Einrichtungen und Strukturen ebenso wie ein Überströmen der Schutzmaßnahmen durch ein Extremereignis niemals vollständig ausgeschlossen werden kann. Somit besteht in diesem Bereich ein potentielles Überflutungsrisiko. Die Abbildung in der Beikarte 4H soll in Verbindung mit der in G2 formulierten Vorgabe ein entsprechendes Risikobewusstsein bei den in diesen Bereichen lebenden und planenden Menschen schaffen. Dies ist die Grundlage für die Reduzierung des Schadenpotentials durch z.B. persönliche oder baulich/technische Vorsorge.

Der Grundsatz G2 konkretisiert auch die Vorgabe des LEP NRW, dass bei der räumlichen Nutzung von deichgeschützten und von Extremhochwasser erreichbaren Gebieten die potentielle Überflutung berücksichtigt werden soll (vgl. Grundsatz 7.4-8 -Grundsatz Berücksichtigung potenzieller Überflutungsgefahren des LEP NRW).

Es ist Intention der Formulierung von G3, auch in Siedlungsbereichen durch Versickerung von Niederschlagswasser und Regenwasserbewirtschaftung auf einen besseren Wasserrückhalt in der Fläche hinzuwirken, um damit zu einer Verringerung des Hochwasserrisikos beizutragen. Vor diesem Hintergrund sind auch die Zielsetzungen des Regionalplans zur Sicherung von Freiräumen im Kapitel „Natur und Landschaft“ zu verstehen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 3 ROG ist für den vorbeugenden Hochwasserschutz durch die Sicherung und Rückgewinnung von Auen, Rückhalteflächen und Entlastungsflächen Sorge zu tragen (vgl. §2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). Mit den Vorgaben im RPD wird diesem Grundsatz hinreichend Rechnung getragen.

Auch entsprechen die formulierten Ziele und Grundsätze dem LEP NRW-, der in Ziel 7.4-6 unter anderem fordert, die Überschwemmungsgebiete der Fließgewässer für den Abfluss und die Retention von Hochwasser zu erhalten und zu entwickeln.

Wie der vorbeugende Hochwasserschutz in den Regionalplänen umgesetzt werden soll, hat die Landesplanungsbehörde zudem in verschiedenen Erlassen konkretisiert. Auch diese Vorgaben wurden bei der Formulierung der Ziele und Grundsätze berücksichtigt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

So sollen gemäß dem Erlass der Staatskanzlei vom 19.06.2002 (AZ.IV.2-30.10.28), der der regionalplanerischen Umsetzung der Ziele aus den Handlungsempfehlungen der MKRO vom 14.06.2000 dient, „zur Sicherung der heute noch vorhandenen Retentionsräume […] im GEP […] Überschwemmungsbereiche zeichnerisch dargestellt werden. Dabei sollen […] auch die Möglichkeiten zur Rückgewinnung von Retentionsräumen in die zeichnerisch dargestellten Überschwemmungsbereiche einbezogen werden. Überschwemmungsbereiche […] werden durch zugeordnete textliche Darstellungen Vorranggebiete für ihre wasserwirtschaftlichen Funktionen. Die potentielle Überflutungsgefährdung deichgeschützter Bereiche ist dagegen im Sinne eines Vorbehaltes bei der weiteren räumlichen Entwicklung dieser Bereiche zu berücksichtigen. Zur räumlichen Veranschaulichung sollen potentielle Überflutungsbereiche in einer Erläuterungskarte abgebildet werden."

Die Handlungsempfehlungen der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zum vorbeugenden Hochwasserschutz vom 14.06.2000 (GMBl. 2000 Nr. 27 S. 514), wonach das hochwasserbezogene, raumordnerische Flächenmanagement folgende Zielsetzungen verfolgen muss, wurde eingehalten:

- Sicherung und Rückgewinnung von natürlichen Überschwemmungsflächen,
- Risikovorsorge in potentiell überflutungsgefährdeten Bereichen (hinter Deichen),
- Rückhalt des Wassers in der Fläche des gesamten Einzugsgebietes.

Auch in der Handlungsempfehlung der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) zu Vermeidungs-, Minderungs- und Anpassungsstrategien in Hinblick auf die räumlichen Konsequenzen des Klimawandels vom 23.01.2013 werden unter dem Punkt 3.1 die Maßnahmen als Instrumente und Handlungsschwerpunkte aufgeführt.

Darüber hinaus wird raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der Europäischen Union gem. § 2 Abs. 2 Nr. 8 ROG Rechnung getragen.

Die formulierten Vorgaben zum vorbeugenden Hochwasserschutz ersetzen das bisherige Ziel 3 des Kapitels 3.10 des Regionalplans. Die bisherigen Regelungen wurden nicht durch eine grundlegend neuartige Regelung ersetzt, sondern die textlichen Ziele wurden entsprechend der Rechtsprechung der Vergangenheit sprachlich neu formuliert.

Der Absatz 3, der sich an die Bauleitplanung richtet, wird gestrichen, weil diese Regelungen bereits durch das BauGB abgedeckt werden.

4.4.5 Abwasser

Die schadlose Ableitung und Behandlung der Abwässer dient dem Schutz von Böden und Gewässern vor schädlichen Verunreinigungen. Die fachlichen Anforderungen an die Abwasserbehandlungsanlagen, das Einleiten von Abwasser sowie die gewässerbezogenen Anforderungen sind unter anderem in der Wasser-Rahmenrichtlinie der EU (WRRL) sowie in den gesetzlichen Regelungen des Wasserhaushaltsgesetz (WHG) und des Landeswassergesetzes (LWG NRW) festgelegt. Räumlich erfordert die Abwasserbeseitigung jedoch Abwasserbehandlungsanlagen, wie z.B. Regenklärbecken, Regenüberlaufbecken oder Kläranlagen. Für die Behandlung von Siedlungsabwässern sind Kläranlagen die bedeutendsten Abwasserbehandlungsanlagen, da in ihnen die Abwässer lokal oder regional entsprechend behandelt/gereinigt werden. Aus diesem Grund sollen die Standorte bestehender Kläranlagen gemäß Z1 durch die kommunale Bauleitplanung gesichert werden. Im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Umsetzung der WRRL oder aus organisatorischen Gründen, kann es zu-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

künftig erforderlich sein, die bestehenden Kläranlagen zu erweitern oder zu modernisieren. Daher sind diese Maßnahmen bei der bauleitplanerischen Sicherung zu berücksichtigen.

Über die bestehenden Standorte Kläranlagen hinaus sind zurzeit keine Neudarstellungen erforderlich.

Sollten Kläranlagen zukünftig z.B. aus betriebsorganisatorischen Gründen nicht mehr erforderlich sein und ist die schadlose Ableitung und Behandlung der Abwässer gesichert, so erübrigt sich auch das Erfordernis der Standortsicherung durch die Bauleitplanung. Dies bringt auch der zweite Satz in Z1 zum Ausdruck.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben stehen im Einklang mit den Grundsatzvorgaben des ROG und unterstützen diese. Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern. Auch trägt sie zum Erhalt des Wasserhaushalts und dem Schutz der Grundwasservorkommen gemäß in § 2 (2) Nr. 6 1 ROG bei.

Gemäß dem LEP NRW, Kapitel 7.4 Wasser (Grundsatz 7.4-1), sollen raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen dazu beitragen, die Gewässer mit ihren vielfältigen Leistungen und Funktionen als Bestandteil des Naturhaushaltes, als Lebensgrundlage des Menschen, als Lebensraum für Tiere und Pflanzen sowie als nutzbares Gut nachhaltig zu sichern und zu entwickeln. In Grundsatz 7.4-2 heißt es zudem, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen dazu beitragen sollen, dass strukturreiche und ökologisch hochwertige, natürliche oder naturnahe Oberflächengewässer erhalten und entwickelt werden sollen. Auch diesen beiden Grundsätzen wird durch Z1 sowie G1 und G2 Rechnung getragen, wird doch durch die Sicherung der bestehenden Klärwerke eine wesentliche Voraussetzung für die Behandlung der Abwässer und damit die Reduzierung der Schadstoffeinträge in die Oberflächen- und Grundwasser gewährleistet.

Hierzu sollen auch die Vorgaben des G1 beitragen. Durch die dort geforderte Abwasserbeseitigung ohne nachteiligen Wirkungen auf Oberflächengewässer, Grundwasser oder andere Schutzgüter kann bspw. durch die Versickerung von Niederschlagswasser bei der Erschließung neuer Baugebiete oder die schadlose Zuführung des Niederschlagswassers ohne Vermischung mit Schmutzwasser in ein Gewässer erreicht werden. Dies kann auch zu einer Reduzierung von Infrastruktur/-folgekosten führen sowie zum Erhalt der Grundwasserneubildung beizutragen. Gleichzeitig können durch solche Maßnahmen z.B. zusätzliche hydraulische Belastungen von Oberflächengewässern, durch die Einleitung von Niederschlagswasser vor allem bei Starkregenereignissen sowie zusätzliche Einträge von Nähr- und Schmutzstoffe in die Gewässer vermieden werden.

Die formulierten Vorgaben zum Abwasser ersetzen das bisherige Ziel 4 des Kapitels 3.10 des GEP99. Die bisherigen Regelungen wurden nicht durch eine grundlegend neuartige Regelung ersetzt, sondern die textlichen Ziele wurden entsprechend der Rechtsprechung der Vergangenheit und vor dem Hintergrund der hohen fachrechtlichen Regelungsdichte in diesem Bereich redaktionell überarbeitet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

4.5 Landwirtschaft, Gartenbau und Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

4.5.1 Landbewirtschaftung und Natürliche Ressourcen

Die Vorgaben in diesem Kapitel unterstützen die Erhaltung landwirtschaftlich genutzter Flächen als Grundlage für die flächengebundene Produktion von Nahrungs- und Futtermitteln sowie nachwachsenden Rohstoffen.

Gegenüber dem GEP99 wurde mit diesem Kapitel eine Neustrukturierung und inhaltliche Neuausrichtung des einschlägigen Kapitels 2.2 Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche - Ziel 1 „Landwirtschaftliche Nutzungsfähigkeit erhalten“ und Ziel 2 „Landwirtschaftliche Betriebe und Nutzflächen den ökonomischen und ökologischen Erfordernissen anpassen“ vorgenommen.

Die Vorgabe in G1 greift inhaltlich im Wesentlichen die im bisherigen Kapitel 2.2, Ziel 1 Nr. 1 des GEP 99 verfolgte Zielsetzung auf. Die für flächengebundene pflanzliche Produktion genutzten Flächen sollen vor dem Hintergrund der vielfältigen Funktionen einer mulitfunktionalen Landwirtschaft (Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume, räumliche Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungsmittel- und Rohstoffproduktion (§ 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG), für den Beitrag der Landwirtschaft zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen (§ 2 Abs. 2 Nr. 5 ROG) sowie die Berücksichtigung der ökologischen Funktionen des Raums bei der Gestaltung von Raumnutzungen (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG)) für diese auch zukünftig zur Verfügung stehen.

Die Absätze 2 und 3 des bisherigen Ziels 1 des Kapitels 2.2 des GEP99 werden mit dem Grundsatz G2 inhaltlich aufgegriffen und ein einheitlicher Schutzanspruch für besonders qualifizierte landwirtschaftlich genutzte Flächen, Räume und Bereiche formuliert. Die im GEP99 enthaltene Auflistung von Standorten mit spezialisierter Intensivnutzung entfällt, da sich gezeigt hat, dass diese Standorte hinsichtlich ihrer Zuschnitte und Strukturen vielfältigen Wandlungsprozessen unterliegen. Vielfach ist damit eine zunehmend industrielle Prägung verbunden, der im Freiraum nicht über Gebühr Vorschub geleistet werden soll (hierzu siehe auch Kap. 4.5.2 Gartenbau).

Die Absätze 1 und 2 des bisherigen Ziels 2 des Kapitels 2.2 des GEP99 entfallen, da sie als Ziele raumordnerisch nicht umsetzbar sind. Die Erhaltung und Anpassung der Arbeits- und Produktionsbedingungen (Absatz 1), kann im Rahmen der Agrarpolitik, durch agrarstrukturelle Maßnahmen, durch Beratung oder betriebliche Aktivitäten erfolgen oder gefördert werden. Auch für die Erhaltung, Entwicklung und Förderung existenz- und entwicklungsfähiger Betriebe gibt es raumordnerisch keine geeigneten Steuerungsmöglichkeiten. Anstelle der bisherigen nicht umsetzbaren Fokussierung auf die landwirtschaftlichen Betriebe setzen die neu formulierten Grundsätze G1 und G2 des Kapitels 4.5.1 an der vorgesehenen Berücksichtigung landwirtschaftlicher Flächen als Grundlage für die Erhaltung der räumlichen Voraussetzungen für die land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung gem. § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG an.

Absatz 3 des bisherigen Ziels 2 des Kapitels 2.2 des GEP99 entfällt, da es raumordnerisch keine Steuerungsmöglichkeiten bezüglich der konkreten Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Nutzung gibt. Gegenüber den ursprünglichen Rahmenbedingungen des GEP99 können aktuell insbesondere die Agrar-Umwelt-Maßnahmen die Ausgestaltung der landwirtschaftlichen Nutzung hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen beeinflussen.

Zusätzlich zu den Vorgaben, die dem allgemeinen Schutz des Freiraums dienen (Kap. 4.1.1), sollen die hier formulierten Grundsätze der Bedeutung der für die landwirtschaftliche

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Primärproduktion genutzten Flächen allgemein, sowie der herausgehobenen Bedeutung von unter agrarwirtschaftlichen und standörtlichen Gesichtspunkten besonders wertvollen Flächen, Bereiche bzw. Räume Rechnung tragen.

Durch die Vorgabe in G1 sollen die Voraussetzungen dafür erhalten bleiben, dass auch zukünftig Flächen in ausreichendem Umfang für die landwirtschaftliche Produktion von Nahrungsmitteln und Rohstoffen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus sollen hierdurch die räumlichen Voraussetzungen für eine boden- und flächengebundene Nutzung der landwirtschaftlich genutzten Flächen gesichert werden, die der natürlichen Beschaffenheit und natürlichen Leistungskraft der landwirtschaftlichen Flächen entspricht und der Erhaltung der natürlichen Ressourcen dient. Dadurch soll vermieden werden, dass Flächenverluste durch Steigerung der Nutzungsintensität kompensiert werden und die landwirtschaftlich genutzten Flächen über das Maß ihrer natürlichen Leistungskraft hinaus genutzt werden. Im Sinne der Multifunktionalität soll so die landwirtschaftliche Bodennutzung zur Erhaltung der Wirtschaftskraft der landwirtschaftlich geprägten Teilräume, der Funktionen des Naturhaushalts, der biologischen Vielfalt, dem Erscheinungsbild der Landschaft, der landschaftsorientierten Erholung sowie der Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft beitragen. Anstelle des bisherigen Zieles wird ein Grundsatz formuliert. Dieser entspricht dem Grundsatz 7.5-2 Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte des LEP NRW . Damit wird der Bedeutung der Landwirtschaft in der Planungsregion sowie der Tatsache Rechnung getragen, dass die Bedeutung landwirtschaftlicher Flächen nicht vorab für jeden Einzelfall hinreichend bestimmbar ist. Die natürliche Beschaffenheit und natürliche Leistungskraft sollen daher erhalten und als wesentlicher Maßstab für die Beurteilung der räumlichen Voraussetzungen der Landwirtschaft herangezogen werden.

Die geplante Vorgabe in G2 nimmt Bezug auf Grundsatz 7.5-2 Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte des LEP NRW. Hiernach sollen „wertvolle landwirtschaftliche Böden mit besonders hoher natürlicher Bodenfruchtbarkeit oder besonderer Eignung für eine landwirtschaftliche Nutzung (…) für Siedlungs- und Verkehrszwecke nicht in Anspruch genommen werden“. Die im Grundsatz 7.5-2 des LEP NRW angesprochenen wertvollen landwirtschaftlichen Böden werden im Regionalplan Düsseldorf (RPD) durch die Beikarte 4B – Schutzwürdige Böden – dargestellt. Diese enthält die aufgrund ihrer Nutzung als Böden hoher – sehr hoher Naturnähe einzuordnenden, in der „Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1:50.000“ des Geologischen Dienstes ausgewiesenen sehr und besonders schutzwürdigen Böden mit hoher – sehr hoher Regelungs- und Pufferfunktion / hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit (Stufe 2 und 3). Ferner konkretisiert G2 den Grundsatz 7.5-2 des LEP NRW räumlich in Verbindung mit den in der Beikarte 4J – Landwirtschaft – dargestellten agrarstrukturell bedeutsamen Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität. Damit wird klargestellt, dass diese Standorte in der Abwägung gegenüber möglichen Inanspruchnahmen zu berücksichtigen sind. Die „Bereiche mit besonderer Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung“ nach dem Grundsatz 7.5-2 des LEP NRW werden für den Regionalplan Düsseldorf (RPD) auf der Grundlage der agrarstrukturellen Standortbewertung der Landwirtschaftskammer NRW (LWK NRW 2012) und der hierzu von der LWK NRW der Regionalplanungsbehörde zur Verfügung gestellten Geodaten in der Beikarte 4J – Landwirtschaft – dargestellt, soweit es sich nicht um Bereiche handelt, die gemäß der Abwägung des Regionalrates für den RPD als Vorranggebiete für andere Nutzungen vorgesehen sind.

Die Regelung in Kap. 4.5.1, G2, die auf die Beikarte 4J – Landwirtschaft – verweist, ist ausdrücklich auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche bezogen. Durch sie sollen nicht

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

diejenigen Nutzungen eingeschränkt werden, zu deren Gunsten der Regionalplan (überlagernde) zeichnerische Festlegungen mit Vorrangfunktion trifft. Solche Bereiche sind daher in der Beikarte dann nicht als agrarstrukturell bedeutsame Flächen enthalten, wenn die mit der Vorrangfunktion verbundenen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen in flächenmäßig raumbedeutsamen Umfang mit Beschränkungen der landwirtschaftlichen Nutzung verbunden sind oder sein können, unabhängig davon, ob diese als zeitlich begrenzt oder dauerhaft einzustufen sind.

Innerhalb der dargestellten Straßen und Schienenwege treten Überlagerungen mit als agrarstrukturell bedeutsam zu bewertenden Flächen nur auf, soweit es sich nicht um bestehende Trassen handelt. Auf die Ausklammerung entsprechender Flächen im Bereich geplanter Trassenabschnitte in der Beikarte wurde maßstabsbedingt und aus Gründen der Lesbarkeit der Beikarte verzichtet. Dies bedeutet jedoch nicht, dass der Grundsatz angeführt werden kann, um eine zielgemäße Nutzung zu verhindern.

Für die Landwirtschaft kann das im Einzelfall bedeuten, dass die umfassende Ausnutzung der gegebenen Gunstfaktoren nicht möglich ist. Damit wird der Vorrangfunktion der dargestellten überlagernden Nutzung Rechnung getragen. Es wird vermieden, dass bei ihrer Umsetzung die in G2 Grundsatz formulierten Belange raumordnerisch entgegenstehen. Daher sind aus der Darstellung der Beikarte 4J diejenigen in den Grundlagendaten (LWK NRW 2012) enthaltenen agrarstrukturell bedeutsamen Flächen ausgenommen, die innerhalb der als BSN, BSAB, oder Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen (Abfalldeponien, Aufschüttungen und Ablagerungen dargestellten Bereiche und sonstige Zweckbindungen - ohne Windenergiebereiche) dargestellten Bereiche liegen. Nicht ausgenommen werden die Sondierungsbereiche für BSAB (s. Kap. 5.4.1) sowie für GIB und ASB (s. Beikarte 3 A, Kap. 3.1.1).

Die Sondierungsbereiche für BSAB sind über Ziel 8 in Kap. 5.4.1 besonders geschützt. Die Regelungen in Kap. 4.5.1 Grundsatz 2 schränken Ziel 8 nicht ein, sondern dienen der Steuerung der Raumentwicklung, solange die Fortschreibung der BSAB noch nicht erfolgt ist und der Grundsatz wird entsprechend in die Abwägung beim RPD eingestellt. Bei der Umsetzung der Sondierungsbereiche für GIB und ASB muss eine Auseinandersetzung mit den agrastrukturell bedeutsamen Flächen erfolgen und geprüft werden, ob Alternativen bestehen. Auch hier wird eine Überlagerung von agrarstruktureller Bedeutung und Sondierungsbereich beibehalten, um die aktuelle landwirtschaftliche Nutzung zu sichern. Ob Bedarf besteht für eine Umsetzung der Sondierungsbereiche für GIB / ASB ist nicht absehbar. Aufgrund des weit verbreiteten Vorkommens agrarstrukturell bedeutsamer Flächen in weiten Teilen der Planungsregion fehlt es an Standortalternativen für die Darstellung von Sondierungsbereichen für BSAB, GIB und ASB außerhalb dieser Flächen. Es kann daher nicht darauf verzichtet werden.

Die Ausklammerung entsprechender Bereiche aus der Darstellung der Beikarte 4J und die Ausführungen zu den Sondierungsbereichen bedeuten allerdings nicht, dass entsprechende Belange der Landwirtschaft nicht auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen berücksichtigt werden müssten. Zudem wird raumordnerisch die Fortführung der mit der dargestellten Vorrangfunktion zu vereinbarenden bestehenden landwirtschaftlichen Nutzungen nicht ausgeschlossen. Auch werden hierdurch hinsichtlich der Landwirtschaft keine über die raumordnerische Regelungskompetenz hinausgehenden grundstücksrechtlichen Regelungen getroffen.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Abweichend davon werden agrarstrukturell bedeutsame Flächen innerhalb der folgenden Bereiche dargestellt:

- Windenergiebereiche und für die Windenergievorbehaltsbereiche: Hier wird davon ausgegangen, dass die aus der Darstellung der Windenergiebereiche resultierenden Inanspruchnahmen landwirtschaftlich genutzter Flächen im Verhältnis zur Gesamtfläche eher gering sind und eine Steuerung der Standorte unter Berücksichtigung der Belange der Landwirtschaft im Rahmen der nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsverfahren möglich ist. Dabei ist klarstellend anzumerken, dass der Grundsatz hier nicht angeführt werden kann, um eine Nutzung der Bereiche für Windstromerzeugung zu verhindern – auch nicht bei Windenergievorbehaltsbereichen.
- BGG: Gemäß den textlichen Vorgaben zu den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) in Kap. 4.4.3, Ziel 1 schließen diese bestimmte raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen aus. Hiervon bleibt die landwirtschaftliche Nutzung zielgemäß unberührt.
- Überschwemmungsbereiche: Diese Bereiche richten sich insbesondere auf die Steuerung siedlungsräumlicher Nutzungen zur Sicherung von Abfluss- und Retentionsräumen und tragen insoweit mittelbar auch zur Erhaltung der dort vorhandenen Landwirtschaft bei, die mit der Vorrangfunktion grundsätzlich vereinbar ist.

Der Vollständigkeit halber wird darauf hingewiesen, dass innerhalb der dargestellten Siedlungsbereiche (ASB/GIB), Waldbereiche, Oberflächengewässer die nach den Grundlagendaten als agrarstrukturell bedeutsam zu bewertenden Flächen in der Beikarte 4J Landwirtschaft nicht abgebildet sind, da sich diese Bereiche im Regionalplan nicht mit den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen (AFA) überlagern und somit der auf die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche gerichtete Grundsatz G2 in Kap. 4.5.1 für die o.g. Bereiche ohnehin nicht gilt.

In diese Abwägung ist damit gleichzeitig die besondere Bedeutung der entsprechend bewerteten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche eingeschlossen.

Zum besseren Verständnis der in der Beikarte 4J dargestellten Bereiche sei an dieser Stelle die der Darstellung zu Grunde liegende Methodik erläutert: Die in der agrarstrukturellen Standortbewertung berücksichtigten Kriterien bilden auf der Ebene von Feldblöcken sowohl die natürliche Standorteignung ab, d.h. die aufgrund natürlicher Standortfaktoren und deren Wechselwirkungen vorgegebene Eignung der Flächen für die landwirtschaftliche Nutzung, als auch die Eignung der Standorte unter wirtschaftlichen und betrieblichen Gesichtspunkten, wobei hier die Bezugsräume teils auf der Ebene von Feldblöcken, teils auf der Ebene der Katasterfluren zusammengefasst wurden. Feldblöcke sind Einheiten räumlich miteinander verbundener landwirtschaftlicher Flächen, die nicht durch Wege oder Gewässer voneinander getrennt sind und dadurch im Zusammenhang bewirtschaftet werden können. Die Bewertung berücksichtigt hierbei u.a. Merkmale der tatsächlichen Nutzung, aber auch Faktoren wie Umsatz und Sonderkulturen (s.u. die Darstellung der Kriterien). In die agrarstrukturelle Standortbewertung gehen folgende 6 Kriterien ein, die je nach Ausprägung in ein bis drei Stufen pro Kriterium eingeteilt, jeweils bepunktet und zu einer Gesamtsumme addiert werden (LWK NRW 2012, S. 46 ff., S. 51 ff., SCHOLZ, telefonische Auskunft am 21.01.2013):

- Bodenwert: Die Einstufung erfolgt in Abhängigkeit von den Bodenwertzahlen in drei Stufen:

  ≥ 55 Bodenpunkte: 1,05 Punkte

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

> 35 – 54 Bodenpunkte: 0,7 Punkte

≤ 35 Bodenpunkte: 0,35 Punkte.

- Umsatz: Das Kriterium berücksichtigt neben den Bodenerträgen auch die Viehdaten der Betriebe. Auf der Ebene der Katasterflur werden die Umsätze aggregiert und dienen als Ausdruck für die aus den Flächen zu erwirtschaftende Wertschöpfung in drei Stufen. Die Viehhaltung erhöht in der Regel die Wertschöpfung, sodass Feldblöcke in Fluren mit Viehhaltung folgendermaßen bepunktet werden:

  Umsatz > 4000 €/ha: 1,05 Punkte,

  Umsatz > 2000 - ≤ 4000 €/ha: 0,7 Punkte,

  Umsatz ≤ 2000 €/ha: 0,35 Punkte.

- Schutzwürdigkeit der Böden: Die Einstufung lehnt sich an die Bewertung der Schutzwürdigkeit der Böden des geologischen Dienstes an (GD NRW 2012). Die Bodenwerte geben neben der natürlichen Bodenfruchtbarkeit, Mächtigkeit und Filterfunktion auch einen Hinweis auf die nutzbare Speicherkapazität von pflanzenverfügbarem Bodenwasser. Die Wasservorräte von Böden mit Bodenwertzahlen oberhalb von 60 Bodenpunkten können übliche Trockenphasen noch ohne Dürreschäden überstehen, während bei Böden mit geringeren Bodenwerten eher schon mit Ertragseinbußen zu rechnen ist. Die Bewertung des GD für die Schutzwürdigkeit der Böden beginnt mit der Schutzwürdigkeit ab 60 Bodenpunkten und charakterisiert gleichzeitig auch die Ertragssicherheit in Trockenperioden, die aus landwirtschaftlicher Sicht ein besonders zu wertender Standortvorteil ist. „Böden mit hoher oder sehr hoher Bodenfruchtbarkeit zeichnen sich auf Grund ihres großen Wasser- und Nährstoffspeichervermögens zugleich durch eine hohe bis sehr hohe Regelungs- und Pufferfunktion aus. Sie sind zugleich für den Bodenwasserhaushalt des Landschaftsraums relevant, weil sie aufgrund ihrer Regelungsfunktion im Wasserhaushalt den Abfluss von Niederschlagswasser verzögern bzw. dämpfen sowie aufgrund ihrer [chemischen] Pufferfunktion und des Wasserrückhalts die Reinigung des Sickerwassers von belastenden Stoffen verbessern.“ (GD NRW 2012 , S. 4). Die Sicherung der durch diese Funktionen gekennzeichneten Böden trägt somit unter den Bedingungen des Klimawandels zur Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft in der Planungsregion bei. Entsprechend der bisherigen Häufigkeit und Länge von Trockenperioden erfolgt daher für alle schutzwürdigen Böden wegen der vorhandenen natürlichen Bodenfruchtbarkeit und der gleichzeitig vorhandenen Ertragssicherheit ein Aufschlag von 0,05 Punkten in der Gesamtbewertung.

- Sonderkulturstandort: Standorte, auf denen in den vorausgegangenen 5 Jahren mindestens einmal eine landwirtschaftliche (d.h. ohne gartenbauliche) Sonderkultur angebaut wurde (Flächendaten der Feldblöcke: Zentrale InVeKoS-Datenbank (ZID)), erhalten zusätzlich einen Aufschlag von 0,35 Punkten.

- Feldblockgröße: Feldblöcke oberhalb einer Größe von 5 ha gehen wegen der mit dieser Größe für eine wirtschaftliche Bearbeitung verbundenen Vorteile mit einem Aufschlag von 0,15 Punkten in die Bewertung ein.

- Hangneigung: Da sich eine stärkere Hangneigung von Flächen nachteilig auf die Bewirtschaftung von Flächen auswirkt, erfolgt ein Abschlag für Feldblöcke von 0,1 Punkten (Hangneigung > 11%), bzw. 0,2 Punkten (Hangneigung > 22%).

Stand: Vorlage für den Aufstellungsbeschluss

Zur Bestimmung des Standortwertes (Gesamtwertung) werden jeweils die für die einzelnen Kriterien (s.o.) vergebenen Bewertungen auf der Ebene der einzelnen Feldblöcke aufsummiert, woraus sich für Flächen der Stufe I ein maximaler Wert von 2,65, für Flächen der Stufe III ein minimaler Wert von 0,5 ergibt.

In der Gesamtbewertung wurden der Einstufung der folgende Schwellenwerte (in absteigender Reihenfolge: sehr hoch – hoch – mittel) zu Grunde gelegt:

1,50 – 2,65 Punkte: Stufe I,

0,75 – 1,45 Punkte: Stufe II,

0,35 – 0,70 Punkte: Stufe III.

In die Darstellung der agrarstrukturell bedeutsamen Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität in der Beikarte 4J – Landwirtschaft – einbezogen sind die in der agrarstrukturellen Standortbewertung der LWK NRW (2012) erfassten Flächen mit dem Standortwert I (höchster Standortwert), soweit es sich um Feldblöcke > 5 ha handelt. Nur auf diese am höchsten bewerteten Bereiche wird in den textlichen Darstellungen Bezug genommen. Der Wert von > 5 ha wurde gewählt, da er einen Schwellenwert für die wirtschaftliche Bearbeitbarkeit von Bewirtschaftungseinheiten darstellt (LWK NRW 2012: 50). Hiermit sind allerdings nicht die tatsächlichen betrieblichen Verhältnisse erfasst. Eine Berücksichtigung der tatsächlichen räumlichen Verteilung von Bewirtschaftungseinheiten auf betrieblicher Ebene ist wegen der hohen Pachtflächenanteile auf Regionalplanebene weder möglich noch sinnvoll.

In der Beikarte 4J – Landwirtschaft – wurde auf die Darstellung der Flächen mit den Standortwerten der Stufe II und III verzichtet, um die Bereiche mit der höchsten Bewertung besonders herauszuheben. Angesichts der verwendeten Bezugsräume (Feldblöcke, Katasterfluren, s.o.) ist darauf hinzuweisen, dass die dargestellten Bewertungen entsprechend der Maßstabsebene der Beikarten nicht parzellen- oder flächenscharf zu verstehen sind. Damit werden keine Aussagen über betriebliche Verhältnisse oder nach dem für die Daten maßgeblichen Stichtag eingetretene Veränderungen der Standorteignung getroffen. Die von einzelnen Beteiligten im Erarbeitungsverfahren angeregte weitergehende Differenzierung der Standortwerte lässt sich im Maßstab der Beikarte nicht darstellen und ist auch angesichts der oben dargestellten Methodik nicht sachgerecht. Im Rahmen des Erarbeitungsverfahrens hat diese Methodik der Standortbewertung keine Änderung erfahren. Es kann insofern als bestätigt gelten, dass die vorliegende Bewertung eine Differenzierung erlaubt, die geeignet ist, besonders günstigen agrarstrukturellen Voraussetzungen im Abwägungsfall gegenüber raumbedeutsamen Planungen Rechnung zu tragen.

Diejenigen Teile der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche, die für die Landwirtschaft als Agrarstandorte aufgrund ihrer natürlichen Gegebenheiten, als Ergebnis agrarstrukturverbessernder Maßnahmen oder besonderer Investitionen in die Landbewirtschaftung von besonderer Bedeutung sind, sollen auf Grundlage der in G2 als schützende Vorbehalte formulierten Kriterien nicht für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Dies soll ebenso wie die Vorgabe G1 dazu beitragen, die räumlichen Voraussetzungen für eine an die standörtlichen Verhältnisse angepasste landwirtschaftliche Nutzung zu erhalten.

Die in der Erläuterung genannten Kriterien tragen der Problematik Rechnung, dass auf der Ebene der Regionalplanung eine Bewertung der landwirtschaftlichen Nutzbarkeit nicht auf

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

der Grundlage betriebsbezogener Kriterien (Eigentumsverhältnisse, Pachtflächensituation, Unternehmensform) erfolgen kann. Vielmehr dienen die räumlichen Voraussetzungen für die Landwirtschaft als Rahmen für die Beurteilung:

- Um agrarstrukturell bedeutsame Flächen in landwirtschaftlichen Produktionsräumen mit hoher Produktivität räumlich und inhaltlich von den geringer bewerteten abzugrenzen, werden als Kriterien die im Fachbeitrag der Landwirtschaftskammer erarbeiteten Bewertungen landwirtschaftlicher Standorte (Standortwerte) herangezogen.

- Bereiche, in denen durch aufwendige agrarstrukturelle Maßnahmen eine optimale Agrarstruktur hergestellt wurde, können anhand von bei der Agrarstrukturverwaltung vorhandenen Informationen im Einzelfall räumlich abgegrenzt werden.

- Anhaltspunkte zur Abgrenzung von Bereichen, in denen hohe Investitionen in die Landbewirtschaftung getätigt wurden, stellen die tatsächlich vorhandenen Anlagen und Einrichtungen, z.B. die Betriebsstandorte, Anlagen für Bewässerung, Gewächshäuser dar bzw. können aus den Daten der Zentralen InVeKoS-Datenbank (ZID) zu Standorten für Sonderkulturnutzungen abgeleitet werden..

Die Bodenkarte 1:50.000 des Geologischen Dienstes Nordrhein-Westfalen verzeichnet in weiten Bereichen der Planungsregion schutzwürdige Böden unterschiedlichen Grades mit hoher Puffer- und Speicherkapazität, die günstige natürliche Voraussetzungen für eine standortangepasste Bewirtschaftung mit hohen Erträgen ermöglichen. Dies schlägt sich auch in der agrarstrukturellen Standortbewertung des landwirtschaftlichen Fachbeitrages nieder. In der Planungsregion sind solche Standorte weit verbreitet. Zum Erhalt der günstigen Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Bodennutzung soll daher auf eine Inanspruchnahme entsprechend hochwertiger landwirtschaftlich genutzter Flächen für entgegenstehende Planungen und Maßnahmen möglichst verzichtet werden.

Bei der Beurteilung der Auswirkungen entgegenstehender raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen kommt gemäß LEP NRW, Grundsatz 7.5-2 und Erläuterungen, der Erhaltung und Weiterentwicklung der Betriebsstandorte als Ausgangspunkte der landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung eine besondere Bedeutung zu. Entsprechend ist gemäß G3 vorgesehen, in den Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen planerisch die Voraussetzungen für den Fortbestand landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen der Bauleitplanung zu erhalten. Dazu soll die Bauleitplanung verpflichtet werden, die Nutzbarkeit landwirtschaftlicher Betriebsstandorte und den Bestand und die Entwicklungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Betriebe zu berücksichtigen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben stehen im Einklang mit Grundsatzvorgaben des ROG und unterstützten diese. Denn nach § 2 Abs. 2 Nr. 1 ROG sind die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, Entwicklungspotentiale zu schützen und Ressourcen nachhaltig zu sichern. § 2 (2) Nr. 4 ROG sieht vor, dass „Ländliche Räume (…) unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln (sind); dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Es sind „die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen“.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Ferner stehen die Vorgaben im RPD im Einklang mit dem LEP NRW und sind daraus entwickelt worden.

Dieser sieht in 7.5-1 Grundsatz Räumliche Voraussetzungen der Landwirtschaft vor, dass die räumlichen Voraussetzungen für die Entwicklung der Landwirtschaft als raumbedeutsamer Wirtschaftszweig im Rahmen der Sicherung des Freiraums erhalten werden. Der Grundsatz hebt die Bedeutung einer flächengebundenen, multifunktionalen Landwirtschaft mit besonderen Funktionen für den Naturhaushalt, die Landschaftspflege und die Gestaltung und Erhaltung ländlicher Räume hervor. Dies greift der Grundsatz G1 auf, indem er die Erhaltung der landwirtschaftlichen Nutzflächen als Standorte für eine flächenbezogene Produktion von Lebens-, Futtermitteln und nachwachsenden Rohstoffen vorsieht. Die Intention des Grundsatzes, die landwirtschaftlich genutzten Flächen in ihrer natürlichen Beschaffenheit und ihrer natürlichen Leistungskraft zu erhalten, berücksichtigt die multifunktionale Bedeutung der landwirtschaftlichen Nutzung für die landwirtschaftlich geprägten Teilräume der Planungsregion und die Planungsregion insgesamt. Dies schließt eine Inanspruchnahme für solche Nutzungen aus, die diese Flächen insbesondere durch Überbauung und Versiegelung dauerhaft einer landwirtschaftlichen Nutzung entziehen. Die natürliche Beschaffenheit und die natürliche Leistungskraft sollen gesichert werden. Dadurch wird den Anforderungen des LEP NRW an eine multifunktionale Landwirtschaft Rechnung getragen.

Grundsatz G2 steht in Übereinstimmung mit dem LEP NRW, 7.5-2 Grundsatz Erhalt landwirtschaftlicher Nutzflächen und Betriebsstandorte und konkretisiert diesen für die Planungsregion räumlich und inhaltlich durch den Bezug auf die Erläuterungskarten und die diesen zu Grunde liegenden Kriterien.

Grundsatz G3 greift ebenfalls diesen Grundsatz des LEP NRW auf und sieht vor, dass die Kommunen die Schutz- und Entwicklungsbedürfnisse landwirtschaftlicher Betriebe in den nicht als Siedlungsraum dargestellten Ortsteilen im Rahmen der Bauleitplanung berücksichtigen sollen.

4.5.2 Gartenbau

Die Vorgaben im RPD in G1 und Z1 ersetzen den Absatz 4 des bisherigen Ziels 2 des Kapitels 2.2 des GEP99 (zu den Absätzen 1 bis 3 des bisherigen Ziels 2 des Kapitels 2.2 des GEP99 siehe voranstehend Kapitel 4.5.1). Hierbei wurde der Aspekt der Standortfaktoren in den neuen Vorgaben ausführlicher behandelt, während deskriptive Elemente in die Erläuterungen verschoben wurden. Die Vorgabe wurde im Übrigen an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung bezüglich der Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

Der Planungsraum umfasst am Niederrhein Teilräume, in denen der Gartenbau von wesentlicher wirtschaftlicher Bedeutung ist. Insbesondere im Kreis Kleve ist mit ca. 16 % aller Gartenbaubetriebe (AFC Management Consulting AG; CO CONCEPT Marketingberatung; agiplan GmbH; Looije Agro Technics BV: 9) bundesweit die Bedeutung dieses Sektors besonders hoch. Historisch gewachsene gartenbauliche Nutzungen prägen hier einzelne Teilräume stark. Um künftigen Marktanforderungen begegnen zu können, wird jedoch ein Erfordernis für die Bildung größerer, zusammenhängender Betriebseinheiten mit der Möglichkeit innovativer und effizienter Produktionsbedingungen gesehen. Nachdem die Mehrzahl der Gartenbaubetriebe zurzeit noch einen Flächenumfang von in der Regel ca. 2-4 ha bewirtschaftet, ist vor diesem Hintergrund zu erwarten, dass zunehmend Projekte mit einem größeren Flächenumfang geplant werden.

Stand: Unterlagen für den Abstellungsbeschluss

Mit zunehmendem Flächenwachstum ist jedoch auch davon auszugehen, dass die entsprechenden Projektauswirkungen zunehmen. Es handelt sich um Nutzungen, bei denen davon auszugehen ist, dass von ihnen mit zunehmender Größe insbesondere eine vermehrte Versiegelung, stärkere räumliche Trennwirkungen, ein größerer Einfluss auf den Grundwasserhaushalt sowie Einwirkungen auf das Landschaftsbild einher gehen.

Mit den Vorgaben des Kapitels 4.5.2 sollen Planungen für raumbedeutsame Gewächshausanlagen, die den Bau von Gewächshäusern in raumbedeutsamer Weise zum Gegenstand haben, vor dem Hintergrund ihrer räumlichen Auswirkungen hinsichtlich ihrer Standortwahl über einen Grundsatz (G1) gesteuert werden; sie können ggf. ergänzt sein um weitere dem Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung dienende Vorhabensbestandteile. Nicht unmittelbar der Pflanzenproduktion dienende Nutzungen sind in anderen Gebietskategorien zu planen. Da absolute Bedarfszahlen nicht bekannt sind, werden für die Nutzung durch den Grundsatz Standortkriterien für aus raumordnerischer Sicht geeignete Standorte und zur Schonung empfindlicher Räume festgelegt.

Die Vorgabe richtet sich an die Bauleitplanung. Es ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplanungsträger im Falle besonderer Umstände – sofern dies im durch übergeordnete Ziele der Raumordnung gesetzten Rahmen bleibt – auch die in den Vorgaben genannten Bereiche umwandeln und an ihrer Stelle Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich für zweckgebundene Nutzungen „Gewächshausanlage“ zeichnerisch darstellen könnte.

Durch das textliche Ziel (Z1) zu den Standorten in Kalkar und Grevenbroich werden entgegenstehende Nutzungen für die dargestellten Standorte ausgeschlossen.

Vorhaben im Außenbereich, die einem gartenbaulichen Betrieb dienen, sind nach § 35 Abs. 1 Nr. 2 BauGB zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen und die Erschließung gesichert ist. Im Unterschied zu § 35 Abs. 1 Nr. 1 BauGB (Zulässigkeit von Vorhaben, die einem land- oder forstwirtschaftlichen Betrieb dienen) kommt es hierbei nicht darauf an, dass das Vorhaben nur einen untergeordneten Teil der Betriebsfläche einnimmt. Insoweit bestehen Grenzen für eine raumordnerische Steuerung durch die Privilegierungstatbestände des BauGB.

Eine gesamträumliche regionalplanerische Steuerung von raumbedeutsamen Gewächshausanlagen würde wegen der baurechtlichen Privilegierung gartenbaulicher Betriebe in § 35 BauGB eine umfassende Konzentrationszonenplanung, vergleichbar mit der für die BSAB (Kap. 5.4.1), erfordern. Für den zukünftigen Raumbedarf für derartige Standorte existieren keine verlässlichen Anhaltspunkte, der langfristige Bedarf an entsprechenden Flächen kann aufgrund bisher geringer Projektzahlen nicht exakt ermittelt werden. Gutachterlich wurde im Jahr 2009 (AFC Management Consulting AG; CO CONCEPT Marketingberatung; agiplan GmbH; Looije Agro Technics BV: 152) jedoch geschätzt, dass drei Standorte mit einer Bruttogröße (einschließlich Gießwasserbecken, Erschließung etc.) von rund 75 ha am Niederrhein mit Schwerpunkt im Kreis Kleve tragfähig sein könnten. Vor diesem Hintergrund verzichtet der RPD auf eine gesamträumliche Steuerung, weil Anhaltspunkte für eine Entscheidung darüber erforderlich wären, ob der Nutzung substanziell Raum eingeräumt ist und eine solche Planung damit gerechtfertigt ist.

Die räumliche Steuerung von Standorten für raumbedeutsame Gewächshausanlagen erfolgt im RPD über den Grundsatz (G1), der sich an die Bauleitplanung richtet und über das textliche Ziel Z1 zu zeichnerisch als Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten dargestellten Standorten mit der Zweckbindung raumbedeutsame Gewächshausanlagen,

Synopse Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

das der Sicherung von Standorten im Einzelfall dient. Den Kommunen bleibt es darüber hinaus unbenommen, bei erkennbarem Steuerungsbedarf in ihren Flächennutzungsplänen Konzentrationszonenplanungen für diese Nutzung zu betreiben. D.h. sollten hier lokal Fehlentwicklungen drohen, können die Kommunen ggf. auch autonom – unter Beachtung bzw. Berücksichtigung der Vorgaben der Raumordnung – abschließend steuern.

Bei Standorten für Gewächshäuser ist i.d.R. ab einer Größe von 10 ha aufgrund der Großräumigkeit der überbaubaren Flächen und der von diesen Vorhaben und der von diesen Vorhaben ausgehenden räumlichen Auswirkungen regelmäßig von einer Raumbedeutsamkeit auszugehen. G1 enthält Standortkriterien, die bei der Planung von Standorten für raumbedeutsame Gewächshausanlagen im Rahmen der Bauleitplanung als Erfordernisse der Raumordnung zu berücksichtigen sind. Im Übrigen haben die Kommunen bei diesen Planungen auch die übrigen Ziele des Regionalplans zu beachten bzw. die Grundsätze zu berücksichtigen. Die Standortkriterien sollen dazu beitragen, raumbedeutsame Gewächshausanlagen insbesondere auf solche Standorte zu lenken, die für diese Nutzung gut geeignet und mit möglichst geringen nachteiligen Auswirkungen für andere schützenswerte Raumnutzungen verbunden sind. Sie orientieren sich an

- den mit solchen Nutzungen typischerweise verbundenen möglichen räumlichen Auswirkungen (großflächige Versiegelungen und Flächeninanspruchnahme, Auswirkungen auf Grundwasserneubildung, Landschaftsbild),
- und den spezifischen räumlichen Anforderungen dieser Nutzungen (u.a. Großflächigkeit der überbaubaren Flächen, verkehrliche Anbindung, Versorgung mit Wasser, Wärme, Energie).

Die gelisteten Bereiche sind aus den nachfolgend genannten Erwägungen für Gewächshausanlagen geeignet:

- Vorhandene leistungsfähige Anbindungen an das überörtliche Verkehrsnetz stellen wichtige Voraussetzungen für die Versorgung der Betriebe mit Pflanzmaterial, Substraten und weiteren für die Produktion erforderlichen Stoffen dar, sowie für die Vermarktung der Erzeugnisse; die Nutzung solchermaßen erschlossener Standorte trägt zur Reduzierung von Flächeninanspruchnahmen sowie verkehrsbedingter Auswirkungen auf Nutzungen im Umfeld bei.
- Durch die räumliche Zuordnung dieser Standorte - angrenzend an Allgemeine Siedlungsbereichen (ASB) oder Bereichen für Gewerbe und Industrie (GIB), wenn ihnen Flächen für entsprechende Nutzungen, z.B. Verarbeitung, Logistik und Verwaltung, verbunden werden sollen - , werden die räumlichen Voraussetzungen und Perspektiven für eine weitere Entwicklung dieser Standorte gesichert.
- Vorhandene Voraussetzungen für die Nutzung von Abwärme oder Geothermie verringern die durch die Beheizung dieser Anlagen verursachten Auswirkungen auf das Klima.

Die genannten Kriterien (leistungsfähige Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz, Aussparen ökologisch bedeutsamer Flächen, keine erhebliche Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbildern sowie Möglichkeiten der Abwärmenutzung oder regenerativen Wärmequellen) sind hinsichtlich ihrer Ausprägung jeweils im Einzelfall bestimmbar und daher einzelfallbezogen anzuwenden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

G1 benennt darüber hinaus Räume, in denen raumbedeutsame Gewächshausanlagen nach Möglichkeit nicht vorgesehen werden sollen. Aus Vorsorgegründen, um Beeinträchtigungen schützenswerter Funktionen zu vermeiden und da restriktionsfreie Standortalternativen für raumbedeutsame Gewächshausanlagen in ausreichender Größe zur Verfügung stehen, sollen Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen möglichst außerhalb dieser Räume geplant werden. Es handelt sich hierbei um Räume, in denen die Freihaltung von jeweils bestimmten raumbedeutsamen Nutzungen mit besonderem Gewicht in die Abwägung einzustellen ist:

- Aus Vorsorgegründen sollen in den größeren unzerschnittenen Landschaftsräumen keine neuen Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen entstehen. Unter Berücksichtigung der räumlichen Verhältnisse in der Planungsregion sind hier abweichend vom LEP NRW Landschaftsräume mit einer Ausdehnung von mindestens 20 km² (gemäß der Beikarte 4A – Unzerschnittene verkehrsarme Räume –) als relevante Raumgröße anzusehen (s. hierzu auch Kap. 4.1.1 der Begründung). Unzerschnittene verkehrsarme Räume stellen störungsarme Rückzugs- und Ausbreitungsräume insbesondere für Tiere, aber auch für Pflanzen dar und sind daher von besonderem Wert für den Naturschutz. Die Kennzeichnung der unzerschnittenen Landschaftsräume erfolgt auf der Grundlage der fachliche Definition von „Unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen“ und der darauf aufbauenden räumlichen Abgrenzung des LANUV. Definitionsgemäß sind unzerschnittene verkehrsarme Räume solche, „die weitestgehend nicht durch technogene Elemente wie Straßen (mit mehr als 1000 Kfz / 24h), Schienenwege, schiffbare Kanäle, flächenhafte Bebauung oder Betriebsflächen mit besonderen Funktionen wie z. B. Verkehrsflugplätze zerschnitten werden“ (LANUV 2010; LANUV 2014). Der Begriff der Zerschneidung beinhaltet die Segmentierung des Freiraumes durch entgegenstehende Nutzungen. Dies trifft insbesondere für linienhafte Infrastrukturen, aber auch für raumbedeutsame flächenhafte Vorhaben zu. Um zerschneidende Wirkungen zu minimieren, die die ökologischen Funktionen des Freiraums beeinträchtigen können, sollen die großen unzerschnittenen verkehrsarmen Freiräume daher möglichst weitgehend von entsprechenden beeinträchtigenden (sprich: zerschneidenden) Nutzungen freigehalten werden.

- Bei den über die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz hinausgehenden erweiterten Einzugsgebieten der öffentlichen Trinkwassergewinnung gemäß Beikarte – Wasserwirtschaft – handelt es sich um Vorbehaltsgebiete, in denen bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen der Grundwasser- und Gewässerschutz und die Grundwasserneubildung berücksichtigt werden sollen und dem wasserwirtschaftlichen Vorsorgegrundsatz Rechnung getragen werden soll. Aufgrund ihrer potentiell negativen Auswirkungen insbesondere auf die Grundwasserneubildung und aus allgemeinen Vorsorgegründen soll insbesondere auch von der Planung raumbedeutsamer Gewächshausanlagen Abstand genommen werden.

- In durch kulturlandschaftliche Strukturen und Elemente gemäß der Beikarten 2B - Regionale Kulturlandschaften, Kulturlandschaftsbereiche, und 2C - Kulturlandschaftsbereiche, kulturhistorische Orte und linienhafte Strukturen geprägten Bereichen sollen keine Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen geplant werden. Diese Bereiche und ihre Orts- und Landschaftsbilder sind durch das spezifische Zusammenspiel der sie konstituierenden Elemente und Nutzungen geprägt. Sie sind empfindlich gegenüber großflächigen Überprägungen durch bauliche Nutzungen, insbesondere, wenn deren Charakter deutlich von den vorhandenen gewachsenen Strukturen abweicht.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Wenngleich es sich bei Gewächshausanlagen für Betriebe, die der gartenbaulichen Erzeugung dienen, in der Regel um im Außenbereich privilegierte Vorhaben handelt, so geht mit diesen – zumindest im Falle eines raumbedeutsamen Umfangs – aufgrund ihres baulichen Umfangs doch eine Belastung des Freiraums einher. Um diese Belastungen dauerhaft zu minimieren, enthalten die Erläuterungen zu den Vorgaben Ausführungen zum Rückbau der Anlagen nach Aufgabe der gartenbaulichen Nutzung.

Hinsichtlich der Aussparung ökologisch bedeutsamer Flächen gilt, dass diese einerseits über die in G1 enthaltenen Kriterien und andererseits über die entsprechenden Vorgaben des Regionalplans zu den Bereichen mit entsprechenden Freiraumfunktionen Rechnung getragen ist. Die Bereiche für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung sind wertvolle Bereiche mit besonderer Bedeutung für die Erhaltung und Entwicklung des Freiraums und seiner Funktionen, in denen je nach Lage und Bereichseigenschaften unterschiedliche Entwicklungsziele verfolgt werden. Sie sind in Gänze als Vorbehaltsgebiete mit besonderem Gewicht in Abwägungsprozesse einzustellen. Diesbezüglich sind im Übrigen die Vorgaben des Kap. 4.2.3 des RPD zu berücksichtigen. Auch sind die durch Darstellungen von Vorranggebieten für andere Nutzungen und textlichen Ziele des RPD gesetzten Grenzen bei der Planung raumbedeutsamer Gewächshausanlagen zu beachten.

Das textliche Ziel benennt die dargestellten Standorte, verortet sie räumlich und konkretisiert in den zugehörigen Erläuterungen deren angestrebte Entwicklung.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, schutzwürdige Freiraumbestandteile vor einer Inanspruchnahme durch raumbedeutsame Gewächshausanlagen zu schützen. Sie entsprechen daher insbesondere dem § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG, welcher vorsieht, die weitere Zerschneidung der freien Landschaft und von Waldflächen so weit wie möglich zu vermeiden und die Flächeninanspruchnahme im Freiraum zu begrenzen sowie Nr. 6, nach welcher der Raum in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas zu sichern ist und wirtschaftliche und soziale Nutzungen des Raums unter Berücksichtigung seiner ökologischen Funktionen zu gestalten sind; dabei sind Naturgüter sparsam und schonend in Anspruch zu nehmen, Grundwasservorkommen sind zu schützen. Auch dem § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG, demgemäß die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen sind, werden die Vorgaben gerecht.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Regelungen tragen ferner den Vorgaben des geltenden LEP NRW Rechnung, aus denen sie entwickelt sind. Sie konkretisieren dessen Aussagen zum Schutz wertvoller Freiräume, welche u. a. in7.1-1 Grundsatz Freiraumschutz mit der Vorgabe zum Ausdruck gebracht werden, den Freiraum als u.a. Lebensraum und ökologischen Ausgleichsraum für Menschen, wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum biologischer Vielfalt, als Raum mit Bodenschutzfunktionen, Identifikationsraum und prägenden Bestandteil historisch gewachsener Kulturlandschaften zu erhalten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Auch mit den sonstigen Vorgaben im LEP NRW und ROG – insbesondere zum Freiraumschutz – stehen die Vorgaben im RPD im Einklang. Eine spezielle landesplanerische Vorgabe zu Standorten für raumbedeutsame Gewächshausanlagen ist im LEP NRW nicht enthalten. Die Standortkriterien in G1 stehen nicht im Widerspruch zu den übrigen Vorgaben des LEP NRW, sondern benennen vielmehr vor dem Hintergrund der gegebenen regionalplanerischen Steuerungsmöglichkeiten zum Schutz des Freiraums für den Planungsraum aus regionaler Sicht geeignete Bereiche, bzw. solche, die für die Ansiedlung raumbedeutsamer Gewächshausanlagen nicht vorgesehen werden sollen. Teilweise umfassen diese Bereiche auch ökologisch besonders bedeutsame Flächen, die in an unterschiedlichen Stellen auch in den übrigen Vorgaben des LEP NRW angesprochen werden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

5. TEXTLICHE DARSTELLUNGEN: INFRASTRUKTUR

5.1 Verkehrsinfrastruktur

5.1.1 Übergreifende Aspekte

Die neuen Vorgaben zu übergreifenden Aspekten der Verkehrsinfrastruktur ersetzen das bisherige Ziel des Kapitels 3.1 des GEP99. Hierbei konzentriert G1 sich insbesondere auf die Aussagen zur Bedeutung von Erhalt und umweltverträglichem Ausbau von Verkehrsinfrastruktur sowie auf den Vorrang für umweltschonende Verkehrssysteme mit hoher Leistung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit. G2 ist außerdem u.a. Ausdruck der Aussage in der bisherigen Zielformulierung, dass Infrastruktur einen Siedlungsbezug aufweisen soll. Im Übrigen wurden die Vorgaben an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

G1 greift außerdem den Grundgedanken der geschickten Verknüpfung der Verkehrsträger des ehemaligen Ziels im Kapitel 3.2 auf, welches im Übrigen im Kapitel 3.3.2 (Zweckgebundene Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen), Z2 aufgeht.

Inhaltlich befasst G1 sich mit wichtigen übergreifenden Aspekten im Verkehrsbereich. Die Verkehrsprognosen für die Bundesrepublik Deutschland sowie für den Planungsraum Düsseldorf gehen von einer Zunahme künftiger Verkehre aus; insbesondere die Güterverkehrsprognosen – einschließlich der Prognosen für die Verkehre aus den Überseehäfen in Belgien und den Niederlanden – lassen starke Wachstumsraten erwarten. Eine bedeutsame Prognose stellt die im Rahmen der Arbeiten am neuen Bundesverkehrswegeplan erstellte Verkehrsverflechtungsprognose 2030 dar. Diese nimmt eine Zunahme der Güterverkehrsleistung von 2010 bis 2030 in Höhe von 38 % an; mit rund 53 % entfällt mehr als die Hälfte davon auf Seehafenhinterlandverkehre. Dem soll die Verkehrsinfrastruktur im Planungsraum gerecht werden. Um jedoch gleichzeitig die Flächeninanspruchnahme im Freiraum so gering wie möglich zu halten und die verfügbaren Mittel effizient einzusetzen, sollen vorhandene Verkehrswege erhalten und unter Berücksichtigung überregionaler Verkehrsbeziehungen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Der zweite Satz soll gewährleisten, dass hierbei möglichst raum- und umweltverträgliche Verkehrssysteme ausgebildet werden. Er sieht daher einen Vorrang für umweltschonende Verkehrssysteme mit hoher Leistung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit vor. Diese können insbesondere erreicht werden durch Verkehrsvermeidung (z.B. durch eine integrierte Siedlungsentwicklung), Verkehrsverlagerung (zugunsten öffentlicher Verkehrsmittel sowie des kombinierten Güterverkehrs unter Einbindung mehrerer Verkehrsträger) und Verkehrsoptimierung zur besseren Nutzung der vorhandenen Verkehrsinfrastruktur.

Die innergemeindliche Gestaltung des öffentlichen Nahverkehrs obliegt den Kreisen und kreisfreien Städten als Aufgabenträger. Der exakte innergemeindliche Streckenverlauf von Nahverkehrsmitteln ist daher nicht Gegenstand des Regionalplanes. Allerdings ist durchaus von regionaler Bedeutung, dass die dargestellten ASB und GIB überhaupt an den Nahverkehr angeschlossen werden. Insbesondere vor dem Hintergrund der hohen Pendlerzahlen im Plangebiet aber auch der sonstigen funktionalen Verflechtungen in der Region ist davon auszugehen, dass ASB und GIB in der Regel nicht nur von innergemeindlichen Binnenverkehren, sondern auch von übergemeindlichen Verkehren angefahren werden. Es liegt somit aufgrund der regionalen Verkehrsbeziehungen durchaus im Interesse der Raumordnung, dass sowohl die zeichnerisch im Regionalplan dargestellten ASB – insbesondere als Quellen von Verkehrsströmen – als auch die dargestellten GIB – welche als Arbeitsstandorte Ziele

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

von Verkehrsströmen im Personenverkehr sind – über eine geeignete Verkehrsanbindung verfügen. Um in diesem Kontext zu einer verträglichen und umweltfreundlichen Verkehrsabwicklung zu kommen ist es von Bedeutung, dass die Siedlungsräume nicht nur mit dem Auto, sondern auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut erreichbar sind. G2 sieht daher vor, dass die Angebote des öffentlichen Verkehrs so gestaltet sein sollen, dass die zeichnerisch dargestellten Siedlungsräume in angemessener Form an öffentliche Verkehrsmittel angeschlossen werden können.

Der Planungsraum Düsseldorf ist dicht besiedelt und in weiten Teilen durch die Ballungsräume an Rhein und Ruhr geprägt. Bereiche für Wohnen, Arbeiten und Verkehr liegen fast zwangsläufig oft nah beieinander. Es sind daher immer häufiger Immissionskonflikte (Lärm, Luftschadstoffe, Erschütterungen) zwischen Wohnlagen und Verkehrstrassen zu beobachten. G3 soll vor diesem Hintergrund dazu beitragen, zukünftig bei der Planung oder dem Ausbau von Verkehrsinfrastrukturen insbesondere in Allgemeinen Siedlungsbereichen aufgrund deren hohen Anteils von Bereichen für Wohnnutzungen potentielle Immissionsschutzkonflikte vorausschauend besser zu berücksichtigen und nach Möglichkeit zu vermeiden. Es kann in diesem Zusammenhang angemessen sein, entsprechende Abstände zu empfindlichen Nutzungen zu wahren oder andere Schutzmaßnahmen vorzusehen. Auf die im Gegenzug gleichermaßen sinnvolle Berücksichtigung von Schutzabständen zu Infrastrukturtrassen bei der Planung von für Wohnzwecke genutzten Bereichen wird im Kapitel 3.2.1 eingegangen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, u.a. die räumlichen Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität und ein integriertes Verkehrssystem zu schaffen und auf eine gute Erreichbarkeit der Teilräume hinzuwirken. Aufgrund der hohen Verkehrsbelastungen im Plangebiet sollen außerdem die Voraussetzungen für eine Verlagerung von Verkehr auf umweltverträglichere Verkehrsträger wie Schiene und Wasserstraße verbessert werden. Insbesondere mit der in G3 geplanten Vorgabe im Regionalplan soll darüber hinaus dazu beigetragen werden, dass entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG der Schutz der Allgemeinheit vor Lärm und die Reinhaltung der Luft sichergestellt werden. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG – insbesondere zum Freiraumschutz – stehen die Vorgaben im RPD im Einklang.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Der gemäß G1 vorgesehene Vorrang für umweltschonende Verkehrssysteme mit hoher Leistung und wirtschaftlicher Tragfähigkeit trägt hierbei zu der nach dem Grundsatz 8.1-10 des LEP NRW anzustrebenden vorrangigen Entwicklung der Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt bei. Die vorgesehene Regionalplanvorgabe G2 greift insbesondere die Vorgabe des Ziels 8.1-12 des LEP NRW auf, welches die Erreichbarkeit zentraler Versorgungsbereiche thematisiert. Die vorgesehene Regionalplanvorgabe G3 ist insbesondere im Lichte der Vorgabe des Grundsatzes 8.1-1 des LEP NRW zu sehen, welcher auf eine Abstimmung siedlungsräumlicher und verkehrsinfrastruktureller Planungen abzielt. Auf die verträgliche Abstimmung siedlungsräumlicher und verkehrsinfrastruktureller Planungen zielt außerdem G5 in Kapitel 3.2.1 ab.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

5.1.2 Wasserstraßen und Ruhehäfen

Die Vorgaben im RPD in G1 ersetzt das bisherige Ziel 1 (insbes. Absatz 1) des Kapitels 3.5 des GEP99. Zur Anpassung an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen wurde das Ziel 1 hierbei gekürzt und Aussagen mit rein fachrechtlichem Bezug gestrichen.

Die Binnenschifffahrt ist ein besonders sicherer, kostengünstiger, energiesparender und umweltverträglicher Verkehrsträger. Da weder Straße noch Schiene in der Lage sein werden, die prognostizierten Transportmengen ohne spürbare Beeinträchtigung der Lebensqualität aufzunehmen, zielt G1 darauf ab, den Rhein in seiner Leistungsfähigkeit als Wasserstraße zu erhalten und die vorhandenen Kapazitätsreserven der Wasserstraße und der Binnenschifffahrtsflotte für den Güterverkehr nutzbar zu machen. Entsprechende beispielhafte Maßnahmen werden in den Erläuterungen genannt. Eine sachgerechte und verträgliche Ausführung derartiger Maßnahmen ist Gegenstand fachrechtlicher Verfahren.

Die Binnenschifffahrt hat gemäß Binnenschiffsuntersuchungsordnung, Anlage XI, vorgegebene Ruhe- und Liegezeiten einzuhalten. Aufgrund von hohen und langfristig zunehmenden Verkehrszahlen auf der Bundeswasserstraße Rhein und des nächtlich durchgehenden Schiffsverkehrs ist das Liegen im Strom jedoch zunehmend mit Sicherheitsrisiken verbunden. Im Binnenschiffsverkehr ist ein kontinuierlicher Wandel zu immer größeren Schiffskörpern zu beobachten, wodurch die Liegemöglichkeiten außerhalb der Fahrrinne eingeschränkt werden. Insbesondere in Niedrigwasserzeiten, wenn sich zudem die zur Verfügung stehende nutzbare Fahrwasserbreite verringert, liegt ein erhöhtes Risiko von Schiffsberührungen vor. Die Kapazität der Wasserstraße als Transportweg wird durch den ruhenden Verkehr auf dem Strom außerdem dadurch stark eingeschränkt, dass passierende Schiffe verpflichtet sind, ihre Geschwindigkeit zu reduzieren. Im Interesse der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sollen daher ruhender und durchgehender Verkehr getrennt und zusätzliche Liegeplätze geschaffen werden (vgl. WSA Duisburg-Rhein / Büro Lange 2012: 4). Für die fast 60 km lange und mit bis zu 800 Schiffseinheiten pro Tag befahrene Strecke zwischen Wesel und der deutsch-niederländischen Grenze hat die WSD West vor diesem Hintergrund kurz- bis mittelfristig einen Fehlbedarf von 124 Liegeplätzen ermittelt. Nicht zuletzt mangels großer Häfen kann dieses Defizit an Liegestellen nicht durch Angebote bestehender Häfen ausgeglichen werden (vgl. Messing 2011: 70, 71). Durch die Einrichtung von Ruhehäfen soll daher der Güterschifffahrt die Möglichkeit gegeben werden, außerhalb der Fahrrinne die vorgeschriebenen Liege- und Ruhezeiten einzuhalten.

Die Ruhehäfen sollen für Großmotorgüterschiffe mit einer Länge von 135 m sowie Gefahrgutschiffe als Übernachtungshafen ausgebaut werden (vgl. WSA Duisburg-Rhein / Büro Lange 2012: 5). Anvisiert ist hierbei die Anlage von Ruhehäfen im Abstand von jeweils ca. 30 km. Dieser Abstand ergibt sich aus den zulässigen Fahrzeiten der Binnenschiffer sowie anhand von Empfehlungen des Binnenschifffahrtsgewerbes und entspricht der Vorgehensweise in den Niederlanden (vgl. Messing 2011: 71).

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2008 im Rahmen einer Machbarkeitsstudie 14 Standorte für Ruhehäfen am Niederrhein zwischen Duisburg und der Grenze zu den Niederlanden untersucht. Als Ergebnis der Studie weisen der Standort in Kalkar-Niedermörmter sowie ein weiterer Standort in Rheinberg-Ossenberg (Planungsgebiet des Regionalverbands Ruhr) die größte Eignung auf. Dem Standort in Niedermörmter wurde hierbei diese Eignung zugesprochen unter Einbeziehung der folgenden Standortkriterien:

canal: Unterlagen zur den Aufstellungsbeschluss

- Ausreichende Flächenkapazität (Liegemöglichkeit für mind. 30 – 40 Großmotorgüterschiffe),
- Einhaltung eines Abstands von 100 m (für nach § 3.14(1) RheinSchPV gekennzeichnete Gefahrgutschiffe) bis 300 m (für nach § 3.14(2) RheinSchPV gekennzeichnete Gefahrgutschiffe) zu geschlossenen Wohngebieten (in Anlehnung an das Europäische Übereinkommen über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen – ADN),
- Bedarfsgerechte Lage (etwa 30 km zu den nächstgelegenen Ruhehäfen),
- Nutzung bestehender Wasserflächen,
- Verfügbarkeit, kommunale Planungen und andere Nutzungen im Plangebiet,
- Naturschutzfachliche Restriktionen (FFH- / VSG-Verträglichkeit, Landschaftsplanung),
- Möglichkeit der Rheinanbindung und der Hinterlandanbindung,
- Hochwasserfreier Rettungs- und Zufahrtsweg,
- Möglichkeit der Ver- und Entsorgung (Strom, Trinkwasser, Abfall),
- Möglichkeit der Errichtung einer Autoabsetzanlage,
- Hydraulische Auswirkungen auf das Stromregime,
- Kosten-, Planungszeit- und Bauzeitenschätzung,
- Eigentumsverhältnisse

(vgl. WSA Duisburg-Rhein / Pöyry Infra 2008: 31 ff., Messing 2011: 72, WSA Duisburg-Rhein / Büro Lange 2012: 7).

Um für die Nutzung als Ruhehafen in ausreichendem Umfang Raum bereitzustellen und aus Gründen des Freiraumschutzes – das Entstehen neuer Siedlungsansätze soll vermieden werden – sind Einrichtungen für den Güterumschlag sowie sonstige Infrastruktur (bspw. Reparaturbetrieb oder gastronomische Anlagen) nicht zulässig. Auch eine Nutzung durch den Sport- und Freizeitschiffsverkehr – mit Ausnahme der Durchfahrt durch den dargestellten Bereich – soll aus diesem Grund vermieden werden.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, u.a. auf eine gute und verkehrssichere Erreichbarkeit der Teilräume untereinander durch schnellen und reibungslosen Güterverkehr hinzuwirken. Vor dem Hintergrund der hohen Verkehrsbelastungen im Plangebiet sollen außerdem die Voraussetzungen für eine Verlagerung von Verkehr auf den umweltverträglichen Verkehrsträger Wasserstraße verbessert werden. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG – insbesondere zum Freiraumschutz – stehen die Vorgaben im RPD im Einklang.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des neuen LEP NRW, insb. im Kapitel 8.1, hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Nach dem Ziel 8.1.-9 des LEP NRW sind die Wasserstraßen und mit ihnen in funktionalem Zusammenhang stehende Flächen so zu entwickeln, dass sie die ihnen zugedachten Funktionen im multimodalen Güterverkehr angemessen erfüllen können. Sowohl der Ausbau des Rheins vor dem Hintergrund des G1 als auch die Anlage von Ruhehäfen auf Grundlage des Z1 dienen diesem Ziel.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

5.1.3 Schienennetz

Die Vorgaben im RPD ersetzen die bisherigen Ziele 1, 2 und 4 des Kapitels 3.3 sowie die Ziele 1, 3 und 5 des Kapitels 3.4 des GEP99.

G1 greift hierbei Aspekte der ehemaligen Ziele 1 und 4 (Kapitel 3.3) in Bezug auf die Leistungsfähigkeit und Bedarfsgerechtigkeit des Eisenbahnnetzes sowie die Attraktivität und Vertaktung im Nahschnellverkehr sowie des Ziels 1 im Kapitel 3.4 zu Leistungsfähigkeit, Netzdichte und Bedienungshäufigkeit des Öffentlichen Personennahverkehrs auf. Ebenso geht die Aussage des ehemaligen Ziels 3 im Kapitel 3.4 zur Zusammenfügung kommunaler Einzelnetze zu einem Gesamtnetz in der Aussage des G1 zum Netzausbau sowie dem Schluss von Netzlücken auf.

In Z1 findet sich mit der Aktivierung bzw. Reaktivierung von Bahnstrecken eine wesentliche Vorgabe des ehemaligen Ziels 1 im Kapitel 3.3, welches ebenfalls bereits die Sicherung stillgelegter Trassen für eine spätere Reaktivierung vorsah, wieder.

G2 sieht vor, dass Flächen für Erweiterungen der Schienenwege von entgegen stehenden Nutzungen frei gehalten werden sollen. Dieser Grundsatz baut auf der bereits in der bisherigen Vorgabe des Ziels 2 im Kapitel 3.3 auf, welcher u. a. vorsah, dass die Kommunen bei der Bauleitplanung die notwendigen Ausbaumaßnahmen zu beachten haben.

G6 übernimmt wesentliche Aussagen des ehemaligen Ziels 5 im Kapitel 3.4 zur Anlage von Park-and-Ride-Anlagen.

Zur Anpassung an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen wurde die Ziele 1, 2 und 4 des Kapitels 3.3 sowie die Ziele 1, 3 und 5 des Kapitels 3.4 des GEP99 im Übrigen gekürzt; die entsprechenden Aussagen werden im Wesentlichen den sonstigen Planungsebenen überantwortet, welche diesen Aufgaben gut gerecht werden können.

Durch den ständig gestiegenen Anteil des motorisierten Individualverkehrs am gesamten Personenverkehrsaufkommen ist die Mobilität der Bevölkerung auf den Straßen insbesondere in den Verdichtungsgebieten zunehmend eingeschränkt, mit negativen Folgen auch für Wirtschaft und Wirtschaftsverkehre. Gleichzeitig beeinträchtigt der dichte Individualverkehr die Gesundheit und Sicherheit der Menschen sowie die Umwelt. Der öffentliche Personenverkehr sowie auch der Güterverkehr auf der Schiene hingegen können durch eine Weiterentwicklung hinsichtlich Leistungsfähigkeit, Qualität, Netzdichte, Bedienungshäufigkeit und Errichtung von Verknüpfungsanlagen zu einem Abbau der Umweltbelastungen, des Energieverbrauches, der Lärmeinwirkungen, der Luftverschmutzung, der Flächeninanspruchnahme, der Unfallhäufigkeiten etc. beitragen und die Mobilität zu Gunsten von Bevölkerung und Wirtschaft verbessern. Vor diesem Hintergrund soll G1 die räumlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass durch eine angemessene Leistungsfähigkeit und Netzdichte des Schienennetzes den Nutzern innerhalb der Region sowie auch im grenzüberschreitenden Verkehr eine attraktive, umweltschonende und flächensparende Alternative zum motorisierten Individualverkehr geboten werden kann.

Planungen für schienenverkehrliche Nutzungen sind sehr aufwändig und können sich über einen langen Zeitraum erstrecken. Gleichzeitig kann bereits die Inanspruchnahme kleiner Flächen im Bereich von Infrastrukturtrassen die Umsetzung von Projekten auf ihrer gesamten Länge unmöglich machen; insbesondere in oder in der Nähe von Siedlungsräumen kann außerdem der Nutzungsdruck auf noch nicht genutzten Flächen erheblich sein. Daher ist die

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

langfristige Freihaltung sowohl von neuen als auch von stillgelegten, bereits früher für den Schienenverkehr genutzten Trassen für eine spätere Nutzung für schienenverkehrliche Zwecke von großer Bedeutung. Der Regionalplan stellt daher zur Gewährleistung des regionalen Netzzusammenhangs Schienenwege für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr dar und schützt über Z1 und Z4 die entsprechenden Flächen vor Planungen oder Maßnahmen, die dieser Nutzung entgegenstehen. Um einen Trassenverlauf in Gänze vor der Inanspruchnahme für dem Schienenverkehr entgegen stehenden Nutzungen zu schützen, kann es in Bereichen, die nach § 34 oder 35 BauGB zu beurteilen sind, erforderlich sein entsprechende Flächen bauleitplanerisch zu schützen.

Grundsätzlich ist es unschädlich bzw. zur langfristigen durchgehenden Sicherung der Trassen sogar nützlich, wenn diese bis zur Inanspruchnahme für schienenverkehrliche Zwecke mit anderen linienhaften Nutzungen wie beispielsweise Radwegen, die mit vergleichsweise geringem Aufwand aufgegeben bzw. zurückgebaut werden können, belegt werden.

Im Planungsraum bestehen vereinzelt noch eingleisige Schienenabschnitte. Aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens im Planungsraum – sowohl durch Binnen- als auch durch Transitverkehre im Personen- und Güterverkehr – soll auf Grundlage des Z2 die Sicherung von Trassen jedoch in einem Umfang erfolgen, der einen mindestens zweigleisigen Ausbau der Schienenwege ermöglicht. Beispielsweise auf dem Abschnitt zwischen der Bundesgrenze über Nettetal-Kaldenkirchen nach Viersen-Dülken würden durch einen entsprechenden Ausbau die Leistungsfähigkeit für den Personen- und Güterverkehr erheblich gesteigert.

Auf Schienenwegen für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sind ein hohes Verkehrsaufkommen und gleichzeitig Verkehre mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten abzuwickeln. Für verschiedene entsprechenden Strecken sind außerdem Ausbauvorhaben – insbesondere ein drittes Gleis auf dem Streckenabschnitt von Oberhausen über Emmerich bis zur Bundesgrenze (Betuwe-Linie) sowie Ausbauarbeiten auf dem Abschnitt von Duisburg über Leverkusen nach Köln (Rhein-Ruhr-Express) – zu erwarten. G2 soll vor diesem Hintergrund dazu beitragen, dass für Erweiterungen der besonders intensiv genutzten Schienenwege die benötigten Flächen zur Verfügung stehen. Die entsprechenden Flächen könnten zwar in der Regel auch auf anderem Wege bereitgestellt werden (Grundstückserwerb, ggf. Enteignung o. Ä.), die rechtzeitige planerische Sicherung benötigter Flächen kann Erweiterungsplanungen jedoch zumindest erleichtern bzw. beschleunigen.

Bei den dargestellten Trassen handelt es sich zum größten Teil um bereits vorhandene Schienenwege; ergänzt werden diese um für eine spätere Aktivierung oder Reaktivierung geeignete Strecken, welche sich durch eine bereits vorhandene räumliche Vorprägung kennzeichnen. Einzelne darüber hinaus gehende Darstellungen sehen auf Grundlage der Bedarfspläne von Bund und Land gänzlich neue Trassenführungen vor. Letztere orientieren sich an der jeweils konkretesten erkennbaren Trassierung; in der Regel ist dies die im Rahmen der jeweiligen Bedarfsplanung untersuchte Trassenführung. Z1 sieht vor, dass alle als Schienenwege zeichnerisch dargestellten Trassen und Flächen für dem Schienenverkehr entgegen stehende Nutzungen nicht in Anspruch genommen werden dürfen. Hierdurch wird sichergestellt, dass die Trassen auch über längere Zeiträume für die vorgesehene Nutzung frei gehalten werden.

Für bestehende Trassen und sofern eine Planfeststellung für Bedarfsplanmaßnahmen bereits erfolgt ist, kann der Trassenverlauf präzise bestimmt werden. Bei den auf diese Weise geschützten Trassen handelt es sich um planfestgestellte Trassen, die als solche für die jeweils konkretisierende Fachplanung ohnehin verbindlich sind, oder um für eine spätere Re-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

aktivierung geeignete Strecken, welche sich durch eine bereits vorhandene räumliche Vorprägung kennzeichnen. Diese von entgegen stehenden Nutzungen oder Planungen freigehaltenen Trassierungen sollen vor dem Hintergrund der ihnen zugrunde liegenden Planungs- und Abwägungsprozesse durch die Fachplanung auch genutzt werden. G3 sieht daher im ersten Satz für die entsprechend dargestellten Trassen vor, dass Umsetzungsplanungen grundsätzlich darauf ausgerichtet werden sollen.

Für in ihrer Planung noch nicht so weit vorangeschrittene Bedarfsplanmaßnahmen hingegen ist der Präzisierungsgrad der Trassendarstellung noch geringer. Der Regionalplan stellt diese Trassen ohne räumliche Festlegung dar. Die entsprechende textliche Vorgabe in Z4 dient dazu, auch die Möglichkeit der Konkretisierung von Linienverläufen auf Grundlage von Darstellungen ohne räumliche Festlegung zu erhalten. Unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Darstellungsunschärfe sowie der gegenüber der Linienbestimmung oder Planfeststellung geringeren Prüftiefe wird für diese Trassen durch G3 im zweiten Satz lediglich eine Orientierung der noch ausstehenden Planungsschritte am dargestellten Verlauf vorgesehen.

Der Regionalplan stellt auf Grundlage der entsprechenden Vorgabe der Anlage 3 zur LPlG DVO alle mindestens regionalbedeutsamen Schienenstrecken zeichnerisch dar; hierzu zählen auch die zeichnerisch dargestellten Strecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs (z.B. Stadtbahn oder Straßenbahn).

Auf diesen Strecken soll der Regionalplan dafür Sorge tragen, dass die räumlichen Voraussetzungen für einen Beibehalt des Betriebs erhalten bleiben. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Anlagen der kommunalen Schienennetze durch vielfältige betriebliche gegenseitige Abhängigkeiten gekennzeichnet sind. Beispielsweise betriebliche Veränderungen im Düsseldorfer Stadtgebiet könnten aufgrund der anderen Spurweite in Krefeld dazu führen, dass die die Städte Düsseldorf und Krefeld verbindende Stadtbahnlinie nicht mehr betrieben werden könnte. Vor diesem Hintergrund sieht Z3 vor, dass bei jeglichen Veränderungen kommunaler Schienenwege bzw. damit im Zusammenhang stehender technischer Einrichtungen im Einzelfall nachgewiesen werden muss, dass diese nicht dazu führen, dass auf den für den regionalen Verkehr bedeutsamen Verbindungen ein Betrieb unmöglich wird.

Der öffentliche Personennahverkehr kann – beispielsweise im Fall von Park-and-Ride – mittelbar zur Reduktion der regionalen Verkehrsbelastung im Straßenverkehr beitragen. G4 sieht vor diesem Hintergrund vor, dass die bestehenden kommunalen Schienennetze erhalten werden sollen. Das neu eingesetzte Instrument des Grundsatzes, welches im bisher geltenden Regionalplan GEP99 noch nicht zur Anwendung gekommen war, wird hier genutzt, um die kommunalen Schienenstrecken zu schützen. So sollen die Voraussetzungen erhalten werden, um regionale Verkehre im innerörtlichen Bereich verträglich abzuwickeln. Gleichzeitig trägt die Verlagerung von Kfz-Verkehr auf öffentliche Verkehrsmittel auch im regionalen Maßstab zu einer Verringerung der Luftbelastung bei. Die konkrete Ausgestaltung des Netzes sowie des Betriebs soll hierbei durch die Gemeinden als Träger der Nahverkehrsplanung und aufgrund ihrer besseren Ortskenntnis erfolgen.

Die regionalbedeutsamen Schienenstrecken des öffentlichen Personennahverkehrs in Bestand und Planung sowie die zu ihrer Andienung besonders bedeutsamen kommunalen Schienenstrecken, auf die sich G4 bezieht, sind in der Beikarte 5A dargestellt. In dieser Karte werden kommunale Schienenstrecken dargestellt, die regional bedeutsame Ziele an das regionale Schienenverkehrsnetz anbinden, Haltestellen mit bedeutsamer Verknüpfungsfunktion zwischen kommunalen und regionalen Linien in das dargestellte Netz einbinden oder mindestens zwei Gebietskörperschaften mit einander verbinden und die daher vor einer In-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

anspruchnahme durch entgegen stehende Nutzungen zu schützen sind. Da sich in der Stadt Düsseldorf durch die Wehrhahnlinie (Neubau einer dritten Stadtbahn-Stammstrecke zwischen den Bahnhöfen Wehrhahn und Bilk) gravierende Veränderungen der kommunalen Netzzusammenhänge ergeben, basieren die dortigen Darstellungen auf dem Liniennetz nach Inbetriebnahme der Wehrhahnlinie.

Die Einrichtung und Bedienung neuer Haltepunkte oder Bahnhöfe mit Zügen des Hochgeschwindigkeits- oder sonstigen großräumigen Verkehrs (insbes. ICE, IC, EC) oder des überregionalen und regionalen Verkehrs (alle anderen Zuggattungen) kann für die bestimmungsgemäße Entwicklung von Siedlungsräumen von großer Bedeutung sein. Bei der Entscheidung über die zeichnerische Darstellung von Siedlungsräumen wird das Vorhandensein bzw. die Planung von Haltepunkten oder Bahnhöfen mit hohem Gewicht in die Abwägung eingestellt, da die gute Anbindung insbesondere von Wohngebieten als Quellen von Verkehrsaufkommen als auch von gewerblich genutzten Bereichen als Verkehrsziel zu einer Verringerung von Verkehrsbelastungen im Straßenverkehr und so zu einer reibungslosen Verkehrsabwicklung im Planungsraum beitragen kann. Gleichzeitig sind jedoch noch nicht alle in der Diskussion befindlichen Haltepunkte im Hinblick auf ihre fahrplantechnische sowie bauliche Machbarkeit hin abschließend untersucht worden. Nach G5 soll daher für die dargestellten Haltepunkte die Möglichkeit einer Einrichtung und Andienung geprüft werden.

Zur Vernetzung der Verkehrssysteme gehört insbesondere der Ausbau von Verknüpfungspunkten durch die Anlage von Stellplätzen und Radabstellanlagen hoher Qualität an geeigneten Haltepunkten des Öffentlichen Personennahverkehrs, um so einen Anreiz für Kraftfahrer und Radfahrer zu schaffen, auf dem Weg zwischen Wohnung und Arbeitsplatz die Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln fortzusetzen. Entscheidende Voraussetzungen für die Standortwahl und das Funktionieren des Systems sind hierbei eine zügige Anbindung der Anlagen an das kommunale und überörtliche Straßennetz sowie eine dichte Zugfolge der Schienenbahnen. Eine besonders große Wirkung kann außerdem erzielt werden an Standorten, deren Einzugsbereich über den nächstgelegenen Stadt- oder Gemeindeteil hinausgeht. Geeignete Standorte für Anlagen für den Umstieg von Mitteln des Individualverkehrs auf öffentliche Verkehrsmittel liegen daher entlang von Schnellbahnstrecken und schwerpunktmäßig in den Randbereichen der Verdichtungsgebiete. Dort ist die Nachfrage am größten und die Entlastung des innerstädtischen Straßennetzes am notwendigsten. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Standortoptionen je Gemeinde sowie des je nach Bauart geringen Raumbedarfs werden die Standortwahl sowie die Abschätzung des jeweils erforderlichen Raumbedarfs hierbei den Gemeinden überlassen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, u.a. auf eine gute Erreichbarkeit der Teilräume untereinander durch schnellen und reibungslosen Personen- und Güterverkehr hinzuwirken. Vor dem Hintergrund der hohen Verkehrsbelastungen im Plangebiet sollen außerdem die Voraussetzungen für eine Verlagerung von Verkehr auf den umweltverträglichen Verkehrsträger Schiene verbessert werden. Insbesondere die Sicherung derzeit nicht für schienenverkehrliche Zwecke genutzter Trassen gegen eine anderweitige Inanspruchnahme sowie das Freihalten von Erweiterungsräumen an vorhandenen Trassen tragen dazu bei, die erstmalige Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungszwecke zu verringern (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). § 2 Abs. 2 Nr. 8 ROG sieht außerdem vor, dass die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau und die Gestaltung der transeuropäischen Netze sind zu gewährleisten sind. Durch die Sicherung der entsprechen-

Stand: Unterlagen für den Abstellungsbeschluss

den Schienentrassen wird auch dieser Vorgabe Rechnung getragen. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG – zum Freiraumschutz sowie auch zur Entwicklung der Siedlungsräume – stehen die geplanten Vorgaben im Einklang.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des neuen LEP NRW, insb. im Kapitel 8.1, hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Die durch Ziel 8.1-3 des LEP NRW vorgegebene bedarfsgerechte Trassensicherung für den überregionalen Verkehr wird durch Z1 sowie ergänzend die Z2, Z4 und G2 gewährleistet. Erfasst werden hierbei Trassen des Transeuropäischen Verkehrsnetzes sowie des Bundes- und Landesverkehrswegeplans sowie Trassen im Grenzraum zum Nachbarland Niederlande, was durch die Grundsätze 8.1-4 bzw. 8.1-5 des LEP NRW gefordert wird. Hierdurch werden die räumlichen Voraussetzungen geschaffen für die gemäß Grundsatz 8.1-10 des LEP NRW geforderte vorrangige Entwicklung der Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt zur Bewältigung des zukünftig zu erwartenden Güterverkehrs. Auch die Trassensicherung von nicht mehr genutzten Schienenwegen gemäß Ziel 8.1-11 des LEP NRW wird über Z1 gewährleistet. Durch diese Form der Trassensicherung werden auch die räumlichen Voraussetzungen geschaffen für die ebenfalls gemäß Ziel 8.1-11 des LEP NRW geforderte Anbindung der Mittel- und Oberzentren des Landes an den Schienenverkehr sowie die Verwirklichung des Rhein-Ruhr Express (RRX). Der RPD trägt damit dazu bei, die Voraussetzungen für eine angemessene Erreichbarkeit der Zentralen Versorgungsbereiche der Grund-, Mittel- und Oberzentren zu schaffen, die von Ziel 8.1-12 LEP NRW – welches sich jedoch an die Kommunen und die Aufgabenträger des öffentlichen Verkehrs richtet – gefordert wird.

5.1.4 Straßennetz

Die Vorgaben im RPD ersetzen das bisherige Ziel des Kapitels 3.6 des GEP99. Insbesondere die Vorgabe der Unzulässigkeit von Planungen, die eine spätere Realisierung dargestellter Straßen unmöglich machen oder wesentlich erschweren, wurde in Z1 übertragen. Für die darüber hinaus im bisherigen Ziel genannten Planungsfälle werden für regional bedeutsame Straßen zeichnerische Darstellungen vorgesehen. Vor diesem Hintergrund wurden die Vorgaben an die aktuellen Anforderungen der Rechtsprechung an die Formulierung von Zielen und Grundsätzen angepasst.

Die Ziele des Kapitels 5.1.4 berücksichtigen als Rahmenbedingung, dass durch die Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW zahlreiche regional und überregional bedeutsame Straßenplanungen in Gesetzesform vorgegeben werden. Regionalplanerische Ziele dürfen der Durchführung von Bedarfsplanvorhaben nicht entgegenstehen. Es dürfen keine Vorgaben gemacht werden, die die an den Bedarfsplan gebundenen Behörden verpflichten würden, vom Bedarfsplan abzuweichen. Derartige Ziele würden zum Bruch eines Gesetzes auffordern (vgl. Kodal 2010: 1128).

Gleichzeitig ist zu beachten, dass der LEP NRW vorsieht, dass Verkehrstrassen bedarfsgerecht zu sichern sind, und bereits die Inanspruchnahme kleiner Flächen im Bereich von Infrastrukturtrassen kann die Umsetzung von Projekten auf ihrer gesamten Länge unmöglich machen. Da zwischen der erstmaligen Planung von Straßen – sowohl von Bedarfsplanmaßnahmen als auch von sonstigen regionalplanerisch bedeutsamen Straßen – lange Zeiträume

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

liegen können, ist eine langfristige Sicherung der Trassen für einen späteren Straßenbau über eine regionalplanerische Vorgabe geboten. Unter Berücksichtigung der entsprechenden Vorgaben zur zeichnerischen Darstellung der LPlG-DVO werden daher die mindestens regional bedeutsamen Straßen zeichnerisch dargestellt und über Z1 und Z2 die für diese Planungen benötigten Flächen von entgegen stehenden Nutzungen freigehalten.

Hierbei muss nach dem Planungsstand der jeweiligen Trassen unterschieden werden. Sofern eine Linienbestimmung oder Planfeststellung für Bedarfsplanmaßnahmen bereits erfolgt ist, kann der Trassenverlauf relativ präzise bestimmt werden; ebenso kann für sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen im Rahmen der Entscheidung über die Darstellung der aus regionalplanerischer Sicht beste Tassenverlauf bereits klar definiert werden. Z1 sieht daher vor, dass im Bereich der als Bedarfsplanmaßnahme oder als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen zeichnerisch dargestellten Trassen Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Konkretisierung der Planung oder den Bau dargestellter Straßen unmöglich machen oder wesentlich erschweren, ausgeschlossen sind. Für noch nicht linienbestimmte Bedarfsplanmaßnahmen hingegen ist der Präzisierungsgrad der Trassendarstellung noch geringer. Der Regionalplan beschreibt für diese Trassen mit der Darstellung einer gestrichelten Linie die regionalplanerisch abgestimmte Vorzugstrasse. Diese grobe Verortung erfolgt unter umfassender Abwägung der verschiedenen im jeweiligen Raum betroffenen Belange – sowohl die der Verkehrswege als auch aller sonstigen Raumnutzungen – einschließlich eventueller Zielkonflikte. Die entsprechende textliche Vorgabe in Z2 schützt daher – im Gegensatz zu Z1 – insbesondere die Möglichkeit der Konkretisierung von Linienverläufen auf Grundlage von Darstellungen ohne räumliche Festlegung.

Bei den voranstehend beschriebenen und über Z1 geschützten Trassen handelt es sich entweder um bereits linienbestimmte oder sogar planfestgestellte Trassen, die als solche für die jeweils konkretisierende Fachplanung ohnehin verbindlich sind, oder um im Zuge der Abwägung ermittelte regionalplanerisch vorzugswürdige Führungen. Für beide Fälle gilt, dass diese von entgegen stehenden Nutzungen oder Planungen freigehaltenen Trassierungen vor dem Hintergrund der ihnen zugrunde liegenden Planungs- und Abwägungsprozesse durch die Fachplanung auch genutzt werden sollen. G1 sieht daher für die dargestellten Trassen vor, dass Straßenplanungen für den mindestens regionalen Verkehr grundsätzlich darauf ausgerichtet werden sollen.

Z2 schützt hingegen Trassen ohne räumliche Festlegung, um dort für die Konkretisierung der noch ausstehenden Planungsschritte Spielräume offen zu halten. Auch bei diesen Darstellungen handelt es sich um im Zuge der Abwägung ermittelte regionalplanerisch vorzugswürdige Führungen. Unter Berücksichtigung der regionalplanerischen Darstellungsunschärfe sowie der gegenüber der Linienbestimmung oder Planfeststellung geringeren Prüftiefe wird hier durch G2 jedoch lediglich eine Orientierung der noch ausstehenden Planungsschritte am dargestellten Verlauf vorgesehen.

Die zeichnerischen Darstellungen umfassen auch Straßen innerhalb von Siedlungsbereichen. Dies soll dazu dienen, aufgrund der überörtlichen Bedeutung auch innerorts den Netzzusammenhang regionalplanerisch zu gewährleisten und darzustellen. Dies kann jedoch auch gewährleistet werden, wenn – unter Wahrung des Gesamtzusammenhangs und der Funktion des innerörtlichen Netzes – Straßen umgestuft oder ihre Funktionen auf andere Straßenzüge verlagert werden. Innerhalb von zeichnerisch dargestellten Siedlungsbereichen steht nach Z3 die zeichnerische Darstellung als Straße dem daher nicht entgegen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, u.a. auf eine gute Erreichbarkeit der Teilräume untereinander durch schnellen und reibungslosen Personen- und Güterverkehr hinzuwirken. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG – zum Freiraumschutz sowie auch zur Entwicklung der Siedlungsräume – stehen die geplanten Vorgaben im Einklang.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. im Kapitel 8.1, hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Insbesondere die nach Ziel 8.1-3 des LEP NRW geforderte bedarfsgerechte Sicherung von Trassen wird durch die Vorgaben des neuen Kapitels 5.1.4 gewährleistet.

5.1.5 Flugplätze /Luftverkehr

Das stetige Voranschreiten der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftsverflechtung hat einen steigenden Luftverkehr zu Folge, für dessen Abwicklung im Planungsraum entsprechende räumliche Voraussetzungen geschaffen werden sollen. Die Grundsätze sollen vor diesem Hintergrund dazu beitragen, die Funktion und die Entwicklungsmöglichkeiten der Flugplätze und der mit ihnen im Zusammenhang stehenden gewerblichen Nutzungen im Planungsraum planerisch zu sichern und zu verbessern. Gleichzeitig sollen jedoch auch die vom Luftverkehr ausgehenden Belastungen, welche insbesondere im Umfeld siedlungsraumnaher Flughäfen zu Konflikten führen, in der Region Berücksichtigung finden.

Hierzu geht G1 auf das Ziel einer möglichst sozial- und umweltverträglichen Abwicklung des Luftverkehrs sowie einer Gewährleistung einer leistungsfähigen und umweltfreundlichen Erreichbarkeit der Flughäfen mit öffentlichen Verkehrsmitteln ein.

Weil sich die Ausstattung der Flugplätze mit Flächen und Infrastruktur im Planungsraum bereits heute auf hohem Niveau befindet, soll eine möglichst effiziente Nutzung und planerische Sicherung der noch zur Verfügung stehenden Flächen und ihre zielgerichtet flughafenbezogene Nutzung angestrebt werden. G2 thematisiert vor diesem Hintergrund die Zusammenhänge zwischen den Flugplätzen und den gewerblichen Nutzungen in ihrem Umfeld. Durch die Nutzung der Gewerbeflächen an den Flugplätzen durch flughafenaffines Gewerbe soll erreicht werden, dass die Flugplätze ihrer Rolle im Frachtverkehr gerecht werden können. Auf diesem Wege sollen flugplatznahe Flächen effizient genutzt und Verkehre des Zu- und Abtransport der Flugplätze verringert werden.

G2 greift damit die Inhalte des Ziels 4 im Kapitel 3.7, Euregionales Zentrum für Luftverkehr, Gewerbe und Logistik, des GEP99 auf. Auf Grundlage des neuen Grundsatzes G2 kann die Entwicklung als Euregionales Zentrum für Luftverkehr, Gewerbe und Logistik nach wie vor gewährleistet werden.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben sollen dazu beitragen, entsprechend den Grundsätzen des § 2 ROG, die räumlichen Voraussetzungen für ein integriertes Verkehrssystem zu schaffen und eine gute Erreichbarkeit der Teilräume untereinander durch schnellen und reibungslosen Personen- und Güterverkehr zu ermöglichen (§ 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG). Außerdem entsprechen sie § 2

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Abs. 2 Nr. 4 ROG, welcher vorsieht, dass der Raum im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur zu entwickeln ist.

Die Vorgaben sind zudem mit den Inhalten des LEP NRW hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Insbesondere den Vorgaben im Kapitel 8.1-6 zur Entwicklung von flughafenaffinem Gewerbe wird entsprochen. Die Erläuterungen zu Ziel 8.1-6 sehen vor, dass aufgrund eines Bedeutungszuwachses der Flughäfen im Frachtverkehr die Gewerbeentwicklung an den Flughäfen sich auf flughafenaffines Gewerbe, d.h. auf die Ansiedlung von Unternehmen, die einen direkten Bezug zum Flugverkehr benötigen, konzentrieren soll, um so eine Konkurrenzsituation mit städtebaulich integrierten regionalen und kommunalen Wirtschaftsstandorten zu vermeiden. Auch zu Grundsatz 8.1-5, welcher die grenzüberschreitende Entwicklung von Verkehrsverbindungen im Grenzraum zu Nachbarländern und –staaten thematisiert besteht kein Widerspruch.

5.1.6 Radwege

Im GEP99 gab es keine Vorgaben speziell zu Radwegen. Es sind daher nur die neuen Vorgaben zu begründen:

Der Radverkehr leistet aufgrund seines geringen Flächenbedarfs, seiner Emissionsfreiheit und seines im Vergleich zum Kfz-Verkehr erheblich geringeren Gefahrenpotentials einen wesentlichen Beitrag zur verträglichen Abwicklung von Mobilitätsbedürfnissen. Radverkehr nutzt der Gesundheitsförderung genauso wie dem Klimaschutz und schafft Platz im Straßenraum auch für alle anderen Verkehrsteilnehmer.

Vor diesem Hintergrund ist es positiv zu beurteilen, dass ein Wachstum des Radverkehrsanteils zu verzeichnen ist. Nach den Angaben des Nationalen Radverkehrsplans 2020 wird ein Anteil des Radverkehrs von 15 % an den insgesamt zurückgelegten Wegen für möglich gehalten (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2012, Nationaler Radverkehrsplan 2020: 11). Das Mobilitätspanel Deutschland hat festgestellt, dass mit 14,7 % Radverkehrsanteil an allen Wegen dieser Wert jedoch schon im Jahr 2011 fast erreicht wurde (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2012, MOP: 55). Es ist somit in den vergangenen Jahren bereits eine unerwartet hohe Zunahme des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehrsaufkommen zu beobachten gewesen; wo die Zahlen im Zieljahr des Radverkehrsplans 2020 liegen werden bleibt abzuwarten.

Es ist jedoch grundsätzlich sehr wahrscheinlich, dass unabhängig von der Entwicklung des Radverkehrsanteils am Gesamtverkehr die Voraussetzungen für die Überwindung auch größerer Distanzen mit dem Fahrrad sich verbessern werden. 2009 bekundeten noch 24% der im Fahrrad-Monitor Befragten Interesse an durch einen Elektromotor unterstützten Fahrrädern; in 2011 lag dieser Anteil bereits bei 47% (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011, Fahrrad-Monitor Deutschland: 21). Der zunehmende Anteil an E-Bikes und Pedelecs ermöglicht es immer mehr Menschen, größere – und damit auch im regionalen Maßstab relevante – Distanzen mit dem Fahrrad zurückzulegen. Für 65 % der Deutschen ist der Ausbau bzw. Bau weiterer Radwege zentraler Wunsch an die Politik (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011, Fahrrad-Monitor Deutschland: 4, 11).

Die veränderten Ansprüche eines quantitativ stetig wachsenden und darüber hinaus zum Teil beschleunigten Radverkehrs sollten zu entsprechenden Anpassungen bei der Planung von Radwegenetzen und Infrastrukturen hinsichtlich ihrer Dimensionierung und Ausgestaltung

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

führen. In den Regionalplan werden daher erstmals Grundsätze zur Ausgestaltung der regional bedeutsamen Radverkehrsinfrastruktur aufgenommen.

Zunächst sollte für den überörtlichen Radverkehr das bestehende bedeutsame Wegenetz mindestens erhalten werden (G1). Um die Bedingungen für den überörtlichen Radverkehr darüber hinaus zu verbessern, sollen Netzlücken geschlossen werden (G1).

Dies kann auch über die Anlage straßenbegleitender Radwege gewährleistet werden. 2009 betrug die Länge der Radwege sowie der Fuß- und Radwege an Straßen des überörtlichen Verkehrs (einschließlich Ortsdurchfahrten) in NRW knapp 7.600 km. Sie lag damit 15 % höher als zehn Jahre zuvor, erstreckte sich aber dennoch nur auf etwas mehr als ein Viertel der Länge aller (mit Ausnahme von Autobahnen) Straßen des überörtlichen Verkehrs (Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 2011, Verkehr in Zahlen: 101, 105). G2 sieht daher vor, dass bei der Planung eines Neubaus oder eines wesentlichen Umbaus von mindestens regional bedeutsamen Straßen – wenn dadurch Netzverbindungen hergestellt werden können – die Anlage straßenbegleitender Radwege vorgesehen werden soll.

G1 sieht außerdem vor, dass auf interkommunalen Verkehrsverbindungen mit überdurchschnittlich hohem Pendlerverkehrsaufkommen die Entwicklung von Radschnellwegen mit besonders hohem Ausbaustandard vorangetrieben werden soll. Hiermit wird ebenfalls auf die voran stehend beschriebene Entwicklung eines sowohl zunehmenden Radverkehrsanteils am Gesamtverkehrsaufkommen als auch des wachsenden Anteils von durch einen Elektromotor unterstützten Fahrrädern reagiert. Hierbei wird angestrebt, auf ausgewählten für den interkommunalen Radverkehr besonders bedeutsamen Routen oder Routen mit besonders hohem Wachstumspotential für den regionalen Radverkehr entsprechend qualitativ hochwertige Fahrradinfrastruktur zu schaffen.

Hierbei sollen Strecken mit hohem Pendlerverkehrsaufkommen besonders in den Blick genommen werden, da eine Zunahme der Pendlerzahlen zu verzeichnen ist und diese Verkehre an eine bestimmte Verbindung gebunden sind und nicht– wie Freizeitverkehre – ggf. auf andere, für den Radverkehr besser geeignete Strecken ausweichen können. Sie profitieren aufgrund ihrer Zweckgebundenheit außerdem besonders von einem höheren Geschwindigkeiten entsprechenden Ausbaustandard.

Diese Vorgabe entspricht den Inhalten sowohl des nationalen Radverkehrsplans als auch des nordrhein-westfälischen Aktionsplans der Landesregierung zur Förderung der Nahmobilität, welche sich beide für die Entwicklung von Radschnellwegen aussprechen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im Regionalplan sollen dazu beitragen, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG, u.a. die räumlichen Voraussetzungen für nachhaltige Mobilität und ein integriertes Verkehrssystem zu schaffen und im verkehrlich hoch belasteten Plangebiet die Voraussetzungen zur Verlagerung von Verkehr auf den umweltverträglicheren Verkehrsträger Fahrrad zu verbessern. Eine Stärkung des Radverkehrs führt außerdem zu einer Verbesserung des nach § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG geforderten Schutzes der Allgemeinheit vor Lärm sowie der Reinhaltung der Luft. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG – zum Freiraumschutz sowie auch zur Entwicklung von Siedlungsräumen – stehen die Vorgaben im RPD im Einklang.

Die Vorgaben im RPD berücksichtigen auch § 12 Abs. 3 LPlG, wonach die Klimaschutzziele des § 3 Klimaschutzgesetz als raumbezogene Ziele und Grundsätze umzusetzen und / oder

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

nachgeordneten Planungsebenen entsprechende räumliche Konkretisierungsaufträge zu erteilen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. im Kapitel 8.1, hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Insbesondere das Ziel 8.1-2 des LEP NRW lässt ausdrücklich die Inanspruchnahme von Freiraum für Infrastruktur für nichtmotorisierte Mobilität zu.

5.2 Transportfernleitungen

Zunächst ist anzumerken, dass die neue Vorgabe bereits im Hinblick auf den neuen LEP NRW konzipiert wurde. Das heißt, die geplante regionalplanerische Grundsatzvorgabe beschränkt sich darauf, die LEP-Vorgaben zu ergänzen und zu konkretisieren. Auf darüber hinaus gehende Doppelungen wurde – gemäß dem Grundansatz der Regionalplanerarbeitung – verzichtet.

Dies ist auch der Grund, warum die geplante Vorgabe etwas weniger weit reichend ist, als die leitungsbezogenen Vorgaben des GEP99 in Kapitel 3.8. Denn Regelungen, die bereits in Kapitel 8.2 des LEP NRW enthalten sind, mussten nicht mit aufgenommen werden; die Vorgaben in Kap. 8.2 des LEP NRW zum Transport in Leitungen gelten ohnehin. Ferner wurde statt eines Ziels (Ziel 1, Kapitel 3.8 des GEP99) ein Grundsatz vorgesehen, damit mehr Flexibilität für Planungsverfahren besteht. Es ist dennoch davon auszugehen, dass die Belange der Leitungsinfrastruktur hinreichend berücksichtigt wurden.

Inhaltlich ist die Grundsatzvorgabe zunächst einmal ganz allgemein dadurch begründet, dass ober- und unterirdische Transportfernleitungsanlagen bei geringem Flächenbedarf große Mengen über weite Strecken befördern können. Sie sind ein Massentransportmittel, das unter anderem zur verkehrlichen Entlastung der Straßen und Wasserwege beiträgt. Die Nutzung und den Ausbau solcher Leitungen zu unterstützen ist insoweit raumordnerisch sinnvoll. Davon unberührt bleibt jedoch, dass Leitungsvorhaben hinreichend sicher ausgeführt werden müssen.

Konkret begründet ist die Vorgabe unter anderem dadurch, dass Schutzstreifen von ober- und unterirdischen Transportfernleitungen und anderen Einrichtungen der Infrastruktur sich in der Regel überlappen dürfen. Durch Bündelung mit vorhandenen Leitungen, Straßen und Schienenwegen können deshalb neue Leitungen flächensparend und zerschneidungsvermeidend verlegt werden. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Bündelung von den Erfordernissen der Betriebs- und Versorgungssicherheit vorhandener und geplanter Transportfernleitungen abhängig ist. Auch bebaute oder zur Bebauung vorgesehene Gebiete, die Belange von Natur und Landschaft sowie der Wasserwirtschaft können ein Abweichen vom Bündelungsprinzip erforderlich machen. Auch insoweit ist hier statt eines Ziels ein Grundsatz angemessen.

Durch Freihaltung des Bereichs parallel zu vorhandenen Transportfernleitungen kann verhindert werden, dass in der Zukunft erforderliche – und oftmals heute noch nicht konkret absehbare – neue Leitungsvorhaben insbesondere in Verdichtungsbereichen nicht mehr oder nur mit unnötigem Aufwand realisiert werden können. Hierzu enthält Erläuterung Nr. 3 einen Orientierungswert. Darüber hinaus sollen zur Sicherung bestehender Transportfernleitungen sowie deren bedarfsgerechtem Ausbau im Umfeld von Leitungen keine neuen Nutzungen geplant werden, die z.B. durch Schutzabstandserfordernisse entsprechende Leitungserwei-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

terungen oder sogar die Nutzung bestehender Transportfernleitungen erschweren oder verhindern.

Anzumerken ist ferner, dass Transportfernleitungen im Regionalplan zeichnerisch nur in einer Beikarte dargestellt werden. Wenn sie im Einzelfall raumbedeutsam und von überörtlicher Bedeutung sind, muss gemäß § 43 der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz vom 08.06.2010 in einem Raumordnungsverfahren ihre Raumverträglichkeit überprüft werden. Im Einzelnen geht es dabei um die Feststellung, ob ein geplantes Vorhaben mit den Erfordernissen der Raumordnung übereinstimmt bzw. mit anderen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen abgestimmt werden kann. Das Raumordnungsverfahren wird mit einer raumordnerischen Beurteilung abgeschlossen, die – an den Vorhabenträger gerichtet – im nachfolgenden Zulassungsverfahren (z. B. Planfeststellung oder Plangenehmigung) als Erfordernis der Raumordnung Berücksichtigung findet.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die geplante Vorgabe im Regionalplan ist ein Beitrag zum Schutz kritischer Infrastrukturen gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 3 ROG (Grundsatz). Ferner trägt sie ebenfalls gemäß dieser Nr. 3 dazu bei, dass Raumstrukturen so gestaltet werden, dass die Verkehrsbelastung verringert und zusätzlicher Verkehr vermieden wird. Ebenso trägt sie gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG (Grundsatz) den räumlichen Erfordernissen des Ausbaus von Energienetzen Rechnung.

Die Vorgabe stellt zudem eine Konkretisierung des Grundsatzes 8.2-1 des LEP NRW dar und ist aus diesem entwickelt. Auch ansonsten ist die Vorgabe mit dem LEP NRW vereinbar.

5.3 Entsorgungsinfrastruktur

Die Vorgaben ersetzen das bisherige Ziel 3 des Kapitels 3.11 des GEP99. Hierbei wird insbesondere auf die Findung verträglicher Standorte für Abfallentsorgungsanlagen Bezug genommen. Die Bindung neuer Abfallbehandlungsanlagen an Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen kann hierbei entfallen, da der LEP NRW eine entsprechende Regelung vorsieht.

Der Regionalplan stellt bestehende Deponiestandorte dar. An vielen Standorten ist hierbei bereits mit dem GEP99 eine zeichnerische Darstellung erfolgt, deren Umfang über den fachrechtlich festgestellten Deponiebereich hinausgeht und somit Erweiterungsflächen umfasst. Um diese Flächen bestmöglich auszunutzen und das Entstehen neuer Belastungen im Freiraum durch die Planung gänzlich neuer Standorte möglichst gering zu halten, sollen Deponieplanungen auf die zeichnerisch dargestellten Standorte ausgerichtet werden und gleichzeitig mit den hierbei in Anspruch genommenen Flächen möglichst sparsam umgegangen werden (G1).

Hierbei sowie auch im Falle einer Planung außerhalb der zeichnerisch dargestellten Standorte ist es grundsätzlich wichtig, Deponien nur an geeigneten und möglichst raumverträglichen Standorten anzusiedeln. Dies soll über G2 gewährleistet werden. Die Erläuterungen zu G2 geben hierbei Hinweise darauf, welche Eigenschaften ein raumverträglicher Standort aufweisen sollte. Insgesamt wird so durch die Vorgaben die Wahl von konfliktarmen Standorten unterstützt.

Z1 wurde vor dem Hintergrund formuliert, dass Deponiestandorte in der Stilllegungs- oder Nachsorgephase vielerorts attraktive Standorte für Abfallannahmestellen oder Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art darstellen. Sie bieten den Vorteil, dass bereits vorhandene techni-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

sche Infrastruktureinrichtungen des Standortes, wie beispielsweise Verkehrsinfrastruktur, Annahmebereich, Waage oder Werkstätten, mit genutzt und dass Abstände zu immissionsempfindlichen Nutzungen (insbesondere Wohngebiete) in der Regel eingehalten werden können. Gleichwohl sind industrielle Nutzungen grundsätzlich in GIB anzusiedeln. Der LEP NRW sieht vor diesem Hintergrund vor, dass Standorte für neue Abfallbehandlungsanlagen innerhalb der in den Regionalplänen festgelegten Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen zu errichten sind und hiervon nur Abfallbehandlungsanlagen, die im Verbund mit Deponien betrieben werden, ausgenommen sind. Um in diesen Fällen zu vermeiden, dass außerhalb der Siedlungsräume Industriegebiete entstehen, welche nicht der Abfallentsorgung dienen, sieht Z1 vor, dass im Rahmen der Bauleitplanung eine entsprechende Festlegung erfolgen muss. Nutzungen, die ihren Standort außerhalb des zeichnerisch dargestellten Siedlungsbereichs haben können, bleiben hiervon unberührt. Dies wird über den letzten Satz des Ziels klargestellt.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben im RPD entsprechen den Grundsätzen des § 2 Abs. 2 ROG. Sie tragen insbesondere dazu bei, die unter Nr. 3 geforderte Versorgung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge in angemessener Weise zu gewährleisten. Dabei berücksichtigen sie, dass insbesondere die Nummern 1, 2 und 6 des § 2 Abs. 2 ROG auch den nachhaltigen Schutz von Ressourcen, eine Begrenzung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum sowie eine sparsame und schonende Inanspruchnahme der Naturgüter fordern.

Die Vorgaben sind zudem mit den Inhalten des LEP NRW hinreichend vereinbar und aus diesem entwickelt. Da die Vorgaben im Kapitel 8.3 LEP NRW sich auf die Standortplanung bzw. Darstellung von Deponien und Abfallbehandlungsanlagen beziehen, wird hierauf in Kapitel 7 eingegangen.

5.4 Rohstoffgewinnung

5.4.1 Oberflächennahe Bodenschätze

Die Vorgaben zur Rohstoffsicherung stehen im Einklang mit dem Raumordnungsgesetz, insb. § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 4 ROG. Danach sind die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen. Darüber hinaus entsprechen sie auch der Leitvorstellung einer nachhaltigen Raumentwicklung gemäß § 1 Abs. 2 ROG und stehen im Einklang mit den sonstigen Grundätzen in § 2 Abs. 2 ROG.

Die Regelungen tragen ferner den Vorgaben des LEP NRW Rechnung, aus denen sie entwickelt sind. So wird im LEP NRW mit dem Ziel 9.2-1 vorgegeben, BSAB als Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten in den Regionalplänen für bestimmte Versorgungszeiträume (vgl. LEP NRW Ziel 9.2-2 und Ziel 9.2-3) darzustellen. In diesem Zusammenhang wird zudem auch dem Grundsatz 9.1-1 zur Standortgebundenheit von Rohstoffvorkommen Rechnung getragen. Mit Blick auf die Planungssicherheit und den Vertrauensschutz ist an dieser Stelle jedoch auch auf die Ausführungen zu Reserven im LEP 95 hinzuweisen, da diesen bei der historischen Entwicklung der Vorgaben für die Rohstoffgewinnung/Sicherung in der Planungsregion Düsseldorf vor allem bei der Ermittlung der Sondierungsbereiche für künftige BSAB eine sehr bedeutende Rolle zukam.

Auch die bei Abgrabungen oft sehr bedeutenden Erfordernisse des Schutzes der Wasserressourcen (vgl. LEP NRW 7.4-3), sowie die sonstigen Siedlungs- und Freiraumerfordernisse

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

werden im Einklang mit dem LEP NRW angemessen einbezogen. Hier ist insbesondere auf die entsprechende Lageauswahl der BSAB und Sondierungsbereiche und auch auf die Ausschlussbereiche für Erweiterungen gemäß Nr. 5 zu verweisen. Durch einen vorsorgeorientierten Planungsansatz - der u. a. die besonders günstige Lagerstättensituation im Planungsraum in die Abwägung einbezieht - werden dabei Konflikte zwischen Rohstoffgewinnung sowie anderen Raumansprüchen von vornherein deutlich begrenzt.

Wie bei einzelnen textlichen Regelungen nachfolgend zum Teil noch angesprochen wird, wurden textliche Regelungen des Kapitels Rohstoffsicherung und auch die korrespondierende graphische Darstellungen – inkl. der Sondierungsbereiche – sehr weitgehend in der bisher gültigen Fassung des GEP99 (unter Berücksichtigung der Regionalplanänderungen) belassen. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass damit Planungssicherheit für alle von der Rohstoffplanung Betroffenen (Gebietskörperschaften, Unternehmen, Fachplanungsträger, Bürger etc.) möglichst weitgehend erhalten bleiben soll (siehe zu den Gründen auch die Ausführungen in Kapitel 7.2.12. in dieser Begründung). Dabei war relevant, dass die Regelungen nach vorliegenden Erkenntnissen jeweils aus sachgerechten Erwägungen zustande gekommen waren. In diesem Kontext sei auf die entsprechenden Beschlüsse zum GEP99 und zu nachfolgenden Regionalplanänderungen verwiesen. Dies betrifft insbesondere die 51. Änderung des Regionalplans[1] in der die Vorgaben zur Rohstoffsicherung unlängst umfassend überprüft und überarbeitet wurden (vorhergehende größere Änderungen gab es mit der 32. Änderung, Teile A und B). Unterlagen hierzu können bei der Regionalplanungsbehörde eingesehen werden (bitte Termin vereinbaren). Umfangreiche Unterlagen dazu sind jedoch auch im Internet auf den Seiten der Bezirksregierung Düsseldorf einsehbar: www.brw.nrw.de > Planen und Bauen > Regionalentwicklung > Regionalplan. Es wurde aber natürlich geprüft, ob Erkenntnisse vorliegen, die trotz des hohen Gewichtes der Planungssicherheit eine Änderung erfordern. Dies war aber kaum der Fall und wo dies der Fall war, wird dies in der Begründung entsprechend dargelegt. Im Übrigen wird auf die Möglichkeit des Einbringens neuer Aspekte über die Beteiligungsprozesse zur Regionalplanerarbeitung verwiesen.

Hinzuweisen ist aber neben der vorstehend gesondert angesprochenen 51. Änderung des GEP99 auch auf die 48. Änderung im Gebiet der Gemeinden Weeze und Bedburg Hau, die nach der 51. Änderung in Kraft trat. Auch hier wird aus den vorstehend allgemein dargelegten Gründen an der bisherigen Darstellung gemäß 48. Änderung des GEP99 festgehalten. Siehe jedoch ergänzend die Begründung zu den graphischen Darstellungen.

Zu den einzelnen Regelungen:

Z1 ist vorzusehen, um die zentrale Funktion der BSAB festzulegen.

Das Ziel ist mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. den Kapiteln 9.1 Lagerstättensicherung und 9.2 Nichtenergetische Rohstoffe, hinreichend vereinbar aus welchen es entwickelt ist. Dies gilt für alle nachfolgenden Vorgaben für die daher jeweils nur kurz die Vorgabe des LEP NRW genannt wird, aus der sie insoweit entwickelt wurden. Bei Z1 ist es Grundsatz 9.1-1 und Ziel 9.2.1 des LEP NRW.

[1] Siehe hierzu (inkl. Umweltbericht) insb. die Unterlagen zur 32. Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008, TOP 4 (Bezirksregierung Düsseldorf, 2008a):

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/32RR_Tagesordnung2008.html / alternativ auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv.

Stand: Unterlagen für den Anhörungsentwurf

Mit Z2 werden erforderliche Anforderungen an den Umgang mit den BSAB festgelegt, um so in Bezug auf die BSAB eine sachgerechte Rohstoffversorgung sicherzustellen und z.B. dem entgegenstehende Fach- und Bauleitplanungen auszuschließen. Die Bereiche sind dabei als Vorranggebiete gemäß ROG zu klassifizieren. Die Darstellung von Vorranggebieten, die der entsprechenden Nutzung, wie vorliegend, substantiell Raum einräumen, ermöglicht zudem den außergebietlichen Ausschluss von Abgrabungen nach Nr. 4.

Diejenigen BSAB (und ihr Status nach den textlichen Vorgaben, insb. Nr. 2 und Nr. 4 (Konzentrationszonen)), die im Rahmen der Erarbeitung des RPDs übernommen wurden, wurden aus mehreren Gründen übernommen. Zum einen sind die Bereiche bereits entsprechend abgewogen worden und hier ist daher nach Möglichkeit Planungssicherheit vorzusehen. Zum anderen wurde geprüft, ob Erkenntnisse vorliegen, die trotz des hohen Gewichtes der Planungssicherheit eine Änderung erfordern, was jedoch bei den weiterhin dargestellten BSAB nicht der Fall war. Siehe jedoch ergänzend die Begründung zu den graphischen Darstellungen.

Dies Ziel ist entwickelt worden aus dem Ziel 9.2-1 des LEP NRW.

G1 dient sachgerecht der Reduktion des Verbrauchs von Rohstoffen und der möglichen negativen räumlichen Auswirkungen dieses Verbrauchs. Die Bedingungen des Einzelfalls sind jedoch zu berücksichtigen, was auch bisher schon durch den letzten Halbsatz deutlich wurde. Um dieser Einzelfallanhängigkeit jedoch besser gerecht zu werden, wurde eine Statusänderung in einen Grundsatz vorgesehen unter Streichung des bisherigen, dann redundanten Halbsatzes.

Der Grundsatz G1 ist aus den Grundsätzen 9.1-1, 9.1-2 und 9.1-3 des LEP NRW entwickelt worden.

Z3 regelt den Ausschluss von Abgrabungen außerhalb der BSAB (vorbehaltlich Z4). Dieser sehr weitreichende Ausschluss bzw. die sehr weitreichende Steuerung ist angesichts der weiträumig vorhandenen Rohstoffvorkommen und des flächenstarken heutigen und vergangenen Abgrabungsgeschehens (Vorprägung/-belastung) in der Planungsregion erforderlich. Basis für diese Regelung ist ein gesamträumliches Planungskonzept, das im Wesentlichen auf der 51. Änderung des GEP99 – inkl. der dortigen Bestätigung der BSAB – fußt. Es wurde jedoch im Rahmen der Erarbeitung des RPDs geprüft, ob und inwieweit Änderungen erforderlich sind. Dies war jedoch kaum der Fall, wie bereits bei Z2 dargelegt (siehe jedoch ergänzend die Begründung zu den graphischen Darstellungen).

Das Ziel ist aus Ziel 9.2-1 des LEP NRW in Verbindung mit den sonstigen Raumnutzungsansprüchen gemäß des LEP NRW entwickelt worden und korrespondiert dabei mit diesem Ziel.

Das Z4 dient dabei der Optimierung und Vereinfachung des Verwaltungsvollzuges, welches den Interessen der Unternehmen an Standortsicherungen entgegenkommt und gleichzeitig mit der generellen planerischen Linie einer konsequenten und nachhaltigen Steuerung des Abgrabungsgeschehens im Planungsraum Düsseldorf im Einklang steht. Gleichzeitig lässt es den Vorrangstatus der BSAB unangetastet – einschließlich der regelmäßigen Konzentration der Rohstoffgewinnung. Z4 sieht dabei in systematischer Hinsicht keine Ausnahmemöglichkeiten vom Verbot nach Z3 vor, sondern es regelt schlicht abschließend, welche Fälle von der Z3 nicht erfasst werden. Eine weitergehende Öffnung ist nicht erforderlich. Ggf. bestehen hinreichende Möglichkeiten insb. über Regionalplanänderungsverfahren.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Konkret wird mit Z4 dabei – auch im Interesse der Rechtsklarheit – über eine ermessensfreie Regelung festgelegt, für welche Konstellationen Z3 nicht gelten soll. Die im Einzelnen im Text von Z4 nachzulesenden Fälle dienen dabei der Berücksichtigung der Interessen vorhandener Unternehmen, der Ausnutzung vorhandener Infrastruktur sowie der räumlichen Konzentration des Abgrabungsgeschehens.

Die Regelung in den Absätzen 1 und 2 von Z4, dass im Jahr 2006 eine Abgrabungstätigkeit oder Verfüllungstätigkeit vom betreffenden Unternehmen stattgefunden haben muss (oder eine Zulassung erteilt sein musste), sichert eine hinreichende Steuerung, wird dem angestrebten Charakter einer Übergangsregelung zur Vermeidung von Härten gerecht und gewährleistet Klarheit über die Reichweite der Regelung. Sie korrespondiert im Übrigen mit Daten aus dem Rohstoffmonitoring, so dass eine gute Datengrundlage vorhanden ist.

Generell gilt, dass die weiteren Ziele der Raumordnung – z.B. aus den Kapiteln Freiraum und Siedlung des Regionalplans – oder auch bindende fachplanerische Vorgaben und Verbote weiterhin zu beachten sind.

Bezüglich der längerfristigen Perspektive werden Unternehmen auf in Regionalplänen dargestellte oder zukünftig darzustellende Abgrabungsbereiche verwiesen. Die Sonderregelung hilft insoweit bei der zeitlichen Überbrückung (vgl. im Übrigen zur Zumutbarkeit von evtl. nötigen Standortverlagerungen vor Ort tätiger Unternehmen etc. auch Ausführungen im Urteil des VG Köln vom 05.02.2007; Az 14 K5943/03).

Hinzuweisen ist im Übrigen darauf, dass erleichternde Regelungen für Erweiterungen zulässigerweise errichteter gewerblicher Betriebe – ohne Bezug zur Rohstoffgewinnung – auch im BauGB (§ 35 Abs. 4) vorgesehen sind. Die vorgesehenen raumordnerischen Regelungen in Nr. 5 stellen insofern keine gänzlich neuartige planerische Konzeption dar.

Zum Absatz 1 von Z4

Die Regelung dient der Standortsicherung sowie der Konzentration des Abgrabungsgeschehens und der entsprechenden Auswirkungen auf vorhandene Abgrabungsstandorte im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die räumlichen Auswirkungen der Regelung in Absatz 1 von Z4 sollen dadurch begrenzt werden, dass ein Anschluss an einen im rechtskräftigen Regionalplan dargestellten BSAB gegeben sein muss. Neuansätze werden somit vermieden, wodurch etwaige räumliche Belastungen im Sinne des Ziels 9.2-1 und des Grundsatzes 9.1-3 des LEP NRW sowie des „alten“ LEP 95 Ziels C. IV.2.2.3 Absatz 2 Satz 3 konzentriert und damit begrenzt werden können. Die Schwelle von 10 Hektar dient ebenso der Begrenzung der räumlichen Auswirkungen. Darüber hinaus soll sie jedoch auch sicherstellen, dass dem Regionalrat bei größeren Erweiterungsvorhaben weiterhin die konkretere regionalplanerische Entscheidung zukommt.

Ziel der Stichtagsregelung ist es, sicherzustellen, dass der beabsichtigte unternehmerische Handlungsspielraum nicht durch bereits in der Vergangenheit erfolgte Zulassungen – z.B. auf der Basis des GEP86 – ausgeschöpft ist, so dass der beabsichtigte zusätzliche Spielraum nicht bestehen würde.

Die Ausschlussbereiche unter Z4 Absatz 1 d) entspringen dem Bemühen, das Abgrabungsgeschehen auf nicht konfliktreiche Bereiche zu begrenzen und regionalplanerisch über BSAB zu steuern. Zu den Hintergründen wird auch auf die entsprechenden thematischen Ausführungen zu den Ausschlussbereichen für Sondierungsbereiche im Umweltbericht der 51. Änderung des GEP99 verwiesen und deren Aktualisierung über die Auswertung des Beteili-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

gungsverfahrens. Die verbleibenden Möglichkeiten sind für die Rohstoffgewinnung hinreichend.

Die Kriterien unter d) sind nicht identisch mit den Kriterien für Sondierungsbereiche der 51. Änderung des GEP99, da es sich im Wesentlichen um kleinflächige Vorhaben mit tendenziell geringeren Auswirkungen und hohen Standortsicherungsinteressen handelt und die anderen Ziele der Raumordnung ergänzend zu beachten sind. Letztere können – ebenso wie weitere fachgesetzliche Regelungen – einer fachrechtlichen Zulassung entgegenstehen. Es wurde bei dem Ausschlusskatalog auch berücksichtigt, ob ggf. noch das Fachrecht eine Möglichkeit bietet, für diese besonderen Vorhaben eine unter Berücksichtigung insb. der Standortsicherungsinteressen und der betreffenden Schutzgüter aus regionalplanerischer Sicht hinreichende Steuerung vorzusehen. Daher wurden z.B. Landschaftsschutzgebiete mit Abgrabungsverbot nicht aufgeführt und auch nicht die Pufferbereiche um Vogelschutz- und FFH-Gebiete. Die wasserwirtschaftlichen Ausschlussgebiete wurden aber beispielsweise mit aufgenommen, damit der lebenswichtigen Funktion dieses Gutes – auch angesichts der Alternativensituation im Planungsraum – hinreichend Rechnung getragen wird. Ähnliches gilt auch für die weiteren in Nr. 5 definierten Ausschlussbereiche, d.h. auch dort sollen die entsprechenden hohen Wertigkeiten der Bereiche berücksichtigt und dem regionalplanerischen Vorsorgegedanken entsprochen werden.

Hinzuweisen ist ferner darauf, dass die Ausschlussbereichsregelung gemäß dem letzten Satz von Z4 Absatz 1 d) generell für alle Abgrabungsvorhaben gilt und nicht nur für kleinräumige Erweiterungen. Hierüber sind Ausschlüsse auch unabhängig von der Z3 möglich.

Mögliche Härten für nicht unter die Regelung fallende Fallkonstellationen können ggf. im Rahmen nachfolgender regionalplanerischer Verfahren oder Vorprüfungen geprüft werden. Dies gilt für Z4 insgesamt.

Zum Absatz 2 von Z4

Der Absatz 2 bezieht sich auf Erweiterungen einer in vollem räumlichen Umfang nicht im Regionalplan als BSAB dargestellten Abgrabung, in der im Jahr 2006 auf Basis einer entsprechenden Zulassung vom antragsstellenden Unternehmen rechtmäßig Rohstoffe gewonnen wurden oder eine entsprechende Abgrabungsverfüllung vorgenommen wurde (oder für die 2006 für das antragsstellende Unternehmen eine Zulassung erteilt wurde).

Primäres Ziel dieser Regelung ist auch hier die Standortsicherung und Konzentration des Abgrabungsgeschehens auf vorhandene Abgrabungsstandorte, wobei die Regelung gerade den Interessen kleinerer Unternehmen (bzw. entsprechenden kleinflächigen Standortinteressen) stärker als bisher entgegen kommt.

Da jedoch aus raumordnerischer Sicht eine räumliche Konzentration des Abbaus weiterhin erfolgen muss und dementsprechend eine Vielzahl kleinerer Einzelabgrabungen zu vermeiden ist, wird der Anwendungsbereich dieser Regelung eng begrenzt in Bezug auf Größe (10 ha mit Stichtagsregelung), Vorhaben-/Abgrabungsstatus und Nutznießer (aktiv betrieben/zugelassen in dem im Ziel angegebenen Zeitraum vom Unternehmen (bzw. Rechtsnachfolger), das den fachrechtlichen Zulassungsantrag stellt), sowie räumlicher Bezug (Anschluss an zugelassene Abgrabung/Verfüllung). Ebenso gilt die Bedingung aus Z4 Absatz 1 d).

Ziel der Stichtagsregelung ist es, sicherzustellen, dass der beabsichtigte Handlungsspielraum einzelner Standorte nicht durch bereits in der Vergangenheit erfolgte Zulassungen -

Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

z.B. auf der Basis des GEP86 - ausgeschöpft ist, so dass der beabsichtigte zusätzliche Spielraum nicht bestehen würde.

Zum Absatz 3 von Z4

Der 3. Absatz dient dem Schutz der Standortsicherungsinteressen von Unternehmen sowie der Ausnutzung vorhandener Infrastruktur und der räumlichen Konzentration des Abgrabungsgeschehens.

Das Ziel Z4 aus Grundsatz 9.1-1 und Ziel 9.2-1des LEP NRW entwickelt worden.

Z5 ermöglicht die raumgerechte Steuerung von Nachfolgenutzungen.

Das Ziel Z5 ist aus Ziel 9.2-4 des LEP NRW entwickelt worden.

Z6 ist erforderlich zur konkreteren Regelung von Abgrabungstätigkeiten und Rekultivierungen, um eine nachhaltige Raumentwicklung zu gewährleisten. Die einzelnen Regelungen sind dabei aus ihrem Text heraus in Bezug auf die Begründung selbsterklärend.

Das Ziel Z6 ist aus Ziel 9.2-4 des LEP NRW entwickelt worden.

Z7 dient der sachgerechten Regelung der Braunkohlengewinnung.

Das Ziel Z7 ist aus Grundsatz 9.1-1 und Ziel 9.2-1 des LEP NRW entwickelt worden.

Z8 ist erforderlich zur Festlegung der Funktion der Sondierungsbereiche und der Beikarte – Rohstoffe – sowie zur Klärung zentraler Fortschreibungsmodalitäten. Insgesamt dient dies der vorsorgenden Rohstoffsicherung und der Verbesserung der Planungssicherheit für alle Betroffenen. Z8 und die Sondierungsbereiche tragen insoweit – im Rahmen der Erfüllung der raumordnerischen Aufgaben durch die Regionalplanung – dazu bei, die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG) und dienen dabei auch einer nachhaltigen Raumentwicklung. Ferner trägt es zur Konfliktbegrenzung durch Sicherung entsprechend raumordnerisch geeigneter Bereiche bei.

Die Regelung sichert die Verfügbarkeit in der Zukunft für eine Darstellung als BSAB in Frage kommender Bereiche und steht insofern im Einklang mit dem ehemaligen Ziel C.IV.2.2.3 Absatz 3 des LEP 95 sowie § 2 (2) des ROG. Die Sondierungsbereiche entsprechen zusammen mit den BSAB dem, was im LEP 95 mit dem Begriff Reservegebiete belegt war (vgl. jedoch auch Ausführungen im Umweltbericht der 51. Änderung des Regionalplans - 2. Fassung; Abschnitt 3.2.4 - zur Übernahme der entsprechenden Funktionen durch andere raumordnerische Vorgaben, BSAB und das Monitoring).

Wie oben dargestellt, hat der Regionalrat mit der 51. Änderung des GEP99, entsprechend den Vorgaben des Ziels C.IV. 2.2.3 des damalig geltenden LEP 95, Sondierungsbereiche für künftige BSAB in der Erläuterungskarte 9a sowie eine entsprechende textliche Vorgabe in Kapitel 3.12 – Rohstoffgewinnung Ziel 1 Nr. 9 aufgenommen. An dieser textlichen Vorgabe wird festgehalten und in das Ziel Z8 übernommen. Folglich werden auch die in der Erläuterungskarte 9a - Rohstoffe des GEP99 abgebildeten Sondierungsbereiche für künftige BSAB in die Beikarte 5C – Rohstoffe – übernommen. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung des Vertrauensschutzes in die textlichen Aussagen des GEP99 zu den Sondierungsbereichen bzw. der entsprechenden Planungssicherheit. Auch waren keine hinreichenden Gründe ersichtlich Sondierungsbereiche für künftige BSAB gegen neue Bereiche ganz oder teilweise zu tauschen, da im Rahmen der 51. Regionalplanänderung durch ein gesamt-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

räumliches Planungskonzept die regionalplanerisch geeignetsten Bereiche ermittelt wurden, deren Status durch zwischenzeitlich entstandene gewichtige Vertrauensschutzbelange gestärkt wurde. Das Festhalten an den Sondierungsbereichen – durch die Abbildung in der Beikarte 5C – Rohstoffe – sichert die Verfügbarkeit in der Zukunft für eine Darstellung als BSAB in Frage kommender Bereiche.

Das Ziel Z8 sowie die Abbildung der Sondierungsbereiche ist – konkretisierend – aus Grundsatz 9.1-1 Satz 1 und Ziel 9.2-1 des LEP NRW entwickelt worden.

Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass BSAB ebenfalls eine entsprechende Sicherungsfunktion für Rohstofflagerstätten übernehmen. Sie enthalten jedoch – im Gegensatz zu Sondierungsbereichen – insb. zusätzlich die raumordnerische Vorgabe der Gewährleistung des Abbaus. Die von der Auswahl der Sondierungsbereiche berührten kommunalen Interessen wurden berücksichtigt. Die Möglichkeit eines anderweitigen Verwertungsinteresses eines Eigentümers/Pächters in Bezug auf die Nutzung seines Grundstückes wird bei Sondierungsbereichen für künftige BSAB – wie auch bei den BSAB – typisierend in die Abwägung eingestellt bzw. konkret, soweit entsprechende Nutzungsabsichten bekannt waren.

Im Übrigen muss es ein Eigentümer grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung seines Grundstücks verwehrt wird. Die Aufgaben der Raumordnung als einer zusammenfassenden, übergeordneten Planung, ihre weiträumige Sichtweise und ihr Rahmencharakter berechtigen den Planungsträger ferner, das Privatinteresse an der Nutzung heimischer Rohstoffe auf geeigneten Flächen im Planungsraum verallgemeinernd zu unterstellen und als typisierte Größe in die Abwägung einzustellen (BVerwG 4. Senat, Urteil vom 13.03.2003, Az: 4 C 4/02).

Inwieweit Infrastrukturvorhaben von der Regelung nach Z8, Absatz 2 erfasst werden, ist unter Berücksichtigung des Maßstabes der Beikarte Rohstoffe und der Parzellenunschärfe des Regionalplans zu sehen (letzteres gilt auch bei BSAB). Unter anderem vor diesem Hintergrund ist bei linearen Infrastrukturvorhaben (Leitungen, Verkehrstrassen) in der Regel davon auszugehen, dass das Z8, Absatz 2 diesen Infrastrukturvorhaben nicht im Wege steht. Die Kompatibilität der entsprechenden Sondierungsbereiche mit anderen raumordnerisch sachgerechten Planungen und Projekten ist aus Sicht der Bezirksplanungsbehörde hinreichend gegeben.

Siehe vertiefend zu den Sondierungsbereichen auch das Kap. 7.2.12.

Der Regionalrat hat bei seiner Abwägung zudem auch die Erkenntnisse aus den Unterlagen der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99) einbezogen. Siehe hierzu insb. die Unterlagen hier zur 32. Sitzung des Regionalrates am 18.09.20008, TOP 4 (Bezirksregierung Düsseldorf, 2008a):

http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/32RR_Tagesordnung2008.html / alternativ auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv

Diese Sitzungsvorlage kann in gedruckter Form auch bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingesehen werden (bitte ggf. Termin vereinbaren). Der Regionalrat teilt die damaligen A-Wertungen - soweit sie nicht ggf. durch aktuellere Unterlagen zum RPD aktualisiert wurden.

5.4.2 Lagerstätten fossiler Energien und Salze

Das Ziel 2 des Kapitels 3.12 des GEP99 soll in der bisherigen Form gestrichen werden, da die Steinkohle- und Salzgewinnung aufgrund des Neuzuschnitts des Planungsraumes ge-

Stand Unterlagen zur Neuaufstellung des RPD

genüber der Aufstellung des GEP99 (Wegfall der zum RVR-Gebiet gehörenden Kommunen) nicht mehr die damalige Bedeutung hat. Auch die Beteiligungsregelungen in Ziel 2 des Kapitels 3.12 des GEP99 sind in der bisherigen Form nicht zwingend erforderlich, da das LPlG ohnehin in § 4 Abs. 2 Beteiligungsregelungen vorsieht. Hier reicht eine im RPD vorgesehene zusätzliche Betonung der Zweckmäßigkeit einer frühzeitigen Abstimmung in den Erläuterungen.

Ob und ggf. wo in der Zukunft – über die Braunkohlen-BSAB hinaus – eine Nutzung welcher Lagerstätten von fossilen Energieträgern und Salzen stattfinden wird, ist weitgehend unklar. Vorgesehen wird mit dem Grundsatz G1 eine Vorgabe, die allgemein die Belange des Raum-, Natur- und Freiraumschutzes sowie der Land- und Forstwirtschaft bei solchen Gewinnungsvorhaben stärkt und dabei insbesondere den Schutz der Bevölkerung. Die Erforderlichkeit liegt dabei auch darin begründet, dass die Planungsregion eine hohe Siedlungsdichte aufweist in der dementsprechend eine besondere Vorsorge im Hinblick auf die Gesundheit der Menschen einschließlich ihrer Freiraumansprüche (Erholung, Gartenbau, Naturerleben etc.) angezeigt ist. Zudem sind hier die wenigen unbeanspruchten, wertvollen Naturbereiche sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen besonders vor anderweitigen Belastungen zu schützen.

Der Grundsatz G2 wird im Wesentlichen aus ähnlichen Gründen vorgesehen: Vorsorgender Schutz des Menschen und seiner Freiraumansprüche in einer dichtbesiedelten Region und Schutz der wenigen unbeanspruchten, wertvollen Naturbereiche. Hier kommt aber ergänzend hinzu, dass es hierzulande noch viele offene Fragen in Bezug auf die Gewinnung von Gas aus unkonventionellen Lagerstätten gibt, so dass man besondere Vorsorge walten lassen muss – gerade in einem Raum mit bereits vielfältigen Nutzungen und Raumansprüchen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass unkonventionelle Erdgasvorkommen eine endliche Ressource sind, die daher ohnehin keinen dauerhaften Beitrag zur Lösung der Energieprobleme liefern kann. Im Vergleich dazu gibt es mit den regenerativen Energien bereits hierzulande praxiserprobte Technologien, die dauerhaft genutzt werden könnten und bei denen es keine solchen Risiken gibt, wie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung. Zudem ist zu berücksichtigen, dass man Erdgas auch für chemische Prozesse nutzen kann. Nutzt man nicht heute schon die wenigen hiesigen unkonventionellen Erdgaslagerstätten, dann haben kommende Generationen noch die Möglichkeit, diese – vermutlich mit verbesserten Gewinnungstechnologien – für Prozesse zu nutzen, bei denen sie z.B. nicht durch regenerative Energien ersetzbar sind.

Die Vorgaben sind mit den Vorgaben des neuen LEP NRW u.a. in Kapitel 10.1-1, hinreichend vereinbar und auch aus diesem entwickelt. Die Regionalplanvorgaben stellen dabei unter anderem eine Konkretisierung des Grundsatzes 10.1-1 Satz 1 dar. Denn der anvisierte Vorrang der erneuerbaren Energien gebietet auch eine vorsorgende Zurückhaltung bei der Inanspruchnahme anderer Energieträger – zumal wenn damit Risiken für die Raumentwicklung verbunden sind.

Ziel 10.-3-4 des LEP NRW zum Ausschluss von Fracking in unkonventionellen Lagerstätten bleibt im Übrigen unberührt, d.h. dieses Ziel gilt unabhängig von den RPD-Vorgaben.

Ferner korrespondieren die Vorgaben im RPD zu Lagerstätten fossiler Energien und Salzen auch ganz allgemein mit Vorgaben des LEP NRW zum Schutz von Natur und Landschaft, Grundwasser etc. in Kapitel 7 und sind dabei auch aus Grundsatz 7.1-2 entwickelt worden. Ausführungen speziell zu Salzen finden sich im LEP NRW in den Erläuterungen zu Kapitel 9.2-1, Absatz 1. Dort wird zwar dargelegt, dass in der Regel in Regionalplänen zu Salzen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

keine Festlegungen erfolgen – wobei vom Deutungszusammenhang her primär auf graphische Darstellungen her abgestellt wird. Dies bedeutet im Umkehrschluss aber, dass man abweichend von dieser Regel durchaus auch textliche Vorgaben vorsehen kann.

In die Abwägung einbezogen wurde auch der Grundsatz in § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG, nach dem die räumlichen Voraussetzungen für die vorsorgende Sicherung sowie für die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen sind. Gleiches gilt ganz allgemeine für diese Sachposition. Hierbei wurde aber u.a. berücksichtigt, dass es außerhalb der hiesigen dichtbesiedelten Planungsregion voraussichtlich noch restriktionsärmere Bereiche gibt, dass bei Lagerstätten fossiler Energieträger weitgehend eine Substitution durch andere, klimaverträglichere Energieformen möglich ist, dass eine aktuelle Nichtinanspruchnahme auch ermöglicht und dass kommende Generationen evtl. – nach Planänderungen – die Ressourcen noch – mit besseren Wissens- und Technikständen – nutzen können. Auch vor diesem Hintergrund sind die entsprechenden Vorgaben sachgerecht.

Ebenso wird in der Abwägung die potentielle wirtschaftliche Bedeutung der entsprechenden Nutzung der Lagerstätten von fossilen Energieträgern und Salzen gesehen (einschließlich Förderabgaben, Steuern, Arbeitsplätzen (auch für die Anlagenproduzenten inkl. des Themas Heimatmarkt als Exportbasis), Versorgungssicherheit etc.) und der auch ökologische Transportvorteil im Vergleich zum Import desselben Rohstoffs. Die Risiken und Raumbelastungen durch die etwaige Nutzung der Lagerstätten werden aber als so gewichtig eingestuft, dass dennoch die entsprechenden Restriktionen in Kap. 5.4.2 angezeigt sind (siehe zu Chancen und Risiken bei der Nutzung unkonventioneller Erdgasvorkommen u.a. auch ahu AG Wasser * Boden * Geomatik/Brenk Systemplanung GmbH/IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasser 2012). Dabei wird auch gesehen, dass ggf. im Einzelfall z.B. beim Fracking keine wassergefährdeten Stoffe eingesetzt werden können. Aber auch dann bleiben z.B. Risiken wie kritische Riss- und Verbindungsbildungen zwischen verschiedenen Schichten, Veränderungen von Druckverhältnissen, Erbebenrisiken, Setzungen etc. bestehen. Die Raumordnung muss auch nicht auf Vorgaben verzichten, soweit nicht alle geologischen Fakten geklärt sind, wenn – wie vorliegend – bereits die entsprechende Klärung der Fakten – über Bohrungen – Risiken für die Raumentwicklung zur Folge hat. Insoweit wird § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG hier zwar gesehen, aber in der Abwägung gehen die raumordnerischen Argumente für die aktuell vorgesehenen Vorgaben hier klar vor. Angesichts der globalen Notwendigkeit der Reduktion der THG-Emissionen verlieren auch bei Lagerstätten fossiler Energien Argumente wie die Verbesserung der Exportchancen deutscher Anlagenhersteller durch einen Heimatmarkt zumindest tendenziell und in der längerfristigen Perspektive etwas an Gewicht; gleiches gilt generell für die längerfristige Nutzung des entsprechenden Rohstoffs. Hier sei auch auf die Verhandlungen und Ergebnisse der Weltklimakonferenz 2015 in Paris hingewiesen (siehe insb. United Nations Framework Convention on Climate Change (2015)).

Für die Frage der Raumbedeutsamkeit kommt es im Übrigen nicht alleine auf die Größe oder Lage der überörtlichen Anlagen an. Auch die Raumveränderungen im Untergrund und die Reichweite von Risiken für die Umgebung sind hier relevant. Daher wird in der Regel von einer Raumbedeutsamkeit auszugehen sein. Der Raum kann – und würde z.B. bei einer entsprechenden Gasgewinnung – z.B. über Risiken für die Trinkwassergewinnung weiträumig (inkl. Tiefe) tangiert sein und auch oberirdisch können Bohrplätze z.B. – neben der reinen Flächeninanspruchnahme – auch über Emissionen weiträumig den Raum beeinflussen, wie z.B. Wohnnutzungen und Wohngebietsplanungen oder für den Artenschutz sensible Bereiche im Umfeld. Auch z.B. visuelle Belastungen können je nach Sichtbarkeit und Sensibilität des Raumes raumbedeutsam sein.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Es ist im Übrigen nicht davon auszugehen, dass Vorhaben der unkonventionellen Erdgasgewinnung mittels Fracking per se oder als Ganzes immer nach § 35 BauGB z.B. als ortsgebundener gewerblicher Betrieb privilegiert sind – wenngleich diese Privilegierungsthematik gesehen wird. Dies folgt bereits daraus, dass es solche Vorkommen nicht nur im Außenbereich gibt. Auch sind z.B. die oberirdischen Teile eines entsprechenden Vorhabens keineswegs regelmäßig standortgebunden, sondern können oftmals über schräge Zuleitungen/Bohrungen auch weit weg von den Vorkommen platziert werden.

Auf weitergehende Restriktionen im RPD speziell zur Thematik Fracking bei unkonventionellen Erdgasvorkommen wird jedoch verzichtet. Hierzu wird auf die ohnehin bestehenden hinreichenden Regelungen des LEP NRW und die aktuell gültige Begründung zur Streichung der ehemals (Stand der 2. Beteiligung) vorgesehenen Vorgaben G3 und Z1 im Rahmen der 3. Beteiligung zur Erarbeitung des RPD verwiesen.

5.5 Energieversorgung

5.5.1 Windenergieanlagen

Die geplanten neuen Vorgaben zur Windkraftnutzung ersetzen das bisherige Ziel 3 des Kapitels 3.9 des GEP99. Die bisherigen Regelungen werden dabei durch eine grundlegend neuartige Regelung ersetzt, denn der neue Regionalplan stellt nun auch Bereiche für die Windkraftnutzung graphisch dar, statt sich auf textliche Vorgaben für nachfolgende Planungsverfahren zu beschränken. Dies erfordert auch eine Neuausrichtung der korrespondierenden textlichen Regelungen.

Als Exkurs ist vorweg anzumerken, dass die geplante, mit der textlichen Vorgabe in Z1 kompatible Entscheidung für Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten nicht nur auf die korrespondierenden landesplanerischen Regelungen zurückzuführen ist. Sie wäre auch autonom aus folgenden Gründen getroffen worden:

- Vorranggebiete haben die größte innergebietliche Durchsetzungskraft im Vergleich zu Eignungsgebieten und Vorbehaltsgebieten und ermöglichen so am besten Planungssicherheit und die Absicherung der regionalplanerischen Bemühungen zum Ausbau der klimaschonenden Windenergie.
- Auf die Wirkung von Eignungsgebieten kann verzichtet werden, denn die außergebietliche Ausschlusswirkung kann – wie in den meisten Kommunen bisher schon – hinreichend und auch für nicht raumbedeutsame Anlagen über die kommunale Bauleitplanung abgesichert werden. Zugleich haben Kommunen so die Möglichkeit, falls gewünscht und raumstrukturell – unter Einhaltung der Vorgaben der Raumordnung – möglich, zusätzliche Bereiche für die Windenergienutzung abzusichern (erhöhter kommunaler Planungsspielraum).

Für Details wird auf die Begründung der graphischen Darstellung „Windenergiebereiche“ verwiesen.

Die geplanten textlichen Regelungen in Z1 tragen insbesondere dem aus dem Ausbau und seinen Raumansprüchen sowie dem Höhenwachstum der Anlagen und dem daraus resultierenden überörtlichen Koordinierungsbedarf mit anderen, ggf. standörtlich entgegenstehenden Raumansprüchen Rechnung. Die Regelungen in Z1 stellen dabei – zusammen mit den kommunalen Planungsmöglichkeiten und Abwägungserfordernissen – hinreichend sicher, dass auch außerhalb der regionalplanerischen Vorranggebiete keine raumstrukturell abzu-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

lehnenden Entwicklungen erfolgen indem Kernbereiche des Naturschutzes oder der Siedlungsplanung entsprechend genutzt werden. Sonderbedingungen für bestehende Darstellungen in rechtskräftigen Bauleitplänen wurden aus Gründen des Vertrauensschutzes und mit Rücksicht auf die kommunale Planungshoheit aufgenommen. Beim Puffer um ASB wurde aber statt eines Ziels ein Grundsatz gewählt, damit die kommunale Bauleitplanung entsprechenden Spielraum hat, um auf lokale oder vorhabensbezogene Besonderheiten reagieren zu können.

Eine Aufnahme aller weiteren Ausschluss- und Vorbehaltsregelungen aus dem bisherigen Regionalplan ist nicht erforderlich, denn aufgrund der Vorranggebietsdarstellungen ist ohnehin nur mit relativ wenigen neuen rein kommunalen Planungen zu rechnen und hier schützen dann sonstige zu beachtende oder zu berücksichtigenden Vorgaben der Raumordnung die auch für andere Nutzungen gelten (z.B. Ziele und Grundsätze zum Freiraum im Regionalplan), die bauleitplanerischen Abwägungserfordernisse und die fachrechtlichen Anforderungen hinreichend vor Fehlentwicklungen. Auch der Windenergieerlass trägt entsprechend zur Vermeidung von Belastungen bei. Zudem widersprächen weitgehende pauschale Einschränkungen tendenziell dem Charakter der Windenergiebereiche als reine Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten.

Bereits die raumordnerischen Vorranggebiete räumen im Übrigen – bezogen auf die Planungsregion als Ganzes – der Windkraftnutzung substantiell Raum ein. Auch vor diesem Hintergrund sind die pauschalen Ausschlussregelungen für bestimmte Gebiete sachgerecht.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben in Z1 stehen mit dem ROG im Einklang und dienen einer nachhaltigen Raumentwicklung gemäß § 2 Abs. 1 ROG.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Kapiteln 10.1 und 10.2, vereinbar und sind auch aus dem LEP NRW entwickelt. Z1 trägt in diesem Kontext dazu bei, dass nachgeordnete Planungen nicht die Vorgaben des LEP NRW zum Schutz der Natur und zur raumeffizienten Siedlungsentwicklung in Vorranggebieten konterkarieren.

5.5.2 Solarenergieanlagen

Im GEP99 gab es keine speziellen Vorgaben zu Solarenergieanlagen. Es sind daher nur die geplanten neuen Vorgaben zu begründen:

Die Solarenergienutzung trägt einerseits mit zur klimaschonenden Energieproduktion und zur Wertschöpfung in der Region bei. Mit dem Bau und Anlagenstandorten können jedoch andererseits auch negative räumliche Auswirkungen einhergehen. Mit den geplanten Vorgaben soll vor diesem Hintergrund ein raumverträglicher Ausbau unterstützt werden, wobei G1 eher den Ausbau unterstützt und Kernanliegen der anderen Vorgaben die Sicherung der Raumverträglichkeit ist.

In diesem Kontext ist relevant, dass Solarenergieanlagen auch im Innenbereich (insb.) auf Gebäuden errichtet werden können, dass sie i.d.R. - auch vor diesem Hintergrund - nicht nach § 35 BauGB im Außenbereich privilegiert sind (primäre Ausnahme: § 35 Abs. 1 Nr. 8 BauGB; bestimmte Dach- und Außenwandflächen) und dass selbst etwaige künftige Erweiterungen der Privilegierungstatbestände voraussichtlich eng begrenzt sein werden. Regionalplanerische Konzentrationszonenregelungen oder explizite und weitgehende Tabuzonenregelungen zu privilegierten Solarenergieanlagen sind daher derzeit nicht erforderlich – zumal

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

selbst bei einer etwaigen künftigen Ausweitung der Privilegierungen zumindest die Bauleitplanung noch per Konzentrationszonenkonzepten steuern kann und die Regionalplanung bei Bedarf neue Regelungen in den Regionalplan aufnehmen sowie das Instrumentarium des § 14 ROG nutzen kann. Solche Regelungen für privilegierte Solarenergieanlagen nicht vorzusehen – wie hier beabsichtigt – führt zudem als Nebeneffekt dazu, dass sich die Thematik der substantiellen Ermöglichung der Solarenergienutzung im Außenbereich – zur Auslösung der Rechtsfolgen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB – nicht stellt. Die Möglichkeit, dass sich der Bundesrat evtl. mit früheren Privilegierungserweiterungsvorschlägen (Halden, Deponien, sanierte Altlastenflächen oder befestigten Flächen im Bereich von Konversionsflächen) in seiner Stellungnahme 474/12 (Beschluss) vom 21.09.2012 noch irgendwann durchsetzt oder der Bund von sich aus Ähnliches initiiert, wird dabei z.B. bereits insoweit einkalkuliert, als auch dann kein Erfordernis gesehen wird, privilegierte Vorhaben über diese Regelung auf der Ebene der Regionalplanung zu steuern. Damit wird die politische Grundrichtung auf der Bundesebene unterstützt und es wird vermieden, dass lokale Investitionsvorhaben für privilegierte Anlagen in der hiesigen Region deutlich schlechter gestellt werden, als vielleicht in einigen anderen Regionen.

Solarenergieanlagen auf Dächern oder an Außenwänden sind in der Regel nicht raumbedeutsam und erfordern keine regionalplanerische Steuerung. Da sich die nun geplanten regionalplanerischen Vorgaben auf raumbedeutsame Anlagen beschränken – u.a. um der Planungshoheit der Kommunen und der Mehrstufigkeit des Planungssystems Rechnung zu tragen – werden sie somit in der Regel nur Freiflächenanlagen erfassen.

Für die von den Vorgaben erfassten Vorhaben ist in den Zielen zwar ein weitgehender Ausschluss vorgesehen, um den Freiraum zu schonen und zudem lokal zu vermeiden, dass anderweitige standörtliche Vorgaben der Raumordnung nicht verwirklicht werden können. Es ist aber kein genereller Ausschluss vorgesehen, da dies die Solarenergienutzung – und hier im Übrigen nach EEG bundesweit auf bestimmten Standorten förderfähige Nutzungsarten – zu sehr beschränken würde und der Ausbau dann nicht unterstützt werden könnte.

Denn in der Region gibt es auch raumverträgliche Standorte für entsprechende Vorhaben und zwar liegen die nach hiesiger überschlägiger Bewertung innerhalb derjenigen Bereiche (aber nicht überall dort), die die Zielvorgaben – insb. Z1 – nicht ausschließen.

Gründe dafür sind insbesondere die teilweise bestehende Vorbelastung der entsprechenden Standorte z.B. durch Bodenverdichtung, Kontaminationen, Ablagerungen und Aufschüttungen, Versiegelungen oder Reste baulicher Anlagen. Ebenfalls vorbelastend – und somit zielbegründend – können jedoch bauliche Vorprägungen und Trennwirkungen angrenzender Bereiche und Emissionen aus solchen angrenzenden Bereichen wirken. Der in diesem Kontext in Z1 gennannte Abstand von 150 Metern zu bestehenden und zugleich im Regionalplan dargestellten Bundesfernstraßen und Schienenwegen ist im Übrigen einerseits recht eng, weil die PV-Freilandnutzung, anders als z.B. Windenergieanlagen lokal recht massiv, weil flächig das Landschaftsbild beeinträchtigen können und hier nur in dem gewählten Maximalabstand eine in Relation dazu hinreichende Vorbelastung gesehen wurde. Der Abstand ist aber zugleich zumindest in dieser Größenordnung im Sinne eines Spielraums erforderlich, um – auch unter Berücksichtigung von im Nahbereich aus fachrechtlichen Gründen wegfallenden Abstandsflächen (Verbot/Beschränkung) - noch eine angemessene Vorhabensrealisierung nicht auszuschließen.

Aufgenommen wurde in die Vorgabe im Übrigen eine Unberührtheitsklausel bzgl. Vorhaben, die nach Ziel 10.2-1 des LEP NRW (zu Halden und Deponien) zu sichern sind. Denn der

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Regionalplan ist an den LEP NRW anzupassen, so dass hier (z.B. bzgl. der Bodenthematik in Z2) kein Zielwiderspruch entstehen soll – auch wenn die meisten potenziellen Vorhaben nach 10.2-1 des LEP NRW ohnehin mit Z1 aus Kap. 5.5.2 des Regionalplans vereinbar sein dürften.

Die Anforderungen im Kapitel 5.5.2 gelten auch für raumbedeutsame Erweiterungsvorhaben z.B. von vorhandenen Anlagen, d.h. insoweit auch für Teile von Anlagen. Denn sonst würde die raumordnerische Steuerungsabsicht im Hinblick auf die Vermeidung negativer Raumwirkungen unterlaufen. Das etwaige unternehmerische Interesse an Erweiterungen wird dabei gesehen und auch die etwaige lokale Vorprägung. Dies ist in der Relation mit den Steuerungsinteressen insb. im Freiraum jedoch nicht hinreichend gewichtig.

Zur Thematik Bodenschutz wird Folgendes angemerkt: Solarenergieanlagen sind abbaubare Anlagen, die den Boden nicht dauerhaft „zerstören“. Insoweit ist es hier in der Abwägung mit dem Aspekt Klimaschutz ausreichend, Solarenergieanlagen in Z2 von der Bodenthematik her nur auszuschließen, wenn besonders schutzwürdigen Böden berührt sind. Zumindest diese sind jedoch auszusparen, denn zumindest die Entfaltung der Wertigkeiten/Nutzung der Wertigkeiten dieser besonderes schutzwürdigen Böden ist während der Nutzung durch Solarenergieanlagen in diesen Bereichen mindestens gemindert. Das sollte als Ergebnis raumordnerischer Abwägung durch das Ziel vermieden werden. Halden, Aufschüttungen und Deponien wurden in Z2 aber ausgenommen, sofern die Anlagen die besonders schutzwürdigen Böden nicht berühren, denn dann sind auch keine hinreichend relevanten Auswirkungen auf die Böden zu befürchten (hier wurde gegenüber dem Stand 2. Entwurf noch eine Klarstellung vorgenommen, indem Halden, Aufschüttungen und Deponien in Z2 direkt aufgenommen wurden anstelle des überholten Verweises auf Z1).

Als ein Grund für den nicht kompletten Ausschluss entsprechender raumbedeutsamer Solarenergieanlagen ist zudem anzuführen, dass Freiflächen-Solarenergieanlagen in der Regel – volkswirtschaftlich insoweit vorteilhaft – günstigeren Strom produzieren, als Dachflächenanlagen und dass sie pro ha einen deutlich höheren Stromertrag erbringen, als z.B. Biomasseanbau und -verstromung. Zudem können Flächen zwischen den Anlagen ggf. auch für die Kleintierbeweidung genutzt werden (Option der Doppelnutzung).

Die geplanten Vorgaben sehen dabei aber nicht vor, dass in den nicht ausgeschlossenen Bereichen einer etwaigen Solarenergienutzung überall keine Vorgaben der Raumordnung entgegenstehen, denn dies würde der Solarenergienutzung ein zu großes Gewicht geben. Z2 stellt zudem sicher, dass entsprechende ganz besonders wertvolle Bereiche per se ausgeschlossen sind, auch wenn sie zugleich Bereiche nach Z1 sind.

Die geplante Regelung in Z3 soll aber andererseits vorsorglich sicherstellen, dass bestimmte allgemeinere Vorgaben nicht gelten. Ansonsten würden die in Kapitel 5.5.2 bewusst gelassenen Spielräume zu sehr eingeschränkt. Dabei wird bezüglich der Siedlungsregelungen berücksichtigt, dass Solarenergieanlagen mindestens keine klassischen Siedlungsnutzungen sind, die durch Wohnen und / oder (dauerhaftes) Arbeiten sowie zugehörigen regelmäßigen Verkehr geprägt sind; de facto sind sie eher gar nicht den Siedlungsnutzungen zuzuordnen. Die Geltung von Vorgaben in nicht in Z3 benannten Kapiteln und im LEP NRW bleibt aber unberührt.

Da die Zielvorgaben im Wesentlichen den für Solarenergieanlagen möglichen Raum einschränken, ist hier insbesondere im Interesse des Klimaschutzes und zum Erhalt entsprechender wirtschaftlicher Handlungsmöglichkeiten als Korrektiv der Grundsatz G1 nötig. Er

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

soll sicherstellen, dass die Vorgaben auch das angestrebte Element der Unterstützung des Ausbaus enthalten. Zugleich ist der Grundsatz zurückhaltend formuliert, um die Planungshoheit der Kommunen nicht übermäßig einzuschränken.

Ergänzend wird auf die auch gültige Begründung der Änderungen in Kap. 5.5.2 verwiesen, die im Rahmen der 3. Beteiligung auslag.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den geplanten Vorgaben im Regionalplan soll u.a. die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG (u.a. durch den Grundsatz in Abs. 6). Dabei soll jedoch auch eine raumschonende Verortung unterstützt werden. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG stehen die geplanten Vorgaben im Einklang

Die geplanten Vorgaben tragen – zusammen mit den andere klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Kapiteln 10.1 und 10.2, vereinbar und sind auch aus dem LEP NRW entwickelt. Die geplanten Regionalplanvorgaben stellen dabei eine Konkretisierung der Grundsätze 10.1-1 und 10.1-2 des LEP NRW bzgl. des Ausbaus erneuerbarer Energien dar und unterstützen und konkretisieren den Gedanken des raumverträglich-eingeschränkten Ausbaus speziell der Solarenergienutzung, der auch dem Ziel 10.2-5 des LEP NRW zu Grunde liegt.

Ergänzend wird bzgl. Ziel 6.1-4 des LEP NRW u.a. zu bandartigen Entwicklungen auf die Erläuterungen im LEP NRW zur ausnahmsweise mögliche Entwicklung von Freiflächen-Solarenergieanlagen hingewiesen.

Im Übrigen bleiben etwaige weitergehende standörtliche Restriktionen des LEPs unberührt; d.h. auch bei Standorten, denen Kap. 5.5.2 des RPDs nicht entgegensteht, können Regelungen des LEP NRW entgegenstehen. Das heißt, eine Solarenergienutzung auf Standorten bei denen der aktuelle LEP NRW dem entgegen steht, sind demgemäß ggf. nicht möglich, auch wenn sie nicht zusätzlich von Ausschlussregelungen im RPD erfasst werden. Dem trägt auch die entsprechende Bezugnahme in G1 auf andere Erfordernisse der Raumordnung Rechnung - die allerdings auch dem Regionalplan selber entstammen können. Allerdings wird gegenüber dem 2. Entwurf des RPD noch eine weitere Angleichung an Ziel 10.2-5 des LEP NRW vorgenommen, indem aus Gründen des Freiraumschutzes in Z1 auf die bauliche Prägung von militärischen Konversionsflächen abgestellt wird.

Klarstellend anzumerken ist im Übrigen, dass eine – z.B. auch aus den Auswirkungen auf die spezifische Umgebung ggf. resultierende – Raumbedeutsamkeit eines entsprechenden Vorhabens nicht zwingend erfordert, dass solche Anlagen z.B. nach der Zulassung auch eine spezifische Darstellung im Regionalplan – welcher Kategorie auch immer – erhalten.

5.5.3 Biomasseanlagen

Im GEP99 gab es keine Vorgaben speziell zu Biomasseanlagen. Es sind daher nur die geplanten neuen Vorgaben zu begründen:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die energetische Verwertung von Biomasse kann einerseits zur klimaschonenden Energieproduktion und zur Wertschöpfung in der Region beitragen. Mit Anbau und Anlagenstandorten können jedoch andererseits auch negative räumliche Auswirkungen einhergehen.

Die Regionalplanung kann dabei die Produktion der Einsatzstoffe nicht nennenswert regeln, denn die besonders relevante Flächenbewirtschaftung privater Landwirte unterliegt nicht den Bindungswirkungen des § 4 ROG. Die Frage der Konkurrenz zwischen Bioenergieproduktion und Nahrungsmittelproduktion zielt dabei im Übrigen auch jeweils auf mindestens teilweise überregionale Endnutzermärke, was dafür spricht, dass die gesellschaftlichen Grundentscheidungen zu den entsprechenden Rahmenbedingungen auf überregionaler Ebene (Land/Bund) getroffen werden.

Raumordnerisch relevant sind jedoch raumbedeutsame Anlagenstandorte. Mit dem neuen Ziel 2-3 des LEP (siehe auch die zugehörigen Erläuterungen) werden die Spielräume für die Planung und Erweiterung von Biomasseanlagen aber bereits sehr weitgehend eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund ist es nicht erforderlich und nicht sinnvoll, diese regenerative Energieform seitens der Regionalplanung noch zusätzlich einzuschränken. Gegenüber der Fassung des RPD-Entwurfs aus der 1. und 2. Beteiligung wurde daher der Umfang der Vorgaben in Kap. 5.5.3 für die 3. Beteiligung deutlich reduziert; dies gilt fort. Gegen eine Beibehaltung sprechen zum Teil bereits Überlegungen zur Erforderlichkeit. Denn selbst wenn die betreffenden Regelungen des LEP NRW künftig wider Erwarten gestrichen werden sollten, wären angesichts des geringen Nutzungsdrucks und der begrenzten räumlichen Auswirkungen von Biomasseanlagen keine raschen, gravierenden räumlichen Beeinträchtigungen zu erwarten. Bei Bedarf könnte zumindest bei dieser Thematik somit immer noch hinreichend zeitnah eine Regelung in den RPD aufgenommen werden.

Auch Argumente des Klimaschutzes und der regionalen Wertschöpfung sprechen – auch in auch in der Abwägung mit dem Freiraum- und Artenschutz – gegen eine über dem LEP deutlich hinausgehende Reglementierung. Nicht umsonst enthält Übrigens auch der LEP NRW keine eigenständige spezifische Vorgabe nur zu Biomasseanlagen.

Vorgesehen wird jedoch G1, der dem vorsorgenden Immissionsschutz dient. Allerdings ist in ASB ohnehin jeweils zu prüfen, ob das jeweilige Vorhaben bzw. Vorhabendesign mit der Regionalplanungskategorie ASB vereinbar ist.

Klarstellend anzumerken ist im Übrigen, dass eine – z.B. auch aus den Auswirkungen auf die spezifische Umgebung ggf. resultierende – Raumbedeutsamkeit eines entsprechenden Vorhabens nicht zwingend erfordert, dass solche emittierenden Anlagen z.B. nach oder vor der Zulassung auch eine spezifische Darstellung im Regionalplan – welcher Kategorie auch immer – erhalten (vgl. z.B. Ziel 6.3-3 des LEP NRW). Hier ist u.a. auf den Maßstab und die üblichen Größenschwellen für Regionalplandarstellungen zu verweisen.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Vorgaben in G1 stehen mit dem ROG im Einklang und dienen einer nachhaltigen Raumentwicklung gemäß § 2 Abs. 1 ROG.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Ziel 2-3 und den Kapiteln 10.1 und 10.2, vereinbar und sind auch aus dem LEP NRW entwickelt. Die geplanten Regionalplanvorgaben stellen dabei eine Konkretisierung der Grundsätze 10.1-1 und 10.1-2 des LEP NRW bzgl. des Ausbaus erneuerbarer Energien dar.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

5.5.4 Wasserkraftanlagen

Im GEP99 gab es keine speziellen Vorgaben zu Wasserkraftanlagen. Es ist daher nur die geplante neue Vorgabe zu begründen:

Die Vorgabe soll die Nutzung der Wasserkraft in neuen und vorhandenen Anlagen unterstützen, soweit diese raum- und naturverträglich (Stichwort: Gewässerökologie) realisiert werden kann, denn dies dient dem Klimaschutz und ist insoweit regionalökonomisch positiv zu betrachten. Ferner ist es aufgrund der oft geringen Kosten und der Regelbarkeit bei Speichern bzw. der geringen tageszeitlichen Schwankungen bei Laufwasseranlagen und Ähnlichen auch für den Strommarkt sowie das Stromsystem vorteilhaft. Gleichzeitig sind hier auch landschafts- und naturverträgliche Möglichkeiten gegeben oder zu erwarten, insbesondere a) als Strömungskraftwerk und b) an solchen Querverbauungen, die ohnehin aus fallspezifischen Gründen erhalten werden müssen.

Fachrechtlich zwingende Regelungen und insbesondere die Wasserrahmenrichtlinie bleiben durch den Grundsatz – kein Ziel – zudem unberührt. Je nach Standort sind zudem weitergehende Vorgaben der Raumordnung zu beachten oder zu berücksichtigen – u.a. aus dem Bereich Freiraumschutz.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit der geplanten Vorgabe im Regionalplan soll u.a. die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG. Auch mit den sonstigen Vorgaben im ROG stehen die geplanten Vorgaben im Einklang

Die geplante Vorgabe trägt – zusammen mit den andere klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Die Vorgabe ist zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Kapiteln 10.1 und 10.2, vereinbar und ist auch aus dem LEP NRW entwickelt. Die geplante Regionalplanvorgabe stellt dabei eine Konkretisierung der Grundsätze 10.1-1 und 10.1-2 des LEP NRW bzgl. des Ausbaus erneuerbarer Energien dar.

5.5.5 Geothermieanlagen

Im GEP99 gab es keine speziellen Vorgaben zu Geothermieanlagen. Es ist daher nur die geplante neue Vorgabe zu begründen:

Die Vorgabe soll die Nutzung der Geothermie in raum- und naturverträglicher Weise unterstützen. Je nach Standort (Geologie, Siedlungsstruktur) und eingesetzter Technologie können jedoch erhebliche Risiken (u.a. Erdbeben unter dicht besiedelten Räumen). Daher wird die unterstützende Vorgabe entsprechend eingeschränkt. Fachrechtlich zwingende Regelungen bleiben aber ohnehin unberührt.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit der geplanten Vorgabe im Regionalplan soll u.a. die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien unterstützt werden, entsprechend § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die geplante Vorgabe trägt – zusammen mit den andere klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Die Vorgabe ist zudem mit den Vorgaben des LEP NRW, insb. in Kapiteln 10.1 und 10.2, hinreichend vereinbar und ist auch aus diesem entwickelt. Die geplante Regionalplanvorgabe stellt dabei eine Konkretisierung der Grundsätze 10.1-1 und 10.1-2 des LEP NRW bzgl. des Ausbaus erneuerbarer Energien dar.

5.5.6 Kraftwerksstandorte

Der Steuerungsansatz bei raumbedeutsamen konventionellen Kraftwerken mit überwiegend fossilen Einsatzstoffen geht davon aus, dass nicht zuletzt angesichts der weitgehenden Liberalisierung der Energiemärkte und regional unterschiedlicher Rohstoffvorkomment kein Erfordernis besteht, die Standorte von Kraftwerken eng auf den regionalen Bedarf abzustimmen. Dem trägt die Regionalplanung dadurch Rechnung, dass auf eine abschließende Standortplanung für konventionelle Kraftwerke verzichtet werden soll. Dieser Grundansatz wurde bereits bei der 49. Änderung des GEP99 verfolgt, auf der die hiesigen Regelungen sehr eng aufbauen.

Gleichzeitig sind konventionelle Kraftwerke mit überwiegend fossilen Einsatzstoffen aufgrund des Emissionsverhaltens und des Ansatzes der Belastungsbündelung zweckmäßiger Weise in geeigneten GIB zu errichten (zumal dort oft auch Prozesswärme/Wärmeabnehmer sind), zumindest sofern sie zu erheblichen Belästigungen führen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass es in der hiesigen Region viele GIB gibt (Alternativenbetrachtung). Ferner gibt es hier weniger starke Argumente für Standorte im Freiraum, als bei vielen regenerativen Energieformen. Dem tragen die entsprechenden geplanten Vorgaben Rechnung. Dies bedeutet nicht, dass entsprechende Kraftwerke in jedem GIB und überall in GIB zulassungsfähig sind. Fachrechtliche oder bauleitplanerische Zulassungshindernisse bleiben unberührt, wie bei anderen Nutzungen in GIB auch. Dennoch bestehen mit dem geplanten Ziel Z1 substantielle Möglichkeiten der Errichtung entsprechender Kraftwerke und auch § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 5 ROG wird Rechnung getragen.

Die geplante Zielvorgabe in Z1 soll gegenüber der bisherigen Fassung des Ziels 1 in Kap 3.9 des GEP99 auch deutlicher machen, dass hier Kraftwerke mit überwiegend fossilen Einsatzstoffen gemeint sind (wobei bereits berücksichtigt wird, dass konventionelle Kraftwerke mit fossilen Einsatzstoffen zum Teile unterrangig auch regenerative Energien einsetzen). Dies ergibt und ergab sich aber auch bisher u.a. daraus, dass für ganze oder überwiegend auf regenerativer Basis betriebene Anlagen – wie die Windkraftnutzung - gesonderte Vorgaben gelten. Gegenüber der Fassung des 2. Entwurfes des RPD-NRW wurde hier durch die Änderung Beginns von Z1, Satz 1 noch deutlich gemacht, dass es raumordnerisch um Standortfragen geht.

Auf das bisherige Ziel 1 Abs. 2 aus Kap. 3.9 des GEP99 „*Die mit einem Symbol für Kraftwerke und einschlägige Nebenanlagen überlagerten GIB dienen der Unterbringung von Kraftwerken und ihren einschlägigen Nebenbetrieben und sind von konkurrierenden Nutzungen freizuhalten. Es handelt sich um eine Angebotsplanung*.“ wird verzichtet. Denn dies ergibt sich bereits aus der Legende und der zugehörigen Planzeichendefinition. Es handelt sich also im Kern um eine redaktionelle Straffung, aber nicht um eine inhaltliche Änderung im Vergleich zu GEP99.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Einzugehen ist jedoch auf inhaltliche Aspekte: Eine ausschließliche Nutzung für Kraftwerkszwecke soll bei den mit dem entsprechenden Symbol dargestellten Bereichen abgesichert werden – ohne dass diese im Sinne etwaiger Eignungsgebiete die einzigen für die Errichtung von Kraftwerken möglichen GIB sind (nur innergebietlicher Vorrang). Hier geht es bei den Standorten heutiger Braunkohlekraftwerke in Grevenbroich unter anderem um den direkten Flächenbezug zu Bereichen für den Braunkohlenabbau und die entsprechende regionale Bedeutung, die abgesichert werden soll. Ebenso soll dies der insb. aus Gründen des Flächensparens, der Infrastrukturauslastung und der Belastungsbündelung anzustrebenden Einbindung der Großstandorte in umgebende Infrastrukturen (Leitungen, Verkehrsanbindung, ggf. Wärmenutzung) Rechnung tragen und es soll Planungssicherheit geschaffen werden. Die Argumente des letztgenannten Satzes gelten auch für die Darstellung „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ außerhalb von Grevenbroich.

Statt der bisherigen Zielaussagen zu Altanlagen, Wärmeauskopplung und Fernwärmesysteme in Ziel 1 in Kap 3.9 des GEP99 sind neue Grundsatzvorgaben vorgesehen, um den Durchsetzungs- und Regelungsmöglichkeiten und der Komplexität der Themen besser Rechnung zu tragen und den Vorgabenadressaten mehr Flexibilität einzuräumen. Zumindest entsprechende Grundsatzvorgaben sollen aber in den Regionalplan aufgenommen werden, da dies zur Erhöhung der Energieeffizienz beiträgt und damit auch zur Ressourcenschonung (inkl. Reduktion von Raumnutzungskonflikten beim Abbau energetischer Rohstoffe), zur Verringerung des Raumbedarfs für Energieanlagen (Vermeidung von korrespondierenden Raumnutzungskonflikten andernorts) und zum Klimaschutz. Die Sonderregelung für die Braunkohlenkraftwerke ist dabei durch den ansonsten bestehenden hohen Transportaufwand und die Rücksichtnahme auf vorhandene Standortstrukturen begründet.

Gleichzeitig soll die Priorisierung von Altstandorten dazu beitragen, dass weniger bisher baulich unbelasteter Freiraum für entsprechende Zwecke – inkl. zugehöriger Infrastruktur in der Umgebung – in Anspruch genommen werden muss und vorhandene Komplementärinfrastruktur weiter genutzt werden kann.

Im Kontext des in G1 verwendeten Begriffs Fernwärme ist auch auf den Begriff Nahwärme einzugehen: Zwar sind die Begriffe Nah- und Fernwärme im Sprachgebrauch gängig, aber rechtlich ist die Unterscheidung kritisch. Der BGH formulierte in einem Urteil vom 25.10.1989, VIII ZR 229/88 (Leitsatz) z.B.: „Wird aus einer nicht im Eigentum des Gebäudeeigentümers stehenden Heizungsanlage von einem Dritten nach unternehmenswirtschaftlichen Gesichtspunkten eigenständig Wärme produziert und an andere geliefert, so handelt es sich um Fernwärme. Auf die Nähe der Anlage zu dem versorgten Gebäude oder das Vorhandensein eines größeren Leitungsnetzes kommt es nicht an.“ Vor diesem Hintergrund wird hier nur der Begriff Fernwärme genutzt und in den Erläuterungen definiert. Allerdings kommt es dabei regionalplanerisch und gemäß der entsprechenden Definition in den Erläuterungen nicht darauf an, ob die Wärme im Sinne der vorstehenden BGH-Entscheidung „nach unternehmenswirtschaftlichen Gesichtspunkten eigenständig produziert und an andere geliefert“ wird oder nicht und wer Eigentümer ist.

Ergänzend anzumerken ist, dass Ziel 2 „*Für eine nachhaltige Energienutzung Fernwärmesysteme ausbauen und Energie verbrauchernah erzeugen*“ aus Kap. 3.9 des GEP99 ansonsten ersatzlos gestrichen wird. Dies liegt darin begründet, dass der LEP NRW hier eine Vorgabe vorsieht, die diese Inhalte des GEP99 hinreichend ersetzt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den geplanten Vorgaben wird § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 5 ROG Rechnung getragen (räumliche Erfordernisse für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung), wobei bezüglich der Ermöglichung fossiler Kraftwerke bei diesen geplanten regionalplanerischen Vorgaben die Aspekte der betriebswirtschaftlichen Kostengunst und der Versorgungssicherheit im Vordergrund stehen und weniger die Umweltverträglichkeit. Insbesondere über die auf eine Effizienzerhöhung zielenden geplanten Grundsatzvorgaben wird zudem § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 7 und 8 ROG Rechnung getragen (Klimaschutz und sparsame Energienutzung). Die geplante Priorisierung von Altstandorten steht im Einklang mit Freiraumschutzaspekten in § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 3 ROG. Auch ansonsten steht sie mit dem ROG im Einklang.

Die Vorgaben sind zudem mit den Vorgaben des – ohnehin zusätzlich geltenden – LEP NRW, insb. in Kapitel 10.3, vereinbar und sind aus diesem entwickelt. Dabei ist anzumerken, dass das Ziel des LEP NRW 10.3-1 „Neue Kraftwerksstandorte im Regionalplan“ die Aussage enthält, dass Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen mit der Zweckbindung Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten sind. Auch der Regionalplan beschränkt im Entwurf von Ziel 1 entsprechende Kraftwerke nicht auf diese Bereiche mit einer Zweckbestimmung. Die Regionalplanvorgaben G1 und G2 im RPD wiederum entsprechen von der Denkrichtung her dem Grundsatz 10.3.2 des LEP NRW. Sie sind aber dessen ungeachtet nötig, da Grundsatz 10.3-2 sich nur auf die im Regionalplan festzulegenden Bereiche beschränkt, regionalplanerisch aber eine weitergehende Steuerung für nachfolgende Planungsebenen als Konkretisierung sinnvoll ist. Die geplante Regionalplanvorgabe G3 wiederum greift Aspekte des Flächenschutzes und der Nutzung vorhandener Infrastruktur auf, die auch in den Grundsätzen 10.3-2 und 10.3-3 des LEP NRW enthalten sind – ohne dass G3 dadurch obsolet ist.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

6. KOMPLETT WEGFALLENDE TEXTLICHE DARSTELLUNGEN

6.1 GEP99 1.2 Ziel 2 Regional bedeutsame Wohnstandorte konzentriert nutzen

Die im Ziel 2 Kap. 1.2 des GEP99 enthaltenen Festlegungen sollen nicht mehr Gegenstand des neuen Regionalplanes werden, weil es die regionale Wohnbaulandverteilung in dem neuen Regionalplan über das Flächenranking In und Um Düsseldorf erfolgt ist. Interkommunale Kooperationen bei der Wohnungsbauentwicklung haben in der Vergangenheit nicht stattgefunden; deshalb hat sich eine regionalplanerische Regelung hierzu erübrigt. Der bisherige Fokus auf schienengebundene Standorte und deren zügigen Entwicklung findet sich in dem G2 des Kapitels „3.2.1 Nachhaltiges Wachsen in den Allgemeinen Siedlungsbereichen“ wieder.

6.2 GEP99 1.2 Ziel 4 Großflächige Einzelhandelsbetriebe standortmäßig und zentralörtlich einpassen

Die im Ziel 4 Kap. 1.2 des GEP99 enthaltenen Festlegungen sollen aus nachfolgenden Gründen nicht in den neuen Regionalplan übernommen werden:

Die Vorgabe, dass Gebiete für Einkaufszentren, großflächige Einzelhandelsbetriebe und sonstige Handelsbetriebe im Sinne von § 11 Abs. 3 der BauNVO nur in Allgemeinen Siedlungsbereichen geplant werden dürfen, ist nach wie vor wichtig und als raumordnerisches Ziel haltbar. Diese Zielvorgabe wird jedoch auch bereits durch den LEP NRW ausgedrückt. Damit der Regionalplan seine Aufgabe als konkretisierendes Instrument der landesplanerischen Vorgaben erfüllen kann und um eine unnötige Doppelung der Regelungen zu vermeiden, wird diese Festlegung nicht in den Regionalplan übernommen.

Der im GEP99 geforderte Abgleich des Vorhabens mit seiner zentralörtlichen Versorgungsfunktion unter Bezugnahme auf die Kaufkraftbindung und den Versorgungsbereich des Standortes ist in dieser Form zu unbestimmt und lässt eine verlässliche Prüfung dieser Vorrausetzung nicht zu. Überdies passt diese Vorgabe nicht zu dem auf Ebene der Landesplanung vorgegebenen Regelungskanon. Dieser fokussiert sich auf den Schutz zentraler Versorgungsbereich durch die Formulierung von Beeinträchtigungsverboten anderer zentraler Versorgungsbereiche. Deshalb ist ein Festhalten an der alten regionalplanerischen Regelung nicht zielführend.

Die im GEP99 geforderte räumliche und funktionale Zuordnung zu den bauleitplanerisch dargestellten Siedlungsschwerpunkten ist ebenso nicht mehr adäquat anwendbar. Die Darstellung von Siedlungsschwerpunkten im Flächennutzungsplan ist in Nordrhein-Westfalen nicht mehr zwingend erforderlich. Der Erlass „Siedlungsschwerpunkte und die Berücksichtigung landesplanerischer Dichteangaben“ (RdErl. des Innenministers vom 05. August 1976) wurde im Zuge der Erlassbereinigung von 2003 aufgehoben. Überdies geht mit der Bestimmung der Siedlungsschwerpunkte keine klare räumliche Abgrenzung einher, die eine zielgerichtete Vorgabe an die Bauleitplanung anhand einer raumordnerischen Regelung erlauben würde.

6.3 GEP99 2.3 Ziel 1 Nr. 5 Den Wald schützen – Eingriffe vermeiden oder ausgleichen

GEP99 2.3 Ziel 1 Nr. 5 des GEP99 zur möglichen Verzicht auf von Wiederaufforstungen bei Festsetzungen des Landschaftsplans in Waldbereichen soll nicht in den RPD übernommen werden, da hiermit lediglich eine fachrechtliche Regelung wiedergegeben wurde: (Land-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

schaftsplanung - RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft – IV B 4 – 1.06.00 v. 09.09.1988, Nr. 4.4): „Der Träger der Landschaftsplanung hat gemäß den Zielen und Grundsätzen des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§§ 1 und 2 BNatSchG) die für die Umwandlung von Wald nach §§ 39 und 40 LFoG vorgeschriebene Abwägung entsprechend vorzunehmen.

6.4 GEP99 3.4 Ziel 4 Das Regionalschnellbusnetz aufbauen

Ziel 4 im Kapitel 3.4 des geltenden Regionalplans (GEP99) enthält Vorgaben für den Schnellbusverkehr. Es äußert sich zu Netzergänzungen, zur Anbindung von Siedlungsbereichen, Angebotsausgestaltungen sowie zur Vermeidung von Parallelverkehren zwischen Schiene und Straße und fordert einen Vorrang des Busverkehrs gegenüber dem Individualverkehr. Es bringt damit verkehrsplanerisch sinnvolle Überlegungen zum Ausdruck. Es ist dennoch vorgesehen, diese Vorgaben aus dem geltenden Regionalplan nicht zu übernehmen, da davon ausgegangen wird, dass die Ausgestaltung der Busverkehre zum Aufgabenspektrum der Nahverkehrspläne der Kreise und kreisfreien Städte gehört und in angemessener Weise durch diese erfolgen kann. Insofern wird hierfür kein raumordnerischer Regelungsbedarf mehr gesehen.

6.5 GEP99 3.7 Ziel 1 Schutz vor Fluglärm (Landesentwicklungsplan – Textliche Darstellung)

Der LEP NRW fordert in Ziel 8.1-7, dass die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz vor Fluglärm in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen sind. Die textlichen Darstellungen des LEP IV zu in den einzelnen Lärmschutzzonen zulässigen Satzungen und bauleitplanerischen Festsetzungen sind in Ziel 8.1-7 nicht mehr enthalten. Der LEP reagiert damit auf die neueren Regelungen des FluLärmG, welches Vorgaben für in den Schutzzonen zulässige Nutzungen bereits auf gesetzlicher Ebene enthält. Vor den Hintergrund des Verzichts auf die voranstehend genannten Ausführungen im LEP NRW und vor dem Hintergrund der entsprechenden Inhalte des FluLärmG kann auch das Ziel 1 entfallen.

6.6 GEP99 3.7 Ziel 2 Den internationalen Verkehrsflughafen Düsseldorf wettbewerbsfähig ausbauen

Die in Ziel 4 angesprochenen Ausbauprojekte wurden überwiegend realisiert (Flughafenbahnhof, Lärmkontingentierung). Vergleichbare Projekte könnten im Übrigen zukünftig auf Grundlage der Luftverkehrskonzeption NRW mit Instrumenten der Fachplanung bearbeitet werden. Insofern wird für die Inhalte des Ziels 4 kein raumordnerischer Regelungsbedarf mehr gesehen.

6.7 GEP99 3.7 Ziel 3 Durch den Regionalflughafen Mönchengladbach den internationalen Verkehrsflughafen Düsseldorf entlasten

Das Ziel 3 kann entfallen, weil eine Entlastung des Verkehrsflughafens Düsseldorf aufgrund der infrastrukturellen und technischen Ausstattung und der Lage des Flugplatzes Mönchengladbach in der Haupteinflugschneise des Flughafens Düsseldorf nicht darstellbar ist. Eine geplante Erweiterung des Flugplatzes Mönchengladbach wurde im September 2005 vom Regionalrat abgelehnt, u. A. weil ein Bedarf hierfür wegen der Nähe zu den Flughäfen Düsseldorf und Weeze nicht festgestellt werden konnte. Auch die Luftverkehrskonzeption NRW 2010 stellt fest, dass ein weiterer Ausbau der Infrastruktur des Verkehrslandeplatzes Mön-

Stand: Unterlagen zum 2. Aufstellungsbeschluss

chengladbach aufgrund der Lagebeziehung zum Verkehrsflughafen Düsseldorf und insbesondere der An- und Abflugrouten zueinander nicht favorisiert wird.

6.8 GEP99 3.7 Ziel 5 Fliegerische Option für den Militärflugplatz Brüggen offenhalten

Das Ziel 5 kann entfallen, weil eine zukünftige fliegerische Option nicht mehr beabsichtigt wird. Die fliegerische Nutzung durch Strahlflugzeuge wurde 2001 eingestellt; bis 2009 wurde die Fläche noch von britischen Militärhelikoptern genutzt. Zur Konversion des Flugplatzes wurde in Planungswerkstätten ein Nachnutzungskonzept unter Beteiligung der Region entwickelt, welches eine Nachnutzung als Freiraum und Siedlungsraum sowie die Nutzung von Windenergie vorsieht.

6.9 GEP99 3.11 Ziel 1 Abfall vermeiden und vermindern, Abfall verwerten

Das Ziel kann entfallen, da lediglich im Fachrecht fest verankerte Prinzipien nachvollzogen werden. Zur Vermeidung von Doppelungen wird das Ziel gestrichen.

6.10 GEP99 3.11 Ziel 2 Standorte für Abfallentsorgungsanlagen langfristig sichern

Die Aussagen zur Abfallbeseitigung drücken lediglich grundsätzliche und fachrechtlich verankerte Prinzipien der Abfallwirtschaft aus. Sie stellen somit eine Doppelung fachrechtlicher Aussagen dar und können als regionalplanerische Vorgaben entfallen.

Die Sicherung der im Regionalplan zeichnerisch dargestellten Standorte ist über die Darstellung als Vorranggebiete – sowie die entsprechende Bezeichnung in der LPlG-DVO – gewährleistet. Die Aussage stellt somit eine Doppelung zur LPlG-DVO dar und kann an dieser Stelle entfallen.

6.11 GEP99 3.11 Ziel 4 Siedlungsabfallentsorgung durch regionale Kooperationen weiter optimieren

Auf Grundlage europarechtlicher Regelungen wird die Nutzung der einzelnen Einrichtungen zur Siedlungsabfallentsorgung mittlerweile zunehmend über Ausschreibungen bzw. Preisgestaltungen geregelt. Die Forderung einer teilräumlichen Kooperation ist auf Ebene des Regionalplans daher nicht mehr sinnvoll und auch nicht möglich. Etwaige Aussagen zur Zusammenarbeit von Einrichtungen der Abfallbehandlung oder –entsorgung können außerdem über die Abfallwirtschaftspläne getroffen werden.

6.12 GEP99 3.13 Aufschüttungen und Ablagerungen Alternative Verwendung von Bergematerial fördern und Aufhaldungen begrenzen

Das Ziel kann entfallen, weil es im Planungsraum Düsseldorf durch Wegfall der zum RVR-Gebiet gehörenden Kommunen nicht mehr zu einem Anfall bzw. zur Aufhaldung von Bergematerial kommt.

6.13 GEP99 3.10 Wasserwirtschaft Heisinger Aue

Das Ziel kann entfallen, weil der Kläranlagenstandort in der Heisinger Aue nicht mehr im Planungsraum Düsseldorf liegt, sondern im RVR-Gebiet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7. GRAPHISCHE DARSTELLUNGEN (INKL. BK)

Vorbemerkung: Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.

Darüber hinaus wird verwiesen auf den Anhang 3 der Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung gemäß Regionalratsbeschluss vom 18.09.2014. Letztere Fassung der Begründung mit dem damaligen Anhang 3 ist einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016 (ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten).

7.1 Siedlungsraum

Das Konzept zu Siedlungsbereichsdarstellungen hat als grundlegendes Ziel, eine nachhaltige Siedlungsentwicklung zu erreichen, die den wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Belangen gerecht wird. Es sollen gute siedlungsstrukturelle Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden und es sollen natürliche Ressourcen geschützt werden. Für alle Menschen soll ein angemessenes und differenziertes Angebot an Wohnungen in Zukunft bereitgestellt werden und es sollen Einrichtungen der Daseinsvorsorge für Menschen in zumutbarer Entfernung erreichbar sein. Die Zielsetzungen stehen im Einklang mit dem LEP NRW und dem Raumordnungsgesetz. Plakativ sind diese Zielsetzungen in den Leitlinien zur Erarbeitung des RPDs dargelegt: „Die zukünftige Siedlungsentwicklung in der Planungsregion Düsseldorf soll den demographischen Herausforderungen Rechnung tragen. Die Regionalplanung hat dabei das Ziel, dass sich kompakte Siedlungsstrukturen mit belebten Zentren und einer leistungsfähigen Nahversorgung weiter entwickeln können. Dazu sollen auch entsprechende sektorale Zielsetzungen zum Verkehr und Einzelhandel beitragen. Denn kompakte Städte mindern nicht nur zu Gunsten von Belangen wie der Landwirtschaft den „Verbrauch“ von Freiraum. Kompakte Siedlungsformen erlauben auch bessere Erreichbarkeiten, die gerade im Hinblick auf eine alternde Gesellschaft wichtig sind“ (vgl. Basisleitlinie, siehe darüber hinaus die zwei Leitlinien 1.2.-1.4). Die hier wiedergegebenen Zielsetzungen sind konzeptionelle Ausgangspunkte für die Darstellung der Siedlungsbereiche im Bereich Wohnen und Gewerbe.

7.1.1 Planzeichen a) Allgemeine Siedlungsbereiche

Die ASB dienen der vorrangigen Unterbringung von Flächen für Wohnen, wohnverträgliches Gewerbe, Wohnfolgeeinrichtungen, öffentliche und private Dienstleistungen, siedlungszugehörige Grün-, Sport-, Freizeit- und Erholungsflächen. Damit steuert die Darstellung hauptsächlich die kommunale Wohnsiedlungsentwicklung.

Im zeichnerischen Teil des Regionalplans sind ASB dargestellt, die schon als ASB genutzt werden – im folgenden Bestands-ASB genannt – und welche, die aufgrund ihrer Darstellung ein Potential für eine zukünftige Entwicklung darstellen. Zu letzterem gehören zum einen die schon im GEP99 vorhandenen Reserveflächen – soweit sie im neuen Regionalplan übernommen wurden – und die neudargestellten Allgemeinen Siedlungsbereiche. Grundsätzlich wurden alle bisher nicht durch Flächennutzungsplanung in Anspruch genommenen ASB-Darstellungen (sogenannte Siedlungspotentiale) und Neudarstellungswünsche alle gleicher-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

maßen erneut geprüft und geplant (siehe hierzu insbes. Vertrauensschutz). Alle Flächen, die bereits durch die Flächennutzungsplanung in Anspruch genommen worden sind, wurden im Zuge der Planerarbeitung in der Regel als Flächen bewertet, die für die Gemeinden und Städte als kurzfristiges Entwicklungspotenzial gelten. Hier wurde in der Regel eine höhere Gewichtung angenommen, da die Kommunen schon Entwicklungsschritte unternommen haben können. In einigen Einzelfällen jedoch stellten solche Flächennutzungsplandarstellungen ältere, oft auch schon durch die Gemeinde selbst verworfene Planungen da, die sich im Rahmen der Erarbeitung des RPDs als so genannte Planungsleichen herausstellten. Solche Allgemeinen Siedlungsbereiche wurden wieder zum Teil als Freiraum dargestellt. Dies bedeutet für die zukünftige Bauleitplanung, dass hier ein Planungserfordernis zur Zurücknahme der Flächennutzungsplanreserve besteht. Eine Entwicklung eines Bebauungsplanes aus einer solchen Flächennutzungsplandarstellung würde den Zielen der Regionalplanung widersprechen.

7.1.1.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) beibehaltene Allgemeine Siedlungsbereiche

Die bestehenden ASB aus dem GEP99, in denen keine Siedlungspotentiale mehr gesehen werden, wurden durch die Erarbeitung des RPDs nicht Infrage gestellt, sondern aufgrund des vorhandenen Siedlungsbestandes ist die Darstellung begründet. Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[2]

7.1.1.2 Redaktionelle Änderungen

Im Regionalplanentwurf sind im Abgleich zum GEP99 verschiedene redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. Diese redaktionellen Änderungen erzeugen keine neuen Siedlungsentwicklungspotenziale, sondern passen die zeichnerische Darstellung nur an die real vorhandenen Gegebenheiten an. Hierbei kann es sich gleichermaßen um neue Darstellungen oder Rücknahmen handeln, die aber keine weitere Konsequenz für die Bauleitplanung hat. Solche redaktionellen Änderungen in Form von Rücknahmen können sich beispielsweise ergeben, wenn sich an den Rändern des Allgemeinen Siedlungsbereiches für den Naturschutz fachlich wertvolle Bereiche entwickelt haben, die auch für eine weitere Bauleitplanung eine zu große Hürde darstellen und somit ohnehin nie als Siedlungspotenzial gewertet waren. Das bedeutet, dass diese redaktionellen Änderungen keine Berücksichtigung in der späteren Bilanzierung von planerisch gesicherten Reserven und Bedarf haben (siehe hierzu Kap. 7.1.1.6).

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[2] Darüber hinaus wird verwiesen auf den Anhang 3 der Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

7.1.1.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Allgemeine Siedlungsbereiche

Das Ziel 6.1-1 im LEP NRW hält die Regionalplanung dazu an, bisher für Siedlungszwecke vorgehalten Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht, wieder dem Freiraum zuzuführen, sofern sie noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt sind. In einigen Kommunen stellte sich aufgrund der Bedarfsberechnung im Zuge der Erarbeitung des RPDs heraus, dass sie über Siedlungsbereiche aus dem GEP99 verfügen, die über den Bedarf hinausgehen. Im Abgleich mit allen räumlichen Überlegungen, die in den folgenden Unterpunkten gemacht werden, wurden einige Allgemeine Siedlungsbereiche aus dem Plan herausgenommen. In den meisten Fällen handelt es sich hierbei um einen Tausch von Siedlungsbereichsflächen.

7.1.1.4 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neudargestellte Allgemeine Siedlungsbereiche

Die Darstellung der Allgemeinen Siedlungsbereiche ist in einer Form erfolgt, die es der kommunalen Bauleitplanung ermöglichen soll,

- Siedlungsentwicklung auf Schwerpunkte zu konzentrieren,
- innerhalb der Siedlungsstruktur eine effiziente und kostengünstige Infrastrukturversorgung zu gewährleisten,
- an geeigneten Standorten in einem ausreichenden Umfang die Ausweisung von Flächen für Wohngewerbe und Industrie vorzunehmen,
- und dabei im Sinne eines nachhaltigen zukunftsweisenden Flächenmanagements Konversion und Brachflächen angemessen zu berücksichtigen.

Hinzu sollen kompakte und flächensparende Siedlungsstrukturen und Bauformen gefördert und die Möglichkeiten des Umbaus und der Modernisierung von bestehender Siedlungsstruktur mitsamt ihren Wohnungen und Gebäuden stärker genutzt werden.

Ein solches komplexes Bündel von Maßnahmen und Planungen ist nicht mit der alleinigen zeichnerischen Darstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen in einen Regionalplan im Maßstab 1:50.000 zu erreichen, sondern es sind entsprechende textliche Ziele und Grundsätze formuliert worden, wie diese Allgemeinen Siedlungsbereiche durch die Bauleitplanung und die sonstige städtische Flächenentwicklung ausgestaltet werden sollen. Deshalb wirken die zeichnerischen und textlichen Ziele zu den ASB im Verbund miteinander. Sie sind so konzipiert, dass mit den textlichen Darstellungen die Ausgestaltung der ASB-Bereiche von den Kommunen so vorgenommen werden kann, dass die skizzierte Zielvorstellung erreichbar ist.

Die Abwägung und Konzeptionierung zur zeichnerischen Darstellung geschieht auf verschiedenen Ebenen und bezieht alle notwendigen Fachbelange mit in die Abwägung ein. Im Fokus der planerischen Abwägung der zeichnerischen Darstellung stehen fünf iterative Prüfbereiche, die vor allem zwei Fragen immer im Verbund miteinander beantworten:

Erstens, in welcher Größe benötigen die einzelnen Kommunen (sogenannter kommunaler Bedarf) allgemeine Siedlungsbereiche?

Zweitens, wo – sprich an welchen Standorten – kann dieser Bedarf abgedeckt werden?

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Das heißt es geht zum einen um die Frage nach der Dimensionierung der Siedlungspotentiale und zum anderen um die standörtliche Entscheidung. Zur Beantwortung werden fünf iterative Betrachtungen vorgenommen:

- Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche (7.1.1.5),
- Bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung (7.1.1.6),
- Kommunale Entwicklungsabsichten und kommunale Entwicklungspfade / Vertrauensschutz (7.1.1.7),
- Kleinräumige Infrastrukturausstattung und deren Erreichbarkeit (7.1.1.8),
- Restriktionsfreie Bereiche (7.1.1.9).

Diese Menge an Kriterien wird nicht nach einem linearen Prüfschema wie nach einer kategorischen Ausschlussmethode abgearbeitet, bei dem Raum und die betrachteten Flächen immer stärker eingeschränkt werden. In der iterativen Anwendung kommt vielmehr zum Ausdruck, dass bei den planerischen Abwägungen alle Kriterien in Bezug zueinander gestellt werden und dass bestimmte Kriterien in Kombination mit anderen Kriterien zu einer negativen Standortbewertung, in einer anderen Kombination aber zu einer positiven Bewertung führen.

In den folgenden Unterpunkten werden die Kriterien in den einzelnen inhaltlichen Bereichen noch einmal näher beleuchtet, um dann folgend (Kap.7-1.11) darzustellen, wie die einzelnen Kriterien in der Abwägung zu einander stehen.

7.1.1.5 Ausrichtung auf die zentralörtlich bedeutsamen Allgemeinen Siedlungsbereiche

Das siedlungsräumliche Konzept, welches in der zeichnerischen Darstellung des Regionalplans zum Ausdruck kommt, bezieht sich auf die im LEP NRW dargestellte Gliederung der zentralen Orte. Sie wurde im Rahmen der Bedarfsberechnung einbezogen, so dass zunächst über die stärkere Berücksichtigung der Mittel- und Oberzentren eine Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf das System der zentralen Orte gegeben ist (siehe Kapitel zur Bedarfsberechnung Kap. 7.1.1.6). Darüber hinaus wurde die Siedlungsentwicklung in den Gemeinden auf solche Allgemeine Siedlungsbereiche ausgerichtet, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (so genannte zentralörtlich bedeutsame Allgemeine Siedlungsbereiche), weil die Auslastung und Tragfähigkeit der vorhandenen und der neu zu planenden technischen und sozialen Infrastrukturen ein wesentlicher Belang für die weitere Siedlungsentwicklung ist. Bevölkerungsrückgänge in Teilregionen können zu deren Unterauslastung mit gravierenden Folgen für die Funktionsfähigkeit, die Wirtschaftlichkeit und die Gebührenentwicklung führen. Daher ist es erforderlich, die insgesamt geringer werdenden siedlungsräumlichen Entwicklungsbedarfe auf zukunftsfähige Siedlungsbereiche auszurichten, die über ein räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen (zentralörtlich bedeutsame ASB- ZASB). Um solche Standorte zu finden, wurden zunächst auf einer ganz groben Betrachtungsebene die zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereiche entsprechend den Vorgaben des Landesentwicklungsplans herausgefiltert. Gemäß dem LEP NRW G. 6.2-1 wurde bei der Planung zusätzlicher Siedlungspotentiale oder Übernahme bestehender regionalplanerischer Reserven geprüft, ob diese vorrangig an den zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereichen liegen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Bei den ZASB handelt es sich um ASB, die über ein „räumlich gebündeltes Angebot an öffentlichen und privaten Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen verfügen“ (siehe LEP NRW: G. 6.2-1). Durch eine Ausrichtung der in Zukunft stattfindenden Siedlungsentwicklung auf die ZASB soll die Grundversorgung der Bevölkerung in jeder Kommune langfristig gewährleistet werden. Die ZASB sind im Vorfeld einer Regionalplanerarbeitung in Abstimmung mit den Kommunen festzulegen und können im Regionalplan in einer Beikarte dargestellt werden (vgl. LEP NRW: Erl. zu G. 6.2-1).

Um solche ASB zu finden, die sich als mögliche ZASB eignen, wurden regionsweit Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen identifiziert und in einem Kartenwerk zusammengetragen. Zuerst wurden die Standorte von wichtigen Einrichtungen der Grundversorgung zusammengetragen und digitalisiert (siehe folgende Abbildung und Tabelle). Hierzu zählen:

Tabelle 7.1.1.5.1: Erhobene Einrichtungen

Bildungseinrichtungen
Kitas
Grundschulen (GS)
Hauptschulen (HS)
Realschulen (RS)
Gymnasien (Gym)
Gesamtschulen (Ges)
Sekundarschulen (Sek)
Waldorfschulen
Volksschulen
Förderschulen
Berufskollegs
Weiterbildungskollegs
Verkehr
S-Bahn- und Regionalbahnhaltestellen
U-Bahn-Stationen
Sportanlagen
Schwimmbäder (Frei- + Hallenbäder)
Sportplätze
priv. Versorgungseinrichtungen
Lebensmittelvollsortimenter
Discounter
Poststellen
Banken (=Geldautomaten+ Filialen)
Optiker
Reisebüros
Schuhläden
Bäckereien
öff. Versorgungseinrichtungen
Bürgerbüro
Jugendeinrichtungen
Büchereien + Bibliotheken
Gesundheitseinrichtungen
Hausärzte
Zahnärzte
Fachärzte
Apotheken
Krankenhäuser
Psychiatrien
Seniorenheime

Entw. u. Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Bei der Auswahl der zu erhebenden Einrichtungen dienten die im LEP NRW aufgezählten Kategorien als Orientierungshilfe. Demnach soll in den ZASB ein „vielfältiges und leistungsfähiges Angebot“ von Bildungs-, Kultur- und Verwaltungseinrichtungen sowie von Einrichtungen der medizinischen Betreuung sowie des Einzelhandels gegeben sein (Erl. zu G. 6.2-1). Ergänzend wurde der zentralörtliche Ausstattungskatalog in Anlage D des LEP I/II „Siedlungsstruktur“ von 1979 herangezogen. Dort werden als Mindestausstattung für Unter-, Mittel- und Oberzentren konkrete Einrichtungstypen wie Kindergärten, Grundschulen etc. benannt. Auf den im LEP I/II enthaltenen Festlegungen beruht das auch in den LEP NRW unverändert übernommene Zentrale Orte Konzept für NRW. Daneben wurden im Vorfeld der Datenerhebung zusätzlich Ausstattungskataloge aus anderen Bundesländern sowie Auflistungen von zentralörtlichen Ausstattungen aus der Fachliteratur gesichtet und auf bisher nicht in den Blick genommenen Einrichtungstypen hin untersucht.

Daraufhin wurde geprüft, ob und welche Einrichtungen in der hiesigen Region in den Siedlungsbereichen als typische Einrichtungen grundzentraler Ausstattung vorkommen, so dass schlussendlich ein regionalspezifischer Ausstattungskatalog für die zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereichen entstand. Zu diesen regionalspezifischen zentralörtlichen Ausstattungsmerkmalen gehören folgende Einrichtungen:

Tabelle 7.1.1.5.2: Regionsspezifische grundzentralörtliche Einrichtungen

Bildungseinrichtungen
Kitas
Grundschulen
Schulen mit Sek I (HS, RS, Gym, Ges, Sek)
Verkehr
S-Bahn- und Regionalbahnhaltestellen (ist nur bei der normativen Festlegung der ZASB als zusätzliches Argument herangezogen worden)
Sportanlagen
Schwimmbäder (Frei- + Hallenbäder)
Sportplätze mit Kampfbahn
priv. Versorgungseinrichtungen
Lebensmittelvollsortimenter
Discounter
Poststellen
Bankfilialen
Optiker
Reisebüros
öff. Versorgungseinrichtungen
Bürgerbüro
Gesundheitseinrichtungen
Hausärzte
Zahnärzte
Apotheken
Seniorenheime

Für die ausgewählten Standortdaten wurden anschließend mit einer an die Kern-Dichte-Analyse (vgl. bspw. Schräpler 2009) angelehnten Methode Infrastrukturcluster mit einer hohen Vielfalt von grundzentralen Einrichtungen regionsweit einheitlich sichtbar gemacht (Abb. 7.1.1.5.1). Hierbei war wichtig, dass auch kleinen Agglomerationen mit wenigen, aber dafür vielen unterschiedlichen Einrichtungen ein ausreichend hohes Gewicht eingeräumt wurde. Für die ermittelten Clusterflächen wurden anschließend die jeweils vorhandenen Einrichtungen qualitativ und quantitativ ausgezählt (Abb. 7.1.1.5.2). Sofern in einem Cluster die unter-

Entwurf, Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

schiedlichen erhobenen Einrichtungen weitestgehend enthalten waren, wurde davon ausgegangen, dass eine adäquate Grundversorgung der Bevölkerung gewährleistet ist. In diesen Fällen wurde für das Cluster von einer „zentralörtliche Bedeutsamkeit“ ausgegangen und die Eignung als potentieller Kernbereich eines ZASB unterstellt. Die gewählte Vorgehensweise, bei der die zentralörtliche Funktion von Kommunen oder Ortsteilen auf Basis einer Auszählung der vorhandenen Einrichtungen bestimmt wird, gehört seit langem zu den Standardmethoden der Zentralitätsforschung (vgl. Heinritz 1979). In den letzten Jahren wurde dieser Ansatz bspw. als Teilaspekt bei der Ausweisung von zentralen Orten in anderen Bundesländern verwendet (vgl. bspw. Forschungsgruppe Regionalökonomie 2012; LEP Sachsen 2013).



Abb. 7.1.1.5.1: Mit Hilfe einer Kern-Dichte-Analyse visualisierte Infrastrukturcluster

Insgesamt ergab sich für die Region Düsseldorf, dass in der Regel jede Kommune über ein Cluster innerhalb eines ASB verfügt, dass den Anforderungen an einen ZASB-Kern entsprechend den Vorgaben des LEP NRW genügt. Lediglich in einigen kleinen Kommunen war festzustellen, dass die für eine ZASB-Darstellung notwendigen Versorgungseinrichtungen nicht vollständig innerhalb eines Clusters konzentriert waren, sondern innerhalb des Gemeindegebietes auf einen zweiten ASB oder sonstige Ortsteile verteilt sind. In diesen Fällen wurde dennoch der vorhandene bzw. einer der vorhandenen ASB als potenzieller ZASB vorgemerkt, da gemäß LEP NRW in jeder Kommune mindestens ein ZASB festzulegen ist. In diesem Bereich sollte „langfristig mindestens die Tragfähigkeit für Einrichtungen der Grundversorgung gewährleitet sein“ (LEP NRW: Erl. zu G. 6.2-1).

Kommune	Cluster	Kita	Grundschule	Schule Sek I	Bürgerbüro	Sportplatz mit Kampfbahn	Bad	Altenheim	Arzt	Zahnarzt	Apotheke	Lebensmittler	Discounter	Bankfiliale	Post	Optiker	Reisebüro	SPNV-Halt	**Gesamtanzahl** (o. SPNV)	**Anz. untersch. Einr.**	**Untersch. Einr. (in %)**
Korschenbroich	Korschenbroich	✓ 3	✗ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✓ 10	✓ 7	✓ 3	✓ 3	✓ 2	✓ 3	✓ 1	✓ 1	✓ 3	✓ 1	42	15	94
Korschenbroich	Korschenbroich-Kleinenbroich	✓ 4	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 7	✓ 4	✓ 2	✓ 1	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 1	34	15	94
Korschenbroich	Korschenbroich-Glehn	✓ 3	✗ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✓ 4	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	19	11	69
Kranenburg	Kranenburg	✓ 3	✗ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✗ 0	20	14	88
Krefeld	Krefeld	✓ 51	✓ 14	✓ 14	✓ 3	✓ 3	✓ 2	✓ 14	✓ 99	✓ 96	✓ 37	✓ 14	✓ 19	✓ 20	✓ 11	✓ 18	✓ 24	✓ 1	439	16	100
Krefeld	Krefeld-Hüls	✓ 4	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 10	✓ 7	✓ 5	✓ 2	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 3	✗ 0	45	16	100
Krefeld	Krefeld-Uerdingen	✓ 8	✓ 3	✓ 4	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 14	✓ 10	✓ 7	✓ 1	✓ 4	✓ 4	✓ 2	✓ 3	✓ 3	✓ 1	68	16	100
Krefeld	Krefeld-Fischeln	✓ 6	✓ 2	✓ 3	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 8	✓ 13	✓ 4	✓ 1	✓ 3	✓ 3	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✗ 0	52	16	100
Krefeld	Krefeld-Bockum	✓ 4	✗ 1	✗ 0	✓ 1	✗ 0	✓ 2	✓ 1	✓ 6	✓ 7	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	31	14	88
Krefeld	Krefeld-Elfrath	✓ 3	✗ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 4	✓ 2	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 2	✗ 0	23	13	81
Krefeld	Krefeld-Traar	✓ 2	✗ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✓ 5	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	18	12	75
Krefeld	Krefeld-Oppum	✓ 6	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	✓ 8	✓ 5	✓ 2	✓ 1	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✓ 1	32	11	69
Krefeld	Krefeld-Lindental	✓ 2	✓ 2	✗ 0	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	✓ 4	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	15	10	63
Krefeld	Krefeld-Linn	✓ 3	✗ 1	✗ 0	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	✓ 6	✓ 4	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✓ 1	22	10	63
Langenfeld	Langenfeld	✓ 14	✓ 5	✓ 5	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 3	✓ 26	✓ 27	✓ 10	✓ 5	✓ 4	✓ 8	✓ 2	✓ 5	✓ 12	✓ 1	130	16	100
Langenfeld	Langenfeld-Richrath	✓ 6	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	✓ 1	✓ 6	✓ 3	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	27	13	81
Meerbusch	Meerbusch-Büderich	✓ 8	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✓ 13	✓ 17	✓ 6	✓ 4	✓ 2	✓ 4	✓ 2	✓ 8	✓ 6	✗ 0	78	15	94
Meerbusch	Meerbusch-Osterath	✓ 4	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 8	✓ 5	✓ 3	✓ 2	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✓ 1	39	15	94
Meerbusch	Meerbusch-Lank-Latum	✓ 4	✓ 2	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 2	✓ 11	✓ 9	✓ 4	✓ 2	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 2	✓ 4	✗ 0	46	14	88
Meerbusch	Meerbusch-Strümp	✓ 3	✗ 1	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✗ 0	✓ 2	✓ 3	✓ 3	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 2	✗ 0	19	11	69
Mettmann	Mettmann	✓ 10	✓ 4	✓ 3	✓ 1	✓ 2	✗ 0	✓ 4	✓ 20	✓ 18	✓ 9	✓ 4	✓ 4	✓ 7	✓ 2	✓ 7	✓ 14	✓ 2	109	15	94
Mettmann	Mettmann-Metzkausen	✓ 4	✗ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✗ 0	✗ 0	✓ 2	✓ 3	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 2	✗ 0	✗ 0	✗ 0	19	11	69
Mönchengladbach	Mönchengladbach	✓ 37	✓ 10	✓ 11	✓ 1	✓ 3	✓ 2	✓ 7	✓ 61	✓ 64	✓ 31	✓ 11	✓ 8	✓ 20	✓ 7	✓ 18	✓ 16	✓ 1	307	16	100
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Rheydt	✓ 36	✓ 9	✓ 8	✓ 1	✓ 2	✓ 1	✓ 7	✓ 46	✓ 42	✓ 18	✓ 9	✓ 14	✓ 17	✓ 8	✓ 10	✓ 15	✓ 1	243	16	100
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Rheindahlen	✓ 5	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 10	✓ 8	✓ 2	✓ 1	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✓ 1	45	16	100
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Wickrath	✓ 4	✗ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✓ 7	✓ 6	✓ 5	✓ 2	✓ 3	✓ 3	✓ 1	✓ 2	✓ 2	✓ 1	42	16	100
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Dünn	✓ 6	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 1	✓ 9	✓ 8	✓ 3	✓ 3	✓ 3	✓ 5	✓ 2	✓ 1	✓ 5	✗ 0	52	15	94
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Giesenkirchen	✓ 3	✓ 2	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 10	✓ 5	✓ 3	✓ 2	✓ 3	✓ 1	✓ 1	✓ 1	✓ 2	✗ 0	38	15	94
Mönchengladbach	Mönchengladbach-Odenkirchen	✓ 7	✓ 3	✓ 2	✓ 1	✓ 1	✗ 0	✓ 2	✓ 17	✓ 10	✓ 4	✓ 2	✓ 3	✓ 4	✓ 2	✓ 2	✓ 2	✓ 1	62	15	94

Abb. 7.1.1.5.2: Auszug aus aufgelisteten Auszählergebnissen für die identifizierten Cluster

Um die Analyseergebnisse mit den kommunalen Entwicklungsabsichten abzugleichen, wurde zunächst die Lage aller Zentralen Versorgungsbereiche mit den identifizierten Clustern abgeglichen und eine sehr hohe Übereinstimmung festgestellt. Gleichzeitig wurden auf der Grundlage der erzielten Analyseergebnisse im weiteren Vorverlauf der Regionalplanerarbeitung die ZASB-Darstellungen mit den Städten und Gemeinden diskutiert und erörtert. So konnten im Gegenstromprinzip die von Städten und Gemeinden geplanten Entwicklungen bei der Darstellung der ZASB berücksichtigt werden. Sofern einzelne ASB mit hinreichend guter Infrastrukturausstattung nur über unzureichende Erweiterungsmöglichkeiten verfügen, wurde zudem bei der ZASB-Ausweisung in Einzelfällen auf alternative Standorte ausgewichen. In diesen Fällen ist es möglich, auch einen anderen im Regionalplan festgelegten Allgemeinen Siedlungsbereich zu erweitern.

Bei diesen Abwägungen zu ZASB-Festlegungen wurden bestehende SPNV-Haltepunkte besonders berücksichtigt (LEP NRW: G. 6.2-2). Wie im LEP NRW vorgeschlagen (Erl. zu G. 6.2-1), werden die als ZASB eingestuften ASB im Regionalplan in einer Beikarte 3B gekennzeichnet. In der Karte mit Maßstab 1:200.000 wird die Lage der ermittelten oder der zu entwickelnden ZASB-Kerne in Verbindung mit „Pulsar“-Symbolen abstrahiert in einer flächenhaften Form des ZASB dargestellt.

Zur Bestimmbarkeit der ZASB-Kernbereiche wurden die Namen der jeweiligen Orts- oder Stadtteile vermerkt. Über die Größenstufen der Symbole wird zudem die Quantität der vorhandenen oder geplanten Agglomerationen von Grundversorgungseinrichtungen stark vereinfacht wiedergegeben. Während kleine Pulsare teilweise Cluster mit weniger als 30 Einrichtungsstandorten abbilden, symbolisieren große Pulsare großflächigere Agglomerationen mit bis zu mehreren hundert Einrichtungen. Innerhalb eines ASB wurde auf eine konkrete Abgrenzung zwischen ZASB und ASB-Flächen verzichtet, wenn es sich um klar abgegrenzte Siedlungsbereiche handelt, wie es beispielsweise der Vielzahl der Gemeinden am Niederrhein kennzeichnend ist. Hier ist der gekennzeichnete Bereich in der Beikarte der Bereich,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

der auch im Regionalplan als ASB im Maßstab 1:50.000 dargestellt ist. Eine solche einfache 1:1-Abgrenzung ist nicht für alle ASB, vor allem in den Oberzentren und stärker verdichteten Bereichen, möglich. Dies gilt vor allem für großflächige oder größere, stark zerklüftete ASB. Hier sind die Siedlungsbereiche in der Vergangenheit zusammengewachsen und einzelne Zentren sind aus der Struktur der Siedlungsbereiche nicht mehr erkennbar. Deshalb wurden diese großen zusammenhängenden ASB in einzelne ASB und ZASB unterteilt. Die Abgrenzung vollzog sich vor allem an dem Bebauungszusammenhang, der sich auch bspw. in Engstellen bei der ASB-Darstellung zeigt, anhand topographischer Gegebenheiten, wie größeren Straßen, Bahngleise, aber auch Grünschneisen, an den Entfernungen von den Clustern, auf der Grundlagenanalyse der kleinräumigen Infrastrukturausstattung und dessen Erreichbarkeit (vgl. 4.1.4), und auf bekannten Entwicklungspotentialen. Hier zeigt sich, dass ASB-Teilbereiche mitunter sehr weit von den ZASB-Kernen entfernt liegen und ASB-Erweiterungen im Hinblick auf die Nähe zu Infrastrukturen ggf. in Frage gestellt werden. Es gibt ASB-Bereiche, die von ihrer infrastrukturellen Ausstattung sehr schlecht sind. Ihr Ausstattungszustand ähnelt sehr kleinen Eigenbedarfsortslagen. Sie sind aufgrund ihres Bebauungszusammenhangs mit den übrigen, besser ausgestatteten Siedlungsbereichen, als Allgemeiner Siedlungsbereich gekennzeichnet. Solche schlecht ausgestatteten ASB werden nicht als ZASB dargestellt, weil dies der Zielsetzung einer kompakten Siedlungsentwicklung (s.o.) zuwiderlaufen würde.

7.1.1.5.1 Allgemeine Siedlungsbereiche

Gemäß dem LEP NRW sollen die übrigen Allgemeinen Siedlungsbereiche, die nicht über die zentralörtliche bedeutsame Infrastruktur verfügen, aber in der Regel größer als 2000 Einwohner sind, nicht bei dem Siedlungsflächenzuwachs berücksichtigt werden, das heißt sie sollen nicht mit zusätzlichen Siedlungsbereichen ausgestattet werden. Dieser Grundsatz 6.2-1 des LEP NRW wurde in der Planungskonzeption der einzelnen Siedlungsbereichsdarstellungen mitberücksichtigt. In den ASB, in denen nach wie vor Siedlungspotentiale sind, die aufgrund der bestehenden kommunalen Planungsabsichten im Plan geblieben sind, können die Kommunen jedoch die Siedlungsentwicklung im Rahmen des Siedlungsbereiches weiterhin vorantreiben.

7.1.1.5.2 Eigenbedarfsortslagen (nicht als Siedlungsraum dargestellte Ortslage)

In den Flächennutzungsplänen der Kommunen gibt es eine große Anzahl von Wohnbauflächen und Mischgebieten oder Dorfflächen, die nicht als Siedlungsbereiche dargestellt sind. Ausschlaggebend für die nicht erfolgte Darstellung ist die geringe infrastrukturelle Ausstattung dieser Ortslagen. Der LEP NRW gibt in seinen Erläuterungen zum Grundsatz 6.2-1 an, dass von einer raumbedeutsamen Größe in der Regel erst ab einer Größe von über 2000 Einwohnern ausgegangen werden kann. Da die Bestimmung der genauen Einwohnerzahl nicht immer genau möglich ist und da auch kleinere Ortslagen im Ausnahmefall größere Landstriche versorgen können, wurden im Zuge der Regionalplanerarbeitung alle Ortslagen ab einer Größe von 1000 Einwohnern auf ihre infrastrukturelle Ausstattung hin untersucht und mit der infrastrukturellen Ausstattung der bestehenden Siedlungsbereiche verglichen. Hier hat sich gezeigt, dass bei keiner bestehenden Eigenbedarfsortslage so viele Einrichtungen vorhanden waren, dass eine Bereichsdarstellung gerechtfertigt war. Vielmehr zeigen einige Ortslagen, die über 2.000 EW und als ASB dargestellt sind, vergleichsweise schlechte Infrastrukturausstattungen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

An wenigen Stellen wurde der ASB herausgenommen. Zum einen verfügen diese Ortslagen über weniger als 2.000 Einwohner, vor allem aber ist nur eine rudimentäre Infrastrukturausstattung gegeben. Es ist wahrscheinlich, dass im Zuge älterer regionalplanerischer Überlegungen zum GEP99 diese Ortslagen als ASB dargestellt wurden, da aufgrund höherer zu erwartender Zuwanderung eine Entwicklung zu einem größeren Siedlungsbereich mit besserer Infrastrukturversorgung geplant war. Diese Überlegung hat sich in der Umsetzungsphase des GEP99 nicht bestätigt. Für die Zukunft wird angenommen, dass keine erheblichen Bevölkerungszuwächse in diesen Ortslagen mehr verzeichnet werden, so dass die Darstellung sehr kleiner Ortslagen als allgemeine Siedlungsbereiche keine begründbare Zieldarstellung mehr sein kann. Hierzu zählen die Ortslagen Heiligenhaus Isenbügel und Rheurdt Schaephuysen.

7.1.1.6 ASB-Bedarfe in der Region

Eine entscheidende Größe für Bereichsdarstellungen im Regionalplan ist der für den Planungszeitraum zu erwartende Bedarf. Diese Größe wird mit Hilfe einer Bedarfsberechnung bestimmt. Die Bedarfsberechnung wie sie hier vorgestellt wird, hat aufgrund der Dauer eines Aufstellungsprozesses Daten aus dem Jahre 2012 als Ausgangsgrundlage. Aufgrund der stark veränderten Wanderungssituation rund um das Jahr 2015 stellte sich vor der zweiten Offenlage des Regionalplanes die Frage, ob das Mengengerüst nicht nach oben hin korrigiert werden muss. Folgende Aspekte sind bei der Beantwortung dieser Frage wichtig:

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Planes gibt es unregelmäßig neue Erkenntnisse zu der Einwanderung von Flüchtlingen, die eine mittel- bis langfristige verlässliche Vorausberechnung kaum ermöglichen, allerdings nicht ausschließen, dass in der Zukunft die Zuwanderung gerade von Menschen aus Krisengebieten sich wieder erhöhen. Im Hinblick auf die Arbeitsmigration kann nur schwer prognostiziert werden, ob diese Zuwanderungsströme mittelfristig bestehen bleiben oder sich deutlich abschwächen werden. Wird Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen künftig weiterhin ein attraktiver Zuwanderungsstandort bleiben? Werden die zugewanderten Menschen in Nordrhein-Westfalen bleiben oder werden Sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren? Im Hinblick auf die asylsuchenden Menschen kann nicht prognostiziert werden, in welche Richtung sich das Asylrecht entwickeln wird und welche Staaten künftig zu sicheren Herkunftsländern deklariert werden. Zudem ist nicht absehbar, wie vielen Asylanträgen in Nordrhein-Westfalen entsprochen werden kann und wie viele Asylsuchende wieder in Ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen. Diese Reihe von Fragen gibt einen Eindruck von den vielen Abhängigkeiten, die im Bereich der zuwanderungsbedingten Bevölkerungsentwicklung vorhanden sind.

In der Vergangenheit hat es bisher lange Phasen von dauerhaft hoher Zuwanderung nicht gegeben. Die folgende Abbildung 7.1.1.6.1 zeigt die statistisch erfasste Migration in die Planungsregion Düsseldorf im Zeitraum ab 1985. Hier sind wellenmäßige Bewegungen der Zu- und Abwanderung zu sehen.

Es spricht zwar vieles dafür, dass sich diese wellenmäßigen Wanderungsbewegungen in den nächsten 15 Jahren zu einer relativ konstant hohen, nur leicht absinkenden, Zuwanderungsquote, wie es die aktuelle IT Bevölkerungsvorausberechnung annimmt, verfestigt, gewiss ist es aber nicht. IT-NRW schreibt hierzu in seinen Erläuterungen: „Bei der Interpretation solcher Vorausberechnungsergebnisse ist grundsätzlich zu bedenken, dass die aufgezeigten Verläufe nur unter der Bedingung stattfinden können, dass auch die getroffenen Annahmen eintreten. Insofern sind diese Ergebnisse nicht als präzise zu erwartende Entwick-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

lungen aufzufassen, sondern bilden für die Zukunft ausschließlich „Wenn-dann-Aussagen“ ab“ (Statistische Analysen und Studien, Band 84, Seite 3, IT.NRW).

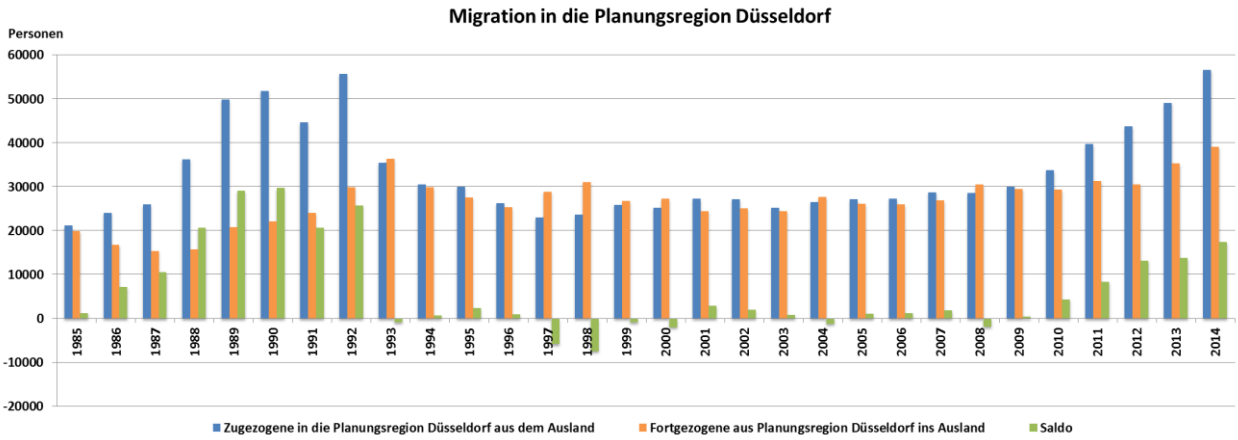


Abb. 7.1.1.6.1: Wanderung in und aus der Planungsregion

Generell ist der Anspruch an eine „exakte“ Bevölkerungsvorausberechnung bei Vorausberechnungen hoch, wenn diese die Grundlage für regionale Planungen bildet. Allerdings sind gerade für die grundlegenden Wanderungsannahmen nur Schätzungen möglich – die Möglichkeit für extreme Abweichungen nach oben und unten bleibt bestehen. Daher sind regelmäßige Aktualisierungen der Annahmen und Vorausberechnungen wichtig, um auch Entwicklungen im Wanderungsgeschehen der jüngeren Vergangenheit abbilden zu können. Wanderungen unterliegen – anders als Fertilität und Mortalität – starken Schwankungen. Deshalb ist es ausgesprochen wichtig, die Wanderungsentwicklungen langfristig zu betrachten. Hier kommt zum Ausdruck, dass es zwar wünschenswert ist, eine genaue Bevölkerungs- und Haushaltsvorausberechnung für die Planung zu haben, dies aber gerade für das Thema Wanderung nur schwer möglich ist. Und weil bei der aktuellen Vorausberechnung das Anwachsen der Vorausberechnung nur durch die Wanderung geprägt ist, muss mit diesen Werten im Rahmen von Planung entsprechend behutsam umgegangen werden.

Ein weiterer wichtiger Aspekt für die Regionalplanung ist die durch die neuen Haushalte entstehende Art von Flächenbedarfen. Viele zuziehende Menschen in unsere Region oder nach NRW verfügen überwiegend über ein nur geringes Startkapital; sie brauchen bezahlbaren Wohnraum. Preiswerten Wohnraum gibt es nur, wenn man mehr Wohneinheiten pro Flächeneinheit realisiert. Fokus ist deshalb Geschosswohnungsbau. Im Kern geht es um Nutzbarmachung und Umsetzung von Wohnbauland für Geschosswohnungsbau. Die Situation ist vergleichbar mit dem Beginn der 90er Jahren. Damals gab es ein starkes Ansteigen der Bautätigkeit im Geschosswohnungsbau, wie folgende Abbildung zeigt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbe

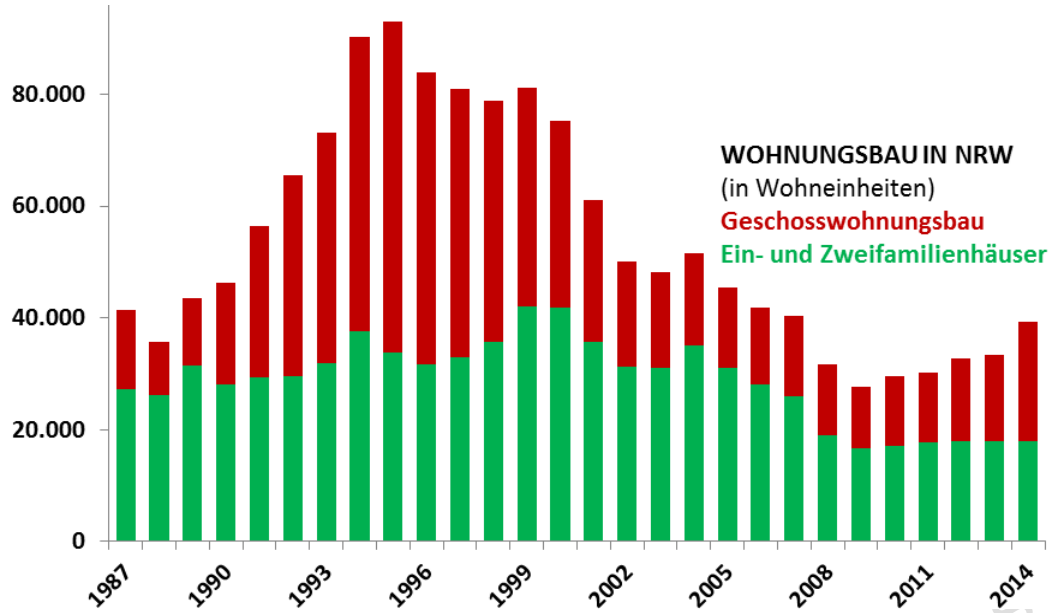


Abb. 7.1.1.6.2: Verhältnis Geschosswohnungsbau / Ein- und Zweifamilienhäuser

Der Geschosswohnungsbau wird jedoch meist nicht am Siedlungsrand oder in den kleinen Dörfern, sondern in städtischen Strukturen oder zentral gelegene Bereiche in kleineren Gemeinden realisiert. Umstrukturierungsgebiete und Brachen eignen sich oft dafür. Geschosswohnungsbau mit 3-6 Geschossen erzielt zwischen 60 - 100 WE/ha. In der Regionalplanerarbeitung wurden die neuen Siedlungsbereiche mit 25 – 60WE/ha also sehr viel geringeren Dichtewerten angenommen.

Vor dem Hintergrund der hier skizzierten Unsicherheiten und dem derzeitigen Entwurf des Regionalplans Düsseldorf mit seinen Flächenreserven für rund 115.000 Wohneinheiten, der mit diesem Reservepotenzial genug Handlungsspielraum bietet, um mindestens auf mittelfristige Entwicklungen des Wohnbedarfs planerisch reagieren zu können, soll an der jetzigen Bedarfsberechnung festgehalten werden. In den nächsten drei bis fünf Jahren wird die Regionalplanungsbehörde die Migration nach Nordrhein-Westfalen und in die Planungsregion Düsseldorf, die Bautätigkeit und die planerische Reservesituation sehr genau beobachten, um auf steigende Wohnraumbedarfe innerhalb der Gültigkeitsdauer des Regionalplans Düsseldorf standortbezogen angemessen reagieren zu können. Ein Instrument zur Beobachtung der Wohnraumentwicklung ist das Siedlungsflächenmonitoring. Es zeigt Entwicklungstrends und Flächeninanspruchnahmen innerhalb der Kommunen der Planungsregion Düsseldorf auf. Sollten sich mittelfristig außergewöhnliche Entwicklungen innerhalb von Kommunen zeigen, kann rechtzeitig und angemessen (auf diese Entwicklungen) mittels Regionalplanänderung reagiert werden. Im Zuge einer ersten Änderung können auch potentielle Entwicklungsoptionen in den Verflechtungsbereichen der Kommunen mitbetrachtet werden. Im Rahmen einer solchen Änderung ist zu prüfen, ob sich bspw. die Fläche in Meerbusch am Strümper Busch nicht doch für eine Entwicklung im Verflechtungsbereich der Rheinschiene eignen würde. Aktuell ist diese als Sondierungsbereich für Siedlungsentwicklung in den Regionalplan (Beikarte) aufgenommen (siehe hierzu auch in der Begründung Abb. 3.1.1.1i: Sondierungen für Siedlungsentwicklung in der Kommunen Dormagen, Grevenbroich und Meerbusch).

Gleichzeitig gibt es im Rahmen des Formatierungsprozesses der Metropolregion Düsseldorf seit 2015 Bemühungen, die Abstimmungen zwischen den Regionalplanungsbehörden zu intensivieren. Das Rheinische Städtewachstum ist ein zentrales Thema für die Entwicklung des Rheinlandes. Für die Städte am Rhein von Düsseldorf bis Bonn wird bis 2040 ein Wachstum von bis zu 20 Prozent erwartet. Die Städte sind der Motor der metropolitanen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Entwicklung. Die umliegenden Städte und Kreise werden wichtige Metropolenfunktionen und Voraussetzungen für die Metropolregion erfüllen. Die starke Zuwanderung in das Rheinland, die durch die Flüchtlingswanderungen verstärkt wurden, und die damit verbundenen Flächeninanspruchnahmen sind nicht von den Kernstädten zu bewältigen. Wohnbau- und Gewerbeflächenbedarfe werden deshalb in einem regionalen Kontext gedeckt werden müssen. Die Regional- und Bauleitplanung hat den landesplanerischen Auftrag, bedarfsgerecht Wohnbau- und Wirtschaftsflächen auszuweisen. Die über die gemeindlichen Grenzen hinausgehende Betrachtung der Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung ist daher eine zentrale Aufgabe der Regionalplanung in der Metropolregion. Das hierzu entwickelte Arbeitsprogramm der Regionalplanungsbehörden und des Regionalrates widmet sich sehr stark dieser Fragen.

Aktuell ist deshalb zu konstatieren, dass die Bedarfsberechnung für die nächsten Jahre ausreicht und nach dem Inkrafttreten des Regionalplanes kann mittels Siedlungsmonitoring geprüft werden, in welchen Kommunen möglicherweise die Flächen so schnell verbraucht sind, dass neue in den Regionalplan mittels einer Regionalplanänderung eingebracht werden müssen.

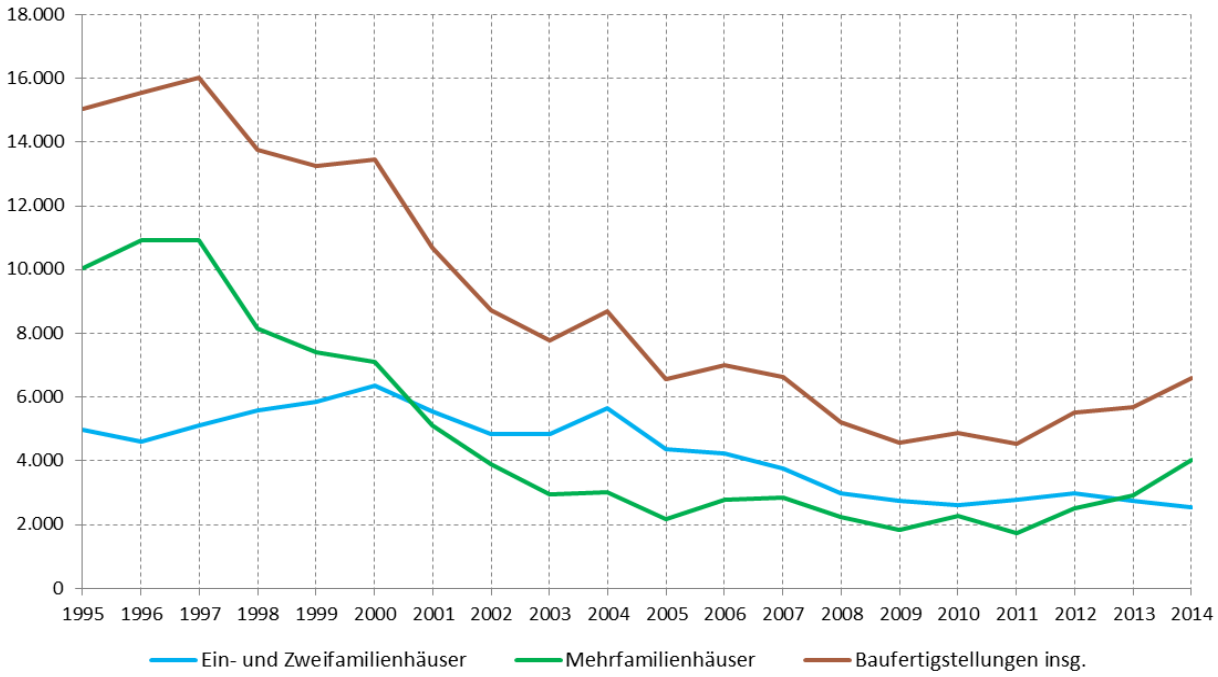
Flächendimensionierung für Wohnen – Demographie im Auge behalten

Die Allgemeinen Siedlungsbereiche sind vor allem für die Steuerung der Wohnsiedlungsentwicklung maßgeblich. Eine Bedarfsberechnung für den zukünftigen Wohnungsbedarf soll die Frage beantworten, wie viele Wohnungen bis zu einem Tag X neu gebaut werden müssen, um alle Haushalte mit ausreichend Wohnraum zu versorgen. Eine plausible Bedarfsberechnung soll dazu beitragen, dass alle Bürgerinnen und Bürgern mit ausreichendem und bezahlbarem Wohnraum versorgt werden können. Dieses Ziel, genügend Wohnraum (x Wohnungen) zu schaffen, begründet die Darstellungen für Allgemeine Siedlungsbereiche quantitativ. Der Bedarfswert ist deshalb für den Regionalplan ein so wichtiger Wert, weil er jegliche Flächeninanspruchnahme begründet. Denn jede Bereichsdarstellung im neuen Regionalplan – sei sie schon vorher dagewesen oder nicht – braucht im RPD-Erarbeitungsprozess eine Begründung. Die erschöpft sich nicht in einer standörtlichen Beurteilung, sondern sie muss auch mit einem Bedarfswert hinterlegt sein.

Bedarfsberechnungen für Wohnbauflächen gibt es viele und sehr verschiedene. Im letzten Regionalplanaufstellungsverfahren zum GEP 99 wurde für den Bereich Wohnen die Handlungsspielraummethode (wie auch bei Gewerbe) zugrunde gelegt. Es wurde anhand der Bautätigkeitsstatistik ermittelt, wie viel Wohnungen in den letzten 15 Jahren gebaut wurden und diese Größe wurde als Bedarfsgröße für die Zukunft angenommen. Vor dem Hintergrund der damaligen Wanderungsgewinne war dies ein plausibler und akzeptabler Ansatz. Aktuell kann ein solcher Ansatz nicht mehr gutgeheißen werden, da die demographische Entwicklung eine stark veränderte Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt erwarten lässt.

Mit der bestehenden Baustatistik soll an dieser Stelle zunächst die Entwicklung des Wohnungsmarktes beschrieben werden, um einen ersten Eindruck von den aktuellen Geschehnissen zu skizzieren.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss



Quelle: IT.NRW Geschäftsbereich Statistik - Auswertung: Regionalplanungsbehörde Düsseldorf - Dezernat 32 - Team Statistik

Abb. 7.1.1.6.3: Entwicklung der Bautätigkeit in Wohneinheiten in der Planungsregion

Das Bild der Bautätigkeit der letzten Jahre (Abb. 7.1.1.6.1) zeigt, wie in der Planungsregion die Aktivität im Wohnungsbau sowohl im Mehrfamilienhausbereich seit Mitte/Ende der 90er Jahre, als auch im Einfamilienhausbereich seit 2004 zurückgegangen ist. Dieser Rückgang gilt grundsätzlich für alle Kreise und kreisfreien Städte des Planungsraumes, auch wenn er bspw. in den bergischen Städten mit ihrem demographischen Vorsprung deutlich früher eingesetzt hat als bspw. im Kreis Kleve. Seit 2009 lässt sich insgesamt eine Plateaubildung bei rund 5.500 WE/Jahr erkennen. In den letzten zwei Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Bautätigkeit festzustellen. Allerdings liegen diese Werte noch unter den hier errechneten Bedarfswerten.

Um differenzierte Aussagen treffen zu können, ist es sinnvoll, die Bautätigkeit teilregional zu beleuchten. Dazu wird die Wohnungsbauintensität (WE je 1.000 Einwohner) herangezogen. Die Wohnungsbauintensität ermöglicht den Vergleich von Baufertigstellungen zwischen Regionen, weil sie in Relation zur Einwohnerzahl steht.

Tab. 7.1.1.6.1: Wohnungsbauintensität in den Kreisen und kreisfreien Städten (Quelle IT-NRW)

Kreise und kreisfreie Städte	Summe der Baufertigstellungen (WE) in den Jahren 1995-2011	Wohnungsbauintensität WE/1000EW				
		Durchschnitt 1995-2012	1995	2000	2008	2012
Kreis Kleve	23.844	4,98	6,80	7,09	3,26	2,76
Kreis Mettmann	25.280	2,88	4,01	4,52	1,50	1,48
Rhein-Kreis Neuss	30.561	4,20	6,62	5,36	2,52	2,30

Stand: Unterlagen für den Aufstel

Kreis Viersen	19.983	3,81	7,31	4,70	1,83	1,40
Kreise	**99.668**	**3,97**	**6,19**	**5,42**	**2,28**	**1,99**
Düsseldorf	23.356	2,19	3,72	3,25	1,08	0,69
Krefeld	10.145	2,14	4,06	2,64	1,02	0,85
Mönchengladbach	8.726	2,41	2,94	3,64	1,78	1,29
Remscheid	3.986	1,74	1,50	3,30	1,06	1,09
Solingen	5.586	2,38	4,03	3,36	1,06	1,06
Wuppertal	11.047	1,58	3,20	1,55	0,73	0,84
Kreisfreie Städte	**62.846**	**2,07**	**3,24**	**2,96**	**1,12**	**0,97**

Die Analyse der Wohnungsbauintensität in Tabelle 7.1.1.6.1 zeigt für alle Teilregionen eine deutliche Abnahme im Zeitverlauf von 1995-2012. Im Jahr 1995 lag die Wohnungsbauintensität in den Kreisen der Planungsregion bei ca. 6,2 WE/1000 EW und im Jahr 2012 nur noch bei ca. 2 WE/1000 EW. Dasselbe gilt für die kreisfreien Städte. Dort ist eine Abnahme von ca. 3,24 WE/1000 EW im Jahr 1995 auf ca. 1 WE/1000 EW im Jahr 2012 zu verzeichnen. Gemessen an der Bevölkerungszahl wird derzeit im Kreis Kleve und im Rhein-Kreis Neuss am meisten gebaut. Die Statistik zeigt, dass sich anscheinend trotz großer Nachfrage der Wohnungsbau in der Stadt Düsseldorf auf einem mäßigen Niveau einpendelt. Für die Bedarfsberechnung stellt sich nun die Frage: Wie wird diese Bautätigkeit weiter gehen?

Die zukünftige Haushaltsentwicklung ist die entscheidende Größe für die zukünftige Wohnungsnachfrage und eben auch für die Bautätigkeit. Deshalb ist die Haushaltsentwicklung die wesentliche Komponente im Bedarfsberechnungsmodell. Die Vorausberechnung zur Haushaltsentwicklung 2011 von IT.NRW ergibt, wie schon die Vorausberechnung 2008, dass es trotz einer sinkenden Bevölkerungszahl in der Planungsregion eine positive Haushaltsentwicklung geben wird. 2012 leben ca. 3.240.000 Menschen in ca. 1.609.000 Hauhalten in der Planungsregion Düsseldorf. Die Haushaltszahl wird sich bis 2030 auf ca. 1.611.000 erhöhen, also ein Zuwachs von ca. 2.000 Haushalten bei einer Abnahme der Bevölkerung von ca. 65.000 Menschen bis 2027, was einer Abnahme von ca. 2 % entspricht. Bei dieser Darstellung wird nur Start und Endpunkt der Zeitreihe 2012 - 2030 im Gesamtraum verglichen. Jedoch gibt es zwischenzeitliche und teilräumliche Entwicklungen, mit einem wesentlich höheren Zuwachs von Haushalten, die auch in der Bedarfsberechnung miteinbezogen werden.

Der Zuwachs der Haushalte ist – wie in Abb. 7.1.1.6.2 zu sehen – auf das starke Wachstum der Ein- und Zweipersonenhaushalte (ca. 50.100 HH) zurückzuführen. Auf der anderen Seite gibt es eine starke Abnahme der Drei- oder Mehrpersonenhaushalte. Dort wird ein Rückgang von rund 40.000 Hauhalten vorausberechnet.

Stand: Unterlagen für den Ausschuss

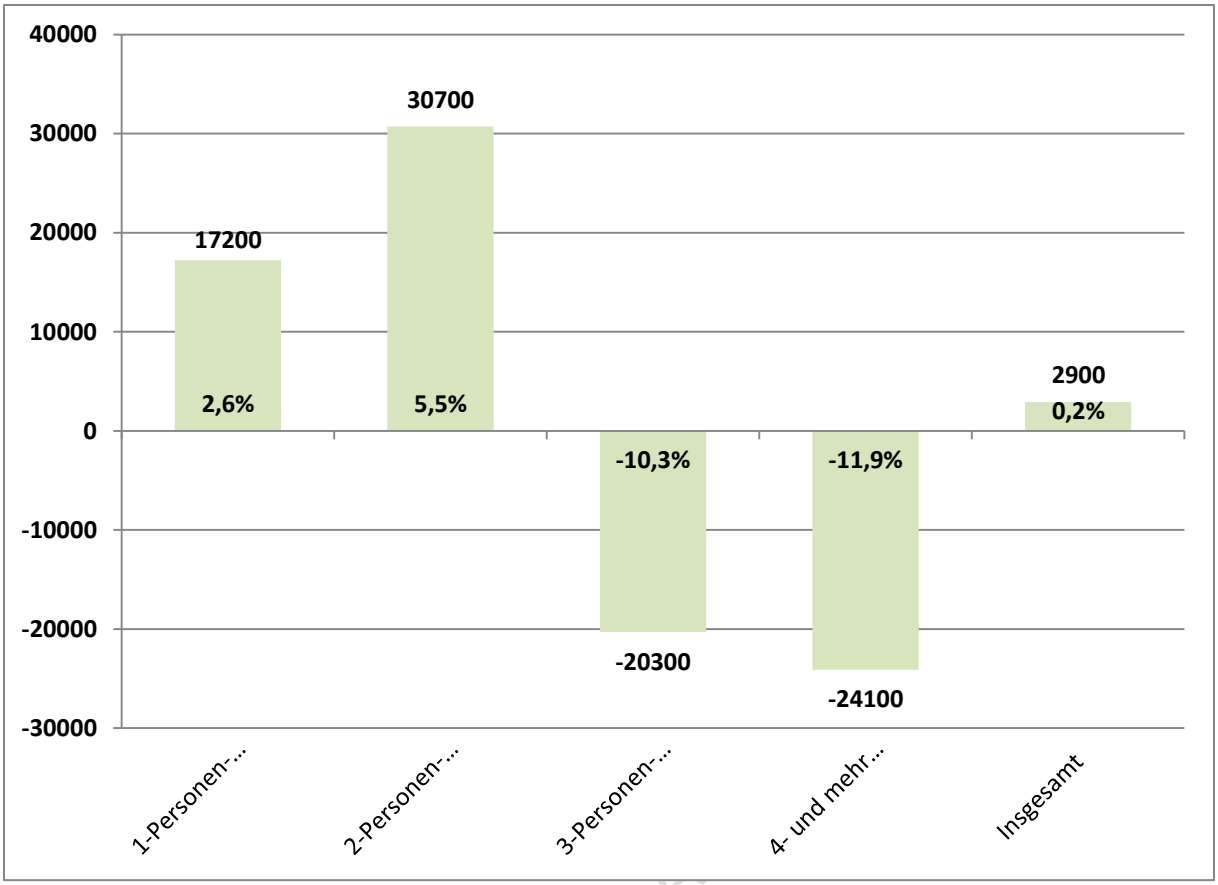


Abb. 7.1.1.6.2: Entwicklung der Haushalte in der Planungsregion (2012-2030)

Das Verhältnis von starker Zunahme von kleinen Haushalten und deutlicher Abnahme von größeren Haushalten kann in allen Kreisen und kreisfreien Städten erwartet werden. Die Ausnahme bildet hier die Landeshauptstadt Düsseldorf, dort ist bis 2030 mit einer Zunahme von allen Haushaltstypen auf Grund der starken und jungen Zuwanderung zu rechnen. Im Kreis Kleve ist bspw. mit einer Zunahme von knapp 13.000 Ein- und Zweipersonenhaushalten bis 2027 zu rechnen, im gleichen Zeitraum werden die größeren Haushalte um mehr als 5.000 Haushalte abnehmen. In den Bergischen Städten ist bis 2030 mit einer Abnahme aller Haushaltstypen von ca. 20.000 Haushalten zu rechnen, einzig die Stadt Solingen kann einen Zugewinn an Zweipersonenhaushalten von ca. 1.000 Haushalten erwarten. In der Landeshauptstadt Düsseldorf wird insgesamt ein Zuwachs von rund 16.500 Haushalten erwartet.

Neben dem starken Anwachsen von kleinen Haushalten entsteht ein Bedarf aufgrund der weiterhin zu erwartenden Zuwanderung von Menschen in unsere Region vor allem in die Stadt Düsseldorf und deren näheren Umgebung. Seit vielen Jahren ist zu beobachten, dass aufgrund einer Vielzahl von Faktoren, Städte wie Düsseldorf, Köln, Münster oder auch Bonn einen sehr hohen Zuzug von meist jungen Menschen erfahren. Auch wenn aufgrund der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in der Region eher mit einem Rückgang der Bevölkerung gerechnet werden muss, kann dieser Zuzug in prosperierende urbanere Zentren diesen Rückgang zum Teil ausgleichen. Vor dem Hintergrund der auch in Düsseldorf nur in Maßen stattfindenden Wohnungsbautätigkeit, was eine Wohnungsbauintensität von 0,69 WE/1000 EW im Jahr 2012 belegt, ist eine Verknappung des Wohnraumes in Düsseldorf in den nächsten Jahren nicht auszuschließen. Hingegen wird in anderen Städten, in denen sich sowohl die Bevölkerungs- als auch Haushaltszahlen nach unten bewegen, ein größerer Überhang

an Wohnraum in den nächsten Jahren zu erwarten sein. Es wird ein Schrumpfen und Wachsen direkt nebeneinander und gleichzeitig geben.

Insgesamt stellt die an die Alterung der Bevölkerung angelegte Verschiebung zu kleineren Haushaltsgrößen den Haupttrend für die nächsten 10 bis 20 Jahre dar. Dieser Trend wird sich aufgrund der schon bestehenden demographischen und stärker wanderungsbedingten Entwicklung nicht verhindern lassen und ist hier von großer Bedeutung. Die stärksten Konsequenzen dieses Trends werden den Wohnungsmarkt betreffen, in dem vor allem mit einem Rückgang im Einfamilienhausbau zu rechnen ist, während im Geschosswohnungsbau eine deutliche Erholung und auch wieder weitere Zuwächse zu erwarten sind. Zudem wird die Bautätigkeit sich stärker in zentraleren Bereichen abspielen, da die Stadt-Umland-Wanderung weiter abnimmt. Da die Stadt-Umland-Wanderung bisher überwiegend von der Nachfrage der Familien-Haushalte nach Einfamilienhäusern getragen wurde, ist anzunehmen, dass sie zukünftig keine so große Bedeutung mehr haben wird, da diese Haushaltsgruppe abnimmt. Die Haushaltsgruppen der jungen und alten Ein- und Zweipersonenhaushalte werden dagegen zunehmen. Diese Haushaltsgruppen fragen aufgrund von verschiedenen Ansprüchen an das Wohnumfeld, Infrastruktur und modernen Lebensstilmodellen größtenteils Wohnungen an bevorzugten Standorten in den Großstädten nach.

Regionale Bedarfsberechnung – Modell

Die Regionalplanungsbehörde hat in Kenntnis der Diskussion um die landeseinheitliche Methode und der dabei stattfindenden Evaluierungsphase im Mai/Juni 2012 hier in der Region Düsseldorf ein Modell der Bedarfsberechnung entwickelt, welches sich als modifiziertes Komponentenmodell betiteln lässt. Das ursprüngliche Komponentenmodell wurde durch das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) in Zusammenarbeit mit der Landesplanungsbehörde NRW und den Regionalplanungsbehörden in NRW in den 1990er Jahren entwickelt. Im Rahmen des informellen Vorverfahrens wurde viel über die Bedarfsberechnungsmethoden und die Anwendung des Komponentenmodells diskutiert. Im Vergleich zum 2012 veröffentlichten Siedlungsmonitorings (Bezirksregierung Düsseldorf 2012) wurden verschiedene Anpassungen vorgenommen, die auf die in der Diskussion vorgetragenen Belange eingehen sollen. Hierzu zählen insbesondere die Berücksichtigung der Ergebnisse des Zensus und die Verlängerung des Planungszeitraumes.

Die Basisgrößen dieses Komponentenmodells sind die Einwohner- und Haushaltsprognose von Information und Technik NRW (IT.NRW) für die Jahre 2010-2030 und die statistischen Ergebnisse der Gebäude und Wohnungszählung des Zensus 2011. Der Planungszeitraum, der dem Plan zu Grunde liegt, umfasst 20 Jahre und entspricht dem Zeitraum von 2012 - 2032. Für die zwei ausstehenden Jahre der Einwohner- und Haushaltsprognose (2031 und 2032) wurde der Trend der letzten fünf Jahre (2026-2030) in der Vorausberechnung herangezogen und fortgeschrieben.

Das verwendete modifizierte Komponentenmodell besteht aus drei Komponenten: Neubedarf, Ersatzbedarf und Bedarf für eine Fluktuationsreserve. Diese Komponenten bilden in ihrem Zusammenspiel den Bedarf an Flächen für allgemeine Siedlungsbereiche für den Planungszeitraum in der Planungsregion Düsseldorf ab und werden unter anderem auf Grund der Datenlage auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte berechnet.

Mittels der Bautätigkeitsstatistik und der BBSR-Wohnungsmarktprognose wurden diese Berechnungen auf Plausibilität geprüft. Der regional ermittelte Bedarf wird dann anhand ver-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

gleichbarer Kriterien wie bei den Wirtschaftsflächen auf die Kommunen umgelegt. Danach wird anhand eines Dichtemodells der kommunale Flächenbedarf ermittelt.

Die drei Komponenten

Basierend auf der Setzung, dass jeweils einem Haushalt eine Wohnung zur Verfügung stehen soll, stellt der **Neubedarf** die Anzahl an Wohnungen dar, die aus dem Zuwachs oder der Abnahme von Haushalten in der Einwohner- und Haushaltsprognose resultiert. Aufgrund der negativen Haushaltsentwicklung (Schrumpfung) stellte sich im Zuge einer klassischen Komponentenberechnung bei einigen Kommunen in der Planungsregion Düsseldorf ein negativer Gesamtbedarf ein. Es ist jedoch zu beobachten, dass auch bei starkem Bevölkerungsrückgang ein qualitativer Neubaubedarf besteht. Aus diesem Grund wurde bei den Kommunen, die einen negativen Gesamtbedarf hätten, ein „Sicherheitsboden" eingezogen, so dass alle Kommunen zumindest der halbe Ersatzbedarf/Jahr als eine Art Grundbedarf zugerechnet wird. Das heißt, auch Kommunen, die aufgrund des starken Schrumpfens ihrer Haushalte nach der klassischen Komponentenmethode gar kein Bedarf hätten, werden in dem der Erarbeitung des RPDs zugrunde liegenden Ansatz immer mit ihrem halben Ersatzbedarf/Jahr berücksichtigt, so dass es keine negativen Bedarfsberechnungen gibt.

Die klassische Komponente des **Ersatzbedarfes** ergibt sich auch aus dem Wegfall von Wohnraum im Zeitverlauf. Dieser Wegfall kann unterschiedlichste Gründe haben: Zusammenlegung von Wohnungen, Umwidmungen, Stilllegung oder Abriss. Ersatzbedarf entsteht demnach nicht aus der Nachfrage nach Wohnraum heraus, sondern ergibt sich aus dem Wohnungsbestand selbst. Die Befriedung des Ersatzbedarfes geht nicht unbedingt mit einer Flächenmehrung einher. So ist es denkbar, dass bei Abriss von Wohnraum, die Neuerrichtung von Wohnraum am selben Ort stattfinden kann und es bei dieser Nutzung nicht grundsätzlich zu einer zusätzlichen Flächeninanspruchnahme kommt. Ausnahmen hierbei bilden Wohnungszusammenlegungen oder Umwidmungen, hier werden neue Flächen für den Ersatz benötigt. In städtebaulichen Gemengelagen oder in der Nähe von Gewerbe- und Industrieflächen kommt es häufig zu Situationen, in denen aus planungsrechtlichen Gesichtspunkten der Ersatzbedarf nicht an Ort und Stelle hergestellt werden kann. Der Ersatzbedarf wird mit einem Wert von 0,2% des Wohnungsbestandes nach Zensus 2011 pro Jahr für den Planungszeitraum von 20 Jahren in der Bedarfsberechnung angenommen.

Der **Bedarf für die Fluktuationsreserve** beschreibt die Differenz zwischen den nachfragenden Haushalten und der Anzahl verfügbarer Wohnungen im Wohnungsbestand. Die Fluktuationsreserve beschreibt also einen Leerstand, der auf dem Wohnungsmarkt unabdingbar ist, um den Wünschen von Haushalten nach Umzügen Rechnung zu tragen. In bekannten Modellen schwankt die Fluktuationsreserve zwischen 0 und 3% des Wohnungsbestandes. Oft wird empfohlen, 3% Leerstand in eine Bedarfsberechnung mit einzubeziehen, damit der Wohnungsmarkt funktionsfähig ist. Der Zensus 2011 hat in der Gebäude- und Wohnungszählung gezeigt, dass in allen Kommunen der Planungsregion ein Leerstand von Wohnraum besteht. Es zeigt sich dabei eine große Bandbreite der Leerstandsquoten von 1,7% – 6,4% und ein Durchschnitt in der Planungsregion von 3,7%. Der Tatsache Rechnung tragend, dass in allen Kommunen der Planungsregion deutliche Leerstände an Wohnungen verzeichnet werden können, wurde die Fluktuationsreserve nach regionalen Gegebenheiten angepasst. In Kreisen und kreisfreien Städten, in denen die Leerstandsquote unter dem Planungsregionsdurchschnitt liegt, wurde die Fluktuationsreserve mit 1,5% des Bestandes an Wohnungen nach Zensus 2011 und in Kommunen, die über dem Schnitt liegen mit 1,0% angewendet. Dies resultiert zum einen aus der Fortschreibung der Haushaltszahlen, die eine

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

negative demographische Entwicklung in vielen Teilen der Planungsregion aufzeigt und zum anderen sollen Kommunen vor den negativen Folgen eines überdurchschnittlichen Wohnungsleerstandes geschützt werden.

Aus der Addition der drei Komponenten ergibt sich der regionale Bedarf in den Kreisen und kreisfreien Städten.

Bestimmung des kommunalen Bedarfs

Die Verteilung des errechneten Gesamtbedarfs auf die Kommunen der Planungsregion wurde unter Berücksichtigung raumordnerischer Ziele durchgeführt. Um den Bedarf umlegen zu können, wurde ein Verteilungsschlüssel entwickelt, der die Bedarfswerte, die auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte berechnet wurden, auf die Kommunen der Kreise herunterbricht. Bei der Auswahl der Faktoren war es von größter Bedeutung, dass durch den Verteilungsschlüssel raumordnerischen Kriterien, die im Sinne der vom Regionalrat verabschiedeten Leitlinien sind, gefolgt wird. Eine Kernidee der Leitlinien ist die dezentrale Konzentration. Dieses Leitbild zielt auf die Stärkung von ausgewählten regionalen Entwicklungszentren um Oberzentren und Metropolen herum ab (großräumige Dezentralisierung – kleinräumige Zentralisierung). Die Zentren in der Peripherie – "Stadt vor der Stadt"– sollen sich auch außerhalb der Oberzentren entfalten können, um somit eine Stärkung aller Teilräume zu gewährleisten, aber gleichzeitig nicht zu viel Verkehre zu erzeugen. Die dezentrale Konzentration führt einerseits zu funktionsräumlichen Schwerpunktbildungen und Eigenständigkeiten und andererseits zur Verkehrsentlastung. Dies entspricht dem LEP NRW im 6.1-3 Grundsatz Leitbild "dezentrale Konzentration". Darüber hinaus sind alle Kommunen nach LEP Grundzentren und benötigen einen Grundanteil an Entwicklungspotentialen. Deshalb sollen zunächst alle Städte und Gemeinden eine bestimmte Menge des ermittelten Bedarfes in jedem Fall erhalten. Zum zweiten sollten die Kommunen, die viel Infrastruktur vorhalten, auch entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten für die Wohnungsversorgung erhalten (Zentrale Orte). Zum dritten sollten kurzfristige Wanderungsgewinne nicht bei den Gemeinden 1:1 fortgeschrieben werden, andererseits sollten Gemeinden und Städte, die scheinbar attraktiver sind als andere Städte, durchaus weiterhin genug Spielraum für Zuwanderung haben (Baufertigstellungen). Zum vierten sollen anteilig am Arbeitsplatzanteil im Kreis die Wohnbaubedarfe zugeordnet werden.

Vier Faktoren

In der rechnerischen Verteilung werden in einem ersten Schritt der errechnete Bedarfswert für jeden Kreis und jede kreisfreie Stadt durch vier geteilt. ¼ bzw. 25% des Bedarfswertes Wohnen für jeden Kreis oder jede kreisfreie Stadt werden über den ersten Faktor Zentrale Orte verteilt: Mit dieser Komponente soll den LEP-Vorgaben (gemäß LEP NRW) zu den zentralen Orten Rechnung getragen werden, in dem die Siedlungsentwicklung auf die zentralen Orte gelenkt wird. Dazu werden die 25% des Bedarfswertes jedes Kreises und jeder kreisfreien Stadt über den Bevölkerungsanteil der Ober- und Mittelzentren auf die Ober- und Mittelzentren verteilt. Die Basis der Bevölkerungszahlen bildet dabei die fortgeschriebene Einwohnerzahl des Zensus 2011 zum Stichtag 31.12.2011. Die kreisfreien Städte erhalten daran anschließend keine weiteren Zuschläge. Der Bedarfswert für die kreisfreien Städte besteht aus 75% des Ursprungswertes addiert mit dem zentralörtlichen Zuschlag. Alle weiteren Faktoren werden nun innerhalb der Kreise angewendet. Durch Anregungen im informellen Vorverfahren wurde der Faktor Zentrale Orte für den Kreis Kleve überarbeitet. Analysen zu Pendlerverflechtungen innerhalb der Planungsregion Düsseldorf haben ergeben, dass der Kreis Kleve eine Sonderstellung in der Planungsregion Düsseldorf einnimmt. Die Analysen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zeigen, dass die Pendlerströme des Kreises Kleve sich vielzählig auf den Kreis Kleve selbst konzentrieren und es vor allem mit den Oberzentren der Planungsregion Düsseldorf kaum Pendlerverflechtungen gibt. Die Arbeitnehmer aus dem Kreis Kleve unterhalten vielfältige Pendlerbeziehungen mit dem Kreis Wesel und den nahe gelegenen Ruhrgebietsstädten, allerdings kaum mit den Oberzentren und Mittelzentren der übrigen Planungsregion außerhalb des Kreises Kleve (vgl. Bezirksregierung Düsseldorf 2013b). Dieses Ergebnis führte zu dem Schluss, den Faktor der Zentralen Orte im Kreis Kleve zu belassen und nur auf die Mittelzentren im Kreis Kleve zu verteilen.

Der zweite Faktor ist der Bevölkerungsanteil der Gemeinden am Kreis. Durch diesen Faktor wird die gegenwärtige Bedeutung der jeweiligen Kommune als Wohnstandort gewürdigt. Über diesen Faktor werden 25% des Kreisbedarfs auf die Kommunen des Kreises verteilt. Alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden erhalten somit für Ihren Eigenbedarf eine bestimmte Menge des ermittelten Bedarfes in jedem Fall, auch wenn Sie bspw. durch vorausgesagte Wanderungsverluste gar keinen Bedarf mehr hätten (Einwohneranteil am Kreis). Für diesen Faktor wurde ebenfalls die fortgeschriebene Einwohnerzahl des Zensus 2011 zum Stichtag 31.12.2011 als Basis genutzt.

Der dritte Faktor ist die durchschnittliche Baufertigstellung von Wohnungen im Zeitraum von 2005-2012. Mit diesem Faktor wird der Attraktivität der Kommune als Wohnstandort Rechnung getragen, da sie zum einen zeigt, dass die dort ansässige Bevölkerung Wohnungen errichtet, aber auch dass Investoren oder Zuwanderer diese Kommune als ideale Wohnstandorte ansehen und entwickeln. Auf diese Komponente entfallen ebenfalls 25% des Kreisbedarfs.

Der vierte Faktor ist die Arbeitsplatzdichte zum Stichtag 30.06.2011. Die Arbeitsplatzdichte gibt das Verhältnis zwischen Arbeitsplätzen und Bevölkerung an. Die Arbeitsplatzdichte dient als Indikator für die relative wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einer Kommune. Kann die Kommune eine relativ hohe Arbeitsplatzdichte aufweisen, soll sie auch Möglichkeiten zur zukünftigen Wohnbaulandentwicklung haben, damit Arbeitnehmer die Möglichkeiten erhalten, auch am Arbeitsort zu wohnen.

Über diesen Verteilungsschlüssel, der aus vier Faktoren besteht, werden die Bedarfe auf die kreisfreien Städte und die Kommunen in den Kreisen verteilt. Die Faktoren 2-4 fließen alle mit dem gleichen Gewicht in die Verteilung ein. Der Faktor 1 ist regionsspezifisch angepasst worden. Für die kreisfreien Städte ist die Verteilung der Bedarfswerte bereits nach Faktor 1 abgeschlossen, da ihre Werte nicht auf Gemeinden verteilt werden müssen. Für die Verteilung der Kreisbedarfe auf die Kommunen werden die Faktoren 2, 3 und 4 angewendet und der Kreisbedarf für Wohnen auf die kreisangehörigen Kommunen verteilt. Am Ende der Verteilung ist der Gesamtbedarf aller Kreise und kreisfreien Städte unverändert und jeder einzelnen Kommune wurde ein Bedarfswert Wohnen zugewiesen. Der dadurch kommunalscharf bestimmte Bedarfswert in Wohneinheiten (WE) wurde dann in einem nächsten Schritt in Flächeneinheiten (ha) umgerechnet.

Dichteannahmen

In einem GIS-gestützten Verfahren hat die Regionalplanungsbehörde Düsseldorf alle Flächennutzungsplanflächen in der Planungsregion Düsseldorf, auf denen eine Errichtung von Wohnbebauung möglich ist, gefiltert und summiert. Von diesem Ergebnis wurden alle FNP-Reserven des Siedlungsflächenmonitorings 2012 subtrahiert und durch die Zahl der Wohnungen dividiert. Resultat dieses Verfahrens waren die siedlungsstrukturellen Dichten für alle

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

einzelnen Kommunen der Planungsregion Düsseldorf auf FNP-Ebene in der Maßeinheit Wohneinheiten/Hektar (WE/ha). Eine vergleichende Gegenüberstellung der siedlungsstrukturellen Dichten mit der Zentralen Orte Hierarchie zeigte, dass in Grundzentren weniger dicht gebaut wird als in Mittel- und Oberzentren. Das Spektrum der siedlungsstrukturellen Dichten reicht von rund 60 WE/ha in Oberzentren bis zu rund 20 WE/ha in Grundzentren. Im Vergleich mit der Zentralen Orte Hierarchie wurde in der Analyse deutlich, dass es in der Planungsregion Düsseldorf Mittelzentren gibt, die Dichtewerte von Oberzentren erreichen, es aber auch Mittelzentren gibt, die eher ein Dichteniveau von Grundzentren aufweisen. Durch den Abgleich der siedlungsstrukturellen Dichten der Kommunen der Planungsregion Düsseldorf war es möglich, Cluster herauszubilden, in die jeweils Kommunen mit ähnlichen Dichtewerten eingruppiert werden konnten. Mittelwertberechnungen ergaben, dass die Oberzentren eine durchschnittliche Dichte von rund 45 WE/ha und Mittelzentren eine durchschnittliche Dichte von rund 30 WE/ha aufweisen. In Grundzentren konnte eine Dichte von rund 20 WE/ha bestimmt werden. Zur Ableitung der Clustergruppen wurden jeweils die Standardabweichungen innerhalb der drei genannten Gruppen berechnet. Es zeigte sich, dass die Standardabweichung innerhalb der Grundzentren den geringsten Wert aufwies, was bedeutet, dass sich die Dichtesituation in den Grundzentren der Planungsregion Düsseldorf sehr ähnelt. Die Standardabweichung der Mittelzentren und Oberzentren lag deutlich höher, was bedeutete, dass innerhalb dieser Gruppen heterogene Dichtesituationen vorherrschen. Die Grenzfestlegung innerhalb der einzelnen Gruppen wurde durch Addition oder Subtraktion der Standardabweichung zu oder von der durchschnittlichen Dichte errechnet. Die Annahme ist, dass außerhalb der Standardabweichung die Siedlungsstruktur der Kommune nicht typisch für die Zentralörtlichkeit der jeweiligen Stufe ist, was bedeutet, dass bspw. ein Mittelzentrum eine siedlungsstrukturelle Dichte eines Grundzentrums aufweist. Die Landeshauptstadt Düsseldorf bildet bei dieser Annahme einen Sonderfall, dort liegt die siedlungsstrukturelle Dichte rund 15 WE/ha über dem Durchschnitt der Oberzentren. Diese Methode wurde im Rheinblick – Das Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf 2012 (Bezirksregierung Düsseldorf 2012) vorgestellt und angewendet.

Vor dem Hintergrund der Flächeneinsparbemühungen und der Leitlinie 1.2.6 „Allgemeine Siedlungsbereiche effektiv ausnutzen“ wurden zur Umlegung des errechneten Wohneinheitenbedarfs der Bedarfsberechnung die siedlungsstrukturellen Dichten der vorgestellten Methode genutzt. Dabei spielten Überlegungen, die auf den demographischen Entwicklungen der Planungsregion Düsseldorf beruhen, eine wesentliche Rolle. Durch den starken Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte und dem Absinken von Drei- und Vierpersonenhaushalte wird der Einfamilienhausbau nicht mehr die überragende Rolle im Wohnungsbau der Zukunft spielen und der Geschosswohnungsbau kann wieder eine relative Stärkung erfahren, so dass höhere Dichteannahmen für die Zukunft plausibel sind.

Die Landeshauptstadt Düsseldorf weist mit ihrer bestehenden sehr hohen Dichte schon heute eine stark metropolitane Siedlungsstruktur auf. Diesem Sachverhalt wird mit der Einstufung mit 60 WE/ha Rechnung getragen. Alle anderen Oberzentren werden der angewendeten Methode entsprechend mit 45 WE/ha eingruppiert. Für mittelzentrale Siedlungsstrukturtypen gilt eine durchschnittliche Realisierungsdichte von 35 WE/ha und für die grundzentralen Siedlungsstrukturtypen wurden 25 WE/ha angenommen.

Im Rheinblick – Das Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf 2012 (Bezirksregierung 2012), wurde für die Stadt Neuss, Stadt Erkrath, Stadt Hilden und Stadt Monheim ein oberzentraler Siedlungsstrukturtyp angenommen, weil sie über eine vergleichsweise hohe Bestandsdichte verfügen. Alle Städte grenzen unmittelbar an die Landeshauptstadt Düssel-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dorf. Aufgrund vielfältiger Stellungnahmen werden diese vier Städte nicht mehr den oberzentralen Siedlungsstrukturtypen zugeordnet, sondern den mittelzentralen Siedlungsstrukturtypen. Alle vier sind als Mittelzentren (LEP NRW) festgelegt, so dass auch die Siedlungsstruktur in diesen Kommunen als mittelzentral angenommen werden soll. Außerdem wurden Grevenbroich und Nettetal den grundzentralen Strukturtypen zu geordnet, da sie am unteren Rand der Siedlungsdichte (siehe auch Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf 2012 (Bezirksregierung 2012) liegen und die Gemeinden in der Beteiligung darauf hingewiesen haben, dass ihre überwiegend ländliche Struktur nicht dem mittelzentralen Siedlungsstrukturtyp entspräche.

Der nachfolgenden Abbildung ist zu entnehmen, dass jede Kommune einem Siedlungsstrukturtypen zugeordnet worden ist, der im Prozess der Erarbeitung des RPDs berücksichtigt und genutzt wird.

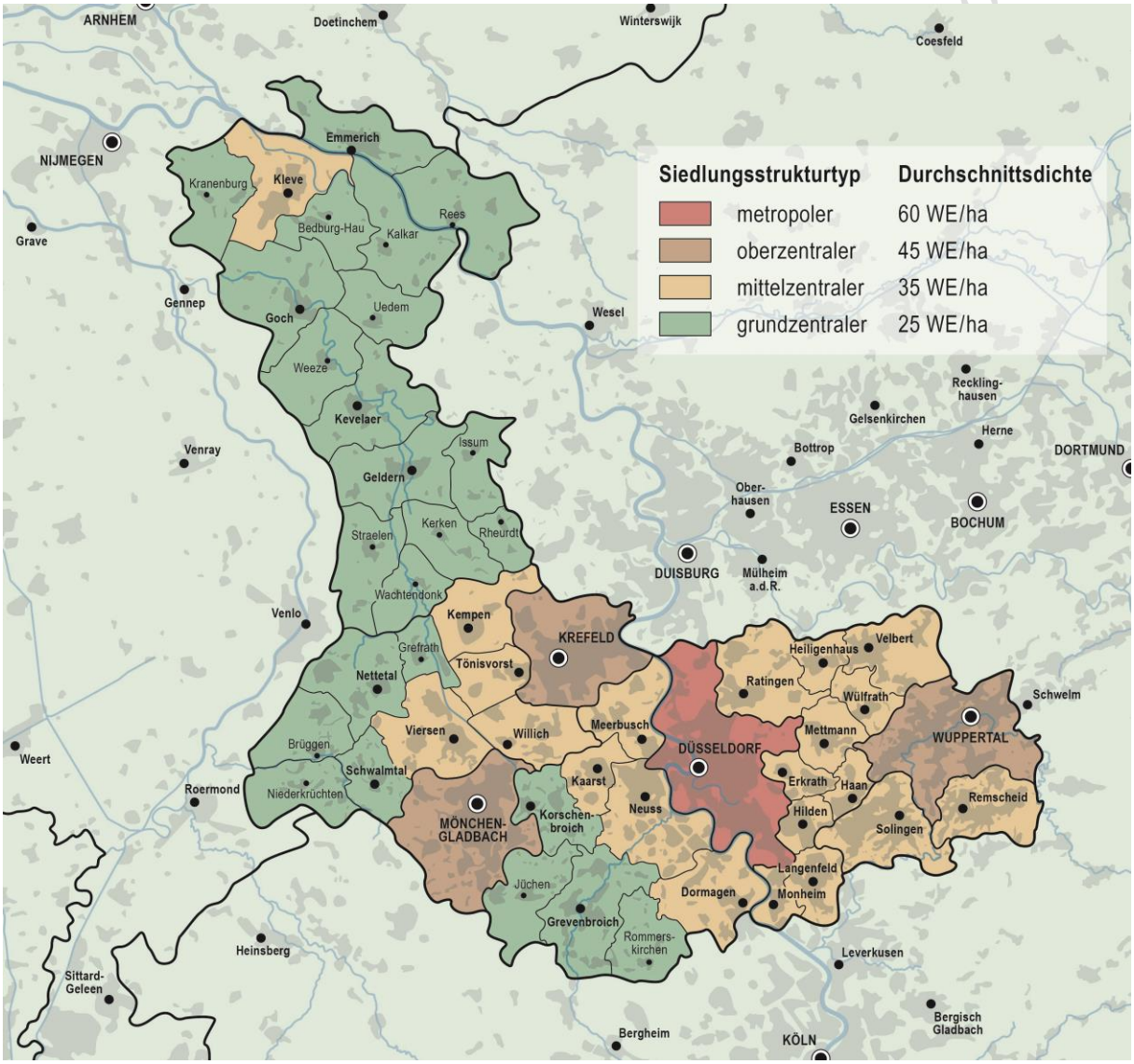


Abb. 3.1.2.1.2.1. Siedlungsstrukturtypen

Die Anwendung dieser Dichtekategorien ist im demographischen Wandel und in der Abnahme der Wohnbevölkerung mit steigenden Infrastrukturfolgekosten pro Einwohner in den Kommunen begründet. Die negativen Folgen dieser Prozesse für die städtischen Haushalte und die Einwohner können, wenn auch nicht vollständig gestoppt werden, zumindest aber

durch höhere städtebauliche Dichten abgemildert werden. Durch verdichtetes Bauen ist eine bessere Auslastung, sowohl von technischer, als auch sozialer Infrastruktur möglich, was ökonomisch sinnvoll ist. Die abgeleiteten Dichtewerte sollen eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung unterstützen und gleichzeitig dazu führen, dass sich Kommunen bei der Umsetzung in der Bauleitplanung stärker mit der effektiven Ausnutzung von Flächen auseinandersetzen müssen. Die kommunale Planungshoheit bleibt dennoch gewahrt, da die örtliche Bauleitplanung weiterhin in eigenem Ermessen Gestaltungsmöglichkeiten für höhere und niedrigere Baudichten behält, da die beschriebenen Dichtewerte durchschnittliche Realisierungsdichten sind. Die entwickelten Annahmen über durchschnittliche Realisierungsdichten werden nicht als Ziel im Regionalplan festgelegt, sondern einzig dazu benutzt, die bestehenden und die neu darzustellenden ASB-Reserven in ihrer Nutzbarkeit zu beziffern.

Diesem so ermittelten kommunalen Flächenbedarf (siehe Tabelle 2 in den Erläuterungen des Kapitel 3.1.2 des neuen Regionalplanes) werden den planerisch gesicherten Flächenreserven gegenübergestellt. Wie viele Reserven vorhanden sind, wird alle drei Jahre im Siedlungsmonitoring überprüft. Im Siedlungsmonitoring der Wohnbauflächen werden Reserven, Brachflächen und Nachverdichtungspotentiale (Baulücken, Ausbaureserven) in den Plänen der Städte und Gemeinden sowie im Regionalplan mit ergänzenden Informationen zu Verfügbarkeit, Größe und planungsrechtlichem Status erfasst. Baulücken werden in der Bilanzierung nur zu 50% angerechnet, da die Entwicklungsfähigkeit von Baulücken nur schwer beeinflussbar ist. Diese Bilanzierung ist auch für die Beurteilung von Belang, ob noch genügend Innenpotentiale vorhanden sind, oder ob Außen- und/oder Siedlungspotentiale entwickelt werden müssen. Auch diese Bilanzierung wird alle drei Jahre erneuert, so dass auch hier ein Controlling zur Verfügung steht.

Die nun folgenden fünf Tabellen zeigen die Bedarfsberechnung für Wohnen, wie sie oben beschrieben worden ist. Die erste Tabelle (Tab. 7.1.1.6.1) zeigt die Haushaltsentwicklung in den Kreisen und kreisfreien Städten bis 2032. In der zweiten Tabelle (Tab. 7.1.1.6.2) wird der daraus resultierende Neubedarf dargestellt. Wie man sehen kann, ist dieser Neubedarf in vielen kommunalen Gebietskörperschaften negativ. In der dritten Tabelle (Tab. 7.1.1.6.3) ist deshalb neben dem Ersatzbedarf und der Bestimmung der Fluktuationsreserve auch noch der Wert des halben Ersatzbedarfes dargestellt, der für den „Sicherheitsboden“ (s.o.) genutzt wird. In der vierten Tabelle (Tab. 7.1.1.6.4) sind die Komponenten addiert worden. Die fünfte Tabelle (Tab. 7.1.1.6.5) zeigt die Verteilung und die endgültige Bestimmung des kommunalen Bedarfes.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tab. 7.1.1.6.1: Haushaltsentwicklung 2011 - 2030

	Haushaltszahlen (2011-2030 konstante Varinate)																					
	2011	**2012**	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**	**2031**	**2032**
Spalte 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23
Planungsregion																						
Düsseldorf, krfr. Stadt	326 000	327 900	329 400	331 000	332 500	333 800	335 100	336 300	337 400	338 500	339 400	340 300	341 100	341 800	342 400	342 900	343 300	343 600	343 900	344 200	344 500	344 800
Krefeld, krfr. Stadt	116 200	116 300	116 400	116 600	116 700	116 800	116 900	117 000	117 000	117 000	117 000	116 900	116 800	116 600	116 400	116 300	116 000	115 800	115 500	115 200	114 900	114 600
Mönchengl., krfr. Stadt	127 300	127 700	127 900	128 200	128 400	128 500	128 600	128 700	128 800	128 800	128 700	128 600	128 500	128 300	128 100	127 900	127 600	127 300	127 000	126 700	126 400	126 100
Remscheid, krfr. Stadt	55 100	54 700	54 400	54 100	53 800	53 500	53 200	52 900	52 500	52 200	51 800	51 400	51 000	50 700	50 300	49 900	49 500	49 100	48 600	48 200	47 800	47 400
Solingen, krfr. Stadt	76 600	76 600	76 600	76 600	76 600	76 500	76 500	76 400	76 300	76 100	75 900	75 700	75 400	75 200	74 900	74 600	74 200	73 900	73 600	73 300	73 000	72 700
Wuppertal, krfr. Stadt	180 700	180 400	180 100	179 900	179 600	179 300	178 800	178 400	177 800	177 300	176 600	176 000	175 300	174 600	173 900	173 200	172 500	171 600	170 800	170 000	169 200	168 600
Kleve, Kreis	134 100	134 900	135 600	136 300	137 000	137 600	138 200	138 700	139 100	139 600	140 000	140 400	140 800	141 200	141 500	141 800	142 000	142 200	142 300	142 400	142 500	142 600
Mettmann, Kreis	238 800	238 600	238 600	238 600	238 600	238 500	238 600	238 500	238 400	238 200	238 000	237 700	237 400	237 100	236 600	236 100	235 600	234 900	234 200	233 500	232 800	232 100
Rhein-Kreis Neuss	207 300	208 200	208 900	209 700	210 400	211 000	211 600	212 200	212 700	213 200	213 600	214 000	214 300	214 600	214 800	215 000	215 100	215 100	215 100	215 000	215 000	215 000
Viersen, Kreis	143 000	143 200	143 400	143 600	143 800	143 900	144 000	144 100	144 200	144 300	144 400	144 400	144 300	144 300	144 200	144 000	143 800	143 600	143 300	142 900	142 500	142 100

Tab. 7.1.1.6.2: Neubedarf 2011 - 2030

	Neubedarf (jährliche Veränderung der Haushaltszahlen) (Haushaltszahl Kreis X oder kreisfreie Stadt X - Vorjahreshaushaltszahl Kreis X oder kreisfreie Stadt X)																				
	2012	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**	**2031**	**Gesamt**
Spalte 24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	43	44	45
Planungsregion																					
Düsseldorf, krfr. Stadt	1 900	1 500	1 600	1 500	1 300	1 300	1 200	1 100	1 100	900	900	800	700	600	500	400	300	300	300	300	**18 500**
Krefeld, krfr. Stadt	100	100	200	100	100	100	100	0	0	0	- 100	- 100	- 200	- 200	- 100	- 300	- 200	- 300	- 300	- 300	**-1 300**
Mönchengl., krfr. Stadt	400	200	300	200	100	100	100	100	0	- 100	- 100	- 100	- 200	- 200	- 200	- 300	- 300	- 300	- 300	- 300	**- 900**
Remscheid, krfr. Stadt	- 400	- 300	- 300	- 300	- 300	- 300	- 300	- 400	- 300	- 400	- 400	- 400	- 300	- 400	- 400	- 400	- 400	- 500	- 400	- 400	**-7 300**
Solingen, krfr. Stadt	0	0	0	0	- 100	0	- 100	- 100	- 200	- 200	- 200	- 300	- 200	- 300	- 300	- 400	- 300	- 300	- 300	- 300	**-3 600**
Wuppertal, krfr. Stadt	- 300	- 300	- 200	- 300	- 300	- 500	- 400	- 600	- 500	- 700	- 600	- 700	- 700	- 700	- 700	- 700	- 900	- 800	- 800	- 800	**-11 500**
Kleve, Kreis	800	700	700	700	600	600	500	400	500	400	400	400	400	300	300	200	200	100	100	100	**8 400**
Mettmann, Kreis	- 200	0	0	0	- 100	100	- 100	- 100	- 200	- 200	- 300	- 300	- 300	- 500	- 500	- 500	- 700	- 700	- 700	- 700	**-6 000**
Rhein-Kreis Neuss	900	700	800	700	600	600	600	500	500	400	400	300	300	200	200	100	0	0	- 100	0	**7 700**
Viersen, Kreis	200	200	200	200	100	100	100	100	100	100	0	- 100	0	- 100	- 200	- 200	- 200	- 300	- 400	- 400	**- 500**

Tab. 7.1.1.6.3: Komponenteneinzelbestimmung

	Wohngebäude (Wohnungen) Zensus 2011 9.Mai	jährlicher Ersatzbedarf (Zahl der Wohnungen aus Zensus 2011 multipliziert mit 0,2%)	halber Ersatzbedarf (Anwendung bei: Neubedarf+jährlicher Ersatzbedarf+Fluktuationsreserve < halber Ersatzbedarf)	Fluktuationsreserve (Zahl der Wohnungen aus Zensus 2011 multipliziert mit 1,5% bei Kreis/kreisfreie Stadt mit Leerstandsquote unter Regionsschnitt von 3,7%) (Zahl der Wohnungen aus Zensus 2011 multipliziert mit 1,0% bei Kreis/kreisfreie Stadt mit Leerstandsquote über Regionssschnitt von 3,7%)
Spalte 46	47	48	49	50
Planungsregion				
Düsseldorf, krfr. Stadt	**340 207**	**680**	**340**	**5103**
Krefeld, krfr. Stadt	**121 817**	**244**	**122**	**1218**
Mönchengladbach, krfr.	**135 821**	**272**	**136**	**1358**
Remscheid, krfr. Stadt	**59 832**	**120**	**60**	**598**
Solingen, krfr. Stadt	**82 846**	**166**	**83**	**828**
Wuppertal, krfr. Stadt	**193 778**	**388**	**194**	**1938**
Kleve, Kreis	**139 177**	**278**	**139**	**2088**
Mettmann, Kreis	**245 678**	**491**	**246**	**3685**
Rhein-Kreis Neuss	**212 796**	**426**	**213**	**3192**
Viersen, Kreis	**140 908**	**282**	**141**	**2114**

Tab. 7.1.1.6.4: Regionaler Bedarf aus Komponenten

	Bedarf (Neubedarf+jährlicher Ersatzbedarf+Fluktuationsreserve (Verteilt auf 20 Jahre)) pro Jahr, wenn Summe < halber Ersatzbedarf Anwendung halber Ersatzbedarf																				
	2012	**2013**	**2014**	**2015**	**2016**	**2017**	**2018**	**2019**	**2020**	**2021**	**2022**	**2023**	**2024**	**2025**	**2026**	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**	**2031**	**Gesamt**
Spalte 51	52	53	54	55	56	57	58	59	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72
Planungsregion																					**108 244**
Düsseldorf, krfr. Stadt	2 836	2 436	2 536	2 436	2 236	2 236	2 136	2 036	2 036	1 836	1 836	1 736	1 636	1 536	1 436	1 336	1 236	1 236	1 236	1 236	**37 211**
Krefeld, krfr. Stadt	405	405	505	405	405	405	405	305	305	305	205	205	122	122	205	122	122	122	122	122	**5 312**
Mönchengl., krfr. Stadt	740	540	640	540	440	440	440	440	340	240	240	240	140	140	140	136	136	136	136	136	**6 372**
Remscheid, krfr. Stadt	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	60	**1 197**
Solingen, krfr. Stadt	207	207	207	207	107	207	107	107	83	83	83	83	83	83	83	83	83	83	83	83	**2 351**
Wuppertal, krfr. Stadt	184	184	284	184	184	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	194	**3 929**
Kleve, Kreis	1 183	1 083	1 083	1 083	983	983	883	783	883	783	783	783	783	683	683	583	583	483	483	483	**16 055**
Mettmann, Kreis	476	676	676	676	576	776	576	576	476	476	376	376	376	246	246	246	246	246	246	246	**8 803**
Rhein-Kreis Neuss	1 485	1 285	1 385	1 285	1 185	1 185	1 185	1 085	1 085	985	985	885	885	785	785	685	585	585	485	585	**19 404**
Viersen, Kreis	587	587	587	587	487	487	487	487	487	487	387	287	387	287	187	187	187	141	141	141	**7 610**

Tab. 7.1.1.6.5: kommunale Bedarfsbestimmung

	Summe der drei Komponenten unter Einbeziehung des Sicher-heitsbodens (halber Ersatzbedarf) in WE	Verteilungsberechnung				Bedarf der kreisfreien Städte und Gemeinden in WE
		Bedarfsanteil (Zentrale Orte) in WE	Bedarfsanteil (Bevölkerung) in WE	Bedarfsanteil (Baufertig-stellung) in WE	Bedarfsanteil (Arbeitsplatz-dichte) in WE	
Spalte 1	2	3	4	5	6	7
Planungsregion	**108 244**	27061	27061	27061	27061	**108244**
Düsseldorf	**37 211**	4844	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**32 752**
Krefeld	**5 312**	1822	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**5 806**
Mönchengladbach	**6 372**	2093	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**6 873**
Remscheid	**1 197**	905	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**1 802**
Solingen	**2 351**	1274	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**3 037**
Wuppertal	**3 929**	2814	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	25% der Spalte 2	**5 761**
Kleve, Kreis	**16 055**	4014	4014	4014	4014	**16055**
Bedburg-Hau	0	0	168	286	358	**812**
Emmerich am Rhein, Stadt	0	704	399	380	337	**1820**
Geldern, Stadt	0	773	438	356	336	**1903**
Goch, Stadt	0	770	436	524	236	**1966**
Issum	0	0	158	120	173	**451**
Kalkar, Stadt	0	0	183	149	244	**576**
Kerken	0	0	167	111	117	**394**
Kevelaer, Stadt	0	648	367	443	243	**1701**
Kleve, Stadt	0	1119	635	493	373	**2620**
Kranenburg	0	0	135	208	153	**497**
Rees, Stadt	0	0	285	264	188	**737**
Rheurdt	0	0	89	100	90	**280**
Straelen, Stadt	0	0	205	177	460	**842**
Uedem	0	0	108	67	284	**459**
Wachtendonk	0	0	105	96	172	**373**
Weeze	0	0	135	241	249	**625**
Mettmann, Kreis	**8 803**	3926	2201	2201	2201	**10528**
Erkrath, Stadt	0	360	202	119	165	**846**
Haan, Stadt	0	245	137	231	256	**869**
Heiligenhaus, Stadt	0	209	117	131	211	**668**
Hilden, Stadt	0	448	251	180	247	**1127**
Langenfeld (Rhld.), Stadt	0	468	262	392	274	**1397**
Mettmann, Stadt	0	311	174	200	192	**877**
Monheim am Rhein, Stadt	0	331	185	174	169	**859**
Ratingen, Stadt	0	714	400	392	277	**1783**
Velbert, Stadt	0	667	374	294	237	**1572**
Wülfrath, Stadt	0	174	97	87	171	**529**
Rhein-Kreis Neuss	**19 404**	3311	4851	4851	4851	**17864**
Dormagen, Stadt	0	512	691	759	723	**2685**
Grevenbroich, Stadt	0	504	680	434	816	**2434**
Jüchen	0	0	246	486	341	**1072**
Kaarst, Stadt	0	345	465	430	524	**1763**
Korschenbroich, Stadt	0	263	355	447	480	**1545**
Meerbusch, Stadt	0	447	603	546	621	**2217**
Neuss, Stadt	0	1241	1674	1495	1063	**5473**
Rommerskirchen	0	0	138	254	282	**675**
Viersen, Kreis	**7 610**	2058	1903	1903	1903	**7766**
Brüggen	0	0	100	132	221	**453**
Grefrath	0	0	96	67	179	**342**
Kempen, Stadt	0	287	225	177	290	**978**
Nettetal, Stadt	0	340	266	192	203	**1002**
Niederkrüchten	0	0	97	104	123	**324**
Schwalmtal	0	156	122	163	157	**598**
Tönisvorst, Stadt	0	243	190	161	184	**777**
Viersen, Stadt	0	616	482	472	289	**1859**
Willich, Stadt	0	416	326	434	256	**1432**

Diesem ermittelten Bedarf aus Tab. 7.1.1.6.5: *kommunale Bedarfsberechnung* werden in der folgenden Tabelle Tab. 7.1.1.6.6: *Reserven des neuen Regionalplans* die Reserven gegenübergestellt, um zu ermitteln, inwieweit mit Neudarstellungen von ASB-Potentialen oder ggf. Rücknahme von ASB-Potentialen ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und planerisch gesicherten Reserven hergestellt werden kann. Hier sind alle planerischen Reserven, die mit dem neuen Regionalplan für den kommunalen Bedarf gesichert würden, dargestellt.

In den fünf Spalten (2-6) sind die Reserven aus dem letzten Siedlungsmonitoring 2012 auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung dargestellt. In einigen Gemeinden differieren diese Darstellungen zu dem Bericht aus 2012. Dies liegt daran, dass Reserven auf der Ebene der Flächennutzungsplanung nun im RPD-Erarbeitungsprozess für In und Um Düsseldorf genutzt werden sollen (siehe Spalte 7 und 8 in Tab. 7.1.1.6.7).

Die nächsten drei Spalten 7-9 (Tab. 7.1.1.6.6) zeigen, welche ASB aus dem GEP99 nicht in den neuen Regionalplan überführt worden sind. Dabei gibt es zwei Fälle: Erstens sind es Siedlungspotentiale (im Regionalplan dargestellte, aber bisher nicht durch den Flächennutzungsplan (FNP) in Anspruch genommene Siedlungsbereiche) und zweitens sind es im Regionalplan dargestellte und schon durch den Flächennutzungsplan (FNP) in Anspruch genommene Siedlungsbereiche. Das bedeutet, dass an diesen Stellen in Zukunft die Flächennutzungsplandarstellungen zurückgenommen werden sollen.

In den darauffolgenden drei Spalten sind die Siedlungspotentiale des neuen Regionalplans (im Regionalplan dargestellte, aber bisher nicht durch den Flächennutzungsplan (FNP) in Anspruch genommene Siedlungsbereiche) dargestellt, die entweder schon im GEP99 vorhanden waren oder die nun neu im Entwurf aufgenommen worden sind.

In den letzten Spalten werden die Reserven aus dem Siedlungsmonitoring Spalten 2-6 mit den drei Spalten der Siedlungspotentiale des neuen Regionalplans summiert. Dabei werden die Baulücken und Bestandspotentiale nur zu 50% angerechnet. Die Flächennutzungsplanreserven werden mit der Dichte angenommen, die die Kommunen im Rahmen des Siedlungsmonitorings angegeben haben. So errechnet sich die planerisch gesicherte Reserve, die dann dem Bedarf gegenüber gestellt worden ist (siehe hierzu die Tabelle in den textlichen Erläuterungen im Kapitel 3.1.2 oder die nachfolgende Tabelle).

In Düsseldorf stehen dem erwarteten Bedarf zu wenige Siedlungspotentiale gegenüber. Auch wenn es das Ziel im Rahmen der Erarbeitung des RPDs war, möglichst viele Siedlungspotenziale in der Landeshauptstadt zu verorten, muss doch ein Bedarfsüberhang konstatiert werden. Dieses Phänomen zeichnete sich in einer sehr frühen Phase der Regionalplanerarbeitung ab, so dass für dieses teilregionale räumliche Phänomen eine gesonderte Konzeption entwickelt wurde, um die Bedarfe der Stadt auf andere Städte und Gemeinden zu übertragen. Damit fußt die quantitative Begründung für die einzelnen Bedarfe in den einzelnen Gemeinden auf zwei Ansätzen: Erstens wird ein originärer Bedarf für die Kommune ermittelt und zweitens kann darauf aufbauend ein Bedarf aus Düsseldorf übertragen werden. Diese Übertragung verläuft nach dem Konzept, wie es unter 7.1.1.6.1 dargestellt ist.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tab. 7.1.1.6.6: Reserven des neuen Regionalplans

	Reserve Siedlmo 2012 **34er** in ha	Reserve Siedlmo 2012 **34er** in WE	Reserve Siedlmo 2012 **FNP** in ha	Reserve Siedlmo 2012 **FNP** in WE	Baulücken und Bestands-potentiale	Gestrich. ASB-Reserven aus GEP 99 in ha	Gestrich. ASB der gleich-zeitig auf FNP-Reserve lag in ha	Gestrich. ASB der gleich-zeitig auf FNP-Reserve lag in WE	ASB-Reserve aus GEP 99 für kom. Bedarf in ha	neue ASB-Potentiale für kom. Bedarf in ha	ASB-Reserve aus GEP99 plus neue für kom. Bedarf in WE	planerisch gesicherte Reseven (50% Baulücken/ Bestands-potentiale FNP/34erLPlG und ASB) in WE ohne In und Um
Spalte 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
Planungsregion						812,5	173,69	3582	627,5	561	42102,5	104765,5
Düsseldorf	42	1645	167	11840	550	5			55	78	7980	21740
Krefeld	4,12	100	100,43	2567	5410	132	46	1310	13	25	1710	5772
Mönchengladbach	4,45	0	80,34	2136	3600	65			60	0	2700	6636
Remscheid	0	0	75,83	1270	553	6			3	0	105	1651,5
Solingen	0,31	0	101	2330	660	86			28	0	980	3640
Wuppertal	1,38	64	101,7	2345	900	10			43	10	2385	5244
Kleve, Kreis						144,5			158	195,5		17304
Bedburg-Hau	0	0	14,39	221	89	5	0	0	3	16	475	740,5
Emmerich am Rhein, Stadt	1,08	0	35,03	575	319	0	0	0	36	3	975	1709,5
Geldern, Stadt	1,29	28	61,59	894	65	9	16	226	21	25	1150	1878,5
Goch, Stadt	0	0	35,51	632	51	0	0	0	17	37	1350	2007,5
Issum	0,12	0	21,79	302	119	3	4	60	2	5	175	476,5
Kalkar, Stadt	0,95	19	23,18	579	525	9	4	108	9	4	325	1077,5
Kerken	0	0	14,57	297	165	13	0	0	4	1	125	504,5
Kevelaer, Stadt	1,08	0	19,57	411	149	13	0	0	12	37	1225	1710,5
Kleve, Stadt	0,4	0	68,7	1529	86	35	5	100	16	21	1295	2767
Kranenburg	0	0	16,15	210	234	0	0	0	5	3,5	212,5	539,5
Rees, Stadt	0	0	14,37	307	226	28,5	0	0	8	12	500	920
Rheurdt	0	0	3,93	60	90	7	0	0	2	8	250	355
Straelen, Stadt	0	0	43,07	1023	363	13	12	258	0	0	0	946,5
Uedem	0	0	8,01	184	28	0	0	0	15	2	425	623
Wachtendonk	2,02	40	6,64	111	64	1	0	0	3	7	250	433
Weeze	0	0	5,87	91	98	8			5	14	475	615
Mettmann, Kreis		**1193**	**229,5**	**6820**		71			**40**	**56**	**3360**	
Erkrath, Stadt	0	0	13,4	410	152	12			14	7	735	1221
Haan, Stadt	6,6	115	28,06	760	232	0			0	0	0	991
Heiligenhaus, Stadt	0	0	3,88	77	177	10			12	4	560	725,5
Hilden, Stadt	1,42	32	41,92	1357	1305	7			0	0	0	2041,5
Langenfeld (Rhld.), Stadt	0	0	30,92	1051	600	0			5	10	525	1876
Mettmann, Stadt	15	430	12,55	374	270	14			5	2	245	1184
Monheim am Rhein, Stadt	6,8	200	4,97	326	120	0			4	7	385	971
Ratingen, Stadt	19,44	215	20,86	620	753	7			0	18	630	1841,5
Velbert, Stadt	3,13	120	66,17	1584	37	4			0	4	140	1862,5
Wülfrath, Stadt	2,18	81	6,77	261	138	17			0	4	140	551
Rhein-Kreis Neuss						156			165,5	142,5	9885	18196,5
Dormagen, Stadt	19,35	322	16,91	399	293	9			29,5	25,5	1925	2792,5
Grevenbroich, Stadt	3,65	14	56,02	1275	200	20			0	42	1050	2439
Jüchen	0	0	59,95	1112	355	5	6	150	1	2	75	1214,5
Kaarst, Stadt	6,58	120	10,8	254	230	0	0	0	25	11,5	1277,5	1766,5
Korschenbroich, Stadt	21	550	7,68	158	408	5	0	0	13	12,5	637,5	1549,5
Meerbusch, Stadt	2,87	98	20,93	601	128	85	0	0	43	1	1540	2303
Neuss, Stadt	31,04	490	51,07	1497	1170	27	0	0	48	35	2905	5477
Rommerskirchen	1,22	15	9,22	139	51	5	0	0	6	13	475	654,5
Viersen, Kreis						137	80,69		62	54		
Brüggen	0,19	0	19,23	342	156	14	6,3	90	7	4	275	605
Grefrath	0	0	24,39	499	110	15	1	15	2	2	100	639
Kempen, Stadt	0	0	27,82	493	13	9	0	0	36	0	1260	1759,5
Nettetal, Stadt	1,99	7	94,03	1870	660	4	16	340	0	3	75	1942
Niederkrüchten	0	0	16,66	297	295	11	3	60	3	6	225	609,5
Schwalmtal	0	0	15,35	262	620	5	7,39	110	0	8	280	742
Tönisvorst, Stadt	0,83	2	40,97	868	52	8	25	490	0	16	560	966
Viersen, Stadt	11,74	135	122,27	2432	500	43	22	265	2	0	70	2622
Willich, Stadt	2,37	14	16,45	404	137	28	0	0	12	15	945	1431,5

Stan

Tab. 7.1.1.6.7: Bedarf und Reserven + Darstellung In und Um Düsseldorf

	Bedarf der kreisfreien Städte und Gemeinden	planerisch gesicherte Reseven= Baulücken/Bestandspotentiale (50%) FNP/34erLPlG und ASB für kommunalen Bedarf in WE	IN und Um Potential übernommen nach Ranking auf Ebene ASB in ha	in WE	IN und Um Potential übernommen nach Ranking auf Ebene FNP in ha	in WE	Bilanz Bedarf Kommune und planerisch gesicherte Reserven für kommunalen Bedarf in WE	**Anmerkungen**
Spalte 1	2	3	5	6	7	8	9	
Planungsregion	108244	104765,5	151,5	5810	57	1251		
Düsseldorf	32 752	21740					-11 012	Unterdeckung wird durch In und Um gedeckt; Fehlende 3150 WE können aller Voraussicht nach in der Nachbarstadt Duisburg abgedeckt - RVR-Beschluss abwarten
Krefeld	5 806	5772	37	1665	17	450	- 34	Berücksichtigung des hohen Innenpotential s. FNP-Neuaufstellung (Begründung Kapitel 1.2)
Mönchengladbach	6 873	6636					- 237	Aktuell Planungen von über 600 WE auf größeren Brachen
Remscheid, krfr. Stadt	1 802	1652					- 151	
Solingen, krfr. Stadt	3 037	3640	4	140	4	211	603	Überhang im FNP, aber über 80 ha ASB red.
Wuppertal, krfr. Stadt	5 761	5244	17	765			- 517	Viele Wiedernutzungspotentiale
Kleve, Kreis	**16055**	17304					**1 249**	
Bedburg-Hau	812	741					- 71	
Emmerich am Rhein, Stadt	1820	1710					- 111	
Geldern, Stadt	1903	1879					- 25	
Goch, Stadt	1966	2008					42	
Issum	451	477					26	
Kalkar, Stadt	576	1078					502	13 ha ASB gestrichen (Im übrigen Vertrauensschutz)
Kerken	394	505					110	13 ha ASB gestrichen
Kevelaer, Stadt	1701	1711					9	
Kleve, Stadt	2620	2767					147	im Verhältnis 14 ha ASB und 5 ha FNP gestrichen
Kranenburg	497	540					43	
Rees, Stadt	737	920					183	im Verhältnis 16 ha ASB gestrichen
Rheurdt	280	355					75	standortbedingt positiver Tausch für die Gemeinde 1 ha mehr als vorher
Straelen, Stadt	842	947					105	im Verhältnis 9 ha ASB und 16 ha FNP gestrichen
Uedem	459	623					164	standortbedingt keinTausch und nur geringe Neudarstellung
Wachtendonk	373	433					60	Stärkung ZASB + 8ha Streichung des anderen ASB
Weeze	625	615					- 10	
Mettmann, Kreis	**10528**						**2 737**	
Erkrath, Stadt	846	1221					375	im Verhältnis 7 ha ASB gestrichen
Haan, Stadt	869	991					122	
Heiligenhaus, Stadt	668	726					57	
Hilden, Stadt	1127	2042					915	Ühang a FNP-Eb. u. Bauleitplanung und Baulücken- Vertrauensschutz
Langenfeld (Rhld.), Stadt	1397	1876					479	
Mettmann, Stadt	877	1184					307	im Verhältnis 12 ha ASB gestrichen
Monheim am Rhein, Stadt	859	971	9	315			112	kleiner Überhang wegen Standorte
Ratingen, Stadt	1783	1842					59	
Velbert, Stadt	1572	1863	13	455			290	1:1 Tausch aber 13 ha alte Reserve für In und Um Überhang im neuen FNP
Wülfrath, Stadt	529	551	8	280			22	2 ha neu für In und Um
Rhein-Kreis Neuss	**17864**	18197		2015			**332**	
Dormagen, Stadt	2685	2793	19	665			108	
Grevenbroich, Stadt	2434	2439					5	
Jüchen	1072	1215					142	
Kaarst, Stadt	1763	1767					3	
Korschenbroich, Stadt	1545	1550	7,5	230			4	
Meerbusch, Stadt	2217	2303	16	560			86	
Neuss, Stadt	5473	5477	16	560			4	
Rommerskirchen	675	655					- 20	
Viersen, Kreis	**7766**						**3 551**	
Brüggen	453	605					152	im Verhältnis 10 ha ASB +6,3 FNP gestrichen
Grefrath	342	639					297	im Verhältnis 13 ha ASB + 1ha FNP gestrichen
Kempen, Stadt	978	1760					781	Überhang a FNP-Eb. u. Baulücken (Vetrauensschutz)
Nettetal, Stadt	1002	1942					940	Überhang a FNP-Eb. u. Baulücken (Vetrauensschutz)
Niederkrüchten	324	610					286	im Verhältnis 5 ha ASB und 3 ha FNP gestrichen
Schwalmtal	598	742					144	wegen Standort zuviel neues ASB 1zu 1 Tausch
Tönisvorst, Stadt	777	966			13	230	189	im Verhältnis 17ha FNP gestrichen
Viersen, Stadt	1859	2622	3	105	13	260	763	im Verhältnis 23 ha ASB + 22 ha FNP gestrichen Überhang a FNP-Ebene
Willich, Stadt	1432	1432			10	100	0	

7.1.1.6.1 In und Um Düsseldorf – Umverteilungskonzept nicht realisierbarer Bedarfe in der Stadt Düsseldorf

Die Kommunen „In und Um Düsseldorf“ – so die Leitlinie 1.2.5 des Regionalrates – sollen zuerst diejenigen Flächen des bestehenden Flächenpotentials entwickeln, die auch positive regionale Wirkung entfalten. Hierzu soll die Regionalplanung in Zusammenarbeit mit den Kommunen „In und Um Düsseldorf“ ein Flächenranking initiieren, das eine interkommunal abgestimmte Wohnbaulandentwicklung vorbereiten kann.

Ausgangslage

Dem zukünftigen Wohnungsneubaubedarf der Stadt Düsseldorf steht nur ein begrenztes Bauflächenpotenzial für den Wohnungsbau gegenüber. Dieses Reservepotential reicht nicht aus, um den bisher berechneten Bedarf zu decken. Bei einem prognostizierten Flächenbedarf von 32.000 Wohneinheiten und einer möglichen Reserve von knapp 20.000 Wohneinheiten besteht in der Stadt Düsseldorf ein Bedarfsüberhang von rd. 12.000 Wohneinheiten. Das entspricht einem Flächenbedarf je nach Dichteannahme von insgesamt 200 bis 400 ha, der auf die umliegenden Kommunen verteilt werden soll. Um die Fragestellung, wie diese Wohnbaulandentwicklung angesichts bereits stark ausgelasteter Verkehrsinfrastrukturen regional verträglich gesteuert werden könnte, ist ein Flächenranking entwickelt worden, bei dem die auf nachstehender Karte hervorgehobenen Kommunen mitbetrachtet und einbezogen wurden. Dieser Abgrenzungsvorschlag entsteht durch die Erreichbarkeit der Landeshauptstadt per PKW und ÖPNV. Das Untersuchungsgebiet umfasst alle Gemeinden, die von Düsseldorf aus in maximal 30 Fahrminuten zu erreichen sind.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

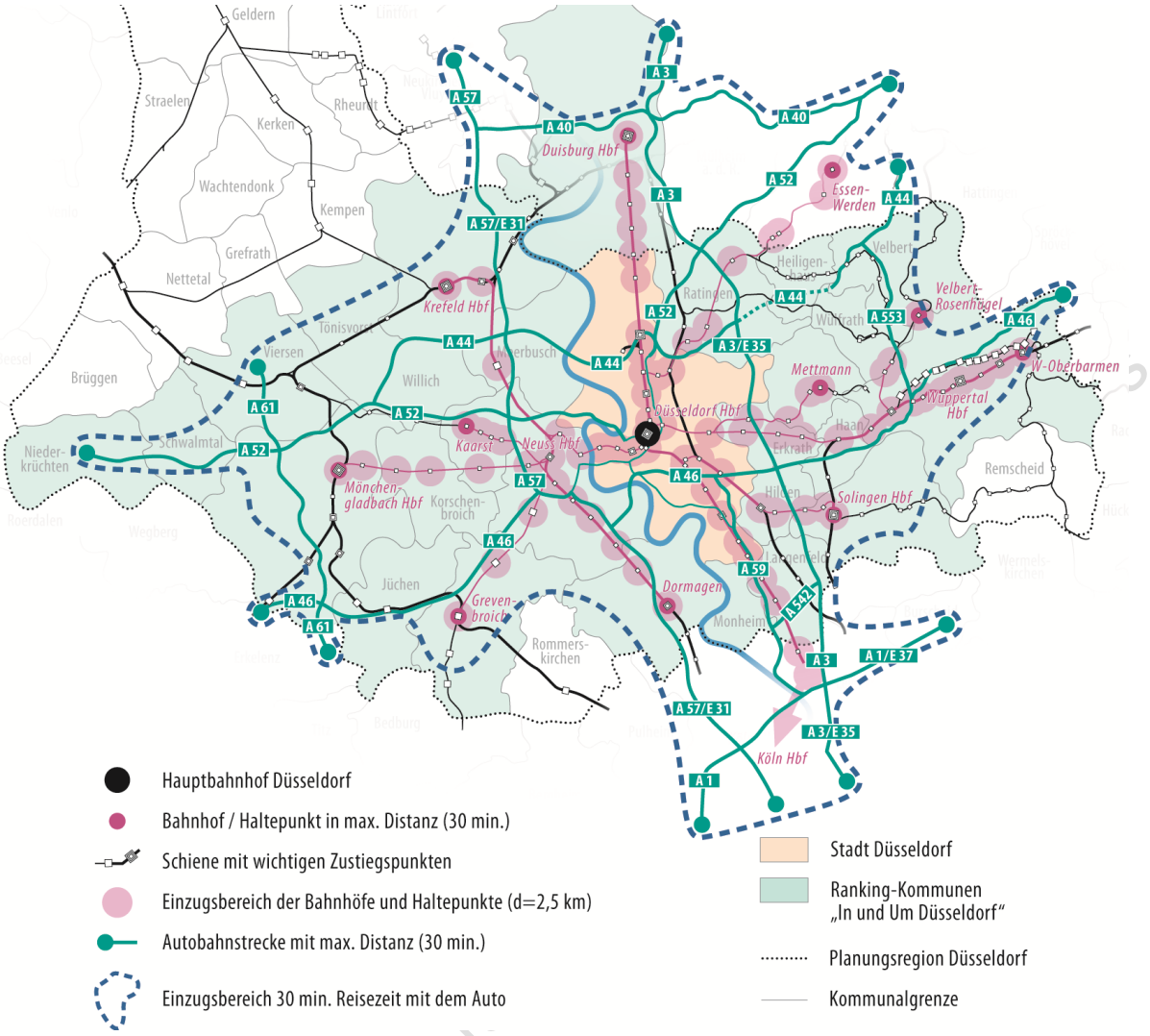


Abb. 7.1.1.6.1.1: Untersuchungsgebiet In und Um Düsseldorf

Im Flächenranking werden nur die Flächen berücksichtigt, die nicht ohnehin schon rechnerisch durch den lokalen Bedarf der Kommune begründet sind. Das bedeutet, dass zunächst die Flächen in den Kommunen identifiziert werden, die zur Deckung des lokalen Bedarfes dienen. Alle darüber hinausgehenden Flächen werden dann in einem Ranking kommunenübergreifend verglichen. Zum Vergleich der Flächen (Ranking) sollen verschiedenste Kriterien bzw. Indikatoren herangezogen werden, die die nachfolgenden Zielkategorien abbilden:

1) Verkehrsaufwand bzw. -belastung minimieren (Minimierung des Verkehrsaufkommens und Stärkung des ÖPNV durch Priorisierung von Flächen mit guter Anbindung),

2) Flächen ökologisch verträglich entwickeln (Beachtung von Natur- und Freiraumbelangen sowie minimale Beeinträchtigung der Schutzgüter Wasser, Boden, Tiere und Pflanzen, Kulturlandschaften),

3) infrastrukturelle Einrichtungen berücksichtigen (Nähe zu Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen sowie möglichst geringe Infrastrukturausbaukosten),

Stand Unterlagen

4) eine qualitative städtebauliche Umsetzung ermöglichen (Priorisierung von Flächen mit schneller Verfügbarkeit (Planungs-, Eigentumsrecht, zeitliche Verfügbarkeit), Förderung von Brachflächenentwicklung und Berücksichtigung städtebaulicher Qualitäten).

Folgende Kriterien bilden diese Ziele ab:

Tab 7.1.1.6.1.1: Kriterien des „Flächenranking In und Um Düsseldorf“

Ziel:	Kriterien:	Bewertung:	Punkte:
A) Verkehrsaufwand / -belastung minimieren ▪ Verkehrsmittel des Umweltverbundes stärken ▪ (Versorgung) Lage zu zentralen Versorgungsbereichen ▪ SPNV (Bestand inkl. Planfeststellung) ▪ Nichtmotorisierter Verkehr	**1. Nähe zum SPNV** (S-Bahn, Regionalverkehr)	• kurze Entfernung: <500m • vertretbare Entfernung: 500 - 1000m • große Entfernung: 1000 - 1500m	kurze Entfernung = 10 vertretbare Entfernung= 6 große Entfernung = 1
	2. Nähe zum schienengebundenen ÖPNV (U-Bahn, Stadtbahn, Straßenbahn)	• kurze Entfernung: <500m • vertretbare Entfernung: 500 - 1000m • große Entfernung: 1000 - 1500 m	kurze Entfernung = 6 vertretbare Entfernung= 3 große Entfernung = 1
	3. Nähe zum motorisierten ÖPNV (leistungsfähige Buslinie)	• kurze Entfernung: <500m • vertretbare Entfernung: 500 - 1000m • große Entfernung: 1000 - 1500 m	kurze Entfernung = 6 vertretbare Entfernung= 3 große Entfernung = 1
	4. Erreichbarkeit der Oberzentren	Analyse BBSR Daten: Reisezeiten inkl. Umstiegszeiten • schnelle Erreichbarkeit <15 Min. • vertretbare Erreichbarkeit: 5 - 30 Min. • schlechte Erreichbarkeit: 30 - 60 Min.	schnelle Erreichbarkeit = 6 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1
	5. Entfernung zu Versorgungseinrichtungen (Nahversorgungsbereiche)	Zentrale Versorgungseinrichtungen • sehr gute Erreichb.: <500m • vertretbare Erreichb.: 500 - 800m • schlechte Erreichb.: 800 - 2000m	sehr gute Erreichbarkeit = 6 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1
	6. Erreichbarkeit der Stadt Düsseldorf per ÖPNV	Fahrtzeit nach Düsseldorf Hbf + Fußweg zum Start-Haltepunkt • sehr gute Erreichb.: <10 Min. • vertretbare Erreichb.: 10 - 20 Min. • schlechte Erreichb.: 20 - 30 Min.	sehr gute Erreichbarkeit = 6 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

B) Flächen ökologisch wertvoll entwickeln ▪ Konflikte zu Natur- und Freiraumbelangen ▪ Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden, Wasser, Kulturlandschaften, Tiere & Pflanzen	**1. Konflikte zu Natur- und Freiraumbelangen** Landschaftsplandarstellungen: NSG, gLB Die Darstellung der LSG wird nicht berücksichtigt – Stark variierende LSG-Ausweisung der einzelnen Träger führt zu keiner vergleichbaren Punktevergabe in der Region.	**keine Konflikte =** im Landschaftsplan sind keine Aussagen zu der jeweiligen Fläche getroffen **bis gering =** die jeweilige Fläche grenzt an im Landschaftsplan als *Natur-/* oder *geschützte Landschaftsbestandteile* ausgewiesene Flächen (kaum Überschneidung, 0,1% – 5%) **vertretbar =** in den Randbereichen der jeweiligen Fläche befinden sich Bereiche, die im Landschaftsplan als *geschützte Landschaftsbestandteile* ausgewiesen sind (Überschneidungsanteil von insgesamt <20%) **stark =** Große Teile oder die gesamte Fläche sind im Landschaftsplan als *Naturschutzgebiet* oder *geschützter Landschaftsbestandteil* ausgewiesen (Überschneidungsanteil von insgesamt >20%) und/oder es befindet sich mindestens eine auf der roten Liste stehende Pflanzenart und/oder der Brut- und Nistbereich mindestens einer bedrohten Tierart auf der Fläche	Keine Konflikte = 10 bis gering = 6 vertretbar = 2 stark = 0
	2. Beeinträchtigung der Schutzgüter Boden, Wasser, Kulturlandschaften, Tiere & Pflanzen	**keine =** keine Beeinträchtigung der Schutzgüter **bis gering =** es ergibt sich eine geringfügige Beeinträchtigung von einem der u.g. Schutzgüter **vertretbar** = es ergibt sich eine geringfügige Beeinträchtigung von maximal zwei der u.g. Schutzgüter **stark =** es ergibt sich eine geringfügige Beeinträchtigung von mehr als zwei der u.g. Schutzgüter oder eine starke Beeinträchtigung von mindestens einem Schutzgut **Schutzgut Boden**: Geringfügige Beeinträchtigung → Lage auf schutzwürdigen Böden Starke Beeinträchtigung → Lage auf bes. und sehr schutzwürdigen Böden **Schutzgut Wasser**: Geringfüg. Beeinträ. → Lage in IIIB Starke Beeinträ. → Lage in IIIA – I **Schutzgut Kulturlandschaft**: Geringfüg. Beeinträchtigung → Lage in regionalen Kulturlandschaften Starke Beeinträchtigung → Lage in landesbedeutsamen Kulturlandschaften **Schutzgut Tiere & Pflanzen**: Geringfüg. Beeinträchtigung → Lage in 500m-Puffer um FFH und VSG und/oder Überschneidung mit Biotopkatasterfläche <10% Starke Beeinträchtigung → Lage in FFH und VSG bzw. Überschneidung und/oder Überschneidung mit Biotopkatasterfläche >10%	keine Beeinträchtigung = 10 bis gering = 6 vertretbar = 2 stark = 0

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

C) Infrastruktur beachten ▪ Infrastrukturausbaukosten gering halten ▪ Entfernung zu Bildungs- & Betreuungseinrichtungen ▪ Gesundheitseinrichtungen ▪ Sport- und Freizeiteinrichtungen	**1. Infrastrukturausbaukosten gering halten**	**keine bis geringe Aufwendungen =** Erschließung gesichert oder nur innere Erschließung zu bauen **vertretbar =** geringfügige äußere Erschließungsanlagen **hoch =** aufwendige äußere Erschließungsanlagen mit zusätzlichen technische Bauwerken wie Regenrückhaltebecken	Keine bis geringe Aufwend. = 5 vertretbare Aufwendungen = 3 hohe Aufwendungen = 1
	2. Entfernung zu Bildungs- & Betreuungseinrichtungen • Kindergarten/ Tagestätten • Grundschule • weiterführende Schulen (Mischung aus Gymnasien, Gesamtschulen, Hauptschulen und Realschulen)	Kindergarten • sehr gute Erreichbarkeit: <300 m • vertretbare Erreichbarkeit: 300 - 600 m • schlechte Erreichbarkeit: 600 - 900 m Grundschulen • sehr gute Erreichbarkeit: <600 m • vertretbare Erreichbarkeit: 600 - 800 m • schlechte Erreichbarkeit: 800 - 1300 m Weiterführende Schulen • sehr gute Erreichbarkeit: <1500 m • vertretb. Erreichbarkeit: 1500 - 2500 m • schlechte Erreichbarkeit: 2500 - 3500 m	Hier wird bei der Gewichtung ein Ø-Wert der drei Merkmalsausprägungen genommen sehr gute Erreichbarkeit = 5 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1
	3. Gesundheitseinrichtungen • medizinische Grundversorgung / praktische Ärzte • Apotheken • Krankenhäuser	Hausärzte • sehr gute Erreichbarkeit: <400 m • vertretbare Erreichbarkeit: 400 - 700 m • schlechte Erreichbarkeit: 700 - 1300 m Apotheken • sehr gute Erreichbarkeit: <600 m • vertretbare Erreichbarkeit: 600 - 900 m • schlechte Erreichbarkeit: 900 - 1500 m Krankenhäuser • sehr gute Erreichbarkeit: <2500 m • vertretb. Erreichbarkeit: 2500 - 4000 m • schlechte Erreichbarkeit: 4000 - 7000 m	sehr gute Erreichbarkeit = 5 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	4. Sport und Freizeiteinrichtungen • Sportplätze • Jugendeinrichtungen • Büchereien • Schwimmbäder	**Sportplätze** • sehr gute Erreichbarkeit: <600 m • vertretb. Erreichbarkeit: 600 - 1000 m • schlechte Erreichbarkeit: 1000 - 1500 m **Jugendeinrichtungen** • sehr gute Erreichbarkeit: <800 m • vertretbare Erreichbarkeit: 800 - 1400 m • schlechte Erreichbarkeit: 1400 - 2000 m **Büchereien** • sehr gute Erreichbarkeit: <1000 m • vertretb. Erreichbarkeit: 1000 - 2000 m • schlechte Erreichbarkeit: 2000 - 3000 m **Schwimmbäder** • sehr gute Erreichbarkeit: <1500 m • vertretb. Erreichbarkeit: 1500 - 2500 m • schlechte Erreichbarkeit: 2500 - 5000 m	Hier wird bei der Gewichtung ein Ø-Wert der drei Merkmalsausprägungen genommen sehr gute Erreichbarkeit = 5 vertretbare Erreichbarkeit = 3 schlechte Erreichbarkeit = 1
D) Städtebauliche Umsetzung ▪ Verfügbarkeit ▪ Brachflächenzuschlag ▪ Städtebauliche Qualitäten	**1. Verfügbarkeit** • Planerische Umsetzung • Eigentumsrechtlicher Zugriff • Zeitliche Verfügbarkeit	Planungsrecht • Baurecht vorhanden = 7 Punkte • F-plan = 3 Punkte • Regionalplan = 1 Punkt Eigentumsrechte • Städtischer Besitz= 7 Punkte • Einfache Eigentumsverhältnisse (im Zugriff der Stadt) = 3 Punkte • Schwierige Eigentumsverhältnisse (vielfältige Eigentümerstruktur oder „unwillige“ Verkäufer) = 1 Punkt Zeitliche Verfügbarkeit • sofort = 7 Punkte • kurzfristig < drei Jahre = 3 Punkte • > 3 Jahre = 1 Punkt	Hier wird bei der Gewichtung ein Ø-Wert der drei Merkmalsausprägungen genommen: sehr gute Verfügbarkeit = 7 kurz-/mittelfr. Verfügbarkeit = 3 Mittel-/längerfr. Verfügbarkeit = 1
	2. Brachflächenzuschlag	Brachflächenentwicklung?	10 Punkte
	3. Städtebauliche Qualitäten	Ist ein qualitätssicherndes Verfahren (Wettbewerb/Gutachterverfahren oder ähnliches) geplant oder schon erfolgt?	3 Punkte

Stand: Unterlagen für der Aufstellungsbeschluss

In den Kommunen, in denen es Flächen gibt, die im Ranking gut abgeschnitten haben, sind zusätzliche Bereichsdarstellungen, die über den örtlichen Bedarf hinausgehen, vorgenommen worden

Durchführung des Rankings

Die Umsetzung des Flächenranking anhand von Kriterien, die die vier verschiedenen Zielsetzungen widerspiegeln sollen, wurde mit einer GIS-gestützten Modellierung durchgeführt. Grundlage der Berechnungen bildet ein Rasternetz mit einer Zellengröße von je 100x100 Metern. Die Geodaten werden – abhängig von der gewünschten Aussage – nach zwei verschiedenen Methoden ausgewertet:

a) Berechnung der geographischen Distanzen der Rasterzellen zu den relevanten Objekten: Berechnet wird die geradlinige Entfernung von jeder Zelle zum nächst relevanten Objekt (genannt „Quelle“; hier: z.B. S-Bahnstation, Kindergarten, Versorgungseinrichtungen). Je nach Entfernung und betrachtetem Objekt werden den einzelnen Rasterzellen anschließend Punkte zugewiesen. Genutzt wird dieser Entfernungsansatz für Kategorie A: Verkehrsaufwand / -belastung minimieren und Kategorie C: Infrastruktur beachten (ausgenommen Kriterium C1: Infrastrukturausbaukosten gering halten – mehr dazu s.u.). Hier werden die Punkte automatisiert aus dem GIS-Modell zusammen abgebildet. Für die Bewertung der untersuchten Flächen werden anschließend die Summenwerte aller Rasterzellen, welche durch die Fläche überlagert werden, anteilig – d.h. je nach Anteil, den eine Rasterzelle an der Fläche einnimmt – verrechnet.

b) Berechnung der Überschneidungsfläche der Flächen mit überlagernden Kriterien: Die Punktevergabe resultiert aus der Überschneidung der einzelnen Flächen mit ökologischen Belangen. Für jede Fläche wird ermittelt, zu wie viel Prozent sie von den einzelnen Bereichen von ökologischem Belang (Naturschutzgebiete, FFH-Flächen, schutzwürdige Böden etc.) überlagert wird. Genutzt für Kategorie B: Flächen ökologisch verträglich entwickeln.

Für Kategorie D, die städtebauliche Umsetzung, sowie für die Beachtung möglichst geringer Infrastrukturausbaukosten (Kriterium 1 aus Kategorie C) sind Informationen zu den einzelnen Flächen von den jeweiligen Kommunen vonnöten gewesen; den Flächen wurden auf der Grundlage dieser Informationen manuell die zustehenden Punkte zugewiesen.

Nach Auswertung aller Kriterien werden die Punkte je Kriterium für die einzelnen Flächen summiert. Aufgrund der so zugewiesenen Punkte werden die Wohnbauflächen abschließend priorisiert. Dabei werden alle Flächen nebeneinander gelistet – unabhängig von ihrer kommunalen Zugehörigkeit.

Mit diesem Ranking wird das Ziel verfolgt, die Standorte in der Region zu profilieren, die im Sinne der 4 genannten Zielkategorien einen positiven Effekt hätten.

In der Tab. 7.1.1.6.7: *Bedarf und Reserven + Darstellung In und Um Düsseldorf* ist dargestellt, wieviel planerisch gesicherte Reserven für In und Um Düsseldorf in den Kommunen dargestellt werden. Im Flächenranking hat auch die direkt angrenzende Stadt Duisburg teilgenommen. Die Verflechtungen zwischen Düsseldorf und Duisburg zum einen und die Entwicklungspotentiale im Süden der Stadt Duisburg zum anderen sind so groß, dass hier eine Teilnahme am Ranking für erforderlich gehalten wurde. In der Stadt Duisburg können im Neuaufstellungsprozess zum Regionalplan Ruhr zusätzliche Bereiche dargestellt werden. Im Rahmen des Entwurfsprozesses wurde sowohl mit der Stadt Duisburg, dem RVR und der

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Landesplanungsbehörde dieses Vorgehen vereinbart. Ob die Flächen in der Stadt Duisburg wirklich planerisch weiterentwickelt werden, liegt in der planungspolitischen Verantwortung der Stadt Duisburg und des RVR. Das bedeutet, dass die Flächen, die im Ranking positiv einbezogen worden sind, auch im Erarbeitungsverfahren des Regionalplans Ruhr und der weiteren Bauleitplanung geprüft werden. Wenn das Verfahren des Regionalplans Ruhr zu einem anderen Ergebnis kommt, soll im Rahmen einer Änderung des RPD dieser Bedarf anderweitig in der hiesigen Region dargestellt werden.

Ergebnis

Insgesamt wurden 94 Flächen in 23 teilnehmenden Gemeinden geprüft. Die Anzahl der untersuchten Flächen je Gemeinde variierte deutlich – in einigen Fällen wurde lediglich eine Fläche einbezogen (Erkrath, Heiligenhaus, Korschenbroich, Langenfeld, Ratingen, Velbert), die höchste Flächenanzahl lag bei 22 (Viersen).

Die Spanne der erreichten Punkte reicht von rund 17 bis 74 Punkten, was eine große Varianz der Eignung unter den Flächen aufzeigt. Um den Überhang der Stadt Düsseldorf abzudecken, werden die 30 höchstplatzierten Flächen mit insgesamt 10.180 Wohneinheiten in der Regionalplanerarbeitung berücksichtigt.

Die folgende Abbildung (Abb. 7.1.1.6.1.2) „Vergleich der zugeteilten Wohneinheiten zur Einwohnerzahl der Kreise und kreisfreien Städte“, zeigt das Verhältnis der durch das Ranking in die Darstellung aufgenommenen Flächen in Wohneinheiten zu den Bevölkerungszahlen der Kreise und kreisfreien Städte, in denen sie liegen. Hier zeigt sich, dass insbesondere die Stadt Krefeld einen großen Anteil an Neudarstellung zugewiesen bekommt, gefolgt vom Rhein-Kreis Neuss sowie der Stadt Duisburg.

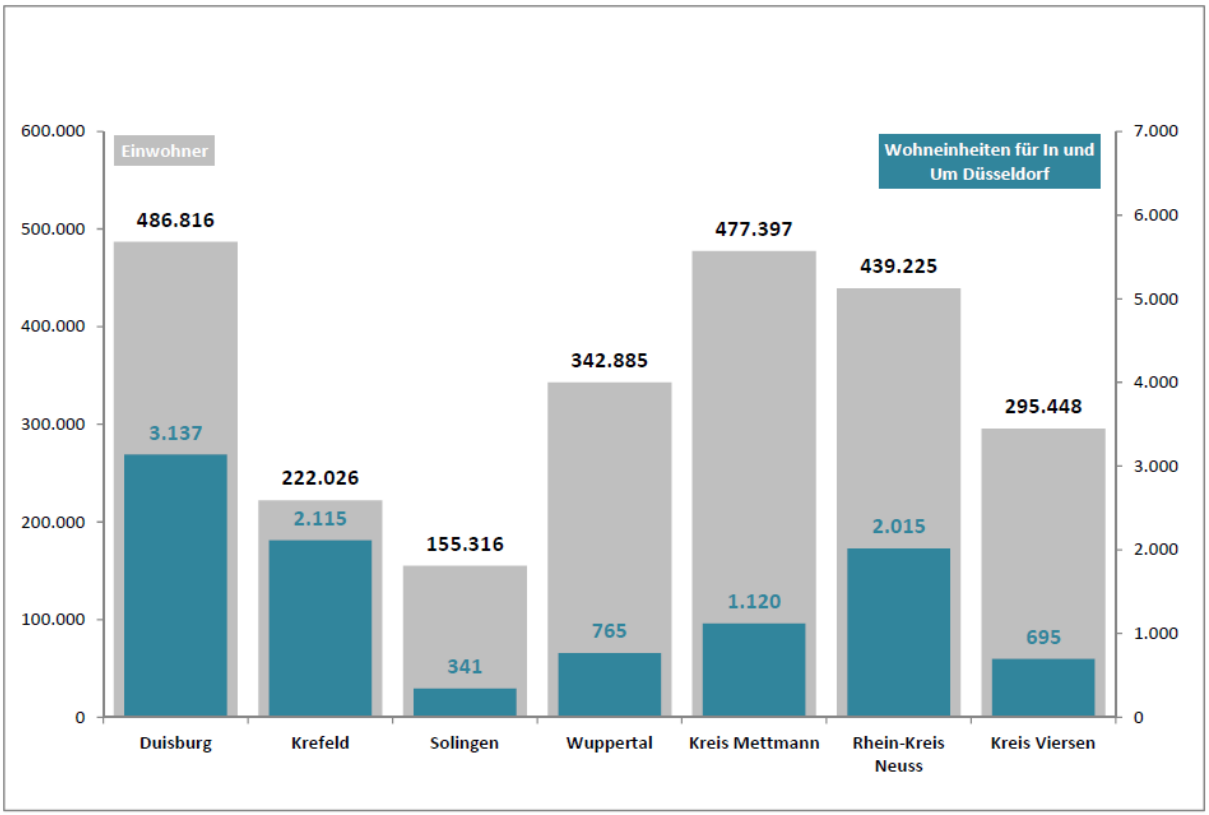
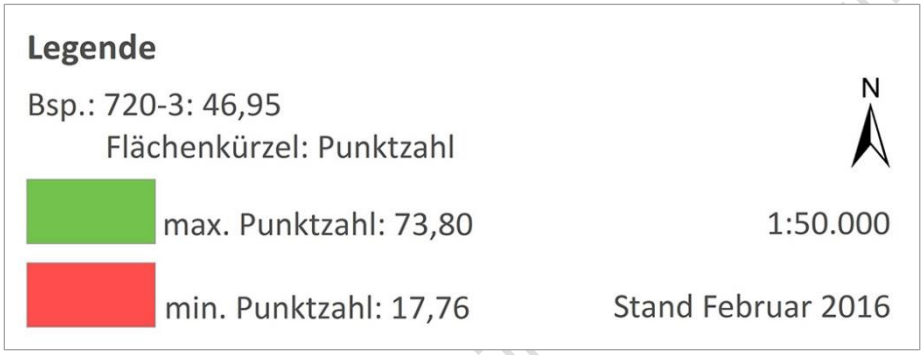


Abb. 7.1.1.6.1.3: Vergleich der zugeteilten Wohneinheiten zur Einwohnerzahl der Kreise und kreisfreien Städte

Die Abbildungen 7.1.1.6.1.3a bis 7.1.1.6.1.3o zeigen die untersuchten Flächen im Maßstab 1:50.000 verortet. Je nach erreichter Punktzahl sind sie von grün (Maximalpunktzahl) über gelb bis rot (Minimalpunktzahl) eingefärbt. Die Beschriftung zeigt das jeweilige Flächenkürzel auf, über welches sich die Fläche auch in der nachstehenden Ergebnistabelle (Tab. 7.1.1.6.1.2) wiederfinden lässt, sowie die erzielte Punktzahl (Legende s.u.). Den letzten Rang der noch darzustellenden Flächen belegt die Fläche 2306-4 in Meerbusch – alle nachfolgenden Flächen übersteigen den noch zu deckenden Bedarf. Die Ergebnistabelle schlüsselt die berechneten Werte für die einzelnen Kategorien genauer auf: Hinsichtlich der Landschaftsplandarstellungen sowie der berücksichtigten Schutzgüter wird hier genau aufgezeigt, zu wieviel Prozent sich die einzelnen Flächen mit den jeweiligen Darstellungen (z.B. Naturschutzgebiete, Kulturlandschaftsbereiche) überschneiden. Hieraus resultieren die in den Spalten „Punkte B1“ und „Punkte B2“ angegebenen Punkte. Die Punkte für Kategorie D, Städtebau, setzen sich aus den Angaben der Kommunen zur Verfügbarkeit der Flächen (D1), Brachflächenentwicklung (D2) und städtebaulichen Qualitäten (D3) zusammen und werden hier in der Spalte „Punkte D“ summiert. Die Punkte in den Kategorien A (Verkehr) und C (Infrastruktur) werden durch eine andere technische Vorgehensweise berechnet und können hier nur zusammengefasst aufgezeigt werden („Punkte AC“).



Umsetzung des Rankings

Von verschiedenen Akteuren wurde im Rahmen der Beteiligung angeregt, den Rankingansatz im langen Planungszeitraum zu dynamisieren. Es wurde erstens eine periodische Überprüfung des Flächenpools und zweitens eine Einrichtung eines Reserveflächenpools angeregt. Hierdurch sollen bisher nicht absehbare Entwicklungsoptionen — bei positivem Rankingergebnis — unter Anrechnung auf den Reservepool wohnbaulich umgesetzt werden.

Im Flächenbedarfskonto (Tab. 3.1.2.3 Flächenbedarfskonto) ist eine Ergänzung um 1.000 WE bei Düsseldorf eingetragen werden. Gleichzeitig wurde eine Zielergänzung für In und Um Düsseldorf - Kapitel 3.1.2, Z3 vorgenommen. Das Wohneinheitenkontingent im „Flächenbedarfskonto für Düsseldorf“ kann für jede Fläche in Anspruch genommen werden, die im Flächenranking vergleichbar mit den Flächen abschneidet, die bisher im Plan für In und Um Düsseldorf aufgenommen sind.

Neben diesen Ergänzungen im Plan soll das Siedlungsmonitoring dazu genutzt werden, um mittelfristig zu prüfen, wie sich die Reserven für In und Um Düsseldorf entwickelt haben, um möglicherweise auf Engpässe reagieren zu können.

Stand: Unterlagen für ...ungsbeschluss

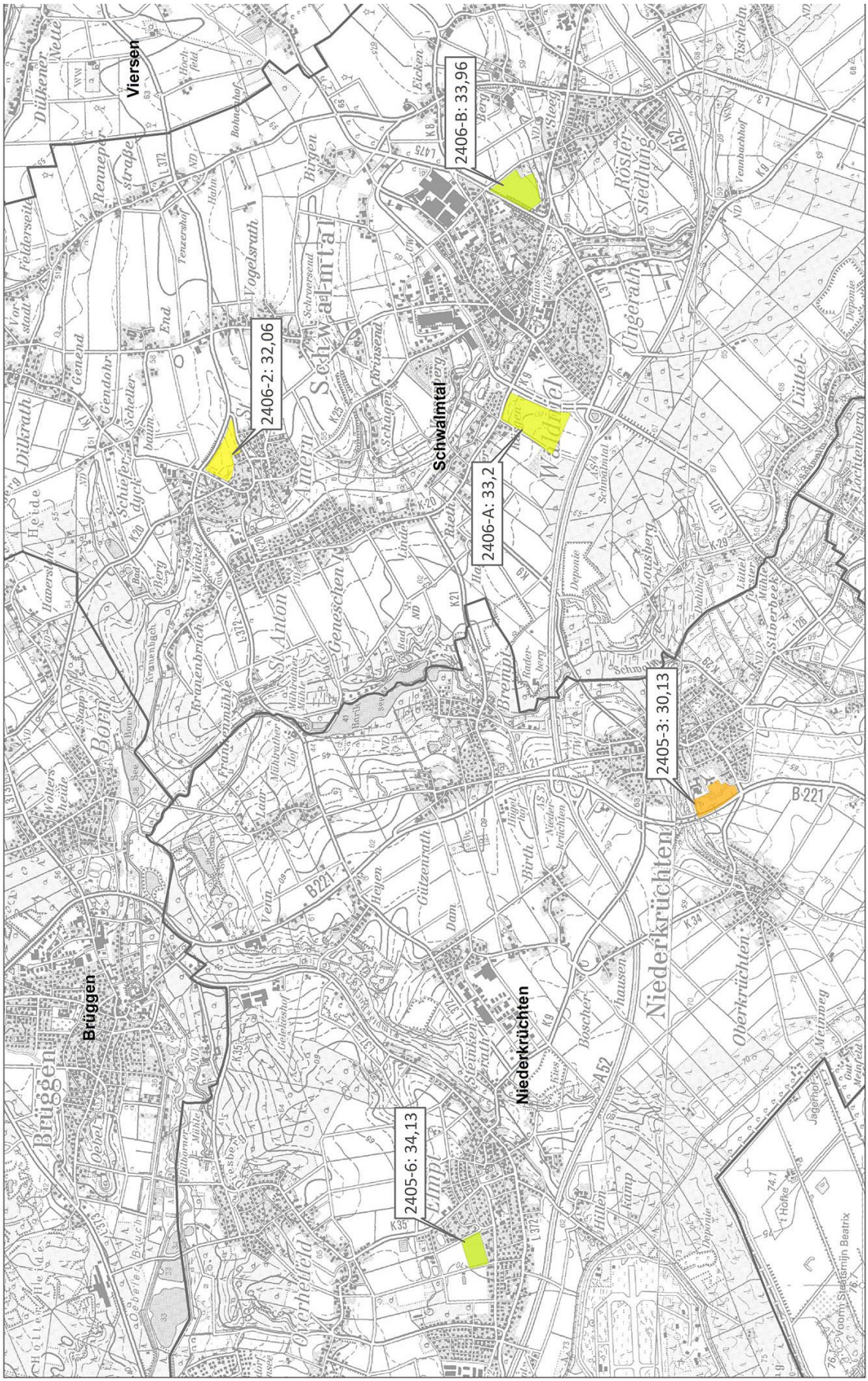


Abb. 7.1.1.6.1.3a: Geprüfte Flächen in Niederkrüchten und Schwalmtal

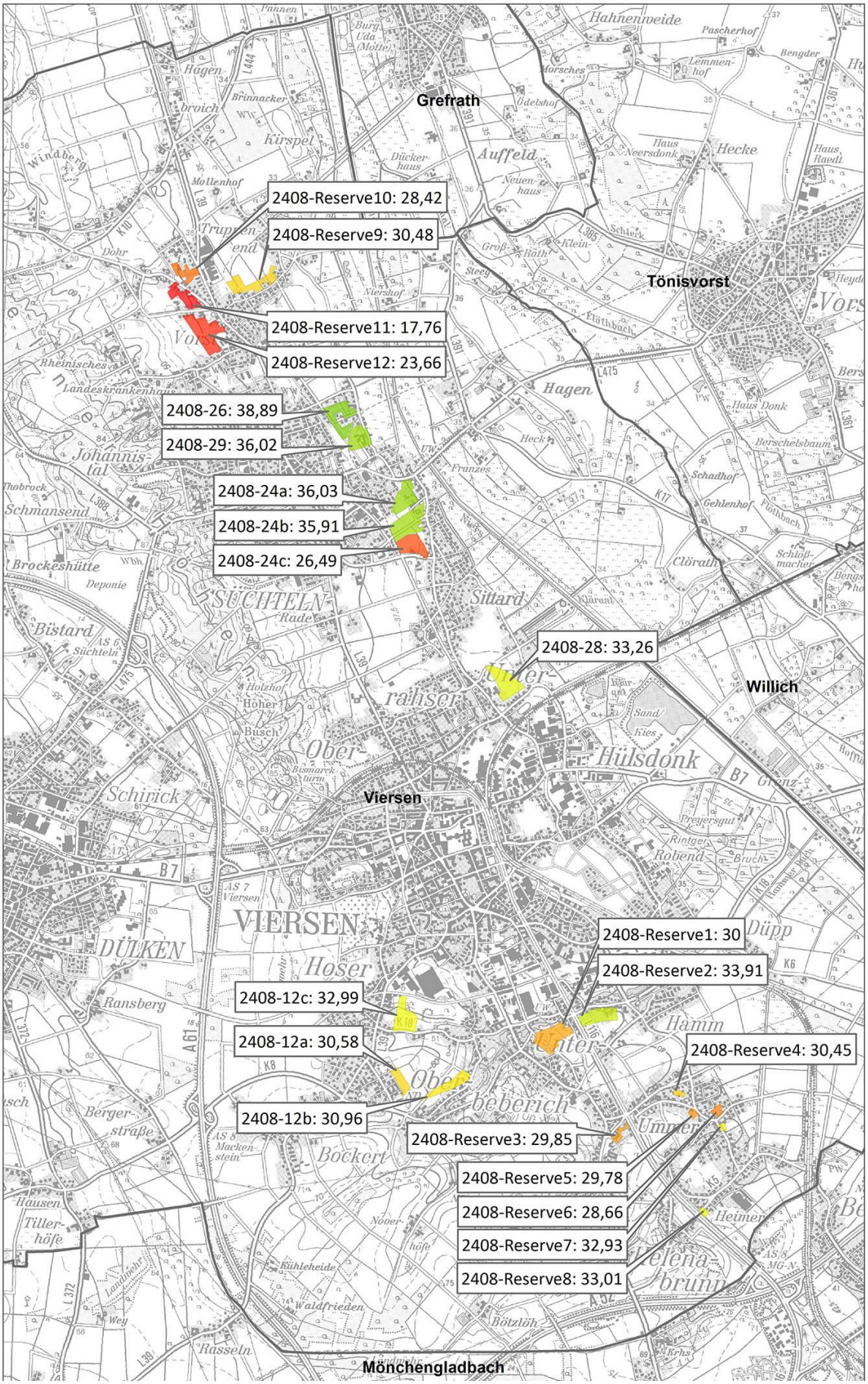


Abb. 7.1.1.6.1.3b: Geprüfte Flächen in Viersen

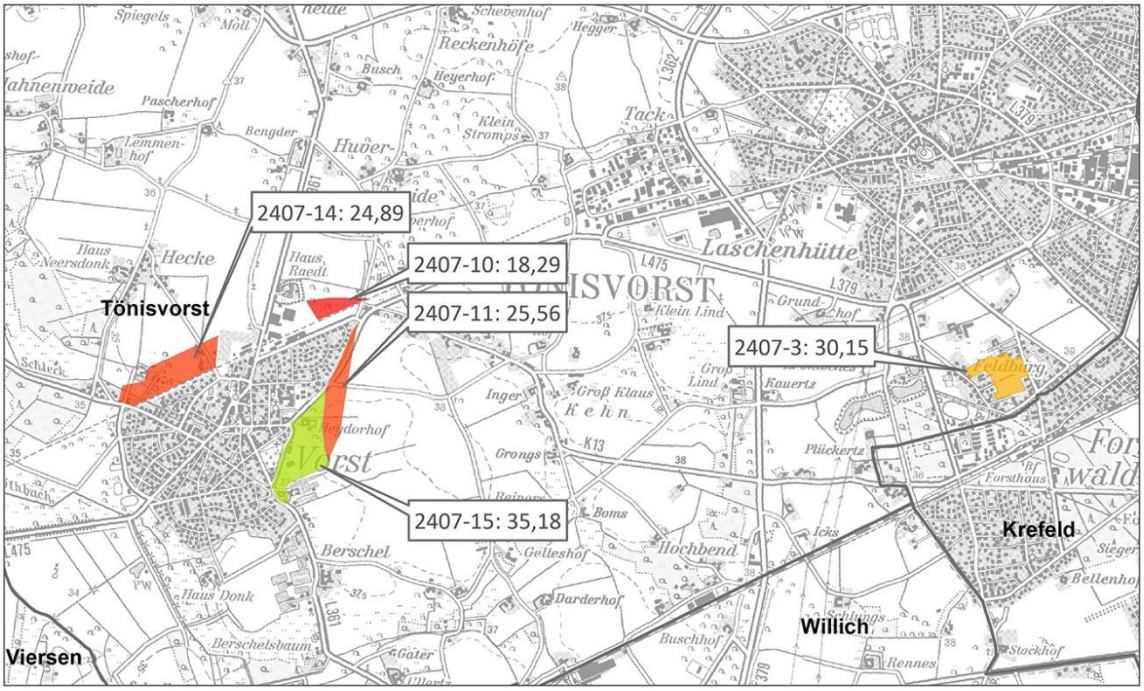


Abb. 7.1.1.6.1.3c: Geprüfte Flächen in Tönisvorst

Aufste

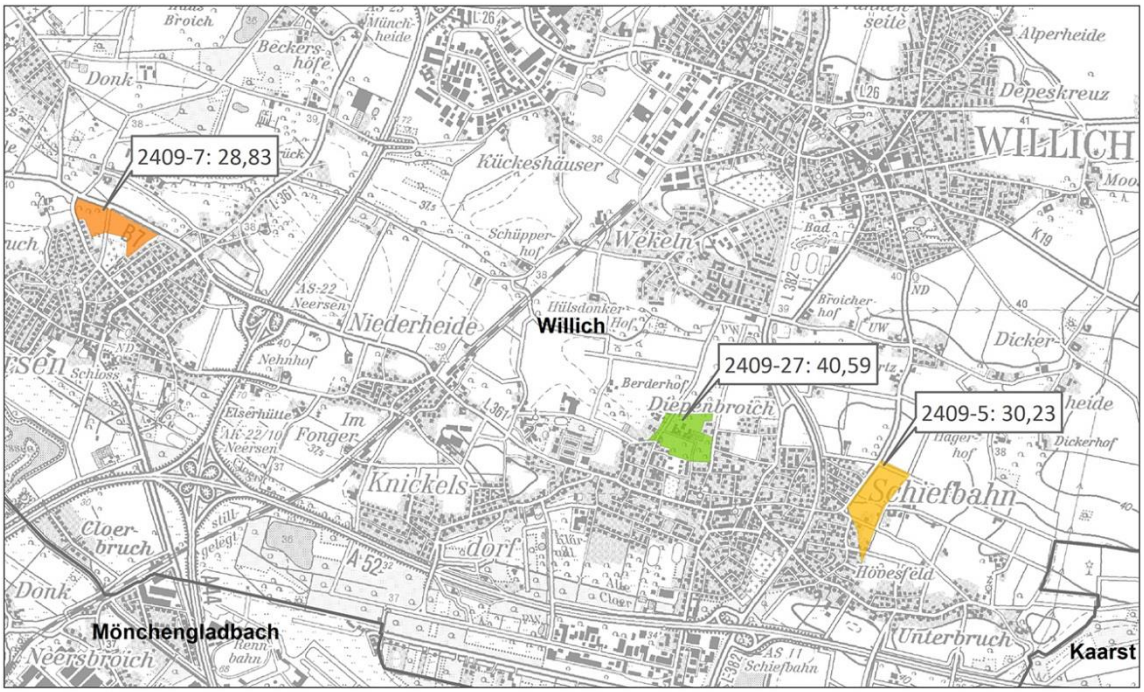


Abb. 7.1.1.6.1.3d: Geprüfte Flächen in Willich



Abb. 7.1.1.6.1.3e: Geprüfte Flächen in Mönchengladbach und Korschenbroich

Stand: Unterl

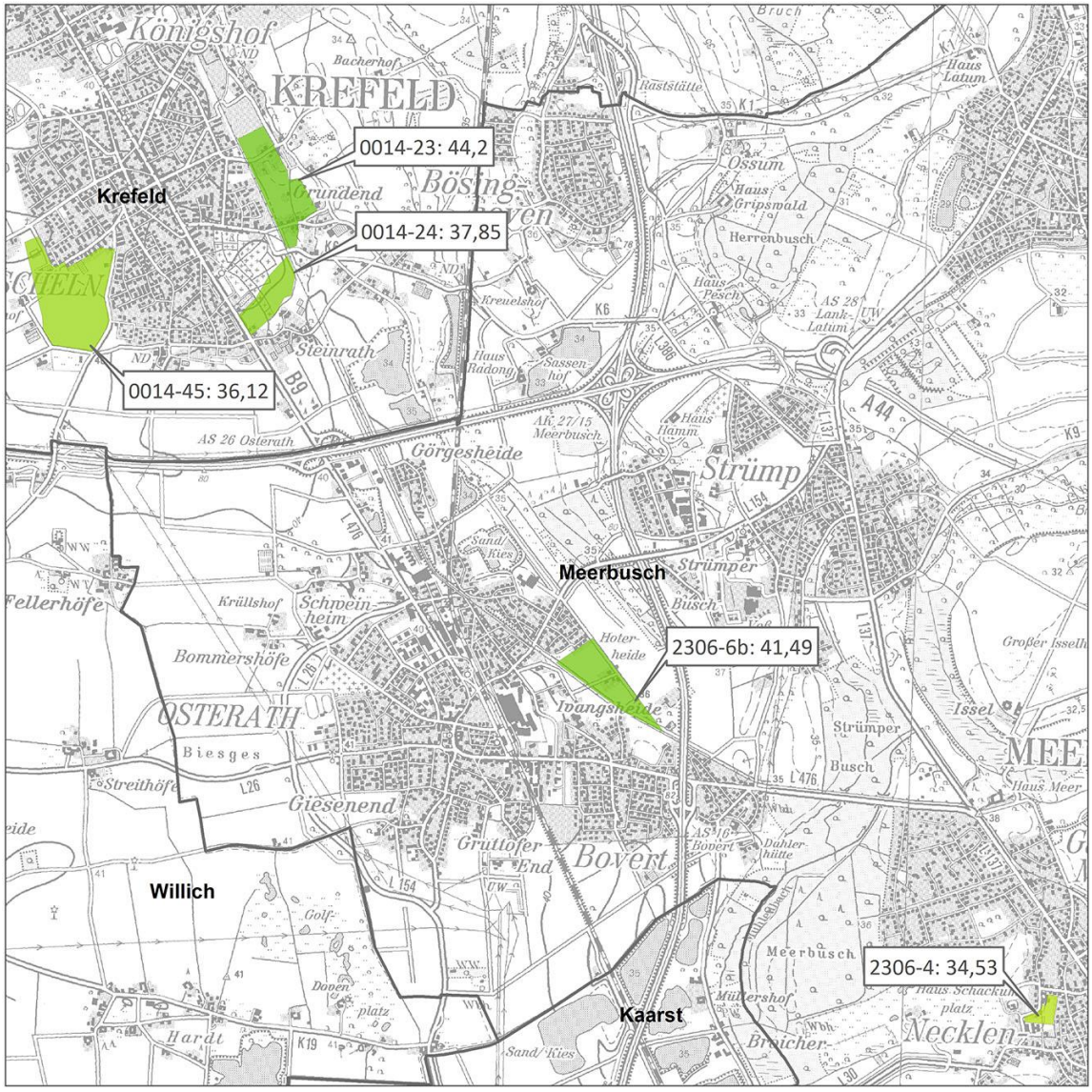


Abb. 7.1.1.6.1.3f: Geprüfte Flächen in Krefeld und Meerbusch

Stand: Unterl

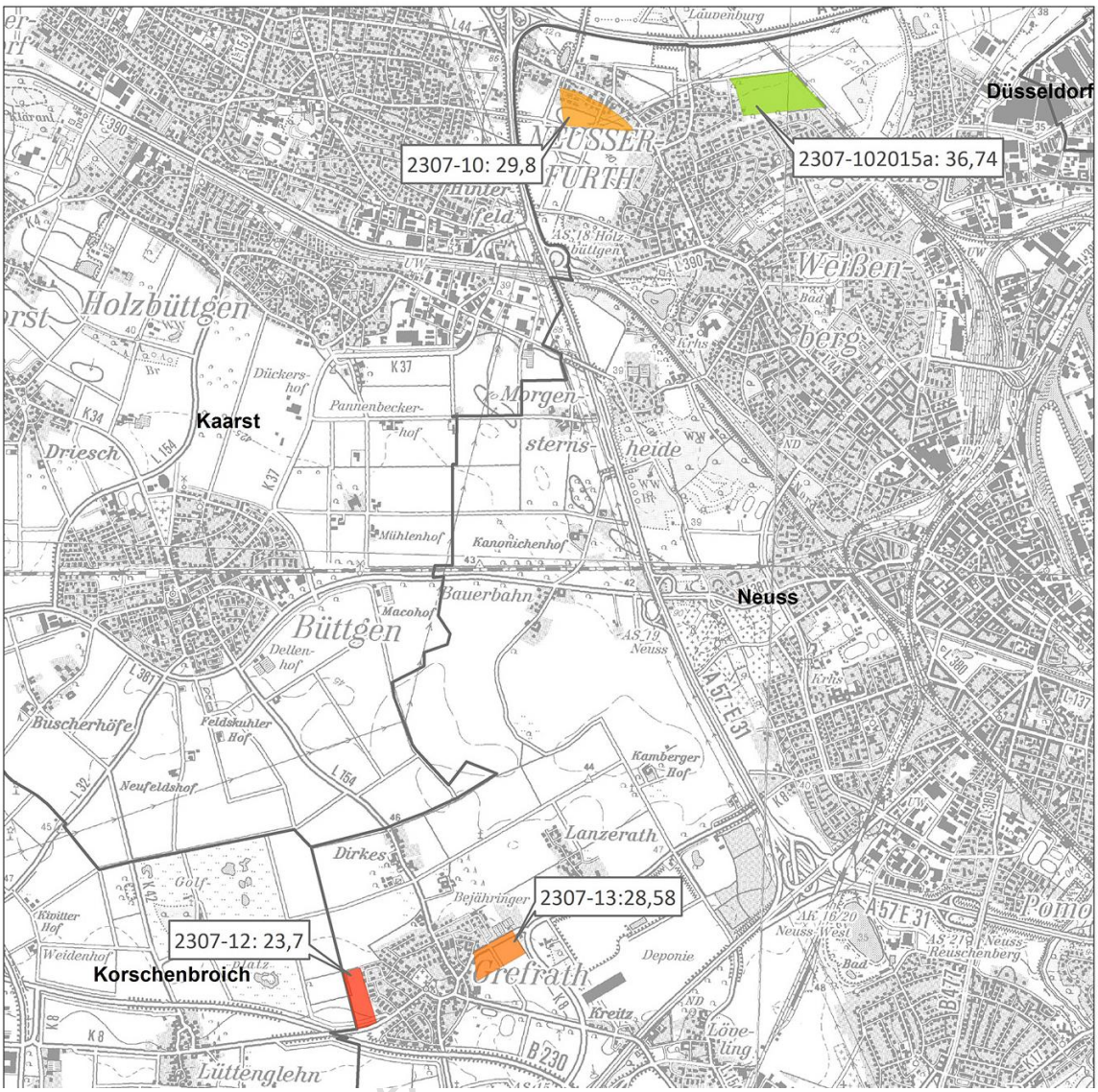


Abb. 7.1.1.6.1.3g: Geprüfte Flächen in Neuss

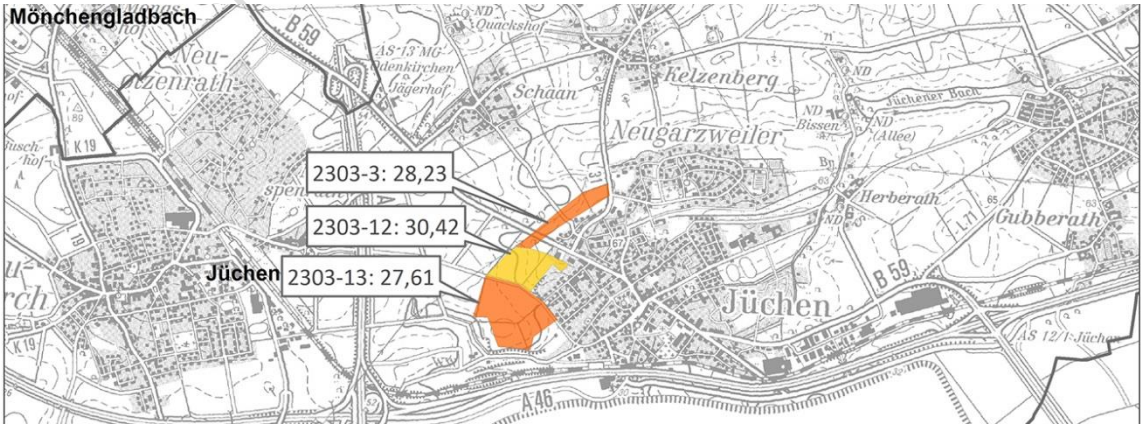


Abb. 7.1.1.6.1.3h: Geprüfte Flächen in Jüchen

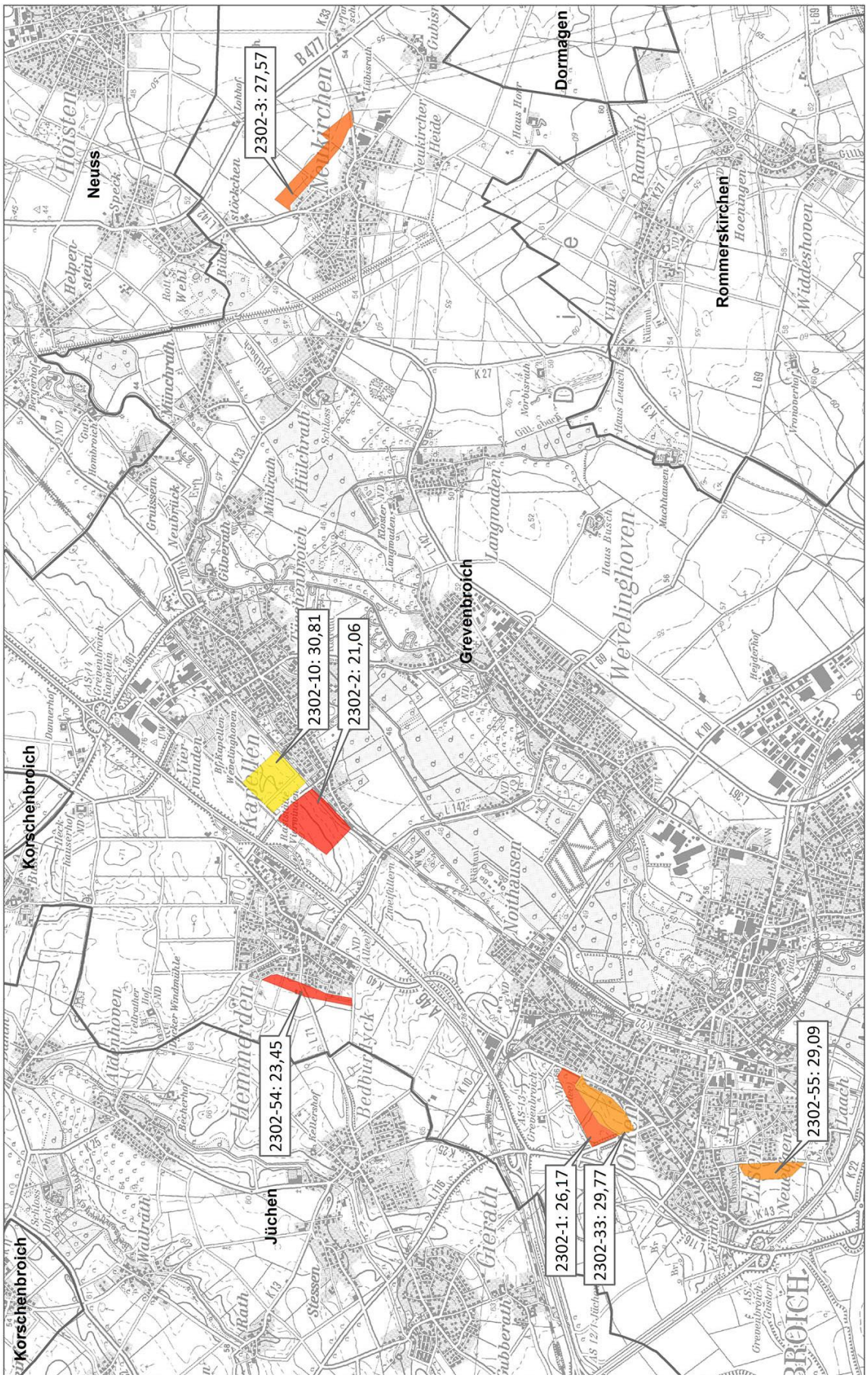


Abb. 7.1.1.6.1.3i: Geprüfte Flächen in Grevenbroich

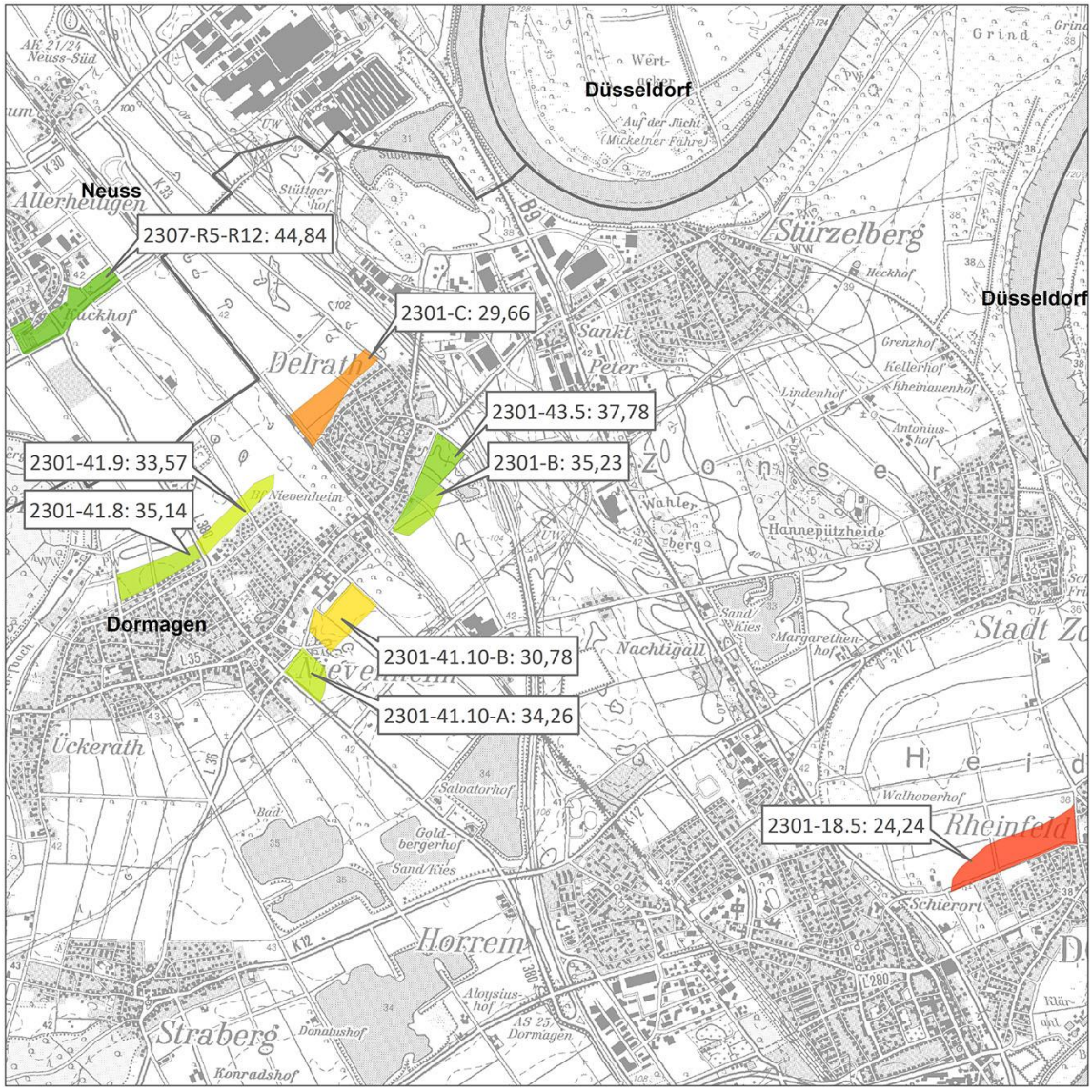


Abb. 7.1.1.6.1.3j: Geprüfte Flächen in Neuss und Dormagen

Stand: Unterl

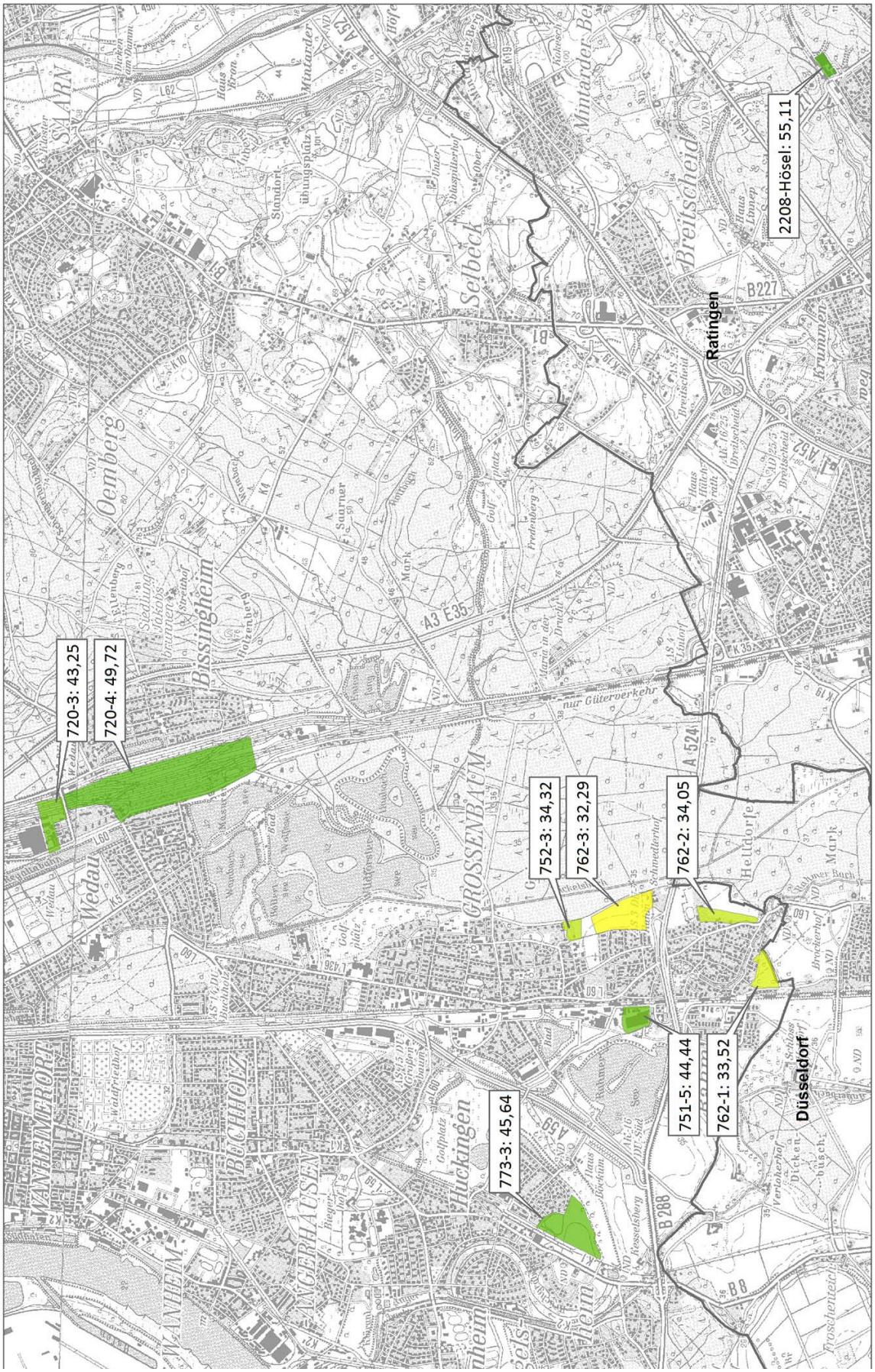


Abb. 7.1.1.6.1.3k: Geprüfte Flächen in Duisburg und Ratingen

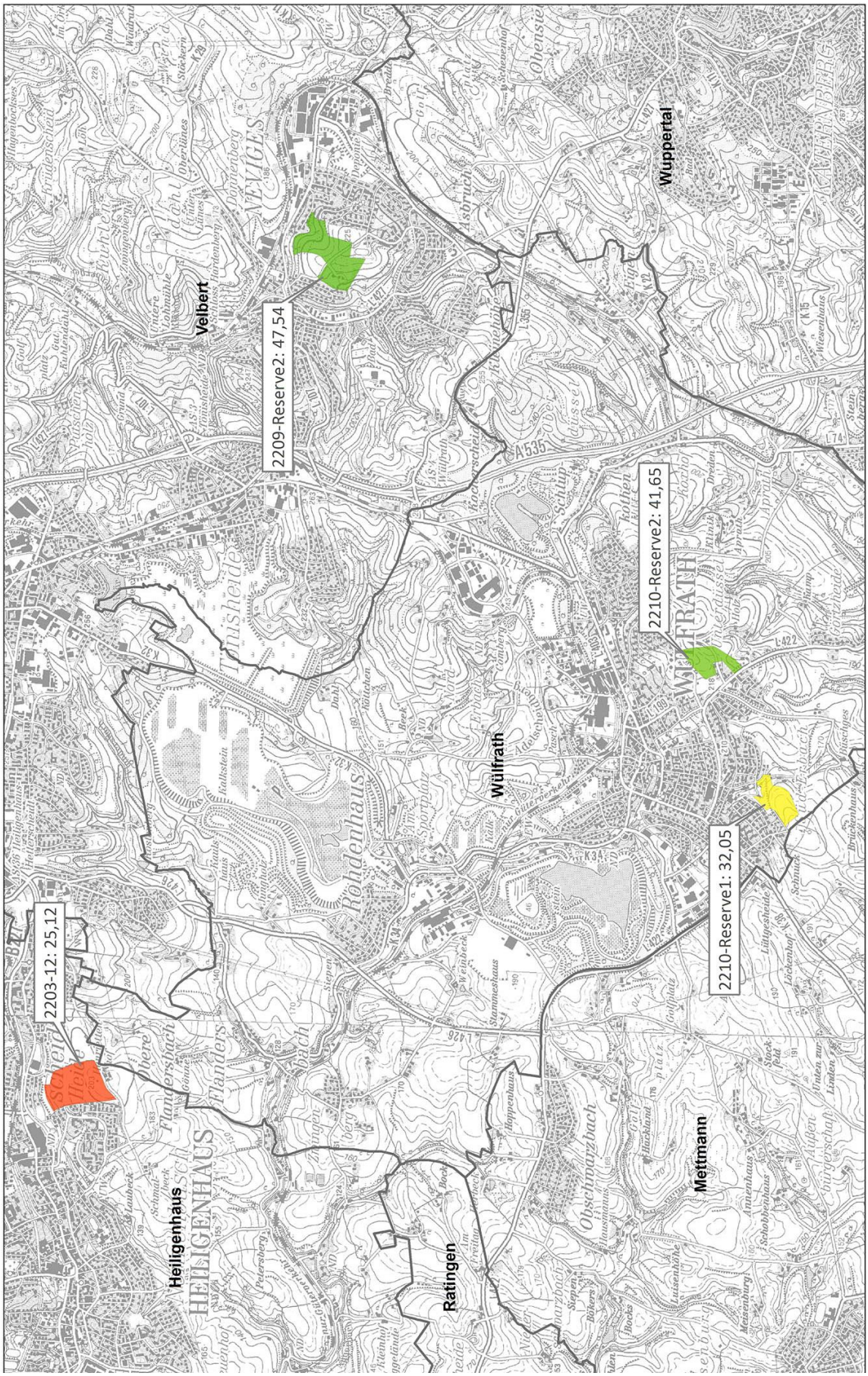


Abb. 7.1.1.6.1.3l: Geprüfte Flächen in Heiligenhaus, Wülfrath und Velbert



Abb. 7.1.1.6.1.3m: Geprüfte Flächen in Wuppertal

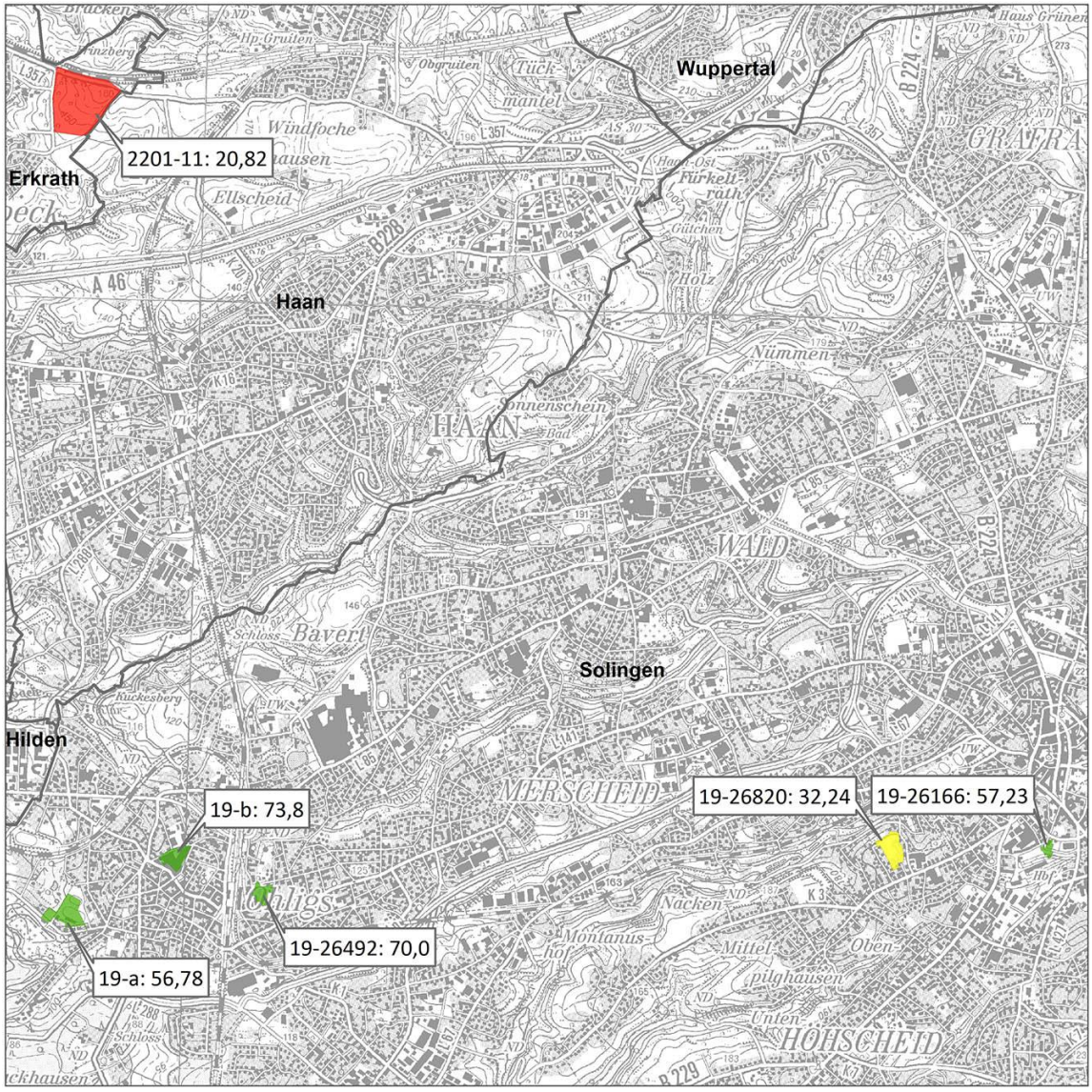


Abb. 7.1.1.6.1.3n: Geprüfte Flächen in Erkrath und Solingen

Stand: Unter

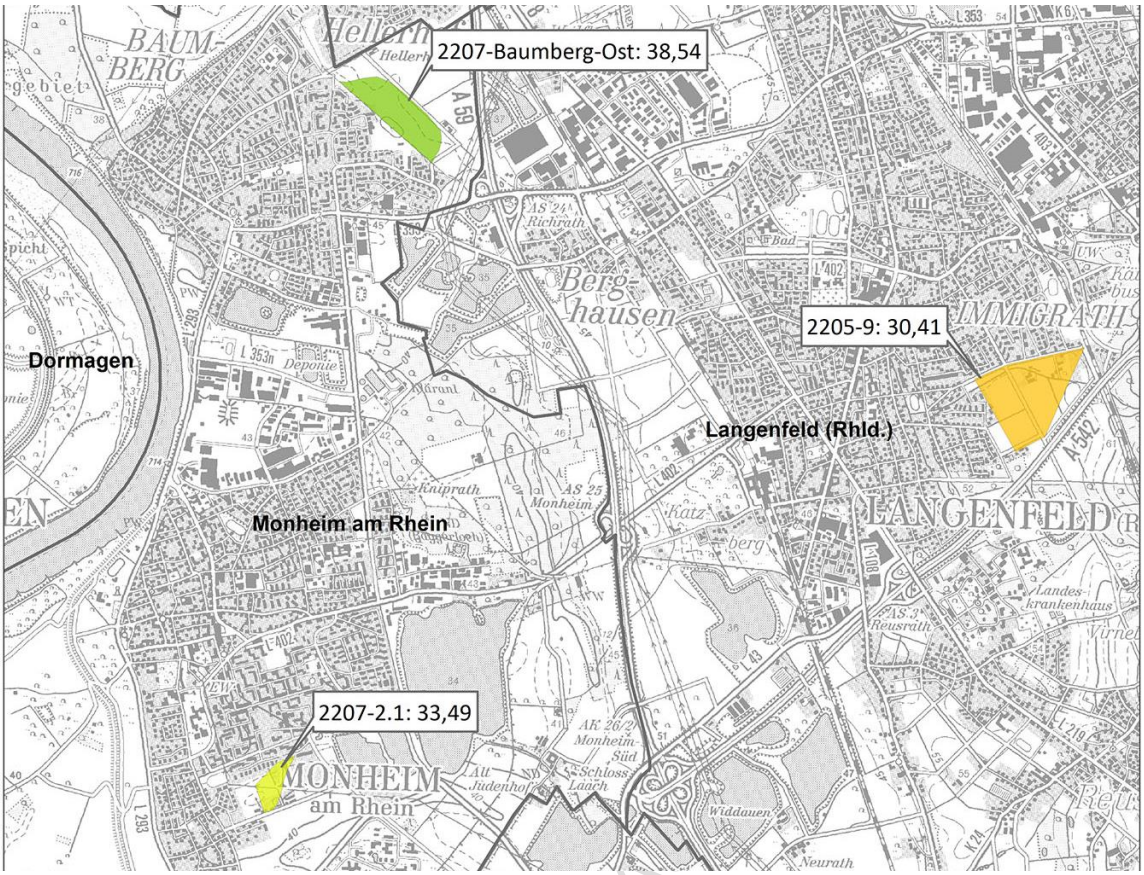


Abb. 7.1.1.6.1.3o: Geprüfte Flächen in Monheim und Langenfeld

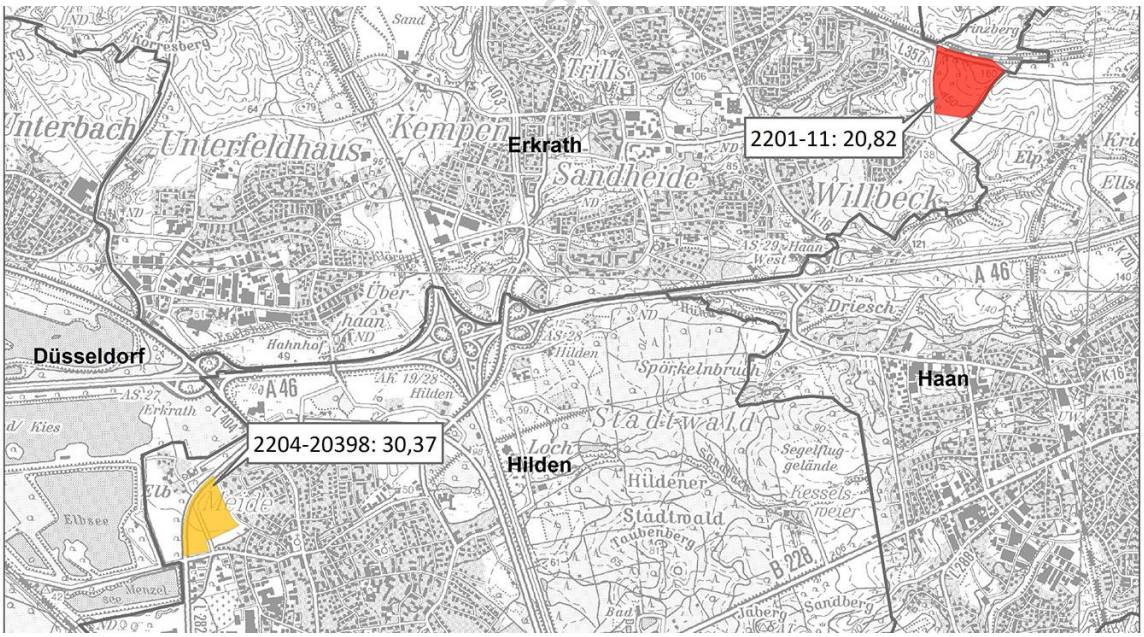


Abb. 7.1.1.6.1.3p: Geprüfte Flächen in Hilden

Tab. 7.1.1.6.1.2: Ergebnis des „Flächenranking In und Um Düsseldorf“

Überschneidung mit Landschaftsplandarstellungen; ergibt B1

Überschneidung mit Schutzgütern des Umweltberichts; ergibt B2

Rang	Gemeinde	Flächenkürzel	ha	WE	NSG	gLB	Punkte B1	land. KuLa	reg. KuLa	Biotop	VSG	FFH	Wasser IIIal	Wasser IIIbc	Boden bssw	Boden sw	Punkte B2	Infrastruktur (C1)	Punkte AC	Verfügbarkeit (D1)	Brachfläche (D2)	Städtebau (D3)	Punkte ABC	Punkte D	Gesamtpunkte
1	Solingen	19-b	2,2	80	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	5,00	31,80	7,00	10,00	0,00	0,00	56,80	17,00	73,80
2	Solingen	19-26492	1,37	93	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	6,00	5,00	29,00	7,00	10,00	3,00	50,00	50,00	20,00	70,00
3	Wuppertal	20-49	5,81	270	0,00	0,00	10,00	1,67	51,73	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	52,97	47,03	0,00	3,00	37,34	3,00	10,00	3,00	50,34	16,00	16,00	66,34
4	Solingen	19-26166	0,66	38	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26,38	73,62	6,00	5,00	19,23	7,00	10,00	0,00	40,23	17,00	17,00	57,23
5	Solingen	19-a	3,71	130	0,00	0,00	10,00	0,00	80,38	0,00	0,05	0,00	0,00	0,08	21,58	0,00	6,00	5,00	18,78	7,00	10,00	0,00	39,78	17,00	17,00	56,78
6	Wuppertal	20-47	4,82	220	0,00	0,00	10,00	0,00	80,38	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	2,00	3,00	24,21	3,00	10,00	3,00	39,21	16,00	16,00	55,21
7	Ratingen	2208-Hösel	1,87	70	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	1,00	16,11	5,00	10,00	3,00	37,11	18,00	18,00	55,11
8	Duisburg	720-4	54,89	1685	0,00	0,00	10,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	5,00	14,72	1,00	10,00	3,00	35,72	14,00	14,00	49,72
9	Velbert	2209-Reserve2	18,77	455	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27,46	2,87	10,00	3,00	20,54	1,00	0,00	3,00	43,54	4,00	4,00	47,54
10	Wuppertal	20-48	5,96	275	0,00	0,00	10,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	62,78	26,67	0,00	5,00	17,17	2,33	10,00	3,00	32,17	15,33	15,33	47,50
11	Duisburg	773-3	13,51	608	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	43,40	0,00	0,00	98,90	6,00	5,00	20,31	4,33	0,00	0,00	41,31	4,33	4,33	45,64
12	Neuss	2307-R5-R12	12,91	385	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17,75	17,75	10,00	3,00	17,18	1,66	0,00	3,00	40,18	4,66	4,66	44,84
13	Duisburg	751-5	4,74	529	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	85,75	2,00	5,00	13,78	0,66	10,00	3,00	30,78	13,66	13,66	44,44
14	Krefeld	0014-23	18,67	855	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	26,67	6,00	5,00	17,20	3,00	0,00	3,00	38,20	6,00	6,00	44,20
15	Duisburg	720-3	6,99	315	0,00	0,00	10,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,00	5,00	8,25	1,00	10,00	3,00	29,25	14,00	14,00	43,25
16	Wülfrath	2210-Reserve2	7,97	280	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	17,17	0,08	10,00	5,00	11,99	1,66	0,00	3,00	36,99	4,66	4,66	41,65
17	Meerbusch	2306-6b	13,9	455	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	95,84	0,00	0,00	0,26	6,00	1,00	23,83	0,66	0,00	0,00	40,83	0,66	0,66	41,49
18	Willich	2409-27	9,61	100	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	8,55	0,00	6,00	5,00	17,93	1,66	0,00	0,00	38,93	1,66	1,66	40,59
19	Viersen	2408-26	4,43	85	0,00	0,00	10,00	0,00	10,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	47,37	0,00	10,00	5,00	12,23	1,66	0,00	0,00	37,23	1,66	1,66	38,89
20	Monheim	2207-Baumberg-Ost	14,69	315	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,39	10,00	1,00	13,21	1,33	0,00	3,00	34,21	4,33	4,33	38,54
21	Krefeld	0014-24	8,94	495	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,08	0,00	0,00	100,00	86,48	0,00	0,00	5,00	14,19	5,66	0,00	3,00	29,19	8,66	8,66	37,85
22	Dormagen	2301-43.5	8,55	280	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,13	0,00	33,07	10,00	10,00	1,00	16,12	0,66	0,00	0,00	37,12	0,66	0,66	37,78
23	Korschenbroich	2305-4	8,17	230	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	78,23	21,80	100,00	0,00	0,00	1,00	21,28	1,66	0,00	3,00	32,28	4,66	4,66	36,94
24	Neuss	2307-102015a	13,3	175	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,12	10,00	3,00	12,74	1,00	0,00	0,00	35,74	1,00	1,00	36,74
25	Krefeld	0014-45	31,04	765	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	10,46	5,66	0,00	3,00	27,46	8,66	8,66	36,12
26	Viersen	2408-24a	3,92	75	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,09	0,00	10,00	1,00	12,03	3,00	0,00	0,00	33,03	3,00	3,00	36,03
27	Viersen	2408-29	3,41	105	0,00	0,00	10,00	0,00	1,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	1,00	13,36	1,66	0,00	0,00	34,36	1,66	1,66	36,02
28	Viersen	2408-24b	5,4	100	0,00	0,00	10,00	0,00	14,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27,86	0,00	10,00	1,00	11,91	3,00	0,00	0,00	32,91	3,00	3,00	35,91
29	Dormagen	2301-B	4,89	175	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	6,00	1,00	17,57	0,66	0,00	0,00	34,57	0,66	0,66	35,23
30	Tönisvorst	2407-15	12,92	230	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46,14	0,00	10,00	5,00	7,85	2,33	0,00	0,00	32,85	2,33	2,33	35,18
31	Dormagen	2301-41.8	8,82	210	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,52	10,00	5,00	9,48	0,66	0,00	0,00	34,48	0,66	0,66	35,14
32	Meerbusch	2306-4	2,5	105	0,00	0,00	10,00	85,38	14,62	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,00	5,00	16,53	1,00	0,00	0,00	33,53	1,00	1,00	34,53
33	Duisburg	752-3	2,49	112	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,01	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	5,00	17,66	1,66	0,00	0,00	32,66	1,66	1,66	34,32
34	Dormagen	2301-41.10-A	6,03	210	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	1,00	16,60	0,66	0,00	0,00	33,60	0,66	0,66	34,26
35	Niederkrüchten	2405-6	4,83	120	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	5,00	8,47	0,66	0,00	0,00	33,47	0,66	0,66	34,13
36	Duisburg	762-2	4,75	230	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	6,00	3,00	14,05	1,00	0,00	0,00	33,05	1,00	1,00	34,05
37	Schwalmtal	2406-B	9,02	226	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	1,00	9,30	0,66	0,00	3,00	30,30	3,66	3,66	33,96
38	Viersen	2408-Reserve2	3,74	70	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	12,25	1,66	0,00	3,00	29,25	4,66	4,66	33,91
39	Dormagen	2301-41.9	7,43	245	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,92	10,00	1,00	11,91	0,66	0,00	0,00	32,91	0,66	0,66	33,57
40	Duisburg	762-1	4,86	230	0,00	0,00	10,00	0,00	81,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	5,00	17,52	1,00	0,00	0,00	32,52	1,00	1,00	33,52
41	Monheim	2207-2.1	4,39	153	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	91,69	0,00	2,00	1,00	16,16	1,33	0,00	3,00	29,16	4,33	4,33	33,49
42	Viersen	2408-28	4,76	166	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	1,00	11,26	1,00	0,00	0,00	32,26	1,00	1,00	33,26
43	Schwalmtal	2406-A	16,34	409	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,00	1,00	8,54	0,66	0,00	3,00	29,54	3,66	3,66	33,20
44	Viersen	2408-Reserve8	0,46	5	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	5,00	8,01	7,00	0,00	3,00	23,01	10,00	10,00	33,01
45	Viersen	2408-12c	4,21	147	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	10,99	2,00	0,00	3,00	27,99	5,00	5,00	32,99

Abschluss

Überschneidung mit Landschaftsplandarstellungen; ergibt B1

Überschneidung mit Schutzgütern des Umweltberichts; ergibt B2

Rang	Gemeinde	Flächenkürzel	ha	WE	NSG	gLB	Punkte B1	land. KuLa	reg. KuLa	Biotop	VSG	FFH	Wasser IIIal	Wasser IIIbc	Boden bssw	Boden sw	Punkte B2	Infrastruktur (C1)	Punkte AC	Verfügbarkeit (D1)	Brachfläche (D2)	Städtebau (D3)	Punkte ABC	Punkte D	Gesamtpunkte
46	Viersen	2408-Reserve7	0,35	10	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	6,24	0,00	2,00	5,00	5,93	7,00	0,00	3,00	22,93	10,00	32,93
47	Duisburg	762-3	12,16	547	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	14,45	6,00	5,00	9,63	1,66	0,00	0,00	30,63	1,66	32,29
48	Solingen	19-26820	3	80	0,00	0,00	10,00	24,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	88,53	6,00	1,00	12,58	2,66	0,00	0,00	29,58	2,66	32,24
49	Schwalmtal	2406-2	7,39	110	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	14,25	0,00	10,00	1,00	9,73	1,33	0,00	0,00	30,73	1,33	32,06
50	Wülfrath	2210-Reserve1	8,2	245	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	35,16	64,84	6,00	5,00	10,05	1,00	0,00	0,00	31,05	1,00	32,05
51	Dormagen	2301-41.10	19,12	665	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	54,36	2,00	1,00	17,32	0,66	0,00	0,00	30,32	0,66	30,98
52	Viersen	2408-12b	3,02	105	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	10,30	0,66	0,00	3,00	27,30	3,66	30,96
53	Grevenbroich	2302-10	15,31	490	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	1,00	15,48	1,33	0,00	3,00	26,48	4,33	30,81
54	Dormagen	2301-41.10-B	10,71	350	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	69,79	2,00	1,00	17,12	0,66	0,00	0,00	30,12	0,66	30,78
55	Viersen	2408-12a	1,8	62	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	9,92	0,66	0,00	3,00	26,92	3,66	30,58
56	Viersen	2408-Reserve9	3,94	60	0,00	0,00	10,00	0,00	26,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	99,66	0,00	2,00	5,00	6,48	7,00	0,00	0,00	23,48	7,00	30,48
57	Viersen	2408-Reserve4	0,46	10	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	2,00	5,00	8,79	1,66	0,00	3,00	25,79	4,66	30,45
58	Jüchen	2303-12	8,15	203	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	10,42	3,00	0,00	0,00	27,42	3,00	30,42
59	Langenfeld	2205-9	25,94	907	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	6,00	1,00	9,75	0,66	0,00	3,00	26,75	3,66	30,41
60	Hilden	2204-20398	10,81	350	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	58,46	6,00	1,00	10,37	3,00	0,00	0,00	27,37	3,00	30,37
61	Willich	2409-5	10,87	380	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	40,63	25,88	0,00	10,00	1,00	8,23	1,00	0,00	0,00	29,23	1,00	30,23
62	Tönisvorst	2407-3	6,89	200	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	92,68	0,00	0,00	5,00	8,82	6,33	0,00	0,00	23,82	6,33	30,15
63	Niederkrüchten	2405-3	6,57	105	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	64,82	35,18	0,00	44,54	2,00	5,00	8,80	4,33	0,00	0,00	25,80	4,33	30,13
64	Korschenbroich	2305-4	43,55	1100	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	74,53	25,50	100,00	0,00	0,00	1,00	17,36	1,66	0,00	0,00	28,36	1,66	30,02
65	Viersen	2408-Reserve1	5,09	155	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	73,67	0,00	2,00	1,00	11,00	3,00	0,00	3,00	24,00	6,00	30,00
66	Viersen	2408-Reserve3	0,95	20	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	49,20	0,00	2,00	5,00	8,19	1,66	0,00	3,00	25,19	4,66	29,85
67	Neuss	2307-10	8,56	210	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	65,89	0,00	2,00	5,00	9,47	0,33	0,00	3,00	26,47	3,33	29,80
68	Viersen	2408-Reserve5	0,53	5	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	39,03	0,00	2,00	5,00	7,45	2,33	0,00	3,00	24,45	5,33	29,78
69	Grevenbroich	2302-33	10,68	373	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	1,00	15,77	0,00	0,00	3,00	26,77	3,00	29,77
70	Dormagen	2301-C	11,53	385	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	77,58	6,00	1,00	12,00	0,66	0,00	0,00	29,00	0,66	29,66
71	Grevenbroich	2302-55	6,63	232	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34,88	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	11,76	0,33	0,00	0,00	28,76	0,33	29,09
72	Willich	2409-7	8,12	252	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	2,00	5,00	10,83	1,00	0,00	0,00	27,83	1,00	28,83
73	Viersen	2408-Reserve6	0,75	20	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	0,00	0,00	2,00	5,00	7,00	1,66	0,00	3,00	24,00	4,66	28,66
74	Neuss	2307-13	6,36	222	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,00	0,00	5,00	10,58	0,00	0,00	3,00	25,58	3,00	28,58
75	Viersen	2408-Reserve10	2,3	30	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	4,42	7,00	0,00	0,00	21,42	7,00	28,42
76	Jüchen	2303-3	6,06	151	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	3,00	10,90	2,33	0,00	0,00	25,90	2,33	28,23
77	Jüchen	2303-13	16,16	403	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	9,61	1,00	0,00	0,00	26,61	1,00	27,61
78	Grevenbroich	2302-3	13,2	462	0,00	0,00	10,00	0,00	5,44	0,00	0,00	0,00	84,53	91,55	100,00	0,00	0,00	5,00	12,24	0,33	0,00	0,00	27,24	0,33	27,57
79	Mönchengladbach	0015-Dahl	15,89	635	0,00	17,56	2,00	0,00	0,00	13,86	0,00	0,00	0,00	0,00	63,87	36,13	0,00	1,00	18,58	2,33	0,00	3,00	21,58	5,33	26,91
80	Mönchengladbach	0015-Neuwerk	19,32	773	0,00	3,00	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	80,43	0,00	22,74	0,00	2,00	1,00	12,34	2,33	0,00	3,00	21,34	5,33	26,67
81	Viersen	2408-24c	3,69	129	0,00	0,00	10,00	0,00	17,99	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	54,38	0,00	2,00	1,00	11,83	1,66	0,00	0,00	24,83	1,66	26,49
82	Grevenbroich	2302-1	10,71	374	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	1,00	11,84	0,33	0,00	3,00	22,84	3,33	26,17
83	Tönisvorst	2407-11	7,73	175	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	74,07	0,00	2,00	5,00	6,90	1,66	0,00	0,00	23,90	1,66	25,56
84	Heiligenhaus	2203-12	17,09	420	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32,48	51,55	6,00	1,00	7,12	1,00	0,00	0,00	24,12	1,00	25,12
85	Tönisvorst	2407-14	11,87	220	0,00	0,00	10,00	0,00	99,69	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	79,95	0,00	0,00	3,00	6,89	5,00	0,00	0,00	19,89	5,00	24,89
86	Dormagen	2301-18.5	17,76	630	0,00	0,00	10,00	3,34	95,68	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,35	0,00	6,00	1,00	6,58	0,66	0,00	0,00	23,58	0,66	24,24
87	Neuss	2307-12	5,5	192	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	100,00	0,00	0,00	3,00	7,70	0,00	0,00	3,00	20,70	3,00	23,70
88	Viersen	2408-Reserve12	6,28	120	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	97,55	0,00	2,00	1,00	7,00	3,66	0,00	0,00	20,00	3,66	23,66
89	Grevenbroich	2302-54	6,58	230	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	44,02	0,00	100,00	0,00	2,00	5,00	6,12	0,33	0,00	0,00	23,12	0,33	23,45
90	Grevenbroich	2302-2	18,93	662	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	0,00	100,00	0,00	0,00	1,00	6,73	0,33	0,00	3,00	17,73	3,33	21,06
91	Erkrath	2201-11	15,38	538	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	98,72	0,00	64,36	35,64	0,00	1,00	5,82	1,00	0,00	3,00	16,82	4,00	20,82
92	Viersen	2408-8	2,38	83	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	100,00	85,09	0,00	0,00	1,00	8,70	0,66	0,00	0,00	19,70	0,66	20,36
93	Tönisvorst	2407-10	2,97	105	0,00	0,00	10,00	0,00	36,71	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	93,85	0,00	2,00	1,00	4,29	1,00	0,00	0,00	17,29	1,00	18,29
94	Viersen	2408-Reserve11	3	70	0,00	0,00	10,00	0,00	0,00	1,00	0,00	0,00	0,00	0,00	98,94	0,00	0,00	1,00	5,76	1,00	0,00	0,00	16,76	1,00	17,76

Abschluss

7.1.1.7 Kommunale Entwicklungsabsichten und kommunale Entwicklungspfade / Vertrauensschutz

Für die neue Darstellung von Siedlungsbereichen wurde im Frühjahr 2012 eine kommunale Abfrage durchgeführt, die beinhaltete, welche Vorstellungen für die weitere Siedlungsentwicklungen in den Kommunen besteht. Dabei konnten die Kommunen angeben, welche bestehenden Siedlungspotenziale für sie in Zukunft keine Siedlungspotenziale mehr darstellen. Zudem wurde von den Kommunen angegeben, in welchen Bereichen sie sich neue Entwicklungen, die bisher nicht durch den Regionalplan GEP99 abgedeckt sind in Zukunft vorstellen können. Diese Abfrage verlief nach einem einheitlichen Schema. Die Gemeinden erhielten bei dieser Abfrage eine Tabelle, in der die Streichungs- und Neudarstellungswünsche für jedes Planzeichen angegeben werden konnten. Die Abfrage dauerte von Februar 2012 bis August 2012. Diese Angaben der Kommunen wurden nach den hier im Kap. 7.1.1 dargestellten Kriterien geprüft und dann gegebenenfalls mit in den Planentwurf einbezogen. Gleichzeitig hat der Planungsentwurf die bisherigen kommunalen Entwicklungspfade mit aufgegriffen. Hierzu konnte auf das Siedlungsflächenmonitoring der letzten Jahre zurückgegriffen werden. Hiermit war erkennbar, in welchen Ortslagen und Stadtteilen die maßgebliche Entwicklung stattgefunden hat. Die kommunalen Entwicklungsabsichten spielen eine maßgebliche Rolle bei der Darstellung der allgemeinen Siedlungsbereiche, weil die Kommunen für die Umsetzung der Ziele der Raumordnung und Landesplanung mittels ihrer Bauleitplanung zuständig sind. Das bedeutet, nur wenn die Ziele der Raumordnung und Landesplanung auch anschlussfähig sind für die zukünftige kommunale Bauleitplanung, können diese Ziele auch umgesetzt werden. In einigen Fällen wurden auch eigene Vorschläge für neue Siedlungsflächen mit in den Entwurf einbezogen. Es tritt immer wieder der Fall auf, dass Siedlungsbereiche, die aus vielen raumordnerischen Erwägungen heraus sinnvoll für eine Siedlungsentwicklung sind, nicht von den Gemeinden umgesetzt werden, weil kommunalpolitische Erwägungen dies aktuell nicht zulassen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass sich diese kommunalpolitischen Auffassungen verändern können. Deshalb fußen einige Siedlungsbereichsdarstellungen auf planerischen Erwägungen der Regionalplanung.

Kommunen können bei ASB-Reserven, die bisher dargestellt waren, den Vertrauensschutz als Argument für eine weitere Darstellung vorbringen. Der Vertrauensschutz zielt darauf ab, dass Gemeinden, die in der Vergangenheit im Vertrauen auf der zeichnerischen Darstellung im Regionalplan schon in irgendeiner Art tätig geworden sind, diese Flächen zu entwickeln, kein Schaden entsteht, in dem nun die Darstellung aufgegeben wird. Das heißt, wurden von der Gemeinde Maßnahmen unternommen, um diese Flächen in den kommenden Jahren glaubhaft einer Entwicklung zuzuführen. Dies kann in Form von Rahmenplänen oder von Grundstücksankäufen oder dergleichen geschehen sein. Hier wurde im Einzelfall geprüft, inwieweit die Gemeinde einen Vertrauensschutz glaubhaft machen konnte. Diese Darlegungen werden in die Abwägung mit anderen abwägbaren Belangen eingestellt. Hierzu gehören nicht Ziele des LEP NRW. In diesem Zusammenhang ist weiterhin zu beachten, dass die ASB-Darstellung keineswegs eine direkte Aktivierbarkeit bedeutet. Siedlungspotentiale sollen dann in Anspruch genommen werden, wenn die Innenpotentiale und weiteren Außenpotentiale (Def. vgl. Regionalplan Kap 3.1.2 im Regionalplan) nicht mehr ausreichen, um für den Planungshorizont genügend Flächen bereitzustellen. Das kann im Einzelfall dazu führen, dass ASB-Reserven – je nachdem wie die Entwicklung in den Gemeinden verläuft – gar nicht in Anspruch genommen werden können. Insgesamt führt der Vertrauensschutz aber nicht dazu, dass die im LEP NRW vorgegebenen Bedarfe überschritten werden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Bei FNP-Reserven hingegen wird zunächst grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Gemeinden hier einen Vertrauensschutz geltend machen. Gleichwohl sind auch hier Planungsleichen vorhanden, die auch im Einverständnis mit der Stadt aus dem Plan genommen worden sind. Dennoch gibt es Gemeinden, die alleine durch ihre FNP-Potentiale zu viele Flächen vorhalten. Sie werden durch das Ziel der Flächenrücknahme aufgefordert sogenannte Außenpotentiale wieder zurück zu planen.

7.1.1.8 Kleinräumige Infrastrukturausstattung und dessen Erreichbarkeit

Gemäß LEP NRW ist die bedarfsgerechte, flächensparende Siedlungsentwicklung u.a. an den vorhandenen Infrastrukturen auszurichten (Kap. 6.1-1). Dies ist auf grobmaschiger Ebene maßgeblich über die verstärkte Lenkung der Siedlungsentwicklung auf die ZASB geschehen (s.o.). Die in der Beikarte im Maßstab 1:400.000 dargestellten ZASB stellen einen ersten Orientierungsrahmen dar. Neue ASB-Flächen (Siedlungspotenziale) sind in der Regel nur an ZASB anzuschließen.

Für die im Zuge der Regionalplanerarbeitung vorgenommene detaillierte Überarbeitung der ASB wurde die Infrastrukturausstattung bei der konkreten Überarbeitung der ASB in den zeichnerischen Darstellungen im Maßstab 1:50.000 detaillierter analysiert, um eine kleinräumige Ausrichtung der zukünftigen Siedlungsentwicklung auf den Infrastrukturbestand zu unterstützen. Dies geschah bei den folgenden zwei Arbeitsschritten:

1. Kleinräumige Siedlungspotenziale möglichst dort an die ZASB zu verorten oder zu verlagern, um neue Standorte kleinräumig auf die vorhandene Infrastruktur auszurichten.
2. Wenn eine Zuordnung zu ZASB nicht möglich ist, ist es umso erforderlicher, Siedlungspotenziale dort an Bestands-ASB zu verorten, wo noch eine hinreichend gute Infrastrukturausstattung erreichbar ist.

Die Methode folgt vom Prinzip dem gleichen Ansatz, wie bei der Ermittlung der ZASB. Allerdings werden detailliertere Einzelbewertungen der Distanzen vorgenommen. Die hierzu entwickelte GIS-gestützte Bewertungsmethode orientiert sich am Prinzip der Nutzwertanalyse. Die Methode erlaubt es, kleinräumig für potenzielle und bestehende Siedlungsflächen regionsweit einheitlich, zu bewerten. Hierdurch lassen sich mögliche ASB-Bereiche miteinander vergleichen und in der Standortauswahl bewerten.

7.1.1.8.1 Datenerhebung

Um die Infrastrukturausstattung in den Kommunen der Planungsregion zu erfassen, wurden zuerst Einrichtungsstandorte unterschiedlicher Infrastrukturen zusammengetragen, die eine wichtige Rolle bei der Grundversorgung der Wohnbevölkerung einnehmen. Es wurden vor allem Einrichtungen gewählt, die im alltäglichen Leben der Wohnbevölkerung wichtige Anlaufstellen darstellen. Hierbei wurden die folgenden Infrastrukturen in den in den Blick genommen:

Tab. 7.1.1.8.1.1: Infrastruktureinrichtungen

Bildungseinrichtungen	priv. Versorgungseinrichtungen	öff. Versorgungseinrichtungen	Gesundheitseinrichtungen	Sportanlagen
Kitas	Vollsortimenter	Bürgerbüro	Hausärzte	Schwimmbäder (Frei- + Hallenbäder)
Grundschulen	Discounter	Jugendeinrichtungen	Zahnärzte	Sportplätze

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Hauptschulen	Poststellen	Büchereien + Bibliotheken	Fachärzte	
Realschulen	Banken (Geld-automaten + Filialen)		Apotheken	**Verkehr**
Gymnasien	Optiker			S-Bahn- und Regionalbahn-haltestellen
Gesamt- und Sekundar-schulen	Zentrale Versor-gungsbereiche			U-Bahn-Stationen
Schulen mit Sek II (Gym + Ges.)				

Die zusammengetragenen Einrichtungsstandorte wurden kartografisch dargestellt (Abb. 7.1.1.8.1.1). Diese Karte mit Einrichtungsstandorten war Grundlage in der ersten Gesprächsrunde mit den Kommunen. Sie wurde darauffolgend den Kommunen zur Kontrolle vorgelegt und danach ggf. korrigiert.

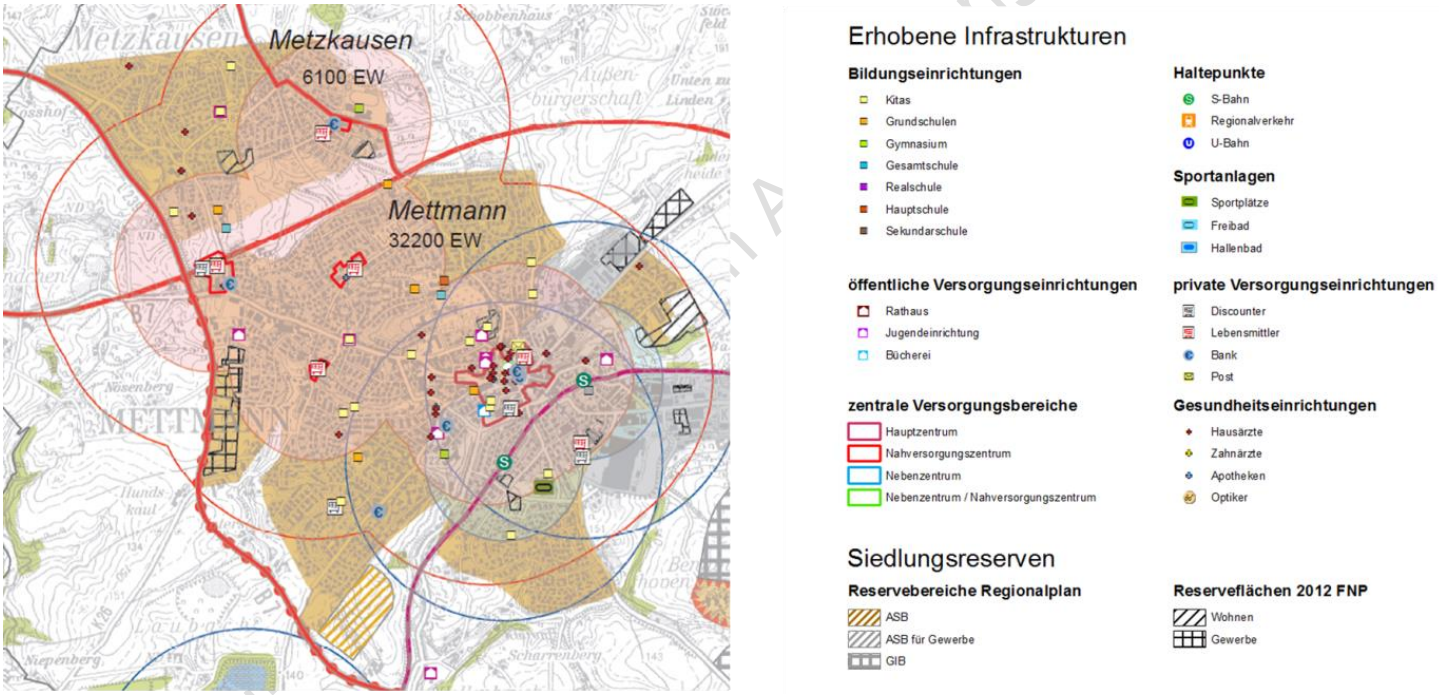


Abb.7.1.1.8.1.1: Karte mit Einrichtungsstandorten

7.1.1.8.2 Modellierung der Versorgungssituation über Rasterzellen und Distanzmessungen

Um für beliebige Flächen in der Region die Nähe zu Versorgungseinrichtungen bewerten zu können, wird die gesamte Fläche der Region in ca. 360.000 Quadrate mit einer Seitenlänge von 100 m eingeteilt. Danach werden im GIS die Luftliniendistanzen zwischen jedem Rasterzellenmittelpunkt und der nächstgelegenen Infrastruktureinrichtung eines jeden Infrastrukturtyps gemessen.

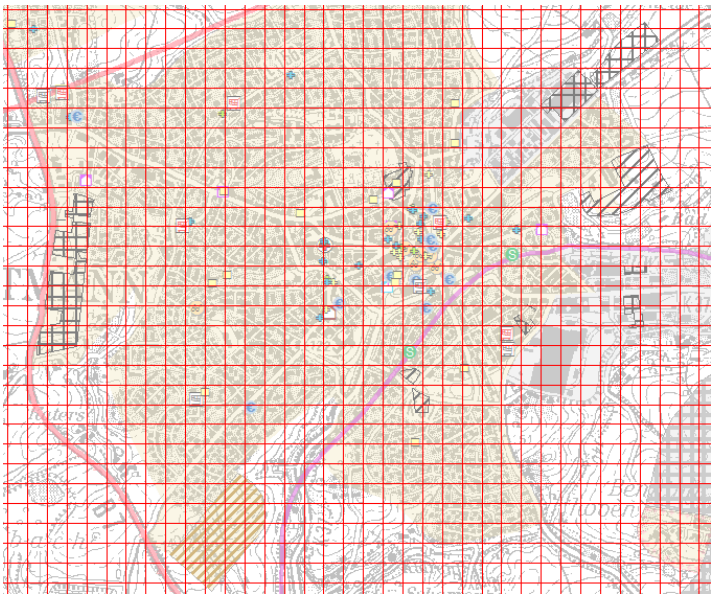


Abb. 7.1.1.8.2.1: Rasterfelder als Grundgerüst der Bewertung

Danach werden im GIS über ein automatisches Verfahren die Luftliniendistanzen zwischen den Rasterzellenmittelpunkten und der nächstgelegenen Infrastruktureinrichtung eines jeden Infrastrukturtyps gemessen. Die ermittelten Entfernungen werden separat für jedes einzelne Rasterfeld in einer Tabelle hinterlegt.

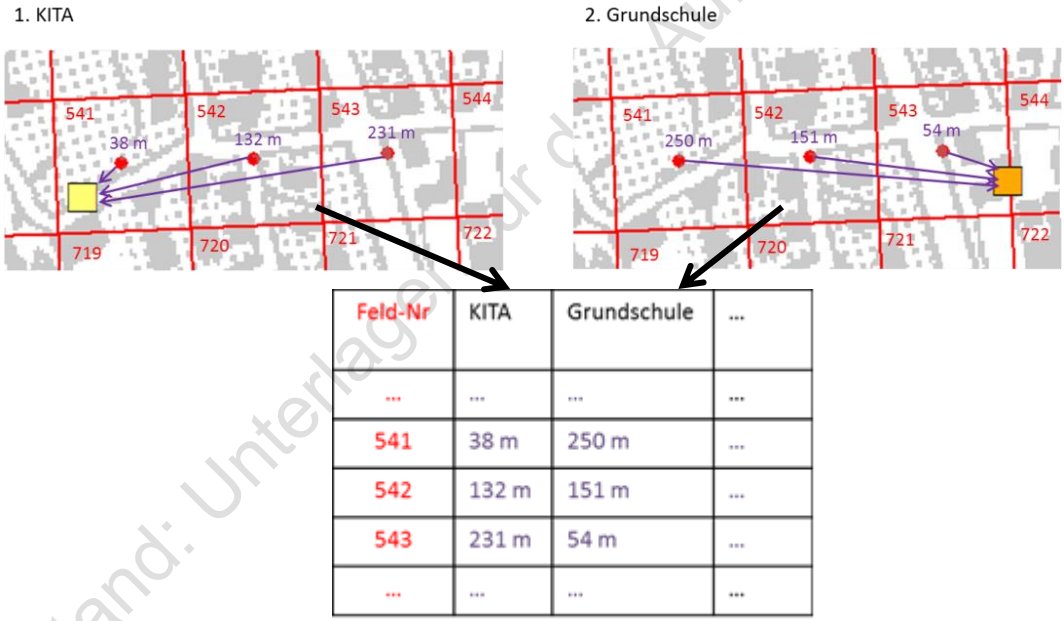


Abb. 7.1.1.8.2.2: Schematische Darstellung der automatisierten Distanzmessung

Die so für jede Rasterzelle ermittelten Distanzen werden für jeden Infrastrukturtyp separat bewertet. Grundsätzlich wird angenommen, dass sich mit zunehmender Entfernung zwischen Rasterzelle und Infrastruktureinrichtung die Versorgungssituation in einer Zelle verschlechtert. Hierzu werden für bestimmte Entfernungsintervalle zwischen 3 Punkten für nahe Entfernungen und 0 Punkten für weite Distanzen vergeben. Je nach Infrastrukturtyp werden spezifische Bewertungsschlüssel festgelegt. Um möglichst plausible Bewertungsschlüssel zu entwickeln, wurde die Ist-Situation in den ausgewiesenen ASB analysiert. So lässt sich für die Region feststellen, welche Distanzen zu unterschiedlichen Einrichtungen als nah und fern gelten können. Daneben wurden Richt- und Orientierungswerte zu den Erreichbarkeiten von

Stand: Unterlagen für d. Aufstellungsbeschluss

Einrichtungen aus Gesetzen oder der sonstigen Literatur herangezogen. Damit orientiert sich diese Bewertung an den Mittelwerten der regionsspezifischen Entfernungsverhältnisse und wird mit Entfernungsbewertungen aus der Literatur verglichen und bei Bedarf ergänzt.

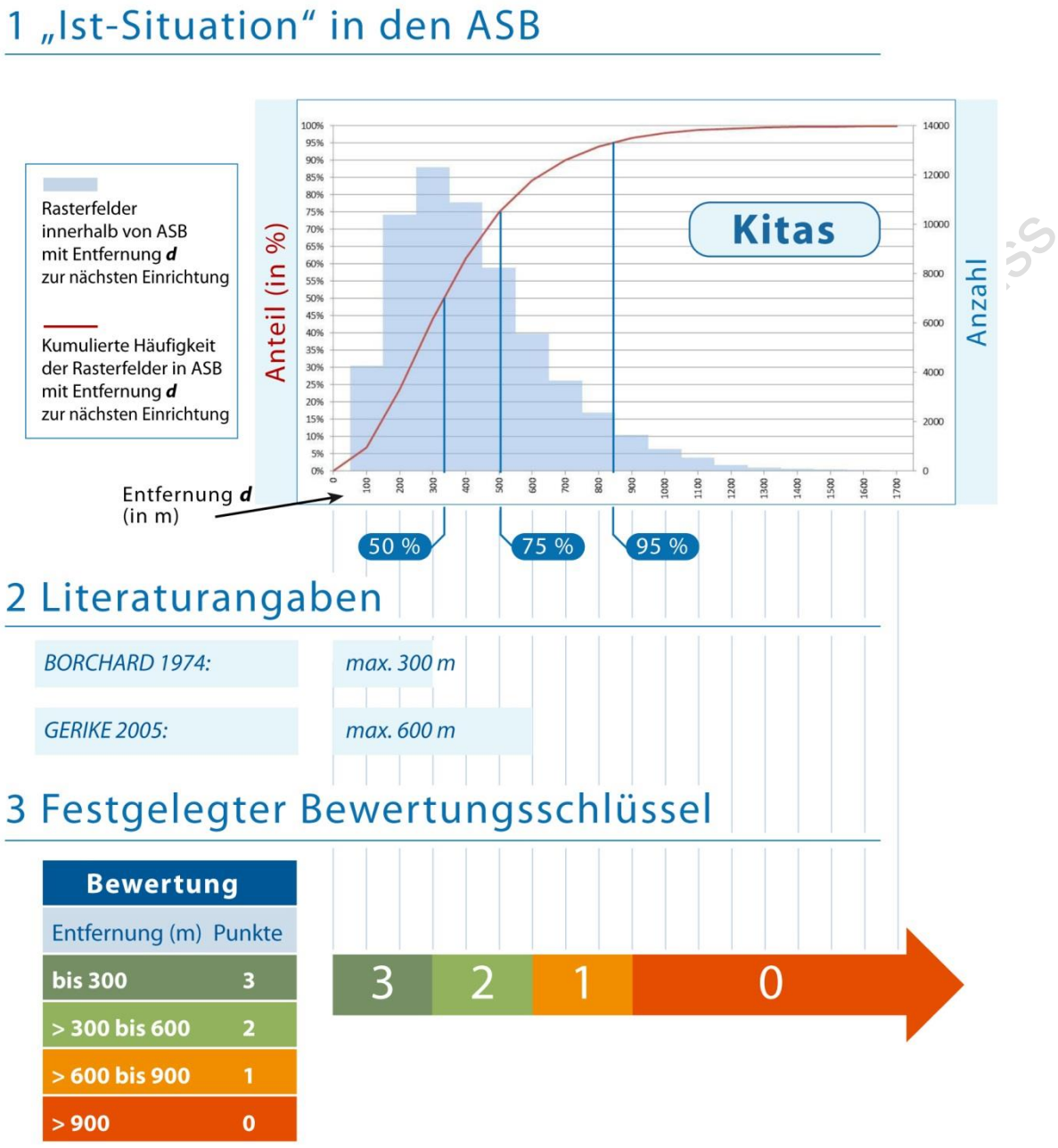


Abb. 7.1.1.8.2.3: Gegenüberstellung der Analyseergebnisse sowie des daraus abgeleiteten Schlüssels zur Bewertung der Distanzen zwischen einer Rasterzelle und der nächstgelegenen Infrastruktureinrichtung (hier: KITA).

Die in Abb. 7.1.1.8.2.3 dargestellte Grafik zeigt beispielhaft die festgelegten Regeln für die Bewertung der Distanzen zu den nächstgelegenen Kitas. Die Analyseergebnisse zeigen, dass derzeit die Hälfte aller ASB-Flächen in der Region Düsseldorf weniger als 300 m Luftlinie von der nächstgelegenen Kita entfernt ist. Fast sämtliche ASB-Flächen befinden sich innerhalb der 900 m-Radien um die Kita-Standorte. Im Vergleich zu den Einrichtungen der weiteren ausgewerteten Infrastrukturtypen, fallen die Distanzen zu den Kitas somit relativ gering aus.

Der festgelegte Bewertungsschlüssel orientiert sich primär am 0,5-, 0,75- und 0,95-Quantil der regionstypischen Entfernungsverhältnissen in den ASB. Somit wurden bis 300 m drei Punkte, bis 600 m zwei Punkte und bis 900 m noch ein Punkt bei der Bewertung der Kita-Entfernungen vergeben. Diese Festlegungen passen ebenfalls zu den Angaben in der ausgewerteten Literatur. Die in Borchard 1947 und in Gerike 2005 genannten Werte stimmen hier gleichzeitig mit den Grenzen einer „sehr guten“ und „guten“ Erreichbarkeit überein. Für jede Infrastruktureinrichtung wurde eine solche Bewertung vorgenommen.

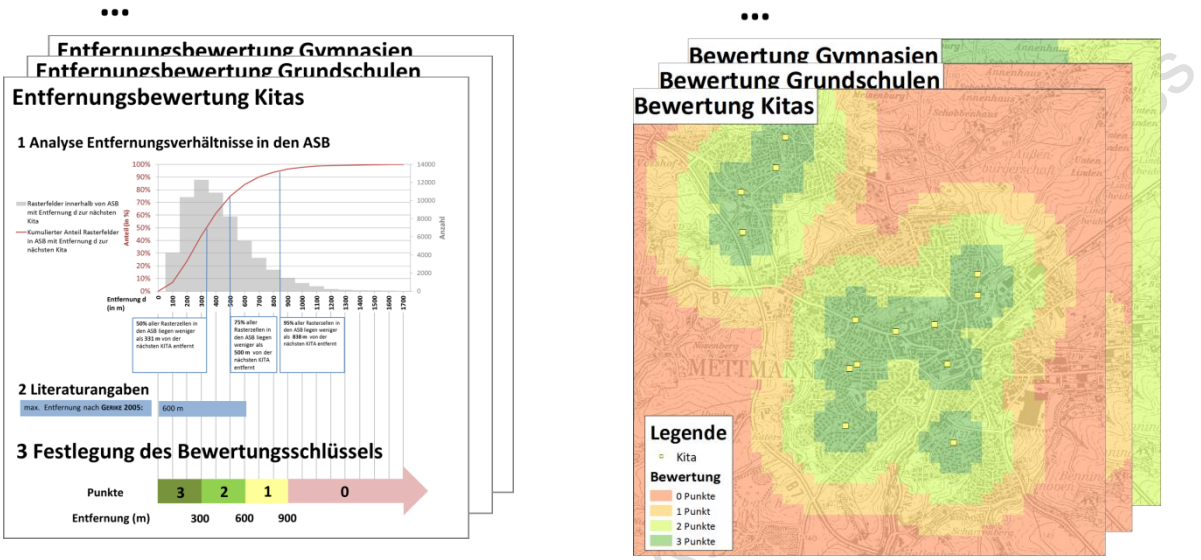


Abb. 7.1.1.8.2.4: Erstellung infrastrukturspezifischer Bewertungsschlüssel: Welche Entfernungen sind typisch für die Region

7.1.1.8.3 Gesamtbewertung der kleinräumigen Versorgungssituation

Die Einzelbewertungen für die unterschiedlichen Infrastrukturtypen werden danach zu einem Gesamtergebnis zusammengerechnet. Anhand der Häufigkeiten der in den ASB erzielten Gesamtpunktzahlen wird die Infrastrukturversorgung beurteilt. So lässt sich feststellen, welche Flächen im regionsweiten Vergleich besser oder schlechter abschneiden. Abb. 7.1.1.8.3.1 zeigt bspw., dass auf 25 % aller ASB-Flächen mehr als 50 von 69 Punkten erzielt werden. Somit steht in diesen Lagen im Vergleich zu den restlichen Flächen eine hohe Einrichtungsvielfalt in nächster Nähe zur Verfügung, so dass eine hervorragende Versorgung gegeben ist. Mit Blick auf die Situation in der Planungsregion ist feststellbar, dass in den ASB in der Regel eine relativ gute Versorgungssituation gegeben ist. Als „Dürftig“ oder „Ungünstig“ wurden daher lediglich nur ca. 15 % aller ASB-Flächen eingestuft. Bei den angelegten Wertmaßstäben ist in jeder Kommune der Region mindestens ein ASB vorhanden, in dem eine verhältnismäßig gute Infrastrukturversorgung gegeben ist. Weiterhin wird deutlich, dass die Randbereiche teilweise eine bessere Versorgungssituation aufweisen, als die Vororte von größeren Städten. Ferner wurde deutlich, dass keine der derzeit bestehenden Eigenbedarfsortslagen über eine ASB-typische Infrastrukturausstattung verfügt. Die Infrastrukturanalyse hat somit gezeigt, dass es im Zuge der Erarbeitung des RPDs nicht notwendig ist, eine der bisher als Eigenbedarfsortslage eingestuften Ortslagen als ASB darzustellen. Vielmehr sind einige ASB aus dem GEP99 nicht mehr als ASB dargestellt, da sie in ihrer Größe und infrastrukturellen Ausstattung mit einer Eigenbedarfsortslage zu vergleichen sind.

Stand: Unterlagen für den Antrag

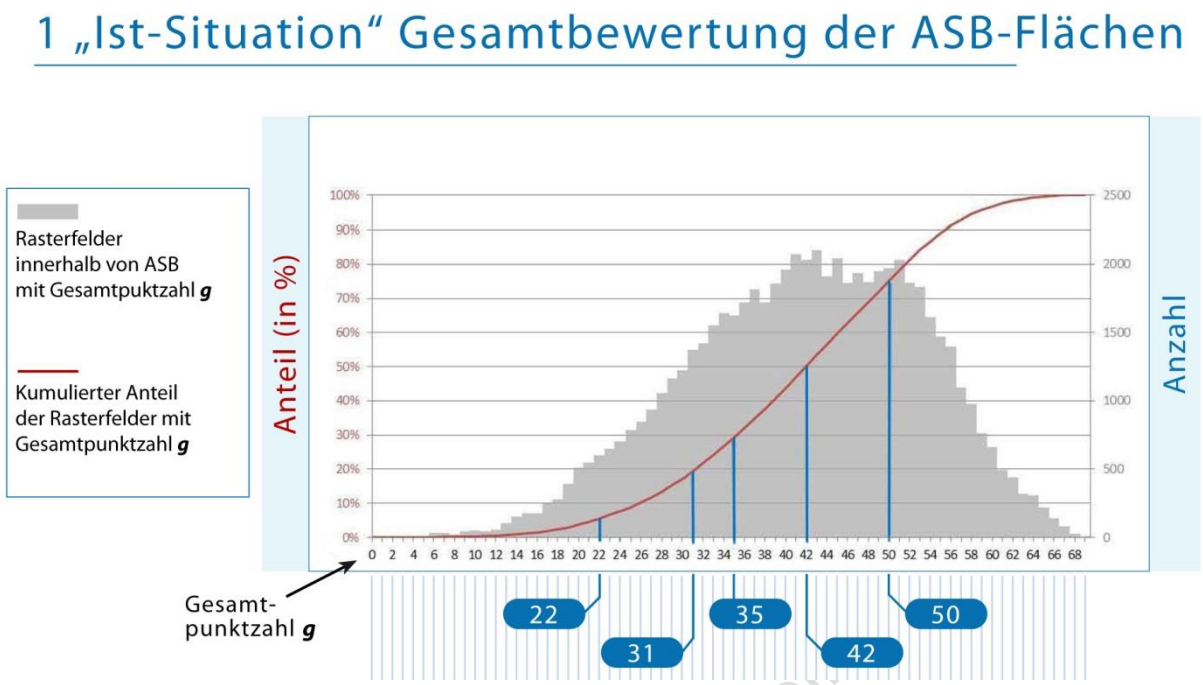


Abb. 7.1.1.8.3.1: Gesamtbewertung der ASB-Flächen

Auf Grundlage dieser gesamträumlichen Betrachtung konnte folgende Karte Abb. 7.1.1.8.3.2 zur Gesamtversorgungssituation für alle Siedlungsbereiche erstellt werden.

Die Karten für die gesamte Region sind in der Anlage (7.1.1.Anlagen) enthalten. Diese Karte gibt eine stringente Beurteilung der infrastrukturellen Ausstattung in der gesamten Region wieder. Sie bildet damit eine gute kleinräumige Grundlage, die verdeutlicht, an welchen Standorten von einer regionstypischen Nähe zu einem räumlich gebündelten Angebot öffentlicher und privater, grundzentralörtlicher Versorgungseinrichtungen auszugehen ist. Damit kann die infrastrukturelle Ausstattung in die standörtliche Bewertung einbezogen werden. Dazu wird bei jedem zur Diskussion stehenden Standort geprüft, welcher Ausstattungsgrad (von ungünstige bis günstige Ausstattung) vorgefunden wird. Dabei wurde auch das Gesamtbild der Gemeinde berücksichtigt.

Diese Karten wurden den Kommunen im Zuge der Erarbeitung des RPDs im Frühjahr 2013 übermittelt. Sie zeigen auch Standorte innerhalb von ASB an, die im Hinblick auf die Nutzung des Infrastrukturbestands für Nachverdichtungen besonders geeignet wären. Während der ersten Beteiligungsphase wurden unter anderem aufgrund der Anregungen aus den Kommunen alle Infrastruktureinrichtungen neu erhoben und aktualisiert, so dass den Karten in der Anlage (7.1.1.Anlagen) ein aktualisierter Datenbestand aus 2015 zugrunde liegt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

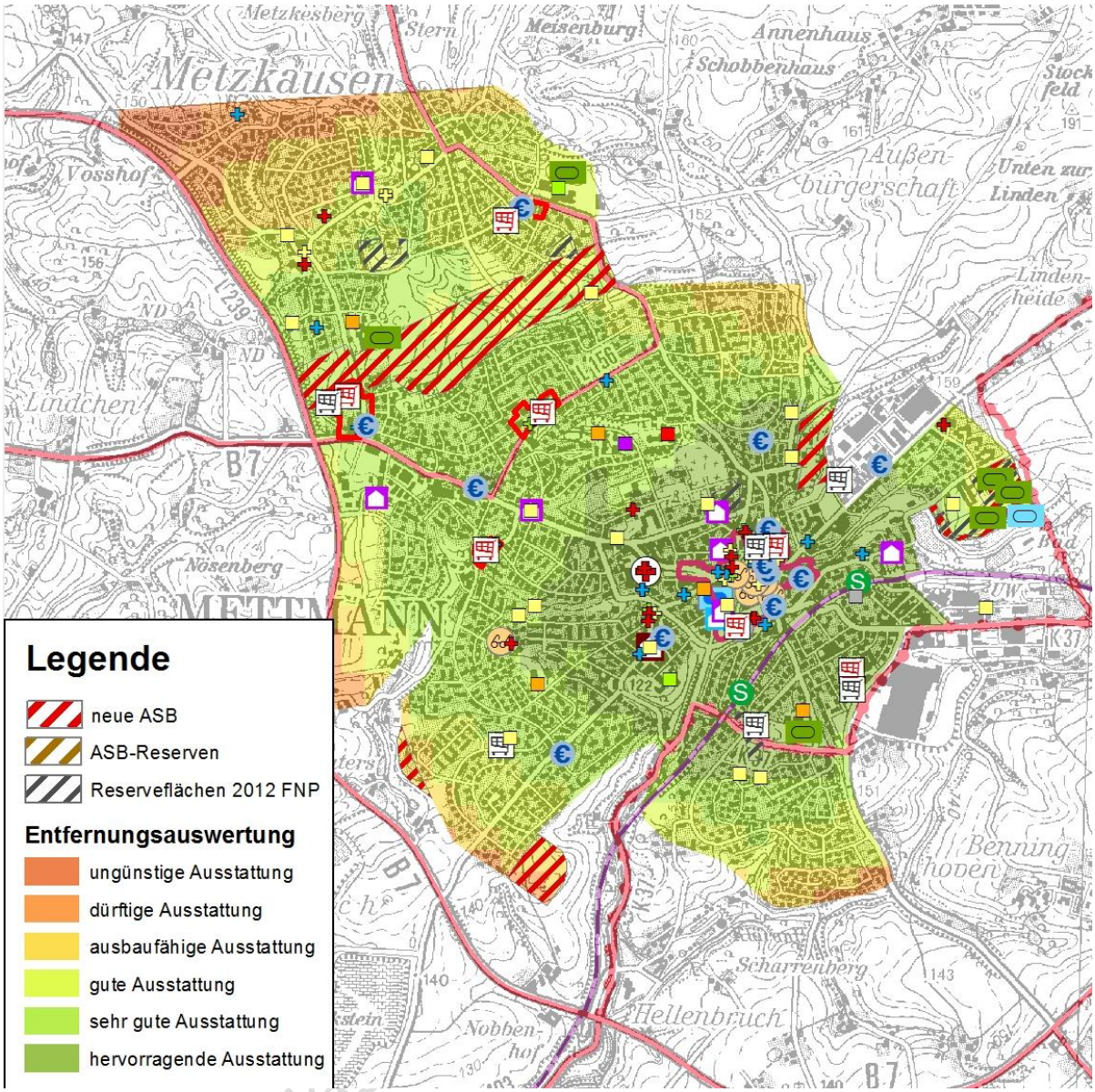


Abb. 7.1.1.8.3.2: Karte mit Gesamtversorgungssituation am Beispiel der Stadt Mettmann

7.1.1.9. Restriktionsarme Bereiche für die zukünftige Siedlungsentwicklung

Der LEP NRW strebt eine Siedlungsentwicklung an, die nicht nur bedarfsgerecht und flächensparend an der Bevölkerungsentwicklung, der Entwicklung der Wirtschaft sowie an den vorhandenen Infrastrukturen ausgerichtet ist, sondern auch die naturräumlichen und kulturlandschaftlichen Entwicklungspotentiale einbezieht. Deshalb sind bei der Darstellung der Siedlungspotentiale standörtlich solche Bereiche ausgewählt worden, die auch in unter anderem naturräumlich restriktionsarmen Bereichen liegen. Das bedeutet, dass bei jeder Siedlungsbereichsdarstellung die nachfolgenden naturschutzfachlichen Kriterien geprüft worden sind. Daneben wurden die bestehenden Höchstspannungsfreileitungen gemäß Grundsatz 8.2-3 des LEP NRW bei der Darstellung von Siedlungsbereichen berücksichtigt. Alle genannten Kriterien sind Abwägungskriterien, die entsprechend ihrer gesetzlichen Vorgaben gewichtet worden sind.

Stand Unterlage

Des Weiteren waren bei der Darstellung von ASB die Lärmschutzbereiche im Umfeld von Flughäfen aufgrund des damit verbundenen Ausschlusses von Wohnnutzungen als fachrechtliche Bindung zu berücksichtigen (siehe unten).

Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete und Vogelschutz im Biotopverbund

Im Bereich des Landschaftsschutzes und des Naturschutzes wurden alle Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete und alle Vogelschutzgebiete erfasst. Diese kommen für eine Siedlungsentwicklung nicht in Betracht. Nur in dem Fall, dass eine Kommune an allen bestehenden Siedlungsraumrändern von Vogelschutzgebieten oder FFH Gebieten umschlossen ist, werden Siedlungsbereichsneudarstellungen mitsamt einer Verträglichkeitsprüfung in den Regionalplanentwurf mit einbezogen.

Als nächstes wichtiges Kriterium wurde der Biotopverbund entsprechend des Fachbeitrages der LANUV einbezogen. Für alle Bereiche, die bisher im GEP99 nicht als Siedlungsbereiche dargestellt sind und die im Fachbeitrag in einer Wertigkeit der Biotopverbundstufe eins dargestellt sind, sind keine Bereichsdarstellungen vorgenommen worden. Für den Fall, dass Flächen der Biotopverbundstufe 1 Siedlungsbereiche, die bisher im GEP99 dargestellt waren, überlagern, wurde geprüft, ob eine Rücknahme des Siedlungsbereiches möglich ist. Hierbei spielen Größe und Lage eine wesentliche Rolle. Grundsätzlich ist es möglich, dass bei der kleinteiligen Betrachtung des LANUV, Flächen der Biotopverbundstufen innerhalb des Siedlungsbereiches liegen. Hierfür wurden in den Erläuterungen im Siedlungskapitel entsprechende Ausführungen gemacht, dass die Kommunen im Rahmen ihrer Bauleitplanung die schützenswerten Landschaftsbestandteile innerhalb des Siedlungsbereiches zu berücksichtigen haben.

Für alle Flächen, die in dem Fachbeitrag des LANUV als Flächen der Biotopverbundstufe zwei gekennzeichnet sind, kam zunächst auch keine Siedlungsbereichsdarstellung in Betracht. Eine Ausnahme bilden Flächen in Kommunen, die über einen sehr hohen Bedarf verfügen, und bei denen diese Flächen infrastrukturell sehr gut angebunden sind. Für diesen Fall müssen die Flächen an einem ZASB liegen und auch kleinräumig über eine gute Infrastrukturausstattung verfügen. Für den Fall, dass Flächen der Biotopverbundstufe zwei Siedlungsbereiche die bisher im GEP99 dargestellt waren, überlagern, gilt das gleiche wie bei der Biotopverbundstufe eins. Hier sollen jedoch vor allem großräumigere Zusammenhänge eine Rolle spielen.

Grundwasserschutz und Überschwemmungsbereiche

Die Darstellung von allgemeinen Siedlungsbereichen beachtet die Ziele zur Sicherung von Trinkwasservorkommen nach dem Landesentwicklungsplan. Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz BGG, die aufgrund ihrer wasserwirtschaftlichen Funktion (Zone I bis IIIA und Reserve I bis IIIA) im Regionalplan dargestellt sind, sind insbesondere in Bezug auf ihre Trinkwassergewinnung besonders zu schützen. Grundsätzlich muss davon ausgegangen werden, dass eine weitere Versiegelung von Flächen, die in solchen Bereichen liegen, den Schutz des Trinkwassers beeinträchtigen können. Deshalb sieht der Planentwurf vor, in der Regel neue Siedlungsbereiche nicht im BGG darzustellen. Bauleitplanung auf Flächen, die gleichzeitig dem Gewässerschutz dienen, muss einer Menge zusätzlicher Anforderungen zum Gewässerschutz Genüge tun.

Im Bereich des Hochwasserschutzes sind entsprechend des Landesentwicklungsplans die Überschwemmungsbereiche von hochwasserempfindlichen oder den Abfluss behindernden

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Nutzungen, insbesondere von zusätzlichen Siedlungsbereichen und Bauflächen, freizuhalten. Ausnahmen sind nur nach den Bestimmungen des Wasserhaushaltsgesetzes und Landeswassergesetzes möglich. Die innerhalb von Überschwemmungsbereichen im Flächennutzungsplan dargestellten Bauflächen, die noch nicht realisiert oder in verbindliche Bauleitpläne umgesetzt wurden, sind zurückzunehmen und vorrangig als natürlicher Retentionsraum zu sichern. Für die Darstellung der allgemeinen Siedlungsbereiche bedeutet dies folgendes; alle Überflutungsflächen aus der HQ 100 Berechnung sind nicht für eine Siedlungsbereichsdarstellung vorzusehen. Es wurde geprüft, ob sich in der Überschneidung dieser Überflutungsflächen mit den bestehenden Siedlungsbereichsdarstellungen aus dem GEP99 noch Flächen ergeben, die auf der Ebene der Flächennutzungsplanung Flächenreserven beinhalten, die nach dem Ziel 7.4-6 zurückgenommen werden müssen, damit auch die Bauleitplanung hier einen Auftrag bekommt, bauleitplanerisch gesicherte Flächen im Flächennutzungsplan wieder als Freiraum darzustellen. Im Einzelfall wurden Siedlungsbereichsflächen überlagernd über Überflutungsflächen dargestellt, wenn diese Siedlungsbereichsflächen mit einer Zweckbindung versehen wurden, die entsprechend den Ausnahmen im Wasserhaushaltsgesetz formuliert wurden. Hierzu zählen beispielsweise Siedlungsflächen für Hafennutzung, die regelmäßig in Überschwemmungsbereichen liegen können.

Es wurden jedoch auch Siedlungsbereiche, die durch verbindliche Bauleitplänen schon jetzt in Anspruch genommen sind oder die bereits bebaut sind, mit Überschwemmungsbereiche überlagert. In diesem Fall dient die überlagernde Darstellung vor allem der Information (vgl. hierzu auch Kapitel 4.4.4 –Vorbeugender Hochwasserschutz).

Wald

Bei der Darstellung von Siedlungsbereichen wurde entsprechend den Zielvorgaben des Landesentwicklungsplanes der bestehende Wald in der Regel für eine Siedlungsbereichsdarstellung ausgeschlossen. Als Grundlage diente das Amtliche Topographisch-Kartographische Informationssystem ATKIS mit seiner Bestandsaufnahme des Waldes. In der Regel wurden Siedlungsbereiche nicht überlagernd mit bestehendem Wald dargestellt. Hiervon ausgenommen sind kleinste Waldflächen, die innerhalb eines Siedlungsbereiches erhalten bleiben können, ohne dass sie die Ausnutzbarkeit des Siedlungsbereiches substanziell beeinträchtigen würden.

Boden

Entsprechend des Grundsatzes 7.1-4 *Bodenschutz* (LEP NRW) sind bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, auch Darstellungen als allgemeiner Siedlungsbereich die Leistungsfähigkeit, Empfindlichkeit und Schutzwürdigkeit der Böden zu berücksichtigen. Das Schutzgut Boden erfüllt laut Fachbeitrag des geologischen Dienstes verschiedene Funktionen. Die Regelungs- und Pufferfunktion / natürliche Bodenfruchtbarkeit ist die Funktion, die im Rahmen der planerischen Abwägung zur Darstellung der allgemeinen Siedlungsbereiche besondere Berücksichtigung erfahren hat. Die beiden anderen Funktionen sind entweder zu kleinteilig (Archivfunktion - Archiv der Natur- und Kulturgeschichte), oder werden auch schon bei den Biotopverbundflächen im Fachbeitrag der LANUV mit berücksichtigt (hohes Biotopentwicklungspotenzial Böden für Extremstandorte). Deshalb wurde bei der Darstellung für Siedlungsbereiche geprüft, ob es sich bei den Standorten um besonders schutzwürdige oder sehr schutzwürdige Böden im Sinne der Regelungs- und Pufferfunktion/natürliche Bodenfruchtbarkeit handelt. Diese sind nur dann in Anspruch genommen worden, wenn keine vergleichbaren Alternativen hinsichtlich der sonstigen Ausstattung des Ortes sichtbar waren. Insgesamt bedeutet dies, dass das Schutzgut Boden zwar mit in die Abwägung eingestellt

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

wurde, aber die Gewichtung aufgrund des großflächigen Vorhandenseins dieser besonders schutzwürdigen und sehr schutzwürdigen Böden gegenüber anderen Abwägungsaspekten, wie beispielsweise einer guten Infrastrukturausstattung geringer gewichtet wurde.

Höchstspannungsfreileitungen

Entsprechend des Grundsatzes 8.2-3 Bestehende Höchstspannungsfreileitungen (LEP NRW) ist bei allen neuen Darstellungen von Allgemeinen Siedlungsbereichen und bei allen Übernahmen von bisher dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereichen aus dem GEP 99, die ein Siedlungsentwicklungspotenzial beinhalten, geprüft worden, ob eine Konkretisierung mittels bauplanungsrechtlicher Ausweisung von neuen Baugebieten in Bauleitplänen oder sonstigen Satzungen nach dem Baugesetzbuch, die dem Wohnen oder anderen sensiblen Nutzungen dienen, mit dem Grundsatz 8.2-3 Bestehende Höchstspannungsfreileitungen vereinbar sind, bzw. ob die übrigen Belange einer Darstellung eines Siedlungsbereiches dem Belang des Grundsatzes der bestehenden Höchstspannungsfreileitungen gegenüber höher gewichtet werden muss.

In einigen Bereichen kommt es zu minimalen Überschneidungen im 400 m Pufferbereich, der hier im Grundsatz 8.2-3 angesprochen ist. Hier sieht die Regionalplanungsbehörde in der bauplanungsrechtlichen Konkretisierung eine Möglichkeit, dem Grundsatz entsprechend Bauleitplanung zu betreiben. An wenigen anderen Stellen jedoch, vor allem im Bereich der Rheinschiene, wurde der hohe Bedarf für allgemeine Siedlungsbereiche dem Belang der Freihaltung der Bereiche neben den bestehenden Höchstspannungsfreileitungen höher gewichtet. Dies geschah vor allem dann, wenn in der Nachbarschaft Wohnbebauung schon sehr nahe an die bestehenden Höchstspannungsfreileitungen heranreicht, oder es sich um bestehende Nutzungen handelt. Insofern führt die Neudarstellung in diesen Fällen nicht zu einem erstmaligen Heranrücken des Siedlungsbereiches an bestehende Höchstspannungsfreileitungen. Auch Allgemeine Siedlungsbereiche, die explizit für gewerbliche Nutzungen vorgesehen sind, können Grund für eine andere Gewichtung sein. Die 26. Bundesimmissionsschutzverordnung muss schlussendlich in der Bauleitplanung beachtet werden. Eine solche Beachtung schließen alle dargestellten Allgemeinen Siedlungsbereiche nicht aus. Die grundsätzliche Stoßrichtung des Grundsatzes 8.2-3, dass größere Abstände zwischen Wohngebäuden und Höchstspannungsfreileitungen dazu beitragen, die Konflikte zwischen Wohnbebauung und Höchstspannungsfreileitungen (bestehender sowie ggf. zukünftig notwendiger) zu reduzieren, wird zwar grundsätzlich auch mit diesem Planwerk des RPD verfolgt, jedoch ist es bspw. aufgrund der bestehenden Engpässe in der Wohnraumversorgung, oder aufgrund der bestehenden Nähe zu Infrastruktureinrichtungen nicht an allen Stellen möglich, diesem Grundsatz in Gänze zu folgen.

Fluglärmschutz

Die Darstellung von Lärmschutzbereichen gemäß Fluglärmschutzverordnungen sowie Erweiterten Lärmschutzzonen, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultieren, erfolgt auf Grundlage der entsprechenden Vorgaben des LEP NRW. Nähere Informationen hierzu finden sich in den Kapiteln 7.3.11 und 7.3.12.

Das Fluglärmgesetz (FluLärmG) enthält – mit wenigen Ausnahmen – in § 5 Baugebote in Lärmschutzbereichen gemäß Fluglärmschutzverordnungen. Insbesondere dürfen in der Tag-Schutzzone 1 und der Nacht-Schutzzone Wohnungen nicht errichtet werden. Auch für verschiedene infrastrukturelle Einrichtungen enthält die Regelung Bauverbote. Innerhalb dieser Bereiche wurden daher ASB nur dann zeichnerisch dargestellt, wenn im Einvernehmen mit

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

den jeweils betroffenen Gemeinden unstrittig ist, dass diese nur für eine gewerbliche Entwicklung genutzt werden können.

Für die im Umfeld der Flughäfen in Düsseldorf und Weeze zeichnerisch dargestellten Erweiterten Lärmschutzzonen ergeben sich inhaltliche Vorgaben aus dem LEP NRW. Dieser sieht in Grundsatz 8.1-8 vor, dass die Erweiterten Lärmschutzzonen in der Abwägung bei der regionalen und kommunalen Siedlungsentwicklung zu berücksichtigen sind. Eine Darstellung von ASB in den Erweiterten Lärmschutzzonen erfolgt daher nur in sehr wenigen Fällen im Umfeld des Düsseldorfer Flughafens. Sie tragen hier zur Deckung des Bedarfs an Wohnflächen im Raum Düsseldorf bei. Teilweise handelt es sich außerdem um bereits voll versiegelte Bereiche mit besonders günstiger schienenverkehrlicher Erschließung, die einer Nachfolgenutzung zugeführt werden sollen.

Siedlungsräumliche Gliederung durch regionale Grünzüge

Die regionalen Grünzüge haben unterschiedliche Funktionen (siehe hierzu Kapitel zur zeichnerischen Darstellung der regionalen Grundzüge 7.2.6). Deshalb wurde bei jeder Darstellung eines Siedlungspotenzials geprüft, ob hierdurch eine weitere Einengung oder weitere Zerschneidung des Freiraums entstünde. Zudem wurde entsprechend des Konzeptes der regionalen Grünzüge geprüft, ob es sich bei der in Rede stehenden Fläche um einen Teil einer ökologisch wirksamen Verbindung handelt, bei dem die Verbindungsfunktion durch eine Inanspruchnahme des Siedlungspotenzials gestört würde. Mit in den Blick genommen wurden dabei auch die Luftaustauschkorridore und Ventilationsschneisen, die Vernetzungsstrukturen und die Siedlungszäsuren, die es langfristig zu sichern gilt.

7.1.1.10 Haltepunkte leistungsfähiger Linien des SPNV

Ein weiteres wichtiges Auswahlkriterium für die Darstellung neuer Siedlungspotenziale sind die Haltepunkte des Schienennahverkehrs. Entsprechend des Grundsatzes 6.2-2 *Nutzung des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs* im LEP NRW sollte bei der Ausrichtung der Siedlungsentwicklung Haltepunkte des schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs besonders berücksichtigt werden. Auch nach den Leitlinien soll die Siedlungsentwicklung an den Verbindungen des Schienennahverkehrs in den Kommunen gestärkt werden, in denen solche Möglichkeiten zur Standortentwicklung am SPNV bestehen. Das bedeutet, wenn Alternativen zur Siedlungsentwicklung bestehen, und eine Arrondierung in der Nähe eines SPNV Haltepunkt bestehen, ist der Siedlungsbereich am SPNV Haltepunkt ausgewählt worden.

7.1.1.11 Abwägung – Bedarf und Standort muss stimmen

Alle Belange, die in den vorigen Kapiteln (7.1.1.5 – 7.1.1.10) genannt sind, sind in der zeichnerischen Darstellung miteinander in Einklang gebracht worden. Die für den Entwurf tragenden Erwägungen und Gewichtungen erfolgen anhand der gesetzlichen Wertigkeiten der unterschiedlichen Kriterien.

Die in raumordnerischer Hinsicht optimale Fallkonstellation für die Darstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen entsteht bei Standorten, die erstens in Kommunen liegen, die einen Bedarf für zusätzliche Siedlungspotenziale haben, die zweitens an ZASB andocken, die drittens auch kleinräumig gesehen infrastrukturell gut ausgestattet sind, die viertens einen SPNV Anschluss haben, und die fünftens alle Belange die unter 7.1.9 genannt sind, nicht beeinträchtigen. Zwar können diese Standorte auch andere Belange beeinträchtigen, was im Umweltbericht gegebenenfalls verdeutlicht wird, doch werden sie zunächst vorbehaltlich der

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Umweltprüfung als sehr geeignet für eine Siedlungsentwicklung eingestuft. Je nach Beeinträchtigung, die in der Umweltprüfung festgestellt wird, wird diese auch in die Abwägung mit eingestellt. So wird selbstverständlich jede Flächeninanspruchnahme als ein Eingriff in den Naturhaushalt bewertet. Auch ist die damit verbundene Rücknahme von landwirtschaftlichen Flächen als Belang in die bisherigen Erwägungen eingestellt worden. Beide Aspekte werden durch den Belang der bedarfsgerechten Entwicklung von Siedlungsbereichen begründet.

Im Folgenden sind verschiedene Fallkonstellationen dargestellt, wie die Gewichtung der unterschiedlichen Belange zueinander erfolgt ist. Zunächst soll der Umgang mit bestehenden Siedlungspotentialen aus GEP99 und Neudarstellungsoptionen in Bezug auf die Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf die ZASB dargestellt werden:

1. Alle bestehenden Siedlungspotentiale, die auch schon im GEP99 vorhanden waren, und zusätzlich alle neuen Siedlungserweiterungswünsche der Gemeinde liegen an dem ZASB und entsprechen mithin diesem Kriterium.

2. Teile der bestehenden Siedlungspotentiale, die auch schon im GEP99 vorhanden waren, liegen nicht an ZASB, sondern in den übrigen allgemeinen Siedlungsbereichen. Hier wurde geprüft, ob eine mögliche Streichung der Siedlungspotentiale an diesen allgemeinen Siedlungsbereichen in Einklang mit dem gemeindlichen Vertrauensschutz bei der Regionalplanerarbeitung steht. Wenn die Kommune auf den Erhalt dieser Siedlungspotenziale drängt, wird in der Regel dennoch sichergestellt, dass die größere Menge von Siedlungspotentialen innerhalb der Kommune an dem ZASB zu Stande kommt. Hiermit soll immer davon ausgegangen werden können, dass die ZASB die Siedlungsbereiche sind, an denen der Schwerpunkt der Entwicklung liegen wird. Hinzu kommt eine neue Regelung im textlichen Teil des RPD: Der textliche Grundsatz G1 unter Kapitel 3.2.1. fordert die Gemeinden auf, zunächst die Siedlungspotentiale in der ZASB zu entwickeln. Das bedeutet, dass auch wenn Siedlungspotenziale in den übrigen ASB vorhanden sind, zunächst die Siedlungspotenziale in den ZASB entwickelt werden sollen. Somit unterstützt der textliche Grundsatz, dass der Grundsatz zur Stärkung der ZASB gemäß LEP NRW erreicht wird.

3. Außerdem besteht auch die Fallkonstellation, dass an den Rändern der ZASB sehr hohe naturschutzfachliche oder andere Restriktionen vorhanden sind, so dass eine zusätzliche Darstellung von Siedlungspotentialen nicht infrage kommt. Sofern topografische Gegebenheiten oder andere vorrangige Raumfunktionen entgegenstehen, dürfen Siedlungspotentiale auch an andere Bestands-ASB angefügt werden (Kap. 6.2-4). Es bestehen dann zwei verschiedene Möglichkeiten. Erstens, der Bedarf wird an andere Gemeinden übertragen; Dies ist nur der Fall bei dem Bedarf der Stadt Düsseldorf, der in der Stadt selbst nicht abgedeckt wird. Zweitens, und das ist die häufigste Variante, werden in der Gemeinde in diesem Fall alle ASB untersucht, ob Sie infrastrukturell noch so gut ausgestattet sind, dass sie für eine weitere Siedlungsentwicklung infrage kommen. Hiermit wird versucht, den festgestellten Bedarf je Kommune auch in der Kommune zu verorten. Hier wurde vor allem die Analysen zur kleinräumigen Infrastrukturausstattung siehe Kap. 4.4) bei der Beurteilung der ASB herangezogen. Wenn sich Anhaltspunkte für eine einigermaßen gute infrastrukturelle Ausstattung in diesen ASB ergaben, wurden hier zusätzlich Siedlungspotenziale dargestellt, wenn nicht andere Belange dagegenstanden.

Des Weiteren gibt es verschiedene Möglichkeiten, wie mit dem Verhältnis regionaler Bedarf und kommunaler Bedarf umgegangen wurde. Wesentlich ist, dass der Regionalplan für jede Gemeinde und Stadt in der Regel den ermittelten kommunalen Bedarf in der entsprechenden

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Kommune verortet. Alternativ könnte der Plangeber auch die Bedarfe der einzelnen Gemeinden zu einem regionalen Bedarf zusammenrechnen und diesen Bedarf allen regionalen vorhandenen Reserven gegenüberstellen. Damit wäre zwar der regionale Bedarf gedeckt, aber in einzelnen Kommunen könnte eine Bauflächenunterversorgung stattfinden. Um dieses zu verhindern sieht der RPD in der Regel für jede Kommune die Menge an planerisch gesicherten Wohneinheiten vor, die als bedarfsgerecht ermittelt wurden.

Die Größenordnung der dargestellten noch nicht in Anspruch genommen Siedlungsbereiche (Siedlungspotentiale) in einer Kommune soll somit in der Regel dem nach Ziel 1 festgestellten kommunalen Bedarf entsprechen. Aufgrund bestehender kommunalplanerischer Belange, bestehender Flächengrößen und qualitativen Bedarfsforderungen ist jedoch die Darstellungsgröße nicht immer gleich dem kommunalen Bedarf. Es sind 3 Fälle zu unterscheiden:

1. Bedarfsgröße = dargestellte bisher noch nicht in Anspruch genommenen Siedlungsbereiche (rund 20 Kommunen)
2. Bedarfsgröße > dargestellte bisher noch nicht in Anspruch genommenen Siedlungsbereiche (knapp 5 Kommunen)
3. Bedarfsgröße < dargestellte bisher noch nicht in Anspruch genommenen Siedlungsbereiche (rund 25 Kommunen)

Für Wohnen ist der Fall 3 der am häufigsten auftretende Fall. Das bedeutet, die Darstellung im Regionalplan ist größer als die Bedarfsberechnung. Dadurch werden – wenn man alle Darstellungen zusammenrechnet – insgesamt etwas mehr Siedlungspotentiale dargestellt, als Gesamtbedarf vorhanden ist. Wesentliche Begründung ist hierfür, dass der Regionalplan für jede Gemeinde und Stadt den festgestellten kommunalen Bedarf in der entsprechenden Kommune versucht zu verorten. Viele Städte mit Flächenüberhängen konnte im bisherigen Entwurfsprozess nicht auf ein ausgeglichenes Verhältnis gebracht werden und Gemeinden, die einen Mehrbedarf hatten, haben diesen auch in der Regel dargestellt bekommen. So entstehen in der Gesamtschau mehr Flächenreserven als Bedarf vorhanden ist. Allerdings wird dieses zu viel als verträglich eingestuft, weil insgesamt die Flächenausweisung im Rahmen dessen liegt, was laut LEP NRW Ziel 6.1.1 möglich ist (siehe hierzu auch Kap. 7.1.4.4.3).

Im Folgenden sollen die einzelnen Kommunen kurz erläutert und dargestellt werden, welche zusätzlichen Erwägungen bei der zeichnerischen Darstellung eine Rolle gespielt haben und welche Fallkonstellation in einzelnen Gemeinden vorlag:

Düsseldorf, krfr. Stadt
Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat einen Bedarf von rund 32750 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 21750 WE. In Düsseldorf können aufgrund der dichten Siedlungsstruktur kaum Siedlungsalternativen gefunden werden. So gab es im Rahmen der kommunalen Abfrage zu Flächenwünschen auch nur wenige Neudarstellungsanregungen (bspw. Lörick). Insgesamt wurden rund 80 ha neu dargestellt, die u.a. auf einem früheren Sondierungsbereich in Düsseldorf-Hamm aus dem GEP99 und auf einen Konversionsstandort liegen. Andere Alternativen wurden im bisherigen Prozess nicht sichtbar. Aus diesem Grund wurden die Bedarfsüberhänge in benachbarte Kommunen umverteilt. (Hierzu siehe Kapitel 7.1.1.6.1)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Krefeld, krfr. Stadt
Die Stadt Krefeld hat einen Bedarf von 5800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 7900 WE für den kommunalen Bedarf. Der Flächenüberhang kommt dadurch zustande, dass für In und Um - Düsseldorf 2100 WE gesichert werden. Gleichzeitig zum Regionalplan hat die Stadt Krefeld ihren FNP neu aufgestellt. Im Rahmen dessen wurde eine Vielzahl von Flächenalternativen geprüft. Der Entwicklungsfokus der Stadt liegt auf dem Stadtteil Fischeln, um den Bedarf auch aus Düsseldorf mit abdecken zu können. Im Norden hingegen wurden großflächig Reserven gestrichen, die zukünftig für Freiraumfunktionen gesichert werden. Besonderes Kennzeichen von Krefeld ist ein hoher Anteil von Innenpotentialen, so dass insgesamt mehr Flächen gestrichen als neu dargestellt wurden.
Mönchengladbach, krfr. Stadt
Die Stadt Mönchengladbach hat einen Bedarf von 6850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 6650 WE. Aktuell gibt es verschiedene Planungen auf Brachflächen, die bisher nicht in die Reserven einbezogen worden sind, die weitere 600 WE umfassen können.
Remscheid, krfr. Stadt
Die Stadt Remscheid hat einen Bedarf von 1800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1650 WE. Für den Planbereich der Stadt Remscheid, wurden auf Anregung der Stadt die ASB Reserven des GEP99 in Remscheid Birke und Remscheid Baisiepen in einer Größenordnung von ca.210 WE gestrichen. Als Regionalplanreserve des GEP99 verbleibt der Bereich in Großberghausen in einer Größenordnung von ca.100 WE. Die größte zusammenhängende planerisch gesicherte Flächennutzungsplanreserve verbleibt mit ca. 240 WE in Remscheid-Lennep. Damit ist der Stadtteil Lennep, bis auf einzelne kleinere Arrondierungen im übrigen Stadtgebiet, für die Zukunft der Stadtteil mit dem größten planerisch gesichertem Potential. Der Stadtteil Lennep ist ZASB. Im Westen des Stadtgebietes, im Ortsteil Morsbach, wurde der ASB um ca.35 ha reduziert. Grund für die Reduzierung ist die schlechte siedlungsstrukturelle Ausstattung und die Restriktionen durch den schützenswerten Freiraum. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet.
Solingen, krfr. Stadt
Die Stadt Solingen hat einen Bedarf von 3050 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 4000 WE. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 350 WE gesichert. Die Stadt Solingen hatte im GEP99 eine Vielzahl von ASB-Reserven. Der größte Teil dieser Reserven ist bereits planerisch im Flächennutzungsplan der Stadt gesichert. Diese Reserven sind in einer Größenordnung von ca. 86ha / 3000 WE gestrichen. Der Überhang an planerisch gesicherten Reserven im Regionalplan liegt an den großen Reserven an Wohnbauflächen im rechtsgültigen Flächennutzungsplan der Stadt. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet. Dem Wunsch der Stadt, den Ortsteil Burg im

Regionalplan als ASB darzustellen, wurde aufgrund der Größenordnung, der nicht vorhandenen siedlungsstrukturellen Ausstattung und des dort vorhandenen wertigen Freiraumes, nicht gefolgt.

Wuppertal, krfr. Stadt

Die Stadt Wuppertal hat einen Bedarf von 5750 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 6000 WE. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 750 WE gesichert. Diese Reserven befinden sich alle auf aufgegebenen Bahnflächen der Nordbahntrasse. Für den Eigenbedarf wird ein Bereich in Wuppertal-Barmen (ehemaliger Sportplatz der Bereitschaftspolizei ca.3ha / 140WE) neu dargestellt. Die Regionalplan-Reserven der Stadt Wuppertal verteilen sich auf alle Stadtteile und stellen, auch im Zusammenhang mit der siedlungsstrukturellen Ausstattung der Stadtteile, in der Regel, eine sinnvolle Ergänzung der bisher bebauten Bereiche dar. Die fehlenden 500 WE werden dauerhaft über Umstrukturierungspotentiale (im SiedlMO aufgeführt) gedeckt werden können.

Bedburg-Hau

Die Gemeinde Bedburg-Hau hat einen Bedarf von 800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 750 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. In Bedburg-Hau liegt der ZASB in Bedburg-Hau selbst. Vorrangiges Ziel der Kommune ist die zukünftige Neugliederung des Gemeindezentrums, welche durch den Wegfall des ASBZ-Rheinische Kliniken möglich wird. In diesem Bereich wird der Hauptanteil des Bedarfs gedeckt. Zwei weitere kleinteilige Erweiterungen des ASBs sind in den Ortslagen Hau und Hasselt vorgesehen.

Emmerich am Rhein, Stadt

Die Stadt Emmerich am Rhein hat einen Bedarf von 1800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1700 WE. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Bedarf und gesicherten Reserven bisher nicht ausgeglichen. Jedoch verfügt Emmerich im Ortsteil Elten über einen ASB-Sondierungsbereich, der restriktionsfreien Raum gewährleistet und so auch einen Teil des ausstehenden Bedarfs decken kann. Des Weiteren kann durch die Aktivierung der Moritz-von-Nassau Kaserne weiterer Wohnraum geschaffen werden. Regionalbetrachtet weisen die umliegenden Kommunen häufig einen Überhang an Flächenausweisungen auf, so dass es in der Region zu keinen Versorgungsengpässen kommen wird. Emmerich verfügt über einen ZASB in der Hauptortslage Emmerich-Stadt, in dem der Großteil der schon im GEP99 dargestellten Reserven liegt. Die einzige kleinteilige Neudarstellung liegt im Ortsteil Elten, um dem Eigenbedarf des Ortsteils und seiner besonderen Stellung im Stadtgefüge gerecht zu werden.

Geldern, Stadt

Die Stadt Geldern hat einen Bedarf von 1900 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1900 WE. In Geldern ist die besondere Situation, dass großflächig ASB gestrichen werden mussten aufgrund von neu dargestellten Überschwemmungsbereichen. Dafür sind kleinere Ergänzungen im Süden und Westen der Hauptortslage, sowie eine größere Neu-

darstellung im Süden an der Duisburger Straße vorgenommen worden. Insgesamt ist das Verhältnis zwischen Bedarf und gesicherten Reserven ausgeglichen. Zudem sind auffallend wenige Baulücken erfasst. Möglicherweise bestehen hier mehr Potentiale.

Goch, Stadt

Die Stadt Goch hat einen Bedarf von 1950 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2000 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. In Goch liegt der ZASB in Goch-Stadt. Dort werden auch die neuen ASB-Flächen ausgewiesen. Schwerpunkt der Kommune liegt auf der Aktivierung des Reichswaldkasernenareals und des nahegelegenen Umfeldes. Des Weiteren werden Teile des südwestlichen ASB-Sondierungsbereichs des GEP99 in eine ASB-Darstellung umgewandelt.

Issum

Die Gemeinde Issum hat einen Bedarf von 450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 500 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. In Issum liegt der ZASB in Issum. Hier sind für eine zukünftige Entwicklung genügend Reserven im GEP99 vorhanden gewesen, so dass hier keine Neudarstellung erforderlich ist. Allein in der kleineren Ortslage Sevelen wurde ein Flächentausch vorgenommen. Die Reservesituation wurde dadurch nicht verändert.

Kalkar, Stadt

Die Stadt Kalkar hat einen Bedarf von 600 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1100 WE. Die Stadt Kalkar hat gegenüber der Regionalplanungsbehörde Vertrauensschutz für die im GEP99 bestehenden ASB-Reserven eingefordert. Dieser Vertrauensschutz ist mit den Vorgaben des LEP NRW nicht vereinbar. Um die Genehmigungsfähigkeit des ASB-Konzeptes für die Stadt Kalkar im Anzeigeverfahren nicht zu gefährden, wird nun, neben einem von der Stadt angeregten Flächentausch in der Hauptortslage, eine ASB-Reserve reduziert, um den Überhang zu verringern. Zudem sind im Stadtgebiet neben großen Potenzialen in Baulücken auch weitere planerisch gesicherte Reserven vorhanden, die diesen erheblichen Überhang bedingen. Diese sind jedoch im Planungszeitraum nach den Vorgaben des LEP zu reduzieren.

Kerken

Die Gemeinde Kerken hat einen Bedarf von 400 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 500 WE. In der Gemeinde Kerken wurden fast ausschließlich Flächen gestrichen, so dass der geringe Überhang an WE vertretbar ist. Es bestehen Entwicklungsmöglichkeiten im ZASB Nieukerk und im ZASB Aldekerk. In der Nähe des Bahnhofs von Aldekerk befinden sich derzeit Bauflächen in der Vermarktung. In Aldekerk wurde eine ASB-Reserve von rund 10 ha und ein Sondierungsbereich gestrichen. Dafür werden zwei neue Sondierungsbereiche in insgesamt vergleichbarer Größe in Aldekerk Süd und Nieukerk Nord dargestellt. Der Sondierungsbereich in Nieukerk ist möglicherweise nur für eine langfristige Entwicklung geeignet, da zurzeit landwirtschaftliche Nutzungen in der Umgebung die

Entwicklung von Wohngebieten einschränken (Geruchsprobleme).

Kevelaer, Stadt

Die Stadt Kevelaer hat einen Bedarf von 1700 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1700 WE, so dass hier ein ausgeglichenes Verhältnis gegeben ist. Der ZASB wurde durch eine Neudarstellung im Südwesten um 29 nutzbare ha erweitert. Andere Alternativen ergaben sich aufgrund naturräumlicher Gegebenheiten und im Osten liegenden Gewerbegebieten nicht. In der Ortslage Winnekendonk wurde ein Flächentausch vorgenommen, die die Reserven nicht erhöhen.

Kleve, Stadt

Die Stadt Kleve hat einen Bedarf von 2600 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2750 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. Die Reserven orientieren sich dabei an den derzeit in Erarbeitung befindlichen neuen Flächennutzungsplan der Stadt Kleve. Die Entwicklung soll sich vorwiegend in Kellen und Materborn vollziehen. Die Neudarstellung von Flächen in Materborn außerhalb des ZASB können aufgrund der großen Tauschfläche in Reichswalde (südlich Materborn und ebenfalls außerhalb des ZASB) begründet werden. Insgesamt richtet sich die Siedlungsentwicklung am ZASB aus.

Kranenburg

Die Gemeinde Kranenburg hat einen Bedarf von 500 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 550 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. Die Kommune hat einen ZASB in der Hauptortslage Kranenburg. Dort sieht die Gemeinde auch den Schwerpunkt ihrer städtebaulichen Entwicklung, die durch eine geringfügige Neuausweisung von ASB-Reserven regionalplanerisch unterstützt wird. Die Nebenortslage Nütterden behält die vorhandenen Reserven, erhält jedoch keine neuen dazu.

Rees, Stadt

Die Stadt Rees hat einen Bedarf von 750 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 900 WE. In Rees liegt der ZASB in Rees-Stadt. Dort werden auch die neuen ASB-Flächen ausgewiesen. Diese Neuausweisung von ca. 12 ha ist regionalplanerisch vertretbar, da die Stadt Rees 28,5 ha ASB-Reserven aus dem GEP99 streicht. Die Streichungen werden überwiegend in den ASB, die nicht ZASB sind, vorgenommen, so dass die regionalplanerische Zielsetzung der Zentralörtlichen Bedeutsamkeit hier seitens der Kommune mit getragen wird. Der oben beschriebene Überhang von 150 WE ist deshalb vertretbar. Die Zielsetzung des Flächensparens ist erkennbar.

Rheurdt

Die Gemeinde Rheurdt hat einen Bedarf von 300 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 350 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Be-

darf und Reserven. Der Ortsteil Schaephyusen wird aufgrund der siedlungsstrukturell schlechten Ausstattung sowie einer Einwohnerzahl deutlich unter 2000 EW nicht mehr als ASB dargestellt. Die Entwicklung dieser Ortslage bezieht sich somit zukünftig auf den Eigenbedarf.

Straelen, Stadt

Die Stadt Straelen hat einen Bedarf von 850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 950 WE. Das heißt hier besteht ein leichter Überhang zwischen Bedarf und Reserven. In Straelen werden jedoch viele Flächen gestrichen, neue ASB werden dagegen nicht dargestellt. Zudem ist ein hohes Reservepotenzial im Flächennutzungsplan vorhanden. Daher ist der Überhang von ca. 100 WE vertretbar.

Uedem

Die Gemeinde Uedem hat einen Bedarf von 450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 600 WE. Dieser Überhang kommt unter anderem durch eine Neuausweisung einer 2 ha großen ASB-Reserve im Westen der Gemeinde zustande. Teile der zwei bestehenden ASB-Reserven zu streichen, wird als nicht sinnvoll eingeschätzt, da die eine Reserve im Süden innerhalb des Siedlungszusammenhangs liegt und die Reserve im Norden eine eindeutige Siedlungskante bildet.

Wachtendonk

Die Gemeinde Wachtendonk hat einen Bedarf von 350 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 450 WE. Somit besteht ein geringfügiger Überhang an Reserven gegenüber dem Bedarf, welcher landesplanerisch jedoch aus folgenden Gründen vertretbar ist. Die Gemeinde Wachtendonk ist in ihrer weiteren Siedlungsentwicklung durch naturräumliche Gegebenheiten stark eingeschränkt. Um eine Entwicklung in der zentralörtlich bedeutsamen Hauptortslage auch weiterhin zu ermöglichen ist lediglich im Osten eine neue ASB-Reserve geschaffen worden. Die Entwicklung beschränkt sich somit nur auf diesen neuen ASB sowie auf den Ortsteil Wankum. Ein geringfügiger Überhang ist somit vertretbar.

Weeze

Die Gemeinde Weeze hat einen Bedarf von 600 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 600 WE. Das heißt hier besteht ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Bedarf und Reserven. Neue Flächen sind hauptsächlich im Norden und Westen der Ortslage dargestellt. Im Osten grenzt die Kommune an naturräumliche Restriktionen.

Erkrath, Stadt

Die Stadt Erkrath hat einen Bedarf von 850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1200 WE. Der Überhang begründet sich durch die einzige Regionalplanreserve im Osten der Stadt (Ortsteil Hochdahl) in einer Größenordnung von ca. von ca. 14ha / 490 WE. Bei der Abgrenzung wurden die vorhandene Bebauung und die topografischen Gegebenheit berücksichtigt. Der Bereich liegt in dem ZASB Erkrath-Hochdahl. Gegenüber der Darstel-

lung im GEP99, wird der Bereich um ca. 12 ha reduziert. Südlich dieser ASB Reserve wird der ASB ebenfalls in einer Größenordnung von ca. 12 ha reduziert. Die dort überwiegend stattfindende Freiraumnutzung (Hundebahn) rechtfertigt hier keine Siedlungsbereichsdarstellung (redaktionelle Änderung). Der Ortsteil Unterfeldhaus ist siedlungsstrukturell gut ausgestattet. Auch wenn Unterfeldhaus nicht als ZASB dargestellt ist, wird im nordwestlichen Bereich der ASB abgerundet und ergänzt und dafür im östlichen Bereich bis auf die im Flächennutzungsplan dargestellte Wohnbaufläche reduziert.

Haan, Stadt

Die Stadt Haan hat einen Bedarf von 850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1000 WE. Somit besteht ein geringfügiger Überhang an Reserven gegenüber dem Bedarf. Die Reserven sind bereits planerisch im Flächennutzungsplan der Stadt gesichert. Es werden keine neuen Siedlungsbereiche dargestellt. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet.

Heiligenhaus, Stadt

Die Stadt Heiligenhaus hat einen Bedarf von 650 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 750 WE. Der Überhang begründet sich im Wesentlichen durch die Regionalplanreserve im Osten der Stadt (Heide) in einer Größenordnung von ca. 12 ha / 420 WE. Die Regionalplanreserve wird gegenüber der Darstellung im GEP99, um ca. 10 ha / 350 WE im Osten verkleinert. Dieser Bereich wird aufgrund des zurzeit fehlenden Bedarfes in der Beikarte 3A - Sondierung für eine zukünftige Siedlungsentwicklung – dargestellt. Der Ortsteil Isenbügel wird aufgrund der Einwohnerzahl von unter 2000 EW, den geringen Siedlungsflächenpotentialen und der schlechten siedlungsstrukturellen Ausstattung nicht mehr dargestellt.

Hilden, Stadt

Die Stadt Hilden hat einen Bedarf von 1150 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2050 WE. Die Regionalplanreserven des GEP99 werden nicht mehr dargestellt. Die Reserven sind im Flächennutzungsplan der Stadt bereits als Wohnbaufläche planungsrechtlich gesichert. Hier war die Stadt nicht bereit, weitere FNP-Reserven aufzugeben. Es werden keine neuen Siedlungsbereiche dargestellt. Der Bereich des „Instituts für öffentliche Verwaltung“ östlich der Hochdahler Straße, wird aufgrund der untergeordneten baulichen Nutzung und des im Gutachten der LANUV dargestellten Biotopverbundsystems besonderer Bedeutung, nicht mehr als Siedlungsbereich dargestellt. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet. Der Kasernenstandort wird als ASBZ dargestellt.

Langenfeld, Stadt

Die Stadt Langenfeld hat einen Bedarf von 1400 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1900 WE. Der Siedlungsbereich Reusrath, wird in seiner zeichnerischen Dar-

stellung nach Westen erweitert. Die Erweiterung in einer Größenordnung von ca. 31 ha, beinhaltet ein Potential von ca. 7 ha / 250 WE im Bereich des siedlungsstrukturell gut ausgestatteten Zentrums Reusrath. Der Bereich Langenfeld-Flachenhof wird, aufgrund des zurzeit fehlenden Bedarfes, in der Beikarte - Sondierung für eine zukünftige Siedlungsentwicklung - dargestellt.

Mettmann, Stadt

Die Stadt Mettmann hat einen Bedarf von 900 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1200 WE. Die Regionalplanreserve im GEP99 wird auf 5 ha verkleinert. Das im Flächennutzungsplan bereits weitgehend vollzogene Zusammenwachsen der Stadtteile Metzkausen und Mettmann, wird im Regionalplan durch die Darstellung des Siedlungsbereiches im Bereich der ehemaligen Trasse der B7n nun nachvollzogen. Für die Stadt ergibt sich in diesem Bereich noch ein geringes Potential von ca. 2 ha / 70 WE. Die Erweiterung liegt in dem ZASB Mettmann. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der bereits abgestimmten Bauleitplanung, vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet.

Monheim am Rhein, Stadt

Die Stadt Monheim hat einen Bedarf von 850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1300 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 300 WE gesichert. Diese Reserve befindet sich im Nordosten von Baumberg und ist bauleitplanerisch noch nicht umgesetzt. Gegenüber dem GEP99 wird der Siedlungsbereich, des siedlungsstrukturell gut ausgestatteten Bereiches, im Süden von Monheim in einer Größenordnung von ca. 7 ha / 250 WE erweitert. Die Erweiterung liegt in dem ZASB Monheim am Rhein. Diese Erweiterung ergänzt die im GEP99 dargestellte Regionalplanreserve. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der bereits abgestimmten Bauleitplanung, der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet. Die ASB Erweiterung im Bereich Monheimer Rheinbogen dient ausschließlich der Planung der Stadt zur Realisierung eines Sondergebietes mit der Zweckbestimmung Sport und Kulturzentrum.

Ratingen, Stadt

Die Stadt Ratingen hat einen Bedarf von 1800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1850 WE. Damit ist das Verhältnis zwischen Bedarf und planerisch gesicherten Reserven im neuen Regionalplan ausgeglichen. Für In und Um Düsseldorf sind auf einer Brache in Hösel 50 WE hinzugekommen. Der bisher im GEP99 dargestellte GIB in Ratingen Lintorf-Bereich Rehhecke, wird zukünftig als ASB dargestellt. Die Stadt Ratingen hat dort mögliche Reserven in einer Größenordnung von ca. 18 ha/ 650 WE ermittelt. Der Bereich liegt im ZASB Ratingen-Lintorf. Die Regionalplanreserve des GEP99 in Ratingen-Homberg wird gestrichen. Ratingen-Homberg verfügt über eine schlechte siedlungsstrukturelle Ausstattung. ´

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Velbert, Stadt
Die Stadt Velbert hat einen Bedarf von 1550 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2300 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 450 WE gesichert. Der Bereich wurde im GEP99 bereits als Siedlungsbereichsreserve geführt. Der Bereich liegt im ZASB Velbert Neviges. Die ASB Reserve des GEP99 im Süden von Velbert Langenberg wird gestrichen (4ha). Die ASB Ergänzung in einer Größenordnung von ca. 4 ha / 100 WE am südlichen Ende des Kernsiedlungsbereiches von Velbert-Mitte, liegt im ZASB Velbert Mitte. Der ASB-E (Sport- und Freizeitanlage) im GEP99, wird aufgrund der Planung Birdie Island (Golfanlage…) deutlich reduziert und zukünftig als ASB-Z (Sport- und Freizeitanlage Velbert-Röbbeck) dargestellt. Die zeichnerische Darstellung ASB-Z umfasst die baulichen Anlagen der Planung Birdie Island; die zugehörigen Projektflächen grenzen allerdings im Süden-Westen der Darstellung an den zeichnerisch vorhandenen GIB Röbbeck direkt an. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurde aufgrund der bereits abgestimmten Bauleitplanung, der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet.
Wülfrath, Stadt
Die Stadt Wülfrath hat einen Bedarf von 550 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 850 WE. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 280 WE gesichert. Der östliche Bereich der ASB Reserve Nr.2 des GEP99 wird in einer Größenordnung von ca. 10 ha / 350 WE gestrichen. Der westliche Bereich der Reserve wird um ca. 2 ha /70 WE nach Süden, auf dann insgesamt 8ha / 280WE erweitert. Diese Reserve wird für In und Um - Düsseldorf gesichert. Dieser Bereich liegt im ZASB Wülfrath. Die ASB Reserve Nr.1 des GEP99 im Süd Westen von Wülfrath wird gestrichen. Die Bereiche Bergische Diakonie und Klinik Aprath werden als ASBZ „Einrichtung für Gesundheit und Pflege und zugehörige Bildungseinrichtungen“ zeichnerisch unverändert dargestellt. Die ASB Darstellungen im Übergang zum Freiraum, wurden aufgrund der vorliegenden Gutachten sowie Stellungnahmen zu den Kriterien des Landschaftsraumes überarbeitet.
Dormagen, Stadt
Die Stadt Dormagen hat einen Bedarf von 2700 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 3450 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 650 WE gesichert. Die neuen ASB liegen an den ZASB. Vor allem die Standorte an der S-Bahn sind gestärkt worden. Die Stadt hatte eine Vielzahl von Flächenoptionen mit in das Entwurfsverfahren gebracht. In Straberg, Gohr und Delhoven sind kleine Ortslagen in Dormagen mit kaum Infrastrukturausstattung, so dass hier keine neuen Darstellungen vorgenommen wurden. Die schwerpunktmäßige Entwicklung soll aber in den Hauptortslagen stattfinden. Insgesamt ist es die Bedarfs- und Reservesituation ausgeglichen.
Grevenbroich, Stadt
Die Stadt Grevenbroich hat einen Bedarf von 2450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2450 WE. Die größeren Reserven aus der Vergangenheit, aber auch die neu geplanten befinden sich in den ZASB Grevenbroich, Wevelinghoven und Kapellen. Ins-

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

gesamt ist die Bedarfs- und Reservesituation für den Planungszeitraum des Regionalplanes ausgeglichen.

Jüchen

Die Gemeinde Jüchen hat einen Bedarf von 1050 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1200 WE. Auch hier ist in den Hauptortslagen Jüchen und Hohenneukirch der Schwerpunkt der Siedlungsentwicklung möglich, da hier die meisten Reserven planerisch gesichert sind. Die Gemeinde hatte den Wunsch nach mehr Flächen in den beiden kleineren Ortslagen Bedburdyck und Gierath formuliert. In Gierath sind noch genügend Reserven vorhanden und in Bedburdyck ist die Infrastrukturausstattung zu ungünstig, so dass hier die Entwicklung, wie auch in anderen so strukturierten Ortslagen, der Eigenentwicklung vorbehalten bleibt.

Kaarst, Stadt

Die Stadt Kaarst hat einen Bedarf von 1750 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1750 WE. Die neu dargestellten ASB (7ha) liegen in der Ortslage Vorst. In Kaarst und in Büttgen (ZASB) bleiben die vorhandenen ASB Reserven dargestellt. Infrastrukturtrassen bzw. Bereiche zum Schutz der Gewässer stehen der Neudarstellung von ASB entgegen.

Korschenbroich, Stadt

Die Stadt Korschenbroich hat einen Bedarf von 1550 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1800 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind hiervon 250 WE gesichert. In der Hauptortslage Korschenbroich wird ein neuer ASB dargestellt.

Meerbusch, Stadt

Die Stadt Meerbusch hat einen Bedarf von 2200 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 2200 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind zusätzlich 550 WE gesichert. Es wurden wenige neue ASB dargestellt. Aufgrund des städtischen Wunsches wurde auch der aus regionalplanerischer Sicht sehr gut geeignete Enwicklungsbereich südlich am Strümper Busch herausgenommen.

Neuss, Stadt

Die Stadt Neuss hat einen Bedarf von 5450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind insgesamt 6050 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind hierin 600 WE gesichert. Es wird kein neuer größerer ASB dargestellt, sondern lediglich kleinflächige ASB Erweiterung bzw. Abrundungen vorgenommen.

Rommerskirchen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Gemeinde Rommerskirchen hat einen Bedarf von 650 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 650 WE. Die neu dargestellten ABS verteilen sich auf drei Flächen in der Hauptortslage Rommerskirchen. Im Bereich Nettersheim/Butzheim wird kein neuer ASB dargestellt, da hier die vorhandenen Reserven zur Deckung des örtlichen Bedarfs ausreichen.

Brüggen

Die Gemeinde Brüggen hat einen Bedarf von 450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 600 WE. Trotz erheblicher Reduzierung von Siedlungsflächen sowohl auf Regionalplan- (14 ha), als auch auf Flächennutzungsplanebene (6 ha), bei gleichzeitiger Neuausweisung von 4 ha, bleibt ein Überschuss an planerisch gesicherten Flächen im Regionalplan. Dieser ist durch eine ausgewogene Verteilung der Potentiale sowohl auf Baulücken, im Flächennutzungsplan abgesicherte Flächen, als auch auf Regionalplanebene vertretbar.

Grefrath

Die Gemeinde Grefrath hat einen Bedarf von 350 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan bleiben trotz der Streichung von 16 ha Siedlungsfläche weiterhin 650 WE. Die verbleibenden Überhänge liegen größtenteils innerstädtisch verteilt und sind durch Bauleitplanung abgesichert.

Kempen, Stadt

Die Stadt Kempen hat einen Bedarf von 1000 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind weiterhin auch nach Streichung von 14 ha Siedlungsbereich 1750 WE. Die Stadt Kempen hat gegenüber der Regionalplanungsbehörde Vertrauensschutz für den größten Teil der im GEP99 bestehenden ASB-Reserven eingefordert.

Aufgrund der kompakten Lage und der infrastrukturellen guten Ausstattung der Ortslagen Kempen und St. Hubert ist dies in vielen Bereichen die Lagegunst der Flächen nachvollziehbar. Die Darstellung eines Sondierungsbereiches im Westen der zentralen Ortslage Kempen begründet sich vor allem aufgrund des Wunsches der Gemeinde, diesen als ASB darzustellen. Es besteht derzeit zwar kein Bedarf, aber ansonsten scheint der Standort geeignet.

Kritisch hingegen werden vor allem die ASB-Reserven in der Ortslage Tönisberg beurteilt, da die Ortslage infrastrukturell dürftig ausgestattet ist. Hier hat trotz eingehender Beratungen ein Beharren auf den Vertrauensschutz durch die Kommune stattgefunden, so dass die beiden ASB-Reserven in Tönisberg bisher im Plan beinehalten worden sind.

Nettetal, Stadt

Die Stadt Nettetal hat einen Bedarf von 1000 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1950 WE. Mit der Streichung von 20 ha Siedlungsfläche konnte der Überhang zwar reduziert werden, doch die Verteilung der fast vollständig durch Bauleitplanung abge-

Stand: Unterlagen für [illegible] Ausschussbeschluss

sicherten Flächen auf drei nahezu selbstständige Ortslagen ließ eine weitere Reduzierung nicht zu.
Niederkrüchten
Die Gemeinde Niederkrüchten hat einen Bedarf von 300 WE. Planerisch gesichert im RPD-Entwurf sind 600 WE. Mit der Streichung von 14 ha Siedlungsbereichsfläche (bei gleichzeitiger Ausweisung von 6 ha) konnte der Überhang reduziert werden. Die verbleibenden Potentiale sind bauleitplanerisch gesichert und standen nicht zur Disposition. Zwei Arrondierungen um jeweils 3 ha wurden aufgrund der guten infrastrukturellen Lage mitgetragen.
Schwalmtal
Die Gemeinde Schwalmtal hat einen Bedarf von 600 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 750 WE. In den Nebenortslagen St. Anton und St. Georg wurde jeweils ein Siedlungsbereich in einer Größe von je 6ha gestrichen. Im Tausch dafür wird die Hauptortslage Waldniel in Zuordnung ZASB um 8 ha erweitert.
Tönisvorst, Stadt
Die Stadt Tönisvorst hat einen Bedarf von 800 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1200 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 250 WE gesichert. Ein deutlicher Überhang bestand schon vor der RPD-Erarbeitung und konnte durch Reduzierung und Tausch um 11 ha (rechnerisch mit In und Um Düsseldorf 24 ha) reduziert werden. Dabei fand eine Umverteilung der Reserven auf den ZASB statt.
Viersen, Stadt
Die Stadt Viersen hat einen Bedarf von 1850 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 3000 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind davon 350 WE gesichert, so dass insgesamt ein Überhang von knapp 1.000 WE besteht. Jedoch konnte mit der Streichung von über 40 ha Siedlungsfläche auf Regionalplan- und Flächennutzungsplanebene der schon vor der RPD-Erarbeitung bestehende Überhang erheblich reduziert werden.
Willich, Stadt
Die Stadt Willich hat einen Bedarf von 1450 WE. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 1450 WE für den kommunalen Bedarf. Für In und Um - Düsseldorf sind zusätzlich 100 WE gesichert. Diese bedarfsgerechte Ausweisung wurde durch eine Umverteilung der Siedlungsbereichsreserven (Reduzierung von 28 ha in den Nebenortslagen stehen 14 ha Neuausweisung im ZASB gegenüber) erreicht.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.1.1 ANLAGEN

Anlage 1 Infrastrukturkarten und Entfernungsbewertungen Analyse

Blatt 1 – Blatt 29 auf folgenden Seiten zeigen die kleinräumige Beurteilung der Infrastrukturausstattung (entsprechend Kapitel 7.1.1.8 Kleinräumige Infrastrukturausstattung und dessen Erreichbarkeit) in den einzelnen Siedlungsbereichen. Der Blattschnitt stimmt überein mit dem Blattschnitt des RPD, ist aber auf DinA4 verkleinert. Dem folgen die Gegenüberstellung der Analyseergebnisse sowie des daraus abgeleiteten Schlüssels zur Bewertung der Distanzen zwischen einer Rasterzelle und der nächstgelegenen Infrastruktureinrichtung (siehe Kapitel 7.1.1.8.2) in einer fortlaufenden Nummerierung 1-20.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Siedlungsstrukturelle Ausstattung

Legende

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016

Bildungseinrichtungen

- Kita
- Grundschule
- weiterführende Schule

Gesundheitseinrichtungen

- Arzt
- Apotheke
- Optiker
- Krankenhaus

Sportanlagen

- Sportplatz
- Freibad
- Hallenbad

Haltepunkte

- S-Bahn
- Regionalverkehr
- U-Bahn

- sonstige Siedlungsbereiche
- neue ASB
- ASB-Reserven
- Reserveflächen 2012 FNP

private Versorgungseinrichtungen

- Discounter
- Lebensmittler
- Bank
- Post

öffentliche Versorgungseinrichtungen

- Bürgerbüro
- Jugendeinrichtung
- Bücherei

zentrale Versorgungsbereiche

- Hauptzentrum
- Nahversorgungszentrum
- Nebenzentrum
- Nebenzentrum/Nahversorgungszentrum

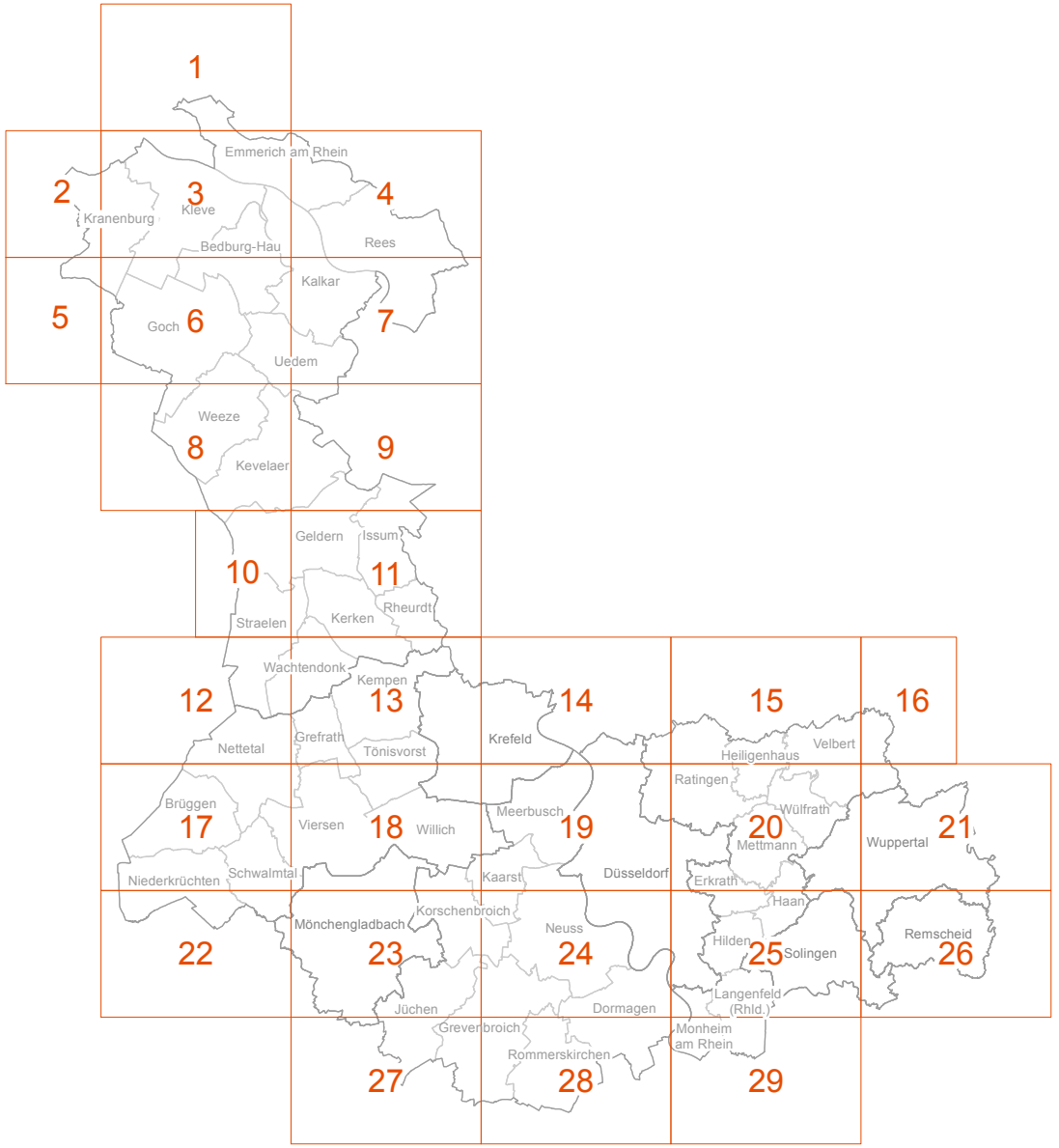
Entfernungsauswertung

flächenhafte Darstellung im ASB

- ungünstige Ausstattung
- dürftige Ausstattung
- ausbaufähige Ausstattung
- gute Ausstattung
- sehr gute Ausstattung
- hervorragende Ausstattung

- gerasterte Darstellung in Eigenbedarfortslagen über 1000 EW

Blattschnitt



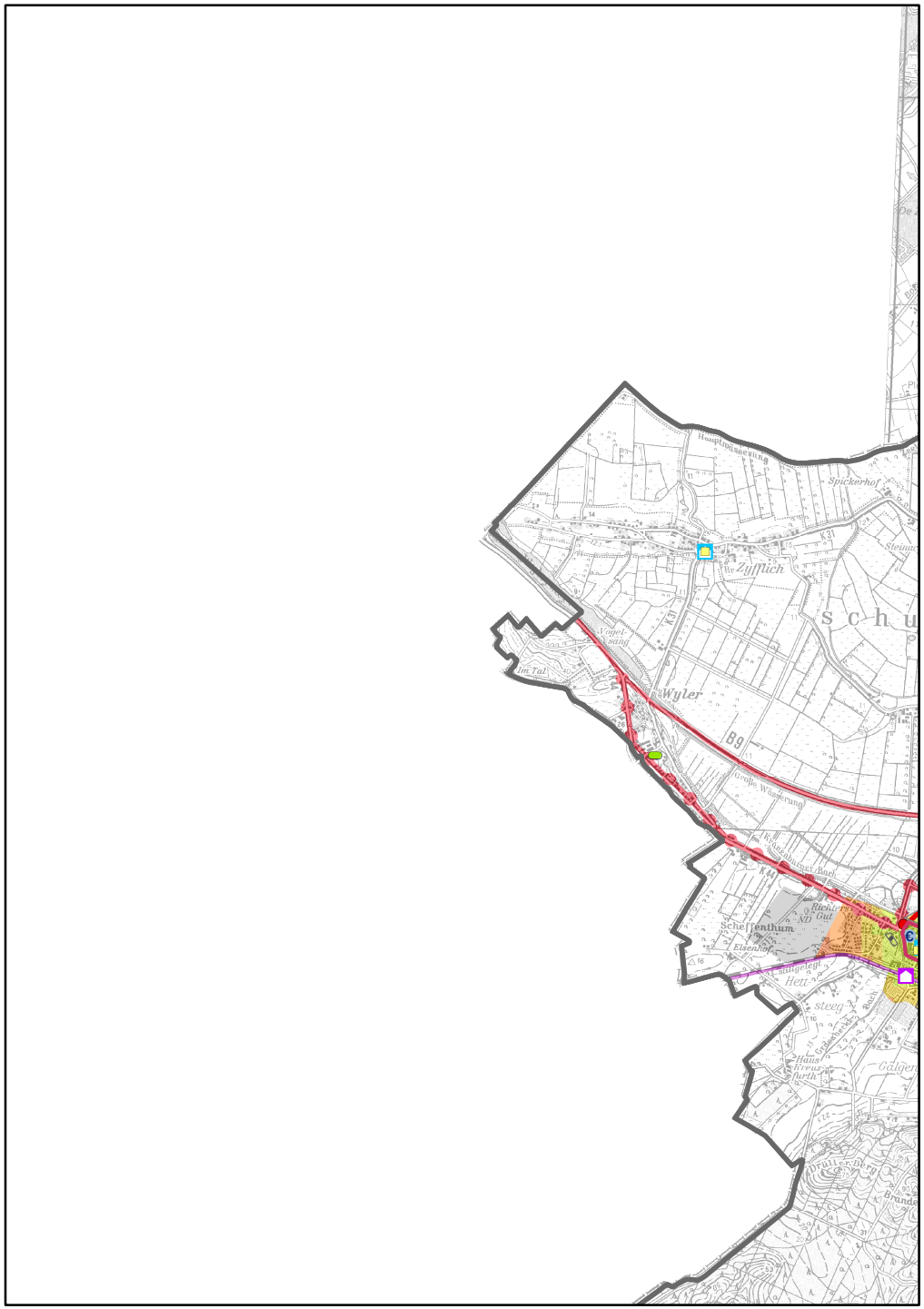


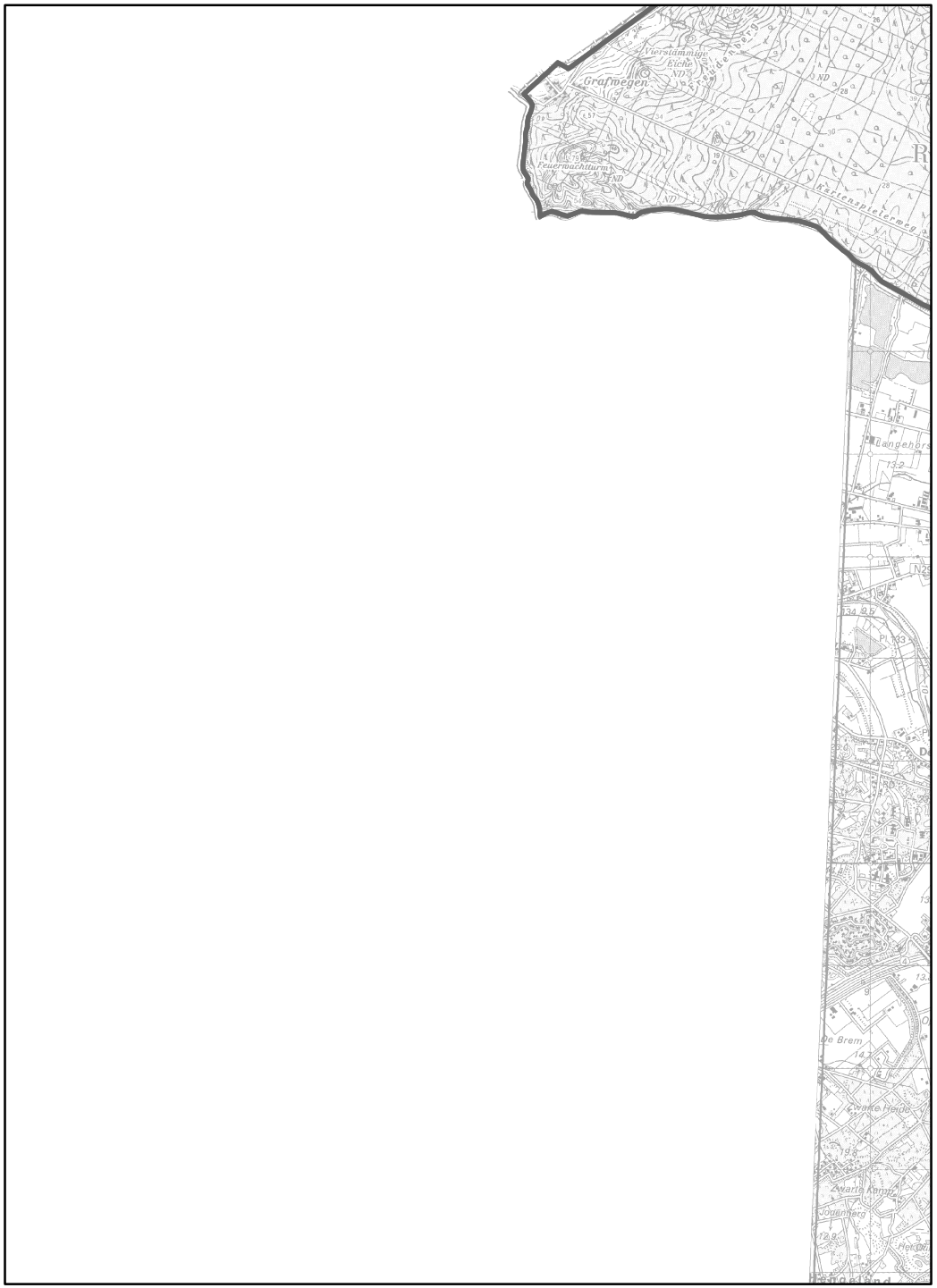
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

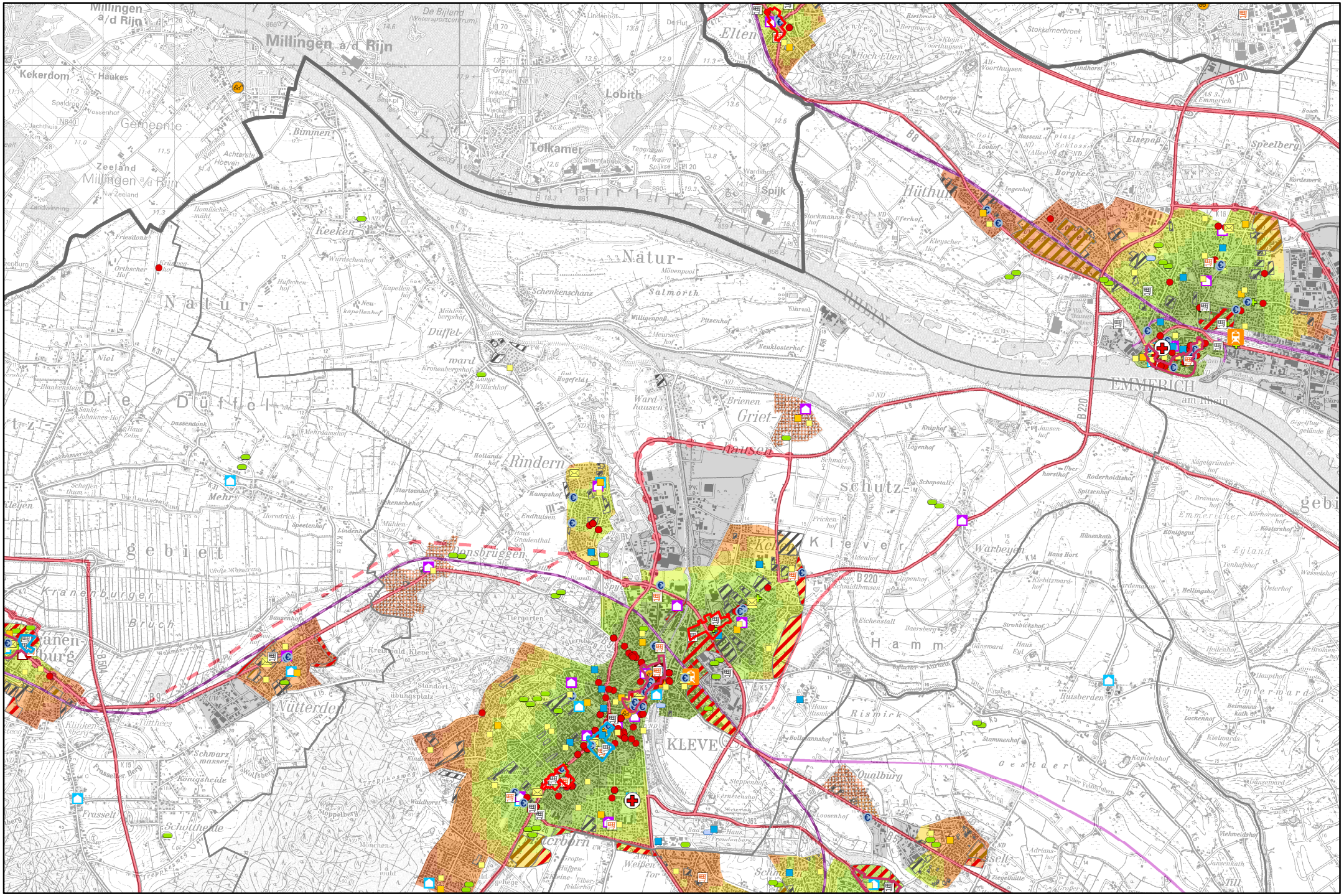
2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 **Blatt 1**

Blatt 2

Blatt 5



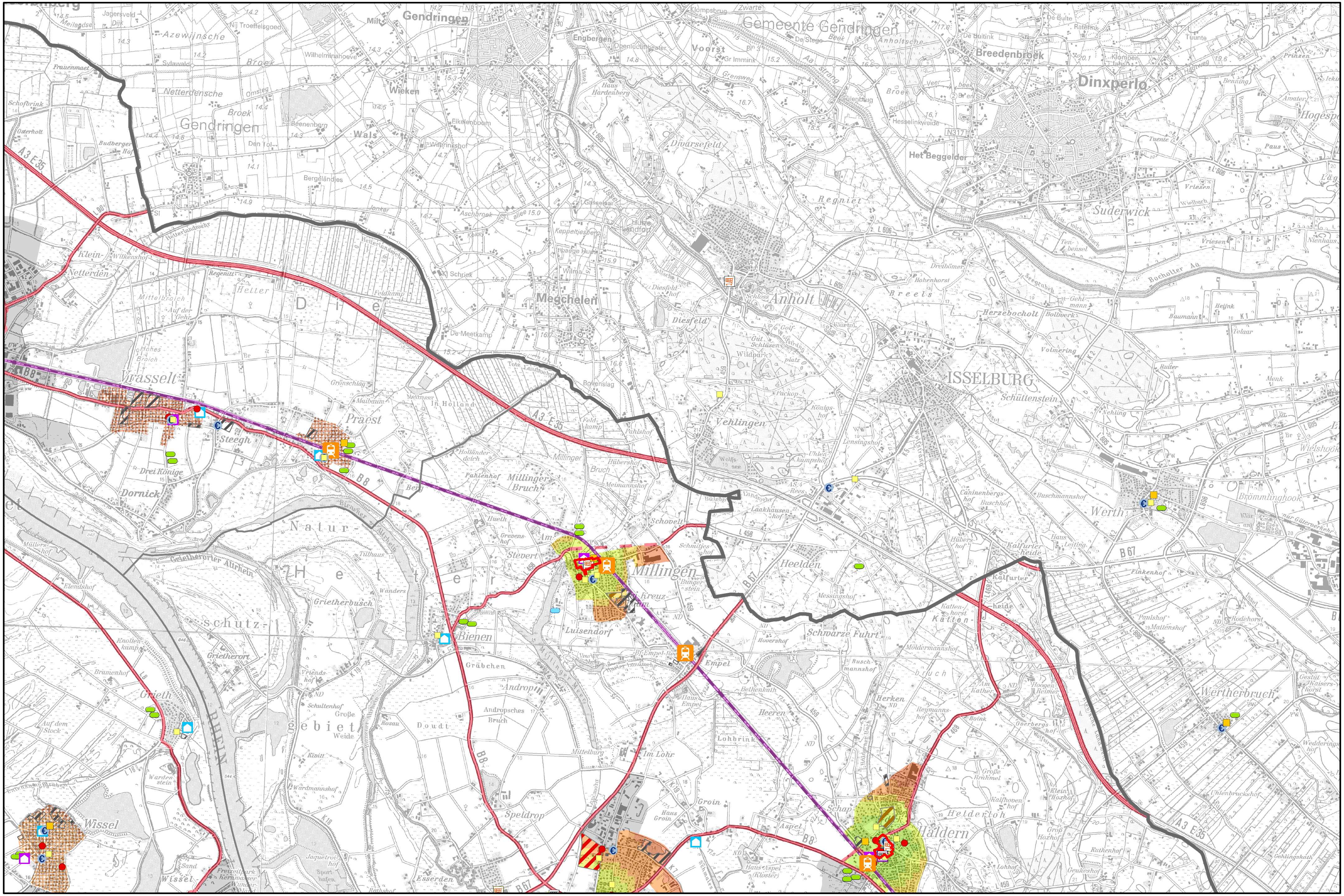


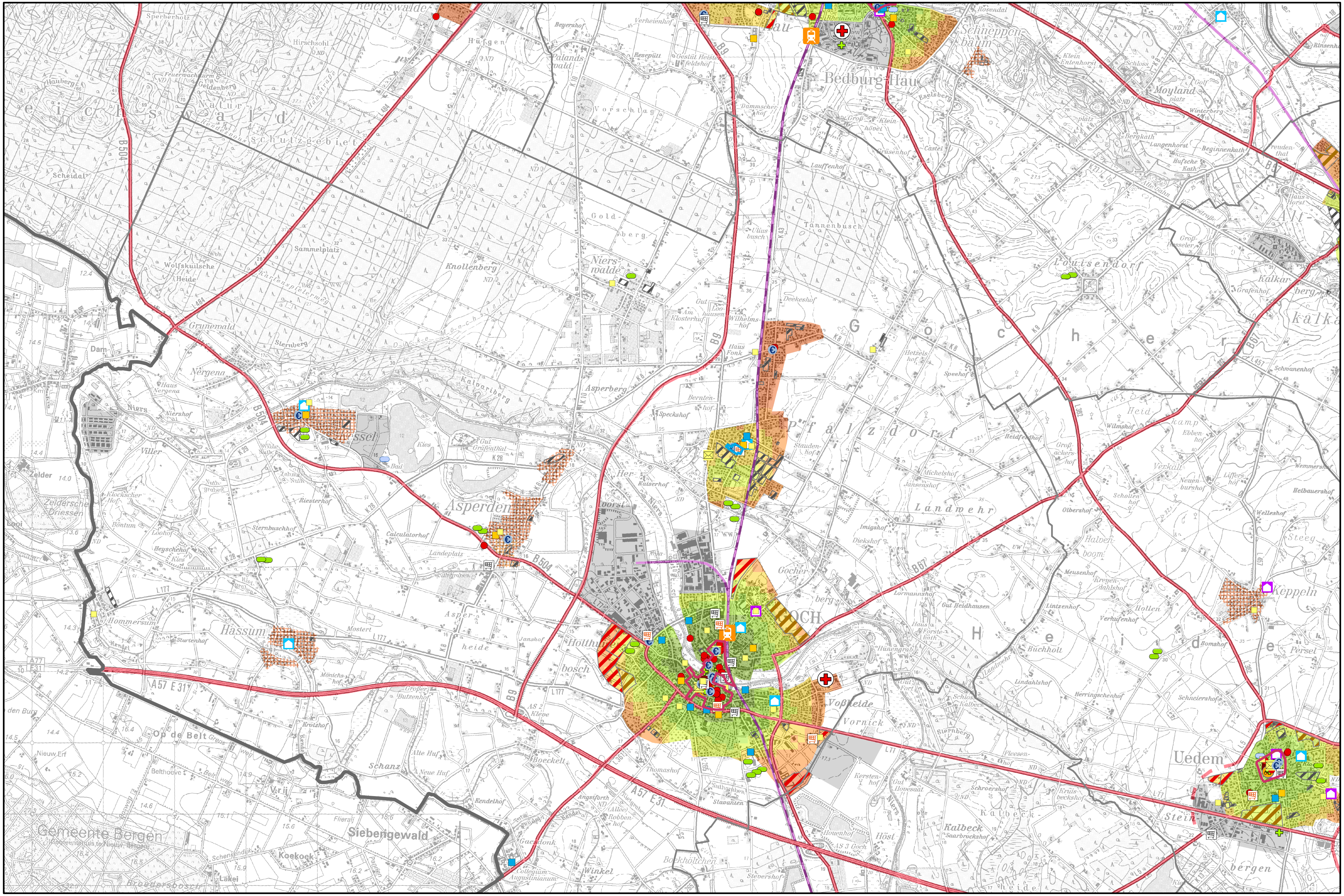


Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016

Blatt 3


Gendringen
Gemeente Gendringen
Breedenbroek
Dinxperlo
Suderwick
Anholt
ISSELBURG
Megchelen
Vrasselt
Praest
Millingen
Empel
Bienen
Haldern
Werth
Wertherbruch
Vehlingen
Heelden
Kreuz
Luisendorf
Schwarze Fuhrt
Heelderloh
Wissel
Grieth
Speldrop
Esserden
A3 E35
B8
B67
RHEIN



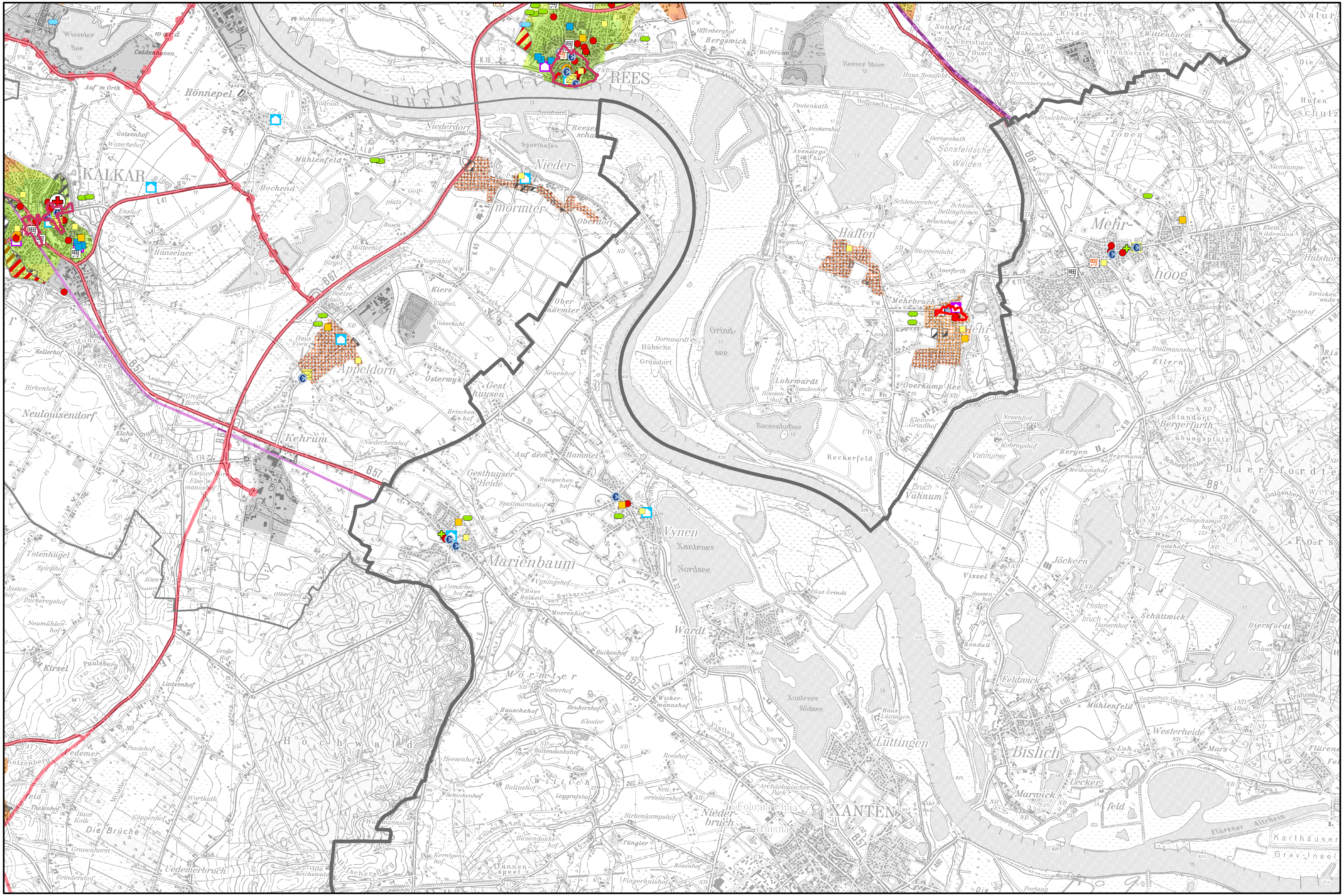
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

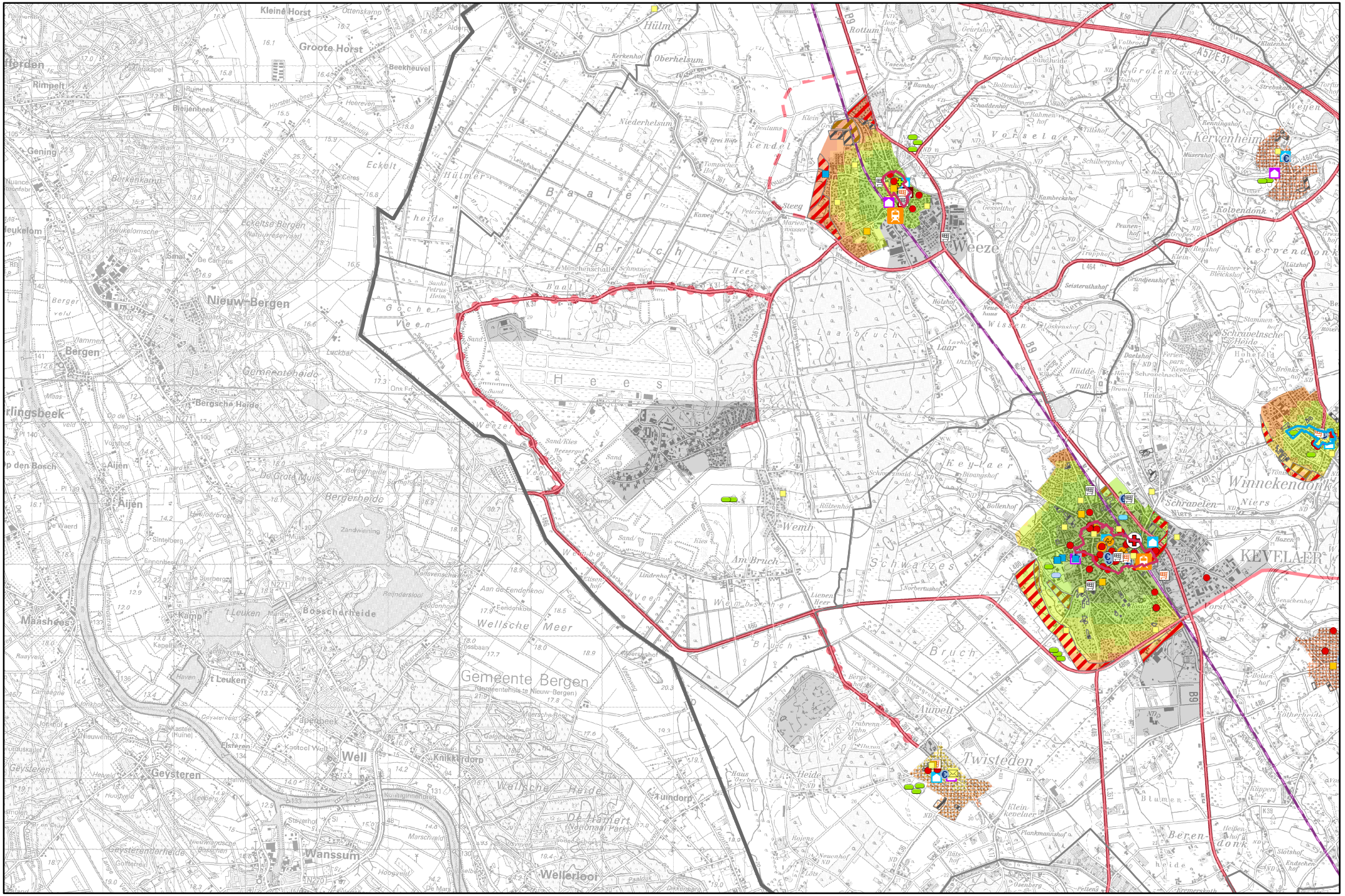
2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 6

Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016

Blatt 7



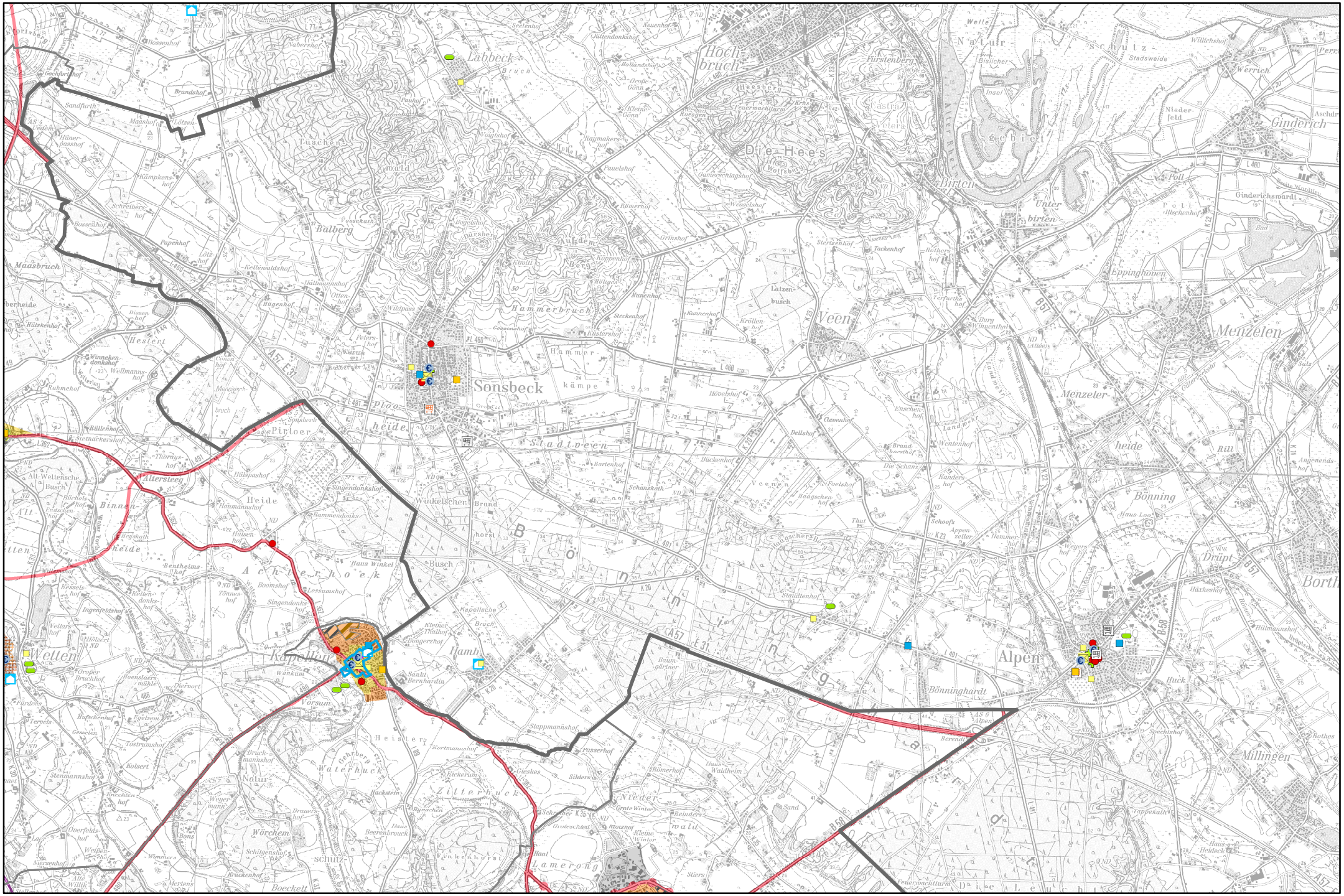


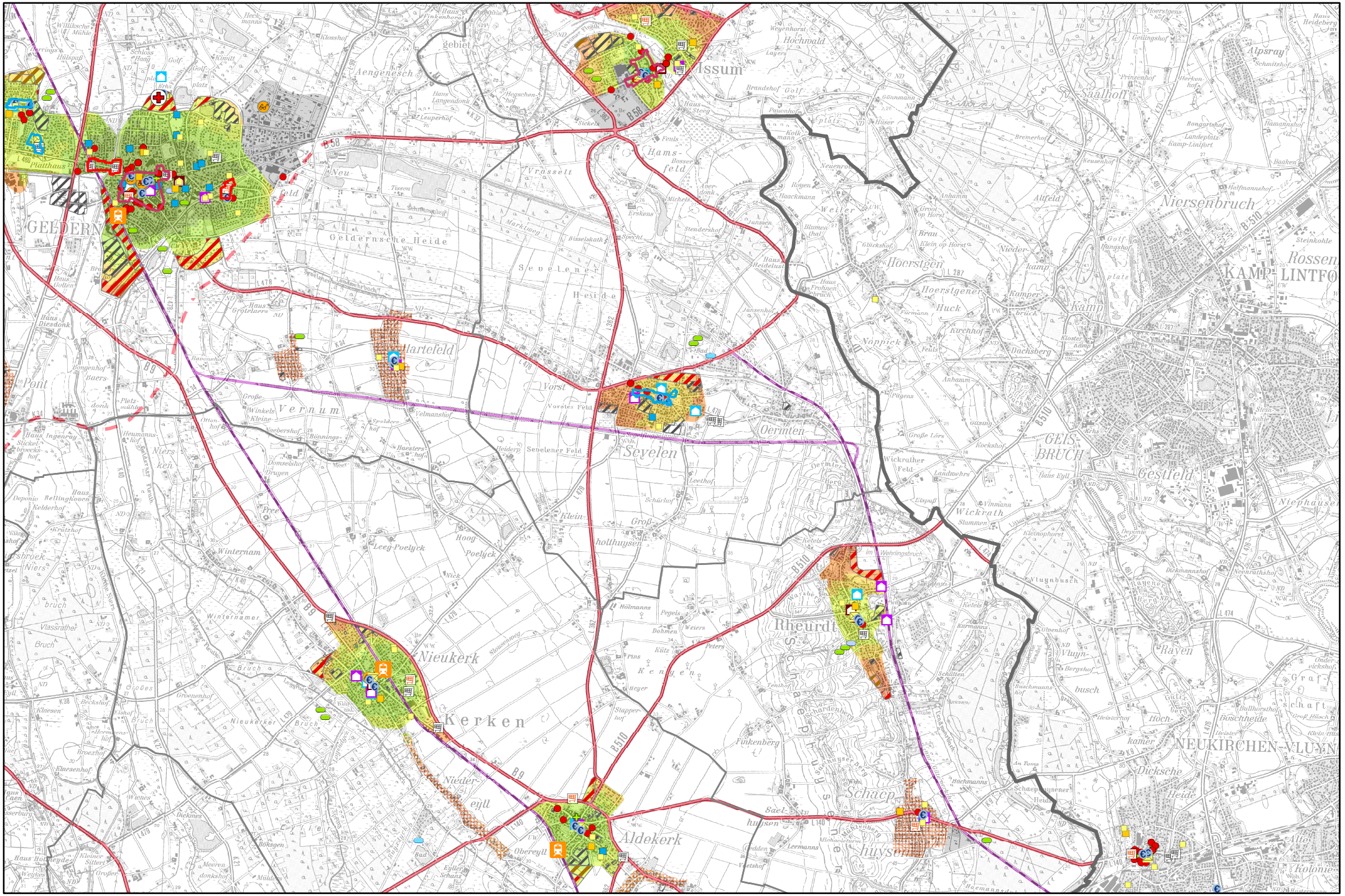
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 8

Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 **Blatt 9**



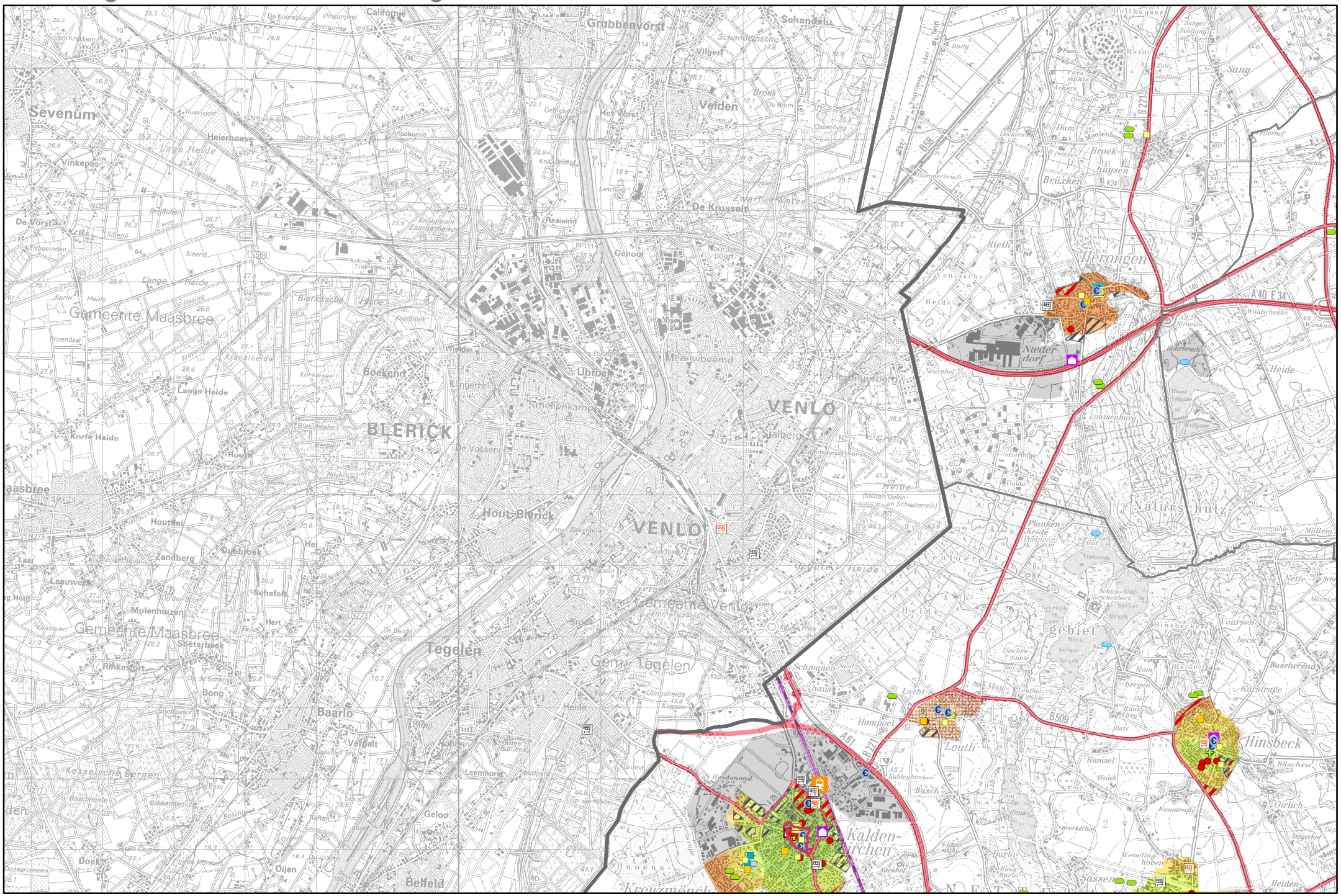


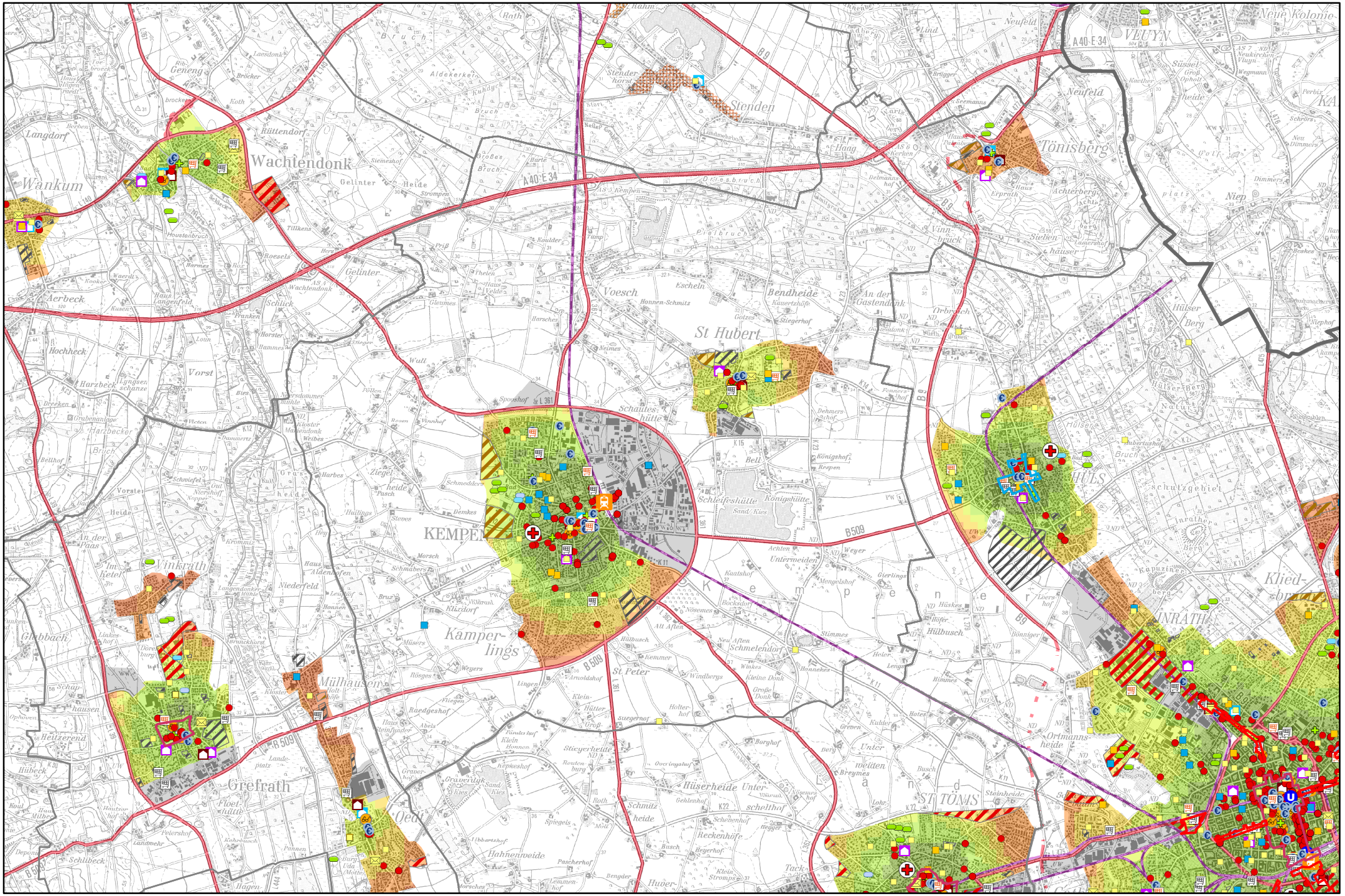
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 11

Siedlungsstrukturelle Ausstattung

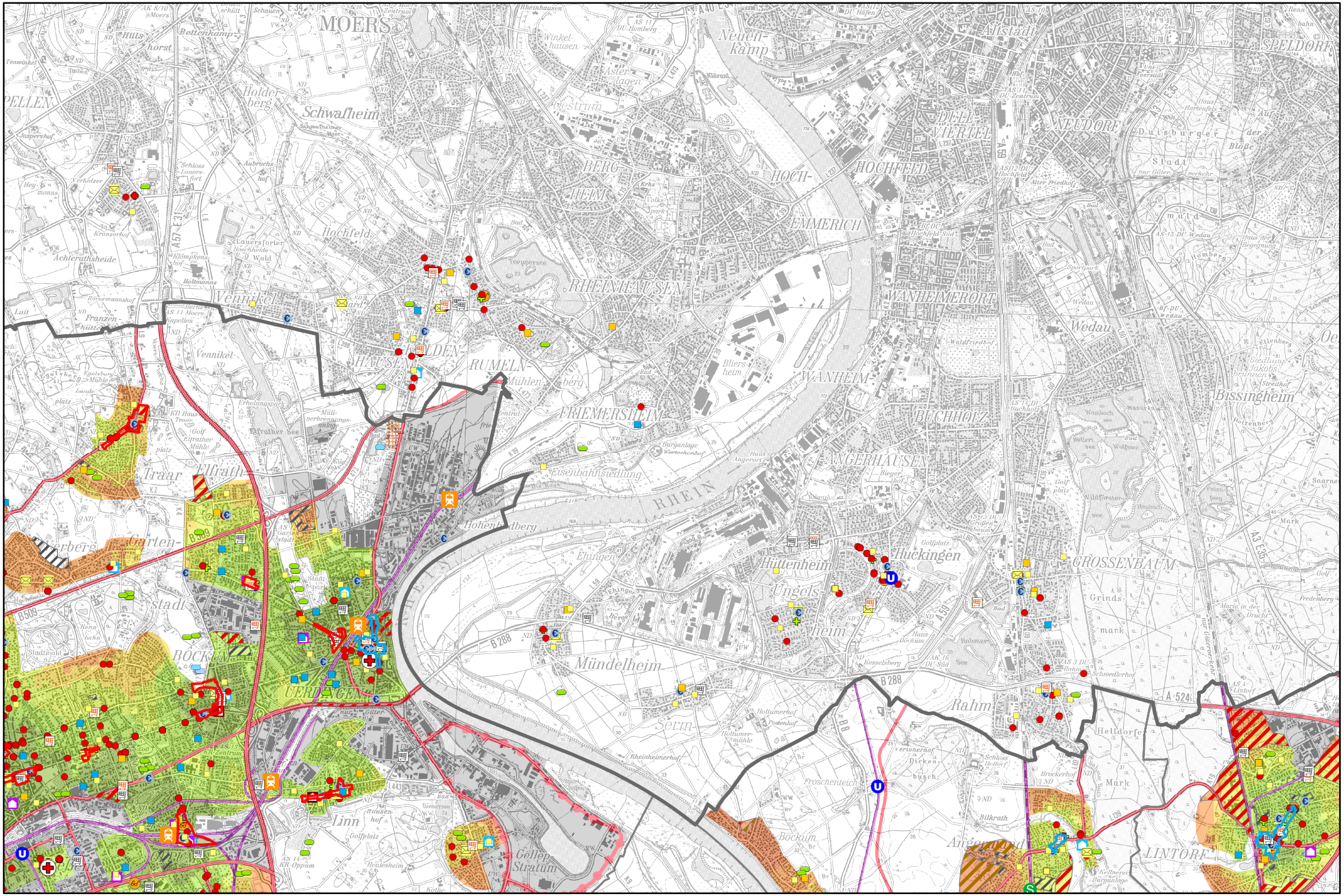
2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 **Blatt 12**

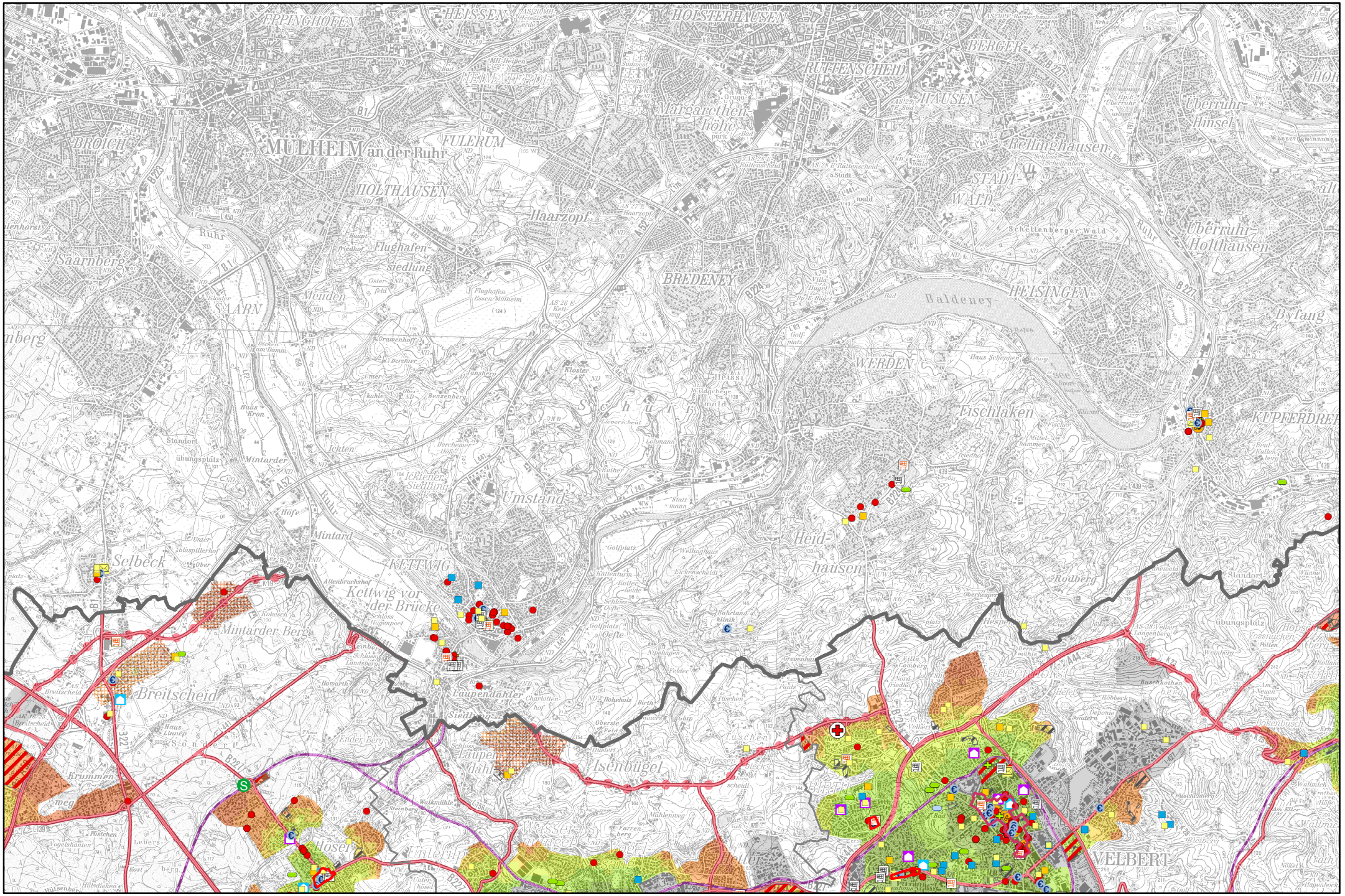




Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 13

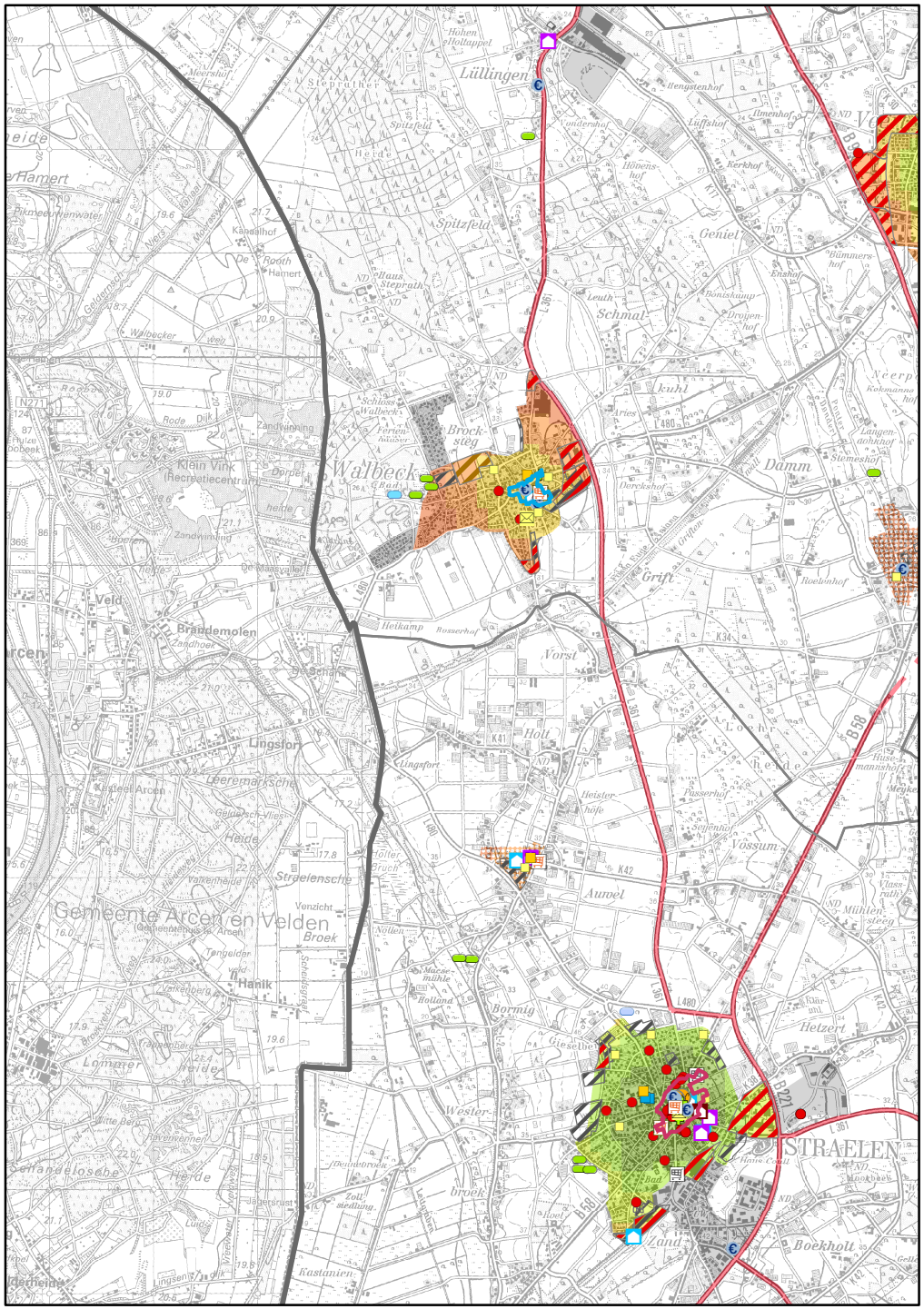

MOERS
Neuen-
kamp
Hochfeld
Schwafheim
BERG-
HEIM
HOCH-
FELD
EMMERICH
RHEINHAUSEN
WANHEIMERORT
Wedau
Bissingheim
Vennikel
RUMELN-
FRIEMERSHEIM
WANHEIM-
BUCHHOLZ
ANGERHAUSEN
Traar
Elfrath
Eisenbahnsiedlung
RHEIN
Hohenbudberg
Garten-
stadt
Ehingen
Hüttenheim
Huckingen
GROSSENBAUM
Ungels-
heim
Mündelheim
Serm
Rahm
Linn
Gellep-
Stratum
LINTORF

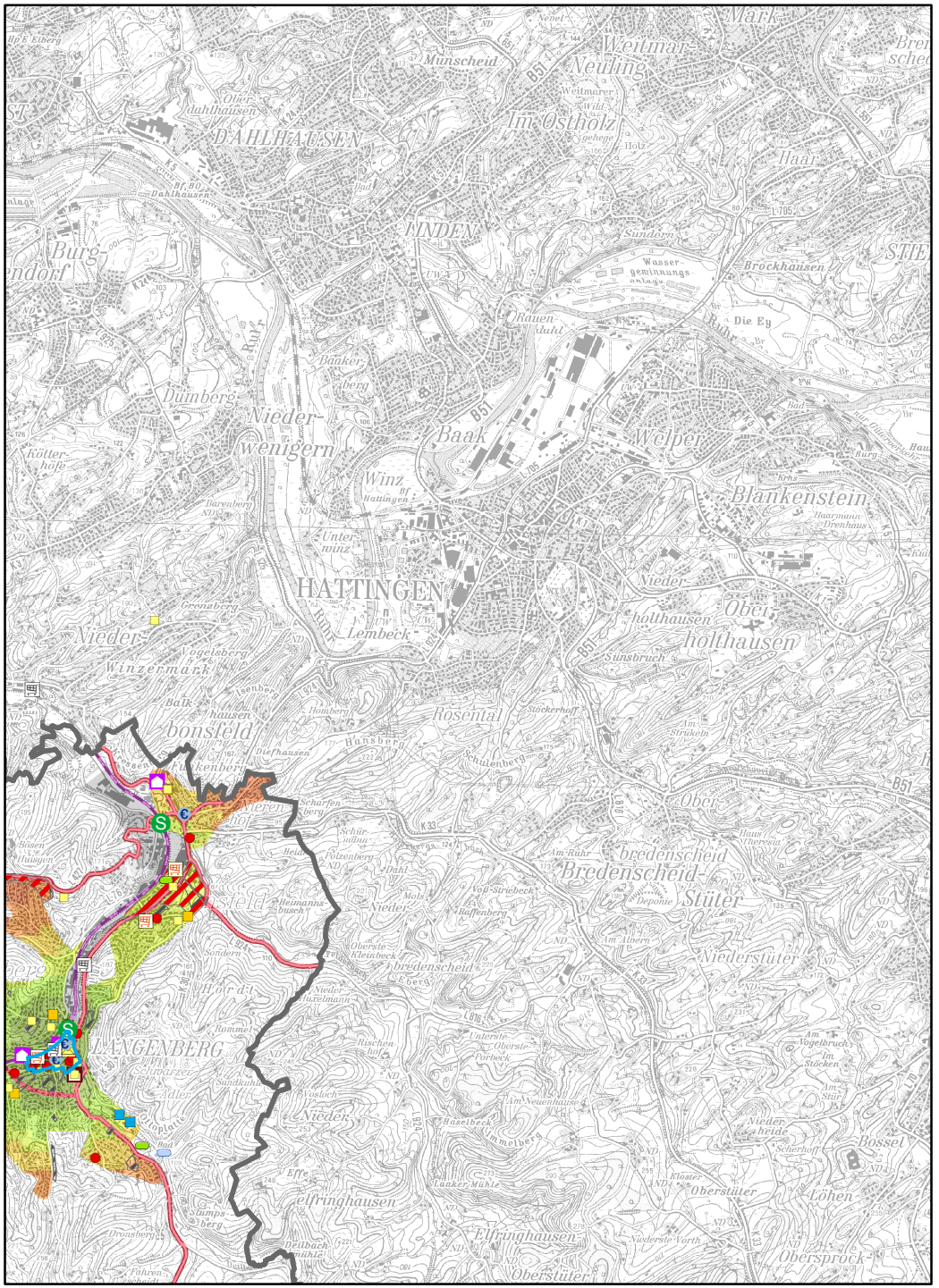

ZEPPINGHOFEN
HEISSEN
HOLSTERHAUSEN
BERGER-
RUTTENSCHEID
HAUSEN
Margarethenhöhe
BROICH
MÜLHEIM an der Ruhr
FULERUM
HOLTHAUSEN
Haarzopf
Ruhr
Flughafen-
siedlung
Saarnberg
Menden
SAARN
BREDENEY
Baldeney
HEISINGEN
Byfang
WERDEN
Eschlaken
Standort
übungsplatz
Mintarder
Ickten
Umstand
Mintard
Selbeck
KETTWIG
Kettwig vor
der Brücke
Mintarder Berg
Heid-
hausen
Roaberg
Breitscheid
Laupendahler
Isenbügel
Hosel
VELBERT

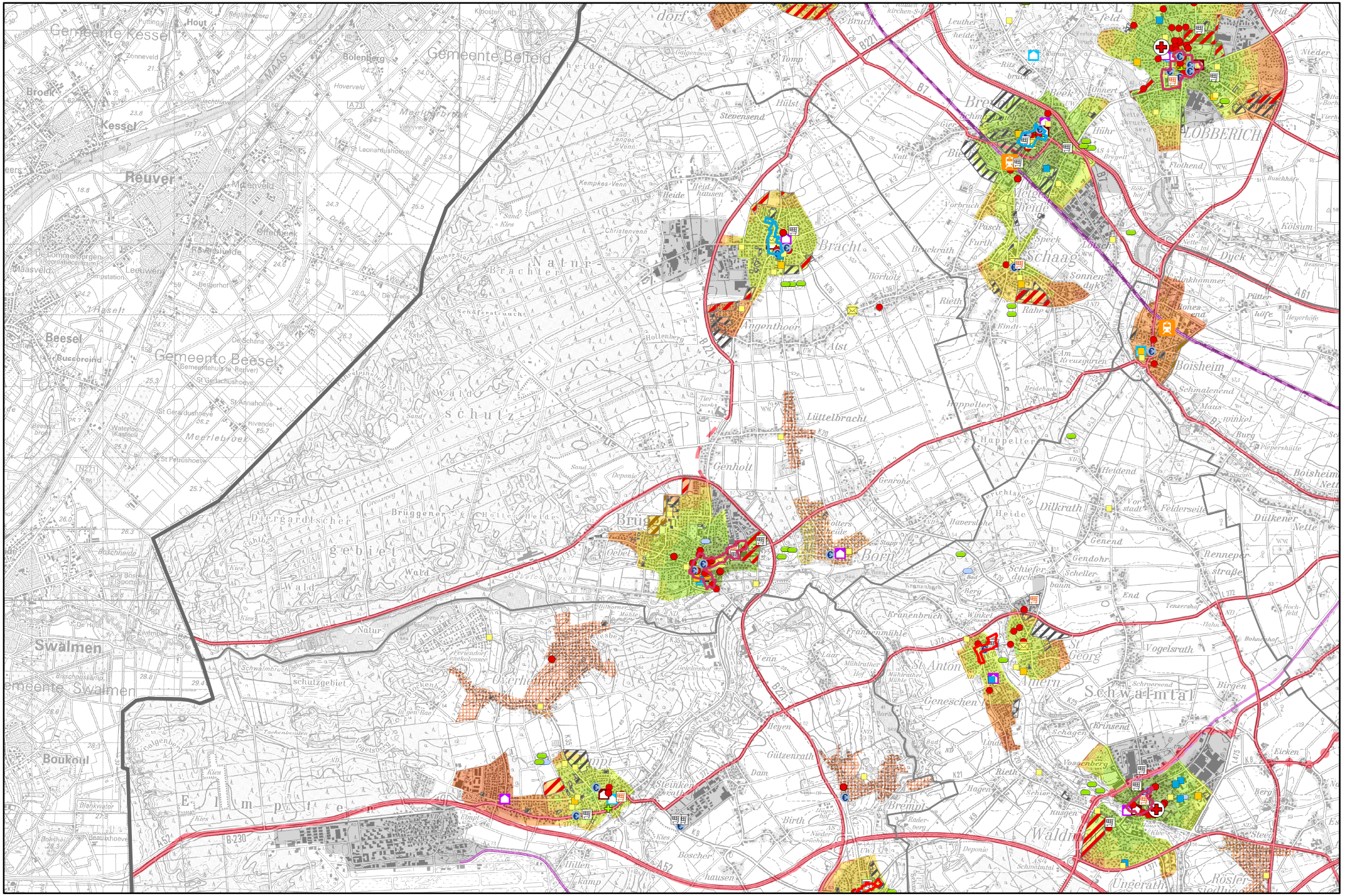
Blatt 10

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016

Blatt 16

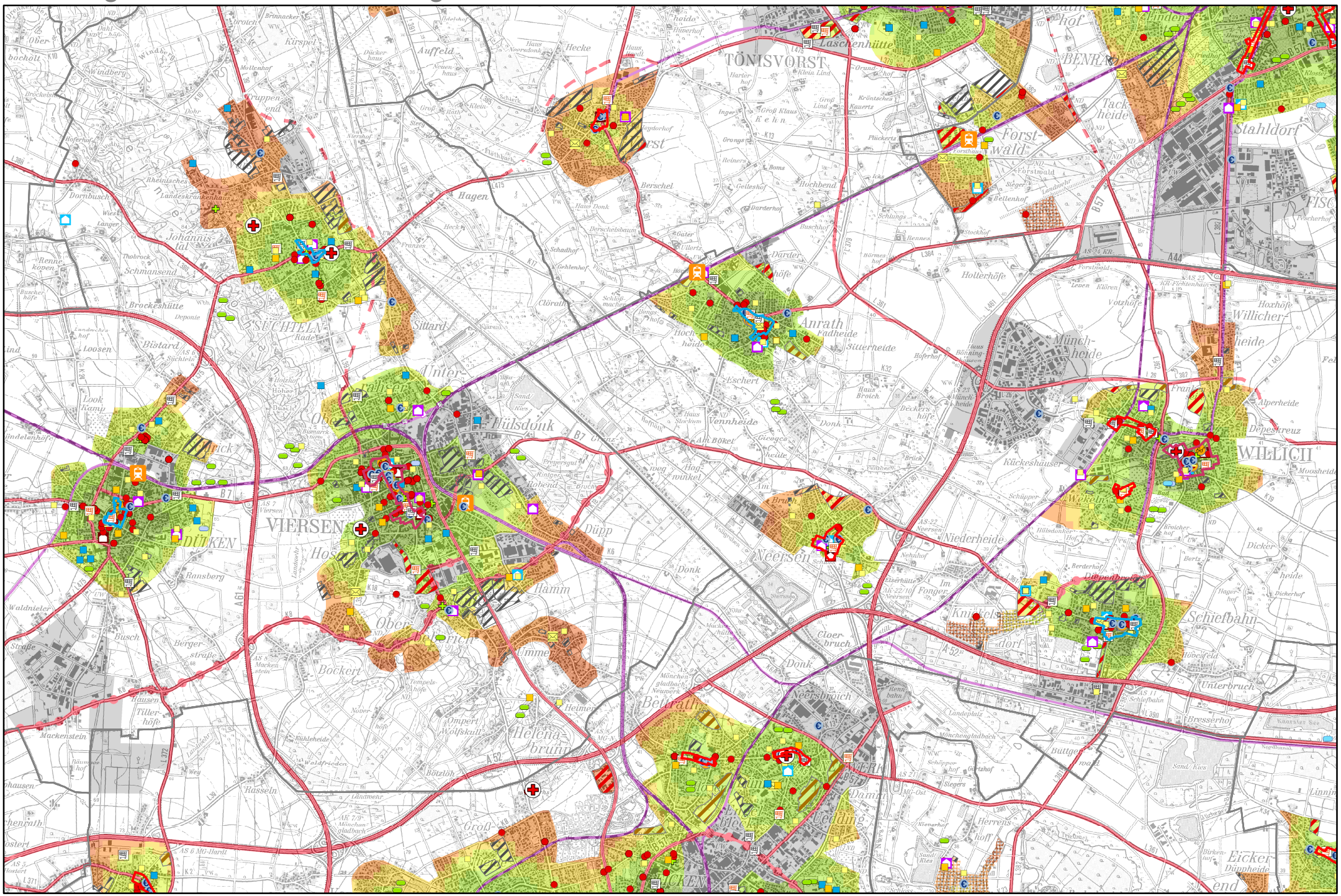


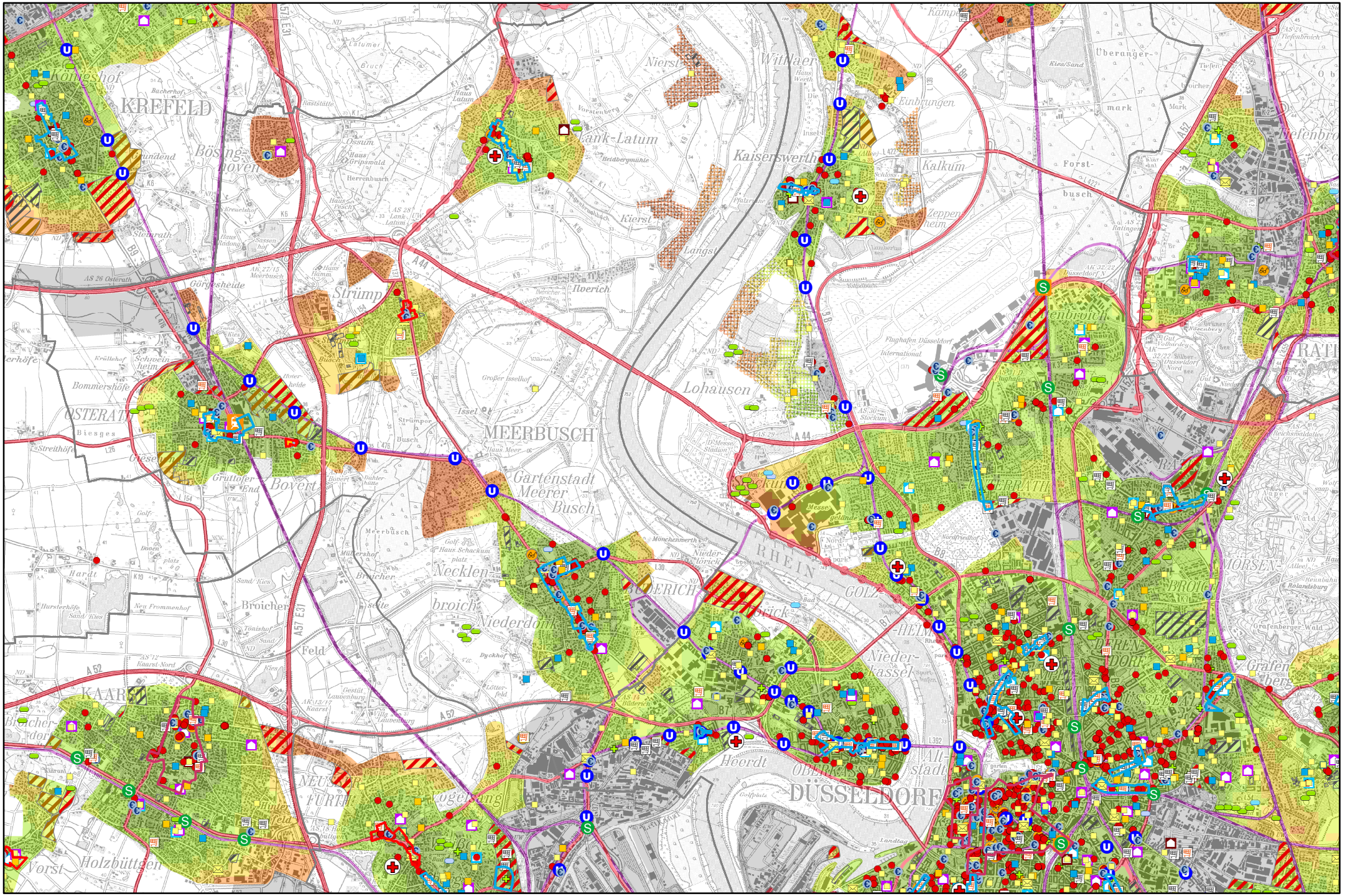


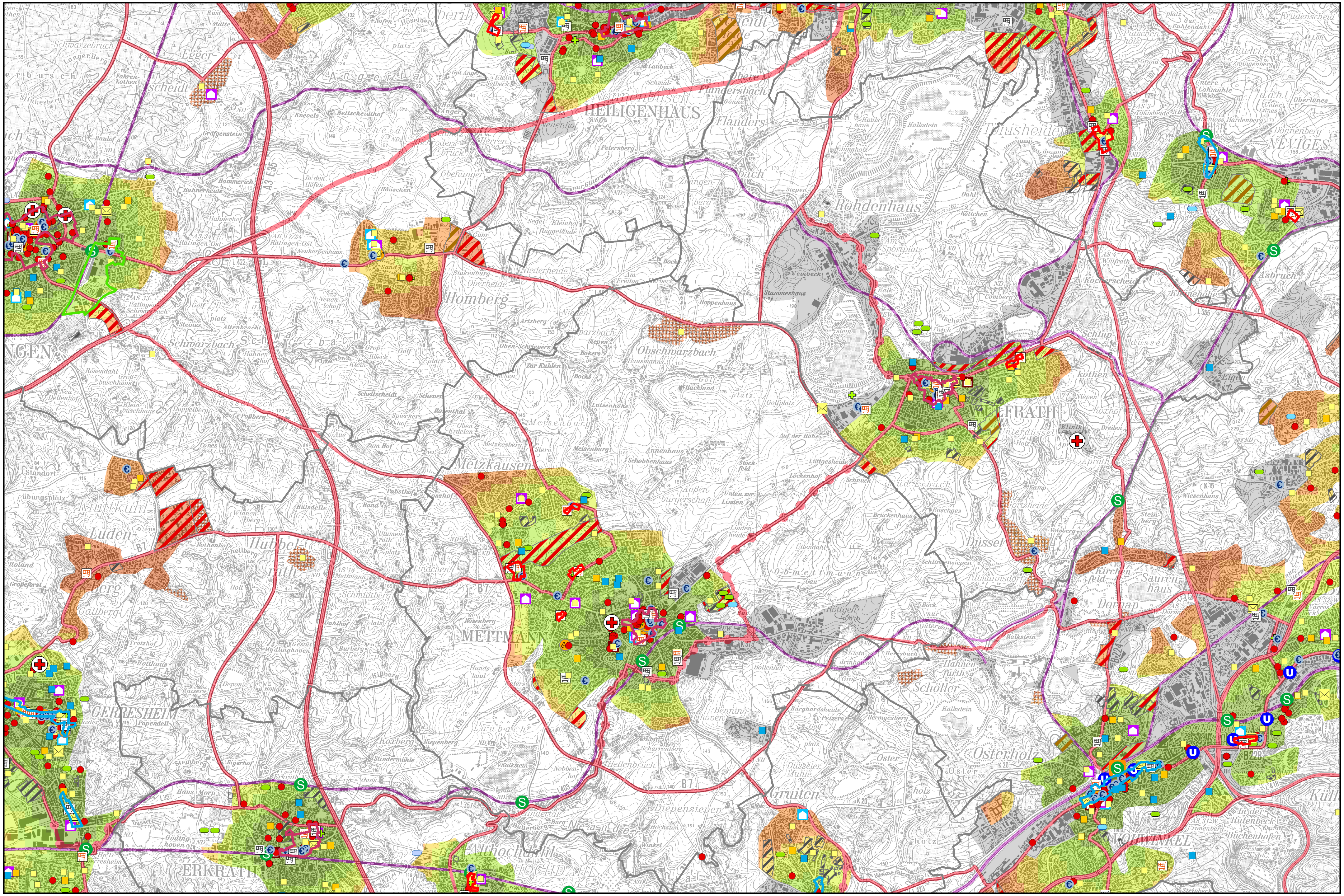


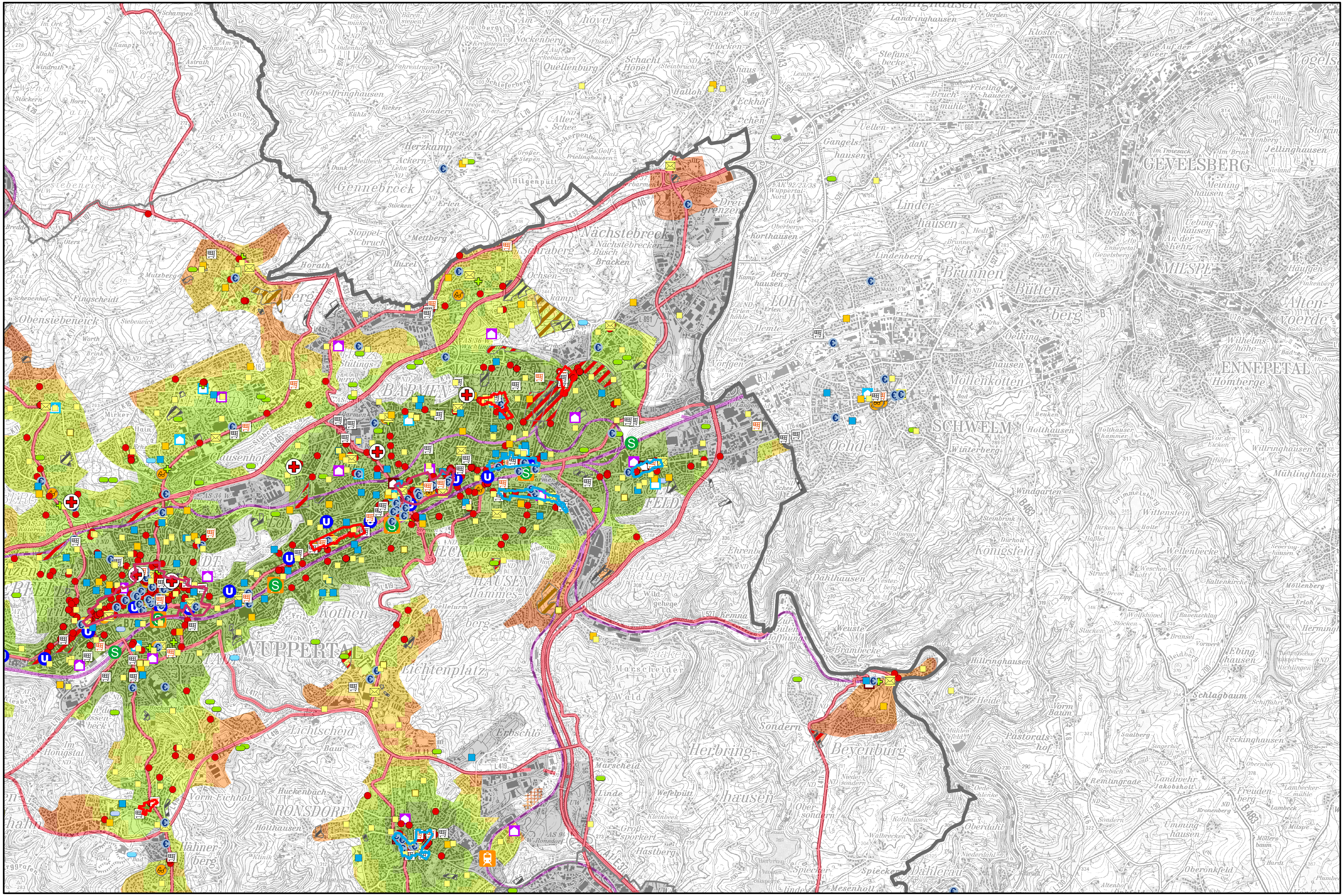
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 17

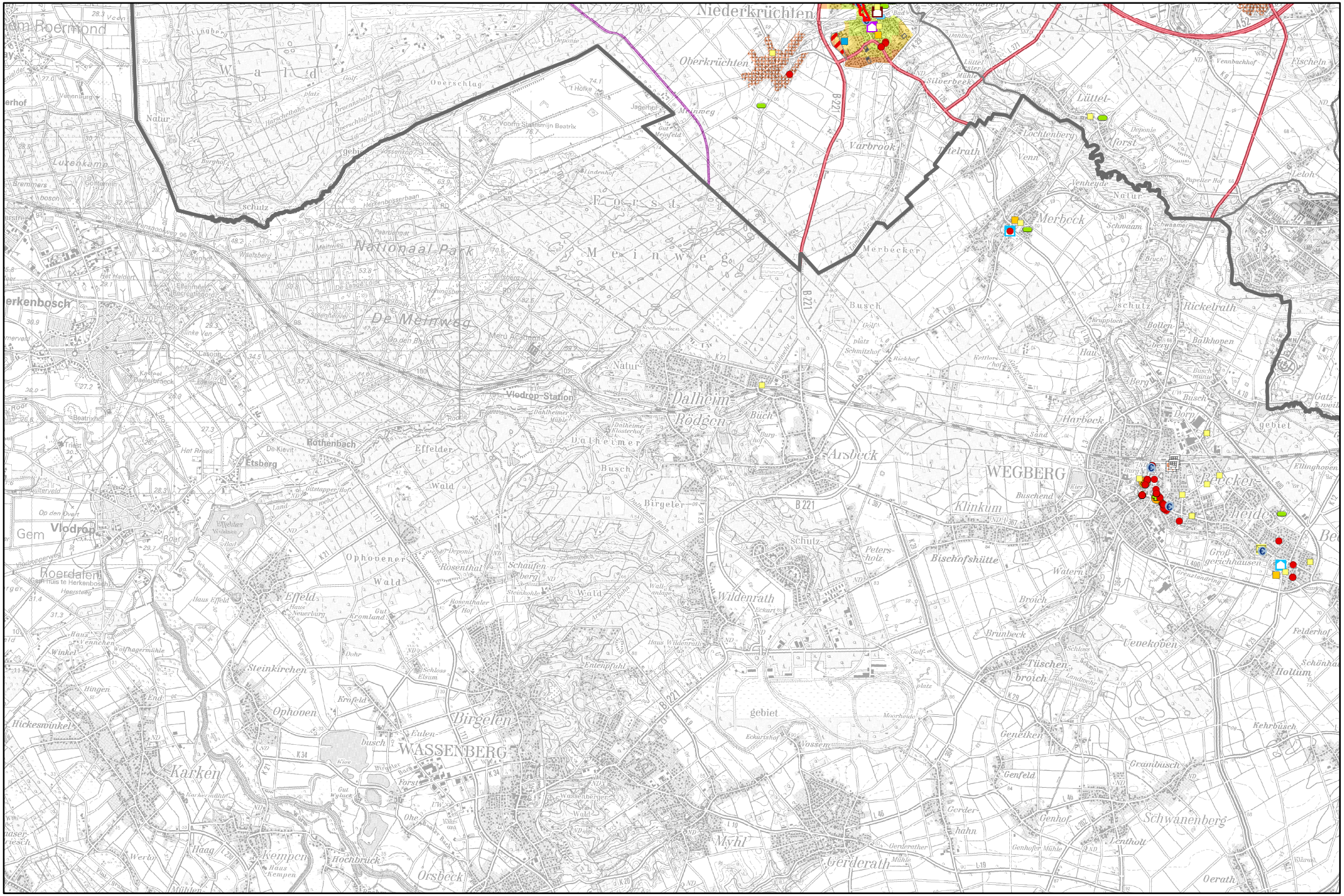

TÖNISVORST
Laschenhütte
Forst-
wald
Stahldorf
Tackheide
Hagen
Berschel
Johannis-
tal
Brockeshütte
SÜCHTELN
Sittard
Anrath
Münch-
heide
Willicher-
heide
Hülsdonk
Unter-
bruch
Ober-
bruch
VIERSEN
DÜLKEN
Hamm
Düpp
Donk
Neersen
Niederheide
WILLICH
Wekeln
Alperheide
Depenbruch
Schiefbahn
Knutschel-
dorf
Unterbruch
Bresserhof
Neersbroich
Bettrath
Helena-
brunn
Eicker
end
Düppheide

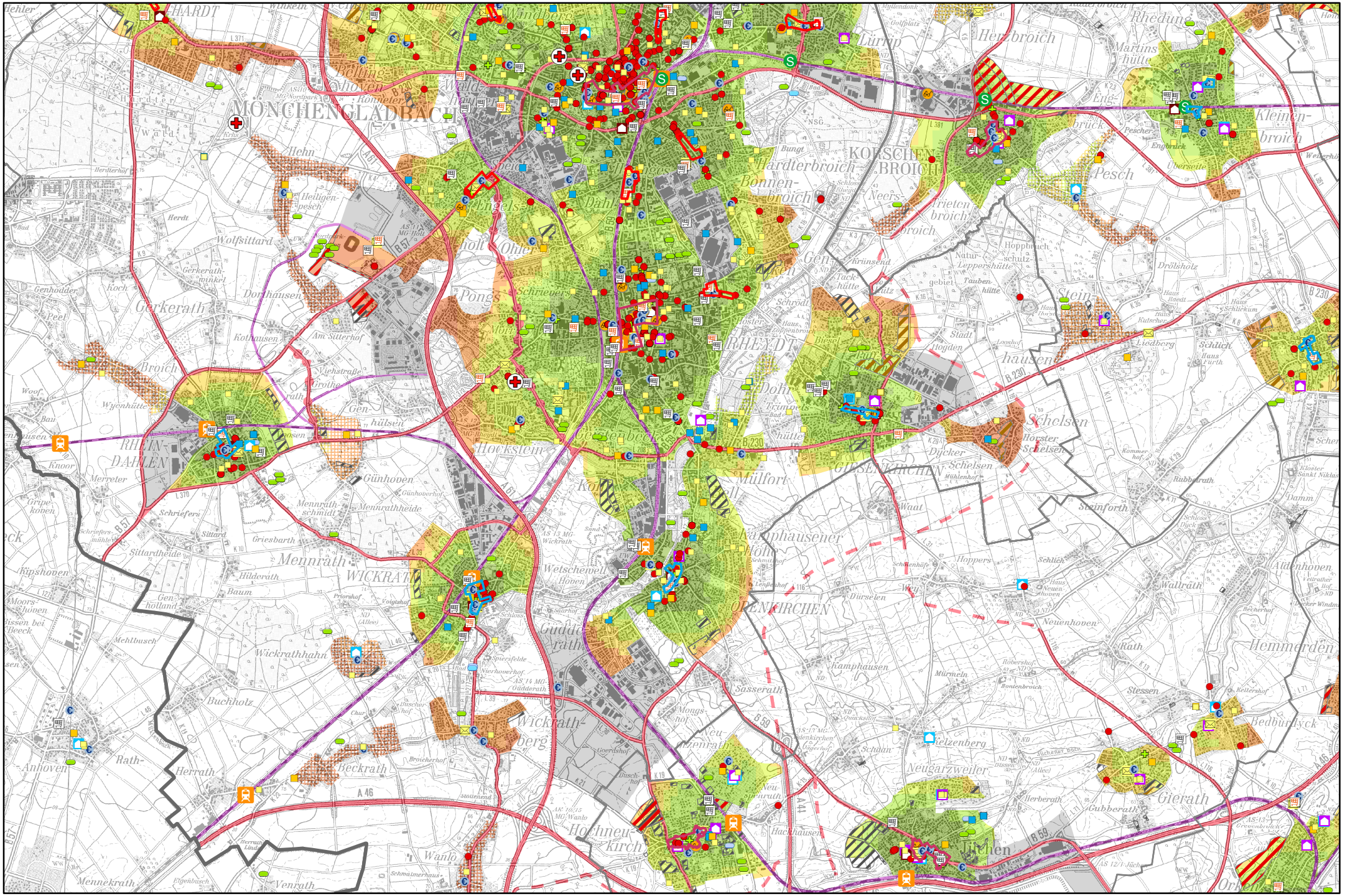

KREFELD
Bösinghoven
Lank-Latum
Kaiserswerth
Kalkum
Strümp
Lohausen
MEERBUSCH
Gartenstadt Meerer Busch
Bovert
Necklenbroich
Niederdonk
Feld
Niederkassel
Heerdt
Oberkassel
DÜSSELDORF
Altstadt
Flughafen Düsseldorf International
RHEIN
Vogelsang
Holzbüttgen
Vorst
KAARST
NEUSS-FURTH
Königshof
Osterath
Bommershöfe
Broicher
Hardt
Meerbusch
Lörick
Golzheim
Derendorf
Grafenberger Wald


HEILIGENHAUS
Homberg
Metzkausen
METTMANN
ERKRATH
GERRESHEIM
NEVIGES
Gruiten
Obschwarzbach
Dornap
Osterholz



Siedlungsstrukturelle Ausstattung

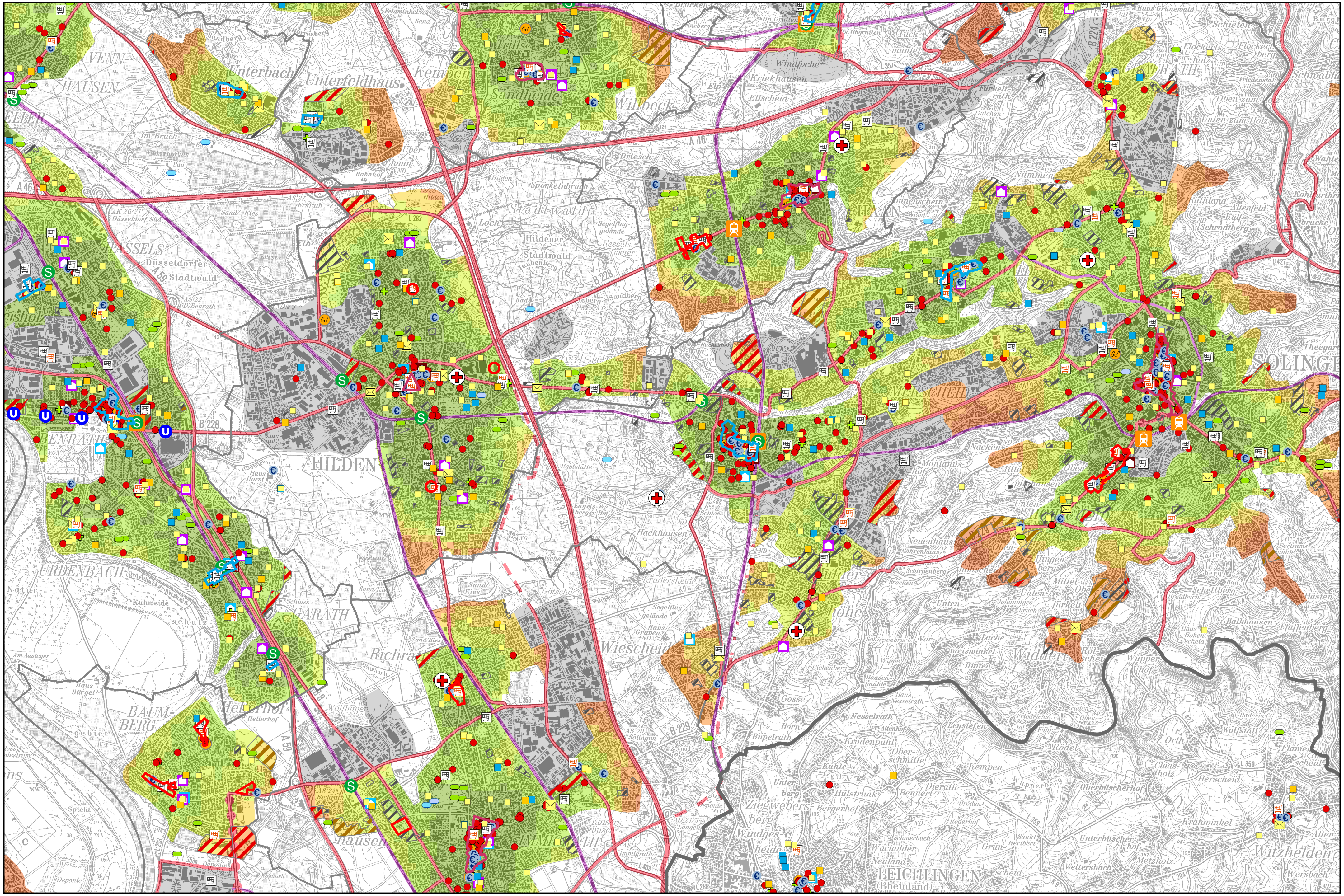

Niederkrüchten
Oberkrüchten
Lüttel-
Varbrook
Merbeck
Merbecker
Busch
Ricketrath
Dalheim
Rodgen
Arsbeck
WEGBERG
Klinkum
Beecker-
heide
Vlodrop-Station
Vlodrop
Roerdalen
Rothenbach
Effelder
Etsberg
Ophovener
Wald
Rosenthal
Effeld
Steinkirchen
Ophoven
Birgelen
WASSENBERG
Karken
Kempen
Hochbruck
Orsbeck
Wildenrath
Bischofshütte
Peters-
holz
Broich
Brunbeck
Tüschen
broich
Genetken
Genfeld
Gerderhahn
Myhl
Gerderath
Schwanenberg
Holtum
Kehrbusch
Granbusch
Oerath
Nationaal Park
De Meinweg
Meinweg
Forst
Venn
Venheide
Natur
gebiet
Vossem
Moorheide
Eckartshof
Eckart
Haus Wildenrath
Haus Effeld
Haus Kempen
Gut Kromland
Gut Wylack
Gut Meinfeld
Schloss Elsum
Schloss Holtum
Meru Academie
Vlodrop
Gem



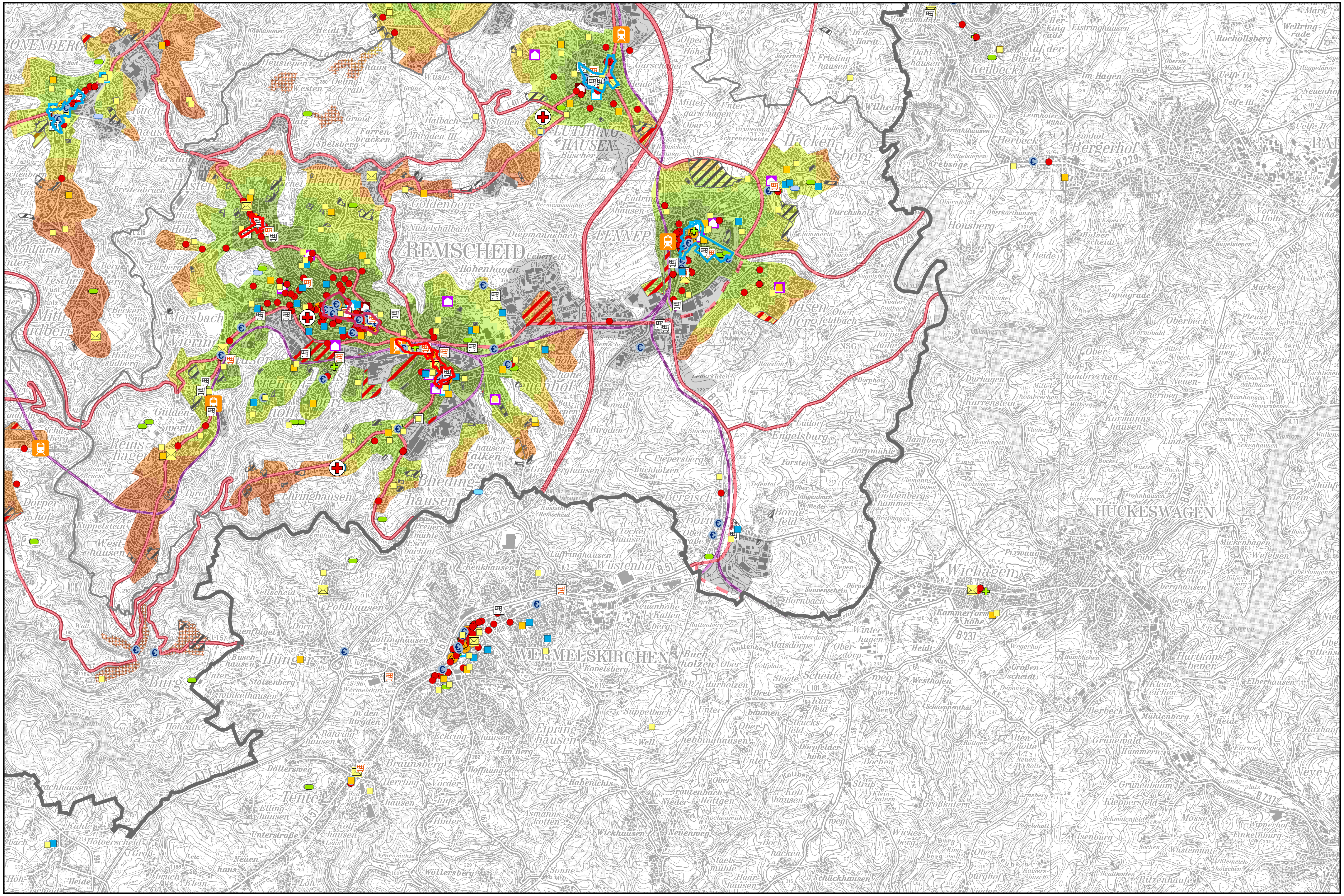
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

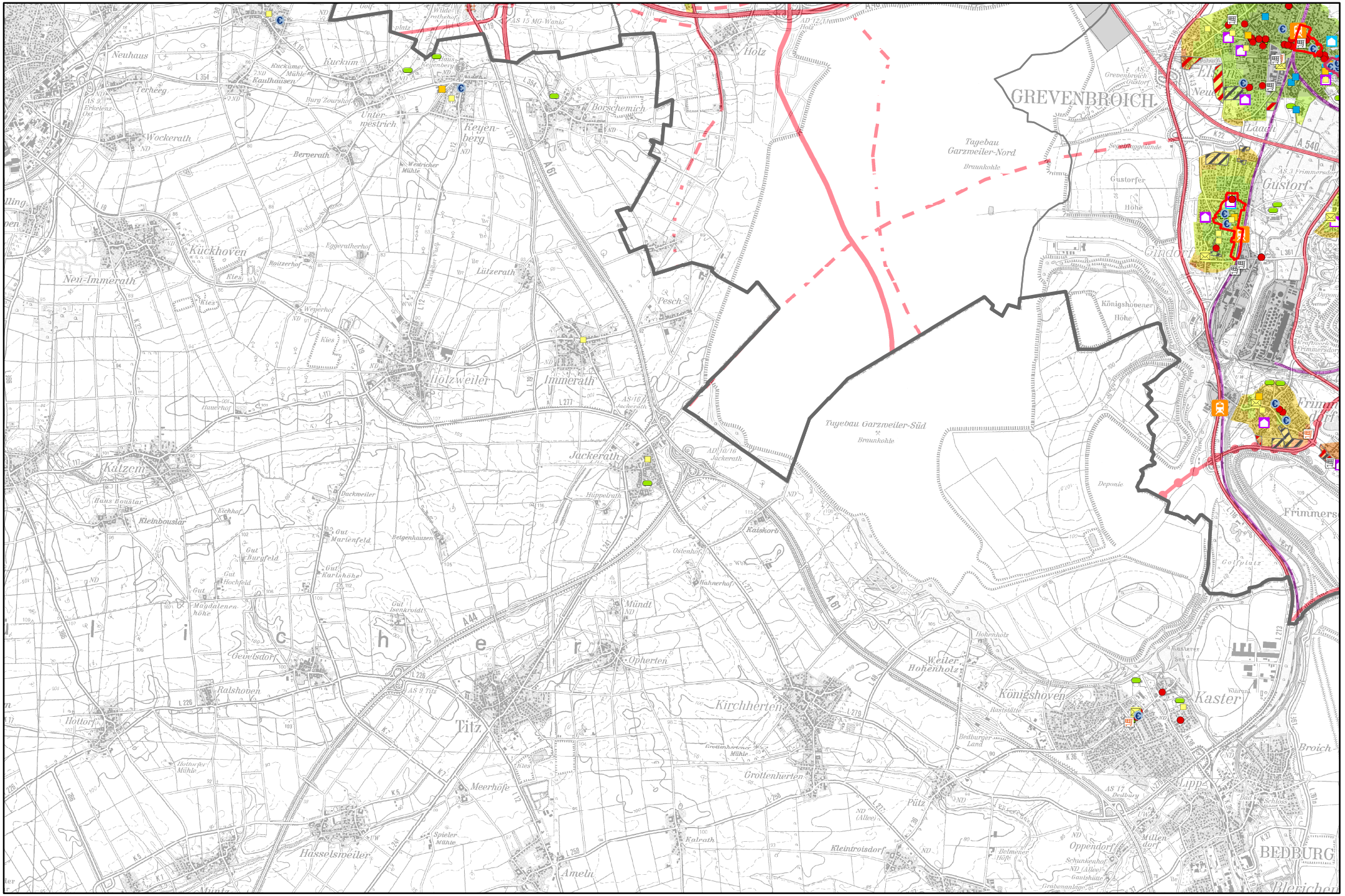
2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 23


NEUSS
Büttgen
Grefrath
Rosellen
Delrath
Hoisten
Weckhoven
Dreikum
Uedesheim
Stürzelberg
Kapellen
Tüschenbroich
Neukirchen
Rosellerheide
Wevelinghoven
Langwaden
Gohr
Lanzerath
Epsendorf
Rockrath
Holzheim
Schlicherum
Elvekum
Bettikum
Münchrath
Hülchrath
Mühlrath
Gilverath
Vierwinden
Northausen
Hannenpützheide
Stadt Z
Rheinf



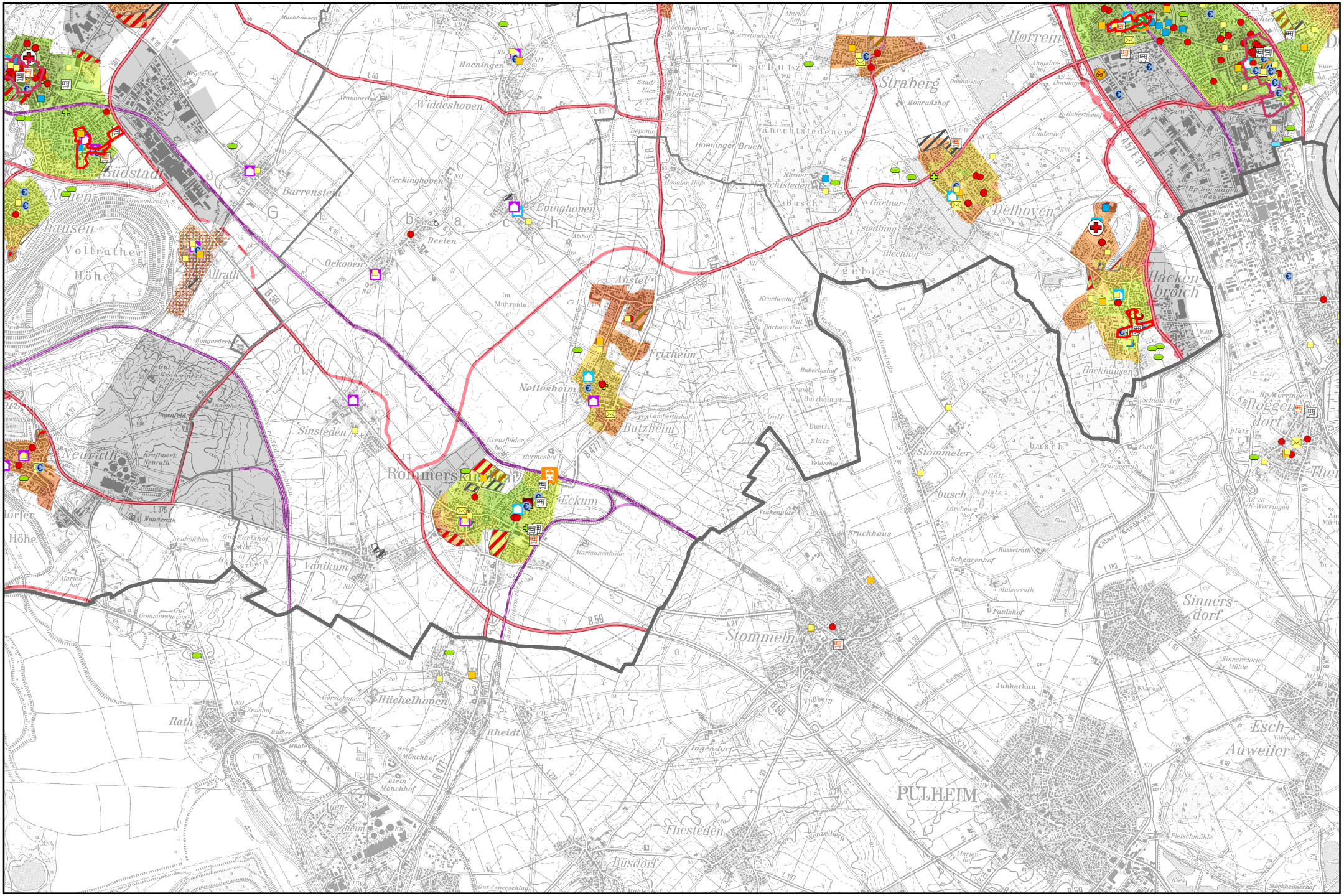
Siedlungsstrukturelle Ausstattung

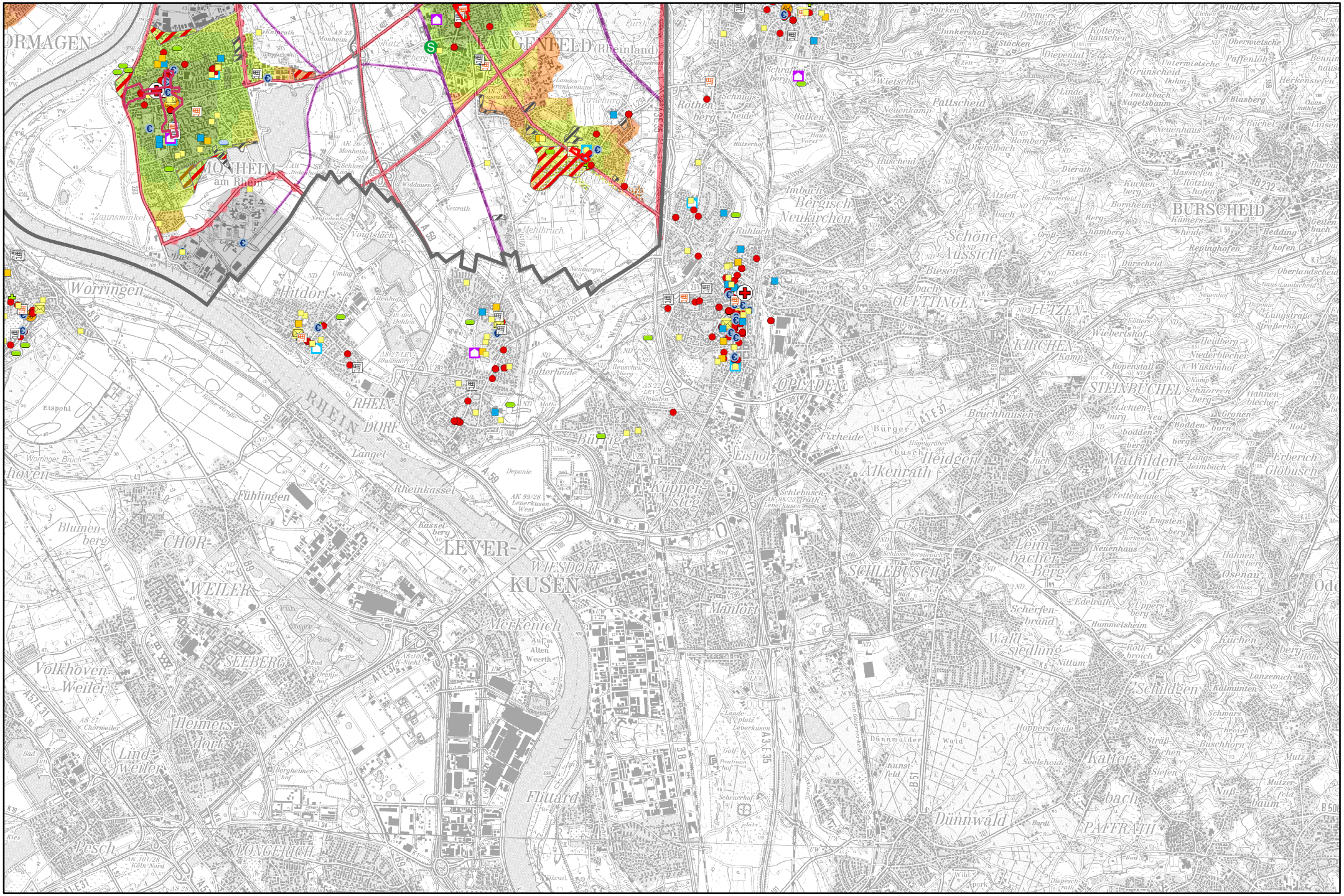

REMSCHEID
LENNEP
LÜTTRINGHAUSEN
WERMELSKIRCHEN
HÜCKESWAGEN
Burg
Hasten
Hohenhagen
Goldenberg
Bergerhof
Wiehagen
Tente
Hünger
Hackenberg
Vieringhausen
Bliedinghausen
Ehringhausen
Morsbach
Dhünn
Habenichts
Braunsberg



Siedlungsstrukturelle Ausstattung

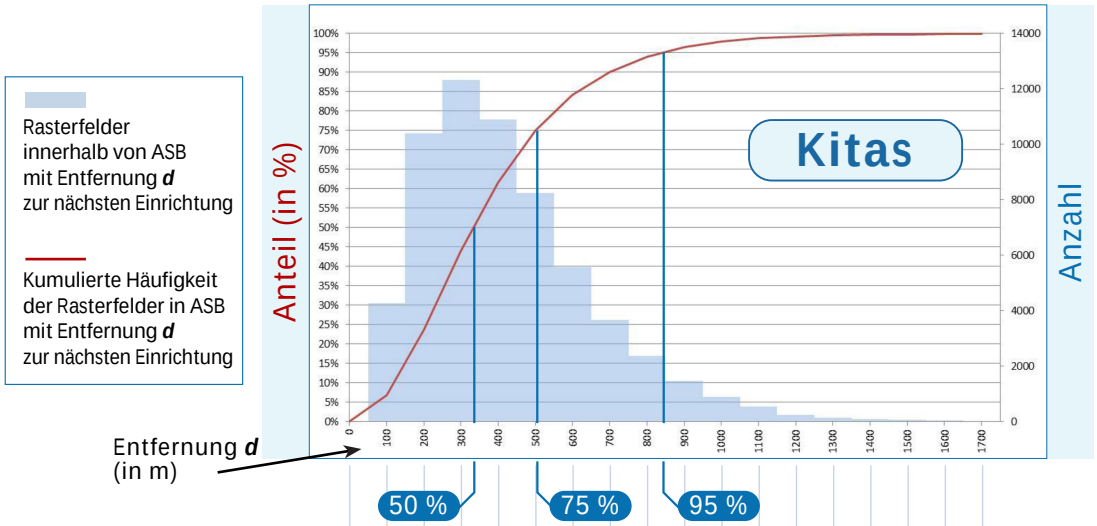
2. ENTWURF - Stand: Juni 2016 Blatt 27


Horrem
Straberg
Delhoven
Hackenbroich
Hackhausen
Roggendorf
Sinnersdorf
Esch-Auweiler
Stommeln
PULHEIM
Fliesteden
Büsdorf
Rheidt
Hüchelhoven
Vanikum
Rommerskirchen
Eckum
Butzheim
Frixheim
Nettesheim
Anstel
Sinsteden
Neurath
Südstadt
Widdeshoven
Hoeningen
Barrenstein
Evinghoven
Deelen
Oekoven
Allrath
Vollrather Höhe
Knechtstedener Busch
Hoeninger Bruch
Broich
Schleyerhof
Ueckinghoven
Im Muhrental
Stommeler busch
Golfplatz
Bruchhaus
Scheurenhof
Junkerhau
Rath
Auenheim
Fliesteden
Wenzelberg
B 59
B 477
L 116
L 193
L 213
L 93


LANGENFELD (Rheinland)
MONHEIM am Rhein
Worringen
Hitdorf
RHEIN DORF
Langel
Rheinkassel
Fühlingen
Blumenberg
CHORWEILER
LEVERKUSEN
WIESDORF
Merkenich
SEEBERG
Volkhoven-Weiler
Heimersdorf
Lind-weiler
Pesch
LONGERICH
Flittard
Manfort
Küppersteg
Bürrig
Eisholz
Rheindorf
OPLADEN
Alkenrath
Heidgen
Bruchhausen
Mathildenhof
Globusch
Erberich
STEINBÜCHEL
KIRCHEN
LÜTZENKIRCHEN
QUETTINGEN
Schöne Aussicht
Bergisch Neukirchen
BURSCHEID
SCHLEBUSCH
Leimbacher Berg
Waldsiedlung
Schlebusch
Manfort
Schildgen
Katterbach
PATTSCHEID
Dünnwald
Dünnwalder Wald
Hoppersheide
Scherfenbrand
Pattscheid
Neuenkamp
Rothenberg
Schnurrenberg
Balken
Hüscheid
Dierath
Oberölbach
Romberg
Imbach
Ruhlach
Neuenhaus
Hummelsheim
Edelrath
Nittum
Rölsbroich
Küchenberg
Lanzemich
Hoffnungsthal
Paffenlöh
Grünscheid
Unterwietsche
Wietsche
Linde
Imelsbach
Nagelsbaum
Blasberg
Irler
Büchel
Linsel
Massiefen
Rotzing
Bornheim
Kucken
Berg
Hamberg
Klein-Hedding
Groß-Hedding
Repinghofen
Dürscheid
Oberlandscheid
Haus Landscheid
Wiebertshof
Ropenstall
Wüstenhof
Niederblecher
Heidberg
Hahnenblecher
Schnorrenberg
Kamp
Lichtenburg
Bodden-berg
Bodden-horn
Langsiefen
Grünenhorn
Holz
Fettehenne
Höfen
Engsten-berg
Hahnenberg
Osenau
Schloss
Küchen-berg
Höfte
Lanzemich
Kalminten
Schwarzbroich
Buschhorn
Mutz
Mutzerfeld
Nußbaum
Sträßchen
Siefen
Soolsheide
Wald
Dünnmalder
Kunstfeld
Golf
Pentinghof
Scheuerhof
Landesplatz Leverkusen
Deponie
Schlebusch-Rath
Schloss Morsbroich
Auf'm Alten Weerth
Am Niel
Bad
Orangerie
Kassel-berg
Butterheide
Neuenhof
Neuenhofer Hof
Neuburger Hof
Voigtslach
Mehlbruch
Widdauen
Neurath
Zaunswinkel
Buee
Umling
Altenhof
Auf den Dohlen
Reuschenberg
Quai Reuschenberg
Rheinstraße
Worringer Bruch
Hoven
Elsporn
Kalrath
Monheim Süd
Urfeld
Landeskrankenhaus
Rurth
Katz
Rapsfeld
Schrumm
Schloss
Alt Judenhof
Deponie
AK 99/28 Leverkusen West
AK 101/28 Hitdorf Nord
AS 27 LEV-Rheinkassel
AS 27 LEV-Opladen
AS 27 LEV-Schlebusch/Manfort
AS 27 LEV-Rheindorf
AS 26 Monheim Süd
AS 25 Monheim
AS 27 Leverkusen
AK 26 Monheim Süd
A 59
A 3
A 1
A 57
B 8
B 51
B 232
L 101
L 108
L 288
L 298
L 300
L 361
L 362
L 363
L 364
L 365
L 380
L 381
L 382
L 383
L 384
L 385
L 386
L 387
L 388
L 389
L 390
L 391
L 392
L 393
L 394
L 395
L 396
L 397
L 398
L 399
L 400
L 401
L 402
L 403
L 404
L 405
L 406
L 407
L 408
L 409
L 410
L 411
L 412
L 413
L 414
L 415
L 416
L 417
L 418
L 419
L 420
L 421
L 422
L 423
L 424
L 425
L 426
L 427
L 428
L 429
L 430
L 431
L 432
L 433
L 434
L 435
L 436
L 437
L 438
L 439
L 440
L 441
L 442
L 443
L 444
L 445
L 446
L 447
L 448
L 449
L 450
L 451
L 452
L 453
L 454
L 455
L 456
L 457
L 458
L 459
L 460
L 461
L 462
L 463
L 464
L 465
L 466
L 467
L 468
L 469
L 470
L 471
L 472
L 473
L 474
L 475
L 476
L 477
L 478
L 479
L 480
L 481
L 482
L 483
L 484
L 485
L 486
L 487
L 488
L 489
L 490
L 491
L 492
L 493
L 494
L 495
L 496
L 497
L 498
L 499
L 500
L 501
L 502
L 503
L 504
L 505
L 506
L 507
L 508
L 509
L 510
L 511
L 512
L 513
L 514
L 515
L 516
L 517
L 518
L 519
L 520
L 521
L 522
L 523
L 524
L 525
L 526
L 527
L 528
L 529
L 530
L 531
L 532
L 533
L 534
L 535
L 536
L 537
L 538
L 539
L 540
L 541
L 542
L 543
L 544
L 545
L 546
L 547
L 548
L 549
L 550
L 551
L 552
L 553
L 554
L 555
L 556
L 557
L 558
L 559
L 560
L 561
L 562
L 563
L 564
L 565
L 566
L 567
L 568
L 569
L 570
L 571
L 572
L 573
L 574
L 575
L 576
L 577
L 578
L 579
L 580
L 581
L 582
L 583
L 584
L 585
L 586
L 587
L 588
L 589
L 590
L 591
L 592
L 593
L 594
L 595
L 596
L 597
L 598
L 599
L 600
L 601
L 602
L 603
L 604
L 605
L 606
L 607
L 608
L 609
L 610
L 611
L 612
L 613
L 614
L 615
L 616
L 617
L 618
L 619
L 620
L 621
L 622
L 623
L 624
L 625
L 626
L 627
L 628
L 629
L 630
L 631
L 632
L 633
L 634
L 635
L 636
L 637
L 638
L 639
L 640
L 641
L 642
L 643
L 644
L 645
L 646
L 647
L 648
L 649
L 650
L 651
L 652
L 653
L 654
L 655
L 656
L 657
L 658
L 659
L 660
L 661
L 662
L 663
L 664
L 665
L 666
L 667
L 668
L 669
L 670
L 671
L 672
L 673
L 674
L 675
L 676
L 677
L 678
L 679
L 680
L 681
L 682
L 683
L 684
L 685
L 686
L 687
L 688
L 689
L 690
L 691
L 692
L 693
L 694
L 695
L 696
L 697
L 698
L 699
L 700
L 701
L 702
L 703
L 704
L 705
L 706
L 707
L 708
L 709
L 710
L 711
L 712
L 713
L 714
L 715
L 716
L 717
L 718
L 719
L 720
L 721
L 722
L 723
L 724
L 725
L 726
L 727
L 728
L 729
L 730
L 731
L 732
L 733
L 734
L 735
L 736
L 737
L 738
L 739
L 740
L 741
L 742
L 743
L 744
L 745
L 746
L 747
L 748
L 749
L 750
L 751
L 752
L 753
L 754
L 755
L 756
L 757
L 758
L 759
L 760
L 761
L 762
L 763
L 764
L 765
L 766
L 767
L 768
L 769
L 770
L 771
L 772
L 773
L 774
L 775
L 776
L 777
L 778
L 779
L 780
L 781
L 782
L 783
L 784
L 785
L 786
L 787
L 788
L 789
L 790
L 791
L 792
L 793
L 794
L 795
L 796
L 797
L 798
L 799
L 800
L 801
L 802
L 803
L 804
L 805
L 806
L 807
L 808
L 809
L 810
L 811
L 812
L 813
L 814
L 815
L 816
L 817
L 818
L 819
L 820
L 821
L 822
L 823
L 824
L 825
L 826
L 827
L 828
L 829
L 830
L 831
L 832
L 833
L 834
L 835
L 836
L 837
L 838
L 839
L 840
L 841
L 842
L 843
L 844
L 845
L 846
L 847
L 848
L 849
L 850
L 851
L 852
L 853
L 854
L 855
L 856
L 857
L 858
L 859
L 860
L 861
L 862
L 863
L 864
L 865
L 866
L 867
L 868
L 869
L 870
L 871
L 872
L 873
L 874
L 875
L 876
L 877
L 878
L 879
L 880
L 881
L 882
L 883
L 884
L 885
L 886
L 887
L 888
L 889
L 890
L 891
L 892
L 893
L 894
L 895
L 896
L 897
L 898
L 899
L 900
L 901
L 902
L 903
L 904
L 905
L 906
L 907
L 908
L 909
L 910
L 911
L 912
L 913
L 914
L 915
L 916
L 917
L 918
L 919
L 920
L 921
L 922
L 923
L 924
L 925
L 926
L 927
L 928
L 929
L 930
L 931
L 932
L 933
L 934
L 935
L 936
L 937
L 938
L 939
L 940
L 941
L 942
L 943
L 944
L 945
L 946
L 947
L 948
L 949
L 950
L 951
L 952
L 953
L 954
L 955
L 956
L 957
L 958
L 959
L 960
L 961
L 962
L 963
L 964
L 965
L 966
L 967
L 968
L 969
L 970
L 971
L 972
L 973
L 974
L 975
L 976
L 977
L 978
L 979
L 980
L 981
L 982
L 983
L 984
L 985
L 986
L 987
L 988
L 989
L 990
L 991
L 992
L 993
L 994
L 995
L 996
L 997
L 998
L 999
L 1000

Kitas

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 300 m*
GERIKE 2005:	*max. 600 m*

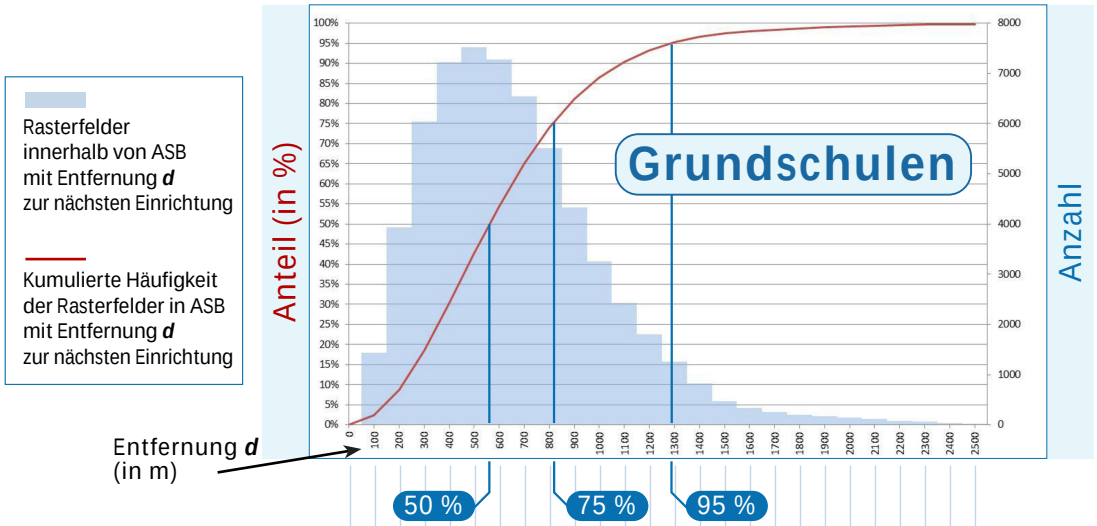
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 300	3
> 300 bis 600	2
> 600 bis 900	1
> 900	0



Grundschulen

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

SchfkVO:	*Schülertransport ab 2.000 m Fußweg*
BORCHARD 1974:	*max. 700 m zu Fuß*
GERIKE 2005:	*max. 500 m – 4.000 m*

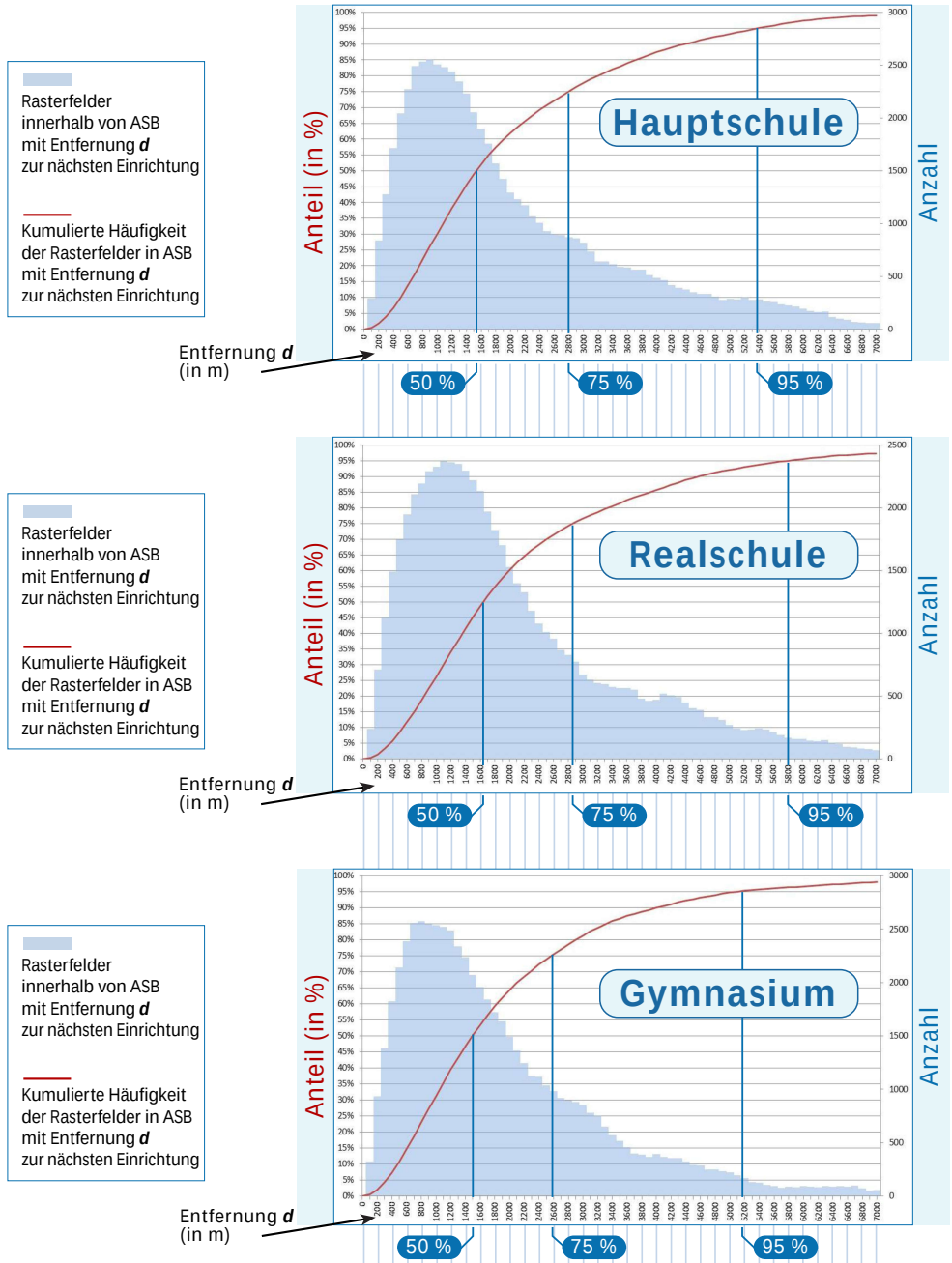
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 600	3
> 600 bis 800	2
> 800 bis 1300	1
> 1300	0



Hauptschule, Realschule, Gymnasium (Sek. I)

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

SchfkVO:	*Schülertransport ab 3.500 m Fußweg*
BORCHARD 1974:	*max. 1.000 m bis 1.300 m*
GERIKE 2005:	*max. 3.000 m (für Realschule)*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

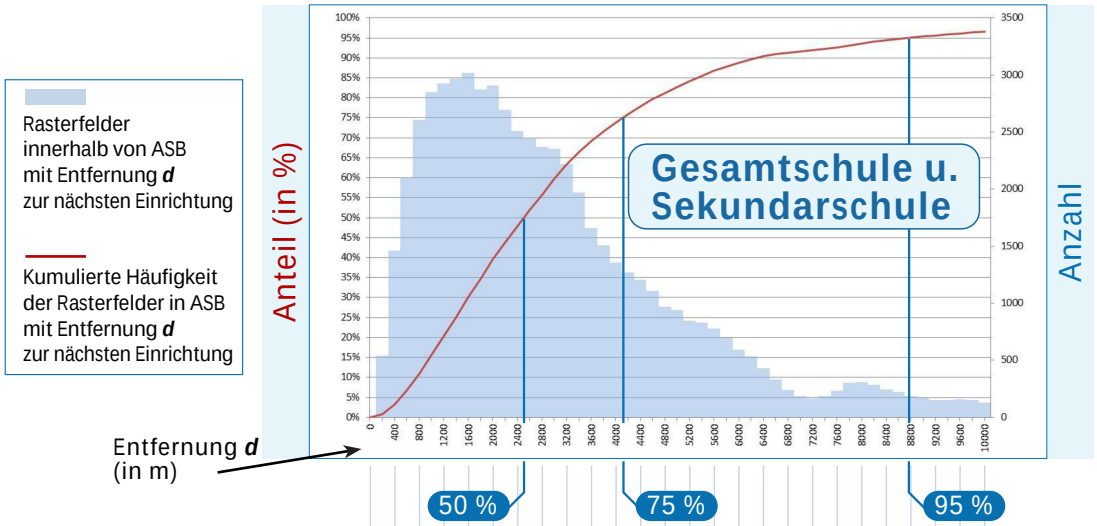
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1500	3
> 1500 bis 2500	2
> 2500 bis 3500	1
> 3500	0



Lfd Nr. 03 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Gesamt- und Sekundarschule (Sek. I)

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

SchfkVO:	*Schülertransport ab 3.500 m Fußweg*
BORCHARD 1974:	*max. 1.300 m zu Fuß*

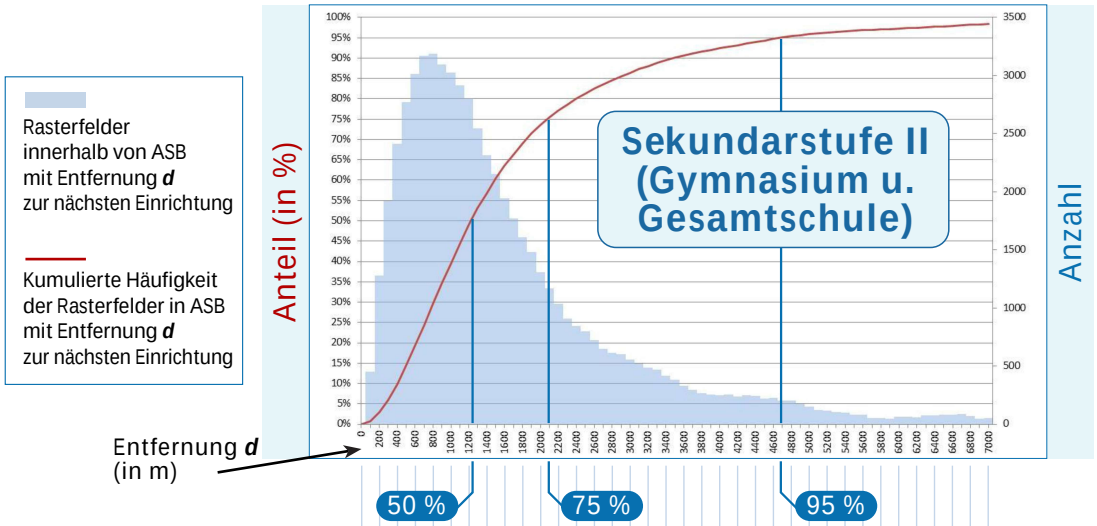
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1500	3
> 1500 bis 2500	2
> 2500 bis 3500	1
> 3500	0



Sekundarstufe II (Gymnasium und Gesamtschule)

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

SchfkVO:	*Schülerbeförderung ab 5.000 m Fußweg*
BORCHARD 1974:	*max. 1.000 m bis 1.300 m zu Fuß*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

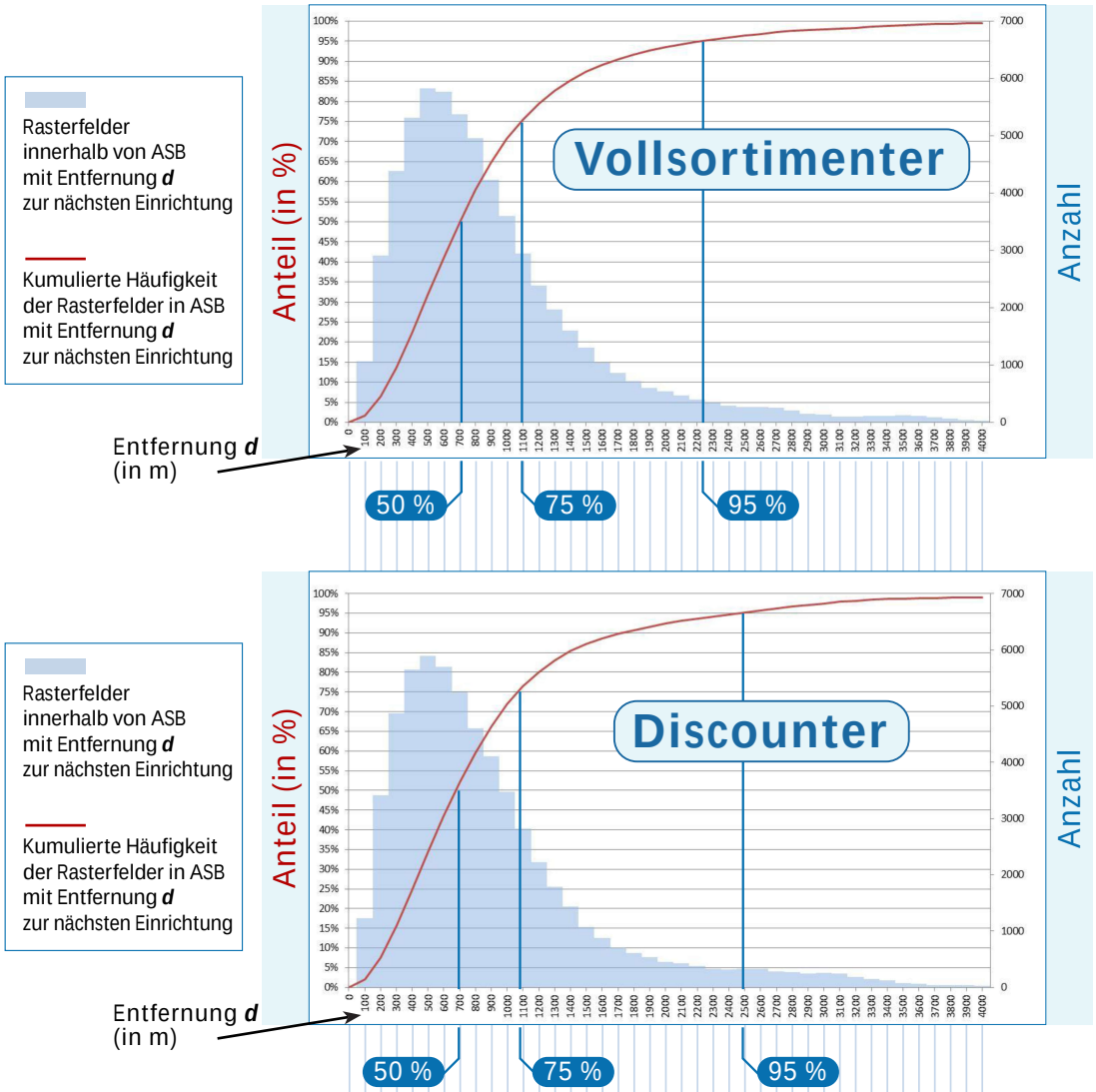
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1500	3
> 1500 bis 2500	2
> 2500 bis 3500	1
> 3500	0



Lfd Nr. 05 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Supermärkte

1 „Ist-Situation“ in den ASB

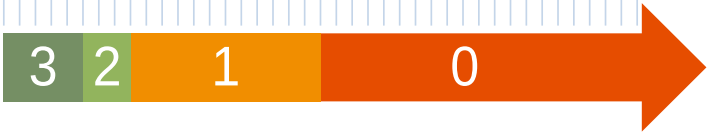


2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*800 m zu Fuß*	*max. 1.500 m per Rad*	
GERIKE 2005:	*max. 500 m – 750 m*	*(Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfes)*	
BBSR 2011:	*400 m*	*bis 800 m häufig zu Fuß*	*Rad bis 2.000 m*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

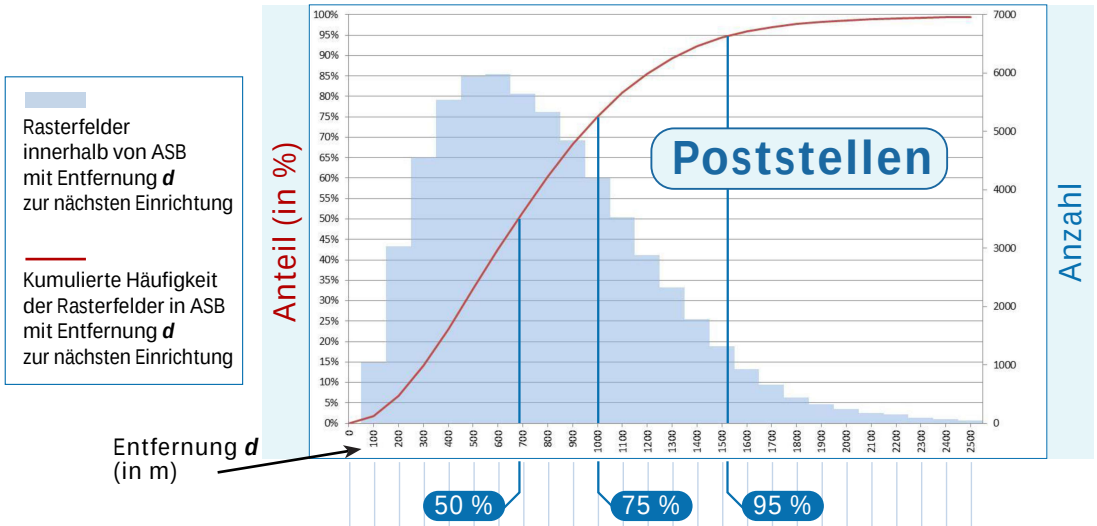
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 500	3
> 500 bis 800	2
> 800 bis 2000	1
> 2000	0



Lfd Nr. 06 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Poststellen

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

PUDLV:	*max. 2.000 m in zusammenhängend bebauten Gebieten*
BORCHARD 1974:	*max. 2.000 m*
GERIKE 2005:	*Ausgabestelle: max. 600 m* / *Filiale: max. 1.250 m*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

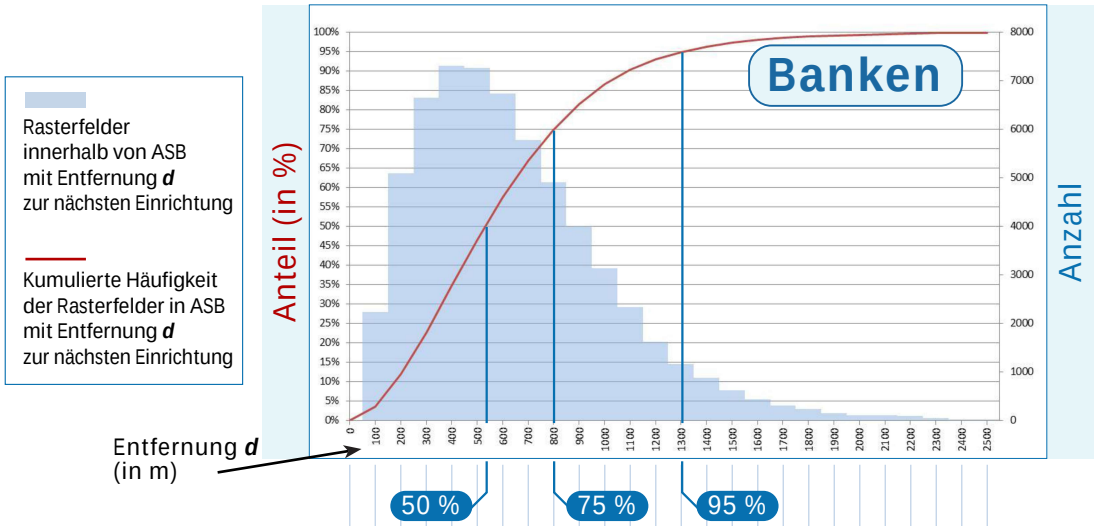
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 600	3
> 600 bis 900	2
> 900 bis 1500	1
> 1500	0



Lfd Nr. 07 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Banken

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 1.500 m zu Fuß*

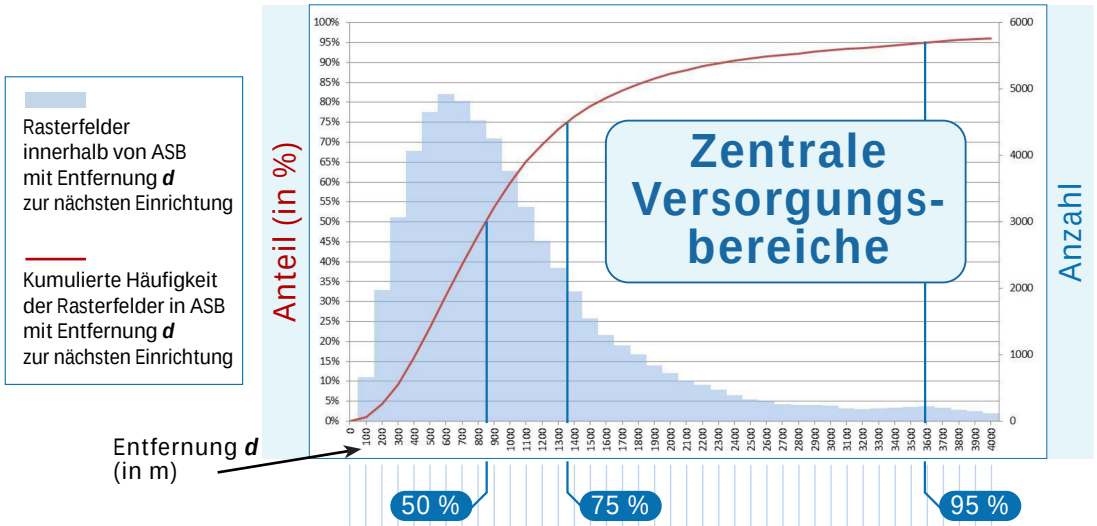
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 600	3
> 600 bis 900	2
> 900 bis 1500	1
> 1500	0



Zentrale Versorgungsbereiche

1 „Ist-Situation“ in den ASB

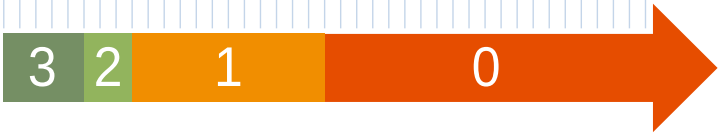


2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*800 m zu Fuß*	*Rad bis 1.500 m*
GERIKE 2005:	*bis 500 m*	*(Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfes)*
BBSR 2011:	*400 m*	*Rad bis 2.000 m*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

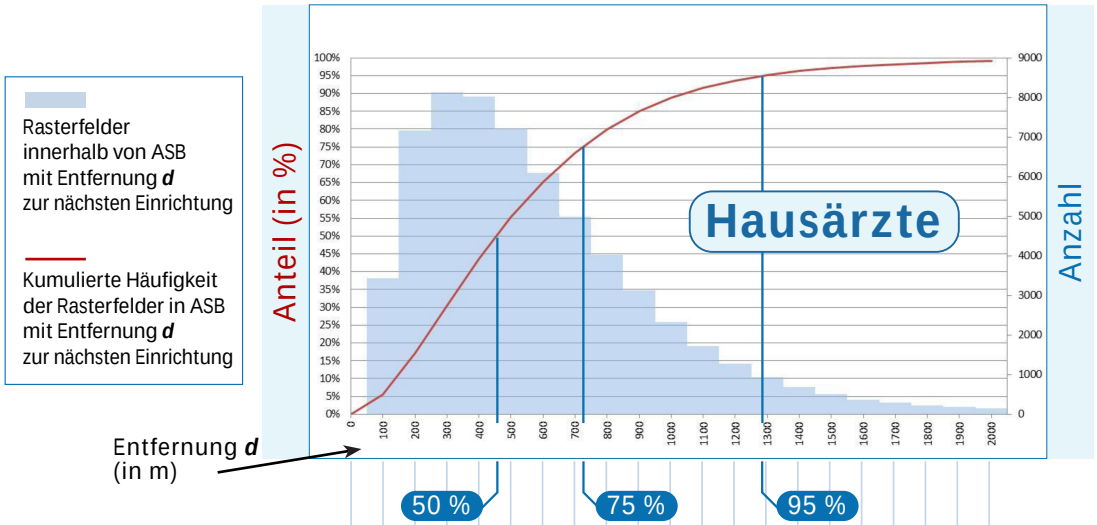
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 500	3
> 500 bis 800	2
> 800 bis 2000	1
> 2000	0

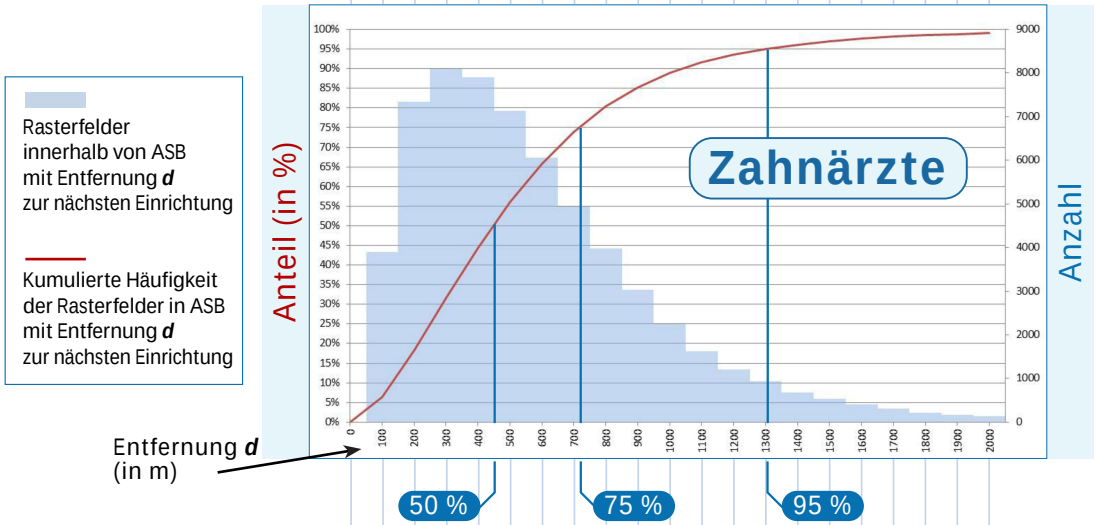


Lfd Nr. 09 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Arztpraxen

1 „Ist-Situation“ in den ASB





2 Literaturangaben

Allgemeinmediziner

BORCHARD 1974:	*max. 800 m; 1.500 m in Versorgungszentren*
GERIKE 2005:	*max. 1.250 m*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

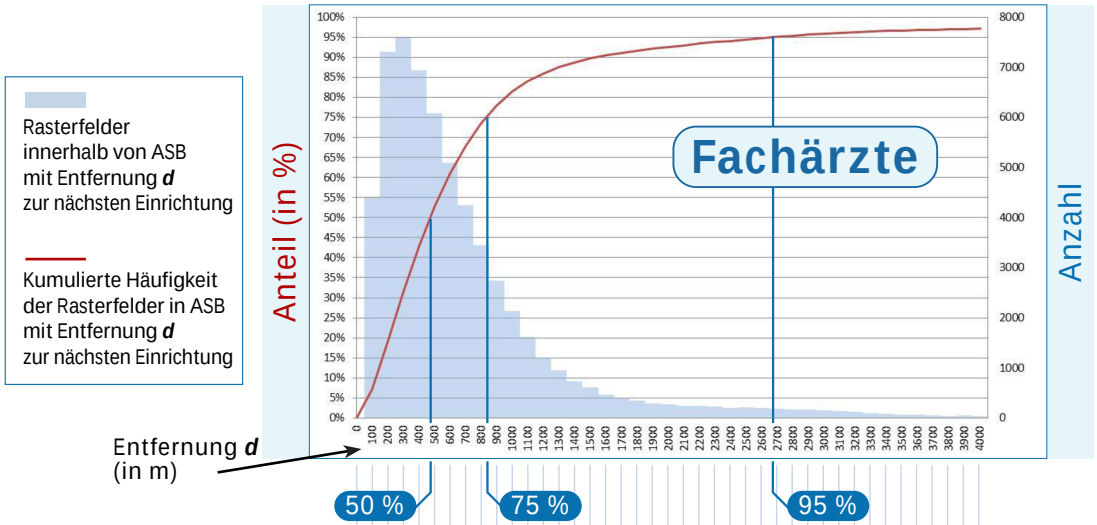
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 500	3
> 500 bis 800	2
> 800 bis 1300	1
> 1300	0



Lfd Nr. 10 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Fachärzte

1 „Ist-Situation“ in den ASB

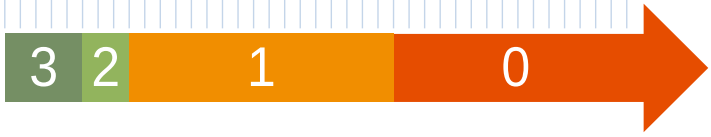


2 Literaturangaben

GERIKE 2005: *Zentral im Siedlungsnetz*

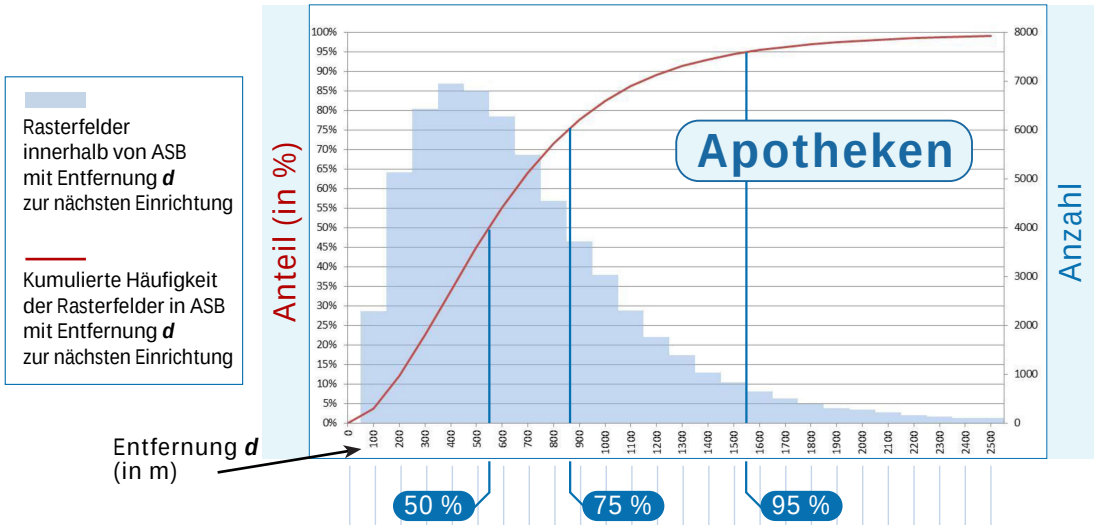
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 500	3
> 500 bis 800	2
> 800 bis 2500	1
> 2500	0



Apotheken

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 800 m; max. 1.500 m in Versorgungszentren*
GERIKE 2005:	*max. 1.250 m*

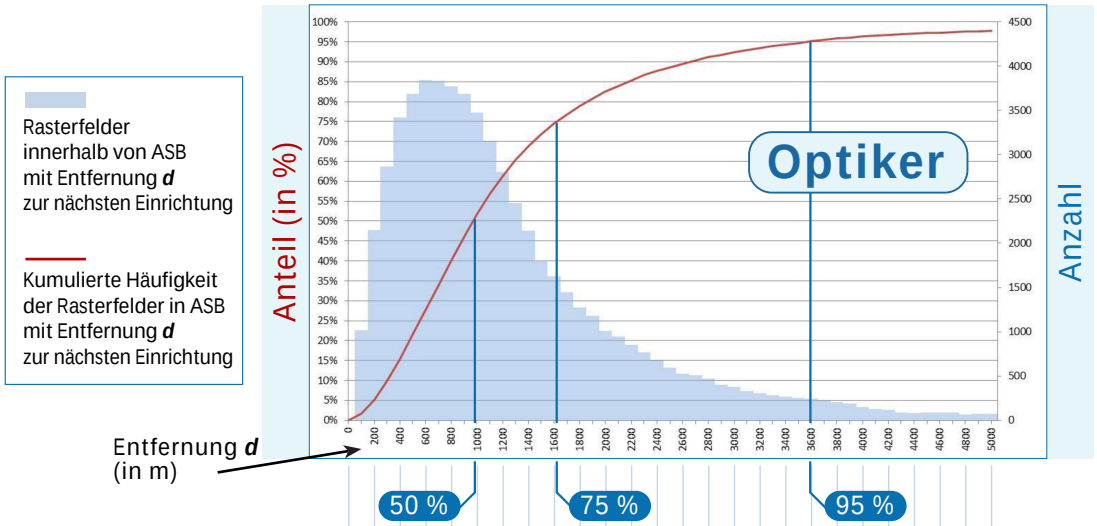
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 600	3
> 600 bis 900	2
> 900 bis 1500	1
> 1500	0



Optiker

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1000	3
> 1000 bis 1500	2
> 1500 bis 3500	1
> 3500	0



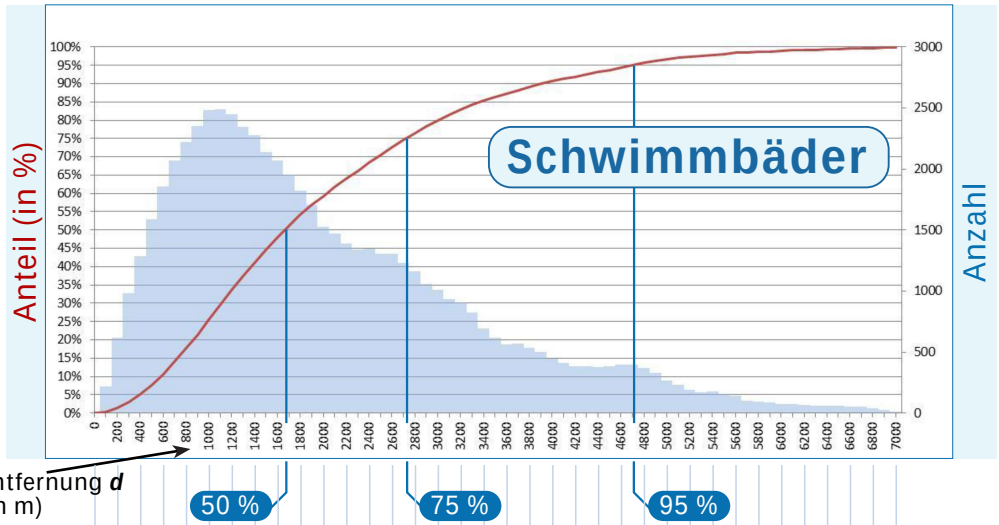
Lfd Nr. 13 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Schwimmbäder

1 „Ist-Situation“ in den ASB

Rasterfelder innerhalb von ASB mit Entfernung ***d*** zur nächsten Einrichtung

Kumulierte Häufigkeit der Rasterfelder in ASB mit Entfernung ***d*** zur nächsten Einrichtung



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 5000 m*

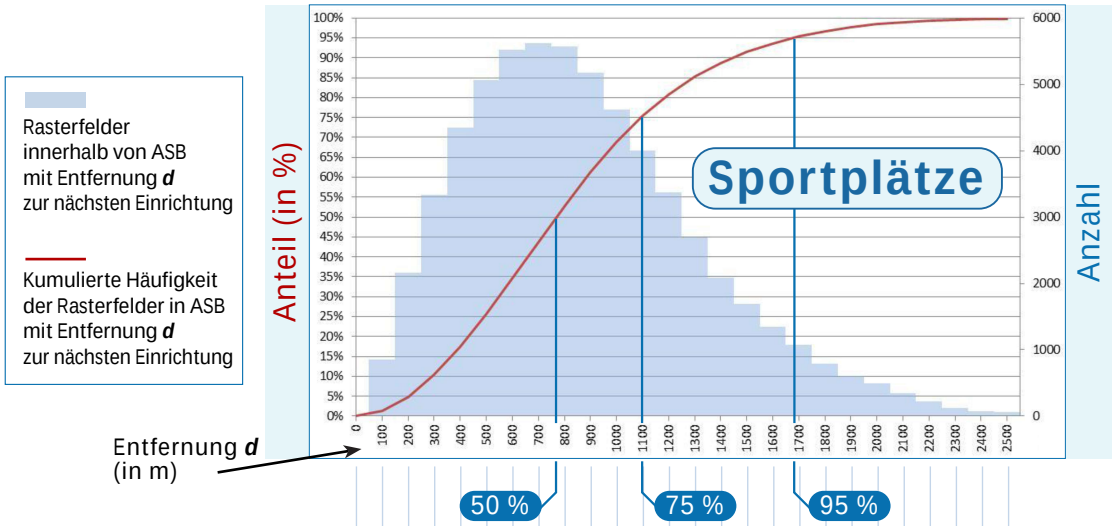
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1500	3
> 1500 bis 2500	2
> 2500 bis 5000	1
> 5000	0



Sportplätze

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 500 m zu Fuß*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 600	3
> 600 bis 1000	2
> 1000 bis 1500	1
> 1500	0

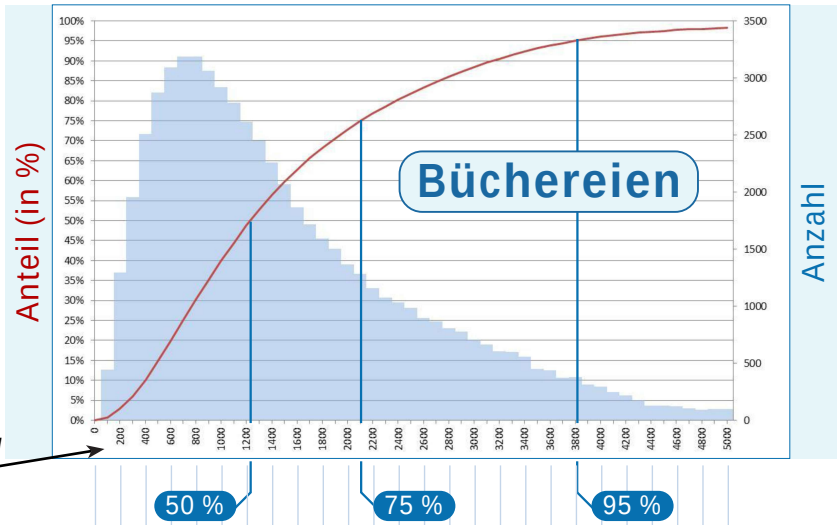


Büchereien

1 „Ist-Situation“ in den ASB

Rasterfelder innerhalb von ASB mit Entfernung ***d*** zur nächsten Einrichtung

Kumulierte Häufigkeit der Rasterfelder in ASB mit Entfernung ***d*** zur nächsten Einrichtung



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 1.000 m bis 1.500 m*
GERIKE 2005:	*max. 1.250 m*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

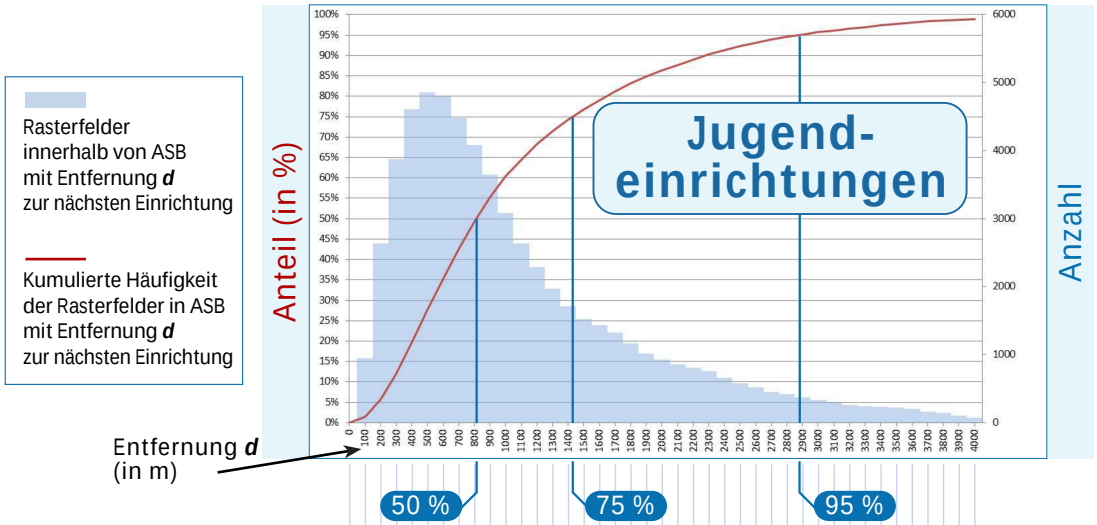
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1000	3
> 1000 bis 2000	2
> 2000 bis 3000	1
> 3000	0



Lfd Nr. 16 ENTWURF - Stand: Juni 2016

Jugendeinrichtungen

1 „Ist-Situation“ in den ASB

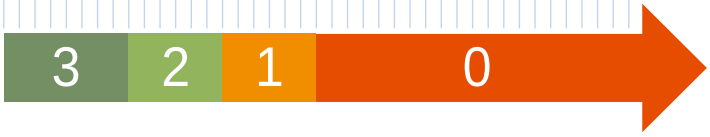


2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 1.000 m – 1.300 m zu Fuß*
GERIKE 2005:	*max. 1.250 m*

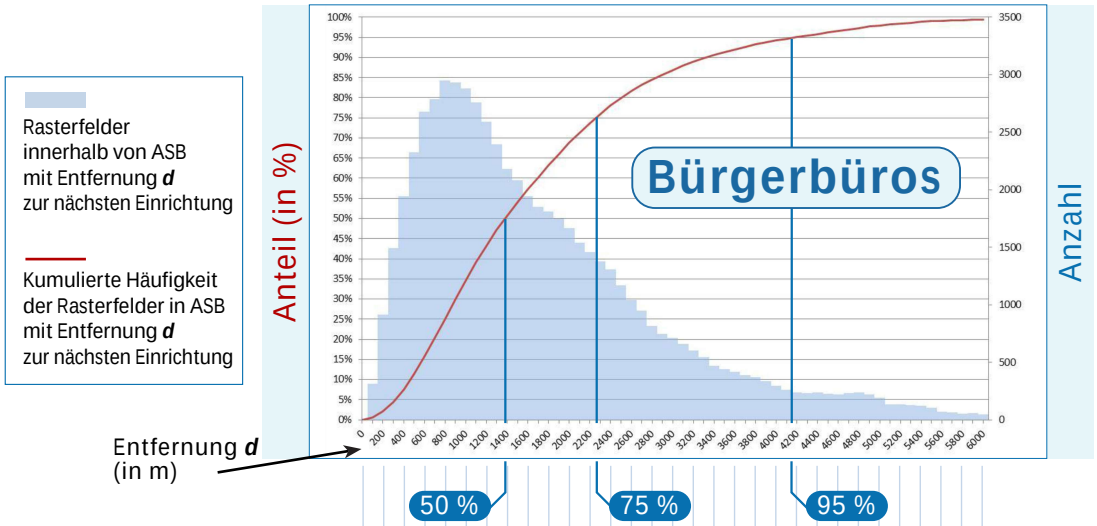
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 800	3
> 800 bis 1400	2
> 1400 bis 2000	1
> 2000	0



Bürgerbüros

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974: *max. 7.000 m*

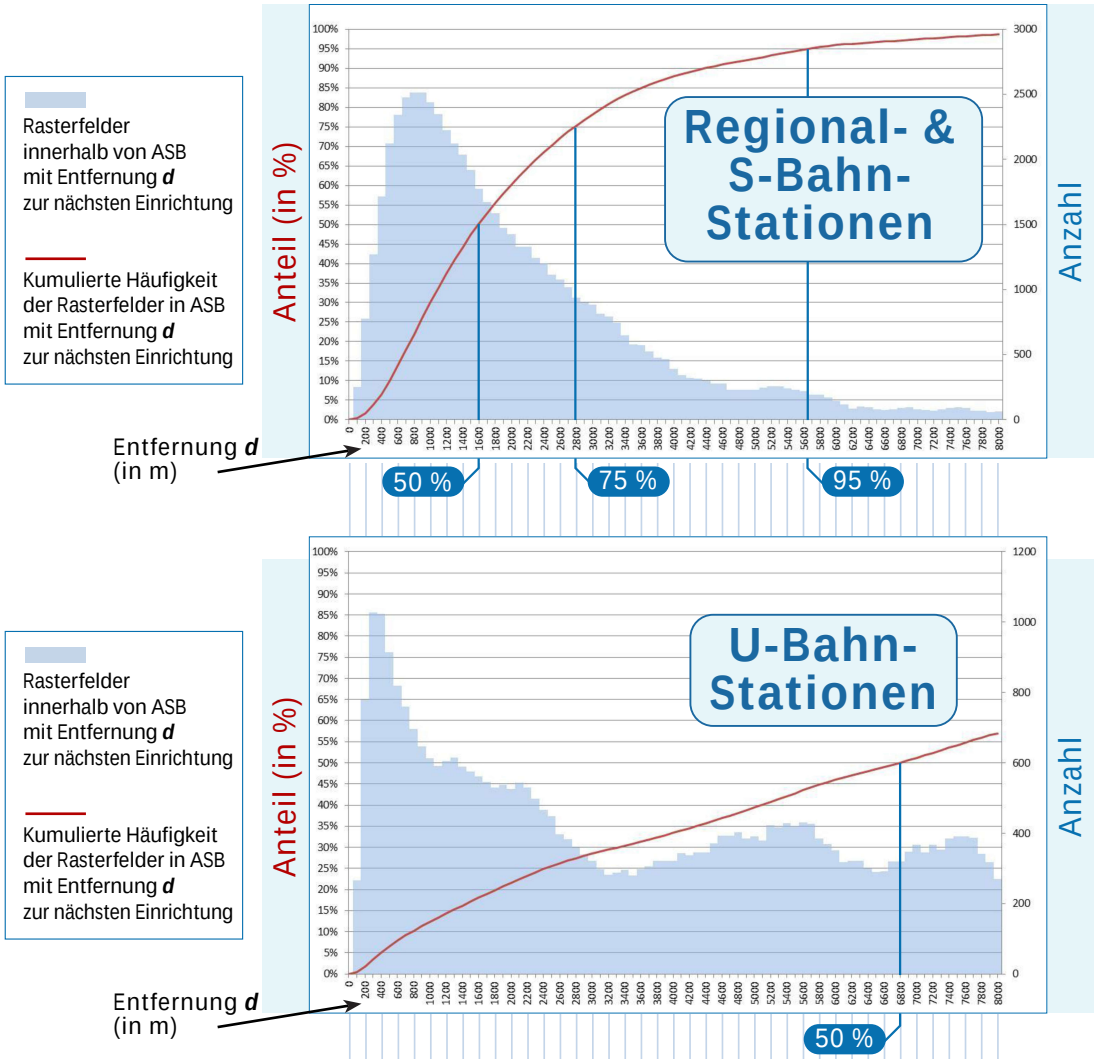
3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 1500	3
> 1500 bis 2500	2
> 2500 bis 4000	1
> 4000	0

3 2 1 0

SPNV-Haltepunkte

1 „Ist-Situation“ in den ASB



2 Literaturangaben

BORCHARD 1974:	*max. 500 m zu Fuß*	
GERIKE 2005:	*max. 600 m – 1.000 m*	*SPNV-Haltestellen (S- und Regionalbahn)*
	400 m – 600 m	*SPNV-Haltestellen (U/S-Bahnhaltestelle)*
Einig et al. 2009:	*max. 1.000 m zu Fuß*	*max. 2.000 m per Rad*

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel

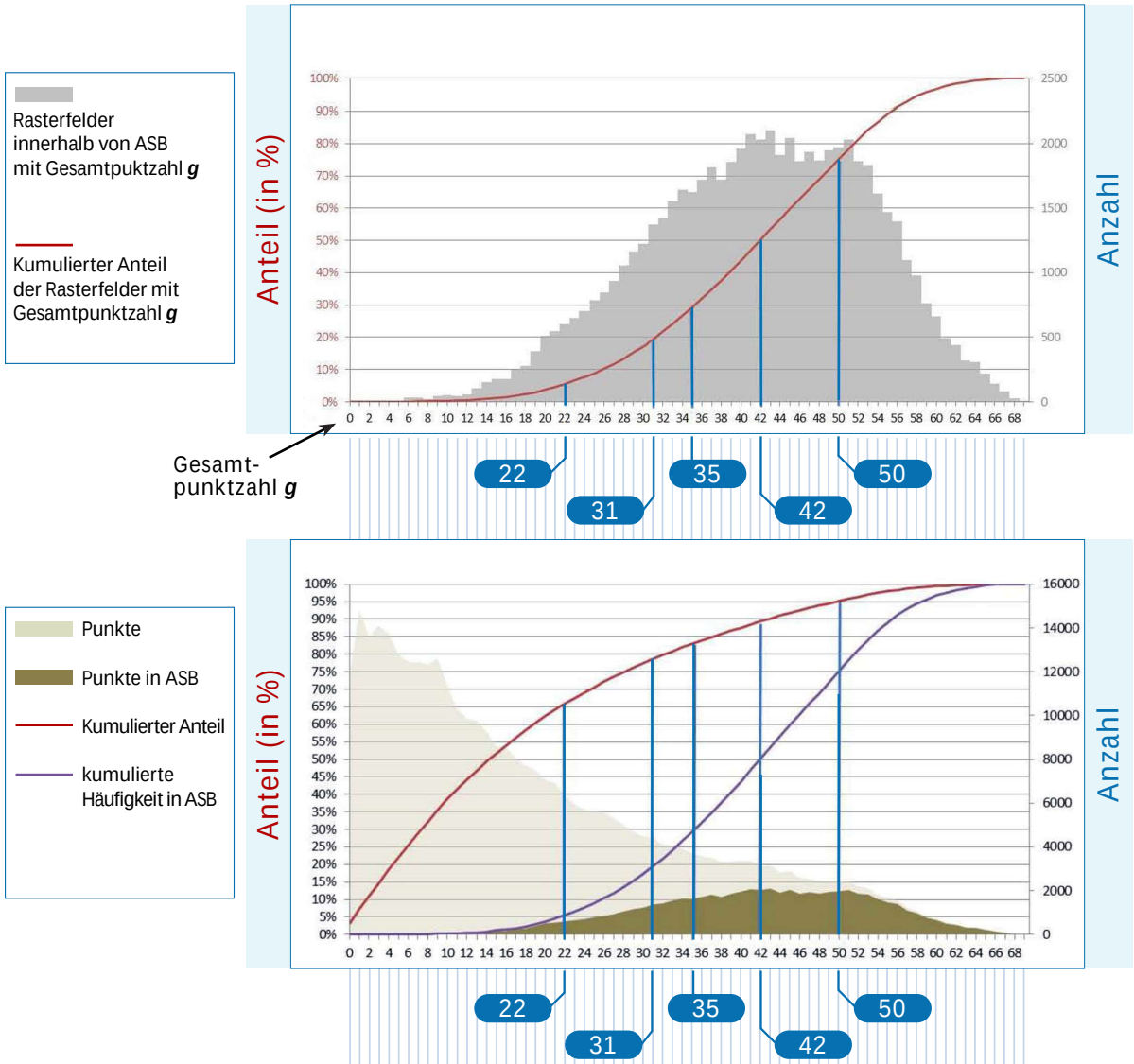
Bewertung	
Entfernung (m)	Punkte
bis 500	3
> 500 bis 1000	2
> 1000 bis 1500	1
> 1500	0



Lfd Nr. 19 ENTWURF - Stand: Juni 2016

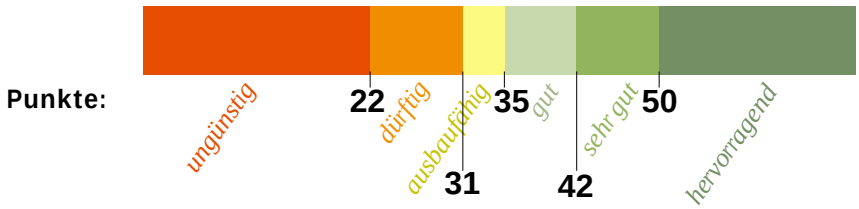
Bewertung der Gesamtsummen

1 „Ist-Situation“ Gesamtbewertung der ASB-Flächen



2 Literaturangaben

3 Festgelegter Bewertungsschlüssel



Lfd Nr. 20 ENTWURF - Stand: Juni 2016

7.1.2 Planzeichen b) ASB für zweckgebundene Nutzungen (ohne Planzeichen ba)

(Hinweis: Begründung zu ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) siehe Kapitel 7.1.4)

7.1.2.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) beibehaltene Bereiche

- Jugend JVA, Schuleinrichtungen des Landes NRW, Einrichtungen der Polizei in Wuppertal
- Kliniken in Bedburg-Hau
- Bildungs- und Pflegeanstalt in Mettmann
- Gesundheit, Pflege und zugehörige Bildungseinrichtungen in beiden Bereichen in Wülfrath
- Freizeitpark Wunderland in Kalkar
- Spiel- und Erlebnispark Irrland in Kevelaer (verändert)
- Velbert – Freizeitpark Röbbeck (verändert)
- Militärische Anlagen in Hilden
- Militärische Anlagen in Mönchengladbach (verändert)
- Militärische Anlagen in Kalkar (Südlicher ASB-Z in Kalkar)

7.1.2.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

1. Bedburg Hau - Der nördliche Teil der Zweckbindung wird gestrichen. Erweiterungsflächen LVR werden nicht mehr benötigt. Zentrale Lage kann für eine Kombination ASB und Freiraum genutzt werden.

2. Tönisvorst – Militärische Anlagen werden nicht mehr benötigt. Im Bereich von Tönisvorst sind überwiegend Freiraumnutzungen in der Vergangenheit im Bereich der militärischen Liegenschaft gewesen, so dass hier eine Freiraumdarstellung erfolgt.

3. Mönchengladbach JHQ - Militärische Anlagen am JHQ werden nicht mehr benötigt. Für den Standort sind unterschiedliche Nachfolgekonzepte diskutiert worden.

NRW.URBAN hat für das JHQ Grobkonzepte folgende Alternativen / Varianten als Grundlage für den regionalen Zielfindungsprozess entwickelt:

Grobkonzept 0: Entwicklung des Areals ohne bauliche Folgenutzung:

- Alternative 0.1 und 0.2 Rückbau des Gesamtgeländes mit Möglichkeiten für Kompensationsmaßnahmen, Landwirtschaft, Agrobusiness, Freizeit und Erholung in Kombination mit der Nutzung regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne).

Grobkonzept 1: Entwicklung mit baulicher Folgenutzung im Osten des Areals mit

- Alternative 1.1: Platzierung einer „intensiv genutzten Insel“ (bis zu 35 ha) sowie „extensiv genutzter Inseln“ (bis zu 28 ha) westlich und nördlich angrenzend an die zentrale Freifläche, westlicher Bereich des Areals mit Möglichkeiten für Kompensationsmaßnahmen, Landwirtschaft, Agrobusiness, Freizeit und Erholung in Kombination mit der Nutzung regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne).
- Alternative 1.2 Platzierung einer „intensiv genutzten Insel“ (bis zu 54 ha) westlich und nördlich angrenzend an die zentrale Freifläche, westlicher Bereich des Areals mit Mög-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

lichkeiten für Kompensationsmaßnahmen, Landwirtschaft, Agrobusiness, Freizeit und Erholung in Kombination mit der Nutzung regenerativer Energiequellen (Wind, Sonne).

Im Rahmen der Erarbeitung des RPDs kann der Bedarf an gewerblichen Bauflächen innerhalb des Stadtgebietes in ausreichendem Umfang an geeigneten Standorten abgedeckt werden. Ein möglicherweise entstehender Bedarf nach Flächen für bauliche Entwicklungen für Forschung im Bereich der regenerativen Energieerzeugung oder Speicherung wird derzeit in einer für den Regionalplan darstellungsrelevanten Größenordnung (10 ha und mehr) ebenfalls nicht gesehen. Vielmehr werden sich in Zukunft ergebende Möglichkeiten fallbezogen beurteilt werden müssen.

Aufgrund der besonderen Eignung des Gebiets soll die Weiterentwicklung von Natur/Freiraum in Kombination mit einer Windkraftnutzung und anderer regenerativer Energiegewinnungsarten Vorrang gegeben werden.

7.1.2.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neudargestellte Bereiche

- Umnutzung bestehender Gebäude zur Zwischenlagerung von Speditionsgütern im Depot Haldern in Rees (im GEP99 auch als ASB-Z dargestellt, aber für militärische Zwecke)
- Umnutzung bestehender Bunker für nicht störendes Gewerbe und Sicherung der bestehenden Ferienhausnutzung Konversionsfläche Twisteden in Kevelaer
- Klinik Wuppertal (nordwestlicher ASB-Z in Wuppertal)
- Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen (Westlicher ASB-Z in Mönchengladbach)
- Neuss – Freizeitanlage Skihalle
- Reitsportzentrum Goch-Pfalzdorf

Die ersten beiden Bereiche sind Konversionsstandorte, die aufgrund einer Nachfolgenutzung der bestehenden baulichen Anlagen in einer raumbedeutsamen Größe dargestellt werden sollen.

Der neue Bereich in Wuppertal ist – in dem im ersten RPD-Entwurf als GIB dargestellten Bereich Kleine Höhe – als ein rund 10 ha großer Bereich entlang der Nevigeser Straße dargestellt. Der Bereich soll für die Ansiedlung einer Maßregelvollzugsklinik des Landes NRW genutzt werden. Dieser Standort rückte erst während der ersten Beteiligungsphase in den Fokus der Standortsuche. Deshalb ist er erst im zweiten Entwurf enthalten. Im Rahmen der Standortsuche, die in Zusammenarbeit des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW (MGEPA NRW) und des Landesbeauftragten für den Maßregelvollzug erfolgt ist, wurde ein „Allgemeiner Kriterienkatalog zur Auswahl von potenziellen Standorten für Maßregelvollzugskliniken in Nordrhein-Westfalen“ veröffentlicht. Die gewählte Vorgehensweise erscheint vor dem Hintergrund der Komplexität der zu berücksichtigenden Faktoren grundsätzlich nachvollziehbar. Die Wahl des Standortes Kleine Höhe ist auch insoweit nachvollziehbar als ein im Regionalplan bereits für eine siedlungsräumliche Nutzung vorgesehener Standort gewählt wird.

Die Bereiche in Neuss und Mönchengladbach sind Bestandsbereiche. Der Bereich in Mönchengladbach ist für Einrichtungen zur Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Im GEP 99 war dieser Bereich Teil des größeren ASB-Z für militärische Nutzungen (siehe 7.1.2.2).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anlass für die Darstellung eines ASB mit der Zweckbindung „Reitsportzentrum Goch-Pfalzdorf“ ist eine Planung der Stadt Goch und die darin angestrebte Erweiterung einer bestehenden Reitsportanlage. Die Lage und Größenordnung des Planvorhabens und das besondere Alleinstellungsmerkmal als internationales Reitsportzentrum erfordert unter Berücksichtigung der Ziele des LEP NRW eine Darstellung als Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzung (ASB-Z), da es sich in diesem Fall um eine raumbedeutsame, überwiegend durch bauliche Anlagen geprägte Sporteinrichtung handelt und der Betrieb nicht mehr einer landwirtschaftlichen Nutzung zuzuordnen ist.

7.1.3 Planzeichen ba) Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen

Die so genannten ASB-E Bereiche sind im RPD im Wesentlichen die, die auch im GEP99 enthalten waren. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass die bisher dargestellten Bereiche in einer ausreichenden Größe dimensioniert sind, weil Vergrößerungswünsche oder die Neuausweisung von solchen Flächen nicht in der Umsetzungsfrist des GEP99 an die Regionalplanungsbehörde herangetragen worden sind. Gleichzeitig wurde mit den kommunalen Wünschen deutlich, dass an vielen Stellen eine Reduzierung der ASB-E vorgenommen werden kann. Deshalb sind an einigen Stellen ASB-E reduziert worden. Die einzige neue ASB-E-Darstellung des RPD in Geldern Walbeck zeichnet den Bestand nach.

Streichungen und Reduzierungen in der zeichnerischen Darstellung im Vergleich zu GEP99 :

1. Velbert

Der ASB-E wird aufgrund der nicht mehr vorhandenen Planung der Stadt Velbert einen Sport- und Freizeitpark zu errichten, gestrichen (ca. 64 ha) und mit entsprechenden Freiraumdarstellungen belegt. Der südlich Rand des ASB-E soll als Arrondierung an den bestehenden GIB in GIB (ca. 9 ha) umgewandelt werden.

2. Grefrath

Der ASB-E Grefrath wird als ASB dargestellt. Es handelt sich überwiegend um baulich geprägte Freizeit- und Erholungsanlagen, die laut LEP NRW (Ziel 6.6-2) in der Regel in Allgemeinen Siedlungsbereichen angesiedelt werden sollen.

3. Reduzierung Walbeck

In Walbeck wurde der im GEP99 vorhandene Standort von 27 ha auf 16 ha reduziert. Gleichzeitig wurde eine größere Anlage im Bestand dargestellt.

7.1.4 Planzeichen c) Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (ohne Planzeichen ca) und ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE)

7.1.4.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleich bleibende Bereiche

Die im Regionalplan (GEP99) bereits dargestellten GIB wurden hinsichtlich ihrer Eignung für eine Umsetzung als GIB auf Basis der veränderten textlichen Ziele im Regionalplan und auf der Grundlage der Ziele des LEP NRW geprüft. Insbesondere sind hier die Vorgaben zum Siedlungsraum zu nennen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Prüfung ist auf Grundlage des Siedlungsmonitorings und ergänzender Raumanalysen erfolgt. Folgende Kriterien wurden in die Abwägung über die zukünftige Darstellung eingestellt:

- Planungsziele der Kommune:
    - Kommunale Entwicklungsziele (z.B. kommunale Wünsche, Gewerbeflächenkonzepte)
    - Bestehende Festsetzungen im FNP
- Struktur des GIB:
    - Bestand an großflächigen EZH-Betrieben (Erhebung 2012),
    - Bestand sonstiger in einer Luftbildanalyse und in der Örtlichkeit erkennbarer Nutzungen, die im Konflikt zu einer gewerblich-Industriellen Nutzung stehen können (z.B. Wohnen),
    - Bestand an genehmigungspflichtigen Gewerbebetrieben nach BImSchG und insbesondere an Störfallbetrieben auf Grundlage der Kartografischen Abbildung von Betriebsbereichen und Anlagen nach der Störfall-Verordnung (KABAS) und des Informationssystems Stoffe und Anlagen (ISA). Bei Betroffenheit entsprechender Anlagen wurden Stellungnahmen der Fachdezernate (Dez. 52 und 53) und ggf. der unteren Immissionsschutzbehörden eingeholt.

Die Planungsziele der Kommunen wurden in der Abwägung höher bewertet als die bestehende Struktur des GIB, da es sich beim RPDs um einen langfristigen Planungszeitraum, eine langfristige Perspektive handelt und eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung es erfordert, dass die regionalen Planungsziele auch kommunal mitgetragen werden, damit keine „Planungsleichen“ entstehen, die nicht umgesetzt werden können. Für die GIB in denen sich genehmigungspflichtige Betriebe nach BImSchG oder Betriebe, die besondere Schutzvorkehrungen bedürfen (z.B. Betriebsbereiche nach Störfall-VO) befinden, ist nur im Einzelfall eine Änderung von GIB in ASB im RPD Verfahren erfolgt. Eine Änderung ist ausnahmsweise erfolgt, wenn der Betrieb nicht durch die Änderung beeinträchtigt werden dürfte (z.B. weil es sich um Betriebe handelt, die auch im ASB bzw. im Gewerbegebiet liegen können). Im Einzelfall erfolgte eine Änderung im RPD Verfahren, wenn die Kommune angesichts des Strukturwandels langfristig eine Umstrukturierung des Gebietes anstrebt (z.B. aufgrund bereits bestehender Konflikte mit bereits bestehenden schutzbedürftigen Nutzungen im direkten Umfeld).

Als Ergebnis der Auswertung wurden die meisten GIB im RPD weiterhin als GIB dargestellt. In einigen Bereichen erfolgte die Darstellung von ASB, ASB-GE oder GIBZ. Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 06.07.2016; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[3]

[3] Darüber hinaus wird verwiesen auf den Anhang 3 der Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die GIB des Regionalplanes (GEP99), in denen sich eine Gemengelage verschiedener Nutzungen entwickelt haben, z. B. aus einer Mischung von Gewerbebetrieben, Wohnen, Freizeiteinrichtungen oder Einzelhandel, und in denen sich keine Betriebsbereiche nach Störfall-VO im Gebiet oder im Umfeld befinden, wurden im RPD als GIB belassen, wenn die Gemeinde die Zielsetzung verfolgte, die gewerbliche Entwicklung an dem Standort zu stärken und die konkurrierenden Nutzungen auf den Bestand zurückzuführen.

7.1.4.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

In der in Kapitel 7.1.4.1 ausgeführten Prüfung der im Regionalplan (GEP99) bestandenen GIB hinsichtlich ihrer Eignung für eine Umsetzung als GIB wurden einige GIB identifiziert, die gestrichen wurden oder die in eine andere Nutzungskategorie ASB oder ASB-GE umgeändert wurden.

Die GIB des Regionalplanes (GEP99), in denen sich eine Gemengelage verschiedener Nutzungen entwickelt hatte, z. B. aus einer Mischung von Gewerbebetrieben, Wohnen, Freizeiteinrichtungen oder Einzelhandel und in denen sich keine Betriebsbereiche nach Störfall-VO im Gebiet oder im Umfeld befanden, die durch die Umplanung neu beeinträchtigt werden könnten, wurden im RPD als ASB dargestellt.

Für die GIB im GEP99 in denen sich genehmigungspflichtige Betriebe nach BImSchG oder Betriebe, die besondere Schutzvorkehrungen bedurften (insbesondere Betriebsbereiche nach Störfall-VO) befanden, ist wie in Kap. 7.1.4.1 ausgeführt nur im Einzelfall eine Änderung von GIB in ASB im RPD erfolgt, z.B. wenn die Betriebe nicht durch die Änderung beeinträchtigt werden.

Die GIB des Regionalplanes (GEP99), in denen sich eine Gemengelage verschiedener Nutzungen (ohne Wohnen) entwickelt hatte, z. B. aus einer Mischung von Gewerbebetrieben, Freizeiteinrichtungen oder Einzelhandel, und in denen sich keine Betriebsbereiche nach Störfall-VO im Gebiet befanden, wurden im RPD als ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe dargestellt, wenn in Abstimmung mit den Städten und Gemeinden sichergestellt werden sollte, dass bestehende Reserven für eine gewerbliche Nutzung vorgehalten werden sollen, oder in der Umgebung befindliche Gewerbe- und Industriebetriebe vor der Ansiedlung von Wohnbauflächen im Änderungsbereich geschützt werden sollen.

Bei den im Regionalplan (GEP99) bestehenden GIB-Reserven, d.h. GIB, die noch nicht in den Flächennutzungsplänen für eine gewerbliche Nutzung umgesetzt wurden und im Siedlungsmonitoring als Reserven erfasst wurden, wurde eine Streichung und Darstellung als Freiraum überprüft. Dabei wurden folgende Kriterien in die Abwägung zur Streichung von Bereichen eingestellt:

- Bedarf / Überhang an bestehenden Bereichen,
- Planungsziele der Kommune,
- Planungsstand, Verfügbarkeit
- Standorteignung / Standortqualität (z.B. Nähe zu Wohnbebauung, Verkehrsanbindung, Parzellierung),

---

http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

Stand Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

- Naturräumliche Qualität / Restriktionsräume.

Bedarf: Auf Basis des Siedlungsflächenmonitorings wurde, wie in Kap. 7.1.4.4 ausgeführt, ein Bedarf für die einzelnen Städte und Gemeinden hergeleitet und wurden die Entwicklungspotenziale des Regionalplanes ermittelt. Bestanden in einer Kommune mehr Reserven als Bedarf nach HSP für eine gewerbliche Entwicklung, dann wurde eine Streichung bestehender GIB Reserven geprüft.

Es wurden auch Reserven von den Städten und Gemeinden zum Tausch vorgeschlagen, um bei bestehenden Überhängen einen Handlungsspielraum zur Entwicklung von Standortalternativen zu bekommen. In diesen Fällen wurde angestrebt, dass der Tausch mindestens größengleich erfolgt ist.

Folgende Kriterien wurden bei den Prüfungen (Eignung für Streichung / Tausch) herangezogen:

Planungsziele / Planungsstand / Verfügbarkeit: Für eine Streichung wurden GIB-Reserven vorgeschlagen, für die noch keine bauleitplanerische Konkretisierung in FNP und insbesondere in B-Plänen vorgenommen wurde. GIB-Reserven, die von den Städten und Gemeinden zur Streichung vorgeschlagen wurden, weil sie aufgrund ihrer hohen Freiraumwertigkeit oder aus anderen Gründen nicht umgesetzt werden können (z.B. fehlende Verfügbarkeit, geänderte kommunale Planungsziele) wurden aufgehoben und entsprechend der Umgebung bzw. der Standortqualitäten als Freiraum dargestellt. In einigen Städten und Gemeinden wurden auch im FNP bereits dargestellte gewerbliche Bauflächen für einen Tausch vorgeschlagen. Die Umsetzung des Tausches erfolgt parallel zur Erarbeitung des RPDs bzw. im Rahmen der Bauleitplanung für die neu geplanten gewerblichen Bauflächen.

Die **Standorteignung / Standortqualität** einer Reserve ist entscheidend für ihre Nutzbarkeit und damit für die bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung. Teilweise sind Reserven für eine gewerbliche Entwicklung nur eingeschränkt nutzbar, wenn die Nähe zu Wohnbebauung den Betrieb nur eingeschränkt ermöglicht, oder wenn der Grundstückszuschnitt für eine gewerbliche Nachfrage nicht passt oder die Verkehrsanbindung sehr unattraktiv für eine gewerbliche Nutzung ist. Sind die Defizite der Reserve so groß, dass nicht absehbar ist, eine gewerbliche Nutzung zu realisieren, dann wird überprüft, ob die Reserve sich dazu eignet, zurückgenommen zu werden (Freiraumdarstellung) oder für andere Nutzungen dargestellt zu werden (z.B. Wohnen), wenn Bedarf bestehen sollte. In dieser Bewertung werden auch die **naturräumlichen Qualitäten** herangezogen. Die noch nicht bauleitplanerisch umgesetzten GIB wurden dahingehend geprüft, ob naturräumliche Restriktionen gegen eine Entwicklung sprechen. Solche sind z.B. Naturschutzgebiete, FFH-Gebiete und Vogelschutzgebiete, Biotopverbundflächen der Stufe 1 und 2 nach dem Fachbeitrag des LANUV, Bereiche für den Grundwasserschutz und Gewässerschutz (BGG) und Überschwemmungsbereiche. GIB-Reserven mit einer hohen Freiraumqualität werden prioritär für eine Rücknahme vorgeschlagen als solche ohne besondere Qualitäten. Die Ausführungen in Kap. 7.1.1.9 zu restriktionsarmen Bereichen für eine Siedlungsentwicklung gelten auch für die Bewertung bestehender GIB Reserven.

Einzelne GIB Reserven werden im Regionalplan weiterhin als GIB dargestellt, aber nicht mehr als Reserve in der Flächenbilanz angerechnet, wenn die obige Prüfung ergibt, dass sie für eine gewerbliche Entwicklung nicht umsetzbar sind, ihr Zuschnitt und die Lage eine Darstellung als Freiraum im Maßstab des Regionalplanes allerdings nicht sinnvoll ermöglichen

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

(z.B. mitten im Siedlungsbereich gelegen oder kleinteilige Fläche, die nicht in den zeichnerischen Darstellungen erkennbar wäre).

7.1.4.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Folgende Kriterien lagen der Abwägung für neue GIB zugrunde:

- Bedarf
- Planungsziele, Verfügbarkeit
- Standorteignung / Standortqualität (Anbindung an bestehende Siedlungsbereiche, Verkehrsanbindung, Bindungen)
- Naturräumliche Qualität

Bedarf: Auf Basis des Siedlungsflächenmonitorings wurde, wie in Kap. 7.1.4.4 ausgeführt, ein Bedarf für die einzelnen Städte und Gemeinden hergeleitet und wurden die Entwicklungspotenziale des Regionalplanes ermittelt und bilanziert. Bestand ein Bedarf für die Ausweisung neuer Gewerbeflächen in einer Kommune (in GIB und/oder ASB) nach HSP, dann wurden Standorte möglicher neuer GIB oder ASB geprüft. Neue GIB konnten auch bei bestehenden Überhängen dargestellt werden, wenn im Ausgleich Reserven von den Städten und Gemeinden zum Tausch vorgeschlagen wurden. Folgende Kriterien wurden bei den Prüfungen (Eignung für Neudarstellung als GIB / Tausch) herangezogen:

Geprüft wurden potenzielle neue GIB/ASB (für eine gewerbliche Nutzung), die von den Städten und Gemeinden für eine Siedlungsentwicklung vorgeschlagen wurden (**Planungsziele** der Städten und Gemeinden). Diese neuen GIB / ASB (für eine gewerbliche Nutzung) wurden in Kommunalgesprächen und in teilregionalen Konzepten zur gewerblichen Entwicklung vorgeschlagen. Einzelne neue GIB / ASB (für eine gewerbliche Nutzung) wurden von der Regionalplanungsbehörde vorgeschlagen, jedoch mit den Planungszielen der Städte und Gemeinden im Verfahren abgeglichen. Die Planungsziele werden mit einer hohen Priorität in die Abwägung für die neuen GIB /ASB eingestellt, weil eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung es erfordert, dass die Reserven auch umsetzbar sein müssen. Zudem fehlen auf Ebene des Regionalplanes Informationen, z.B. über Eigentumsverhältnisse und Verfügbarkeiten. Die zeitliche **Verfügbarkeit** der Reserven ist von entscheidender Bedeutung für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung. Eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung erfordert es, dass es Reserven für eine gewerbliche Entwicklung gibt, die kurz-, mittel- und auch langfristig zur Verfügung stehen.

Standorteignung / Standortqualität: Bei der Abwägung, welche Bereiche neu im RPD dargestellt werden, wurden **Bindungen** (z.B. Betriebserweiterungsflächen oder Altlasten) mit einbezogen. Dem bereits ansässigen Gewerbe müssen – bei Bedarf – ausreichend Erweiterungsflächen zur Verfügung gestellt werden. Sie stellen insofern Bindung dar, als dass Betriebserweiterungsflächen nicht für eine Ansiedlung neuer Betriebe geeignet sind und zudem unklar ist, wann eine Umsetzung erfolgen wird. Auch besteht eine Standortbindung, da es nur begrenzte Standortalternativen bei der Betriebserweiterung gibt. So kann es ausnahmsweise erforderlich gewesen sein, dass Freiraum mit besonderen naturräumlichen Qualitäten als GIB überplant wird, der für eine Neuansiedlung eines Betriebes nicht in Frage käme, da dann Standortalternativen bestehen. Altlasten sind einerseits ein Standortpotenzial, weil die Umnutzung von Brachflächen Priorität vor einer Inanspruchnahme von Freiraum hat, gleichzeitig weisen mit Altlasten belastete Fläche ein höheres Umsetzungsrisiko auf und sind vielfach erst langfristig verfügbar. Da eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung es erfordert,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dass auch Reserven kurzfristig zur Verfügung stehen, wird vermieden, den Bedarf z.B. nur über die Umnutzung von erst mittel- bis langfristig zur Verfügung stehenden Brach- und Konversionsflächen zu decken.

Neue GIB erfordern nach den Ziel 6.3-3 *Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen* des LEP NRW einen **Anschluss an andere Siedlungsbereiche**. Es sei denn, es gibt keine Standortalternativen (z.B. keine naturräumlich restriktionsarmen Bereiche, keine Standorte mit guter Verkehrsanbindung). Bei neuen GIB sollten sich unmittelbar angrenzend keine Wohnbauflächen befinden. Im Einzelfall konnte sich angrenzend ein ASB bzw. eine Wohnbauflächen befinden, dann musste aber eine Perspektive erkennbar sein, dass die Planung eines gegliederten Gewerbe- und Industriegebietes im GIB möglich ist.

Anbindung an überörtliches Straßen- / Schienennetz: Für die Darstellung neuer GIB ist eine ortsdurchfahrtsfreie Anbindung an das überörtliche Straßennetz erforderlich. Nur im Einzelfall (fehlende Alternativen) konnte auch ein schlechter angebundener GIB neu dargestellt werden. In der Abwägung bekamen potenzielle Standorte für neue GIB, die in unmittelbarer Nähe einer BAB Anschlussstelle liegen ein besonders Gewicht in der Abwägung. Bestehende oder in Planung befindliche Anbindungen an das Schienennetz und an Häfen (z.B. durch Schienennetz) bekamen ein sehr hohes Gewicht in der Abwägung (bei Arrondierung oder Neudarstellung eines GIB).

Neue GIB sollten in **restriktionsarmen Bereichen für die zukünftige Siedlungsentwicklung** liegen. Die Ausführungen aus Kapitel 7.1.1.9 galten auch für die Darstellung und Prüfung neuer GIB bzw. ASB (für eine gewerbliche Entwicklung).

Im Rahmen der Erarbeitung des RPDs wurden auch die Ränder der bestehenden GIB überprüft. Bestehende Siedlungsnutzungen am Rande der GIB wurden im Regionalplan dargestellt, wenn sie von einem gewissen Gewicht sind und die Freiraumwertigkeit (naturräumliche Qualität) es zulässt. Bei hoher Freiraumwertigkeit sollte jegliche weitere Siedlungsentwicklung / Verfestigung vermieden werden und auf eine Darstellung trotz baulichem Bestand verzichtet werden. Bei einer solchen Neudarstellung werden die Flächen nicht in Flächenbilanz einbezogen.

Im RPD sind im Abgleich zum GEP99 verschiedene redaktionelle Änderungen vorgenommen worden. Diese redaktionellen Änderungen erzeugten keine neuen Siedlungsentwicklungspotenziale, sondern passten die zeichnerische Darstellung nur an die real vorhandenen Gegebenheiten an. Hierbei konnte es sich gleichermaßen um neue Darstellungen oder Rücknahmen handeln, die aber keine weitere Konsequenz für die Bauleitplanung hat. Solche redaktionellen Änderungen in Form von Rücknahmen können sich beispielsweise ergeben, wenn sich an den Rändern der GIB für den Naturschutz fachlich wertvolle Bereiche entwickelt haben, die auch für eine weitere Bauleitplanung eine zu große Hürde darstellen und somit ohnehin nie als Gewerbeflächenpotenzial gewertet waren.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.1.4.4 Bedarfsgerechte Wirtschaftsflächen - Regionaler Handlungsspielraumansatz - Controlling statt Prognose

Die Berechnung des Bedarfs an Wirtschaftsflächen erfolgt über den sogenannten „regionalen Handlungsspielraumansatz“. Ziel ist, den Städten und Gemeinden für den Planungszeitraum einen angemessenen Handlungsspielraum für die gewerbliche Entwicklung zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Ausweisung von Überhängen zu Lasten der Freiraumentwicklung in den Plänen zu vermeiden. Um den Bedarf für diesen Handlungsspielraum zu

ermitteln, wird davon ausgegangen, dass genug Flächen zur Verfügung stehen sollten, um die im Monitoring beobachtete Flächenentwicklung eines vergleichbaren Beurteilungszeitraumes abdecken zu können. Mit Brachflächenabschlägen (d.h. -25% der in der Vergangenheit beobachteten Inanspruchnahmen, da zukünftig regelmäßig Brachflächen zur Verfügung stehen dürften) und der Einbeziehung von Brachflächen als Reserven soll sichergestellt werden, dass die „Trendfortschreibung“ nicht zu übermäßiger Inanspruchnahme von Freiraum führt. Diese Herleitung des zukünftigen Bedarfs aus den bisherigen Inanspruchnahmen bildet einen ersten quantitativen Orientierungsrahmen für die Bedarfsberechnung.

Eine Überprüfung der Reserven nach qualitativen Kriterien ergänzt den quantitativen Ansatz. Es ist nicht nur wichtig, dass genug Reserven zur Verfügung stehen, sondern auch, dass spezifische wirtschaftliche Nachfragen abgedeckt werden können. Der quantitative und qualitative Bedarf kann über die Daten aus dem Siedlungsmonitoring begründet werden. In der regelmäßigen Fortschreibung des Monitorings und in anlassbezogenen Aktualisierungen für einzelne Städte und Gemeinden wird der Handlungsspielraum überprüft und ggf. auf einen festgestellten Bedarf reagiert. Damit ist das Siedlungsmonitoring vergleichbar mit einem regelmäßigen „Controlling“ für eine bedarfsgerechte Flächenentwicklung. Für die Erarbeitung des RPDs und die Ermittlung des Handlungsspielraumes wurden die Daten des Siedlungsmonitorings zum Stichtag 01.01.2012 herangezogen. Es erfolgte eine Aktualisierung der Reserveflächen im Juni 2013 und eine Überprüfung des Handlungsspielraumes der einzelnen Städte und Gemeinden auf Basis der Daten aus dem Siedlungsmonitoring zum 1.1.2014.

7.1.4.4.1 Quantitativer Orientierungsrahmen: Handlungsspielraummethode (HSP)

Grundlage für die Ermittlung des quantitativen Orientierungsrahmes (HSP) bilden die durch die Städte und Gemeinden gemeldeten Inanspruchnahmen an gewerblich industrieller Baufläche im Beobachtungszeitraum. Eine Inanspruchnahme erfolgt, wenn die Fläche an den Endnutzer verkauft wurde. Aus den Daten des aktuellen Monitorings und vorheriger Erhebungsrunden wird eine Zeitreihe von 10 Jahren gebildet. Dem RPDs liegt der Beobachtungszeitraum von 2001 bis 2011 zugrunde. Es wird der Durchschnitt der Jahre gebildet, um Jahre auszugleichen, in denen eine ungewöhnlich hohe oder niedrige Inanspruchnahme gemeldet wurde (z.B. weil ein einzelner großer Betrieb sich angesiedelt hat oder weil ein Gewerbegebiet nicht entwickelt werden konnte). Die Tabelle 7.1.4.4.1.1 gibt die folgenden ersten Schritte der Ermittlung des HSP wieder.
Die durchschnittliche jährliche Inanspruchnahme an gemeldeten Flächen zu gewerblichen Zwecken wird mit der Anzahl der Jahre des Planungszeitraums multipliziert. Als solcher werden beim RPDs analog zur Berechnung des Wohnflächenbedarfs 20 Jahre ab dem Jahr 2012 angesetzt. Der Planungszeitraum wird auf 20 Jahre angesetzt, da es auf Ebene der Regionalplanung einen Spielraum geben sollte für die Siedlungsentwicklungen in neuen Flächennutzungsplänen und diese gehen i.d.R. von einem Planungszeitraum von 15 Jahren aus.

Um für die Städte und Gemeinden eine angemessene Flexibilität auch gegen Ende des Planungszeitraumes sicherzustellen, wird darüber hinaus ein Planungszuschlag von 20 Prozent vorgesehen. Durch diesen Zuschlag ist es möglich, auf Restriktionen bei einzelnen Flächen durch die Entwicklung von Alternativen reagieren zu können (wenn z.B. ein Tausch nicht möglich ist oder wenn die Reserve absehbar aber erst langfristig zur Verfügung steht). Das heißt auch, dass nicht alle im Regionalplan dargestellten Siedlungsbereiche im Planungszeitraum in den FNP umgesetzt werden können. Einem neuen Flächennutzungsplan bzw. eine Flächennutzungsplanänderung für die Darstellung neuer gewerblicher Bauflächen wird im

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Verfahren nach §34 LPlG immer eine aktuelle Bedarfsbewertung zugrunde gelegt, die auf den Daten des regelmäßigen Siedlungsmonitorings beruht. So dass z.B. auch im Planungszeitraum neu entstandene Reserven (vormals nicht verfügbare Flächen oder Brachen) in die Beurteilung einfließen.

Von dem Wert, der sich aus fortgeschriebener Inanspruchnahme und Planungszuschlag ergibt, wird ein Brachflächenabschlag von 25 Prozent abgezogen, um mögliche Entwicklungspotenziale zu berücksichtigen, die durch Betriebsstilllegungen oder Verlagerungen in den vielen bestehenden Gewerbegebieten entstehen und um zu vermeiden, dass der Freiraum zu stark in Anspruch genommen wird. Die Daten aus dem Siedlungsmonitoring belegen, dass Brachen eine große Rolle spielen. Im Siedlungsmonitoring 2012 lag der Anteil der ehemals baulich genutzten Flächen bei den gewerblichen Inanspruchnahmen in der Planungsregion bei 19 %. Dabei spielen Brachen in den bergischen Städten, bei denen 41 % der Inanspruchnahmen auf baulich genutzten Flächen erfolgten, eine deutlich größere Rolle als in den ländlich geprägten Gemeinden. In den Kreisen Kleve und Viersen lag ihr Anteil bei nur 8 %. Da in den 81 % Inanspruchnahmen auf bisher baulich nicht genutzten Flächen auch die Flächen mit erfasst wurden, für die keine Angaben gemacht wurden, und da der Brachflächenanteil in der Erhebung 2009 bei 33 % lag, wird davon ausgegangen, dass ein Ansatz von 25 % der fortgeschriebenen Inanspruchnahmen als Brachflächenabschlag bedarfsgerecht ist. Zudem wird absehbar auch in den ländlich geprägten Bereichen im Planungszeitraum von 20 Jahren die Bedeutung von Brachflächen in der Siedlungsentwicklung zunehmen. Schon alleine aufgrund der Tatsache, dass es immer mehr ältere Gewerbegebiete gibt.
Bei nachvollziehbaren Begründungen kann auch ein anderer Ansatz gerechtfertigt sein. In Abstimmung mit der Stadt Düsseldorf wird der Brachflächenabschlag für die Stadt von 25 % auf 60 % erhöht. Hier hat sich gezeigt, dass aufgrund des großen Siedlungsdruckes, der naturräumlichen Gegebenheiten und des Strukturwandels Brachflächen eine noch bedeutendere Rolle in der gewerblichen Entwicklung spielen als in anderen Städten und Gemeinden Eine pauschale Erhöhung des Brachflächenabschlages z.B. für die Bergischen Städte oder für andere Gemeinden, die höhere Anteile von Inanspruchnahmen auf baulich geprägten Bereichen im Beobachtungszeitraum hatten, ist nicht sinnvoll, weil sich die Brachflächenentwicklung nicht in allen Teilräumen in der gleichen Dynamik wie in der Stadt Düsseldorf vollzieht. Zudem fließen die Brachflächen als Reserven in die Bedarfsberechnung ein. Wenn die Belegenheitsgemeinde eine Brachfläche meldet und im Siedlungsmonitoring als verfügbar und geeignet bewertet, dann wird sie als Potenzial dem Bedarf gegenübergestellt. Höhere pauschale Abschläge würden zu einer Ungleichbehandlung von Kommunen mit einem guten Brachflächenmanagement führen, die Brachen auch als Reserven einer gewerblichen Entwicklung zuführen.

Verteilung des HSP nach raumordnerischen Kriterien
Der für jede Stadt und Gemeinde nach der oben erläuterten „Trendfortschreibung“ mit den Abschlägen ermittelte Orientierungsrahmen (im folgenden HSP 1 genannt) wird nun, ähnlich wie bei den Wohnbauflächen, nach bestimmten Kriterien auf die kreisfreien Städte und Kreise und innerhalb der Kreise verteilt. Diese Vorgehensweise ist deshalb angezeigt, da ungewöhnlich hohe oder niedrige Inanspruchnahmen so ausgeglichen werden können. Eine einfache Trendfortschreibung würde die Gemeinden bevorzugen, die im Beobachtungszeitraum sehr hohe Inanspruchnahmen hatten (z.B. weil ein Gewerbegebiet vermarktet wurde oder ein großer Betrieb sich angesiedelt hat). Diese Gemeinden würden auch in zukünftigen Erhebungen hohe Inanspruchnahmen melden können und damit weitere Bedarfe anmelden. Andere Gemeinden, die z.B. im Beobachtungszeitraum weniger Inanspruchnahmen melden

Stand: Unterlagen für den Kurzantrag des Ausschusses

konnten, weil z.B. wichtige Reserven nicht entwickelt werden konnten (z.B. wegen erforderlicher Altlastensanierung oder aufwendigen Planverfahren) könnten dann in eine Abwärtsspirale geraten, und auch zukünftig immer weniger „Bedarf“ anmelden. Zudem soll durch die Anwendung von Kriterien bei der Verteilung der Ermittlung des Orientierungsrahmens sichergestellt werden, dass Städte und Gemeinden besonders berücksichtigt werden, die ein hohes Arbeitskräftepotenzial aufweisen und Infrastrukturen vorhalten.

Bei der Verteilung des HSP 1 muss auch noch einmal klar gestellt werden, dass die Summe für die gesamte Planungsregion gleich bleibt. Es werden folgende Kriterien angewandt: Die Ober- und Mittelzentren bekommen einen Zuschlag nach ihrem Bevölkerungsanteil (Zentralität). Für die kreisfreien Städte ist die Umverteilung dann abgeschlossen. Die Verteilung der Kreisbedarfe erfolgt innerhalb der Kreise in drei Schritten, nach den Kriterien Arbeitsplatzdichte, Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter und Inanspruchnahmen.

Zentralität
Das erste Kriterium der Zentralität richtet sich nach der Einstufung der zentralen Orte im LEP NRW und nach dem Bevölkerungsanteil. Eine Siedlungsentwicklung, die sich am System der zentralen Orte ausrichtet, fordert der LEP NRW in Ziel 6.1-1. Es werden 25 Prozent des HSP 1 jeder Stadt und Gemeinde abgezogen und auf die Mittel- und Oberzentren verteilt. Wieviel ha ein Ober- oder Mittelzentrum davon erhält, hängt von dem Anteil der Bevölkerung des Ober- oder Mittelzentrums an der Bevölkerung aller Ober- und Mittelzentren ab. Es wird ein Faktor gebildet (Bevölkerung Stadt / Bevölkerung aller Ober- und Mittelzentren) (Bevölkerungszahlen von IT NRW, Stand Fortschreibung Zensus 31.12.2011). Die restlichen 75 Prozent des jeweiligen HSP 1 der kreisfreien Städte und Kreise verbleiben bei diesen.
Der Bedarfswert für die kreisfreien Städte besteht also aus den 75 Prozent des HSP 1 und dem Zuschlag nach Zentralität. Damit ist die Bedarfsberechnung für die kreisfreien Städte abgeschlossen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.1.1: Ermittlung des HSP 1

Bedarfsberechnung (HSP 2)	Inan-spruch-nahmen (2001-2011)	∅ Inan-spruch-nahmen pro Jahr * Planungs-zeitraum (20 Jahre)	… mit Planungs-zuschlag (+20 %)	... mit Brach-flächen-abschlag (25%, Stadt Düssel-dorf 60%) =HSP 1	25% von HSP 1 (zur Verteilung auf OZ und MZ)	Bevöl-kerung nach Zensus 2011 (Fort-schreibung Stichtag 31.12.2011)	Anteil der Ober- und Mittel-zentren an der Bevölkerung der OZ und MZ	Zuschlag nach Zentralität (für Ober- und Mittel-zentren) (von 25% des HSP 1)	Bedarf für kreisfreie Städte (HSP 2 = HSP 1 - 25% + Zuschlag nach Zentralität)
						Zuschlag nach Zentralität			
gesamt	1.583			2.660	665	2.976.439		665	
Düsseldorf	225	450	540	216	54	589.649	0,198	132	294
Krefeld	110	220	264	198	50	221.864	0,075	50	198
Mönchengladbach	100	200	240	180	45	254.834	0,086	57	192
Remscheid	64	128	154	115	29	110.132	0,037	25	111
Solingen	66	132	158	119	30	155.080	0,052	35	124
Wuppertal	127	254	305	229	57	342.570	0,115	76	248
Kleve, Kreis	258								
Bedburg-Hau	3	6	7	5	1			0	
Emmerich	32	64	77	58	14	29.944	0,010	7	
Geldern	24	48	58	43	11	32.889	0,011	7	
Goch	21	42	50	38	9	32.750	0,011	7	
Issum	5	10	12	9	2			0	
Kalkar	6	12	14	11	3			0	
Kerken	0	0	0	0	0			0	
Kevelaer	49	98	118	88	22	27.553	0,009	6	
Kleve	10	20	24	18	5	47.622	0,016	11	
Kranenburg	11	22	26	20	5			0	
Rees	11	22	26	20	5			0	
Rheurdt	2	4	5	4	1			0	
Straelen	48	96	115	86	22			0	
Uedem	18	36	43	32	8			0	
Wachtendonk	7	14	17	13	3			0	
Weeze	11	22	26	20	5			0	
Mettmann, Kreis	255								
Erkrath	13	26	31	23	6	43.812	0,015	10	
Haan	51	102	122	92	23	29.794	0,010	7	
Heiligenhaus	8	16	19	14	4	25.479	0,009	6	
Hilden, Stadt	21	42	50	38	9	54.500	0,018	12	
Langenfeld (Rhld.)	40	80	96	72	18	56.989	0,019	13	
Mettmann	9	18	22	16	4	37.874	0,013	9	
Monheim am Rhein	36	72	86	65	16	40.254	0,014	9	
Ratingen	36	72	86	65	16	86.882	0,029	19	
Velbert	26	52	62	47	12	81.192	0,027	18	
Wülfrath	16	32	38	29	7	21.143	0,007	5	
Rhein-Kreis Neuss	224								
Dormagen	76	152	182	137	34	62.312	0,021	14	
Grevenbroich	33	66	79	59	15	61.374	0,021	14	
Jüchen	14	28	34	25	6			0	
Kaars	8	16	19	14	4	41.941	0,014	9	
Korschenbroich	38	76	91	68	17	32.026	0,011	7	
Meerbusch	9	18	22	16	4	54.378	0,018	12	
Neuss, Stadt	33	66	79	59	15	151.070	0,051	34	
Rommerskirchen	13	26	31	23	6			0	
Viersen, Kreis	154								
Brüggen	10	20	24	18	5			0	
Grefrath	3	6	7	5	1			0	
Kempen, Stadt	39	78	94	70	18	34.937	0,012	8	
Nettetal, Stadt	10	20	24	18	5	41.429	0,014	9	
Niederkrüchten	7	14	17	13	3			0	
Schwalmtal	11	22	26	20	5	18.965	0,006	4	
Tönisvorst, Stadt	4	8	10	7	2	29.551	0,010	7	
Viersen, Stadt	28	56	67	50	13	74.974	0,025	17	
Willich, Stadt	41	82	98	74	18	50.676	0,017	11	

Verteilung des HSP 1 innerhalb der Kreise
Im Folgenden (siehe folgende Tabelle 7.1.4.4.1.2) findet nun noch eine Umverteilung der verbleibenden 75 Prozent des HSP 1 nach drei Kriterien innerhalb der Kreise statt, um auch teilräumliche Besonderheiten in der Planungsregion zu berücksichtigen.

25 % des HSP 1 werden in Tabelle 7.1.4.4.1.2 auf Basis der Inanspruchnahmen innerhalb der Kreise verteilt. Damit soll die bisherige Attraktivität des Wirtschaftsstandortes berücksichtigt werden. Es sollen die kreisangehörigen Städte und Kommunen gestärkt werden, in denen in der Vergangenheit viele Flächen vermarktet werden konnten, die also offensichtlich, sehr gute Standortfaktoren aufweisen. Die 25 % HSP 1 werden nach dem Anteil der gemeldeten Inanspruchnahme einer Stadt / Gemeinde an der insgesamt im Kreis gemeldeten Inanspruchnahme verteilt. Dafür wird ein Faktor gebildet (Inanspruchnahmen der Stadt zwischen 2001-2011 / Inanspruchnahmen aller Gemeinden im Kreis 2002-20111). Die Daten zu den Inanspruchnahmen haben die Städte und Kommunen im Rahmen des Siedlungsmonitorings 2012 geliefert.

Weitere 25 % des HSP 1 werden in Tabelle 7.1.4.4.1.2 auf Basis der Arbeitsplatzdichte (also den Arbeitsplätzen pro Einwohner im erwerbsfähigen Alter multipliziert mit 1.000) verteilt. Auch hier wird ein Faktor gebildet (Arbeitsplatzdichte in Stadt bzw. Gemeinde / Arbeitsplatzdichte im Kreis) (eigene Berechnung auf Grundlage der Bevölkerungszahlen von IT NRW, Stand 31.Dezember 2011, und der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort, IT NRW, Stand 30. Juni 2011). Darüber werden Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt, die möglicherweise kleiner sind und in der Summe nicht besonders viele Arbeitsplätze aufweisen, die aber wirtschaftlich besonders dynamisch sind, weil sie im Verhältnis zur Bevölkerung besonders viele Arbeitsplätze vorhalten.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.1.2: Verteilung des HSP 1 innerhalb der Kreise (nach Inanspruchnahmen und Arbeitsplatzdichte)

Bedarfsberechnung (HSP 2)	HSP 1	Inan-spruch-nahmen (2001-2011)	Anteil der Inanspruchnahmen der Gemeinde an der Summe der Inanspruchnahmen im Kreis (2001-2011)	Verteilung von 25% HSP 1 nach Anteil Inanspruch-nahme (innerhalb der Kreise) **entspricht** 25% von HSB 1	Arbeits-platzdichte	Anteil nach Arbeits-platzdichte (Quote)	Verteilung von 25% HSP 1 nach Arbeitsplatz-dichte (Quote* 25% von HSP 1)
				Verteilung des Bedarfs innerhalb der Kreise			
gesamt	2.660	1.583					
Düsseldorf	216	225					
Krefeld	198	110					
Mönchengladbach	180	100					
Remscheid	115	64					
Solingen	119	66					
Wuppertal	229	127					
Kleve, Kreis		258		116	5.616		116
Bedburg-Hau	5	3	0,012	1	501	0,089	10
Emmerich	58	32	0,124	14	472	0,084	10
Geldern	43	24	0,093	11	470	0,084	10
Goch	38	21	0,081	9	330	0,059	7
Issum	9	5	0,019	2	243	0,043	5
Kalkar	11	6	0,023	3	341	0,061	7
Kerken	0	0	0,000	0	164	0,029	3
Kevelaer	88	49	0,190	22	340	0,061	7
Kleve	18	10	0,039	4	522	0,093	11
Kranenburg	20	11	0,043	5	215	0,038	4
Rees	20	11	0,043	5	263	0,047	5
Rheurdt	4	2	0,008	1	126	0,022	3
Straelen	86	48	0,186	22	644	0,115	13
Uedem	32	18	0,070	8	397	0,071	8
Wachtendonk	13	7	0,027	3	240	0,043	5
Weeze	20	11	0,043	5	348	0,062	7
Mettmann, Kreis		255		115	5.073		114
Erkrath	23	13	0,051	6	381	0,075	9
Haan	92	51	0,200	23	591	0,116	13
Heiligenhaus	14	8	0,031	4	485	0,096	11
Hilden, Stadt	38	21	0,082	9	570	0,112	13
Langenfeld (Rhld.)	72	40	0,157	18	633	0,125	14
Mettmann	16	9	0,035	4	442	0,087	10
Monheim am Rhein	65	36	0,141	16	390	0,077	9
Ratingen	65	36	0,141	16	640	0,126	14
Velbert	47	26	0,102	12	547	0,108	12
Wülfrath	29	16	0,063	7	394	0,078	9
Rhein-Kreis Neuss		224		101	2.820		101
Dormagen	137	76	0,339	34	421	0,149	15
Grevenbroich	59	33	0,147	15	474	0,168	17
Jüchen	25	14	0,063	6	198	0,070	7
Kaars	14	8	0,036	4	305	0,108	11
Korschenbroich	68	38	0,170	17	279	0,099	10
Meerbusch	16	9	0,040	4	361	0,128	13
Neuss, Stadt	59	33	0,147	15	618	0,219	22
Rommerskirchen	23	13	0,058	6	164	0,058	6
Viersen, Kreis		154		69	3.306		69
Brüggen	18	10	0,065	4	384	0,116	8
Grefrath	5	3	0,019	1	312	0,094	7
Kempen, Stadt	70	39	0,253	17	504	0,152	11
Nettetal, Stadt	18	10	0,065	4	353	0,107	7
Niederkrüchten	13	7	0,045	3	214	0,065	4
Schwalmtal	20	11	0,071	5	273	0,083	6
Tönisvorst, Stadt	7	4	0,026	2	319	0,096	7
Viersen, Stadt	50	28	0,182	13	502	0,152	10
Willich, Stadt	74	41	0,266	18	445	0,135	9

In Tabelle 7.1.4.4.1.3 werden die verbleibenden 25 % des HSP 1 auf Basis des Anteils der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Arbeitsort am gesamten Kreis verteilt, da dieser die wirtschaftliche Situation am ehesten abbildet. Hier werden Städte und Gemeinden stärker berücksichtigt, in denen bereits viele Arbeitsplätze bestehen und in denen davon auszugehen ist, dass auch bereits Infrastruktur zur Verfügung steht. Die Zahlen wurden von IT NRW ermittelt und liegen der Regionalplanungsbehörde mit Stand 30. Juni 2011 vor.

In den Spalten „Ergebnis der Verteilung“ werden die oben rechnerisch ermittelten Bedarfe für die einzelnen Städte und Gemeinden noch einmal gezeigt und dann in der letzten Spalte HSP 2 summiert.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.1.2: Verteilung von 25 % des HSP 1 nach Anteil SVP-Beschäftigter HSP 2

Bedarfsberechnung (HSP 2)	25 % von HSP 1	SVP-Beschäftigte in kreisangehörigen Städten u. Gemeinden	Anteil nach SVP-Beschäftigten (Quote)	Verteilung von 25% HSP 1 nach Beschäftig-tenanteil	Verteilung von 25% HSP 1 nach Arbeits-platz-dichte (Quote * 25% von HSP 1)	Verteilung von 25% HSP 1 nach Anteil Inanspruch-nahme (innerhalb der Kreise)	Verteilung von 25 % HSP 1 auf MZ und OZ (Zentraltität)	HSP 2
gesamt							665	2686
Düsseldorf							132	294
Krefeld							50	198
Mönchengladbach							57	192
Remscheid							25	111
Solingen							35	124
Wuppertal							76	248
Kleve, Kreis	116	80.664		116	116	116		
Bedburg-Hau	1	4.424	0,055	6,4	10,3	1,4	0,0	18
Emmerich	14	9.172	0,114	13,2	9,7	14,4	6,7	44
Geldern	11	10.688	0,133	15,4	9,7	10,8	7,3	43
Goch	9	7.589	0,094	10,9	6,8	9,3	7,3	34
Issum	2	1.894	0,023	2,7	5,0	2,3	0,0	10
Kalkar	3	3.136	0,039	4,5	7,0	2,9	0,0	14
Kerken	0	1.367	0,017	2,0	3,4	0,1	0,0	6
Kevelaer	22	6.422	0,08	9,2	7,0	22,1	6,0	44
Kleve	5	17.166	0,213	24,7	10,8	4,3	10,6	50
Kranenburg	5	1.469	0,018	2,1	4,4	5,0	0,0	12
Rees	5	3.845	0,048	5,5	5,4	5,0	0,0	16
Rheurdt	1	580	0,007	0,8	2,6	0,8	0,0	4
Straelen	22	6.876	0,085	9,9	13,3	21,5	0,0	45
Uedem	8	2.163	0,027	3,1	8,2	8,2	0,0	20
Wachtendonk	3	1.281	0,016	1,8	5,0	3,2	0,0	10
Weeze	5	2.592	0,032	3,7	7,2	4,8	0,0	16
Mettmann, Kreis	115	167.728						
Erkrath	6	11.047	0,066	7,6	8,6	5,7	10,0	32
Haan	23	10.591	0,063	7,2	13,4	23,0	6,7	50
Heiligenhaus	4	8.135	0,049	5,6	11,0	3,5	6,0	26
Hilden, Stadt	9	20.323	0,121	13,9	12,9	9,2	12,0	48
Langenfeld (Rhld.)	18	24.600	0,147	16,8	14,3	17,9	12,6	62
Mettmann	4	10.990	0,066	7,5	10,0	3,9	8,6	30
Monheim am Rhein	16	10.798	0,064	7,4	8,8	16,1	9,3	42
Ratingen*	16	36.634	0,218	25,1	14,5	16,3	19,3	101
Velbert	12	29.194	0,174	20,0	12,4	11,6	18,0	62
Wülfrath	7	5.416	0,032	3,7	8,9	7,4	4,7	25
Rhein-Kreis Neuss	101	129.836						
Dormagen	34	17.400	0,134	13,5	15,0	34,2	14,0	77
Grevenbroich	15	19.960	0,154	15,5	16,9	14,6	14,0	61
Jüchen	6	2.956	0,023	2,3	7,1	6,2	0,0	16
Kaars	4	8.078	0,062	6,3	10,9	3,5	9,3	30
Korschenbroich	17	6.172	0,048	4,8	10,0	17,0	7,3	39
Meerbusch	4	12.334	0,095	9,6	12,9	4,3	12,0	39
Neuss, Stadt	15	61.520	0,474	47,7	22,1	15,0	33,9	119
Rommerskirchen	6	1.416	0,011	1,1	5,9	6,1	0,0	13
Viersen, Kreis	69	80.502						
Brüggen	5	4.020	0,05	3,5	8,0	4,3	0,0	16
Grefrath	1	3.192	0,04	2,7	6,5	1,5	0,0	11
Kempen, Stadt	18	11.801	0,147	10,1	10,5	17,4	8,0	46
Nettetal, Stadt	5	9.768	0,121	8,4	7,4	4,6	9,3	30
Niederkrüchten	3	2.188	0,027	1,9	4,5	3,2	0,0	10
Schwalmtal	5	3.507	0,044	3,0	5,7	5,1	4,0	18
Tönisvorst, Stadt	2	6.211	0,077	5,3	6,7	1,8	6,7	20
Viersen, Stadt	13	24.369	0,303	20,9	10,5	12,6	16,6	61
Willich, Stadt	18	15.446	0,192	13,3	9,3	18,5	11,3	52

* In der Stadt Ratingen wurde eine Gewerbereserve für eine Justizvollzugsanstalt in Anspruch genommen. Ein Flächentausch von +26 ha konnte bisher nicht verortet werden und wurde der Stadt als "Bedarf" gut geschrieben.

Reserven

Der tatsächliche Neudarstellungsbedarf an Siedlungsbereichen für Gewerbe ergibt sich in rein quantitativer Hinsicht, indem vom errechneten Handlungsspielraum (HSP 2) die vorhandenen Reserven im Stadt- beziehungsweise Gemeindegebiet abgezogen werden. Die Reserven werden ebenfalls im Siedlungsmonitoring erfasst. Dem RPD liegen die Daten vom 01.01.2012 zugrunde. In Einzelfällen wurden Reserven aus der Erhebung gestrichen, wenn ihre Inanspruchnahme von einzelnen Städten und Gemeinden gemeldet wurde und von besonderer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung war (Stand Juni 2013), auf Basis der Reserven aus dem Siedlungsflächenmonitoring zum 01.01.2014 erfolgte eine weitere Prüfung, ob die Städte und Gemeinden über einen angemessenen Handlungsspielraum verfügen (s.u.). Eine vollständige Fortschreibung der Reserven ist jedoch nicht erfolgt, da die bereits vorgesehenen Entwicklungspotenziale des Regionalplan Entwurfs einen angemessenen Handlungsspielraum bieten.

Bei den Reserven wurden im Bereich Industrie und Gewerbe alle ungenutzten gewerblichen Bauflächen des Flächennutzungsplanes mit der Angabe gegebenenfalls vorhandener Baurechte und der Verfügbarkeit erhoben. Auch Brachflächen werden als Reserven erfasst, wenn ihre Verfügbarkeit absehbar ist und sie als Reserven von den Städten und Gemeinden bewertet werden. Die Entwicklungspotenziale umfassen damit nicht nur unbebaute „Freiflächen“ sondern auch bereits baulich genutzte und in den Siedlungen gelegene Bauflächenreserven. Grundsätzlich ist eine Fläche solange den Gewerbereserven zuzuordnen, bis der Verkauf an den Endnutzer erfolgt ist.

Bei der Verfügbarkeit erfolgt eine Differenzierung nach folgenden Kriterien: Eine Fläche gilt als „sofort verfügbar“, wenn kein Handlungsbedarf besteht und sie aktuell verfügbar ist. „Kurzfristig verfügbar“ heißt, dass Handlungsbedarf von untergeordneter Bedeutung (zum Beispiel eine Erschließung) besteht. Hier wird eine Verfügbarkeit innerhalb der nächsten zwei Jahre angenommen. Bei den „mittelfristig verfügbaren“ Flächen müssen Nutzungsbeschränkungen abgebaut werden (zum Beispiel Bebauungspläne). Diese Flächen sind innerhalb von zwei bis fünf Jahren verfügbar. Die „langfristig verfügbaren“ Flächen unterliegen einem erhöhten Handlungsbedarf zum Abbau von Nutzungsbeschränkungen wie Altlastenuntersuchungen, Ankauf etc., weshalb hier von einem Verfügungszeitraum von fünf bis zehn Jahren auszugehen ist. In der Bedarfsbilanz sind nur die verfügbaren Reserven einbezogen worden (als sofort bis langfristig verfügbare Reserven). Nicht verfügbare Reserven sind nicht angerechnet worden. Die Verfügbarkeit einer Fläche ist bei der Bewertung einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung für die Wirtschaft sehr wichtig. Entscheidet sich ein Unternehmen, seinen Standort in einer bestimmten Gemeinde anzusiedeln oder dorthin zu verlagern, sollte die Fläche möglichst bald zur Verfügung stehen und bestenfalls bereits erschlossen sein. Oft stehen die Kommunen allerdings vor dem Problem, dass die Eigentümer der Flächen nicht zum Verkauf bereit sind oder die Erschließungs- oder Sanierungssituation nicht absehbar sind.

Darüber hinaus werden im Siedlungsmonitoring Betriebserweiterungsflächen (BEW) erfasst, also Flächen, die sich im Eigentum bestimmter Betriebe befinden und von ihnen als Erweiterungsflächen vorgehalten werden. Für die Berechnung des künftigen Bedarfs werden 50 % der angegebenen Betriebserweiterungsreserven angerechnet. Die Betriebserweiterungen werden deshalb nur anteilig angerechnet, da die Städte und Gemeinden keinen Einfluss darauf haben, wann eine BEW für eine gewerbliche Entwicklung zur Verfügung steht und ins-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

besondere aber, da sie nicht für die Ansiedlung oder Erweiterung anderer Betriebe genutzt werden können.
Sie sollen jedoch zumindest anteilig angerechnet werden, da Betriebserweiterungen als Inanspruchnahmen erfasst werden und damit auch eine Grundlage für die Ermittlung des HSP sind. Der Anteil zur Anrechnung wird im LEP -NRW in Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung vorgegeben. Danach sind sie zur Hälfte anzurechnen, wenn ihre Inanspruchnahmen in die Bedarfsberechnung eingeflossen sind. Die Datenbasis zu Inanspruchnahmen aus dem Siedlungsmonitoring 2001-2011 ermöglicht es nicht, Inanspruchnahmen auf Betriebserweiterungsflächen in allen Städten und Gemeinden zu differenzieren, so dass eine 50% Anrechnung nach LEP Ziel 6.1-1 erfolgt.

Bei den Reserven werden zudem laufende Flächennutzungsplanänderungen berücksichtigt, wenn durch das Planverfahren neue gewerbliche Reserven entstehen sollen. Es handelt sich um „§34-er Flächen“, d.h. Flächen, die sich im Anpassungsverfahren der Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung nach § 34 Landesplanungsgesetz befinden. Zudem werden Reserven erfasst, die der Regionalplan in den GIB, den ASB und den ASB mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) vorhält. Bei den Reserven in den Allgemeinen Siedlungsbereichen handelt es sich um Bereiche, für die gemeinsam mit den Städten und Gemeinden im Rahmen des Siedlungsmonitorings vereinbart wurde, dass sie als gewerbliche Bauflächen im FNP umgesetzt werden sollen und nicht als Wohnbauflächen.

In der folgenden Tabelle 7.1.4.4.1.4 werden die aus dem Siedlungsmonitoring zum Stand 1.1.2012 zugrunde gelegten Reserven wieder gegeben. Im Juni 2013 wurden die Reserven geprüft und zu dem Zeitpunkt bekannte Inanspruchnahmen größerer Reserven berücksichtigt, da sie für eine zukünftige gewerbliche Entwicklung nicht mehr zur Verfügung standen. Auf Basis des Siedlungsmonitorings zum 1.1.2014 wurden zudem die Reserven überprüft und die Daten in einzelnen Gemeinden aktualisiert, z.B. in den Städten Krefeld und Neuss, da hier zwischenzeitlich eine Regionalplanänderung in Kraft getreten ist, die FNP Änderungen zur Folge hatte, auch hier sind die Daten aktualisiert worden. In Krefeld und Willich gab es größere Inanspruchnahmen bei den Reserven nach 2013, so dass die Reserven zumindest für die größeren weggefallenen Reserven aktualisiert wurden. In den anderen Städten und Gemeinden standen Entwicklungspotenziale für einen angemessenen Handlungsspielraum zur Verfügung.

Die darauf folgende Tabelle 7.1.4.4.1.5 zeigt die Entwicklungspotenziale nach Erarbeitung des RPDs. Es werden also die zuvor in Tabelle 7.1.4.4.4 ermittelten bestehenden Reserven dargestellt, es werden gestrichene Reserve abgezogen und neue GIB bzw. ASB, die einer gewerblichen Entwicklung dienen, addiert. In der letzten Spalte ist die Summe der Entwicklungspotenziale nach Erarbeitung des RPDs zu sehen. Im Kreis Kleve sind aufgrund des Gewerbeflächenpools keine bilanzrelevanten Änderungen bei den GIB ohne Zweckbindung vorgenommen worden. Es werden jedoch 2 neue zweckgebundene GIB vorgesehen, die Potenziale von 54 ha umfassen. Diese 54 ha wurden aus dem Konto des Gewerbeflächenpools abgezogen. Zum Aufstellungsbeschluss des Regionalplanes RPD verbleiben 124 ha im Flächenkonto. Es ist aber anzunehmen, dass weitere FNP Änderungen zur Ein- und Ausbuchung nach den Regelungen des Gewerbeflächenpools bis zur Rechtskraft des RPD erfolgen werden.

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4: Reserven aus dem Siedlungsmonitoring 2012

Reserven aus Siedlungsmonitoring 01.01.2012 (aktualisiert Juni 2013)	Betriebserweiterungs-flächen (ha)	Quote zur Anrechnung Betriebserweiterungsflächen (50%)	FNP Reserven (sofort bis langfristig verfügbar)	§ 34er Reserven (ohne Regionalplanreserven)	Regionalplanreserven (GIB / ASB für Gewerbe) aus GEP99	Summe der Reserven (RP, FNP, 34er, 50 % der Betriebserweiterungen)
gesamt	**288**		**1706**	**85**	**435**	**2548**
Düsseldorf	0	50%	151	25	0	176
Krefeld	21	50%	123	0	8	142
Mönchengladbach	42	50%	107	0	0	128
Remscheid	15	50%	40	8	21	76
Solingen	0	50%	70	1	19	90
Wuppertal	5	50%	115	0	44	162
Kleve, Kreis (inkl. Flächenkonto Gewerbeflächenpool 178 ha)						538
Bedburg-Hau	0	50%	1	0	0	1
Emmerich	18	50%	81	0	0	90
Geldern	0	50%	30	0	0	30
Goch	11	50%	17	2	0	24
Issum	16	50%	2	0	0	10
Kalkar	30	50%	1	3	0	19
Kerken	0	50%	1	0	0	1
Kevelaer	2	50%	32	0	0	33
Kleve	13	50%	88	0	0	94
Kranenburg	0	50%	3	0	0	3
Rees	0	50%	12	0	0	12
Rheurdt	0	50%	2	0	2	4
Straelen	0	50%	28	0	0	28
Uedem	0	50%	3	0	0	3
Wachtendonk	0	50%	5	0	0	5
Weeze	4	50%	3	0	0	4
Mettmann, Kreis						393
Erkrath	0	50%	16	0	0	16
Haan	2	50%	20	3	13	37
Heiligenhaus	1	50%	6	0	22	29
Hilden, Stadt	7	50%	39	0	0	43
Langenfeld (Rhld.)	2	50%	24	0	3	28
Mettmann	1	50%	19	0	76	96
Monheim am Rhein	0	50%	12	0	0	12
Ratingen	0	50%	62	6	6	74
Velbert	6	50%	34	0	0	37
Wülfrath	2	50%	11	0	10	22
Rhein-Kreis Neuss						390
Dormagen	0	50%	32	0	6	38
Grevenbroich	24	50%	64	0	0	76
Jüchen	2	50%	27	0	3	31
Kaarst	0	50%	2	0	40	42
Korschenbroich	0	50%	46	0	0	46
Meerbusch	0	50%	19	0	12	31
Neuss, Stadt	6	50%	49	22	48	122
Rommerskirchen	0	50%	4	0	0	4
Viersen, Kreis						456
Brüggen	16	50%	21	1	7	37
Grefrath	9	50%	9	0	6	20
Kempen, Stadt	0	50%	12	6	14	32
Nettetal, Stadt	2	50%	89	0	9	99
Niederkrüchten	4	50%	3	0	8	13
Schwalmtal	6	50%	28	0	5	36
Tönisvorst, Stadt	2	50%	62	0	0	63
Viersen, Stadt	20	50%	75	6	52	143
Willich, Stadt	0	50%	9	3	1	13

Tabelle 7.1.4.4.5: Entwicklungspotenziale nach Erarbeitung des RPDs

Entwicklungspotenziale nach der Fortschreibung	Summe der Reserven (RP, FNP, 34er, 25-50 % der Betriebserweiterungen) vor Fortschreibung	Gestrichene GIB und ASB Reserven (Gewerbe), gestrichene FNP-Reserven (Gewerbe)*	Neue GIB*	Neue ASB und neue ASB-GE	Neue GIB Z (für Hafen, flächenintensive Vorhaben)	Summe Entwicklungspotenziale (nach Fortschreibung)
gesamt	**2370**	**-374**	**457**	**172**	**411**	**3161**
Düsseldorf	176	0	0	0	49	225
Krefeld	142	-8	91	8	0	233
Mönchengladbach	128	0	45	0	45	218
Remscheid	76	-13	7	18	0	88
Solingen	89	-1	0	16	0	104
Wuppertal	162	-21	17	14	0	172
Kleve, Kreis	360	+124,00 ha Gewerbeflächenpool			54	538
Bedburg-Hau	1					1
Emmerich	90					90
Geldern	30					30
Goch	24				2	26
Issum	10					10
Kalkar	19					19
Kerken	1					1
Kevelaer	33					33
Kleve	94					94
Kranenburg	3					3
Rees	12					12
Rheurdt	4					4
Straelen	28				17	45
Uedem	3					3
Wachtendonk	5					5
Weeze	4				35	39
Mettmann, Kreis	393	-116	110	55	0	443
Erkrath	16	0	0	6	0	22
Haan	37	-5	0	5	0	37
Heiligenhaus	29	-7	19	0	0	41
Hilden, Stadt	43	0	0	7	0	50
Langenfeld (Rhld.)	28	0	18	16	0	62
Mettmann	96	-76	26	0	0	46
Monheim am Rhein	12	0	0	4	0	16
Ratingen	74	-18	17	17	0	90
Velbert	37	0	10	0	0	47
Wülfrath	22	-10	20	0	0	32
Rhein-Kreis Neuss	390	-63	98	58	62	545
Dormagen	38	-10	29	21	16	94
Grevenbroich	76	-18	29	0	18	105
Jüchen	31	-3	13	0	18	59
Kaarst	42	0	0	0	0	42
Korschenbroich	46	-20	0	20	0	46
Meerbusch	31	-12	10	15	0	44
Neuss, Stadt	122	0	5	2	10	139
Rommerskirchen	4	0	12	0	0	16
Viersen, Kreis	456	-152	89	3	201	597
Brüggen	37	-8	3	0	0	32
Grefrath	20	-6	0	0	0	14
Kempen, Stadt	32	-5	15	0	0	42
Nettetal, Stadt	99	-9	12	0	0	102
Niederkrüchten	13	-8	0	0	165	170
Schwalmtal	36	-9	0	0	0	27
Tönisvorst, Stadt	63	-33	15	0	0	45
Viersen, Stadt	143	-73	8	0	36	114
Willich, Stadt	13	0	36	3	0	52

Die letzte Tabelle 7.1.4.4.1.6 stellt den quantitativen Orientierungswert nach HSP 2 den Entwicklungspotenzialen, die nach der Erarbeitung des Regionalplanes bestehen werden, gegenüber. Der HSP 2 beträgt ca. 2686 ha für die Planungsregion, dem stehen Entwicklungspotenziale von ca. 3161 ha gegenüber (durch Rundungen können in den verschiedenen Bedarfstabellen geringfügige Zahlendifferenzen entstehen). Für weitere ca. 262 ha besteht in einzelnen Städten und Gemeinden ein Bedarf der aufgrund naturräumlicher Gegebenheiten und Grundstücksverfügbarkeiten räumlich nicht verortet werden konnte. Auch eine interkommunale Zusammenarbeit konnte hier noch nicht umgesetzt oder vorbereitet werden, da z.B. geeignete Projektpartner bzw. Standorte in der weiteren Umgebung fehlten. Dieser Bedarf wird in das Flächenkonto (Kap. 3.1.2) eingebucht. Die Einbuchung stellt nun sicher, dass diese Städte und Gemeinden, sollten sie im Planungszeitraum eine Standortalternative finden, diese auch umsetzen können.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.1.6: Gegenüberstellung HSP 2/ Entwicklungspotenziale

Gegenüberstellung HSP 2 / Entwicklungspotenziale	Entwicklungspotenziale (nach Fortschreibung)	HSP 2	Bilanz (HSP 2 - Entwicklungspotenziale)	Nicht umgesetzter HSP2 der in das Flächenkonto eingebucht wird
gesamt	**3161**	**2686**	**-476**	**262**
Düsseldorf	225	294	69	69
Krefeld	233	198	-34	
Mönchengladbach	218	192	-26	
Remscheid	88	111	23	23
Solingen	104	124	20	20
Wuppertal	172	248	76	76
Kleve, Kreis*	***538***	***386***	***-152***	
Bedburg-Hau	***1***	***18***	***18***	*** Von den 538 ha Entwicklungspotenzialen im Kreis Kleve befinden sich 124 ha im Gewerbeflächenpool.**
Emmerich	***90***	***44***	***-46***	
Geldern	***30***	***43***	***14***	
Goch	***26***	***34***	***8***	
Issum	***10***	***10***	***0***	
Kalkar	***19***	***14***	***-4***	
Kerken	***1***	***6***	***4***	
Kevelaer	***33***	***44***	***11***	
Kleve	***94***	***50***	***-44***	
Kranenburg	***3***	***12***	***9***	
Rees	***12***	***16***	***4***	
Rheurdt	***4***	***4***	***0***	
Straelen	***45***	***45***	***0***	
Uedem	***3***	***20***	***17***	
Wachtendonk	***5***	***10***	***5***	
Weeze	***39***	***16***	***-24***	
Mettmann, Kreis	**443**	**477**	**34**	
Erkrath	22	32	10	10
Haan	37	50	13	13
Heiligenhaus	41	26	-14	
Hilden, Stadt	50	48	-2	
Langenfeld (Rhld.)	62	62	-1	
Mettmann	46	30	-15	
Monheim am Rhein	16	42	25	26
Ratingen	90	101	11	11
Velbert	47	62	15	15
Wülfrath	32	25	-7	
Rhein-Kreis Neuss	**545**	**393**	**-152**	
Dormagen	94	77	-17	
Grevenbroich	105	61	-44	
Jüchen	59	16	-43	
Kaarst	42	30	-12	
Korschenbroich	46	39	-7	
Meerbusch	44	39	-5	
Neuss, Stadt	139	119	-20	
Rommerskirchen	16	13	-3	
Viersen, Kreis	**597**	**263**	**-334**	
Brüggen	32	16	-16	
Grefrath	14	11	-3	
Kempen, Stadt	42	46	4	
Nettetal, Stadt	102	30	-72	
Niederkrüchten	170	10	-160	
Schwalmtal	27	18	-9	
Tönisvorst, Stadt	45	20	-24	
Viersen, Stadt	114	61	-53	
Willich, Stadt	52	52	0	

Mit diesen quantitativen Berechnungen auf Basis der Handlungsspielraummethode ist die Bedarfsermittlung jedoch nicht abgeschlossen. Wichtig ist auch, dass die Entwicklungspotenziale auch geeignet sind, der Wirtschaft ein qualitativ bedarfsgerechtes Flächenangebot bereitzustellen. In ihrem Fachbeitrag der Wirtschaft zur Erarbeitung des RPDs fordern die IHK und HWK, dass der Gewerbe- und Industrieflächenbedarf auf Basis marktfähiger Flächen ermittelt werden müsse, dem ein qualitativer Ansatz zugrunde liegen solle. Die quantitative Fortschreibung, wie sie mit der Handlungsspielraummethode erfolgt, wird als unzureichend bewertet. Die Qualität der Reserven und die unterschiedlichen Bedarfe (z.B. für nicht störendes Gewerbe, verkehrsintensives Gewerbe, produzierende Betriebe, die Emissionen erzeugen) müssen stärker berücksichtigt werden. Es wird gefordert, dass ein Bedarfsansatz gewählt werden sollte, der sich nicht nur an „Verbräuchen" der Vergangenheit (wie HSP) oder dem Erwerbspersonenpotenzial orientiere sondern an den weltweit wachsenden Märkten, den Ansprüchen flächenintensiver Produktionsbetriebe und denen der Logistikbranche (vgl. IHK/HWK (2011), S.17f.)

Da weitergehende Vorschläge z.B. zur methodischen Umsetzung dieses Bedarfsansatzes auf die Planungsregion, insbesondere unter der Zielsetzung einer bedarfsgerechten und flächensparenden Wirtschaftsentwicklung fehlen, wird an der Handlungsspielraummethode festgehalten. Der HSP 2 ist jedoch ein wesentlicher Orientierungswert, der in der regionalen Verteilung der Bedarfe um eine Qualitative Bewertung der Entwicklungspotenziale ergänzt wird (davon unberührt bleiben die Vorgaben des LEP NRW zu bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung (siehe Kapitel 7.1.4.5.)

Auch der Regionalrat hat in den vorbereitenden Arbeiten zur Erarbeitung des RPDs qualitative Vorgaben für die gewerblichen Entwicklungspotenziale des Regionalplanes gegeben. In der Leitlinie 1.4.2 *Überregional bedeutsame Standorte für emittierendes, flächenintensives Gewerbe vorhalten* wird ausgeführt, dass der Regionalplan für Industrie- und Gewerbeansiedlungen mit besonderen Standortanforderungen einige wenige Standorte vorhalten solle, die als Vorranggebiete (ohne die Wirkung von Eignungsgebieten) dargestellt werden, und die der Ansiedlung und Sicherung von Unternehmen mit besonderen Standortanforderungen (Flächenbedarf der Einzelansiedlung >10 ha, industrielle Prägung, hohes Emissionsaufkommen) dienen sollen. Unter bestimmten Voraussetzungen können diese neuen GIB auch als Neuansätze von GIB im Freiraum geplant werden. Die Standorte sollen auf Grundlage eines regionalen Gewerbeflächenkonzeptes und möglichst in interkommunaler Zusammenarbeit entwickelt werden. In der Leitlinie wird ausgeführt, dass eine qualitative Bedarfsprüfung erforderlich ist, in der die Entwicklungspotenziale vor der Hintergrund der besonderen Anforderungen von flächenintensiven und emittierenden Unternehmen aus dem Bereich Industrie und Logistik bewertet werden sollen. Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden sollen Standorte identifiziert werden, die eine besonders gute Eignung für die Ansiedlung solcher Unternehmen bieten und die genannten Voraussetzungen erfüllen.

7.1.4.4.2 Qualitative Bewertung des Handlungsspielraumes und der Entwicklungspotenziale

Der obigen Tabelle 7.1.4.4.1.6 *Gegenüberstellung HSP 2 / Entwicklungspotenziale* ist zunächst zu entnehmen, dass im RPD ca. 450 ha mehr Entwicklungspotenziale in den zeichnerischen Darstellungen vorgesehen werden, als der quantitative Orientierungsrahmen nach

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

HSP 2 vorgibt. Hinzu kommen ca. 260 ha Reserven, die in dem Flächenkonto eingebucht werden und im Planungszeitraum – sollten geeignete Flächen gefunden werden – auch im Regionalplan dargestellt werden können. Der „Überhang“ in den einzelnen Städten und Gemeinden wird in der unten folgenden Tabelle 7.1.4.4.2.3 erklärt. Er entsteht insbesondere durch die Darstellung von zweckgebundenen GIB für Ansiedlungen, die in den bestehenden Reserven nicht gedeckt werden können. Zudem werden die Überhänge verursacht, weil die Ausgangssituation der Städte und Gemeinden im RPD sehr heterogen ist. D.h. es gibt einerseits Städte und Gemeinden, die in der Erarbeitung des RPD einen hohen Bedarf an gewerblichen Bauflächen begründen konnten, der im Rahmen der Erarbeitung des RPDs gedeckt wurde. Andererseits gibt es auch Städte und Gemeinden, die mit bestehenden Überhängen aus dem GEP99 in die Erarbeitung des RPDs gegangen sind. Hier sind zwar Tauschverfahren durchgeführt worden, doch konnten die Überhänge nicht vollständig reduziert werden, weil z.B. keine geeigneten Tauschflächen zur Verfügung stehen. Im Kreis Kleve werden aufgrund des Modellprojektes zum Gewerbeflächenpool keine Änderungen vorgenommen und der Überhang bleibt bestehen. In Einzelfällen wurden Überhänge durch besondere standörtliche Gegebenheiten begründet.
Folgende Tabelle 7.1.4.4.2.1 gibt einen Überblick über diese qualitativ begründeten Bedarfe. In weiter unten folgender Tabelle 7.1.4.4.2.3 wird die Situation in jeder Stadt / Gemeinde kurz zusammengefasst.

Offenlegungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.2.1: Begründung für Reserven und Entwicklungspotenziale

	Begründung für Reserven und Entwicklungspotenziale	**Entwicklungspotenziale in ha**
a.)	**GIBZ für Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe (Krefeld, Düsseldorf, Neuss, Dormagen, Emmerich)**	**110**
b.)	**GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie ab 5 ha (Grevenbroich/Jüchen, MG/Viersen, Goch/Weeze/Uedem)**	**160**
	GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie ab 10 ha (Niederkrüchten)	**150**
c.)	**Bilanz Kreis Kleve**	**150**
d.)	**Verbleibende Überhänge in Städten und Gemeinden, die bereits Reserven in der Erarbeitung des Regionalplanes reduziert haben (z.B. Mettmann, Brüggen, Tönisvorst)**	**60**
e.)	**Überhang der durch andere standörtliche Sondersituationen begründet wurde (z.B. sehr gute Standorte lt. reg. Gewerbeflächenkonzept, Überhänge begründet durch aktuelle Gewerbegebiete, die nicht für eine Reduzierung geeignet sind) (Nettetal, Heiligenhaus, Velbert, Kaarst)**	**110**
	Summe der qualitativ begründbaren Überhänge	**730**

Begründung zu a.) Der Bedarf für die **GIBZ Hafennutzung und hafenaffines Gewerbe** wird in Kap. 7.1.9 begründet, da es sich um Potenziale von landesweiter Bedeutung handelt. Die rd. 110 ha Reserven innerhalb der GIBZ (Krefeld, Düsseldorf, Dormagen, Neuss, Emmerich) stehen für die kommunale gewerbliche Entwicklung von klassischem Gewerbe nicht zur Verfügung und sollen auch langfristig für die Ansiedlung von gewerblichen Betrieben, die einen Güterumschlag vom Wasser auf die Schiene / Straße erfordern, vorgehalten werden.

Teilweise befinden sich die Reserven in den Häfen bereits lange in den Plänen und eine Rücknahme der gewerblichen Bauflächen wäre auch nicht bedarfsgerecht, weil sie für die langfristige Entwicklung der Häfen gebraucht werden. Um die Reserven in den Häfen zu schützen ist es auch nicht sinnvoll, andere Reserven, die der Deckung des lokalen Bedarfes dienen, zu streichen. Denn dann würde konkurrierendes Gewerbe in die Hafenbereiche drängen und würden wichtige Standortpotenziale für Betriebe, die von einem Zugang zum Wasser profitieren würden, verloren gehen. Stattdessen sollen die Häfen und ihre umgebenden Bereiche zukünftig durch die neue Zweckbindung besonders geschützt werden. Das setzt voraus, dass die Städte und Gemeinden in anderen Bereichen genügend Alternativen für eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung zur Verfügung haben. Hier ist eine Entscheidung im Einzelfall erforderlich.

Begründung zu b.) Die GIB mit der **Zweckbindung für flächenintensive Vorhaben und Industrie** in Niederkrüchten, Viersen/Mönchengladbach, Goch/Uedem/Weeze und Grevenbroich/Jüchen (310 ha) sind aus qualitativer Sicht erforderlich, weil die sonstigen Reserven und Entwicklungspotenziale im Regionalplan keinen ausreichenden Spielraum bieten, den Bedarf für solche Vorhaben zu decken und den Forderungen der Wirtschaft sowie den Leitlinien gerecht zu werden.

Eine **Analyse der im GEP99 bestehenden Reserven** auf Basis des Siedlungsmonitorings zum 1.1.2012 zeigte, dass es nur 6 GIB- Reserven bzw. FNP-Reserven gab, die größer als 20 ha sind und sich für die Ansiedlung von Betrieben, die größer als 5 ha sind, eignen würden (vorausgesetzt sie werden von den Städten und Gemeinden entsprechend entwickelt). Um abzuschätzen, wie viele Betriebe in den o.g. Reserven untergebracht werden können, wurde eine Betriebsfläche von 5-7 ha angesetzt, wurden die Grundstückszuschnitte dieser Reserven betrachtet und ein Abstand zu angrenzender Wohnbebauung vorgesehen. Überschlägig könnten um die 30 Betriebe zwischen 5-7 ha angesiedelt werden. Bei größeren Ansiedlungen deutlich weniger. Es handelt sich um folgende GIB und folgendes Ansiedlungspotenzial:

In Nettetal, im interkommunalen GIB „Venete“ befinden sich ca. 72 ha Reserven. Die kürzlich gebaute Erschließung ermöglicht es, Betriebe zwischen 5 und 20 ha Größe anzusiedeln. Angrenzend befindet sich jedoch im Osten und Süden Wohnbebauung, die die Nutzbarkeit für emittierendes Gewerbe von Teilbereichen einschränkt. Aufgrund der Größe können jedoch größere Abschnitte als GI umgesetzt werden (bisher sind nur ca. 1 ha im Kern des Gebiets als GI umgesetzt). Im FNP ist eine gewerbliche Baufläche dargestellt. Der GIB ist bereits im GEP99 vorgesehen worden. Die Entwicklung verzögerte sich durch den fehlenden Lückenschluss der BAB 61. Inzwischen ist eine sehr gute überörtliche Verkehrsanbindung gegeben und es bleibt abzuwarten, wie sich die Inanspruchnahmen entwickeln. Er eignet sich theoretisch für die Ansiedlung von überschlägig ca. 7 großen Betrieben (und zusätzlich als Reserve für den lokalen Bedarf).

In der Stadt Neuss befinden sich in der Nähe zum Autobahnkreuz A 57/A 46 zwei Reserven von rd. 20 ha und eine GIB Reserve in Holzheim, die sich für die Ansiedlung von 4-5 größeren Firmen eignen würden. Eine der Reserven an der A57 wird ggf. benötigt um größere GIB Reserven am Silbersee anzubinden, so dass sie in das Entwicklungspotenzial nicht eingerechnet werden soll.

Im Regiopark (Mönchengladbach/Jüchen) standen (Stand 01.01.2012) insgesamt noch ca. 70 ha Reserven zur Verfügung. Sie befinden sich in unterschiedlichen Bereichen des Regio-

Stand: Unterlagen für die Abstimmungsbeschluss

parkes und eignen sich aufgrund des Zuschnitts geschätzt zur Ansiedlung von ca. 10 Betrieben zwischen 5-7 ha. Der Regiopark ist als interkommunaler Standort im GEP99 vorgesehen worden. Es hat einige Jahre gedauert, bis die Realisierung begonnen wurde, inzwischen ist die Nachfrage nach den Bauflächen groß und einige Ansiedlungen, die in der Planungsregion einen Standort gesucht haben, konnten dort angesiedelt werden. Da die Erschließung für die verbleibenden Reserven derzeit gebaut wird und die Nachfrage nach Angaben von Stadt und Wirtschaftsförderung groß ist, ist absehbar, dass die Reserven umgesetzt werden. Entsprechende Hinweise auf die fortlaufende Vermarktung des Gebietes sind auch im Beteiligungsverfahren von der Stadt eingegangen. Das fortlaufende Siedlungsmonitoring wird entsprechend aktualisiert.

In Mönchengladbach im Bereich der Erkelenzer Straße besteht eine Reserve von ca. 26 ha, die geeignet ist für die Ansiedlung von ca. 3 größeren Betrieben ab 5 ha. Die Anbindung an das überörtliche Straßennetz (BAB) ist allerdings nicht besonders, da Ortsteile durchquert werden müssen.
Ein GIB in der Stadt Kleve ist mit über 60 ha Reserven aufgrund von Größe und Zuschnitt theoretisch gut für die Ansiedlung von ca. 7 Betrieben zwischen 5-7 ha geeignet, jedoch ist die Verkehrsanbindung an die nächste BAB nicht optimal, da die nächste BAB 3 entfernt liegt und die Stadt Emmerich durchquert werden muss.

In Viersen-Mackenstein befindet sich südlich an das bestehende Gewerbegebiet angrenzend bereits im GEP99 eine GIB Reserve die mit ca. 35 ha Raum für die Ansiedlung von ca. 5 Betrieben bietet. Sie wird in der Erarbeitung des RPDs in den geplanten interkommunalen GIBZ (Viersen/MG) für die Ansiedlung von flächenintensiven Vorhaben und Industrie einbezogen. Es gibt ein Problem mit dem Wasserschutz (WSZIII), das zu Nutzungseinschränkungen führen kann.

Es gibt noch 2 weitere Reserven im Regionalplan bzw. in den Flächennutzungsplänen die größer als 20 ha sind, die aber aufgrund einer Darstellung als ASB, aufgrund umgebender Wohnbebauung oder wegen der Topographie nicht für die Ansiedlung von großen Betrieben geeignet sind. Es handelt sich um eine ca. 20 ha große Reserve in Grevenbroich-Kapellen, die zwar an der BAB liegt, aber als ASB für die Ansiedlung von wohnverträglichem Gewerbe vorgesehen ist. Zudem grenzen neue Wohnbaugebiete an die Reserve an. Eine weitere Reserve von 27 ha liegt in Wuppertal (Kleine Höhe). Die Reserve ist jedoch aufgrund von Zuschnitt und Topographie nicht geeignet für die Ansiedlung von großen Betrieben. Das regionale Gewerbeflächenkonzept der bergischen Städte schlägt wegen schwieriger Verwertbarkeit und hoher Erschließungskosten zudem ergänzende Nutzungen (Windenergie) vor. Die Reserve ist damit nicht geeignet.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass die 124 ha eingebuchter GIB im Flächenkonto des Gewerbeflächenpool Kreis Kleve weiteren Spielraum für die Ansiedlung von größeren Gewerbebetrieben bietet, jedoch ist ein restriktionsfreier Raum und die Anbindung an den Siedlungsraum erforderlich.

Fazit zu b.) Vergleicht man nun diese qualitative Bewertung der Reserven mit den Inanspruchnahmen nach Größenklassen der Jahre 2001 bis 2011 (folgende Tabelle 7.1.4.4.2.2), dann zeigt sich, dass es eine Vielzahl von Ansiedlungen flächenintensiver Vorhaben gab. In den vergangenen 10 Jahren waren dies 42 Ansiedlungen größer als 5 ha. Davon waren 15 Ansiedlungen sogar größer als 10 ha (siehe folgende Tabelle 7.1.4.4.2.2). Dem stehen Re-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

serven im GEP99 gegenüber, die sich für die Ansiedlung von ca. 30 Betrieben von „nur“ 5-7 ha Größe eignen würden.
Zwar werden Brachflächen und auch die Reserven in den kleineren Baugebieten einen Teil der Ansiedlungen sehr großer Betriebe aufnehmen können, aber die flächenintensiven Betriebe und insbesondere solche die Abstände zu schutzbedürftigen Nutzungen erfordern, können oftmals nicht auf vormals genutzten Flächen angesiedelt werden. Sie haben auch besondere Standortanforderungen (Zuschnitt, Anbindung, Entfernung zu schutzbedürftigen Nutzungen), die nur wenige der kleineren Reserven bieten. Insbesondere Brachflächen sind oft kleinteiliger oder es handelt sich um Gemengelagen mit angrenzender Wohnbebauung. Darum ist die Darstellung von 4 GIBZ in Niederkrüchten, Grevenbroich/Jüchen, Goch/Uedem/Weeze und Mönchengladbach/Viersen mit ca. 270 ha, die über eine enge Zweckbindung für die Ansiedlung von großen Betrieben vorgesehen sind, bedarfsgerecht auch wenn so „Überhänge“ im Vergleich von Entwicklungspotenzialen und HSP 2 entstehen.
Die Zweckbindung sieht zudem vor, dass die vier o.g. GIBZ auch der Ansiedlung von stark emittierenden Industriebetrieben dienen können (z.B. Betriebsbereiche nach Störfall-VO). Die drei Standorte sind dafür gut geeignet, da die nächste Wohnbebauung bis zu 800m entfernt liegt. Es wird im Fachbeitrag der Wirtschaft explizit gefordert, dass es GIB geben muss, die im Freiraum liegen, um langfristig Raum für stark emittierende Betriebe zu bieten.

Tabelle 7.1.4.4.2.2: Inanspruchnahmen 2002-2011 nach Größenklassen

Inanspruchnahmen 2002-2011 nach Größenklassen	Ansiedlungsfälle / Anzahl
bis 1.000 m²	84
1.000 -5.000 m²	745
5.001 - 10.000 m² (1 ha)	255
1,01 - 2 ha	136
2,01 - 3 ha	42
3,01 - 4 ha	24
4,01 - 5 ha	13
5,01 - 6 ha	6
6,01 - 7 ha	5
7,01 - 8 ha	6
8,01 - 9 ha	4
9,01 - 10 ha	3
10,01 - 20 ha	12
größer als 20 ha	3
gesamt	**1338**

Quelle: Daten aus Regionalplanungsbehörde Düsseldorf (2012): Rheinblick

Begründung zu c.) Im **Kreis Kleve** bestehen 538 ha Entwicklungspotenziale und ein HSP 2 von 386 ha. Die Entwicklungspotenziale liegen mit ca. 360 ha Reserven in aktuellen Baugebieten der Städte und Gemeinden, 54 ha liegen in neu im RPD vorgesehenen zweckgebundenen GIB. Weitere 124 ha befinden sich im Flächenkonto des Gewerbeflächenpools. Auf diese 124 ha können die Städte und Gemeinden unter bestimmten Voraussetzungen in einem beschleunigten Verfahren für die Planung von gewerblichen Bauflächen zurückgreifen.

In der 69. Regionalplanänderung des GEP99 wurden die noch nicht in verbindliche Bauleitpläne umgesetzten Reserven aufgehoben, sie bilden die 124 ha im Flächenkonto. Durch die Regelungen im Gewerbeflächenpool ist eine Reduzierung des Überhangs durch Streichung der 124 ha aus dem Flächenkonto nicht möglich. Zudem ist auch im Kreis Kleve die Situation der Städte und Gemeinden sehr heterogen, so dass es bei einer „klassischen" Regionalplanerarbeitung viele Städte und Gemeinden im Kreis mit einem Bedarf gibt (siehe Tabelle 7.1.4.4.1.6). Einen Überhang aufgrund von rechtskräftigen Bebauungsplänen gibt es in den Städten Emmerich und Kleve. Er umfasst 90 ha und muss nach den Regelungen des LEP NRW nicht gestrichen werden. Im Gewerbeflächenpool wurde allerdings die Vereinbarung getroffen, dass die Städte und Gemeinden Bebauungspläne nach einigen Jahren nicht umgesetzt wurden und entschädigungsfrei aufgehoben werden können, aufgehoben werden müssen. Nur Bebauungsplanreserven die bereits erschlossen sind und die im Eigentum der Stadt stehen, müssen nicht aufgehoben werden. Eine Überprüfung der Aufhebungsverpflichtung wird erfolgen, spätestens wenn das erste Planverfahren zur Auffüllung des Flächenkontos erfolgt. Somit besteht zwar heute in der Summe des Kreises Kleve ein Überhang, es ist jedoch geregelt, wie er im Planungszeitraum des Regionalplanes reduziert werden soll.

Begründung zu d.) Einige Städte und Gemeinden (z.B. Mettmann, Brüggen, Tönisvorst) sind mit bestehenden Überhängen aus dem GEP99 in die Erarbeitung des RPDs gegangen. Hier wurden Reduzierungen und Tauschverfahren durchgeführt, doch konnten die Überhänge nicht vollständig reduziert werden, weil z.B. keine geeigneten Tauschflächen zur Verfügung stehen. Eine vollständige Reduzierung der Überhänge nach HSP 2 würde eine Verfestigung der negativen Entwicklungen der Vergangenheit bedeuten (nicht umsetzbare Planungsreserven). Zudem stünden den Gemeinden dann keine Entwicklungspotenziale zur Verfügung. Zudem ist mit den für die Streichung vorgesehenen *Gewerbepotenzialen der Flächentausch in Ziel* 6.1-1des LEP NRW hinreichend umgesetzt worden.

Begründung zu e.) In einigen Städten und Gemeinden (z.B. Nettetal, Kaarst) bestanden die Überhänge bereits vor der Erarbeitung des RPDs und konnten nicht durch Streichungen oder Tausch ausgeglichen werden, da sie durch ein aktuelles Baugebiet verursacht werden, welches erst kürzlich durch Bauleitplanverfahren entwickelt wurde oder wo bereits Erschließungsmaßnahmen oder ein kommunaler Grundstückserwerb getätigt wurden. Diese Bebauungspläne können nicht ohne Entschädigungen aufgehoben werden. Die Überhänge in Heiligenhaus und Velbert werden im regionalen Gewerbeflächenkonzept durch die besondere Eignung der Standorte begründet.

Um zu verstehen, warum einzelne rechnerische Überhänge nach HSP 2 sinnvoll und verträglich sein können, ist es somit wichtig, die Ausgangssituation der Städte und Gemeinden zu betrachten und qualitative Aspekte einzubeziehen. Eine Bewertung und Beschreibung der Fallkonstellation und der zusätzlichen Erwägungen bei der zeichnerischen Darstellung erfolgt in folgender Tabelle 7.1.4.4.2.3.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.2.3: Erwägungen bei den zeichnerischen Darstellungen in einzelnen Städten und Gemeinden

Düsseldorf, krfr. Stadt
Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat einen Bedarf von 294 ha an gewerblichen Bauflächen. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 225 ha. Von diesen Entwicklungspotenzialen liegen 49 ha im GIBZ des geplanten Hafen-Reisholz. In Düsseldorf können aufgrund der dichten Siedlungsstruktur

und hohen Freiraumwertigkeit keine Standortalternativen gefunden werden, zudem kann der rechnerisch ermittelte Bedarf nicht verortet werden. In das Flächenkonto werden 69 ha eingebucht.

Krefeld, krfr. Stadt

Die Stadt Krefeld hat einen Bedarf von 198 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 233 ha. Der Überhang von 35 ha ist bedarfsgerecht, da von den Entwicklungspotentialen 21 ha im GIBZ Hafen und hafenaffines Gewerbe liegen (15 ha Reserven und eine Betriebserweiterungsfläche). Um den kommunalen Bedarf decken zu können wird gemeinsam mit Meerbusch ein interkommunales Gewerbegebiet an der BAB 44 vorgesehen. Es werden hierfür 91 ha GIBZ und 8 ha ASB-GE als überregional bedeutsamer Standort Krefeld / Meerbusch dargestellt. Gestrichen wurden 8 ha ASB in Inrath, die für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen waren. Der GIBZ und der ASB-GE des interkommunalen Projektes, sind gemeinsam von den Städten in Bauabschnitten zu entwickeln, dabei sind die Anforderungen des nördlich angrenzenden ASB Fischeln und des RGZ Krefeld-Willich besonders zu berücksichtigen. Im Rahmen der FNP Neuaufstellung geht die Stadt Krefeld von einem höheren Bedarf an gewerblichen Bauflächen aus, der auf Basis des HSP-Ansatzes nicht begründet werden kann. Im Jahr 2015 sind der neue FNP der Stadt Krefeld und eine Regionalplanänderung rechtskräftig geworden. Die Tabellen zur Bedarfsberechnung in Kap. 7.1.4 sind für den 2. Planentwurf des RPD überarbeitet worden und auf den aktuellen Stand des neuen FNP gebracht worden. Zudem wurden, aufgrund von großflächigen Inanspruchnahmen u.a. im Bereich des Hafens, die Reserven auf Basis des Siedlungsmonitorings 2015 aktualisiert.

Mönchengladbach, krfr. Stadt

Die Stadt Mönchengladbach hat einen Bedarf von 192 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 218 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen liegen ca. 45 ha Reserven im GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie, welches als interkommunales Projekt mit der Stadt Viersen vorgesehen ist. Weitere ca.70 ha Reserven befinden sich im Regiopark, der gemeinsam mit der Gemeinde Jüchen derzeit erschlossen und vermarktet wird. Der Regiopark wird um ca. 10 ha erweitert. Beide interkommunalen GIB werden im regionalen Gewerbeflächenkonzept „Logistikregion Rheinland“ für eine Entwicklung vorgeschlagen, da sie sich aufgrund der verkehrlichen Anbindung sehr gut für die Ansiedlung von Logistikunternehmen eignen. Der ASB-GE im Bereich Nordpark (MÖN_002_B_ASBfzN) ist mit einem Entwicklungspotenzial von 15 ha in der Bilanz aufgenommen worden.

Eine Erweiterung des bestehenden GIB in Giesenkirchen um 20 ha wird in das Verfahren eingebracht, obwohl der Bereich auch als Bereich für den Grundwasser- und Gewässerschutz überplant ist, weil es sich um die Erweiterung eines bestehenden GIB handelt. Das ortsansässige Gewerbe soll die Möglichkeit erhalten, zu erweitern bzw. sich zu verlagern. Es ist im weiteren Verfahren zu prüfen, ob es gewerbliche Nutzungen gibt, die mit dem BGG vereinbar sind. Eine verträglichere Alternative ist aufgrund der flächendeckenden Überlagerung des GIB und verschiedener anderer GIB durch einen BGG nicht zu finden.

42 ha Reserven werden als Betriebserweiterungsflächen geführt und müssen aufgrund der Vorgaben des LEP NRW mit einem Anteil von 50% in der Bedarfsbilanz einbezogen werden. Im Entwurf des Regionalplanes von September 2014 (1. Entwurf) wurde der Anteil noch mit 25 % und wurde im 2. Entwurf des RPD korrigiert.

Remscheid, krfr. Stadt

Die Stadt Remscheid hat einen Bedarf von 111 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 88 ha. Aufgrund von Topographie, Siedlungsstruktur und Freiraumwertigkeit kann der rechnerisch ermittelte Bedarf nicht durch neue GIB oder ASB verortet werden. In das Flächenkonto werden 23ha eingebucht. Im regionalen Gewerbeflächenkonzept der bergischen Städte wird der Gesamtbedarf an gewerblichen Bauflächen für die drei bergischen Städte von ca. 1000 ha hergeleitet (siehe Kap. 7.1.4.4.3) In Remscheid sieht das Ge-Konzept drei Flächen, die eine veränderte Darstellung im Regionalplan erfordern Nr. 24 (+7 ha, Rem_022_GIB/ Nördlich Hohenhagen) und Nr. 23 werden in der Erarbeitung des RPDs übernommen. Nr.22 (Borner Straße) wurde in Abstimmung mit der Stadt neu zugeschnitten und wird mit ca. 12 ha als ASB für Gewerbe in der Berechnung berücksichtigt. Gleichzeitig wurde die bisherige Regionalplanreserve Remscheid-Blume um ca. 13 ha reduziert. Das regionale Gewerbeflächenkonzept sieht den GIB „Blume“ zwar nicht als gewerbliches Potenzial. Aufgrund der fehlenden Alternativen wird der GIB weiterhin im Regionalplan belassen. Alle anderen identifizierten Entwicklungspotenziale sind bereits im GEP99 als GIB oder ASB dargestellt.

15 ha Reserven werden als Betriebserweiterungsflächen geführt und müssen aufgrund der Vorgaben des LEP NRW mit einem Anteil von 50% in der Bedarfsbilanz einbezogen werden. Im Entwurf des Regionalplanes von September 2014 (1. Entwurf) wurde der Anteil noch mit 25 % und wurde im 2. Planentwurf des RPD korrigiert.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Solingen, krfr. Stadt

Die Stadt Solingen hat einen Bedarf von 124 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 104 ha. Aufgrund von Topographie, Siedlungsstruktur und Freiraumwertigkeit kann der rechnerisch ermittelte Bedarf nicht durch neue GIB oder ASB verortet werden. In das Flächenkonto werden 20 ha eingebucht Im regionalen Gewerbeflächenkonzept der bergischen Städte wird der Gesamtbedarf an gewerblichen Bauflächen für die drei bergischen Städte von ca. 1000 ha hergeleitet (siehe Kap. 7.1.4.4.3). In der Stadt Solingen sieht das regionale Gewerbeflächenkonzept nur einen regional bedeutsamen Standort, der eine geänderte Darstellung im Regionalplan erfordert (Nr. 10, SG Buschfeld), der auch als ASB (ca. +2 ha) übernommen wird. Alle anderen identifizierten Entwicklungspotenziale sind bereits im GEP99 als GIB oder ASB dargestellt. Der nördlich der B229 in Solingen Höhscheid bisher als ASB Reserve geführte Bereich, wird in einer Größenordnung von ca. 14ha als ASB für eine gewerbliche Nutzung in der HSP 2 Berechnung berücksichtigt. Im Bereich Buschfeld besteht zudem eine Reserve im Regionalplan (ASB) mit einem Entwicklungspotenzial von 19 ha für Gewerbe, die im 1. Entwurf des Regionalplanes von September 2014 als Potenzial für Wohnen geführt wurde, allerdings für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen war. Die Einbuchung in das Flächenkonto beträgt aus diesem Grund im 2. Planentwurf des RPD 20 ha.

Wuppertal, krfr. Stadt

Die Stadt Wuppertal hat nach HSP 2 einen Bedarf von 248 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 172 ha. Aufgrund von Topographie, Siedlungsstruktur und Freiraumwertigkeit kann der rechnerisch ermittelte Bedarf nicht durch neue GIB oder ASB verortet werden. In das Flächenkonto werden 76 ha eingebucht. Im regionalen Gewerbeflächenkonzept der bergischen Städte wird der Gesamtbedarf an gewerblichen Bauflächen für die drei bergischen Städte von ca. 1000 ha hergeleitet (siehe Kap. 7.1.4.4.3) Die im regionalen Gewerbeflächenkonzept vorgeschlagenen drei neuen GIB (Blombach-Süd, Blumenroth und Nächstebrecker Straße) für eine gewerbliche Entwicklung werden in der Erarbeitung des RPDs aufgenommen. Der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP99) bisher dargestellte GIB Kleine Höhe II wird aufgrund der auch langfristig nicht absehbaren Realisierung nicht mehr dargestellt. Einzelne Bereiche, z.B. Kleine Höhe I oder Bf. Vohwinkel werden in ihren Darstellungen modifiziert. Im Bereich Kleine Höhe wurde der GIB um ca. 8 ha Entwicklungspotenzial reduziert, da in einem Teilbereich ein Planverfahren für eine forensische Klinik durchgeführt wird. Hier ist eine Darstellung als ASB mit einer entsprechenden Zweckbindung vorgesehen. Der Bereich Wuppertal-Vohwinkel, östlich Bahnstraße/Buntenbeck wird zukünftig statt als GIB als ASB f. Gewerbe mit einer Erweiterung nach Norden als Betriebserweiterungsflächen für einen ansässigen Betrieb dargestellt. Zudem wird durch eine Darstellung von ASB (Gewerbe) eine Erweiterung des Gewerbegebietes westlich der Bahnstraße ermöglicht (ca. 4 ha Potenzial für Gewerbe). Alle anderen identifizierten Entwicklungspotenziale sind bereits im GEP99 als GIB oder ASB dargestellt. Die zwei GIBZ für den Kalkabbau im Westen des Stadtgebietes werden in den Entwurf übernommen; außerdem werden die bestehenden Betriebsbereiche beiderseits der Bahntrasse zwischen Wuppertal-Vohwinkel und Wülfrath-Aprath als GIBZ (Kalkabbau sowie Nachnutzung gewerblicher Flächen) dargestellt.

Kreis Kleve

Im **Kreis Kleve** steht einem Bedarf nach HSP 2 von 386 ha ein Entwicklungspotenzial von 538 ha gegenüber. In den Entwicklungspotenzialen befinden sich 124 ha aus dem Flächenkonto des Pools, die derzeit nicht planerisch verortet sind, sondern sich in einem „Flächenkonto“ befinden. Es handelt sich um ehemalige GIB die zu Beginn des Gewerbeflächenpools im Rahmen der 69. Regionalplanänderung aufgehoben wurden und bei Auslaufen des Pools wieder dargestellt werden müssen. Es gibt in der Erarbeitung des RPDs keine bilanzrelevanten Veränderungen bei den dargestellten GIB ohne Zweckbindung aufgrund der Pilotphase des Gewerbeflächenpools. In der Gemeinde Uedem wird ein GIB entsprechend der räumlichen Gegebenheiten dargestellt. In der Gemeinde Kranenburg und Bedburg-Hau werden kleine Arrondierungen für einen ASB vorgenommen, um EZH-Betriebe anzusiedeln. Diese werden nicht vom Gewerbeflächenpool umfasst. In einigen Städten und Gemeinden werden bestehende GIB als ASB-GE oder ASB umgeplant, da der Bestand durch wohnverträgliches Gewerbe und Einzelhandel geprägt ist (z.B. Kevelaer, Straelen, Kleve). Die nach dem HSP 2 Ansatz dargestellten Bedarfe und Überhänge dienen nur der Orientierung für das weitere Verfahren, insbesondere für den Fall dass der Gewerbeflächenpool nach Ablauf der Modellphase geändert wird. Zwei neue zweckgebundene Standorte werden als Ergänzung des Gewerbeflächenpools vorgesehen (Entwicklungspotenziale ca. 54 ha), die der Ansiedlung von spezialisierten Betrieben dient und im regionalen Gewerbeflächenkonzept des Kreises Kleve vorgeschlagen werden. Es handelt sich um einen interkommunalen Standort im Bereich von Goch/Uedem/Weeze. Hier ist ein überregional bedeutsamer Standort vorgesehen (für eine gemeinsame Entwicklung von ca. 38 ha), zusätzlich mit der Zweckbindung für Flächenintensive Vorhaben und Industrie. Dieser Standort ist verkehrsmäßig sehr gut angebunden und arrondiert ein bestehendes Gewerbegebiet. Mögliche Konflikte

Stand: Vorlage für den Ausschuss für Verkehr

mit angrenzender Wohnbebauung und Windkraftanlagen werden im Rahmen der Bauleitplanung geklärt, z.B. durch die Gliederung des Gewerbegebietes. Die entstehenden Entwicklungspotenziale werden aus dem Flächenkonto des Kreises Kleve abgezogen. Ein Teil des Standortes ist Gegenstand der 88. Regionalplanänderung (GEP99) und wird bei Rechtskraft vom Flächenkonto abgezogen. Die Zahlen in den Bedarfstabellen geben eine Orientierung für die Bedarfe, sollte eine Rückabwicklung des Pools erfolgen müssen. In der Stadt Straelen ist südlich der BAB ein GIBZ als überregional bedeutsamer Standort (der von der Stadt Straelen entwickelt werden kann), mit einer ergänzenden Zweckbindung Agrobusiness und Logistik vorgesehen.

Kreis Mettmann

Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre. Er bewegt sich damit im Rahmen des nach HSP 2- Ansatz ermittelten Bedarfs von 477 ha. Die Spannweite ergibt sich aus differenziert betrachteten Wiedernutzungsquoten und Entwicklungen der Vergangenheit (siehe auch Kap. 7.1.4.4.3). Die Bilanz für den Kreis Mettmann ist insgesamt ausgeglichen. Das Gewerbeflächenkonzept sieht für einzelne Städte und Gemeinden höhere bzw. niedrigere Bedarfe als das HSP 2 insgesamt ist die Bilanz jedoch ausgeglichen. Teilweise wurden aus diesem Grund Überhänge nach HSP 2, v.a. bei guter Standorteignung in Kauf genommen.

Erkrath, Stadt

Die Stadt Erkrath hat einen Bedarf von 32 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 22 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Erkrath einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 10 ha bis ca. 19 ha je nach getroffenen Annahmen. Im Bereich Kemperdick, nördlich der A46 erfolgt die einzige Neudarstellung (ASB für Gewerbe). Dieser Bereich ist auch im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann aufgeführt. Allerdings ist der netto Flächengewinn der 16 ha großen Reserven dort eher geringer. Aufgrund von Restriktionen z.B. durch ein Überschwemmungsgebiet des Eselbaches, bestehender Bebauung, Wald und eines Regenrückhaltebeckens. Welche Flächenanteile letztlich gewerblich überhaupt genutzt werden können, kann erst auf Ebene der Bauleitplanung geklärt werden wenn die o.g. Restriktionen untersucht wurden. Es ist jedoch heute bereits absehbar, dass das Entwicklungspotenzial nur ca. 6 ha auf der Fläche betragen dürfte. Der GIB Unterfeldhaus wird zukünftig als ASB für Gewerbe dargestellt. Damit verfügt die Stadt über keinen GIB mehr. Ein Fehlbedarf von 10 ha wird auf das Flächenbedarfskonto eingebucht.

Haan, Stadt

Die Stadt Haan hat einen Bedarf von 50 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 37 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Haan einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 53 ha bis ca. 76 ha je nach getroffenen Annahmen. Aufgrund der Streichung der GIB Reserve der Stadt Mettmann nördlich der B7 und Darstellung in der Beikarte 3A – Sondierungen für eine zukünftige Siedlungsentwicklung, wird auch die GIB Reserve der Stadt Haan in der Beikarte als Sondierung für eine mögliche GIB-Darstellung übernommen. Für die Entwicklungsmöglichkeiten eines bestehenden Möbelmarktes, wird der GIB zukünftig als ASB für Gewerbe dargestellt. Der bisherige ASB Gruiten, Technologiepark Haan, wird aufgrund der gewerblichen Ausrichtung ebenfalls zukünftig als ASB für Gewerbe dargestellt. Der Bereich und die Erweiterung nach Osten (ca. 5ha) ist im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann vorgeschlagen worden. Der Fehlbedarf von ca. 13 ha wird in das Flächenbedarfskonto eingebucht.

Heiligenhaus, Stadt

Die Stadt Heiligenhaus hat einen Bedarf von 26 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 41 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Heiligenhaus einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 15 ha bis ca. 24 ha je nach getroffenen Annahmen. Der Überhang wird verursacht, da in Heiligenhaus die BAB 46 neu gebaut wird und an der neuen Anschlussstelle ein Gewerbegebiet von 15 ha entwickelt werden soll. Die Inanspruchnahmen der Vergangenheit waren aufgrund der fehlenden Anbindung an das überörtliche Straßennetz gering, das wirkt sich auf die Bedarfszahlen aus. Der Standort wird im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann vorgeschlagen und entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien positiv bewertet. Die im gültigen Regionalplan dargestellte GIB Reserve wird entsprechend eines Nutzungskonzeptes neu konzipiert. Teilweise erfolgt zukünftig die Darstellung als ASB für Gewerbe und teilweise als ASB (mit zulässiger gewerblicher Nutzung). Zukünftig ist der Bereich des BW Depots eventuell eine Option für die Entwicklung von gewerblicher Baufläche.

Hilden, Stadt

Die Stadt Hilden hat einen Bedarf von 48 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 50 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Hilden einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 25 ha bis ca. 35 ha je nach getroffenen Annahmen. In der Stadt werden keine neuen GIB zukünftig dargestellt. Große Bereich im Westen des Stadtgebietes werden zukünftig, aufgrund der vorhandenen Nutzungen als ASB für Gewerbe dargestellt. Südlich der A 46 werden zukünftig ca. 7 ha als ASB für eine gewerbliche Nutzung neu dargestellt. Dieser Bereich ist auch im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann aufgeführt. Die Stadt Hilden verfügt ansonsten über ausreichend Reserven an gewerblichen Bauflächen im Flächennutzungsplan.

Langenfeld, Stadt

Die Stadt Langenfeld hat einen Bedarf von 62 ha. Diese werden im neuen Regionalplan durch neue GIB oder ASB planerisch gesichert. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Langenfeld einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 67 ha bis ca. 81 ha je nach getroffenen Annahmen. Im Entwurf sind zwei GIB sowie ein ASB-GE neu dargestellt: GIB Fuhrkamp-Nord, GIB In der Wafert und ein ASB-GE nördlich der Knipprather Straße. Die drei Darstellungen sind auch im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann enthalten. Die Darstellungen sind gegenüber der vorgeschlagenen Abgrenzung der Stadt Langenfeld, aufgrund der vorhandenen Freiraumrestriktionen reduziert dargestellt worden.

Mettmann, Stadt

Die Stadt Mettmann hat einen Bedarf von 30 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 46 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Mettmann einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 16 ha bis ca. 22 ha je nach getroffenen Annahmen. Der Überhang bestand bereits vor der Erarbeitung des RPDs und wurde durch einen Tausch um 50 ha reduziert. Der im GEP99 vorgesehene GIB konnte nicht umgesetzt werden, da die Fläche nicht verfügbar war. Der Bereich wird auch im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann kritisch bewertet. Der Bereich (Fläche Nr. 13), wird in der Beikarte als Sondierung für eine mögliche GIB-Darstellung übernommen. Durch die fehlende Verfügbarkeit der wichtigen Reserve waren auch die Inanspruchnahmen im Beobachtungszeitraum gering und führt zu einem vergleichsweise niedrigen Bedarf. Im Regionalplan wird ein neuer Standort vorgesehen, der im Anschluss an der GIB Mettmann-Ost regionalplanerisch eine sinnvolle Ergänzung um ca. 26 ha (Fläche Nr. 6 „Groß Estringhaus“) darstellt. Dieser Bereich wird auch im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann vorgeschlagen. Gleichzeitig wurde der Bereich GIB Mettmann-Ost auf das bereits im Flächennutzungsplan dargestellte Gewerbegebiet um ca. 10ha (Fläche Nr. 7) reduziert. Aufgrund der auslaufenden Genehmigung bzw. Rekultivierungsmaßnahmen wird der GIBZ für den Kalkabbau, im Süden des Stadtgebietes, nicht mehr dargestellt.

Monheim am Rhein, Stadt

Die Stadt Monheim am Rhein hat einen Bedarf von 42 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 16 ha. Aufgrund von Topographie, Siedlungsstruktur und Freiraumwertigkeit kann der rechnerisch ermittelte Bedarf nicht durch neue GIB oder ASB verortet werden. In das Flächenkonto werden 26 ha eingebucht. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Monheim am Rhein einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 15 ha bis ca. 41 ha je nach getroffenen Annahmen. Eine Änderung von GIB in ASB erfolgt in der Nähe einer Abgrabung, um die Umstrukturierung des Bereiches nach Auslaufen der Abgrabung vorzubereiten. Östlich dieses Bereiches, südlich Knipprather Busch, wird im Bereich der ehemaligen Deponie ebenfalls zukünftig ASB für eine gewerbliche Entwicklung dargestellt. Beide Bereiche sind nicht im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann enthalten. Einer möglichen Entwicklung /Darstellung von GIB (ca. 26 ha) östlich des vorhandenen GIB (Bayer AG) im Süden des Stadtgebietes, kann zur Zeit nicht entsprochen werden, da der Bereich von der Fa. Bayer nicht für eine kommunale Vermarktung zur Verfügung gestellt wird. Im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann wird empfohlen langfristig die Aktivierbarkeit der Fläche mit dem Eigentümer zu klären.

Ratingen, Stadt

Die Stadt Ratingen hat einen Bedarf nach HSP 2 von 75 ha. Der Bedarf wird um 26 ha erhöht, zum Ausgleich der Inanspruchnahme einer wichtigen Gewerbeflächenreserve durch eine Justizvollzugs-

Stand: Dritte Beteiligung / Auslegung gemäß § 9 Abs. 2 BauGB

anstalt. Im Rahmen der FNP Änderung wurde seinerzeit vereinbart, dass ein Ausgleich erfolgt, in dem andere Gewerbeflächenreserven von 26 ha geschaffen werden. Aufgrund fehlender Standorte konnte der Tausch bisher nicht umgesetzt werden. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 90 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308ha bis ca. 443ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Ratingen einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 55ha bis ca. 72ha je nach getroffenen Annahmen. Im Bereich Rehhecke, wird ein ca. 37ha Bereich zukünftig statt als GIB als ASB dargestellt. Damit reagiert die Stadt auf die Probleme bei der Umsetzung für eine gewerbliche Entwicklung in diesem Bereich. Es soll dort zukünftig Wohnen auf einer Fläche von ca. 18ha ermöglicht werden. Die Fläche ist im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann noch als gewerbliche Baufläche enthalten. Zukünftig werden im Bereich Tiefenbroich zwei Bereiche als GIB, als Ergänzung zu dem bestehenden GIB Tiefenbroich dargestellt. Eine ASB Darstellung für Wohnen, kommt in diesem Bereich wg. der vorhanden Lärmschutzzone des Flughafen Düsseldorf nicht in Frage. Die Darstellung von ASB für eine gewerbliche Nutzung entlang der Anger in Ratingen Tiefenbroich, ist aufgrund des zukünftig dort dargestellten Bereiches für Grundwasser und Gewässerschutzes nicht möglich. Mit der Darstellung eines weiteren ASB im Bereich Lintorf wird eine aktuelle FNP Änderung umgesetzt. Für den neu vorgesehenen GIB im Bereich Lintorf zwischen A 3 und A 524 wird ein Entwicklungspotenzial von ca. 10 ha angenommen. Aufgrund von bestehender Bebauung und Wald ist anzunehmen, dass nicht der gesamte GIB bebaut werden kann, das ist im Bauleitplanverfahren zu prüfen. Neu dargestellt wird der Bereich Ratingen Ost (nördlich der Anschlussstelle A44) in einer Größenordnung von ca. 9ha, als Erweiterung der bereits dort vorhandenen gewerblichen Nutzung. Dieser Bereich ist im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann nicht enthalten. Im Bereich Homberg wird eine Arrondierung des bestehenden Gewerbegebietes als ASB um ca. 8 ha vorgesehen. Die FNP Reserven und 34er Reserven wurden nach dem 1.1.2012 aktualisiert, da eine FNP Reserve zwischenzeitlich als Wald planerisch gesichert wurde und für eine Gewerbliche Entwicklung nicht zur Verfügung steht (-4ha) und die 64 FNP-Änderung nicht weitergeführt wird (-10 ha bei den 34er Reserven). Die im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann für eine potentielle gewerbliche Ansiedlung identifizierte Flächen in Homberg-Ost, sind im rechtsgültigen Regionalplan sowie auch im Entwurf als ASB Reserve für eine gewerbliche Entwicklung dargestellt.

Velbert, Stadt

Die Stadt Velbert hat einen Bedarf von 62 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 47 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Velbert einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 36 ha bis ca. 53 ha je nach getroffenen Annahmen. Im Vergleich zum Erarbeitungsbeschluss des RPD-Entwurfs im September 2014 sind die Entwicklungspotenziale von 74 auf 47 ha gesunken, da die FNP Reserven aktualisiert werden mussten, aufgrund von fehlerhaften Angaben im Siedlungsmonitoring und da ein in diesem Entwurf neu vorgesehener GIB aufgrund von Restriktionen (Topographie, bestehende Wohnbebauung, Verfügbarkeit) wieder gestrichen wurde. Südlich der Langenberger Str./Nierenhofer Straße wird die im GEP99 dargestellte ASB Reserve zukünftig als GIB dargestellt. Dieser GIB wird nach Süden um ca. 15 ha erweitert. Der Bereich ist nach Aussage der Stadt, aufgrund der topographischen Gegebenheiten nur mit ca. 10 ha nutzbar, so dass der Überhang verträglich ist. Der Standort wird im Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann als potentiell für gewerbliche Zwecke potentiell nutzbare Freifläche ermittelt. Gegen eine von der Stadt vorgeschlagene Darstellung von GIB an der Stadtgrenze zu Wülfrath bestehen aufgrund ihres isolierten Neuansatzes und der wertvollen Landschaftsbestandteile Bedenken und werden deshalb nicht dargestellt.

Wülfrath, Stadt

Die Stadt Wülfrath hat einen Bedarf von 25 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 32 ha. Das Gewerbe- und Industrieflächen Konzept des Kreises Mettmann ermittelt für das Kreisgebiet einen Flächenbedarf von ca. 308 ha bis ca. 443 ha für die nächsten 20 Jahre und für die Stadt Wülfrath einen Gewerbe und Industrieflächenbedarf auf bisher nicht genutzten Flächen für die nächsten 20 Jahre von ca. 15 ha bis ca. 18 ha je nach getroffenen Annahmen. Eine im Erarbeitungsbeschluss des RPD-Entwurfes vom September 2014 vorgesehene Ergänzung von ca. 5ha einer bestehenden GIB Reserve nach Norden wird aufgrund topographischer oder sensibler Nachbarnutzung (Hoflagen) nicht weiter verfolgt (gestrichene Reserve aus GEP99 -10 ha). Diese GIB Reserve wurde auch im Gewerbe- und Industrieflächenkonzept des Kreises Mettmann aufgrund der eingeschränkten Verkaufsbereitschaft der Eigentümer und eventueller Altlasten als nur bedingt zu entwickeln bewertet. Durch die Aufhebung der Zweckbindung Kalkabbaugebiet für einen Teilbereich des GIBZ östlich der Rohdenhauserstraße ergibt sich ein Entwicklungspotenzial von 20 ha GIB.

Stand: Offenlage mit der Auslegungsfrist

Dormagen, Stadt

Die Stadt Dormagen hat einen Bedarf von 77 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 94 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen sind 12 ha für Reserven in GIBZ für Hafen und hafenaffines Gewerbe am Silbersee gesichert. Grundlage der Erarbeitung des RPDs ist eine intensive Alternativenprüfung, die gemeinsam mit der Stadt Dormagen durchgeführt wurde. Der bestehende Überhang ist bedarfsgerecht. Der GIBZ Silbersee ist insbesondere aufgrund der Chance dort langfristig einen Hafen entwickeln zu können, von besonderer Bedeutung. Zwei Herausforderungen sind jedoch zu klären: eine Altlast und die Umsetzung der geplanten AS Delrath. In der Erarbeitung des RPDs wurde ein neuer ASB-GE als Erweiterung eines ASB östlich der BAB 57 /nördlich der K 18 vorgesehen, der bisher als RGZ dargestellt wurde. Es können jedoch nur Teilbereiche davon gewerblich genutzt werden, weil sich in dem Bereich auch ein Friedhof befindet. Zudem wurde ein bereits gewerblich geprägter Bereich am Kohnacker und ein bestehendes Umspannwerk als GIB dargestellt. Es entstehen nur wenige neue Reserven.

Grevenbroich, Stadt

Die Stadt Grevenbroich hat einen Bedarf von 61 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 105 ha. Der Überhang ist bedarfsgerecht, da von den Entwicklungspotentialen 18 ha im GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie südlich der BAB 46 liegen, der als bimodaler Standort und interkommunales Projekt gemeinsam mit Jüchen (s.u.) entwickelt werden soll. Der Standort ist vorgesehen für die Ansiedlung von Betrieben >5 ha und von stark emittierenden Betrieben. Durch die Zweckbindung wird ein überregional bedeutsamer Bedarf gedeckt. Zudem wird ein bestehender GIB östlich der K 10 erweitert, um Flächen für die Ansiedlung von erheblich belästigenden Betrieben zu gewinnen. In der Stadt Grevenbroich gibt es trotz größerer Reserven für eine gewerbliche Entwicklung wenig Flächen die sich für eine Realisierung als Industriegebiet eignen, da vielfach angrenzend Wohnbebauung besteht. Die neuen GIB und GIBZ bieten ausreichend Abstände zu bestehender Wohnbebauung.

Jüchen

Die Gemeinde Jüchen hat einen Bedarf von 16 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 59 ha. Der Überhang ist bedarfsgerecht, da von den Entwicklungspotentialen 18 ha im GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie ab 5 ha südlich der BAB 46 liegen, der als interkommunales Projekt gemeinsam mit Grevenbroich entwickelt werden soll. Durch die Zweckbindung wird ein überregional bedeutsamer Bedarf gedeckt. Zudem befindet sich eine Reserve von ca. 20 ha im Regiopark, der gemeinsam mit der Stadt Mönchengladbach derzeit erschlossen und vermarktet wird. Der neue GIBZ südlich der A 46 bietet als bimodaler Standort und aufgrund der Entfernung zur nächstgelegenen Wohnbebauung sehr gute Voraussetzungen für eine gewerbliche Entwicklung. Er ist im regionalen Gewerbeflächenkonzept „Logistikregion Niederrhein“ für eine Entwicklung vorgeschlagen worden. Ein Erweiterungspotenzial wird als Sondierungsbereich für eine zukünftige gewerbliche Entwicklung vorgesehen.

Kaarst, Stadt

Die Stadt Kaarst hat einen Bedarf von 30 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 42 ha. Der Überhang wird durch einen bestehenden ASB verursacht der für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen ist, der bisher jedoch nicht optimal an das überörtliche Straßennetz angebunden werden und darüber nicht umgesetzt werden konnte. Durch diese Entwicklung sind auch die Inanspruchnahmen der Vergangenheit außergewöhnlich niedrig gewesen. Aus diesem Grund wäre eine Reduzierung nicht bedarfsgerecht gewesen.

Korschenbroich, Stadt

Die Stadt Korschenbroich hat einen Bedarf von 39 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 46 ha. Es erfolgt ein größengleicher Tausch von ASB (Gewerbe). Ein ASB im Bereich Holzkamp wird reduziert, da er aufgrund der angrenzenden Wohnbebauung nur eingeschränkt für Gewerbe entwickelt werden kann. Statt dessen werden zwei ASB-GE in Korschenbroich und in Glehn erweitert. Der Überhang von 7 ha ist verträglich, insbesondere vor dem Hintergrund dass in der weiteren bauleitplanerischen Umsetzung geklärt wird, wie die gewerbliche Umsetzung der Reserve aussehen wird. Da sich in dem GIB Korschenbroich zu einem sehr großen Teil wohnverträgliches Gewerbe angesiedelt hat und sich teilweise auch Wohnbebauung in dem Bereich oder unmittelbar angrenzend befindet, sind die Ziele für einen GIB (Ansiedlung von emittierenden Betrieben) nicht umsetzbar. Der GIB wird darum als ASB-GE bzw. als ASB dargestellt. Für die wenigen bereits ansässigen emittierenden Betriebe gilt ein Bestandsschutz.

Meerbusch, Stadt

Die Stadt Meerbusch hat einen Bedarf von 39 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 44 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen befinden sich 10 ha in dem GIBZ und 15 ha in dem ASB-GE des interkommunalen Gewerbestandortes beidseits der BAB 44, der gemeinsam mit der Stadt Krefeld entwickelt werden soll. Die Stadt Meerbusch kann aufgrund des lokalen Bedarfs Teilbereiche

Stand: Juni 2017 – Entwurf zur Offenlegung

des ASB-GE auch ohne die Zusammenarbeit mit der Stadt Krefeld entwickeln, sollte sich das Gesamtprojekt verzögern.

Neuss, Stadt

Die Stadt Neuss hat einen Bedarf von 119 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 139 ha. GIB Reserven in einer Größenordnung von 48 ha befinden sich westlich und südöstlich des Autobahnkreuzes Neuss Süd. Weitere 13 ha Entwicklungspotentiale liegen in den GIBZ für Häfen und hafenaffines Gewerbe, davon wird eine 10 ha große Reserve im GIBZ am Silbersee neu dargestellt. Dieser Bereich kann jedoch aufgrund eines Überschwemmungsgebietes nur für Hafenanlagen genutzt werden. Der GIB Holzkamp, welcher in der 80 Regionalplanänderung in einem Flächentausch neu dargestellt wurde, fließt als sogenannte §34er Reserve mit 22 ha in das Verfahren ein. Für die Stadt Neuss sind die Entwicklungspotenziale und FNP Reserven im Stand des Siedlungsmonitorings 01.01.2014 eingeflossen, da die 80. RP-Änderung rechtskräftig geworden ist und damit sich grundlegende Änderungen bei den Flächenreserven ergeben haben.
Aufgrund der Standortvoraussetzungen der Stadt Neuss und der Nähe zu Düsseldorf sind die Überhänge regional verträglich. Die Stadt Neuss hat die Darstellung eines GIB westlich der A 57 (Kuckhofer Straße) vorgeschlagen, der auch im Logistikkonzept Rheinland vorgeschlagen wird. Aus siedlungsstrukturellen Gründen wird er nicht in der Erarbeitung des RPDs als GIB vorgesehen. Unmittelbar angrenzend befindet sich der ASB Allerheiligen. Der verbleibende RGZ dient der Gliederung des Siedlungsraumes, ein Zusammenwachsen von GIB und ASB soll vermieden werden. Zudem besteht in der Stadt Neuss kein Bedarf für weitere GIB.

Rommerskirchen

Die Gemeinde Rommerskirchen hat einen Bedarf von 13 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 16 ha. Es wurde ein GIB neu dargestellt, der teilweise eine bestehende Bebauung umfasst und damit nur anteilig neue Reserven bietet. Der Überhang von (nur) 3 ha entsteht durch den Zuschnitt der Reserve.

Brüggen

Die Gemeinde Brüggen hat einen Bedarf von 16 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 32 ha. Trotz der Reduzierung von 8 ha bleibt ein Überhang bestehen. Dieser ist durch einen sehr hohen Anteil an Betriebserweiterungsflächen für die „Tonindustrie“ u.a. Firmen begründet. Eine weitere Reduzierung der Reserven ist nicht möglich, da dann Betriebserweiterungsflächen reduziert werden müssten, oder die Gemeinde keinen Handlungsspielraum für sonstige gewerbliche Entwicklungen mehr hätte.

Grefrath

Die Gemeinde Grefrath hat einen Bedarf von 11 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan bleiben nach Streichung von 6 ha gewerblicher Siedlungsfläche 14 ha. Damit verfügt die Gemeinde über eine ausgewogene Bilanz.

Kempen, Stadt

Die Stadt Kempen hat einen Bedarf von 46 ha. Planerisch sind im neuen Regionalplan 42 ha gesichert. Mit der planerischen Ausweisung eines neuen Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) im Norden der Stadt Kempen wurde der Bedarf gedeckt.

Nettetal, Stadt

Die Stadt Nettetal hat einen Bedarf von 30 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 102 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen sind 72 ha als GIBZ für einen überregional bedeutsamen Standort dargestellt (Venete). Der Überhang entspricht somit der Fläche des GIBZ, welcher bereits vor der Erarbeitung des RPDs bestand. Die Umsetzung wurde lange Zeit verzögert, weil der BAB Anschluss fehlte. Durch einen Flächentausch mit ASB hat die Stadt Nettetal eine Erweiterung eines Gewerbegebiets um 12 ha begründet, welches der Nachfrage ansässiger Betriebe dienen soll.

Niederkrüchten

Die Gemeinde Niederkrüchten hat einen Bedarf von 10 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 169 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen liegen 165 ha im GIBZ für flächenintensive Vorhaben und Industrie, welches für die Ansiedlung von Betrieben >10 ha vorgesehen sind. Dabei handelt es sich um eine Brachfläche, die umgenutzt wird (ehem. Flugplatzes Elmpt). Die Umnutzung der baulich geprägten, sehr verkehrsgünstig gelegenen Brache bietet ein großes Potenzial für die Ansiedlung von Betrieben mit einem sehr großen Flächenbedarf (z.B. aus dem Bereich Logistik) und für stark emittierende Betriebe, da die nächste gelegene Wohnbebauung weit entfernt liegt. Die bestehende Erschließung ermöglicht es, Baufenster vorzusehen, die für die Ansiedlung von Betrieben >10 ha geeignet sind. Der Überhang ist bedarfsgerecht, da es sich um die Befriedigung eines regionalen Sonderbedarfs handelt. Es gibt keine andere Reserve die mit dieser Zweckbindung überplant ist. Das textliche Ziel regelt zudem, dass die Gemeinde Niederkrüchten an dem Standort d.h. in dem GIBZ auch Gewerbliche Bauflächen für normales Gewerbe (nicht nur flächenintensiv und Industrie)

Copyright Mitglied der Arbeitsgemeinschaft

vorsehen kann, mit einem Flächenpotenzial von ca. 20 ha. Ein GIB an andere Stelle im Gemeindegebiet wird reduziert, da er aufgrund einer Abgrabung nicht realisiert werden kann.

Schwalmtal

Die Gemeinde Schwalmtal hat einen Bedarf von 18 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 27 ha. Mit der Streichung von 5 ha Allgemeiner Siedlungsbereich für Gewerbe und einer weiteren Reduzierung auf Flächennutzungsplanebene um 4 ha konnten die Überhänge reduziert werden. Die verbleibenden Reserven sind fast alle durch verbindliche Bauleitplanung abgesichert und damit nicht für eine Reduzierung geeignet.

Tönisvorst, Stadt

Die Gemeinde Tönisvorst hat einen Bedarf von 20 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 45 ha. Der Überhang in Tönisvorst bestand schon vor der Erarbeitung des RPDs und wurde durch einen Flächentausch um 13 ha reduziert. Der bisher im GEP99 vorgesehene GIB war nicht verfügbar, somit waren auch die Inanspruchnahmen vergleichsweise gering. Zudem wurde ein GIB in ASB geändert, aufgrund von ansässigem wohnverträglichem Gewerbe.

Viersen, Stadt

Die Stadt Viersen hat einen Bedarf von 61 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 114 ha. Von diesen Entwicklungspotentialen sind 35 ha für Reserven in GIBZ für flächenintensives Gewerbe (ab 5 ha) und Industrie und als überregional bedeutsamer Standort gesichert, der gemeinsam mit Mönchengladbach entwickelt werden soll. Ein Teil der 35 ha Entwicklungspotenziale befinden sich auf Mönchengladbacher Stadtgebiet. Der Überhang in Viersen bestand schon vor der Erarbeitung des RPDs konnte aber um 40 ha durch einen Flächentausch reduziert werden. Es wurden große GIB Reserven in Mackenstein und Vorst gestrichen. Durch die zusätzlich vorgesehene Darstellung der GIB Reserve in Mackenstein als GIBZ ist der Überhang bedarfsgerecht. Am Rand des interkommunalen GIB sind Sondierungsbereiche für eine sehr langfristige Entwicklung vorgesehen.

Willich, Stadt

Die Gemeinde Willich hat einen Bedarf von 52 ha. Planerisch gesichert im neuen Regionalplan sind 52 ha. Aufgrund von erheblichen Inanspruchnahmen zwischen 2012 und 2015 wurden die Reserven aktualisiert. Bei den Entwicklungspotenzialen im GIB westlich der Autobahn wurden nicht umsetzbare Flächen (Abstand zu Autobahn) nicht angerechnet. Es wurden zudem bestehende GIB an Rändern erweitert, um eine bestehenden Bebauung nachzuvollziehen, Daraus ergab sich kein weiteres Entwicklungspotenzial. Dem Wunsch der Stadt, auf Ausweisung eines Bereiches für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) westlich der vorhandenen Standortes Münchheide, konnte entsprochen werden.

Stand: Unterlagen für die Anhörung

7.1.4.4.3 Bewertung der Bedarfsberechnungsansätze und der teilregionalen Gewerbeflächenkonzepte aus der Planungsregion

Das Konzept zur Darstellung neuer Siedlungsbereiche für Gewerbe und Industrie muss u.a. im Wesentlichen zwei Gesichtspunkte beachten: Einerseits muss den örtlichen Belangen und hier insbesondere auch den teilregionalen Gewerbeflächenkonzepten Rechnung getragen werden. Auf der anderen Seite ist der Spielraum zur Darstellung von Flächen durch die Vorgaben des Landes begrenzt. Im Sinne des Gegenstromprinzips sind diese konfligierenden Anforderungen an die Flächenmenge im Konzept des RPD zusammengebracht und gelöst worden.

Vergleich mit anderen Methoden

Die dargelegte Handlungsspielraummethode der Düsseldorfer Planungsregion gibt den wichtigsten Orientierungswert für den rechnerischen Bedarf an zukünftigen Gewerbeflächen. Der rechnerische Ansatz wird ergänzt um eine qualitative Analyse, daraus ergeben sich Entwicklungspotenziale in der Summe, die bedarfsgerecht sein müssen. Eine Orientierung bei der Prüfung, ob sie bedarfsgerecht sind, bieten auch andere Ansätze zur Berechnung des gewerblichen Bedarfs. Verschiedene Kommunen verwenden eine Bedarfsberechnungsmethode nach GIFPRO (Gewerbe- und Industrieflächenprognose). Die ursprüngliche GIFPRO-Methode ist ein in den 1970er Jahren entwickeltes Verfahren zur Berechnung des Gewerbeflächenbedarfs, das auf der Mobilitätsanalyse von Betrieben beruht. Flächennachfrage entsteht dabei entweder durch Neugründung eines Betriebs, eine Standortverlagerung von außerhalb oder eine innerörtliche Verlagerung. Basis für die Berechnung bilden die Gewerbeflächen beanspruchenden Beschäftigten sowie branchenspezifische Flächenkennziffern (Flächenbedarf pro Beschäftigtem). Die Bandbreite bei den einfließenden Parametern ist dabei groß. So gibt es beispielweise Unterschiede hinsichtlich der zu Grunde gelegten Flächenkennziffern oder auch den Annahmen bezüglich der Neugründungs- und Verlagerungsquoten.

Im Jahr 2012 hat das Büro ISB Stadtbauwesen, Stadtverkehr der RWTH Aachen einen Ansatz auf Grundlage von GIFPRO (vgl. ISB 2012) entwickelt, der als Beispiel dienen kann. Bei einem Planungszeitraum von 20 Jahren an und einem Planungszuschlag von 20 % ergibt sich für die Planungsregion Düsseldorf ein Bedarf von rd. 3200 ha an gewerblichen Bauflächen in GIB und ASB. Der RPD weist Entwicklungspotenziale von ca. 3.160 ha und ein Flächenbedarfskonto ca. 260 ha. Damit wird der ISB Wert zwar leicht überschritten, diese Überschreitung beruht aber auf Überhängen in einzelnen Kommunen (z.B. Kleve, Emmerich, Kaarst, Nettetal), die in verbindlichen Bauleitplänen gesichert sind. Hier deutet sich an, dass die dargestellten Entwicklungspotentiale mit Ergebnissen anderer Bedarfsberechnungsmethoden vergleichbar sind.

Die Wirtschaft fordert in einzelnen teilregionalen Konzepten (z.B. Bergische Städte) und in Stellungnahmen für Teilregionen (z.B. Mittlerer Niederrhein) so viele marktfähige Potenziale und große Flächenausweisungen, dass sie den Vorgaben des LEP und dem Ziel „Flächensparen“ bzw. „Schonung der Freirauminanspruchnahme“ nicht mehr entsprechen würden. In anderen teilregionalen Konzepten sind Ergebnisse und Methoden vergleichbar (z.B. Kreis Mettmann).

Gewerbe- und Industrieflächenkonzept Kreis Mettmann

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Wirtschaftsförderung des Kreises Mettmann hat gemeinsam mit der IHK das Planungsbüro StadtRaumKonzept beauftragt, ein „Gewerbe- und Industrieflächenkonzept Kreis Mettmann“ zu erarbeiten (vgl. Kreis Mettmann / IHK Düsseldorf (202). Für jede der 10 kreisangehörigen Gemeinden wurden zunächst die Rahmenbedingungen für eine gewerbliche Entwicklung erarbeitet. Der Kreis Mettmann ist geprägt durch eine sehr hohe Bevölkerungsdichte, eine bewegte Topographie, welche die Eignung potenzieller Gewerbeflächen einschränkt und hohe naturräumliche Wertigkeiten. Die Möglichkeiten, neue Gewerbeflächen im Freiraum zu entwickeln sind begrenzt. Aus diesem Grund wird in dem Gewerbeflächengutachten das bestehende Reservepotenzial sehr differenziert bewertet. Es werden marktfähige Reserven in den bestehenden Plänen gesucht und zukunftsfähige Entwicklungspotenziale, die bisher noch nicht planerisch verortet wurden.

Der Flächenbedarf für die Gemeinden im Kreis Mettmann wird auf Grundlage der GIFPRO-Methode analysiert. Dafür wurden zum Beispiel individuelle Quoten für Neuansiedlungen und Verlagerungen erhoben und wurden ortsbezogene Flächenkennziffern ermittelt. Zudem wurde die Wirtschaftsstruktur vor Ort analysiert, unter anderem auch durch Gespräche mit den jeweiligen Kommunen.
Die Methodik und Ergebnisse sind nachvollziehbar und liegen in einem bedarfsgerechten Rahmen. Der kreisweite Bedarf wird lt. Gewerbeflächenkonzept für einen Planungszeitraum von 20 Jahren zwischen 308 und 443 ha. Er bewegt sich damit im Rahmen des nach HSP 2-Ansatz ermittelten Bedarfs von 451 ha. Die Spannweite ergibt sich aus differenziert betrachteten Wiedernutzungsquoten und Entwicklungen der Vergangenheit. In einigen Städten und Gemeinden gab es bereits in der Vergangenheit aufgrund des Strukturwandels einige größere Brachflächenumnutzungen, deren Erarbeitung des RPDs in die Zukunft als unrealistisch bewertet wurde, zumal viele Umnutzungen durch die Ansiedlung von Einzelhandel erfolgten. Darum wird ein Orientierungsrahmen beim Bedarf für die einzelnen Städte und Gemeinden ermittelt. Der HSP 2 Ansatz liegt i.d.R. auch für die einzelnen Städte und Gemeinden im oberen Bereich des Bedarfs aus dem regionalen Gewerbeflächenkonzept und wird als Grundlage für die Erarbeitung des RPDs weiterhin verwendet, um eine Gleichbehandlung der 49 Städte und Gemeinden zu gewährleisten. Zudem ist die Abweichung der Bilanz für den gesamten Kreis Mettmann von nur 8 ha so geringfügig, dass sie keine Veränderung der allgemeinen Vorgehensweise begründen kann.

Ein zentrales Ergebnis des Gewerbe- und Industrieflächenkonzeptes ist, dass dringender Handlungsbedarf besteht, weil die bestehenden Reserven für eine gewerbliche Entwicklung nur eingeschränkt geeignet sind. Im Kreis Mettmann konnten 387 ha Reserven identifiziert werden, die einer qualitativen Bewertung unterzogen wurden. In Kap. 7.1.4.4.2 *Qualitative Bewertung des HSP* wurde bereits ausgeführt, dass nicht die absolute Anzahl gewerblicher Reserven für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wichtig ist, sondern auch die Eignung dieser Reserven. Im Kreis Mettmann ergab die Analyse der Reserven, dass nur ca. 80 ha marktfähig sind. Weitere 150 ha der bestehenden 387 ha Reserven werden als zumindest bedingt marktfähig bewertet. Marktfähig sind Reserven laut Gutachten, wenn sie verfügbar sind und wenn sie aufgrund ihrer Standortqualität auch für eine gewerbliche Entwicklung geeignet sind. Die Verfügbarkeit ist bei vielen Reserven im Kreis Mettmann aufgrund von Preis- und Nutzungsvorstellung der Eigentümer, aufgrund gesellschaftlicher Widerstände, rechtlicher Restriktionen und einem hohen Aufbereitungsaufwand eingeschränkt. Die Standortqualität von Reserven ist eingeschränkt, wenn z.B. die die Erschließung und die Anbindung einer Reserve nicht den Anforderungen einer gewerblichen Nutzung entspricht, oder wenn angrenzende Wohnbebauung die Eignung einschränkt. Einige Reserven sind

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

aufgrund der Topographie und des Zuschnitts nur eingeschränkt geeignet. Insgesamt wurden 158 ha Reserven als nicht marktfähig bewertet, da sie nicht geeignet oder nicht aktivierbar sind (oder beides). Insbesondere Betriebserweiterungsflächen werden von den Kommunen als nicht marktfähig, da nicht aktivierbar bewertet.
Wichtig ist auch das Ergebnis, dass nur 8 ha marktfähiger Reserven für eine industrielle Ansiedlung zur Verfügung stehen, und nur weitere 25 ha eingeschränkt marktfähig sind. Damit belegt das Konzept die auch aus dem Fachbeitrag der Wirtschaft und in Kommunalgesprächen immer wieder vorgebrachte Forderung, dass es einen besonderen Bedarf an Flächen gibt, die sich für die Ansiedlung von emittierenden Industriebetrieben eignen.
Von den im Regionalplan GEP99 für eine gewerbliche Entwicklung im Kreis Mettmann vorgesehenen Potenzialen wurden 18 ha als zukunftsfähig (d.h. geeignet und aktivierbar) bewertet, 49 ha als nur bedingt geeignet oder nicht aktivierbar.

Das regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzept macht einige Vorschläge für neue Potenziale, die im Rahmen der Erarbeitung des RPDs eingebracht wurden. Hier konnten 33 ha als zukunftsfähig vorgeschlagen werden, weitere 140 ha als bedingt zukunftsfähig, die dann als Suchräume bewertet wurden für neue GIB oder ASB. In der obigen Tabelle 7.1.4.4.2.3: *Erwägungen bei den zeichnerischen Darstellungen in einzelnen Städten und Gemeinden* werden die einzelnen Vorschläge und Standorte aus dem Gewerbeflächenkonzept kurz bewertet. Es wurden auch nicht marktfähige Reserven zum Tausch vorgeschlagen. Über 100 ha Reserven wurden im Kreis Mettmann in den GIB und ASB gestrichen bzw. getauscht.

Ein wichtiges Fazit des Gewerbeflächenkonzeptes ist es, dass einige Städte und Gemeinden im Kreis Mettmann sich dauerhaft mit der Flächenknappheit bei der gewerblichen Entwicklung arrangieren müssen, weil es aufgrund naturräumlicher und siedlungsstruktureller Gründe keine alternativen Standorte mehr gäbe (z.B. Monheim, Langenfeld und Velbert). Dieses Ergebnis spiegelt sich auch in der Einbuchung von nicht umgesetzten Bedarfen im Flächenkonto wieder. Im Gewerbeflächenkonzept werden für die betroffenen Städte bestandsorientierte Maßnahmen empfohlen.

Das Gewerbeflächenkonzept hat keine Standorte identifiziert, die sich für eine Darstellung als GIBZ eigneten. Aus diesem Grund wurde von besonderen Zweckbindungen abgesehen.

Regionales Gewerbeflächenkonzept Bergisches Städtedreieck

Die Städte Remscheid, Solingen und Wuppertal haben unter Koordination und Moderation der Bergischen Entwicklungsagentur gemeinsam mit der IHK Wuppertal-Solingen-Remscheid und der Handwerkskammer Düsseldorf - stellvertretend für die lokalen Kreishandwerkerschaften ein „Regionales Gewerbeflächenkonzept Bergisches Städtedreieck“ erarbeitet (vgl. IHK/HWK Wuppertal, Remscheid, Solingen u.a. (2012)). In dem Konzept wird die Ausgangssituation der bergischen Städte in den Blick genommen. Es wird der Bedarf der Region an Gewerbeflächen ermittelt, und es werden regional bedeutsame Standorte identifiziert, die in die Erarbeitung des RPDs eingebracht wurden. Das Regionale Gewerbeflächenkonzept soll auch wegweisend sein für die Umsetzung der potenziellen Gewerbestandorten: Es werden Strategien für die regionale Kooperation erarbeitet und z.B. gemeinsame Forderungen für die Ausrichtung der Gewerbeflächenförderung des Landes NRW entwickelt und dem Land gegenüber vertreten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Im Gewerbeflächenkonzept wird der Gesamtbedarf an gewerblichen Bauflächen für die drei bergischen Städte in Anlehnung an die Handlungsspielraummethode ermittelt. Es wird die Ansiedlungsdatenbank der Wirtschaftsförderung der drei Städte ausgewertet. Es liegen Daten für einen Zeitraum von 5 Jahren (2006-2010) vor. Die durchschnittliche Ansiedlungsfläche betrug zwischen 30 und 35 ha pro Jahr (abhängig von angesetzter Bebauungsdichte). Erfasst wurden 240 Ansiedlungen in diesem Zeitraum. In einem zweiten Schritt wurde die unbefriedigte Nachfrage nach Flächen analysiert. Eine Auswertung der Datenbank der städtischen Wirtschaftsförderungen hat ergeben, dass rd. 600 Nachfragen in einer Größenordnung von ca. 80-90 ha pro Jahr nicht befriedigt werden konnten. Da Mehrfachnachfragen nicht ausgeschlossen werden konnten, wurde der Flächenansatz halbiert auf 40-45 ha pro Jahr.
In dem Gewerbeflächenkonzept wurden zudem die Größen der Inanspruchnahmen und nicht realisierten Nachfragen untersucht. Den Großteil bilden Anfragen und Ansiedlungen bis 1 ha. Auffällig seien aber die Anfragen von 2,5 ha und größer, die in den bergischen Städten nicht befriedigt werden konnten. Gründe für die Nicht Ansiedlung sind lt. Gutachten vielfach standortbezogen: gewünschte Bauhöhen sind nicht umsetzbar, ein 24 Stunden Betrieb ist nicht möglich, Flächenzuschnitte sind nicht geeignet (größere Flächen werden gesucht). Zudem sind kurzfristig verfügbare Flächen gefragt: Aufwendige B-Planänderungsverfahren verhindern eine Ansiedlung.
Im regionalen Gewerbeflächenkonzept wird der Bedarf nun anteilig auf Basis der beiden Datenbanken hochgerechnet. Dabei wird ausgeführt, dass die Umnutzung von Brachflächen eine wichtige Rolle spielt. Es wird ein Bedarf von ca. 25 ha an neuen Standorten und ca. 25 ha Bedarf an Brachflächen, die umgenutzt werden können, pro Jahr ermittelt, um die im Beobachtungszeitraum erfolgten Ansiedlungen und die Hälfte der nicht erfolgreichen Ansiedlungen zukünftig befriedigen zu können.

Überträgt man nun den Bedarf lt. Gewerbeflächengutachten auf den Planungszeitraum von 20 Jahren des Regionalplanes würde ein Bedarf von ca. 500 ha neuer Gewerbeflächen und 500 ha Brachflächen gesehen. Dieser Bedarf liegt deutlich über dem nach dem HSP 2 Ansatz für die drei Bergischen Städte ermittelten Bedarf von ca. 420 ha (der ja auch Brachflächen umfasst). Vergleicht man die 1000 ha an Gewerbeflächenreserven, die als Bedarf für die bergischen Städte formuliert wurden, mit dem Gesamtbedarf der Planungsregion wie sie oben nach HSP 2 und GIFPRO begründet wurden (3000-3200 ha) oder betrachtet die Ergebnisse anderer Planungsregionen (z.B. Kreis Mettmann, Bedarf Stadt Düsseldorf), dann erscheint der Bedarf sehr hoch angesetzt. Der Ansatz 50 % der nicht erfolgreichen Ansiedlungen zukünftig ansiedeln zu wollen, muss eher als politisches Ziel gewertet werden. Denn neben dem quantitativen Bedarf und dem quantitativen Flächenangebot muss auch das Flächenpotenzial im Blick gehalten werden, denn bereits die nach HSP 2 ermittelten Bedarf von rd. 450 ha können nicht planerisch verortet werden, weil geeignete Flächen fehlen.
Zudem wird der Ansatz bzw. vielmehr das Ergebnis im Zusammenspiel anderer Zielsetzungen kritisch gesehen: Eine bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung soll nicht über Gebühr zu Lasten des Freiraums gehen. Angesichts der hohen Freiraumwertigkeit in den bergischen Großstädten ist eine Inanspruchnahme von 500 ha Freiraum für eine gewerbliche Entwicklung kritisch zu sehen.
Zudem kann der hier vorgeschlagene methodische Ansatz nicht auf die Planungsregion übertragen werden, da auch in anderen Städten und Gemeinde flächenmäßig große Anfragen nicht befriedigt werden konnten. Da keine Datenbank besteht, die erfasst, welche Anfragen mehrfach bei unterschiedlichen Wirtschaftsförderungen, Kreisen, Städten und Gemein-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

den in der Planungsregion erfolgt sind, kann aus diesen nicht befriedigten Nachfragen auch kein Bedarf für die gesamte Planungsregion abgeleitet werden. Die Bereitstellung von zusätzlichen Reserven für nur 50 % der nicht umgesetzten Anfragen in der gesamten Planungsregion würde enorme neue Gewerbegebiete erfordern, für die in den bergischen Städten aufgrund fehlender geeigneter Standorte nicht genug Flächen zur Verfügung stünden, jedoch in den ländlich geprägten Regionen. Eine Übertragung des Ansatzes auf die gesamte Planungsregion ist damit nicht umsetzbar und v.a. nicht bedarfsgerecht.

Dennoch soll als Signal aus dem regionalen Gewerbeflächenkonzept für den RPD aufgenommen werden, dass viele Ansiedlungen nicht erfolgreich umgesetzt wurden, weil Flächen fehlten. Und dass neben Brachflächen auch unbebaute Gewerbeflächen erforderlich sind, um ein bedarfsgerechtes Flächenangebot vorhalten zu können. Im RPD wurden die vorgeschlagenen Standorte berücksichtigt und zu einem sehr großen Teil auch in den zeichnerischen Darstellungen aufgenommen (siehe Tabelle 7.1.4.4.2.3). Über 130 ha des HSP 2 der drei Städte konnten nicht räumlich verortet werden und wurden in das Flächenkonto eingebucht. Die bergischen Städte können im Planungszeitraum weitere GIB/ ASB darstellen, sollten geeignete Standorte identifiziert werden, ggf. auch in interkommunaler Zusammenarbeit mit angrenzenden Gemeinden.

„Untersuchung zur Flächen(Re-)Aktivierung zur Ausweitung des Gewerbeflächenangebotes mit Gleisanschluss für eine eventuelle logistische Nutzung“

In einer Kooperation der IHK mittlerer Niederrhein mit dem Rhein-Erft Kreis und dem Rhein-Kreis Neuss ist eine “Untersuchung zur Flächen(Re-)Aktivierung zur Ausweitung des Gewerbeflächenangebotes mit Gleisanschluss für eine eventuelle logistische Nutzung“ (Kurz: „Logistikkonzept Rheinland“) als Beitrag zum Projekt „Weiterentwicklung der Logistikregion Rheinland“ entstanden. Knapp 30 potenzielle Flächen für eine logistische Flächenentwicklung wurden in der Planungsregion Düsseldorf in ihrer verkehrlichen und umweltbezogenen Eignung untersucht. 8 Standorte mit ca. 600 ha werden aufgrund ihrer Anbindung als Entwicklungsraum identifiziert. Eine weitere Fläche wird als trimodaler Standort sehr gut bewertet, obwohl sie nicht im Untersuchungsbereich liegt (Hafen Düsseldorf Reisholz). Die vorgeschlagenen 9 Standorte werden in der folgenden Tabelle zusammengefasst bewertet. Die Standorte eignen sich laut Gutachten aufgrund ihrer guten Straßenanbindung und da sie teilweise bi- bzw. trimodal angebunden sind. Einige weisen jedoch Umweltrestriktionen auf, die im weiteren Verfahren geklärt werden müssen. Lediglich zwei Standorte werden als umweltverträglich bewertet. Zwei der vorgeschlagenen Standorte werden im RPD nicht umgesetzt: Die Erweiterung des Krefelders Hafens auf Meerbuscher Stadtgebiet ist aufgrund der naturräumlichen Wertigkeit schwierig und zudem politisch umstritten. Im Krefelder Hafen standen lt. Siedlungsmonitoring 2015 noch ca. 21 ha Reserven zur Verfügung (inkl. Betriebserweiterungsflächen). Das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen sieht keinen, über den im RPD enthaltenen GIBZ hinausgehenden aktuellen Erweiterungsbedarf (siehe Kap. 7.1.9). Der vorgeschlagene Entwicklungsraum in Neuss an der Kuckhofer Straße wird aus siedlungsstrukturellen Gründen nicht im RPD als GIB vorgesehen. Unmittelbar angrenzend befindet sich der ASB Allerheiligen. Der verbleibende RGZ dient der Gliederung des Siedlungsraumes ein Zusammenwachsen von GIB und ASB soll vermieden werden. Zudem besteht in der Stadt Neuss kein Bedarf für weitere GIB.
Einige der vorgeschlagenen Entwicklungspotenziale sind bereits im Regionalplan GEP99 dargestellt und werden ggf. erweitert.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle 7.1.4.4.3.1: Entwicklungsflächen aus dem „Logistikkonzept Rheinland“

Vorgeschlagene Entwicklungs-flächen	Verkehrs-anbindung (Straße/ Bi-/ Trimodal) (laut Gut-achten)	Umwelt-bewertung (laut Gut-achten)	Bereits im Regionalplan dargestellt	In Fort-schreibung erweitert / neu geplant	Anmerkung
Neuss/ Dormagen Silbersee	**Trimodal**	-	**Teilweise** (Reserven ca. 17 ha)	**Erweiterung geplant** (ca. 30 ha)	GIBZ Hafen und GIB ohne Zweckbindung
Interkom. Jüchen/ Grevenbroich	**Bimodal (geplant)**	**+**	**nein**	**Neu geplant** (38 ha GIBZ)	GIBZ für Betriebe >5ha
Regiopark MG/Jüchen	**Bimodal**	**+**	**Ja** (Reserven ca. 70 ha)	**Erweiterung geplant** (ca.10 ha)	GIBZ aus GEP99, Erweiterung als GIB vorgesehen
Viersen/MG Hardt-Mackenstein	**Straße**	**-**	**Teilweise** (Reserven ca. 25 ha in Viersen)	**Erweiterung geplant** (ca. 50 ha)	GIBZ für Betriebe > 5ha
Krefeld Hafen	**Trimodal**	**-**	**Ja** (21 ha Reserven)	**nein**	Erweiterung aufgrund schwerwiegender Umweltbelange / Restriktionen schwierig
Niederkrüchten (ehem. Flugplatz Elmpt)	**Straße**	**o**	**Nein**	**Neu geplant** (165 ha)	145 ha GIBZ für Betriebe > 10 ha und Industrie, 20 ha GIB
Düsseldorf Reisholz	**Trimodal**	**o**	**nein**	**Neu geplant** (48 ha GIBZ)	GIBZ Hafen und hafenaffines Gewerbe
Neuss Kuckhofer Straße Ost	**Bimodal**	**-**	**Nein**	**Nein**	Bedenken wegen RGZ, Nähe zu ASB Allerheiligen
Interkommunaler Standort Krefeld – Meerbusch (Erweiterung Hafen)	**Trimodal**	**-**	**Teilweise (Reserven im Hafen 21 ha)**	**Nein**	Vorgeschlagene Erweiterung des Hafens auf Meerbuscher Stadtgebiet (naturräumliche Bedenken, Perspektive Meerbusch?)

(Quelle: IHK mittlerer Niederrhein (Hrsg.): Untersuchung zur Flächen(Re-)Aktivierung zur Ausweitung des Gewerbeflächenangebotes mit Gleisanschluss für eine eventuelle logistische Nutzung, S. 30f., Tab. 17 und 18, eigene Überarbeitung)

Regionales Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve

Der Kreis Kleve, die Niederrheinische IHK, die Städte und Gemeinden im Kreis Kleve und die Wirtschaftsförderung im Kreis Kleve haben gemeinsam ein regionales Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve erarbeitet und im Rahmen der ersten Beteiligung zur Erarbeitung des Regionalplanes als Anregung vorgelegt. Sie bauen auf den Erfahrungen mit dem Gewerbeflächenpool Kreis Kleve auf und legen dar, dass der Gewerbeflächenpool keinen angemessenen Handlungsspielraum bietet bei der Entwicklung von Gewerbegebieten für flächenintensive Ansiedlungen >10 ha. Es wird u.a. ausgeführt, dass Entwicklungspotenziale im Sinne einer Angebotsplanung für Ansiedlungen >10 ha erforderlich seien, da diese Ge-

werbebetriebe Standortalternativen suchen würden, wenn sie zunächst eine Regionalplanänderung und FNP Änderung – auch im beschleunigten Verfahren des Gewerbeflächenpools – abwarten müssten. Im Gewerbeflächenkonzept wird die Darstellung verschiedener interkommunaler Gewerbegebiete, einiger Sondierungsbereiche für gewerbliche Entwicklungen und das Freihalten bestimmter Bereiche von entgegenstehenden Planungszielen vorgeschlagen.
Das regionale Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve wird entsprechend der Vorgaben aus dem LEP NRW (siehe Erläuterung zu Ziel 6.3-1 Flächenangebot) bei den weiteren Arbeiten zum Regionalplan Düsseldorf berücksichtigt. Eine Darstellung der vorgeschlagenen Standorte im Regionalplan Düsseldorf (RPD) ist für einige Standorte nicht möglich, u.a. da die Vorgaben im LEP NRW nicht beachtet werden (z.B. Ziel 6.1-1 Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung, Ziel 6.3-1 Flächenangebot), einige Vorschläge entsprechen nicht dem Planungskonzept des Regionalplanes und in der Summe nicht der Idee des Gewerbeflächenpools. Der Vorschlag, einige wenige Standorte im Regionalplan im Sinne einer Angebotsplanung für die Ansiedlung von großen Betrieben oder spezialisierten Betrieben u.a. aus dem Logistik und Agrobusiness vorzusehen, ist auch nach den Erkenntnissen aus der Evaluation des Gewerbeflächenpools nachvollziehbar. So gab es in der vergangenen Jahren im Rahmen des Gewerbeflächenpools nur kleinflächige Ansiedlungen. Zudem ist es sinnvoll für spezialisierte Nutzungen besonders geeignete Standorte für ihre Ansiedlung zu sichern.

Zu den Flächenvorschlägen aus dem regionalen Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve:

Gebietsvorschlag Nr. 1 Issum: Es wird angeregt, eine Fläche zwischen B 58 und BAB 57 von konkurrierenden Nutzungen freizuhalten. Dieses würde bedeuten, den BSLE in dem Raum zurückzunehmen. Es handelt sich aber um Biotopverbundflächen von besonderer Bedeutung für den Biotopverbund Nr. VB-D-4404-0009 (Waldflächen im Süden der Bönninghardt) und somit nicht um restriktionsfreien Raum im Sinne des Gewerbeflächenpools. Zudem ist keine Anbindung an den Siedlungsraum gegeben. Sollte eine interkommunale gewerbliche Entwicklung mit der Gemeinde Alpen im Rahmen der Erarbeitung des Regionalplanes Ruhr angestrebt werden und darüber eine Anbindung an den Siedlungsraum gelingen, wäre eine Regionalplanänderung erforderlich, in der dann auch die Belange des Biotopverbundes abgeprüft würden. Einer gewerblichen Entwicklung steht aufgrund der fehlenden Anbindung an den Siedlungsraum das LEP NRW Ziel 6.3-3 Neue Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen. Eine gewerbliche Entwicklung über die Ausnahme von Ziel 6.3-3 für im Freiraum gelegene GIB wird nicht gesehen, da es ausreichend Standortalternativen im Kreis Kleve gibt. Eine Entwicklung über die aktuellen Regelungen des Gewerbeflächenpools ist derzeit aufgrund der fehlenden Anbindung an den Siedlungsraum nicht möglich.

Gebietsvorschlag Nr. 2 Kalkar: Für die Bereiche östlich der B57 und westlich des GIB Kalkar Kehrum wird vorgeschlagen, keine konkurrierenden Festlegungen im Regionalplan vorzusehen und für einen Teilbereich einen Sondierungsbereich festzulegen. Einige Bereiche können bereits heute unter den Voraussetzungen des Gewerbeflächenpools entwickelt werden. Auch der östlich an den GIB angrenzende Bereich, für den eine Darstellung als Sondierungsbereich vorgeschlagen wird, ist nur teilweise als BSLE dargestellt, so dass er in einigen Bereichen unter den Voraussetzungen des Gewerbeflächenpools entwickelt werden kann. Die Darstellung eines Sondierungsbereiches erfolgt nicht da der BSLE dem Schutz und der

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Entwicklung der Biotopverbundflächen von besonderer Bedeutung VB-D-4203-0013 Marienbaumer Graben zwischen Kehrum und der Kreisgrenze westlich von Marienbaum dient. Ziel des Biotopverbundes ist es, die abschnittsweise reich gegliederte Niederung des Marienbaumer Grabens als Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten und als wertvolles Vernetzungselement in der Rheinaue zwischen Kalkar und Marienbaum zu erhalten und die Bereiche durch Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, Anlage von Bäumen und Grünstrukturen, die naturnahe Gestaltung des Gewässers u.ä. zu verbessern. Die Sondierungsbereiche sollen im Kreis Kleve aufgrund der Regelungen des Gewerbeflächenpools nicht grundlegend geändert werden, um eine ggf. erforderliche Rückabwicklung nicht zu erschweren. Auch liegen verstreut in dem Bereich einige Wohngebäude und größere landwirtschaftliche Hofstellen, die bereits jetzt in Konkurrenz zu dem Sondierungsbereich stehen würden.

Gebietsvorschlag Nr. 3 Rees: Für einen Bereich östlich von Rees Millingen sieht der Regionalplan – wie im Gewerbeflächenkonzept vorgeschlagen – keine konkurrierenden Festlegungen im Regionalplan vor.

Gebietsvorschlag Nr. 4 Straelen Depot Herongen: Im Gewerbeflächenkonzept wird vorgeschlagen, einen Teilbereich des Depots Herongen als GIBZ darzustellen und als Konversionsflächen nicht auf den Bedarf anzurechnen. Der Standort wird im Regionalplan nicht wie vorgeschlagen als GIBZ dargestellt, da am 17.06.2015 der Haushaltsausschuss des Bundestages beschlossen hat, das Depot Straelen Herongen der 3. Tranche des Nationalen Naturerbes zuzuweisen. Damit ist die Fläche nicht verfügbar. Die Ausführungen im Gewerbeflächenkonzept, dass ein Bedarf im Bereich Straelen und Umgebung besteht für die Ansiedlung von spezialisierten Betrieben aus dem Bereich Agrobusiness und Logistik sind nachvollziehbar. Der bereits bestehenden GIBZ nördlich der Autobahn weist kaum noch Reserven auf, der Gewerbeflächenpool bietet zudem aufgrund angrenzender Wohnbebauung nördlich der Autobahn keinen Spielraum für größere Ansiedlungen. Aus diesem Grund wird dem Vorschlag gefolgt, einen zweckgebundenen GIB südlich der Autobahn darzustellen. Als Alternative für die Konversionsfläche des Depots wird somit der Bereich direkt an der Autobahnabfahrt vorgeschlagen. Dort bestehen auch keine Biotopverbundflächen. Eine Vereinbarkeit mit dem südlich gelegenen VSG / FFH-Gebiet wurde im Rahmen einer Vorprüfung und der SUP untersucht (s. Prüfbogen und Kap. 9.2). Die weitere Umsetzung muss im Rahmen der Bauleitplanung geklärt werden.

Gebietsvorschlag Nr. 5 Emmerich am Rhein:
Im Gewerbeflächenkonzept wird die Darstellung eines GIB vorgeschlagen als nördliche Arrondierung des bestehenden GIB der Stadt Emmerich. Der von den Akteuren zunächst vorgeschlagene Flächenzuschnitt wurde in einer Stellungnahme der Stadt Emmerich verändert, da sich die Planungsziele für den Bereich und das nähere Umfeld zwischenzeitlich geändert hatten. Die Stadt führte aus, dass der neu vorgeschlagene Zuschnitt ein besseres Potenzial für die Ansiedlung von flächenintensiven Betrieben bieten würde, da der Bereich nur am Rande von einer bestehenden Hochspannungsleitung gequert wird. Insgesamt ist die positive Bewertung des großräumigen Standortes nachvollziehbar, durch seine Nähe zu einem bestehenden GIB, zur Autobahn und zum Hafen. Eine Einschränkung der Standortbewertung ergibt sich durch den fehlenden Bahnanschluss und durch die Betroffenheit einer Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung (BSLE). Der BSLE wird im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW zur Erarbeitung des Regional-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

planes als Biotopverbundfläche von besonderer Bedeutung (Stufe 2) ausgewiesen. Es wird ausgeführt, dass er eine besondere Bedeutung aufweist, weil es sich um eine bedeutende grünlandgeprägte Kulturlandschaft handelt und eine wertvolle Arrondierungs- und Entwicklungsfläche zu den angrenzenden NSG-würdigen Bereichen der Hetter. Von der Darstellung der Biotopverbundfläche als BSLE soll jedoch abgesehen werden, da sich der Standort langfristig gut für eine gewerbliche Entwicklung eignet und aufgrund der flächenhaften Darstellung von BSLE im Großraum Emmerich keine Alternativen bestehen. Darum wird ein Sondierungsbereich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Voraussetzung ist aber, dass überhaupt ein konkreter Bedarf begründet werden kann. Im Rahmen der erforderlichen Regionalplanänderung für eine mögliche GIB Darstellung wird dann der Belang des Biotopverbundes geprüft.

Es besteht derzeit kein Bedarf für die Darstellung eines GIBZ in der Stadt Emmerich da laut Siedlungsmonitoring zum Stichtag 1.1.2014 im näheren Umfeld über 81 ha verfügbarer Reserven zur Verfügung stehen (zusätzlich 18 ha Betriebserweiterungsflächen), die auch für die Ansiedlung von Logistikern geeignet sind und dafür vorrangig genutzt und bauleitplanerisch gesichert werden können. Die Stadt Emmerich ist mit ca. 90 ha Entwicklungspotenzialen (und einem rechnerischen Bedarf von ca. 44 ha) gut ausgestattet. Die größte Reserve ist mit 15 ha auch für die Ansiedlung von flächenintensiven Betrieben / Logistikbetrieben geeignet, hinzu kommen weitere bestehende Reserven, in denen Betriebe bis 5 ha angesiedelt werden können.
Durch den Gewerbeflächenpool ist es zudem möglich, die bestehenden Reserven im GIB am Ravensackerweg (nördlich Ravensackerweg) noch zu vergrößern, sollte ein Investor ein größeres Grundstück über die Grenzen der bestehenden FNP Darstellung Gewerbliche Baufläche hinaus anfragen. Bis zu einer Größe von zusätzlichen 10 ha wäre auch keine Regionalplan-Änderung erforderlich.

Eine große Arrondierung des bestehenden GIB – wie im Gewerbeflächenkonzept bzw. in der ergänzenden Stellungnahme der Stadt Emmerich vorgeschlagen – ist aufgrund der bestehenden Überhänge in der Stadt Emmerich erst umsetzbar, wenn der Überhang reduziert wurde (ggf. auch durch weiteren Flächentausch). Ziel 6.1-1 LEP NRW stünde der Entwicklung entgegen.

Gebietsvorschlag Nr. 6 Goch-Uedem-Weeze (Rottum): Im Gewerbeflächenkonzept wird vorgeschlagen, für einen Bereich zwischen BAB 57 und der Ortslage Weeze, westlich der B 9 keine konkurrierenden Festlegungen im Regionalplan vorzusehen. Dies entspricht auch dem Planungskonzept des Regionalplanes.

Gebietsvorschlag Nr. 7. Goch-Uedem-Weeze (Höst): Im Gewerbeflächenkonzept wird vorgeschlagen, das bestehende Gewerbegebiet nördlich der BAB 57, südöstlich des Stadtgebiets von Goch zu erweitern. Dem Vorschlag wird durch die Darstellung eines GIB mit der Zweckbindung „Überregional bedeutsamer Standort“ und „GIB für flächenintensive Vorhaben und Logistik“ im Regionalplan Entwurf gefolgt. Damit wird der im regionalen Gewerbeflächenkonzept angeführte Bedarf an Flächen > 10 ha gedeckt, die kurzfristig für Anfragen zur Verfügung stehen. Für nicht wesentliche störende Betriebe und für kleinflächige Betriebe bieten das angrenzende Gewerbegebiet, die bestehenden Reserven im Kreis Kleve und der Gewerbeflächenpool einen ausreichenden Spielraum.

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Gebietsvorschlag Nr. 8 Goch-Uedem-Weeze (Steinbergen): Es wird vorgeschlagen, den GIB zwischen Uedem und der BAB 57 als Sondierungsbereich darzustellen und eine östlich gelegene Fläche von entgegenstehenden Zielen freizuhalten. Der Bereich wird nicht als Sondierungsbereich darstellt, da die Fläche bereits jetzt im Rahmen des Gewerbeflächenpools entwickelt werden kann.

Gebietsvorschlag Nr. 9 Kevelaer/Kervenhein – Boemshof: Das Gewerbeflächenkonzept schlägt vor, einen Sondierungsbereich für einen zukünftigen GIB darzustellen. Da es sich allerdings bei Kevelaer Kervenheim um eine nicht–dargestellte Ortslage im Freiraum handelt, die nach den Regelungen des LEP NRW mit ihrer Siedlungsentwicklung auf den Eigenbedarf der Ortslage beschränkt ist, ist eine Darstellung von GIB nicht möglich und damit die Darstellung eines Sondierungsbereiches nicht erforderlich. Die ausnahmsweise Darstellung eines GIB im Freiraum nach Ziel 6.3-3 LEP NRW ist auch nicht möglich, da es andere geeignete Standorte in der näheren Umgebung gibt, die die Voraussetzungen des LEP NRW erfüllen, wie das Regionale Gewerbeflächenkonzept mit den Standorten Nr. 6, 7 und 8 und die bestehenden GIB im Kreis Kleve zeigen.

Gebietsvorschlag Nr. 10 Sonsbeck/Kevealer / Xantener Straße: Das Gewerbeflächenkonzept schlägt für diesen Bereich die Darstellung eines Sondierungsbereichs für einen zukünftigen GIB vor. Dem Vorschlag wird aus verschiedenen Gründen nicht gefolgt: Der Standort ist teilweise als Bereich für den Grundwasser und Gewässerschutz (BGG) dargestellt, da es sich um das nähere Einzugsgebiet des Reservegebietes R Bönnighardt B3/B handelt (siehe Beikarte 4 /G – Wasserwirtschaft). Zu den Gründen der Darstellung als BGG siehe Kap. 7.2.7 der Begründung zum Regionalplan. Zudem ist der Bereich als Bereich für den Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung (BSLE) dargestellt. Es sind teilweise Flächen des Biotopverbundes von besonderer Bedeutung nach dem Fachbeitrag Natur und Landschaft VB-D-4404-0004 betroffen. Es handelt sich um den Wald-Gründlandkomplex zwischen Winkelschem Busch und Piroler Heide. Ziel der Biotopverbundfläche ist die Erhaltung des Wald-Grünlandkomplexes mit teils reich strukturierten Grünlandniederungen, naturnahem Laubwald, wertvollen Kleingehölzstrukturen, Bachläufen sowie Resten von Feuchtvegetation mit Erlenbruchwald und Seggenriedern als Lebensraum für zahlreiche, teilweise gefährdete Tier- und Pflanzenarten und als wertvolles Vernetzungselement im Norden der Issumer Fleuthaue. Randlich miteinbezogen wurden Ackerflächen, die den kulturhistorischen Wechsel zwischen Kendel und Donken veranschaulichen. Als Entwicklungsziel wurde z.B. ausgeführt, dass der Lebensraumkomplex durch ökologische Aufwertung der grünlandgeprägten Bachauen und Niederungen ausgewertet werden soll. Prägend ist hier für die nähere Umgebung z.B. der Ratkampsgraben.

Somit werden auf Basis des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes und der Evaluation des Gewerbeflächenpools (siehe Kap. 3.3.3) zwei neue GIBZ im Kreis Kleve dargestellt und ein Bereich als Sondierungsbereich für eine zukünftige gewerbliche Entwicklung in der Beikarte aufgenommen. Die Entwicklungspotenziale in den neuen GIBZ werden von dem Flächenkonto des Gewerbeflächenpools abgebucht, da mit dem Gewerbeflächenpool vereinbart wurde, alle gewerblichen Bauflächenplanungen im Kreis dort abzurechnen. Mit Abschluss der Bauleitplanung werden die Standorte als Kat. 4 Reserven im Siedlungsmonitoring erfasst. Sondierungsflächen werden nicht auf den Bedarf angerechnet. Das Flächenkonto für den Gewerbeflächenpool Kreis Kleve muss mit Rechtskraft der Regionalplanerarbeitung aktualisiert werden. Im Dezember 2015 standen 178 ha zur Verfügung. Die o.g. neuen Entwick-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

lungspotenziale umfassen ca. 54 ha, die abgebucht werden müssten. Die Tabellen in Kap. 7.1.4.4. wurden entsprechend aktualisiert.

7.1.4.5 Fazit: Bedarfsgerechtes Entwicklungspotenzial im Regionalplan

Der Vergleich der Handlungsspielraummethode (mit der Ermittlung von HSP 2 und der qualitativen Bewertung der Entwicklungspotenziale) mit anderen Methoden sowie mit den Bedarfen aus Fachbeiträgen und regionalen Gewerbeflächenkonzepten, die in der Erarbeitung des RPDs nach LEP NRW Ziel 6.3-1 *Flächenangebot* berücksichtigt werden sollen, zeigt, dass die vorgesehenen Entwicklungspotenziale im Regionalplan in einem bedarfsgerechten Rahmen liegen bzw. dass sie einen Kompromiss zwischen Anforderungen an Flächenangebot und Freiraumschutz darstellen. Eine Obergrenze für die bedarfsgerechte und flächensparende Siedlungsentwicklung legt der LEP NRW in Ziel 6.1-1 fest.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes für Kapitel 7.1.4

In Ziel 6.1-1 LEP NRW wird dargelegt, dass die Regionalpläne und die ihnen zugrunde liegenden Flächenbilanzen auf Grundlage von bestimmten Bedarfsberechnungsmethoden bzw. Anrechnungsmodalitäten aufgestellt werden müssen. Dabei darf die Summe der von der Regionalplanung angesetzten Entwicklungspotenziale für ASB und GIB den für das Regionalplangebiet berechneten Bedarf an Wohnbau- und Wirtschaftsflächen nicht überschreiten. Was die Methodik für Wirtschaftsflächen betrifft, gilt laut diesem Ziel, dass der Bedarf an Wirtschaftsflächen sich aus den Ergebnissen des Siedlungsmonitorings ergeben soll (u.a. durch Multiplizierung der Inanspruchnahmen von mind. zwei Monitoring-Perioden mit der Zahl der Jahre des Planungszeitraums, Planungszuschlag 20%, Anrechnung von Betriebserweiterungsflächen zu 50% und gesonderter Betrachtung von Hafenflächen, Verteilung nach raumordnerischen Kriterien.

Die Handlungsspielraummethode beruht auf einem vergleichbaren Vorgehen (siehe Kap. 7.1.4.4.1, insbesondere Tabelle 7.1.4.4.1.1). Abweichungen zu der Landesmethode ergeben sich aus dem längeren Beobachtungszeitraum, dem Umgang mit Brachflächen, den Verteilungskriterien auf die Kommunen und bei der Erfassung von Gewerbereserven auch <0,2 ha.

Vor dem Hintergrund, dass die Summe, der von der Regionalplanung angesetzten Bedarfe für ASB und GIB die zentrale, nicht zu überschreitende Größe ist, erfolgte zu Beginn des RPD Verfahrens die Entscheidung, dass bei den Entwicklungspotenzialen für Wohnen etwas sparsamer umgegangen werden sollte, um mehr Spielraum für die gewerbliche Entwicklung zu bekommen. In Abweichung zur Bedarfsberechnungsmethode im LEP NRW wurde bei ASB auf den Planungszuschlag von 20 % verzichtet, Baulücken wurden zu 50 % angerechnet und die Dichten auf Grundlage einer siedlungsstrukturellen Analyse etwas dichter angesetzt (vergleiche hierzu Tabelle 7.1.1.6.5 & 7.1.1.6.6).

Der zunächst augenscheinliche Überhang bei den Gewerbepotenzialen von ca. 860 ha (Bedarf nach HSP 2 ca. 2.660 ha / Entwicklungspotenzial mit Flächenbedarfskonto ca. 3.520 ha) wird ausgeglichen, durch ca. 80 ha Entwicklungspotenziale in GIB-Z für Häfen und hafenaffines Gewerbe, die nach LEP Vorgabe nicht angerechnet werden müssen, durch ca. 150 ha Entwicklungspotentiale in den Städten Kleve, Emmerich, Kaarst, Nettetal und Viersen, die nach LEP Vorgabe als Überhänge in verbindlichen Bauleitplänen nicht zurückgenommen werden müssen, durch ca. 250 ha angerechneter Baulücken / Dichten, durch den nicht ausgeschöpften ASB Planungszuschlag von 20 % sowie die o.g. Unterschiede in der Bedarfs-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

berechnung für Gewerbe. Somit wird die Obergrenze des LEP NRW in der Summe der Entwicklungspotenziale für ASB und GIB nicht überschritten und der Plan entspricht somit auch Ziel 6.1-1 des LEP.

Die oben ausgeführten Abweichungen in der Bedarfsberechnungsmethode (ASB / GIB) und der Flächenbilanz (ASB / GIB) ergaben sich auch aus der parallelen Erarbeitung von RPD und LEP. Im RPD Verfahren musste frühzeitig eine Entscheidung zu den Bedarfsberechnungsmethoden getroffen werden, da sie im Gegenstromprinzip mit den Beteiligten in runden Tischen etc. diskutiert und auf dieser Grundlage weiterentwickelt wurden (s.u.) Die Bedarfsberechnungsmethoden im LEP waren zu diesem Zeitpunkt noch konzeptionell offen. Mit den beiden Entwürfen des LEP (2013 und 2015) wurden die methodischen Vorgaben konkreter. Die Regionalplanungsbehörde ist davon ausgegangen, dass die Vorgaben des LEP beachtet werden, wenn die jeweilige Obergrenze in der Summe für ASB und GIB, die sich aus den methodischen Vorgaben des LEP ergibt, eingehalten wird. Insbesondere der 2. Schritt der Handlungsspielraummethode für Gewerbe („qualitativer Orientierungsrahmen", Kap. 7.1.4.4) ist vor diesem Hintergrund bewertet worden, da der LEP eine solche Vorgehensweise – als „Sonderbedarf" über die Summe der Bedarfe der Planungsregion hinaus – nicht ermöglicht. Eine vollständige Überarbeitung der Methoden des RPD, in sehr enger Auslegung der Landesmethode, hätte eine vollständige Überarbeitung der Siedlungsbereichsdarstellungen in den 49 Städten und Gemeinde zur Folge haben müssen, was angesichts der Verfahrensdauer zum einen nicht vertretbar erscheint und zum anderen auch nicht vertreten werden muss, weil die Obergrenze für die bedarfsgerechte und flächensparende Siedlungsentwicklung laut Ziel 6.1-1 LEP NRW nicht überschritten wird.

Zudem ist zu bedenken, dass unter Berücksichtigung der Ziele aus Kap. 3.1.2 *Verantwortungsvolle Flächeninanspruchnahme*, in dem geregelt wird, wie das Ziel Innen- vor Außenentwicklung umgesetzt wird, die Entwicklungspotenziale des Regionalplanes Spielraum für die kommunale Entwicklung bieten, diese aber erst bauleitplanerisch umgesetzt werden können, wenn der Bedarf für die Umsetzung der Entwicklungspotenziale im FNP begründet werden kann. Das bedeutet, dass im Rahmen der landesplanerischen Anpassung nach §34 LPlG die Prüfung, ob für die jeweilige Gemeinde nun eine Inanspruchnahme erforderlich ist, jeweils erneut durchgeführt wird.

Hinzu kommt, dass das regelmäßige Siedlungsmonitoring auch neue Potenziale (z.B. Brachflächen) einbeziehen wird, sobald sie als Reserven auch verfügbar sind, bevor ggf. GIB Reserven in den Bauleitplänen umgesetzt werden. Somit werden nicht alle im Regionalplan vorgesehenen Entwicklungspotenziale im Planungszeitraum umgesetzt werden. Dies zeigt im Übrigen auch die Erfahrung aus dem Vorläuferregionalplan.

Teil-Regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte

In Ziel 6.3-1 *Flächenangebot* führt der LEP NRW aus, dass für emittierende Gewerbe- und Industriebetriebe in den Regionalplänen auf Basis regionaler Abstimmungen (regionale Gewerbe- und Industrieflächenkonzepte) ein geeignetes Flächenangebot zu sichern ist. Ein solches Konzept soll als Vorarbeit der Erarbeitung eines Regionalplans zugrunde liegen. In den Erläuterungen werden die inhaltlichen Anforderungen an dieses Konzept vertieft: Gemeinsam mit den Städten und Gemeinden und ggf. weiteren Beteiligten sollen GIB Reserven, Brachflächenpotenziale und potenzielle neue Standorte ermittelt werden. Die GIB Reserven sollen auch bezüglich einer intensiveren Ausnutzung bewertet werden und zudem sollen Empfehlungen für die qualitative Ausrichtung der GIB–Reserven und potenzieller neuer Standorte mittels qualitativ differenzierter Standortprofile erarbeitet werden. Teilregionale

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Konzepte sollen dabei berücksichtigt werden. Obwohl das Beteiligungsverfahren zum ersten LEP Entwurf vom Juni 2013 erst im Sommer 2013 begann, nachdem die Vorarbeiten zur Erarbeitung des RPDs bereits weit fortgeschritten waren, sind die o.g. Anforderungen erarbeitet worden: Das Siedlungsmonitoring wurde zum Stichtag 01.01.2012 gemeinsam mit den Städten und Gemeinden aktualisiert. Dort wurden alle Reserven in ihrer Quantität und Qualität erfasst. Es erfolgte in der Sitzungsvorlage (7/49 RR) zudem eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Bedarfsmethoden (Landesweite Methode, Düsseldorfer HSP-Methode). In der Sitzung des Regionalrates am 12.09.2012 wurden die Ergebnisse beraten.

Am 28.06.2012 hat der Regionalrat Leitlinien beschlossen, die zuvor mit den Beteiligten in einem Beteiligungsverfahren abgestimmt wurden. In diesen Leitlinien wurden Richtungsentscheidungen zur Erarbeitung des RPDs und hier auch zur gewerblichen Entwicklung erarbeitet (z.B. zu den Themen Bedarf, Anforderungen und qualitative Ausrichtung neuer GIB).

Der Umgang mit den Ergebnissen aus dem Siedlungsmonitoring und dem Thema Bedarf wurde an Runden Tischen und in Informationsveranstaltungen am 05.07.2011, am 22.03.2012 und am 07.05.2013 mit den Beteiligten diskutiert. Die Vorarbeiten zur Erarbeitung des RPDs waren dialogorientiert und umfassten viele Beteiligungsschritte, entsprechend intensiv haben sich die Beteiligten auch mit schriftlichen Stellungnahmen bereits in der Vorphase eingebracht. In der Erarbeitung des RPDs werden teilregionale Gewerbeflächenkonzepte aus dem Kreis Mettmann, den Bergischen Städten, von der IHK Mittlerer Niederrhein und aus dem Kreis Kleve berücksichtigt. Die Vorarbeiten sind Grundlage für die Überarbeitung der textlichen Ziele und der zeichnerischen Darstellungen.

Zur qualitativen Ausrichtung potenzieller neuer GIB Standorte bzw. von ASB, die der gewerblichen Entwicklung dienten, erfolgt in Kap. 3.3.2 die Darstellung von GIB mit Zweckbindung und werden einige GIB in Allgemeine Siedlungsbereiche mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) geändert, bzw. wurden einige neue ASB-GE vorgesehen.

Die Änderungen und ihre Begründung gehen im Rahmen der Erarbeitung des RPDs in die weitere Abstimmung mit den Beteiligten. Eine Umsetzung von Ziel 6.3-1 des LEP NRW erfolgt somit, in dem die Zeichnerischen Darstellungen zu GIB und ASB-GE, die textlichen Ziele und ihre Begründungen in Kap. 3.3, Kap. 7.1.4 und Kap. 7.1.7 Grundlage des Regionalen Gewerbeflächenkonzeptes für die Planungsregion Düsseldorf bilden.

Nach Rechtskraft des RPD werden die oben genannten Inhalte aus Textteil und Begründung als regionales Gewerbeflächenkonzept in einem neuen Format zusammengestellt und sollen durch graphisch aufbereitete Standortbewertungen der GIB und ggf. weitere konzeptionelle Arbeiten ergänzt werden. Dieses Konzept wird dann entsprechend den Vorgaben aus dem LEP NRW Grundlage für weitere Arbeiten am Regionalplan werden. Das regionale Gewerbeflächenkonzept für die Planungsregion Düsseldorf soll sich auch mit Planungsfragen auseinandersetzen, die sich aus einer längerfristigen Perspektive ergeben können (über Planungszeitraum des Regionalplanes hinaus). Dies können z.B. langfristige Entwicklungsperspektiven einzelner Teilräume sein (z.B. Strukturwandel im Rheinischen Braunkohlenrevier).

Eine Auseinandersetzung mit den Vorgaben des Bundes und des Landes zur Bedarfsberechnungsmethode (Kap. 7.1.4.4) erfolgt auch in Kap. 3.1.2 Verantwortungsvolle Flächeninanspruchnahme. Die zeichnerischen Festlegungen und ihre Änderungen im Rahmen der Erarbeitung des RPDs dienen der Umsetzung der bedarfsgerechten und flächensparenden Siedlungsentwicklung, die im LEP NRW formuliert werden. In Städten und Gemeinden bei denen ein Überhang an gewerblichen Bauflächenreserven festgestellt wurde, wurde eine

Synopse: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Streichung von GIB-Reserven angestrebt. Die Darstellung neuer Bauflächen ist dann nur erfolgt, wenn gleichzeitig auch Bauflächenreserven zurückgenommen wurden. In diesen Fällen wurde angestrebt, dass der Tausch mindestens größengleich ist, um den Anforderungen an Flächenrücknahmen bzw. Flächentausch in Ziel 6.1-1 des LEP NRW umzusetzen. Neue Bauflächen wurden nur dargestellt, wenn ein Bedarf festgestellt wurde. Diese Bedarfe konnten auf kommunalen Bedarfen nach der Handlungsspielraummethode oder durch Nachfragen von regionaler Bedeutung begründet werden, die dann dem Bedarf der gesamten Planungsregion angerechnet werden. Damit wird Ziel 6.1-1 *Flächensparende und bedarfsgerechte Siedlungsentwicklung* und Ziel 6.3-1 *Flächenangebot* des LEP NRW umgesetzt.

Weitere konzeptionelle Aspekte bei der zeichnerischen Darstellung von Bereichen für Gewerbe und Industrie

Der Grundsatz 6.1-3 *Leitbild dezentrale Konzentration* wird u.a. durch die Verteilung des Bedarfs nach HSP 2 u.a. auf Basis zentralörtlicher Kriterien umgesetzt.

Die Planungskriterien bei der Entscheidung für neue zeichnerische Festlegungen setzen Ziel 6.1-1 *Ausrichtung der Siedlungsentwicklung* um. Die Überprüfung der im Regionalplan (GEP99) bereits dargestellten GIB ist mit dem Ziel erfolgt, dass die GIB auch den Anforderungen der neu ausgerichteten textlichen Zielsetzungen des Landesentwicklungsplanes Ziel 6.3-1 *Flächenangebot* und Grundsatz 6.3-2 *Umgebungsschutz* geeignet sind. Die Planungskriterien zu restriktionsarmen Bereichen setzen die Anforderungen zum Freiraum aus den Kap. 7.2 *Natur und Landschaft* des LEP NRW um, da Biotopverbundflächen, FFH-, Naturschutzgebiete, Waldgebiete etc. nicht für die Darstellung neuer GIB in Frage kommen.

Als Planungskriterium für neue GIB wurde die Anbindung an bestehende Siedlungsbereiche (GIB oder ASB) vorausgesetzt, um den Grundsatz 6.3-5 *Anbindung neuer Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen* des LEP NRW umzusetzen. Dabei wurden in einigen wenigen Fällen aufgrund von fehlender Alternativen, Standorte für neue GIB gewählt, die durch BAB von bestehenden Siedlungsbereichen getrennt lagen (z.B. Niederkrüchten, Willich, Heiligenhaus, Grevenbroich/Jüchen). Ein isoliert gelegener neuer GIB mit Zweckbindung wird in Goch dargestellt. Es handelt sich um die Umnutzung des ehem. Depots. Die bestehenden Gebäude eignen sich u.a. für einen Industriebetrieb, der seit Jahren eine geeignete Erweiterungsfläche im grenznahen Raum des Kreises Kleve sucht. Da der Betrieb im Grenznahen Raum bisher keinen geeigneten Standort finden konnte und da es sich um die Wiedernutzung einer Brachfläche handelt wird der isoliert gelegene Standort als verträglich bewertet. Ein isoliert im Freiraum gelegener GIB in Wuppertal (Kleine Höhe) wurde durch eine konkurrierende Planfestlegung (ASB-Z) etwas reduziert, aber als Entwicklungspotenzial für den verbleibenden Bereich beibehalten. Das Gewerbeflächenkonzept der Stadt Wuppertal und die Entwicklungspotenziale des RPD zeigen, dass es in der Stadt Wuppertal kaum Entwicklungspotenziale für Gewerbe gibt, so dass an dem Standort trotz Lage im Freiraum festgehalten werden soll. Der Standort ist ortsdurchfahrtsfrei und kurzwegig über die L 355 an die BAB 535 angebunden. Nach Ziel 6.3-3 des LEP NRW sind ausnahmsweise isoliert gelegene GIB im Freiraum möglich, wenn aus verschiedenen Gründen keine Alternativen bestehen.

7.1.5 Planzeichen ca) Abfallbehandlungsanlagen

Abfallbehandlungsanlagen jeglicher Art können nach den Vorgaben des Ziels 8.3-2 LEP NRW grundsätzlich in GIB angesiedelt werden. Die Möglichkeit einer entsprechenden Ansiedlung besteht in den zeichnerisch dargestellten GIB regelmäßig, so dass der Plan inso-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

weit dem LEP NRW entspricht. Für regionalbedeutsame Abfallbehandlungsanlagen erfolgt in GIB zudem eine Darstellung mit Planzeichen ca. Als regionalbedeutsam anzusehen und damit zeichnerisch darzustellen sind Müllverbrennungsanlagen. Denn die Behandlung von Abfällen in öffentlich zugänglichen MVA stellt einen unverzichtbaren Bestandteil der möglichst umweltverträglichen und sicheren öffentlichen Entsorgungsinfrastruktur als Daseinsvorsorge dar. Zudem können von Müllverbrennungsanlagen relevante Emissionen und verkehrliche Auswirkungen ausgehen, wodurch umgebende Nutzungen entsprechend beeinflusst werden können. Bei den im Plangebiet vorhandenen MVA kommt hinzu, dass sie Fernwärme für die umliegenden Siedlungsräume bereitstellen.

Abfallbehandlungsanlagen werden als Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen dargestellt. Für Anlagen, die weniger als 10 ha groß sind, erfolgen rein symbolhafte Darstellungen. Diese Darstellungen dienen der Sicherung vorhandener Standorte, für die derzeit keine Erweiterungsabsichten erkennbar sind. Der Umfang der zu sichernden Standorte ist insbesondere in der Örtlichkeit erkennbar; ergänzende entsprechende Hinweise können auch FNP-Darstellungen und die dem Regionalplan zugrundeliegende Topographie enthalten.

7.1.5.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Vor diesem Hintergrund bleiben im Plangebiet die folgenden Anlagen zeichnerisch dargestellt:

- Müll- und Klärschlammverbrennungsanlage Krefeld (Krefeld-Uerdingen)
- Müllverbrennungsanlage Düsseldorf (Düsseldorf-Flingern)
- Müllverbrennungsanlage Wuppertal (Wuppertal-Korzert)
- Müllverbrennungsanlage Solingen (Solingen-Mitte)

Es handelt sich um bereits bestehende Anlagen.

7.1.5.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Die Beseitigung von Tierkörpern unterliegt spezialgesetzlichen Regelungen und fällt damit nicht unter das Abfallrecht. Da mit Planzeichen ca) nach den Vorgaben der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz lediglich ortsfeste Abfallentsorgungsanlagen zur Lagerung oder Behandlung von Abfällen dargestellt werden, wird die bisher im Plan enthaltene Darstellung der Tierkörperbeseitigungsanlage Kühleheide in Viersen-Bockert aus dem Plan gestrichen.

7.1.5.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Für andere Abfallbehandlungsanlagen wie z.B. Sortier-, Zerlege- oder Aufbereitungsanlagen wird nicht von einer Raumbedeutsamkeit ausgegangen; eine zeichnerische Darstellung erfolgt nicht. Es erfolgt somit keine zusätzliche Neudarstellung von Abfallbehandlungsanlagen gegenüber dem GEP99.

7.1.6 Planzeichen d) GIB für flächenintensive Großvorhaben

In der Planungsregion Düsseldorf sieht der LEP NRW in Ziel 6-4.1 einen GIB für flächenintensive Großvorhaben in Grevenbroich vor. Dieser wurde nachrichtlich übernommen, d.h. es gibt keine textliche Regelung zu dem Standort im Regionalplan. Die Abgrenzung wird aus

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dem GEP99 übernommen, es werden lediglich die Grenzen im Osten und Süden an die topographischen Gegebenheiten und zwischenzeitlich umgesetzten Nutzungen (Kraftwerk BOA) angepasst. Der GIB wird bis an die östlich verlaufende Bahnlinie und das Kraftwerkt erweitert, da der bisherige Zuschnitt einen verbleibenden GIB für den kommunalen Bedarf vorsah, der ohne eine Realisierung des zweckgebundenen Standortes nicht erschlossen werden konnte. Er wurde aus diesem Grund auch nicht als Reserve für eine Siedlungsentwicklung im Siedlungsmonitoring bewertet.

7.1.7 Planzeichen e) GIB für zweckgebundene Nutzungen (ohne ea, eb und ec)

7.1.7.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Die GIB mit **der Zweckbindung Pflanzenvermarktung** werden im RPD unverändert zum GEP 99 in den Gemeinden Geldern und Straelen (nördlich der Autobahn) dargestellt, ein GIB mit der **Zweckbindung Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte** unverändert in Kalkar-Appeldorn. Die GIB mit der Zweckbindung Kalkabbaugebiete werden unverändert in Wuppertal-Dornap sowie ergänzend entlang der Ladebühner Straße und in Wülfrath-Rohdenhaus etwas verkleinert dargestellt. Der Abbau ist noch nicht abgeschlossen; somit ist eine Zweckbindung weiterhin erforderlich. In Wuppertal-Vohwinkel (südwestlich von Dornap / Knäppersteich) wird ein GIB für die Nachnutzung gewerblich genutzter Flächen dargestellt. In Weeze-Laarbruch wird unverändert ein GIB mit einer **Zweckbindung flughafenaffine Gewerbe-, Industrie-, Dienstleistungs- und Logistikbetriebe** in den zeichnerischen Darstellungen übernommen. Es handelt sich um die an den ehemaligen militärischen Flugplatz Weeze, der inzwischen durch den zivilen Luftverkehr genutzt wird, angrenzenden Bereiche. Die GIB-Z sind bereits bauleitplanerisch umgesetzt worden und sollen weiterhin regionalplanerisch für flughafenaffines Gewerbe und flughafenaffine Nutzungen gesichert werden. Zur Begründung siehe auch Kap. 3.3.2.

7.1.7.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Im Regionalplan GEP99 war in Krefeld-Hückelsmay ein GIB mit Zweckbindung Postfrachtzentrum dargestellt, die Zweckbindung wird gestrichen (zur Begründung siehe Kap. 3.3.2)

7.1.7.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Folgende GIB mit Zweckbindung **Überregional bedeutsame Standorte für gewerbliche und industrielle Entwicklung** sind neu dargestellt worden:

- Mönchengladbach / Viersen
- Krefeld / Meerbusch (beiderseits der A44/ westl. L26),
- Niederkrüchten (Teile des ehem. Flughafen Elmpt),
- Goch/Uedem/Weeze (nördlich der A57),
- Grevenbroich / Jüchen (südlich A46/B59),
- Straelen-Herongen (südlich der A40).

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Die Standorte eignen sich besonders aufgrund ihrer Lage, ihrer Anbindung, der Größe und der naturräumlichen Gegebenheiten.

Die GIB mit Zweckbindung in:

- Niederkrüchten (Teile des ehem. Flughafen Elmpt),
- Grevenbroich / Jüchen (südlich A46/B59),
- Mönchengladbach / Viersen,
- Goch/Uedem/Weeze (nördlich der A57)

werden gleichzeitig auch als GIB für flächenintensive Vorhaben und Industrie vorgesehen. Sie eignen sich aufgrund der Anbindung, der Lage, der Größe und der Entfernung zu Wohnbebauung und anderen schützenswerten Nutzungen besonders für die Ansiedlung von Betrieben, die einen großen Flächenbedarf haben bzw. die einen Abstand zu schutzbedürftigen Nutzungen erfordern.

Zu der Begründung der Standorte im Einzelnen:

An der Grenze von **Grevenbroich und Jüchen** südlich der BAB 46 westlich der L116 erfolgt die Darstellung eines **GIB für flächenintensive Vorhaben und Industrie** sowie **als überregional bedeutsamer Standort**. Der Standort ist besonders geeignet, da nördlich angrenzend ein Containerterminal geplant ist. Durch die Nähe zur BAB ist die Verkehrsanbindung sehr gut geeignet für transportintensive Unternehmen. Zudem befinden sich die nächsten Wohngebiete erst in einer Entfernung von 800 m, so dass ein Potenzial zur Ansiedlung von emittierenden Betrieben besteht. Da es sich um ein ehemaliges Braunkohleabbaugebiet handelt, bestehen bisher keine naturräumlichen Restriktionen. Der Bereich ist bereits wiederhergestellt und damit sofort verfügbar. Der Standort ist schwerpunktmäßig für die Ansiedlung von Betrieben ab einer Größe von 5 ha vorgesehen, da in der Planungsregion ein Bedarf an Flächen besteht, die geeignet sind für die Ansiedlung von großen Betrieben. Da der GIB ca. 40 ha umfasst, ist eine Bindung für größere Unternehmen nicht sinnvoll. Die Abgrenzung ergibt sich aufgrund der ehemaligen Nutzung der Flächen für den Braunkohletagebau. Die ehemalige Abbruchkante ist für eine gewerbliche Nutzung nur eingeschränkt geeignet, so dass der Zuschnitt sich an der B59 orientiert. Ergänzend wird ein Sondierungsbereich vorgesehen.
Der Bedarf wird durch die Sondernutzung begründet, da es in der Planungsregion Düsseldorf kaum vergleichbar gut angebundenen Standorte gibt (Containerterminal, BAB-Anschluss), in denen sich Reserven befinden, die von großen Betrieben ab 5 ha genutzt werden können. Auch gibt es nur sehr wenige GIB, die einen Abstand von bis zu 800 m zu einer Wohnbebauung aufweisen und damit geeignet sind, für die Ansiedlung stark emittierender Betriebe. Der in den Belegenheitskommunen entstehende Überhang ist damit bedarfsgerecht. Der Standort wurde im Gewerbeflächenkonzept der IHK mittlerer Niederrhein „Logistikkonzept Rheinland“ (siehe Tabelle 7.1.4.9: Entwicklungsflächen aus dem „Logistikkonzept Rheinland“) für besonders geeignet bewertet und wird auch von den Städten und Gemeinde als kurzfristig verfügbares Potenzial bewertet. Der Standort ist aufgrund der oben ausgeführten guten Eignung als überregional bedeutsamer Standort aufgeführt und da er in interkommunaler Zusammenarbeit von Jüchen und Grevenbroich umgesetzt werden soll. Die interkommunale Zusammenarbeit ist erforderlich, da die Anbindung bzw. Erschließung des Standortes nur in Zusammenarbeit beider Städte sinnvoll erfolgen kann.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In der Stadt Straelen wird südlich von Herongen und der BAB 40, direkt an der Autobahnabfahrt ein GIBZ für Agrobusiness und Logistik dargestellt. Es handelt sich um eine Ergänzung des GIBZ nördlich der Autobahn. Beide GIBZ werden mit der Zweckbindung Agrobusiness und Logistik gesichert, da bereits einige Firmen mit der Ausrichtung dort angesiedelt sind und im Gewerbeflächenkonzept ein Bedarf begründet wird. Der Bereich stellt aufgrund der o.g. Zweckbindung und der Zweckbindung überregional bedeutsamer Standort eine Ergänzung zum Gewerbeflächenpool dar. In der Evaluation zur Modellphase des Gewerbeflächenpools wurde festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht, weil der Pool keine angemessenen Spielräume für die Ansiedlung von großen Ansiedlungen >10 ha bietet und für spezialisierte Nutzungen bietet (siehe Kap. 3.3.3 und 7.1.4.4.3).

In der Gemeinde **Niederkrüchten** wird ein **GIB für flächenintensive Vorhaben und Industrie** sowie **überregional bedeutsamer Standort** neu geplant. Der ehemalige Flugplatz Niederkrüchten bietet das Potenzial einer Brachflächenumnutzung und damit die Schonung von Frei- und landwirtschaftlichen Flächen an anderer Stelle. Er ist besonders geeignet für die Ansiedlung von flächenintensiven Vorhaben (ab 10 ha Einzelansiedlung) und für die Ansiedlung von starken Emittenten aufgrund der Struktur des Geländes (Lage, Zuschnitt, Straßenverlauf), der Größe (150ha) und der Entfernung zu bestehender Wohnbebauung zumindest von Teilbereichen des Geländes. Der Zuschnitt und die Größe ergeben sich aus den bereits versiegelten Flächen. Das textliche Ziel legt fest, dass 20 ha Entwicklungspotenziale in dem GIBZ für den lokalen Bedarf der Gemeinde Niederkrüchten umgesetzt werden können und um Abstandserfordernisse z.B. zu der nördlich angrenzenden Wohnbebauung vorzusehen. Zudem soll ein geeigneter Eingangsbereich für das überregional bedeutsame Gewerbegebiet entstehen. Im südlichen Bereich befindet sich eine ehemalige Bahntrasse, die im Regionalplan dargestellt ist und deren Reaktivierung angestrebt werden sollte. In der Umgebung des GIBZ befinden sich naturräumliche wertvolle Bereiche (z.B. ehem. Landebahnen und angrenzende Wälder). Eine Verträglichkeit der geplanten gewerblichen Nutzung insbesondere durch erheblich emittierende Betriebe muss geklärt werden. Der GIBZ liegt zwar nicht unmittelbar angrenzend an einen GIB, jedoch befindet sich nördlich der BAB 52 der ASB Niederkrüchten. Ob der GIBZ aufgrund seiner Größe als interkommunaler Standort entwickelt werden kann, konnte noch nicht geklärt werden.

An der Stadtgrenze von **Goch** und **Weeze (nördlich der A57)** wird ein interkommunaler Standort für eine Gewerbeflächenentwicklung vorgesehen, der im Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve vorgesehen wird. Der Standort ist als **GIB für flächenintensive Vorhaben und Industrie** ab 5 ha geplant, der gleichzeitig auch als **überregional bedeutsamer Standort** vorgesehen ist. Durch die Zweckbindung ergänzt der Standort die Regelungen im Gewerbeflächenpool des Kreises Kleve. In der Evaluation zur Modellphase des Gewerbeflächenpools wurde festgestellt, dass Handlungsbedarf besteht, weil der Pool keine angemessenen Spielräume für die Ansiedlung von großen Ansiedlungen >10 ha bietet und für spezialisierte Nutzungen (siehe Kap. 3.3.3). Die Standorte sind als überregional bedeutsame GIBZ vorgesehen, da sie im Gewerbeflächenkonzept für den Kreis Kleve vorgeschlagen wurden (siehe Kapitel 7.1.4.4.3).An der Stadtgrenze von **Viersen** und **Mönchengladbach** (südlich des GIB Mackenstein in Viersen) ist ein **GIB für flächenintensive Vorhaben und Industrie** ab 5 ha geplant, der gleichzeitig auch als **überregional bedeutsamer Standort** vorgesehen ist. Es handelt sich um eine bestehende GIB Reserve der Stadt Viersen und eine Erweiterung in südlicher Richtung. Der Standort ist durch die Nähe zur BAB 52 und 61 und durch die Arrondierung des bestehenden GIB gut geeignet. Die Lage und der Zuschnitt des GIBZ ermöglichen es zudem, die Anbindung des bestehenden Gewerbegebietes Mackenstein zu

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

verbessern, indem der Verkehr von der BAB 52 durch den neuen GIBZ und nicht durch die Ortslage Hausen geführt wird. Der Standort wurde im Gewerbeflächenkonzept der IHK mittlerer Niederrhein „Logistikkonzept Rheinland“ (siehe Tabelle 7.1.4.9: Entwicklungsflächen aus dem „Logistikkonzept Rheinland“) für besonders geeignet bewertet, wobei in dem Konzept ein Standort weiter östlich vorgeschlagen wird, der jedoch aufgrund einer Lage im BGG nicht für eine gewerbliche Entwicklung geeignet war. Der im Regionalplan nun vorgesehene Zuschnitt liegt zwar nicht mehr in einem BGG, jedoch in der Wasserschutzzone IIIb. Deshalb sind nur solche Gewerbeansiedlungen möglich, die in geringem Umfang wassergefährdende Stoffe einsetzen oder damit umgehen. Die Errichtung oder ggf. die Erweiterung von wassergefährdenden Großanlagen im Sinne der Wasserschutzgebietsverordnungen „Dülken/Boisheim“ und „Aachener Weg“ sind nicht zulässig.

An der Stadtgrenze von **Meerbusch** und **Krefeld** (beiderseits der A44/ westl. L 26) ist ein **GIB mit Zweckbindung überregional bedeutsamer Standort** und auf Meerbuscher Stadtgebiet angrenzend ein Allgemeiner Siedlungsbereich mit einer Zweckbindung für Gewerbe (ASB-GE) für eine interkommunale Zusammenarbeit der Städte Meerbusch und Krefeld geplant. Es handelt sich um die Umsetzung eines bereits im GEP99 vorgesehenen Sondierungsbereiches für eine gewerbliche Entwicklung, der auch im textlichen Ziel des GEP 99 als überregional bedeutsamer Standort genannt wurde. Durch die unmittelbare Lage an der BAB 44 Anschlussstelle, den bestehenden angrenzenden GIB und ASB und die sehr gute Erreichbarkeit des Düsseldorfer Flughafens besteht ein gutes Potenzial für eine gewerbliche Entwicklung. Zudem bestehen wenige naturräumliche Restriktionen an dem Standort. Zwischen dem im Gep 99 bestehenden GIB in Meerbusch (im RPD als ASB-GE dargestellt) und dem neuem GIBZ ist ein ASB-GE geplant, der als Übergang zu angrenzender Wohnbebauung und zum wohnverträglichen Gewerbe dient. In diesem Bereich kann zudem die Stadt Meerbusch den lokalen Bedarf an gewerblichen Bauflächen decken. Aufgrund der Bedarfssituation ist eine vollständige Umsetzung nur durch eine interkommunale Zusammenarbeit zwischen Krefeld und Meerbusch möglich, ggf. kann auch die Stadt Willich in die Kooperation eingebunden werden. Lage und Zuschnitt ergeben sich aus Bedarf und naturräumlichen Gegebenheiten. Der im Gebiet der Stadt Krefeld und im Gewerbeflächenkonzept der Stadt vorgeschlagene GIBZ nördlich der BAB 44 hält aufgrund der Wohnbebauung in Fischeln einen Abstand zu dem ASB, der als regionaler Grünzug aufgewertet werden soll. Durch erforderliche Abstände zur BAB und der Nutzungen im Gebiet, sind die Entwicklungspotenziale eingeschränkt und im Rahmen der bauleitplanerischen Umsetzung zu klären. Zur Umsetzung soll ein landesplanerischer Vertrag abgeschlossen werden, in dem Vereinbarungen getroffen werden sollen zur zeitlichen Umsetzung des interkommunalen Standortes. Durch den GIBZ östlich der Kölner Straße auf Krefelder Stadtgebiet soll die Möglichkeit geschaffen werden, dass Gewerbegebiet an die K-Bahn anzubinden. Auf eine Zweckbindung z.B. für flächenintensive Vorhaben und Industrie wurde aufgrund der lokalen Bedarfe in Krefeld und Meerbusch

Ein isoliert gelegener neuer GIB mit Zweckbindung **Umnutzung Depot Hommersum** wird in **Goch** dargestellt. Es handelt sich um die Umnutzung der Gebäude des ehem. militärisch genutzten Depots. Die bestehenden Gebäude eignen sich u.a. für einen Industriebetrieb, der seit Jahren eine geeignete Erweiterungsfläche im grenznahen Raum des Kreises Kleve sucht. Zudem gibt es Planungen für eine landwirtschaftliche Nutzung von Hallen und zur Gewinnung von regenerativen Energien. Die Abgrenzung ergibt sich aus dem Gebäudebestand. Das Gelände selbst ist aufgrund der bebauten Flächen und der Dichte nicht naturräumlich besonders wertvoll, jedoch befinden sich in der Umgebung wertvolle Bereiche. Auf-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

grund der Lage im Freiraum und der hohen Freiraumwertigkeit in der Umgebung soll die Umnutzung auf die bestehenden Gebäude begrenzt werden. Eine bauliche Nachverdichtung darf nicht erfolgen. Eine Verträglichkeit ist im weiteren Verfahren zu prüfen. Die Verkehrsanbindung erfolgt über die bestehenden Straßen, die auch das Depot angebunden haben und entsprechend ausgebaut sind. Die überörtliche Anbindung ist über die B 504 gegeben.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Siehe raumordnerische Vorgaben zu Kap. 3.3.2 (textliche Ziele zu den GIBZ) und zu Kap. 7.1.4 (zeichnerische Darstellungen GIB).

7.1.8 Planzeichen ea) Übertägige Betriebsanlagen und Einrichtungen des Bergbaus

Übertägige Betriebsanlagen und Einrichtungen des Bergbaus liegen aufgrund des Neuzuschnitts des Planungsraums (Wegfall der zum RVR-Gebiet gehörenden Kommunen) nicht mehr im Zuständigkeitsbereich des Regionalrates Düsseldorf.

7.1.9 Planzeichen eb) Standorte des kombinierten Güterverkehrs

Als GIB mit Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe werden – unabhängig von ihrer Eigentümerstruktur – Häfen dargestellt, die öffentlich zugänglich sind. Rein betriebsgebundene Umschlagstellen haben keine vergleichbare Bedeutung für den regionalen Güterumschlag und werden daher nicht zeichnerisch dargestellt. Auch der LEP NRW bezieht sich in den Erläuterungen zu Ziel 8.1-9 auf die öffentlich zugänglichen Häfen. Bei den dargestellten Standorten handelt es sich um vorhandene Hafenstandorte, die über Ausbauflächen in unterschiedlichem Umfang verfügen. Für eine Darstellung gänzlich neuer Standorte am Rhein konnten keine Flächenpotentiale ermittelt werden; den Flächen entlang des Rheins kommt in großen Räumen des Plangebietes erhebliche naturschutzfachliche Bedeutung zu, und auch in oder an Siedlungsräumen bestehen nur in wenigen Fällen hinreichende Flächenpotentiale, an denen eine verträgliche Hafenentwicklung möglich erscheint.

Die Darstellungen entsprechen den Vorgaben des LEP NRW. Dieser sieht in Ziel 8.1-9 vor, dass in den landesbedeutsamen Häfen (im Planungsraum liegen diese in Düsseldorf, Krefeld und Neuss) die erforderlichen Standortpotentiale zu sichern und von der Regionalplanung in bedarfsgerechtem Umfang Hafenflächen und Flächen für hafenaffines Gewerbe festzulegen sind. Weiterhin sollen diese Häfen ihre Flächen für hafenaffines Gewerbe vorhalten. Sie sind vor dem Heranrücken von Nutzungen zu schützen, die geeignet sind, die Hafennutzung einzuschränken. Orientierung für den Bedarf an zu sichernden Flächen für Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe sowie deren Zuordnung zu den einzelnen Häfen bietet das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen. Dieses benennt – im Gegensatz zu früheren Fassungen – für die einzelnen als landesbedeutsam eingestuften Häfen den quantitativen Flächenbedarf. Zusätzlich zu zugrunde gelegten Hafengebieten (Flächenabgrenzung im Anhang des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW), innerhalb derer sich zum Teil noch Flächenreserven befinden, wird für die einzelnen Häfen jeweils der Bedarf für Umschlagflächen und umschlagnahe Logistikflächen beziffert. Außerdem wird jeweils abgeschätzt, wie viel von diesem Bedarf voraussichtlich planerisch gesichert werden kann. Für darüber hinaus gehende Flächenbedarfe ist vorgesehen, dass diese nach Möglichkeit dann zu sichern sind, wenn Flächenpotentiale durch das Brachfallen von Flächen neu entstehen. In Dormagen / Neuss-Uedesheim und in Krefeld-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Uerdingen werden GIB mit der Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe – zeichnerisch dargestellt, die nicht landesbedeutsam sind; die zeichnerische Darstellung erfolgt aufgrund der Bedeutung dieser Häfen für den Güterverkehr und zum Zwecke der Flächensicherung.

Tab. 7.1.9.1 Flächenbedarf für Containerumschlag und umschlagnahe Logistik bis 2030 in den landesbedeutsamen Häfen NRWs in Hektar (Quelle: Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW):

Hafenstandort	Bedarf für Umschlagflächen nach Abzug von Reserven und geplanten Ausbaumaßnahmen	Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen nach Abzug von Reserven und geplanten Ausbaumaßnahmen	Summierter zusätzlicher Flächenbedarf der Häfen für Umschlag und Logistik	vom Gesamtbedarf vsl. aktuell planerisch sicherbar	vom Gesamtbedarf zu sichern, wenn Flächenpotentiale durch das Brach-Fallen von Fläche neu entstehen
Neuss / Düsseldorf (NDH)	0	41	41	31	10
Krefeld	0	5	5	5	0
Emmerich	4	14	18	14	4 (Umschlag)

Bei der Abgrenzung der GIB mit Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe wurden die folgenden Darstellungskriterien angewandt:

- Orientierung an den dem Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW zugrunde liegenden Annahmen zur Abgrenzung der landesbedeutsamen Häfen
- Annäherung an den im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW bestimmten Mengenbedarf für neue Hafenflächen
- Orientierung an der Abgrenzung der in Hafenverordnungen für Hafennutzungen vorgesehenen Bereiche
- Einbeziehung angrenzender in Wassernähe gelegener, nach Möglichkeit bereits durch Güterumschlag und Logistik geprägter bestehender GIB sowie GIB-Reserven bis zu topographisch erkennbar trennenden Strukturen bzw. vorhandenen linienförmigen Infrastrukturen
- Einbeziehung angrenzender verkehrsgewerblich geprägter Bereiche (z.B. vorhandene und geplante Umschlaganlagen)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Einbeziehung nach Möglichkeit in Wassernähe gelegener Erweiterungsflächen im Freiraum bis zu topographisch erkennbar trennenden Strukturen bzw. vorhandenen linienförmigen Infrastrukturen
- Einbeziehung von Wasserflächen, soweit bereits für Hafenzwecke genutzt oder potentiell für Hafennutzung geeignet und im Sinne einer möglichst klaren Plangraphik erforderlich
- Nach Möglichkeit und Lage Aussparung nicht verträglicher Nutzungen (z.B. Wasserwerk) und empfindlicher Nutzungen (z.B. Wohnen)
- Abstand zu empfindlichen Nutzungen (insbesondere Wohnen)
- Flächenzuschnitte unter Berücksichtigung der maßstabsbedingten Darstellungsmöglichkeiten
- Berücksichtigung von teilregionalen oder kommunalen Konzepten bzw. Planungen

Darstellungen von GIB mit Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe liegen in den folgenden Räumen:

- Neuss: Für den Bereich des Hafens in Neuss erfolgt ein Beibehalt der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) bei gleichzeitiger Ergänzung der räumlichen Umfassung mit roter Zackenlinie entsprechend der tatsächlichen Hafennutzung. Die Abgrenzung ist weitestgehend deckungsgleich mit dem im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept als gegeben angenommenen Hafenbereich. Für die Gesamtheit der drei Hafenstandorte in Neuss und Düsseldorf benennt das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept einen zusätzlichen Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen von insgesamt 41 ha. Zur Deckung dieses Bedarfes sind in Neuss keine zusätzlichen Flächenpotentiale verfügbar.
- Düsseldorf-Haupthafen: Für den Hafenbereich in der Düsseldorfer Innenstadt erfolgt ein Beibehalt der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) bei gleichzeitiger Ergänzung der räumlichen Umfassung mit roter Zackenlinie entsprechend der tatsächlichen Hafennutzung. Die östliche Abgrenzung erfolgt hierbei so, dass ein Abstand von 300 m zu den an der Speditionsstraße vorgesehenen und landesplanerisch bereits abgestimmten Nutzungen eingehalten werden kann. Auf diese Weise kann der in Ziel 1 im Kapitel 3.3.2 vorgesehene Abstand zwischen neuen Wohnbauflächen, gemischten Bauflächen und Sonderbauflächen oder den darin zulässigen Baugebieten und dem Hafenbereich eingehalten werden. Hiermit wird auch dem Ziel 8.1-9 des LEP NRW, entsprochen, welches vorsieht, die landesbedeutsamen Häfen vor dem Heranrücken von Nutzungen zu schützen, die geeignet sind, die Hafennutzung einzuschränken. Aus dieser Vorgehensweise ergibt sich eine hinter der Abgrenzung des im Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept als gegeben angenommenen Hafenbereichs zurückbleibende Abgrenzung. Für die Gesamtheit der drei Hafenstandorte in Neuss und Düsseldorf benennt das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept einen zusätzlichen Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen von insgesamt 41 ha. Zur Deckung dieses Bedarfes sind im Düsseldorfer Haupthafen keine zusätzlichen Flächenpotentiale verfügbar.
- Düsseldorf-Reisholz: Für den Bereich des Hafens in Düsseldorf-Reisholz erfolgt eine Ergänzung der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) sowie einer räumlichen Umfassung mit roter Zackenlinie entsprechend der tatsächlichen Hafennutzung zzgl. Erweiterungsflächen. Für die Gesamtheit der drei Hafenstandorte in

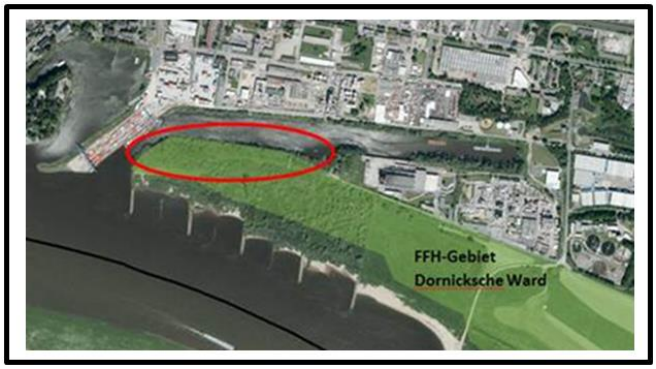
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Neuss und Düsseldorf benennt das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept einen zusätzlichen Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen von insgesamt 41 ha. Hierbei wird davon ausgegangen, dass 31 ha aktuell voraussichtlich planerisch sicherbar sind und 10 ha dann zu sichern sind, wenn Flächenpotentiale durch das Brachfallen von Flächen neu entstehen. Bei der Abgrenzung des als gegeben angenommenen Hafenbereichs stützt sich das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept auf die seitens der Hafengesellschaft in die Diskussion eingebrachte Abgrenzung mit einer Gesamtgröße von ca. 56 ha, welche überwiegend Uferbereiche und unmittelbar anschließende Brachflächen, aber auch einen teilweise bebauten Bereiche nördlich der Straße Am Trippelsberg östlich des Karwegs einbezieht. Die zeichnerische Darstellung im Regionalplan umfasst diesen Bereich und geht im Bereich des zukünftig entfallenden Umspannwerks südöstlich der Straße Wiedfeld sowie in einer Fläche südlich der Münchener Straße auch darüber hinaus. Hierdurch ergibt sich gegenüber dem als gegeben angenommenen Hafenbereich eine zusätzliche Darstellung in einer Größe von insgesamt ca. 6 ha.

Mit der Abgrenzung dieser Darstellung kann im Nordwesten ein Abstand von ca. 300 m zwischen dem Hafenbereich und der ganz überwiegend Wohnnutzungen vorbehaltenen Ortslage Itter weitestgehend eingehalten werden. Dies entspricht dem in Ziel 1 im Kapitel 3.3.2 vorgesehenen Abstand zwischen neuen Wohnbauflächen, gemischten Bauflächen und Sonderbauflächen oder den darin zulässigen Baugebieten und Hafenbereichen sowie dem Ziel 8.1-9 des LEP NRW, welches vorsieht, die landesbedeutsamen Häfen vor dem Heranrücken von Nutzungen zu schützen, die geeignet sind, die Hafennutzung einzuschränken. Es wird somit eine weitere Verschärfung der Konfliktsituation zwischen der Hafennutzung und der Wohnnutzung in der Ortslage Itter vermieden.

- Emmerich: Für den Bereich des Hafens im Emmerich erfolgt ein Beibehalt der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) bei räumlicher Ausdehnung des Geltungsbereichs entsprechend der tatsächlichen Hafennutzung zzgl. Erweiterungsflächen im östlichen Anschluss an den Hafenbereich. Gemäß dem Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW beläuft sich der Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen im Emmericher Hafen auf 14 ha. Dieser Bedarf wird durch die im östlichen Anschluss an den Hafenbereich vorgesehene Ausweitung des zweckgebundenen GIB gedeckt. Für Umschlagflächen benennt das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept am Emmericher Hafen einen Bedarf von 4 ha. Gleichzeitig sind gemäß dem Konzept Umschlagflächen in einer Größenordnung von 4 ha erst dann zu sichern, wenn Flächenpotentiale neu entstehen. Südlich des Emmericher Hafenbeckens (westliche Verlängerung der Kupferstraße, vgl. nachfolgende Abbildung) liegt eine ca. 4 ha große Uferfläche, die aufgrund der Lage direkt am Hafenbecken besonders gut für die Einrichtung von Umschlaganlagen geeignet wäre. Die Fläche liegt jedoch im nach EU-Recht geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Dornicksche Ward“. Es besteht hier außerdem die Möglichkeit, dass prioritäre Lebensraumtypen betroffen sein könnten. Eine Inanspruchnahme derartiger Flächen für Hafennutzungen ist nur unter besonders engen Voraussetzungen vorstellbar. Ob diese im vorliegenden Fall gegeben sind bedarf einer gründlichen Prüfung. Solange dieser Prozess nicht – mit positivem Ergebnis – abgeschlossen ist, wird die Fläche nicht in die Darstellung einbezogen.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss



- Dormagen / Neuss-Uedesheim: Der Hafen in Dormagen-Stürzelberg bzw. daran anschließende potentielle Erweiterungsflächen auf Neusser Stadtgebiet sind in der in Ziel 8.1-9 des LEP NRW enthaltenen Auflistung landesbedeutsamer Häfen nicht enthalten. Auch das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW trifft keine Aussagen zu nicht landesbedeutsamen Hafenstandorten und enthält daher keine Werte zu zukünftigen Flächenbedarfen an diesem Standort. Gleichwohl ist der Hafen aufgrund seiner öffentlichen Zugänglichkeit sowie seiner anderen Rheinhäfen vergleichbaren Umschlagszahlen von regionaler Bedeutung, so dass auf eine zeichnerische Darstellung nicht verzichtet werden soll. Es ist daher ein Beibehalt der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) unter Ergänzung der räumlichen Umfassung mit roter Zackenlinie vorgesehen. Diese umfasst die Bereiche mit tatsächlicher Hafennutzung sowie Erweiterungsflächen für eine maßvolle Erweiterung zwischen der B9 (Koblenzer Straße) und dem Silbersee. Mit der Darstellung eines entsprechend zweckgebundenen GIB westlich der B9 in einer Größenordnung von ca. 20 ha werden Optionen offen gehalten für eine spätere Entwicklung von Hafennutzungen in einem Bereich, der einerseits über die B9 erschlossen werden könnte und der langfristig ggf. für den Schiffsverkehr auch über die Wasserfläche des Silbersees erreichbar wäre.

- Krefeld-Linn / -Gellep-Stratum: Für den Bereich des Krefelder Hafens erfolgt ein Beibehalt der Zweckbindung (Symbol „Standorte des kombinierten Güterverkehrs“) bei gleichzeitiger Ergänzung der räumlichen Umfassung mit roter Zackenlinie entsprechend der tatsächlichen Hafennutzung zzgl. Erweiterungsflächen und einer Neudarstellung des Terminals Linn (ca. 30 ha). Das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW sieht einen zusätzlichen Bedarf für umschlagnahe Logistikflächen von 5 ha außerhalb des im Konzept als gegeben angenommenen Hafenbereichs. Dieser kann im Bereich zwischen Heidbergsweg und Düsseldorfer Straße gedeckt werden. Das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept beschreibt, dass im Hafenbereich ca. 20 ha Fläche mit direktem Wasserzugang und mindestens weitere 20 ha Freifläche abseits des Wassers für Entwicklungen zur Verfügung stehen. Zudem erwähnt es das Vorhandensein von 20 ha Reserven auf dem Areal des Hafenbahnhofs Linn. Nach den Erkenntnissen des Siedlungsmonitorings 2014 sind Teile der im Umfeld des Hafenbeckens verfügbaren Flächenpotentiale mittlerweile in Anspruch genommen worden. Dem stehen jedoch die zusätzlichen Flächenpotentiale im Umfeld des Hafenbahnhofs Linn gegenüber, dessen Areal im Rahmen des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzeptes nicht als vorhandener Hafenbereich angenommen wurde.

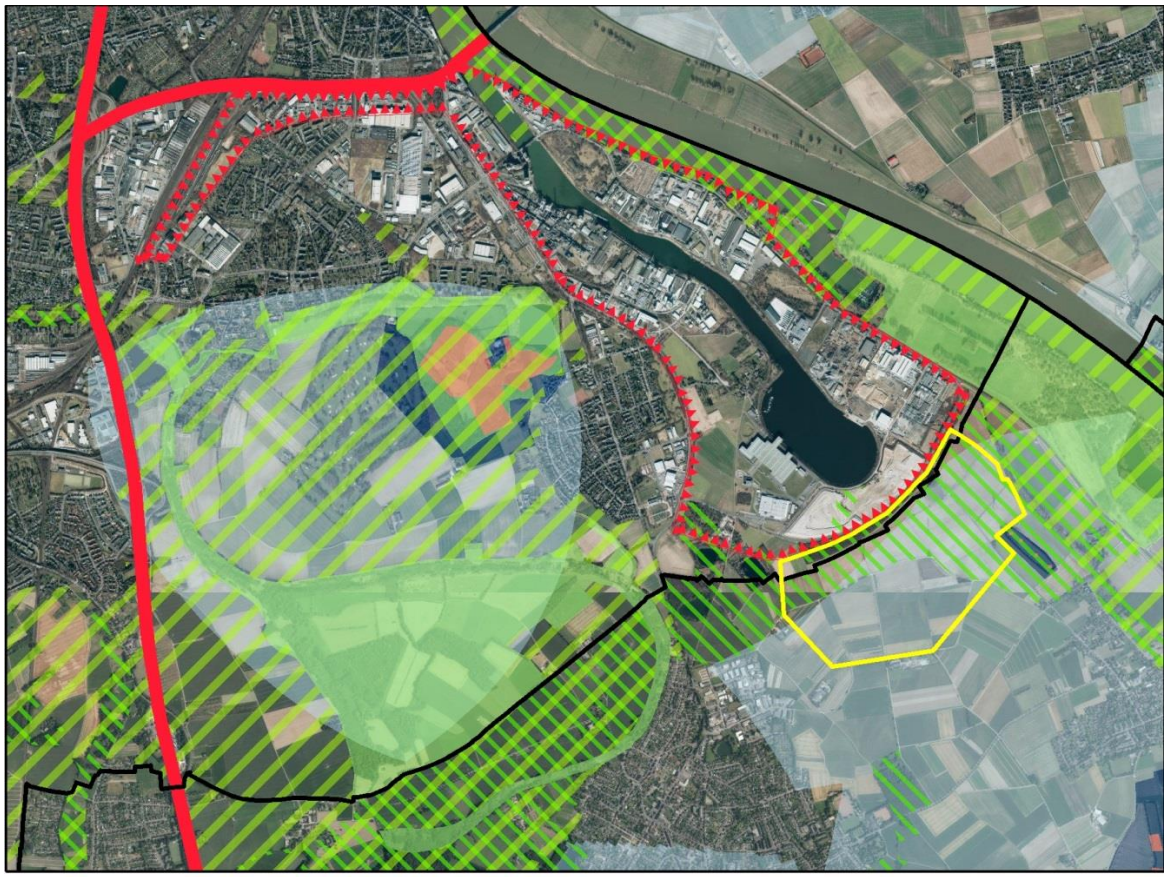
  Die Untersuchung der zukünftigen **Entwicklungsoptionen** des Krefelder Hafens stellt eine in mehrfacher Hinsicht anspruchsvolle Aufgabe für die Zukunft dar. Es handelt sich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

hierbei um eine politisch in der Planungsregion sehr umstrittene Frage, zudem sind die fachlichen Herausforderungen sehr groß.

Das Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept weist zurzeit keinen über den in der zeichnerischen Darstellung mit einer entsprechenden Zweckbindung versehenen Bereich hinausgehenden Flächenbedarf aus. Um jedoch eine langfristig wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung des Krefelder Hafens zu befördern, regen verschiedene Beteiligte (Vertreter der Wirtschaft, Stadt Krefeld) die planerische Sicherung von in südlicher Richtung gelegenen Flächen auf dem Gebiet der Stadt Meerbusch an. Der im nachfolgenden Kartenausschnitt gelb umrandete Bereich orientiert sich an einer Abgrenzung, welche im Jahr 2014 von Seiten der IHK Mittlerer Niederrhein als Erweiterungsfläche in die Diskussion eingebracht wurde. Diese Abgrenzung hatte allerdings einen noch größeren Flächenumfang, da sie Teile des benachbarten Landschaftsschutzgebietes „Rheinaue“ und der den Wasserschutzzonen I und II entsprechenden Bereiche der Wassergewinnung „Werthhof“ überdeckte und in den 300 m-Abstand zum FFH-Gebiet „Die Spey“ hineinragte.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss



Legende

- GIB für zweckgebundene Nutzungen - Standorte des kombinierten Güterverkehrs
- Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr (BAB 57, B 288)
- Landschaftsschutzgebiet
- Flora-Fauna-Habitat-Gebiet
- Biotopverbund von besonderer Bedeutung
- Wasserschutzzone IIIA (geplant)
- Wasserschutzzone II (geplant)
- Wasserschutzzone I (geplant)

Vor einer etwaigen Darstellung von Erweiterungsflächen als GIB mit einer entsprechenden Zweckbindung (unter der Annahme eines entsprechenden Bedarfs) oder als Sondierungsbereich müssten folgende Fragen geklärt werden:

- Die in Rede stehenden Flächen liegen im Gebiet der Stadt Meerbusch. Die Stadt Meerbusch hat mit Schreiben vom 03.05.2016 daran erinnert, dass sich an der ablehnenden Beschlusslage gegenüber der Darstellung von Sondierungsflächen für den Krefelder Hafen sowie auch einer Hafenerschließung auf Meerbuscher Stadtgebiet nichts geändert hat. Die Stadt Krefeld hat mit Schreiben vom 04.05.2016 ausgeführt, dass es aus Sicht der beiden Kommunen keine einvernehmliche Beurteilung hinsichtlich potenzieller Lösungsansätze zu dieser Thematik gibt und schlägt vor, sowohl für eine Erweiterung des Krefelder Hafens als auch für eine südliche Anbindung des Hafens an die Bundesautobahn A 57 in der Begründung zum Regionalplan entspre-

chende Optionen für die Zukunft zu thematisieren. Dem Vorschlag der Stadt Krefeld wird hiermit gefolgt. Eine Darstellung nicht abgestimmter Sondierungsflächen oder GIB mit Zweckbindung gegen den Willen der Belegenheitsgemeinde ist nicht zielführend. Eine planerische Entwicklung wäre überhaupt erst anzugehen, wenn hier im Laufe des Planungszeitraumes ein **Konsens** gefunden werden könnte.

- Zudem wäre als wesentlicher Abwägungsbelang die Auswirkung auf den Grundwasserschutz sowie die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes vertieft zu bearbeiten. Der in Rede stehende Bereich überdeckt **Einzugsbereiche der Wassergewinnungsanlage „Werthhof“** der Stadtwerke Krefeld. Zumindest eine Inanspruchnahme des der Wasserschutzzone IIIA entsprechenden Bereichs (eine Wasserschutzgebietsausweisung ist noch nicht erfolgt, die Wassergewinnung ist jedoch in Betrieb) erschiene im Falle einer Erweiterungsplanung für den Hafen unvermeidlich. Es sind keine Pläne des Wasserwerksbetreibers bekannt, die Förderung an diesem Standort einzustellen. Am Standort wurden vielmehr Brunnen errichtet, die bis in das Tertiär reichen. Die Schichten des Quartär sind nicht durch eine Tonschicht von den tertiären Schichten getrennt, so dass Schadstoffe ungehindert bis in tiefere Schichten vordringen könnten. Die Entwicklung von Gewerbeflächen mit dem Ziel des Güterumschlags ist mit einer WSZ IIIa kaum vereinbar. Vor Darstellung eines Sondierungsbereiches für eine Gewerbeflächenentwicklung müsste geklärt werden, wie die beiden Nutzungen vereinbart werden könnten – oder welche Nutzung den Vorrang bekommen sollte. Ggf. wären die Einstellung der Wassergewinnung oder erhebliche Investitionen in die Aufbereitung des gewonnenen Wassers die Folge oder sehr strenge Auflagen für den Güterumschlag, die die Zukunftsfähigkeit beider Nutzungen gefährden könnten. Diese Frage muss im weiteren Verfahren gemeinsam mit den beteiligten Akteuren (Wasserbehörden, den beteiligten Städten, den Stadtwerken Krefeld und dem Hafenbetrieb) geklärt werden bevor die Qualität eines Sondierungsbereichs für eine zukünftige Siedlungsentwicklung („GIB“) im Regionalplan erklärt werden kann.

- In unmittelbarer Nähe des in Rede stehenden Gebietes liegen im Osten das **Landschaftsschutzgebiet** „Rheinaue“ sowie – je nach zu diskutierendem Flächenumfang noch innerhalb von einer Entfernung von weniger als 300 m – das FFH-Gebiet „Die Spey“. Westlich der Uerdinger Straße liegt das FFH-Gebiet „Latumer Bruch mit Buersbach, Stadtgraeben und Wasserwerk“ und die zwei Landschaftsschutzgebiete „Elt“ und „Ossum/Boesinghover Altstromrinne / Herrenbusch / Lanker Bruch und Lanker Busch“. Entlang – und insbesondere südlich – der Stadtgrenze zwischen Meerbusch und Krefeld wurden seitens des LANUV im Rahmen des Fachbeitrags des Naturschutzes und der Landschaftspflege zum RPD Biotopverbundflächen von besonderer Bedeutung gemeldet; außerdem kommen hier Böden mit hoher Fruchtbarkeit vor. Es wäre zu klären, für welche Teilbereiche eine gewerblich-industrielle Entwicklung mit den landschaftlichen Voraussetzungen denkbar wäre. Die Abbildung oben hat bereits einige Aspekte aufgegriffen.

- Im Zusammenhang mit einem Ausbau des Hafens wäre außerdem die Gewährleistung einer hinreichenden **verkehrlichen Erschließung** von Relevanz. Im Zentrum der Diskussion steht hier die Suche nach einem **Korridor** zwischen dem Hafengebiet im Osten (Düsseldorfer Straße / Uerdinger Straße) und der Autobahn A 57 im Westen. Zur Untersuchung einer Anbindung auf Meerbuscher Stadtgebiet von der Uerdinger Straße im Osten über einen Neubauabschnitt zur Bismarckstraße mit dem Ziel eines Anschlusses an die Bundesautobahn A 57 im Westen über die Raststätte

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Geismühle wird auf Kapitel 7.3.3.1 verwiesen; dieses enthält Darlegungen zu den entsprechenden Vorgaben des LEP NRW, zur Durchquerung des FFH-Gebietes sowie zum Anschluss an die Autobahn über die Raststätte. Die dort beschriebenen Sachverhalte lassen eine zeichnerische Darstellung einer solchen Straßenverbindung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu. Sollten sich an den voranstehend beschriebenen Gegebenheiten zukünftig maßgebliche Änderungen ergeben, könnte der Regionalplan über ein Änderungsverfahren entsprechend angepasst werden.

Die Stadt Krefeld hatte im Zuge der Neuaufstellung ihres Flächennutzungsplanes außerdem eine Straßenverbindung zwischen der Kreuzung Düsseldorfer Straße / Fegeteschstraße im Osten und der Anschlussstelle Krefeld Oppum an die Autobahn A 57 im Westen (teilweise Verlauf über die Heulesheimer Straße) untersucht. Von einer Aufnahme der Trasse in den Flächennutzungsplan wurde jedoch abgesehen, weil die entsprechende FFH-Verträglichkeitsprüfung zu dem Ergebnis gekommen war, dass mit der Planung die Möglichkeit erheblicher Beeinträchtigungen der Schutzziele verbunden wäre.

Die Regionalplanungsbehörde wird im Laufe des Planungszeitraumes die o.g. Fragen erörtern und nach Möglichkeit im Rahmen des regionalen Gewerbeflächenkonzeptes für die Planungsregion mit den betroffenen Akteuren diskutieren.

Es wird davon ausgegangen, dass bis zur Klärung der Sachfragen bzw. Vorlage der Prüfergebnisse und der Herstellung des Einvernehmens der Städte Krefeld und Meerbusch die Gebiete, die für eine Erweiterung des Hafens Krefeld und einer eventuell notwendigen zusätzlichen Verkehrserschließung in Frage kommen, von weiteren Nutzungen freigehalten werden, es sei denn diese sind rechtlich geboten. Es ist jedoch durch Optimierung der vorhandenen Erschließung des Krefelder Hafens darauf hinzuarbeiten, eine neue, zusätzliche Erschließung zu vermeiden.

- Krefeld-Uerdingen: Der Hafen in Krefeld-Uerdingen zählt nicht zu den gemäß Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW landesbedeutsamen Häfen (vgl. Anhang 6.2.2 des Konzepts). Gleichwohl hat der Hafen aufgrund seines hohen Umschlagvolumens eine erhebliche Bedeutung für den Güterumschlag in Krefeld, so dass auf eine zeichnerische Darstellung nicht verzichtet werden soll. Es ist daher die Darstellung eines GIB mit einer entsprechenden Zweckbindung vorgesehen. Diese orientiert sich an der Lage der Anlagen zum Güterumschlag in Ufernähe.

Die Reserven in den zweckgebundenen GIB als Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafen und hafenaffines Gewerbe werden im Siedlungsmonitoring erfasst und als Entwicklungspotenzial der Städte und Gemeinden in Kap. 7.1.4.4. angerechnet. Ein Überhang der in einer Stadt oder Gemeinde aufgrund dieser zweckgebundenen Reserven besteht, kann aber wie in o.g. Kapitel ausgeführt bedarfsgerecht sein, da diese Reserven langfristig der Hafenentwicklung vorbehalten werden. Den Städten und Gemeinden muss dann ein angemessener Handlungsspielraum in anderen GIB oder ASB für nicht hafenaffines Gewerbe zur Verfügung stehen.

Die Inanspruchnahmen in den GIBZ Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Hafen und hafenaffines Gewerbe fließen nicht in die Trendfortschreibung zur Ermittlung des zukünftigen Bedarfs nach Handlungsspielraummethode ein. Stattdessen wird der Bedarf wie oben ausgeführt als landesweiter Bedarf bewertet.

Überm. Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Darstellungen von GIB mit Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs – Einrichtungen zum Güterumschlag und gewerbliche Betriebe im Güterverkehr erfolgen entweder für bereits entsprechend genutzte Standorte oder für Standorte, die aufgrund ihrer Lage Potentiale für eine entsprechende Entwicklung aufweisen und für die hinreichend konkrete Planungskonzepte vorliegen. Die dargestellten Standorte liegen in:

- Wuppertal-Langerfeld (Abgrenzung entsprechend der dort bestehenden Anlage, von anderen Nutzungen umgeben)
- Jüchen (Abgrenzung wird eingeschränkt durch umgebende Verkehrstrassen und ein direkt anschließendes Gewerbegebiet)

7.1.9.1 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Vorgaben des Bundes und des Landes sind zum Teil bereits vorstehend angesprochen worden. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass durch die Sicherung von Standorten für den kombinierten Güterverkehr auch die in Ziel 8.1-10 des LEP NRW geforderte Entwicklung der Infrastruktur des Schienenverkehrs und der Binnenschifffahrt unterstützt wird.

7.1.10 Planzeichen ec) Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe

7.1.10.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

7.1.10.1.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 unverändert bestehen bleiben

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf folgende Standorte weiterhin als Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe vorgesehen werden:

- Grevenbroich-Frimmersdorf,
- Grevenbroich-Neurath,
- Düsseldorf-Lausward.

Es wird jedoch eine Zackenlinie als Umgrenzung vorgesehen, so dass es insofern schon eine Änderung bzw. neue räumliche Fassung gibt. Dies basiert auf der aktuellen Fassung der Anlage 3 zur LPlG DVO.

Siehe dazu in der nachstehenden Begründung die entsprechenden Ausführungen.

7.1.10.1.2 Begründung

Bei den weiterhin mit dem entsprechenden Symbol dargestellten großen Standorten für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe soll eine ausschließliche Nutzung für entsprechende Zwecke abgesichert werden (diese sind keine Eignungsgebiete gemäß ROG), da sie aufgrund ihrer Flächengröße in Verbindung mit der dort möglichen Energieumwandlungsleistung regionale und insbesondere regionalwirtschaftliche Bedeutung haben.

Hier geht es bei den zwei Standorten heutiger Braunkohlekraftwerke – einschließlich einschlägigen Nebenbetrieben – auch um den direkten Flächenbezug zu Bereichen für den Braunkohlenabbau und um die entsprechende regionale Bedeutung, die abgesichert werden soll. Ebenso soll dies der vorhandenen Einbindung der Großstandorte in umgebende Infra-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

strukturen (Leitungen, Verkehrsanbindung, ggf. Wärmenutzung) Rechnung tragen und es soll Planungssicherheit geschaffen werden. Letztere Argumente gelten auch für die weiteren mit dem entsprechenden Symbol dargestellten raumbedeutsamen großen Standorte, d.h. nicht nur die Braunkohlenkraftwerke.

Die Absicherung bestehender großflächiger Kraftwerkstandorte soll dabei aber auch den Bedarf an neuen Rauminanspruchnahmen für neue Kraftwerke und die zugehörigen Infrastruktur (Leitungen, Umschlagseinrichtungen, Verkehrsinfrastruktur) mindern und damit auch die entsprechenden Raumnutzungskonkurrenzen.

Neu ist dabei, dass die Standorte mit einer roten Zackenlinie umgeben werden sollen, d.h. als GIB für zweckgebundene Nutzungen klassifiziert werden. Dies basiert auf der aktuellen Fassung der Anlage 3 zur LPlG DVO.

Die geplanten konkreten Abgrenzungen basieren bei den Standorten der Braunkohlenkraftwerke auf den Abgrenzungen der Regionalplandarstellung des GEP99. Zentrale Abwägungsgründe dafür sind der Vertrauensschutz und dass keine durschlagenden Argumente ersichtlich waren, die gegen eine Beibehaltung der Abgrenzungen sprachen. Diese Abgrenzung soll bei Neurath auch weiterhin eine größere Reserve, d.h. eine bisher nicht für Kraftwerkszwecke genutzte Fläche, einschließen, um hier Flexibilität für künftige Planungen zu haben. Bei Frimmersdorf war eine solche Reserve aufgrund der Restriktionen in der Umgebung nicht sinnvoll und auch seitens des Vorhabenträgers wurde kein Reservebedarf an dem Standort kommuniziert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Leistungserweiterungen prinzipiell zumindest aus raumordnerischer Sicht auch im bestehenden räumlichen Umgriff möglich, d.h. mit den lokalen graphischen Darstellungen des RPDs vereinbar wären.

Bei Düsseldorf-Lausward basiert die geplante Abgrenzung aus Abwägungsgründen des Vertrauensschutzes und der Berücksichtigung kommunaler Planungshoheit weitgehend auf der FNP-Abgrenzung. Diese ist im Wesentlichen mit den derzeit genutzten Flächen identisch. Eine Abweichung, d.h. ein Zurücknehmen gegenüber der FNP-Darstellung, wird nur für den Bereich der ehemaligen Kohlelagerflächen vorgenommen, da diese nicht mehr für den heutigen und voraussichtlichen künftigen Kraftwerksbetrieb erforderlich sind. Dessen ungeachtet gilt auch hier, dass Leistungserweiterungen in dem im RPD vorgesehenen Bereich von der raumordnerischen Darstellung her möglich wären.

Die Flächen wurden raumordnerisch im Hinblick auf eine zweckmäßige Abgrenzung und Lage überprüft. Die Größen waren dabei hinreichend (und noch größere Flächen sind hier bereits aufgrund umgebender Nutzungen aus derzeitiger Sicht raumordnerisch nicht sachgerecht) und die entsprechende Lage war auch aufgrund der Umgebungssituation sachgerecht.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus dem LEP NRW gelten auch die Ausführungen unter 7.1.10.4.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.1.10.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

7.1.10.2.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 gestrichen werden

Gestrichen werden alle Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe mit Ausnahme der Standorte Düsseldorf-Lausward, Grevenbroich-Frimmersdorf und Grevenbroich-Neurath. Auch am Kraftwerksstandort Rees/Wesel, der im GEP99 mit einem Kraftwerkssym-

bol auf dem Gebiete von Wesel dargestellt ist, wird keine Darstellung als Standort für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe vorgenommen und es soll sich auch keine entsprechende regionalplanerische Zielbindung darauf erstrecken.

7.1.10.2.2 Begründung

Die zu streichenden Standorte sind jeweils unter 10 Hektar groß – mit Ausnahme der unten thematisierten Sonderfälle Emmerich und Rees/Wesel. Auf eine Darstellung von Bereiche für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe (Kraftwerksstandorte) von unter 10 ha - mit einem Symbol soll aber gegenüber dem bisherigen Regionalplan (GEP99) verzichtet werden. Denn sie ist von der Systematik des § 35 LPlG DVO nur als Sonderfall bei einer regionalen Bedeutung vorgesehen. Eine solche regionale Bedeutung ist aber angesichts der seit der Aufstellung des GEP99 erfolgten Schritte zur Öffnung des Energiemarktes bei diesen Standorten nicht mehr zu sehen. Zudem werden durch einen Verzicht auf eine Darstellung die Planungs- und Umstrukturierungsmöglichkeiten auf den davon betroffenen Standorten für Bauleitplanung und Vorhabenträger größer, so dass besser auf neue Gegebenheiten reagiert werden kann.

Im Ergebnis sollen daher entsprechende kleine Standorte, die bisher im Regionalplan für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe dargestellt waren, diese Darstellung nicht mehr aufweisen.

Ein erstes Sonderthema ist jedoch der zu streichende Standort Emmerich, der noch im LEP 95 als „Standort für die Energieerzeugung“ dargestellt war und rund 17 ha groß ist. Der LEP NRW sieht hier keine entsprechende Darstellung mehr vor und der Standort wird derzeit auch nicht für Kraftwerkszwecke genutzt. Die Regionalplanung sieht hier keinen Bedarf den Standort ausschließlich für Kraftwerkszwecke zu reservieren und möchte hier der kommunalen Bauleitplanung mehr Spielräume für eine Standortnutzung einräumen, so dass die Darstellung des GEP99 als GIB für die zweckgebundene Nutzung mit dem Symbol „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ gestrichen wird.

Entsprechendes gilt auch für den zweiten Sonderfall, den Standort Rees/Wesel, der noch im LEP 95 als „Standort für die Energieerzeugung“ dargestellt war. Der LEP NRW sieht auch hier keine entsprechende Darstellung mehr vor und der Standort wird derzeit auch nicht für Kraftwerkszwecke genutzt. Die Regionalplanung sieht hier keinen Bedarf den Standort ausschließlich für Kraftwerkszwecke zu reservieren und möchte hier der kommunalen Bauleitplanung mehr Spielräume für eine Standortnutzung einräumen, so dass hier keine Darstellung als Standort für „Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe“ mehr erfolgt (wobei das entsprechende Symbol im GEP99 auf dem Gebiet von Wesel lag).

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus dem LEP NRW gelten auch die Ausführungen unter 7.1.10.4.

7.1.10.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

7.1.10.3.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 neu dargestellt werden

Neu dargestellt werden soll kein Standort.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.1.10.3.2 Begründung

Es besteht kein raumordnerisches Erfordernis einer Festlegung zusätzlicher Standorte nur für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe.

Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe können – sofern aufgrund der standörtlichen Bedingungen möglich – auch in GIB errichtet werden. Der „Mehrwert“ einer Darstellung speziell als Standort für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe ist primär, dass entgegenstehende Vorhaben damit verhindert werden können und dass z.B. Grundsatz 10.3-3 des LEP NRW bezüglich des Umgebungsschutzes als Grundsatz angewendet werden kann. Standörtlich könnten es zudem Argumente des Zusammenwirkens mit umgebenden Nutzungen oder die Auslastung vorhandener Infrastruktur für eine Darstellung speziell als Standorte für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sprechen.

Dem gegenüber steht jedoch der Nachteil einer Einschränkung der Planungsmöglichkeiten u.a. der Kommunen, aber auch der privaten Akteure. Zudem kann die Energieversorgung auch ohne eine explizite Sicherung zusätzlicher Standorte nur für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe über den Energiemarkt gesichert werden.

Es gibt zudem keinen konkreten Standort, bei dem das Argument der Absicherung vorhandener korrespondierender Infrastruktur (Leitungen) und Nutzungen hinreichend gewichtig ist, dass die standörtliche Nutzungsmöglichkeit auf Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe beschränkt wird. Das gilt auch für den Standort Krefeld-Uerdingen, zumal derzeit nicht einmal gesichert erscheint, ob der Standort wirtschaftlich betrieben werden könnte.

Dieser Ansatz steht auch im Einklang mit Ziel 10.3-1 des LEP-NRW, da im Ziel explizit angegeben wird, dass die entsprechenden Standorte nur für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe keine Eignungswirkung haben, d.h. nicht die außergebietliche Ausschlusswirkung von Eignungsgebieten.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus dem LEP gelten auch die Ausführungen unter 7.1.10.4.

7.1.10.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Vorgaben des Bundes und des Landes sind zum Teil bereits vorstehend angesprochen worden. Ergänzend wird Folgendes ausgeführt:

Mit den Vorgaben im RPD wird § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 5 ROG hinreichend Rechnung getragen (räumliche Erfordernisse für eine kostengünstige, sichere und umweltverträgliche Energieversorgung), indem Standorte gesichert werden. Auch ansonsten besteht eine Vereinbarkeit mit dem ROG. Eine weitergehende graphische Sicherung ist auch vor dem Hintergrund der textlichen Vorgaben des Regionalplans nicht erforderlich.

Siehe aber auch die Ausführungen unter 7.1.10.2.2 zu den Standorten Emmerich und Rees/Wesel im LEP 95.

Mit dem LEP NRW sind die Darstellungen vereinbar. Dabei ist anzumerken, dass Ziel 10.3-1 und Grundsatz 10.3-2 des LEP NRW sich ohnehin nur an neue Standorte im Regionalplan richtet.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2 Freiraum

7.2.1 Planzeichen a) Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche

Die graphische Darstellung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche orientiert sich an den Vorgaben der Anlage 3 (Planzeicheninhalte/-merkmale) zur LPlG-DVO, die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche (Vorbehaltsgebiete) inhaltlich wie folgt festlegt:

- *Flächen für landwirtschaftliche Nutzung, die aus agrarwirtschaftlichen oder ökologischen Gründen zu erhalten oder zu entwickeln sind,*
- *Agrarbrachen,*
- *Grün-, Sport- und sonstige Gemeinbedarfsflächen sowie Freizeit- und Erholungsflächen, deren Erscheinungsbild nicht durch Bebauung oder Bodenversiegelung geprägt ist,*
- *bisherige Siedlungsbereiche oder Teile von Siedlungsbereichen, die zum Ausgleich für die planerische Inanspruchnahme von Freiraum für Siedlungszwecke im Sinne der Planzeicheninhalte 1.a) bis 1.ec) als Freiraum zu sichern sind (Tausch- und Ersatzflächen),*
- *sonstige Flächen, die als Freiraum zu sichern sind.*

Im Vergleich zum GEP99 werden die im Planungsraum Düsseldorf bisher als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich dargestellten Bereiche weiterhin als solcher dargestellt, soweit nicht neuen Darstellungen der Siedlungs- oder Infrastruktur in der Abwägung auf der Grundlage einer standortbezogenen Begründung sowie dem überwiegenden Gewicht einer Weiterentwicklung siedlungs- oder infrastruktureller Nutzungen der Vorrang eingeräumt wurde. Bezüglich der gegenüber dem GEP99 geänderten und gleichbleibenden Darstellungen der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche wird auf die nachfolgenden Kap. 7.2.1.1. - 7.2.1.3. verwiesen. Bezüglich der Abwägung sei auf die entsprechenden Sachkapitel zu diesen Nutzungen verwiesen, in denen Streichungen und Neudarstellungen von siedlungsbezogenen und infrastrukturellen Nutzungen, die zu Lasten bzw. zu Gunsten des Freiraums ausfallen, standortbezogen begründet werden.

Maßgebliche Datengrundlagen für die Darstellung allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche sind die freiraumbezogenen Fachbeiträge (LANUV 2014/2015; Landwirtschaftskammer NRW 2013, LVR 2013, Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013, Geologischer Dienst NRW 2012), die jeweils die Bedeutung bestimmter Freiraumbereiche aufgrund ihrer fachlichen Kriterien hervorheben.

Die Fachbeiträge enthalten thematische und räumliche Analysen und Bewertungen insbesondere zu folgenden Themen:

- Landwirtschaftlicher Fachbeitrag: agrarstrukturelle Standortbewertung (Stufe I-III) landwirtschaftlicher Standorte,
- Forstlicher Fachbeitrag: u.a. Waldanteile,
- Fachbeitrag Naturschutz und Landschaftspflege: Naturräumliche Grundlagen, Schutzwürdige Bereiche von Natur und Landschaft, Biotopverbund,
- Fachbeitrag Kulturlandschaft: Regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche,
- Fachbeitrag Bodenschutz: Schutzwürdige Böden, Klimarelevante Böden, Naturnähe.

Stand: Anlage zum Aufstellungsbeschluss

Die in den Fachbeiträgen formulierten fachlichen Belange wurden einer raumordnerischen Beurteilung unterzogen und die raumordnerisch relevanten Aspekte entsprechend ihrer Bedeutung in die Abwägung eingestellt. Der Abwägung zur Gliederung des Freiraums wurden gleichermaßen die prägenden Raumnutzungen, als auch Bereiche mit vorhandenen oder zu entwickelnden Raumfunktionen zu Grunde gelegt (s. hierzu auch Kap. 7.2.2 – 7.2.6).

Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Darstellung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche im Regionalplan konkretisiert die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) sowie des LEP NRW.

Mit der Darstellung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche wird § 2 Abs. 2 Nr. (Schutz des Freiraums, Vermeidung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum), Nr. 4 (Erhaltung der Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume, Erhaltung / Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft), Nr. 5 (Erhaltung / Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen und Nr. 6 (u.a. Erfordernisse des Biotopverbundes, Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und Anpassung an den Klimawandel) ROG hinreichend Rechnung getragen. Die zeichnerische Darstellung der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche legt diese räumlich als Bestandteile des Freiraums fest und schafft damit die räumlichen Voraussetzungen für die Verwirklichung dieser Grundsätze.

Die zeichnerischen Darstellungen der Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche sind mit dem LEP NRW vereinbar, aus dem sie entwickelt worden sind., Die zeichnerischen Darstellungen konkretisieren insbesondere den räumlichen Geltungsbereich für den Grundsatz 7.1-1 des LEP NRW. Gemäß Kap. 7.1 des LEP NRW ist die Erhaltung und Sicherung von Freiraum eine grundlegende Voraussetzung für die Erhaltung der Leistungs- und Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts und die Nutzung und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Lebensgrundlagen. Somit dient der Schutz des Freiraums im Rahmen von Raumordnung und Landesplanung der Umweltvorsorge. .

Die geplanten Vorgaben dienen dem Schutz des Freiraums gegenüber Nutzungen, die die Funktionen des Freiraums (u.a. Schutz klimarelevanter Böden, klimatische und lufthygienische Ausgleichsfunktion) beeinträchtigen können und tragen so – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG-Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

Darüber hinaus sind die beibehaltenen Darstellungen mit dem LEP NRW, insbesondere (Ziel 7.1-2 Freiraumsicherung in der Regionalplanung) vereinbar.

7.2.1.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Die Darstellungen Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche (AFA) sind insbesondere dort unverändert geblieben, wo für eine Darstellung siedlungs- und infrastruktureller Nutzungen aufgrund der für die jeweiligen Nutzungen einschlägigen Kriterien (s. die jeweiligen Fachkapitel) die Voraussetzungen nicht gegeben waren, z.B. weil kein Bedarf bestand, oder wo aufgrund der raumordnerischen Bewertung der Fachbeiträge besonders zu gewichtende Kriterien in der Abwägung den Ausschlag zugunsten einer Freiraumdarstellung gegeben haben.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In der Abwägung für die Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung wurden insbesondere die folgenden Leistungen und Funktionen des Freiraums gem. Grundsatz 7.1-1 des LEP als zentrale Gründe berücksichtigt:

- Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum biologischer Vielfalt,
- klimatischer und lufthygienischer Ausgleichsraum,
- Raum mit Bodenschutzfunktionen,
- Raum mit bedeutsamen wasserwirtschaftlichen Funktionen,
- Raum für Land- und Forstwirtschaft,
- Raum weiterer wirtschaftlicher Betätigungen des Menschen,
- Raum für landschaftsorientierte und naturverträgliche Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen,
- Identifikationsraum und prägender Bestandteil historisch gewachsener Kulturlandschaften und als gliedernder Raum für Siedlungs- und Verdichtungsgebiete.

7.2.1.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[4]

Im Einzelnen handelt es sich dabei um Streichungen Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereiche zugunsten von:

- Neudarstellungen von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB). Hierbei handelt es sich sowohl um Erweiterungen von Siedlungsbereichen in den Freiraum hinein, als auch um redaktionelle Änderungen, die den Gegebenheiten vor Ort Rechnung tragen, z. B. in Bereichen, die im Rahmen von Flächennutzungsplanänderungen landesplanerisch abgestimmt worden sind, wenn sie zukünftig für eine Freiraumnutzung nicht mehr zur Verfügung stehen. Den Neudarstellungen wurden die in Kap. 7.1.1.4 – 7.1.1.9 dargelegten Kriterien zu Dimensionierung und Standortwahl zu Grunde gelegt. Dimensionierung und Standortwahl dieser Bereiche sind mit der Zielsetzung verbunden, den „Verbrauch“ an Freiraum zu mindern (s. Kap. 7.1),
- Erweiterungen bzw. Neudarstellungen von Bereichen für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), auch mit Zweckbindung. Diese Neudarstellungen erfolgen auf der Grundlage der in Kap. 7.1.4.3 bzw. 7.1.7.3 dargestellten Kriterien (Bedarf, Planungsziele

[4] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

und Verfügbarkeit, Standorteignung und Standortqualität) und beziehen die vorhandenen naturräumlichen Qualitäten mit ein (s.o., Kap. 7.1.1.9). Zum Schutz des Freiraums trägt dabei auch der Anschluss neuer GIB an vorhandene Siedlungsbereiche nach dem Ziel 6.3-3 des LEP NRW bei;

- Erweiterungen von GIB mit der Zweckbindung Standorte des kombinierten Güterverkehrs (Hafennutzungen und hafenaffines Gewerbe sowie Einrichtungen zum Güterumschlag und gewerbliche Betriebe im Güterverkehr) entsprechend den in Kap. 7.1.9 dargestellten Kriterien. An den Standorten Emmerich und Dormagen sowie Jüchen werden durch die Erweiterungen bislang als Freiraum dargestellte Bereiche in GIB umgewandelt.
- Bereichen mit Neudarstellungen von Verkehrsinfrastruktur (vgl. Kap. 7.3)
- Bereichen, die zukünftig entsprechend der Darlegungen und Kriterien in Kap. 7.2.2 als Waldbereiche dargestellt werden.

Die zentralen Abwägungsgründe für die Streichung der zeichnerischen Darstellung sind:

- planerische Nachvollziehung im Planungszeitraum des GEP99 eingetretener Nutzungsänderungen und Anpassung der Darstellung an die räumlichen Gegebenheiten
- Bedarf an Neudarstellungen von Flächen für siedlungsräumliche und infrastrukturelle Nutzungen.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den weiterhin bestehenden Darstellungen von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen.

7.2.1.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[5]

Innerhalb des Freiraums ergeben sich Veränderungen dadurch, dass Bereiche zukünftig entsprechend der Darlegungen in Kap. 7.2.2 nicht mehr als Waldbereiche, sondern als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche dargestellt werden.

Für zahlreiche Bereiche entfällt darüber hinaus zukünftig die bisherige Darstellung als Siedlungsbereiche (ASB bzw. GIB, auch mit Zweckbindung), für Verkehrsinfrastruktur oder für Kraftwerksstandorte:

- Streichung von Siedlungspotentialen (s. Kap. 7.1.1.3),

[5] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Streichung von ASB mit Zweckbindung wegen Wegfalls des Bedarfs an Erweiterungsflächen (s. Kap. 7.1.2.2),
- Streichung von ASB mit Zweckbindung aufgrund veränderter textlicher Zielsetzungen (z.B. Darstellung ASB-Z in Kevelaer und Darstellung als Freiraum-Z),
- Streichung von Allgemeinen Siedlungsbereichen – Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen (S. Kap. 7.1.3),
- Änderungen von GIB in Freiraum (auch GIB-Z) (Rücknahmen von GIB-Reserven; Kap. 7.1.4. 2),
- Streichung von ASB / GIB aufgrund einer Anpassung der zeichnerischen Darstellungen an topographische Gegebenheiten (redaktionelle Anpassungen von Siedlungsbereichen ohne Siedlungspotenzial),
- Abschnitte mit Streichungen von Verkehrsinfrastruktur (vgl. Kap. 7.3),
- Streichungen von Standorten für Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe (s. Kap. 7.1.10.2).

Die Streichungen der bisherigen Darstellungen stellen das Ergebnis veränderter Rahmenbedingungen und Voraussetzungen und andererseits einer stärkeren Gewichtung der vorhandenen naturräumlichen Qualitäten in der Abwägung zu Gunsten des Freiraums dar; dies trifft insbesondere zu für Neudarstellungen von Freiraumbereichen mit besonderen Freiraumfunktionen (BSN, BSLE, RGZ, s. Kap. 7.2.4, 7.2.5, 7.2.6).

Die gegenüber dem GEP99 neu dargestellten Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche sollen zukünftig freiraumbezogenen Nutzungen dienen. An den Standorten, an denen BSAB gestrichen werden (Kap. 7.2.12) wird die bislang dargestellte Nachfolgenutzung AFA zur Hauptnutzung.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den weiterhin bestehenden Darstellungen von Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereichen.

7.2.2 Planzeichen b) Waldbereiche

Die graphische Darstellung der Waldbereiche orientiert sich an den Vorgaben der Anlage 3 (Planzeicheninhalte/-merkmale) zur LPlG-DVO, die Waldbereiche (Vorranggebiete) inhaltlich wie folgt festlegt:

- Wald, der zur Sicherung oder Verbesserung seiner Nutz-, Schutz- oder Erholungsfunktion zu erhalten ist,
- Flächen, die zur Verbesserung ihrer Freiraumfunktionen oder als Tausch- und Ersatzfläche für die Inanspruchnahme von Freiraum für Siedlungszwecke zu Wald zu entwickeln sind,
- Grünflächen mit überwiegendem Waldanteil.

Die Darstellungen der Waldbereiche im Regionalplan konkretisieren die Vorgaben des ROG, des Landesplanungsgesetzes (LPlG), des Kapitels 7.3 des LEP NRW.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Der Regionalplan erfüllt gemäß § 18 (2) LPlG die Funktion eines forstlichen Rahmenplans. Daher ist die Darstellung von Waldbereichen wesentlicher Bestandteil der Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Sicherung des Waldes.

Gemäß der landesplanerischen Definition (LEP NRW, Erläuterung zu 7.3-3 Waldarme und waldreiche Gebiete) gelten die meisten Kommunen in der Planungsregion als waldarm (Waldanteil geringer als 20%; s. Beikarte 4F – Wald); hier soll eine Vermehrung des Waldanteils angestrebt werden. Ausgehend von diesen Definitionen und Vorgaben sowie dem Forstlichen Fachbeitrag (Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013) wurde die Konzeption für die zeichnerische Darstellung der Waldbereiche wie nachfolgend dargestellt entwickelt:

Grundlage für die darzustellenden Waldbereiche sind die digitalen Daten des Amtlichen Topographisch-Kartographischen Informationssystems (ATKIS, Stand 2012), das mit dem *Objektartenschlüssel 43002: Wald* die tatsächlich als Wald genutzten Flächen erfasst. Diese Datengrundlage ist, obwohl sie die aktuellste verfügbare ist, unvollständig, da einerseits die fachgesetzliche Walddefinition gem. § 2 BWaldG und § 1 LFoG an das Vorhandensein einer real existierenden Baumbestockung anknüpft (Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013) und andererseits auch Flächen der Fachgesetzlichen Definition unterfallen, die, wie Kahlschläge oder Holzlagerplätze zeitweilig oder dauerhaft nicht bestockt sind, aber der Bewirtschaftung des Waldes dienen. Die kartographische Erfassung neu angelegter Waldbestände unterliegt jedoch immer einer gewissen zeitlichen Verzögerung oder es kommt zu abweichenden Zuordnungen aufgrund überlagernder Nutzungen. So sind beispielsweise aufgrund ihrer Baumbestockung eigentlich als Wald anzusprechende Flächen wegen ihrer vorherrschenden Nutzung in ATKIS z.T. als Sport-, Freizeit-, und Erholungsflächen klassifiziert. Auch dort, wo Waldflächen bereits durch rechtsgültige Planungen bzw. Planfeststellungen einer anderen landesplanerisch abgestimmten Nutzung zugeschrieben wurden, obwohl in der Realität vor Ort noch Wald wächst, ist die verwendete Datengrundlage unzureichend. Sofern bekannt, z.B. auf der Grundlage von Hinweisen und Anregungen aus dem Beteiligungsverfahren, wurden solche Flächen im Rahmen der Waldbereichsdarstellung nach den unten genannten Kriterien abweichend von der ATKIS-Datengrundlage zusätzlich berücksichtigt. Innerhalb der in den Braunkohlebereichen rekultivierten Teilflächen wurden die dargestellten Waldbereiche auf der Grundlage einer Abstimmung mit dem Landesbetrieb Wald und Holz über die tatsächlich als Wald anzusprechenden Bereiche in die zeichnerische Darstellung übernommen.

Gemäß dem LEP NRW, Erläuterung zu Ziel 7.3-1 Walderhaltung und Waldinanspruchnahme, sind im Regionalplan vorhandene Wälder im regionalplanerischen Maßstab sowie weitere Waldbereiche nach den regionalen Erfordernissen als Waldbereiche darzustellen. Daher wurden aus der vorhandenen Datengrundlage durch eine automatisierte Abfrage die Flächen für eine Walddarstellung ausgewählt, deren Flächengröße mindestens 10 ha erreicht. Unmittelbar untereinander benachbarte Flächen unterhalb dieser Größenschwelle wurden dargestellt, wenn sie sich räumlich zusammenfassen lassen und dann diese Schwelle gemeinsam überschreiten. In den waldarmen Gebieten gem. Grundsatz 7.3-3 des LEP NRW (Kommunen mit einem Waldanteil geringer als 20%; s. Beikarte 4F - Wald) wurden ergänzend Waldbereiche der Größenordnung ab 5 ha in die zeichnerische Darstellung einbezogen. Hier ist es angesichts der geringen Waldflächenanteile zur langfristigen Sicherung der Waldfunktionen auch aus landesplanerischer Sicht (LEP NRW, Ziel 7.3-1 und Grundsatz 7.3-3) von besonderer Bedeutung, den Wald zu sichern und nach Möglichkeit auch zu vermehren.

Insbesondere in waldarmen Gebieten mit zahlreichen Klein- und Kleinstwaldflächen kommt Waldflächen auch unterhalb einer Größe von 10 ha eine besondere Bedeutung zu. Daher

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsprozess

sind in den nach landesplanerischen Maßstäben waldarmen Gebieten in der zeichnerischen Darstellung der Waldbereiche neben dem vorhandenen Wald im regionalplanerischen Maßstab auch weitere Waldbereiche nach den regionalen Erfordernissen gemäß der DVO enthalten (Bereiche mit Flächengrößen zwischen 5 und 10 ha, Teilbereiche von größeren Waldflächen, die sich in den Siedlungsbereichen fortsetzen) sowie Flächen entsprechender Größe, die in den Flächennutzungsplänen oder als Ergebnis förmlicher Planungen für eine Waldentwicklung und Waldvermehrung vorgesehen sind.

Um darüber hinaus der Bedeutung räumlich eng benachbarter Kleinwaldflächen insbesondere Rechnung zu tragen, werden in Beikarte 4F – Wald – in den waldarmen Gebieten die Bereiche mit Kleinwaldflächen unterhalb der obengenannten Darstellungsschwelle abgebildet. Zusätzlich werden unabhängig von ihrer tatsächlichen Größe im regionalplanerischen Maßstab unmittelbar benachbarte Flächen als zusammenhängender Waldbereich dargestellt, sofern sie gemeinsam die Darstellungsschwelle erreichen oder mit angrenzenden Waldbereichen oberhalb der Darstellungsschwelle räumlich zusammengefasst werden können.

Soweit die o.g. Größenschwellen erreicht sind, wurden darüber hinaus solche Flächen dargestellt, die auf der Grundlage vorliegender abgestimmter örtlicher Konzepte für eine Waldentwicklung und Waldvermehrung vorgesehen sind, um die räumlichen Voraussetzungen für den Erhalt und die Sicherung der Funktionen des Waldes zu gewährleisten und die Voraussetzungen für die Entwicklung von Wald als Beitrag zu einer gegliederten und vielfältigen Landschaftsstruktur zu sichern. Dies gilt insbesondere dort, wo strukturreichem und naturnahem Wald eine hohe Bedeutung als Refugialstandort wild lebender Pflanzen und Tiere zukommt, von dem aus die Weiterentwicklung und Wiederherstellung der ökologisch wirksamen Funktionen im Umfeld ausgehen kann. Entsprechende Hinweise hierzu ergeben sich aus den (naturschutzfachlichen) Daten zum Biotopverbund (LANUV 2015). Ergänzt wurden die Waldbereichsdarstellungen außerdem auch abweichend von der ATKIS-Datengrundlage unter Berücksichtigung bekannter Planungen und Maßnahmen, wie z.B. entsprechender Flächenausweisungen in Bauleitplänen. Dies ist der Fall, wenn real vorhandene Waldflächen in ATKIS als Sport- und Erholungsfläche klassifiziert und die Flächen im Flächennutzungsplan als Waldflächen ausgewiesen sind.

Die zeichnerische Darstellung der Waldbereiche ist das Ergebnis der raumordnerischen Abwägung zwischen siedlungsräumlichen, freiraumbezogenen und infrastrukturellen Nutzungen und Funktionen. Maßgebliche Datengrundlagen hierfür sind die freiraumbezogenen Fachbeiträge (insbesondere Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013, LANUV 2014/2015). Die dort formulierten fachlichen Belange wurden einer raumordnerischen Beurteilung unterzogen und die raumordnerisch relevanten Aspekte entsprechend ihrer Bedeutung in die Abwägung eingestellt.

Die in Beikarte 4F – Wald – enthaltenen Darstellungen ergänzen die in der Beikarte nachrichtlich dargestellten Waldbereiche des Regionalplans um die tatsächlich vorhandenen Waldflächen unterhalb der regionalplanerischen Darstellungsschwelle und veranschaulicht die vorhandenen räumlichen Ansatzpunkte für eine Waldvermehrung in Anlehnung an vorhandenen Wald entsprechend der fachrechtlichen Definition.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den gegenüber dem GEP99 beibehaltenen Darstellungen wird § 2 Abs. 2 Nr. 4 (Erhaltung / Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft), Nr. 5 (Erhaltung / Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für den Beitrag der Land- und

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Forstwirtschaft zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in ländlichen Räumen und Nr. 6 (u.a. Erfordernisse des Biotopverbundes, Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und Anpassung an den Klimawandel) ROG hinreichend Rechnung getragen.

Die zeichnerischen Darstellungen sehen im Einklang LEP NRW. Dies betrifft insbesondere 7.1-2, Ziel Freiraumsicherung in der Regionalplanung und Erläuterungen, wonach die Regionalplanung den Freiraum unter anderem durch die Darstellung von Waldbereichen als differenzierte Festlegungen zum Schutz, zur Ordnung und zur Entwicklung seiner vielfältigen Funktionen und Leistungen zu sichern hat, Ziel 7.3-1, wonach zur Erhaltung des Waldes und seiner Funktionen in den Regionalplänen Waldbereiche festgelegt werden. Für die über den Darstellungsumfang des GEP99 hinausreichenden Flächen gilt, dass sie auf der oben dargelegten raumordnerisch begründeten Konzeption zur Darstellung der Waldbereiche beruhen.

Die in Beikarte 4F – Wald – abgebildeten Kleinwaldflächen in den waldarmen Gebieten stellen keine zeichnerischen Festlegungen weiterer Waldflächen im Sinne der Erläuterung zu Ziel 7.3-1 des LEP NRW dar. Sie weisen aber auf vorhandenen Wald hin, der im Rahmen raumbedeutsamer Planungen auf der Grundlage dieses landesplanerischen Zieles zu erhalten ist. Die Darstellungen dieser Beikarte nehmen insoweit Bezug auf Grundsatz 7.3-3 Waldarme und waldreiche Gebiete des LEP NRW.

Die geplanten Darstellungen von Waldbereichen tragen – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans und den Vorgaben des LEP NRW, insbesondere Ziel 7.3-1 und Grundsatz 7.3-2 - auch § 12 Abs. 3 LPlG-Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

7.2.2.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Die Übereinstimmungen der Darstellung der Waldbereiche des Regionalplanentwurfes mit denen des GEP99 sind aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ersichtlich. Hieraus ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[6] Die Übereinstimmungen ergeben sich einerseits aus der Überarbeitung des den zeichnerischen Darstellungen zu Grunde liegenden Konzeptes (s.o.). Für alle größeren aktuell als Wald genutzten Waldbereiche im regionalplanerischen Maßstab (ab 5 ha bzw. 10 ha zusammenhängender Waldfläche, s. Kap. 7.2.2) bleibt es im Wesentlichen bei den bisherigen Waldbereichsdarstellungen. Gegenüber der bisherigen Waldbereichsdarstellung im GEP99 sind die nunmehr dargestellten Waldbereiche entsprechend dem regionalplanerischen Maßstab stärker generalisiert. Kleinere Abweichungen im Rahmen der maßstabsbedingten Unschärfe

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[6] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

resultieren insbesondere aus der zeichnerischen Generalisierung und haben keine Auswirkung auf die Planaussage.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben in Kap. 7.2.2.

7.2.2.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Gegenüber der zeichnerischen Darstellung des GEP99 entfallen zahlreiche kleinere einzelne Waldbereiche, die unterhalb der entsprechend der obigen Darlegung festgelegten Darstellungsschwelle liegen. Um welche Bereiche es sich dabei handelt, wird aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ersichtlich. Hieraus ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[7] Vorhandene Waldflächen im Bereich von aufgrund der Darstellungsschwelle entfallenden Walddarstellungen sind, soweit zeichnerisch darstellbar, generalisiert in Beikarte 4F – Wald – dargestellt. Daneben entfallen in Teilbereichen des Freiraums entsprechend der Darlegungen in Kap. 7.2.2 Darstellungen von Waldbereichen, die durch die Darstellung Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich ersetzt werden. Einer Fortführung oder Neubegründung einer waldbaulichen Nutzung steht die Darstellung „Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich“ nicht entgegen.

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf bestimmte Bereiche entsprechend der Abbildung der geänderten Darstellungen nicht mehr als Waldbereich dargestellt werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Bereiche:

- Bereiche, die zukünftig als Siedlungsbereiche (ASB bzw. GIB, auch mit Zweckbindung) dargestellt werden sollen, wenn in der Abwägung die Belange zu Gunsten der Siedlungsentwicklung stärker gewichtet wurden; dies trifft insbesondere zu für Siedlungsränder mit günstiger infrastruktureller Ausstattung, bei deren Entwicklung einerseits hinsichtlich der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts gravierende Beeinträchtigungen nicht zu erwarten sind und andererseits auf die Inanspruchnahme schlechter ausgestatteter Bereiche zugunsten des Freiraums verzichtet werden kann,
- Bereiche, die zukünftig entsprechend der Kriterien in Kap. 7.2.2 nicht mehr als Waldbereiche dargestellt werden.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben in Kap. 7.2.2.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[7] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

7.2.2.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Aus dem in Kap. 7.2.2 dargelegten Konzept zur zeichnerischen Darstellung der Waldbereiche ergeben sich im Einzelfall auch zusammenhängende Darstellungen bisher separat dargestellter kleinerer Waldbereiche, durch die kleinflächige anderweitig genutzte Bereiche in die Waldbereichsdarstellung einbezogen wurden. Hiermit stehen die textlichen Vorgaben (G1) und (G3) in Übereinstimmung, die eine räumliche Anbindung von Flächen für Ersatzaufforstungen und Waldvermehrung an vorhandene Waldbereiche vorsehen.

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[8] Im Vergleich zur Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf bestimmte Bereiche entsprechend der Abbildung der geänderten Darstellungen neu als Waldbereich dargestellt werden. Im Einzelnen handelt es sich dabei um folgende Bereiche:

- Bereiche, für die zukünftig die bisherige Darstellung als Siedlungsbereiche (ASB bzw. GIB, auch mit Zweckbindung) entfällt,
- Bereiche, für die in der Abwägung die Belange zu Gunsten des Freiraums stärker gewichtet wurden; dies trifft insbesondere zu für Freiraumbereiche mit besonderen Freiraumfunktionen (Neudarstellung von BSN / BSLE auf der Grundlage des Biotopverbundes, (s. Ausführungen in Kapitel 7.2.4 und 7.2.5).
- Bereiche, die zukünftig entsprechend der Kriterien in Kap. 7.2.2 als Waldbereiche dargestellt werden. Diese Darstellungen greifen tatsächliche Entwicklungen im Planungszeitraum des GEP99 auf, indem die größeren vorhandenen Wälder in die zeichnerische Darstellung einbezogen werden.

Die gegenüber den GEP99 neu dargestellten Waldbereiche ergeben sich unter Berücksichtigung der verfügbaren aktuellen Daten zur Flächennutzung und des oben dargestellten Vorgehens zur Auswahl der im regionalplanerischen Maßstab darzustellenden Waldbereiche.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben in Kap. 7.2.2.

7.2.3 Planzeichen c) Oberflächengewässer

Die Darstellung der Oberflächengewässer im Regionalplan konkretisiert die Vorgaben des LEP NRW.

[8] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Dabei orientiert sich die zeichnerische Darstellung an den Vorgaben der LPlG DVO, Anlage 3 Nr. 2. c). Dort sind die Oberflächengewässer (Vorbehaltsgebiete) inhaltlich wie folgt festlegt:

- Talsperren, Abgrabungsseen und Hochwasserrückhaltebecken mit Dauerstau sowie natürliche Seen.

In der Regel erfolgt die Darstellung der Oberflächengewässer ab einer Fläche von 10 ha. Darstellungsrelevante Hochwasserrückhaltebecken im Dauerstau (> 10 ha) oder natürlichen Seen kommen in der Planungsregion nicht vor, daher erstreckt sich die zeichnerische Darstellung auf Talsperren und Abgrabungsseen. Darüber hinaus sind in der Planzeichnung historisch bedingt auch einige Oberflächengewässer mit einer geringeren Fläche als 10 ha dargestellt. Dabei handelt es sich meist ebenfalls um ehemalige Abgrabungen.

7.2.3.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

7.2.3.1.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 unverändert bestehen bleiben

Alle im GEP99 dargestellten Oberflächengewässer (Abgrabungsseen und Talsperren) sind unverändert geblieben.

7.2.3.1.2 Begründung

Die im GEP99 als Oberflächengewässer dargestellten Talsperren und Abgrabungsseen sind unverändert. Sie stellen hinsichtlich Talsperren die tatsächlichen örtlichen Gegebenheiten, sprich Wasserflächen dar. Bei den Abgrabungsseen stellen sie meist die tatsächlichen vorhandenen Wasserflächen dar. Soweit die Oberflächengewässer gleichzeitig mit der Darstellung für die Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) umrandet sind, kann sich hinter dieser Darstellung auch eine durch die Gewinnung von Rohstoffen in der Vergangenheit entstandene Wasserfläche „verbergen“, oder es handelt sich um die im Rahmen der Darstellung der BSAB abschließend abgewogene und zeichnerisch dargestellte beabsichtigte Nachfolgenutzung der Rohstoffgewinnung (vgl. Kap. 5.4.1, Z5).

7.2.3.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

7.2.3.2.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 gestrichen werden

Es wurden keine Darstellungen im Vergleich zum GEP99 gestrichen.

7.2.3.2.2 Begründung

7.2.3.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

7.2.3.3.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 neu dargestellt werden

Im Vergleich zum GEP99 wurden folgende Gewässer neu dargestellt:

Silbersee, Stadt Ratingen

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.3.3.2 Begründung

Das unter 7.2.3.3.1 genannte neu dargestellte Oberflächengewässer entspricht ebenfalls den Vorgaben der DVO, war im GEP99 jedoch nicht dargestellt. Dies wurde im Rahmen der redaktionellen Anpassung geändert.

7.2.3.4***. Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes***

Die zeichnerischen Darstellungen konkretisieren den Grundsatz 7.4-2 Grundsatz Oberflächengewässer des LEP NRW räumlich.

7.2.4 Planzeichen da) Schutz der Natur

Der Regionalplan erfüllt gemäß § 18 (2) LPlG die Funktion eines Landschaftsrahmenplans. Dabei ist die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur wesentlicher Bestandteil der Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege.

Die zeichnerische Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur erfolgt auf der Grundlage der Planzeichendefinition (Anlage 3 der LPlG-DVO). Inhaltlich sind die Bereiche für den Schutz der Natur in der Anlage 3 zur LPlG-DVO wie folgt festgelegt:

„Planzeichen 2.da) Schutz der Natur (Vorranggebiete):

- Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche – Planzeichen 2.a) –, Waldbereiche – Planzeichen 2.b) – und Oberflächengewässer – Planzeichen 2.c) –, in denen die natürlichen Gegebenheiten durch besondere Maßnahmen gesichert oder entwickelt werden sollen (insbesondere Schutz, Pflege und Entwicklung wertvoller Biotope; Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes),
- regionalplanerische Konkretisierung der Feuchtgebiete von internationaler Bedeutung gemäß LEP,
- festgesetzte Naturschutzgebiete und Freiraumbereiche, die künftig in ihren wesentlichen Teilen entsprechend geschützt werden sollen.“

Zu den in der LPlG-DVO erwähnten besonderen Maßnahmen gehören insbesondere Pflege und Entwicklung wertvoller Biotope und der Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes sowie Festsetzungen als Naturschutzgebiete und zukünftig entsprechend zu schützende Freiraumbereiche. Der Regionalplan konkretisiert im Rahmen der zeichnerischen Darstellung die im LEP NRW ab einer Flächengröße von 150 ha zeichnerisch dargestellten Gebiete für den Schutz der Natur und ergänzt sie auf der Grundlage des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV, 2014) um weitere für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Bereiche, die dazu beitragen, den landesweiten Biotopverbund zu ergänzen, zu verdichten und somit zu stärken. Dies entspricht dem in den Erläuterungen zu Ziel 7.2-2 des LEP NRW konkret formulierten Auftrag an die Regionalplanung zur Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur.

Zur Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur wurden unter Beachtung der Vorgaben der LPlG-DVO die im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV 2014) sowie den zugehörigen Sachdaten (LANUV 2015, Februar 2015) fachlich begründeten Erfordernisse unter raumordnerischen Gesichtspunkten berücksichtigt. Ergänzend wurden Informationen und Datenquellen aus weiteren freiraumbezogenen Fachbeiträgen,

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

u.a. Geologischer Dienst NRW (2012) (zu schutzwürdigen und klimarelevanten Böden), Wald und Holz NRW (2013) zu Wildnisentwicklungsgebieten ausgewertet.

Die Abgrenzung der Bereiche für den Schutz der Natur erfolgt auf der Grundlage der im Fachbeitrag des LANUV (2015) enthaltenen Biotopverbundflächen der Verbundstufe I. Biotopverbundflächen der Verbundstufe I umfassen als Kern- Verbindungs- und Entwicklungsbereiche von herausragender Bedeutung die „Mindestkulisse des 'Netzes räumlich und funktional verbundener Biotope' nach § 20 Abs. 1 BNatSchG". Es handelt sich um „Flächen, die unter landesweiten und regionalen Gesichtspunkten (z.B. repräsentativ für eine Region oder regional sehr selten), sind". Diese Flächen wurden entsprechend den Kriterien in Abbildung 7.2.4.1 in der fachlichen Bewertung als „Kernbereiche mit einer besonderen Schutzwürdigkeit" abgegrenzt, die „eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund besitzen" (LANUV 2014).

Jeder einzelnen dieser Verbundflächen ist eine ausführliche Gebietsbeschreibung mit Informationen zu bedeutsamen Arten, Funktionen und Bestandsituation sowie Schutz- und Entwicklungszielen zugeordnet (Verbunddokumente). Zusammenfassend lassen sich die Verbundflächen des landesweiten Biotopverbundes (LEP NRW) den folgenden Verbundtypen zuordnen:

- Heide-, Moor- und Waldkomplexe,
- Wald,
- Grünland,
- Gewässer,
- Auenkorridore

Diese Zuordnung ist in Beikarte 4D – Kernbereiche für die Entwicklung des Biotopverbundes – dargestellt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Flächen mit herausragender Bedeutung für das Biotopverbundsystem, Flächen des länderübergreifenden, landesweiten und des regionalen Biotopverbundes (Stufe I):

Die Kategorie umfasst Flächen, die unter landesweiten und regionalen Gesichtspunkten (z. B. repräsentativ für eine Region oder regional sehr selten), i. d. R. Kernbereiche mit einer besonderen Schutzwürdigkeit sind und eine herausragende Bedeutung für den Biotopverbund besitzen.

Dies sind:

- Naturschutzwürdige Bereiche (bestehende und/oder geplante Naturschutzgebiete),

- Gebiete mit nationaler Bedeutung wie z. B. die großen Flussauen mit ihrer Funktion als überregionale Verbundkorridore,

- Europäische Gebietsnetz Natura 2000 (Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzgebiete),

- Vogelschutzgebiete, wegen ihrer besonderen Funktion und Größe und soweit sie sich mit anderen Flächen herausragender Bedeutung überschneiden,

- Landesweit bedeutsame Verbundkorridore über 75 ha und Kernflächen, die im LEP dargestellt sind,

- Biotopkomplexe, die die charakteristischen, typischen Eigenarten des Raumes repräsentieren bzw. eine außerordentliche Seltenheit besitzen (wie z. B. nur noch vereinzelt vorkommende großflächige Waldgebiete oder ausgedehnte Feuchtwiesen, die die Landschaft charakterisieren),

- Rückzugsräume oder Ausbreitungszentren für seltene oder gefährdete Lebensgemeinschaften, Pflanzen- und Tierarten,

- Wildnisentwicklungsgebiete, das sind Waldflächen zwischen 5-100 ha Größe, die möglichst gut verteilt auf die naturräumlichen repräsentativen Waldgesellschaften, in einem möglichst naturnahen Zustand und möglichst hohen Alter der natürlichen Entwicklung überlassen werden,

- Standorte mit Seltenheit und hohem Biotopentwicklungspotential und herausragender Bedeutung im regionalen Kontext z.B. ehemalige Feuchtgebiete, besonders schutzwürdige Böden, größere Waldbereiche in waldarmen Regionen, regional bedeutsame Fließgewässer in strukturarmen Regionen,

- Entwicklungskorridore nach der Wasser-Rahmen-Richtlinie mit dem Ziel der Lebensraumgestaltung.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Abbildung 7.2.4.1: Flächen des Biotopverbundes (Verbundstufe I – herausragende Bedeutung), Auswahlkriterien und fachliche Begründung, Quelle: LANUV 2014

Im Planungsraum wurden durch das LANUV insgesamt mehr als 284 Biotopverbundflächen der Verbundstufe I mit einer Gesamtfläche von 59.848 ha abgegrenzt, das entspricht in etwa 16,5 % der Gesamtfläche der Planungsregion. Die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur im Regionalplan konkretisieren die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes, (Schaffung eines großräumig übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems, § 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG; Sicherung der Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der

Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas, Biotopverbund; § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG) sowie der Kapitel 7.2-1 und 7.2-2 LEP NRW.

In die Darstellung als Bereiche für den Schutz der Natur wurden auf der Grundlage des vom LANUV fachlich abgegrenzten Biotopverbundes einbezogen:

- die Flächen des Biotopverbundes herausragender Bedeutung (Stufe I) entsprechend den im Februar 2015 zuletzt übermittelten Sach- und Geodaten zum Fachbeitrag des LANUV (2015) (Kernflächen mit Lebensräumen bestimmter Pflanzen- und Tierarten als Basis für den erforderlichen Habitatverbund),

- die darüber hinausgehenden in Landschaftsplänen festgesetzten bzw. durch Verordnung ausgewiesenen Naturschutzgebiete (NSG) (Stand der rechtskräftigen Landschaftspläne und Verordnungen bis zum Zeitpunkt 15.04.2016) und Wildnisentwicklungsgebiete oberhalb einer Größe von 10 ha und Flächen des Waldbiotopschutzprogramms sind, soweit bekannt, in der vorliegenden Darstellung enthalten, da sie sämtlich innerhalb von Naturschutzgebieten liegen.

Ungeachtet der durch Verordnung ausgewiesenen und in den Landschaftsplänen festgesetzten Naturschutzgebiete, die im Regionalplan Berücksichtigung finden, bleibt es der Regionalplanung künftig offen, bei einem raumordnerischen Erfordernis, Änderungen der Naturschutzgebiets-Verordnungen oder -Festsetzungen entsprechend in den Regionalplan zu übernehmen.

Die im Maßstab vom LANUV 1:25.000 erfassten Biotopverbundflächen und die darüber hinausgehenden Naturschutzgebiete wurden für die Darstellung im Maßstab des Regionalplans (1: 50.000) automatisch generalisiert. In Einzelfällen erfolgte eine manuelle Überarbeitung dort, wo die EDV-technisch generierte Darstellung ansonsten aufgrund der unterschiedlichen verwendeten Maßstäbe offensichtlich zu verfälschten Ergebnissen führen würde.

Einzelne Verbundflächen der Stufe 1 sollen nicht als BSN, sondern als BSLE (Kap. 7.2.5) dargestellt werden:

- bestimmte Teile von Vogelschutzgebieten. Da die Vogelschutzgebiete dem gesetzlichen Schutz über § 52 LNatSchG unterliegen, bedarf es gemäß der landesplanerischen Vorgaben (Ziel 7.2-2 und Erläuterungen des LEP NRW) hier keiner weiteren Festsetzung als Naturschutzgebiet, soweit nicht in Teilbereichen andere Schutzgründe dafür sprechen. Dementsprechend wurden die Vogelschutzgebiete nur dann in die Bereiche für den Schutz der Natur einbezogen, wenn sie über ihre Bedeutung den Vogelschutz hinaus andere wertbestimmende Merkmale aufweisen (LANUV 2015) oder zugleich als Naturschutzgebiete geschützt sind. Aus diesem Grund sind Teilflächen des Vogelschutzgebietes unterer Niederrhein (Verbundfläche VB-D-4102-897) nicht als BSN dargestellt, während die nicht als NSG ausgewiesenen Teilflächen des VSG Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg (Verbundfläche VB-D-4702-896) wegen ihrer auf weiteren Kriterien beruhenden Bedeutung (LANUV 2015) in die Darstellung mit einbezogen sind.

- bestimmte Habitate mit Schwerpunktvorkommen gefährdeter Arten. Ebenfalls nicht als BSN dargestellt wurden die „Ackerflächen bei Rommerskirchen-Butzbach“ (Verbundfläche VB-D-4906-106), denen als eines von drei Schwerpunktvorkommen des Feldhamsters (Anh. IV-Art der FFH-Richtlinie) in Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung für den Schutz dieser Art zukommt, da die Erhaltung der Population europarechtlichen Vorgaben unterliegt und besondere Maßnahmen zur Sicherung der Population im Zu-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

sammenhang mit der Fortführung der landwirtschaftlichen ackerbaulichen Nutzung stehen, die hierfür zu erhalten ist.

- Teile der Wasseroberfläche des Rheins mit der Überlagerung von Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung im Kreis Kleve (VB-D-4102-899) sowie in Krefeld (VB-D-4606-KR02), Meerbusch (VB-D-4606-009 und VB-D-4706-003), Düsseldorf (VB-D-4806-611, VB-D-4806-623, VB-D-4807-603), Neuss (VB-D-4806-015), Monheim (VB-D-4907-001_BSN). Da mit der Darstellung als Bereich zum Schutz der Natur auch vorrangig die Festsetzung als Naturschutzgebiet erzielt werden soll, ist die Festlegung vor dem Hintergrund der Bedeutung des Rheins als Bundeswasserstraße und international bedeutsamer Transport- und Verkehrsweg nicht sachgerecht. Der Rhein ist bislang überwiegend als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen und daher ist eine Darstellung als Bereich zum Schutz der Landschaft und die landschaftsorientierte Erholung sachgerechter. Bislang als Naturschutzgebiete festgesetzte Teile des Rheins erstrecken sich auf die Uferbereiche des Rheins, an dessen Abgrenzung sich die Darstellung der BSN im Regionalplan orientiert. Hinzu kommen Uferbereiche des Rheins, die als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet (FFH-Gebiet) gem. der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie der europäischen Union (Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen) festgelegt wurden und sich ebenfalls auf der Wasseroberfläche des Rheins erstrecken. Die Darstellung der BSN orientiert sich hierbei – kongruent zu der Vorgehensweise bei der Festsetzung der Naturschutzgebiete auf dem Rhein – auf die Uferbereiche, in denen eine potenzielle Naturschutzgebietsausweisung künftig möglich erscheint. Eine ausreichende Unterschutzstellung der FFH-Gebiete, die auf dem Rhein festgelegt worden sind, ist durch die Ausweisung von ordnungsbehördlichen Verordnungen über die Festsetzung von Fischschon- und Laichschonbezirken innerhalb der Abgrenzung der FFH-Gebiete, gegeben.

- Teile des Biotopverbundes herausragender Bedeutung (VB-D-4603-700) zur Realisierung der Grünbrücke über die BAB 40 in Straelen-Herongen werden ebenfalls nicht als BSN dargestellt, da einer Darstellung als BSN die rechtsgültigen Darstellungen und Festsetzungen im Flächennutzungs- und im Bebauungsplan der Gemeinde Straelen entgegenstehen. Um der künftigen dennoch potenziell möglich erscheinenden Realisierung der Grünbrücke über die BAB 40, die für die Entwicklung eines überregionalen Wildtierkorridors von zentraler Bedeutung ist, dennoch im Regionalplan Rechnung zu tragen, ist die Darstellung des BSLE anstelle der Darstellung des BSN gewählt worden.

- Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung oder Naturschutzgebiete, die insgesamt eine Fläche von 10 ha nicht überschreiten, nicht innerhalb oder in räumlicher Nähe zu einem BSLE liegen, liegen zeichnerisch unterhalb der Darstellungsschwelle des Regionalplans und sind nicht raumbedeutsam. Diese Darstellungen entfallen daher maßstabsbedingt. Eine Ausweisung als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiet im Landschaftsplan oder als Verordnung ist ungeachtet der Darstellung im Regionalplan möglich. Hierbei ist auch hinzuweisen auf Grundsatz G 3 in Kap. 4.2.1 der Vorgaben des Regionalplan-Entwurfes. Sofern diese Flächen innerhalb einer Darstellung als BSLE liegen oder in mittelbarer oder unmittelbarer räumlicher Nähe zu einem BSLE, ist die Darstellung nicht entfallen. Diese Flächen sind entweder, wenn sie sich innerhalb von im Regionalplan dargestellten BSLE befinden, ebenso als solche dargestellt oder zeichnerisch an einen BSLE in räumlicher Nähe angebunden worden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Teile der Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung mit der Kennung VB-D-4805-006, welche das Schloss Dyck sowie den vorhandenen und künstlich angelegten Schlosspark in Jüchen überlagern. Aufgrund der vorhandenen historischen, baulichen Anlagen und der anthropogen geprägten und angelegten Schlossparkanlagen erfüllt der Schlosspark vorrangig kulturhistorische Funktionen und dient der Naherholung. Von einer entsprechend hohen Frequentierung und einem hohen Besucheraufkommen ist demzufolge auszugehen. Dementsprechend ist der Schlosspark im Landschaftsplan des Rhein-Kreises-Neuss nicht als Naturschutzgebiet festgesetzt. Die im Landschaftsplan des Rhein-Kreis-Neuss bereits enthaltenen Schutzfestsetzungen und -maßnahmen (derzeit enthält dieser u. a. die Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet und Festlegung von Naturdenkmalen für Einzelbäume und Alleen) sind geeignet die durch das LANUV festgelegten Schutz- und Entwicklungsziele (u. a. Biotop- und Artenschutzfunktion für den Erhalt von Tier- und Pflanzenarten, Erhalt der Baumbestände als Lebensraum für den Eremiten/Juchtenkäfer) des Biotopverbundes zu erfüllen. Daher bedarf der Schlosspark auch keiner Ausweisung als BSN, der i. d. R. als Naturschutzgebiet im Landschaftsplan festgesetzt werden soll. Eine Darstellung als BSLE wird dem Schutzzweck gemäß dem Biotopverbund ebenfalls gerecht. Der übrige Teil des als BV 1 ausgewiesenen Flächen erstreckt sich auf Teilbereiche des Jüchener Bachs und auch auf die vegetationsreichen und bewachsenen Teile des Bereiches um Schloss Dyck, sodass hier weiterhin eine Festlegung als BSN geboten ist.

- Die Biotopverbundfläche herausragender Bedeutung (VB-D-4702-001) in Niederkrüchten, die im Fachbeitrag des LANUV (Stand Feb. 2015) ausgewiesen ist, wird nicht vollständig als BSN im Regionalplan dargestellt. Stattdessen wird die Darstellung BSLE und – in Teilen – Windenergiebereiche im Regionalplan vorgesehen.
  Dies betrifft das insgesamt etwa 200 ha große Areal östlich der Haupterschließung zur Golfplatzanlage sowie die Flächen des Golfplatzes selbst. Diese Teilbereiche gehören zum Biotopverbund herausragender Bedeutung (BV 1), da sich innerhalb der Abgrenzung u. a. zwischen den Landebahnen, der vorhandenen baulichen Substanz sowie innerhalb des Golfplatzes eine hohe Dichte von geschützten Biotopen gem. § 30 BNatSchG befinden. Geschützt werden durch die Ausweisung insbesondere die vorkommenden Trockenrasen, Zwergstrauch-, Ginster-, Wachholderheiden sowie Borstgrasrasen und innerhalb der Golfplatzanlage offene Binnendünen sowie Borstgrasrasen.
  Aufgrund der überwiegenden baulichen Vorprägung des Areals östlich der Haupterschließung zum Golfplatz (u. a. Landebahnen, Bunker) sowie der bereits gesicherten Unterschutzstellung der Biotope nach § 30 BNatSchG, die innerhalb der Abgrenzung des BV 1 liegen, wird der Schutz der Flächen als ausreichend gesehen. Einzelne Teilflächen innerhalb des BV 1 sind hingegen baulich geprägt (u. a. auf bereits versiegelten Flächen wie den Landebahnen) oder nicht als geschütztes Biotop gem. § 30 BNatSchG festgesetzt. Zu den letzteren sind auch Waldflächen zu zählen, die im Randbereich des gesamten Waldbereiches und der baulich vorgeprägten Bereiche des Areals liegen. In den baulich vorgeprägten Bereichen und dem Randbereich des Waldes besteht das Potenzial Windenergiebereiche im Regionalplan auszuweisen bzw. WEA zu nutzen. Daher ist die Darstellung BSN gegenüber der Darstellung der Windenergiebereiche abgewogen worden, da beide Darstellungen nicht miteinander vereinbar sind bzw. es ist eine Abwägung mit dem Nutzungsinteresse der Windenergienutzung erfolgt. In Teilbereichen besteht das Potenzial zur Errichtung von weiteren klimaneutralen Windenergieanlagen auf teilweise versiegelten oder baulich vorgeprägten Flächen. Daher ist der Belang der Windenergie-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

nutzung höher gewichtet worden, da die Errichtung der Windenergieanlagen voraussichtlich auf den versiegelten Flächen erfolgt und somit hinreichend verträglich mit den am Standort befindlichen geschützten Biotopen realisiert werden kann (siehe auch weiterführende Ausführungen bei den Windpotenzialflächen zu den entsprechenden Darstellungen und der BSN-Thematik in Kap. 7.2.15, Anlage 2). Das Zurückbleiben der BSN-Darstellung gegenüber dem BV herausragender Bedeutung lässt hier in der Gesamtabwägung auch mit dem Belang des Ausbaus der klimaschonenden Erneuerbaren Energien sinnvolle Spielräume. Um gleichzeitig Natur und Landschaft hinreichend zu würdigen sowie Möglichkeiten zur Realisierung von erneuerbaren Energien zu schaffen, ist weitestgehend die Darstellung BSLE im Regionalplan vorgesehen.
Innerhalb der Abgrenzung des Biotopverbundes herausragender Bedeutung mit der oben aufgeführten Kennung liegt ebenfalls der Golfplatz von Niederkrüchten. Da mit der Darstellung des BSN vorrangig die Festsetzung von Naturschutzgebieten im Landschaftsplan erfolgen soll, dies aber aufgrund der bestehenden Golfplatznutzung nicht möglich ist, ist von der Darstellung als BSN abgewichen worden. Abweichend von der üblichen Vorgehensweise BV der Stufe 1 als BSN darzustellen, ist hier der Golfplatz als BSLE dargestellt. Dies trägt in der Gesamtabwägung auch dem volkswirtschaftlichen Wert und den entsprechenden lokalen Qualitäten im Bereich des Golfplatzes Rechnung.

- Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung sowie Naturschutzgebiete innerhalb der im Regionalplan dargestellten Planzeichen für Ablagerungen und Aufschüttungen, sofern nicht bereits im GEP 99 als Nachfolgenutzung BSN festgelegt (s. weitere Ausführungen hierzu in Kap. 7.2.5).

Soweit innerhalb der im Regionalplan dargestellten Abfalldeponien (Kap. 5.3, Kap. 7.2.10) Bereiche für den Schutz der Natur auf der Grundlage des Biotopverbundes zeichnerisch dargestellt sind, so ist mit der Abwägung zugunsten der Darstellung der Abfalldeponien zugleich die Festlegung einer den Bereichen für den Schutz der Natur konformen Nachfolgenutzung verbunden. Weitere Ausführungen zu den dargestellten Freiraumfunktionen als Nachfolgenutzungen innerhalb der dargestellten Abfalldeponien sind Kap. 7.2.5. zu entnehmen.

Innerhalb der dargestellten Abgrabungsbereiche und der Sondierungsbereiche für Abgrabungen verbleibt es unabhängig von ihrer Einstufung im Rahmen des Biotopverbundes bei der festgelegten Freiraumfunktion als Nachfolgenutzung (zur Begründung s. Kap. 7.2.12.1.2).

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die zeichnerische Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur konkretisiert die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes zur Schaffung eines großräumig übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG), zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas, und trägt den Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG).

Mit dem LEP NRW, insbesondere Ziel 7.2-2 Gebiete für den Schutz der Natur, sind die zeichnerischen Darstellungen vereinbar bzw. aus diesem entwickelt. Die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur konkretisiert räumlich die im LEP NRW landesplanerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur. Gemäß LEP NRW, Ziel 7.2-2 und Kap. 7.2-2 (Erläuterungen) sind die Gebiete zum Schutz der Natur „in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur (BSN) zu konkretisieren und auf der Basis

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

eines naturschutzfachlichen Fachbeitrages um weitere für den regionalen Biotopverbund bedeutsame Bereiche zu ergänzen.“ Sie sind gemäß Ziel 7.2-2 „für den landesweiten Biotopverbund zu sichern und in den Regionalplänen über die Festlegung von Bereichen zum Schutz der Natur zu konkretisieren. Die Bereiche zum Schutz der Natur sind durch besondere Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu erhalten und zu entwickeln.“ Zu den mit der Sicherung des Biotopverbundes verbundenen Anforderungen an die Sicherung ausgewählter Gebiete führt der LEP NRW in Kap. 7.2-1 (Erläuterungen) aus: „In diesen Gebieten ist den Zielen des Naturschutzes ein Vorrang vor anderen Nutzungsansprüchen zu gewähren. (...). Bei der Festlegung von Flächen zum Erhalt und zur Entwicklung eines landesweiten Biotopverbundes sind die Anforderungen klimasensibler Arten und Biotope zu beachten. Darüber hinaus ist der Biotopverbund insbesondere auf in ihrem Bestand gefährdete Arten und solche Arten auszurichten, für deren Erhalt Nordrhein-Westfalen entsprechend den europäischen Richtlinien zum Arten- und Habitatschutz eine besondere Verantwortung hat. Internationale Schutzgebiete sind in den nordrhein-westfälischen Biotopverbund zu integrieren (ebd.). Die landesplanerisch dargestellten Gebiete zum Schutz der Natur (Zeichnerische Festlegungen des LEP NRW) sind in ihren wesentlichen Teilen in der Darstellung der BSN enthalten und somit umgesetzt (s. auch Beikarte 4D – Kernbereiche für die Entwicklung des Biotopverbundes).

Für die auf der Grundlage der oben genannten Kriterien dargestellten und über den Darstellungsumfang des GEP99 hinausreichenden Bereiche zum Schutz der Natur gilt, dass sie eine Weiterentwicklung der landesplanerisch festgelegten Gebiete für den Schutz der Natur darstellen und somit als aus diesem entwickelt gelten können.

Auch tragen die geplanten Vorgaben durch die Berücksichtigung von Bereichen mit hohem Biotopentwicklungspotential und Potential als CO_2-Senken – zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans dem § 12 Abs. 3 LPlG – Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

7.2.4.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind. Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten. Die gleichbleibenden Bereiche werden weiterhin als Bereiche für den Schutz der Natur dargestellt, da sie den oben dargestellten Darstellungskriterien entsprechen. Für die dargestellten Bereiche gilt, dass sich in der Abwägung ggf. entgegenstehende raumbedeutsame Nutzungen gegenüber einer Darstellung von Bereichen für den Schutz der Natur nicht durchgesetzt haben.

Die zeichnerische Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur ist das Ergebnis der raumordnerischen Abwägung zwischen siedlungsräumlichen, freiraumbezogenen und infrastrukturellen Nutzungen und Funktionen. Maßgebliche Datengrundlagen hierfür sind die frei-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

raumbezogenen Fachbeiträge (LANUV 2014, 2015, Landwirtschaftskammer NRW 2013, LVR 2013, Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013), die jeweils die Bedeutung bestimmter Freiraumbereiche aufgrund ihrer fachlichen Kriterien hervorheben. Diese dort formulierten fachlichen Belange wurden einer raumordnerischen Beurteilung unterzogen und die raumordnerisch relevanten Aspekte entsprechend ihrer Bedeutung in die Abwägung eingestellt. Der Abwägung zur Gliederung des Freiraums wurden gleichermaßen die prägenden Raumnutzungen, als auch Bereiche mit vorhandenen oder zu entwickelnden Raumfunktionen zu Grunde gelegt.

Die unveränderten Darstellungen der Bereiche für den Schutz der Natur ergeben sich daraus, dass anhand der o.g. Kriterien die bisher dargestellten Bereiche für den Schutz der Natur bestätigt wurden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.4.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind. Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten. Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf die folgenden Bereiche nicht mehr als Bereiche für den Schutz der Natur dargestellt werden:

Streichungen von bisher im GEP99 dargestellten Bereichen für den Schutz der Natur ergeben sich daraus, dass die betroffenen Bereiche die in Kap. 7.2.4.1 erläuterten Voraussetzungen für eine Darstellung nicht erfüllen.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW wird auf die vorstehenden Ausführungen zu den weiterhin bestehenden Darstellungen von Bereichen für den Schutz der Natur verwiesen.

7.2.4.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[9]

[9] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründungin Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

Die gegenüber den GEP99 neu dargestellten Bereiche für den Schutz der Natur ergeben sich aus der Berücksichtigung der oben dargestellten Kriterien für die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Natur.

Der zeichnerischen Darstellung liegt die Abwägung zugrunde, dass die fachliche Bewertung dieser Bereiche ihre besondere Eignung für den Schutz, die Pflege und die Entwicklung wertvoller Biotope sowie den Aufbau eines landesweiten Biotopverbundes belegt und ihre räumliche Sicherung und Freihaltung von entgegenstehenden Nutzungen rechtfertigt.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den weiterhin bestehenden Darstellungen von Bereichen für den Schutz der Natur (s. Kapitel 7.2.4.1).

7.2.5 Planzeichen db) Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

Die zeichnerischen Darstellungen der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung im Regionalplan sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil der Darstellung der regionalen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege (s. auch Kap. 7.2.4). Sie legen räumlich die Bereiche fest, welche die in der Anlage 3 zur LPlG-DVO festgelegten Merkmale erfüllen und dementsprechend gesichert oder zielgerichtet entwickelt werden sollen. Sie enthalten die für den regionalen Biotopverbund und die Biotopvernetzung wesentlichen Bereiche und ergänzen bezogen auf den Biotopverbund räumlich die für den landesweiten Biotopverbund bedeutsamen Bereiche für den Schutz der Natur.

Die Darstellung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung erfolgt auf der Grundlage der Planzeichendefinition (Anlage 3 der LPlG-DVO), die die Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung in der Anlage 3 inhaltlich wie folgt festlegt:

Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche – Planzeichen 2.a) –, Waldbereiche – Planzeichen 2.b) – und Oberflächengewässer – Planzeichen 2.c) –,

- in denen wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen gesichert oder zielgerichtet entwickelt werden sollen,
- die hinsichtlich der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes und anderer Bedingungen für die landschaftsgebundene Erholung gesichert oder zielgerichtet entwickelt werden sollen,
- festgesetzte Landschaftsschutzgebiete und Freiraumbereiche, die künftig in ihren wesentlichen Teilen entsprechend geschützt werden sollen.

Zur Darstellung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung wurden unter Beachtung der Vorgaben der LPlG-DVO (s.o.), die im Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege (LANUV 2014a) sowie den zugehörigen Sachdaten (LANUV 2015, Stand Februar 2015) fachlich begründeten Erfordernisse unter raumordnerischen Gesichtspunkten berücksichtigt. Ergänzend wurden Informationen und Datenquellen zu schutzwürdigen und klimarelevanten Böden (Geologischer Dienst NRW 2012) ausgewertet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Der Abgrenzung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung wurden insbesondere der Biotopverbund (Flächen der Verbundstufe II nach dem Fachbeitrag des LANUV (2015) und bestehende Schutzausweisungen zu Grunde gelegt. Die Biotopverbundflächen der Verbundstufe II verknüpfen die Flächen des landesweiten und regionalen Biotopverbundes untereinander in Form von Verbindungsflächen, Trittsteinen oder Pufferzonen oder erweitern das System um weitere eigenständige, wertvolle Flächen (LANUV 2014). Sie beinhalten auch die landwirtschaftlich geprägten Bereiche, deren Strukturelemente nach § 21, Abs. 6 BNatSchG zu erhalten bzw. zu schaffen sind (ebd.), sowie Flächen und Elemente mit Verbund-, Trittsteinfunktionen sowie Pufferfunktionen für die Verbundstufe I und „sollen die funktionalen Beziehungen zwischen den verschiedenen Lebensräumen insbesondere auch zwischen den Verbundflächen der Stufe I auf eine räumlich breitere Basis stellen und Barrierewirkungen überwinden“ (LANUV 2014).

Jeder einzelnen dieser Verbundflächen ist im Fachbeitrag (LANUV 2015) eine ausführliche Gebietsbeschreibung mit Informationen zu bedeutsamen Arten, Funktionen und Bestandsituation sowie Schutz- und Entwicklungszielen zugeordnet (Verbunddokumente). Diese Verbundflächen der Stufe II lassen sich ebenfalls den in Kap. 7.2.4 dargestellten Verbundtypen zuordnen.

Im Planungsraum wurden durch das LANUV insgesamt 449 Biotopverbundflächen der Verbundstufe II mit einer Gesamtfläche von rund 57.865 ha abgegrenzt, das entspricht in etwa 15,9 % der Gesamtfläche der Planungsregion.

Die Darstellung als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung umfasst:

- die Flächen des Biotopverbundes besonderer Bedeutung (Stufe II) entsprechend dem Fachbeitrag des LANUV (2015),
- die darüber hinausgehenden in Landschaftsplänen festgesetzten bzw. durch Verordnung ausgewiesenen Landschaftsschutzgebiete (LSG) (Stand 15.04.2016).

Die im Maßstab 1:25.000 erfassten Biotopverbundflächen und die darüber hinausgehenden Landschaftsschutzgebiete wurden für die Darstellung im Maßstab des Regionalplans (1: 50.000) automatisch generalisiert. In Einzelfällen erfolgte eine manuelle Überarbeitung dort, wo die EDV-technisch generierte Darstellung ansonsten aufgrund der unterschiedlichen verwendeten Maßstäbe offensichtlich zu verfälschten Ergebnissen führen würde.

Zusätzlich wurden in die Darstellung der BSLE Teilflächen des Vogelschutzgebietes unterer Niederrhein (Verbundfläche VB-D-4102-897) einbezogen, die nicht als BSN dargestellt werden sollen (s. Kap. 7.2.4). Auch die nicht als BSN dargestellten „Ackerflächen bei Rommerskirchen-Butzbach“ (Verbundstufe I, Verbundfläche VB-D-4906-106, s. Kap. 7.2.4), denen als eines von drei Schwerpunktvorkommen des Feldhamsters (Anh. IV-Art der FFH-Richtlinie) in Nordrhein-Westfalen eine besondere Bedeutung für den Schutz dieser Art zukommt, sollen als BSLE dargestellt werden und der Fortbestand der dortigen Feldhamster-Population im Rahmen der Fortführung der landwirtschaftlichen ackerbaulichen Nutzung gesichert werden. Wie in Kap. 7.2.4 erläutert, werden weitere Bereiche, mit der Bewertung als Biotopverbund herausragender Bedeutung gem. Fachbeitrag des LANUV (LANUV 2015) oder als Naturschutzgebiete festgesetzte Bereiche, im Regionalplan als BSLE dargestellt. Dies betrifft Teilbereiche der Biotopverbundflächen herausragender Bedeutung auf dem Rhein, in Niederkrüchten (VB-D-4702-001), Straelen-Herongen (VB-D-4603-700) sowie einzelne Bereiche

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

unterhalb der Darstellungsschwelle von 10 ha, die in die Darstellung der BSLE integriert werden (s. Kap. 7.2.4).

Flächen der Biotopverbundstufe II sowie Teilbereiche von LSG, die eine Flächengröße von unter 10 ha aufweisen und nicht in räumlicher Nähe zu einem dargestellten BSLE liegen, entfallen aus der Darstellung der BSLE. Biotopverbundflächen der Stufe II sowie LSG unterhalb von 10 ha, die innerhalb von BSN liegen, werden in die Darstellung des BSN mit einbezogen.

Im Regionalplan wird innerhalb der zeichnerisch dargestellten Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen, Planzeichen ea) Aufschüttungen und Ablagerungen, die Nachfolgenutzung nach Abschluss der Nutzung durch die überlagernd dargestellten Freiraumfunktionen zeichnerisch festgelegt, um regionalplanerisch die vorgesehene Entwicklung des Freiraums und die Rekultivierung nach Aufgabe der Nutzung zu sichern.
Als Nachfolgenutzungen werden die Freiraumfunktionen BSLE und RGZ (zu der Darstellung der RGZ siehe ansonsten Kap. 7.2.6) vorgesehen, sofern diese an im Umfeld der Aufschüttungen und Ablagerungen dargestellte aktuelle Freiraumfunktionen räumlich anknüpfen und dieselben sinnvoll ergänzen. Die Freiraumfunktionen sind als Vorgaben im Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen bzw. zu beachten und geben der Planfeststellungsbehörde und den Landschaftsbehörden Vorgaben und Hinweise für eine sinnvolle Einbindung der Aufschüttung / Ablagerung in die umgebende Landschaft nach Aufgabe der Nutzung als Ziel für die festzulegende Rekultivierung. Auf diese Weise trägt auch der Regionalplan als Landschaftsrahmenplan der landschaftsgerechten Einbindung der aufgegebenen Nutzung in ihre Umgebung Rechnung. Gem. § 1 Abs. 5, S. 3 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft insbesondere durch Förderung natürlicher Sukzession, Renaturierung, naturnahe Gestaltung, Wiedernutzbarmachung oder Rekultivierung auszugleichen oder zu mindern. Somit trägt die Darstellung der Freiraumfunktionen innerhalb der Darstellung auch zu dem im BNatSchG formulierten Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei.
Auf die Darstellung von BSN als Nachfolgenutzung wird verzichtet, soweit sie nicht bereits als Nachfolgenutzung im GEP 99 festgelegt waren. Die Darstellung BSN soll vorrangig erfolgen, um die natürlichen Gegebenheiten in den BSN zu sichern und zu entwickeln (DVO zum LPlG, Anlage 3). Mit der Inanspruchnahme dieser Bereiche für die der Darstellung mit Planzeichen 2ea entsprechenden Nutzungen sind langfristig erfolgende Überformungen der bis dahin vorhandenen natürlichen Gegebenheiten verbunden sowie Veränderungen der Funktion dieser Bereiche im Biotopverbund. Inwieweit nach Abschluss der Aufschüttung / Ablagerung geeignete Voraussetzungen für eine Entwicklung der natürlichen Gegebenheiten bestehen, ist von der Art und dem zeitlichen Verlauf der Nutzung abhängig und insofern nur begrenzt zu steuern. Außerdem trägt die möglichst weitgehende Ausnutzung vorhandener Kapazitäten für Aufschüttung und Ablagerung zur Schonung sonstiger Freiraumbereiche bei.
Der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW stellt zum Teil auch im Bereich der Aufschüttungen und Ablagerungen einen Biotopverbund herausragender Bedeutung (BV 1) dar. Dieser Einstufung liegt die Bewertung der Funktion dieser Bereiche für den Biotopverbund entsprechend dem aktuellen Zustand zum Zeitpunkt der Erfassung zugrunde. Gemäß den Kriterien zur Darstellung von BSN in Kap. 7.2.4 werden Flächen des Biotopverbundes der Stufe 1 (BV 1) als BSN dargestellt. Da aber im RPD in Bereichen mit dargestellten Aufschüttungen und Ablagerungen auf die Darstellung von BSN als Nachfolgenutzung verzichtet wird, wird der Empfehlung des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege des LANUV NRW zur Darstellung von BSN an dieser

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Stelle nicht gefolgt. Stattdessen wird an geeigneten Stellen hierfür eine flächendeckende Darstellung der Freiraumfunktion BSLE innerhalb der betreffenden Bereiche gewählt.
Wie eingangs zu diesem Abschnitt bereits ausgeführt, soll für die landschaftsgerechte Einbindung der aufgegebenen Aufschüttungen und Ablagerungen eine Nachfolgenutzung gewählt werden, die an die umgebenden und geeigneten Darstellungen der Freiraumfunktionen im RPD anknüpft. Es bietet sich daher an, bei einer vorhandenen Freiraumfunktion BSLE, die an die betreffende Darstellung angrenzt, diese auch als Nachfolgenutzung vorzusehen. BSLE sind u. a. Freiraumbereiche, in denen wesentliche Landschaftsstrukturen und deren landschaftstypische Ausstattung mit natürlichen Landschaftsbestandteilen […] zielgerichtet entwickelt werden sollen (gem. Anlage 3, DVO LPlG). Bei der Rekultivierung von Aufschüttungen und Ablagerungen sind somit die wesentliche Landschaftsstruktur und deren landschaftstypische Ausstattung, welche den Bereich umgibt, zu berücksichtigen. In die Darstellung von Regionalen Grünzügen hingegen sind auch Freiraumbereiche miteinzubeziehen, die Teil eines regionalen oder überregionalen Grüngürtels sind und freiraum- oder siedlungsbezogene Funktion erfüllen können und somit zu entwickeln oder zu sanieren sind (vgl. Anlage 3 DVO LPlG). Hierzu können auch stillgelegte und zu rekultivierende Aufschüttungen und Ablagerungen gehören, die innerhalb von Regionalen Grünzügen liegen.

Ebenfalls abweichend von den Kriterien für die Darstellung von BSLE werden innerhalb der dargestellten Abgrabungsbereiche und der Sondierungsbereiche für Abgrabungen unabhängig von ihrer Einstufung im Rahmen des Biotopverbundes die festgelegten Nachfolgenutzungen für Abgrabungsbereiche und der Sondierungsbereiche dargestellt (zur Begründung s. Kap. 7.2.12.1.2 Rohstoffgewinnung). Durch die Darstellung als BSLE sollen die räumlichen Voraussetzungen für die Fortentwicklung des regionalen Biotopverbundes gesichert werden.

Für die im Fachbeitrag des LANUV (2015) enthaltenen Biotopverbundflächen belegt die Einstufung als Biotopverbundflächen von besonderer Bedeutung ihre Funktion als wesentliche Landschaftsstrukturen oder landschaftstypische natürliche Landschaftsbestandteile. Diese werden als BSLE dargestellt. Darüber hinausgehende bestehende Festsetzungen besonders geschützter Teile von Natur und Landschaft gem. § 26 BNatSchG werden als bestehende Planungsziele, soweit sie mit den übrigen Vorgaben des Regionalplans vereinbar sind, im Regionalplan als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung dargestellt.

Darüber hinaus werden einzelne Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung aufgrund ergänzender Kriterien dargestellt, die wegen ihres Bezuges zu den Aspekten Biotopverbund, Wiederherstellung bzw. Entwicklung von Natur und Landschaft, Kulturlandschaft und landschaftsorientierte Erholung in Einzelfällen geeignet sind, eine Sicherung oder zielgerichtete Entwicklung von Natur und Landschaft aufgrund anderweitiger Ansatzpunkte zu begründen (zu den aufgrund dieser Kriterien erfolgten BSLE-Darstellungen s. Kap. 7.2.5.4):

- Bereiche mit einer hohen Dichte geschützter Landschaftsbestandteile, Schutzfestsetzung gem. § 29 BNatSchG,
- landesplanerisch angepasste Landschaftsplan-Darstellungen zum regionalen und lokalen Biotopverbund,
- Bereiche, in denen durchgeführte Kompensationsmaßnahmen gesichert und erhalten werden sollen,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Bereiche in denen konkrete Ansatzpunkte bestehen für eine projektorientierte Entwicklung (z.B. Hochwasserschutz, Biodiversität/Landschaftsorientierte Erholung/Kulturlandschaft) bzw. für die Entwicklung der biologischen Vielfalt. Hierzu gehören beispielsweise
    - Bereiche für die Wiederherstellung und Neuentwicklung beeinträchtigter Bereiche von Natur und Landschaft (z.B. Konversionsflächen);
    - Bereiche für die Entwicklung von Niederungen bzw. die Wiedervernässung von Moorstandorten und Brüchern u.a. als CO^2-Senke,
    - Bereiche mit Potential für die Wiederansiedlung gefährdeter Arten, deren spezifische Lebensraumansprüche im Rahmen der vorhandenen Nutzungen berücksichtigt werden können,
- Bereiche für die Sicherung und Entwicklung des räumlichen Zusammenhangs von BSLE auf der Grundlage gegebener Ansatzpunkte (Bodenschutz, Erosionsschutz, Biotopentwicklungspotential), die nicht Bestandteile des Biotopverbundes oder bestehender Schutzfestsetzungen sind;
- Teile landesbedeutsamer und bedeutsamer besonders typischer Kulturlandschaften und -landschaftsteile von besonderer Eigenart, einschließlich solcher mit Ensembles von Bau- und Bodendenkmälern, die für die Darstellung als Denkmalbereiche geprüft werden sollen,
- Natürliche/naturräumliche Gegebenheiten/Voraussetzungen (prägende Landschaftseile und besondere gliedernde Landschaftselemente), welche eine an den typischen kulturlandschaftlichen Gegebenheiten orientierte Fortentwicklung erfordern,
- Schwerpunktbereiche für die landschaftsorientierte Erholung: realisierte und geplante Einrichtungen für die landschaftsorientierte Erholung, auch mit baulichen Anlagen (z.B. Golfplätze; Nachfolgenutzung für Abgrabungsgewässer bzw. wassersportorientierte Oberflächengewässer und Uferbereiche, nach bestehenden Genehmigungen und Darstellungen in Flächennutzungsplänen).

Abweichend von den dargestellten Kriterien wurden diejenigen Flächen nicht als BSLE dargestellt, die innerhalb dargestellter oder neu darzustellender Siedlungsbereiche liegen. Diese Flächen sind entweder aufgrund ihrer geringen Flächengröße oder ihrer linearen Ausdehnung (Freiraumbänder, s. Kap. 4.1.1, Erläuterung 12) im Maßstab des Regionalplans nicht darstellbar und besitzen keine unmittelbare Verbindung mit dem Freiraum. Sie sollen im Rahmen der Bauleitplanung und der Landschaftsplanung gesichert und entwickelt werden.

Ebenfalls abweichend von den dargestellten Kriterien wurden diejenigen Flächen nicht als BSLE dargestellt, die innerhalb von Bereichen mit sonstigen Zweckbindungen für Abwasserbehandlungs- und Reinigungsanlagen liegen. Hiermit werden Aussagen über die Bedeutung von Teilen dieser Bereiche für den Biotopverbund nicht in Frage gestellt; vielmehr soll so der vorrangigen Funktion dieser Bereiche für die Abwasserbehandlung und -reinigung Rechnung getragen werden.

Die zeichnerische Darstellung der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ist das Ergebnis der raumordnerischen Abwägung zwischen siedlungsräumlichen, freiraumbezogenen und infrastrukturellen Nutzungen und Funktionen. Maßgebliche Datengrundlagen hierfür sind die freiraumbezogenen Fachbeiträge (LANUV 2014,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Landwirtschaftskammer NRW 2013, LVR 2013, Landesbetrieb Wald und Holz NRW 2013), die jeweils die Bedeutung bestimmter Freiraumbereiche aufgrund ihrer fachlichen Kriterien hervorheben. Diese dort formulierten fachlichen Belange wurden einer raumordnerischen Beurteilung unterzogen und die raumordnerisch relevanten Aspekte entsprechend ihrer Bedeutung in die Abwägung eingestellt. Der Abwägung zur Gliederung des Freiraums wurden gleichermaßen die prägenden Raumnutzungen, als auch Bereiche mit vorhandenen oder zu entwickelnden Raumfunktionen zu Grunde gelegt.

Die unveränderten Darstellungen der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ergeben sich daraus, dass anhand der o.g. Kriterien die bisher dargestellten Bereiche bestätigt wurden.

Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Die zeichnerischen Darstellungen der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung konkretisieren die Vorgaben des ROG zur Schaffung eines großräumig übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 ROG), zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas, Biotopverbund (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG).

Gemäß den Festlegungen des Grundsatzes. 7.2-5 Landschaftsschutz und Landschaftspflege des LEP NRW soll „auch außerhalb von Gebieten für den Schutz der Natur (…) Freiraum, der sich durch eine hohe Dichte an natürlichen oder kulturlandschaftlich bedeutsamen Elementen, an für gefährdete Arten und Lebensräume bedeutsamen Landschaftsstrukturen oder durch besondere Eigenart und Schönheit auszeichnet, vor Inanspruchnahmen bewahrt werden, durch die seine Leistungs- und Funktionsfähigkeit oder besondere Wertigkeit erheblich beeinträchtigt werden können“. In den Erläuterungen hierzu wird ausgeführt: „ (…) insbesondere die nicht raumordnerisch für den Schutz der Natur gesicherten Teile europäischer Vogelschutzgebiete sowie bedeutsame Kulturlandschaftsbereiche im Freiraum, die – soweit sie regionalplanerisch nicht als Bereich zum Schutz der Natur zeichnerisch festgelegt werden – (sind) überwiegend als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung festzulegen“ (Erläuterung zu Grundsatz 7.2-5 des LEP NRW). Die zeichnerischen Darstellungen der Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung setzen damit die Vorgaben des LEP NRW um.

Zusammen mit den anderen klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans tragen sie durch den Schutz von Bereichen mit besonderen Freiraumfunktionen (u.a. Böden mit Funktion als CO^2-Senken (klimarelevante Böden) und Bereiche mit Bedeutung für die Biotopvernetzung) auch § 12 Abs. 3 LPlG Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind.

7.2.5.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[10] Für die dargestellten Bereiche gilt, dass sich in der Abwägung ggf. entgegenstehende raumbedeutsame Nutzungen gegenüber einer Darstellung von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung nicht durchgesetzt haben und die bisher dargestellten Bereiche anhand der o.g. allgemeinen Kriterien bestätigt wurden.

Soweit Bereiche aufgrund der ergänzenden Kriterien beibehalten wurden, werden diese in Kap. 7.2.5.4. gesondert begründet.

Mit dem LEP NRW, insbesondere Grundsatz 7.2-5 Landschaftsschutz und Landschaftspflege, sind die beibehaltenen Darstellungen vereinbar. Hierzu wird auf die Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes (Kap. 7.2.5) verwiesen.

7.2.5.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind.[11] Soweit Streichungen unten nicht einzeln begründet werden, handelt es sich dabei um Bereiche, für die die oben dargestellten Kriterien nicht oder nicht mehr zutreffen, weil sich beispielsweise die der Darstellung zu Grunde liegende fachlich begründete Abgrenzung des Biotopverbundes oder Abgrenzungen von festgesetzten Schutzgebieten zwischenzeitlich geändert haben.

Darstellungen von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung aus dem GEP99 wurden entgegen den oben erläuterten Kriterien nicht in die Darstellung der BSLE einbezogen, soweit auf der Grundlage der Abwägung einer anderen Nutzung der Vorzug gegeben wurde. Die diesbezüglichen Begründungen finden sich bei den jeweiligen standortbezogenen Begründungen für die Neudarstellungen, die anstelle der bisherigen Freiraumdarstellung treten.

Ebenfalls abweichend von den dargestellten Kriterien verbleibt es innerhalb der dargestellten Abgrabungsbereiche und der Sondierungsbereiche für Abgrabungen unabhängig von ihrer Einstufung im Rahmen des Biotopverbundes bei der bisherigen Darstellung gemäß dem GEP99 (zur Begründung S. Kap. 5.4 Rohstoffgewinnung). Die Darstellung bezeichnet hier die vorgesehene Nachfolgenutzung. Bei einer zukünftigen Streichung von BSAB nach abgeschlossener Rekultivierung kann im Rahmen einer Regionalplanänderung ggf. die überla-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[10] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

[11] Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten.

gernde Freiraumdarstellung gemäß den in Kap. 7.2.5.1 dargestellten Kriterien angepasst werden.

Mit dem LEP NRW, insbesondere (7.2-5 Grundsatz Landschaftsschutz und Landschaftspflege), sind die gestrichenen Darstellungen vereinbar. Hierzu wird auf die Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes (Kap. 7.2.5) verwiesen.

7.2.5.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 03.04.2014; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind. Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html - Zugriff am 03.04.2016, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten. Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf die folgenden Bereiche neu als Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung dargestellt werden:

- Bereiche, welche die oben dargestellten Kriterien erfüllen, auch wenn sie im GEP99 nicht als BSLE dargestellt waren,
- Bereiche, für die zukünftig die bisherige Darstellung als Siedlungsbereiche (ASB bzw. GIB, auch mit Zweckbindung) entfällt, und die anhand der Kriterien (s.o.) in beizubehaltende oder neu darzustellende Bereiche einbezogen werden,
- Bereiche entsprechend der dargestellten Kriterien, für die in der Abwägung die Belange zu Gunsten des Freiraums gegenüber einer Neudarstellung von Siedlungsbereichen oder Infrastruktur stärker gewichtet wurden; dies trifft insbesondere zu für Freiraumbereiche mit besonderen Freiraumfunktionen (Neudarstellung von BSLE auf der Grundlage des Biotopverbundes, (s. Ausführungen in Kapitel 7.2.5).

Die gegenüber dem GEP99 neu dargestellten Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung ergeben sich aus der Berücksichtigung der oben dargestellten allgemeinen Kriterien für die Darstellung der Bereiche. Bereiche, die aufgrund der ergänzenden Kriterien dargestellt wurden, werden in Tabelle Tab. 7.2.5.4.1 (Kap. 7.2.5.4.) gesondert begründet.

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus den landesplanerischen Vorgaben des LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes (Kap. 7.2.5).

7.2.5.4. Standortbezogene Begründungen für die Darstellung von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

Bereiche, die nach den in Kap. 7.2.5.1 dargelegten ergänzenden Kriterien in die zeichnerische Darstellung der BSLE einbezogen wurden, werden in Tab. 7.2.5.4.1 einzeln begründet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Standortbezogene Begründungen für die Darstellung von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung

1 Düsseldorf; Wittlaer - Angermund



Die gegenüber den Grundlagen (LANUV 2014 und Landschaftsplan-Festsetzungen) generalisierte BSLE-Darstellung dient der Sicherung und Entwicklung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit des Landschaftsbildes, der Wegeausstattung, der Besorgnis für die Grundwassererhaltung und den Trinkwasserschutz (im Zusammenhang mit der Darstellung BGG) und der Erhaltung und Weiterentwicklung für die landschaftsorientierte Erholung. Diese zielgerichteten Sicherungs- und Entwicklungsfunktionen ergeben sich aus der vorhandenen Ausstattung mit gliedernden und belebenden Landschaftselementen und dem geschützten Landschaftsbestandteil westlich des Angermunder Baggersees. Zudem trägt die Darstellung realisierten Kompensationserfordernissen zur B8n und den Festlegungen im Rahmen der rechtskräftigen Bauleitpläne (Golfpark Kalkum) sowie dem Landschaftsentwicklungskonzept Düsseldorf-Nord zwischen Wittlaer und Angermund im Übergang zum Angermunder Baggersee Rechnung, vgl. Landschaftsentwicklungskonzept Düsseldorf-Nord.

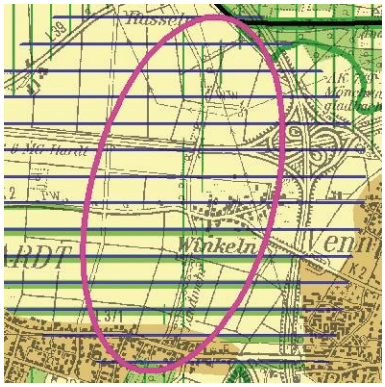
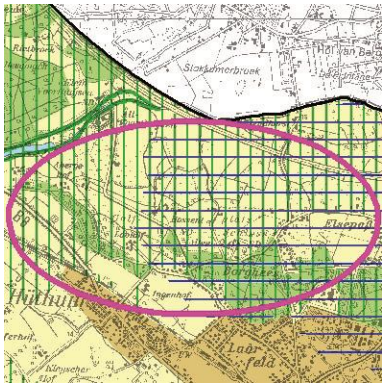
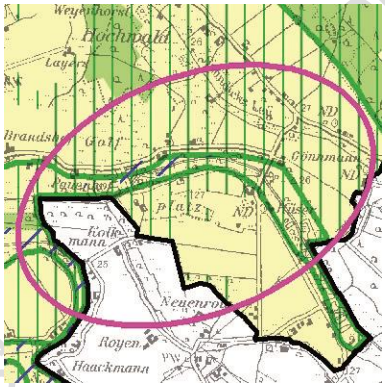
2 Krefeld; Hüls-West und Schicksbaum



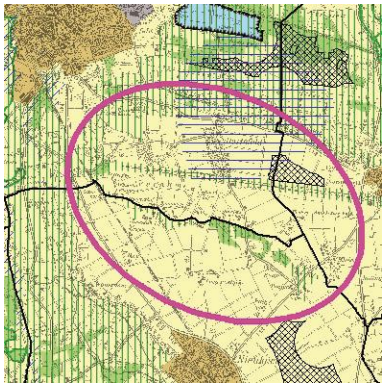
Die BSLE-Darstellung wurde aufgrund der vorhandenen vielfältigen naturräumlichen Ausstattung (Wasserfläche, Naturdenkmale und ehemaliger Bahndamm) vorgesehen.

3 Mönchengladbach; Landwehr zwischen Hardt und Venn

Stand: Entwurf für die Aufstellungsbeschluss

Standortbezogene Begründungen für die Darstellung von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung	
	Die Darstellung der Landwehr zwischen Hardt und Venn als prägender Bestandteil der Kulturlandschaft mit Bedeutung für den Biotopverbund dient der Sicherung und Entwicklung des landschaftsgliedernden linearen Denkmalbereiches.
4 Kreis Kleve; Emmerich; Golfplatz Borghees und Dauergrünlanderhaltungsflächen	
	Grundlage der BSLE-Darstellung ist hier die Planung und Realisierung des „Landschaftlichen Golfplatzes“ Emmerich-Borghees. Nördlich des Golfplatzes dient die Darstellung BSLE der weiteren Erhaltung, Sicherung und Entwicklung des durch Grabensysteme und Gehölzstreifen gekammerten Grünlandes (z.T. Dauergrünlanderhaltungsflächen) im Trinkwasserschutzgebiet.
5 Kreis Kleve; Issum; Golfplatzerweiterung Golfclub Issum Niederrhein e.V.	
	Die Darstellung BSLE erfolgt aufgrund der Auflage zur Kompensation und Biotopverknüpfung im Rahmen der Golfplatzerweiterung in Anlehnung an den BSLE gem. GEP99.
6 Kreis Kleve; Geldern - Issum; ehemalige Bahnstrecke und Kreis Kleve; Kerken; Niederung	

Stand für den Aufstellungsbeschluss

Standortbezogene Begründungen für die Darstellung von Bereichen für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung	
 *(Grafik nicht maßstabsgerecht)*	Die Darstellung BSLE dient der Umsetzung des Biotopverbundes (Verbundflächen VB-D-4403-0014 „Ehemalige Bahnlinie zwischen Geldern und Oermten“ sowie VB-D-4503-0013 „Bachlauf der Meerbeeke und angrenzende Wald- und Grünlandflächen“) im regionalplanerischen Maßstab.

Tab. 7.2.5.4.1: Standortbezogene Begründung für die nach den ergänzenden Kriterien dargestellten Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsbezogene Erholung (BSLE)

7.2.6 Planzeichen dc) Regionale Grünzüge

Die zeichnerische Darstellung der Regionalen Grünzüge im Regionalplan konkretisiert die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) sowie des LEP NRW.

Dabei orientiert sich die graphische Darstellung an den Vorgaben der Anlage 3 (Planzeicheninhalte/-merkmale) zur LPlG-DVO, Planzeichen 2.dc), die Regionale Grünzüge (Vorranggebiete) inhaltlich wie folgt festlegt:

> *„Freiraumbereiche – insbesondere in Verdichtungsgebieten –, die als Grünverbindung oder Grüngürtel wegen ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen (insb. räumliche Gliederung und klimaökologischer Ausgleich, Erholung, Biotopvernetzung) zu erhalten, zu entwickeln oder zu sanieren und vor anderweitiger Inanspruchnahme besonders zu schützen sind.“*

Die geplanten zeichnerischen Darstellungen der Regionalen Grünzüge (s. Kap. 7.2.6.6) wurden auf der Grundlage des in Kap. 7.2.6.1 – 7.2.6.5 dargelegten Konzeptes entwickelt. Ihnen liegen die folgenden Daten zugrunde: Daten des LANUV (2015) zum Biotopverbund, ATKIS-Daten zur Flächennutzung, Datenabfrage bei den Unteren Landschaftsbehörden zu den in den Landschaftsplänen festgesetzten bzw. per Verordnung rechtskräftig ausgewiesenen Schutzgebieten (Stand: Dezember 2012) sowie die aktuellen Siedlungsbereichsdarstellungen und Sondierungsbereiche des RPD.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Durch die zeichnerische Darstellung der Regionalen Grünzüge wird den Vorgaben des § 2 Abs. 2 ROG Rechnung getragen, da hierdurch sowohl die siedlungs- als auch die freiraumbezogenen Funktionen des Freiraums gesichert und entwickelt werden. Hierzu gehören insbesondere

- die Schaffung eines großräumig übergreifenden, ökologisch wirksamen Freiraumverbundsystems (§ 2 Abs. 2 Nr. 2 Nr. 2 ROG) sowie

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- die Entwicklung, Sicherung oder Wiederherstellung des Raumes in seiner Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Böden, des Wasserhaushalts, der Tier- und Pflanzenwelt sowie des Klimas einschließlich der jeweiligen Wechselwirkungen; dadurch soll u.a. den Erfordernissen des Biotopverbundes Rechnung getragen und günstige Voraussetzungen für den Ausgleich von Beeinträchtigungen des Naturhaushalts und die Anpassung an den Klimawandel geschaffen werden (§ 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG).

Die zeichnerischen Darstellungen stehen in Übereinstimmung mit dem LEP NRW und insbesondere dem hier primär relevanten Kapitel 7.1, aus dem sie entwickelt worden sind. Gemäß Ziel 7.1-2 des LEP NRW hat die Regionalplanung den Freiraum durch Festlegung spezifischer Freiraumfunktionen und -nutzungen zu ordnen und zu entwickeln und Vorsorge für einzelne Nutzungen und Funktionen im Freiraum zu treffen.

Nach den landesplanerischen Vorgaben in Ziel 7.1-5 Grünzüge des LEP NRW sind in den Regionalplänen Regionale Grünzüge als Vorranggebiete festzulegen und auch als siedlungsnahe Freiflächen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen, Biotopverbindungen und in ihren klimatischen und lufthygienischen Funktionen zu erhalten und zu entwickeln. Gemäß den zugehörigen Erläuterungen sollen die regionalplanerischen Darstellungen auf der Basis der im LEP NRW nachrichtlich dargestellten Grünzüge erfolgen und diese weiterentwickeln. Diese nachrichtliche Darstellung gibt die Abgrenzung der zum Stand 1.1.2016 in den Regionalplänen dargestellten Regionalen Grünzüge wieder. Sie stellt daher keine zielförmige Vorgabe dar, sondern belässt bezüglich der räumlichen Abgrenzung der Regionalen Grünzüge Spielräume für die Regionalplanung. Diese Spielräume wurden für den vorliegenden Entwurf des RPD genutzt. Der Darstellung ist, wie in Kap. 7.2.6.1 ff. ausgeführt, ein an den Aufgaben und Funktionen der regionalen Grünzüge orientiertes Konzept hinterlegt, das den in der Planzeichenverordnung festgelegten Inhalten des Planzeichens 2.dc) Regionale Grünzüge und dem Ziel 7.1-5 Grünzüge des LEP NRW entspricht.

Die im aktuellen Entwurf des RPD enthaltenen Darstellungen der Regionalen Grünzüge sind hinsichtlich der räumlichen Abgrenzung in weiten Teilen identisch mit den Darstellungen des GEP99 und entsprechen insoweit den im LEP NRW nachrichtlich dargestellten Grünzügen. Für die Flächen, die über den Darstellungsumfang des GEP99 hinausreichen, gilt, dass sie die landesplanerisch nachrichtlich dargestellten Grünzüge weiterentwickeln. Für die gegenüber dem GEP99 entfallenen Bereiche gilt, dass aufgrund der für die überlagernde Darstellung mit der vorrangigen Freiraumfunktion RGZ hinsichtlich der relevanten Kriterien (s. Kap. 7.2.6.1 ff.) keine Grundlage gesehen wurde. Dies schließt eine örtliche Entwicklung dieser Bereiche durch entsprechende Darstellungen von Entwicklungszielen in den Landschaftsplänen oder Darstellungen bzw. Festsetzungen in den Bauleitplänen zur örtlichen Sicherung von Flächen mit Freiraumfunktionen nicht aus, sofern nicht andere Darstellungen des RPD dem entgegenstehen.

Die geplanten Darstellungen tragen – zusammen mit den andere klimarelevanten Vorgaben des Regionalplans - auch § 12 Abs. 3 LPlG – Rechnung, wonach in den Raumordnungsplänen die räumlichen Erfordernisse des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel als Ziele und Grundsätze der Raumordnung festzulegen sind und stehen auch mit den sonstigen Vorgaben des LEP NRW im Einklang.

7.2.6.1 Kriterien zur Abgrenzung der Regionalen Grünzüge

Als Grundlage für die zeichnerische Darstellung der Regionalen Grünzüge im RPD wurden die freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen gemäß der LPlG-DVO

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- siedlungsräumliche Gliederung,
- klimaökologischer Ausgleich,
- Erholung,
- Biotopvernetzung

herangezogen, die in den Regionalen Grünzügen zu erhalten und zu entwickeln sind. Diesen Funktionen wurden planerisch begründete Kriterien sowie durch definierte Merkmale beschriebene Raumtypen zugeordnet, die wiederum durch empirisch erfassbare Indikatoren operationalisiert wurden und entsprechend abgegrenzt werden können. Die einzelnen Funktionen mit den ihnen jeweils zugeordneten Kriterien/Raumtypen und Indikatoren sind in Tab. 7.2.6.1.1 dargestellt und begründet. Ausgehend hiervon wurden diejenigen Bereiche identifiziert, auf die einzelne oder mehrere dieser Indikatoren zutreffen und die die jeweiligen Funktionen wahrnehmen oder in denen diese Funktionen entwickelt werden sollen.

Diejenigen Bereiche, die aufgrund der räumlichen Zuordnung der Indikatoren für die Erhaltung und Entwicklung der obengenannten Funktionen von besonderer bzw. herausragender Bedeutung sind, wurden mit der überlagernden Darstellung Regionale Grünzüge (RGZ) als Vorranggebiete für die Entwicklung der obengenannten Freiraumfunktionen dargestellt. Die der Darstellung der einzelnen Teilbereiche der regionalen Grünzüge zugrunde gelegten Funktionen gemäß der Tabelle 7.2.6.1.1 sind auch in Beikarte 4 C – Regionale Grünzüge den einzelnen Teilbereichen entsprechend ihrer jeweiligen Bedeutung zugeordnet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tab. 7.2.6.1.1: Funktionen der Regionalen Grünzüge: Kriterien und Indikatoren für die räumliche Abgrenzung

FUNKTION	**1.**	**Siedlungsräumliche Gliederung**
KRITERIUM / RAUMTYP	**1.1**	**Grünzäsuren zur räumlichen Trennung benachbarter Siedlungsbereiche**
INDIKATOR		**Überschneidungsbereiche benachbarter 500 m-Puffer um regionalplanerisch festgelegte Siedlungsbereiche (ASB, GIB) und Eigenbedarfsortslagen.**
Erläuterung		*Die Überschneidungsbereiche der Puffer zeigen die Freiraumbereiche an, in denen die Abstände zwischen benachbarten Siedlungsbereichen 1000 m unterschreiten* (BÜRKLEIN 2005)*. Sie verdeutlichen Bereiche, in denen das Risiko besteht, dass benachbarte Siedlungsbereiche zusammen wachsen; berücksichtigt wurden auch Puffer zu außerhalb der Planungsregion liegenden Siedlungsbereichen.*
Begründung		Die räumliche Trennung benachbarter Siedlungsbereiche und Eigenbedarfsortslagen durch Freiraumbereiche und –nutzungen wirkt der Zersiedelung des Freiraums entgegen.

FUNKTION	**2.**	**Klimaökologischer Ausgleich**
KRITERIUM / RAUMTYP	**2.1**	**Flächen für den klimaökologischen Ausgleich (kaltluftproduzierende Flächen z.B. Acker und Grünland, große Parkanlagen, Wald)**
INDIKATOR		**zusammenhängende Flächen mit Freilandklima ab einer Größe von 50 ha**
ERLÄUTERUNG		*Auf zusammenhängenden Flächen (z.B. Acker und Grünland, große Parkanlagen; Wald auf stark geneigten Flächen) dieser Größenordnung kann in nennenswertem Umfang Kaltluft entstehen. Die hier produzierten Kaltluftmengen können bei entsprechenden Abflussverhältnissen Fernwirkungen über die unmittelbar angrenzenden Siedlungsbereiche hinaus entfalten. Regionalplanerisch sind hierfür insbesondere Flächen von einer Größe ab 50 ha von Bedeutung (MIV BW 2012, RVR 2012).*
BEGRÜNDUNG		Die Erhaltung von bioklimatisch günstigen Räumen (Freiland-, Park-, Wald- und Gewässerklima; Klimatope mit Ausgleichsfunktion) sowie von Flächen für den Luftaustausch (als potentielle Luftleitbahnen, Kaltluftabflüsse, für die Frischluftzufuhr) in den Verdichtungsräumen trägt zum Ausgleich der mit verdichteten Siedlungsstrukturen und hoher Versiegelung verbundenen bioklimatischen Belastungen bei.
KRITERIUM / RAUMTYP	**2.2**	**Ventilationsbahnen für Kaltluftabfluss und Frischluftzufuhr**
INDIKATOR		**klimatisch wirksame Räume aufgrund örtlich vorliegender klimaökologischer Untersuchungen**
ERLÄUTERUNG		*Damit die produzierte Kaltluft in den Belastungsräumen wirksam werden kann, bedarf es ausreichender Luftleitbahnen und Flächen mit geringer Rauigkeit (Gewässer, gehölzarme Freilandflächen) und ausreichender Hangneigung, auf denen die Kaltluft abfließen kann. Diese Voraussetzungen sind für Luftleitbahnen bei einer Mindestbreite von 50 m und einer Mindestlänge von 500 m und für Kaltluftabflüsse bei einer Hangneigung von mindestens 3° gegeben (MIV BW 2012, RVR 2012).*
BEGRÜNDUNG		Die Erhaltung von Flächen für den Luftaustausch (als potentielle Luftleitbahnen, Kaltluftabflüsse, für die Frischluftzufuhr) in den Verdichtungsräumen trägt zum Ausgleich der mit verdichteten Siedlungsstrukturen und ho-

	her Versiegelung verbundenen bioklimatischen Belastungen bei. Kaltluftflüsse, die in eine Siedlung eindringen, können an Tagen mit Wärmebelastung zu einer deutlichen Verringerung bioklimatischer Belastungen und zur Verbesserung der Luftqualität sorgen. Da die Luft hauptsächlich über Freiflächen entsteht, ist sie darüber hinaus meist gering belastet.

FUNKTION	**3.**	**Erholung**
KRITERIUM / RAUMTYP	**3.1**	**großräumige Freiraumbereiche für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen**
INDIKATOR		**Freiraumbereiche mit besonderer natürlicher Erholungseignung** • **Waldbereiche > 50 ha im näheren Einzugsbereich der Siedlungsbereiche (max. 2000 m)** • **Kulturlandschaftsbereiche** **sowie** • **Biotopverbundflächen der Stufe 1 (siehe unter 4.1) / Naturschutzgebiete**
ERLÄUTERUNG		*Diese Bereiche kennzeichnen Räume, die eine hohe Eignung und günstige natürliche Voraussetzungen als Grünverbindungen und Zielgebiete für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen aufweisen.*
BEGRÜNDUNG		Die Erhaltung attraktiver, großräumiger und naturnaher Bereiche in der Nähe der Siedlungsbereiche sowohl für die Kurzzeit- als auch für die Wochenenderholung sichert die räumlichen Voraussetzungen für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen.
KRITERIUM / RAUMTYP	**3.2**	**Grüngürtel und Freiräume für siedlungsnahe freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen**
INDIKATOR		**Siedlungsnahe Freiräume** • **Nahbereiche (max. 1000 m) um regionalplanerisch festgelegte Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB)** • **Pufferbereiche (siehe unter 1.1)**
ERLÄUTERUNG		*Als Flächen für Wohnen stellen die ASB die wichtigsten Quellgebiete für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen dar. Der Nahbereich (max. 1000 m) kennzeichnet die Bereiche, die wegen kurzer Distanzen zu den Siedlungsbereichen besonders günstige Voraussetzungen für die siedlungsnahe Erholung aufweisen.*
BEGRÜNDUNG		Siedlungsnahe Freiräume bieten als Grüngürtel räumliche Voraussetzungen für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen im Nahbereich der Wohnstandorte insbesondere für die Kurzzeiterholung.
KRITERIUM / RAUMTYP	**3.3**	**Grünverbindungen, Freiräume mit vorhandener Infrastruktur für landschaftsorientierte Erholung, Freiraumverbindungen**
INDIKATOR		**regionale und überregionale Freiraumverbindungen und –korridore** **Bereiche mit vorhandenen qualifizierten Rad- und Wanderwegeverbindungen, Badeseen, Themenwege** **Freiraumverbindungen zu großräumigen Landschaftsräumen mit Erholungsfunktion**
BEGRÜNDUNG		Grünverbindungen dienen der Erschließung der weiter entfernt gelegenen großräumigen Naherholungsbereiche und tragen zur Reduzierung des Umfangs des motorisierten Freizeitverkehrs bei.
KRITERIUM / RAUMTYP	**3.4**	**kommunale, interkommunale und (über-)regionale Planungen und Konzepte für Freizeit und Erholung im Freiraum**

INDIKATOR		**Bereiche mit Entwicklungszielen und Festsetzungen für freiraumbezogene Erholung in den Landschaftsplänen; Bereiche mit informellen Planungen und umgesetzten Maßnahmen für Freizeit und Erholung**
BEGRÜNDUNG		Vorliegende Planungen und durchgeführte Maßnahmen für Freizeit und Erholung qualifizieren und sichern Freiräume. Die Erhaltung attraktiver, großräumiger und naturnaher Bereiche in der Nähe der Siedlungsbereiche sowohl für die Kurzzeit- als auch für die Wochenenderholung trägt zur Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen bei.

FUNKTION	**4.**	**Biotopvernetzung**
KRITERIUM / RAUMTYP	**4.1**	**Flächen zur Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft (Biotopverbund Stufe I)**
INDIKATOR		**Biotopverbundflächen der Stufe 1, Naturschutzgebiete (Primärer Indikator)**
ERLÄUTERUNG		*Diese Bereiche weisen günstige Voraussetzungen für die Erhaltung und Entwicklung ökologisch wertvoller Grünverbindungen von herausragender Bedeutung für die Biotopvernetzung auf.*
BEGRÜNDUNG		Ökologisch wertvolle Grünverbindungen von herausragender Bedeutung ergänzen und stärken den räumlichen Zusammenhang des Freiraums bezogen auf die ökologischen Funktionen.
KRITERIUM / RAUMTYP	**4.2**	**Flächen zur Sicherung und Entwicklung von Natur und Landschaft (Biotopverbund Stufe II)**
INDIKATOR		**Biotopverbundflächen der Stufe 2 (Ergänzender Indikator)**
ERLÄUTERUNG		*Diese Bereiche weisen günstige Voraussetzungen für die Erhaltung und Entwicklung ökologisch wertvoller Grünverbindungen besonderer Bedeutung für die Biotopvernetzung auf.*
BEGRÜNDUNG		Ökologisch wertvolle Grünverbindungen von besonderer Bedeutung ergänzen und stärken den räumlichen Zusammenhang des Freiraums bezogen auf die ökologischen Funktionen.

Die Bereiche, denen für die einzelnen freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen der Regionalen Grünzüge eine besondere Bedeutung zukommt, wurden unter Einbeziehung der jeweils zugeordneten Indikatoren mit Hilfe einer GIS-gestützten Datenanalyse ermittelt.

7.2.6.2 Gebietskulisse der Regionalen Grünzüge

Zur Gebietskulisse für Regionale Grünzüge ist aus der Anlage 3 zur LPlG DVO abzuleiten, dass Regionale Grünzüge zur Sicherung der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen insbesondere in den *Verdichtungsgebieten* darzustellen sind. Für deren Abgrenzung gibt es allerdings in Bezug auf die Regionalen Grünzüge keine verbindlichen Vorgaben. Daher wurden die Verdichtungsräume als Gebietskulisse für die Regionalen Grünzüge anhand mehrerer Kriterien (s.u.) aufgrund eigener Überlegungen räumlich konkretisiert. Dabei wurden solche raumstrukturellen Merkmale miteinander kombiniert, die

- die gegenwärtige Freiraumsituation,
- die Zuordnung der Kommunen zu raumstrukturellen Raumtypen sowie

- die Zuordnung der Kommunen zu den Siedlungsstrukturtypen Oberzentrum, Mittelzentrum und Grundzentrum

abbilden.

Für die Abgrenzung der Raumkulisse der regionalen Grünzüge wurden die einzelnen Gemeinden der Planungsregion den unten dargestellten Kategorien zugeordnet und nach Kennziffern unterschieden (s. auch Tab. 7.2.6.2.1):

- Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche am Gemeindegebiet (Quelle: IT NRW, Stand 31.12.2011): Bezogen auf den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gemeindefläche werden drei Klassen gebildet: SuV-Dichte hoch (>45%) / mittel (30 - 45%) / gering (<30 %);
- Siedlungsräumliche Gliederung (LEP 95): Unterteilung in Ballungskern / Ballungsrandzone / Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur;
- Siedlungsstrukturtyp (Bezirksregierung Düsseldorf 2012): Oberzentrum / Mittelzentrum / Grundzentrum.

Tab. 7.2.6.2.1: Gebietskulisse für Regionale Grünzüge

Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche am Gemeindegebiet *(Quelle: IT NRW, Stand 31.12.2011)* (SuV-Dichte)	**Siedlungsräumliche Gliederung (LEP 95)**	**Siedlungsstrukturtyp** (Bezirksregierung Düsseldorf 2012)	
1. Stelle im Wertetripel (Tabelle 7.2.6.2.2)	**2. Stelle im Wertetripel (s. Tabelle 7.2.6.2.2)**	**3. Stelle im Wertetripel (s. Tabelle 7.2.6.2.2)**	**Kennziffer**
> 45 % (hoch)	Ballungskern	Oberzentrum	**1**
30 - 45 % (mittel)	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**2**
< 30 % (gering)	Gebiete mit überwiegend ländlicher Raumstruktur	Grundzentrum	**3**

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Aus dieser Klassifizierung wurde der Darstellungsumfang der Regionalen Grünzüge in den einzelnen Städten und Gemeinden abgeleitet. Jeder Gemeinde wurde aufgrund der Kennziffern ein Wertetripel zugewiesen, welches die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Kategorien wiedergibt. Die Kombination aus hoher Siedlungs- und Verkehrsflächendichte, der Zuweisung zum Siedlungsraum Ballungskern und dem Siedlungsstrukturtyp Oberzentrum führt z. B. zu der Ziffernkombination (Wertetripel) 111.

Der Umfang der zeichnerischen Darstellung von Freiraumbereichen in den Städten und Gemeinden als Regionaler Grünzug erfolgt entsprechend der nachfolgend dargestellten Zuordnung (s. auch Abb. 7.2.6.2.1):

- Kernbereiche: weitreichende Darstellung Regionaler Grünzüge in Kommunen, die mindestens zweimal die Ziffer 1 im Wertetripel aufweisen (also 111, 112, 121 oder 211); hierzu gehören die Städte Düsseldorf, Krefeld, Neuss, Mönchengladbach, Wuppertal und Solingen,
- Übergangsbereiche: in Kommunen, deren Wertetripel mindestens zweimal die Ziffer 2 aufweisen (insgesamt 18 Kommunen aus den Kreisen Mettmann, Rhein-Kreis-Neuss, Viersen sowie die Stadt Remscheid) werden die Regionalen Grünzüge auf Freiraumbereiche konzentriert, die besondere freiraum- und siedlungsbezogene Funktionen aufweisen (entsprechend der Tabelle „Funktionen der Regionalen Grünzüge: Kriterien und Indikatoren für die räumliche Abgrenzung“ (z.B. Grünzäsuren zur Siedlungsgliederung und Freiraumbänder),
- ländlich geprägte Bereiche: hier erfolgt in der Regel keine Darstellung von Regionalen Grünzügen, in Einzelfällen werden in diesen Kommunen (vorwiegend Ziffer 3 im Wertetripel) dargestellte Regionale Grünzüge einzelfallbezogen besonders begründet.

Diese Form der Differenzierung erlaubt die Berücksichtigung mehrerer relevanter Kriterien bei der generellen Festlegung des Darstellungsumfangs der Regionalen Grünzüge in den einzelnen Städten und Gemeinden. Dabei wurde insbesondere berücksichtigt, dass

- höhere Siedlungs- und Verkehrsflächendichten mit geringeren Freiflächenanteilen korrelieren,
- eine zentrale Lage im Ballungsraum häufig mit Einschränkungen der Erreichbarkeit siedlungsbezogener Freiräume verbunden ist und
- angesichts höherer angestrebter Siedlungsdichten in Abhängigkeit von zentralörtlichen Funktionen den verbleibenden Freiräumen hinsichtlich ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen eine besondere Bedeutung zukommt.

Das Ergebnis der Abgrenzung der Gebietskulisse, die den Darstellungsumfang für die Regionalen Grünzüge umfasst, stellt Abb. 7.2.6.2.1 kartographisch dar. Tab. 7.2.6.2.2 zeigt das Ergebnis der Zuordnung der Wertetripel zu den einzelnen Städten und Gemeinden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

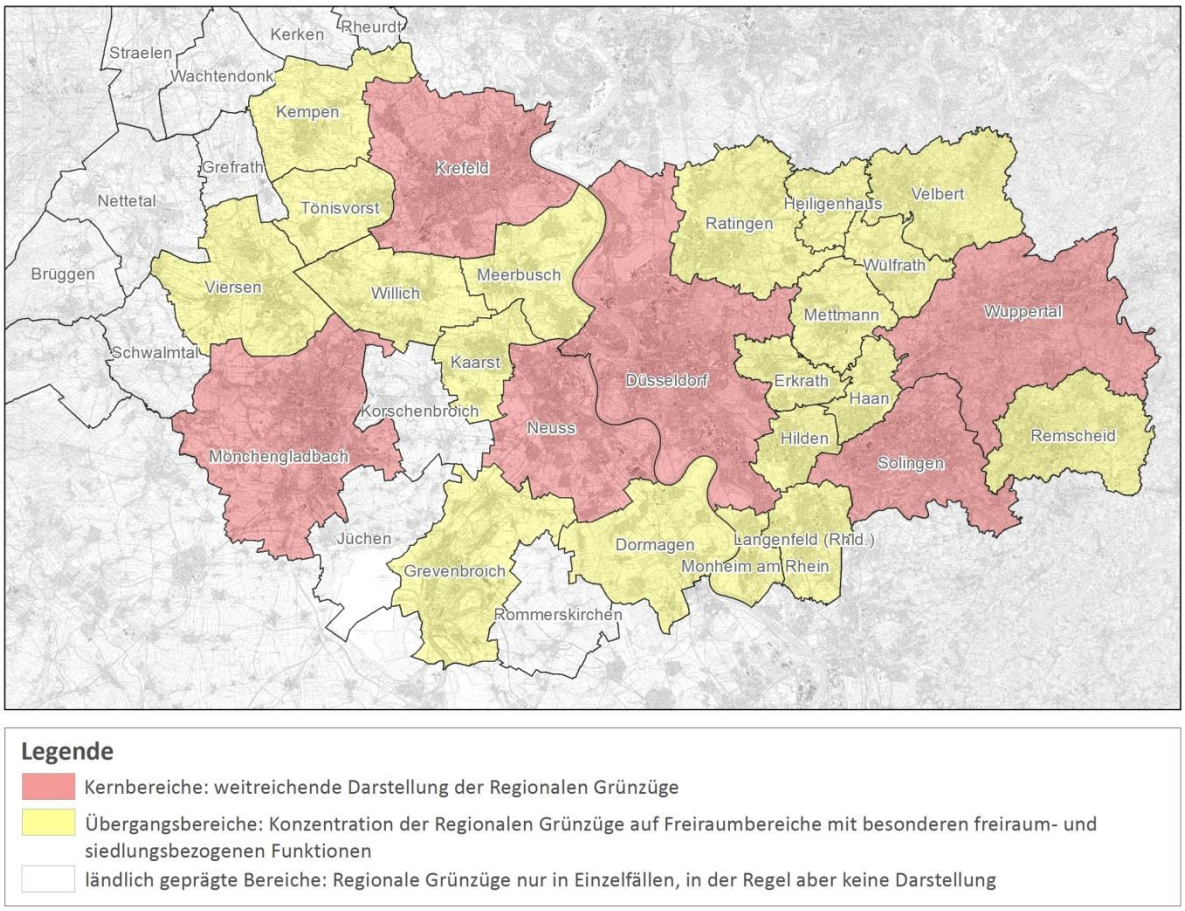


Abb. 7.2.6.2.1: Bereiche für die Darstellung Regionaler Grünzüge

Tab. 7.2.6.2.2: Unterteilung der Gemeinden der Planungsregion nach Siedlungs- und Verkehrsdichte, Siedlungsräumlicher Gliederung und Siedlungsstrukturtyp

Gemeinde	SuV (%)	Siedlungsräumliche Gliederung	Siedlungsstrukturtyp	Wertetripel
Düsseldorf	59,62	Ballungskern	Metropole	**111**
Krefeld	55,54	Ballungskern	Oberzentrum	**111**
Neuss	50,75	Ballungskern	Oberzentrum	**111**
Mönchengladbach	49,13	Ballungskern	Oberzentrum	**111**
Wuppertal	49,01	Ballungskern	Oberzentrum	**111**
Solingen	48,39	Ballungskern	Mittelzentrum	**112**
Hilden	57,91	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**122**
Langenfeld	50,54	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**122**
Haan	48,14	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**122**
Remscheid	43,88	Ballungskern	Mittelzentrum	**212**
Erkrath	43,66	Ballungsrandzone	Oberzentrum	**221**
Monheim am Rhein	42,74	Ballungsrandzone	Oberzentrum	**221**
Velbert	36,98	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Ratingen	36,94	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Kaarst	35,85	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Heiligenhaus	34,78	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Viersen	32,64	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Willich	32,14	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Meerbusch	31,99	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**

Gemeinde	SuV (%)	Siedlungsräumliche Gliederung	Siedlungsstrukturtyp	Wertetripel
Mettmann	30,97	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Dormagen	30,95	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Wülfrath	30,58	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**222**
Grevenbroich	30,23	Ballungsrandzone	Grundzentrum	**223**
Tönisvorst	24,48	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**322**
Kempen	24,16	Ballungsrandzone	Mittelzentrum	**322**
Korschenbroich	26,93	Ballungsrandzone	Grundzentrum	**323**
Nettetal	25,54	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Kleve	21,57	ländliche Raumstruktur	Mittelzentrum	**332**
Grefrath	24,85	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Niederkrüchten	22,58	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Emmerich am Rhein	22,34	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Schwalmtal	20,8	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Geldern	20,22	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Straelen	20,18	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Goch	18,03	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Jüchen	17,95	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Bedburg-Hau	17,3	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Brüggen	17,04	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Kevelaer	16,6	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Issum	15,49	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Rheurdt	15,18	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Weeze	15,16	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Wachtendonk	14,66	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Kerken	13,96	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Rommerskirchen	13,53	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Kalkar	13,23	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Rees	12,26	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Uedem	10,49	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**
Kranenburg	9,9	ländliche Raumstruktur	Grundzentrum	**333**

7.2.6.3 Siedlungsräumliche Gliederung

Gemäß der Planzeichendefinition dienen Regionale Grünzüge u.a. der räumlichen Gliederung. Dabei erfordern insbesondere die Freiraumbereiche besondere Aufmerksamkeit, in denen die Abstände zwischen benachbarten Siedlungsbereichen 1000 m (BÜRKLEIN 2005) unterschreiten, da hier die Gefahr eines Zusammenwachsens der Siedlungsbereiche gegeben ist. Hier sollen die vorhandenen Freiräume als Grünzäsuren zwischen den Siedlungsbereichen erhalten bleiben und in ihrer Freiraumqualität entwickelt werden. Durch die räumliche Trennung benachbarter Siedlungsbereiche und Eigenbedarfsortslagen durch Freiraumbereiche und –nutzungen wirken Regionale Grünzüge als Grünzäsuren der Zersiedelung des Freiraums entgegen.

In einer GIS-gestützten Analyse wurden die Überschneidungsbereiche benachbarter 500 m-Puffer (Tab. 7.2.6.1.1, Indikator 1.1) um die Siedlungsbereiche des Regionalplans sowie die Eigenbedarfsortslagen ermittelt. Dabei wurden auch die aus den Siedlungsbereichen der angrenzenden Planungsräume resultierenden Puffer berücksichtigt. Diese Bereiche, die besondere siedlungsgliedernde Funktionen besitzen, sind in Abb. 7.2.6.3.1 dargestellt. Je breiter diese Pufferüberschneidungen ausfallen, desto geringer ist der Abstand zwischen den benachbarten Siedlungsbereichen. Die Überschneidungsbereiche kennzeichnen die Freiräume, die als Grünzäsuren für den räumlichen Zusammenhang des Freiraumsystems von

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

elementarer Bedeutung sind. Soweit diese Bereiche hinsichtlich der freiraumbezogenen Funktionen Biotopvernetzung und Erholung keine besonderen Funktionen aufweisen (Kap. 7.2.6.4), bezeichnen sie Räume, die schwerpunktmäßig siedlungsgliedernde Funktionen besitzen und die hinsichtlich ihrer Freiraumqualitäten zu entwickeln oder wiederherzustellen sind.

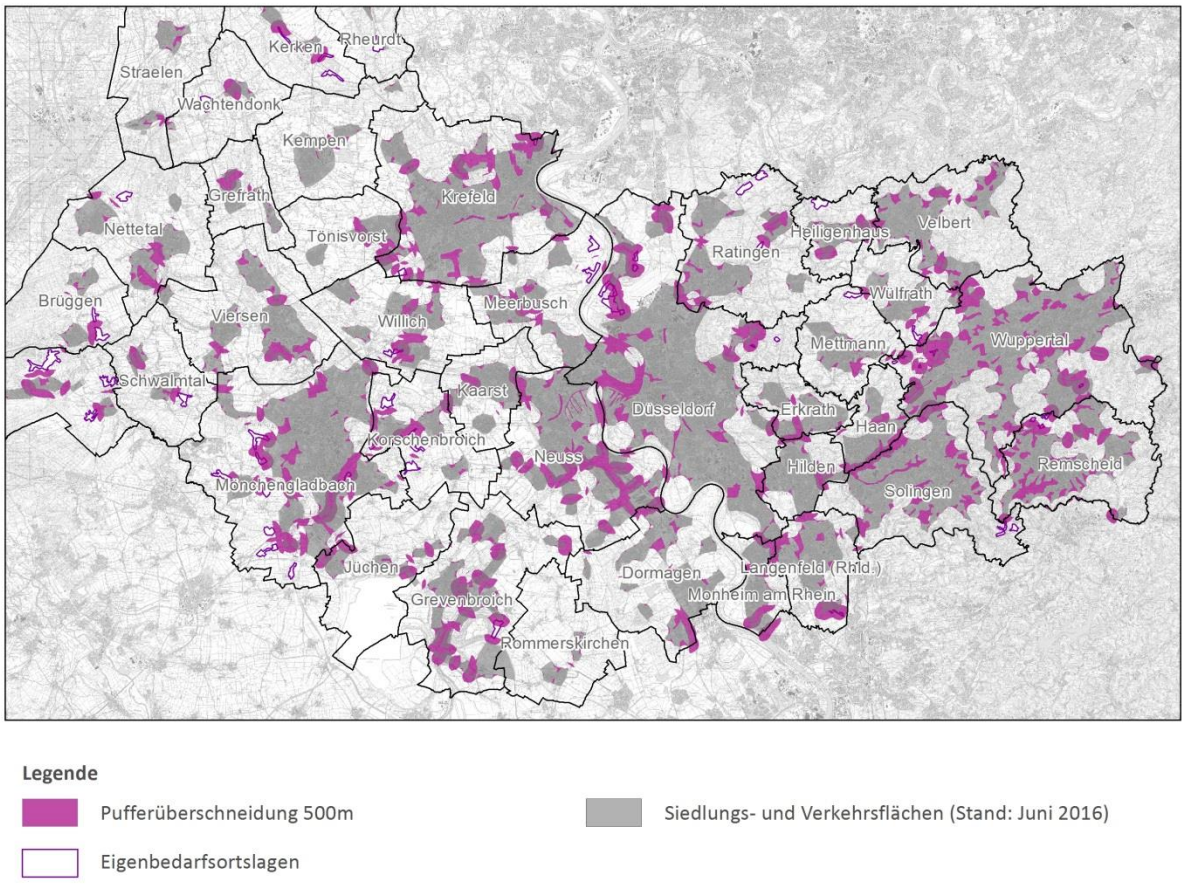


Abb. 7.2.6.3.1: Siedlungsräumliche Gliederung: Überschneidungsbereiche benachbarter 500 m-Puffer kennzeichnen Engstellen im Freiraum

7.2.6.4 Klimaökologischer Ausgleich

Für den klimaökologischen Ausgleich kommt den größeren zusammenhängenden Freiraumbereichen ab einer Größe von 50 ha (RVR 2012), s. Tab. 7.2.6.1.1 eine besondere Bedeutung zu. Hierzu gehören sowohl in den Kernbereichen als auch in den Übergangsbereichen (s. Kap. 7.2.6.2) die oben bezeichneten Waldbereiche als auch Offenlandbereiche. (kaltluftproduzierende Flächen, z.B. Acker und Grünland, große Parkanlagen).

Für die klimatische Ausgleichsfunktion konnte mangels einer umfassenden und flächendeckend einheitlichen Datengrundlage zur klimaökologischen Situation keine systematische Positivbestimmung besonders geeigneter Flächen erfolgen. Vor diesem Hintergrund wurden daher auch solche Bereiche mit in die Abgrenzung der Regionalen Grünzüge einbezogen, die im räumlichen Zusammenhang mit solchen Flächen stehen, die über weitere Kriterien begründet sind und deren Eignung als klimaökologischer Ausgleichsraum aufgrund ihrer Nutzungsstruktur (geringer Anteil siedlungsgeprägter Flächennutzungen; Datenbasis: Rasteranalyse von ATKIS-Daten, s.u.) und Größe plausibel ist. Bekannte Bereiche mit klimaöko-

logischen Funktionen (Tab. 7.2.6.1.1, Indikator 2.1) wurden bei der Abgrenzung der Regionalen Grünzüge auf der Grundlage örtlich vorliegender klimaökologischer Untersuchungen berücksichtigt.

7.2.6.5 Erholung und Biotopvernetzung

Die Erholung und die Biotopvernetzung sind weitere Funktionen der Regionalen Grünzüge gemäß der Planzeichendefinition, die sich anhand der Kriterien (s. Tab. 7.2.6.1.1) gut darstellen und räumlich verorten lassen. Zur Ermittlung der für die Regionalen Grünzüge wichtigen Bereiche wurden solche Flächen und Bereiche grafisch herausgearbeitet, denen für diese Funktionen eine besondere Bedeutung zukommt (Abbildung 7.2.6.5.1). Dies sind innerhalb der Bereiche für die Darstellung Regionaler Grünzüge:

- Größere Waldbereiche in enger Zuordnung zu den Siedlungsbereichen. Hier wurden alle Waldbereiche oberhalb einer Größe von 50 ha grafisch hervorgehoben, deren Abstand zu Siedlungsbereichen weniger als 2000 m beträgt. Diese Bereiche kennzeichnen Räume, die eine hohe Eignung und günstige natürliche Voraussetzungen als Grünverbindungen und Zielgebiete für freiraumorientierte Erholungs- Sport- und Freizeitnutzungen aufweisen (Tab. 7.2.6.1.1, Indikator 3.1). Die in der Abb. 7.2.6.5.1 enthaltenen Kulturlandschaftsbereiche (s. auch Beikarte 4B – Regionale Kulturlandschaften –) wurden berücksichtigt, soweit sie die für die Identität und Unverwechselbarkeit der Teilräume und damit die für die freiraumbezogene Erholung besonders bedeutsamen Bereiche kennzeichnen. Innerhalb der Darstellung als Regionaler Grünzug stellen sie großräumige Verbindungen zwischen den einzelnen Freiraumbereichen dar, die besondere Qualitäten aufweisen. Auch werden beispielsweise Biotopverbundflächen im Regionalen Grünzug im Rahmen des Gesamtkonzeptes zu einem regionalen Freiraumnetz mit Naherholungs- und Biotopverbundfunktion miteinander verbunden.
- Biotopverbundflächen der Stufe I. Diese wurden einerseits aufgrund ihrer Bedeutung für die Biotopvernetzung in die Darstellung der Regionalen Grünzüge einbezogen (Tab. 7.2.6.1.1, Indikator 4.1), andererseits aber auch aufgrund ihrer Naturnähe und ihres Erlebniswertes für das Naturerleben im Rahmen einer stillen landschaftsorientierten Erholung berücksichtigt.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

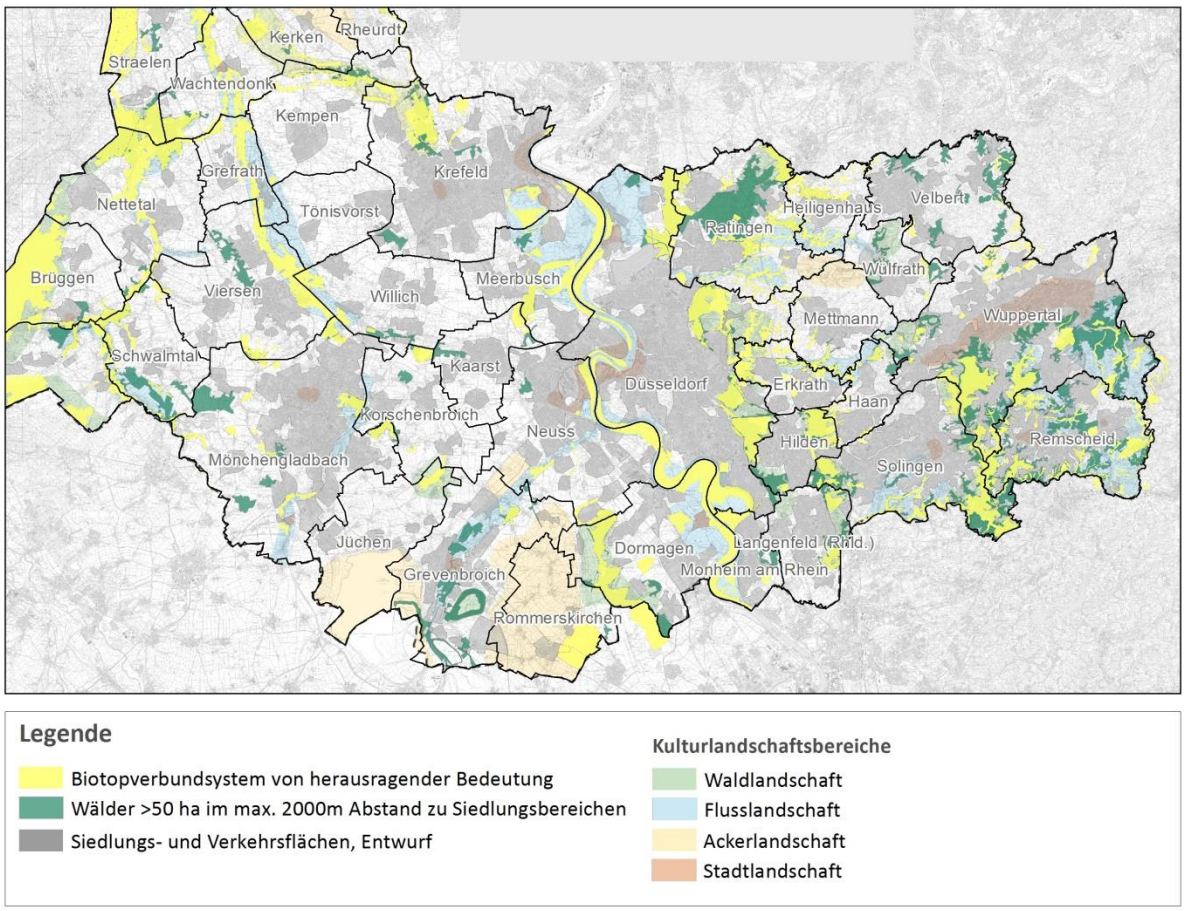


Abb. 7.2.6.5.1: Kriterien für die Abgrenzung Regionaler Grünzüge: Bereiche mit Bedeutung für landschaftsorientierte Erholung und Biotopverbund, Kulturlandschaftsbereiche

Diese Bereiche bezeichnen insbesondere außerhalb der oben dargestellten „Engstellen“ des Freiraums (Kap. 7.2.6.3) Räume mit besonderen Freiraumqualitäten, die zu erhalten und zu entwickeln sind.

7.2.6.6. Zeichnerische Darstellung Regionaler Grünzüge

Die konkrete Abgrenzung der Regionalen Grünzüge erfolgte unter Zugrundelegung der den Regionalen Grünzügen zugeordneten Funktionen ausgehend von den in Kap. 7.2.6.2 - 7.2.6.5 beschriebenen Kriterien, Raumtypen und Indikatoren. Innerhalb der Kernzone und der Übergangszone (s. Abb. 7.2.6.2.1) wurden alle Grundlagendaten zu den Funktionen der Regionalen Grünzüge miteinander überlagert (Siedungsräumliche Gliederung, Abb. 7.2.6.3.1 und Erholung /Biotopverbund, Abb. 7.2.6.5.1). Es wurden die durch die durch die genannten Kriterien erfassten Bereiche zeichnerisch zusammengefasst. Das sich hieraus ergebende Flächengerüst wurde um die sich in Richtung der dargestellten Siedlungsbereiche angrenzenden Freiräume ergänzt, auch wenn diesen nach den genannten Kriterien keine besonderen Funktionen zugeordnet werden können, bzw. in Richtung topographisch nachvollziehbarer Begrenzungen ausgedehnt. Dadurch wurden zur Sicherung des räumlichen Zusammenhangs zum Teil auch solche Bereiche in die Darstellung der Regionalen Grünzüge einbezogen, die selbst nicht durch eines oder mehrere der genannten Kriterien abgedeckt sind, wenn sie entsprechend der obigen Darstellung abgegrenzte Bereiche miteinander verknüpfen und somit den räumlichen Zusammenhang von Teilbereichen der Regionalen Grünzüge untereinander gewährleisten (s. Tab. 7.2.6.6.1). Die Abgrenzungen wurden jeweils an Struk-

Stand der Unterlagen für die

turen angebunden, die in der Kartengrundlage und in der Örtlichkeit eindeutig identifiziert werden können, wie Straßen, geomorphologische Strukturen (Flüsse, Geländekanten o. Ä.) oder Kulturlandschaftsbereiche (s. Kap. 2.2) und die die Außengrenzen der Regionalen Grünzüge eindeutig markieren. Dieses Vorgehen führt in den Verdichtungsräumen dazu, dass kleinteilig strukturierte Bereiche eher über das Kriterium der Pufferbereiche um Siedlungsräume als von weiterer Siedlungsentwicklung freizuhaltende Bereiche einbezogen wurden, während in den von großräumigen Landschaftsbereichen geprägten Räumen zusammenhängende Flächen eher in Verbindung mit dem Biotopverbund oder großräumigen Waldbereichen Grundlage der Abgrenzung waren.

Die so erfassten Bereiche sind für die Erhaltung und Entwicklung der oben genannten Funktionen von besonderer Bedeutung und wurden daher als Regionale Grünzüge dargestellt, soweit sie einzeln oder gemeinsam mit angrenzenden Bereichen eine Mindestgröße von 50 ha erreichen. Oberhalb dieser Größenschwelle kann davon ausgegangen werden, dass die darzustellenden Bereiche hinsichtlich der jeweiligen Funktionen auch im regionalen Zusammenhang wirksam werden können. Ausgeschieden wurden hierdurch beispielsweise isoliert innerhalb des Siedlungsraumes gelegene Stadtparks, bei denen aufgrund ihrer Ausdehnung die für die Abgrenzung maßgeblichen Funktionen insbesondere im örtlichen Kontext zum Tragen kommen. Abbildung 7.2.6.6.1 stellt die Darstellung der Regionalen Grünzüge im vorliegenden Entwurf des Regionalplans der zeichnerischen Darstellung der Regionalen Grünzüge im GEP99 gegenüber. Dabei bezeichnen unterschiedliche Farbflächen (s. Legende) gleichbleibende, gestrichene und neu dargestellte Bereiche Regionaler Grünzüge.

Die Beibehaltung der bisherigen Darstellungen, aber auch die vorgesehenen Streichungen und Neudarstellungen von Teilbereichen der Regionalen Grünzüge ergeben sich, wie in den Kap. 7.2.6.2 – 7.2.6.5 dargestellt, aus der an der Planzeichendefinition ausgerichteten Überarbeitung der Abgrenzungskriterien, insbesondere hinsichtlich der Raumkulisse (s. Abb. 7.2.6.2.1), innerhalb derer Regionale Grünzüge dargestellt werden.

Für die innerhalb der zeichnerisch dargestellten Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen, Planzeichen ea) Aufschüttungen und Ablagerungen, überlagernd dargestellte Freiraumfunktion RGZ gilt, dass sie zeichnerisch als Nachfolgenutzung von Deponien nach Abschluss der Deponierung festgelegt wird, um regionalplanerisch die vorgesehene Entwicklung des Freiraums und die Rekultivierung von Deponien nach Aufgabe der Nutzung zu sichern.

Die Darstellung der Freiraumfunktion RGZ wird, entsprechend dem Vorgehen bei den BSLE (s. Kap. 7.2.5), als Nachfolgenutzung für diese Bereiche vorgesehen, sofern diese an gleichartige aktuelle Freiraumfunktionen (hier RGZ) im Umfeld der Deponien räumlich anknüpfen und dieselben sinnvoll ergänzen. Die als Nachfolgenutzung dargestellte Freiraumfunktion RGZ ist als Vorgabe im Planfeststellungsverfahren zu beachten und gibt der Planfeststellungsbehörde und den Landschaftsbehörden Vorgaben und Hinweise für eine sinnvolle Einbindung der Deponie in die umgebende Landschaft nach Aufgabe der Nutzung als Ziel für die festzulegende Rekultivierung. Auf diese Weise trifft der Regionalplan auch als Landschaftsrahmenplan der landschaftsgerechten Einbindung der aufgegebenen Deponien in ihre Umgebung und ihrer zukünftigen Sicherung für Freiraumfunktionen Rechnung. Gem. § 1 Abs. 5, S. 3 BNatSchG sind unvermeidbare Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft insbesondere durch Förderung natürlicher Sukzession, Renaturierung, naturnahe Gestaltung, Wiedernutzbarmachung oder Rekultivierung auszugleichen oder zu mindern. Somit trägt die Darstellung der Freiraumfunktionen innerhalb der Deponiedarstellung (s. auch zu

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

BSLE Kap. 7.2.5) auch zu dem im BNatSchG formulierten Ziel des Naturschutzes und der Landschaftspflege bei.

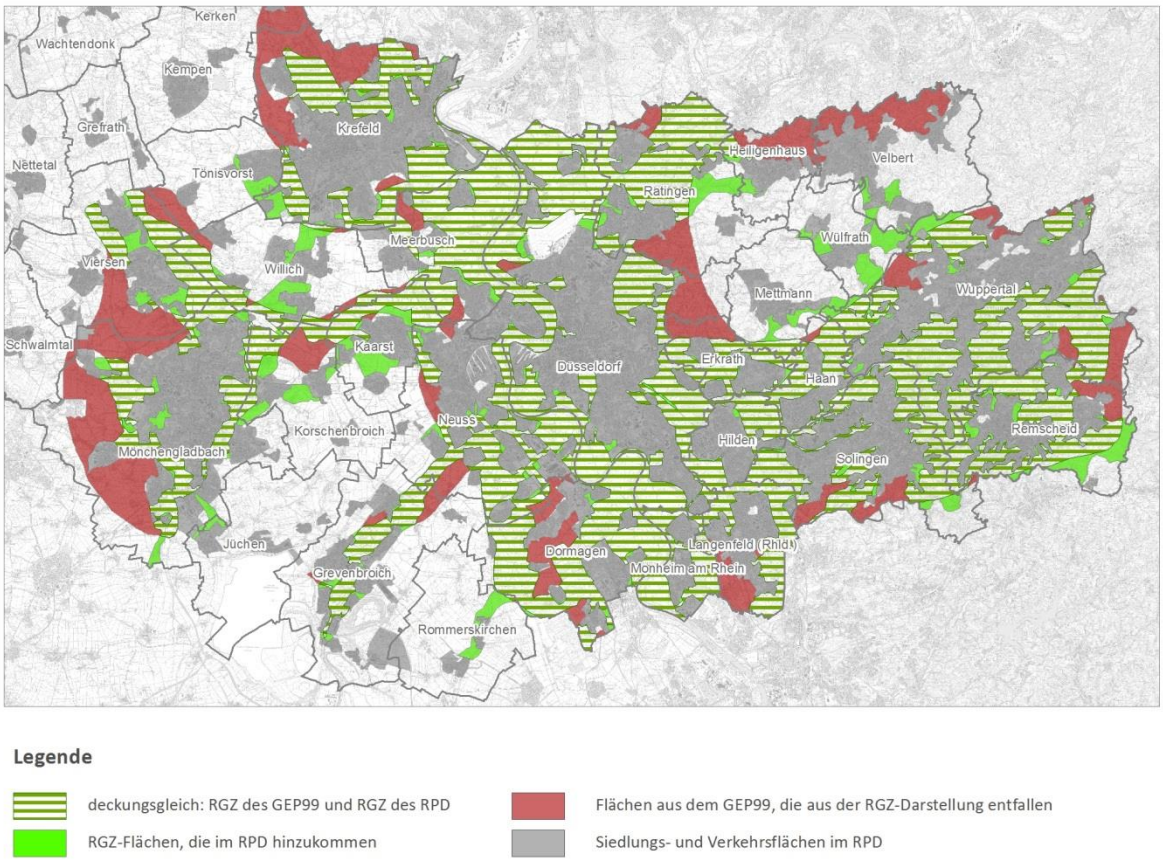


Abb. 7.2.6.6.1: Abgleich des Entwurfs mit der Darstellung der Regionalen Grünzüge im GEP99

In Abbildung 7.2.6.6.2 sind die Bereiche der Regionalen Grünzüge farbig hervorgehoben und bezeichnet, deren zeichnerische Darstellung sich nicht unmittelbar aus den der GIS-gestützten räumlichen Abgrenzung zugrunde gelegten Kriterien (Kap. 7.2.6.2 -7.2.6.5) ergibt. Für diese Bereichsdarstellungen sind die jeweiligen Begründungen in Tabelle 7.2.6.6.1 dargestellt.

Stand: Unterlagen

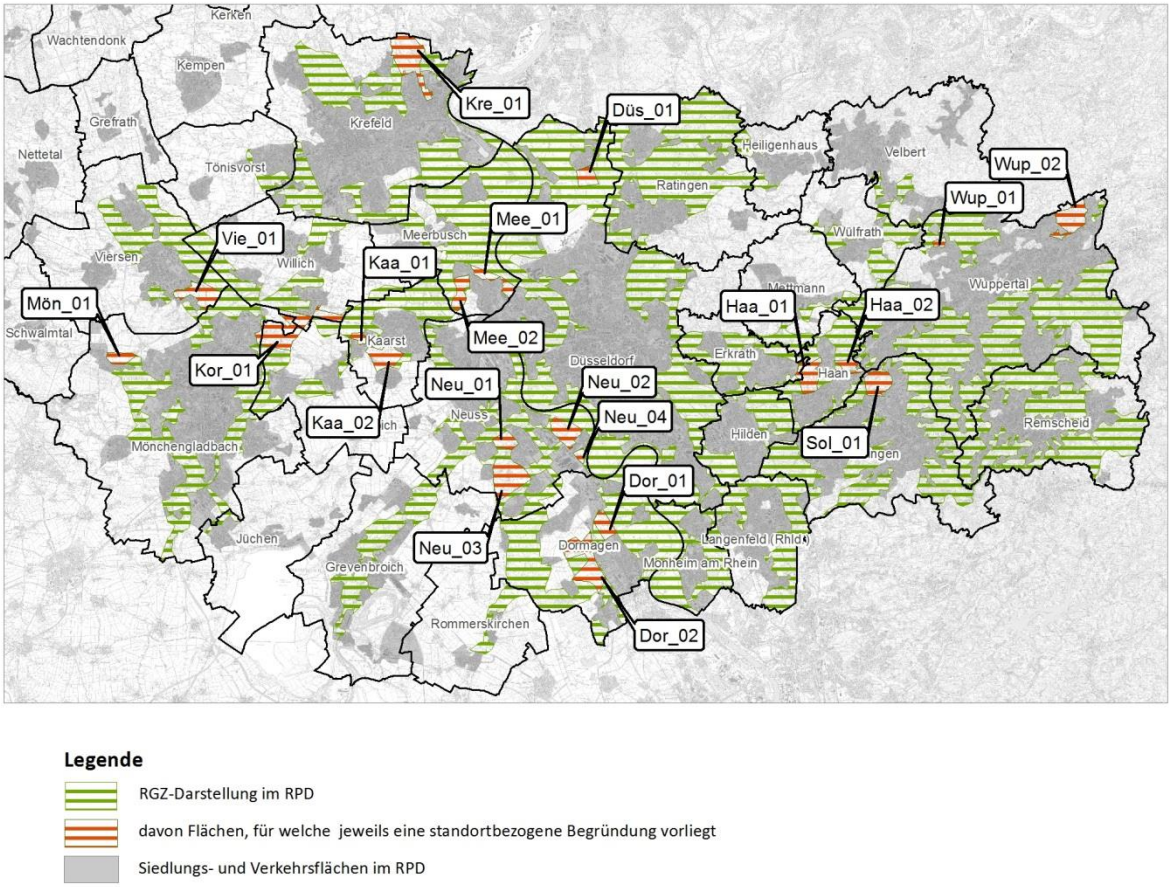


Abb. 7.2.6.6.2: Bereiche Regionaler Grünzüge mit besonderer standortbezogener Begründung (s. auch Tab. 7.2.6.6.1)

Stand: Unterlagen für den

Tab. 7.2.6.6.1: Bereiche Regionaler Grünzüge mit besonderer standortbezogener Begründung (s. auch Abb. 7.2.6.6.2)

Bereiche Regionaler Grünzüge mit besonderer standortbezogener Begründung (s. auch Abb. 7.2.6.6.2); die genannten Kriterien sind in Tab. 7.2.6.1.1 erläutert
Kreisfreie Städte
Düsseldorf
Düs_01 (136 ha): Düsseldorf gehört zu den Kernbereichen mit weitreichender Grünzug-Darstellung (Kap. 7.2.6.2). Die Darstellung erfolgt zur Sicherung der Oberflächengewässer südlich von Angermund als schützenswerte Naherholungsbereiche (Kriterium 3.3).
Krefeld
Kre_01 (489 ha): Krefeld gehört zu den Kernbereichen mit weitreichender Grünzug-Darstellung (Kap.

7.2.6.2). Die Darstellung im Bereich Erholungspark Elfrather See und Golfplatz „An der Elfrather Mühle“ ist durch die Naherholungsfunktion begründet (Kriterium 3.3).

Mönchengladbach

Mön 01 (111 ha):

Der Bereich ergänzt den zur Gliederung der Siedlungsstruktur in der Engstelle zwischen MG-Beltinghoven und MG-Hardt als Grünzäsur (Kriterium 1.1) dargestellten Grünzug am nördlichen Rand des ASB MG-Hardt als Fortsetzung und Abschluss des Regionalen Grünzuges nach Norden und Westen.

Solingen

Sol 01 (229 ha):

Der bereits im GEP 99 dargestellte Bereich ist für den regionalen Zusammenhang des Grünzugs erforderlich. Er verbindet mehrere Grünzäsuren zwischen Solingen und Haan. .Aufgrund seiner Größe kann plausibel auf seine Bedeutung für den klimaökologischen Ausgleich geschlossen werden (Kriterium 1.1., 2.1).

Wuppertal

Wup 01 (34 ha):

Wuppertal gehört zu den Kernbereichen mit weitreichender Grünzug-Darstellung. Es handelt sich um einen Bereich, der als Grünzäsur für die siedlungsräumliche Gliederung von Bedeutung ist (Kriterium 1.1).

Wup 02 (347 ha):

Wuppertal gehört zu den Kernbereichen mit weitreichender Grünzug-Darstellung. Es handelt sich um einen Bereich, der als Grünzäsur für die siedlungsräumliche Gliederung und für siedlungsnahe freiraumorientierte Erholungs-, Sport- und Freizeitnutzungen von Bedeutung ist (Distanz benachbarter Siedlungsränder stellenweise nur 100 m); Aufgrund seiner Größe kann plausibel auf seine Bedeutung für den klimaökologischen Ausgleich geschlossen werden. Mit den Naturschutzgebieten „Hasenkamp“ und „Junkersbeck“ integriert umfasst der Bereich Flächen mit Bedeutung für die Biotopvernetzung und Erholung. (Kriterium 1.1, 2.1, 3.1, 4.1).

Kreis Mettmann

Haan

Haa 01 (250 ha):

Der Bereich verbindet mehrere für die Siedlungsgliederung bedeutsame Grünzäsuren innerhalb Haans sowie zwischen Haan und Erkrath; zudem werden durch den Grünzug an

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dieser Stelle die Biotopverbundfläche „Teilbereiche des Hildener Stadtwaldes, Hildener Heide“ mit der nördlich gelegenen Biotopverbundfläche „Neandertal und Mettmanner Bachtal“ verknüpft, was sowohl für die Biotopvernetzung als auch für die Erholungsfunktion von Bedeutung ist. Aufgrund seiner Größe kann plausibel auf seine Bedeutung für den klimaökologischen Ausgleich geschlossen werden (Kriterium 1.1, 2.1, 3.1, 4.1).

Haa 02 (120 ha):

Der Grünzug markiert hier die konsequente Fortführung des Grünzugs zwischen Haan und Gruiten, der als Grünzäsur für die Siedlungsgliederung von hoher Bedeutung ist; die Begrenzung erfolgt durch die Bahntrasse zwischen Gruiten und Wuppertal. Aufgrund seiner Größe kann plausibel auf seine Bedeutung für den klimaökologischen Ausgleich geschlossen werden (Kriterium 1.1, 2.1).

Kreis Viersen

Viersen

Vie_01 (275 ha):

Es handelt sich um einen Bereich, der als Grünzäsur für die siedlungsräumliche Gliederung von Bedeutung ist (Distanz benachbarter Siedlungsränder hier zwischen 400 und max. 900 m) Darüber hinaus verknüpft der Bereich die angrenzenden Siedlungsbereiche mit dem Niersgrünzug (Kriterium 1.1, 3.3).

Rhein-Kreis Neuss

Dormagen

Dor 01 (151 ha):

Der Grünzug stellt an dieser Stelle die Verbindung zwischen den Naherholungsgebieten Rhein und Klosterlandschaft Knechtsteden dar (Kulturlandschaftsbereiche); zudem übernimmt er eine Verbindungsfunktion über die Biotopverbundfläche „Nassabgrabungen nördlich und westlich von Dormagen“ (Kriterium 1.1, 3.3).

Dor 02 (444 ha):

Der Grünzug stellt an dieser Stelle die Verbindung zwischen den Naherholungsgebieten Rhein und Klosterlandschaft Knechtsteden dar (Kulturlandschaftsbereiche); zudem übernimmt er eine Verbindungsfunktion über die Biotopverbundfläche „Nassabgrabungen nördlich und westlich von Dormagen“ sowie den Waldbereich bei Delhoven (Kriterium 1.1, 3.3) .

Kaarst

Kaa 01 (53 ha):

Der Bereich ist als Grünzäsur für die siedlungsräumliche Gliederung von Bedeutung (Distanz benachbarter Siedlungsränder hier zwischen 500 und 900 m) (Kriterium 1.1).

Kaa 02 (246 ha):

Die Darstellung dient hier der Verstärkung der für die Siedlungsgliederung bedeutsamen Grünzäsuren (Kriterium 1.1).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Korschenbroich
Kor 01 (628 ha): Die Fläche ist für den überregionalen Zusammenhang des Grünzugs bis in den hiermit zusammenhängenden Kulturlandschaftsraum Rheinschiene Köln hinein erforderlich und stellt die Verbindung des Nordkanal-Zugs mit dem Niers-Grünzug in Mönchengladbach dar (Kriterium 3.3, 3.4).
Meerbusch
Mee 01 (148 ha): Die Darstellung verstärkt hier angrenzend an die Siedlungsbereiche den Freiraumzusammenhang im Kulturlandschaftsbereich Rheinschiene und bindet die Biotopverbundfläche „Deichvorland, Rheinufer und Rhein bei Meerbusch“ ein (Kriterium 3.3).
Mee 02 (174 ha): Die Darstellung als RGZ umfasst Bereiche mit Entwicklungszielen und Festsetzungen für freiraumbezogene Erholung im Landschaftsplan sowie Bereiche mit umgesetzten und geplanten Maßnahmen für Freizeit und Erholung (Kriterium 3.4).
Neuss
Neu 01 (125 ha): Die Fläche ist für den überregionalen Zusammenhang des Grünzugs erforderlich (Grünverbindung über Rommerskirchen bis in den hiermit zusammenhängenden Kulturlandschaftsraum Rheinschiene Köln hinein) (Kriterium 3.3, 3.4).
Neu 02 (236 ha): Die Darstellung verbindet den Kulturlandschaftsbereich Rheinschiene mit dem Grünzug zur Klosterlandschaft Knechtsteden (Naherholungsraum) sowie dem Tagebaugebiet/Rommerskirchen (Kriterium 3.3, 3.4).
Neu_03 (430 ha): Die Fläche ist für den überregionalen Zusammenhang des Grünzugs im Kulturraum Knechtsteden erforderlich (Grünverbindung über Rommerskirchen bis in den hiermit zusammenhängenden Kulturlandschaftsraum Rheinschiene Köln hinein) (Kriterium 3.3, 3.4).
Neu 04 (42 ha): Die Darstellung verbindet den Kulturlandschaftsbereich Rheinschiene mit dem Grünzug zur Klosterlandschaft Knechtsteden (Naherholungsraum) sowie dem Tagebaugebiet/Rommerskirchen (Kriterium 3.3, 3.4).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zur Frage der Vereinbarkeit mit den Vorgaben des ROG und der Entwicklung aus dem LEP NRW gelten die vorstehenden Ausführungen zu den raumordnerischen Vorgaben des Bun-

des und des Landes (Kap. 7.6.2) und die weiterhin bestehenden Darstellungen von Regionalen Grünzügen (Kap. 7.2.6.6.1).

7.2.6.6.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Aus einem Abgleich des Regionalplanentwurfs mit der aktuell gültigen Fassung des GEP99 (http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html - Zugriff am 06.07.2016; zudem einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten) ergibt sich, welche Bereiche weggefallen, gleichgeblieben oder hinzugekommen sind. Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung in Kombination mit dem Anhang 3 der ersten Fassung der Begründung; Letzterer einsehbar über diesen Link: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/rpd_e_082014.html, Zugriff am 18.04.2016; ebenfalls einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde – bitte ggf. Terminanfrage an Büroleitung des Dezernates 32 der Regionalplanungsbehörde richten. Darüber hinaus können die gleichbleibenden Bereiche der Abb. 7.2.6.6.1 entnommen werden.

Die zentralen Abwägungsgründe für die Beibehaltung der zeichnerischen Darstellung als Regionaler Grünzug sind:

- Die an den Vorgaben der Anlage 3 zur LPlG DVO orientierte kriteriengeleitete und GIS-gestützte Analyse hat für die beibehaltenen Bereiche die nach den oben dargestellten Kriterien abgeleiteten Abgrenzungen der Regionalplandarstellung des GEP99 unter raumordnerischen Gesichtspunkten hinreichend begründet und als zweckmäßig bestätigt. Die zeichnerische Darstellung der regionalen Grünzüge berücksichtigt sowohl Freiraumbereiche der Verdichtungs- und Übergangszone, die aufgrund ihrer Nähe zu den Siedlungsbereichen, ihrer Großräumigkeit oder wegen vorhandener Strukturen mit besonderer Bedeutung für die Entwicklung von Natur und Landschaft günstige Voraussetzungen für die genannten Raumfunktionen aufweisen und bezüglich ihrer freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen besonders erhalten werden sollen, als auch solche Bereiche, die hinsichtlich dieser Faktoren Defizite aufweisen und entsprechend zu entwickeln oder zu sanieren sind.

- Die Beibehaltung von Teilbereichen der Regionalen Grünzüge als klimaökologische Ausgleichsräume dient der Daseinsvorsorge hinsichtlich vorbeugender Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel. Dies gilt auch dort, wo Freiraumbereiche in die Darstellung der Regionalen Grünzüge einbezogen wurden, bei denen aufgrund ihrer Ausdehnung plausibel auf ihre Bedeutung für den klimaökologischen Ausgleich geschlossen werden kann.

- Im Übergang zu den angrenzenden Planungsräumen der Bezirksregierung Köln und des RVR wird durch die Darstellung Regionaler Grünzüge der Freiraumzusammenhang auch auf überregionaler Ebene in Teilen auch in solchen Bereichen gesichert, für die im Rahmen einer rein regionalen Betrachtung nach den in Kap. 7.2.6.1 dargestellten Kriterien keine Darstellung erfolgen würde.

- Da mit der Erarbeitung des RPD auch eine bedarfsorientierte Ausweisung von Siedlungsbereichen erfolgt, die ausreichenden Spielraum für die Siedlungsentwicklung im Planungszeitraum vorhält, erfolgt durch einen unmittelbaren räumlichen Anschluss der Regionalen Grünzüge an die Allgemeinen Siedlungsbereiche (ASB) und die Bereiche für

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) keine Einschränkung der Siedlungsentwicklung.

- Dort, wo für eine weitere Siedlungsentwicklung aufgrund der infrastrukturellen Ausstattung ungünstige Voraussetzungen vorliegen, wird dem Freiraumschutz und der Erhaltung und Entwicklung der Funktionen der Regionalen Grünzüge der Vorrang eingeräumt.

7.2.6.6.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf die in Abb. 7.2.6.6.1 dargestellten und im Anhang 3 in der Darstellung der gestrichenen Bereiche ersichtlichen Flächen zukünftig nicht mehr als Regionaler Grünzug dargestellt werden.

Die zentralen Abwägungsgründe für die Streichung der zeichnerischen Darstellung sind:

- Die an den Vorgaben der Anlage 3 zur LPlG DVO orientierte kriteriengeleitete und GIS-gestützte Analyse hat für die zu streichenden Bereiche die Abgrenzungen der Regionalplandarstellung des GEP99 unter raumordnerischen Gesichtspunkten nicht als hinreichend begründet und zweckmäßig bestätigt. Dabei wurde berücksichtigt, dass der Freiraum im Übergang zwischen der ländlichen Zone und der Übergangszone hinsichtlich der siedlungsbezogenen Funktionen des Freiraums in geringerem Umfang Ausgleichsfunktionen zu übernehmen hat als in der Kernzone. Insoweit entfallen aus der zeichnerischen Darstellung insbesondere in der Übergangszone solche Bereiche, die keine herausragenden oder besonderen siedlungs- und freiraumbezogenen Funktionen nach den in den Kap. 7.2.6.3 - 7.2.6.5 dargestellten Kriterien (s. auch Beikarte 4C – Regionale Grünzüge) übernehmen, sowie Flächen in den ländlich geprägten Bereichen, bei denen gegenüber angrenzenden, auch im GEP 99 dargestellten Bereichen keine maßgeblichen Unterschiede hinsichtlich ihrer Freiraumfunktionen erkennbar sind, soweit sie nicht hinsichtlich der Siedlungsgliederung besondere Bedeutung aufweisen.

- Es wurde Belangen der Siedlungsentwicklung zugunsten einer Entwicklung von Siedlungsrändern mit mindestens guter siedlungsstruktureller Ausstattung bei vorhandenem Bedarf der Vorrang eingeräumt und entsprechende Siedlungsbereiche dargestellt, sofern nicht besondere Freiraumfunktionen nach den in den Kap. 7.2.6.3 - 7.2.6.5 dargestellten Kriterien betroffen sind; im Falle der Sondierungsbereiche wurde von einer Darstellung Regionaler Grünzüge zugunsten der Sicherung geeigneter Standorte für die weitere Siedlungsentwicklung abgesehen.

7.2.6.6.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf die in Abb. 7.2.6.6.1 flächig hellgrün dargestellten Bereiche zukünftig neu als Regionaler Grünzug dargestellt werden. Darüber hinaus wird verwiesen auf die Darstellungen im Anhang 3 dieser Begründung zu den neu dargestellten Bereichen.

Die in Teilbereichen vorgesehenen Neudarstellungen der Regionalen Grünzüge ergeben sich aus der an der Planzeichendefinition ausgerichteten Überarbeitung der Abgrenzungskriterien. Dies betrifft sowohl die Raumkulisse, innerhalb derer Regionale Grünzüge dargestellt werden als auch die aus den Freiraumfunktionen abgeleiteten Kriterien (siehe hierzu Kap. 7.2.6.3 - 7.2.6.5).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die zentralen Abwägungsgründe für die Erweiterung der zeichnerischen Darstellung sind insbesondere:

Zugunsten einer Entwicklung der freiraum- und siedlungsbezogenen Funktionen wurden die Regionalen Grünzüge entsprechend der Kriterien im Zusammenhang mit Rücknahmen der Siedlungsbereiche erweitert. Zudem wurde von der Entwicklung von Siedlungsrändern mit ungünstiger siedlungsstruktureller Ausstattung zugunsten einer Darstellung Regionaler Grünzüge abgesehen.

Gegenüber der Abgrenzung im GEP99 wurden Freiraumbereiche mit siedlungsgliedernder Funktion (die sog. Pufferüberschneidungsbereiche) stärker berücksichtigt. Dies gilt insbesondere im unmittelbaren Umfeld der Verdichtungsbereiche, die unmittelbar in eher ländlich geprägte Bereiche übergehen. Hier bedürfen die vorhandenen Freiräume eines besonderen Schutzes gegenüber siedlungsräumlichen Inanspruchnahmen.

7.2.7 Planzeichen dd) Grundwasser- und Gewässerschutz

7.2.7.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

7.2.7.1.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 unverändert bestehen bleiben

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf folgende Bereiche weiterhin als Bereiche für den Grundwasser und Gewässerschutz vorgesehen werden:

- Festgesetzte Wasserschutzgebiete (WSG):
  Am Staad; Auf dem Grind; Baumberg; Bockum; Broichhof; Büttgen-Driesch; Chorbusch; Eschbachtalsperre; Flehe; Goch-Kalbeck; Hartefeld; Helenabrunn / Theeshütte; Helenenbusch; Hoppbruch; Hüls; Kempener Allee; Kevelaer-Keylaer; Langenfeld-Monheim; Lank-Latum; Lörick; Leverkusen Rheindorf; Lüttelbracht; Marienbaum; Mühlenbusch; Niep-Süsselheide; Obere Herbringhauser Talsperre; Osterath; Rasseln; Ratingen; Reichswald; Sedental/Sandheide; Sengbachtalsperre; St.Hubert; St.Tönis; Uerdingen/Bruchweg; Vinnbrück; Vrasselt; Wickrath

- Wassergewinnungen (WG):
  Allerheiligen/Norf; Bergen (NL); Butzheim; Darderhöfe; Elmpt; Fellerhöfe; Forstwald;Groote Heide(NL); Hackenbroich / Tannenbusch; Hanik (NL); Heiligenhaus; Hemmerden-Kapellen; Hilden-Karnap; Hinsbeck-Hombergen; Homberg-Meiersberg; In der Elt; Niederkrüchten; Obermörmter; Reichswald; Reststrauch; Rheinbogen; Rheindahlen; Rheinfähre; Rosellen; Scheidal; Waldhütte; Werthhof

- Reservegebiete (R):
  Bönninghardt B1/A; Bönninghardt B1/B; Bönninghardt B3/A; Bönninghardt B3/B; Bönninghardt B3/C; Bönninghardt B4/A; Bönninghardt B4/B; Bönninghardt B4/C; Bönninghardt B4/D; Bönninghardt B4/E; Bönninghardt B4/F; Bönninghardt B4/G; Hamminkeln R1/A; Hamminkeln R1/B; Hamminkeln R1/C; Hamminkeln R1/D; Xanten/Wardt/Mörmter; Xanten/Wardt/Mörmter L1/A; Xanten/Wardt/Mörmter L2/A; Xanten/Wardt/Mörmter L2/B; Xanten/Wardt/Mörmter L2/C; Xanten/Wardt/Mörmter L4/A; Xanten/Wardt/Mörmter L4/B; Xanten/Wardt/Mörmter L4/C; Xanten/Wardt/Mörmter L5/B; Xanten/Wardt/Mörmter L5/C

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zum Teil wird es jedoch eine Anpassung an die aktuellen Abgrenzungen geben (siehe unten).

7.2.7.1.2 Begründung

Die zeichnerischen Darstellungen der Bereiche für den Grundwasser und Gewässerschutz im Regionalplan konkretisieren maßgeblich die Vorgaben des Raumordnungsgesetzes (ROG) sowie des LEP NRW.

Bei den weiterhin dargestellten Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz soll eine vorrangige Nutzung für den Grundwasser- und Gewässerschutz abgesichert werden (diese sind keine Eignungsgebiete gemäß ROG). Dabei orientiert sich die zeichnerische Darstellung vorrangig an den Vorgaben der Anlage 3 (Planzeicheninhalte/-merkmale) zur LPlG-DVO. Für die Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz wird dort folgender Inhalt angeben:

- Vorhandene, geplante oder in Aussicht genommene Einzugsgebiete (i.S. der Wasserschutzzone I – III A) öffentlicher Trinkwassergewinnungsanlagen.
- Grundwasservorkommen und Einzugsgebiete von Talsperren, die
    - der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienen,
    - in absehbarer Zeit dafür herangezogen werden sollen oder
    - für eine entsprechende Nutzung langfristig vorgehalten werden (konkret abgegrenzte Wasserreservegebiete i.S. der Wasserschutzzone I - III A).

In der zeichnerischen Darstellung werden diese inhaltlichen Ausführungen dahingehend räumlich konkretisiert, dass die Bereiche für den Grundwasser und Gewässerschutz folgende drei Kategorien umfassen:

1. Festgesetzte Wasserschutzgebiete (inkl. Talsperren für die Trinkwasserversorgung),
2. Einzugsbereiche von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen,
3. Reservegebiete.

Diese Kategorien können auch der Beikarte 4G – Wasserwirtschaft – entnommen werden.

Die räumlichen Abgrenzungen der BGG wurden auf den Datengrundlagen der oberen Wasserbehörde für Wasserschutzgebiete, die bestehenden und geplanten Einzugsbereiche der öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen sowie die wasserwirtschaftlichen Reservegebiete vorgenommen (Stand: März 2015).

Bei den ersten beiden Kategorien handelt es sich um die Einzugsbereiche von aktuell fördernden Wassergewinnungsanlagen für die öffentliche Trinkwassergewinnung. Der Unterschied zwischen der Kategorie 1 und 2 besteht darin, dass bei der ersten Kategorie die Einzugsbereiche bereits durch eine Wasserschutzgebietsverordnung ordnungsrechtlich gesichert sind, während bei der zweiten Kategorie eine solche Wasserschutzgebietsverordnung noch nicht erlassen wurde. Bei dieser erfolgt die Abgrenzung der Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz daher auf Grundlage der für die Trinkwassergewinnung erforderlichen Wasserrechte.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz sind auch solche Bereiche dargestellt, die zurzeit aufgrund der Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohletagebaus nicht zum Einzugsgebiet öffentlicher Wasserwerke gehören. Sie werden jedoch langfristig nach Aufgabe der Tagebausümpfung wieder Einzugsgebiet und sind daher von langfristig wirkenden Gefährdungspotentialen freizuhalten.

Zudem werden Reservegebiete (dritte Kategorie) gesichert. Hierbei handelt es sich um konkret abgegrenzte Bereiche (i.S. der Wasserschutzzone I - III A), die langfristig vorgehalten werden. Diese Reservegebiete umfassen die bereits im GEP99 gesicherten Reservegebiete. Diese Sicherung erfolgt vor dem Hintergrund, dass diese Bereiche in der Vergangenheit von Nutzungen, welche die Wasserqualität beeinträchtigen könnten, weitgehend freigehalten worden sind. Um eine eventuelle erforderliche Aufnahme der Gewinnung in diesen Bereichen offenzuhalten, sollen auch weiterhin raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen, welche die Wasserqualität beeinträchtigen könnten, dort ausgeschlossen werden. Dies ist insbesondere erforderlich, da sich derzeit einerseits noch nicht sicher prognostizieren lässt, wie sich der Klimawandel auf den Grundwasserhaushalt auswirken wird (vgl. MUNLV NRW (Hrsg.) (2009) S. 88 und MKULNV (Hrsg.) (Juli 2011) S. 15 und 17). Andererseits werden die erwarteten längeren Hitzeperioden dazu führen, dass verstärkt auf Grundwasser, zumindest zur Kühlung industrieller Anlagen oder zur landwirtschaftlichen Beregnung, zurückgegriffen werden muss.

Die konkreten Abgrenzungen basieren bei den Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz weitgehend auf den Abgrenzungen der Regionalplandarstellung des GEP99. Soweit vorliegend wurden jedoch die aktualisierten fachlichen Abgrenzungen der Wasserschutzgebiete sowie der Einzugsgebiete der Wassergewinnungen zu Grunde gelegt. Insofern es hier zum Beispiel im Rahmen der Ausweisung eines Wasserschutzgebietes (WSG) neuere Abgrenzungen gab oder sich das Einzugsgebiet wegen Veränderungen bei den Wasserrechten langfristig verändert hat, wurden hier die aktuellen Daten als Grundlage für die zeichnerischen Darstellungen herangezogen.

Bei den Reservegebieten wurden die in der Wasserbilanz 2003 (Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.), 2003) abgegrenzten und im GEP99 bereits dargestellten Bereiche übernommen. Die zentralen Abwägungsgründe sind:

- die langfristige Gewährleistung der öffentlichen Trinkwasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge auch mit Blick auf die noch unsicheren Prognosen hinsichtlich des Klimawandels[2],

und

- dass keine durchschlagenden Argumente ersichtlich waren, die gegen eine Beibehaltung der Abgrenzungen sprachen.

Mit dieser Abgrenzung sollen für die Wassergewinnung potentiell geeignete Flächen, die aktuell jedoch nicht genutzt werden, weiterhin als Reservegebiete für die Wassergewinnung erhalten bleiben. Vor dem Hintergrund der noch uneinheitlichen Prognosen hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels auf den Grundwasserhaushalt sowie die damit einhergehende Entwicklung des Wasserbedarfs ist es raumordnerisch sachgerecht, die Reservegebiete zu sichern. Auch sind bei den Reservegebieten die überlagernden Darstellungen überwiegend Freiraumdarstellungen, so dass hier i.d.R. keine nutzungsbedingten Widersprüche bestehen.

Stand: Unterlagen für die Aufstellungsbeschlüsse

7.2.7.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

7.2.7.2.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 gestrichen werden

Folgende Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz werden gestrichen bzw. nicht mehr dargestellt:

- Festgesetzte Wasserschutzgebiete (WSG):
  Aldekerk; Elten; Nieukerk; Süchteln;
- Wassergewinnung (WG):
  Alt Kalkar; Fürth, Herkenbosch (NL); Natohauptquartier; Reuver (NL); Tegelen (NL); Weckhoven

7.2.7.2.2 Begründung

Neben den Anpassungen der bestehenden Bereiche hinsichtlich der aktuellen fachlichen Abgrenzungen (siehe hierzu 1.2) wurden die unter 7.2.7.2.1. genannten BGG gestrichen, da die Wasserschutzzonen aufgehoben wurden und kein Wasser für die öffentlichen Trinkwassergewinnung mehr gefördert wird oder zukünftig wieder gefördert werden soll. Gestrichen wurden auch Wassergewinnungen bei denen die Förderung eingestellt wurde und eine Wiederaufnahme nicht beabsichtigt ist.

Die Wassergewinnung Fürth fördert weiterhin Wasser für die öffentliche Trinkwasserversorgung. Es wird jedoch nur noch für die Förderbrunnen eine geplante Schutzzone I dargestellt, da durch die Westwärtswanderung des Braunkohletagebaus auch eine entsprechende Verlagerung der Entnahmebrunnen (Sümpfungsbrunnen für die Trockenhaltung des Tagebaus) erfolgt. Durch diese kontinuierliche Verlagerung der Brunnen und auch die Entnahme aus größeren Tiefen (Grundwasserleiter unterhalb des Flözes Morken) lässt sich für die Gewinnung Fürth kein Einzugsgebiet ermitteln. Die Wassergewinnung Natohauptquartier hat ihre Förderung mit dem Abzug der britischen Truppen eingestellt. Daher wird diese Wassergewinnung nicht mehr dargestellt. Der überwiegende Teil des ehemaligen Einzugsgebietes der Wassergewinnung „Natohauptquartier“ wird jedoch von der neu geplanten öffentlichen Wassergewinnung „Leloh“ in Anspruch genommen (siehe hierzu 7.2.7.3.1).

Im Rahmen der Überlegungen zur zeichnerischen Darstellung für die BGG wurde zunächst überlegt, die gestrichenen BGG vor dem Hintergrund der noch unsicheren Auswirkungen des Klimawandels als Reservegebiete zu erhalten. Da die Wasserwerke und Brunnen jedoch zurückgebaut wurden und an den ehemaligen Standorten zum Teil gewerbliche Nutzungen entstanden sind, die mit einer evtl. zukünftigen Wiederaufnahme der Wassergewinnung nicht in Einklang zu bringen sind, wurde von einer Sicherung dieser Bereiche als Reservegebiete abgesehen.

Es ist jedoch beabsichtigt, Wasserschutzgebiete, deren Verordnungen zeitlich ablaufen, oder die Einzugsgebiete nicht mehr betriebener Wassergewinnungen für die öffentliche Trinkwasserversorgung nach einer Einzelfallprüfung zukünftig als Reservegebiete im Regionalplan zu erhalten, da diese Bereiche in der Vergangenheit von Nutzungen, welche die Wasserqualität negativ beeinträchtigen könnten, weitgehend freigehalten worden sind. Eine Wiederaufnahme der Gewinnung bliebe dann möglich. Dies ist insbesondere sinnvoll, da sich zurzeit einerseits zwar noch nicht sicher prognostizieren lässt, wie sich der Klimawandel auf den

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Grundwasserhaushalt auswirken wird, andererseits jedoch die erwarteten längeren Hitzeperioden dazu führen werden, dass verstärkt auf Grundwasser, zumindest zur Kühlung industrieller Anlagen oder zur landwirtschaftlichen Beregnung, zurückgegriffen werden muss.

7.2.7.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

7.2.7.3.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 neu dargestellt werden

Folgender Bereich zum Grundwasser- und Gewässerschutz wird neu dargestellt:

- Wassergewinnung (WG): Leloh.
- Wasserschutzgebiet (WSG): Kastanienburg

7.2.7.3.2 Begründung

Die NEW (NiederrheinWasser GmbH) beabsichtigt einen überwiegenden Teil des ehemaligen Einzugsgebietes der Wassergewinnung „Natohauptquartier“ für die neu geplante öffentliche Wassergewinnung „Leloh“ in Anspruch zu nehmen. Es ist beabsichtigt, eine neue Wassergewinnung zu errichten, um einen weiteren Standort zur Sicherung der Trinkwasserversorgung vorhalten zu können. Dies ist aus qualitativen sowie aus ökologischen Gründen erforderlich (Verlagerung eines Anteils der Entnahme aus der Wassergewinnung Garzweiler auf den Standort Leloh). Die entsprechenden Planungen sind hinreichend konkret, um diese neue Wassergewinnung als BGG darzustellen. Die Festsetzung des Wasserschutzgebietes für das Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Straelen-Kastanienburg erfolgte im September 2016.

Darüber hinaus besteht kein raumordnerisches Erfordernis einer Festlegung zusätzlicher Bereiche für den Grundwasser und Gewässerschutz. Durch die für den Grundwasser- und Gewässerschutz dargestellten Bereiche, insbesondere durch die Darstellung der Reservegebiete als Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz, ist ein ausreichender Schutz der öffentlichen Wasserversorgung gewährleistet. Aus Sicht der Regionalplanung ist zudem kein weiterer konkreter Bereich erkennbar, bei dem das Argument der Absicherung vorhandener Grundwasservorkommen hinreichend gewichtig ist, so dass dieser Bereich langfristig für eine der öffentlichen Trinkwasserversorgung dienende Wassergewinnung gesichert werden soll.

Dies steht auch im Einklang mit Ziel 7.4-3 des LEP NRW, da der in den Erläuterungen zu dem Ziel genannte Schutz von Bereichen für den Grundwasser- und Gewässerschutz über die bestehenden Wassergewinnungsanlagen hinaus explizit nur im begrenzten Umfang erfolgen soll, der durch die Beibehaltung der bestehenden Bereiche abgedeckt wird.

7.2.7.4 Raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Darstellungen sind mit dem LEP NRW und hier insbesondere Ziel 7.4-3 (Ziel Sicherung von Trinkwasservorkommen) vereinbar bzw. aus diesem entwickelt.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.8 Planzeichen de) Überschwemmungsbereiche

7.2.8.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

7.2.8.1.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 unverändert bestehen bleiben.

Wie in der Fassung des GEP99 werden gemäß den Vorgaben der Anlage 3 zur LPlG DVO im Planungsraum Düsseldorf für folgende Gewässer die Überschwemmungsbereiche weiterhin dargestellt: Anger; Erft; Issel; Nette; Niers; Renne; Rhein; Schwalm; Schwarzbach.

7.2.8.1.2 Begründung

Die zeichnerische Darstellung der bestehenden Überschwemmungsbereiche soll die von einem Hochwasser mit mittlerer Wahrscheinlichkeit betroffenen Flächen langfristig als Retentionsraum sichern und so eine Erhöhung des Schadenspotentials durch zusätzliche Bebauung oder eine Vergrößerung der Hochwassergefahr an anderer Stelle durch Verlust von Retentionsraum verhindern. Die geplanten konkreten Abgrenzungen der Überschwemmungsbereiche basieren auf den in den letzten Jahren im Rahmen der Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (EG-HWRM-RL) ermittelten und festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten für die Gewässer mit potentiell signifikantem Hochwasserrisiko (vgl. MKULNV NRW (Juli 2011). Die Daten stammen vom zuständigen Dezernat Wasserwirtschaft der Bezirksregierung. Es sind Flächen, die von einem Hochwasser mit einer mittleren Wahrscheinlichkeit (Wiederkehrintervall ≥ 100 Jahre), dem sogenannten hundertjährlichen Hochwasser (HQ 100), betroffenen sind. Fast alle oben genannten im GEP99 dargestellten Überschwemmungsbereiche liegen an solchen „Risikogewässern“, Ausnahmen bilden die Schwalm und Renne. Bei diesen handelt es sich nicht um Risikogewässer, allerdings wurden hier aus fachlichen Gründen dennoch Überschwemmungsgebiete festgesetzt, die als Überschwemmungsbereiche übernommen wurden. Die zeichnerische Darstellung der Überschwemmungsbereiche erfolgte auf der Grundlage der aktuell vorliegenden Abgrenzungen des HQ 100. Bei der Erft wurde bei der graphischen Darstellung der Überschwemmungsbereiche insofern davon abgewichen, als dass hier nicht das HQ 100 für die aktuelle Wasserführung der Erft zu Grunde gelegt wurde, sondern das prognostizierte HQ 100 für das Jahr 2100. Hintergrund für das Heranziehen dieser Datengrundlage ist, dass der Erftverband ein Perspektivkonzept zur Umgestaltung der Erft als Grundlage für die Ermittlung von rückgewinnbaren und potentiellen Überschwemmungsflächen im Unterlauf erarbeitet hat. Hiernach wäre in Zukunft eine sogenannte „Ersatzaue” zu schaffen, da der Flusslauf in diesem Bereich zum heutigen Zeitpunkt stark ausgebaut ist und kaum natürliche Retentionsflächen vorhanden sind. Nach Beendigung der in die Erft entwässernden Braunkohletagebaue (ab ca. 2045) ist ein großflächiger Anstieg des Grundwasserspiegels bis zum Jahr 2100 und damit verbunden auch eine Zunahme des Hochwasserabflusses zu erwarten. Die zeichnerische Darstellung der potentiellen Überschwemmungsbereiche der Erft resultiert somit aus der Überlagerung der heutigen Überschwemmungsfläche mit der Überschwemmungsfläche nach Grundwasseranstieg und dem Auenentwicklungsraum aus dem Perspektivkonzept. Dieses Vorgehen entspricht der zeichnerischen Darstellung des GEP99, bereits hier wurde so verfahren.

Zentrale Abwägungsgründe sind die Sicherung des natürlichen Überschwemmungsbereichs der Fließgewässer sowie die Erhaltung des noch vorhandenen Retentionsraums. So soll eine Erhöhung des Schadenspotentials, z. B. durch zusätzliche Bebauung in Bereichen, die

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

von einem Hochwasserereignis mit mittlerer Eintrittswahrscheinlichkeit (HQ 100) betroffen sind, verhindert werden.

7.2.8.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

7.2.8.2.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 gestrichen werden

Es wird der Überschwemmungsbereich des Königsbachs gestrichen.

An einigen Stellen wird die Darstellung der im GEP99 dargestellten Überschwemmungsbereiche entsprechend den neueren Erkenntnissen zur Ausdehnung des HQ 100 angepasst, d.h. zurückgenommen oder ausgedehnt (siehe auch 7.2.8.3.).

7.2.8.2.2 Begründung

Die Streichung des Überschwemmungsbereiches des Königsbachs erfolgt, da für seine Darstellung kein fachliches Erfordernis besteht und auch keine aktuellen Abgrenzungen eines Überschwemmungsgebiets vorliegen. Die partielle Rücknahme der übrigen Überschwemmungsbereiche erfolgt auf Grundlage neuer Berechnungen des HQ 100, welche im Rahmen der Umsetzung der EG-HWRM-RL ermittelt worden sind.

7.2.8.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

7.2.8.3.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 neu dargestellt werden

Neu dargestellt als Überschwemmungsbereiche werden vor allem die Bereiche, für die in den letzten Jahren im Rahmen der Umsetzung der EG-Hochwasserrisikomanagementrichtlinie (EG-HWRM-RL) Überschwemmungsbereiche ermittelt wurden. Dies erfolgte auf Grund gesetzlicher Vorgaben (vgl. § 76 WHG) für alle Gewässer mit potentiellem signifikantem Hochwasserrisiko (vgl. MKULNV NRW (Juli 2011). Neu dargestellt wird der Garather Mühlenbach, welcher im Rahmen der Umsetzung der EG-HWRM-RL als Risiko-Gewässer ermittelt wurde. Die Festsetzung des Überschwemmungsgebiets für das ermittelte HQ 100 befindet sich derzeit im Verfahren.

Darüber hinaus wurden aus fachplanerischen Erwägungen für einzelne Gewässer ohne signifikantes Hochwasserrisiko (z.B. Jüchener Bach) Überschwemmungsgebiete abgegrenzt und festgesetzt. Auch diese werden als Überschwemmungsbereiche dargestellt.

Es sind Flächen, die von einem Hochwasser mit einer mittleren Wahrscheinlichkeit (Wiederkehrintervall = 100 Jahre), dem sogenannten hundertjährlichem Hochwasser (HQ 100), betroffenen sind, sofern sie im GEP99 noch nicht graphisch dargestellt waren, da zum damaligen Zeitpunkt noch keine Erkenntnisse zu den Überschwemmungsbereichen bei diesen Gewässern vorlagen. Auch können sich bei schon im GEP99 dargestellten Überschwemmungsbereichen die Abgrenzungen verändert haben, so dass nun zusätzliche Flächen als Überschwemmungsbereiche dargestellt werden. Grundlage hierfür sind die neuen Abgrenzungen der HQ 100.

Beim Rhein werden zusätzlich zu dem dargestellten Überschwemmungsbereich HQ 100 (der Bereich zwischen den Deichen) folgende Bereiche als rückgewinnbare Überschwemmungs-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bereiche zeichnerisch dargestellt, die im LEP NRW in den zeichnerischen Festlegungen dargestellt und im aktuell in der Fortschreibung befindlichen Hochwasserschutzkonzept des Landes NRW (vgl. Sitzungsvorlage 11/22PA des Regionalrats vom 20.09.2006) als potentielle Retentionsräume vorgesehen werden:

- „Bylerward“
- „Illvericher Bruch“ als potentielle steuerbare Rückhalteräume

sowie die südliche Erweiterung des Polders „Lohrwardt“ (Deichrückverlegung) um den sogenannten Polder „Reckerfeld“. (vgl. LANUV NRW (2012))

7.2.8.3.2 Begründung

Die Darstellung der bisher zeichnerisch nicht dargestellten Überschwemmungsbereiche an den anderen als den o.g. Fließgewässern erfolgt vor dem Hintergrund, dass auch diese Fließgewässer (wie z. B. Itter, Morsbach, und Wupper) im Rahmen der Umsetzung der EU-HWRM-RL als Gewässer mit potentiellem signifikantem Hochwasserrisiko identifiziert und daher auch die vom HQ 100 betroffenen Flächen neu ermittelt wurden. Somit liegen für einige Fließgewässer nun Daten zu den natürlichen Überschwemmungsgebieten vor, die es ermöglichen, auch diese Bereiche als Überschwemmungsbereiche zeichnerisch darzustellen. Die Abwägungsgründe hierfür sind dieselben Gründe, wie die in 7.2.8.1.2 dargelegten.

Die Darstellung der oben genannten potentiell rückgewinnbaren Retentionsräume geschieht vor dem Wissen, dass sich Deichrückverlegungen durch die gezielte Abflussquerschnittsaufweitung auf die stromoberhalb gelegenen Bereiche auswirken, während beim Betrieb von gesteuerten Rückhalteräumen der Wasserspiegel unterhalb der Maßnahme durch die gezielte Entnahme von Wassermengen aus der Hochwasserwellenspitze gesenkt werden kann. Besonders effektiv im Sinne des vorbeugenden Hochwasserschutzes sind gesteuerte Rückhalteräume, welche nur die Spitze von Hochwasserwellen aufnehmen und zwischenspeichern. Aus diesem Grund werden die im LEP NRW in den zeichnerischen Festlegungen dargestellten und im aktuell in der Fortschreibung befindlichen Hochwasserschutzkonzept des Landes NRW benannten gesteuerten Rückhalteräume am Niederrhein „Bylerward“ und „Illvericher Bruch“ dargestellt. Ebenso wird der für eine Erweiterung des Polders „Lohrwardt“ vorgesehene sogenannte Polder „Reckerfeld“ als Überschwemmungsbereich dargestellt. Diese waren auch bereits in der Erläuterungskarte 8 – Wasserwirtschaft des GEP99 enthalten. Entsprechend den unten stehenden Vorgaben der Landesplanung werden sie zeichnerisch dargestellt.

Zu den gesteuerten Rückhalteräumen ist zu sagen, dass diese nur geflutet werden sollen, wenn bei einer deutlichen Überschreitung des HQ 100 Überschwemmungen durch Deichversagen entgegengewirkt werden sollen. Damit würde die Flutung statistisch deutlich seltener als einmal in 100 Jahren erfolgen. Die landwirtschaftliche Nutzung kann somit auch nach Umsetzung der im Hochwasserschutzkonzept des Landes vorgesehenen Planungen beibehalten bleiben. Die Abgrenzung der rückgewinnbaren Bereiche „Bylerward“ und „Illvericher Bruch“ orientiert sich an den Vorstudien (vgl. MUNLV NRW (Auftraggeber) (1999) und MUNLV NRW (Auftraggeber) (2001)) zu diesen Bereichen und konkretisiert damit die zeichnerische Festlegung des LEP NRW.

Der zentrale Abwägungsgrund ist, dass die Errichtung der in den Vorstudien untersuchten, gesteuerten Rückhalteräume im Bereich „Bylerward“ und „Illvericher Bruch““ vorsorgend gesichert und langfristig offengehalten werden sollen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Darstellung der Erweiterung des Polders „Lohrwardt“ um den südlich angrenzenden sog. Polder „Reckerfeld“ dient ebenfalls dieser vorsorgenden, langfristigen Sicherung. Sie ist möglich, da mit dem Ziel 10.3 - Kraftwerksstandorte des LEP NRW die LEP-Darstellung des Kraftwerkstandorts „Wesel-Vahnum“ entfällt. Auch wird der im GEP99 dargestellte GIB zurückgenommen. Die Abgrenzung des Polders „Reckerfeld“ orientiert sich an den Varianten D und E der Hydraulischen Modelluntersuchung zur Wirksamkeit des Polders „Lohrwardt“ (vgl. LANUV NRW (2012). Auch hiermit wird die zeichnerische Festlegung des LEP NRW zu den Überschwemmungsbereichen konkretisiert.

Mit der Darstellung des Polders „Reckerfeld“ sind keine Aussagen zur Nachfolgenutzung des gleichnamigen überlagerten BSAB verbunden.

7.2.8.4. Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes:

Mit den Vorgaben wird § 2 Abs. 2 Nr. 6 Satz 3 ROG Rechnung getragen, da durch die zeichnerische Darstellung von Auen, Rückhalteflächen und Entlastungsflächen als Überschwemmungsbereiche diese vor der Inanspruchnahme von entgegenstehenden Nutzungen gesichert werden.

Mit dem LEP NRW, speziell dem Ziel 7.4-6 (Überschwemmungsbereiche), sowie seinen zeichnerischen Festlegungen sind die Darstellungen ebenfalls vereinbar.

7.2.9 Planzeichen ea) Aufschüttungen und Ablagerungen (ohne ea-1 und ea-2)

Mit Planzeichen 2.ea) werden Anlagen zur Ablagerung von Abfällen sowie Standorte / Vorhaben zur Lagerung oder Ablagerung von Bodenschätzen, Nebengestein oder sonstigen Massen, ohne zusätzliche symbolhafte Konkretisierung, die aufgrund ihres Flächenumfangs von mindestens 10 ha als raumbedeutsam anzusehen sind, zeichnerisch dargestellt.

7.2.10 Planzeichen ea-1) Abfalldeponien

Zeichnerisch dargestellt werden – unabhängig von der jeweiligen Betreiberstruktur oder Zulassungsbehörde – oberirdische Deponien der Klasse I und höher, die aufgrund ihres Flächenumfangs von mindestens 10 ha als raumbedeutsam anzusehen sind und die noch nicht in der Nachsorgephase sind. Da für Deponien nicht bereits im Rahmen der Zulassung der Zeitpunkt des Abschlusses der Stilllegungsphase festgelegt wird, sondern hierüber jeweils erst auf Antrag des Betreibers hin entschieden wird, ist für die einzelnen Standorte nicht bekannt, wann mit dem Abschluss der Stilllegungsphase zu rechnen ist. Es ist daher nicht möglich, für voraussichtlich kurz vor dem Abschluss der Stilllegung stehende Deponien auf eine zeichnerische Darstellung zu verzichten.

Für Deponien, die bereits in der Nachsorgephase sind, erfolgt keine zeichnerische Darstellung. Gleichwohl können an Standorten von Deponien in der Nachsorgephase die nachfolgenden Nutzungsmöglichkeiten eingeschränkt sein.

Der LEP NRW sieht in Ziel 8.3-1 vor, dass Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, in den Regionalplänen zu sichern sind und bei der Planung neuer Standorte die Eignung stillgelegter Standorte hierfür zu prüfen ist. Außerdem sind gemäß Ziel 8.3-3 LEP NRW Standorte für Deponien verkehrlich umweltverträglich anzubinden, und nach Grundsatz 8.3-4 LEP NRW soll die räumliche Verteilung von Deponien und Abfallbehandlungsanlagen eine möglichst entstehungsortnahe Beseitigung nicht verwertbarer Abfälle ermöglichen. Vor dem Hintergrund der LEP-Vorgabe einer Prüfung der Eignung stillgelegter Standorte bei der Planung neuer Standorte ist eine zeichnerischen Dar-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

stellung völlig neuer Standorte abseits bestehender Deponien zurzeit nicht angezeigt. Für die bestehenden Standorte ist davon auszugehen, dass ihre verkehrliche Erschließung sowie räumliche Verteilung als so geeignet wie möglich anzusehen sind.

Mit der zeichnerischen Darstellung einer Abfalldeponie ist – wenngleich Erhebungen zu vorhandenen Deponieklassen bei der Abschätzung des grundsätzlichen Bedarfs an Deponieraum im Planungsraum von Bedeutung sind – keine Entscheidung über die zulässige Betreiberstruktur oder die an den einzelnen Standorten vorzusehenden Deponieklassen verbunden. Theoretisch ermöglichen die Darstellungen des Regionalplans – sofern die jeweiligen fachlichen Voraussetzungen in nachfolgenden Verfahren erfüllt werden – an allen zeichnerisch dargestellten Standorten alle Deponieklassen. Die im Einzelfall zulässige Deponieklasse kann sich somit an den jeweiligen Standortbedingungen ausrichten.

Vor diesem Hintergrund und unter Berücksichtigung der vielfältigen Möglichkeiten der Deponiegestaltung einschließlich der Einplanung zielgerichteter Schutzmaßnahmen (beispielsweise Begrenzung der Schallleistungspegel der zulässigen Maschinen, Verbot der gleichzeitigen Nutzung schallintensiver Maschinen, Organisationsvorgaben zum Ablauf des Deponiebetriebs) zur Vermeidung schädlicher Umwelteinwirkungen vor Ort ist davon auszugehen, dass die dargestellten Standorte grundsätzlich für die weitere Planung von Deponien geeignet sind.

Innerhalb der zeichnerischen Darstellung mit Planzeichen ea-1) wird jeweils die Nachfolgenutzung nach Abschluss der abfallwirtschaftlichen Nutzungen dargestellt. Das betrifft auch die überlagernd dargestellten Freiraumfunktionen. Für etwaige im GEP99 vorhandene Darstellungen von Wald als Nachfolgenutzung wird eine Streichung vorgesehen, da diese nicht mehr den technischen Anforderungen an geeignete Deponie-Nachfolgenutzungen entspricht.

Der LEP NRW enthält Vorgaben zum Schutz von in den Regionalplänen festgelegten Waldbereichen. Eine Inanspruchnahme dieser Bereiche darf nur ausnahmsweise unter engen Voraussetzungen erfolgen. Diese Vorgabe ist u.a. von Bedeutung bei der Abgrenzung von Deponiedarstellungen. An vielen der dargestellten Deponiestandorte existieren Waldbestände, die aufgrund ihres sehr kleinen Flächenumfangs im regionalplanerischen Maßstab nicht erkennbar aus der Darstellung ausgespart werden können oder die im Bereich bereits abgeschlossener Deponiekörper (mehrere Standorte befinden sich bereits in der Stilllegungsphase) oder entlang deren Böschungen stehen und somit keine Flächenreserve für eine etwaige spätere Deponienutzung betreffen. In beiden Fällen werden die Waldbestände in die zeichnerische Darstellung der Deponie einbezogen. An wenigen Deponiestandorten existieren jedoch auch im regionalplanerischen Maßstab erkennbare Waldbestände in direktem Anschluss an Flächenreserven für eine spätere Deponienutzung. In diesen Bereichen wird die zeichnerische Darstellung der Deponie so weit zurück genommen, dass die Waldbestände nicht mehr davon erfasst werden und sie entsprechend ihrer tatsächlichen Ausdehnung als Waldbereich dargestellt werden können.

Grundsätzlich stellt sich im Zusammenhang mit der Entscheidung über die zeichnerisch darzustellenden Standorte die Frage nach dem Bedarf an Deponiekapazitäten im Planungsraum. Um einen vollständigeren Eindruck von den angefallenen Mengen, den noch verfügbaren Deponievolumina sowie der Bedeutung für die Entsorgungssicherheit zu bekommen, wird nachfolgend zunächst der gesamte Regierungsbezirk betrachtet. Ergänzend werden Schlussfolgerungen für die Situation im Planungsraum Düsseldorf abgeleitet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Insgesamt fielen im Regierungsbezirk Düsseldorf im Jahr 2014 (Stichtag 31.12.14) 4,5 Mio. Mg (Megagramm = Tonnen) Abfälle an (Quelle für diese und alle weiteren Mengenangaben: ADDIS), die auf Deponien der Klassen I, II, und III entsorgt wurden. Mit 58 % wurden mehr als die Hälfte dieser Abfälle (2,6 Mio. Mg) auf Deponien in anderen Regierungsbezirken gebracht. Es wurden umgekehrt nur 0,6 Mio. Mg importiert, so dass auf den Deponien im Bezirk 2,5 Mio. Mg aufgebracht wurden. Ein Vergleich mit den anderen vier Regierungsbezirken, die zusammen nur 0,9 Mio. Mg exportierten, zeigt, dass der Transportanteil aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf in andere Regionen überdurchschnittlich hoch ist. Dies ist vor dem Hintergrund des sowohl in § 1 des Landesabfallgesetzes Nordrhein-Westfalen als auch im LEP NRW verankerten Grundsatzes der Nähe bedenklich. Im Zusammenhang hiermit ist auch zu erwähnen, dass die Entsorgungspreise im Regierungsbezirk überdurchschnittlich hoch sind, was als Indiz dafür gewertet werden kann, dass keine ausreichenden Deponiekapazitäten zur Verfügung stehen, was gleichzeitig aber auch einen Export in andere Regionen befördert.

Für eine nähere Betrachtung des Verhältnisses von angefallenen Mengen und verfügbaren Deponievolumina ist zwischen Deponien der Klassen I und II einerseits und III andererseits zu unterscheiden. Von entscheidender Bedeutung für die Abschätzung der Bedarfe im Planungsraum ist die Situation der DK I- und DK II-Deponien. Im Regierungsbezirk sind im Jahr 2014 insgesamt 4,17 Mio. Mg Abfälle angefallen, die auf Deponien der Klasse I und II entsorgt wurden. Unter der Annahme einer zukünftigen linearen Entwicklung der Abfallmengen für beide Deponieklassen und eines mittleren spezifischen Gewichts von 1,6 Mg/m³, wäre von einem jährlich notwendigen Ablagerungsvolumen von 2,6 Mio. m³ auszugehen. Insgesamt gibt es, unter Berücksichtigung aller verfügbaren Volumina in öffentlichen und Werksdeponien und wenn alle bekannten Planungen auch umgesetzt werden (die in den derzeit bereits baulich eingerichteten Deponieabschnitten verfügbare Menge liegt z.T. erheblich niedriger), im Regierungsbezirk ein noch zu verfüllendes Restvolumen von circa 43,41 Mio. m³ (DK I: 23,24 Mio. m³, DK II: 20,17 Mio. m³). Die Deponiekapazitäten würden also für circa 16,7 Jahre ausreichen. Gemessen an der Dauer von Planfeststellungsverfahren von mehreren Jahren sowie ggf. vorlaufend erforderlichen Standortsuchverfahren ist dieser Zeitraum als vergleichsweise gering anzusehen.

Betrachtet man nicht das gesamte Gebiet des Regierungsbezirks Düsseldorf, sondern lediglich den Planungsraum Düsseldorf, stellt sich die Situation nochmals deutlich angespannter dar. Denn der wesentliche Anteil des verfügbaren Restvolumens liegt in den Deponien Asdonkshof und Eichenallee (beide Kreis Wesel), und auch wesentliche Planungen für Deponien der DK I betreffen diesen Bereich.

Außerdem ist damit zu rechnen, dass – entgegen der obigen Annahme einer linearen Entwicklung – die auf Deponien abzulagernden Mengen steigen werden, so dass die tatsächliche Versorgungsdauer noch kürzer ist. Dieses hat folgende Gründe:

1. Die Akzeptanz von Recycling-Baustoffmaterial ist gesunken, weil in der Vergangenheit Einzelfälle aufgetreten sind, bei denen eingebautes Recycling-Material hohe Schadstoffbelastungen aufwies. Zur Vermeidung hoher zukünftiger Kosten durch die Beseitigung belasteten Recycling-Materials bei nachfolgenden Bauarbeiten, verzichten Bauherren z. B. für den Straßenbau auf den Einsatz von aufbereiteten Baumaterialien und setzen lieber neu gewonnene mineralische Baustoffe ein. Soweit der Straßenbau als früherer

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Hauptabnehmer der Recyclingbaustoffe weitgehend entfällt, fehlt der Markt für diese Materialströme, so dass eine Ablagerung auf Deponien zu erwarten ist.

2. Es treten zurzeit zudem verstärkt Probleme mit Baustoff-Recyclern auf, die – u.a. aufgrund der mangelnden Akzeptanz der aufbereiteten Stoffe (s.o.) – ihre aufbereiteten Materialien nicht verkaufen können und dadurch immer größere Lagermengen aufbauen, so dass ihre genehmigten Lagerkapazitäten überschritten werden. Gerade im Winter wird durch die eingeschränkte Bautätigkeit nicht mehr so viel Recycling-Material von der Bauindustrie abgenommen. Diese Mengen müssen daher verstärkt auf Deponien entsorgt werden, um die Lagerkapazitäten auf den genehmigten Umfang zurückzufahren.

3. Der Entwurf der sogenannten Mantelverordnung, in der die Umweltanforderungen an die ordnungsgemäße und schadlose Verwertung mineralischer Ersatzbaustoffe in technischen Bauwerken neu geregelt werden, befindet sich zurzeit in der politischen Diskussion. Höhere Anforderungen und Auflagen für die zum Einbau zugelassenen Materialien können dazu führen, dass mehr Abbruch-Materialien auf Deponien entsorgt werden müssen.

4. Die Verwendung von DK I-Materialien (0,42 Mio. Mg) für Deponieabschlussarbeiten (Profilierungen) der bis 2005 (seitdem Ablagerungsverbot organischer Abfälle) geschlossenen Altdeponien wird in den nächsten Jahren abgeschlossen, so dass auch diese Mengen von den geöffneten Deponien aufgenommen werden müssen.

Im Sinne des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist mit Blick auf die Ressourcenschonung eine möglichst ortsnahe Entsorgung anzustreben. Dies gilt insbesondere für Abfälle der DK I und II, die kaum als transportwürdig anzusehen sind (Radius ca. 50 km von der Anfallstelle, eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Standorte ist daher wichtig). Daher sollte grundsätzlich eine Entsorgung aller im Regierungsbezirk Düsseldorf anfallenden Abfälle auch im Regierungsbezirk angestrebt werden (Entsorgungsautarkie).

Für die Entsorgung der zu erwartenden Mengen stehen im Regierungsbezirk Düsseldorf verschiedene Formen von Deponien zur Verfügung, deren Annahmepraxis von entscheidender Bedeutung für die Entsorgungssicherheit ist. Wesentliche Fallgestaltungen sind die Folgenden:

1. Die jetzigen Betreiber der öffentlich zugänglichen Deponien sind entweder öffentlich-rechtliche Einrichtungen oder privatwirtschaftliche Unternehmen mit öffentlich-rechtlicher Beteiligung. Ihr Interesse besteht darin, dass die Entsorgungssicherheit der bei ihnen entsorgenden öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger möglichst lange bestehen bleibt. Sie halten daher ihre Deponie nur für die der öffentlichen Entsorgungspflicht unterliegenden Abfälle vor, so dass die Deponien weiteren Abfallerzeugern und –mengen praktisch nicht zugänglich sind (Plöger Steinbruch in Velbert, Deponie Neuss-Grefrath). Es gibt keine Möglichkeit, einen Deponiebetreiber zu zwingen, seine Anlage für weitere Annahmen zu öffnen. Daher kommt es nicht auf das vorhandene Restvolumen der Deponie an, sondern auf die Mengen, die eine Deponie bereit ist, jährlich anzunehmen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

2. Am Standort der neu eingerichteten Deponie Eichenallee (Hünxe, Kreis Wesel) kann – bei einer späteren Gesamtkapazität von 9,05 Mio. m³ - eine Inbetriebnahme des Deponiebetriebs erst erfolgen, nachdem für den Ausbau der Ablagerungsfläche zunächst entsprechende Mengen an Ton gewonnen und vermarktet wurden. Auch dann wird jedoch die Maximalablagerungsmenge zum größten Teil von festen Abnahmeverträgen von gewerblichen Unternehmen ausgeschöpft werden, so dass für weitere Abfallströme allenfalls geringe Volumina zur Verfügung stehen dürften.

3. Am Standort der Deponie Asdonkshof (Kamp-Lintfort, Kreis Wesel) ist eine relativ geringe Annahmemenge in den letzten Jahren damit zu begründen, dass der derzeitige Bauabschnitt bald erschöpft ist und zur Einrichtung neuer Bauabschnitte für die Bereitstellung des theoretisch noch verfügbaren Restvolumens in Höhe von 11 Mio. m³ zunächst neue finanzielle Aufwendungen zu leisten wären.

4. Neben der Gewährleistung der Entsorgung seitens der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger im Wege der Daseinsvorsorge gilt es – um dem öffentlichen Interesse einer geordneten Entsorgung der anfallenden Abfälle gerecht zu werden –, auch für Erzeuger großer Mengen mineralischer Abfälle (insbesondere von DK I- und DK II-Abfällen) Deponierungsmöglichkeiten zu eröffnen. Diesen Erzeugern stehen externe und langfristig gesicherte Entsorgungswege zurzeit nur in begrenztem Umfang zur Verfügung. In diesem Zusammenhang verfügt der Standort der Deponie Breitscheid in Ratingen im Vergleich zu anderen Deponiestandorten im Regierungsbezirk über ein Alleinstellungsmerkmal, da hier noch ein neuer gewerblicher Betreiber langfristig im Wege einer Deponieerrichtung für die Eigenentsorgung seine Entsorgungssicherheit gewährleisten könnte. Hierfür wäre im Wege eines eigenständigen fachplanerischen Verfahrens über die Zulassung einer neuen Deponie zu entscheiden. Der Standort Breitscheid ist industriell durch bisherige Deponienutzungen sowie eine ehemalige Ziegelei vorgeprägt und verfügt durch die kurzwegige Anbindung an die Autobahn A 52 über einen guten Verkehrsanschluss. Er entspricht damit den standortbezogenen Vorgaben des LEP NRW. Darüber hinaus wird seitens der Bezirksregierung Düsseldorf der Deponiestandort in hydrogeologischer Hinsicht als günstig beurteilt.

   Die Stadt Ratingen hat mit Datum vom 07.04.2016 ein Schreiben geschickt, in dem ausgeführt wird, dass es keinen Bedarf für eine neue Deponie am Standort Breitscheid gebe. Sie bezieht sich bei dieser Aussage auf eine von ihr in Auftrag gegebene Kurzexpertise der Firma Prognos, die sich allerdings nur mit der Deponieklasse I auseinandersetzt. Diese Studie kommt zu dem Ergebnis, dass bei einem gleichbleibenden Aufkommen an Abfällen in der Zukunft und unter Berücksichtigung von vier geplanten DK I-Deponien in einem Radius vom 50 km um die Deponie Breitscheid die Deponiekapazitäten noch bis zum Jahr 2032 reichen werden. Sie trifft allerdings keine Aussage, dass deswegen kein Bedarf an neuen Deponien besteht.

   Wie oben dargelegt wurde für die Deponien der DK I- und DK II im Regierungsbezirk bei einem gleichbleibenden Aufkommen eine Restlaufzeit von 16,7 Jahren ermittelt. Diese wird als zu gering angesehen, um den Deponiebedarf zu sichern. Eine Restlaufzeit von cirka 16 Jahren würde bedeuten, dass es nach Ablauf dieses Zeitraums keinerlei Deponievolumen geben würde, weil sämtliche vorhandenen und auch geplanten Deponien,

Stand: Unterlagen für den Ausschussbeschluss

deren technische und rechtliche Machbarkeit teilweise noch unsicher ist, verfüllt sein würden. Es stellt sich dann die Frage, wo die danach anfallenden Materialen entsorgt werden sollten. Daher müssen schon vorher weitere Möglichkeiten zur Ablagerung von Abfällen gesichert werden.

Es wird jedoch auch schon innerhalb der nächsten Jahre für einen Teil der Abfälle keine Entsorgungsmöglichkeit geben. Bei den durchschnittlichen Berechnungen des Bedarfs und der voraussichtlich verfügbaren Kapazitäten geht der Gutachter davon aus, dass die Deponien in jedem Jahr so viel Abfall aufnehmen, dass sie nach 16 Jahren verfüllt sind. Dieses werden die öffentlich-rechtlichen Betreiber der Deponien aber nicht tun, da sie ihren Deponieraum für längere Zeiträume sichern wollen (siehe voranstehend unter 1.).

Es gibt außerdem technische Gründe, warum die gutachterlich angenommenen Mengen auf den vorhandenen Deponien nicht angenommen werden können. Besonders augenfällig ist dies am Standort der Deponie Eichenallee (vgl. voranstehend unter 2.). Hier handelt es sich um eine Austonung, die maximal so viele Abfälle aufnehmen kann, wie vorher Ton gefördert wurde, nämlich jährlich 500.000 Mg. Um diese Deponie – wie vom Gutachter angenommen – in 16 Jahren zu verfüllen, müsste mit 1.000.000 Mg jährlich die doppelte Abfallmenge angenommen werden. Da dies technisch nicht möglich ist, müsste dieser Abfall auf den anderen Deponien aufgenommen werden, die dann bereits nach 14 Jahren verfüllt wären.

In dem Schreiben der Stadt Ratingen wird zur Situation bei der Deponieklasse II gesagt, dass es hier gemäß dem Abfallwirtschaftsplan, Teilplan Siedlungsabfall, keinen Bedarf gebe. Hierzu ist darauf hinzuweisen, dass der Abfallwirtschaftsplan die Deponieklassen 0, I und II gemeinsam behandelt, so dass sich hieraus keine Aussagen zur Bedarfsdeckung für einzelne Deponieklassen ergeben. Darüber hinaus befasst sich dieser Plan nur mit den Abfällen, die den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zur Entsorgung überlassen wurden. Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die Abfälle der privaten Haushaltungen. Die Industrie und das Gewerbe sind für die Entsorgung ihrer Abfälle selbst verantwortlich. Von dem oben genannten Abfallaufkommen im Regierungsbezirk Düsseldorf von 4,5 Mio. Mg sind nur 0,33 Mio. Mg den öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern zur Entsorgung überlassen worden.

Daher sollte auch weiterhin die Möglichkeit offengehalten werden, den Standort Breitscheid für eine neue Deponie vorzusehen. An Abfällen, die auf Deponien der Klasse III (Sonderabfälle) entsorgt wurden, sind im Regierungsbezirk im Jahr 2014 insgesamt 0,3 Mio. Mg angefallen. Unter der Annahme einer zukünftigen linearen Entwicklung der Abfallmengen für beide Deponieklassen und eines mittleren spezifischen Gewichts von 1,6 Mg/m³ wäre von einem jährlich notwendigen Ablagerungsvolumen von 0,19 Mio. m³ auszugehen. Dem gegenüber stehen – unter Berücksichtigung aller verfügbaren Volumina in öffentlichen und Werksdeponien und wenn alle bekannten Planungen auch umgesetzt werden – Restvolumina auf Deponien der Klasse III im Regierungsbezirk Düsseldorf in Höhe von 1,43 Mio. m³. Die Deponiekapazitäten würden also nur für circa 7,5 Jahre ausreichen. Für den Bereich der Sonderabfälle ist die Entsorgungssicherheit im Regierungsbezirk damit nicht mehr langfristig gesichert. Allerdings ist hier der Austausch zwischen den Bezirken wesentlich größer, als dies bei den nicht gefährlichen Abfällen der Fall ist. Dies resultiert daraus, dass bei den hö-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

heren Entsorgungspreisen für diese Abfälle die Transportkosten nicht mehr so stark ins Gewicht fallen, so dass überregionale Entsorgungswege in andere Regierungsbezirke (z.B. Zentraldeponie Emscherbruch in Gelsenkirchen) akzeptabel sind und diese Abfälle auch über größere Entfernungen transportiert werden. Es besteht daher hier – anders als für die anderen Deponieklassen – kein akuter Handlungsbedarf.

Insgesamt ist somit für den Regierungsbezirk Düsseldorf und insbesondere für den Planungsraum Düsseldorf ein Bedarf an weiteren Deponiekapazitäten insbesondere der Klassen I und II erkennbar. Um vor diesem Hintergrund durch ein ausreichendes Flächenangebot die Voraussetzungen für eine entstehungsortnahe Beseitigung im Planungsraum zu erhalten und benötigte Deponiekapazitäten schaffen zu können, soll an den im Regionalplan zeichnerisch dargestellten Standorten, die ganz oder teilweise bisher noch nicht durch Deponienutzungen in Anspruch genommen wurden und in denen eine Deponienutzung grundsätzlich möglich sein kann – unter Aussparung der voranstehend genannten Überschneidungsbereiche mit Waldbeständen – grundsätzlich festgehalten werden.

7.2.10.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Insgesamt ergibt sich vor diesem Hintergrund für die folgenden Deponien ein Beibehalt der zeichnerischen Darstellung:

- Solinger Straße (Remscheid)
- Bärenloch (Solingen)
- Industriestraße (Velbert)
- Korzert (Wuppertal)
- Geldern-Pont (Straelen)
- Schlibeck (Nettetal)
- Brüggen II (Brüggen)
- Viersen II (Viersen)
- Grefrath (Neuss)
- Kreisdeponie Neuss II (Grevenbroich)
- Neuenhausen (Grevenbroich)
- Frimmersdorf-Garzweiler (Grevenbroich, Erweiterung der zeichnerischen Darstellung lediglich aufgrund der Änderung der Grenzen des Planungsraums, keine Änderung der Grundfläche der Deponie)
- Gohr (Dormagen)
- Immigrath (Langenfeld)
- Stammeshaus (Wülfrath)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.10.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

An den folgenden Standorten wird die bisherige Darstellung von Deponien gelöscht:

- Moyland (Bedburg-Hau): Genehmigung für die Deponie ist erloschen, eine Deponie wurde nie errichtet
- Bayer-Uerdingen (Krefeld): Deponie in Nachsorgephase
- Hubbelrath (Düsseldorf): südlich teilweise Streichung von Bereichen mit Waldbestand; Darstellung umfasst ca. 13 ha Erweiterungsreserve
- Breitscheid (Ratingen): westlich teilweise Streichung von Bereichen mit Waldbestand; Darstellung umfasst ca. 13 ha Erweiterungsreserve

7.2.10.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Für die folgenden Standorte ergeben sich Ergänzungen oder eine komplette Neudarstellung:

- Bayer-Dormagen (Dormagen): Sonderabfalldeponie in Ablagerungs- oder Stilllegungsphase, Ergänzung des Symbols ea-1) „Abfalldeponien“
- Plöger Steinbruch (Velbert) – Neuzuschnitt: Westliche Erweiterung bei gleichzeitig östlicher Verkleinerung (Korrektur der Abgrenzung zum GIB und zum Waldbestand). Mit nur noch knapp 1 Mio. m³ Restvolumen im Jahr 2014 ist die verbleibende Kapazität der Deponie gering. Die Stadt Velbert plant daher eine Erweiterung. Vor dem Hintergrund des geringen Restvolumens ist davon auszugehen, dass der Bedarfsnachweis im fachplanerischen Verfahren erbracht werden kann. Eine Erhöhung der Deponie scheidet aufgrund der steilen Böschungen aus, so dass nur eine flächenmäßige Erweiterung in Betracht kommt. Die Darstellung umfasst ca. 11 ha Erweiterungsreserve.

7.2.11 Planzeichen ea-2) Halden

Im Planungsraum Düsseldorf kommt es durch Wegfall der zum RVR-Gebiet gehörenden Kommunen nicht mehr zu einem Anfall bzw. zur Aufhaldung von Bergematerial. Im Planungsraum gibt es Abraumhalden des Kalktagebaus in den Räumen Mettmann, Wülfrath und Wuppertal. , für die allerdings kein Regelungsbedarf erkennbar ist. Der LEP NRW greift das Thema nicht auf.

7.2.11.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Im Gebiet des Kreises Mettmann werden alle Haldenstandorte bis auf die Halde Rohdenhaus gelöscht. Sie sind nicht mehr in Betrieb.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.12 Planzeichen eb) Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze

7.2.12.1. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

7.2.12.1.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 unverändert bestehen bleiben.

Im Vergleich zur aktuellen Fassung des GEP99 sollen im Planungsraum Düsseldorf alle bisher graphisch dargestellten Bereiche weiterhin unverändert als BSAB erhalten bleiben[12]. Ausgenommen davon sind die als zu streichende Bereiche unter 7.2.12.2 aufgeführten BSAB (s.u.).

7.2.12.1.2 Begründung

Bei den weiterhin mit der entsprechenden Zackenlinie umgrenzten Bereichen soll die Sicherung und Gewinnung der oberflächennahen energetischen und nichtenergetischen Bodenschätze (Rohstoffe) sowie die Rekultivierung der Standorte nach Abschluss der Rohstoffgewinnung abgesichert werden.

Die dargestellten Abbaugebiete für die Braunkohlengewinnung entsprechen den verbindlichen Zielen der Braunkohlenpläne Frimmersdorf und Garzweiler II, in denen die für eine geordnete Braunkohlenplanung erforderlichen Ziele enthalten sind.

Die Absicherung bestehender BSAB soll dabei aber auch den Bedarf an neuen Rauminanspruchnahmen für die Rohstoffgewinnung mindern und damit auch die entsprechenden Raumnutzungskonkurrenzen.

Die BSAB mit einem Flächenumfang von ca. 4.130 ha (siehe Abb. 7.2.12.1.2.1) – ohne die BSAB, die gemäß Raumordnungsplänen insbesondere für die Braunkohlegewinnung vorgesehen sind (Braunkohle-BSAB haben im Planungsraum einen Umfang von ca. 3.837 Hektar) und die außerhalb der BSAB zugelassenen Abgrabungen – weisen dabei gemäß den Monitoringergebnissen zum Stichtag 01.01.2015 (verfügbar bei den Unterlagen zu Sitzung des Regionalrats vom 10.12.2015: http://www.brd.nrw.de/regionalrat/index.jsp) folgende Reserven auf:

Kies/Kiessand: 1.537 ha / ca. 23,7Jahre Versorgungszeitraum;

Sand: 51 ha / k.A. wegen zu geringem Abbaufortschritt zum Versorgungszeitraum möglich;

Ton/Schluff: 200 ha / methodisch k.A. zum Versorgungszeitraum möglich;

Kalkstein/Dolomit: ca. 41,7 Jahre Versorgungszeitraum.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[12] Dies gilt einschließlich der Nachfolgenutzungen, denn auch hier gelten die nachstehenden Ausführungen insb. zum Vertrauensschutz. Dies war jedoch abweichend nicht der Fall bei überlagernden ÜSB, denn diese basieren schlicht auf Fakten (Berechnungen), die dementsprechend so gewichtig sind, dass sie auch in den Planentwurf integriert werden müssen. Zudem bleiben die BSAB auch hier umsetzbar. In gleicher Weise wurden auch Änderungen bei RGZ-Nachfolgenutzungen abweichend vorgesehen, denn diese haben in den Fällen keine hinreichend bedeutsamen Auswirkungen auf die Rekultivierung und damit den Vertrauensschutz. Abweichungen wurden ebenso im Braunkohlenplangebiet vorgesehen, die dort vertretbar waren, weil sie den Braunkohlenabbau angesichts der abbaubezogenen Lage und der insoweit im Planungsraum singulären Raumdimensionen nicht negativ tangierten.

Da der Monitoringbericht zum Stichtag 01.01.2015 für die Rohstoffgruppe Ton/Schluff aus methodischen Gründen keine Angaben zu den Versorgungszeiträumen enthält, wird hier hilfsweise auf die Ergebnisse des Monitoringberichts zum 01.01.2013[13] zurückgegriffen.

Zum damaligen Stichtag war durch die BSAB und zugelassenen Abgrabungen ein Versorgungszeitraum von 71,5 Jahren gesichert. Der Regionalplanungsbehörde ist nichts von einer wesentlichen Erhöhung der Fördertätigkeit für die Rohstoffgruppe Ton/Schluff bekannt. Es kann/muss daher davon ausgegangen werden, das auch für diese Rohstoffgruppe die landesplanerischen Vorgaben zu den Versorgungszeiträumen mehr als erfüllt sind.

Für die Rohstoffgruppe Sand wird im Monitoringbericht zum Stichtag 01.01.2015 kein Versorgungszeitraum angegeben, da der ermittelte „Verbrauch“ so gering ist, dass der gesicherte Versorgungszeitraum gegen unendlich (∞) tendiert. Auch bei der Rohstoffgruppe Sand liegt der gesicherte Versorgungszeitraum somit klar oberhalb der vom LEP NRW in Ziel 9.2-2 vorgegebenen Versorgungszeiträume (siehe hierzu auch die Ausführungen *„Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes*“ unten).

Die Notwendigkeit der Aufnahme (Umwandlung) von Sondierungsbereichen in BSAB-Festlegungen besteht somit erkennbar nicht (siehe hierzu auch die Ausführungen unter 7.2.12.3.).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[13] (abrufbar im Archiv des Regionalrates - http://www.bezreg-duesseldorf.nrw.de/regionalrat/archiv/index.jsp - (TOP 5a in der 53 Sitzung des Planungsauschusses am 13.09.2013)

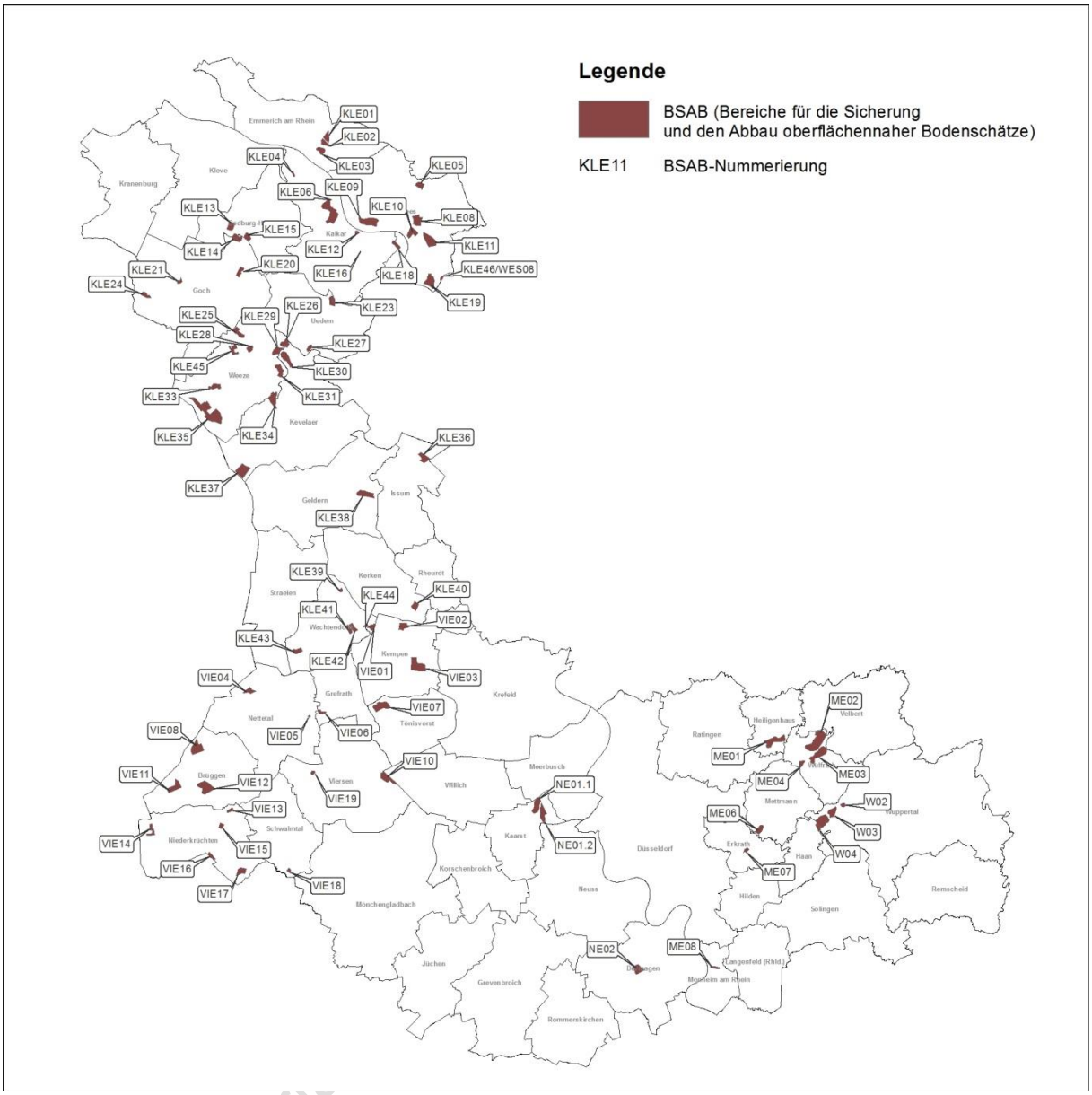


Abb. 7.2.12.1.2.1: Im RPD-Entwurf dargestellte BSAB – ohne Braunkohle-BSAB – mit Nummer

Ergänzend wird angemerkt, dass weitere Hektar als Sondierungsbereiche für künftige BSAB gesichert sind – mit für Lockergestein deutlich höheren durchschnittlichen Mächtigkeiten der Rohstoffvorkommen als bei den BSAB (vgl. das Verfahren der 51. Änderung des Regionalplans). Hierfür ergeben sich gemäß der Monitoringdaten zum Stichtag 01.01.2015 unter Verwendung des „Planungstools“ des GD NRW folgende Werte für die Rohstoffgruppe Kies/Kiessand:

Kies/Kiessand: ca. 480,0 ha / ca. 9,2 Jahre Versorgungszeitraum zum Stichtag 01.01.2015

Für die Rohstoffgruppen Sand und Ton/Schluff sind zum Stichtag 01.01.2015 keine Aussagen zur Reichweite der Sondierungsbereiche auf Basis der GD-Daten möglich. Der Monitoringbericht des GD NRW zum Stichtag 01.01.2015 enthält für diese Rohstoffgruppen keine Angaben zur Jahresförderung. Eine Aussage zur Reichweite dieser Sondierungsbereiche ist

daher nicht möglich. An dieser Stelle werden daher stattdessen die noch verfügbaren Flächengröße und Volumina aufgeführt.

Sand: ca. 11,4 ha[14] / ca. 1.406.244,92 m^3 zum Stichtag 01.01.2015

Ton/Schluff: ca. 30,1 ha[15] / ca. 1.241.680,09 m^3 zum Stichtag 01.01.2015

Kalkstein/Dolomit: ca. 2,7 Jahre Versorgungszeitraum zum Stichtag 01.01.2015

Die geplanten konkreten Abgrenzungen basieren bei den BSAB auf den Abgrenzungen der Regionalplandarstellung des GEP99. Zentrale, sich gegen andere Belange (siehe hierzu auch die Ausführungen weiter unten sowie in den Erörterungsunterlagen[16]) vom Gewicht her durchsetzende Abwägungsgründe dafür sind der Vertrauensschutz bzw. die Planungssicherheit, die Eignung und dass derzeit die im LEP NRW unter Ziel 9.2-2 geforderten Versorgungszeiträume durch die BSAB-Darstellungen und außerhalb genehmigten Abgrabungsbereiche für alle Rohstoffgruppen gesichert sind. Daher waren – auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung sowie der Stellungnahmen aus den Beteiligungsverfahren – keine hinreichenden Argumente gegeben, die gegen eine Beibehaltung der bestehenden Darstellungen und Abgrenzungen (außer Streichung ausgelaufener und zum betreffenden Stichtag rekultivierter BSAB; siehe unten) und für zusätzliche oder alternative Darstellungen sprachen. Siehe hierzu auch die vertiefenden Darlegungen weiter unten sowie die Erörterungsunterlagen[17].

Für diese Einschätzung spricht auch, dass die Darstellung der BSAB im GEP99 und deren Bestätigung im Rahmen der 51. Änderung des GEP99 (inkl. der Nichtdarstellung weiterer BSAB) in Abwägung mit den übrigen Nutzungsansprüchen an den Raum, der Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Umwelthaushaltes und unter Berücksichtigung der geologischen Lagerstättenmerkmale[17] und der rohstoffwirtschaftlichen Nutzung erfolgt ist. Darauf wird hier aufgebaut.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[14] Für die Rohstoffgruppe Sand ist keine weitere Angabe möglich, da diese beim Rheinblick-Rohstoffmonitoring stets in der Rohstoffgruppe Kies/Sand (mit-)erfasst wurde. Im landesweiten Abgrabungsmonitoring des GD NRW wird die Rohstoffgruppe Sand seit 2013 separat erfasst. Seitdem sind die Abbaufortschritte so gering, das der Versorgungszeitraum für die BSAB gegen unendlich tendiert und die Monitoringberichte daher keine Angaben zum gesicherten Versorgungszeitraum enthalten. Der gesicherte Versorgungszeitraum für Sand liegt somit jedoch eindeutig oberhalb der vom LEP vorgegebenen Versorgungszeiträume.

[15] Legt man den letzten für die Rohstoffgruppe Ton/Schluff bekannten durchschnittlichen Verbrauch von 5,6 ha/a zum Stichtag 01.01.2013 zugrunde, beträgt der durch die Sondierungsbereiche zusätzlich gesicherte Versorgungszeitraum ca. 5,8 Jahre.

[16] Verfügbar im Internet bei den Verfahrensunterlagen zum RPD, bzw. in Papierform zur Einsicht bei der Regionaplanungsbehörde (bitte Termin vereinbaren).

[17] Dabei wurden beispielsweise auch Qualitäten hinsichtlich Mächtigkeiten, Zwischenmitteln etc. betrachtet. Körnungen bei allen Bereichen vertiefend zu betrachten war nicht erforderlich (vgl. auch OVG NRW 16 A 1294/08, Urteil vom 26.09.2013), denn die für Konzentrationszonen bestimmten Flächen müssen nicht so beschaffen sein, dass sie eine bestmögliche Ausnutzung gewährleisten. Es reicht, wenn an dem Standort die Voraussetzungen für eine dem Zweck angemessene Nutzung gegeben sind. Zudem können zum Teil Klassen z.B. über Brechverfahren hergestellt werden und die Praxis zeigt auch, dass aufgrund der Vielzahl der Lagerstätten im Planungsraum auch für Untersegmente nie eine kritische Unterversorgung auftritt. Daher muss nur ergänzend noch auf die zusätzliche Option der Nutzung regionsexterner Bezugsquellen im Rahmen des Binnenmarktes verwiesen werden. Es ist im Übrigen auch im Sinne einer langfristigen Rohstoffpolitik nicht sinnvoll, primär Lagerstätten mit den

Die damalige Bewertung, Ermittlung und Darstellung von Abgrabungsbereichen bei der Aufstellung des GEP99 erfolgte u.a. auf der Grundlage der in einem Abgrabungsgutachten (Planungsgruppe Ökologie + Umwelt, 1996) durchgeführten raumbezogenen flächendeckenden Konfliktanalyse zur Lenkung der Rohstoffgewinnung in relativ konfliktarme Bereiche. So sind für jede Abgrabungsbereichsdarstellung die konkreten Vorkommensverhältnisse, die Bedarfsfragen und die Transportmöglichkeiten in Abstimmung mit allen übrigen raumbeanspruchenden Belangen abgewogen worden.

Angesichts der durch das Abgrabungsgutachten ermittelten sehr großflächigen Sand- und Kiesvorkommen im Regierungsbezirk Düsseldorf wurde mit dieser Abwägung auch verbunden, dass für die nicht als BSAB ausgewiesenen Bereiche ebenfalls private Interessen an einer Rohstoffgewinnung – soweit sie nicht schon ohnehin von den Unternehmen bekannt gegeben wurden – verallgemeinernd unterstellt und als typisierte Größe in die Abwägung einbezogen wurden. Dies gilt auch für die Abwägung im Rahmen des RPD. Etwaige lokal abweichende Erkenntnisse aus der Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung wurden gesondert abgewogen (siehe auch vertiefende Ausführungen dazu weiter unten).

Bereits bei der Aufstellung des GEP99 wurde die Verträglichkeit der BSAB insbesondere mit den Belangen des Gewässerschutzes zum Teil sehr intensiv diskutiert. Mit den aktuell geplanten Darstellungen wurden durchweg Lösungen gefunden, die eine Vereinbarkeit der BSAB (für einzelne BSAB auch an besondere Voraussetzungen / Bedingungen geknüpft) mit dem Gewässerschutz sicherstellen und damit den Vorrang des Abgrabungsbelanges rechtfertigen. Mit der Qualifizierung der BSAB als Vorrangbereiche ist zugleich die Abwägung verbunden, dass sich die Belange der Rohstoffgewinnung in den BASB gegenüber allen konkurrierenden Nutzungen, beispielsweise dem Gewässerschutz oder dem Naturschutz, durchsetzen. Für die BSAB besteht also kein Konflikt mit den übrigen, vom GEP99 oder dem RPD erfassten Belangen, der im fachplanerischen Verfahren nicht überwindbar wäre. In dem BSAB – Blatt L 4304 Wesel des GEP99 – Kalkar Niedermörmter Oberdorf (ca. 30 ha), der im RPD beibehalten wird, werden wasserwirtschaftliche Belange durch die Darstellung als BSAB nicht berührt. Die im Randbereich geringfügig überlagernde Darstellung des BSAB durch die Darstellung eines Bereiches für den Grundwasser- und Gewässerschutz steht deshalb der Behandlung als Vorrangbereich nicht entgegen. Bei diesem BSAB handelt es sich um eine auf der Ebene der Regionalplanung zeichnerisch maßstabsbedingte Parzellenunschärfe.

Der Regionalrat hat in der Vergangenheit bereits mit seinen vorhergehenden Abwägungen, zuletzt bei der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99), wiederholt deutlich gemacht, dass die BSAB-Vorranggebiete nicht isoliert betrachtet werden können, sondern Bestandteil des GEP99 insgesamt als integriertes Planungskonzept sind und ein vollständiges ausgewogenes Gesamtkonzept der Konzentrationsflächen (“Positiv- und Negativflächen”) im Plangebiet erkennen lassen (vgl. BVerwG, Urteil vom 13. März 2003, Az: 4 C 4/02).

Der Regionalrat hat sich beim RPD an dem Vorgehen bei der 51. Änderung des GEP99 orientiert und dementsprechend in seiner eigenen Abwägung zum RPD die bestehenden BSAB ebenfalls so hoch gewichtet, dass sich der Erhalt der bestehenden BSAB gegenüber den

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

---

teuersten Rohstoffklassen darzustellen, denn dann würde man die Handlungsspielräume kommender Generationen ggf. durch eine übermäßig starke Ausbeutung dieser Klassen unnötig mindern. Mit diesem Vorgehen wird dementsprechend auch die Vorgabe 9.1-1 des LEP hinreichend berücksichtigt.

anderen Belangen, wie z.B. Naturschutzbelangen oder auch den Interessen der „nicht begünstigten“ Grundstückseigentümer von Flächen außerhalb der bestehenden BSAB, durchsetzt (zu den Einzelheiten siehe die unten stehenden generellen Ausführungen – sowie die Erörterungsunterlagen (Synopsen, Themen- und Kommunaltabellen) zum RPD-Beteiligungsverfahren sowie die Ergebnisse der Erörterung und entsprechende Beschlussvorschläge[18]).

Es ist hervorzuheben, dass der Regionalrat als Träger der Regionalplanung das Konzept des GEP99 bzw. der 51. Änderung nicht ungeprüft in den RPD transferiert hat. Er hat sich bewusst dafür entschieden, das Kapitel Rohstoffsicherung nicht unbesehen als sachlichen Teilplan des GEP99 unverändert fortzuführen. Vielmehr hat er die Regionalplanungsbehörde beauftragt, im Blick zu behalten, ob sich insbesondere auf Basis des neuen LEP NRW einerseits und des Mengengerüstes andererseits ein Fortschreibungserfordernis für das Grundkonzept ergibt.[19] Die nicht abschließende Formulierung „insbesondere“ macht deutlich, dass für das Kapitel Rohstoffsicherung auch andere relevante Gesichtspunkte mitbetrachtet werden sollten. So wurde im Erarbeitungsverfahren für den RPD auch geklärt, ob seit der 51. Änderung des GEP99 Sachverhalte neu oder anders in die Abwägung eingestellt werden mussten, auch wenn das Planungskonzept seit der 51. Änderung des GEP99 kontinuierlich im Zuge des Abgrabungsmonitorings beobachtet und punktuell durch Regionalplanänderung optimiert wurde. Im Übrigen wären auch ohne diesen Auftrag des Regionalrats alle im Rahmen der Erarbeitung des RPD vorgetragenen und zur Kenntnis gelangten Aspekte in die Abwägung der RPD einzustellen gewesen. Dies waren neben neuen gesamtgesellschaftich relevanten bzw. grundsätzlichen Themen, wie z.B. dem Ausbau erneuerbarer Energien selbstverständlich auch neue oder geänderte rechtliche Vorgaben. Darüber hinaus diente zur Ermittlung solcher und anderer Aspekte die Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung, in deren Rahmen auch Anregungen und Stellungnahmen zum Rohstoffkonzept vorgetragen wurden.

Viele der dort vorgetragenen Aspekte und Argumente waren bereits aus der 51. Änderung des GEP99 oder Fachdiskussionen bekannt. Es wurden jedoch auch einzelne neue Sachverhalte, wie z.B. die Streichung bzw. Öffnung der BSAB-Darstellungen auf Grund der Planungen im Bereich der erneuerbaren Energien (Standorte für Windenergieanlagen, Leitungstrassen, Konverterstandort) in Bezug auf die Rohstoffkonzeption vorgetragen. Insgesamt waren diese jedoch alle nicht ausreichend gewichtig, als dass sie zu einer Änderung des Konzeptes oder der zeichnerischen Darstellungen geführt hätten (siehe hierzu auch die Ausführungen in dieser Begründung bzw. in den Synopsen, Themen- und Kommunaltabellen). Aus regionalplanerischer Sicht waren lediglich einige kleinere Änderungen redaktioneller Art erforderlich (bspw. die Streichung der vollständig ausgebeuteten und abschließend rekultivierten BSAB, vgl. unten stehende Ausführungen unter 7.2.12.2.1). Die Notwendigkeit einer grundlegenden Neukonzeption oder Überarbeitung des Konzeptes ergab sich jedoch nicht. Der Regionalrat kommt daher (wie auch in seinen bisherigen Entscheidungen – Erarbeitungsbeschluss und Beschluss zur 2. Offenlage zum RPD) zu dem Ergebnis, die im GEP99 dargestellten Bereiche auch im RPD entsprechend darzustellen (einzige Ausnahme bilden

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[18] Verfügbar im Internet bei den Verfahrensunterlagen zum RPD, bzw. in Papierform zur Einsicht bei der Regionaplanungsbehörde (bitte Termin vereinbaren).

[19] Vgl. Seite 73 der am 28.06.2012 vom Regionalrat beschlossenen Leitlinien (vgl. Ausführungen zum neuen LEP und dem quantitativen Bedarf) Quelle: http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/leitlinien.html

die unter 7.2.12.2.1 aufgeführten Bereiche) und die textlichen Vorgaben und Erläuterungen weitgehend unverändert zu belassen (vgl. dazu die Ausführungen in Kapitel 5.4. dieser Begründung).

Diesen Beschluss fasst der Regionalrat bewusst und mit dem Wissen, dass er auch ein deutlich geändertes Kapitel Rohstoffsicherung (inkl. umfangreicherer Streichung alter BSAB und Darstellung ganz neuer BSAB) hätte erarbeiten lassen/beschließen können. Zentrale planerische Gründe, die in ihrer Gewichtung zur Beibehaltung der bisher festgelegten Abgrabungsbereiche geführt haben, waren der Vertrauensschutz und die Planungssicherheit für alle Betroffenen bezogen auf bestehende BSAB-Darstellungen (auch z.B. von Anwohnern, Pächtern und Kommunen, die durch etwaige neue BSAB betroffen wären) sowie die grundsätzliche Eignung der bestehenden Bereiche und die landesplanerisch geforderte Versorgungssicherheit.

Auch besteht das grundlegende und gerichtlich anerkannte Planungsziel der Begrenzung der raumverbrauchenden Abgrabungen in einem dichtbesiedelten, in der Vergangenheit stark beanspruchten Raum nach dem Willen des Regionalrats weiter fort.

Von Bedeutung ist hierbei, dass die derzeitige Konzeption in den bisherigen Gerichtsentscheidungen nicht gerügt oder beanstandet wurde. Ein Änderungserfordernis aus Gründen der Rechtssicherheit ist somit ebenfalls nicht erkennbar.

Der Regionalrat hat mit dem bestehenden Konzept zudem für die Abgrabungstätigkeit mehr als substantiellen Raum geschaffen bzw. weiterhin gesichert. Dieser substantielle Raum ist aktuell noch mehr als gewährleistet, wie die Monitoringergebnisse[20] in Verbindung mit den Tabuzonendaten (s. u.) zeigen. Dabei wurden Reserven in Relation gesetzt zu den Bereichen außerhalb der harten Tabuzonen (siehe Darlegungen in diesem Kapitel). Damit werden auch die entsprechenden – von der Rechtsprechung entwickelten – Anforderungen an eine Konzentrationszonenplanung umgesetzt. Relevant ist bei der Thematik „substantiell Raum schaffen“ aber auch, dass Abgrabungen keine „statischen“ Nutzungen sind, bei denen ein Standort dauerhaft genutzt werden kann (anders als z.B. bei der Windenergienutzung), so dass auch die beim RPD gegebene hinreichende Verankerung der Fortschreibung (vgl. u. a. Ziel Z8 in Kapitel 5.4.1 des RPD sowie die Vorgaben des LEP NRW zur Fortschreibungsthematik) relevant ist und den Befund verstärkt, dass hier mehr als substantiell Raum besteht.[21] Darüber hinaus ist die historische Abgrabungstätigkeit im Raum anzusprechen, d.h. der große Umfang, den der Raum bereits für die Rohstoffversorgung – weit über die eigene Planungsregion hinaus – geleistet hat. Alle diese Argumente sprechen dafür, dass durch das vorliegende Konzept der Rohstoffgewinnung aktuell mehr als substantiell Raum eingeräumt wird.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[20] Das Monitoring legt für die Ermittlung der Versorgungszeiträume den Verbrauch der letzten Jahre zugrunde (siehe hierzu „Methodenbeschreibung für die Bewertung der Abgrabungssituation von Lockergesteinen (abrufbar auf der Website des GD NRW)). Aspekte, wie Weiterentwicklungen bei der Fördertechnik oder etwa größere Effektivität bei der Verwertung der Rohstoffe werden, da sie Einfluss auf die Nachfrage bzw. den Abbaufortschritt (Flächeninanspruchnahme) haben, indirekt berücksichtigt. Eine zusätzliche Betrachtung dieser Aspekte in der Begründung ist daher weder erforderlich noch geboten. Vielmehr würde eine solche Betrachtung zu einer doppelten Berücksichtigung dieser Aspekte führen.

[21] Die Vorgaben des LEP zu den Versorgungszeiträumen sind keinesfalls gleichzusetzen mit der Schaffung substantiellen Raumes im Sinne der Rechtsprechung zu Konzentrationszonenplanung für in § 35 BauGB privilegierten Nutzungen.

Der Rohstoffbedarf ist demnach mehr als hinreichend gesichert – besonders lang dabei sinnvollerweise für sehr begrenzt vorhandene Rohstoffe (Kalkstein/Dolomit), mit denen auch hohe Investitionserfordernisse und Beschäftigungseffekte verbunden sind. Es handelt sich damit um eine auf langfristige Vorsorge ausgerichtete, nachhaltige Regionalplanung. Die Notwendigkeit für die Aufnahme (Umwandlung) von Sondierungsbereichen in BSAB-Festlegung (Darstellungen) besteht somit derzeit erkennbar nicht.

Mit der Konzentration von Abgrabungsvorhaben auf die dargestellten Abgrabungsbereiche wird das Ziel verfolgt, Lage und Größe von Abgrabungsvorhaben zu steuern. Auch Vorhaben mit einer Gesamtfläche von weniger als 10 ha sollen in den Konzentrationszonen durchgeführt werden (Sonderfall: textliche Sonderregelung in Kap. 5.4.1, Z. 4), insbesondere da der Raum bereits stark durch eine Vielzahl geplanter, aktiver und früherer Abgrabungen belastet ist. Auf diese Weise sollen die gewinnbaren Rohstoffmengen optimiert und die regionale Flächenbeanspruchung und die Konfliktintensität der Abbautätigkeit vermindert bzw. zeitlich gestaffelt werden.

Die Flächen wurden raumordnerisch im Hinblick auf eine zweckmäßige Abgrenzung und Lage überprüft. Dieser Überprüfung liegt ein für Konzentrationszonen erforderliches planerisches Konzept von harten und weichen Tabuzonen zu Grunde. Dies baut insbesondere auf dem entsprechenden Konzept der 51. Änderung des Regionalplans GEP99 auf.

Einzubeziehen ist die aktuelle Rechtsprechung zur Systematik von Konzentrationszonenplanungen. Hierzu wird u.a. auf das Urteil des BVerwG vom 11.04.2013 (4 CN 2.12) und die rechtssystematischen Ausführungen im Kapitel 7.2.15.2.1 der Begründung, die auch hier für die Rohstoffgewinnung entsprechend gelten, verwiesen.

Aufgrund der entsprechenden Relevanz der harten und weichen Tabuzonen seien diese Kriterien hier explizit aufgeführt:

Als hartes Tabukriterium für BSAB – und auch Sondierungsbereiche für künftige BSAB – wurde festgelegt: Bereiche ohne einen der folgenden Rohstoffe: Sand, Kies/Kiessand, Ton/Schluff oder Kalkstein/Dolomit[22], die nicht zugleich in BSAB für den Braunkohlenabbau (entsprechend der Braunkohlenplanung) liegen - ohne Bereiche, in denen aufgrund von Abgrabungstätigkeiten in BSAB keine Rohstoffe mehr vorhanden sind.[23] Dies sind im Planungsraum Düsseldorf (Gesamtgröße ca. 363.769 ha) ca. 77.040 ha (ca. 21%).[24]

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[22] Für die Braunkohlethematik ist auf die enge Bindung an die Braunkohleplanung bei der Bezirksregierung Köln hinzuweisen.

[23] Dass bereits abgegrabene BSAB weiterhin dargestellt werden, obwohl die Rohstoffe bereits vollständig gewonnen wurden, liegt darin begründet, dass es sinnvoll ist, BSAB bis zum Abschluss der Rekultivierung als BSAB fortbestehen zu lassen, so dass auch die korrespondierenden Rekultivierungsvorgaben gelten. Zudem bestünde sonst ein unnötiger Aufwand darin, immer exakt die Verschiebung der Abbaugrenzen nachzuhalten.Die Beibehaltung der BSAB-Darstellungen bis zur abschließenden Erkultivierung dient zudem der Umsetzung des Ziels 9.2-4 Nachfolgenutzung des LEP NRW

[24] Ergänzende Hinweise/Daten:

Bereiche ohne Sand	ca. 347.186 ha (ca. 95 %)
Bereiche ohne Kies/Kiessand	ca. 83.905 ha (ca. 23 %)
Bereiche ohne Ton/Schluff	ca. 315.749 ha (ca. 87 %)

(Diese Daten wurden ermittelt auf Grundlage der vom GD NRW zur Verfügung gestellten GIS-Daten Rohstoffkarte NRW)[25]

Dazu ist anzumerken, dass z.B. auch unter Siedlungsflächen Rohstoffvorkommen existieren.

Die korrespondierenden räumlichen Daten können vom Regionalrat eingesehen werden – ebenso die aktuellen GIS-Daten zu den Kategorien, die in der Spalte „Ergänzende Hinweise auf weitere Raumnutzungen“ in Anhang 1 der Anlage 4 der Sitzungsvorlage zur 32. Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008, TOP 4 (ggf. auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv) genannt wurden (bitte ggf. Termin vereinbaren).

In keinem der graphisch dargestellten BSAB oder Sondierungsbereichen für künftige BSAB gab es ein Fehlen von Rohstoffen (ausgenommen natürlich in bereits vollständig abgebauten Teilbereichen).

Die obigen Bereiche ohne Rohstoffe sind ein hartes Tabu für BSAB und Sondierungsbereiche, da sie aus tatsächlichen Gründen nicht für eine Abgrabung und damit die korrespondierende Regionalplandarstellung in Frage kommen bzw. kamen. Dass es nicht mehr harte Tabubereiche gibt, liegt an den hohen Anforderungen an das Bestehen von harten Tabus einerseits und den Spezifika der Regionalplanung und der hiesigen Regionalplanungsregion andererseits. Hierzu wird ebenfalls auf die entsprechenden Ausführungen in Kapitel 7.2.15.2.1 dieser Begründung verwiesen.

Als weiches Tabukriterium wurde festgelegt: „keine Darstellung von BSAB außerhalb bestehender BSAB“. Analog dazu wurde auch für die Sondierungsbereiche für künftige BSAB das Tabukriterium „keine Neudarstellungen von Sondierungsbereichen für künftige BSAB außerhalb bestehender Sondierungsbereiche für künftige BSAB“ gebildet. Diese Kriterien bilden jeweils räumlich betrachtet eine sehr große Tabuzone. Im Kern basieren diese weichen Tabukriterien für BSAB und Sondierungsbereiche primär auf Gründen des Vertrauensschutzes bzw. der Planungssicherheit und der Eignung der Bereiche – wie nachfolgend noch weiter ausgeführt wird.

Bei der Festlegung der Tabubereiche – der für BSAB und der für Sondierungsbereiche – wurde im Übrigen in der Abwägung auch einbezogen, dass sich das Plangebiet gegenüber dem GEP99 durch den Wegfall der Kommunen im RVR-Gebiet verkleinert hat. Im Ergebnis spielte das aber primär für das Mengengerüst eine Rolle. In diesem wurde es über das Monitoring entsprechend einbezogen und berücksichtigt.

Die obige Herangehensweise an die Thematik der harten und weichen Tabubereiche bezüglich der BSAB korrespondiert mit dem Vorgehen der Regionalplanungsbehörde bezüglich der BSAB bei der 51. Änderung des Regionalplans GEP99 (vgl. auch OVG NRW, Urteil vom 26.09.2013, 16 A 1294/08, sowie BVerwG, Beschluss vom 22.05.2014, 4 B 56/1).

Dem Regionalrat ist bewusst, dass er die bestehenden BSAB ändern oder neue BSAB hinzufügen kann – und entsprechend die Sondierungsbereiche. Dem Regionalrat ist bei seiner Abwägung auch bewusst, dass es keine Mengenbegrenzung als spezielles hartes Tabukrite-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Bereiche ohne Kalkstein/Dolomit	ca. 360.521 ha (ca. 99 %)
Bereiche der Braunkohlepläne:	ca. 3.837 ha (ca. 1%)

[25] Bei den Bereichen in der vorstehenden Auflistung sind z.T. auch ehemalige Abgrabungsbereiche erfasst.

rium gibt; es handelt sich insoweit also jeweils um ein weiches Tabukriterium. Der Regionalrat trifft diese Entscheidung bzgl. der BSAB und Sondierungsbereiche aus planerischen Abwägungsgesichtspunkten. Er möchte keine unnötige Ausweitung der Möglichkeiten, Abgrabungen zu beginnen, denn dann würden die Abgrabungen angesichts begrenzter Absatzmärkte im Wesentlichen nur langsamer abgegraben mit u.a. den negativen Folgen länger andauernder Belastungen durch den Abbaubetrieb und späterer Herstellung angestrebter Nachfolgenutzungen. Zudem würden tendenziell noch mehr Flächen gleichzeitig für den Abbau hergerichtet und insoweit anderen Nutzungen entzogen sein und selber zu lokalen Belastungen führen (entsprechendes gilt hinsichtlich des zumindest Entzuges für bestimmte Nutzungsoptionen für überzogene „Flächenreservierungen“ durch Sonderungsbereiche). Da der Regionalrat gleichzeitig insbesondere aus Gründen des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit die bestehenden BSAB – die nach hiesiger Überprüfung auch für Abgrabungen geeignet sind – erhalten will, ist derzeit – auch in der erfolgten Abwägung mit gegenteiligen lokalen Interessen außerhalb der BSAB – kein Raum für weitere BSAB-Darstellungen; gleiches gilt für die Sondierungsbereiche. Da dieses weiche Tabu-Kriterium jeweils ein sehr weitreichendes ist, wurde es insbesondere im Rahmen der Abwägung der Stellungnahmen aus der Öffentlichkeits- und Verfahrensbeteiligung sehr genau geprüft; d.h. es wurde ermittelt, ob es auch angesichts der vorgetragenen Änderungswünsche und deren Begründung haltbar ist – was der Fall war. Die Interessen derjenigen, die außerhalb der bestehenden BSAB neue BSAB oder außerhalb der bestehenden Sondierungsbereiche neue Sondierungsbereiche wünschen, werden damit aber nicht dauerhaft zurückgestellt. Denn BSAB sind verbrauchende Darstellungen und Entsprechendes gilt übertragend für Sondierungsbereiche für künftige BSAB. Insoweit besteht ggf. die Chance, evtl. bei künftigen Neudarstellungen mit BSAB-Darstellungen – oder Sondierungsbereichen – zum Zuge zu kommen. Siehe hierzu auch die unten stehenden vertiefenden Ausführungen.

Das bedeutet, dass selbst sehr restriktionsarme Bereiche mit sehr guten Lagerstätten als Ergebnis der Abwägung zumindest derzeit nicht als zusätzliche BSAB oder zusätzliche Sondierungsbereiche dargestellt werden sollen.

Hierbei hat der Regionalrat auch die Erläuterungen zu 9.9-2 des LEP NRW im Blick. Dort heißt es zu den Versorgungszeiträumen: *„20 Jahre für Lockergestein und 35 Jahre für Festgestein sind der Regelfall. Im Hinblick auf die vielfältigen Nutzungskonflikte, die mit Abgrabungen verbunden sind, sollen diese Versorgungszeiträume bei neuen Regionalplänen nicht wesentlich überschritten werden.“*

Insbesondere aufgrund der hohen Bedeutung des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit (in Bezug auf bestehende BSAB-Darstellungen) sowie der Eignung der BSAB für den Rohstoffabbau bestehen keine hinreichenden Gründe, bestehende BSAB gegen neue Bereiche ganz oder teilweise zu tauschen oder zusätzliche BSAB darzustellen (siehe aber ergänzend dazu insb. die Auswertung der Beteiligung). Gleiches gilt für Sondierungsbereiche. Das betrifft dabei somit auch die Frage von Darstellungen in der Beikarte 5C.

Dabei wurde z.B. – wie auch bei der Ablehnung reiner Neudarstellungen – auch gesehen, dass es außerhalb der BSAB Bereiche gibt, die geologisch attraktiver, für Abgrabungsunternehmen/der Agrabungsunternehmenserhalt wichtiger und/oder z.B. mit Blick auf Umweltbelange restriktionsärmer sind, als einige der bestehenden BSAB. Mit Einschränkungen gilt das auch für die Sondierungsbereiche.

Ebenso wurde gesehen, dass es für bestehende BSAB und Sondierungsbereiche partiell abweichende Nutzungsinteressen gibt (einschließlich des Erhalts für umweltbezogene Zwe-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

cke) – zum Teil auch der Eigentümer (inkl. Eigentümererklärungen). Solche Interessen – und auch Eigentümer selbst – können sich aber im Laufe der Zeit ändern – entsprechend den Erfahrungen der Regionalplanungsbehörde – und dies ist aufgrund der finanziellen Wertigkeiten von BSAB-Flächen auch wahrscheinlich. Jedenfalls ist bei den beibehaltenen BSAB und Sondierungsbereichen derzeit nicht davon auszugehen, dass diese dauerhaft nicht für Abgrabungen zur Verfügung stehen (sofern dies standörtlich z.B. aufgrund des Beteiligungsverfahrens abweichend zu bewerten wäre, wäre dies standörtlich in den Erörterungsunterlagen (Synopsen, Themen- und Kommunaltabellen)[26] vermerkt worden).

Der Regionalrat hat bei seiner entsprechenden Abwägung u.a. auch die Erkenntnisse aus der Beteiligung zum RPD und den Unterlagen der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99) einbezogen. Das heißt, die vorstehend dargelegten weichen Tabus für BSAB und Sondierungsbereiche wurden unter abwägender Einbeziehung von gegen dieses Kriterium sprechenden Aspekten festgelegt.

Hierbei wurde dementsprechend unter anderem auch geprüft, ob sich aus der Beteiligung zum RPD (siehe dazu die entsprechenden Unterlagen) oder den Sitzungsunterlagen zur 51. Änderung des Regionalplans Argumente ergeben, z.B. standörtliche Aspekte, die dazu führen würden, dass diese weichen Tabukriterien nicht als generelle Kriterien zu halten wäre. Dem war nicht so (siehe Erörterungsunterlagen (Synopsen, Themen- und Kommunaltabellen)[27].

Für die 51. Änderung wird dabei insbesondere auf die Unterlagen zur 32. Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008, TOP 4, verwiesen (http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/32RR_Tagesordnung2008.html, alternativ auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv).27 Diese Sitzungsvorlage kann in gedruckter Form auch bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingesehen werden (bitte ggf. Termin vereinbaren). Der Regionalrat teilt die damaligen Ablehnungsgründe für die Darstellung von BSAB außerhalb der bestehenden BSAB, soweit sie nicht ggf. durch Bewertungen in aktuelleren Sitzungsunterlagen zum RPD aktualisiert wurden. Gleiches gilt für die Ablehnung von Sondierungsbereichen außerhalb der bestehenden Sondierungsbereiche. Bei den damals als BSAB und Sondierungsbereiche abgelehnten Bereichen sind auch nach den aktuellen Daten in der Abwägung mit den gegen die Darstellung (und für das entsprechende weiche Tabukriterium) sprechenden Gründen keine hinreichend gewichtigen Gründe für eine Darstellung gegeben. Ebenso wenig sind bei im RPD-Entwurf dargestellten Bereichen angesichts des hohen Bestandsschutz- und Planungssicherheitsinteresses[28] nach den

[26] Verfügbar im Internet bei den Verfahrensunterlagen zum RPD, bzw. in Papierform zur Einsicht bei der Regionaplanungsbehörde (bitte Termin vereinbaren

[27] Ebenso entsprechend einbezogen und von der Abwägung hergeteilt wurden und werden die aktuelleren – insoweit nun prioritäten - Erkenntnisse zur nur einzelstandortbezogenen 48. Änderung des Regionalplans (GEP99) gemäß der Sitzungsvorlage zu TOP 4 der 33. Sitzung des Regionalrates am 11.12.2008 http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/33RR_Tagesordnung2008.html / alternativ auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv (Bezirksregierung Düsseldorf, 2008b).

[28] Die gilt unter anderem für die Rohstoffindustrie insgesamt, einzelne Unternehmer, Abnehmer, Kommunen, Kreise, Anwohner, verschiedene Verbände, Pächter sowie Eigentümer. Das Planungssicherheitsinteresse besteht (auch) für potenziell (negativ) Betroffene außerhalb der BSAB und Sondierungsbereiche. Denn potenziell (negativ) Betroffene (z.B. landwirtschaftliche Pächter bei ihren Investitionsplanungen) können derzeit davon ausgehen, dass sie mindestens zunächst nicht betroffen sind, angesichts hinreichender BSAB und Sondierungsbereiche.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

aktuellen Daten hinreichende Gründe für eine Streichung gegeben (Ausnahme rekultivierte Bereiche; siehe Kap. 7.2.12.2.1).

Die Ablehnungsgründe für nicht dargestellte Bereiche gelten im Übrigen insoweit entsprechend auch für etwaige damals noch nicht benannte Interessensbereiche. Somit können die vorstehend skizzierten weichen Tabukriterien im Rahmen der RPD-Erarbeitung weiterhin aufrechterhalten werden.

Der Regionalrat hat auch das Privatinteresse (seitens Grundstücksbesitzern, Abgrabungswirtschaft etc.) an der Nutzung heimischer Rohstoffe auf geeigneten Flächen im Planungsraum als typisierte Größe in seine Abwägung eingestellt – sowohl für Sondierungsbereiche als auch für BSAB. Soweit dem nicht mit entsprechenden Darstellungen gefolgt wurde, gingen entsprechende andere raumordnerische Aspekte gemäß der Begründung vor (fehlender Bedarf, Restriktionen etc.). Darüber hinaus hat der Regionalrat sowohl in seiner Abwägung zur 51. Änderung des GEP 99 wie auch im jetzigen Verfahren alle Flächen, für die im Rahmen der Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung eine konkrete Interessenlage dargelegt wurde, in einer Gesamtbereichstabelle und – soweit relevant – der SUP-Teilbereichstabelle (primär über Querverweise auf die Unterlagen der 51. Änderung) sowie ggf. ergänzend in den Synopsen zur 51. Änderung und den RPD-Synopsen und RPD-Themen- und –Kommunaltabellen abgeprüft (vgl. zur 51. Änderung die o.g. Unterlagen).

Konkrete Flächenmeldungen, die nach der 51. Änderung oder in der jetzigen Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung vorgetragen wurden, wurden entsprechend dem Vorgehen der 51. Änderung in einer Ergänzung zur damaligen Gesamtbereichstabelle bewertet.

Typisierend einbezogen – bzw. konkret über eingegangene Stellungnahmen und deren Abwägung – wurde im Übrigen bei der Abwägung für BSAB und Sondierungsbereiche auch, dass einzelne Pächter, Besitzer, Anwohner etc. u. U. kein Interesse an einer Sicherung und Nutzung von Flächen für die Rohstoffgewinnung haben. Soweit dennoch eine Darstellung erfolgte, waren die aus der Begründung ersichtlichen Gründe für eine Darstellung (u.a. Eignung, Mengengerüst, Vertrauensschutz, Planungssicherheit) jedoch prioritär. Bei Grundstücksbesitzern kommt hinzu, dass sich ein etwaiges aktuell nicht bestehendes Interesse gerade im Bereich der Rohstoffgewinnung oft ändert (Generationswechsel, höherer Kaufpreis, standörtliche Aufgabe bisheriger bestehender oder geplanter anderweitiger Nutzungen u.Ä.), so dass eine Sicherung im Regionalplan ungeachtet dessen regelmäßig sinnvoll ist.

Im Kontext der Beibehaltung von BSAB und Sondierungsbereichen und des derzeitigen Verzichts auf neue Standorte spielt es bei der Abwägung – wie vorstehend bereits kurz erwähnt – auch eine Rolle, dass das Abgrabungsgeschäft anders als z.B. die Windenergienutzung flächendynamisch ist. Das heißt, einmal dargestellte Bereiche können nach der Abgrabung nicht mehr genutzt werden, so dass sich das Abgrabungsgeschehen für einen Fortbestand der Rohstoffversorgung auf neue Bereiche konzentrieren muss. Bei der Windenergienutzung können einmal hierfür genutzte Bereiche i.d.R. dauerhaft genutzt werden (sofern es keine technisch-wirtschaftlichen Hinderungsgründe gibt). Damit kann bei Abgrabungen eine langfristige Verbesserung (= z.B. verbesserte Rücksichtnahme auf Umweltfolgen) auch mittels eines „sanften Übergangs“ realisiert werden, bei dem man bestehende unverritzte Bereiche nicht streicht (siehe nachstehende Ausführungen zu erheblichen Umweltauswirkungen), aber neue, zusätzliche Bereiche in nach heutigen Erkenntnissen noch besseren, noch umweltschonenderen Gebieten lokalisiert.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In diesem Kontext ist anzumerken, dass bei der 51. Änderung Sondierungsbereiche für neue BSAB regelmäßig nicht in umweltbezogen bereits besonders wertvollen Bereichen lokalisiert wurden, sondern in noch nicht wertvollen Bereichen. Verknüpft wurde dies mit der Hoffnung, dann nach etwaigen Abgrabungen evtl. sogar eine Steigerung des Umweltwertes erreichen zu können, statt „nur“ die Wiederherstellung eines hohen Umweltwertes. Der Grundstein für einen „sanften Übergang“ ist insoweit gelegt.

Unternehmensinteressen an der Darstellung neuer Bereiche und am Standorterhalt wurden im Übrigen auch betrachtet und sachgerecht in die Abwägung einbezogen. Hier dient u.a. die Sonderregelung in Z4 des RPD-Kap. 5.4.1 als eine raumgerecht begrenzte Hilfestellung. Ansonsten ist es aber Unternehmen zuzumuten, sich um Flächen auch in anderen bestehenden BSAB (ggf. auch unter Nutzung anderer Abbautechniken) – es gibt genügend unverritzte BSAB-Flächen in der Planungsregion Düsseldorf – zu bemühen, bspw. sich in Abgrabungsunternehmen und Standorte mit BSAB-Flächen einzukaufen (oder in Sondierungsbereiche) oder auch sich auf andere Regionen oder Tätigkeiten zu verlagern. Die Systematik der regionalplanerischen Rohstoffsicherung in der Planungsregion Düsseldorf ist inzwischen lange bekannt, so dass Unternehmen genügend Zeit hatten, sich auf dieses System einzustellen. Über das Fortschreibungserfordernis im Falle eines künftigen Bedarfs bestehen zudem auch prinzipiell Perspektiven für mögliche Neudarstellungen.

Zum Mengengerüst für die Erarbeitung des Regionalplans im Kontext der Landesplanung: Die Darstellungsgrößen im Planentwurf – siehe dazu die weiter oben stehenden Ausführungen insb. zum Substanzgebot - sind auch im Lichte der landesplanerischen Vorgaben hinreichend, d.h. die Rohstoffversorgung ist durch die dargestellten BSAB sowie die außerhalb der BSAB genehmigten Abgrabungsbereiche in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW) gesichert. Dies zeigen die Ergebnisse des Rohstoffmonitorings; verfügbar bei den Unterlagen zur Sitzung des Regionalrats vom 10.12.2015 (einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde; bitte ggf. Termin vereinbaren): http://www.brd.nrw.de/regionalrat/index.jsp).

Durch die Methodik des landeseinheitlichen, im LEP NRW in den Erläuterungen zu den Zielen 9.9-2 und 9.9-3 für die Ermittlung der gesicherten Versorgungszeiträume vorgegebenen, Abgrabungsmonitoring des GD NRW werden auch aktuelle Entwicklungen, wie etwaige Weiterentwicklungen bei der Fördertechnik, eine evtl. größere Effektivität bei der Verwertung der Rohstoffe oder auch ein geänderter Rohstoffbedarf durch die Verwendung anderer Stoffe bei den Rohstoffabnehmern erfasst. Dies erfolgt indirekt, da solche Aspekte Auswirkungen auf die Fördermenge bzw. den Verbrauch haben, welcher bei dem landeseinheitlichen Monitoring durch die Auswertung von Luft- und Satellitenbildern ermittelt wird. Neben den gesicherten Reserveflächen ist dies der zweite maßgebliche Eingangswert bei der Ermittlung der gesicherten Versorgungszeiträume. An der Darstellung als BSAB wurde auch festgehalten, sofern erhebliche Umweltauswirkungen oder voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen zu konstatieren waren (sofern es bereichsbezogen abweichende oder ergänzende Begründungen gibt, ist dies in Kapitel 9 vermerkt worden, so dass etwaige entsprechende Anmerkungen dort vorgehen). Denn hier waren die vorstehenden allgemeinen Begründungen zum Festhalten an den Darstellungen von entsprechend hohem Gewicht. Zusätzlich werden zu einzelnen besonders wichtigen entsprechenden Themenkomplexen nachstehend ergänzende Ausführungen dazu gemacht, warum erhebliche Umweltauswirkungen oder voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen hier nicht zu einem Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB führten:

Bodenfunktion:

Stand: Unterlagen für den Abstellungsbeschluss

Abgrabungen sind in der Regel immer mit gravierenden Eingriffen in die Bodenfunktionen verbunden. Sofern im Nachgang eine Landfläche besteht, können über eine entsprechende Rekultivierung Belastungen der Bodenfunktionen gemindert werden (ohne dass dies heißt, dass zwingend die gleiche Wertigkeit entsteht oder dass das gleiche Geländeniveau per – ggf. aus anderen Gründen kritischer – Verfüllung erreicht werden muss). Dies geht bei Wasserflächen nicht. Begrenzen lassen sich die Eingriffe ansonsten über eine Standortwahl, bei der insbesondere Bereiche mit eher schlechteren Böden und zugleich hohen Mächtigkeiten gewählt werden. Dies ist bei der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99) für Sondierungsbereiche für künftige BSAB auch erfolgt. Angesichts der Bedeutung des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit ist die Thematik Bodenfunktionen – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. Dabei wird auch gesehen, dass noch umfangreiche Bereiche in der Planungsregion verbleiben, die wertvoll für die Bodenfunktionen sind.

Unzerschnittene verkehrsarme Räume:

Abgrabungen können zwar, z.B. bei der Neuentstehung von Gewässern, zu Trennwirkungen führen und auch gerade während des Abbaus zu landschaftlichen Beeinträchtigungen führen. Die Trennwirkungen sind aber – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. Hier bestehen über das Umfeld hinreichende anderweitige Verbindungen. Auch landschaftliche Aspekte sind – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In die Gesamtabwägung sind Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht. Dabei wird auch gesehen, dass noch umfangreiche unzerschnittene verkehrsarme Räume in der Planungsregion verbleiben und dass Abgrabungen über die Rekultivierung oft wieder zu landschaftlich wertvollen Bereichen werden bzw. nicht zu Bereichen, die weniger wertvoll sind, als zuvor.

Bedeutende Kulturlandschaft:

Abgrabungen können zu negativen Veränderungen der Kulturlandschaft führen. Auch diese Aspekte sind – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In die Gesamtabwägung sind auch hier Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht. Dabei wird auch berücksichtigt, dass Kulturlandschaft per se nicht statisch ist. Gerade Veränderungen des Menschen verändern sie von einer durch die Natur geformten Landschaft zu einer Kulturlandschaft. Insoweit gehört die Thematik Abgrabungen seit langem zur Kulturlandschaft am Niederrhein – was nicht bedeutet, dass die Kulturlandschaftsthematik nicht ggf. künftigen Regionalplandarstellungen standörtlich entgegenstehen kann (weil z.B. lokal besonders erhaltungsbedürftige Elemente der derzeitigen Kulturlandschaft entgegenstehen). Bei der vorliegenden Planungsentscheidung ist zudem relevant, dass nur ein kleiner Teil der bedeutenden Kulturlandschaft in der Planungsregion von der Planung berührt wurde und dass zudem auf nachfolgenden Verfahrensstufen aufgrund des anzuwendenden Fachrechtes bereits mit Rücksichtnahmen auf die Thematik Kulturlandschaft bei den Details der Vorhabensausgestaltung zu rechnen ist.

FFH-/Vogelschutzgebiete:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Nur noch wenige abbaubare Bereiche liegen in oder im Umfeld von FFH- und Vogelschutzgebieten. Hier ist auf die Richtung weisenden Beschlüsse aus der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99) zu verweisen. Soweit es jedoch Bereiche gibt, in denen erhebliche Beeinträchtigungen von Natura 2000-Gebieten nicht ausgeschlossen werden (auch gemäß dem Verfahren der 32. Änderung Teil B des GEP99) können, gilt für die Beibehaltung Folgendes:

Die Beibehaltung der bestehenden Darstellungen als BSAB ist aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses notwendig:

Hierdurch wird zunächst einmal den Grundsätzen der Raumordnung in § 2 Abs. 2 Nr. 4 Raumordnungsgesetz Rechnung getragen. Dort steht nicht nur, dass für die vorsorgende Sicherung sowie die geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen die räumlichen Voraussetzungen zu schaffen sind. Es wird dort u.a. auch gefordert, dass der Raum im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln ist. Dies schließt die Rohstoffindustrie mit ein.

Besonders relevant für ist hier, dass es für eine geordnete Rohstoffsicherung und die im öffentlichen Interesse stehende Aufrechterhaltung der entsprechenden Wirtschaftsprozesse wichtig ist, dass Unternehmen und andere Akteure sich auf langjährig bestehende Plandarstellungen und Regelungen verlassen können.[29] Hier geht es generell um das Vertrauen in bereits getätigte Flächenkäufe, Vorplanungen, Vorverträge, Ausschlusswirkungen oder Ähnliches – sowie den korrespondierenden Schaden für die regional- und volkswirtschaftlich wichtige heimische Rohstoffindustrie (inkl. Arbeitsplätze), wenn entsprechende im Plan vorgesehene Vorhaben nicht realisiert werden können.[30] Die entsprechende Schadensvermeidung ist ein wichtiger Belang.

In diesem Kontext ist als Exkurs anzumerken, dass der Gesetzgeber im Bauplanungsrecht bei der Streichung von bestehenden Darstellungen unter bestimmten Bedingungen auch die Notwendigkeit von Entschädigungen vorgesehen hat, was die Bedeutung dieser Thematik unterstreicht. Ebenso ist – unbeschadet des Artikels 20a – auf Artikel 14 des Grundgesetzes hinzuweisen.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Rohstoffindustrie im Zuge der Grundsatzentscheidung der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99), keine neuen BSAB im VSG Unterer Niederrhein und dem engeren Umfeld darzustellen, ohnehin einen erheblichen Anpassungsdruck zu verkraften hatte. Denn ein Großteil der entsprechenden Abbautätigkeiten spielte sich bislang im heutigen VSG ab und die korrespondierenden Wirtschaftsprozesse sowie Zukunfts- und Investitionsplanungen waren darauf ausgerichtet.

Die vorstehenden Ausführungen betreffen primär BSAB im oder in der unmittelbaren Nähe zum VSG Unterer Niederrhein. Dazu ist Folgendes vertiefend darzulegen:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[29] Damit ist nicht ein echter Bestandsschutz gemeint. Bei der hiesigen Bewertung kommt es somit z.B. auch nicht darauf an, ob der Aufstellungsbeschluss des Regionalplans GEP99 rechtlich korrekt war, in dem BSAB erstmals im Regionalplan vorgesehen wurden.

[30] Siehe auch Europäische Union (2007/2012: 9-10) zur Relevanz – bereits ohne Bezugnahme auf bisher schon bestehende Plandarstellungen – regionalökonomischer Erwägungen und von Arbeitsplatzargumenten bei der Prüfung des öffentlichen Interesses hinsichtlich des Ausbaus der A 20 (Teilabschnitt Peenetal) und hinsichtlich des Rahmenbetriebsplans des Bergwerks Prosper Haniel.

Wenngleich weiterhin mittel- bis langfristig eine Verlagerung von Abgrabungstätigkeiten aus der Rheinaue in das rheinferne Hinterland angestrebt wird, ist bei rheinnahen Bereichen zudem zu konstatieren, dass die betreffenden im Regionalplan GEP99 bereits dargestellten BSAB am Unteren Niederrhein neben einer guten Lagerstättenqualität auch eine gute Rohstoffmächtigkeit aufweisen und dass die Vorhaben an eine Rohstofflagerstätte gebunden sind. In diesem Kontext ist ferner anzumerken, dass die betreffenden BSAB im VSG Unterer Niederrhein aufgrund der Rheinnähe auch besonders wirtschaftlich und – auch dies ist ein öffentliches Interesse – umweltfreundlich zu erschließen sind (Abtransport per Schiff).[31] An der Wirtschaftlichkeit der betreffenden BSAB bestehen keinerlei Zweifel und ebenso nicht am Abgrabungsinteresse der Industrie. Gleiches gilt auf Basis der Ergebnisse des Rohstoffmonitorings für die Nachfrage nach den entsprechenden Rohstoffen.[32]

Der nachfolgende Betrieb der Abgrabung hat positive Beschäftigungseffekte zur Folge und trägt zum Erhalt von Unternehmen sowie der Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur bei. Hierbei ist auch auf die Konkurrenzlage in Bezug auf Regionen außerhalb der Planungsregion hinzuweisen.

Die Belange von Natur- und Landschaft – sowie z.B. auch der Freizeitnutzung – treten, soweit sie negativ betroffen sind, in der Abwägung zurück. Sie werden z.T. auch später über die naturschutzrechtlichen Regelungen kompensiert. Entsprechende Verbesserungen sind auch im Zuge der Realisierung der Nachfolgenutzungen möglich. Dabei ist ergänzend anzumerken, dass das Ziel 6 in Kapitel 5.4.1 des RPD neben einer Kohärenzregelung eine den ökologischen Erfordernissen der Vogelschutzgebiete entsprechende Rekultivierung vorschreibt und dass für den BSAB ein hohes ökologisches Entwicklungspotenzial in Bezug auf die BSAB-Nachfolgenutzungen zu konstatieren ist. Zudem kann auf der Ebene des Zulassungsverfahrens auch geprüft werden, inwieweit Bodenmaterialien aus der Abgrabung (z.B. Schwemmsand o.ä.) wasserwirtschaftlich zur Anlage von Flachwasserbereichen und Gänseäsungsflächen im Zuge der Rekultivierung verwendet werden können.

Bei der Abwägungsentscheidung, dass die Gründe des öffentlichen Interesses (Art. 6 Abs. 4 FFH-RL) an der Beibehaltung der BSAB überwiegen, wurden standortbezogen und auch in der Summe zudem die Integritätsinteresses bezogen auf die Natura-2000 Gebiete in die Abweichungsentscheidung eingestellt. Hier ist nach den vorliegenden standörtlichen Erkenntnissen aus der 32. Änderung des Regionalplans Teil B, der 51. Änderung des Regionalplans und aus der Umweltprüfung zur Regionalplanerarbeitung kein derartiges Ausmaß der Beeinträchtigungen zu ersehen, dass dies gleichwertig mit den Interessen an der Beibehaltung des BSAB ist. Darin fließen u.a. auch der Umfang der BSAB, der Grad des ohnehin bereits erfolgten Abbaus in den BSAB, weitere vorhandene oder geplante Belastungen des BSAB, die standörtliche Lage der BSAB, der räumliche Gesamtzusammenhang des VSG und der Zustand des VSG sowie die Betroffenheit der verschiedenen Arten ein. Die negativen Auswirkungen haben danach kein hinreichendes Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der Darstellungen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[31] Siehe auch Europäische Union (2007/2012: 10) zur gesehenen Notwendigkeit, den Vorteil der Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf das Wasser bei der Prüfung des öffentlichen Interesses bezüglich des Mainport Rotterdam zu berücksichtigen.

[32] Der objektive Bedarf am Rohstoffabbau und Wirtschaftlichkeitsfragen dürfen in die Gewichtung der mit dem Vorhaben verbundenen öffentlichen Interessen bei einer habitatschutzrechtlichen Abweichungsprüfung einfließen (vgl. VGH Baden-Württemberg, Beschluss vom 24.03.2014, 10 S 216/13).

Im Übrigen kommt aufgrund der Selektionskriterien für die Sondierungsbereiche für künftige BSAB aus der 51. Änderung des Regionalplans (keine Neudarstellungen von Sondierungsbereichen für künftige BSAB im und im unmittelbaren Umfeld des VSG Unterer Niederrhein; Details siehe das Verfahren der 51. Änderung) – auf der die Regionalplanerarbeitung aufbaut – zum Ausdruck, dass es sich hier um eine Entscheidung mit Ausnahmecharakter handelt, die nur die bestehenden BSAB erfasst. Es handelt sich jedoch um eine Ausnahmesituation aufgrund der besonderen Historie. Bei der Frage von Neudarstellungen für die Rohstoffgewinnung, die das Natura 2000-Gebiet Unterer Niederrhein erheblich beeinträchtigen könnten, wäre diese Gewichtung nicht gleichermaßen anzuwenden.

Das als Fazit festzustellende Überwiegen der Gründe des öffentlichen Interesses für die Beibehaltung der BSAB gilt auch ungeachtet der Frage, ob Kohärenzmaßnahmen „gegengerechnet“ werden können gegen die negativen Auswirkungen – d.h. auch wenn dies (wovon auszugehen ist) gar nicht möglich ist. Der Grad der Beeinträchtigung ist hier, wenn man die entsprechenden BSAB-Bereiche sowie die Natura-2000-Flächen und deren Zustand betrachtet, nicht so groß, dass das Integritätsinteresse gleichwertig mit den Interessen an der Beibehaltung des BSAB ist.

In der Gesamtabwägung der positiven und negativen Aspekte bestehen als zumutbar einzustufende Alternativen angesichts der vorstehenden Ausführungen unter anderem zum Vertrauensschutz, zur regional- und volkswirtschaftlichen Bedeutung der Vermeidung von Schäden für die heimische Rohstoffindustrie, zur Gebundenheit an Rohstoffvorkommen, zur Standortgunst, zur umweltschonenden Transportoption nicht. Die entsprechenden Planungsziele lassen sich anderweitig nicht erreichen.

Abschließend ist auch noch einmal auf Regelungen auf nachfolgenden Zulassungsebenen zu Kompensations- und Eingriffsminderungs- sowie Kohärenzmaßnahmen (siehe u.a. auch das schon erwähnte Ziel 6 in Kap. 5.4.1 des Regionalplanentwurfs – insbesondere die letzten zwei Absätze) hinzuweisen und darauf, dass mit der Entscheidung zur Darstellung eines BSAB nicht jeder Form der Umsetzung der BSAB ein raumordnerischer Vorrang eingeräumt wird. Das heißt, es ist zwar nach dem aktuellen Erkenntnisstand davon auszugehen, dass die BSAB bei einer rücksichtsvollen Vorhabensplanung auch fachrechtlich zulassungsfähig sind. Angesichts des Rohstoffwertes wird die Rohstoffindustrie soweit erforderlich auch teure und/oder großflächige Kohärenzoptionen angehen. Im Übrigen würde den Belangen von Natura 2000 auch kein Schaden zugefügt, sofern dies wider Erwarten nicht gelingen sollte, denn dann dürften die fachrechtlichen Bedingungen (Kohärenzmaßnahmen) für eine Zulassung der Vorhaben nicht vorliegen.

Bei einer bezogen z.B. auf die Belange von Natura 2000 fachrechtlich zu wenig rücksichtsvollen Vorhabensgestaltung auf der Zulassungsebene hilft jedoch auch der raumordnerische Vorrang nicht weiter. Ebenso bedeutet die korrespondierende Offenheit der Details des Vorhabensdesigns, dass detailliertere Vorgaben zu Kohärenzmaßnahmen (über Ziel 6 aus Kap. 5.4.1 hinaus) bereits auf der Ebene der Regionalplanung nicht nötig und auch nicht sinnvoll sind.

Naturschutzgebiet:

Hier gelten die vorstehenden Ausführungen zum Themenbereich FFH-/Vogelschutzgebiete übertragend.

Biotopstruktur und -vernetzung sowie Biotopverbund:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Abgrabungen können zwar, z.B. bei der Neuentstehung von Gewässern, zu negativen Veränderungen im Hinblick auf die Biotopstruktur und -vernetzung sowie den Biotopverbund führen. Diese Wirkungen sind aber – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. Hier bestehen über das Umfeld hinreichende anderweitige Verbindungen. In der Gesamtabwägung sind auch hier Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht. Dabei wird auch gesehen, dass im Rahmen der Rekultivierung in der Regel auch das Umfeld der Nettoabbauflächen einbezogen wird und dass durch diese Bereiche und die Nettoabbauflächen zusammen genügend Bereiche verbleiben, um den Aspekten der Biotopstruktur und -vernetzung sowie des Biotopverbund hinreichend Rechnung zu tragen.

Überschwemmungsgebiete:

Mit Abgrabungen können zwar Veränderungen des Abflussverhaltens einhergehen und auch entsprechende Risiken (auch durch Anlagen während des Abbaus). Insgesamt betrachtet führen Abgrabungen aber eher zu einer Vergrößerung des Retentionsvolumens bzw. bei einer kompletten Verfüllung bleibt es gleich. Soweit es dennoch gravierende potenzielle Risiken gibt, bestehen auf der Ebene des Zulassungsverfahrens noch hinreichende Möglichkeiten zu Reduktion der Gefahren. Zwingendes Fachrecht gilt auch hier.

Die Thematik Überschwemmungsgebiete ist jedenfalls bei den einzelnen Standorten – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In der Gesamtabwägung sind auch hier Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht.

Lärmarme Räume:

Abgrabungen können zu Lärm führen, der u.a. die Freizeitnutzung negativ beeinträchtigt, und dies ist besonders gravierend bei der Betroffenheit lärmarmer Räume.

Allerdings finden Abgrabungen nun einmal restriktionsbedingt regelmäßig im Freiraum statt und Freiraum ist tendenziell lärmarmer als Siedlungsraum. Zudem sind Abgrabungen an Lagerstätten gebunden. Damit sind Beeinträchtigungen auch lärmarmer Räume nicht immer zu vermeiden.

Jedoch gibt es auch jenseits der BSAB noch genügend lärmarme Räume für eine entsprechend ungestörte Erholungsnutzung. Zudem gelten auch für Abgrabungen die Regelungen des Immissionsschutzrechtes, so dass Belastungen entsprechend gemindert werden. Ferner ist zu berücksichtigen, dass die Belastungen nur temporärer Natur sind, d.h. vor und nach erfolgter Abgrabung erfolgt keine Belastung (anders als z.B. bei WEA, die standörtlich dauerhaft betrieben werden können) und dass oftmals lokal am zeitlichen Erholungsschwerpunkt Wochenende kein Abbau- und Aufbereitungsbetrieb stattfindet.

In der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte ist diese Thematik – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In die Gesamtabwägung sind Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht.

Landschaftsbild

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Abgrabungen können negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild haben. Auch diese Aspekte sind – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – in der Gesamtabwägung der einzelnen Standorte nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In die Gesamtabwägung sind auch hier Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht. Dabei wird wie auch bei der Kulturlandschaft berücksichtigt, dass das Landschaftsbild per se nicht statisch ist. Gerade menschliches Handeln und Wirtschaften verändern die Natur geformten Landschaft (siehe hierzu auch die Ausführungen zur Kulturlandschaft). Dies bedeutet jedoch nicht, dass das Landschaftsbild nicht ggf. künftigen Regionalplandarstellungen standörtlich entgegenstehen kann, beispielsweise könnte das Landschaftsbild gegenüber neuen BSAB-Darstellungen – ohne die Aspekte Planungssicherheit und Vertrauensschutz – anders gewichtet werden. Bei der vorliegenden Planungsentscheidung ist wie auch bei der Kulturlandschaftsthematik relevant, dass auf nachfolgenden Verfahrensstufen aufgrund des anzuwendenden Fachrechtes bereits mit Rücksichtnahmen auf die Thematik Landschaftsbild bei den Details der Vorhabensausgestaltung zu rechnen ist.

Geschützte Landschaftsbestandteile:

Abgrabungen können zwar dazu führen, dass geschützte Landschaftsbestandteile beeinträchtigt oder beseitigt werden.

Dazu ist vorweg Folgendes festzustellen: Abgrabungen sind aber in der Regel großflächig, so dass es dadurch je nach Standort evtl. schwierig wird, auf sehr kleinteilige zentral gelegene geschützte Landschaftsbestandteile in sinnvoller Weise Rücksicht zu nehmen (z.B. Frage der Zweckmäßigkeit des Erhalt eines sehr kleinflächigen Gehölzes in einem Abgrabungssee mit randlichen Böschungskanten unter Wasser). Randliche Bereiche können ggf. jedoch im Rahmen der Vorhabenszulassung im Kontext der Parzellenunschärfe ausgespart werden.

In der Gesamtabwägung sind jedenfalls für die Frage der Beibehaltung der BSAB auch hier Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht. Dabei wird berücksichtigt, dass im Rahmen der Vorhabenszulassung je nach Fallkonstellation z.B. geschützte Landschaftsbestandteile im Rahmen der Parzellenunschärfe erhalten oder über die Eingriffsregelung kompensiert werden. Oft werden Abgrabungen über die Rekultivierung wieder zu landschaftlich wertvollen Bereichen bzw. nicht zu Bereichen, die weniger wertvoll sind, als zuvor.

Wasserschutzgebiete:

Die Thematik Grundwasserschutz hat bei der Entstehung der aktuellen Darstellung des Regionalplans eine wichtige Rolle gespielt, wobei sich das Gewicht dieses Belangs tendenziell im Laufe der Zeit mit zunehmendem Erkenntnisgewinn erhöht hat. Exemplarisch ist hier auf die entsprechende Abwägung im Rahmen der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99) zu verweisen, in der u.a. Vorsorgeaspekte betont werden.

Soweit dennoch in geringem Umfang bestehende Bereiche verbleiben, in denen erhebliche Beeinträchtigungen im Hinblick auf Wasserschutzgebiete nicht ausgeschlossen werden können, ist diese – auch zusammen mit anderen Kontrafaktoren – lokal nicht von hinreichendem Gewicht für einen Verzicht auf die Beibehaltung der BSAB. In die Gesamtabwägung sind Aspekte des Vertrauensschutzes und der Planungssicherheit von größerem Gewicht.

Zudem gelten auch für Abgrabungen die Regelungen des Fachrechts zum Grundwasserschutz, so dass Belastungen entsprechend gemindert werden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Kultur- und Bodendenkmale:

Hier gelten die Ausführungen zur bedeutenden Kulturlandschaft übertragend. Darüber hinausgehend ist anzumerken, dass gerade hier das Fachrecht ggf. dazu führt, dass besonders gravierende Auswirkungen auf Kultur- und Bodendenkmale gemindert werden können (Sicherung, kleinflächige Aussparung, Rücksichtnahme bei der Platzierung optisch belastender Betriebsstandorte o.Ä.).

Noch einmal zur Klarstellung: Auch ein Zusammenwirken verschiedener erheblicher Umweltauswirkungen / voraussichtlicher erheblicher Umweltauswirkungen der einzelnen BSAB hatte gemäß der bereichsbezogen vorgenommenen Prüfung bei diesen BSAB (siehe Prüfbögen und Kap. 9) kein hinreichendes Gewicht im Vergleich zu den vorstehenden generellen Gründen in diesem Kapitel für ein Festhalten an der BSAB-Darstellung.

Wald:

Soweit die Aufrechterhaltung von Darstellungen in landesplanerischen Waldgebieten bzw. Wald erfolgt, sind die Darstellung und auch die spätere Abgrabung dort erforderlich. Sie kann aus planerisch-abwägender Sicht nicht andernorts realisiert werden.

Denn ähnlich wie bei der Thematik VSG ist es hier besonders relevant, dass es für eine geordnete Rohstoffsicherung und die im öffentlichen Interesse stehende Aufrechterhaltung der entsprechenden Wirtschaftsprozesse wichtig ist, dass Unternehmen und andere Akteure sich auf langjährig bestehende Plandarstellungen und Regelungen verlassen können. Hier geht es in der Abwägung generell um das Vertrauen in bereits getätigte Flächenkäufe, Vorplanungen, Vorverträge, Ausschlusswirkungen oder Ähnliches – sowie den korrespondierenden Schaden für die regional- und volkswirtschaftlich wichtige heimische Rohstoffindustrie (inkl. Arbeitsplätze), wenn entsprechende im Plan vorgesehene Vorhaben nicht realisiert werden können. Die entsprechende Schadensvermeidung ist ein wichtiger Belang. Planungsziel ist insoweit auch die Beibehaltung.

In diesem Kontext ist als Exkurs anzumerken, dass der Gesetzgeber im Bauplanungsrecht bei der Streichung von bestehenden Darstellungen unter bestimmten Bedingungen auch die Notwendigkeit von Entschädigungen vorgesehen hat, was die Bedeutung dieser Thematik unterstreicht. Ebenso ist – unbeschadet des Artikels 20a – auf Artikel 14 des Grundgesetzes hinzuweisen.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Rohstoffindustrie im Zuge der Grundsatzentscheidung der 51. Änderung des Regionalplans (GEP99), Sondierungsbereiche für neue BSAB-Darstellungen nur noch in sehr restriktionsarmen Bereichen darzustellen, ohnehin einen erheblichen Anpassungsdruck zu verkraften hatte. Denn ein Großteil der entsprechenden Abbautätigkeiten spielte sich bisher in nun insoweit perspektivisch noch mehr vorgesehenen Bereichen ab und korrespondierende Wirtschaftsprozesse sowie Zukunfts- und Investitionsplanungen waren bisher auch auf solche Raumbereiche mit ausgerichtet.

Standörtlich wurden zudem die Abbau- und Lagerstättenverhältnisse mit in den Blick genommen. Auch diese sprachen für die Beibehaltung der bestehenden Darstellungen (z.B. vorhandene Tonabbaubereiche, bei denen den Unternehmen auch weiter entsprechende Qualitäten des bewaldeten Standortes zur Verfügung zu stellen sind, sofern möglich).

Hinzu kommt, dass bei bewaldeten BSAB in der Regel als Nachfolgenutzung auch wieder Wald vorgesehen ist (Waldbereiche sind dort nach Kap. 5.4.1, Z 5 nur die Nachfolgenut-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zung). Insoweit ist die entsprechende Wirtschaftstätigkeit nicht völlig anders zu sehen als das normale wirtschaftliche Nutzen eines Waldes durch Holzeinschlag und spätere Wiederaufforstung. Nur die Dauer bis zur Wiederaufforstung ist länger. Insoweit ist es in diesen Fällen von Abgrabungstätigkeiten auch keine Inanspruchnahme wie z.B. bei GIB-Nutzungen auf früheren Waldflächen. Die Auswirkungen sind entsprechend sehr weitgehend begrenzt.

Die vorstehenden Ausführungen gelten übertragend auch für die Beibehaltung bestehender Sondierungsbereiche für künftige BSAB.

Zu raumordnerischen Vorgaben des Bundes und des Landes

Mit den geplanten Vorgaben wird § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 4 ROG hinreichend Rechnung getragen (vorsorgende Sicherung von standortgebundenen Rohstoffen zu schaffen), insbesondere indem entsprechende und hinreichende Standorte gesichert werden.

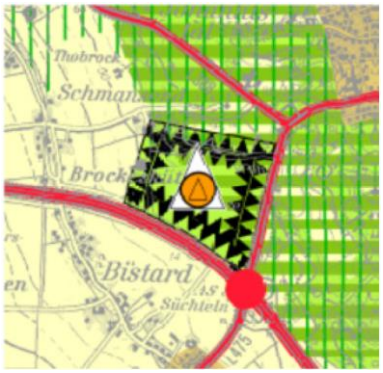
Die Vereinbarkeit mit dem LEP NRW – und hier u.a. den Zielen 9.2-2 und 9.2-3 des LEP-NRW – wurde nicht nur geprüft und ist gegeben, sondern der Entwurf des Regionalplans wurde hier inhaltlich auch aus den entsprechenden Vorgaben im LEP NRW entwickelt. Er konkretisiert die entsprechenden LEP-Vorgaben bzw. setzt sie sachgerecht um.

7.2.12.2. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

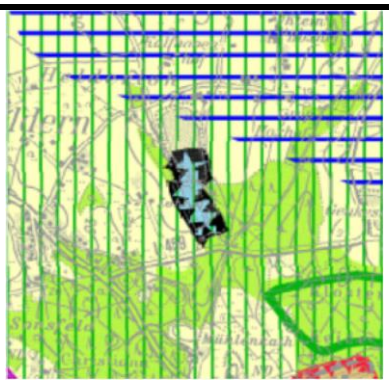
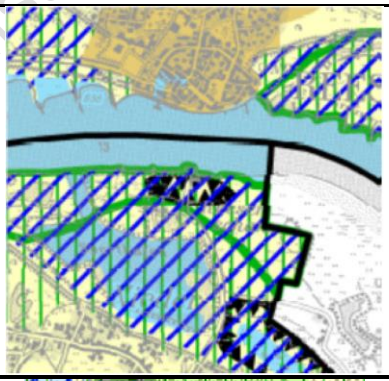
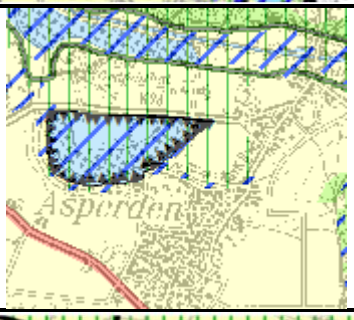
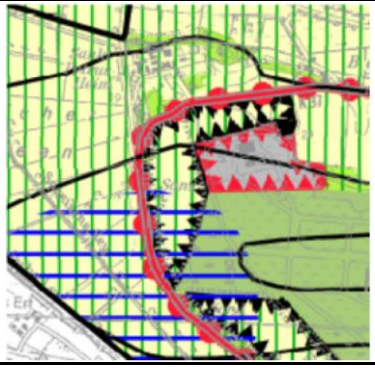
7.2.12.2.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 gestrichen werden

Gestrichen werden folgende bisher im GEP99 dargestellten BSAB:

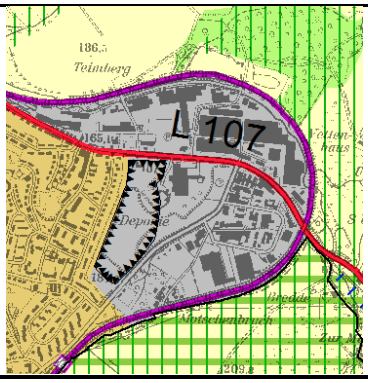
Tab. 7.2.12.2.1.1: Gestrichene BSAB des GEP99

BSAB	Rohstoff	Ausschnitt GEP99
VIE09 Viersen	**Kies/Sand**	
KLE07 Rees	**Kies/Sand**	

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

		
KLE16 **Kalkar**	**Kies/Sand**	
KLE17 **Kalkar**	**Kies/Sand**	
KLE22 **Goch**	**Kies/Sand**	
KLE32 **Weeze**	**Kies/Sand**	

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

ME05 **Velbert**	**Ton/Schluff**	

Bei den BSAB-Darstellungen im Norden von Kaarst wurde eine Darstellungskorrektur vorgenommen, d.h. hier wurde beidseitig eine Abgrenzung zur Bundesautobahn hin vorgenommen. Es gibt hier nun klar erkennbar zwei BSAB (links und rechts der BAB). Bei der graphischen Darstellung des GEP99 (bisher NE01; nun NE01.1 und NE01.2) gab es diese klar erkennbare Trennung so nicht.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.12.2.2 Begründung

In den zu streichenden Bereichen sind die Rohstoffvorkommen weitestgehend ausgeschöpft, die Rohstoffgewinnung abgeschlossen und die Rekultivierung sollte voraussichtlich bis zum 31.12.2016 vollendet sein. Aufgrund dessen besteht kein Erfordernis für die Beibehaltung der bisherigen Darstellung.

Die Vereinbarkeit mit dem LEP NRW – und hier vor allem dem Ziel 9.2-4 des LEP NRW – wurde nicht nur geprüft und ist gegeben, sondern der Entwurf des Regionalplans wurde hier inhaltlich auch aus den entsprechenden Vorgaben im LEP NRW entwickelt. Er konkretisiert die entsprechenden LEP-Vorgaben bzw. setzt sie sachgerecht um.

Die neu hinzugefügte Abgrenzung zur Bundesautobahn (BAB) A 57 bei den BSAB im Norden von Kaarst (bisher NE01; nun NE01.1 und NE01.2) ist redaktionellen Charakters. Es wurde auch zuvor schon davon ausgegangen, dass die Abgrabung beidseitig vor der A 57 endet. Die BAB soll nicht abgegraben werden.

Tab. 7.2.12.2.2.1: BSAB des GEP99 der redaktionell geändert wurde

BSAB	Rohstoff	Ausschnitt GEP99
NE01 (alt) NE01.1 und NE01.2 (neu; siehe auch Abb. 7.2.12.1.2.1) Rhein Kreis Neuss	**Kies/Sand**	

Für die Vorgaben des Bundes und des Landes gelten die Ausführungen unter 7.2.12.1.2 entsprechend.

7.2.12.3. Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

7.2.12.3.1 Darlegung, welche Darstellungen des Planzeichens im Vergleich zum GEP99 neu dargestellt werden

Es sollen keine neuen BSAB dargestellt werden.

7.2.12.3.2 Begründung

Hier wird zunächst auf die Begründung zu den beizubehaltenden BSAB verwiesen, da dort schon relevante Begründungsteile enthalten sind (inkl. Querverweise u.a. auf die Unterlagen zur 51. Änderung des Regionalplans und die Abwägung gegenläufiger Interessen, d.h. Interessen an der Darstellung weiterer Bereiche).

Ergänzend bzw. zum Teil wiederholend wird ausgeführt:

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Es besteht kein raumordnerisches Erfordernis einer Festlegung zusätzlicher BSAB, da zum 01.01.2015 durch die dargestellten BSAB sowie die außerhalb der BSAB genehmigten Abgrabungsbereiche in Übereinstimmung mit den Vorgaben des LEP NRW, die Rohstoffversorgung gesichert ist. Dies zeigen die Ergebnisse des -Rohstoffmonitorings (verfügbar bei den Unterlagen zu Sitzung des Regionalrats vom 10.12.2015 (einsehbar bei der Regionalplanungsbehörde; bitte ggf. Termin vereinbaren): http://www.brd.nrw.de/regionalrat/index.jsp).

Auch die Vereinbarkeit mit dem LEP NRW insbesondere den Zielen 9.2-2 und 9.2-3, wurde nicht nur geprüft und ist gegeben, sondern der Regionalplan wurde inhaltlich auch aus den entsprechenden Vorgaben im LEP NRW entwickelt. Er konkretisiert die entsprechenden LEP-Vorgaben bzw. setzt sie sachgerecht um. Die dortigen Vorgaben zu den zu sichernden Versorgungszeiträumen werden für alle Rohstoffgruppen erfüllt. Die Notwendigkeit der Aufnahme (Umwandlung) von Sondierungsbereichen in BSAB-Festlegungen oder für die Darstellung neuer BSAB liegt gemäß den Monitoringergebnissen nicht vor.

Dabei wurde auch berücksichtigt, dass der Aufstellungsbeschluss einige Zeit nach den Stichtagen der Monitorings liegt. Nach den gegenwärtig verfügbaren Monitoringergebnissen, ist die Versorgungssituation jedoch immer noch hinreichend gesichert. In den Thementabellen zum Thema Rohstoffsicherung wird im Detail u. A. auch auf dieses Thema eingegangen.

Auch gegenläufige Nutzungsinteresse, wie z.B. Planungen im Bereich der erneuerbaren Energien (Standorte für Windkraftanlagen, Leitungstrassen, Speicheranlagen, Konverterstandorte) und die rohstoffwirtschaftsseitig bestehende Eignung von Bereichen außerhalb bestehender BSAB wurde bei dieser Entscheidung gesehen.

Diese Linie, d.h. derzeit keine Neudarstellungen, unterstützt dabei auch eine rasche Wiederherstellung durch Vermeidung eines zu großen Angebotes an BSAB. Zudem werden die von bestehenden, betriebenen Abgrabungen ausgehenden Belastungen (u.a. des Landschaftsbildes) durch ein entsprechend begrenztes Angebot an BSAB tendenziell vermieden.

Dies trägt auch zu einer sparsamen und am Bedarf orientierten Inanspruchnahme von Freiraum im Sinne der Grundsätze 7.1-1 und 7.1-5 des LEP NRW bei. Mit Blick auf die Ziele 9.9-2 und 9.9-3 des LEP NRW ist die Gewährleistung der entsprechenden Versorgungszeiträume jedoch der limitierende Faktor.

Die Nichtdarstellung ist auch insoweit sachgerecht und von den Wirkungen her zumindest in gewisser Weise „moderat“, als Abgrabungen flächendynamisch sind. D.h. zumindest perspektivisch werden tendenziell immer neue Bereiche benötigt, um die Rohstoffversorgung zu gewährleisten. Wird also heutigen Interessen an zusätzlichen BSAB-Darstellungen aus den oben genannten Gründen nicht nachgekommen, bedeutet das – bei einer prinzipiell ggf. gegebenen Eignung des Standortes – nicht zwingend den dauerhaften Ausschluss.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.13 Planzeichen ec) Sonstige Zweckbindungen (ec-2 und ec-3; ohne ec-1)

7.2.13.1 Planzeichen ec-2) Gewächshausanlagen

Darstellungen als Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche mit einer Zweckbindung für raumbedeutsame Gewächshausanlagen erfolgen für gartenbauliche Vorhaben i.S.d. Baugesetzbuchs, welche die Errichtung lichtdurchlässiger Gebäude zur Pflanzenproduktion (Gewächshäuser) sowie ggf. weiterer dem Betrieb der gartenbaulichen Erzeugung dienender

Vorhabensbestandteile zum Gegenstand haben. Hiermit erfolgt die Sicherung geeigneter Standorte im Einzelfall. Mit dem Planzeichen werden Standorte für raumbedeutsame Gewächshausanlagen als Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten dargestellt. Wegen der fehlenden Ausschlusswirkung sind Gewächshausanlagen – auch wenn sie raumbedeutsam sind – als privilegierte Nutzungen nach § 35 Abs. 1 Nr. 2 BauGB grundsätzlich auch außerhalb der dargestellten Bereiche zulässig. Daher geht von einer solchen Angebotsplanung für entsprechende Anlagen keine steuernde Wirkung auf den Gesamtraum aus. Eine gesamträumliche regionalplanerische Steuerung von raumbedeutsamen Gewächshausanlagen würde wegen der baurechtlichen Privilegierung gartenbaulicher Betriebe in § 35 BauGB eine umfassende Konzentrationszonenplanung, vergleichbar mit der für die BSAB (siehe u.a. 51. Änderung), erfordern (vgl. § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB: „Öffentliche Belange stehen einem Vorhaben nach Absatz 1 Nr. 2 bis 6 in der Regel auch dann entgegen, soweit hierfür durch Darstellungen im Flächennutzungsplan oder als Ziele der Raumordnung eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist.“).

Das im LEP-Entwurf vom Juni 2013 vorgesehene Ziel 7.5-3 zu Standorten für raumbedeutsame Gewächshausanlagen wurde nicht in den LEP NRW übernommen. Damit sind spezifische landesplanerische Vorgaben für die Darstellung solcher Bereiche im Regionalplan als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich für zweckgebundene Nutzungen „Gewächshausanlage“ nicht zu beachten. Der RPD sieht vor diesem Hintergrund für zwei Bereiche Darstellungen vor.

Die in Kap. 4.5.2, G1 für neue raumbedeutsame Gewächshausanlagen vorgesehenen Standortkriterien, nach denen Standorte zeichnerisch festzulegen sind, treffen unabhängig davon auf die dargestellten Bereiche überwiegend zu.

Die Darstellung als Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich für zweckgebundene Nutzungen „Gewächshausanlage“ erfolgt hierbei in Form einer roten Zackenlinie als Umgrenzung der betreffenden Bereiche sowie zusätzlich einer Kennzeichnung durch ein Piktogramm. Im Rahmen der 59. Änderung des geltenden Regionalplanes (GEP99) wurde in diesem Zusammenhang ein Piktogramm mit dem Buchstabenkürzel „U“ für „Unterglasbetriebe“ eingeführt. Gemäß der Abstimmung mit der Landesplanungsbehörde (Erlass vom 17.12.2013) wird das Buchstabenkürzel „U“ gestrichen und durch „G“ für „Gewächshausanlagen ersetzt. Es handelt sich hierbei weiterhin um eine sinngemäße Entwicklung eines Planzeichens gemäß § 35 Abs. 4 LPlG DVO.

Eine Darstellung als Freiraum mit Zweckbindung ist sachgerecht, da die vorgesehene Nutzung der Pflanzenproduktion vorbehalten bleiben soll. Nicht unmittelbar der Pflanzenproduktion dienende Nutzungen fallen nicht unter die Zweckbindung und sind in anderen Gebietskategorien zu planen.

Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche:

<u>Standort in Grevenbroich-Neurath:</u>
Es handelt sich um einen Standort, der im Rahmen der 59. Änderung des geltenden Regionalplans (GEP99) in einer Größe von ca. 30 ha bereits zeichnerisch dargestellt wurde. Die Darstellung soll beibehalten werden.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Lage an der Energiestraße L375 eine leistungsfähige Verkehrsanbindung gewährleistet werden kann, aufgrund der Nutzung eines bereits bestehenden Standortes ist davon auszugehen, dass kein erheblicher Zuwachs einer Beein-

Stand: Unterlagen in der Aufstellung (Beschluss)

trächtigung des Landschaftsbildes zu erwarten ist, und am Standort liegen mit Ausnahme einer etwa 8 ha großen Teilfläche keine naturschutzfachliche Restriktionen oder schutzwürdige Böden vor. Die Teilfläche umfasst einen besonders schutzwürdigen Boden (Regelungs- und Pufferfunktion, natürliche Bodenfruchtbarkeit). Da die Darstellung jedoch bereits vollumfänglich im geltenden Regionalplan (GEP99) vorhanden ist (Vertrauensschutz), bereits eine bauliche Inanspruchnahme des Standorts erfolgt ist und aufgrund der direkten Nachbarschaft zum Kraftwerk (Möglichkeit der Abwärmenutzung), wird die Teilfläche in die Darstellung einbezogen.

Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche:

Standort in Kalkar:
Die Neudarstellung in Kalkar (zwischen Tiller Straße und Klever Straße) erfolgt für einen teilweise bereits durch Gewächshäuser genutzten Standort. Geplant ist hier eine Erweiterung des bestehenden Betriebs auf eine Gewächshausnutzung von insgesamt ca. 14 ha. Unter Einbeziehung der zugehörigen Außenräume hat der Standort eine Größe von insgesamt ca. 26 ha.

Es ist davon auszugehen, dass aufgrund der Lage zwischen der Tiller Straße (K5) und der Klever Straße (B57) eine leistungsfähige Verkehrsanbindung gewährleistet werden kann. Aufgrund der Nutzung eines bereits bestehenden Standortes ist davon auszugehen, dass kein erheblicher Zuwachs einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu erwarten ist und am Standort liegen mit Ausnahme einer etwa 5 ha großen Teilfläche keine naturschutzfachliche Restriktionen oder schutzwürdige Böden vor. Die Teilfläche umfasst einen schutzwürdigen Boden (Regelungs- und Pufferfunktion, natürliche Bodenfruchtbarkeit). Da es sich hierbei jedoch um einen bereits bebauten Teil des dargestellten Bereiches handelt und der schutzwürdige Boden insoweit bereits in Anspruch genommen ist, wird die Teilfläche in die Darstellung einbezogen.

7.2.13.2 Planzeichen ec-3) Ruhehäfen

Aufgrund des zunehmenden Verkehrsaufkommens mit vorgeschriebenen Ruhezeiten für Berufsschiffer sind mehr Ruhe- und Liegeplätze am Niederrhein erforderlich. Durch die Einrichtung von Ruhehäfen soll der Güterschifffahrt die Möglichkeit gegeben werden, außerhalb der Fahrrinne die vorgeschriebenen Liege- und Ruhezeiten einzuhalten. Die Ruhehäfen sollen für Großmotorgüterschiffe mit einer Länge von 135 m sowie Gefahrgutschiffe als Übernachtungshafen ausgebaut werden (vgl. WSA Duisburg-Rhein / Büro Lange 2012: 5). Anvisiert ist hierbei die Anlage von Ruhehäfen im Abstand von jeweils ca. 30 km. Dieser Abstand ergibt sich aus den zulässigen Fahrzeiten der Binnenschiffer sowie anhand von Empfehlungen des Binnenschifffahrtsgewerbes und entspricht der Vorgehensweise in den Niederlanden (vgl. Messing 2011: 71).

Vor diesem Hintergrund wurden im Jahr 2008 im Rahmen einer Machbarkeitsstudie 14 Standorte für Ruhehäfen am Niederrhein zwischen Duisburg und der Grenze zu den Niederlanden untersucht. Als Ergebnis der Studie weisen der Standort in Kalkar-Niedermörmter sowie ein weiterer Standort in Rheinberg-Ossenberg (Planungsgebiet des Regionalverbands Ruhr) die größte Eignung auf. Dem Standort in Kalkar-Niedermörmter wurde hierbei diese Eignung zugesprochen unter Einbeziehung der folgenden Standortkriterien:

- Ausreichende Flächenkapazität (Liegemöglichkeit für mind. 30 – 40 Großmotorgüterschiffe)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Einhaltung der Mindestabstände von Gefahrgutschiffen zu Wohngebieten (gemäß Verordnung über die Beförderung gefährlicher Güter auf dem Rhein – ADNR)
- Bedarfsgerechte Lage (etwa 30 km zu den nächstgelegenen Ruhehäfen)
- Nutzung bestehender Wasserflächen
- Verfügbarkeit, kommunale Planungen und andere Nutzungen im Plangebiet
- Naturschutzfachliche Restriktionen (FFH- / VSG-Verträglichkeit, Landschaftsplanung)
- Möglichkeit der Rheinanbindung und der Hinterlandanbindung
- Hochwasserfreier Rettungs- und Zufahrtsweg
- Möglichkeit der Ver- und Entsorgung (Strom, Trinkwasser, Abfall)
- Möglichkeit der Errichtung einer Autoabsetzanlage
- Hydraulische Auswirkungen auf das Stromregime
- Kosten-, Planungszeit- und Bauzeitenschätzung
- Eigentumsverhältnisse

(vgl. WSA Duisburg-Rhein / Pöyry Infra 2008: 31 ff., Messing 2011: 72, WSA Duisburg-Rhein / Büro Lange 2012: 7)

Der Regionalplan sieht daher am Standort Kalkar-Niedermörmter die Neudarstellung eines Ruhehafens vor. Es soll dafür ein durch Abgrabung entstandenes Oberflächengewässer (ca. 38 ha Wasserfläche) mit direkter Verbindung zum Rhein genutzt werden. Die Abgrenzung der zeichnerischen Darstellung erfolgt auf Grundlage einer Prognose der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung bzgl. der für die Nutzung am Standort Niedermörmter benötigten Fläche.

Es ist eine zeichnerische Darstellung als Oberflächengewässer mit zweckgebundener Nutzung „Ruhehafen“ vorgesehen. Für die zeichnerische Festlegung soll der für die Nutzung vorgesehene Bereich des Gewässers durch eine rote Zackenlinie begrenzt werden, zusätzlich gekennzeichnet durch ein Piktogramm „Ruhehafen“ mit dem Buchstabenkürzel „RH“. Es handelt sich hierbei um eine sinngemäße Entwicklung eines Planzeichens gemäß § 35 Abs. 4 LPlG DVO. Die Regionalplanungsbehörden für die Bereiche des Regionalverbands Ruhr und des Planungsraums Düsseldorf haben sich über die vorgesehene zeichnerische Darstellung der Ruhehäfen verständigt.

Eine Darstellung als Freiraum mit Zweckbindung ist sachgerecht, da die vorgesehene Nutzung keinen Siedlungscharakter haben soll. Einrichtungen für den Güterumschlag sowie Liegeeinrichtungen für die Sport- und Freizeitschifffahrt fallen nicht unter die Zweckbindung, und auch sonstige siedlungsräumliche Nutzungen sind in Ruhehäfen nicht zulässig.

7.2.13.3 Planzeichen ec) Sonstige Zweckbindung

7.2.13.3.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche:

Die folgenden Darstellungen von Freiraumbereichen für zweckgebundene Nutzungen werden mit der bereits im GEP99 enthaltenen Abgrenzung übernommen:

- Reeser Meer (23 ha), Rees, im Anschluss an den dargestellten “Allgemeinen Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen – Ferieneinrichtungen und Freizeitanlagen Reeser Meer”: Der Bereich ist für die regionale landschafts- und naturverträgliche Sport-, Freizeit- und Erholungsnutzung durch Entwicklung naturnaher Landschaftsstrukturen zielgerichtet zu entwickeln. Der FR-Z ergänzt räumlich und funktional den benachbarten ASB-E. Seine Ausgestaltung dient auch den Funktionen Erholung und Freizeitnutzung. Zugleich sind

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

durch eine landschaftsorientierte Gestaltung auch die Funktionen als Lebensraum für wildlebende Tiere und Pflanzen sowie als Entwicklungsraum für die Biologische Vielfalt zu erhalten und zu entwickeln. Art und Umfang der Erholungsnutzung sind abgestuft im Wege der Zonierung auf die Schutzanforderungen der angrenzenden BSN abzustimmen.

- Militärische Anlage, Paulsberg (14 ha), Uedem: Der Bereich wird noch militärisch genutzt, daher wird die Zweckbindung beibehalten.

- Militärische Anlage (55 ha), Straelen: Der Bereich wird noch militärisch genutzt, daher wird die Zweckbindung beibehalten.

7.2.13.3.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche:

- ehem. Pionierübungsplatz Dornick (20 ha), Emmerich: Die militärische Nutzung wurde zum 30.06.2008 aufgegeben. Der Bereich wird für militärische Zwecke nicht mehr benötigt. Der FNP sieht hier Fläche für den Gemeinbedarf (> 2 ha) und Fläche für die Landwirtschaft mit der überlagernden Darstellung Landschaftsschutz- und Überschwemmungsgebiet vor.

- ehem. Pionierübungsplatz Dornick (ca. 5 ha), Rees: Die militärische Nutzung wurde zum 30.06.2008 aufgegeben. Der Bereich wird für militärische Zwecke nicht mehr benötigt. Im FNP sind hier Wasserfläche und Flächen für die Landwirtschaft dargestellt.

- ehem. Militärische Anlage (Tanklager) (25 ha), Geldern: Seitens der Stadt ist keine bauliche Nachfolgenutzung angedacht. Der Bereich wird künftig als Waldbereich und BSLE, in Teilen als Windenergiebereich dargestellt.

- ehem. Militärische Anlage (Zentrales Langzeitlager für Geräte Depot Herongen) (ca. 150 ha), Straelen: Die militärische Nutzung wurde aufgegeben. Vor dem Hintergrund der naturschutzfachlichen Bedeutung (u.a. Natura 2000) und der landesplanerischen Darstellung als GSN soll dieser Bereich entsprechend der dargestellten Freiraumfunktionen (BSN) entwickelt werden.

- ehem. Militärische Anlage (Truppenübungsplatz) (ca. 170 ha), Nettetal: Die militärische Nutzung wurde aufgegeben. Damit kann die Zweckbindung entfallen. Zukünftig sind hier freiraumbezogene Nutzungen vorgesehen.

- ehem. Militärische Anlage (Schießplatz) (62 ha), Schwalmtal: Die militärische Nutzung wurde aufgegeben. Mit Abzug der BFG aus dem JHQ in Mönchengladbach kann die Zweckbindung entfallen.

- ehem. Militärische Anlage (Standortübungsplatz) (103 ha), Düsseldorf: Die militärische Nutzung wurde aufgegeben. Der Bereich wird für militärische Zwecke nicht mehr benötigt, die Flächen wurden von der Landeshauptstadt Düsseldorf übernommen. Damit ist die Zweckbindung obsolet.

- ehem. Militärische Anlage (Standortübungsplatz) (63 ha), Krefeld: Die militärische Nutzung wurde aufgegeben. Der Bereich wird für militärische Zwecke nicht mehr benötigt. Damit ist die Zweckbindung obsolet.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.13.3.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche:

- Kulturraum Hombroich, Neuss: Die Darstellung dient der freiraumverträglichen Ausweitung des Kulturraums Hombroich.

7.2.14 Planzeichen ec-1) Abwasserbehandlungs- und Reinigungsanlagen

Im Regionalplan werden Kläranlagen der Größenklasse 2 ab einer Kapazität in Einwohnerwert (EW) von 2000 EW zeichnerisch dargestellt. Hintergrund für die Wahl dieser Größe ist, dass gemäß der Erläuterungen zum Grundsatz 6.2-1 im LEP NRW, von einer raumbedeutsamen Größe für Siedlungsdarstellungen in der Regel erst ab einer Größe von über 2000 Einwohnern ausgegangen werden kann (siehe hierzu auch die Ausführungen unter 7.1.1).

Die Abwasserbehandlung als Daseinsvorsorge ist ortsgebunden. Auch wenn die Flächen der Kläranlagen kleiner 10 ha für sich genommen nicht raumbedeutsam sein mögen, so ist die Abwasserbehandlung in ihrer Gesamtheit wegen ihrer Bedeutung für den Schutz der Oberflächengewässer, die Grundwasserkörper sowie sonstige Schutzgüter doch grundsätzlich als raumbedeutsam zu beurteilen. Insofern erfolgt abweichend von § 35 LPlG DVO eine Darstellung der Kläranlagen auch mit Flächen kleiner 10 ha.

Bedingt dadurch, dass bei der Dimensionierung von Kläranlagen auch Gewerbeabwässer Berücksichtigung finden, d.h. die Kläranlagen eine größere Reinigungsleistung haben, als für die Einwohner allein erforderlich, werden auch Kläranlagen mit einem Einwohnerwert von 2000 EW in untergeordneten Ortslagen (> 2000 EW) dargestellt. Hierbei handelt es sich um keinen Widerspruch, da die Raumbedeutsamkeit der Abwasserbehandlung wegen ihrer Bedeutung für den Grundwasser- und Gewässerschutz losgelöst von der zeichnerischen Darstellung der Siedlungsbereiche gegeben ist.

Maßstabsbedingt können die in der zeichnerischen Darstellung dargestellten Symbole von den tatsächlichen Standorten geringfügig abweichen. Die Abgrenzung der Flächen im Rahmen der bauleitplanerischen Sicherung selbst soll daher auf Basis der tatsächlichen Gegebenheiten (Flächen) vor Ort erfolgen.

7.2.15 Planzeichen ed) Windenergiebereiche und ee) Windenergievorbehaltsbereiche

7.2.15.1 Einleitung

Die Windenergienutzung an Land spielt bereits heute eine wichtige Rolle im deutschen Energiesystem. Diese Bedeutung wird jedoch aller Voraussicht nach noch deutlich zunehmen. Denn seitens der Bundespolitik wird ein entsprechender Ausbau dieser relativ kostengünstigen und effizienten[33] regenerativen Energie angestrebt.[34]

[33] Auch wenn es darauf raumordnerisch nicht ankommt, so sei dennoch auf die energetische Amortisationszeit von Windenergieanlagen eingegangen, da diese Fakten oftmals nicht hinreichend bekannt sind (Agentur für Erneuerbare Energien, 2015b):

„*Die Herstellung der Erneuerbare-Energien-Anlagen ist zumeist innerhalb weniger Monate mit verhältnismäßig geringem Material- und Energieaufwand zu realisieren. Schon nach kurzer Laufzeit hat ein Windrad die Energie, die für seine Produktion benötigt wurde, wieder „eingespielt“. Dieser Zeitraum*

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Frage der Akzeptanz ist heterogen zu bewerten. Einerseits gibt es standörtlich teilweise deutliche Widerstände zumindest von Teilen der Bevölkerung. Andererseits spricht sich in Umfragen regelmäßig eine deutliche Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung für eine Forcierung der Nutzung der Windkraft und allgemein regenerativer Energien aus (vgl. z.B. forsa, 2009; Infratest dimap, 2011; siehe auch Agentur für Erneuerbare Energien, 2015a).

Ebenso bestehen unzweifelhaft umfangreiche Investitionsinteressen im Windkraftbereich und nach – nicht detailscharfen - Studienergebnissen zu urteilen gibt es in der Bundesrepublik und in NRW auch räumlich gesehen mehr potenzielle, verträgliche Standorte für solche Investitionen, als bisher genutzt werden. Dies zeigt für das Bundesgebiet z.B. eine Studie des Fraunhofer Instituts für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES, 2011) und für NRW eine Studie im Auftrag des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW (LANUV, 2012). Zur LANUV-Studie ist dabei anzumerken, dass deren Ergebnisse nur sachliche Grundlageninformationen darstellen. Die Studie bindet die Regionalplanung in ihren Entscheidungen insoweit nicht im Sinne von Vorgaben z.B. der Landesplanung. Auch in der hiesigen Planungsregion werden voraussichtlich mehr Standorte und mehr Windkraftleistung – in raum- und naturverträglichen Bereichen – vorzusehen sein, zumindest so lange der LEP NRW in der bisherigen Form bleibt oder auch wenn man unabhängig vom LEP NRW einen stärkeren regionalen Beitrag zu bundesweiten Ausbaubemühungen leisten will.

Es bestehen bei einem Ausbau aber auch regionalökonomische Chancen (Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen, Pachteinnahmen, Arbeitsplätze, Verminderung von Mittelabflüssen für Importe z.B. von ausländischer Steinkohle etc.). So hat eine Forschungsarbeit ergeben, dass eine mittelgroße 2-MW-WEA eine gesamte regionale Wertschöpfung von ca. 171.000 € pro Jahr erbringt (Durchschnitt der in der Studie untersuchten vier Modellregionen; Bundeministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2011: 27). Hinzu kommen natürlich großräumigere wirtschaftliche Effekte durch den bundesweiten Ausbau, zu denen u.a. auch die positiven Wirkungen eines entsprechend relativ stabilen Heimatmarktes als Basis für die exportstarken Produzenten von WEA-Technik/-Teilen in Deutschland zählen.

---

wird als „energetische Amortisationszeit" bezeichnet. Eine Windturbine an Land braucht zwischen drei und sieben Monaten für die energetische Amortisation. Offshore-Anlagen mit mehreren Megawatt Leistung benötigen vier bis fünf Monate, um die bei Produktion und Aufstellung verbrauchte Energie wieder einzubringen. Danach liefert jede Betriebsstunde „netto" sauberen Strom – durchschnittlich mindestens 20 Jahre lang. Eine Windkraftanlage kann während ihrer gesamten Lebenszeit daher je nach Bauweise 40 bis 70 Mal mehr Energie bereitstellen, als für ihre Herstellung, Nutzung und Entsorgung aufgewandt wurde. Wenn diese Strommenge fossile Energieträger ersetzt, kann sich die Windkraftanlage die vermiedenen Emissionen der Kohle- und Gaskraftwerke gutschreiben. Sowohl Klima- als auch Energiebilanz sind daher eindeutig positiv (…)." (http://www.unendlich-viel-energie.de/themen/faq/faq-windenergie/faq-windenergie2 (Zugriff am 07.12.2015)"

Korrespondierende Informationen zur Thematik der umweltbezogenen Lebenszyklusanalyse u.a. bzgl. Windenergieanlagen – mit positiven Aussagen für die Windenergienutzung – finden sich auch in Hertwich *et al.* (2015; http://www.pnas.org/content/112/20/6277.full; Zugriff am 16.12.2015).

[34] Laufende und geplante Vorhaben beim Netzausbau – auch im europäischen Kontext – werden zusammen mit Fortschritten z.B. bei Technologien wie power-to-gas oder auch bei der Prognose des Windstromertrages im Übrigen die Möglichkeiten der Einbindung in das Gesamtenergiesystem weiter verbessern. Die Sicherung entsprechender für WEA geeigneter Bereiche macht zudem ohnehin raumordnerisch Sinn, um sich entsprechende Zukunftsoptionen nicht zu verbauen. Dies gilt erst Recht in einem Bundesland mit einem im Vergleich zur regenerativen Stromerzeugung derzeit deutlich größeren Strombedarf (Ermöglichung einer verbrauchsnahen, leitungssparenden und regionalökonomisch vorteilhaften Stromproduktion).

Stadt Emmerich für den Abstellungsbereich Ibs

Ebenso ist aber zu betonen, dass moderne Windenergieanlagen (WEA) und -parks regelmäßig bereits aufgrund der Größe der Anlagen und Vorhaben raumbedeutsame Auswirkungen auf die Umgebung haben und es auch Kritik am WEA-Ausbau gibt. Die Intensität negativer Auswirkungen hängt dabei ganz zentral vom konkreten Standort bzw. Bereich ab. Gerade dieser Ausbau der Windkraftnutzung, die Größe der Anlagen und die Thematik konkurrierender Raumnutzungsinteressen sprechen auch dafür, Raumnutzungskonflikte durch eine entsprechende räumliche Planung zu begrenzen und auch aus gesamtregionaler Perspektive sinnvolle Standortsicherungen zu gewährleisten. Es gibt allerdings auch Gegenargumente wie z.B. die kommunale Planungshoheit.

In diesem Kontext wird dabei auf die in den Unterlagen für die 3. Beteiligung und hier den Unterlagen zur Änderung der Windenergiebereiche unter „Einleitung (ergänzende Begründung)“ formulierten Vorbehalte hingewiesen. Besonders hinzuweisen ist hier auf den folgenden Absatz in den entsprechenden Passagen aus der 3. Beteiligung: *„Der Regionalrat kündigt daher an, dass er die Regelungen zur Windenergie einschließlich der Festlegung von Windvorrangzonen und Windvorbehaltszonen nach Änderung des LEP im Rahmen eines Regionalplanänderungsverfahrens kritisch überprüft und ggf. neu regeln wird. Der Regionalrat weist ausdrücklich darauf hin, dass Ergebnis der Prüfung auch der generelle Verzicht auf die Ausweisung von Windvorrangzonen und Windvorbehaltszonen sein kann.“*

Nicht zu verschweigen ist jedoch, dass die Regionalplanung bereits aufgrund einer Grundsatzvorgabe in § 2 Abs. 2 Nr. 6 Raumordnungsgesetz (ROG) gehalten ist, die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen – zumal das ROG einen generellen raumordnerischen Klimaschutzauftrag enthält (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 4, Satz 5 ROG). Auch der LEP NRW enthält in den Kapiteln 4 und 10 entsprechende Vorgaben.

Zudem wurde auch über § 12 des Landesplanungsgesetz (LPlG) die Bedeutung der Klimaschutzthematik gestärkt. Hiesige Beiträge der Windenergienutzung zum Klimaschutz bzw. insb. zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen wären jedoch auch ohne entsprechende Vorgaben im korrespondierenden Interesse des Schutzes der globalen Natur und kommender Generationen angezeigt – wobei man aber insb. standörtlich auch die negativen Folgen einer Windenergienutzung in der Abwägung sehen muss. Zu Letzteren, d.h. den negativen Folgen, finden sich umfangreiche Ausführungen in den Unterlagen zu den Beteiligungsprozessen und zur Bewertung der Beteiligungsergebnisse. Zum Klimaschutz sei hingegen exemplarisch auf die Publikation „*Klimaänderung 2013 – Wissenschaftliche Grundlagen, Zusammenfassung für politische Entscheidungsträger*“ verwiesen (ipcc, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaveränderungen, 2013), aus der auch die nachfolgenden Zitate stammen:

„Der menschliche Einfluss auf das Klimasystem ist klar. Das ist offensichtlich aufgrund der ansteigenden Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre, dem positiven Strahlungsantrieb, der beobachteten Erwärmung und des Verständnisses des Klimasystems.“ (S. 13)

„Fortgesetzte Emissionen von Treibhausgasen werden eine weitere Erwärmung und Veränderungen in allen Komponenten des Klimasystems bewirken. Die Begrenzung des Klimawandels erfordert beträchtliche und anhaltende Reduktionen der Treibhausgas-Emissionen.“ (S. 17)

„Die kumulativen CO^2-Emissionen bestimmen weitgehend die mittlere globale Erwärmung der Erdoberfläche bis ins späte 21. Jahrhundert und darüber hinaus (…). Die meisten Aspekte des Klimawandels werden für viele Jahrhunderte bestehen bleiben, auch wenn die Emis-

Stand: Unterlagen für den Abstellungsbeschluss

sionen von Treibhausgasen gestoppt werden. Dies bedeutet einen unabwendbaren Klimawandel von beträchtlichem Ausmaß über mehrere Jahrhunderte hinweg, der durch vergangene, gegenwärtige und zukünftige Emissionen von CO-2 verursacht wird." (S. 26)

Ergänzend wird auch auf die Verhandlungen und Ergebnisse der Weltklimakonferenz 2015 in Paris hingewiesen (siehe insb. United Nations Framework Convention on Climate Change, 2015).

Allerdings erbringt der Ausbau erneuerbarer Energien auch weitere zusätzliche lokale/nationale positive Effekte, wie z.B. Beiträge zur Begrenzung lokal wirksamer Luftschadstoffe, die bei der Verbrennung fossiler Rohstoffe entstehen. In diesem Kontext wird auch auf die Thematik der externen Kosten[35] der verschiedenen Formen der Stromversorgung hingewiesen, die dementsprechend im Vergleich ein gewichtiges Zusatzargument für die Sicherung von Bereichen für die Windenergienutzung darstellen. So werden die „Umweltkosten gesamt" der Windenergienutzung in einer Publikation des Umweltbundesamtes (Umweltbundesamt, 2012b, S. 29) mit 0,26 €-Cent$_{2010}$/kWh$_{el}$ beziffert, die der Steinkohlestromerzeugung z.B. mit 8,94 €-Cent$_{2010}$/kWh$_{el}$ und die der Stromerzeugung mit Erdgas bei 4,91 €-Cent$_{2010}$/kWh$_{el.}$[36]

Den entsprechenden Planungsaufträgen und -notwendigkeiten soll mit der vorliegenden Konzeption für den Bereich der Windenergie nachgekommen werden – allerdings in einer solchen Weise, dass auch allen anderen Raumnutzungsbelangen angemessen Rechnung getragen wird, wie z.B. dem Schutz der Bevölkerung sowie den Belangen von Natur und Landschaft. Siehe in diesem Kontext auch die Veröffentlichung „Erneuerbare Energien – Zukunftsaufgabe der Regionalplanung" des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2011). [37]

Ein wichtiger Punkt ist die Wahl der Gebietskategorie für die Regionalplandarstellungen: Die allermeisten Kommunen im Planungsraum haben schon Konzentrationszonenkonzepte für die Windenergienutzung. Daher besteht keine gravierende Gefahr von „Wildwuchs" außerhalb planerisch vorgesehener Bereiche. Unter anderem vor diesem Hintergrund ist es sinn-

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[35] „*Sofern die Akteure die mit der Nutzung der Umwelt einhergehenden Wirkungen nicht - oder nicht ausreichend in ihr ökonomisches Entscheidungskalkül einbeziehen, spricht man von externen Effekten. Die monetär bewerteten negativen Wirkungen bezeichnet man als externe Kosten. Charakteristisch für externe Kosten ist die Tatsache, dass nicht die Verursacher diese Kosten tragen, sondern Individuen (oder auch die Gesellschaft als Ganzes), die in keiner direkten oder indirekten Marktbeziehung zu den Verursachern stehen. Im Ergebnis stellt sich eine Situation ein, in der die Umwelt über ein ökonomisch optimales Maß hinaus beansprucht wird*." (Umwelbundesamt, 2012a, S. 11).

[36] Es wurden in der UBA-Publikation nur Luftschadstoffe und Treibhausgase betrachtet; natürlich gibt es aber auch noch andere Umweltschäden durch die verschiedenen Energieformen. Der Wert für die Photovoltaik ist in der Publikation übrigens 1,18 und der Wert der Biomassenutzung 3,84.

[37] In dieser Publikation wird im Übrigen deutlich, dass positive regionalökonomische Effekte einer Anlagenerrichtung nicht nur in der eigenen Kommune, sondern auch in Nachbarkommunen auftreten (z.B. Aufträge für Fundamente, Wartung, Investoreneinnahmen etc.; siehe z.B. Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, 2011: 27. Auch dies spricht dafür, hier eine gesamträumliche regionale Herangehensweise zu wählen. Sonst könnte man vom Engagement der Nachbarkommunen in der Region für die Windenergie profitieren (z.B. durch Aufträge an lokale Bau- und Planungsbüros oder die Steigerung der regional vorhandenen Kaufkraft), ohne dass etwaig bestehende eigene lokale Handlungsmöglichkeiten genutzt werden. Hinzu kommt natürlich die Thematik eines interkommunal fairen Ausschöpfungsgrades der – innerregional allerdings sehr unterschiedlichen – Klimaschutzmöglichkeiten durch die Nutzung der Windenergie.

voll, im Regionalplan insb. Vorranggebiete gemäß Raumordnungsgesetz (ROG) vorzusehen (d.h. Gebiete, deren Wirkung sich auf einen innergebietlichen Vorrang beschränkt), aber auf die außergebietliche Ausschlusswirkung von Eignungsgebieten zu verzichten (vgl. auch Bezirksregierung Düsseldorf, 2011a: 21). Bei der entsprechenden Beschränkung auf Vorranggebiete – und ergänzende Vorbehaltsbereiche (Vorbehaltsgebiete im Sinne des ROG; siehe zu den Gründen für diese zusätzliche Kategorie die nachstehenden Ausführungen) – sind die kommunalen Planungsmöglichkeiten größer als bei Gebieten mit der Wirkung von Eignungsgebieten. Denn die Bauleitplanung kann dann auch zusätzliche Bereiche außerhalb der im Regionalplan dargestellten Bereiche vorsehen (sofern standörtlich möglich). Zugleich bewirkt die Vorrangwirkung die für den Ausbau der Windkraftnutzung zweckmäßige regionalplanerische Unterstützung.

Das Verhältnis von Darstellungen für die Windkraftnutzung im Regionalplan einerseits und bestehenden kommunalen FNP-Windkraftzonen andererseits erfordert jedoch besondere Aufmerksamkeit. Eine enge Abstimmung mit den Kommunen wurde deshalb hier angestrebt (siehe zur besonderen Berücksichtigung der kommunalen Bauleitplanung auch ergänzende Ausführungen unter 7.2.15.3.4).

Klarzustellen ist, dass die vorgesehenen Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten vom Umgang her – auch ohne Vorbehaltsbereiche einzurechnen – der nach § 35 BauGB privilegierten Windkraftnutzung in der Planungsregion aus Sicht der Regionalplanung substantiell Raum einräumen (ohne dass damit die Aussage verbunden ist, dass dies auch teilräumlich für das Gebiet einzelner Kommunen gelten würde). Denn es wird in Relation zu den in der Planungsregion gegebenen Restriktionen und konkurrierenden Raumnutzungsinteressen (u.a. hohe Siedlungsdichten und wertvolle Naturbereiche wie z.B. VSG) ein Umfang der Vorranggebiete vorgesehen, der noch deutlich oberhalb der – nicht exakt bestimmbaren – Schwelle liegt, bei der von einer Erfüllung des Substanzgebotes auszugehen ist (siehe 7.2.15.3.1).

Insoweit ist es auch in quantitativer Hinsicht unkritisch, dass besonders sensible, bereits auf regionaler Ebene zu schützende Gebietskategorien außerhalb dieser Vorranggebiete (Bereiche für den Schutz der Natur) zusätzlich über flankierende textliche Regionalplanvorgaben vor einem Bau von raumbedeutsamen WEA und entsprechenden Planungen geschützt werden. Letzteres, d.h. ein entsprechender zusätzlicher Schutz, ist auch im Rahmen der Regionalplanerarbeitung über ergänzende textliche Vorgaben beabsichtigt (Kap. 5.5.1, Ziel Z1).

Die Darstellungssystematik „Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten“ sieht die LPlG DVO für das dort in Anlage 3 aufgenommene Planzeichen „Windenergiebereiche“ so vor. Zudem enthält der LEP NRW als Ziel 10.2-2 die Vorgabe, dass die Regionalplanung Windenergiebereiche als Vorranggebiete sichert und nennt dabei Leistungswerte. Zudem gibt es im LEP NRW im Grundsatz 10.2-3 auch eine Mindestflächenvorgabe (3.500 ha für die Planungsregion Düsseldorf).

Der Entwurf des Regionalplans wurde für die Windenergiedarstellungen inhaltlich auch aus den entsprechenden Vorgaben im LEP NRW entwickelt und ist mit dem LEP NRW vereinbar.

Vorsorglich anzumerken ist vor dem Hintergrund von Ausführungen im aktuellen Koalitionsvertrag auf Landesebene, dass der Regionalrat auch dann am RPD-Entwurf festhalten würde, wenn vor einem Inkrafttreten des RPD eine LEP-Änderung im Verfahren sein würde gegeben sein würde, in welcher Ziel 10.2-2 des LEP NRW zur Streichung vorgesehen wäre. Gleiches würde gelten, wenn als Ersatz nur eine Vorgabe vorgesehen werden würde als Ziel

Stand Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

in Aufstellung, wonach in Regionalplänen Vorranggebiete für die Windenergienutzung vorgesehen werden können, aber nicht müssen. Denn das zunächst weiter geltende Ziel 10.2-2 würde als zu beachtendes Ziel vorgehen. Zudem wäre vom Gewicht der Belange (Klimaschutz, Regionalökonomischer Nutzen, Vorgaben in § 2 ROG zum Ausbau EE, Vorgaben im LEP NRW) eine Beibehaltung auch bei im Verfahren befindlichen entsprechenden Änderungen der LEP-Vorgaben angezeigt. Eine Neubewertung nach einem Inkrafttreten eines geänderten LEP NRW bleibt unberührt.

Grundsätze in Aufstellung sind ohnehin nicht nach ROG wie Ziele in Aufstellung „zu berücksichtigen". Auch inhaltlich hätte z.B. eine entsprechende evtl. vorgesehene Streichung des Grundsatzes in 10.2-3 LEP NRW (oder ein neuer Grundsatz, dass Vorrang für die Windenergienutzungsgebiete nur vorgesehen werden können) nicht ein solches Gewicht, dass dies zu einer Änderung des RPD-Entwurfs führen würde. Auch hier bliebe eine Neubewertung nach einem Inkrafttreten eines geänderten LEP NRW unberührt.

Ein Inkrafttreten des RPD würde insoweit nicht gefährdet werden, wenn entsprechende Vorgabenänderungen in Aufstellung z.B. bereits beim Aufstellungsbeschluss oder beim Inkrafttreten für den RPD gegeben wären. Dies wäre bereits beim Aufstellungsbeschluss entsprechend einbezogen.

Allerdings ist gemäß ROG für die Abwägung nach § 7 Abs. 2 ohnehin die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan maßgebend. Auch insoweit dürften Ziele in Aufstellung bzw. entsprechende ggf. geplante Zieländerungen bzgl. eines LEP (die noch nicht selber in Kraft getreten sind), welche sich ggf. nach dem RPD-Aufstellungsbeschluss ergeben, einem Inkrafttreten des RPD nicht entgegenstehen. Denn etwaige Ziele in Aufstellung wären ein Thema für die Abwägung.

Nachfolgend wird vor diesem Hintergrund der Entwurf eines Konzeptes für die regionalplanerische Ermittlung und Sicherung von Windenergiebereichen (Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten) und Windenergievorbehaltsbereichen dargelegt, so wie dies zumindest für die Vorranggebiete bereits in der Leitlinie 2.4.3 für die Regionalplanerarbeitung angekündigt wurde. Dabei werden auch die Ankündigung in der Leitlinienbegründung umgesetzt, dass kommunal ausgewiesenen Windkraftzonen besondere Aufmerksamkeit zukommen soll und dass infrastrukturell vorgeprägten Bereichen ein erhöhtes Gewicht zuzumessen ist.

Zur den Vorbehaltsbereichen ist Folgendes anzumerken: Es hat sich im Laufe des Planungsprozesses herausgestellt, dass bei einzelnen Bereichen für dortige Belange nicht mit einer für Vorranggebiete hinreichenden Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass dort WEA errichtbar sind. Eine Windenergienutzung erscheint dort jedoch auch nicht ausgeschlossen und – wenn die betreffenden Belange überwindbar sein sollten – auch sinnvoll. Die Regionalplanung hat sich daher dazu entschlossen – zusätzlich zu „Windenergiebereichen" als Vorranggebieten – „Windenergievorbehaltsbereiche" darzustellen, die Vorbehaltsgebiete im Sinne des ROG sind (Nutzung der Option des § 35 Abs. 4 LPlG DV; Entwicklung etwaiger erforderlicher zusätzlicher Planzeichen).

Dies betraf primär Belange des Luftverkehrs. Soweit es dabei um die Thematik Drehfunkfeuer / VOR (VOR steht für VHF Omnidirectional Radio Range. VHF bedeutet Very High Frequency, die englische Bezeichnung für die Ultrakurzwelle. Omnidirectional Radio Range bedeutet auf Deutsch „Rundum-Funkortung") geht, ist Folgendes anzumerken. Die Regionalplanungsbehörde hat die Landesluftfahrtbehörde (Dezernat 26 der Bezirksregierung Düssel-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dorf) im Zuge der Vorbereitung des Planentwurfes beteiligt. Das Dezernat 26 wiederum hat auf Bitten der Regionalplanungsbehörde insb. zu Ende 2013 für eine Darstellung im Regionalplan ins Auge gefassten Potenzialbereichen (bzw. für – durch den technischen Aufwand bedingt – räumlich nur angenäherte Bereiche; in Randbereichen Abweichungen), d.h. Bereichen die nicht bereits aus anderen Gründen ausschieden, dem Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung eine Bitte um Stellungnahme übersandt. Aus den entsprechenden verschiedenen bereichsbezogenen Schreiben des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung von Anfang 2014 geht – soweit diese zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes vorlagen[38] – hervor, dass insbesondere im Bereich des 15 km Radius um das VOR Düsseldorf für die dortigen angefragten Potenzialbereiche, die nicht bereits aus anderen Gründen ausschieden, Bedenken erhoben werden. Hier wurde gemäß bereichsbezogenen Stellungnahmen seitens des Bundesaufsichtsamtes Anfang 2014 erwartet, dass bei der Errichtung von WEA im Plangebiet zusätzliche Störbeiträge resultieren, die aufgrund der bestehenden Situation nicht akzeptabel seien. Man werde seitens des Bundesaufsichtsamtes WEA in den entsprechenden Plangebieten wiedersprechen. Die Bereiche innerhalb des 15 km Radius um das VOR Düsseldorf wurden daher – sofern nicht andere Belange ohnehin gegen eine Darstellung im Regionalplan sprachen – nur als Vorbehaltsbereiche dargestellt.

Siehe exemplarisch für die abgefragten Potenzialbereiche im 15 km Puffer um das VOR Düsseldorf die Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes bei Mee_WIND_001 und auch die dortigen generellen wertenden Aussagen der Regionalplanungsbehörde zur Thematik.

Anzumerken ist ferner, dass beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung auch weitere Bereiche angefragt wurden, die nicht bereits aus anderen Gründen ausschieden und mindestens teilweise in Anlagenschutzbereichen der Flugsicherung lagen. Diese waren

- Bereiche um den Flughafen Niederrhein (abgefragt wurden dort die Bereiche zwischen Goc_WIND_015 im Norden, Wee_WIND_015 und Wee_WIND_011 im Osten sowie Wee_WIND_011 und Wee_WIND_013 im Westen) und
- Bereiche, die mindestens teilweise im 15 km um das VOR Mönchengladbach und zugleich außerhalb des 15 km Radius um VOR Düsseldorf lagen (denn es gibt Überlappungen der Schutzbereiche)

Zu den vorstehend genannten Bereichen um das VOR Mönchengladbach und die Flugnavigationsanlagen am Standort Flughafen Niederrhein wurde einerseits in sehr ähnlichen Schreiben geschrieben[39], dass gegen den vorgelegten Planungsstand der Vorrangzone keine oder keine grundsätzlichen Einwände bestehen. Es wurden aber auch relativ pauschale Vorbehalte dahingehend gemacht, dass die Entscheidung gemäß § 18 LuftVG, ob Flugsicherungseinrichtungen durch einzelne Bauwerke gestört werden können, unberührt bleibt. Diese Entscheidung nach § 18 LuftVG werde getroffen, sobald dem Bundesaufsichtsamt über die zuständige Landesluftfahrtbehörde des Landes die konkrete Vorhabensplanung (z.B. Bauantrag) vorgelegt wird.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[38] Ergänzender Hinweis: BAF teilte per Schreiben vom 11.08.2015 (ST/5.1.1/006-001/15) an die Abt. 2, Dez. 26 der Bezirksregierung mit, dass Entscheidungen nach § 18a LuftVG nur für konkrete Bauvorhaben erfolgen können und unverbindliche Planungsanfragen, die Projektierer oder Vorhabnsträger an Landesluftfahrtbehörden gerichtet haben und die dem BAF vorgelegt wurden, nicht mehr bearbeitet werden. Daher liegen nicht für alle Standorte Schreiben vor.

[39] Soweit diese zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Textes vorlagen (war nur bei einem Teil der Fall; Stand 15.11.2017).

Siehe exemplarisch für die abgefragten Potenzialbereiche im 15 km Puffer um das VOR Mönchengladbach und zugleich außerhalb des 15 km Puffers um das VOR Düsseldorf die Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes bei Vie_WIND_004 und auch die dortigen generellen wertenden Aussagen der Regionalplanungsbehörde zur Thematik.

Siehe exemplarisch für den Bereich um den Flughafen Niederrhein die Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes bei Kev_WIND_001.

Siehe zu den Anlagenschutzbereichen auch die Seite des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung mit einer interaktiven Karte:[40]

http://www.baf.bund.de/DE/Themen/Flugsicherungstechnik/Anlagenschutz/anlagenschutz_dossier.html?cms_docId=563418&cms_notFirst=true (Zugriff am 25.03.2014)

http://www.anlagenschutz.baf.bund.de/mapapps/resources/apps/anlagenschutz_v2/index.html?lang=de (Zugriff am 25.03.2014)

In diesem Kontext ist anzumerken, dass zwar 15 km Anlagenschutzbereiche bei den Flughäfen MG und Düsseldorf weiterhin gelten, dass aber im Ende 2015 neu gefassten ICAO EURO DOC 015 bei DVOR für WEA in der Regel – Vorbehalte u.a. bei vielen vorhandenen WEA - ein Schutzbereich von 10 km als ausreichend angesehen wird (vgl. insb. Appendix 1; ICAO, 2015). Das unterstützt zumindest tendenziell für Randbereiche von DVOR-Puffer die obige Sichtweise – vorbehaltlich genauerer fachrechtlicher Prüfungen.

7.2.15.2. Generelle Systematik der Bereichsauswahl

7.2.15.2.1 Allgemeine Ausführungen zur Rechtsprechung

Zur Systematik der Auswahl von Bereichen und Flächen für die Windkraftnutzung gibt es inzwischen zahlreiche gerichtliche Urteile und Beschlüsse (vgl. u.a. Gatz, 2013: 38-53). Hervorzuheben ist dabei an dieser Stelle der Beschluss des BVerwG vom 15.09.2009 (BVerwG 4 BN 25/09), in dem wichtige systematische Aspekte zumindest für Konzentrationszonenfestlegungen auf der Ebene des Flächennutzungsplans zusammengefasst werden.

> *„Im ersten Abschnitt sind diejenigen Bereiche als „Tabuzonen“ zu ermitteln, die sich für die Nutzung der Windenergie nicht eignen. Die Tabuzonen lassen sich in zwei Kategorien einteilen, nämlich in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen aus tatsächlich und/oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen sind („harte“ Tabuzonen) und in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich sind, in denen nach den städtebaulichen Vorstellungen, die die Gemeinde anhand eigener Kriterien entwickeln darf, aber keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen.*

[40] Die Regionalplanungsbehörde hat die Anfragen beim Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung über die Landesluftfahrtbehörde bewusst recht früh in der Planungs- und Zulassungshierarchie vorgenommen, damit möglichst realistische Plandarstellungen vorgesehen werden können. Dabei war ihr bewusst, dass die Rückmeldungen mit Vorbehalten versehen sein werden. Die Abfragen ersetzen somit keine erneuten Abfragen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen und sie waren auch nicht zwingend erforderlich. Vor diesem Hintergrund war es hinreichend, (im Wesentlichen durch den technischen Aufwand bedingt) keine hundertprozentige Deckung von Potenzialbereichen mit den abgefragten Bereichen sicherzustellen und auch ausreichend, aus den bereits vorliegenden Stellungnahmen zu einzelnen Bereichen auf die Bereiche in der Umgebung zu schließen – auch wenn der Regionalplanung bewusst ist, dass es hier Unterschiede geben kann.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen bleiben sog. Potenzialflächen übrig, die für die Darstellung von Konzentrationszonen in Betracht kommen. Sie sind in einem weiteren Arbeitsschritt zu den auf ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung zu setzen, d.h. die öffentlichen Belange, die gegen die Ausweisung eines Landschaftsraums als Konzentrationszone sprechen, sind mit dem Anliegen abzuwägen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine Chance zu geben, die ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht wird (OVG Koblenz, Urteil vom 26. November 2003 8 A 10814/03 ZNER 2004, 82 <83>). Als Ergebnis der Abwägung muss der Windenergie in substanzieller Weise Raum geschaffen werden."

Aus dem aktuelleren Urteil des BVerwG vom 11.04.2013 (4 CN 2.12) ergibt sich weiterführend, dass eine Aufschlüsselung in harte und weiche Tabuzonen und inkl. Dokumentation bei entsprechenden Konzentrationszonenplanungen für die Windenergie erforderlich ist. Der Plangeber müsse sich zur Vermeidung eines Fehlers im Abwägungsvorgang den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen bewusst machen und ihn dokumentieren. Seine Entscheidung für weiche Tabuzonen muss der Plangeber rechtfertigen.

Ferner ist vorauszuschicken, dass die Kriterien für harte und weiche Tabukriterien einheitlich anzuwenden sind gemäß BVerwG, Beschluss vom 15.09.2009, 4 BN 25/09. Für eine differenzierte "ortsbezogene" Anwendung der Restriktionskriterien, sei bei der Ermittlung der Potenzialflächen kein Raum.[41]

Besonders einzugehen ist aber auf die Thematik der Planungsebenen und die Anforderungen an harte Tabuzonen. Das OVG NRW hob in seinem Urteil vom 01.07.2013, 2 D 46/12 sinngemäß hervor, dass es schon auf der Ebene der Bauleitplanung (Bebauungspläne und FNPs) tendenziell selten ist, dass das tatsächliche oder rechtliche Hindernis für die Realisierung der Planung nicht noch absehbar auf einer nachfolgenden Zulassungsebene überwunden werden kann (vgl. auch OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12 insb. zu FFH-Gebieten). Dies sieht das OVG NRW aber als Bedingung für die Annahme eines harten Tabus aus. Speziell bei der Flächennutzungsplanung, d.h. der höheren Planungsebene, sei dies jedoch die (relativierte) Ausnahme:

„Denn der Flächennutzungsplan weist grundsätzlich ebenenspezifisch ein grobmaschiges Raster auf, das noch auf Verfeinerung auf nachgelagerter Planungs- und Einzelzulassungsebene angelegt ist."

Diese ebenenbezogene Bewertung wird von hiesiger Seite geteilt und sie findet ihre konsequente Fortführung auf der Ebene der Regionalplanung als der noch einmal im Vergleich zur FNP-Ebene deutlich abstrakteren Planungsebene:

Denn auf der Ebene der Regionalplanung bestehen noch viel weiter gehende Möglichkeiten, konfliktreiche Bereiche zu überplanen als auf der Ebene der Bauleitplanung. So können ggf. auch Bereiche überplant werden, die die Bauleitplanung als hartes Tabu zu akzeptieren hat, weil Anpassungspflichten über Raumordnungsklauseln bestehen und/oder weil ein sehr langfristiger Planungszeitraum der Regionalplanung zu eigen ist und aktuell bestehende Hinderungsgründe in der weiteren Zukunft nicht mehr bestehen können (vgl. z.B. zur Artenschutzthematik auf der Ebene der Regionalplanung das Urteil des HessVGH vom

[41] Vgl. zur Thematik der dennoch zulässigen regelabweichenden Ungleichbehandlung atypischer Fälle / „regemäßigen Ausschlussgründe" auf den Beschluss des BVerwG vom 18.01.2011, 7 B 19.10.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

10.05.2012, 4 C 841/11.N). Dies passiert auch in der Praxis. Ebenso können u.a. aufgrund des großräumigen Charakters der Planung auch kleinräumige nicht realisierbare Bereiche innerhalb von Vorranggebieten liegen (vgl. z.B. OVG NRW, Urteil vom 29.01.2009, 20 A 2034/06).

Selbst Ziele der Landesplanung sind für regionalplanerische Konzepte nicht zwingend tabu, denn hier gibt es u.a. die – allerdings z.B. auch der Bauleitplanung offen stehenden – Möglichkeiten von Zielabweichungsverfahren für Bereiche/Teilbereiche nach § 16 LPlG (neben der Möglichkeit von parallelen LEP-Änderungen).

Auch die besondere Größe und Heterogenität einer Planungsregion – beides bei der Regionalplanung Düsseldorf gegeben im Vergleich zur Regionalplanung z.B. in Niedersachsen (Regionalplanung dort auf Kreisebene; auch in anderen Bundesländern kleinere, homogenere Regionalplanungsregionen) und erst Recht im Vergleich zur Bauleitplanung – führt dazu, dass es unwahrscheinlicher wird, dass ein Kriterium im Planungsraum Düsseldorf wirklich einheitlich angewendet werden kann bezogen auf die Frage „rechtlicher oder tatsächlicher Ausschlussgründe“. Nur dann kann es aber als hartes Tabukriterium genutzt werden.

Harte Tabubereiche sind bei der Regionalplanung daher schon generell deutlich seltener anzunehmen, als bei der kommunalen Bauleitplanung.

7.2.15.2.2 Vorgehen bei der Planung

Die entsprechenden Ausführungen der Gerichte zu Windenergie-Konzentrationszonenplanungen sind teilweise, aber nicht vollständig übertragbar auf die für das Planungsgebiet des Regionalrates Düsseldorf angestrebte Systematik regionalplanerischer Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten, d.h. ohne außergebietliche Ausschlusswirkung bzw. Konzentrationszonenwirkung.

Bevor darauf näher eingegangen wird, ist Folgendes anzumerken: Auch die Windenergievorbehaltsbereiche (Vorbehaltsgebiete) werden im vorliegenden Erarbeitungsverfahren für den Regionalplan Düsseldorf nach der gleichen Systematik geplant – bis auf den bereichsbezogen vermerkten Belang, der zum Vorbehalt führte – auch wenn nachfolgend teilweise nur die Vorranggebiete explizit angesprochen werden.

Der wichtigste Aspekt, der zu einer nicht vollständigen Übertragbarkeit im Sinne des ersten Absatzes führt ist, dass sich bei Vorranggebieten ohne Konzentrationszonenwirkung die Frage der substantiellen Schaffung von Raum in der Gesamtregion – als Voraussetzung für den außergebietlichen Ausschluss – so nicht stellt.[42]

Vorzulegen ist aber in jedem Fall ein sachgerechtes Planungskonzept mit einer hinreichenden Alternativenprüfung. Um dahin zu kommen, ist ein gesamträumliches Prüfungskonzept mit Kriterien ähnlich wie bei Konzentrationszonenplanungen mehr als nur ratsam (auch wenn es zumindest bei reinen „Positivplanungen“ nicht zwingend ist; vgl. BVerwG 4 CN 1.12, Urteil vom 31.01.2013). Das heißt, ungeachtet dessen, dass die Aufgabenstellung sich bei Vorranggebieten ohne die Wirkung von Eignungsgebieten etwas von der Aufgabenstellung bei Konzentrationszonen unterscheidet, ist bei der Festlegung von Vorranggebieten für die

[42] Gibt es allerdings bindende quantitative Vorgaben der Landesplanung für die Regionalplanung als Ziele der Raumordnung, dann müssen diese Werte trotzdem eingehalten werden, d.h. auch losgelöst von der Thematik der Schaffung „substantiellen Raumes“.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Windenergienutzung ein mehrstufiges gesamträumliches Vorgehen in enger Anlehnung an die vorstehend vom BVerwG dargelegte Systematik bereits aus Gründen der Rechtssicherheit sinnvoll und auch möglich. Gleiches gilt für die Vorbehaltsbereiche.

Die Konzeption für die Ermittlung von Bereichen für den Regionalplan Düsseldorf sieht daher wie folgt aus:

1) Festlegung und Anwendung von „harten" Tabuzonen (siehe nachstehenden Text und 7.2.15.Anlage 1), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA aus tatsächlichen und/oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen sind und in denen daher ausnahmslos keine Vorranggebietsfestlegung oder Vorbehaltsgebietsfestlegung im Regionalplan erfolgt. Hier ist jedoch auf die vorstehenden Ausführungen zu den hohen Anforderungen zu verweisen, die zu nehmen sind, um harte Tabus seitens der Regionalplanung Düsseldorf annehmen zu können.

2) Festlegung und Anwendung von „weichen" Tabuzonen (siehe nachstehenden Text und 7.2.15.Anlage 1) in denen aus weitergehenden regionalplanerischen Erwägungen ausnahmslos keine Vorranggebiets- oder Vorbehaltsgebietsfestlegung im Regionalplan erfolgt, auch wenn ansonsten ggf. (vermutlich nur in Teilbereichen) die Errichtung und der Betrieb von WEA tatsächlich und rechtlich möglich ist oder sein kann. Dies schließt auch ein Windstärkenkriterium mit ein.[43]

3) Übrig gebliebene Potenzialbereiche (oder auch übrig gebliebene „Potenzialflächen")[44] werden zu den auf ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt (siehe 7.2.15.Anlage 2). Das heißt, öffentliche Belange, die gegen die Darstellung eines Bereiches für die Windenergienutzung sprechen, sind mit dem Anliegen abzuwägen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten unter anderem aus Klimaschutzgründen und (energie-) wirtschaftlichen Gründen einen raumordnerischen Vorrang zu geben. Nur wenn die Abwägung für eine Darstellung spricht, werden sie entsprechend vorgeschlagen.

[43] Anzumerken ist dabei, dass die Abgrenzung zwischen harten und weichen Tabuzonen oftmals schwierig ist (vgl. VG Stade, Urteil vom 16.02.2012, 2 A 248/10; OVG Berlin Brandenburg, Urteil vom 24.02.2011, OVG 2 A 24.09 Juris RN 65). Da im Ergebnis beide Zonen, d.h. harte und weiche Tabuzonen, vollflächig von der Gesamtfläche der Planungsregion abgezogen werden, kommt es darauf aber insoweit zumindest vom Ergebnis (d.h. den Windenergiebereichsdarstellungen) her nicht an.

Im vorliegenden Fall, d.h. einem regionalplanerischen Konzept ohne Konzentrationszonenwirkung, erscheint es jedenfalls im Zweifelsfall sinnvoll, Kriterien eher den weichen Tabuzonen zuzuordnen, um so auch deutlich zu machen, dass es – ungeachtet der Frage, ob es bereits aus tatsächlichen und/oder rechtlichen Gründen zwingend erforderlich wäre – auch der klare planerische Wille ist, die betreffenden Bereiche für die regionalplanerischen Darstellungen als Tabu zu erklären (zumal eine Überschätzung des Anteils der weichen Tabuzonen in Relation zu den harten weniger kritisch ist, als der umgekehrte Fall, da im umgekehrten Fall der Plangeber ggf. seine Spielräume unterschätzt und primär ist eine Unterschätzung – und nicht eine Überschätzung – im Hinblick auf die Thematik des „substantiellen" Raum Schaffens relevant).

[44] Genau genommen sind vom Wortsinn her alle Bereiche Potenziale, die nicht in harten Tabuzonen liegen, denn da ist die WEA-Errichtung insoweit – vorbehaltlich näherer Standortprüfungen - zunächst einmal nicht ausgeschlossen. Dessen ungeachtet werden hier fü den RPD per Definition nur die Bereiche außerhalb von harten UND weichen Tabuzonen als „Potenzialbereiche/-flächen" bezeichnet (vgl. Beschluss des BVerwG vom 15.09.2009, BVerwG 4 BN 25/09; inzwischen vertritt z.B. Gatz eine andere Auffassung (vgl. Gatz, (2017): Die planersiche Steuerung der Windenergienutzung in der Regional- und Flächennutzungsplanung, in: Deutsches Verwaltungsblatt Nr. 8, S. 462).

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Eine Aufteilung einzelner Bereiche kann z.B. dann vorgenommen werden, wenn Teilbereiche komplett ausscheiden, d.h. es dort Ausschlussgründe (ohne Ausschlussgrund Punktbewertung; siehe unten) gibt, aber die verbleibenden Bereiche als Bereiche in Frage kommen.

4) Ergebnisdarstellung: Die verbleibenden Bereiche sollen als im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung mit der entsprechenden Plandarstellung dargestellt werden. Würden die Bereiche vom Umfang her jedoch zu gering sein, wäre zu prüfen, inwieweit veränderte Kriterien oder Bewertungen erforderlich wären. Das heißt, die vorherigen Schritte wären zu hinterfragen.

Der nachstehende Kriterienentwurf sieht im Übrigen vor, dass auch eine Bewertung nach Gunstbereichen erfolgt. Dies sind Bereiche, in denen bestimmte Aspekte einzeln oder in Kombination (Vorschädigungen, Planungssicherheit, Infrastrukturanbindung, geringe Wertigkeiten etc.) für eine Darstellung für Zwecke der Windenergienutzung sprechen (z.B. vorhandene Standorte vorprägender WEA). Zu nennen sind bei den Gunstbereichen z.B. die kommunalen Windenergieanlagenkonzentrationszonen, die somit entsprechend hoch gewichtet werden.

Wichtiger Hinweis zur Gunstbereichsbewertung: Es ist gemäß den aktuellen Bewertungen nicht vorgesehen, dass Bereiche aufgrund ihrer Punktzahl in der Gunstbereichsbewertung gestrichen werden, denn auch die Bereiche mit im Vergleich eher etwas wenigen Punkten sind gemäß der erfolgten Prüfung dennoch hinreichend geeignet (Bereiche mit gar keinen Punkten gibt es ohnehin nicht). Die Gunstbereichsbewertung ist aber auch so wichtig für die Planung, denn sie macht transparent, dass der Plangeber sich bei seiner Entscheidung bewusst ist, dass es auch bei den betreffenden Bereichen entsprechende lokale Unterschiede gibt.

Anzumerken ist insb. im Kontext der obigen Tabuzonenthematik, dass in einer sehr heterogenen Planungsregion keine gleichförmige Verteilung der Windenergiezonen über den Planungsraum möglich ist. So ist in Kommunen mit umfangreicher, disperser Wohnbebauung im Außenbereich (z.B. Hofnutzungen) und/oder generell hohen Siedlungsdichten tendenziell – vorbehaltlich anderer Kriterien – bereits immissionsschutzrechtlich sehr viel weniger Spielraum für Windenergiebereichsdarstellungen, als in kompakt bebauten und/oder dünn besiedelten Kommunen. Ähnliches gilt u.a. für ungleich verteilte ökologische Restriktionen. Auch z.B. fachrechtliche Belange der Luftverkehrssicherheit sind nur in einigen Teilen der Region – wie rund um den Flughafen Düsseldorf – ein gravierendes Problem bzw. großflächig auch ein Ausschlussgrund für die Planung von Windenergiebereichen. Dies ist auf der regionalen Ebene insoweit nicht anders, als auf der kommunalen Planungsebene. Auch bei der Flächennutzungsplanung kann regelmäßig nicht in allen Ortsteilen in gleichem Maße der Windenergienutzung Raum eingeräumt werden kann.

Ebenso ist anzumerken, dass diese faktische Sachlage auch schon dazu führte, dass im NRW-Leitszenario der Wind-Potenzialstudie des LANUV für die einzelnen Kommunen sehr unterschiedlichen Potenziale für die einzelnen Kommunen und Kreise des Landes und der Planungsregion Düsseldorf ermittelt wurden (vgl. LANUV, 2012: S. 119 ff). So konnten dort z.B. kaum ha-Potenzialflächen im rechtsrheinischen Bereich der Planungsregion ermittelt werden – was aber mit dazu beigetragen haben dürfte, dass der ha-Wert für die Planungsregion im neuen LEP NRW-Grundsatz 10.2-3 nicht noch höher lag. Mit anderen Worten: Auch

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

der Hektarwert im LEP-Grundsatz spiegelt bereits die teilregional im Planungsraum Düsseldorf sehr unterschiedlichen Potenziale wieder.

Teilweise werden im raumordnerischen Konzept auch Abstände explizit bei den Tabuzonendefinitionen mit erfasst. Diese wurden im Übrigen auch für die Randbereiche außerhalb des Regierungsbezirks mitbetrachtet.[45]

Es ist aber darauf hinzuweisen, dass im Rahmen etwaiger späterer Anlagenzulassungen auch zu einigen weiteren Bereichen oder Raumnutzungen eventuell kleinere Abstände einzuhalten sein werden. Dazu ist anzumerken, dass sehr kleine Abstände bereits aus Gründen des groben Maßstabes des parzellenunscharfen Regionalplans bei den regionalplanerischen Darstellungen nicht erfasst werden. Fachrechtlich bestehende zwingende Abstandserfordernisse – die z.B. tlw. auch von den später festzulegenden konkreten Anlagenhöhen abhängen – bleiben jedoch in jedem Fall unberührt, d.h. gelten auch bei der Lage von WEA in Vorranggebieten.

Letzteres ist ohnehin noch einmal gesondert hervorzuheben: Der Regionalplan kann zwingende fachgesetzliche Anforderungen (z.B. aus dem EU-Umweltrecht) nicht „*aushebeln*". Das heißt, auch nach einer Darstellung für Zwecke der Windenergienutzung im Regionalplan kann sich herausstellen, dass zumindest eine bestimmte Anlagenkonfiguration oder – z.B. aufgrund von Erkenntnissen, die der Regionalplanung nicht vorlagen – im (zumindest bei Vorranggebieten) sehr seltenen Einzelfällen auch generell in einem im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung dargestellten Bereich eine Errichtung von WEA nicht möglich ist. Letzteres sollte aber über den regionalplanerischen Suchprozess möglichst ausgeschlossen werden.

In diesem Kontext ist auch auf den Charakter der regionalplanerischen Windenergiebereiche (Vorranggebiete) näher einzugehen. Diese Bereiche sind jeweils so zu wählen und gewählt worden, dass sich in ihnen die Windkraftnutzung auch wirklich nach den vorliegenden Erkenntnissen substantiell durchsetzen kann, denn sonst würde die entsprechende verbindliche innergebietliche Vorrangregelung ins Leere laufen bzw. die Bereiche wären falsch abgewogen (nicht gleichzusetzen mit der Thematik Substanzgebot für Gesamtregionen bei etwaigen Konzentrationszonenkonzepten).

Die Klassifizierung als Vorranggebiet verlangt aber nicht, dass sich die Nutzung auf jedem Hektar (ha) eines Bereiches zwingend durchsetzen können muss (vgl. OVG NRW, Urteil vom 29.01.2009, 20 A 2034/06). Gerade für die WEA ist es aufgrund von Spielräumen in der Anlagenanordnung i.d.R. kein Problem, wenn zwischen den einzelnen Anlagen eines Windparks auch kleinflächige Bereiche vorhanden sind, in denen Anlagen nicht stehen dürfen (z.B. Bachstrukturen). Diese müssen regionalplanerisch nicht aus der entsprechenden Darstellung als Windenergiebereich ausgenommen werden, wenn dies bereits zeichnerisch angesichts des Maßstabes des Regionalplans nicht sinnvoll ist. Sehr kleinflächige Strukturen sind insoweit nicht als Tabuzonen für eine graphische Darstellung einzustufen, selbst wenn sich die vorrangige Nutzung vor diesem Hintergrund in innerhalb der Windenergiebereiche gelegenen fachrechtlich zwingenden kleineren Ausschlussflächen evtl. nicht durchsetzt. Die vorstehenden Ausführungen in diesem Absatz gelten im Übrigen erst recht für bloße Vorbehaltsbereiche (Vorbehaltsgebiete).

[45] Teilweise aufgrund der Datenlage in nicht automatisierten Arbeitsschritten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Zur Wortwahl „Tabuzonen“ ist zudem anzumerken, dass die entsprechende Übernahme der Wortwahl des BVerwG im Rahmen der Regionalplanerarbeitung nicht so zu verstehen ist, dass in den Tabuzonen generell keine raumbedeutsamen WEA errichtet werden dürfen oder dort keine entsprechenden kommunalen Windkraftzonen geplant werden dürfen. Die Tabuzonen sind – zumindest soweit es weiche Tabuzonen sind – nur für die Darstellung für Zwecke der Windenergienutzung im Regionalplan tabu aufgrund des mit planerischem Ermessensspielraum festgelegten Planungskonzeptes der Regionalplanung. Etwaige bauleitplanerische Windkraftzonen / Windkraftkonzentrationszonen und WEA-Genehmigungen sind je nach den Bedingungen des Standortes eventuell auch in den weichen Tabuzonen möglich – im Rahmen fachrechtlicher Anforderungen und der sonstigen raumordnerischen Vorgaben - z.B. zum Freiraumschutz im LEP NRW und Regionalplan.

7.2.15.3 Ausführlicher zu thematisierende Einzelaspekte

Bevor im Tabellenanhang der geplante Umgang mit einzelnen thematischen Bereichs-/Flächenkategorien abgehandelt und begründet wird, ist auf ergänzende generelle Aspekte und Ausschlussgründe sowie auf einige spezielle fachliche Themen gesondert einzugehen. Dies liegt insb. darin begründet, dass hier jeweils weitergehende Ausführungen erforderlich sind, die den Rahmen der Tabelle sprengen würden.

7.2.15.3.1 Gesamtfläche

Die Windenergiebereiche umfassen eine Gesamtfläche von rund 2.265 ha. Dies entspricht etwas mehr als 0,62 % der Fläche der rund 360.000 ha großen Planungsregion Düsseldorf.

Die Windenergievorbehaltsbereiche umfassen zusätzlich ca. 187 ha, entsprechend ca. 0,05 % der Fläche der Planungsregion.

Zum Vergleich: Die kommunalen Windkraftzonen in den FNPs der Kommunen erreichten zum Zeitpunkt 01.01.2011 einen Anteil an der Fläche der Planungsregion von ca. 1 % (vgl. Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b). Die betreffenden FNP-Flächen lagen und – soweit sie noch vorhanden sind - liegen aber zumindest zum Teil relativ nah (z.B. zum Teil ca. 300 m zu Außenbereichswohnen oder in einzelnen Fällen auch gar kein Abstand zu Außenbereichswohnen) an der Wohnbebauung, so dass eine Neuerrichtung großer heutige WEA dort bei einem Teil der FNP-Flächen bereits aufgrund der Thematik der optisch bedrängenden Wirkung und ggf. des Immissionsschutzes nicht möglich sein dürfte.

Zu den Prozentwerten bzgl. des Anteils an der Fläche der Planungsregion ist ferner festzustellen, dass für die Anlagenfundamente, Nebenanlagen und Zuwegungen jeweils nur ein kleiner Bruchteil des jeweiligen im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung dargestellten Bereiches in Anspruch genommen wird. Der weitaus überwiegende Teil bleibt auch weiterhin z.B. für Zwecke der Land- und Forstwirtschaft nutzbar (wirtschaftliche Doppelnutzung).

Der Regionalplan kommt mit der vorgesehenen Größenordnung der Grundsatzvorgabe in § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG nach, wonach die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen sind. Zugleich ist bereits der Umfang der als Vorranggebiete vorgesehenen regionalplanerischen Windenergiebereiche unter Mitbetrachtung der hiesigen Restriktionen und deren aus der Begründung ersichtlichem Gewicht so groß, dass er ausreichen würde, um das für eine – wie dargelegt im Regionalplan nicht beabsichtigte – Konzentrationszonenregelung mindestens einzuhaltende Substanzgebot zu erfüllen (was aber nicht

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bedeutet, dass dies auch für die Fläche der einzelnen Kommunen automatisch gelten würde).

Zudem wird damit die Vorgabe in Ziel 10.2-2 des LEP NRW beachtet. Auch die Vorgaben bezüglich des Windstromanteils bzw. des Anteils regenerativen Stroms im Ziel 10.2-2 werden mit den ausgewählten Bereichen nach hiesiger Bewertung bzw. Prognose hinreichend erfüllt. Letzteres gilt auch für die TWh/a-Angaben in den Erläuterungen zum Ziel und für den berücksichtigten Grundsatz 10.2.3 des LEP NRW.[46]

[46] Dabei werden die Annahmen in der Potenzialstudie Windenergie des LANUV (LANUV, 2012) zu Grunde gelegt. Diese geht davon aus, dass für die im LEP NRW genannten Vorgaben für die Planungsregion Düsseldorf – ausgehend vom anspruchsvolleren der beiden Vorgaben – 3.400 für leistungsfähige Anlagen nutzbare ha (hinreichende Abstände – wie beim RPD-Entwurf gegeben – etc.) notwenig wären (S. 98). Dabei sind bezüglich des Ziels 10.2-2 des LEP NRW auch WEA-Standorte außerhalb der regionalplanerisch dargestellten Zonen anrechenbar, die voraussichtlich auch 2025 noch betrieben werden. Das dürften Standorte angesichts von i.d.R. mindestens 20 Jahren Lebensdauer nahezu aller ab 2005 errichteten Anlagen sein und ein Teil der sonstigen Standorte, die - vereinfacht gesagt - sehr deutlich über 300 m von der Wohnbebauung im Außenbereich oder 600 m von der Wohnbebauung im Innenbereich entfernt und somit evtl. repoweringfähig wären (Zwischenwerte für Mischgebiete etc.). Dass der Umfang der Darstellungen ein ensprechendes Landesziel erfüllen wird, ergibt sich dabei auch ohne detaillierte Prüfung aus dem entsprechenden Umfang und den standörtlichen Erkenntnissen aus dem Energiemonitoring zum 01.01.2011 (Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b) und den aktuelleren Bestandsdaten des energieatlas.nrw im Internet (http://www.energieatlasnrw.de/site/nav2/KarteMG.aspx, Zugriff am 01.08.2017).

Die höheren Anforderungen resultieren nach hiesiger Einschätzung aus dem Grundsatz 10.2.3 des LEP NRW (3.500 ha). Auch dieser Grundsatz wurde hinreichend berücksichtigt. Denn dabei muss in die Abwägung eingehen, dass der RPD-Entwurf aufgrund einer detaillierten Prüfung und hinreichender Vorsorgeabstände z.B. zur Wohnnutzung Bereiche vorsieht, bei denen von einer sehr guten Ausnutzbarkeit auszugehen ist. Zudem sind bei den vorgesehenen Streichungen in Kap. 7.2.15 und den Unterlagen zur Beteiligung gravierende Gründe gegeben, die ggf. auch mindestens eine vorliegend moderate Unterschreitung des im Grundsatz genannten Wertes erlauben (siehe hierzu insb. auch die weiter gültigen entsprechenden Vorbemerkungen zu den Änderungen der Windenergiebereiche in den Unterlagen für die 3. Beteiligung). Auch ist ebenso bei dieser LEP-Vorgabe mit in die Betrachtung einzubeziehen, dass es in der Planungsregion Düsseldorf voraussichtlich weiterhin große WEA und FNP-Windparkflächen außerhalb der RPD-Darstellungen geben wird (vgl. auch hier Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b und http://www.energieatlasnrw.de/site/nav2/KarteMG.aspx, Zugriff am 01.08.2017).

Zur Einordnung anzumerken ist, dass in der LANUV-Studie auf S. 96 mit im Rahmen einer der Potenzialbetrachtungen (nicht den Werten für die Planungsregionen aus dem LEP NRW) für NRW mit 9.780 3-MW-WEA auf einer Fläche von 113.000 ha gerechnet wurde. Umgerechnet auf 3.400 ha (S. 98 der Potenzialstudie) für die Planungsregion Düsseldorf (siehe oben) würde eine solche Leistungsdichte ca. 294 3-MW-Anlagen bzw. ca. 883 MW installierter Leistung (von relativ hoch effizienten 3-MW-Anlagen) entsprechend. Zum Vergleich: Gemäß den Daten des Energiemonitorings NRW gab es zum Stand 31.12.2015 (abgefragt am 01.08.2017) bereits 340 MW ans Stromnetz angeschlossene Windenergieleistung in der Planungsregion Düsseldorf über 261 WEA mit einem Gesamtertrag von 540 GW/a; danach sind nach hieisger Einschätzung Netto noch zahlreiche MW hinzugekommen. Die entsprechenden Standorte liegen zu einem großen Teil außerhalb der geplanten Darstellungen des Regionalplans. Viele davon werden im Übrigen mindestens auch zu den in Ziel 10.2-2 des LEP genannten Zeitpunkten noch in Betrieb sein, geht man sachgerecht von mindestens 20 Jahren – eher mehr (viele Standorte können von den Abständen her nicht durch neue große Anlagen genutzt werden, weshalb sich ein kostengünstiger Weiterbetrieb mit ggf. Austausch beschädigter Komponals die bessere Alternative darstellen wird (Annahme: Börsenpreise werden zumindest mittel- bis langfristig im Zuge der Umgestaltung der Energieproduzenten (u.a. Kraftwerksabschaltungen) und Leitungen (erleichterter Stromexport) wirtschaftlich einen günstigen Weiterbetrieb solcher „abbezahlter“ Anlagen erlauben) – Nutzungsdauer aus.

gegen Unterlagen ein das Auslegungsexemplar

Klarstellend anzumerken ist dabei, dass es nicht Ansatz des RPD ist, nur hinreichend die Landesvorgaben einzubeziehen, sondern die für die Windenergienutzung künftig sinnvollen Standorte für einen sachlich hinreichenden WEA-Ausbau zu sichern (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 6 ROG). Das können ggf. auch etwas andere Werte sein, als eine Mindestvorgabe des Landes sie beinhaltet.

Diesbezüglich ist anzumerken, dass der Regionalplan auch ohne Vorgaben des LEP NRW den vorgesehenen Flächenumfang aufweisen würde. Die Entscheidung des Plangebers ist hier insoweit eine eigenständige und nicht nur auf die Vorgaben der Landesplanung zurückzuführen.

Als Hintergrundinformationen wird zur Einordnung dabei dargelegt, dass der Umfang der harten Tabuzonen in der Planungsregion gemäß 7.2.15.Anlage 1 null ha betrug (wobei auf die vorstehenden Ausführungen zur Seltenheit des Bestehens von harten Tabuzonen auf der Ebene der Regionalplanung hinzuweisen ist).

Der Umfang der weichen Tabuzonen[47] (alle: weiche und weiche mit Tendenz zu harten Tabuzonen gemäß 7.2.15.Anlage 1) betrug in der Planungsregion gut 352.000 ha.

Der Umfang der Potenzialbereiche – nach Abzug der harten und weichen (inkl. weichen mit Tendenz zu harten) Tabuzonen betrug ca. 11.000 ha.[48]

Ergänzend wird zur Ausgangslage auf das Energiemonitoring der Bezirksregierung (Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b) und die Daten des NRW-Energieatlas im Internet hingewiesen (www.energieatlasnrw.de).

Da es sich nicht um eine Konzentrationszonenplanung handelt, gilt zwar nicht das Gebot, dass der Nutzung im Planungsraum durch die Darstellungen substantiell Raum eingeräumt werden muss. Es ist nach der Einschätzung der Regionalplanungsbehörde jedoch zumindest für die Region als Ganzes davon auszugehen, dass bereits die Darstellungen der Vorranggebiete der Windkraftnutzung angesichts der hiesigen Potenziale, Restriktionen und Nutzungskonkurrenzen (u.a. hohe Siedlungsdichten und wertvolle Naturbereiche wie z.B. VSGs) mehr als substantiell Raum einräumen, da hier ein entsprechender Anteil des Raumes für die Darstellung vorgesehen wird.[49] Die gilt nicht nur für die Relation der dargestellten Vorranggebiete zu den Bereichen außerhalb der harten Tabuzonen. Es würde auch gelten, wenn man auch die weichen Tabuzonen mit Tendenz zu harten Tabuzonen zusätzlich als harte Tabuzonen werten würde oder werten müsste. Die resultierende Plandarstellung würde dann in jedem Fall genauso aussehen, wie ohnehin vorgesehen.

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

[47] Anzumerken ist dabei, dass in den nachstehenden Werten zu weichen Tabus das Tabu der Mindestgröße von 10 ha nicht bei der Oberkategorie und den Unterkategorien abgebildet ist. Würde man die aufgrund dieses Mindestgrößen-Tabus zusätzlich abgezogenen Bereiche mitrechnen, würde sich der Gesamtumfang der weichen Tabus marginal um ca. 700 ha erhöhen. Dies ändert jedoch nichts an den nachstehenden Wertungen u.a. zum Substanzgebot.

[48] Die korrespondierenden Basisdaten zu harten und weichen Tabuzonen (d.h. auch die Flächen und deren quantitativer Umfang) können vom Regionalrat bei der Regionalplanungsbehörde auch eingesehen werden.

[49] Das beudeutet jedoch nicht automatisch, dass auch Kommunen das Substanzgebot erfüllen, wenn sie die Regionalplandarstellungen in ihrem kommunalen Gebiet umsetzen. Dazu ist erläuternd anzumerken, dass es auch Kommunen gibt ohne Vorranggebietsdarstellungen oder mit nur geringen Hektaranteilen daran. Diese Thematik ist daher ggf. auf der kommunalen Planungsebene gesondert zu betrachten.

Dabei wird das Verhältnis der dargestellten Windenergiebereiche (Vorranggebiete) zu den Bereichen außerhalb harter Tabus betrachtet. Hierbei muss man mit berücksichtigen, dass es auf der Ebene der Regionalplanung deutlich weniger harte Tabubereiche gibt, als auf der Ebene des FNPs und dass hier beim RPD ohnehin starke Zurückhaltung bei der Annahme harter Tabus genommen wird (siehe unten). De facto muss man die dargestellten Bereiche somit in diesem Sonderfall der Regionalplanung primär in Relation zur Größe der Planungsregion Düsseldorf setzen. Daher reicht hier tendenziell auch ein kleinerer Anteil der dargestellten Bereiche in Relation zu den Bereichen außerhalb harter Tabubereiche aus, als er vielleicht bei einer durchschnittlichen Kommune der Region anzusetzen wäre.

Auch der für die Ebene der Regionalplanung hohe Detaillierungsgrad der Prüfung der Vorranggebiete und die gute Berücksichtigung der Realisierungsanforderungen von heutigen WEA (Abstände etc.) beim vorliegenden Planentwurf sprechen dafür, dass hier substantiell Raum eingeräumt wurde. Denn bei den Vorranggebieten ist insoweit von einem hohen Grad der Umsetzung durch leistungsstarke WEA auszugehen.

7.2.15.3.2 Mindestgrößen für Einzelflächen und Ausführungen zu Anlagendaten

Das Konzept sieht vor, dass Darstellungen für die Windenergienutzung im Regionalplan eine Mindestgröße von 10 ha aufweisen müssen. Isolierte kleinere Flächen werden bereits deswegen nicht als Potenzialfläche erfasst. Unmittelbar aneinandergrenzende Flächen, die z.B. aufgrund von Kommunengrenzen entsprechend aufgeteilt wurden, werden aber zusammen betrachtet in Bezug auf diese Größenschwelle.

Dies dient dazu, nicht einer zu breiten Streuung der WEA-Standorte und dem Entstehen von vielen kleinen Einzelanlagen auf separaten Standorten Vorschub zu leisten (Belastungsbündelung angestrebt). Dies soll aber auch sicherstellen, dass die Kommunen mehr Spielraum für Entscheidungen über kleinere Standorte haben.

Die Hektarwerte sollen dabei konkret ermöglichen, dass zumindest in der Regel mindestens drei Anlagen mit je mindestens ca. 2 MW Leistung realisierbar sind oder zumindest ein bis zwei deutlich größere Einzelanlagen (vom wichtigen Ertrag her würde bereits eine 5 MW-Anlage voraussichtlich nicht viel weniger erbringen, als drei 2 MW-Anlagen). Dazu ist anzumerken, dass bei der Annahme eines nach Piorr (2011b, S. 3) praxisnahen Mindestabstandes von 5 Rotordurchmessern in Hauptwindrichtung und 3 Rotordurchmessern quer zur Hauptwindrichtung 10 Hektar regelmäßig (in gewisser Abhängigkeit vom Zuschnitt und den Besonderheiten des Einzelfalls) ausreichen, um mindestens drei randlich innerhalb des betreffenden Bereiches platzierte WEA mit im Binnenland bei ca. 2 MW starken Anlagen nicht unüblichen Rotordurchmessern von rund 100 Metern aufzunehmen. Im Idealfall können 10 ha ggf. auch mehr solcher Anlagen oder drei größere Anlagen ausreichen, z.B. bei einer linearen Flächenstruktur.

Dabei sind die im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung dargestellten Bereiche so gewählt, dass der – wenn man die Anlagen gedanklich in einer Reihenfolge platziert – Standort der ersten Anlage i.d.R. überall am Rand des entsprechenden Bereichs stehen könnte. Die Folgeanlagen haben bereits durch die erste Anlage dann jedoch entsprechende Einschränkungen. De facto wird man im Planungsprozess aber ohnehin eine Gesamtoptimierung aller Anlagenstandorte vornehmen, die je nach Gegebenheiten des Einzelfalls auch dazu führen kann, dass keine WEA genau am Rand des Bereichs steht.

Stand: Urteilsdatum für den Aufstellungsbeschluss

Dass sich im Einzelfall auf der Ebene der weiteren Konkretisierung Abweichungen von den flächen- und anlagenbezogenen MW-Annahmen ergeben können (z.B. 4 Anlagen a je 1,5 MW auf 10 ha)[50] wird bei diesem pauschalisierenden Ansatz im Übrigen bewusst in Kauf genommen. Dies gilt auch für den Aspekt, dass ggf. drei kleine Einzelflächen von je wenigen Hektar für drei große Anlagen ausreichen können. Die Regionalplanung begibt sich hier bewusst nicht auf eine Konkretisierungsstufe, die besser auf nachfolgenden Verfahrensstufen zu wählen ist und sieht auch keine entsprechend „feinkörnige" Darstellung vor, die der Stellung der Regionalplanung in der Planungshierarchie tendenziell widerspricht. [51]

Standorte, welche die Mindestflächengröße nicht erfüllen, werden für eine Regionalplandarstellung ausgeschlossen. Dabei ist dieser Ausschluss als eine „weiche Tabuzone" im Sinne der Rechtsprechung des BVerwG zu klassifizieren, die aus planerischen Gründen vorgesehen wird (vgl. auch VG Minden, Urteil vom 21.12.2011; 11 K 2023/10, JURIS RN 105).

Klarzustellen ist in diesem Kontext auch, dass mit den Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung im Regionalplan keine feste Vorgabe zu konkreten Anlagenhöhen in Metern oder Anlagenklassen für nachfolgende Planungs- und Zulassungsebenen verbunden ist. Gleiches gilt für das Emissionsverhalten der Anlagen. Allerdings sind die Kriterien so gewählt, dass die Bereiche von den naturräumlichen und siedlungsstrukturellen Standortverhältnissen her mindestens 2 MW-Anlagen mit mindestens ca. 110 Metern Nabenhöhe ermöglichen sollten, aber je nach Standort möglichst auch noch deutlich höhere und leistungsstärkere Anlagen.[52] In den meisten Bereichen sollten z.B. Anlagen mit einer Nabenhöhe von mindestens 135 Metern realisierbar sein.

7.2.15.3.3 Windpotenzial und die Thematik der Höhenbegrenzung

Zur Thematik der Windstärken-/Windertragsbetrachtung ist anzumerken, dass angesichts der Höhen heutiger WEA lokale Windabschattungen weniger Bedeutung für die Frage der

[50] Z.B. auch aufgrund des Flächenzuschnitts, derzeit etwaig bestehender oder kommender Höhenbegrenzungen sowie in Teilbereichen ggf. vorhandener kleinerer Anlagen.

[51] Auch von einer Streichung sehr schmaler Stellen oder Ecken, die von den gängigen WEA nicht genutzt werden können wurde bewusst abgesehen. Dies würde für die eher abstrakte Ebene der Regionalplanung zu sehr ins Detail gehen. Zudem können diese Flächen vielfach aufgrund des Nicht-Vorsehenes einer regionalplanerische Konzentrationszonenregelung ggf. durch Kommunen doch noch so mit weiteren WEA-Bereichen ergänzt werden, dass diese nutzbar sind. Der RPD sichert dann hier zumindest Teilflächen – sozusagen als „Anker". Hinzu kommt, dass es schwierig wäre, in solchen Rand- und Schmalbereichen die Grenze des künftig Ausnutzbaren sauber zu definieren, denn evtl. sind standörtlich z.B. aufgrund der Ausnutzbarkeit vorhandener Infrastruktur oder einer besonderen Windgunst doch auch einmal kleinere klassische Anlagen mit kleinen Rotorduchmessern zu realisieren oder gar – ggf. experimentelle/geförderte – Anlagen mit Vertikalrotorenrotoren, bei der die Achse lotrecht steht und die nur wenig Fläche benötigen.

[52] Die Möglichkeit der Beschränkung auf geringere Höhen z.B. im Rahmen der Abwägung auf der Ebene des Flächennutzungsplans – unter Einhaltung der Vorgaben der Raumordnung – bleibt unberührt. Entsprechende Beschränkungen können mit der raumordnerischen Bereichsfestlegung in Sonderfällen vereinbar sein, soweit – als eine der Voraussetzungen – der Windenergiebereich substanziell für die Windenergienutzung nutzbar bleibt.

In ähnlicher Weise ist es möglich, dass aus fachrechtlichen Gründen z.B. Beschränkungen hinsichtlich des Emissionsverhaltens auf der Ebene der Anlagenzulassung erforderlich sind, die auf eine Feinsteuerung der Anlagenstandorte abzielen, sowie dass bestimmte Anlagentypen gar nicht oder nicht ohne Betriebsbeschränkungen an den jeweiligen Standorten errichtet werden dürfen. Auch dies kann mit der Lage in einem Windenergiebereich vereinbar sein. Ein lärmoptimierter Betrieb in Nachtzeiten in der Nähe von Wohnnutzungen wird dabei z.B. häufig vorzunehmen sein.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Realisierbarkeit einer Windenergieanlagenerrichtung haben, als früher. Dies gilt auch angesichts der in weiten Teilen der Planungsregion relativ flachen Landschaft.

Ein Ausschluss erfolgt hierbei als „weiche Tabuzone“ für Standorte, bei denen die durchschnittliche Windgeschwindigkeit in einer Höhe von 135 Metern nur bei maximal 6 m/s liegt. Die Datengrundlage waren dabei GIS-Daten aus der Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 – Windenergie (vgl. LANUV, 2012).

Diese Ausschlussregelung soll sicherstellen, dass im Sinne der Effizienz der Raumnutzung nur entsprechend „gute“ Standorte im Regionalplan dargestellt werden.

Hierbei wird zudem davon ausgegangen, dass auf den hierdurch nicht als regionalplanerische Bereich für Zwecke der Windenergienutzung ausgeschlossenen Standorten mit entsprechend höheren Windgeschwindigkeiten während der Laufzeit des Regionalplans mit hinreichender Sicherheit eine wirtschaftliche Anlagenerrichtung möglich ist (ggf. auch für eher kleine 2 MW-Anlagen mit evtl. z.B. nur 110 Metern Nabenhöhe) – wobei nicht jedes erdenkliche Vorhabendesign sofort wirtschaftlich realisierbar sein muss.

Dabei wird gesehen, dass wirtschaftliche Vorhabendesigns auch in Bereichen mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von unter 6 m/s möglich sein können und zum Teil sein werden. Diese Vorhaben werden aber über reine Vorranggebiete – d.h. ohne die Wirkung von Eignungsgebieten – auch nicht ausgeschlossen.

Dies führte nur zu einer geringen Reduktion der Flächen[53] und korrespondiert im Übrigen mit der Berechnung der machbaren Potentiale in der Potenzialstudie des Landes (LANUV, 2012: 74). Dort wurden nur Standorte mit mindestens 6 m/s in 135 Metern Höhe bei der Berechnung des machbaren Potenzials berücksichtigt.

Allerdings wurden im Rahmen der Regionalplanerarbeitung nur solche Flächen mit Windgeschwindigkeiten von maximal 6 m/s ausgeschlossen, die einzeln mindestens 3 ha groß sind (kein Zusammenrechnen bei nur punktförmigem Aneinandergrenzen an einer Ecke). Hintergrund ist, dass der parzellenunscharfe Regionalplan ohnehin keine Einzelstandorte festlegt, so dass innerhalb der für Zwecke der Windenergienutzung im Regionalplan dargestellten Bereiche ggf. hinreichend Spielraum besteht, kleine innenliegende Teilflächen mit geringeren Windgeschwindigkeiten ggf. von Standorten auszusparen und dass die Daten ohnehin keine metergenaue Geschwindigkeitsfeststellung erlauben. Ein weiterer Grund ist, dass so innerhalb der Bereiche mehr Spielraum verbleibt für eine erschließungstechnisch oder optisch sinnvolle Anlagenanordnung, bei der ggf. auch aus solchen Gründen Bereiche mit Windgeschwindigkeiten von knapp unter 6 m/s (denn i.d.R. wechselt die durchschnittliche Windgeschwindigkeit kleinräumig nur graduell) ggf. trotzdem sinnvolle Standorte sein können.

Auf eine noch weitergehende Priorisierung besonders windstarker Standorte bei den Ausschlusskriterien wird verzichtet im Interesse der Berücksichtigung anderer Belange und auch zur Vermeidung lokaler Überlastungen (gleichmäßigere Verteilung gewollt). Jedoch kann eine ganz besondere lokale Windgunst gemäß NRW-Windpotenzialstudie ggf. in der Auswahl aus den Potenzialbereichen eine Rolle spielen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[53] Dies kann näher der „Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 – Windenergie“ entnommen werden, deren Windenergiedaten verwendet wurden (vgl. LANUV, 2012: 37-43).

Anzumerken ist dabei, dass die Darstellung als Bereich im Regionalplan hierbei bewusst ungeachtet der Mindestwindstärken (Wind-Index) im EEG erfolgt. Denn angesichts der bisherigen und weiter anzunehmenden Fortschritte bei der Anlagenentwicklung und Anlagenpreisentwicklung ist es durchaus denkbar, dass diese EEG-Schwellenwerte innerhalb der voraussichtlichen Laufzeit des Regionalplans von mindestens 15 Jahren gesenkt werden, weil die Anlagen auch bei geringeren Windstärken gute Erträge zu geringen Kosten erbringen oder dass sich die Standorte auch z.B. über die Direktvermarktung oder Ausschreibungsmodelle rechnen. Denn Standorte mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit in einer Höhe von 135 Metern von über 6 m/s sind durchaus windgünstig.

Angenommen wird in diesem Kontext als Regelannahme ferner, dass in den im Regionalplan dargestellten Bereichen im Rahmen der Laufzeit des Regionalplans nicht dauerhaft bauleitplanerische Höhenbegrenzungen vorgesehen werden, die Standorte unwirtschaftlich machen.

Bezüglich derzeit etwaig lokal bestehender bauleitplanerischer Höhenbegrenzungen in anvisierten regionalplanerischen Bereichen für Zwecke der Windenergienutzung, die eine Anlagenerrichtung unwirtschaftlich machen, wird als Regelannahme davon ausgegangen, dass diese spätestens mittelfristig (zumindest während der Laufzeit des Regionalplans) entweder aufgehoben werden oder so angepasst werden, dass ein Anlagenbetrieb wirtschaftlich machbar ist. Denn in vielen entsprechenden Kommunen ist mit Überprüfungen derzeit noch bestehender Höhenbegrenzungen innerhalb der voraussichtlichen Laufzeit des Regionalplans zu rechnen (insb. angesichts des generellen Wachstums der Anlagengrößen und der zunehmenden Bemühungen um den Ausbau der erneuerbaren Energien; ergänzend hingewiesen wird auf die Ausführungen zu Anlagenhöhen unter W.F.11 in Kap. 7.2.15.Anlage 1.). Dies gilt als Annahme selbst dann, wenn einzelne Kommunen dies aktuell in Stellungnahmen ausschließen sollten und derzeitige Bauleitpläne (FNP, B-Pläne) Höhenbegrenzungen vorsehen. Dabei ist auch darauf hinzuweisen, dass der Vorrang der Windenergienutzung in den Windenergiebereichen (Vorranggebiete) nicht unzulässig durch bauleitplanerische Einschränkungen unterlaufen werden darf.

Etwaige lokale Höhenbegrenzungen, die die Anlagenerrichtung am Standort unwirtschaftlich machen würden, werden in die Windstärken-/Windertragsbetrachtungen nur dann als feststehend einbezogen, wenn Erkenntnisse vorliegen, nach denen davon auszugehen ist, dass diese Höhenbegrenzungen auch über die Laufzeit des Regionalplans dauerhaft z.B. aus zwingenden fachrechtlichen Gründen erhalten bleiben müssen (z.B. aufgrund entsprechender Bauschutzbereiche von Flughäfen).

7.2.15.3.4 Besondere Berücksichtigung der kommunalen Bauleitplanung

Die Belange und Positionen der Kommunen wurden im regionalplanerischen Standortkonzept über verschiedene Komponenten mit hohem Gewicht berücksichtigt. Dies wird nachfolgend zusammenfassend dargelegt. Es wird jedoch auch ausgeführt wo die rechtlichen und sachlichen bzw. inhaltlichen Grenzen der entsprechenden Berücksichtigung liegen.

7.2.15.3.4.1 Bewertung kommunaler Windkraftzonen

Zu den kommunalen Windkraftzonen in der Planungsregion ist zunächst anzumerken, dass ein entsprechender Überblick dem Bericht zum Energiemonitoring entnommen werden kann (Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b). Dessen im Nachgang nach vorliegenden Erkenntnis-

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

sen aktualisierte Daten sowie korrespondierende Basisdaten wurden auch als eine Grundlage für die Regionalplanerarbeitung in diesem Themenkomplex genutzt.

Diese kommunalen Windkraftzonen in Flächennutzungsplänen wurden besonders positiv bewertet – über die schon angesprochenen Gunstbereiche (siehe 7.2.15.2.2).

Klarzustellen ist aber auch, dass eine 1:1 Übernahme der kommunalen Zonen unter Verzicht auf ein regionalplanerisches Konzept mit regionalplanerischen Kriterien und einer entsprechenden Abwägung bereits rechtlich nicht möglich ist (vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 31.03.2011; 12 KN 187/08, RN 22; OVG Lüneburg, Urteil vom 28.01.2010, 12 KN 187/08 RN 43).

Dass eine direkte Übernahme auch inhaltlich wenig sinnvoll wäre, sei anhand einiger exemplarischer Aspekte kurz illustriert:

- Die Größe einzelner kommunalen Windkraftzonen in der Planungsregion liegt oftmals weit unterhalb der Größenordnung, ab der eine graphische Darstellung im Regionalplan mit seinem Maßstab von 1:50.000 zweckmäßig ist.

- In mehreren Kommunen – zum Teil gerade solchen mit hohen WEA-Flächenanteilen – liegen kommunale Windkraftzonenflächen zu einem hohen Anteil in einem Abstandsbereich von unter 300 Metern zu Wohnnutzungen und enthalten teilweise auch Wohnnutzungen. WEA sind in diesen Teilflächen der FNP-Konzentrationszonen fast durchgängig nicht errichtet worden und dies ist aufgrund der heutigen Standortanforderungen zumindest für raumbedeutsame WEA auch i.d.R. nicht mehr zu erwarten (u.a. Thematik der „erdrückenden Wirkung“ und Immissionsschutz). Dass eine schlichte Übernahme aller FNP-Zonen mehr als fragwürdig bzw. unsachgemäß wäre im Hinblick auf die Thematik der Wohnnutzungen im Außenbereich und die Frage der kommunenübergreifenden Gleichbehandlung (auch der Bürger und deren Schutzinteressen), ist daher offenkundig.

- Andere kommunale Zonen halten zwar etwas größere Abstände zu Wohnnutzungen ein, aber auch diese wurden zum Teil im Hinblick auf heute nicht mehr gängige kleine Anlagen dargestellt - z.B. für nur ca./gut 300 Meter für ca. 100 m hohe Anlagen -, so dass viele Kommunen derzeit bereits von sich aus den Wegfall der Darstellung solcher Bereiche per FNP-Änderung anvisieren. Weitere Kommunen dürften mit zunehmendem Alter der Anlagen vor gleichen Fragestellungen stehen (auch in diesem Kontext wird ergänzend auf die die Ausführungen zu Anlagenhöhen – mit denen Abstände zum Teil korrelieren – unter W.F.11 in Kap. 7.2.15.Anlage 1 verwiesen). Würde man hier als Sonderfall auch in der Regionalplanung kleinere Abstände vorsehen als sonst in der Region und versuchen, diese Bereiche im Regionalplan darzustellen, die entsprechend nah an Wohnbebauungen liegen, so würde man die Umplanungen der Kommunen aufgrund der Beachtenspflicht für Ziele der Raumordnung erschweren. Ferner würde man dann Anwohner in der Region bei den Abständen unterschiedlich behandeln. Dabei ist auch anzumerken, dass der Anteil der betreffenden (mind. 300 m bis unter 500 m Abstand zu Wohnnutzungen) FNP-WEA-Flächen an der Fläche der Gesamtregion relativ gering ist, so dass dies auch quantitativ nicht ins Gewicht fällt. Ähnliches gilt im Übrigen für FNP-WEA-Flächen, die den regionalplanerisch vorgesehenen Mindestabstand zu FNP-Bauflächen unterschreiten.

Der Umfang der FNP-Flächensicherungen für die Windenergie ist im Übrigen zumindest in einigen Kommunen sehr gering und nicht immer ist ersichtlich, dass hier zwingende raum-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

strukturelle Gegebenheiten der limitierende Faktor sind (vgl. Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b). Hier geht es regionalplanerisch – neben der Berücksichtigung der quantitativen Vorgaben des LEP NRW für die Gesamtregion - auch darum, der Grundsatzvorgabe des ROGs seitens der Regionalplanung nachzukommen, die räumlichen Voraussetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien zu schaffen und dabei auch eine faire, raumgerechte Verteilung (unter Berücksichtigung der Potenziale und Restriktionen, d.h. keine Gleichverteilung) in der Planungsregion anzustreben, bei der nicht nur ein Teil der Kommunen die – lokal unterschiedlichen – Potenziale in größerem Maße nutzt.

In jedem Fall wird in der Abwägung gesehen, dass und soweit Kommunen in ihren FNPs derzeit einen WEA-Ausschluss auf Flächen vorsehen, die im RPD für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehen sind. Hier sprach dann die regionalplanerische Gesamtabwägung trotz dieser bauleitplanerischen Sachlage für eine entsprechende Darstellung. Auf § 1 Abs. 4 BauGB ist dabei hinzuweisen.

Bei der Entscheidung zu einer Nichtdarstellung kommunaler FNP-Zonen fließt ferner ein, dass die Vorranggebiete nicht die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Siehe dazu den nachstehenden Abschnitt.

Ergänzend ist für die Abwägung klarstellend anzumerken, dass im LEP NRW auch dezidierte Ausführungen zu FNP-Windenergieflächen außerhalb der regionalplanerischen Windenergiebereiche im drittletzten Absatz der Erläuterungen „Zu 10.2-2“ vorhanden sind. Dabei geht der LEP davon aus, dass die regionalplanerisch festgelegten Vorranggebiete und bauleitplanerisch dargestellte Konzentrationszonen außerhalb von Vorranggebieten insgesamt zum Erreichen der im LEP genannten Ausbauziele für die Windenergie beitragen. Die Forderung von 3.500 ha Vorranggebiete in Regionalplänen gemäß LEP-Grundsatz sind also – wie allerdings auch aus dem Text des Grundsatzes klar ersichtlich ist – nicht so zu verstehen, dass insgesamt in der Planungsregion nur mindestens 3.500 ha für die Windenergienutzung vorgesehen werden sollen. Der LEP NRW geht hier entsprechend der Erläuterungen von vornherein von einem Windenergieausbau über die regionalplanerischen Vorranggebiete hinaus aus.

7.2.15.3.4.2 Verzicht auf die Wirkung von Eignungsgebieten

Die regionalplanerische Konzeption sieht einen Verzicht auf die Wirkung von Eignungsgebieten bei der Darstellung von Windenergiebereichen als Vorranggebiete vor. Dadurch haben Kommunen deutlich größere Planungsspielräume, als sie es bei einer raumordnerischen Konzentrationszonenkonzeption hätten. Siehe Näheres dazu auch in Kapitel 7.2.15.1.

Kommunen können auch für raumbedeutsame WEA außerhalb der Windenergiebereiche des Regionalplans zusätzliche Bereiche darstellen – soweit das Fachrecht oder andere Vorgaben der Raumordnung dem am konkreten Standort nicht entgegenstehen. Kommunen können in gleicher Weise bzw. unter den gleichen Voraussetzungen ihre ggf. schon vorhandenen Bereichsdarstellungen bestehen lassen, auch wenn sie nicht in Windenergiebereichen der Regionalplanung liegen. D.h., eine Übernahme kommunaler WEA-Zonen in den Regionalplan ist nicht Voraussetzung dafür, dass weiterhin bestehende kommunalen Planungswünsche einer WEA-Errichtung realisierbar sind.

Die zusätzlich vorgesehenen Vorbehaltsbereiche (Vorbehaltsgebiete) im Sinne des ROG haben ohnehin einen gemäß ROG entsprechend geringeren Status – und ebenfalls nicht den zusätzlichen Status von Eignungsgebieten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.15.3.4.3 Andere kommunale Planungen

Zudem entfallen über die Liste der Tabuzonenkriterien – inkl. Abständen - für die durch die Regionalplanung festzulegenden Bereiche zahlreiche Bereiche für die Windkraftnutzung, weil Kommunen dort oder – bei Abständen – angrenzend andere konkrete Nutzungen in Bauleitplänen vorgesehen haben. Auch darüber werden die Belange der Bauleitplanung von vornherein hoch gewichtet – zusätzlich zur entsprechenden weitergehenden Abwägung kommunaler Planungen bei der Prüfung der Potenzialbereiche.

Etwaige zusätzliche Planungen – soweit nicht bereits bekannt und berücksichtigt - konnten ggf. im Beteiligungsverfahren geltend gemacht werden. Dabei ist anzumerken, dass nur ernsthafte und hinreichend konkretisierte (realistische) Absichten hier einer Darstellung im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung am Ende ggf. entgegenstehen konnten (vgl. Gatz, 2009: 48). Dies gilt übertragend im Übrigen auch für Fachplanungen.

7.2.15.3.4.4 Abstimmung mit den Kommunen

Zudem wurden die Kommunen im Verfahren der Regionalplanerarbeitung beteiligt. Ziel war es dabei, Bereiche möglichst im Konsens mit den Kommunen im Regionalplan darzustellen – ohne allerdings die Anforderungen der Abwägung u.a. bezüglich klarer Kriterien zu unterlaufen. Zudem soll der Regionalrat über die Beteiligung der Kommunen die kommunalen Positionen kennen.

7.2.15.3.5 Schutz des Menschen und der Erholung

Der Schutz des Menschen und seiner Erholungsbedürfnisse wird mit der vorliegenden Konzeption bereits über entsprechende Tabuzonen sehr hoch gewichtet.

So werden 7.2.15.Anlage 1 entnehmbare Tabuzonen nicht nur für besiedelte Bereiche vorgesehen, sondern auch große Abstandszonen z.B. zu Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und korrespondierenden FNP-Zonen festgelegt. Diese dürften in der Regel – in Abhängigkeit z.B. von der späteren konkreten Anlagenwahl und Positionierung – deutlich über die vom Immissionsschutz (vgl. MKULNV, 2011; Piorr, 2011a) oder der Thematik der bedrängenden Wirkung (vgl. OVG NRW, U. v. 09.08.2006 - 8 A 3726/05) her erforderlichen Werte hinausgehen. Das heißt, sie ermöglichen insoweit regelmäßig mit hinreichender Sicherheit die Errichtung von raumbedeutsamen Anlagen (wobei ergänzend auch die Schaffung von Spielräumen für die weitere Siedlungsentwicklung als Zusatzbegründung vorgesehen ist – auch wenn dies nicht bei jeder standörtlichen Fallkonstellation gegeben sein muss). Das heißt nicht, dass jede – z.B. überproportional laute und/oder hohe Anlage überall zu errichten ist. Im Einzelfall können für entsprechende konkret anvisierte Anlagen standörtlich auch höhere Abstände fachrechtlich erforderlich sein. Es ist aber davon auszugehen, dass in der Regel in den als Ergebnis der Abwägung für eine Darstellung im Regionalplan ausgewählten Bereichen vom Emissionsverhalten her z.B. „normale“ 2 MW-Anlagen mit ca. 110 oder auch ca. 135 m Nabenhöhe errichtet werden können (ggf. im schalloptimierten Nachtbetrieb).

In jedem Fall gelten aber fachrechtlich zwingende Abstände ohnehin ungeachtet der etwaigen regionalplanerischen Darstellung.

Da der Großteil der Planungsregion und insb. ökologisch besonders wertvolle Bereiche und die Umgebung besiedelter Bereiche aufgrund entsprechender Tabuzonen nicht für Darstellungen im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehen sind, bleiben damit

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

auch regelmäßig genügend Möglichkeiten für die von WEA ungestörte Erholung – wobei sich ohnehin nicht jeder von nahen WEA in seiner Erholungsnutzung gestört sieht (gilt als teils personenabhängig).

Dessen ungeachtet kann es bei den geplanten Windenergiebereichen / Windenergievorbehaltsbereichen durch eine Windkraftnutzung lokal im Einzelfall zu erheblichen Auswirkungen auf die Erholungsnutzung und den Tourismus kommen. Angesichts der Erfordernisse des Ausbaus der Windenergienutzung, des Verbleibs alternativer Erholungsmöglichkeiten, der Optionen der Eingriffsminderung auf nachfolgenden Verfahrensebenen (Standortwahl z.B. im Hinblick auf die Lage im Wegenetz etc.) und auch der Tatsache, dass selbst bei der Errichtung von WEA ein entsprechender Raum i.d.R. weiter für die Erholung genutzt werden kann, überwiegt jedoch in der Abwägung das raumordnerische Interesse an der Darstellung als Windenergiebereich/Windenergievorbehaltsbereich, sofern im Einzelfall nicht in der Anlage 2 etwas anderes bereichsbezogen vermerkt wird. Viele Umfragen zeigen zudem, dass in der Bevölkerung eine in der Regel hohe Zustimmung zu WEA vorhanden ist (vgl. auch Kap. 7.2.15.1 der Begründung), so dass dies tendenziell gegen gravierende negative Auswirkungen auf den Tourismus spricht. Im Übrigen boomt der Tourismus an der deutschen Nordseeküste vielleicht nicht wegen, aber mindestens trotz des dortigen starken WEA-Ausbaus. Das zeigt, dass ohnehin nicht zwingend von einem größeren Konflikt zwischen WEA und Tourismus sowie Erholung auszugehen ist. Daher ist auch nicht von gravierenden Auswirkungen auf Arbeitsplätze im Tourismus auszugehen. Dies korrespondiert auch mit verschiedenen Untersuchungsergebnissen zur Thematik Tourismus und Windenergienutzung, die nicht auf generelle gravierende Probleme hindeuten (vgl. z.B. NIT, 2014).

Weitergehende relevante Belange des Menschen und der Erholung werden standörtlich auf der Ebene der Potenzialbereichsbewertung betrachtet. Dies gilt aber auch für alle anderen Belange.

7.2.15.3.6 Artenschutz

Die Belange des Artenschutzes werden zunächst einmal bereits über Tabuzonen wie NSG, Flora-Fauna-Habitat- (FFH-) und Vogelschutzgebiete (VSG), Biotope gemäß 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG, BSN sowie Abstände z.B. zu VSG im Planungskonzept einbezogen (die z.T. auch aus weiteren Gründen tabu sind). Denn darin liegen viele, auch im Hinblick auf den Artenschutz, wertvolle Bereiche.

Zudem wurden aus Vorsorgegründen Bereiche mit Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Arten gemäß der Windpotenzialstudie des LANUV (LANUV, 2012) als Tabuzone ausgespart, um regionalplanerisch möglichst konfliktarme Bereiche im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung darzustellen (siehe Detailtabelle zu den Kriterien in der Anlage; vgl. auch MKULNV, 2010: 16). Dabei wird gesehen, dass ggf. auch eine Windenergieanlagenerrichtung innerhalb der Bereiche fachrechtlich möglich sein kann. Dies wird über reine Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten aber auch nicht verhindert.

Ferner gehen natürlich korrespondierende Daten aus der Umweltprüfung in die planerische Abwägung ein und es fand im Rahmen der Hausbeteiligung eine Abstimmung mit der Höheren Naturschutzbehörde statt. Ergänzende Informationen gingen über die Beteiligungsprozesse ein.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die regionalplanerische Konzeption sieht dabei – in Ergänzung der Tabuzonenkriterien (z.B. VSG) – vor, dass Bereiche dann aus weitergehenden reinen Gründen des Artenschutzes nicht dargestellt werden, wenn

- bereits auf der Ebene der Regionalplanung erkennbar ist, dass aus Artenschutzgründen – auch unter Berücksichtigung von Möglichkeiten wie z.B. zeitweisen Abschaltungen, Höhenregelungen, vorlaufenden Artenschutzmaßnahmen oder die Feinsteuerung/-platzierung der Anlagenstandorte auf nachfolgenden Planungs- und Entscheidungsebenen – nicht die Einschätzung vorgenommen werden kann, dass voraussichtlich eine substantielle Nutzung der betreffenden potenziellen Bereiche für die Windenergieproduktion möglich ist oder
- wenn unter Bezugnahme auf Artenschutzgründe die Darstellung für die Windenergienutzung im Regionalplan unverhältnismäßig wäre.

Die entsprechende Bewertung erfolgt auf der Ebene der Potenzialbereichsbewertung, d.h. nicht über Tabuzonen (Sonderfall: Schwerpunktvorkommen windkraftsensibler Arten gemäß Daten der NRW-Windpotenzialstudie; siehe 7.2.15.Anlage 1).

Etwaige weitergehende Prüferfordernisse sind auf nachfolgenden Planungsstufen umzusetzen. Dabei können zwingende fachrechtliche Aspekte wie z.B. neu entdeckte Arten ggf. einer Windenergienutzung in einzelnen Teilbereichen der Vorranggebiete entgegenstehen oder sie können zumindest dazu führen, dass vorlaufende Maßnahmen oder Einschränkungen vorzusehen sind, wie z.B. zeitweise Abschaltungen (vgl. auch Ausführungen im Urteil des OVG NRW 29.01.2009 zum Vorrang innerhalb von Abgrabungsbereichen, 20 A 2034/06, Juris RN 65-69).

Es wird aber – wie bereits dargelegt – davon ausgegangen, dass die Windkraftnutzung in den Windenergiebereichen (Vorranggebieten) insgesamt substantiell realisierbar ist und die Darstellung als Windenergiebereiche bewirkt hierbei auch eine zu beachtende Vorrangwirkung.

In diesem Kontext sei auch ein Urteil des HessVGH vom 10.05.2012 zitiert (4 C 841/11.N, Juris RN 44):

> *„Es stellt entgegen der Auffassung der Antragstellerin auch keinen unzulässigen Konflikttransfer dar, dass für die konkrete örtliche avifaunistische und fledermauskundliche Untersuchung und artenschutzrechtliche Bewertung der für Windenergieanlagen vorgesehenen Flächen auf das vorhabenbezogene Genehmigungsverfahren verwiesen wird, denn diese Untersuchung und Bewertung gehört nicht mehr auf die Ebene der Regionalplanung. Sie kann in einem vorhabenbezogenen Verfahren geleistet werden, zumal - worauf im Umweltbericht hingewiesen wird - die Plan-Umweltprüfung nur den aktuellen Zustand zum Zeitpunkt der Prüfung berücksichtigen kann und die Bestände und die räumliche Verbreitung vieler Vogel- und Fledermausarten sich im Laufe der Zeit ändern können (s. Anhang 2 des Umweltberichts, S. 4, letzter Absatz).“*

Zusammengefasst werden somit auf der Ebene der Regionalplanung Artenschutzbelange im Sinne einer überschlägigen Vorabschätzung berücksichtigt, soweit sie auf dieser Ebene bereits ersichtlich sind. Auf diese Weise werden regionalplanerische Festsetzungen vermieden, die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Eine rechtliche Verpflichtung zur Durchführung einer Artenschutzprüfung besteht für den Regionalplan jedoch nicht (vgl. MKULNV, 2010: 16; MKULNV und LANUV, 2013: 10).

Ergänzend sei zur vorstehend erwähnten Fledermausthematik Folgendes angemerkt: Bezüglich Fledermäusen ist zudem zumindest in der Regel davon auszugehen, dass eine etwaige lokal vorhandene Problematik über die konkrete Anlagenausgestaltung (Standort, Höhen etc.) und vor allem über ggf. notwendige Detektoren und/oder Abschaltregelungen im Sinne einer Vereinbarkeit beherrschbar ist.

7.2.15.3.7 Denkmalschutz

Belange des Denkmalschutzes werden nicht mit pauschalen Abständen oder Ähnlichem berücksichtigt, da die Auswirkungen von WEA von den Bedingungen des Einzelfalls abhängen (z.B. Größe des Vorhabens, Art und Bedeutung des Denkmals, Sichtachsen etc.). Zudem ist zu beachten, dass die im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehenen Bereiche großflächig sind und keine Anlagenstandorte vorgeben. Hier bestehen auf den nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen noch große Spielräume für eine verträgliche Standortwahl und ggf. Anlagengröße. Auch bei der Thematik des Bodendenkmalschutzes können auf nachfolgenden Ebenen voraussichtlich i.d.R. z.B. über vorlaufende Prospektionen und Sicherungen sowie die Feinpositionierung und Ausführung der Anlagen und der zugehörigen Infrastruktur (auch Gründung und Wegebefestigung) Lösungen gefunden werden, die mit den Belangen des Denkmalschutzes vereinbar sind.

Im Übrigen liegen zu Belangen des Denkmalschutzes insbesondere für den Bodendenkmalschutz keine abschließenden Erkenntnisse vor, da keine und schon gar keine flächendeckenden Erkundungsgrabungen durchgeführt wurden. Soweit der Regionalplanung – auch aus dem Umweltbericht – jedoch auf der Ebene der Regionalplanung relevante Erkenntnisse vorliegen, werden diese in der Abwägung berücksichtigt (Bereichstabelle in Anlage 2 und Auswertung der Beteiligung). Dabei sollen i.d.R. aber nur solche Erkenntnisse zu einem Ausschluss/Teilausschluss von regionalplanerischen Vorranggebieten führen, die im Ergebnis in der Einschätzung resultieren, dass voraussichtlich keine substantielle Nutzung des entsprechenden Windenergiebereiches für die Windkraftnutzung möglich ist (auch nicht unter Berücksichtigung von Möglichkeiten wie Anlagenhöhenbegrenzungen, Anlagen- und Wegestandortwahl, Pflanzungen in Sichtachsen, Prospektionen, vorlaufende Sicherungen etc.). Auch für Vorbehaltsbereiche wurde entsprechend vorgegangen bezüglich der Belange des Denkmalschutzes.

In diesem Kontext ist auch auf das Urteil des OVG NRW vom 20.01.2009 (20 A 2034/06) hinzuweisen, das sich mit der Thematik des Bodendenkmalschutzes in Vorranggebieten für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze beschäftigt. Darin stellte das OVG unter anderem klar, dass die Gewährleistung des Abbaus der Bodenschätze und der Ausschluss von mit dem Abbau nicht zu vereinbarenden anderweitigen Inanspruchnahmen nicht bedeutet, dass eine trotz der Rohstoffgewinnung mögliche Wahrung gegenläufiger Interessen zu unterbleiben hat.

Im Übrigen gingen über das Beteiligungsverfahren weitergehende Erkenntnisse ein, die sachgerecht einbezogen wurden.

Redaktioneller Hinweis: Wenn eine etwaige Betroffenheit des Schutzgutes Kulturlandschaft bereichsbezogen zu einem Ausschluss einer Regionalplandarstellung führt, wurde (ggf. auch in Kombination mit anderen Ausschlussgründen), dies unter 7.2.15.Anlage 2 in der Tabelle

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bei dem betreffenden Bereich vermerkt und/oder in den Unterlagen zur Beteiligung. Sofern unter 7.2.15.Anlage 2 nichts anderes vermerkt wird, wird vor diesem Hintergrund an den Windpotenzial**l**bereichen festgehalten, auch wenn hier eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Kulturlandschaft auf der Ebene der Regionalplanung zu konstatieren sein sollte. In der Gesamtabwägung überwiegt angesichts der geringen quantitativen Betroffenheit (punktuelle WEA-Errichtung plus zugehörige Infrastruktur) und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen hier dann das Interesse an der Schaffung von Möglichkeiten der Windenergienutzung. Gleiches gilt für Kulturdenkmäler.

Ein weitergehender Schutz der Denkmäler und Bodendenkmäler muss soweit erforderlich auf den nachfolgenden Planungs- und Zulassungsstufen erfolgen.

7.2.15.3.8 Orts- und Landschaftsbild, Landschaftsschutz, Kulturlandschaft

Einzugehen ist auch auf die Thematik der Auswirkungen der potenziellen WEA in den im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehenen Bereichen auf das Orts- und Landschaftsbild, den Landschaftsschutz sowie die Kulturlandschaft. Die Regelannahme (etwaige Abweichungen sind in den Unterlagen standortspezifisch dargelegt) ist hier zunächst einmal, dass negative Auswirkungen in der Planungsregion bereits über die vorgesehenen Auswahlkriterien für die Ebene der Raumordnung hinreichend stark gemindert sind. Dies gilt insbesondere für das Aussparen wertvoller Umweltbereiche, die Lage vieler im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehenen Bereiche in vorbelasteten Bereichen (zu Gunsten der entsprechenden Schonung anderer Bereiche) und Abstände zur Bebauung bzw. zu dafür vorgesehenen Bereichen. Ergänzend werden soweit lokal relevant ggf. Erkenntnisse aus der SUP und dem Beteiligungsverfahren berücksichtigt.

In diesem Kontext ist u.a. anzumerken dass auch rein quantitativ der weitaus größte Teil der Planungsregion über das Konzept (insb. die Kriterien) von der Darstellung von Bereichen für Zwecke der Windenergienutzung ausgespart wird. Es verbleiben insoweit noch sehr große Teilbereiche, die frei von entsprechenden Darstellungen sind. Auch dadurch wird den Belangen von Orts- und Landschaftsbild sowie Kulturlandschaft auf der Ebene der Regionalplanung Rechnung getragen.

Da ein Großteil der Planungsregion aus anderen höhergewichtigen Gründen nicht für Darstellungen zum Zwecke der Windenergienutzung in Frage kommt, erhöht sich im übrigen Restbereich auch das relative Gewicht des Belangs der Windenergienutzung – dem ja Raum einzuräumen ist. Das trägt dazu bei, dass in der standörtlichen Gesamtabwägung lokale Belange des Orts- und Landschaftsbildschutzes, des Landschaftsschutzes und des Kulturlandschaftsschutzes ggf. in der regionalplanerischen Abwägung das Nachsehen haben.[54] Dabei gehen auch die korrespondierenden Vorgaben des § 2 ROG und des LEP NRW zur Thematik regenerative Energien, Kulturlandschaft und Landschaftsschutz mit in die Betrachtung ein.

Siehe dabei zur Thematik Erholung, Landschaftsschutz und WEA zudem das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 27.09.2013, Vf. 15-VII-12, welches das regionalplanerisch beabsichtigte Vorgehen von der Tendenz her stützt.

[54] Dabei ist aber eben zu bedenken, dass die Belange des Orts- und Landschaftsbildschutzes und des Kulturlandschaftsschutzes in den ohnehin für Windenergiebereichsdarstellungen ausgeschlossenen Bereichen (z.B. VSG, ASB-Puffer) auch nicht entsprechend negativ tangiert werden – außer evtl. über Fernwirkungen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Hier heißt es u.a.:

> *„Weder aus bundesrechtlichen noch aus landesrechtlichen Vorschriften ergibt sich das Gebot, auf Flächen in Landschaftsschutzgebieten erst dann zurückzugreifen, wenn nicht außerhalb dieser Gebiete auf dafür geeigneten Flächen eine ausreichende Energiemenge erzeugt werden kann. Bereits das Naturschutzrecht misst im Rahmen von Luft- und Klimaschutz dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien eine besondere Bedeutung zu (§ 1 Abs. 3 Nr. 4 Halbsatz 2 BNatSchG), wobei die Gemeinden die Versorgung der Bevölkerung „mit elektrischer Kraft" im eigenen Wirkungskreis organisieren können (Art. 11 Abs. 2, Art. 83 Abs. 1 BV)."*

Anzumerken ist auch, dass bereits das Naturschutzrecht im Rahmen von Luft- und Klimaschutz dem Aufbau einer nachhaltigen Energieversorgung insbesondere durch zunehmende Nutzung erneuerbarer Energien eine besondere Bedeutung zumisst (§ 1 Abs. 3 Nr. 4 Halbsatz 2 BNatSchG). Ähnliches gilt für das BauGB (§ 1a Abs. 5; § 35 Abs. 1 Nr. 6) und das ROG (§ 2 Abs. 2 Nr. 6, letzter Satz – wobei in § 2 auch Belange der Kulturlandschaft stehen).

Die reine Sichtbarkeit der Anlagen könnte man aufgrund der eher flachen Topographie der Planungsregion und der Höhe heutiger Anlagen über die Bereichsauswahl ohnehin i.d.R. kaum limitierend beeinflussen. Auch dies verringert die Bedeutung des Themenkomplexes Orts- und Landschaftsbild, Landschaftsschutz sowie Kulturlandschaft – anders als in topographisch sehr bewegten Regionen, in denen insbesondere kleine Anlagen unter Umständen so platziert werden könnten, dass die Einsehbarkeit gering ist oder ggf. eher markante, weithin sichtbare hohe Berggipfel betroffen sein könnten.

Soweit jedoch für die Bereiche außerhalb der Tabuzonen Erkenntnisse vorliegen, über besonders wertvolle und von einer potenziellen Anlagenerrichtung erheblich negativ betroffene Landschaftsbereiche, wurden diese Erkenntnisse bereits auf der Ebene der Potenzialbereichsbewertung einbezogen. Falls dies einer Darstellung im Regionalplan trotz der Bedeutung der Windkraftnutzung und der vorstehenden Abwägungsüberlegungen entgegensteht, wurde dies vermerkt und entsprechend gewertet. Hier konnten auch Ergebnisse der SUP z.B. zu Artenschutzaspekten in solchen Landschaftsbereichen einfließen und zu entsprechenden Differenzierungen führen.

In diesem Kontext ist speziell zum Landschaftsaspekt auch aus einer aktuellen Publikation von Birkemeyer (2016: 165) in der Zeitschrift Natur und Recht zu zitieren:

> *„Regelmäßig wird sich die Windenergienutzung nach der herrschenden Rechtsprechung gegenüber diesen Belangen durchsetzen. Das beruht auf der gesetzgeberischen Entscheidung der Privilegierung der Windkraftnutzung. Dem Gesetzgeber waren deren Auswirkungen bekannt. Daraus folgert die Rechtsprechung zu Recht, dass eine Ausnahmesituation vorliegen muss, um im Einzelfall trotz Privilegierung eine Unzulässigkeit der Windenergienutzung anzunehmen. Während gewöhnliche Beeinträchtigungen schöner Landschaftsteile mithin von der gesetzgeberischen Wertung erfasst werden, führt erst eine verunstaltende, besondere Konstellation zur Unzulässigkeit."*

Redaktioneller Hinweis: Wenn eine etwaige Betroffenheit der Schutzgüter Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter bereichsbezogen – ggf. auch unter Einbeziehung von Vorsorgeas-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

pekten und der Alternativensituation – zu einem Ausschluss einer Regionalplandarstellung führt (ggf. auch in Kombination mit anderen Ausschlussgründen), wurde dies unter 7.2.15.Anlage 2 in der Tabelle bei dem betreffenden Bereich vermerkt. Sofern aber unter 7.2.15.Anlage 2 nichts anderes vermerkt wurde, wird an der Darstellung der Windpotenzialbereiche als Windenergiebereich/Windenergievorbehaltsbereiche im RPD festgehalten, auch wenn hier eine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter Landschaft, Kultur- und sonstige Sachgüter auf der Ebene der Regionalplanung zu konstatieren sein sollte. Dies gilt auch für die etwaige Betroffenheit unzerschnittener Räume. In der Gesamtabwägung überwiegt hier dann das Interesse an der Schaffung von Möglichkeiten der Windenergienutzung – zumal auf nachfolgenden Verfahrensebenen über die Vorhabensausführung (Standort, Höhe, Farbgebung etc.) ggf. noch Möglichkeiten der Begrenzung negativer Effekte bestehen.

Sensible Bereiche im Hinblick auf LSG, Orts- und Landschaftsbild sowie Kulturlandschaft wurden dabei z.B. auch bereits über den Ausschluss aufgrund anderer Kriterien von Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung ausgenommen. Hier sind z.B. § 42 LNatSchG / § 30 BNatSchG oder Wasserschutzzonen I und II zu nennen. Zu erwähnen sind als Beispiel aber auch Abstände zu Wohnnutzungen und Siedlungsbereichen, die teilräumlich Bereiche von besonderer Bedeutung für die Feierabenderholung schützen.

Zu berücksichtigen ist speziell in Bezug auf die Thematik der Landschaftsschutzgebiete auch, dass Landschaftsschutzgebiete nicht aufgegeben werden müssen, wenn in ihnen WEAs errichtet werden sollen. Das ergibt sich bereits daraus, dass es anerkannte Praxis ist, dass innerhalb von Landschaftsschutzgebieten Bereiche vorgesehen werden können, in denen WEAs errichtet werden können.

Einzugehen ist ferner auf weitere Ausführungen des BayVGH im Urteil vom 27.09.2013, Vf. 15-VIII-12:

> *„In der Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs ist geklärt, dass die Abgrenzung von Landschaftsschutzgebieten im weiten Ermessen des Verordnungsgebers steht. Dieser ist trotz Vorliegens der Voraussetzungen nicht gezwungen, bestimmte Flächen unter Schutz zu stellen. Er ist umgekehrt auch nicht grundsätzlich daran gehindert, die Grenzen eines Landschaftsschutzgebiets selbst dann enger zu ziehen, wenn die Voraussetzungen für die Unterschutzstellung noch fortbestehen (vgl. VerfGH vom 27.10.1976 = VerfGH 29, 181/188 f.; VerfGH BayVBl 2013, 301/303). Im Rahmen der Abwägung nach § 2 Abs. 3 BNatSchG hat der Verordnungsgeber bei einer Reduzierung des Schutzstandards ausschließlich darüber zu entscheiden, ob die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes anderen Nutzungsinteressen weichen sollen, die es nach ihrem Gewicht rechtfertigen, den bestehenden Schutz aufzuheben. Eine umfassende Abwägung aller von den später zu realisierenden Vorhaben berührten Belange, etwa der Landesplanung, des Immissionsschutzes oder der öffentlichen Sicherheit, gehört dagegen nicht zu den Aufgaben des Verordnungsgebers (vgl. BVerwGE 119, 312/316 ff.).“*

So wie es danach ein – auf die Situation in NRW übertragbares – weites Ermessen des Landschaftsplangebers bei der Abgrenzung von Landschaftsschutzgebieten gibt, so gibt es auch ein Ermessen der Regionalplanung bei der Frage, ob man in bestehenden Landschaftsschutzgebieten Bereiche für Zwecke der Windenergienutzung vorsehen will – die auch bei Vorranggebieten trotz der Pflicht der auch nachträglichen Anpassung der Landschaftspläne an Ziele der Raumordnung nach § 20 Abs. 5 LNatSchG – nicht zwingend dazu führen, dass Landschaftsschutzgebiete komplett aufgegeben werden müssen (siehe Ausfüh-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

rungen oben zur Option hier mit Ausnahmen für WEAs/Zonierungen zu arbeiten, die die WEA ermöglichen). Dabei ist es Aufgabe der Regionalplanung, eine über die Belange von Natur und Landschaft hinausgehende Abwägung vorzunehmen, in die beispielsweise Belange des Ausbaus erneuerbarer Energien mit eingehen. Im Verhältnis zur Ebene der Landschaftsplanung ist dabei neben § 20 Abs. 5 LNatSchG auch zu beachten, dass der Regionalplan in NRW die Funktionen eines Landschaftsrahmenplans erfüllt.

In jedem Fall wird bei der Darstellung von Bereichen für Zwecke der Windenergienutzung in oder im Umfeld von LSG in der Abwägung gesehen, dass dort derzeit i.d.R. Bauverbote greifen würden. Sofern eine Darstellung im Regionalplan trotzdem vorgesehen wird, wird dies als nicht hinreichend gewichtig für einen Ausschluss angesehen.

Soweit standörtlich nichts anderes festgehalten wird, ist in diesem Kontext auch zu berücksichtigen, dass die landschaftlich oder kulturlandschaftlich wertvollen Raumeinheiten aufgrund der aus einer Darstellung im Regionalplan resultierenden WEAs nur partiell in Anspruch genommen werden. Denn sowohl innerhalb der im Regionalplan dargestellten Bereiche (aufgrund der erforderlichen Abstände zwischen WEAs), als auch vor allem außerhalb verbleiben große angrenzende Bereiche ohne WEAs. Das heißt die entsprechende lokale Charakteristik wird nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Kulturlandschaft ist zudem ohnehin eine durch menschliche Siedlungstätigkeit/Lebensspuren geformte Landschaft, bei der innerhalb einer Kulturlandschaft nicht von einem statischen Zustand auszugehen ist, sondern eine Veränderung – mindestens in gewissem Maße – möglich ist.

Weitergehende Indizien für kritische standortbezogene Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild, den Landschaftsschutz sowie die Kulturlandschaft ergaben sich aber aus dem Beteiligungsverfahren (oder aus der Regionalplanung vorliegenden anderweitigen Unterlagen). Auch dies wurde dann im Rahmen der Abwägung dargelegt und geprüft.

Hinzuweisen ist im Übrigen darauf, dass WEA Anlagen sind, die anders als z.B. unverfüllte Abgrabungen die (Kultur-) Landschaft nicht dauerhaft verändern. Sollten sich in der Zukunft andere Energietechniken durchsetzen, ist die Landschaft nach einem WEA-Abbau zumindest insoweit – d.h. bezogen auf die WEA – im Prinzip wieder so wie zuvor (abgesehen davon, dass etwaiger entfernter Bewuchs erst wieder wachsen muss). Auch dies geht in die Abwägung – u.a. mit dem Belang des Klimaschutzes (siehe Kap. 7.2.15.1) – ein, ob ein Bereich für eine Darstellung im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgeschlagen wird.

Soweit entsprechende Bereiche zur Darstellung im Entwurf vorgesehen sind, gilt vor dem Hintergrund der vorstehenden Erwägungen und der etwaigen einzelfallspezifischen Angaben für sie als Ergebnis der Abwägung auch der Vorrang vor den Belangen des Orts- und Landschaftsbildes sowie der Kulturlandschaft.[55] Das bedeutet jedoch nicht, dass jedes erdenkliche Vorhabendesign realisierbar ist. Denn auch auf nachfolgenden Planungsebenen sind noch Möglichkeiten gegeben, Auswirkungen auf das Orts- und Landschaftsbild, den Landschaftsschutz sowie die Kulturlandschaft über Höhenregelungen, die Feinsteuerung von Anlagenstandorten innerhalb der im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehenen Bereiche und auch durch Regelungen z.B. zur Farbgebung, zu Kollisionsschutzmaßnahmen etc. zu mindern, ohne dass die Möglichkeit der Anlagenerrichtung in Frage ge-

[55] Hierbei ist auch auf § 4 ROG und fachrechtliche Raumordnungsklauseln hinzuweisen sowie auf die Planungshierarchie.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

stellt wird. Dem steht bei den Windenergiebereichen auch der Status „Vorranggebiet“ nicht entgegen (vgl. OVG NRW, Urteil vom 29.01.2009, 20 A 2034/05). Insoweit ist beispielsweise für die Thematik des Landschaftsbildes noch Spielraum für eine vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen gegeben.

Unberührt von den regionalplanerischen Entscheidungen bleiben natürlich bzgl. des Landschaftsbildes bzw. der Landschaft – wie bei allen anderen Schutzgütern auch – die Regelungen der Eingriffsregelung auf nachfolgenden Ebenen.

Vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen tragen die geplanten Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung auch den Vorgaben des LEP NRW zur Thematik Kulturlandschaft hinreichend Rechnung (auch bei einer kommenden Rechtskraft).

7.2.15.3.9 Bodenschutz, Bodenschätze und Bodennutzung

WEA haben mit ihren Fundamenten und Zuwegungen negative Auswirkungen auf den Boden. Dies ist besonders negativ, wenn es sich um „schutzwürdige“, „sehr schutzwürdige“, oder „besonders schutzwürdige“ Böden gemäß Kategorisierung des Geologischen Dienstes handelt.

Allerdings wird voraussichtlich nur ein äußerst geringer Teil der im Regionalplan dargestellten Bereiche für Fundamente und Zuwegungen sowie korrespondierende Nebenanlagen in Anspruch genommen. Die Bereiche können daher weitestgehend weiter z.B. für die Land- und Fortwirtschaft oder als naturbelassene Flächen genutzt werden bzw. sind weiterhin entsprechend wertvoll. Dies ist eine fundamental andere Situation, als z.B. für der Inanspruchnahme von Boden für Siedlungszwecke.

Vor diesem Hintergrund wird Boden generell nicht als Ausschlusskriterium auf der Ebene der Regionalplanung angewendet bei der Planung von Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung. Denn dies würde sonst dazu führen, dass gut geeignete Standorte aufgrund marginaler Betroffenheit wertvoller Böden ausgespart werden würden. Dies wäre nicht im Interesse der Gesamtoptimierung der Standortwahl und der Förderung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Hier erfolgt die Abwägung zu Gunsten der Windenergienutzung.

Auch die Belange der land- und forstwirtschaftlichen Bodennutzung sind aus korrespondierenden Erwägungen nicht so gravierend tangiert, dass diese wirtschaftlichen Interessen bzw. die entsprechenden Produktionsaspekte Windenergievorhaben entgegenstehen würden – sofern standörtlich in 7.2.15.Anlage 2 nichts anderes vermerkt wird.

Redaktioneller Hinweis: Wenn eine etwaige Betroffenheit des Schutzgutes Boden bereichsbezogen zu einem Ausschluss einer Regionalplandarstellung führen würde (ggf. auch in Kombination mit anderen Ausschlussgründen), würde dies unter 7.2.15.Anlage 2 in der Tabelle bei dem betreffenden Bereich vermerkt. Sofern unter 7.2.15.Anlage 2 nichts anderes vermerkt wird, wird vor diesem Hintergrund an den Windpotenzialbereichen festgehalten, auch wenn hier eine erhebliche Beeinträchtigung des Schutzgutes Boden auf der Ebene der Regionalplanung zu konstatieren sein sollte. In der regionalplanerischen Gesamtabwägung überwiegt hier dann das Interesse an der Schaffung von Möglichkeiten der Windenergienutzung.

Im Rahmen der nachfolgenden Verfahrensstufen bestehen zudem genügend Möglichkeiten, im Rahmen der Feinsteuerung der Standortwahl und des Anlagen-/Parkdesigns negative Auswirkungen auf den Boden zu begrenzen. Hier können dann ggf. auch Detailfragen zum

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Umgang mit etwaigen Altlasten/Vorbelastungen im Boden – z.B. auf Konversionsstandorten – hinreichend geklärt bzw. gelöst werden.

In der Abwägung wurden auch jeweils die lokal vorhandenen Bodenschätze mit einbezogen und auch die Tatsache, dass einige geplante Windenergiebereiche / Windenergievorbehaltsbereiche Interessens- oder potentielle Erweiterungsgebiete von Abgrabungsunternehmen sind. Gleiches galt für korrespondierende – soweit keine anderen Erkenntnisse standörtlich dargelegt wurden - pauschal zu unterstellende Grundstücksverwertungsinteressen (die aber ebenso pauschal auch für die Windenergienutzung angenommen wurden). Hier wurden die Erkenntnisse aus der Erarbeitung der Rohstoffvorgaben mit einbezogen (siehe den entsprechenden Teil der Begründung). Angesichts der vielen Alternativflächen für die Rohstoffgewinnung, der ohnehin über Rücksichtnahmen auf BSAB und Sondierungsbereiche (insb. aufgrund des Vertrauensschutzes und der Eignung; siehe auch 7.2.15.Anlage 1, E.R.8) schon gegebenen Einbeziehung von Rohstoffabbauinteressen und der Tatsache, dass Windenergiestandorte – im Gegensatz zu Abgrabungsstandorten – dauerhaft betrieben werden können, wurde jedoch in der Abwägung – soweit standörtlich in 7.2.15.Anlage 2 nichts anderes vermerkt wurde – außerhalb der BSAB und Sondierungsbereiche für künftige BSAB immer der Windenergienutzung der Vorzug gegeben. Denn die Möglichkeiten sachgerechte Darstellungen für die Windenergienutzung vorzusehen sind tendenziell noch geringer als bei der Rohstoffgewinnung.

7.2.15.3.10 Sonstiges

Eine Sonderregelung wird auf der Ebene der Ebene der Potenzialbereichsbewertung eingeführt für die Flächen, die von folgenden Raumkanten umschlossen werden, beginnend im Westen: a) Provinzstraße von der Stadtgrenze Grevenbroich bis Kreuzung mit der Straße zur Wassermühle; ab dort dann der dortigen Bahntrasse folgend nach Nordosten bis zur Überquerung der A 57 in Neuss, ab dort der A 57 folgend nach Süden bis zur Grenze des Regierungsbezirks in Dormagen und dann der Regierungsbezirksgrenze folgend nach Westen wieder bis zur Provinzstraße in Grevenbroich. Dieser Raum kann raumordnerisch zusammenhängend betrachtet werden, weil das Siedlungsband entlang der vorbezeichneten Bahnlinie sowie die Bahnlinie selbst und die A 57 hier hinreichend klare Raumkanten bilden und zugleich innergebietlich keine größeren trennenden Raumstrukturen vorhanden sind und das Gebiet innergebietlich relativ homogen ist. Zugleich erfordert die große Anzahl, Flächengröße und relativ breit gestreute Verteilung der Potenzialbereiche in diesem Raum eine gesonderte Betrachtung im Hinblick auf Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung:

Um in diesem Teilraum zu vermeiden, dass WEAs den gesamten Teilraum zu Lasten der Anwohner und der Belange von Natur und Landschaft dominieren, städtebaulich starke Beschränkungen zu verzeichnen sind und z.B. die Ortslage Rommerskirchen[56] rundum mit nur geringen Lücken umgeben ist von Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung, wird über folgende Sonderregelungen hier eine Akzentuierung vorgenommen. Zusätzlich zu den ansonsten in der Planungsregion geltenden Ausschlussregelungen (siehe insb. 7.2.14.Anlage 1) im Regionalplan gilt in diesem Teilraum folgendes Prüfschema, das in die-

[56] Natürlich soll diese Regelung – wie sich aus dem Vorstehenden klar ergibt – nicht nur Rommerskirchen dienen, sondern auch dem Schutz von Bereichen z.B. in Grevenbroich. In Rommerskirchen wäre ohne eine solche Regelung die Belastung im Sinne eines Einschlusses aber ungleich höher, als in anderen Kommunen, wie aus dem Anhang 2 von Kap. 7.2.15 ersichtlich ist (Ausschlussgründe). Daher hier die besondere Erwähnung.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

ser Reihenfolge abzuarbeiten ist für diejenigen Potenzialbereiche, in denen auch keine sonstigen Gründe des Einzelfalls bereits für sich genommen einen Ausschluss bewirken (z.B. zwingendes Fachrecht):

- Es soll sichergestellt werden, dass von den Außenkanten derjenigen entsprechenden als Bereiche im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung vorgesehenen Flächen, die sich ganz oder teilweise innerhalb von FNP-Windenergiezonen befinden, ein Abstand von mindestens 2.500 Metern eingehalten wird (orientiert an Runge, 2009: 11 und 15). Dabei sind aber aneinander mit einem Abstand von weniger als 500 Meter angrenzende Potenzialbereiche, die als Bereiche im Regionalplan vorgesehen werden sollen, als eine Fläche zu werten. Denn dortige WKA werden als ein Park wahrgenommen und von dessen Grenzen soll der Abstand eingehalten werden.

Abweichungen sind mit jedoch hinreichender Begründung möglich, so dass diese Reglung nicht zu den weichen Tabus zählt (und ohnehin nicht zu den harten Tabus).

Die in diesem Teilraum verbleibenden, also nach der vorstehenden Regel nicht ausgeschlossenen Bereiche sind dann wie andere Potenzialflächen auch im Hinblick auf sonstige für oder gegen die Darstellung sprechende Aspekte hin zu überprüfen. Dazu können ggf. auch erneut Abstandserwägungen gehören.

In diesem Raum verbleiben aber auch nach der Anwendung der Abstandsregel großen Flächen. Hier sind insoweit auch weitere Reduktionen erforderlich. Dabei kann ggf. auch die Zielsetzung eine Rolle spielen, zwecks Belastungsbündelung und Erhöhung der Flächeneffizienz relativ kleine Flächen auch oberhalb der generellen Schwelle von 10 ha auszuschließen.

Sollten hier noch Bereiche wegfallen, die zu den Puffern (ca. 2.500 m) geführt haben, dann sind die Puffer ggf. erneut zu berechnen.

Der Abstand zwischen den Standorten / Parks wird nur in diesem Teilraum angewendet, der sonst ganz besonders durch Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung belastet wäre. Denn gegen pauschale Abstände spricht eigentlich, dass diese tendenziell zu einer stärkeren Gleichverteilung in der Region führen und so – insb. auch vor dem Hintergrund der quantitativen Zielsetzungen – tendenziell der wichtigeren raumordnerischen Zielsetzung zuwider laufen, Räume von Darstellungen für Zwecke der Windenergienutzung weitgehend freizuhalten, die stärker schützenswert sind, als andere (vgl. Runge, 2009: 11). Bei besonderen lokalen Fallkonstellationen kann die Abstandsthematik aber einzelfallbezogen (nicht per Regel) ggf. auch jenseits dieser Sonderregelung in der gesamten Planungsregion relevant sein (auch im obigen Teilraum).

Soweit ggf. standörtlich derzeit noch änderbares Fachrecht (Genehmigungen etc.) der Realisierung von WEA entgegen steht, erfolgt die Darstellung im Regionalplan für Zwecke der Windenergienutzung auch mit Blick auf mögliche künftige Änderungen, bei denen dann die Bindungswirkungen von § 4 und 5 ROG zu beachten sind. Zudem sind Genehmigungen zum Teil befristet. Allerdings enthalten Fachgesetze zum Teil ohnehin weitergehende Regelungen zu Bindungswirkungen (z.B. § 1 Abs. 4 BauGB und § 20 Abs. 5 LNatSchG).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In die planerische Konzeption wurden neben Erkenntnissen zu bestehenden Bauleitplandarstellungen auch vorliegende Erkenntnisse zu bestehenden Anlagenstandorten einbezogen.[57] Soweit diese Standorte nicht für eine Darstellung für Zwecke der Windenergienutzung im Regionalplan vorgesehen wurden, wurden die entsprechenden generellen Tabu-Kriterien – wenn weiche oder harte Tabuzonen ausschlaggebend waren – oder die entsprechenden Einzelfallbewertungen als höhergewichtig eingestuft. Dabei wurde berücksichtigt, dass zumeist sicherlich Interessen an einem durch eine Regionalplandarstellung erhöhten Bestandsschutz und einer erhöhten Planungssicherheit bestehen. In diesem Kontext ist jedoch auch darauf zu verweisen, dass die Bereiche keine Eignungsbereiche/-gebiete im Sinne des ROG sind. Der Fortbestand der in Bauleitplänen dargestellten Standorte ist insoweit zumindest nicht durch die Darstellung von Bereichen für Windenergienutzung im Regionalplan anderer Stelle bedroht.

In vielen Fällen konnten dabei Standorte kleinerer älterer Anlagen bzw. dafür geplante Bauleitplanflächen/-gebiete nicht übernommen werden, da sie z.B. nicht die für heutige moderne Großanlagen nötigen Abstände zu schutzwürdigen Nutzungen einhalten. Hier kam zum Tragen, dass die Regionalplanung sich gemäß der regionalplanerischen Abwägung auf Standorte konzentrieren sollte, die auch bei einer Neuerrichtung von Anlagen mit hinreichender Sicherheit noch wirtschaftlich sind und bei denen rechtlich eine Errichtung korrespondierender Anlagen hinreichend sicher möglich ist. Zudem sollte dort pro ha Fläche möglichst eine hohe Energieausbeute mittels entsprechend effizienter Großanlagen möglich sein (effiziente Raumnutzung). In diesem Kontext ist auch anzumerken, dass Kap. 10.2 des LEP NRW über Prozentwerte und über TWh/a-Werte in den Erläuterungen auch auf entsprechend leistungsfähige Standorte abzielt. Hier ist bei der Auseinandersetzung mit dem LEP-Ziel daher raumordnungsrechtlich nicht nur der reine ha-Wert zu betrachten. Auch dem trägt das Kriteriengerüst der Regionalplanung Rechnung.

Ergänzend ist dazu Folgendes anzumerken: In den Erläuterungen zu Ziel 10.2-3 des LEP NRW wird in diesem Kontext auch auf die Potenzialstudie des LANUV und dort das NRW-Leitszenario Bezug genommen (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz, 2012). Die Studie des LANUV geht bei dem Leitszenario von MW installierter Leistung/ha aus, die um ein Vielfaches über dem liegen, was z.B. im Durchschnitt in den FNP-Windenergieflächen der hiesigen Kommunen realisiert wurde, wenn man das Energiemonitoring der Bezirksregierung zum Stichtag 01.01.2011 zur Grundlage nimmt (Bezirksregierung Düsseldorf, 2011b). Dabei ist jedoch auch anzumerken, dass ein Teil der hiesigen Kommunen sogar nach höhere, installierte MW-Leistungen pro ha aufweisen. Das ist ein Indiz dafür, dass die LANUV-Annahmen bei einer entsprechenden Flächenauswahl mit z.B. hinreichend großen Abständen für moderne energieeffiziente Großanlagen auch realisierbar sind.

Die Möglichkeit gegenteiliger Nutzungsinteressen von Anwohnern, Pächtern, Eigentümer oder anderen Akteuren wird bei den Windenergiebereichen/Windenergievorbehaltsbereichen typisierend in die Abwägung eingestellt bzw. konkret, soweit diese z.B. über die Beteiligung bekannt wurden. Sie sind bei den dargestellten Bereichen jedoch – auch zusammen mit anderen Belangen - nicht hinreichend gewichtig für einen Darstellungsverzicht. Im Übrigen muss es ein Eigentümer grundsätzlich hinnehmen, dass ihm eine möglicherweise rentablere Nutzung seines Grundstücks verwehrt wird. Jedoch ist bei Eigentümern angesichts des ho-

[57] Siehe u.a. http://www.energieatlasnrw.de/ (Bestandsdaten) und Bezirksregierung Düsseldorf (2011b).

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

hen ökonomischen Wertes einer entsprechenden Darstellung ohnehin eher – sofern nichts konkretes Gegenteiliges bekannt wurde – von einer Zustimmung auszugehen (vgl. zu typisierenden Betrachtungen auch BVerwG 4. Senat, Urteil vom 13.03.2003, Az: 4 C 4/02).

Anzumerken ist ferner, dass die Darstellungen im RPD langfristig angelegt sind. Das heißt, es steht der Darstellung im RPD nicht entgegen, wenn z.B. aufgrund aktueller EEG-Regelungen nicht mit Sicherheit eine kurz- bis mittelfristige Realisierbarkeit von Standorten gegeben sein sollte. Im Kern handelt es sich insbesondere um eine Sicherung potentieller, mindestens langfristig für eine Windenergienutzung geeigneter Standorte, um entsprechende Entscheidungsoptionen für die Zukunft raumordnerisch offen zu halten. Insoweit stehen auch aktuelle Erlassregelungen für die Zulassungsebene, die derzeit eine Realisierbarkeit auf Teilflächen evtl. kritisch erscheinen lassen, der bloßen Darstellung im Regionalplan als Windenergiebereich (oder als Windenergievorbehaltsbereich) nicht entgegen. Dies gilt zumindest, wenn es sich um Standorte handelt, die z.B. nicht bereits z.B. aus bundesrechtlichen Gründen auch langfristig nicht umsetzbar erscheinen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.2.15.Anlagen

7.2.15.Anlage 1 – Generelle thematische Kriterien

Vorbemerkungen:

- Die nachstehenden Kriterien standen u.a. unter dem Vorbehalt, dass am Ende des Verfahrens mindestens hinreichende Bereiche darzustellen waren (ist gegeben gemäß der aktuellen Vorlage).
- Nachstehend wird in der Anlage 1 primär von Windenergiebereichen gesprochen. Die Ausführungen gelten jedoch für die Windenergievorbehaltsbereiche entsprechend.

I. Allgemeine Begründungen und Anmerkungen, auf die nachfolgend partiell verwiesen wird	
Schlüssel für Allgemeine Begründungen und Anmerkungen	**Zugehöriger Text**
Texte für einige harte Tabuzonen und weiche Zonen, die nah an einer harten Tabuzone sind	
1)	Auch wenn es im Fachrecht (ggf.) Regelungen zu Ausnahmen/Befreiungen gibt, so sind Windenergiebereichsdarstellungen hier aufgrund des hohen Wertes der Bereiche für Natur und Landschaft, Naturerleben und landschaftsbezogene Erholung raumordnerisch auch angesichts der hiesigen Alternativensituation nicht sinnvoll. Hier gilt es beispielsweise auch zusätzliche Verriegelungs- und Barrierewirkungen in diesen Bereichen zu verhindern. Damit sind die Bereiche mindestens nah an einem harten Tabu. Ferner kämen in Teilbereichen Aspekte der Vermeidung von Störungen für das Naturerleben und die landschaftsbezogene Erholung der Bürger als Begründung hinzu. Vor diesem Hintergrund reicht es z.B. auch, wenn ein NSG - ebenso wie übertragend die anderen Bereiche - nur einstweilig sichergestellt ist, aber noch nicht festgesetzt. In jedem Fall sind diese Bereiche bei der Suche nach Wind-Vorrangbereichen aufgrund der Schutzerfordernisse, besser geeigneter Alternativstandorte und im Interesse der Optimierung der Raumnutzungszuordnungen mindestens als weiche Tabuzone einzustufen.
2)	Da die Trennlinie zwischen harten und weichen Tabuzonen rechtlich umstritten ist (vgl. z.B. OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12 bzgl. FFH-Gebieten; etwas abweichend vom Urteil des OVG Berlin-Brandenburg vom 24.02.2011, OVG 2 A 24.09) wird vorsorglich angemerkt, dass die der Plangeber die Auswahlentscheidungen nicht abweichend treffen würde, egal ob dieses Kriterium harte oder weiche Tabuzonen bewirkt. Dies wurde entsprechend abgewogen. Diese Zonen sind in jedem Fall mindestens aus „weichen“ Abwägungsgründen auszuschließen, da sie unter Berücksichtigung auch der Alternativensituation im Planungsraum entsprechend schützenswert sind.
3)	Wie dargelegt, ist dieses Kriterium zumindest nah an einem harten Tabu. Die Planung der Windenergiebereiche würde vom Darstellungsergebnis her aus Sicht des Regionalrates – unter Betrachtung der Gesamtabwägung - aber gleich sein, egal man ob dieses Kriterium als harte oder weiche Tabuzonen werten würde.

Stand Unterlage für Darstellungsbeschluss

Texte für einige weiche Tabuzonen	
a)	Windenergiebereiche sollen in dieser Raumkategorie (die die Regionalplanung soweit es sich um Regionalplandarstellungen handelt je nach lokaler Situation ggf. selber ändern könnte) aus raumordnerischer Perspektive auch angesichts der hiesigen Alternativensituation nicht vorgesehen werden. Es bieten sich andere Bereiche für entsprechende Vorranggebiete für die Windkraftnutzung raumordnerisch eher an. Das heißt nicht, dass eine bauleitplanerische Darstellung für die Windkraftnutzung und etwaige Zulassungen hier von vornherein ausgeschlossen sind. Wenn die Ziele der Raumordnung (RO) beachtet und die Grundsätze und sonstigen Erfordernisse der RO berücksichtigt werden, steht zumindest die RO dem im Einzelfall nicht entgegen. Solche Vorhaben in dieser Raumkategorie sind aber insb. städtebaulich sehr sensibel. Auch Aspekte der kommunalen Planungshoheit und des Verbleibs kommunaler Planungsspielräume sind zu berücksichtigen. Im Ergebnis sollen etwaige positive planerische Flächensicherungen für solche Vorhaben in dieser Raumkategorie (oder auch die alternative Entscheidung für einen Ausschluss über ergänzende kommunale Konzentrationszonenkonzepte) der Bauleitplanung und einer entsprechender Detailbetrachtung überlassen bleiben. Bei der Suche nach Vorranggebieten für den Regionalplan werden diese Bereiche vor diesem Hintergrund als Ausschlussbereiche gewertet
b)	Angesichts hinreichender besser geeigneter Alternativen außerhalb der für den Natur- und/oder Landschaftsschutz (inkl. landschaftsorientierter und siedlungsnaher Erholung) wertvollen Bereiche und der spezifischen Schutzinteressen soll raumordnerisch hier keine Darstellung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung erfolgen. Dies gilt - ungeachtet der Frage, ob die Bereiche fachrechtlich (schon) geschützt sind - bereits aus raumordnerischen Schutz- und Vorsorgeüberlegungen.Ungeachtet dessen kann es der Bauleitplanung ggf. aufgrund städtebaulicher Erwägungen - z.B. auch für nicht raumbedeutsame Vorhaben - evtl. möglich sein, hier Bereiche zu sichern, wenn die fachrechtlichen Anforderungen erfüllt werden und die Ziele der Raumordnung beachtet sowie die Grundsätze der Raumordnung und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt werden.
c)	Angesichts hinreichender besser geeigneter Alternativen außerhalb dieser Bereiche und der spezifischen Schutzinteressen soll raumordnerisch hier keine Darstellung von Vorranggebieten für die Windkraftnutzung erfolgen. Dass gilt unabhängig von etwaigen fachrechtlichen Befreiungsmöglichkeiten bereits aus Vorsorgeüberlegungen und Überlegungen zur optimierten Zuordnung von Nutzungen im Raum. Auch auf etwaige formalrechtliche Bedenken gegen Schutzgebietsfestlegungen kommt es daher nicht an. Denn die bestehenden Schutzfestlegungen sind bereits als Indikator für die Wertigkeit in Bezug auf Natur- und Landschaftsschutz hinreichend für einen Ausschluss bei der raumordnerischen Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung. Ungeachtet dessen kann es der Bauleitplanung ggf. aufgrund städtebaulicher Erwägungen - z.B. auch für nicht raumbedeutsame Vorhaben - evtl. möglich sein, hier Bereiche zu sichern, wenn die fachrechtlichen Anforderungen erfüllt werden und die Ziele der Raumordnung beachtet sowie die Grundsätze der Raumordnung und sonstigen Erfordernisse der Raumordnung berücksichtigt werden
d)	Sofern für den Bereich schon natur- und landschaftsschutzrechtliche Schutzfestlegungen bestehen, gilt Folgendes: Die Bewertung als Ausschlussbereiche zumindest für die raumordnerische Standortsicherung (Vorranggebiete) erfolgt im Bewusstsein dessen, dass der Regionalplan als Landschaftsrahmenplan entsprechende Vorgaben zumindest auch für die nachfolgende Landschaftsplanung machen kann (unter Beachtung der Vorgaben und Schutzgebietsfestlegungen übergeordneter Ebenen) und insoweit nicht zwingend die Festlegungen der nachfolgenden Landschaftsplanung beachten muss.
e)	WEA-Zulassungen sind hier im Einzelfall zwar evtl. - z.B. auch für nicht raumbedeutsame Vorhaben - möglich, aber die etwaige Schaffung und Prüfung der Voraussetzungen hierfür (oder auch der Ausschluss über ein FNP-Konzentrationszonenkonzept) sollte – u.a. aus Rücksichtnahme auf städtebauliche Gestaltungsspielräume – nachfolgenden Verfahren (insb. der Bauleitplanung) überlassen bleiben (keine Eignungsgebietswirkung); daher Ausschluss als regionalplanerischer Suchraum.

Stand: Unterlagen für den Anhörungsbeschluss

f)	Die Abstände dienen zum einen dem vorsorgenden Immissionsschutz und dem vorsorgenden Schutz vor optisch (annähernd) bedrückenden Wirkungen. Die Abstände um Siedlungsnutzungen dienen aber auch der Offenhaltung von Planungsspielräumen im Siedlungsumfeld und der Berücksichtigung der Belange siedlungsnaher Erholungsmöglichkeiten. Gerade vor dem Hintergrund der angestrebten Planungsspielräume wird hier bewusst ein größerer Abstand vorgesehen, als er bei solchen Einzelgebäuden in Außenbereich vorgesehen wird, die nicht zugleich zu dieser Kategorie gehören. Etwaige weitergehende standörtliche Abstandserfordernisse z.B. aufgrund konkreter städtebaulicher Planungen sind ggf. im Rahmen der Potenzialbereichsbewertung zu berücksichtigen. Abgestellt wird auf die Erfordernisse bei einem schallreduzierten Nachtbetrieb (vgl. Piorr, 2011a). Dies wird angesichts der vielfältigen Raumansprüche in der Region hier als sachgerecht und zumutbar angesehen. Auch in Vorranggebieten ist nicht jede (laute) Anlage überall einschränkungslos zulässig. Anzumerken ist dabei, dass bei einem schallreduzierten Nachtbetrieb bei vielen Anlagenkonstellationen auch geringere Abstände immissionsschutzrechtlich zulässig wären (vgl. Piorr, 2011a; vgl. auch Gatz, 2009: 47). Hier gibt es insoweit ggf. einen erhöhten Schutz. Andererseits verhindert diese Regelung bewusst nicht, dass die fachrechtlichen Emissionsmöglichkeiten innerhalb dieses Rahmens – z.B. zu Gunsten großer, effizienter Anlagen – bei konkreten Vorhaben voll ausgeschöpft werden.
g)	Ausschluss dient dem vorsorgenden Immissionsschutz (Schutz auch von etwaigen Betriebsleiterwohnungen) und der Vermeidung von Begrenzungen der Ausnutzungsmöglichkeiten für nicht WEA-Nutzungen durch hohe Schallkontingentsausschöpfungen. Zudem sollen Spielräume für etwaige spätere Erweiterungsüberlegungen bzgl. der entsprechenden baulichen Nutzungen verbleiben.
h)	Immissionsschutzrechtlich evtl. je nach WEA und lokaler Situation im Einzelfall wider Erwarten etwaig zwingend erforderliche weitergehende Abstände können auf nach den nachfolgenden Planungs-/Zulassungsebenen- trotz Vorranggebietscharakter noch festgelegt werden (unterschiedliche WEA und Anlagenhöhen erfordern unterschiedliche Abstände und Festlegungsreichweite der Raumordnung ist abhängig von Prüftiefe). Dabei sind jedoch mögliche Immissionsminderungsmaßnahmen vorzusehen (geänderte (auch kleinere) Anlagen, lärmmindernder Betrieb nachts, zeitweise Abschaltungen, passiver Lärmschutz im Einvernehmen mit den Betroffenen etc.), um sicherzustellen, dass die Vorranggebiete möglichst energetisch optimal und zumindest substantiell für die Windkraftnutzung ausgenutzt werden können.
i)	Etwaige zwingende größere Abstandserfordernisse aus Gründen des Artenschutzes im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung oder auf nachfolgenden Planungsebenen bleiben unberührt.
j)	Ausschluss gilt - wie bei allen denjenigen Regionalplandarstellungen, die generell tabu sind - auch für entsprechende BSAB-Nachfolgenutzungen (Einzelfallprüfungen kleinräumiger Inanspruchnahmen z.B. von Randbereichen (Parzellenunschärfe) bleiben unberührt, würden aber über Monitoring sukzessive bei Bedarfsberechnung erfasst).
k)	Noch größere pauschale Puffer bzw. Mindestabstände würden dazu beitragen, dass entweder der Windenergienutzung weniger Raum eingeräumt würde, als sachgerecht möglich oder sie würden ggf. z.B. dazu beitragen, dass umso stärkere Belastungen in oftmals sensibleren Bereichen außerhalb der Puffer eintreten („Druckverlagerung“). Daher wird dies nicht vorgesehen.
Texte für einige Bereiche unter E	
I)	Wenn diese Kategorie im Einzelfall (gemäß der erfolgten Prüfungen) einen Ausschlussgrund darstellt, wird dies in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung entsprechend vermerkt.
II)	Wenn diese Raumkategorie aufgrund der Besonderheiten des Einzelfalls zu einer veränderten Punktzahl führt, wird dies in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung entsprechend vermerkt.
III)	Nach Ziel 7.3-1 des LEP NRW ist die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstlichen Waldflächen möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	beeinträchtigt werden (zugehörige Erläuterungen enthalten weiterführende Ausführungen). Bei den als Windenergiebereichen im Entwurf vorgesehenen Bereichen wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine solche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziel 7.3-1 nicht vorliegt. Dies wird insb. bei größeren Flächen auch noch näher ausgeführt. Im Übrigen ist anzumerken, dass Großteil der Planungsregion aus anderen höhergewichtigen Gründen nicht für Windenergiebereiche in Frage kommt (z.B. VSG oder ASB-Puffer). Daher erhöht sich im übrigen Restbereich auch das relative Gewicht des Belangs der Windenergienutzung – dem ja Raum einzuräumen ist. Das trägt dazu bei, dass in der standörtlichen Gesamtabwägung lokale waldbezogene Belange ggf. das Nachsehen haben können. Ferner ist anzumerken, dass die Region nicht nur in weiten Teilen waldarm, sondern auch mit vielen Restriktionen versehen und überwiegend relativ hoch verdichtet ist. Würde man hier den Wald weitgehend freihalten, erhöht man die Konflikte im restlichen Raumbereich, wenn man z.B. gemäß dem LEP NRW mindestens 3.500 Hektar Windenergiebereiche darstellen will (LEP-Grundsatz). Ein pauschales Ausnehmen der waldarmen Kommunen wäre nicht sachgerecht angesichts der lokal durchaus z.B. durch viel umgebenden oder benachbarten Wald oder die Waldqualität sehr unterschiedlichen Situationen – und es würde tendenziell deutlich zu Lasten der nicht waldarmen Kommunen und der nicht bewaldeten Bereiche gehen, wenn a) die Gesamtfläche ungefähr gleich bleiben soll. Würde man hingegen b) – was angesichts der Restriktionen auch auf Flächen außerhalb des Waldes wahrscheinlich ist – nicht im Gegenzug zu einem (nicht vorgesehenen) pauschalen Verzicht auf die Darstellung in waldarmen Kommunen in korrespondierendem Umfang zusätzliche Darstellungen auf oft wertvolleren Flächen außerhalb des vorsehen, würden zudem unsachgemäß die Beiträge zum Klimaschutz vermindert und auch die positiven volkswirtschaftlichen und regionalökonomischen Beiträge von WEAs. Das Thema Waldvermehrung steht bei den für eine Darstellung als Windenergiebereich/Windenergievorbehaltsbereich vorgesehenen Bereichen auch nicht entgegen. Denn bereits die Eingriffsregelungen geben zwar keine Garantie, aber eine gute Basis dafür her, für in Anspruch genommenen Wald – ggf. auch höherwertigeren – Wald an anderer Stelle neu zu pflanzen. Siehe hierzu auch ein Zitat vom Beginn des Abschnitts IV (S. 47) des Leitfadens Windenergie im Wald (MKULNV, 2012): „Wenn Waldflächen für die Errichtung von Windenergieanlagen genehmigungsfähig sind, so ist der direkte Waldflächenverlust in aller Regel durch entsprechende Ersatzaufforstungen an anderer Stelle ausgleichbar. Diese Notwendigkeit zum Ausgleich und Ersatz sehen sowohl das Landesforstgesetz NRW als auch das LNatSchG vor." Von der Erteilung von Waldumwandlungsgenehmigungen auf nachfolgenden Ebenen ist aufgrund der regelmäßig nur teilflächigen Betroffenheit innerhalb der Windenergiebereiche und aufgrund des Aussparens tendenziell besonders wertvoller Waldarten wie z.B. reinem Laubwald und Wald in NSG auszugehen, sofern standörtlich nichts anderes in den nachfolgenden Tabellen vermerkt wird. Vorsorglich anzumerken ist vor dem Hintergrund von Ausführungen im aktuellen Koalitionsvertrag auf Landesebene, dass der Regionalrat auch dann am RPD-Entwurf festhalten würde, wenn vor einem Inkrafttreten des RPD eine LEP-Änderung als Ziel in Aufstellung gegeben sein würde, in welcher der letzte Satz von Ziel 7.3-1 des LEP NRW zur Streichung vorgesehen wäre. Die Zieländerung in Aufstellung hätte angesichts der gegenläufigen Argumente (Klimaschutz, wirtschaftliche Beiträge der WEA, sonstige Vorgaben des gültigen LEP NRW zum Windkraftausbau etc.) und vor allem angesichts der noch geltenden Rechtskraft der bisherigen, ohnehin strikt zu beachtenden Fassung von Ziel 7.3-1 des LEP NRW kein hinreichendes Gewicht für eine Streichung. Eine Neubewertung bei einem etwaigen Inkrafttreten eines solchen geänderten Ziels bleibt natürlich unberührt. Gleiches gilt im Übrigen für etwaige Streichungen der Mengenvorgaben in Kap. 10.2 des LEP, solange diese Änderungen nur ggf. Ziele in Aufstellung, aber – im Gegensatz zu den aktuellen Vorgaben des LEP – noch nicht in Kraft sind. Ein Inkrafttreten des RPD würde insoweit nicht gefährdet werden, wenn entsprechende Ziele in Aufstellung z.B. bereits beim Aufstellungsbeschluss oder beim Inkrafttreten für den RPD gegeben wären. Allerdings ist gemäß ROG für die Abwägung nach § 7 Abs. 2 ohnehin die Sach- und Rechtslage im Zeitpunkt der Beschlussfassung über den Raumordnungsplan maßgebend. Auch insoweit dürften Ziele in Aufstellung bzw. entsprechende ggf. geplante Zieländerungen eines LEP (die noch nicht selber in Kraft getreten sind), welche sich ggf. nach dem RPD-Aufstellungsbeschluss ergeben, einem Inkrafttreten des RPD nicht entgegenstehen. Denn etwaige Ziele in Aufstellung wäre ein Thema für die Abwägung. Siehe ergänzend zum Waldthema insb. E.F.7.

Stand: Unterlage für Regionalratsbeschluss

II. Aussagen zu unterschiedlichen Bereichen, Gebieten und Flächen

- *Kürzel* = Kürzel des Kriteriums
- *Bereich* = Bezeichnung der Flächen, Bereiche oder Gebiete
- *K.* = Kategorie (HT = Harte Tabuzone, WT = Weiche Tabuzone, G = Gunstbereich, P = Potenzialbereich (Einzelfallprüfung oder -erkenntnisse können zum Ausschluss führen))
- *Daten?* = Daten vorhanden (ja/nein); Quelle; ggf. Stand
- *Allg. Begr/Anmer..* = Allgemeine Begründungen und Anmerkungen gemäß dem vorstehenden Schlüssel
- *Spezielle Begründung* = Spezielle (Zusatz-) Begründungen und Anmerkungen (wenn als Begründung auch auf Passagen des bei der Regionalplanungsbehörde einsehbaren Windenergieerlasses verwiesen wird, dann – sofern nichts anderes angegeben ist – weil hier Einverständnis mit den entsprechenden Ausführungen besteht)

Kürzel	***Bereich***	***K.***	***Quelle Basisdaten (und ggf. ergänz. Anm.)***	***Allg. Begr. /Anmer.***	***Spezielle Begründung (ggf.)*** ***Siehe jedoch auch etwaige korrespondierende Ausführungen in den Einleitungskapiteln zu den Windenergiebereichsdarstellungen.***
H - Harte Tabuzone (genereller Ausschluss zumindest für regionalplanerische WEA-Vorrangbereiche; zwingende rechtliche/tatsächliche Gründe - und ggf. ergänzend planerische Gründe)					
H.R - Regionalplanbereiche/-kategorien (und ggf. LEP-Gebiete); bezieht sich bei Regionalplanbereichen immer auf die mit der Erarbeitung des RPDs geplanten neuen Regionalplandarstellungen, d.h. nicht auf diejenigen des GEP99					
-	-	-	-	-	-
H.B – Bauleitplanerische Flächen / Bereiche gemäß Flächennutzungsplan (FNP)					
-	-	-	-	-	-
H.FS - Fachrechtlich/fachlich festgelegte Bereiche und sonstige Bereiche					
H.F.1	Nationalparke und nationale Naturmonumente	HT	Elemente sind in Region nicht vorhanden	1), 2)	Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Vgl. Urteil des OVG NRW vom 01.07.2013, 2 D 46/12.NE.
W - Weiche Tabuzone außerhalb von bestehenden kommunalen WEA-Zonen in FNPs (genereller Ausschluss zumindest für regionalplanerische WEA-Vorrangbereiche; planerische Gründe) (siehe zu in FNP dargestellten Windkraftzonen aber den ergänzenden, vorhergehenden Fließtext)					
W.R - Regionalplanbereiche/-kategorien (und ggf. LEP-Gebiete); bezieht sich bei Regionalplanbereichen immer auf die mit der Erarbeitung des RPDs geplanten neuen Regionalplandarstellungen, d.h. nicht auf diejenigen des GEP99					

Stadt Unterlüß für den

W.R.1	Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) („normale“ ASB, d.h. ohne ASB für zweckgebundene Nutzungen)	WT	Regionalplan	a)	Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem Bereich. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.3 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
W.R.2	800 Meter um ASB) („normale“ ASB, d.h. ohne ASB für zweckgebundene Nutzungen)	WT	Regionalplan	a) f) h) k)	Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem Bereich. Siehe hier und bei allen – Siedlungsdarstellungskriterien – auch Kapitel 7.2.15.3.5.
W.R.3	Sondierungsbereiche für künftige ASB	WT	Regionalplan	a)	Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem Bereich.
W.R.4	800 Meter um Sondierungsbereiche für künftige ASB	WT	Regionalplan	a) f) h) k)	Siehe hier und bei allen – Siedlungsdarstellungskriterien – auch Kapitel 7.2.15.3.5.
W.R.5	Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB) allgemein und GIB für zweckgebundene Nutzungen	WT	Regionalplan	a) g) j)	
W.R.6	GIB für flächenintensive Großvorhaben	WT	Regionalplan	a)	In diesen Bereichen sollen flächige Vorhaben wie emittierende Chemie- oder Maschinenbauanlagen errichtet werden und WEA würden die entsprechende Nutzbarkeit der Bereiche zu sehr einschränken.
W.R.7	200 Meter um GIB allgemein und GIB besonderer Zweckbestimmung sowie GIB für flächenintensive Großvorhaben	WT	Regionalplan	a) g) h) j) k)	
W.R.8	Sondierungsbereiche für künftige GIB	WT	Regionalplan	a) g)	

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

W.R.9	200 Meter um Sondierungsbereiche für GIB aller Art	WT	Regionalplan	a) g) h) k)	
W.R.10	Bereiche für den Schutz der Natur (BSN)	WT	Regionalplan	b) j)	Vermeidung von Beeinträchtigungen für die Natur. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.3 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
W.R.11	Oberflächengewässer	WT	Regionalplan	a) j)	Vermeidung von Beeinträchtigungen für das Naturerleben in Bezug auf die relativ wenigen Oberflächengewässer im Planungsraum und von Beeinträchtigungen für die lokale Natur und Landschaft. Zudem Vermeidung von Gefahren für die Gewässerqualität.
W.R.12	Straßen und Schienenwege (alle Regionalplandarstellungen)	WT	Regionalplan	a)	Im Fahrbahn und Gleisbereich direkte Flächenkonkurrenz und in unmittelbaren Randbereichen Vermeidung von Risiken insb. durch Eiswurf oder Mastbruch für regionalplanerisch bedeutsame Strecken mit i.d.R. hohem (vorhandenem oder geplanten) Verkehrsaufkommen.
W.R.13	120 Meter pro Seite um Achse von allen Straßen und Schienenwegen (Bestand, Bedarfsplanmaßnahmen und – soweit für die Kategorien vorhanden – Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung*) des Regionalplans	WT	Regionalplan	e) k)	Vermeidung von Risiken für den fließenden Verkehr (Flügel-/Mastbruch, Eiswurf, Leichtigkeit des Verkehrs etc.) für regionalplanerisch bedeutsame Verkehrsinfrastruktur mit i.d.R. hohem (vorhandenem oder geplantem) Fahrzeugaufkommen. Etwaige abweichende zusätzliche Abstandserfordernisse aus dem Fachrecht z.B. auch aufgrund der spezifischen Anlagengröße/-art bleiben unberührt. Mit dem Abstand soll auch vermieden werden, dass die Optionen für einen etwaigen künftigen Ausbau verbaut wird (bei Schienenwegen auch in technischer Hinsicht bzgl. ggf. noch nicht erfolgter Elektrifizierung, denn die Trassen im Regionalplan sind bedeutende Trassen, bei denen man ggf. die Elektrifizierungsoption haben sollte). Hier ist jedoch auch der Maßstab und die Parzellenunschärfe des Regionalplans zu berücksichtigen (gilt auch für kleinere Unterschreitungen auf nachfolgenden Planungsebenen). Unter Einbeziehung möglicher Auswirkungsvermeidungsmaßnahmen ist der Abstand zur Achse (d.h. zur Mitte der dargestellten (vorhandenen oder geplanten) Verkehrsflächen) aber als i.d.R. nicht zu gering für moderne WEA anzusehen (vgl. Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE), Handreichung zu Windenergieanlagen an Infrastrukturtrassen, http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/blwe_handreichung_wi_bf.pdf, Zugriff am 18.09.2012). Unterstellt wird dabei bzgl. Eiswurf, dass soweit erforderlich gegen Eiswurf auch technische Maßnahmen ergriffen werden. Dies ist zumutbar. Bei Trassen ohne räumliche Festlegung soll durch die Berücksichtigung mindestens ein Korridor freigehalten werden. Weitere Trassenoptionen können bei Bedarf auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung gesichert werden. * Ausgenommen von diesem Tabu sind Flächen in Jüchen im Braunkohlenplangebiet bzgl. Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung im Straßenbereich, in denen nach dem Stand der Abschlußbetriebspläne keine entsprechende Straßendarstellung erfolgt und die daher als Windenergiebereich genutzt werden können (vgl. Kommunaltabelle Jüchen); hier wird dann auch kein Puffer freigehalten.

Stand: Unterlagen für Satzungsbeschluss

W.R.14	Flugplätze (Bemerkung: der Bereich des Flugplatzes Niederkrüchten ist ausgenommen, da die Regionalplanung hier eine Beendigung des Flugbetriebes vorsieht, d.h. die bisherige Regionalplanddarstellung streicht)	WT (nahanHT)	Regionalplan	2) 3)	Risiken für den Luftverkehr in Verbindung mit dem entsprechenden regionalplanerischen Zweck der Darstellung (Luftverkehr) stehen raumbedeutsamen WEA hier in der Abwägung entgegen. Zudem sind regelmäßig luftfahrtrechtliche Hindernisse gegeben. Von der Wertung als hartes Tabu wurde abgesehen, da die Regionalplanung über entsprechende Vorgaben ggf. auch Flugplatzdarstellungen reduzieren oder streichen kann (wenn die Abwägung es standörtlich erlaubt). Ergänzend wird aber auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftVG sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan).
W.B – Bauleitplanerische Flächen / Bereiche gemäß Flächennutzungsplan (FNP)					
W.B.1	800 Meter Umgebung um FNP-Wohnbauflächen und -gebiete (W, WS, WR, WA, WB) – ausgenommen entsprechende Flächen in militärischen Konversionsbereichen (inkl. raumstrukturell entsprechender Bereiche, Niederlande)	WT	FNP (Daten der Kommunen)	e) f) h) j) k)	Der Ausschluss der militärischen Konversionsflächen von der Tabuzonendefinition liegt darin begründet, dass hier der langfristige Erhalt des Schutzanspruches nicht per se als raumordnerisch sinnvoll feststeht. Der Erhalt des Schutzanspruches kann ggf. einzelfallbezogen auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung sichergestellt werden. Beispiel sind hier die Kasernen im Bereich des Militärflugplatzes in Niederkrüchten. Siehe hier und bei allen – Siedlungsdarstellungskriterien – auch Kapitel 7.2.15.3.5.
W.B.2	Gemischte FNP-Bauflächen und -gebiete (M, MD, MI, MK)	WT	FNP (Daten der Kommunen)	e)	Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem Bereich. Siehe hier und bei allen – Siedlungsdarstellungskriterien – auch Kapitel 7.2.15.3.5.
W.B.3	600 Meter Umgebung von gemischten FNP-Bauflächen und -gebieten (M, MD, -MI, MK)	WT	FNP (Daten der Kommunen)	e) f) h) k)	Siehe hier und bei allen – Siedlungsdarstellungskriterien – auch Kapitel 7.2.15.3.5.
W.B.4	Gewerbliche FNP-Bauflächen und –gebiete (G, GE, GI)	WT	FNP (Daten der Kommunen)	e)	

Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

W.B.5	200 Meter Umgebung um gewerbliche FNP-Bauflächen und –gebiete (G, GE, GI)	WT	FNP (Daten der Kommunen)	e) g) h) k)	
W.B.6	FNP-Flächen für den Luftverkehr; Nr. 5.4 PlanzV, und Sonderbauflächen für Flugplätze/Flughäfen; ausgenommen Bereiche in denen die Regionalplanung eine Beendigung des Flugbetriebes vorsieht (d.h. Flugplatz in Niederkrüchten ausgenommen aufgrund der Streichung der entsprechenden Regionalplandarstellung) Darunter fallen ferner keine Modellflugplätze.	WT (nah an HT)	FNP (Daten der Kommunen)	2)	Risiken für den Luftverkehr stehen raumbedeutsamen WEA hier in der Abwägung entgegen. Zudem sind regelmäßig luftfahrtrechtliche Hindernisse gegeben. Von der Wertung als hartes Tabu wurde abgesehen, da die Regionalplanung über entsprechende Vorgaben ggf. auch abweichende Nutzungen vorsehen kann (wenn die Abwägung es standörtlich erlaubt) und die Bauleitplanung dann anpassungspflichtig wäre. Ergänzend wird aber auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftVG sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan).Allerdings ist dieses Kriterium zumindest nah an einem harten Tabu. Die Planung der Windenergiebereiche würde vom Darstellungsergebnis her aber gleich sein, egal ob dieses Kriterium als harte oder weiche Tabuzonen werten würde.
W.B.7	FNP-Wohnbauflächen (Nr. 1.1 der PlanzV) und FNP-WS, -WR, -WA, -WB (1.1.1, 1.1.2, 1.1.3 und 1.1.4 der PlanzV) inklusive einer Umgebung von 300 Metern. (siehe jedoch auch die weitergehenden Abstände bei den weichen Tabuzonen)	WT (nah an HT)	FNP (Daten der Kommunen)	2) 3)	Raumbedeutsame WEA sind mit der normalen Nutzung i.d.R. nicht vereinbar, für die Wohnbauflächen vorgesehen sind und lösen zudem – selbst bei reduziertem Betrieb und leisen Einzelanlagen an günstigen Standorten – Immissionsschutzabstände aus. Die Raumordnung muss kommunale Planungen in ihre Planungsprozesse einbeziehen. Zudem sind selbst noch unbebaute solcher Flächen in der Planungsregion - nach grober Prüfung – i.d.R. nahe an vorhandener Bebauung, so dass auch insoweit aus Immissionsschutzgründen i.d.R. nicht von einer Eignung dieser Gebiete für die raumbedeutsame Windkraftnutzung auszugehen ist. Von der Wertung als hartes Tabu wurde dennoch abgesehen, da die Regionalplanung über entsprechende Vorgaben ggf. auch abweichende, mit WKA verträglichere Nutzungen vorsehen kann (wenn die Abwägung es standörtlich erlaubt, insb. bei noch nicht baulich genutzten oder aufzugebenden Standorten) und die Bauleitplanung dann anpassungspflichtig wäre.
W.F - Fachrechtlich/fachlich festgelegte Bereiche und sonstige Bereiche					

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

W.F.1	Waldversuchs-flächen, Naturwaldzellen, Saatgutbestände, Laubwälder	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Wind-energie (aufbauend auf Landesbetrieb Wald und Holz, Lieferung)	e)	Schutz aus Gründen des vorsorgenden Natur- und Umweltschutzes, der Waldwirtschaft und der Erhaltung attraktiver Möglichkeiten des Naturerlebens. Festzustellen ist, dass im LEP NRW ein neues Ziel 7.3-1 zur Waldinanspruchnahme vorliegt. Danach ist die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstlichen Waldflächen möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden (zugehörige Erläuterungen enthalten weiterführende Ausführungen). Dabei ist jedoch anzumerken, dass eine umfassende Bewertung der Auswirkungen auf den Wald erst auf der Ebene der Zulassung oder einer etwaigen qualifizierten Bebauungsplanung möglich ist. Denn hier hängt viel von der Zahl der Anlagen (erschließungsintensiv viele kleine oder nur wenige große), den artenschutzrelevanten Anlagenhöhen, der konkreten Anlagenpositionierung (Lage in oder Nähe zu vorgeschädigten/nicht vorgeschädigten Flächen, Zuordnung zu vorhandenen Waldwegen, Zuordnung zu Wanderwegen, randliche oder zentrale Lage im Wald), den zum Zeitpunkt der WEA-Errichtung vorhandene Arten, der Jahreszeit der wesentlichen Bauarbeiten etc. ab. Das heißt auch, unabhängig von dem nebenstehend dargelegten Ausschluss in diesen Waldkategorien bestehen hier auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen je nach Standort und Einzelfallbedingungen Möglichkeiten, eine Vereinbarkeit mit dem neuen Ziel 7.3-1 zu erreichen. Siehe ergänzend zum Waldthema insb. E.F.7
W.F.2	300-Meter Umgebung von Naturschutzgebieten (NSG)	WT	LANUV	e) i) k)	Ausschluss ist begründet durch vorsorgenden Schutz vor Beeinträchtigungen der Natur, den Erhalt von Ausweitungsoptionen und die Zielsetzung der Vermeidung von Störung der Naturwahrnehmung der Bürger.
W.F.3	300 Meter Umgebung von FFH- Gebieten	WT	LANUV	e) i) k)	Ausschluss ist begründet durch vorsorgenden Schutz vor Beeinträchtigungen der Natur, den Erhalt von Ausweitungsoptionen und die Zielsetzung der Vermeidung von Störung der Naturwahrnehmung der Bürger. Ergänzend wird verwiesen auf den Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.1.4. (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
W.F.4	300 Meter Umgebung von Vogelschutzgebieten	WT	LANUV	e) i) k)	Ausschluss ist begründet durch vorsorgenden Schutz vor Beeinträchtigungen der Natur, den Erhalt von Ausweitungsoptionen und die Zielsetzung der Vermeidung von Störung der Naturwahrnehmung der Bürger. Ergänzend wird verwiesen auf den Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.1.4. (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

W.F.5	Schwerpunktvorkommen folgender windkraftempfindlicher und europarechtlich relevanter Vogelarten: Brachvogel, Grauammer, Rohrweihe, Rotmilan, Schwarzstorch, Uhu, Wachtelkönig, Weißstorch, Wiesenweihe	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf LANUV-Daten)	e)	Auf der Ebene der Raumordnung soll hier aus Vorsorgegründen und angesichts der regionalen Verfügbarkeit von Alternativflächen keine Darstellung von Windenergiebereichen erfolgen. Dies gilt trotz des Fakts, dass hier im Einzelfall evtl. eine verträgliche Anlagenerrichtung – ggf. mit Konfliktminderungsmaßnahmen wie zeitweise Abschaltungen, Bewuchssteuerungen etc. - denkbar ist und evtl. auch die relevanten Arten im Laufe des Geltungszeitraumes des Regionalplans hier nicht mehr vorhanden sein können.
W.F.6	Wasserschutzzonen (WSZ) II (vorhandene und geplante)	WT	LANUV, Höhere Wasserbehörde	e)	Der Ausschluss dient dem vorsorgenden Grundwasserschutz. Ergänzend wird auf die Ausführungen zu WEA und Grundwasserschutz in Kapitel 4.4.3 der Begründung verwiesen und auf die nachstehenden Ausführungen bei W.F.21. Dabei gelten die Ausführungen bei W.F.21 zur theoretischen / praktischen Verlagerbarkeit auch für WSZ II (Argument gegen die Annahme eines harten Tabus). Gleiches gilt für die Ausführungen zur Thematik Planungssicherheit bei W.F. 21 (weiteres Argument für ein weiches Tabu).
W.F.7	Stehende Gewässer	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf LANUV-Daten)	a)	Vermeidung von Beeinträchtigungen für das Naturerleben in Bezug auf die relativ wenigen Oberflächengewässer im Planungsraum und von Beeinträchtigungen für die lokale Natur und Landschaft. Zudem Vermeidung von Gefahren für die Gewässerqualität.
W.F.8	Fließgewässer	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf LANUV-Daten,)	a)	Vermeidung von Beeinträchtigungen für das Naturerleben in Bezug auf die relativ wenigen Oberflächengewässer im Planungsraum und von Beeinträchtigungen für die lokale Natur und Landschaft. Zudem Vermeidung von Gefahren für die Gewässerqualität.
W.F.9	Campingplätze	WT	ATKIS	a)	
W.F.10	600 Meter um Campingplätze	WT	ATKIS	a) f) h) k)	

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

W.F.11	500 Meter Umgebung von Gebäuden mit Wohnnutzungen außerhalb von Regionalplan-ASB („normale“ ASB; d.h. ohne ASB für zweckgebundene Nutzungen) ausgenommen entsprechende Gebäude in militärischen Konversionsbereichen (aber inkl. aktiver Übernachtungsbereiche von fortbestehenden Kasernen)	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (diese aufbauend auf ALK, Geobasis.NRW) – ergänzt um eigene Erhebungen der Regionalplanungsbehörde, Regionalplan	e) h) k)	(Vorsorgender) Immissionsschutz sowie Vermeidung vollständig oder annähernder "optisch erdrückender Wirkung" (ausgehend davon, dass der Regionalplan Bereiche sichern will, die für raumbedeutsame Anlagen/Anlagenkomplexe geeignet sind): Abgestellt wird auf die Erfordernisse bei einem schallreduzierten Nachtbetrieb (vgl. Piorr, 2011a). Dies wird angesichts der vielfältigen Raumansprüche in der Region hier als sachgerecht und zumutbar angesehen. Auch in Vorranggebieten ist nicht jede (laute) Anlage überall einschränkungslos zulässig. Anzumerken ist dabei, dass bei einem schallreduzierten Nachtbetrieb bei vielen Anlagenkonstellationen auch geringere Abstände immissionsschutzrechtlich zulässig wären (vgl. Piorr, 2011a; vgl. auch Gatz, 2009: 47). Hier gibt es insoweit ggf. einen erhöhten Schutz. Andererseits verhindert diese Regelung bewusst nicht, dass die fachrechtlichen Emissionsmöglichkeiten innerhalb dieses Rahmens – z.B. zu Gunsten großer, effizienter Anlagen – bei konkreten Vorhaben voll ausgeschöpft werden. Der Wert 500 Meter stellt im Übrigen sicher, dass bei einer - raumbedeutsamen - Anlage von 150 Metern Gesamthöhe nicht von einer optisch bedrängenden Wirkung auszugehen ist (dreifache Höhe bei 150 Meter = 450 Meter). Je nach Umständen des Einzelfalls (z.B. Ausrichtung der Nutzungen in Wohngebäuden) kann dies auch für deutlich höhere Anlagen gelten. Zur Thematik der Abstände sei hier auch angemerkt, dass der Wert von 500 m auch angesichts der bisherigen und voraussichtlich sich fortsetzenden Entwicklung der WEA-Anlagenhöhen (tendenziell seit vielen Jahren immer größere Durchschnittshöhen) als nicht zu hoch gegriffen erscheint, die wiederum mit Wirtschaftlichkeitsfragen und technischen Fortschritten bei Großanlagen korrespondieren. Hierzu zwei Verweise: LUBW (2015), Wirtschaftlichkeit, http://www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/224534/ (Zugriff am 04.12.2015): „Wirtschaftlichkeit Die Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen hängt von vielen Faktoren ab, z. B. den Anlagenkosten, der Nähe zum Leitungsnetz, den Pachtkosten und dem Zinsniveau. Einen besonders großen Einfluss auf die Wirtschaftlichkeit hat die Windgeschwindigkeit, die erzielbare Leistung hängt von der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit ab. Das bedeutet: eine Zunahme der Windgeschwindigkeit um 10 % bewirkt bereits 33 % höhere Leistung. Da die Windgeschwindigkeit mit der Höhe zunimmt, hat sich inzwischen eine größere Nabenhöhe der Anlagen von ca. 100 - 140 m durchgesetzt. Die damit verbundenen höheren Baukosten müssen durch einen entsprechend höheren Ertrag kompensiert werden. Anlagen mit einer Leistung von 2-3 MW sind derzeit (Stand 2012) marktüblich. Der Begriff der Windhöffigkeit bezeichnet das Jahresmittel der Windgeschwindigkeit an einem bestimmten Ort in einer bestimmten Höhe über Grund. Zur übersichtlicheren Beurteilung wird die Windhöffigkeit in 12 Klassen unterteilt. (…)“ Deutsche WindGuard GmbH (2012): Wirtschaftlichkeit von Standorten für die Windenergienutzung – Untersuchung der wesentlichen Einflussparameter, Gutachten im Auftrag des BMU, Varel., S. 5, http://www.windguard.de/_Resources/Persistent/d6b100a74818b638ac2fdef28fe721e5dc3456b2/wirtschaftlichkeit-we-potentialflaechen-online.pdf (Zugriff am 04.12.2015):

Stand: Unterlage zu den Aufstellungsbeschlüssen

					In Abb. 1 wird somit deutlich, dass bei einer Nabenhöhe von ca. 65 m (diese würde eine Gesamthöh e von 100 m ermöglichen) ein um etwa 36 % geringerer Energieertrag erreicht wird als bei einer Nabenhöhe von 100 m sowie ein um etwa 45 % geringerer Ertrag als bei einer Nabenhöhe von 120 m. Moderne Windenergieanlagen verfügen heute über eine Nennleistung von 2-3 MW und Rotordurchmesser zwischen etwa 70 und 120 m. Speziell im Binnenland werden möglichst große Rotordurchmesser benötigt, um die Standorte wirtschaftlich nutzbar zu machen. Entsprechend ergibt sich allein aus dem Rotordurchmesser die Notwendigkeit einer Nabenhöhe, die mindestens 80 m beträgt. Im Binnenland kann diese auf deutlich über 100 m gesteigert werden, da in größeren Höhen, wie bereits gezeigt, höhere Windgeschwindigkeiten und weniger Einfluss der Geländerauhigkeit herrschen. Dabei ist davon auszugehen, dass sie der Druck, hinreichend hohe und große Anlagen zu errichten, durch die in naher Zukunft voraussichtlich i.d.R. greifenden Ausschreibungsmodelle (statt pauschaler EEG-Vergütungssätze) nicht verringern werden. Mit kleinen Anlagen wird man nicht so wettbewerbsfähige Preise anbieten können, dass man sich im Feld der andere Wettbewerber durchsetzt. (vgl. auch http://www.bmwi.de/DE/Themen/Energie/Erneuerbare-Energien/ausschreibungen-fuer-ee-foerderung.html; Zugriff am 04.12.2015). Für die Definition der Wohnnutzungen gelten die Kriterien auf S. 51 der Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 – Windenergie. Der Ausschluss der entsprechenden Gebäude in militärischen Konversionsflächen von der Tabuzonendefinition liegt darin begründet, dass hier der langfristige Erhalt des Schutzanspruches nicht per se als raumordnerisch sinnvoll feststeht. Der Erhalt des Schutzanspruches kann ggf. einzelfallbezogen auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung sichergestellt werden. Beispiel sind hier die Wohngebäude des Militärs im Bereich des Militärflugplatzes in Niederkrüchten. Dass insbesondere in Absprache mit den Eigentümern – oder falls der Vorhabenträger selber dort wohnt ggf. auch viel näher an die Wohnnutzung gerückt werden kann, wird gesehen. Zumindest für die Windenergiebereiche des Regionalplans führt dies in der Abwägung aber nicht zu geringeren Anständen. Hier wird den vorstehenden Überlegungen Priorität eingeräumt (u.a. dem vorsorgenden Immissionsschutz für ALLE Bürger und Bürgerinnen).
W.F.12	150 Meter Umgebung (pro Seite) um bestehende und/oder planfestgestellte Freileitungen (Mittelpunkt Achse)	WT	ATKIS, sowie Daten des Dez. 26 der Bez.-Reg. zu nur planfestgestellten Vorh.	e) k)	Vorsorgende Vermeidung von Gefahren für die Leitungen durch Turbulenzen, Eiswurf oder Flügel-/Mastbruch. Etwaige weitergehende fachrechtliche Abstandserfordernisse aufgrund spezifischer Anlagenkonfigurationen, Standortbedingungen etc. bleiben unberührt. Unter Einbeziehung möglicher Auswirkungsvermeidungsmaßnahmen ist der Abstand zur Achse aber als i.d.R. nicht zu gering für moderne WEA anzusehen (vgl. Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE), Handreichung zu Windenergieanlagen an Infrastrukturtrassen, http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/blwe_handreichung_wi_bf.pdf, Zugriff am 18.09.2012).

Stand Unterlagen für den Ausschuss

W.F.13	120 Meter um Achse von Bundesautobahnen	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie	e) k)	Vermeidung von direkten Beeinträchtigungen (u.a. durch Eiswurf und für Leichtigkeit des Verkehrs) und Vermeidung der Beeinträchtigung von Erweiterungsspielräumen. Etwaige im Einzelfall lokal weitergehende fachrechtliche Abstandserfordernisse bleiben unberührt, wobei auch hier auf die Parzellenunschärfe des Regionalplans und dessen Maßstab hinzuweisen ist. Abgestellt wird dabei u.a. auf die Überlegung dass auch bei modernen Großanlagen im Falle eines Anlagenausfalls keine Blattspitze über der Straße und auch nicht über potentiellen Erweiterungsflächen liegen soll, um dadurch Gefahren von Eiswurf zu vermeiden. I.d.R. sollte auch noch ein Puffer für die Windverdrift vorhanden sein. Unterstellt wird dabei aber, dass soweit erforderlich gegen Eiswurf auch technische Maßnahmen ergriffen werden (siehe dazu Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.4., MKULNV, 2011 - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen). Dies ist zumutbar und im Sinne der optimierten Raumnutzung sachgerecht. Bezüglich Autobahnen wird angesichts ihrer hohen verkehrlichen Bedeutung dabei noch ein etwas größerer Abstand angesetzt, als bei Straßen nachfolgender Stufen. Siehe aber auch die zusätzlichen Abstandsanforderungen bzgl. im Regionalplan dargestellter Straßen und Schienenwege bei den weichen Tabuzonen unter Regionalplanbereiche. Diese stellen bewusst noch eine i.d.R. weitergehende Berücksichtigung der Verkehrsbelange sicher für die entsprechenden regionalplanerischen Trassenfestlegungen, da es hier auch um die Absicherung von regionalen Entwicklungsperspektiven geht.
W.F.14	100 Meter um Achse von Bundesstraßen, Landes- und Kreisstraßen	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie	e) k)	Vermeidung von direkten Beeinträchtigungen (u.a. durch Eiswurf und für Leichtigkeit des Verkehrs) und Vermeidung der Beeinträchtigung von Erweiterungsspielräumen. Etwaige im Einzelfall lokal weitergehende fachrechtliche Abstandserfordernisse bleiben unberührt, wobei auch hier auf die Parzellenunschärfe des Regionalplans und dessen Maßstab hinzuweisen ist. Abgestellt wird dabei u.a. auf die Überlegung dass auch bei modernen Großanlagen im Falle eines Anlagenausfalls keine Blattspitze über der Straße und auch nicht über potentiellen Erweiterungsflächen liegen soll, um dadurch Gefahren von Eiswurf zu vermeiden. I.d.R. sollte auch noch ein Puffer für die Windvertrift vorhanden sein. Unterstellt wird dabei aber, dass soweit erforderlich gegen Eiswurf auch technische Maßnahmen ergriffen werden (siehe dazu Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.4., MKULNV, 2011- Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen). Dies ist zumutbar und im Sinne der optimierten Raumnutzung sachgerecht. Siehe aber auch die zusätzlichen Abstandsanforderungen bzgl. im Regionalplan dargestellter Straßen und Schienenwege bei den weichen Tabuzonen unter Regionalplanbereiche. Diese stellen bewusst noch eine i.d.R. weitergehende Berücksichtigung der Verkehrsbelange sicher für die entsprechenden regionalplanerischen Trassenfestlegungen, da es hier auch um die Absicherung von regionalen Entwicklungsperspektiven geht.

Stand: Unterlagen für die Auslegung Entwurf

W.F.15	Elektrifizierte Bahntrassen inklusive 100 Meter Umgebung (pro Seite)	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie	e) k)	Vermeidung von direkten Beeinträchtigungen (u.a. durch Eiswurf und Turbulenzen) und Vermeidung der Beeinträchtigung von Erweiterungsspielräumen (auch bzgl. ggf. noch nicht erfolgter Elektrifizierung). Siehe aber auch die zusätzlichen Abstandsanforderungen bzgl. im Regionalplan dargestellter Straßen und Schienenwegebei den weichen Tabuzonen unter Regionalplanbereiche. Diese stellen bewusst noch eine i.d.R. weitergehende Berücksichtigung der Verkehrsbelange sicher für die entsprechenden regionalplanerischen Trassenfestlegungen, da es hier auch um die Absicherung von regionalen Entwicklungsperspektiven geht. Unterstellt wird dabei, dass soweit erforderlich gegen Eiswurf auch technische Maßnahmen ergriffen werden. Dies ist zumutbar. Nicht elektrifizierte Bahntrassen sind i.d.R. von untergeordneter Bedeutung und weisen auch geringere Probleme bzgl. Turbulenzen und Eiswurf da. Im Rahmen der Parzellenunschärfe des Regionalplans und unter Berücksichtigung der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Ebenen (u.a. bzgl. der konkreten WEA-Standorte) stehen diese Windenergiebereichen i.d.R. nicht entgegen. Dies kann im Einzelfall jedoch anders sein und geht dann in die Potenzialbereichsbewertung ein.
W.F.16	Bereiche mit Windgeschwindigkeiten von unter 6 m/s in 135 Metern Höhe gemäß Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (2012) ohne Flächen kleiner als 3 ha (siehe Vortext zu weiteren Bedingungen und Begründungen)	WT	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie		Der Ausschluss soll sicherstellen, dass im Regionalplan nur Bereiche mit einer entsprechend guten Windgunst als Windenergiebereiche dargestellt werden. Damit wird eine effiziente Raumnutzung für die Windenergie erreicht. Maßgeblich ist dabei also nicht ob Anlagenvorhaben generell nur außerhalb dieser windschwachen Bereiche wirtschaftlich betrieben werden können – zumal die Windenergiebereiche nicht die Wirkung von Eignungsgebieten haben. Es wird aber davon ausgegangen, dass in der Regel in den Bereichen mit Windgeschwindigkeiten ab 6 m/s in 135 Metern eine wirtschaftliche Anlagenerrichtung während der Laufzeit des Regionalplans realisierbar ist. Dies bedeutet wiederum nicht, dass heute schon jede Anlage bzw. jedes entsprechende Vorhabendesign in diesen Bereichen realisierbar sein muss. Flächen mit entsprechend geringen Windgeschwindigkeiten, die kleiner als 3 ha sind werden jedoch ausgenommen (u.a. angesichts der Möglichkeiten der Feinsteuerung der Anlagenstandorte). Siehe dazu den Vortext.
W.F.17	Naturschutzgebiete (NSG) (festgesetzte, ausgewiesene oder einstweilig sichergestellte)	WT (nah an HT)	LP (Daten der Kreise und kreisfreien Städte)	1), 2)	Ergänzender Hinweis: Bereiche für den Schutz der Natur gemäß Regionalplan (BSN) werden nicht gesondert als harte Tabuzone geführt, sondern nur die differenzierter naturschutzfachlich geprüften und mit einem entsprechenden Schutzstaus versehenen NSG. BSN sind als weiche Tabuzone eingestuft. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Von der Wertung als hartes Tabu wurde insb. aufgrund der Befreiungsmöglichkeiten und Bindungsmöglichkeiten über Raumordnungsklauseln abgesehen. Dabei wurde gesehen, dass das OVG NRW dies in einem Verfahren bezüglich FNP-Windenergiezonen jüngst anders sah (OVG NRW, Urteil vom 01.07.2013 2 D 46/12.NE). Vgl. hier aber auch die teilweise übertragbaren Ausführungen des OVG Rheinland-Pfalz im Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12, nach denen FFH-Gebiete nicht als hartes Tabu angenommen werden können.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

W.F.18	Flora-Fauna-Habitat-Gebiete (FFH-Gebiete)	WT (nah an HT)	LANUV	1), 2), 3)	Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Von der Wertung als hartes Tabu wurde insb. aufgrund der Möglichkeiten des § 34 Abs. 3 und 4 BNatSchG abgesehen (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12).
W.F.19	Vogelschutzgebiete	WT (nah an HT)	LANUV	1), 2), 3)	Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Von der Wertung als hartes Tabu wurde insb. aufgrund der Möglichkeiten des § 34 Abs. 3 und 4 BNatSchG abgesehen (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12).
W.F.20	Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG	WT (nah an HT)	LANUV	1), 2)	Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Von der Wertung als hartes Tabu wurde insb. aufgrund Ausnahmemöglichkeiten abgesehen. Dabei wurde gesehen, dass das OVG NRW dies in einem Verfahren bezüglich FNP-Windenergiezonen jüngst anders sah (OVG NRW, Urteil vom 01.07.2013 2 D 46/12.NE; vgl. auch VG Stade, Urteil vom 16.02.2012, 2 A 248/10). Vgl. hier aber auch die teilweise übertragbaren Ausführungen des OVG Rheinland-Pfalz im Urteil vom 16.05.2013, 1 C 11003/12, nach denen FFH-Gebiete nicht als hartes Tabu angenommen werden können.
W.F.21	Wasserschutzzonen (WSZ) I (vorhandene und geplante)	WT (nah an HT)	LANUV, Höhere Wasserbehörde	2), 3)	Zumindest in der Regel sprechen bereits tatsächliche Gründe des Grundwasserschutzes gegen eine Darstellung als Windenergiebereich in dieser Gebietskategorie. Vgl. auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.1.2 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Allerdings können WSZ – insb. (aber nicht nur) geplante - je nach Standortsituation theoretisch / praktisch auch verlagert werden und es sind die Raumordnungsklauseln insb. in § 4 ROG und § 2 Abs. 3 LWG zu beachten. Vor diesem Hintergrund wird kein hartes Tabu angenommen. Da die WSZ I aber ohnehin sehr kleinräumig sind und WEA-Standorte etwas variabler sind sowie aus Gründen des vorsorgenden Trinkwasserschutzes und der Planungssicherheit bezogen auf WSZ wird zumindest ein weiches Tabu angenommen. Ergänzend wird auf die Ausführungen zu WEA und Grundwasserschutz in Kapitel 4.4.3 der Begründung verwiesen.
W.F.22	300 Meter Umgebung von Gebäuden mit Wohnnutzungen außerhalb von Regionalplan-ASB („nor-	WT (nah	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Wind-	2), 3) k)	Windenergiebereiche sind in dieser Entfernungszone zumindest in der Regel bereits aus tatsächlichen Gründen und rechtlichen Gründen nicht vorzusehen. Denn hier sprechen – selbst bei unterstelltem schallreduzierten Betrieb - Immissionsschutz und die Thematik der erdrückenden Wirkung gegen WEA. Hinzu kommen Gründe des vorsorgenden Immissionsschutzes.

Stand: Unterlage für den Auslegungsbeschluss

	male“ ASB; d.h. ohne ASB für zweckgebundene Nutzungen) - ausgenommen entsprechende Gebäude in militärischen Konversionsbereichen (aber inkl. aktiver Übernachtungsbereiche von fortbestehenden Kasernen)	an H T)	energie (diese aufbauend auf ALK, Geobasis.NRW) – ergänzt um eigene Erhebungen der Regionalplanungsbehörde, Regionalplan		Allerdings können vor einer Zulassung z.B. Eigentümer aus Abstände auslösenden Gebäuden „ausgekauft“ werden und die Wohnnutzung aufgegeben werden. Das passiert in der Praxis teilweise auch. Vor diesem Hintergrund wird kein hartes Tabu angenommen. Stattdessen wird insb. aus Vorsorgegründen ein weiches Tabu angenommen, zumal damit auch Mieter entsprechender Objekte geschützt werden. Hinweis: Für die Definition der Wohnnutzungen gelten die Kriterien auf S. 51 der Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 – Windenergie. Der Ausschluss der entsprechenden Gebäude in militärischen Konversionsflächen von der Tabuzonendefinition liegt darin begründet, dass hier der langfristige Erhalt des Schutzanspruches nicht per se als raumordnerisch sinnvoll feststeht. Der Erhalt des Schutzanspruches kann ggf. einzelfallbezogen auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung sichergestellt werden. Beispiel sind hier die Wohngebäude des Militärs im Bereich des Militärflugplatzes in Niederkrüchten.
G – Gunstbereich (Soweit Überschneidungen mit Tabuzonen vorhanden sind, bleibt die Tabuwirkung unberührt) Für die Bewertungen im Hinblick auf Gunstbereiche sind primär maßgeblich die Ausführungen unter 7.2.15.Anlage 2 – Bewertung der Potenzialbereiche.					
G.R - Regionalplanbereiche/-kategorien (und ggf. LEP-Gebiete); bezieht sich bei Regionalplanbereichen immer auf die mit der Erarbeitung des RPDs geplanten neuen Regionalplandarstellungen, d.h. nicht auf diejenigen des GEP99					
-	-	-	-	-	-
G.B - Bauleitplanerische Flächen/-Gebiete gemäß Flächennutzungsplan (FNP)					
G.B.1	FNP-Flächen für die Windkraftnutzung	G	FNP (Daten der Kommunen – insb. aus Energiemonitoring der Regionalplanungsbehörde)		Vorhandene oder - bei noch nicht realisierten Vorhaben - voraussichtliche künftige Belastungen (Immissionen, Landschaftsbild etc.) sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten. Zudem sprechen Aspekte der Berücksichtigung kommunaler Planungsvorstellungen (Gegenstromprinzip) für eine Bewertung als Gunstbereich. Dies trägt zudem zur Unterstützung der Planungssicherheit in Bezug auf die Standorte bei. Das etwaige Vorhandensein weicher oder harter Tabuzonenkriterien bleibt aber – wie bei allen Gunstbereichen unberührt, d.h. die Bereiche können aus anderen Gründen ausgeschlossen sein.
G.B.2	500 Meter Umgebung (allseitig) von FNP-Flächen für die Windkraftnutzung	G	FNP (Daten der Kommunen – insb. aus Energiemonitoring der Regionalplanungsbehörde)		Vorhandene oder - bei noch nicht realisierten Vorhaben - voraussichtliche künftige Belastungen (Immissionen, Landschaftsbild etc.) sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten.

Stand: Unterlagen zur ... Kabinettbeschluss

G.F - Fachrechtlich/fachlich festgelegte Bereiche und sonstige Bereiche					
G.F.1	500 Meter Umgebung (pro Seite) von Autobahnen, Bundesstraßen und Landstraßen	G	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf ATKIS		Belastungen (Immissionen, Trennwirkungen, Landschaftsbild etc.) durch den Verkehr sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten. Im Einzelfall kann es zudem möglich sein, Energieleitungen (insb. Erdkabel) für die WEA-Erschließung im Randbereich dieser Verkehrsinfrastruktur unterzubringen. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.2.3 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
G.F.2	500 Meter Umgebung (pro Seite) von realisierten (gebauten) Schienenwegstrassen	G	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf ATKIS)		Belastungen (Immissionen, Trennwirkungen, Landschaftsbild etc.) durch den Verkehr sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten. Im Einzelfall kann es zudem möglich sein, Energieleitungen (insb. Erdkabel) für die WEA-Erschließung im Randbereich dieser Verkehrsinfrastruktur unterzubringen. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.2.3 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
G.F.3	500 Meter Umgebung (pro Seite) von der Mitte von Hochspannungsfreileitungen (d.h. auf beiden Seiten jeweils 500 m von Achsenmitte)	G	ATKIS		Belastungen (Trennwirkungen, Landschaftsbild etc.) durch die Leitungen sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten. Zudem ist hier der Stromabtransport aufgrund der vorhandenen und ggf. je nach Einzelfall auch ausbaubaren Leitungen i.d.R. besonders gut und raumschonend möglich. Dass verschiedene hierunter fallende Leitungstrassen unterschiedlich breit sind, wird gesehen. Es führt aber nicht dazu, dass hier die Leitungsränder oder Ähnliches als Kriterium gewählt werden. Denn bei Leitungen ist die Breite i.d.R. unter Berücksichtigung des Maßstabes des Regionalplanes eher gering. Über die Wahl der Mitte dieser Linieninfrastruktur vermeidet man zudem gerade bei breiten Leitungen das Prinzip der Belastungsbündelung zu sehr zu nutzen; d.h. man begrenzt das Risiko lokaler Überlastungen. Gesehen wird auch, dass Teilbereiche dieser Gunstbereiche fachrechtlich nicht zulassungsfähig sind. Dies ist aber für die hier vorgesehene Berücksichtigung bei Zwischenschritten der Tabuzonenermittlung nicht relevant, da diese Ausschlüsse separat erfasst werden. Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.2.3 (MKULNV, 2011) - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
G.F.4	500 Meter Umgebung (allseitig) von genehmigten WEA (vom Anlagenmittelpunkt) ab 0,2 MW inst. Leistung	G	Daten aus Energiemonitoring zum Stichtag 01.01.2011 und Aktualisierungsdaten von Behörden		Vorhandene oder - bei noch nicht realisierten, aber genehmigten Vorhaben - voraussichtliche künftige Belastungen (Immissionen, und z.B. Landschaftsbild u.a. über Rotorblätter etc.) sprechen dafür, hier Belastungen zu bündeln. Dies trägt indirekt auch dazu bei, weniger belastete Bereiche andernorts frei zu halten. Ferner trägt dies zur Planungssicherheit in Bezug auf die Standorte bei.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

G.F.5	Bereiche außerhalb von LSG, BSLE (RPD-Daten) und regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen	G	Daten des LANUV zu LSG (abgeglichen mit Landschaftsbehörden), Regionalplan für BSLE, Landschaftsverband Rheinland für regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche.		Die dient der verstärkten Berücksichtigung der Belange des Landschaftsschutzes und der landschaftsorientierten Erholung sowie dem Kulturlandschaftsschutz.
G.F.6	Bereiche mit einer Windgeschwindigkeiten von mindestens der Klasse 6,25-6,5 m/s in 135 Metern Höhe gemäß Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (2012) ohne Flächen kleiner als 3 ha (siehe Vortext zu weiteren Bedingungen und Begründungen)	G	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie		Eine Bevorzugung windstarker Anlagenstandorte trägt dazu bei, dass für die gleiche Leistung weniger Raum benötigt wird. Ergänzend ist als positiver Aspekt anzumerken, dass auf solchen Standorten auch betriebs- und volkswirtschaftlich günstiger Strom produziert werden kann.
E - Zusatzaspekte/-informationen für die Einzelfallprüfung - Die nach Abzug der Tabuzonen verbleibenden Bereiche sind Potenzialbereiche, also de facto Bereiche für eine Einzelfallprüfung im Hinblick auf eine Vorrangdarstellung für die Windkraftnutzung im Regionalplan; siehe dazu ergänzend die nachfolgende Auflistung mit Zusatzaspekten/-informationen. - Die etwaige Lage in den nachstehend genannten Bereichen wird für den Abwägungsprozess zumindest für die außerhalb der vorstehenden Tabuzonen gelegenen Bereiche mit erfasst. - In den betreffenden Bereichen ist ein Konfliktpotenzial und etwaiger Ausschluss einer Darstellung im Regionalplan ggf. möglich, aber kein genereller Ausschluss vorgesehen (sofern nicht eine Überlagerung durch vorstehende Tabuzonen besteht).					
E.R - Regionalplanbereiche (und ggf. LEP-Gebiete); bezieht sich bei Regionalplanbereichen immer auf die mit der Erarbeitung des RPDs geplanten neuen Regionalplandarstellungen, d.h. nicht auf diejenigen des GEP99					
E.R.1	Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) besonderer Zweckbestimmung	P	Regionalplan	I), II)	In der Regel greifen folgende Ausschlussbegründungen: – Allgemeine Begründung a); – Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					Bereich; – Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.3 (MKULNV, 2011 - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen); mindestens für ASB ohne besondere Zweckbestimmung. Diese sind dann (sofern nichts anderes angegeben wird) gemeint, wenn bei der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung ggf. auf diese Kategorie als Ausschlussgrund verwiesen wird. Sonderfälle, d.h. kein Ausschluss, sind aber insb. aufgrund der Konversionsthematik möglich. Daher ist diese Kategorie keine Tabuzone.
E.R.2	800 Meter Abstandsflächen zu ASB besonderer Zweckbestimmung	P	Regionalplan	I), II)	Sofern entsprechendes in der Bereichstabelle vermerkt ist, greifen folgende Ausschlussbegründungen, wenngleich Sonderfälle insb. aufgrund der Konversionsthematik möglich sind: – Allgemeine Begründung a); – Vorsorgender Immissionsschutz und Erhalt von Spielräumen für die konkurrierende Siedlungsentwicklung in diesem Bereich. Diese sind dann (sofern nichts anderes angegeben wird) gemeint, wenn bei der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung ggf. auf diese Kategorie als Ausschlussgrund verwiesen wird. Oftmals ist in den äußeren Bereichen der Abstandzone aufgrund der spezifischen Zweckbestimmung (kein normaler ASB) jedoch ein geringes Konfliktpotenzial, so dass dann auch nichts Entsprechendes (kein entsprechender Ausschlussgrund) in der Bereichstabelle vermerkt wird. Sonderfälle, d.h. kein Ausschluss, sind auch insb. aufgrund der Konversionsthematik möglich. Daher ist diese Kategorie keine Tabuzone.
E.R.3	Allgemeine Freiraum- und Agrarbereiche (AFA)	P	Regionalplan	I), II)	Der entsprechende Schutz- bzw. Sicherungszweck ist in der Regel vereinbar mit der WEA-Nutzung. So fallen nur z.B. geringe Anteile von Windkraftzonen für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung weg und auch für den Freiraumschutz begründet diese Darstellung im Vergleich zu anderen Kategorien des Regionalplans keinen besonders hohen Schutzanspruch. Nur wenn dies im Einzelfall anders liegt, erfolgt ggf. in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung eine Nennung als Ausschlussgrund. Ausschlussgründe aufgrund etwaiger überlagernder Schutz bzw. Sicherungsdarstellungen (z.B. BSN) bleiben jedoch unberührt. Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.1 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
E.R.4	Waldbereiche	P	Regionalplan	I), II), III)	Im Einzelfall bestehen Zulassungsmöglichkeiten - z.B. auch bei Sturmschadensflächen oder Monokulturen - und hochwertiger Wald ist oft z.B. als Naturschutzgebiet geschützt; daher begründet die Darstellung als Waldbereich keinen generellen Ausschlussgrund. Teilräumliche Aspekte werden zudem insb. über Daten zu Waldarten aus der NRW-Potenzialstudie berücksichtigt. Siehe

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					dazu die entsprechenden weiteren waldbezogenen Eintragungen in dieser Tabelle (unter fachrechtlich/fachlich). Die Flächen, die Potenzialbereiche sind, haben hier entsprechenden Prüfungen der obigen Tabuzonenkriterien positiv absolviert und sind insoweit in Bezug auf die Belange des Waldes eher unkritisch.
E.R.5	Bereiche für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG)	P	Regionalplan	I), II)	Teilräumliche wasserwirtschaftliche Ausschlussgründe werden bereits über den Ausschluss der geplanten und vorhandenen WSZ I und II berücksichtigt. Die BGG-Bereiche, die Potenzialbereiche sind, sind daher i.d.R. die wasserwirtschaftlich im Hinblick auf eine Darstellung als Windenergiebereich unkritischeren Bereiche der BGG sein. Dabei wird in die Überlegungen eingestellt, dass auf nachfolgenden Verfahrensstufen regelmäßig Regelungen vorgenommen werden können (zu Betriebsstoffen, konkreten Anlagenstandorte, Zuwegungsausführung, Fundamentarten etc.) aufgrund derer hier eine Vereinbarkeit sichergestellt werden kann. Etwaige entsprechende fachrechtlich zwingende Ausschlussgründe bleiben aber auch hier unberührt. Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.2 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Siehe ergänzend E.F.1.
E.R.6	Überschwemmungsbereiche (ÜSB)	P	Regionalplan	I), II)	Hier kommt eine Darstellung als Windenergiebereich – wenn sonst nichts dem entgegensteht - in Betracht, wenn sich abzeichnet, dass es fachrechtlich in Bezug auf diesen Belang zulassungsfähige Vorhabenausführungsvarianten gibt. In diesem Kontext ist aber auch darauf hinzuweisen, dass diese Kategorie i.d.R. nur kleine Teilflächen der betreffenden Potenzialflächen betrifft und hier für die WEA-Errichtung ohnehin entsprechende Spielräume bestehen. Wenn es solche zulassungsfähigen Varianten voraussichtlich nicht gibt und es eine relevante Größenordnung ist, wird dies in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung entsprechend als Ausschlussgrund vermerkt (ggf. auch zuvor Neuzuschnitt). Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.2 (6. Spiegelstrich), 8.2.2 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
E.R.7	Aufschüttungen und Ablagerungen (u.a. Deponien und Halden)	P	Regionalplan	I), II)	Hier kommt es bezüglich der Verträglichkeit sehr auf die konkreten Bedingungen des Einzelfalls an, wie z.B. den Anlagenstandort, Zeitpunkt der Errichtung und die Fundamentart. Hier kommt eine Darstellung als Windenergiebereich – wenn sonst nichts dem entgegensteht - in Betracht, wenn sich abzeichnet, dass es fachrechtlich in Bezug auf diesen Belang zulassungsfähige Vorhabenausführungsvarianten gibt. Wenn es solche zulassungsfähigen Varianten voraussichtlich nicht gibt und es eine relevante Größenordnung ist, wird dies in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung entsprechend als Ausschlussgrund vermerkt (ggf. auch zuvor Neuzuschnitt). Klar ist, dass die Windenergienutzung – wenn denn Windenergiebereiche dort vorgesehen wurden – nur so realisiert werden darf, dass auch die Nutzung für Aufschüttungen / Ablagerungen (Halden / Deponien) weiterhin substantiell möglich bleibt (z.B. im Rahmen der Rekultivierung oder Rücksichtnahme bei der Standortwahl und Vorhabensausführung). Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.2 (4. Spiegelstrich) (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
E.R.8	Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) und Sondierungsbereiche für künftige BSAB (inklusive Braunkohlenabbaugebieten)	P	Regionalplan	I), II)	Möglich und ggf. vorteilhaft ist die Darstellung als Windenergiebereich z.B. in bereits oder fast rekultivierten Teilbereichen. Dabei ist anzumerken, dass auch für Windenergiebereichsdarstellungen innerhalb von BSAB gilt, dass diese die bzw. einen Teil der Folgenutzung darstellen (zeitliche Abfolge geregelt). Unberührt davon bleibt, unter besonderen Umständen in Randbereichen die Möglichkeit einer Windenergienutzung im Rahmen der Parzellenunschärfe (u.a. darf zusätzlich aber keine Gefährdung einer substanziellen Rohstoffgewinnung erfolgen; Wechselwirkungen können beim Rohstoffmonitoring überprüft werden). In jedem Fall stellt die Kategorie BSAB zumindest keine generelle Tabuzone für die Darstellung von Windenergiebereichen dar. Unberührt davon bleibt die Möglichkeit, dass die Folgenutzung selber eine Tabuzone oder einen Ausschlussgrund darstellt. Diese wird hier so wie bei den Bereichen außerhalb der BSAB behandelt. Zu bedenken ist dabei, dass auch Sondierungsbereiche bereits abgegraben sein können, wenn hier die Sonderregelung für kleinräumige Abgrabungen des Regionalplans genutzt werden konnte. Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.2 (4. Spiegelstrich) (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Beeinträchtigungen von noch bestehenden substantiellen Abgrabungsmöglichkeiten in BSAB und Sondierungsbereichen sind aber zu vermeiden. Das Rohstoffabbauinteresse geht insb. aufgrund der Eignung und des Vertrauensschutzes in bestehende Darstellungen hier vor, sofern standörtlich nichts anderes vermerkt wird.
E.R.9	Sonstige Zweckbindungen im Freiraum	P	Regionalplan	I), II)	Teile dieser Kategorie, z.B. Konversionsflächen können für die Darstellung als Windenergiebereich gut geeignet sein. Daher stellen diese keine Tabuzonen dar.
E.R.10	Bereiche für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE)	P	Regionalplan	I), II)	BSLE sind sehr großräumig und enthalten auch Teilbereiche, die im Hinblick auf eine Windkraftnutzung weniger kritisch sind. Daher ist es angemessen, sie nicht generell als Tabuzone zu werten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass z.B. viele naturräumlich wertvolle LSG-Bereiche bereits aufgrund anderer Tabuzonenkriterien wie Laubwälder, Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG oder Abständen zu VS-, NS- und FFH-Gebieten tabu sind. Die BSLE-Bereiche, die Potenzialbereiche sind, sind insoweit im Hinblick auf eine Windenergiebereichsdarstellung zumindest tendenziell unkritischer als die Gesamtheit der BSLE. Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.2 (5. Spiegelstrich) (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
E.R.11	Regionale Grünzüge (RGZ)	P	Regionalplan	I), II)	RGZ sind sehr großräumig und enthalten auch Teilbereiche, die im Hinblick auf eine Windkraftnutzung weniger kritisch sind. Daher ist es angemessen, sie nicht generell als Tabuzone zu werten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass z.B. im Hinblick auf den Naturschutz oder den Umgebungsschutz von Siedlungen wertvolle RGZ-Bereiche vielfach bereits aufgrund anderer Tabuzonenkriterien tabu sind. Die RGZ-Bereiche, die Potenzialbereiche sind, sind insoweit im Hinblick auf eine Windenergiebereichsdarstellung zumindest tendenziell unkritischer als die Gesamtheit der RGZ.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 3.2.4.2 (5. Spiegelstrich) (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen
E.R.12	300 Meter Abstandsflächen zu BSN	P	Regionalplan	I), II)	BSN bilden zwar weitgehend die Grundlage für NSG-Darstellungen. Es ist aber davon auszugehen, dass nicht alle BSN komplett als NSG dargestellt werden, soweit sie es heute noch nicht sind. Insoweit sind die 300 Meter Abstandsflächen um BSN auch nicht gleichzusetzen mit 300 Meter Puffern um NSG. Tendenziell ist zudem davon auszugehen, dass die naturschutzfachlich ganz besonders wertvollen Bereiche weit überwiegend heute bereits NSG sind und damit auch ein Pufferbereich um diese NSG bereits als Tabu berücksichtigt wurde. Zu große pauschale Mindestabstände würden dazu beitragen, dass entweder der Windenergienutzung weniger Raum eingeräumt würde, als sachgerecht möglich oder es würde ggf. z.B. dazu beitragen, dass umso stärkere Belastungen in oftmals sensibleren Bereichen außerhalb der Puffer eintreten.
E.B – Bauleitplanerische Flächen / Bereiche gemäß Flächennutzungsplan (FNP)					
E.B.1	Flächen für Versorgungsanlagen, für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung sowie für Ablagerungen; Nr. 7 PlanzV	P	FNP (Daten der Kommunen)	I), II)	Die im FNP dargestellten Bereiche sind oftmals sehr kleinflächig und beeinträchtigen selten die substantielle Ausnutzung eines Windenergiebereichs. Klar ist, dass die Windenergienutzung – wenn denn Windenergiebereiche dort vorgesehen wurden –nur so realisiert werden darf, dass auch die entsprechende Nutzung z.B. für Aufschüttungen / Ablagerungen (Halden / Deponien) weiterhin substantiell möglich bleibt (z.B. im Rahmen der Rekultivierung oder Rücksichtnahme bei der Standortwahl und Vorhabensausführung).
E.B.2	Sonderbauflächen; N. 1.4 der PlanzV	P	FNP (Daten der Kommunen)	I), II)	Teilweise sind diese Bereiche mit der Darstellung als Windenergiebereich (z.B. aufgrund einer sehr geringen SO-Größe) vereinbar sein oder sogar explizit für die Windkraftnutzung (mit) vorgesehen sein.
E.B.3	Flächen für Gemeinbedarf; Nr. 4.1 PlanzV	P	FNP (Daten der Kommunen)	I), II)	Teilweise können diese Bereiche mit der Windkraftnutzung vereinbar sein (z.B. bestimmte Konversionsflächen) oder sogar explizit dafür (mit) vorgesehen sein.
E.F - Fachrechtlich/fachlich festgelegte Bereiche und sonstige Bereiche					
E.F.1	Wasserschutzzonen IIIA und III B (vorhandene und geplante)	P	LANUV, Höhere Wasserbehörde	I), II)	Auf nachfolgenden Verfahrensstufen können regelmäßig Regelungen vorgenommen werden (Betriebsstoffe, konkrete Anlagenstandorte, Zuwegungsausführung, Fundamentarten etc.) aufgrund derer eine Vereinbarkeit sichergestellt werden kann Die Zone IIIB wird angesichts der Feinsteuerungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen hier in der Regel als in wasserwirtschaftlicher Hinsicht unkritisch angesehen. Ein Ausschluss erfolgt nur bei besonderen Umständen des Einzelfalls. Aufgrund der geringen anteiligen Inanspruchnahmen für Fundamente, Zuwegungen etc. und der Lage, ist im Übrigen auch bei Waldbestandenheit in vorhandenen oder geplanten WSZ III A und III B nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung der Wasserschutzfunktionen von Wald bei den im RPD dargestellten Standorten auszugehen – sofern standörtlich nachfolgend nichts Gegenteiliges festgestellt wird.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					Etwaige entsprechende fachrechtlich zwingende Ausschlussgründe bleiben aber auch hier unberührt. Siehe auch Windenergieerlass NRW vom 11.07.2011, Nr. 8.2.2 (MKULNV, 2011). - Inhaltliche Ausführungen aus der Fassung werden bei diesem Thema hier rein argumentativ auch bei einer etwaigen Erlassaktualisierung für den speziellen Zweck der RPD-Begründung herangezogen Ergänzend wird auf die Ausführungen zu WEA und Grundwasserschutz in Kapitel 4.4.3 der Begründung verwiesen.
E.F.2	Regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche	P	LVR	I), II)	Die Bereiche sind von den Schutzinteressen und den dafür wertgebenden Elementen her sehr unterschiedlich. Daher ist eine Einzelfallbetrachtung zweckmäßig, inwieweit Windenergiebereiche diese Belange zu sehr beeinträchtigen.
E.F.3	Biotopverbundflächen I. und II. Stufe	P	LANUV	I), II)	Es ist anzunehmen, dass in Bezug auf die Darstellung von Windenergiebereichen kritische Bereiche dieser Kategorie i.d.R. bereits über Tabuzonen wie die BSN und NSG abgedeckt sind. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Windenergiebereiche keine ganzflächige Beseitigung der Verbundstrukturen bewirken, anders als z.B. Gewerbeflächen. Daher steht die Klassifizierung als Biotopverbundfläche der Darstellung von Windenergiebereichen in den Zonen außerhalb der Tabuzonen i.d.R. nicht entgegen. Abweichende Bewertungen werden ggf. in der Potenzialbereichstabelle vermerkt (7.2.15 Anlage 2). Klar ist, dass der Biotopverbund 1. Stufe mehr Konfliktpotenziale aufweisen dürfte, als der Biotopverbund 2. Stufe.
E.F.4	Landschaftsschutzgebiete (LSG)	P	LP (Daten der Kreise und kreisfreien Städte)	I), II)	LSG sind sehr großräumig und enthalten auch Teilbereiche, die im Hinblick auf eine Windkraftnutzung weniger kritisch sind. Daher ist es angemessen, sie nicht generell als Tabuzone zu werten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass z.B. viele naturräumlich wertvolle LSG-Bereiche bereits aufgrund anderer Tabuzonenkriterien wie Laubwälder, Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG oder Abständen zu VS-, NS- und FFH-Gebieten tabu sind. Die LSG-Bereiche, die Potenzialbereiche sind, sind insoweit im Hinblick auf eine Windenergiebereichsdarstellung zumindest tendenziell im Durchschnitt (Abweichungen möglich) unkritischer als die Gesamtheit der LSG. Zu beachten sind ferner die Spielräume der Raumordnung aufgrund der Funktion des Regionalplans als Landschaftsrahmenplan. Kommt man am Ende der regionalplanerischen Abwägung zur Darstellung von Windenergiebereiche in LSG, so können je nach Fallkonstellation unterschiedliche Sachverhakte gegeben sein. So ist z.B. möglich, dass dort WEA mit dem LSG vereinbar ist (z.B. weil das LSG solche Anlagen ausdrücklich mit vorsieht oder eine Befreiungslage gegeben ist) oder es können auch die Regelungen des § 20 (5) LNatSchG greifen.
E.F.5	ÜSG gem. § 78 Abs. 1 WHG und vorläufig gesicherten ÜSG § 78 Abs. 6 WHG	P	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 – Windenergie	I), II)	Hier kommt eine Darstellung als Windenergiebereich – wenn sonst nichts dem entgegensteht - in Betracht, wenn sich abzeichnet, dass es fachrechtlich in Bezug auf diesen Belang zulassungsfähige Vorhabenausführungsvarianten gibt. In diesem Kontext ist aber auch darauf hinzuweisen, dass diese Kategorie i.d.R. nur kleine Teilflächen der betreffenden Potenzialflächen betrifft und hier für die WEA-Errichtung ohnehin entsprechende Spielräume bestehen. Wenn es solche zulassungsfähigen Varianten voraussichtlich nicht gibt und es eine relevante Größenordnung ist, wird dies in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung entsprechend als Ausschlussgrund vermerkt (ggf. auch zuvor Neuzuschnitt). Ansonsten, d.h. wenn es keine solche Eintragung gibt, ist die Thematik ÜSG nach der regionalplanerischen Bewertung des Standortes kein Ausschlussgrund für eine Regionalplandarstellung.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					Ein weitergehender Schutz soll in der Gesamtabwägung insb. angesichts der Bedeutung des Ausbaus erneuerbarer Energien nicht vorgesehen werden.
E.F.6	Umgebung von Flugplätzen und/oder Fluglandeplätzen	P	Regionalplan und FNPs (fortlaufend), Dezernat 26 der Bezirksregierung und Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie	I), II)	Eine Einzelfallbetrachtung unter Beteiligung der Luftfahrtbehörde ist angemessen, da die Umgebungsschutzinteressen und etwaige Tabuwirkungen sowie etwaige luftverkehrsseitige Umplanungsmöglichkeiten sehr heterogen sind. Hierbei können im Verfahren auch weitergehende Bereiche relevant sein, als die bereits im GIS erfassten Bereiche und deren Umgebung. Die nebenstehend genannten GIS-Daten sind insoweit nicht abschließend hinsichtlich der Relevanz von Luftverkehrsdaten im regionalplanerischen Verfahren. Für die Bewertung können dabei auch Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Planungs- und Entscheidungsebenen (z.B. Auflagen bei der WEA-Genehmigung nach § 12 Abs. 4 LuftVG) relevant sein. Hier stellt sich insb. die Frage, ob in den entsprechenden Potenzialbereichen auch unter Berücksichtigung dieser Regelungsmöglichkeiten eine Darstellung als Windenergiebereich raumordnerisch in Bezug auf das Gefahrenpotenzial und etwaige Vorsorgeaspekte sachgerecht ist oder nicht. In diesem Kontext wird auch auf Urteile des OVG Weimar vom 30.09.2009 (1 KO 89/07, JURIS) und des VG Minden vom 22.09.2010 (11 K 447/09) hingewiesen – u.a. zur Thematik der Frage des Vorliegens einer Gefahr für den Luftverkehr. Dies gilt, auch wenn diese nicht 1 zu 1 auf die regionalplanerischen Entscheidungserfordernisse zu übertragen sind. Zwingende fachrechtliche Versagungsgründe für eine Anlagenerrichtung – bei der auf der Zulassungsebene die konkrete Anlage, deren Ausführungsdetails und deren spezifischer Standort zu Grunde gelegt werden – bleiben durch eine etwaige Darstellung als Windenergiebereich im Übrigen ohnehin unberührt. Gleiches gilt für entsprechende weiterreichende zwingende fachrechtliche Abstandserfordernisse im Einzelfall auf nachfolgenden Planungsebenen. In diesem Kontext sei auch aus dem Urteil des OVG-Lüneburg vom 24.01.2008, 12 LB 44/07 zitiert: *„Das RROP muss die luftverkehrsrechtliche Problematik insoweit nicht selbst lösen, sondern kann sie dem bau- oder immissionsschutzrechtlichen Genehmigungs- bzw. Vorbescheidsverfahren überlassen."* Siehe zu den Rechtsgrundlagen insb. § 12, 17 LuftVG. Ergänzend wird aber auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftVG sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). Teilweise liegen Modellflugplätze in der Nähe oder in Windpotenzialbereichen. Dies wird als der Darstellung von Windenergiebereichen im Rahmen der Regionalplanung in der Regel nicht entgegenstehend eingestuft (vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29); etwaige abweichende Einzelfallbewertungen würden in 7.2.15.Anlage 2 dargelegt. Denn es gibt in der Regel – im Detail erst auf den nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen konkretisierbare – Möglichkeiten, die WEA entweder so innerhalb der Windenergiebereiche aufzustellen, dass hinreichend Rücksicht genommen wird auf den Modelflugbetrieb (wobei das Leistungs- und Größenwachstum der Anlagen und die damit auch verbundenen größeren Abstände zwischen WEA das inzwischen noch eher ermöglichen, als früher) oder es sind im Rahmen der Laufzeit des Regionalplans – wenn der Flugbetrieb aufrecht erhalten werden soll – z.B. auch Platzverlagerungen bzw. -zusammenlegungen denkbar, die sich aufgrund der hohen Wirtschaftsleistung von WEA rechnen können. In diesem Kontext ist auch auf die Thematik etwaig befristeter Erlaubnisse zum Aufstieg von Flugmodellen und vor allem i.d.R. relevanter Widerrufsvorbehalte und -möglichkeiten hinzuweisen; siehe § 49 VwVfG und den Widerrufsvorbehalt für den Fall der Errichtung von Energieanlagen im Musterbescheid für die Erteilung der Erlaubnis

Stand: Unterlagen für den Abschluss

zum Aufstieg von Flugmodellen, Anlage 2/Anhang 2 zu den Grundsätze des Bundes und der Länder für die Erteilung der Erlaubnis zum Aufstieg von Flugmodellen gemäß § 16 LuftVO; http://www.verwaltungsvorschriften-im-internet.de/pdf/BMVBS-LR24-20080225-KF03-A002.pdf (Zugriff am 27.01.2015). Regionalplanerisch hat der Belang der Windkraftnutzung jedenfalls – wenn am Standort eine Darstellung als Windenergiebereich nach 7.2.15.Anlage 2 vorgesehen ist – ein so hohes Gewicht, das der Modellflug dem nach aktuellem Bewertungsstand am Standort der Darstellung im Regionalplan nicht entgegensteht. Ein Beispiel dafür, dass Modellflug auch innerhalb eines Windparks prinzipiell möglich ist, stellt z.B. der Platz des MFC Lemgo e.V. dar. Siehe hierzu den nachstehenden Ausschnitt aus der folgenden Internetseite – was in jedem Fall nicht zugleich bedeutet, dass diese Abstände Standard werden können (u.a. aufgrund der Windschleppen):

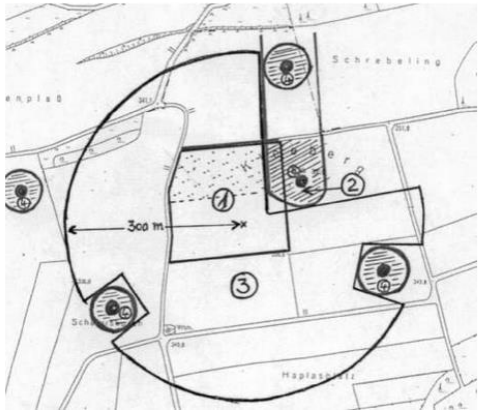
http://www.mfc-lemgo.de/tmp_joo25/index.php/vereinsinfo/4-flugsektor (Zugriff am 27.01.2015).

Flugsektor

In diesem Bereich dürfen wir fliegen.

1) Modellflugplatz des MFC-Lemgo e.V.
2) Sicherheitsbereich (Überfliegen verboten!)
3) Flugraum Radius 300m von der Platzmitte.
4) Standorte der Windkraftanlagen.

Mindestflughöhe über dem nördlich gelegenen Zufahrtsweg min. 30 Meter !



Soweit bereichsbezogen der Ausschlussgrund einer vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) vermerkt wird, bezieht sich dies insb. auf die Abstände in der dortigen Nr. 6 zu Platzrunden (400 m zum Gegenanflug und/oder 850 m zu allen anderen Teilen der Platzrunde (inkl. Kurventeilen). Dabei werden allerdings jeweils 100 m als Puffer aus Vorsorgegründen aufgeschlagen (d.h. 500 m bzw. 950 m). Platzrundendaten wurden dabei seitens der Landesluftfahrbehörde zugeliefert (Hinweis: Die Landesluftfahrtbehörde hätte sich gemäß erster Abstimmungen größere Abstände von 3 bzw. 4 km gewünscht; dies hätte in der regionalplanerischen Gesamtabwägung aber zu einer Übergewichtung des Belangs

Stand: Unterlage

					Luftverkehr geführt und wurde daher nicht vorgenommen). In diesem Kontext ist auch anzumerken, dass es hier der Regionalplanung bei Platzrunden und Abständen dazu nicht darauf ankam, ob diese fachrechtlich gesichert sind. Auch nicht eingetragene/gesicherte, aber de facto genutzte Platzrunden haben raumordnerisch ein hinreichendes Gewicht für entsprechende Ausschlüsse, denn sie sind für die praktische Nutzbarkeit von Flugplätzen wichtig und sie haben sich in der Praxis als tauglich bewährt. Bei den luftverkehrsbezogenen Ausschlussbewertungen wird im Übrigen gesehen, dass Luftverkehrseinrichtungen und deren Schutz prinzipiell änderbar sind und dass sie ggf. auch aufgegeben werden könnten (Abwägungsspielräume der Raumordnung). Soweit trotzdem unter Verweis auf den Luftverkehr ein Ausschluss erfolgte, wurden die Luftverkehrsbelange in der Abwägung als höhergewichtig eingestuft. Zu betonen ist abschließend noch einmal, dass generell für alle Potenzialbereiche gilt, dass für konkrete WKA-Bauvorhaben auf nachfolgenden Planungs- und vor allem Zulassungsebenen die erforderlichen luftrechtlichen Fachprüfungen durchzuführen und erforderliche Zustimmungen einzuholen sind.
E.F.7	Nadelwald Mischwald Schadflächen Kyrill	P	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie (aufbauend auf Landesbetrieb Wald und Holz)	I), II) III)	In diesen Bereichen spricht der Wald nicht generell, d.h. überall gegen die Darstellung von Windenergiebereichen. Denn es handelt sich im Regelfall nicht um besonders wertvolle Wälder (anders, als z.B. reine Laubwälder). Viele für den Naturschutz wertvolle Teilbereiche dieser Wälder sind zudem bereits über Tabuzonenkriterien wie die NSG oder § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG erfasst worden. Ohnehin sind nur ca. unter 2,5 % der Waldbereiche des RPD-Entwurfs auch für Windenergiebereiche vorgesehen worden und nur ca. unter 0,5 auch für Windenergievorbehaltsbereiche. Diese entfallen auch nicht komplett für die Waldfunktion bei einer WEA-Nutzung, sondern nur kleine Anteile davon werden nicht mit Bäumen bestanden sein. Erholungssuchende z.B. haben so ca. gut 97 % der Waldbereiche, die sie ansteuern können, wenn sie Wald ohne Windenergiedarstellungen des Regionalplans und entsprechende WEA nutzen wollen. Wasserwirtschaftlich wertvolle Teilbereiche (Funktion Grundwasserneubildung) sind z.B. über den Ausschluss von bestehenden und geplanten WSZ I und II geschützt. Zur Wasserschutzzonenfunktion von Wald wird auf E.F.1 verwiesen (regelmäßig keine erhebliche Beeinträchtigung in bestehenden oder geplanten WSZ IIIA und IIIB (I und II eh ausgeschlossen). Die Naherholung wird über die Abstände zu Siedlungs- und Wohnnutzungen schon umfangreich geschützt. Daher sind die Bereiche dieser Raumnutzungskategorie, die Potenzialbereiche sind, tendenziell eher die insoweit weniger wertvollen Teilbereiche dieser Waldkategorien. Besonders zu erwähnen sind als Beispiel aber auch Abstände zu Wohnnutzungen und Siedlungsbereichen, die teilräumlich Bereiche von besonderer Bedeutung für die besonders ortsgebundene Feierabenderholung schützen. Dies führt dazu, dass die in der Waldfunktionskartierung (LÖLF, 1979) mit der höchsten Stufe 1 bei der Erholungsfunktion versehenen Flächen i.d.R. bereits über entsprechende Siedlungsabstände ausgeschieden wurden, d.h. sie wurden gar nicht erst Potenzialflächen. Zur Erholungsfunktion ist zudem generell anzumerken ist, dass WEA zwar von einem Teil der Bevölkerung kritisch gesehen wird, dass es aber nicht generell von negativen Auswirkungen auf Tourismus und Erholung durch WEA auszugehen ist. Von einer erheblichen Beeinträchtigung der Erholungsfunktion des Waldes ist bei den im RPD dargestellten Standorten nicht auszugehen, sofern standörtlich nichts anderes vermerkt wird. (vgl. z.B.: http://www.unendlich-viel-energie.de/de/service/faq/faq-windenergie.html#c1200; Zugriff am 24.11.2013 http://www.energieforum-isny.de/wp-content/uploads/2013/06/Vortrag-Windkraft-oder-Tourismus-Prof.-Dr.-Quack-

Stand: Unterlagen für die Auslegungsbeschluss

					07.01.2012.pdf; Zugriff am 24.11.2013). http://www.energiezukunft.eu/wind/onshore/windraeder-stoeren-die-erholung-nicht/; Zugriff am 24.11.2013). Siehe zur Thematik Erholung, Landschaftsschutz und WEA zudem das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes vom 27.09.2013, Vf. 15-VII-12. Zu bedenken ist zudem, dass WEA im Wald oftmals aufgrund der Abschirmung durch die Bäume eine geringere Sichtbarkeit aufweisen, als Freilandstandorte. Vielfach sind z.B. Nadelwälder auch in Bezug auf den Artenschutz bei WEA weniger sensibel, als Offenlandstrukturen. Ferner haben WEA haben primär punktuelle Auswirkungen (Fundamentsbereiche und Zuwegungen) auf den Waldbestand. Zur Thematik Waldflächen mit Bodenschutzfunktionen wird auf 7.2.15.3.9 verwiesen. Vor dem Hintergrund der dort dargelegten Spezifika der Windenergieanlagen (nur leinräumige punktuelle Inanspruchnahmen für WEA und Zuwegungen) wird – sofern nachfolgend standörtlich nichts anderes dargelegt wird – von keiner erheblichen Beeinträchtigungen der Bodenschutzfunktionen durch WEA in den im RPD dargestellten Standorten ausgegangen. Ebenso gilt es übertragend – sofern standörtlich aufgrund besonderer lokaler Umstände nachfolgend nicht anderes vermerkt wird – für die Immissionsschutz-, Klima- und Sichtschutzfunktion. Der Schutz bzw. die Schutzfunktion bzgl. naturkundlicher, wissenschaftlicher und kultureller Objekte wird über die standortbezogenen Untersuchungen – inkl. SUP – für die Ebene des Regionalplans so hinreichend durchgeführt, dass von keiner erheblichen Beeinträchtigung bei den für eine Darstellung im RPD vorgesehenen Bereichen auszugehen ist, sofern standörtlich nichts anderes vermerkt wird. Dabei ist in die Betrachtung auch einzustellen, dass auf nachfolgenden Ebenen über die Feinsteuerung der Standorte und die Vorhabensausführung regelmäßig noch hinreichende Optimierungen vorgenommen werden. Festzustellen ist, dass ein neues Ziel 7.3-1 im LEP NRW vorliegt. Danach ist die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstlichen Waldflächen möglich, sofern wesentliche Funktionen des Waldes nicht erheblich beeinträchtigt werden (zugehörige Erläuterungen enthalten weiterführende Ausführungen). Dabei ist jedoch anzumerken, dass eine umfassende Bewertung der Auswirkungen auf den Wald erst auf der Ebene der Zulassung oder einer etwaigen qualifizierten Bebauungsplanung möglich ist. Denn hier hängt viel von der Zahl der Anlagen (erschließungsintensiv viele kleine oder nur wenige große), den artenschutzrelevanten Anlagenhöhen, der konkreten Anlagenpositionierung (Lage in oder Nähe zu vorgeschädigten/nicht vorgeschädigten Flächen, Zuordnung zu vorhandenen Waldwegen, Zuordnung zu Wanderwegen, randliche oder zentrale Lage im Wald), den zum Zeitpunkt der WEA-Errichtung vorhandene Arten, der Jahreszeit der wesentlichen Bauarbeiten etc. ab. Das heißt auch, hier bestehen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen in der Regel – gerade weil es sich hier ohnehin nicht um die wertvollsten Kategorien des Waldes handelt, Möglichkeiten, eine Vereinbarkeit mit dem Ziel 7.3-1 zu erreichen. Zudem bleiben bestehende Bindungen an dieses Ziel für nachfolgende Entscheidungsebenen unberührt und dies geht in die Beantwortung der Frage einer Vereinbarkeit des Regionalplans mit dem neuen Ziel 7.3-1 ein. Sofern standörtlich nichts anderes vermerkt wird, steht Ziel 7.3-1der Darstellung als Windenergiebereich nicht entgegen. Das heißt aber auch, insbesondere bei einer etwaig wenig rücksichtsvollen Vorhabensplanung kann hier selbst in Vorranggebieten noch ein Ausschluss für ein solches Vorhabendesign folgen. Bei Kyrill-Flächen sind diese Bereiche zudem vorgeschädigt und bis dort ggf. wieder hohe Baumbestände vorhanden sind, wird es i.d.R. lange dauern.

Stand: Unterlagen zum Entscheidungsbeschluss

					Soweit Windenergiebereiche in Waldbereichen für eine Darstellung als Windenergiebereich vorgesehen sind, sind diese gemäß den hiesigen Bewertungen auch mit LEP-Ziel 7.3-1 vereinbar. Nach dem Vorstehenden ist insoweit hier auch eine sachgerechte Auseinandersetzung mit den Waldfunktionen im Sinne der Waldfunktionskartierung (LÖLF, 1979) gegeben – bezogen auf die aktuelle Ist-Situation (vgl. LEP-Ziel 7.3-1). Auf die Thematik waldarmer Kommunen wird nachfolgend standörtlich eingegangen.
E.F.8	Lärmarme Erholungsräume	P	LANUV	I), II)	In der Regel wird dieses Kriterium WEA nicht entgegenstehen, denn anders als z.B. bei angrenzenden Wohnnutzungen geht es hier nicht um regelmäßige Betroffenheiten – auch der Nachtruhe. Erholungssuchende, die möglichst wenig Lärm wünschen, können ggf. andere Bereiche aufsuchen oder Zeiten nutzen, in denen die WEA aufgrund der meteorologischen Bedingungen wenig Lärm verursachen. Zudem ist zu bedenken, dass auch den Erfordernissen des Ausbaus erneuerbarer Energien Rechnung zu tragen ist und die lärmarmen Räume sind oftmals aufgrund des Fehlens z.B. von siedlungsstrukturellen Belastungen insoweit besonders gut für WEA geeignet. Im Einzelfall können aber besondere Umstände (mit) zu einem Ausschluss führen.
E.F.9	Unzerschnittene verkehrsarme Räume über 10 qkm	P	LANUV	I), II)	WEA zerschneiden aufgrund ihres punktuellen Charakters diese Räume nicht wie z.B. Straßen. Dies ist einer der Aspekte der dazu führt, dass hier eine Einzelfallbetrachtung statt eines generellen Tabus ausreichend ist. Andere gewichtige Aspekte sind die Bedeutung des Ausbaus der Windenergie, die oftmals räumlich gerade in diesen Räumen gut möglich ist aufgrund geringer anderer Restriktionen wie z.B. Bebauung. Daher steht diese Raumnutzungskategorie der Darstellung von Windenergiebereichen i.d.R. nicht entgegen – auch nicht angesichts des landschaftlichen oder ggf. ökologischen Wertes unzerschnittener Räume. Dies gilt auch für kleinere unzerschnittene Räume. Unzerschnittene verkehrsarme Räume unter 10 qkm sind zudem angesichts des Maßstabes des Regionalplans und der geringen Eingriffe von WEA in die „Unzerschnittenheit“ i.d.R. nicht regionalplanerisch relevant für die WEA-Planung. Sofern der Sachverhalt im Einzelfall anders gelagert sein sollte, würde dies in Kap. 7.2.15 Anlage 2 entsprechend vermerkt. Hinweis: Bezüglich der Thematik „Unzerschnittenheit“ wurden Daten, die zum ersten EAB vorlagen, durch grundlegend neue, aktualisierte LANUV- Daten ersetzt, die 07/2015 geliefert wurden (erstellt verm. 2014).
E.F.10	Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (nicht identisch mit Biotopen gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG)	P	LANUV	I), II)	Ein Ausschluss kann im Einzelfall begründet sein durch Schutzbedürfnis (Vorsorge), Erhalt von Ausweitungsoptionen und die Zielsetzung der Vermeidung von Störung der Naturwahrnehmung der Bürger. Besonders wertvolle Bereiche werden aber über andere Kriterien wie FFH- und VSG-Gebiete oder NSG geschützt und WEA haben tlw. auch nur eher punktuelle Auswirkungen auf die wertgebenden Elemente (Fundamentsbereiche und Zuwegungen plus Umgebungswirkungen). Zudem gibt es eingriffsmindernde Möglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen, z.B. über die Feinsteuerung der Anlagenstandorte oder zeitweise Abschaltungen zu sensiblen Zeiten. Daher steht diese Raumnutzungskategorie der Darstellung von Windenergiebereichen i.d.R. nicht entgegen.
E.F.11	Naturparke	P			Naturparke sind sehr großräumig und enthalten auch Teilbereiche, die im Hinblick auf eine Windkraftnutzung weniger kritisch sind. Daher ist es angemessen, sie nicht generell als Tabuzone zu werten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass z.B. viele naturräumlich wertvolle Naturpark-Bereiche bereits aufgrund anderer Tabuzonenkriterien wie Laubwälder, Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG oder Abständen zu VS-, NS- und

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					FFH-Gebieten tabu sind. Die Naturparkbereiche, die Potenzialbereiche sind, sind insoweit im Hinblick auf eine Windenergiebereichsdarstellung zumindest tendenziell unkritischer als die Gesamtheit der Naturparke. Daher steht diese Raumnutzungskategorie der Darstellung von Windenergiebereichen in den nicht anderweitig bereits ausgeschlossenen Naturparkteilen zumindest i.d.R. nicht entgegen (Einzelfallentscheidung).
E.F.12	Bodendenkmäler, Baudenkmäler	P	LVR	I), II)	Neben dem Denkmal/Bodendenkmal ist auch der Schutz der Umgebung zu berücksichtigen, wenn das Denkmal durch benachbarte Windenergiebereiche und spätere Anlagenerrichtungen ggf. relevant beeinträchtigt wird. Dies hängt aber auch mit von der Anlagenkonfiguration, der Anlagenhöhe und -gestaltung sowie dem Detailstandort ab. Das heißt, hier gibt es oftmals Möglichkeiten der Sicherstellung der Vereinbarkeit dieser Raumnutzungen, z.B. auch aufgrund der Spezifika der Denkmäler, wie z.B. bei kleinflächige Bodendenkmälern (Baudenkmäler sind oftmals ohnehin bereits über Tabuzonen wie die Abstände zu ASB geschützt). Auf der Ebene der Regionalplanung werden die Denkmalschutzbelange daher nur selten einen Ausschlussgrund für die Darstellung von Windenergiebereichen darstellen.
E.F.13	Daten zum voraussichtlichen Fortgang des Braunkohlenabbaus	P	Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie		Es soll vermieden werden, dass Bereiche als Windenergiebereiche dargestellt werden, die voraussichtlich im Kernzeitraum der Geltungsdauer des neuen Regionalplans gar nicht für eine Windenergienutzung zur Verfügung stehen.
E.F.14	Daten zum Wetterradar Essen	P	DWD		Nach aktuellem Bewertungsstand sind keine Windenergiebereiche in einem kritischen Abstand zum Wetterradarstandort geplant; dies würde ansonsten nachfolgend in der Tabelle standortbezogen entsprechend dokumentiert. Bei Windenergievorbehaltsbereichen kann das i.d.R. ohnehin ggf. im Rahmen nachfolgender Planungs- und Entscheidungsprozesse noch hinreichend geprüft werden.
E.F.15	Alle etwaigen anderen bisher vorstehend in der Tabelle nicht erfassten Bereiche	P		I), II)	Diese Bereiche zählen zu den Potenzialbereichen. Auch hier können im Einzelfall aber Ausschlussgründe vorhanden sein oder Aspekte, die zu einer negativeren/positiveren Bewertung führen. So wurden tlw. Raumnutzungen nur auf einer oder zwei der drei Ebenen 1) Regionalplanung 2) Flächennutzungsplanung und 3) Fachrechtlich/fachlich festgelegte und sonstige Bereiche flächendeckend erfasst, weil davon auszugehen war, dass mit der getroffenen Auswahl die auf der Ebene der Regionalplanung relevanten Raumnutzungsansprüche der Raumnutzungsart hinreichend erfasst wurden. Dies kann aber im Einzelfall anders sein. Entsprechendes konnte ggf. bereits in der tabellarischen Potenzialbereichsbewertung erfasst werden oder über die Beteiligungen. Teilweise sind die weiteren Ausschlussgründe für WEA jedoch auf der Ebene der Regionalplanung angesichts des Maßstabes des Regionalplans regelmäßig nicht relevant, da die Belange in der Regel hinreichend im Rahmen der Vorhabenkonkretisierung auf nachfolgenden Ebenen berücksichtigt werden können und besser dort betrachtet werden sollten. Dies betrifft z.B. folgende Nutzungen/Elemente: - <u>Richtfunktrassen:</u> Hier kommt es in der Regel auf die konkreten Anlagenstandorte innerhalb von Zonen an. Angesichts des Maßstabes des Regionalplans und der entsprechenden Parzellenunschärfe sowie etwaiger auch technischer Problemminderungsmaßnahmen im Laufe des Geltungszeitraumes des Regionalplans werden Richtfunktrassen regelmäßig nicht als Ausschlusskriterium für regionalplanerische WEA-Bereiche gewertet. Dabei ist auch anzumerken, dass sich Richtfunktrassen zum Teil häufiger ändern. - <u>Geschützte Landschaftsbestandteile und Naturdenkmale:</u> Geschützte Landschaftsbestandteile gemäß § 29 BNatSchG und Naturdenkmale gemäß § 28BnatSchG sind zwar tabu für die Errichtung von WEA (vgl. MKULNV, 2011: Nr. 8.2.1.2), aber zumeist auch sehr kleinflächig oder linienförmig (vgl. z.B. Obergrenze in § 26 BNatSchG oder die Nennung von Hecken und Baumreihen in § 29BnatSchG), so dass es hier Lösungsmöglichkeiten über die

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

					spätere Standortkonfiguration gibt. Großflächige Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile werden i.d.R. bereits über andere Tabuzonen geschützt sein (z.B. NSG mit Puffer). Daher werden diese Raumnutzungskategorien inklusive eines etwaigen Umgebungsschutzes zumindest i.d.R. nicht der Darstellung von Windenergiebereichen entgegenstehen. - Andere Leitungen und Leitungstrassen als Hochspannungsfreileitungen/-trassen: Hier kommt es in der Regel auf die konkreten Anlagenstandorte innerhalb von Zonen an. Angesichts des Maßstabes des Regionalplans und der entsprechenden Parzellenunschärfe sowie etwaiger (technischer) Problemminderungsmaßnahmen auch an den Leitungstrassen (Abdeckungen der i.d.R. unterirdischen Leitungen, Verlegungen) im Laufe des Geltungszeitraumes des Regionalplans werden entsprechende Leitungen/Leitungstrassen regelmäßig nicht als Ausschlusskriterium für regionalplanerische WEA-Bereiche gewertet. - Erdbebenmessstellen: Erdbebenmessstellen stellen – insbesondere im südlichen Planungsraum eine Herausforderung für die WEA-Errichtung dar, insb. (aber nicht nur) im 10 km-Radius um solche Messstellen. Es wird auf der Ebene der Regionalplanung jedoch davon ausgegangen, dass diese Thematik über die Anlagenausführung (Fundamentierung, Bodenaufbereitung, weitere Dämpfungsmaßnahmen etc. (ggf. auch messtechnische Maßnahmen) auch an kritischen Standorten im Sinne der Zulassungsfähigkeit beherrschbar ist. Etwaige entsprechende fachliche Ausschlussgründe auf nachfolgenden Ebenen bleiben aber unberührt. Ggf. sind hier auch Gutachtenerfordernisse auf nachfolgenden Ebenen denkbar. Dies schließt jedoch auch bei diesen Themen nicht aus, dass diese Belange aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalls (z.B. auf Basis von Erkenntnissen aus dem Beteiligungsverfahren) doch noch Auswirkungen auf die Entscheidung über Windenergiebereichsdarstellungen haben. Ausnahmen sind auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung dabei insb. dann möglich, wenn bereits auf regionaler Ebene Erkenntnisse vorliegen, wonach in einer Zone definitiv keine substantielle Windenergienutzung aus entsprechenden fachrechtlichen Gründen möglich ist. Ansonsten sind z.B. die Themen unter den drei Spiegelstrichen auf nachfolgenden Verfahrensstufen zu prüfen (Bauleitplanung und/oder Zulassungsverfahren).

Stand: Unterlagen für den Kurs Planungsausschuss

7.2.15.Anlage 2 – Bewertung der Potenzialbereiche

Die Bereiche, die nicht in harten und/oder weichen Tabuzonen liegen, stellen gemäß der Terminologie beim RPD die „Potenzialbereiche“ (oder auch „Potenzialflächen“) dar. Für diese Potenzialbereiche enthält die nachfolgende Tabelle die wichtigsten Eckdaten.

Anzumerken ist jedoch, dass im weiteren Sinne auch Bereiche ein Potenzial für Planungen darstellen, die nur in weichen Tabuzonen liegen, aber nicht in harten Tabuzonen. Insoweit wird an dieser Stelle für die planerische Bewertung bzw. entsprechende planerische Erwägungen auch mit auf die vorhergehenden Teile des Kapitels 7.2.15 verwiesen und hier die Fußnote 46.

Hervorzuheben ist ferner, dass Potenzialbereiche noch nicht allesamt/in Gänze Bereiche sind, die die Regionalplanung für eine Darstellung als Windenergiebereiche (bzw. Windenergievorbehaltsbereiche) vorschlägt. Vorgeschlagen werden für einen Aufstellungsbeschluss des Regionalrates nur Teile davon. Das entsprechende Votum und die Grundlagen für eine Einstufung als vorgesehener oder nicht vorgesehener Windenergiebereich werden aber in der nachstehenden Tabelle mit dargelegt.

Zu den einzelnen Spalten:

Spalte 1:

Diese Spalte enthält die Bereichsnummer.

Dabei ist darauf hinzuweisen, dass es teilweise „Lücken“ zwischen den vergebenen Nummern gibt (nach 003 folgt z.B. evtl. 005). Dies ist kein Fehler, sondern oftmals dadurch begründet, dass im Laufe des Planungsprozesses neue Tabuzonen hinzutraten, so dass ein Bereich nicht mehr als Potenzialbereich einzustufen war und somit nicht mehr in der Tabelle auftaucht.

In ähnlicher Weise haben „gestückelte“ Bereiche ihre Ursache im Verlauf der vorlaufenden Prüfprozesse, im Rahmen derer benachbarte Bereiche teilweise unterschiedlich zu bewerten waren. Zudem wurden an Kommunengrenzen beiderseits eigene Nummern vergeben.

Spalte 2

Hier ist der Namen derjenigen Kommune eingetragen worden, in welcher der Bereich liegt.

Spalte 3

Hier wurde die Größe des Bereichs in Hektar eingetragen. Ergänzend ist auf die Ausführungen zu Mindestgrößen in Kap. 7.2.15.3.2 hinzuweisen.

Spalte 4

Wichtiger Hinweis: Siehe zum Umgang mit den Gunstbereichsbewertungen im Hinblick auf die Darstellungen das Kapitel 7.2.15.2.2.

In der Spalte 4 sind wichtige Kriterienkomplexe enthalten, die über die Tabuzonenkriterien noch nicht hinreichend stark berücksichtigt wurden und die sich zugleich für eine formalisierte quantitative Bewertung eignen.

Dabei werden nur die Bereiche bewertet, die nach der konkreten Betrachtung und Abwägung der Regionalplanung nicht in Spalte 7 eine bereits für sich tragende und somit auch nicht

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

durch eine maximale Punktzahlen „auszugleichende“ Ausschlussbegründung enthält (z.B. entgegen stehende Belange des Luftverkehrs; wenn die Ausschlussgründe alleine als Ergebnis der Abwägung nicht tragen, würde dies angegeben werden und ggf. ergänzend auf Punktwerte Bezug genommen) - wobei eine etwaig zu geringe Punktzahl nicht zum Ausschluss der Bewertung in Spalte 4 führt.

Bei der Punktebewertung werden immer alle am Standort zusammenhängenden oder benachbarte (maximal 500 Meter Abstand) und zugleich nicht in Spalte 7 über eine bereits für sich tragende Ausschlussbegründung (außer Gesamtpunktzahl, s.o.) ausgeschlossenen Potenzialflächen zusammen bewertet.[58] D.h. es bezieht sich nicht zwingend nur die betreffende eine Potenzialfläche, die ansonsten in der Tabellenspalte thematisiert wird. Denn es gibt gemäß der hiesigen Abwägung keine hinreichenden Gründe entsprechende mögliche und zusammenhängende bzw. entsprechend nah benachbarte (maximal 500 Meter Abstand) Bereiche bei diesem Bewertungsschritt separat zu betrachten, die z.B. nur aufgrund einer kommunalen Grenze getrennt sind. Das heißt, es findet eine entsprechende Gesamtstandortbetrachtung statt, da etwaige spätere WEA-Standorte auch im Raum zusammenhängend wirken. Dieses Vorgehen begünstigt tendenziell – sofern Punkte zur späteren Nichtdarstellung beitragen/führen – die Darstellung größerer Raumeinheiten (kleinräumige Bereiche, die bei isolierter Betrachtung wenige Punkte bekommen würden, werden gleichsam „mitgezogen“; sie werden nicht jeweils später deswegen „weggeschnitten“ und es werden nicht die entsprechenden ha an anderen zusätzlichen Standorten neu dargestellt) und dies ist raumordnerisch im Sinne der Belastungsbündelung gewollt. Dass damit kleinräumige Unterschiede ein tendenziell geringeres Gewicht bekommen wird in der Abwägung insoweit hingenommen (bei ganz gewichtigen Gründen würde ggf. bei den einzelnen Potenzialbereichen ein etwaiges abweichendes Vorgehen vermerkt und begründet werden).

Mit dem Kriterium I (siehe unten) soll dabei der Tatsache Rechnung getragen werden, dass WEA immer zu Veränderungen des Landschaftsbildes beitragen, die besonders in LSG, BSLE und regionalbedeutsamen Kulturlandschaftsbereichen tendenziell gravierender sind, als in außerhalb dieser Bereiche. Auch wenn diese Auswirkungen nicht per se einen Ausschlussgrund darstellen, da auch dem Belang des Ausbaus der erneuerbaren Energien Rechnung getragen werden soll, so sollen die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zumindest über entsprechende Punkte bei der Potentialflächenbewertung berücksichtigt werden.

Dies ergänzt die implizite Berücksichtigung der visuellen Auswirkungen über den Ausschluss besonders naturschutzwürdiger Bereiche oder den – in Punkte Ortsbild – Ausschluss der siedlungsnahen Bereiche mittels der harten und weichen Tabuzonen.

Eine weitergehende oder abweichende Einstufung über Spalte 8 in Verbindung mit Spalte 7 auch für Belange von Landschaft und Kulturlandschaft bleibt aber unberührt, d.h. weiterhin möglich.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[58] Dabei waren aber nur die Potenzialflächen der Regionalplanung relevant. Auf die Akzeptanz der Herstellung eines Zusammenhangs mittels zwischenliegender kommunaler WEA-Zonen oder vorhandenen WEAs wurde bewusst verzichtet, da dies keine Flächen bzw. Standorte sind, deren Fortexistenz der Regionalplan absichert.

Mit dem Kriterium II (siehe unten) soll sichergestellt werden, dass folgende Gunstbereiche gemäß 7.2.15.Anlage 1, in denen die entsprechenden Gunstfaktoren für eine Darstellung sprechen, besonders positiv bewertet werden:

- FNP-Flächen für die Windkraftnutzung
- 500 Meter Umgebung von FNP-Flächen für die Windkraftnutzung
- 500 Meter Umgebung (allseitig) von genehmigten WEA (vom Anlagenmittelpunkt) ab 0,2 MW inst. Leistung

Dadurch soll der vorhandenen oder möglichen (bei einer noch nicht erfolgten WEA-Errichtung) WEA-Nutzung Rechnung getragen werden. Zudem soll durch die entsprechende Berücksichtigung der kommunalen WEA-Zonen der kommunalen Planungshoheit und dem Gegenstromprinzip sowie dem Vertrauensschutz mit Rechnung getragen werden. Ergänzend anzumerken ist ferner, dass hier oftmals auch schon Detailfragen wie die Erschließung positiv geklärt sind.

Mit dem Kriterium III (siehe unten) folgende Gunstbereiche gemäß 7.2.15.Anlage 1 abgedeckt, d.h.:

- 500 Meter Umgebung (pro Seite) von Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen
- 500 Meter Umgebung (pro Seite) von realisierten Schienenwegstrassen
- 500 Meter Umgebung von der Mitte von Hochspannungsfreileitungen (d.h. auf beiden Seiten jeweils 500 m von der Achsenmitte)

Dies sind z.B. Bereiche mit Infrastruktur, in denen es bereits Immissionen und/oder visuelle Belastungen gibt, so dass WEA bevorzugt dort angesiedelt werden sollten, um so unbelastete Bereiche besser frei halten zu können. Zudem können evtl. in den Randbereichen dieser Infrastruktur ggf. mit wenig Aufwand Zuleitungen und Zufahrten untergebracht werden oder die Erschließung direkt darüber abgewickelt werden.

Mit dem Kriterium IV (siehe unten) soll sichergestellt werden, dass die ganz besonders windstarken Bereiche besonders positiv bewertet werden. Denn dort benötigt man für die gleiche Menge Windstrom weniger Raum. Dies ist insoweit im Interesse einer effizienten Nutzung des Raumes, die gerade in einer Planungsregion mit – wie vorliegende – sehr vielen konkurrierenden Raumansprüchen angezeigt ist. Zudem dient es dem Klimaschutz.

Mit dem Kriterium V soll der Tatsache Rechnung getragen werden, dass hochwertiger Wald mit Laubbäumen in unserer Region relativ wenig vertreten und gleichzeitig von hoher Bedeutung unter anderem für den Artenschutz ist. Da reine Laubwaldbestände ohnehin ein weiches Tabu sind, bezieht sich das Kriterium V dabei jedoch nur auf Mischwald. Ein generelles Tabu für Mischwald anzunehmen würde in der Abwägung hingegen zu weit gehen, da auch genügend Raum für die Windenergienutzung vorzusehen ist und dann der dafür fehlende Raum nur zu Lasten anderer höherwertigerer Restriktionen zu schaffen wäre.

Die Kriterien werden als gleichrangig angesehen und die Punktvergabe entsprechend aufgebaut.

<u>Kriterium I: Begrenzung der Auswirkungen auf Landschaft und Kulturlandschaft</u>

Hierfür werden LSG, die geplanten BSLE (d.h. die mit der Erarbeitung des RPDs geplanten BSLE, nicht die des GEP99) und regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche zu einer Gesamtfläche „*LBK*“ aggregiert.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- 3 Punkte: Bereich liegt zu unter 25 % in „*LBK*“
- 2 Punkte: Bereich liegt zu 25 % bis unter 50 % in „*LBK*“
- 1 Punkt: Bereich liegt zu 50 bis unter 75 % in „*LBK*“
- 0 Punkte: Bereich liegt zu über 75 % in „*LBK*“

Kriterium II: Bevorzugte Nutzung der Standorte und der Umgebung vorhandener WEA und kommunaler WEA-Planungen

Hierfür werden die Gunstbereiche („Gruppe K/WEA“)

- FNP-Flächen für die Windkraftnutzung
- 500 Meter Umgebung von FNP-Flächen für die Windkraftnutzung
- 500 Meter Umgebung (allseitig) von genehmigten WEA (vom Anlagenmittelpunkt) ab 0,2 MW inst. Leistung

gemäß 7.2.15.Anlage 1 aggregiert und als Gesamtfläche „*Gunstbereiche Gruppe K/WEA*“ betrachtet.

- 3 Punkte: Bereich liegt zu über 75 % in „*Gunstbereichen Gruppe K/WEA* “ gemäß 7.2.15.Anlage 1
- 2 Punkte: Bereich liegt zu 50 % bis unter 75 % in „*Gunstbereichen Gruppe K/WEA*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1
- 1 Punkt: Bereich liegt zu 25 bis unter 50 % in „*Gunstbereichen Gruppe K/WEA*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1
- 0 Punkte: Bereich liegt zu 0 bis unter 25 % in „*Gunstbereichen Gruppe K/WEA*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1

Kriterium III: Bevorzugte Nutzung vorbelasteter Bereiche (ohne Bereiche, die bereits über Kriterium II abgedeckt sind)

Hierfür werden die Gunstbereiche

- 500 Meter Umgebung (pro Seite) von Autobahnen, Bundesstraßen und Landesstraßen
- 500 Meter Umgebung (pro Seite) von realisierten Schienenwegstrassen
- 500 Meter Umgebung von der Mitte von Hochspannungsfreileitungen (d.h. auf beiden Seiten jeweils 500 m von der Achsenmitte)

gemäß 7.2.15.Anlage 1 aggregiert und als Gesamtfläche „*Gunstbereiche Gruppe sonst. V*“ betrachtet.

- 3 Punkte: Bereich liegt zu über 75 % in „*Gunstbereichen Gruppe sonst.V*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1
- 2 Punkte: Bereich liegt zu 50 % bis unter 75 % in „*Gunstbereichen Gruppe sonst. V*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1
- 1 Punkt: Bereich liegt zu 25 bis unter 50 % in „*Gunstbereichen Gruppe sonst. V*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- 0 Punkte: Bereich liegt zu 0 bis unter 25 % in „*Gunstbereichen Gruppe sonst. V*“ gemäß 7.2.15.Anlage 1

Kriterium IV: Bevorzugte Nutzung besonders windstarker Bereiche

- 3 Punkte: Bereich liegt zu über 75 % in Bereichen mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von mindestens der Klasse 6,25-6,5 m/s in 135 m Höhe gemäß der Windpotenzialstudie des Landes LRW (LANUV, 2012)
- 2 Punkte: Bereich liegt zu 50 bis unter 75 % (aber nicht 100%) in Bereichen mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von mindestens der Klasse 6,25-6,5 m/s in 135 m Höhe gemäß der Windpotenzialstudie des Landes LRW (LANUV, 2012)
- 1 Punkt: Bereich liegt zu 25 bis unter 50 % in Bereichen mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von mindestens der Klasse 6,25-6,5 m/s in 135 m Höhe gemäß der Windpotenzialstudie des Landes LRW (LANUV, 2012)
- 0 Punkte: Bereich liegt zu 0 bis unter 25 % in Bereichen mit einer durchschnittlichen Windgeschwindigkeit von mindestens der Klasse 6,25-6,5 m/s in 135 m Höhe gemäß der Windpotenzialstudie des Landes LRW (LANUV, 2012)

Kriterium V: Begrenzung der Auswirkungen auf Mischwald

Datenbasis ist hier die Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW, Teil 1 – Windenergie (aufbauend auf Landesbetrieb Wald und Holz).

- 3 Punkte: Bereich liegt zu unter 25 % in Mischwald
- 2 Punkte: Bereich liegt zu 25 % bis unter 50 % in Mischwald
- 1 Punkt: Bereich liegt zu 50 bis unter 75 % in Mischwald
- 0 Punkte: Bereich liegt zu über 75 % in Mischwald

Spalte 5

Hier werden betroffene Raumnutzungen vermerkt (inkl. Zusatz ob ganzflächig im Bereich vorhanden oder nur tlw.), damit der Plangeber über diese informiert ist. Haben diese am Standort ein Gewicht, dass so hoch ist, dass es die Gesamtpunktzahl beeinflusst, kann ein entsprechender Punkzuschlag /-abschlag (ggf. auch bis auf 0) in Spalte 7 vermerkt werden. Erfolgt bei Restriktionen kein Abschlag in Spalte 7, dann bedeutet dies, dass der Plangeber zwar die Betroffenheit sieht, aber die Belange der Windkraftnutzung hier als insoweit prioritär ansieht, dass kein Punktabschlag erfolgt.

Die Abkürzungen bedeuten dabei:

AFA = Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich (aus dem Regionalplan)

ASB besonderer Zweckbestimmung = Allgemeiner Siedlungsbereich besonderer Zweckbestimmung

BGG = Bereich für den Grundwasser und Gewässerschutz (aus dem Regionalplan)

BSAB = Bereich für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (aus dem Regionalplan)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

BSLE = Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung (BSLE) (aus dem Regionalplan)

RGZ = Regionaler Grünzug (aus dem Regionalplan)

ÜSB = Überschwemmungsbereiche (aus dem Regionalplan)

BV = Biotopverbund

LSG = Landschaftsschutzgebiet

ÜSG = Überschwemmungsgebiet

Die Eintragungen in Spalte 5 sind keine abschließende Auflistung aller betroffenen Raumnutzungen. Hier werden nur Raumnutzungen vermerkt, die auch potentiell auf regionaler Ebene bei diesem Arbeitsschritt bereits von Interesse sind oder sein können. Weiterführende Angaben gibt es im regionalplanerischen Verfahren zudem im Rahmen des Umweltberichtes zu den dort erfassten Bereichen.

Soweit hier Regionalplandarstellungen vermerkt sind, beziehen sich die Angaben immer auf den Entwurf für die Regionalplanerarbeitung und nicht den GEP99. Der GEP99 kann aber bei der Regionalplanungsbehörde eingesehen werden. Siehe jedoch auch:

http://www.brd.nrw.de/planen_bauen/regionalplan/gepdownload.html

Soweit Prozentwerte angegeben sind, sind dies nur grobe Schätzwerte als nicht maßgebliche Zusatzinformation. Der Planung zu Grunde gelegt wurden in jedem Fall die konkreten Flächen und nicht die Hektarwerte. Etwaige Fehler bei Werten oder gar etwaige fehlende oder falsch genannte Darstellungen hatten daher keinen Einfluss auf die Darstellungsentscheidung.[59]

Spalte 6

Hier werden ggf. ergänzende Ausführungen vermerkt, die nicht in die anderen Spalten passen.

Spalte 7

In dieser Spalte werden – nur für die in Spalte 4 bewerteten Bereiche, d.h. nicht ohnehin ausgeschlossenen Bereiche (siehe oben) – ggf. Punktzuschläge/-abschlag aufgrund von weiteren Besonderheiten des Einzelfalls eingetragen (z.B. weitere besondere Vorbelastungen mit positiven Punkten und besonders sensible Nutzungen mit negativen Punkten). Dies ist vor allem für die betroffenen Raumnutzungskategorien und Belange gedacht, die über die harten und weichen Tabuzonen sowie die Spalte 4 nicht abgedeckt sind, aber im konkreten Einzelfall ein besonderes Gewicht haben. Es können aber auch besondere Umstände bezogen auf die Aspekte der Spalte 4 sein.

Zusätzlich wird in dieser Spalte ggf. eingetragen und begründet, wenn standörtlich Aspekte gegen die Darstellung sprechen, die in der planerischen Bewertung so gewichtig sind, dass sie eine Darstellung ausschließen.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

[59] Diese kann der Regionalrat bei der Regionalplanungsbehörde auch einsehen.

Zudem wird einleitend dargelegt, welche Potenzialflächen aufgrund ihrer benachbarten Lage bei der Punktzahl zusammenbewertet wurden (regionalplanerischer Gesamtstandort).

Spalte 8

In dieser Spalte steht – nur für die in Spalte 4 bewerteten Bereiche, d.h. nicht ohnehin ausgeschlossenen Bereiche (siehe oben) – die Gesamtpunktzahl, die sich aus den Spalten 4 und 7 ergibt.

Spalte 9

In diese Spalte wird eingetragen, ob der Bereich im Regionalplan vorgesehen ist – und als was (Windenergiebereich/Windenergievorbehaltsbereich) – oder nicht. Die Gründe ergeben sich aus den sonstigen Spaltenangaben.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

1	2	3	4					5	6	7	8	9
Nr. des Bereichs	**Kommune (n)**	**ha**	**Einzelpunkte für unmittelbar zusammenhängende nicht ausgeschlossene („rote“) Potenzialflächen am Standort**					**Ggf. betroffene Raumnutzungen** (falls nicht „tlw.“ oder andere Einschränkungen vermerkt sind, ist jeweils die ganze Potenzialfläche betroffen; partiell angegebene Prozentwerte hier sind nur grobe Schätzungen und Abweichungen davon sind möglich; für Details siehe die entsprechenden Grundlagendaten, die auch der Abwägung zu Grunde liegen (d.h. nicht die Prozentwerte)Nachrichtlichen Übernahmen in FNPs werden zwar nachstehend tlw. mit aufgelistet. Maßgeblich sind hier aber die fachlichen Grundlagen. Angaben zu Regionalplandarstellungen beziehen sich auf den Entwurf für die Erarbeitung des RPDs (nicht den GEP99).	**Ergänzende Ausführungen der Regionalplanung** (ggf. auch Hinweise auf Ausführungen anderer Stellen)	**Falls Bereiche zusammen betrachtet wurden für Punktzahlermittlung: Nennung der betreffenden Einzelbereiche** **Ggf. Punktzuschlag/-abschlag – inkl. Begründung - aufgrund von weiteren Besonderheiten des Einzelfalls** **<u>sowie</u>** **ggf. einzelfallspezifischer Ausschlussgrund mit Folge eines Punktabschlages auf Gesamtpunktzahl 0**	**Gesamtpunktzahl**	**Aufnahme in Regionalplan vorgesehen?** (ja (als was)/ nein) Hinweis: Eine Entscheidung für eine Darstellung gilt jeweils nur vorbehaltlich des Weiteren regionalplanerischen Verfahrens (offen st z.B. noch ein etwaiger Verzicht aufgrund der Punktzahlen).
			Krit. I (Landschaft etc.)	**Krit. II (WEAs etc.)**	**Kiri. III (best.. Vorbelastung)**	**Krit IV (bes. Windgunst)**	Krit. V (Mischwald)					
Düs_WIND_001	Düsseldorf	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG BSLE RGZ WSZ IIIA Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 50%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Bauschutzbereich Verkehrsflughafen Düsseldorf; Anlagenschutzbereich für	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf (§ 12 LuftVG) und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (An- und Abflüge sowie Sicherung des verkehrstechnisch sowie regionalökonomisch sehr wichtigen und vor allem hochfrequentierten Flughafens Düsseldorf).	k. A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Flugsicherungseinrichtungen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (inkl. kleinerer Wege)		Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Düs_WIND_002	Düsseldorf	22	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG (überw., ca. 95%) BSLE (überw., ca. 90%) RGZ 300 m um BSN (tlw., ca. 85%) WSZ IIIA (fast komplett, 99%) LSG (überw., ca. 90%) BV herausrag. Bedeutung (kleinflächig, <5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Bauschutzbereich Verkehrsflughafen Düsseldorf; Anlagenschutzbereich für Flugsicherungseinrichtungen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) • Verkehrsfläche (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf (§ 12 LuftVG) und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Eine Zustimmung zu der Errichtung von Windkraftanlagen kann in diesem Bereich bereits jetzt mit großer Wahrscheinlichkeit nicht in Aussicht gestellt werden! In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (An- und Abflüge sowie Sicherung des verkehrstechnisch sowie regionalökonomisch sehr wichtigen und vor allem hochfrequentierten Flughafens Düsseldorf). Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k. A	nein

Stand: Unterlage zur öffentlichen Auslegungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Parkplatz (kleinflächig)				
Düs_WIND_004	Düsseldorf	25	k. A.	k. A	k. A	k. A	k. A	AFA RGZ ÜSB (tlw., ca. 30%) BSLE BV besonderer Bedeutung Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. unter 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung		Ausschluss, Begründung: Im ÜSB: Vorsorgebedingter Ausschluss aufgrund der großflächigen Lage im ÜSB des Rheins (Fluss mit hohem Schadenspotential bei Hochwasser). Ergänzend zu diesem im betreffenden Bereich alleine tragenden Ausschlussgrund kommt als zusätzlich gesamtflächig tragender Ausschlussgrund hinzu, dass der Bereich ein Gebiet mit sehr hohem lokalen Erholungsdruck (sehr viele Einwohner im Nahbereich und geringe Alternativen dieser Qualität) ist (noch gravierender, als z.B. bei Düs_WIND_006), dass in der Abwägung mit der WEA-Nutzung geschont werden soll.	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Als zusätzlicher Ausschlussgrund greift der vorsorgende Hochwasserschutz, soweit die Deichschutzzonen der Hochwasserschutzanlagen betroffen sind.		
Düs_WIND_005	Düsseldorf	4	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA RGZ BGG BSLE Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Bauschutzbereich Verkehrsflughafen Düsseldorf; Anlagenschutzbereich für Flugsicherungseinrichtungen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw., ca. 85%) • Baumbestand (tlw., ca. 15%)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf (§ 12 LuftVG) und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (An- und Abflüge sowie Sicherung des verkehrstechnisch sowie regionalökonomisch sehr wichtigen und vor allem hochfrequentierten Flughafens Düsseldorf). Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein
Düs_WIND_006	Düsseldorf	18	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BGG ÜSB BSLE RGZ WSZ IIIA		Ausschluss, Begründung: Vorsorgebedingter Ausschluss aufgrund der großflä-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Offenlegung

								regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besonderer Bedeutung LSG Lärmarmer Erholungsraum Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung		chigen und zentralen Lage im ÜSB des Rheins (Fluss mit hohem Schadenspotential bei Hochwasser). Ergänzend zu diesem alleine tragenden Ausschlussgrund kommt hinzu, dass der Bereich ein Gebiet mit sehr hohem lokalen Erholungsdruck (sehr viele Einwohner im Nahbereich und geringe Alternativen dieser Qualität) ist), dass in der Abwägung mit der WEA-Nutzung geschont werden soll.		
Mön_ WIND_ 001-A	Mönchengladbach	75	0	0	0	3	3	AFA (überw., ca. 75%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 25%) BGG (tlw., ca. 25%) BSLE (tlw., ca. 20%) WSZ IIIA (tlw., ca. 25%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (überw., ca. 65%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 30%) LSG (tlw., ca. 40%) Mischwald (kleinflächig, ca. 5%) Nadelwald (tlw., ca. 30%) Naturpark (tlw., ca. 20%) Bodendenkmal (kleinflächig, <5%) Konversionsfläche (tlw.) Unzerschnittener verkehrsarmer	Hinweis: Mönchengladbach ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade im Westen des Stadtgebietes und angrenzend z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche (anders als der Osten und Norden des Hardter Waldes) nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF,	3 Zusatzpunkte aufgrund der Vorbelastung durch die militärische Nutzung im größeren Bereich und der potentiellen WEA-Beiträge zur Realisierung einer Umgestaltung	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Raum über 10 qkm (ca. 25%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Anlagenschutz-bereiches für Flugsicherungsein-richtungen des Verkehrsland-platzes Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-te inkl. nachrichtliche Übernah-men): • Fläche für den Gemeinbe-darf (überw.) • Fläche für die Landwirt-schaft (tlw.) • Fläche für die Forstwirt-schaft (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) • Wasserschutzzone III A (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • bebaute Bereiche (tlw. Militärgelände) • Frei- und Grünflächen (tlw.; Militärgelände) • Wald (tlw.)	1979) gekennzeichnet sind. Zur Was-serthematik und Wald wird auf die Anmer-kungen bei E.F.1 hingewiesen. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrt-behörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsiche-rungseinrichtungen des Verkehrslandplat-zes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Wind-kraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebe-reichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespon-dierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 20). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regi-onalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flug-sicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Um-welt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Mate-rial der Rotoren sind Neuerungen mit gerin-gerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergie-bereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									sieht (Bredemeyer, 2014). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach vereinbar ist. Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Die vorstehenden Ausführungen lassen die Befugnisse nach § 18 a LuftVG des Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung ausdrücklich unberührt. Auch andere zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Thema FFH: Trotz der Nähe zu FFH-Gebieten bestehen nach Kenntnis der Regionalplanung derzeit keine korrespondierenden hinreichenden Ausschlussgründe. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015 (verm. zu Mön_WIND_001-A und Mön_WIND_001-B): *„Windenergiebereich im Areal des Militärkrankenhauses des ehern. NATO- Hauptquartiers (Blatt 22):* *Windenergiebereich im Areal des NATO-Hauptquartiers (Blatt 23):* *Das im englischen Landschaftsstil groß-*			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									räumig angelegte ehemalige NATO-Hauptquartier von 1952-54 mit Kasernen, Wohnvierteln und eigener Infrastruktur ist einschließlich des ehemaligen Militärkrankenhauses Denkmal nach § 2 DSchG. Es bildet einen überregional bedeutenden historischen Stadtbereich; vgl. Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Historische Städte in Deutschland. Stadtkerne und Stadtbereiche mit besonderer Denkmalbedeutung. Eine Bestandserhebung im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Berichte zu Forschung und Praxis der Denkmalpflege in Deutschland 17a. Wiesbaden 2010. Im Sinne des ROG sind das Hauptquartier und das Krankenhaus historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaftsbereiche (HKLB 174, HKLB 175 des LVR-FB KL RPD). Darüber hinaus ist durch die Ausweisung im Bereich des Militärkrankenhauses der Archäologische Bereich „Jülicher Lössbörde" (AB XXVIII des LVR-FB KL RPD) betroffen. Durch die intensive, seit rund siebentausend Jahre andauernde Besiedlung und Nutzung sind zahlreiche archäologische Fundplätze wie Siedlungen, Landgüter, Gräberfelder und Nutzungsräume erhalten. Darauf verweisen auch die Bodendenkmäler (großes metallzeitliches Gräberfeld und Abschnitt der mittelalterlichen Landwehr), die durch den Windenergiebereich im Areal des NATO-Hauptquartiers betroffen ist. *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung von Windenergiebereichen zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung			

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen. Zur Thematik des Landschaftsbildes in den bewaldeten Teilen (Norden) wird angemerkt, dass hier schon eine landschaftliche Wertigkeit höherer Art gesehen wird (vgl. auch Landschaftsbildbewertung des LANUV Mitte 2016). Jedoch ist im betreffenden Teilraum auch eine Vorbelastung des natürlichen Landschaftsbildes durch das JHQ gegeben. Zudem werden WEA im Bereich des ehemaligen JHQ – die mit Mön_WIND_001 vorgesehen werden – auch in das Waldgebiet hineinwirken und relativieren damit die Bedeutung der Thematik Landschaftsbild im nördlich angrenzenden Bereich. Es verbleiben zudem im Mittel-, Nord- und Westbereich des Waldstücks große Bereiche und damit auch in Bereichen die stark mit Wohnnutzungen besiedelten Bereichen am nächsten liegen (Erholungsdruck). In der Gesamtabwägung wird hier dem Ausbau der erneuerbaren Energien somit auch unter diesem Aspekt der Vorzug gegeben.			
Mön_ WIND_ 001-B	Mönchengladbach	63	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw., ca. 75%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 25%) BGG (tlw., ca. 25%) BSLE (tlw., ca. 20%) WSZ IIIA (tlw., ca. 25%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (überw., ca. 65%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 30%) LSG (tlw., ca. 40%) Mischwald (kleinflächig, ca. 5%) Nadelwald (tlw., ca. 30%) Naturpark (tlw., ca. 20%)	Hinweis: Mönchengladbach ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade im Westen des Stadtgebietes und angrenzend z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die	Ausschluss, Begründung: Offen halten der Option einer Nachnutzung von Teilen des Gebäudekomplexes des JHQ als Aufnahmestelle für Bewerber um politisches Asyl / für Flüchtlingszwecke (Abstand ca. 500 m), Option gemäß Abstimmung mit Dez. 20 der Bezirksregierung	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Kabinettsbeschluss

								Bodendenkmal (kleinflächig, <5%) Konversionsfläche (tlw.) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (ca. 15%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Anlagenschutz-bereiches für Flugsicherungsein-richtungen des Verkehrsland-platzes Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-te inkl. nachrichtliche Übernah-men): • Fläche für den Gemeinbe-darf (überw.) • Fläche für die Landwirt-schaft (tlw.) • Fläche für die Forstwirt-schaft (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) • Wasserschutzzone III A (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • bebaute Bereiche (tlw. Militärgelände) • Frei- und Grünflächen (tlw.; Militärgelände) • Wald (tlw.)	waldbestandenen Teile dieser Fläche (an-ders als der Osten und Norden des Hardter Waldes) nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktions-karte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zur Was-serthematik und Wald wird auf die Anmer-kungen bei E.F.1 hingewiesen. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrt-behörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsiche-rungseinrichtungen des Verkehrslandplat-zes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Wind-kraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebe-reichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespon-dierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 20). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regi-onalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flug-sicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Um-welt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Mate-rial der Rotoren sind Neuerungen mit gerin-gerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach vereinbar ist. Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Die vorstehenden Ausführungen lassen die Befugnisse nach § 18 a LuftVG des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung ausdrücklich unberührt. Auch andere zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Thema FFH: Trotz der Nähe zu FFH-Gebieten bestehen nach Kenntnis der Regionalplanung derzeit keine korrespondierenden hinreichenden Ausschlussgründe. Siehe auch Ausführungen u.a. zum LVR bei Mön_WIND_001-A.			
Mön_ WIND_	Mönchengladbach	38	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA	Das tangierte Modellfluggelände (nördlich außerhalb der Fläche gelegen) steht der	Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

002								BGG BSLE (tlw., ca. 30%) FNP-Gemeinbedarfsfläche (tlw., ca. 60%) WSZ IIIA (fast komplett, >95%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (überw., ca. 70%) LSG (tlw., 55%) Standort und Umgebung von Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (ca. 30%) Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Umgebung Fluglandeplatz Wegberg, Umgebung Airstip Modellflug, Anlagenschutzbereich für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach (tlw.) Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (kleinflächig, ca. 10%) Konversionsfläche (tlw.) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Gemeinbedarf (überw.) • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.) • Krankenhaus (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) • WSZ III A1 (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in dem Bereich zu erwarten. Ggf. sind hier auch Belange des nahegelegenen Modellflugplatzes Mönchengladbach-Rheindahlen betroffen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 20). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und generell des Luftverkehrs) vereinbar ist. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit beför-	Aufgrund eines im Bereich der Kölner Regionalplanung unmittelbar angrenzenden ASB-Z wird ein 800 m Abstand regionalplanerisch aus vorsorgender Rücksichtnahme auf die dortigen Entwicklungsmöglichkeiten vorgesehen, da mit einer angrenzenden Windenergienutzung die Entwicklungsmöglichkeiten im ASB-Z zumindest deutlich eingeschränkt werden würden. Es wird dabei gesehen, dass nicht jede ASB-Z-Nutzung diesen Abstand erfordert und insoweit keine vollständige oder zwingende Konkurrenz besteht. Da aufgrund des Wegfalls des 800 m-Puffers deutlich weniger als 10 ha übrig bleiben würden, wird der Bereich komplett nicht als Windenergiebereich dargestellt		

Stand: Unterlagen für die Beteiligungsverfahren

								• landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • bebaute Bereiche (tlw. Militärgelände) • Wald (tlw.; Militärgelände) • Wasserwerk (kleinflächig)	dern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Die vorstehenden Ausfrührungen lassen die Befugnisse nach § 18 a LuftVG des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung ausdrücklich unberührt. Auch andere zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Mön_ WIND_	Mönchen-gladbach	12	3	3	3	3	3	AFA BSLE (tlw., ca. 15%)	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Mönchengladbach-Wanlo. Von einer	Für die Punktzahlvergabe wurde hier	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Kabinettsbeschluss

003								LSG (tlw., ca. 15%) Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (kleinflächig, < 5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Konzentrationszone für WEA (tlw., ca. 50%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzfläche (überw.) • WEAs (kleinflächig)	Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Segelfluggeländes Wanlo vereinbar ist. Dafür sprechen auch die partielle Überlappung mit einer FNP-Konzentrationszone für WEAs und errichtete WEAs (vgl. VG Minden, Urteil vom 22.09.2010, 11 K 445/09). Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt knapp außerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von	eine Flächengruppe gebildet aus: Mön_WIND_003; Mön_WIND_005-A; Mön_WIND_006 Mön_WIND_009-A		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in dem Bereich nicht auszuschließen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 20). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach vereinbar ist. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014).			
Mön_ WIND_	Mönchen-gladbach	139	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA	Die Fläche schließt das Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo mit ein.	Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

004								LSG (kleinflächig, ca. 1%) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo Bodendenkmal (kleinflächig, <5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • öffentliche Grünfläche Golfplatz (tlw.), • öffentliche Grünfläche (kleinflächig); straßenbegleitend • landwirtschaftliche Nutzfläche (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Modellfluggelände inkl. zugehörigen baulichen Anlagen (tlw.) • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Golfplatznutzung (tlw.)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Landesluftfahrtbehörde hat hier – neben einem allgemeinen Hinweis auf §§ 14 und 18a LuftVG – darauf hingewiesen, dass hier aus luftrechtlicher Sicht die Errichtung von Windkraftanlagen nicht möglich sei. Die Regionalplanung sieht dies ebenso (solange der Flugbetrieb des Segelfluggeländes aufrechterhalten wird).	Die Golfplatznutzung und für die sonstigen Flächen der Standort und der Umgebungsschutz für das vorhandene Segelfluggelände sind höhergewichtig als die Darstellung als Windenergiebereich. Dabei gilt vertiefend für die Thematik Segelflug: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Mön_ WIND_ 005-A	Mönchengladbach	20	3	3	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelän-	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Mönchengladbach-Wanlo. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Mön_WIND_003;	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								de Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für WEA(weit überw.) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw.) • Kompostierungsanlage (kleinflächig), • WEAs (kleinflächig)	der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Segelfluggeländes Wanlo vereinbar ist (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Dafür sprechen auch die partielle Überlappung mit einer FNP-Konzentrationszone für WEAs und errichtete WEAs (vgl. VG Minden, Urteil vom 22.09.2010, 11 K 445/09). Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Mön_WIND_005-A; Mön_WIND_006 Mön_WIND_009-A		
Mön_ WIND_ 005-B	Mönchen-gladbach	4						AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Mönchengladbach-Wanlo. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								WEA(weit überw.) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw.) • Kompostierungsanlage (kleinflächig),	er mit einer Nutzung des Segelfluggeländes Wanlo vereinbar ist (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Dafür sprechen auch die partielle Überlappung mit einer FNP-Konzentrationszone für WEAs und errichtete WEAs (vgl. VG Minden, Urteil vom 22.09.2010, 11 K 445/09). Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Mön_ WIND_ 006	Mönchengladbach	8	3	3	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • WEA-Zone (weit überw.) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • WEAs (kleinflächig)	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Mönchengladbach-Wanlo. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Segelfluggeländes Wanlo vereinbar ist (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Dafür sprechen auch die partielle Überlappung mit einer FNP-Konzentrationszone für WEAs und errichtete WEAs (vgl. VG Minden, Urteil vom 22.09.2010, 11 K 445/09).	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Mön_WIND_003; Mön_WIND_005-A; Mön_WIND_006 Mön_WIND_009-A	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Kenntnisnahmeschluss

								• landwirtschaftliche Nutzung (überw.)	Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Mön_ WIND_ 007	Mönchengladbach	28	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Angesichts des Ausschlusses (siehe Spalte rechts) sind Ausführungen zu anderen Themen, wie z.B. dem Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo nicht zwingend. Dennoch sei angemerkt, dass derzeit von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit bezüglich des Segelflugplatzes seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen wird (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.	k.A.	nein
Mön_ WIND_ 008	Mönchengladbach	9	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavi-	Angesichts des Ausschlusses (siehe Spalte rechts) sind Ausführungen zu anderen Themen, wie z.B. dem Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo nicht zwingend. Dennoch sei angemerkt, dass derzeit von einer Vereinbarkeit mit den korrespondie-	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohle-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für das Beteiligungsbeschluss

								gationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung	renden Belangen der Luftverkehrssicherheit bezüglich des Segelflugplatzes seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen wird (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	abbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.		
Mön_ WIND_ 009-A	Mönchengladbach	4	3	3	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw.) • Anlagen der Grundwasserhaltung für den Braunkohlenabbau (tlw.) • WEA (kleinflächig)	Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit bezüglich des Segelflugplatzes wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen wird (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Mön_WIND_003; Mön_WIND_005-A; Mön_WIND_006 Mön_WIND_009-A	15	ja, als Windenergiebereich
Mön_ WIND_ 009-B	Mönchengladbach	16	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavi-	Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit bezüglich des Segelflugplatzes wird seitens der Regionalplanung aufgrund	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Offenlegungsbeschluss

								gationsanlagen: Segelfluggelände Mönchengladbach-Wanlo FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw.) • Anlagen der Grundwasserhaltung für den Braunkohlenabbau (tlw.) • WEA (kleinflächig)	der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen wird (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Beteiligung ausgelegt wurde.		
Mön_ WIND_ 010	Mönchengladbach	38	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig, ca. unter 5%) BGG (tlw., ca. 90%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca.< 5%) WSZ IIIA (tlw., ca. 30%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (kleinflächig, ca. 5%) Mischwald (tlw., ca. 10%) Naturpark (tlw., ca. 20%) Konversionsfläche (tlw.) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach	Hinweis: Mönchengladbach ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade im Westen des Stadtgebietes und angrenzend z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Wind-	Ausschluss, Begründung: Offen halten der Option einer Nachnutzung von Teilen des Gebäudekomplexes des JHQ als Aufnahmestelle für Bewerber um politisches Asyl / für Flüchtlingszwecke (Abstand ca. 500 m); Option gemäß Abstimmung mit Dez. 20 der Bezirksregierung	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für den Gemeinbedarf (überw.) • Wasserschutzzone III A (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • bebaute Bereiche (tlw. Militärgelände) • Frei- und Grünflächen (tlw.; Militärgelände)	kraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 20). Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach vereinbar ist. Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungs-			

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									wirkungen der Ziele der Raumordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Die vorstehenden Ausfrührungen lassen die Befugnisse nach § 18 a LuftVG des Bundesaufsichtsamts für Flugsicherung ausdrücklich unberührt. Auch andere zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Thema FFH: Trotz der Nähe zu FFH-Gebieten bestehen nach Kenntnis der Regionalplanung derzeit keine korrespondierenden hinreichenden Ausschlussgründe.			
Bed_WIND_001	Bedburg-Hau	11	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche Regionalplan (überw., ca. 90%) BSLE (überw., ca. 90%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung (überw., ca. 90%) LSG (überw., ca. 90%) Nadelwald (überw., ca. 90%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft (überw.) mit Landschaftsschutzgebiet und Wasserschutzzone IIIb, • Flächen für die Landwirtschaft (kleinflächig) mit	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								Wasserschutzzone IIIb Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.), • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)		nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß. Die hier ansonsten vorhandene zusätzliche kleine Fläche von ca. 1 ha außerhalb des Waldes ist zu klein.		
Bed_WIND_002	Bedburg-Hau	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Mischwald (überw., ca. 75%) Nadelwald (tlw., 25%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirt-		Ausschluss; Begründung: Hier gilt für Bed_WIND_001 und Goc_WIND_002 zusammengenommen folgende Bewertung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.)		Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß. Der außerhalb des Waldes verbleibende Bereich ist zu klein.		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Emm_ WIND_ 001	Emmerich	27	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG (fast komplett, ca. 95%) BSLE (tlw., ca. 55%) 300 m um BSN (ca. 15%) WSZIIIA (fast komplett, >95%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig, ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft und Wasserschutzgebiet IIIA Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der Begründung.	k.A.	nein
Emm_ WIND_ 002	Emmerich	16	k. A	k. A	k. A	k. A	k. A	AFA BSLE BV besond. Bedeutung Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft, teilw. Wasserschutzgebiet IIIB Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der Begründung.	k.A	nein
Emm_ WIND_	Emmerich	15	k. A	k. A	k. A	k. A	k. A	AFA BSLE	Es ist davon auszugehen, dass auf nachfolgenden Ebenen mit der heutigen kleinflächigen pyrotechnischen Lagerhaltung ver-	Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

003								BV besond. Bedeutung Biotop gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.); • ehemaliges Munitionsdepot der Bundeswehr (kleinflächig; heute Lageranlage für pyrotechnische Gegenstände)	trägliche Regelungen gefunden werden können. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch hier unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Begründung.		
Emm_WIND_004	Emmerich	25	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BSLE 300 m um BSN (ca. 50%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Emmerich-Palmersward FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.)	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Emmerich-Palmersward. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Segelfluggeländes vereinbar ist (vgl. auch Umweltbundesamt, 2013: 21). Dafür sprechen auch bereits errichtete WEAs (vgl. VG Minden, Urteil vom 22.09.2010, 11 K 445/09). Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie §	Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der Begründung.	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• 2 WEA (kleinflächig)	30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raum-ordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Emm_WIND_005	Emmerich	5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Sondierungsbereich für BSAB Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Emmerich-Palmersward FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde des Segelflugplatzes Emmerich-Palmersward führte mit zum Ausschluss. Darauf beziehen sich die Luftverkehrs-Angaben rechts.	Ausschluss; Begründung: Sondierungsbereich ist noch unabgegraben (d.h. auch nicht über Sonderregelung genutzt worden) und Überscheidung ist zu groß. Daher Teilbereich nicht nutzbar. Zudem gilt bis auf eine kleine Teilfläche im Nordosten: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012)	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Entwurfsbeschluss

										und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Emm_WIND_006	Emmerich	10	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BGG WSZIIIA Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft, Wasserschutzgebiet III (gesamte Fläche) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der Begründung.	k.A	nein
Emm_WIND_007	Emmerich	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA BSLE(ca. 30%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (ca. 30%) BV besond. Bedeutung ca. 30%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelfluggelände Emmerich-Palmersward FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-	Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde des Segelflugplatzes Emmerich-Palmersward führte zum Ausschluss	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012)	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								te inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw) • Straße (kleinflächig)		und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Gel_WIND_001-A	Geldern	176	0	0	0	0	3	AFA (tlw., ca. 20%) Waldbereiche (Regionalplan) (überw., ca. 70%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (überw., ca. 80%) BV besond. Bedeutung (überw., ca. 80%) LSG Nadelwald (überw., ca. 70%) Mischwald (kleinflächig, 5%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (überw., ca. 90%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig, ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft, • Landschaftsschutzgebiet • Ferngasleitung (tlw.) Realnutzung der Oberfläche	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL. Auch bezüglich des im GEP99 noch zeichnerisch dargestellten tlw. betroffenen Freiraumbereichs für zweckgebundene Nutzungen wird hinsichtlich der inhaltlichen Belange von einer Vereinbarkeit mit einer Darstellung als Windenergiebereich unter Berücksichtigung der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen und der nur kleinräumigen unmittelbaren Flächeninanspruchnahme durch WEA und Zuwegungen ausgegangen. Hinweis: Geldern ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade im Westen des kommunalen Gebietes außerhalb des Windenergiebereiches z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Kleinere bis mittlere Waldflächen gibt es zudem auch im restlichen kommunalen Gebiet. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabel-		3	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für das Anhörungsbesch...

								(wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.), • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	le). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Sehr kleine Teilflächen im Norden weisen zudem eine Sichtschutzfunktion auf. Da hier jedoch auch angrenzend noch Wald besteht und zudem WEA-Vorhaben nur punktuell zu Reduzierungen der Sichtschutzwirkungen führen – die zudem noch über Ausführungsdetails (Standorte etc.) optimiert werden können, ist auch diesbezüglich nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen des Waldes auszugehen. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015: *„Windenergiebereich südwestlich von Lüllingen (Blatt 10) :* *Durch den geplanten Windenergiebereich sind der nördliche Teil des historisch geprägten und gewachsenen Kulturlandschaftsbereich „Haus Walbeck / Haus Steprath" in Geldern und der Archäologische Bereich „Walbecker Höhen" betroffen (HKLB 051, AB XII des LVR-FB KL RPD). Es handelt sich hier um die Steprather Heide, eine ehemalige Allmende in einem Flussdünengebiet mit Aufforstungen des 19. Jahrhunderts. Hier haben sich neolithische und metallzeitliche Grabhügel und eine vermutlich mittelalterliche Richtstätte erhalten. Von weiteren vermuteten Bodendenkmälern wie Gräberfeldern und Siedlungsplätzen ist auszugehen.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung eines Windenergiebereichs zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht ge-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									folgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Gel_WIND_001-B	Geldern	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (überw., ca. 80%) Mischwald (kleinflächig, 20%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (ca. 25%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft, • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL. Auch bezüglich des im GEP99 noch zeichnerisch dargestellten tlw. betroffenen Freiraumbereichs für zweckgebundene Nutzungen wird hinsichtlich der inhaltlichen Belange von einer Vereinbarkeit mit einer Darstellung als Windenergiebereich unter Berücksichtigung der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen und der nur kleinräumigen unmittelbaren Flächeninanspruchnahme durch WEA und Zuwegungen ausgegangen. Hinweis: Geldern ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade im Westen des kommunalen Gebietes außerhalb des Windenergiebereiches z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Kleinere bis mittlere Waldflächen gibt es zudem auch im restlichen kommunalen Gebiet. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erho-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									lungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Sehr kleine Teilflächen im Norden weisen zudem eine Sichtschutzfunktion auf. Da hier jedoch auch angrenzend noch Wald besteht und zudem WEA-Vorhaben nur punktuell zu Reduzierungen der Sichtschutzwirkungen führen – die zudem noch über Ausführungsdetails (Standorte etc.) optimiert werden können, ist auch diesbezüglich nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen des Waldes auszugehen. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015: „Windenergiebereich südwestlich von Lüllingen (Blatt 10) : Durch den geplanten Windenergiebereich sind der nördliche Teil des historisch geprägten und gewachsenen Kulturlandschaftsbereich „Haus Walbeck / Haus Steprath" in Geldern und der Archäologische Bereich „Walbecker Höhen" betroffen (HKLB 051, AB XII des LVR-FB KL RPD). Es handelt sich hier um die Steprather Heide, eine ehemalige Allmende in einem Flussdünengebiet mit Aufforstungen des 19. Jahrhunderts. Hier haben sich neolithische und metallzeitliche Grabhügel und eine vermutlich mittelalterliche Richtstätte erhalten. Von weiteren vermuteten Bodendenkmälern wie Gräberfeldern und Siedlungsplätzen ist auszugehen. Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung eines Windenergiebereichs zu verzichten“ Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungs-			

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									ebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Gel_WIND_002	Geldern	3	0	3	0	0	3	AFA BSLE LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Im angrenzenden Straelener Bereich trat 2015 eine Neudarstellung einer Windkraftzone im FNP in Kraft, so dass die Gunstbereichsbewertung sich für diese Flächengruppe änderte.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_002; Gel_WIND_007; Gel_WIND_008; Str_WIND_003; Str_WIND_004	6	ja, als Windenergiebereich
Gel_WIND_003	Geldern	5	0	0	0	1	3	AFA (überw., ca. 90%) BSLE BV besond. Bedeutung Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Hinweis: Issum und Geldern sind waldarme Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade in der Umgebung dieses Windenergiebereichs z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden, darunter ein unmittelbar angrenzender großer Waldbereich. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ferner ist auch darauf hinzuweisen, dass Gel_WIND_003 fast komplett waldfrei ist und Iss_WIND_001 zumindest teilweise. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). . Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_003; Iss_WIND_001	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.			
Gel_WIND_004-A	Geldern	42	0	0	1	1	2	AFA (überw., ca. 85%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 15%) BGG (tlw., ca. 45%) BSLE WSZ IIIA (überw., ca. 90%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 25%) LSG Mischwald (tlw., ca. 25%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig, ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet • Wasserschutzgebiet IIIa Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Hinweis: Issum und Geldern sind waldarme Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind lokal z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ebenso ist anzumerken, dass Gel_WIND_004 und Iss_WIND_003 überwiegend waldfrei sind. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Grad der Inanspruchnahme von Waldflächen, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015 mit Relevanz	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_004; Iss_WIND_003	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

								• landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	auch für Iss_WIND_003: *„Windenergiebereich östlich von Geldern (Blatt 11):* *Durch den geplanten Windenergiebereich sind der historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschafts-bereich „Geldernsche Heide / Sevelener Heide" in Geldern und Issum sowie der Kulturlandschaftsbereich „Fossa Eugeniana" betroffen (HKLB 058, 060 des LVR-FB KL RPD). Die ehemalige Allmende nördlich der mittelalterlichen Sevelener Landwehr wurde im 19. Jahrhundert kultiviert. Im nördlichen Teil des HKLB, dem geplanten Windenergiebereich, liegen einzelne Schanzen des 17. Jahrhunderts. Hier wurde im 18. Jh. die Fossa Eugeniana als Wasserkanal zwischen dem Rhein und Maas gebaut. In den 1940er Jahren wurde ein sog. Scheinflughafen angelegt.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung eines Windenergiebereichs zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen. Die Fossa-Eugenia selber grenzt im Übrigen nur an Gel_WIND_004 und Iss_WIND_003 an und der Mastfuß einer innerhalb der Windenergiebereiche errichteten Anlage würde voraussichtlich einen Abstand von knapp einer Blattlänge einhalten. Das ist ausreichend. Nur etwas weiter westlich wurde eine Abgrabung z.B. deutlich näher an die Fossa Eugenia herangebaut, als ein solcher Mastfuß.			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Gel_WIND_004-B	Geldern	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG BSLE WSZ IIIA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet • Wasserschutzgebiet IIIa Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Issum und Geldern sind waldarme Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind lokal z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ebenso ist anzumerken, dass Gel_WIND_004 und Iss_WIND_003 überwiegend waldfrei sind. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Grad der Inanspruchnahme von Waldflächen, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015 mit Relevanz auch für Iss_WIND_003: „Windenergiebereich östlich von Geldern (Blatt 11): Durch den geplanten Windenergiebereich sind der historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschafts-bereich „Geldernsche Heide / Sevelener Heide" in Geldern und Issum sowie der Kulturlandschaftsbereich „Fossa Eugeniana" betroffen (HKLB 058, 060 des LVR-FB KL RPD). Die ehemalige Allmende nördlich der mittelalterlichen Sevelener Landwehr wurde im 19. Jahrhundert kultiviert. Im nördlichen Teil des HKLB, dem geplanten Windenergiebereich,	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									liegen einzelne Schanzen des 17. Jahrhunderts. Hier wurde im 18. Jh. die Fossa Eugeniana als Wasserkanal zwischen dem Rhein und Maas gebaut. In den 1940er Jahren wurde ein sog. Scheinflughafen angelegt. Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung eines Windenergiebereichs zu verzichten“ Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen. Die Fossa-Eugenia selber grenzt im Übrigen nur an Gel_WIND_004 und Iss_WIND_003 an und der Mastfuß einer innerhalb der Windenergiebereiche errichteten Anlage würde voraussichtlich einen Abstand von knapp einer Blattlänge einhalten. Das ist ausreichend. Nur etwas weiter westlich wurde eine Abgrabung z.B. deutlich näher an die Fossa Eugenia herangebaut, als ein solcher Mastfuß.			
Gel_WIND_005	Geldern	5	3	1	0	3	3	AFA BGG (überw., ca. 90%%) WSZ IIIA (überw., ca. 85%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_005; Iss_WIND_004	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Landwirtschaftliche Fläche				
Gel_Wind_006	Geldern	5	0	3	1	3	3	AFA Überschwemmungsbereiche (tlw., ca. 15%) BSLE 300 m um BSN regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG Überschwemmungsgebiete (tlw., ca. 15%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet • Geplantes Überschwemmungsgebiet (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Bezüglich der Überschwemmungsbereiche /-gebiete ist aufgrund der relativ kleinen betroffenen Flächen und der Parzellenunschärfe des Regionalplans davon auszugehen, dass sich hier hinreichende Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen finden. Zwingendes Fachrecht bleibt unberührt.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_006; Str_WIND_001; Gel_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich
Gel_WIND_007	Geldern	3	0	3	0	0	3	AFA (überw., ca. 90%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., kleinflächig) BSLE LSG Mischwald (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (tlw., ca. 50%), • Flächen für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 50%), • Landschaftsschutzgebiet	Hinweis: Geldern ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind lokal z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelan-nahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ebenso ist anzumerken, dass Gel_WIND_007 überwiegend waldfrei ist. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Grad der Inanspruchnahme von Waldflächen, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_002; Gel_WIND_007; Gel_WIND_008; Str_WIND_003; Str_WIND_004	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.), • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) nicht mit besonderen Funktionen versehen ist. Hinweis: Im angrenzenden Straelener Bereich trat 2015 eine Neudarstellung einer Windkraftzone im FNP in Kraft, so dass die Gunstbereichsbewertung sich für diese Flächengruppe änderte.			
Gel_WIND_008	Geldern	13	0	3	0	0	3	AFA (tlw., ca. 60%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 40%) BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG Mischwald (tlw., ca. 30%) Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (kleinflächig, ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (überw., ,ca. 70%), • Flächen für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 30%), • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.), • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	Hinweis Geldern ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind lokal z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelan-nahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ebenso ist anzumerken, dass Gel_WIND_007 überwiegend waldfrei ist. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Grad der Inanspruchnahme von Waldflächen, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) nur marginal mit der Funktion Klimaschutzfunktion (unterste von zwei Stufen) versehen ist – wobei aufgrund der Größe der betroffenen Fläche und der Spezifika von WEA nicht von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen ist. Hinweis: Im angrenzenden Straelener Bereich trat 2015 eine Neudarstellung einer	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_002; Gel_WIND_007; Gel_WIND_008; Str_WIND_003; Str_WIND_004	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Windkraftzone im FNP in Kraft, so dass die Gunstbereichsbewertung sich für diese Flächengruppe änderte.			
Gel_Wind_010	Geldern	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Überschwemmungsbereiche BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG Überschwemmungsgebiete (tlw.) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet • Geplantes Überschwemmungsgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die hohe ökologische Wertigkeit (u.a. BV herausragender Bedeutung) ist hier angesichts der Alternativensituation höhergewichtig als die Option der Darstellung als Windenergiebereich.	k.A.	nein
Gel_WIND_011	Geldern	<1	0	3	1	3	3	AFA BSLE 300 m um BSN regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_006; Str_WIND_001; Gel_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Goc_WIND_001	Goch	112	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche Regionalplan BGG (tlw., ca. 20%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 20%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (überw., ca. 80%) Mischwald (tlw., ca. 20%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig, <5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft, darin Landschaftsschutzgebiet sowie tlw. Wasserschutzzone IIIa (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbe-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Ratsbeschluss

										reich zu groß.		
Goc_ WIND_ 002	Goch	8	k. A	k. A.	k. A. ~~0~~	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Hier gilt für Bed_WIND_001 und Goc_WIND_002 zusammengenommen folgende Bewertung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vor-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										belasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß. Der außerhalb des Waldes verbleibende Bereich ist zu klein.		
Goc_ WIND_ 003-A	Goch	18	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA (tlw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.) Mischwald (tlw.) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmer-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die 4. Änderungsbeschlüsse

									kungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe zum Landschaftsbild Kra_WIND_006			
Goc_ WIND_ 003-B	Goch	19	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA (tlw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.) Mischwald (tlw.) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgender Erhalt (zumindest nicht Beseitigung über Windenergiebereichsdarstellungen des RPD) eines zusätzlichen Korridors in Nord-Süd-Richtung im Südbereich des Reichswaldes auch für etwaige künftige, heute so noch nicht gegebene Bewegungen der Fauna. Die Trennstelle bietet sich auch mit Blick auf das nördliche FFH-Gebiet an. Bei einem Puffer weiter östlich würden zudem mehr ha Windenergiebereiche wegfallen, was in der Abwägung vermieden werden soll. Mit dem Verzicht auf die Darstellung soll zudem eine entsprechend lange optische „Front“ von WEA vermieden werden (im Ergebnis zwei zusammenhängende unterschiedlich räumliche	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

										ausgerichtete Windenergiebe-reichsstrukturen im Reichswald (einmal östlich und einmal westlich von Goc_WIND_003-B). Abstand orien-tiert sich an Meide-abständen vieler Vögel und daran, dass bei einem Abstand von vo-raussichtlich der ca. 4-5 fachen Höhe der WEA eine optische Trennung der Windenergiebe-reichsstrukturen im Reichswald ables-bar sein wird), zumal die visuell vornehmlich wahr-nehmbare Rei-hungsrichtung beider Bereiche von den Himmels-richtungen her unterschiedlich sein dürfte (WEST-Nordwest/Ost-Südost bzw. Nord-ost/Südwest).		
Goc_ WIND_ 004	Goch	10 1	k. A	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA (tlw.) Regionalbedeutsamer Kultur-landschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.) Mischwald (zu kleineren Teilen)	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflä-chen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine wald-arme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichs-wald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfer-nungen für Erholungsnutzungen etc. er-	Ausschluss; Be-gründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet (flächendeckend) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung, vereinzelte gerodete Schneisen	reichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Goc_WIND_005	Goch,	61	k. A.	0 k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA (tlw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.)	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfer-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Mischwald (zu kleineren Teilen) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet (flächendeckend) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung, vereinzelte gerodete Schneisen	nungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe zum Landschaftsbild Kra_WIND_006			
Goc_WIND_006	Goch	51	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche Regionalplan BGG BSLE WSZ IIIA (überw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (überw.) Mischwald (tlw) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirt-	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaft (überw.), darin Landschaftsschutzgebiet sowie Wasserschutzzone IIIa (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunkti-onskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe zum Landschaftsbild Kra_WIND_006.			
Goc_ WIND_ 007	Goch	11 8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	800-Meter Abstandsfläche zu ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 5%) Waldbereiche Regionalplan BGG (tlw., ca. 70%) BSLE 300 m um BSN (ca. 10%) WSZ IIIA (tlw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.) Mischwald (tlw.) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw.) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Sonderlande-platz Goch-Asperden FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft, darin Landschafts-schutzgebiet sowie Wasserschutzzone IIIa (tlw.)	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vor-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Anhörungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung		belasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Goc_ WIND_ 008	Goch	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Sonderlandeplatz Goch-Asperden FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Dieser Bereich außerhalb des Waldes ist zu klein, denn westlich anschließende Potenzialbereiche sind bereits ausgeschlossen.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Anhörungsbesprechung

Goc_ WIND_ 009	Goch	8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche Regionalplan BSLE Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (tlw.) Mischwald (tlw.) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Sonderlande-platz Goch-Asperden FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbe-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

										reich zu groß.		
Goc_ WIND_ 010	Goch	77	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche Regionalplan BGG BSLE WSZ IIIA Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (überw.) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Sonderlande-platz Goch-Asperden FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft, darin Landschafts-schutzgebiet sowie Was-serschutzzone IIIa Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des korrespondierenden Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Abschlussbeschluss

										diesem Raumbereich zu groß.		
Goc_WIND_011	Goch	84	3	0	0	3	3	AFA BGG WSZ IIIA Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Sonderlande-platz Goch-Asperden FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (überw. Ca. 70%) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw. ca. 30%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Bei Goc_WIND_011 liegt Wald ohnehin nur am Rand. Die Fläche liegt im Umfeld des korrespondierenden Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.		9	ja, als Windenergiebereich
Goc_WIND_012	Goch	64	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE	Hinweis: Goch ist eine waldarme Kommune. Allerdings sind großflächige Waldbereiche im Umfeld dieser Fläche über kurze	Im Reichswald wird die Priorität vereinfacht gesagt auf	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Kabinettbeschluss

								Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Mischwald (fast komplett) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (inkl. 2 kleiner Lichtungen à 0,3 ha)	Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Ergänzend ist anzumerken, dass auch die Waldfunktionskarte (LÖLF, 1979) dem Bereich keine besonderen Funktionen zuweist (aber LSG vermerkt als nachrichtliche Übernahme). Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.	Bereiche rund um den Kartenspielerweg, die B 504 und die L504 gelegt (Vorbelastung, Erschließungseignung; vgl. zur Begründung z.B. Bewertungen zu Kra_WIND_004). Dies gilt aufgrund der großen Nähe zu den westlichen zusammenhängenden Waldgebieten bedingt auch für Goc_WIND_012. Die an Goc_WIND_012 angrenzende Bahntrasse ist hier aufgrund der bahntypisch nur temporären Belastung und der mangelnden Erschließungsfunktion auch nicht entsprechende dieser Verkehrswege anzusetzen. Hinzu kommt, dass im Bereich nördlich, südlich und etwas weiter östlich von Goc_WIND_012 – bei zum Teil durchaus substantieller angrenzender Bevölkerungsballung – deutlich weniger alternative, für Mensch und Natur weitgehend ungestört nutzbare		

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsprozess

										Waldflächen gegeben sind, als z.B. in den Reichswaldgebieten weiter westlich. Vor diesem Hintergrund sind auch die ansonsten aufgrund der Stgn. des Landesbetriebes Wald und Holz vom 30.03.2015 (V-2201-2015-03-31; insb. Vorlage weiterer Laubwaldbestände im Kernbereich des Tannenwaldes die als weiches Tabu zu werten wären) nötigen Veränderungen der Darstellungen im Tannenbusch nicht erforderlich. Denn es soll aufgrund der Summe der vorstehenden Raumkonflikte von der Darstellung von Goc_WIND_12 und Goc_WIND_020 als Windenergiebereich komplett abgesehen werden. Anzumerken ist ferner, dass in Goc_WIND_12 ein deutlich höherer Laubbaumanteil – fast durchweg Mischwald - vorhanden ist, als in den im RPD für die		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Wind-energienutzung vorgesehenen, stark nadelwaldgeprägten Bereichen im Reichswald; auch dies erhöht die Konfliktintensität. In diesem Kontext ist auch die Option der Errichtung eines Ruheforstes in Teilen des kompakten Tannenbuschs mit zu thematisieren (vgl. auch hier Stgn. des Landesbetriebes Wald und Holz vom 30.03.2015, V-2201-2015-03-31), der zwar nicht per se WEA im Tannenbusch ausschließt, aber zumindest die Konfliktintensität weiter erhöhen würde. Allerdings ist die Streichung aufgrund der obigen Aspekte auch sachgerecht, wenn kein Ruheforst vorgesehen wird.		
Goc_WIND_013-A	Goch	<1 ha	0	0	0	0	3	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald Bodendenkmal	Die Belange des Bodendenkmalschutzes können voraussichtlich auf nachfolgenden Verfahrensebenen z.B. über die konkrete Anlagenstandortwahl oder vorlaufende Sicherungsmaßnahmen hinreichend berücksichtigt werden. Der hohe Nadelwaldanteil bietet gute Chancen, auf nachfolgenden Verfahrensebenen die marginal vorhandenen Mischwaldflächen möglichst zu	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Goc_WIND_013-A; Ued_WIND_004; Wee_WIND_001	3	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft • Wasserschutzzone IIIA Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	schonen (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird). Hinweis: Uedem und Weeze sind keine waldarmen Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Goch hingegen ist eine waldarme Kommune. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunkti-onskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen.			
Goc_ WIND_ 013-B	Goch	1						Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald Bodendenkmal FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft • Wasserschutzzone IIIA Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Die Belange des Bodendenkmalschutzes können voraussichtlich auf nachfolgenden Verfahrensebenen z.B. über die konkrete Anlagenstandortwahl oder vorlaufende Sicherungsmaßnahmen hinreichend berücksichtigt werden. Der hohe Nadelwaldanteil bietet gute Chancen, auf nachfolgenden Verfahrensebenen die marginal vorhandenen Mischwaldflächen möglichst zu schonen (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird). Hinweis: Uedem und Weeze sind keine waldarmen Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Goch hingegen ist eine waldarme Kommune. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt	Ausschluss; Begründung Es gelten die Ausschlussgründe aus den Unterlagen für die 3. Beteiligung		nein

Stand: Unterlagen für den Abschluss

									(siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunkti-onskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen.			
Goc_ WIND_ 014	Goch	20	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw., ca. 75%.) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 25%) BSLE 300 m um BSN Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV herausrag. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Sonderlandeplatz Goch-Asperden Mischwald (tlw.) Nadelwald (kleinflächig) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Allg. Grünflächen (überw.) • Flächen für die Forstwirtschaft (teilw.) • Gewässerflächen (kleinflächig)		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (teilw.)				
Goc_ WIND_ 015	Goch	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Verkehrsflugha-fen Niederrhein Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-te inkl. nachrichtliche Übernah-men): • Fläche für die Landwirt-schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzberei-ches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbe-reiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrun-gen. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbe-hörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Be-reiche.	Ausschluss; Be-gründung: Die Regionalpla-nung sieht den Bereich abgesehen von der der The-matik der Luftsi-cherheit als geeig-net für eine Wind-energienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit er-scheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entspre-chend angepasste Vorhabensdes-gigns, neue techni-sche Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsrege-lungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftver-kehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Be-lange der Luftsi-cherheit noch viele Fragen offen. Fer-nen können und werden hier im	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Goc_WIND_016	Goch	29	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernah-	Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt weit überwiegend innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche und auch die verbleibenden Bereiche liegen sehr nah an der Landebahn.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden). Ergänzt wird dies um den Grund der Feindifferenzierung	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								men): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		der lokalen Biotopverbundstruktur als raumgliedern-des Element.		
Goc_ WIND_ 017	Goch	<1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung LSG Nadelwald Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL. Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Goc_ WIND_ 018	Goch	5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Wald (Regionalplan) BSLE 300 m um BSN Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch,	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								BV besonderer Bedeutung LSG ÜSG (überw., ca. 85%) Mischwald (tlw., ca. 35%) Nadelwald (tlw., ca. 60%) Schadflächen Kyrill (tlw., ca. 5%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum größer 10qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstw. Nutzung	Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldberei-che (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzun-gen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende Windenergieballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Goc_WIND_019	Goch	7	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Wald (Regionalplan) BSLE 800 m Abstand zu ASB beson-	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine wald-	Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								derer Zweckbestimmung 300 m um BSN Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besonderer Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 35%) Nadelwald (tlw., ca. 60%) Schadflächen Kyrill (tlw., ca. 5%) Unzerschnittener Landschaftsraum größer 10qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV Bodendenkmäler (tlw., ca. 25%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstw. Nutzung	arme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldberei-che (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzun-gen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Die Fläche liegt im Umfeld des Sonderlandeplatzes Goch-Asperden. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Goc_ WIND_	Goch	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE	Hinweis: Goch ist eine waldarme Kommune. Allerdings sind großflächige Waldbereiche im Umfeld dieser Fläche über kurze	Im Reichswald wird die Priorität vereinfacht gesagt auf	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Offenlage Entwurf

020								Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Mischwald Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirt-schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Ergänzend ist anzumerken, dass auch die Waldfunktionskarte (LÖLF, 1979) dem Bereich keine besonderen Funktionen zuweist (aber LSG vermerkt als nachrichtliche Übernahme). Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen. Die Fläche ist nach der Stgn. V-2201-2015-03-31 aus der ersten Verfahrensbeteiligung kein Laubwald, sondern Mischwald. Daher wurde sie im Nachgang als Potenzialfläche aufgeführt.	Bereiche rund um den Kartenspielerweg, die B 504 und die L504 gelegt (Vorbelastung, Erschließungseignung; vgl. zur Begründung z.B. Bewertungen zu Kra_WIND_004). Dies gilt aufgrund der großen Nähe zu den westlichen zusammenhängenden Waldgebieten bedingt auch für Goc_WIND_012 und Goc_WIND_020. Die an Goc_WIND_012 angrenzende Bahntrasse ist hier aufgrund der nur temporären Belastung und der mangelnden Erschließungsfunktion auch nicht entsprechende dieser Verkehrswege anzusetzen. Hinzu kommt, dass im Bereich nördlich, westlich und östlich von Goc_WIND_012 und Goc_WIND_020 – bei durchaus substantieller Bevölkerung – deutlich weniger alternative Waldflächen gegeben sind, als in den Gebieten weiter		

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsprozess

										westlich. Vor diesem Hintergrund sind auch die ansonsten aufgrund der Stgn. des Landesbetriebes Wald und Holz vom 30.03.2015 (V-2201-2015-03-31; insb. Vorlage weiterer Laubwaldbestände im Kernbereich des Tannenwaldes die als weiches Tabu zu werten wären) nötigen Veränderungen der Darstellungen im Tannenbusch (betrifft auch Goc_WIND_020) nicht erforderlich. Denn es soll aufgrund der Summe der vorstehenden Raumkonflikte von der Darstellung von Goc_WIND_12 und Goc_WIND_020 als Windenergiebereich komplett abgesehen werden. Anzumerken ist ferner, dass in Goc_WIND_12 deutlich mehr Laubbaumbestand vorhanden ist, als in den im RPD für die Windenergienutzung vorgesehenen Bereichen im Reichswald; auch		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										dies erhöht die Konfliktintensität. In diesem Kontext ist auch die Option der Errichtung eines Ruheforstes in Teilen des kompakten Tannenbuschs mit zu thematisieren (vgl. auch hier Stgn. des Landes-betriebes Wald und Holz vom 30.03.2015, V-2201-2015-03-31), der zwar nicht per se WEA im Tannenbusch ausschließt, aber zumindest die Konfliktintensität weiter erhöhen würde. Allerdings ist die Streichung aufgrund der obigen Aspekte auch sachgerecht, wenn kein Ruheforst vorgesehen wird.		
Iss_WIND_001	Issum	30	0	0	0	1	3	AFA (tlw., ca. 40%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 60%) BSLE BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (aus Potenzialstudie NRW 10.2012) (tlw., ca. 55%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):	Hinweis: Issum und Geldern sind waldarme Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind gerade in der Umgebung dieses Windenergiebereichs z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden, darunter ein unmittelbar angrenzender großer Waldbereich. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ferner ist auch darauf hinzuweisen, dass Gel_WIND_003 fast komplett waldfrei ist und Iss_WIND_001 zumindest teilweise. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.)	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_003; Iss_WIND_001	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft (tlw. ca. 30%) • Fläche für die Forstwirtschaft (überw. Ca. 70%) • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Sicht- bzw. Immissionsschutzfunktion (in Waldfunktionskarte z.T. als unterste von zwei Stufen vermerkt) ist aufgrund der Lage, der Vorhabenspezifika und der großen umgebenden Waldflächen ebenfalls nicht zu rechnen. Gleiches gilt für die marginal tangierte Klimaschutzfunktion gemäß obiger Waldfunktionskarte. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.			
Iss_WIND_003	Issum	98	0	0	1	1	2	AFA (tlw., ca. 50%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 50%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 25%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG Mischwald (tlw., ca. 35%) Nadelwald (kleinflächig)	Hinweis: Issum und Geldern sind waldarme Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings sind lokal z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Ebenso ist anzumerken, dass Gel_WIND_004 und Iss_WIND_003 überwiegend waldfrei sind. Insgesamt wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Grad der Inanspruchnahme von Waldflächen, Umgebung	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_004; Iss_WIND_003	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Ausschluss

								Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw. ca. 50%) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw. ca. 50%) • Landschaftsschutzgebiet • Wasserschutzzone llla (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe auch Ausführungen bei Gel_WIND_004 u.a. zur Thematik Historie und Kulturlandschaft.			
Iss_WIND_004	Issum	33	3	1	0	3	3	AFA BGG (tlw., ca. 15%) WSZ IIIA (tlw., ca. 15%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_005; Iss_WIND_004	10	ja, als Windenergiebereich
Iss_WIND_005-A	Issum	123	3	3	0	3	3	AFA BSLE (tlw., ca. 5%) LSG (tlw., unter 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):	In diesem Bereich sind Flächen für Ölleitungen betroffen Zur entsprechenden Thematik wird auf die Ausführungen unter E.F.15 verwiesen. Vor diesem Hintergrund ist dies standörtlich auf der Ebene der Regionalplanung nicht relevant für die Frage der regionalplanerischen Darstellung dieses Bereiches.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Iss_WIND_005-A; Rhe_WIND_004	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft • Konzentrationszone für Windenergie (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Fläche (überw.) • WEAs (kleinflächig)	Siehe auch Ausführungen u.a. zur Abstandsthematik im Osten bei Iss_WIND_005-B.			
Iss_WIND_005-B	Issum	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. 5%) LSG (tlw., unter 10%) BV besond. Bedeutung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Fläche (überw.)		Ausschluss; Begründung: Vergrößerung des Abstandes zum Schönstatt-Zentrum auf ca. 700 m, da dieser sehr speziellen Nutzung (u.a. kirchlich- spirituelle Nutzung) in der Abwägung ein erhöhtes Ruhebedürfnis einzuräumen ist (inkl. um gebende Freiraumbereiche). Abstand nicht ganz auf RPD-Konzeptniveau von FNP-Wohnbauflächen, weil es nur temporäre Nutzer sind (die zudem visuell aufgrund des Bewuchses etwas „geschützt“ sind). Mit dem Abstand wird auch der Abstand zur Erholungsstätte "Oermter Berg" und der	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										entsprechenden Stätten im Freiraum – u.a. Lehrstätten – erhöht, der damit in jedem Fall (auch aufgrund des temporären Nutzungscharakters) hinreichend ist; zudem erscheint eine Aufnahme der Thematik der WEA-Nutzung in das Lehrkonzept nicht ausgeschlossen .		
Kal_WIND_001	Kalkar	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA ÜSG regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (marginal) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.,): Segelfluggelände Kalkar-Wisseler Dünen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche	Aufgrund der relativ großen Entfernung zum Segelfluggelände ist davon auszugehen, dass auf nachfolgenden Verfahrensebenen verträgliche Lösungen gefunden werden können, nach denen eine WEA-Nutzung das Bereiches 2106-02 der Nutzung des weiter südlich gelegenen Segelflugplatzes nicht entgegensteht. Die fachrechtliche Entscheidung in etwaigen Zulassungsverfahren bleibt auch hier unberührt. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbe-zogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.	Zu den Ausschlussgründen siehe Kapitel 9 der Begründung.	k.A.	nein
Ker_WIND_001	Kerken	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 90%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 10%)		Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Auslegungsbeschluss

								BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 40%) LSG Mischwald (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. na chrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)		In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.		
Ker_WIND_002-B	Kerken	118	3	1	0	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 40%): Modellflug FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirt-	Das tangierte Modellfluggelände (südwestlich außerhalb der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil		10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. In diesem Bereich sind Flächen für Ölleitungen betroffen Zur entsprechenden Thematik wird auf die Ausführungen unter E.F.15 verwiesen. Vor diesem Hintergrund ist dies standörtlich auf der Ebene der Regionalplanung nicht relevant für die Frage der regionalplanerischen Darstellung dieses Bereiches. Die Fläche Ker_WIND_002 wurde nach der ersten Beteiligungsrunde mit Rücksicht auf den Belang der Wohnnutzung im Südosten für die Darstellung als Windenergiebereich auf Ker_WIND_002-B verkleinert (-A im Südwesten ist aufgrund des entsprechenden Belangs der Wohnnutzung keine Potenzialfläche, da sie somit in einem Tabubereich liegt).			
Ker_WIND_003	Kerken	23	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 90%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 10%) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG Mischwald (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 15%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.)		Ausschluss, Begründung In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpoten-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Beteiligungsabschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)		zialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.		
Ker_WIND_004	Kerken	15	k. A.	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw.) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken und klein-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										räumig Wachtendonk) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.		
Ker_WIND_005	Kerken	22	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.%): Modellfluggelände weiter östlich und Ultraleichtfluplatz östlich fast angrenzend FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) •		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden). Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein
Ker_W	Kerken	11	k.	k.	k.	k.	k.	AFA		Ausschluss; Be-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

IND_006			A.	A.	A.	A.	A.	Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.): Modellfluggelände weiter östlich und Ultraleichtflugplatz im Bereich FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Grünfläche (tlw.) • Sondergebiet (Ultraleitflugzeugbereich; kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Grünfläche einer Start- und Landebahn (tlw.) • Gebäudenutzung (kleinflächig)		gründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Ker_WIND_007	Kerken	112	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (kleinflächig) BV besond. Bedeutung (ca. 85%) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.): Modellfluggelände an östlicher Grenze und Ultraleichtflugplatz westlich fast angrenzend Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Bodendenkmal (kleinflächig/linear)	Das tangierte Modellfluggelände (am östlichen Rand der Fläche steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Es ist davon auszugehen, dass für den angrenzenden Standort der Ultraleichtflieger auf nachfolgenden Ebenen Lösungen	Ausschluss; Begründung: Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Funkkontrollmessmöglichkeiten der Bundesnetzagentur (Standort Kerken/Rheurdt) wird jedoch vorsorglich (d.h. kein Abstellen auf den rechtlich zwingenden Mindestschutz) keine Darstellung dieses Bereiches vorge-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hier wurde bereits ein großer Puffer im Westen ausgespart. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entspre-chenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	nommen.		
Ker_WIND_008	Kerken	49	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 10%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 15%) LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche		Ausschluss; Begründung: In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Kerken und kleinräumig Wachtendonk) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.		
Ker_WIND_009	Kerken	39	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 10%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 70%) LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche		Ausschluss; Begründung: In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										vermieden.		
Ker_WIND_010	Kerken	33	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 50%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 85%) LSG Mischwald (marginal) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche		Ausschluss; Begründung: In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.	k.A.	nein
Ker_WIND_011	Kerken	5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Ultraleichtflugplatz Kerken		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Ker_WIND_012	Kerken	27	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.): Ultraleichtflugplatz westlich fast angrenzend Mischwald (tlw., ca. 5%) Bodendenkmal (kleinflächig/linear) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Das tangierte Modellfluggelände (am östlichen Rand der Fläche steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungs-	k.A.	nein

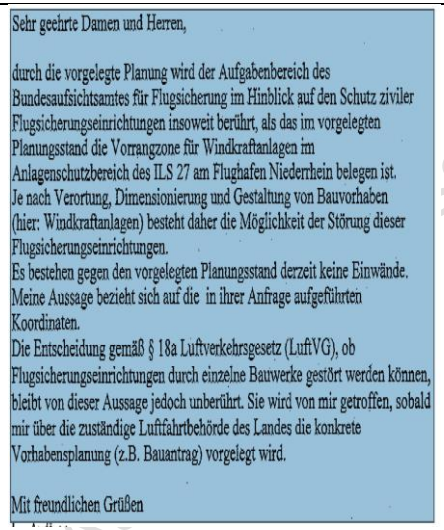
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										hürden).		
Ker_WIND_013	Kerken	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 10%) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besonderer Bedeutung LSG Laubwald (tlw., ca. 15%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (ca. 70%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw., ca. 70%) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 30%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (ca. 70%) • forstw. Nutzung (ca. 30%)		Ausschluss; Begründung: In Kerken soll im Nordosten der Kommune in großem Umfang Raum für die Windenergienut-zung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken und kleinräumig Wachtendonk) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.	k.A.	nein
Kev_WIND_001	Kevelaer	65	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 85%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 15%)	Hinweis: Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (u.a. weitere große Waldbereiche nördlich, westlich und südlich; Waldart) davon ausgegangen, dass	Ausschluss; Begründung:		nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								BGG (tlw., ca. 25%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 25%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 15%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Flugplatz Wee-ze nördlich Mischwald (tlw., ca. 15%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 15%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.), • beides überlagert mit Landschaftsschutzgebiet, • tlw. auch mit Wasserschutzzone IIIB Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.), • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Hier wird exemplarisch zudem eine Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vom 11.02.2014 wiedergegeben zu einer Fläche, die sich ungefähr zusammensetzt aus Kev_WIND_001 und Kev_WIND_010:	Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der		

Stand: Unterlagen für den Beteiligungsprozess

									 Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Kev_WIND_002	Kevelaer	82	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. 80%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 15%) LSG (überw., >90%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft; • darin Landschaftsschutzgebiet (flächendeckend),	Es ist davon auszugehen, auf nach nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen gefunden werden, die mit der in kleineren Teilbereichen vorhandenen gartenbaulichen Nutzung vereinbar sind. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen sehr wahrscheinlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für das Anhörungsverfahren

								• Naturdenkmal (kleinflächig), • unterirdische Hochspannungsleitung (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.), dabei ca. 5 ha Gartenbaubetrieb	beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt fast vollständig (Restfläche zu klein) innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilberei-chen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fra-gen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegen-über der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Er-gebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Kev_WIND_003	Kevelaer	16	0	0	0	2	3	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig, <5%) BGG BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 80%) LSG Nadelwald (kleinflächig, <5%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig.), • beides überlagert mit Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.), • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Hinweis: Kevelaer ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (u.a. weitere große Waldbereiche nördlich, westlich und südlich; Waldart) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: – (11/2013) Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. – (01/2014) Die Fläche Kev_WIND_003 liegt zwar innerhalb des An- und Abflugsektors 27, jedoch außerhalb der Hinder-nisbegrenzungsflächen gem. BMV-Richtlinie. Eine Vereinbarkeit Windkraftanlagen ./. Luftverkehr wird daher von hier für möglich gehalten. Von einer Vereinbarkeit der Windenergiebereichsdarstellung mit den Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen (vgl. auch		5	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Satellitenbeschluss

									Umweltbundesamt, 2013: 20). Dabei geht die Regionalplanung davon aus, dass ein WEA-Betrieb in diesem Windenergiebereich so realisiert werden kann, dass er mit einer Nutzung des Verkehrsflughafens Niederrhein vereinbar ist. Ergänzend wird dabei insbesondere mit Blick auf etwaige Anpassungserfordernisse geplanter oder bestehender luftfahrtrechtlicher Genehmigungen auch auf die §§ 4 und 5 ROG und § 6 Abs. 2 und 4 LuftFV sowie § 30 Abs. 3 LuftVG hingewiesen (Bindungswirkungen der Ziele der Raum-ordnung – auch von etwaigen Windenergiebereichen im Regionalplan). In der regionalplanerischen Gesamtabwägung gehen die Belange der Windenergienutzung hier standortbezogen zudem auch weitergehenden Vorsorgeüberlegungen in Bezug auf den Luftverkehr vor. Jedoch bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.			
Kev_WIND_004	Kevelaer	60	0	3	0	3	3	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 45%) BV besond. Bedeutung (kleinflächig, ca. 5%)	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kev_WIND_004;; Wee_WIND_018	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig, <10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • darin Landschaftsschutzgebiet (flächendeckend), • Hochspannungsfreileitung (kleinflächig); Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (überw.; teilweise dabei speziell Gartenbau)	LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt außerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Es wird für den Bereich eine Darstellung im Regionalplan vorgesehen. Die Regionalplanung sieht den Bereich vorbehaltlich der Thematik der Luftverkehrssicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftverkehrssicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kev_WIND_005	Kevelaer	37	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. über 95%) AFA (tlw., ca. unter 5% Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 60%) BSLE (tlw., ca. unter 5%) 300 m um BSN (tlw., ca. 75%) BV herausrag. Bedeutung (tlw., ca. über 95%) LSG (tlw., ca. unter 5%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt	Ausschluss; Begründung: Der Bereich des Traberparks soll nicht in seiner Funktion und ökologischen Wertigkeit durch WEA unmittelbar auf der betreffenden Fläche negativ tangiert werden.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich Nadelwald (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 95%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Sonderbauflächen (überw.; „Traberpark Den Heyberg“) • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig), • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Traberpark Den Heyberg (überw.) • Forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	weit überwiegend innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Stgn. der Regionalplanung zu den Hinweisen der Landesluftfahrtbehörde: Da der Bereich aus anderen Gründen ohnehin nicht als Windenergiebereich vorgesehen wird, muss dieser Thematik seitens der Regionalplanung hier nicht weiter nachgegangen werden. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kev_WIND_008	Kevelaer	4	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BSLE (tlw., ca. 40%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft; • Konzentrationszone für WEA (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung, dabei tlw. Gartenbau	Es ist davon auszugehen, auf nach nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen gefunden werden, die mit der in kleineren Teilbereichen vorhandenen gartenbaulichen Nutzung vereinbar sind. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen sehr wahrscheinlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgender Abstand zum Ostteil des Bereiches Traberpark, damit dort bestehende oder künftige Ferienhausnutzungen nicht gestört werden (ca. 600 m Abstand).	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kev_WIND_009	Kevelaer	30	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 30%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung BV besond. Bedeutung (überw., ca. 80%) LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich Mischwald (tlw., ca. 25%) Nadelwald (kleinflächig, <5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • darin Landschaftsschutzgebiet (flächendeckend), • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 20%),	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgender Abstand zum Ostteil des Bereiches Traberpark, damit dort bestehende oder künftige Ferienhausnutzungen nicht gestört werden (ca. 600 m Abstand) sowie vorsorgender Abstand zum Westteil geringerem Umfangs (ca. 200 m), um dort gewerbliche Nutzungen und weniger sensible Freizeitnutzungen nicht zu stören.	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Abwägungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.; teilweise dabei speziell Gartenbau) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)				
Kev_WIND_010	Kevelaer	34	0	3	0	0	2	AFA (tlw., ca. 35%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 65%) BGG (tlw., ca. 65%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 65%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 85%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Flugplatz Wee-ze nördlich Schadflächen Kyrill (marginal) Mischwald (tlw., ca. 25%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 35%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-te inkl. nachrichtliche Übernah-men): • Fläche für die Landwirt-schaft (überw.), • Fläche für die Forstwirt-schaft (tlw.), • beides überlagert mit Land-schaftsschutzgebiet, • tlw. auch mit Wasser-schutzzone IIIB Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Es wird aufgrund der standörtli-chen Bedingungen (u.a. weitere große Waldbereiche nördlich, westlich und süd-lich; Waldart) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentli-cher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erho-lungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzberei-ches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbe-reiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussicht-lich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbe-hörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt außerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.		5	ja, als Wind-energiebereich

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

								(überw.), • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	Es wird für den Bereich eine Darstellung im Regionalplan vorgesehen. Die Regionalplanung sieht den Bereich vorbehaltlich der Thematik der Luftverkehrssicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftverkehrssicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kle_WIND_001	Kleve	248	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE 300 m um BSN (kleinflächig) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (tlw., ca. unter 5%) Mischwald (tlw., ca. 30%) Nadelwald (tlw., ca. 70%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)		und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kle_WIND_002	Kleve	15	2	0	0	2	3	AFA Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm BSLE (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht	7	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlage in für das Aufstellungsbeschlussverfahren

										im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende Windenergieballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kle_WIND_003	Kleve	56	k. A.	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	Waldbereiche Regionalplan BGG (überw., ca. 70%) BSLE WSZ IIIA (überw.) Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald (überw.) Mischwald (tlw) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der		k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Kriterientabelle).			
Kle_WIND_004	Kleve	26	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Wald (Regionalplan) BSLE Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besonderer Bedeutung LSG Nadelwald Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstw. Nutzung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldberei-che (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzun-gen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den weichen und harten Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infra-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Umweltausschuss

										strukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende Windenergieballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kle_WIND_005	Kleve	7	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung		Ausschluss; Begründung: Fläche ist alleine zu klein und benachbarte Potenzialbereiche wurden ausgeschlossen	k.A.	nein
Kra_WIND_001	Kranenburg	549	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 75%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 75%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung (tlw., ca. 95%) LSG (tlw., ca. 95%) Schadflächen Kyrill (tlw., ca. unter 5%) Mischwald (tlw., ca. 30%) Nadelwald (tlw., ca. 65%) Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL. Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erheb-	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windener-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	liche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015, dass sich voraussichtlich auch auf andere Potenzialflächen im Reichswald bezieht: *„Der geplante Windenergiebereich Reichswald tangiert den historisch geprägten und gewachsenen Kultur-landschaftsbereich „Reichswald" (HKLB 023 des LVR-FB KL RPD) und den Archäologischen Bereich „Reichswald / Gocher Heide" (AB VI des LV-FB KL RPD). Es handelt sich beim Reichswald um den bedeutenden Rest eines großen Waldgebietes mit Relikten der Waldentwicklung (Niederwald, Jagen, Meilerplätze, Pfalzdorfer Waldbahn), der Territorial- und Kriegsgeschichte (Schanzen und Stellungen des Ersten Weltkriegs, zahlreiche Überreste des zweiten Weltkriegs). Hier haben sich weiterhin urgeschichtliche, römische und mittelalterliche Besiedlungs- und Nutzungsareale, großflächige Grabhügelfelder erhalten.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung des Windenergiebereichs zu verzichten.“* Dem wird jedoch – auch für andere Potenzialflächen im Reichswald - nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.	giebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kra_W	Kranen-	22	k.	k.	k.	k.	k.	AFA (tlw., ca. 15%)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL	Der Bereich soll	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

IND_002	burg		A.	A.	A.	A.	A.	Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 85% BGG (tlw., ca. 65%) BSLE (tlw., ca. 90%) WSZ IIIA (tlw., ca. 40%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 85%) BV. besond. Bedeutung (tlw., ca. 85%) LSG (tlw., ca. 85%) Mischwald (tlw., ca. 70%) Nadelwald (tlw., ca. 15%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 10%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (tlw., ca. 85%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (überw., ca. 85%) • Fläche für die Landwirtschaft (tlw., ca. 15%) • Verkehrsweg (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Verkehrsweg (kleinflächig)	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Die Thematik der Sichtachsen aus den Niederungen zu den Höhen wird hier als nicht so gewichtig eingestuft, dass sie in der Gesamtabwägung zu einem Ausschluss des Bereiches führt. Hier ist auf das Erfordernis hinreichender Windenergiebereichsdarstellungen zu verweisen und darauf, dass es sich nur um teilräumliche negative optische Wirkungen bezüglich dieser Sichtachsen handelt.	nicht vorgesehen werden. Denn in Anlehnung an die Begründung zum Ausschluss z.B. bei Kra_WIND_001 soll im Reichwald eine noch weitergehende Konzentration erfolgen, um möglichst große zusammenhängende Bereiche des Reichswaldes von Windenergiebereichsdarstellungen frei zu halten und dennoch eine Konzentration und substantielle Darstellung an entsprechenden Infrastrukturachsen im Reichswald vorzusehen. Vor diesem Hintergrund werden zusätzlich zum Stand gemäß Regionalratsbeschluss vom 18.09.2014 nun auch Bereiche ausgenommen, die nicht beiderseits einer in Kra_WIND_001 genannten Verkehrsachse (B 504, L 484, Kartenspielerweg) mindestens jeweils zwei WEA erlauben (mind. ca. 500 m Länge beiderseits parallel zur betreffenden Verkehrs-		

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

										achse oder eine entsprechende beiderseitige Tiefe). Damit werden mit Kra_WIND_002, Kra_WIND_003 und Kra_WIND_005-B im Übrigen auch Bereiche ausgeschlossen, die tendenziell für den Reichswald eher mehr Mischwald enthalten, als die dort weiterhin vorgesehenen Windenergiebereiche. Diese Waldartthematik alleine wäre nicht hinreichend als Ausschlussgrund gewesen, unterstützt aber tendenziell das ohnehin vorgesehene Vorgehen zusätzlich. In diesem Kontext ist ferner auf das südöstlich gelegene FFH-Gebiet hinzuweisen – auch wenn diesbezüglich die Streichung nicht unbedingt erforderlich ist, so ist sie dafür zumindest nicht nachteilig.		
Kra_WIND_003	Kranenburg	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE regionalbedeutsame Kulturland-	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu	Für den Ausschluss gilt die Begründung für	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 20%) Nadelwald (tlw., ca. 75%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (überw.) • Fläche für die Landwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Die Thematik der Sichtachsen aus den Niederungen zu den Höhen wird hier als nicht so gewichtig eingestuft, dass sie in der Gesamtabwägung zu einem Ausschluss des Bereiches führt. Hier ist auf das Erfordernis hinreichender Windenergiebereichsdarstellungen zu verweisen und darauf, dass es sich nur um teilräumliche negative optische Wirkungen bezüglich dieser Sichtachsen handelt.	den Ausschluss von Kra_WIND_002 entsprechend.		
Kra_WIND_004	Kranenburg	35	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Nadelwald (überw) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Ausschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kra_WIND_005-A (zusammengesetzt aus	Kranenburg	44	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 45%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 45%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Kra_WIND_005-A1 und Kra_WIND_005-A2)								BV. besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Nadelwald (fast vollständig) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 10%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe zum Landschaftsbild Kra_WIND_006.			
Kra_WIND_005-B	Kranenburg	32	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 100%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 100%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 20%) Nadelwald (tlw., ca. 80%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 10%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in	Für den Ausschluss gilt die Begründung für den Ausschluss von Kra_WIND_002 entsprechend.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für Offenlegung Entwurfsbeschluss

								Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen.			
Kra_WIND_006 (inkl.zusammengesetzt aus-Kra_WIND_006-A, Kra_WIND_006-B, Kra_WIND_006-C und Kra_WIND_006-D)	Kranenburg	381	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 50%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 50%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 15%) Nadelwald (tlw., ca. 85%) Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (tlw., ca. 95%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (überw.)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in der Erläuterung zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								• Verkehrswege (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Bodenschutzfunktion (auch hier nur die unterste von zwei Stufen in der Waldfunktionskarte in kleineren Teilen betroffen) siehe E.F.7. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Zur Thematik des Landschaftsbildes wird angemerkt, dass hier schon eine landschaftliche Wertigkeit höherer Art gesehen wird (vgl. auch Landschaftsbildbewertung des LANUV Mitte 2016). Jedoch ist in den Bereichen im Reichswald, in denen Windenergiebereiche vorgesehen wurden auch eine Vorbelastung durch angrenzende Wege und Straßen gegeben. Zudem sind dort weit überwiegend Nadelholzbestände vorhanden, die landschaftlich weniger wertvoll sind. Es verbleiben ferner große von Windenergiebereichen unbeeinträchtigte Bereiche und zwar in der Nähe der dichter besiedelten Bereiche (Erholungsnutzung). In der Gesamtabwägung wird hier dem Ausbau der erneuerbaren Energien somit auch unter diesem Aspekt der Vorzug gegeben. Diese Bewertung gilt für alle Flächen, die im Reichswald als Windenergiebereiche vorgesehen wurden – nicht nur für Kra_WIND_006.			
Kra_WIND_007	Kranenburg	25	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 10%) Nadelwald (tlw., ca. 90%) Lärmarme Erholungsräume	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen) angrenzender	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Planungsbeschluss

								Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Bodendenkmal (tlw, ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kra_WIND_008	Kranenburg	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE BV. besond. Bedeutung LSG Mischwald Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Bodendenkmal (kleinflächig)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichs-	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete Trennflächen)	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	wald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kra_WIND_009	Kranenburg	54	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV. besond. Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 50%) Nadelwald (tlw., ca. 50%)	Hinweis: unmittelbare Grenzlage zu NL Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so,	Ausschluss; Begründung: Angesichts der überörtlichen Bedeutung des Reichswaldes und unmittelbar (ohne nicht bewaldete	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 80%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Vereinzelte Lichtungen und gerodete Parzellen im Wald (kleinflächig)	dass großflächige Waldbereiche (Reichswald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Trennflächen) angrenzender Waldbereiche für die Erholung und Natur- und Artenschutz werden hier – zusätzlich zu den generellen Tabubereichen - die Teilbereiche des Waldes ausgeschlossen von Windenergiebereichsdarstellungen, die sich nicht im 500 m Pufferbereich (links und rechts jeweils 500m) um die B 504 und die L 484 befinden oder um entsprechenden Puffer um den für Schwertransporte gut geeigneten Kartenspielerweg. Dies dient der Bevorzugung vorbelasteter Bereiche und von Bereichen mit geringem zusätzlichem Infrastrukturbedarf. Ansonsten wäre die resultierende WEA-Ballung in diesem Raumbereich zu groß.		
Kra_WIND_010	Kranenburg	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG BSLE WSZ IIIA Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich BV besond. Bedeutung	Genereller Hinweis zum Reichswald (auch für unmittelbar anschließende Potenzialflächen): Kranenburg ist im Gegensatz zu Goch, Kleve und Bedburg-Hau keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings ist auch in Goch, Kleve und Bedburg-Hau die Situation so, dass großflächige Waldbereiche (Reichs-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								LSG Mischwald Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	wald) zumindest für die dem Reichswald zugewandten Ortsteile über kurze Entfernungen für Erholungsnutzungen etc. erreichbar sind und dass die lokalen Anteile am Reichswald nicht isolierte kleinflächige Waldflächen sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen. Siehe zum Landschaftsbild Kra_WIND_006			
Rhe_ WIND_ 001	Rheurdt	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flugplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Ultraleichtflugplatz Kerken FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft	Die Fläche liegt im Umfeld des Ultraleichtflugplatzes Kerken. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015: *„Windenergiebereich nordwestlich von Schaephuysen (Blatt 11):* *Durch den geplanten Windenergiebereich sind historisch geprägte und gewachsene*	Ausschluss; Begründung: Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Funkkontrollmessmöglichkeiten der Bundesnetzagentur (Standort Kerken/Rheurdt) wird jedoch vorsorglich (d.h. kein Abstellen auf den rechtlich zwingenden Mindestschutz) keine Darstellung dieses Bereiches vorgenommen.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	*Kulturlandschaftsbereiche in Rheurdt betroffen, unmittelbar der Bereich „Schaephuysener Höhen" (HKLB 066 des LVR-FB KL RPD), mittelbar der Bereich „Finkenberg / Saelhuysen" (HKLB 065 des LVR-FB KL RPD) sowie der Archäologische Bereich „Schaephuysener Höhen (AB XIV des LVR-FB KL RPD). Der sandige Höhenrücken der Schaephuysener Höhen zeigt zahlreiche Hohlwege; östlich ist ihm eine Siedlungsreihe von Höfen und dem Dorf Schaephuysen (zahlreiche Denkmäler) vorgelagert. Besiedelt seit urgeschichtlicher Zeit, konservieren großflächige Plaggenesche mit künstlichen Bodenaufträgen archäologische Funde. Der historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaftsbereich „Finkenberg / Saelhuysen" besteht aus den Bauernschaften Finkenberg und Saelhuysen auf der den Schaephuysener Höhen westlich vorgelagerten Mittelterrasse mit einer Reihe von großen, landschaftsprägenden Höfen des 19. Jahrhunderts und der St. Quirinuskapelle in Finkenberg. Durch den geplanten Windenergiebereich werden das Kulturlandschaftsgefüge und die zu wahrenden Sichträume zwischen den Höfen, Orten und dem Höhenrücken gestört.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung als Windenergiebereich zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Rhe_WIND_002	Rheurdt	18	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlagebeschluss

								gationsanlagen: Ultraleichtflugplatz Kerken FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (davon ca. 5 ha auf Kerkener Gebiet) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (davon ca. 5 ha auf Kerkener Gemeindegebiet)		Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Rhe_WIND_003	Rheurdt	31	0	0	1	0	1	AFA (tlw., ca. 30%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 70%) BGG (tlw., ca. 10%) BSLE Regionale Grünzüge (tlw., ca. 20%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 40%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 70%) LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 60%) Nadelwald (tlw., ca. 5%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 60%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flugplätzen und/oder Flugnavi-	Die Fläche liegt im Umfeld des Ultraleichtflugplatzes Kerken. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Auch bzgl. der Thematik BGG / ÜSG / HQ 100 wird aufgrund der lokalen Spezifika davon ausgegangen, dass hier hinreichende Lösungsmöglichkeiten (Anlagenpositionierung, Vorhabensausführung etc.) auf nachfolgenden Verfahrensebenen bestehen. Hinweis: Rheurdt ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rhe_WIND_003 Rhe_WIND_006	2	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								gationsanlagen: Ultraleichtflug-platz Kerken FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentli-cher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Sicht- bzw. Immissionsschutzfunktion (in Waldfunktionskarte z.T. als unterste von zwei Stufen vermerkt) ist aufgrund der Lage, der Vorhabenspezifika und der großen umgebenden Waldflächen ebenfalls nicht zu rechnen. Bei den Standorten Rhe_WIND_003 und Rhe_Wind_006 sind spürbare Einschränkungen bei der Anlagenhöhe auf nachfolgenden Planungsstufen aufgrund der südwestlich benachbarten Anlagen der Bundesnetzagentur möglich (Funkkontrollmesseinrichtung der Bundesnetzagentur am Standort Kerken/Rheurdt). Es wird jedoch a) aufgrund der Höhenlage der Windenergiebereiche in Relation zur insoweit höheren Höhenlage der relevanten Anlagen der Bundesnetzagentur, b) der baulichen Höhe der Anlagen der Bundesnetzagentur (entscheidende Anlagenteile nicht auf dem Bodenniveau) sowie des Abstandes in Verbindung mit den entsprechenden Winkeln davon ausgegangen, dass dort WEA möglich sind (mit ca. grob geschätzt knapp 120 m Gesamthöhe). Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015 (verm. zu			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Rhe_WIND_003 und Rhe_WIND_006): *„Windenergiebereich zwischen von Schaephuysen und Vluyn (Blätter 11, 13):* *Durch den geplanten Windenergiebereich sind der historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaftsbereich „Schloss Bloemersheim / Gut Leyenburg" in Rheurdt und Neukirchen-Vluyn (HKLB 068 des LVR-FB KL RPD) sowie der Archäologische Bereich „Obere Niers / Niederrheinische Auen" (ABIX des LVR-FB KL RPD) betroffen. Die aus gleichem Besitz stammenden adeligen Häuser mit Bausubstanz des 15. bis 19. Jahrhunderts sind durch Parkanlagen mit Teichen längs des Niekanals und der Nieper Altrheinrinne mitei-nander verbunden; auch in den angrenzenden Waldbereichen liegen gestaltete Landschaftsbereiche wie der „Sternenbusch". In den Höhenlagen oberhalb der Niederung haben sich Siedlungs- und Bestattungsplätze der Vorgeschichte und der Römischen Zeit erhalten. Im Kulturlandschaftsbereich verläuft ein Trassenabschnitt der Moerser Kreisbahn von 1909 (Vluyn - Schaephuysen). Der geplante Windenergiebereich würde dieses vielfältige Kulturlandschaftsgefüge zerstören.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Rhe_ WIND_	Rheurdt	24	3	3	0	3	3	AFA BSLE		Für die Punktzahlvergabe wurde hier	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Regionalplan-Entwurfsbeschluss

004								LSG BV besond. Bedeutung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Konzentrationszone für Windenergie (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Fläche (überw.) • WEA (kleinflächig)		eine Flächengruppe gebildet aus: Iss_WIND_005-A; Rhe_WIND_004		
Rhe_WIND_005	Rheurdt	52	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., über ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 70%) BV besond. Bedeutung LSG Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände an Grenze zu Kerken und weiter westlich Ultraleichtflugplatz in Kerken Mischwald (tlw., ca.10 %) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.)	Das tangierte Modellfluggelände (am westlichen Rand der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Die Fläche liegt im Umfeld des Ultraleichtflugplatzes Kerken. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Zur Vermeidung von Beeinträchtigungen der Funkkontrollmessmöglichkeiten der Bundesnetzagentur (Standort Kerken/Rheurdt) wird vorsorglich (d.h. kein Abstellen auf den rechtlich zwingenden Mindestschutz) keine Darstellung dieses Bereiches vorgenommen.	k.A.	nein

Stand: Unterlage für die Aufstellungsbeschlüsse

								• Fläche für die Forstwirtschaft (teilweise, ca. 10%) • Fläche für den Gemeinbedarf (kleinflächig) • Fläche für Versorgungsanlagen (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (teilweise, ca. 10%) • Gebäudenutzung (kleinflächig)	In diesem Bereich sind Flächen für Ölleitungen betroffen Zur entsprechenden Thematik wird auf die Ausführungen unter E.F.15 verwiesen. Vor diesem Hintergrund ist dies standörtlich auf der Ebene der Regionalplanung nicht relevant für die Frage der regionalplanerischen Darstellung dieses Bereiches. Hinweis: Rheurdt ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentli-cher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Mit einer erheblichen Beeinträchtigung Klimaschutzschutzfunktion (in Waldfunktionskarte z.T. als untere von zwei Stufen vermerkt) ist aufgrund der Lage, der Vorhabenspezifika und der großen umgebenden Waldflächen ebenfalls nicht zu rechnen. Zur Wasserthematik und Wald wird auf die Anmerkungen bei E.F.1 hingewiesen.			
Rhe_WIND_006	Rheurdt	1	0	0	1	0	1	AFA (tlw., ca. 85%) Wald (twl., ca. 15%) BGG (tlw., ca. 50%) BSLE LSG BV herausragender Bedeutung (tlw. ca. 40%)	Auch bzgl. der Thematik BGG / ÜSG / HQ 100 wird aufgrund der lokalen Spezifika davon ausgegangen, dass hier hinreichende Lösungsmöglichkeiten (Anlagenpositionierung, Vorhabensausführung etc.) auf nachfolgenden Verfahrensebenen bestehen.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rhe_WIND_003 Rhe_WIND_006		ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Regionalbedeutsamer Kulturlandschaftsbereich (tlw., ca. 70%) Mischwald (tlw., ca. 15%) Biotope gemäß Biotopkataster der LANUV (tlw., ca. 15%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw., ca. 85%) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 15%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (tlw., ca. 85%) • Forstw. Nutzung (tlw., ca. 15%)	Hinweis: Rheurdt ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentli-cher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Mit einer erheblichen Beeinträchtigung der Sicht- bzw. Immissionsschutzfunktion (in Waldfunktionskarte z.T. als unterste von zwei Stufen vermerkt) ist aufgrund der Lage, der Vorhabensspezifi-ka und der großen umgebenden Waldflächen ebenfalls nicht zu rechnen. Bei den Standorten Rhe_WIND_003 und Rhe_Wind_006 sind spürbare Einschränkungen bei der Anlagenhöhe auf nachfolgenden Planungsstufen aufgrund der südwestlich benachbarten Anlagen der Bundesnetzagentur möglich (Funkkontrollmesseinrichtung der Bundesnetzagentur am Standort Kerken/Rheurdt). Es wird jedoch a) aufgrund der Höhenlage der Windenergiebereiche in Relation zur zur insoweit höheren Höhenlage der relevanten Anlagen der Bundesnetzagentur, b) der baulichen Höhe der Anlagen der Bundesnetzagentur (entscheidende Anlagenteile nicht auf dem Bodenniveau) sowie des Abstandes in Verbindung mit den entsprechenden Winkeln davon ausgegangen, dass dort WEA möglich sind (mit ca. grob geschätzt knapp 120 m Gesamthöhe). Siehe auch Anmerkungen bei			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Rhe_WIND_003 u.a. zum LVR.			
Str_Wind_001	Straelen	7	0	3	1	3	3	AFA Überschwemmungsbereiche (tlw., ca. 25%) BSLE 300 m um BSN regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG Überschwemmungsgebiete (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für Wald (kleinflächig) • Windkraftzone Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Bezüglich der Überschwemmungsbereiche /-gebiete ist aufgrund der relativ kleinen betroffenen Flächen und der Parzellenunschärfe des Regionalplans davon auszugehen, dass sich hier hinreichende Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen finden. Zwingendes Fachrecht bleibt unberührt. Hinweis: Straelen ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentli-cher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_006; Str_WIND_001; Gel_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich
Str_WIND_003	Straelen	25	0	3	0	0	3	AFA BSLE BV besond. Bedeutung (überw.) LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft • Windkraftzone (weit überw.)		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_002; Gel_WIND_007; Gel_WIND_008; Str_WIND_003; Str_WIND_004	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung				
Str_WIND_004	Straelen	<1	0	3	0	0	3	AFA BSLE BV besond. Bedeutung LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Gel_WIND_002; Gel_WIND_007; Gel_WIND_008; Str_WIND_003; Str_WIND_004	6	ja, als Windenergiebereich
Str_Wind_005	Straelen	5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Aufschüttung (tlw., ca. 95%) BSLE (tlw. ca. 90%) 300 m um BSN regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG (tlw., ca. 95%) Überschwemmungsgebiete (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Abfallentsorgung und Aufschüttungen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Deponienutzung		Ausschluss; Begründung: Unvereinbarkeit mit der Halden/Deponienutzung.	k.A.	nein
Ued_WIND_	Uedem	15	3	3	3	3	3	AFA	Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-		15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

001								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Windkraftanlagen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (weit überw.), • eine WEA (randlich)	Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen. Siehe auch Anmerkungen bei Ued_WIND_003.			
Ued_ WIND_ 002	Uedem	51	k. A	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 75%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 70%) BV besond. Bedeutung LSG Schadflächen Kyrill (ca. 10%) Mischwald (tlw., ca. 50%) Nadelwald (tlw., ca. 50%) Bodendenkmal (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Die Belange des Bodendenkmalschutzes können voraussichtlich auf nachfolgenden Verfahrensebenen z.B. über die konkrete Anlagenstandortwahl oder vorlaufende Sicherungsmaßnahmen hinreichend berücksichtigt werden. Der hohe Nadelwaldanteil und die relativ gut verteilten Kyrill-Schadflächen bieten gute Chancen, auf nachfolgenden Verfahrensebenen die Mischwaldflächen möglichst zu schonen (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird). Die ökologisch wertvolleren Teilbereiche dieses Waldgebietes (BV herausragender Bedeutung) befinden sich – bis auf marginale Flächenanteile) erst deutlich weiter südlich (außerhalb des Potenzialbereiches). In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplanungsbehörde ein Schreiben vom 18.02 des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum Baumanagement Düsseldorf – Referat K 4 – TÖB, zugegangen ist, in dem auf die etwaige Beeinträchtigung der militärischen Belange der Bundeswehr durch die Raumplanung eingegangen wird. Hierbei wurde besonders betont, dass Windenergieanlagen im Bereich Ued_WIND_002,	Ausschluss; Begründung: Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) führen dazu, dass aus Vorsorgeerwägungen in Bezug auf die Schutzinteressen des Militärs eine Nichtdarstellung vorgesehen wird - aufgrund der großen und insoweit kritischen Nähe zur betreffenden zu erhaltenden Anlage.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Planungsbeschluss

									Ued_WIND_003 und Ued_WIND_006 die Zustimmung verweigert wird. Des Weiteren wurde u.a. auch für die auch für die weitere Entfernung (bis 50 km; mit Staffelungen bei Höhen) um die LV-Anlage Marienbaum mitgeteilt, dass gegen die „Umsetzung Ihrer Planung“ keine Einwände bestehen, wenn WEA nicht höher gebaut werden, als für die einzelnen Entfernungsklassen im Schreiben genannte Höhen. Allerdings wurde auch nicht geschrieben, dass höheren Bauwerke zwingend die Zustimmung verweigert wird, Hinweis: Uedem ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur zu sehr kleineren westlichen Anteilen als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist (d.h. der überwiegender Teil gar nicht). Zur Kulturdenkmalsthematik (kleiner Teil entsprechend in der Waldfunktionskarte gekennzeichnet) wird ergänzend auf die Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung und die hinreichenden Lösungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensstufen hingewiesen. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015, dass sich voraussichtlich auch auf Ued_WIND_003 bezieht: *„Durch den geplanten Windenergiebereich sind die Archäologischen Bereiche „Römischer Limes und Limesstraße" und „Mari-*			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									enbaumer Hochwald" (AB I und X des LVR-FB KL RPD) mit zahlreich erhaltenen vorgeschichtlichen Grabhügeln und römischen Übungslagern als Bodendenkmäler erhalten, weiterhin vermutete Bodendenkmäler wie Siedlungen, Gräberfelder und römische Militäreinrichtungen. *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung des nördlichen Windenergiebereichs zu verzichten. Für den südlichen Bereich sind die Belange der Bodendenkmalpflege* frühzeitig zu berücksichtigen." Der Argumentation wird jedoch – auch für Ued_WIND_003 - nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Ued_WIND_003	Uedem	108	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BGG (tlw., ca. 70%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 60%) 300 m um BSN (ca. 40%) BV besond. Bedeutung (tlw., über ca. 95%) LSG Schadflächen Kyrill (tlw., ca. 30%) Mischwald (tlw., ca. 45%) Nadelwald (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft	Die umfangreichen Schadflächen von Kyrill (und der hohe Nadelwaldanteil bieten auf nachfolgenden Ebenen gute Voraussetzungen dafür, dass WEA auf relativ konfliktarmen Teilflächen errichtet werden können (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird). In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass der Regionalplanungsbehörde ein Schreiben vom 18.02 des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum Baumanagement Düsseldorf – Referat K 4 – TÖB, zugegangen ist, in dem auf die etwaige Beeinträchtigung der militärischen Belange der Bundeswehr durch die Raumplanung eingegangen wird. Hierbei wurde besonders betont, dass Windenergieanlagen im Bereich Ued_WIND_002, Ued_WIND_003 und Ued_WIND_006 die	Ausschluss; Begründung: Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) führen dazu, dass aus Vorsorgeerwägungen in Bezug auf die Schutzinteressen des Militärs eine Nichtdarstellung vorgesehen wird - aufgrund der großen und insoweit kritischen Nähe zur betreffenden zu erhal-	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Beteiligungsabschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung, • Lichtungen (tlw., Kyrill-Schadflächen)	Zustimmung verweigert wird. Des Weiteren wurde u.a. auch für die weitere Entfernung (bis 50 km; mit Staffelungen bei Höhen) um die LV-Anlage Marienbaum mitgeteilt, dass gegen die „Umsetzung Ihrer Planung“ keine Einwände bestehen, wenn WEA nicht höher gebaut werden, als für die einzelnen Entfernungsklassen im Schreiben genannte Höhen. Allerdings wurde auch nicht geschrieben, dass höheren Bauwerken zwingend die Zustimmung verweigert wird. Hinweis: Uedem ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur zu sehr kleineren östlichen Anteilen als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist (d.h. der überwiegender Teil gar nicht). Siehe auch Ausführungen bei Ued_WIND_002.	tenden Anlage.		
Ued_ WIND_ 004	Uedem,	17	0	0	0	0	3	AFA (tlw., ca. 5%) Waldbereiche (Regionalplan) (überw., ca. 95%) BSLE WSZ IIIA (kleinflächig) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 95%) LSG Mischwald (kleinflächig) Nadelwald (tlw., ca. 95%) Bodendenkmal (tlw., ca. 65%)	Die Belange des Bodendenkmalschutzes können voraussichtlich auf nachfolgenden Verfahrensebenen z.B. über die konkrete Anlagenstandortwahl oder vorlaufende Sicherungsmaßnahmen hinreichend berücksichtigt werden. Der hohe Nadelwaldanteil bietet gute Chancen, auf nachfolgenden Verfahrensebenen die marginal vorhandenen Mischwaldflächen möglichst zu schonen (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird). Hinweis: Uedem und Weeze sind keine waldarmen Kommunen im Sinne von Kap.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Goc_WIND_013-A; Ued_WIND_004; Wee_WIND_001	3	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft und Landschaftsschutzgebiet (überw.); • Flächen für die Landwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.); • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. In der unmittelbaren Umgebung gibt es westlich südlich und südöstlich zudem größere Waldbereiche und Darstellungen für die Windenergienutzung im RPD. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich (auch unter Einbeziehung technischen Fortschritts) entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen. Siehe auch Anmerkungen bei Ued_WIND_003.			
Ued_WIND_006	Uedem	16	k.A	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA BSAB (tlw., ca. 35%) Sondierungsbereich für BSAB tlw., ca. 50% FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche		Ausschluss, Begründung: Ein Großteil des Bereiches wird noch für Abgrabungszwecke benötigt oder zumindest als unabgegrabener Bereich dafür raumordnerisch gesichert. Die verblei-	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung (überw.) • Abgrabung (kleinflächig)		bende Fläche ist unter 10 ha groß.		
Wac_ WIND_ 001	Wachten-donk	25	0	0	2	3	3	AFA BSLE (ca. über 95%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 5%) LSG (tlw., ca. 90%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca.5%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (überw.) • Flächen für die Forstwirtschaft (kleinteilig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung			8	ja, als Windenergiebereich
Wac_ WIND_ 003	Wachten-donk	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 15%) LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):		Ausschluss; Begründung: In der Nachbarkommune Kerken soll im Nordosten von Kerken in großem Umfang Raum für die Windenergienutzung über Windenergiebereichsdarstellungen geschaffen werden. Angesichts der	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft (tlw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Fortwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)		Nähe dieser Bereiche, aber vor allem aufgrund der deutlich höheren ökologischen und landschaftlichen Bedeutung soll vor diesem Hintergrund auf die Darstellung dieses Windpotenzialbereiches als Windenergiebereich verzichtet werden. Damit wird eine Überlastung dieses Teilraumes (Südwesten von Kerken und kleinräumig Wachtendonk) im Umfeld der bebauten Bereiche von Kerken durch regionalplanerische Windenergiebereiche vermieden.		
Wee_ WIND_ 001	Weeze	3	0	0	0	0	3	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE WSZ IIIA BV besond. Bedeutung LSG Mischwald Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Die Belange des Bodendenkmalschutzes können voraussichtlich auf nachfolgenden Verfahrensebenen z.B. über die konkrete Anlagenstandortwahl oder vorlaufende Sicherungsmaßnahmen hinreichend berücksichtigt werden. Der hohe Nadelwaldanteil bietet gute Chancen, auf nachfolgenden Verfahrensebenen die marginal vorhandenen Mischwaldflächen möglichst zu schonen (ohne dass dies hiermit zur zwingenden Bedingung gemacht wird) . Hinweis: Uedem und Weeze sind keine waldarmen Kommunen im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Goc_WIND_013-A; Ued_WIND_004; Wee_WIND_001	3	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. In der unmittelbaren Umgebung gibt es westlich südlich und südöstlich zudem größere Waldbereiche und Darstellungen für die Windenergienutzung im RPD.			
Wee_ WIND_ 002	Weeze	63	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 70%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 30%) BGG (tlw., ca. 65%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 35%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 30%) LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 30%) Nadelwald (tlw., ca. 5%) Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 85%) • Flächen für die Forstwirtschaft (tlw., ca. 15%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 85%)	Bei der konkreten Umsetzungsplanung kann ggf. auf die Biotopflächen besonderer Bedeutung Rücksicht genommen werden (ohne dass dies hiermit zur Bedingung gemacht wird), Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur zu sehr kleinen nördlichen Teilen als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist (überwiegender Teil der Waldflächen gar nicht). In der unmittelbaren Umgebung gibt es nördlich, südlich und östlich zudem größere Waldbereiche und Darstellungen für die Windenergienutzung im RPD. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 15%)	Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.			
Wee_ WIND_ 003	Weeze	16	0	0	0	2	3	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 10%) LSG (tlw., ca. 80%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: – (11/2013): Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbe-reiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier evtl. der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. – (01/2014): Die Fläche liegt im Bauschutzbereich des Flughafens Niederrhein, zwar außerhalb der Hindernisbegrenzungsflächen jedoch in unmittelbarer Nähe zur Sichtan- und –abflugstrecke „NOVEMBER“, deshalb bleiben etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe des Luftverkehrsrechtes unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) wären auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.	Ausschluss; Begründung: Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden könnten (z.B. ggf. Anflugsroutenbeschränkungen oder ggf. Pflichtmeldepunktsänderungen), so dass dies einer Darstellung nicht zwingend entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zwingend zu einem Ausschluss. Allerdings sind hier	5	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									Die Belange der Rohstoffwirtschaft (BSAB und Abgrabung in unmittelbarer Nähe und im Bereich selber – wie im Großteil der Planungsregion – Kiese und Sande vorhanden – führten nicht zur Streichung der Darstellung als Windenergievorbehaltsbereich.	bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen und ist in jedem Fall aufgrund der spezifischen Lage zwischen dem Pflichtmeldepunkt November und dem Flughafen Niederrhein in Verbindung mit einer großen Nähe zum etablierten und dem Eindruck nach sachgerechten Pflichtmeldepunkt so starke Einschränkungen für die Flexibilität und evtl. auch die Sicherheit des Luftverkehrs gegeben, dass hier vorsorglich zur Begrenzung der Auswirkungen auf den Luftverkehr durch WEA auf eine Darstellung verzichtet wird. Das heißt, es wird anders als im Entwurf gemäß Regionalratsbeschluss vom 18.09.2015 auch keine Darstellung als Windenergiebereich vorgesehen (Neugewichtung aufgrund vorstehender eigener regionalplanerischer Erwägungen).		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Wee_ WIND_ 004	Weeze	15	0	0	0	0	2	AFA (tlw., ca. 10%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., 90%) BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 30%) LSG Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 20%) Nadelwald (tlw., ca. 40%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.); • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinerer Teil) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (twl.; ca. 40%); • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 60%)	Bei der konkreten Umsetzungsplanung kann ggf. auf die Biotopflächen besonderer Bedeutung Rücksicht genommen werden (ohne dass dies hiermit zur Bedingung gemacht wird). Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Die hier standörtlich relevanten Belange des Militärs (LV Radar Uedem-Marienbaum) sind auf nachfolgenden Verfahrensebenen zu berücksichtigen. Es wird dabei davon ausgegangen, dass dies nicht dazu führt, dass WEA nicht in dem Bereich entsprechend errichtet werden können. Dies, d.h. ein Ausschluss, ist aber nicht ausgeschlossen.		2	ja, als Windenergiebereich
Wee_ WIND_ 005	Weeze	16	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Kreistag Beschluss

								gationsanlagen: Verkehrsflughafen Niederrhein Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktu-		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										ell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Wee_WIND_006	Weeze	130	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrsflughafen Niederrhein Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden). Ergänzt wird dies um den Grund der Feindifferenzierung der lokalen Biotopverbundstruktur als raumgliederndes Element.	k.A.	nein

Stand: Umlage in für den Aufstellungsbeschluss

Wee_ WIND_ 007	Weeze	18	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (tlw., ca. 15%) BSLE (tlw., ca. 70%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG (tlw., ca. 40%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (überw.) • Fläche für die Landwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche und sehr nah an und kritisch zur Landebahn.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein
Wee_ WIND_ 008	Weeze	231	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 10%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 90%) BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 90%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle).	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrecht-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlage- und Anhörungsbeschluss

								gationsanlagen (tlw., ca. 85%) Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 70%) Nadelwald (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 85%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (überw.) • Fläche für die Landwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche und sehr nah an und kritisch zur Landebahn.	lich zwingende Zulassungshürden).		
Wee_WIND_009	Weeze	117	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG (tlw., ca. 50%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5%) WSZ IIIA (tlw., ca. 40%) BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirt-	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbe-reiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche und sehr nah an und kritisch zur Landebahn.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlage-Beschluss

								schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung Grenzüberschreitendes: • Angrenzend Gebäudenutzung (auf NL-Seite)				
Wee_WIND_010	Weeze	91	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 80%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 20%) BSAB (tlw., ca. 20%) BSLE (tlw., ca. 70%) BV herausr. Bedeutung (tlw., ca. 15%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 25%) LSG (tlw., ca. 75%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (tlw., ca. 95%) Mischwald (tlw., ca. 10%) Nadelwald (tlw., ca. 5%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.; Ca. 75%) • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) • Fläche für Abgrabungen mit aufrechter Genehmigung (Änderungsbereich) (tlw.; ca. 20%) • Archäologische Fundstelle	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur in der Waldfunktionskarte – auch nur als unterste von zwei Stufen – vermerkten Sichtschutzthematik wird auf E.F. 7 verwiesen und auf die nördlich angrenzenden weiteren Waldflächen hingewiesen. Von einer Vereinbarkeit mit der Thematik Thematik Archäologie wird aufgrund der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensstufen ausgegangen. Von einer Vereinbarkeit mit der BSAB-Darstellung und der Abgrabung wird in diesem Fall insb. aufgrund des sehr weiten Abgrabungsfortschritts und der Kleinflächigkeit des realen Flächenbedarfs für WEA und Zuwegungen in ausgegangen. Ungeachtet dessen ist anzumerken, dass die substantielle Rohstoffgewinnung hier nicht in Frage gestellt werden darf. Die WEA können aber z.B. ggf. so positioniert wer-	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilberei-chen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.; ca. 75%) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig) • Abgrabung (tlw.; ca. 20%)	den, dass sie auf bereits ausgekiestem Gelände oder Randflächen errichtet werden. In jedem Fall ist die Windenergienutzung die Nachfolgenutzung und stellt bereits daher die Abgrabung nicht in Frage. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt weit überwiegend (zusammenhängende Restflächen unter 10 ha) innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche und sehr nah an der Landebahn. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015: *„Windenergiebereich und BSAB südlich Flughafen Weeze (Blatt 08) :* *Durch den geplanten Windenergiebereich, zugleich Bereich zur Sicherung und Abbau oberflächennaher Bodenschätze, ist der südliche Abschnitt des Archäologischen Bereichs „Die Hees" (AB XI des LVR-FB KL RPD) betroffen. Dieser archäologische Siedlungs- und Nutzungsraum auf einem Höhenrücken oberhalb von Niederungen*	Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegen-über der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		

Stand: Unterlagen für den Kreistag Kleve

									weist eine dichte Besiedlung in ur- und frühgeschichtlicher, römischer und mittelalterlicher Zeit auf. Durch Plaggeneschvorkommen bzw. künstliche Bodenaufträge gibt es großflächig eine gute Konservierung archäologischer Fundplätze. Der Planbereich ist weiterhin durch metallzeitliche Grabhügelfelder und militärische Nutzungen im zweiten Weltkrieg und in der Nachkriegszeit gekennzeichnet. *Wir empfehlen dringend, den Windenergiebereich auf den südlichen Abschnitt zu begrenzen."* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Wee_ WIND_ 011	Weeze	17	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 35%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw.): Verkehrsflughafen Niederrhein nördlich Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesigns, neue technische Lösungen,	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Wee_ WIND	Weeze	41	k.	k.	k.	k.	k.	AFA (überw.; >95%)	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kom-	Ausschluss; Be-		nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

012			A.	A.	A.	A.	A.	Waldbereiche (Regionalplan) (kleinflächig) BSLE (überw., ca. 75%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 30%) LSG (überw., ca. 75%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) • WEA-Zone (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig) • 1 WEA (kleinflächig)	mune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt weit überwiegend (zusammenhängende Restflächen unter 10 ha) innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	gründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilberei-chen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fra-gen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegen-über der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch		

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

										Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Er-gebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Wee_WIND_013	Weeze	11	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Flugplatz Wee-ze nördlich FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-te inkl. nachrichtliche Übernah-men): • Fläche für die Landwirt-schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nut-	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzberei-ches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungs-flächen voraussichtlich durchdrungen. Wei-terhin wird hier der Sichtflugbetrieb beein-trächtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aus-sicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbe-hörde vom 28.02.2014 hinge-wiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Be-reiche.		k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								zung	Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.			
Wee_WIND_014	Weeze	16	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. 20%) 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung LSG (kleinflächig, ca. 10%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der	Ausschluss; Begründung: Vorsorgender Abstand zum Ostteil des Bereiches Traberpark, damit dort bestehende oder künftige Ferienhausnutzungen nicht gestört wer-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

								gationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung • 1 WEA (kleinflächig)	Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	den (ca. 600 m Abstand).		
Wee_WIND_015	Weeze	3	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Wald (Regionalplan) BSLE BV besonderer Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 60%) Nadelwald (tlw., ca. 40%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstw. Nutzung	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein und des Anlagenschutzbereiches gem. § 18a LuftVG. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Wee_ WIND_ 016	Weeze	26	0	3	0	3	3	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrsflughafen Niederrhein Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde Anfang 2014: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Im Nachgang wurden seitens der Landesluftfahrbehörde (Schreiben des Dezernates 26 an die Kommunen Weeze und Kevelaer vom 28.02.2014; Az.: 26.01.01.08 NW8148) jedoch im Kontext von FNP-Verfahren Konkretisierungen vorgenommen. Im Hinblick auf die Mindestanforderungen an die Gewährleistung des sicheren und störungsfreien Sichtflugbetriebes werde danach der Errichtung und dem Betrieb von Windkraftanlagen in den nachstehend (Auszug aus dem Schreiben) anhand der Grundsätze für den Sichtflug – textlich definierten Bereiche (Flächen) nicht zugestimmt:		9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

									1. Nördliche und südliche „Platzrunden“ Beschreibung: „Schutzbereiche“ (Gegenanflug, Queranflug, Endteil) für die nördliche und südliche Platzrunde vom Einflug in den Gegenanflug bis zur Landung bzw. nach dem Start bis zum Ausflug aus dem Querabflug. (Grundlagen: Standardplatzrunden, entsprechend den Grundsätzen des Bundes und der Länder für die Regelung des Flugverkehrs an Flugplätzen ohne Flugverkehrskontrollstelle (Nachrichten für Luftfahrer NfL II -71/01; Geometrie der Platzrunde, An - und Abflugverfahren) in Verbindung mit der Richtlinie des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb, Ziffer 6. (NfL I 92/13, Schutz der Platzrunde) Die Errichtung von WKA ist nicht akzeptabel: - Innerhalb der sog. Platzrunden: **generell** - Innerhalb des Mindestabstandes zum Gegenanflug: **400 m** - Innerhalb des Mindestabstandes zu den anderen Teilen von Platzrunden (inkl. Kurventeilen): **850 m** 2. An - und Abflugrouten Beschreibung: „Schutzbereiche“ der Anflüge über die Pflichtmeldepunkte (November, Sierra) in die Gegenanflüge der „Platzrunden“ (östliche, mittlere und westliche Anflugroute über Pflichtmeldepunkt November (N) in die Nord - Platzrunde; östliche, mittlere und westliche Anflugroute über Pflichtmeldepunkt Sierra (S) in die Süd - Platzrunde und in Gegenrichtung (Abflüge) von den Querabflügen zu den Pflichtmeldepunkten. - Korridorbreite mind. **1000 m** (zur Routenachse:+/- 500 m)			

Stand: Unterlagen für d… Abschluss

									3. Direkte An - und Abflüge nach Sichtflugregeln Beschreibung: „Schutzbereiche" für den Sichtflugbetrieb auf die und von der Start/ Landebahn innerhalb der Kontrollzone (in der Verlängerung der Achse der Start /Landebahn) - Korridorbreite mind. **1000 m** (zur Routenachse:+/- 500 m) Vorbehaltlich einer weiteren Einzelfallprüfung kann unter Berücksichtigung der „Schutzzonen" zum derzeitigen Zeitpunkt die Ausweisung von Flächen zur Nutzung der Windenergie in der Umgebung des Flughafens Niederrhein (EDLV) nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Der Schutz der Hindernisfreiflächen für die Durchführung des Instrumentenflugbetriebes am Flughafen Niederrhein bleibt von dieser Vorgabe unberührt. Der Bereich Wee_WIND_016 liegt außerhalb dieser so definierten entsprechend kritischen Bereiche. Es wird für den Bereich eine Darstellung im Regionalplan vorgesehen. Die Regionalplanung sieht den Bereich vorbehaltlich der Thematik der Luftverkehrssicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftverkehrssicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfol-			

Stand: Unterlagen für den Beschluss

									genden Verfahrensebenen ergeben können.			
Wee_WIND_017	Weeze	27	0	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrsflughafen Niederrhein Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich liegt innerhalb der entsprechend kritischen Bereiche.	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht den Bereich abgesehen von der der Thematik der Luftsicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftsicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans prinzipiell möglich z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftsicherheit noch viele Fragen offen. Fernen können und werden hier im Rahmen einer Neugewichtung gegenüber der Fassung des RPDs gemäß RR-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Anhörungsentwurf

										Beschluss vom 18.09.2015 auch Belange der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit stärker einbezogen. Im Ergebnis führt dies dazu, dass aus Gründen der vorsorgenden Berücksichtigung der Luftsicherheit aktuell unter Bezugnahme auf das Schreiben des Dezernates 26 vom 28.02.2014 (siehe Wee_WIND_016) auf eine Darstellung verzichtet wird.		
Wee_WIND 018	Weeze	7	0	3	0	3	3	AFA (tlw., ca. 70%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., 30%) BSLE 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 30%) LSG Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (tlw.): Flugplatz Weeze nördlich Schadflächen Kyrill (kleinflächig) Mischwald (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernah-	Hinweis: Weeze ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort nur zu kleinen Teilen als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist (Rest gar nicht). Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Niederrhein. Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kev_WIND_004; Wee_WIND_018	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								men): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) • WEA-Zone (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig) • 1 WEA (kleinflächig)	Hindernisbegrenzungsflächen voraussichtlich durchdrungen. Weiterhin wird hier der Sichtflugbetrieb beeinträchtigt. Auf § 12 LuftVG weise ich hin. Auch hier wird auf das spätere Schreiben des Dezernates 26 / der Landesluftfahrtbehörde vom 28.02.2014 hingewiesen. Siehe dazu Wee_WIND_016. Der Bereich außerhalb der entsprechend kritischen Bereiche. Es wird für den Bereich eine Darstellung im Regionalplan vorgesehen. Die Regionalplanung sieht den Bereich vorbehaltlich der Thematik der Luftverkehrssicherheit als geeignet für eine Windenergienutzung an. Bezüglich der Luftverkehrssicherheit erscheint es auch binnen der Laufzeit des Regionalplans z.B. über entsprechend angepasste Vorhabensdesgigns, neue technische Lösungen, neue standörtliche Luftverkehrsregelungen oder neue Richtlinien zu einer Vereinbarkeit von WEA und Luftverkehrssicherheit zu kommen (und sei es ggf. auch nur auf Teilbereichen). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Met_WIND_001	Mettmann	12	3	3	0	3	3	AFA (tlw., ca. 90%) BSLE (tlw., ca. 5%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) LSG (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 10%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Merersberg	Bezüglich des Wetterradarstandortes in Essen ist unter Berücksichtigung der Abstände davon auszugehen, dass hier fachrechtlich Möglichkeiten der WEA-Zulassung bestehen, die den Weiterbetrieb des Wetterradars hinreichend ermöglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neben den Interessen der Radarnutzung auch ein öffentliches Interesse am Ausbau der Windkraftnutzung gibt. Gesichert ist die Vereinbarkeit jedoch nicht. Die Fläche liegt im Umfeld des Segelflugge-		12	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Beteiligungsabschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • überwiegender Teil des Windpotenzialbereiches (ca. 75%): Fläche für Versorgungsanlagen; hier Windkraft (bauliche Höhe ist auf max. 100m festgesetzt). • Kleinerer Teil (ca. 25%): Fläche für die Landwirtschaft. Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung	ländes Meiersberg. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesmi-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									nisterium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist zur Frage von „Spielräumen“ auf eine aktuelle Rechtsprechung zur Thematik Drehfunkfeuer hinzuweisen: VG Oldenburg, Urteil vom 05.02.2014; 5 B 6430/13. Ebenso zu erwähnen ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Auch der technische Fortschritt ist zu beachten als mögliche Lösungsoption: In diesem Kontext ist generell (nicht speziell bezogen auf diese Windpotenzialfläche) zum Thema Drehfunkfeuer zu vermerken, dass z.B. Doppler-VOR nach hiesiger Kenntnis oftmals störunempfindlicher sein dürften, als z.B. CVOR, so dass sich bei Umrüstungen positivere Einschätzungen ergeben könnten (Indiz: Schreiben des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vom 22.07.2015, S. 2, an das Dezernat 26 der Beziksregierung Düsseldorf zu Windkraftplanungen in der Gemeinde Vettweiß, ST/5.5.1/0146-001/15). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Damit wird gleichzeitig auch der Thematik des Wetterradars hinreichend Rechnung getragen.			

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Gleiches gilt z.B. für die Thematik Wetterradar.			
Rat_WIND_001	Ratingen	12	0	0	3	1	0	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE Regionale Grünzüge BV besond. Bedeutung LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Flughafen Düsseldorf Mischwald FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Bereich ist insgesamt Fläche für Wald • Bereich wird von West nach Ost durch eine im FNP dargestellte Postrichtfunkstrecke durchschnitten • Bereich liegt in einem Landschaftsschutzgebiet mit im FNP nachrichtlich übernommenen einzelnen Naturdenkmälern • Bereich grenzt im Westen an die Schutzzone 2 gemäß Lärmschutzgesetz • Erg. Hinweis: laut Auskunft der Stadt vom 13.03.2013 sind im FNP keine Flächen für Windkraftnutzung dargestellt Realnutzung der Oberfläche	Bezüglich des Wetterradarstandortes in Essen ist unter Berücksichtigung der Abstände davon auszugehen, dass hier fachrechtlich Möglichkeiten der WEA-Zulassung bestehen, die den Weiterbetrieb des Wetterradars hinreichend ermöglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neben den Interessen der Radarnutzung auch ein öffentliches Interesse am Ausbau der Windkraftnutzung gibt. Gesichert ist die Vereinbarkeit jedoch nicht. Hinweis: Lage innerhalb des Hindernisüberwachungsbereichs Anflugsektor Verkehrsflughafen Düsseldorf. Siehe auch: http://www.duesseldorf.de/planung/stadtentw/hochhaus/hhkonzept/flughafen.shtml Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 12, 18a LuftVG weise ich hin. Hinweis: Ratingen ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen	Ausschluss; Begründung: Auf die Darstellung im Regionalplan wird aus Gründen des vorsorgenden Schutzes des Luftverkehrs verzichtet. Entscheidend für den generellen Ausschluss – statt z.B. der Option eines Vorbehaltsbereiches – ist hier nicht alleine die Nähe und die ungünstige Lage zur Landebahn eines besonders stark frequentierten Flughafen, sondern vor allem die Kombination mit den topographischen Verhältnissen (Höhenlage zur Landebahn). Hier ist das Risiko auch in der Abwägung mit den Belangen der Windenergienutzung zu hoch. Dabei ist anzumerken, dass raumordnerisch im Hinblick auf die Energieeffizienz- ohnehin nur WEA	4	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • bewaldet (weit überwiegend), • Freiflächen im Wald (kleinflächig)	Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). In diesem Bereich sind Flächen für Leitungen betroffen Zur entsprechenden Thematik wird auf die Ausführungen unter E.F.15 verwiesen. Vor diesem Hintergrund ist dies standörtlich auf der Ebene der Regionalplanung nicht relevant für die Frage der regionalplanerischen Darstellung dieses Bereiches. Auf die Thematik des Wetterradars Essen (Schutzbereiche 15 km) wird hingewiesen. Dem brauchte aufgrund der Ausschlussgründe jedoch nicht nachgegangen werden	zweckmäßig wären, deren Rotorfläche deutlich oberhalb des Baumbestandes wäre (siehe auch den allgemeinen Vortext). Ergänzend käme zudem die Thematik der Anlagenschutzbereiche hinzu, die alleine schon dazu geführt hätte, dass zumindest kein Vorranggebiet vorgesehen worden wäre..		
Rat_WIND_002	Ratingen	75	0	0	0	0	1	Wald BSLE Regionale Grünzüge BV besond. Bedeutung LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen Mischwald (tlw., ca. 50%) Nadelwald (tlw., ca. 40%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Bereich ist insgesamt Fläche für Wald • Bereich wird von Süd nach Nord durch eine im FNP dargestellte Postrichtfunkstrecke durchschnitten.	Bezüglich des Wetterradarstandortes in Essen ist unter Berücksichtigung der Abstände davon auszugehen, dass hier fachrechtlich Möglichkeiten der WEA-Zulassung bestehen, die den Weiterbetrieb des Wetterradars hinreichend ermöglichen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass neben den Interessen der Radarnutzung auch ein öffentliches Interesse am Ausbau der Windkraftnutzung gibt. Gesichert ist die Vereinbarkeit jedoch nicht. Hinweis: Lage innerhalb des Hindernisüberwachungsbereichs Anflugsektor Verkehrsflughafen Düsseldorf. Siehe auch: http://www.duesseldorf.de/planung/stadtentw/hochhaus/hhkonzept/flughafen.shtml Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Wind-	Ausschluss; Begründung: Auf die Darstellung im Regionalplan wird aus Gründen des vorsorgenden Schutzes des Luftverkehrs verzichtet. Entscheidend für den generellen Ausschluss – statt z.B. der Option eines Vorbehaltsbereiches – ist hier nicht alleine die Nähe und die ungünstige Lage zur Landebahn eines besonders stark frequentierten Flughafen, sondern vor allem die Kombination mit den topographischen	1	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								• Bereich liegt in einem Landschaftsschutzgebiet • Bereich liegt in Schutzzone 2 gemäß Lärmschutzgesetz • Erg. Hinweis: laut Auskunft der Stadt vom 13.03.2013 sind im FNP keine Flächen für Windkraftnutzung dargestellt Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • bewaldet (gut 50%, Freiflächen im Wald (knapp 50%)	kraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 12, 18a LuftVG weise ich hin. Hinweis: Ratingen ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Auf die Thematik des Wetterradars Essen (Schutzbereiche 15 km) wird hingewiesen. Dem brauchte aufgrund der Ausschlussgründe jedoch nicht nachgegangen werden.	Verhältnissen (Höhenlage zur Landebahn). Hier ist das Risiko auch in der Abwägung mit den Belangen der Windenergienutzung zu hoch. Dabei ist anzumerken, dass raumordnerisch im Hinblick auf die Energieeffizienz- ohnehin nur WEA zweckmäßig wären, deren Rotorfläche deutlich oberhalb des Baumbestandes wäre (siehe auch den allgemeinen Vortext). Ergänzend käme zudem die Thematik der Anlagenschutzbereiche hinzu, die alleine schon dazu geführt hätte, dass zumindest kein Vorranggebiet vorgesehen worden wäre.		
Dor_WIND_001	Dormagen	23	3	3	3	3	3	AFA BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone			15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw) • WEAs (kleinflächig)				
Dor_WIND_002	Dormagen	8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA LSG (marginal) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich (inkl. Umfeld) der FNP-Windkraftflächen in Dormagen und angrenzender Bereiche in Rommerskirchen westlich der B477	k.A.	nein
Dor_WIND_003	Dormagen	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Aufschüttungen und Ablagerungen: Halde FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Halde		Ausschluss; Begründung: Unvereinbarkeit mit der Halden/Deponienutzung.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Grev_ WIND_ 001	Greven-broich	24	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014).	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Ausschuss Gesundheit

									Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Grev_WIND_002-A	Grevenbroich	29	3	3	1	3	3	AFA Regionale Grünzüge (tlw., ca. < 5%) WSZ IIIA (tlw., ca. 55%) BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG (tlw., ca. 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Entfernung zu den südlich gelegenen Potenzialbereichen Grev_WIND_003, Gev_WIND_021 und Rom_WIND_022-A ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht. Hinzuweisen ist ferner darauf, dass für den Bereich nördlich Genehmigungen für zwei Windenergieanlagen auf dem Gebiet der Stadt Neuss vorliegen. Das OVG hat mit Beschluss vom 06. Mai 2016 den sofortigen Vollzug wieder hergestellt (8 B 866/15). Hier besteht auch eine FNP-Konzentrationszone. Hinweis: Grev_WIND_002-B liegt gemäß den Unterlagen zur 3. Beteiligung im Puffer um Siedlungsdarstellungen und ist daher keine Potenzialfläche außerhalb von Tabu-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_002-A; Neu_WIND_002	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

									bereichen mehr. Gleiches gilt für Grev_WIND_036.			
Grev_ WIND_ 003	Greven-broich	74	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (kleinflächig) BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Richtfunkstrecke mit Schutzabständen (tlw.) • Reservefläche für die Trinkwasserversorgung Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Entfernung zum nördlich gelegenen Potenzialbereich Grev_WIND_002 und Grev_WIND_036 ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht. Siehe auch Ausführungen u.a. zum LVR bei Grev_WIND_021.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Grev_ WIND_ 004	Greven-broich	15	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde. Hier wurde der Bereich im Zuge der Streichung von u.a. Grev_WIND_003 mit abgehandelt (unter Ä3BT-W-KÜ-Grevenbroich – Rommerskirchen Nr. 01).	k.A.	nein
Grev_ WIND_ 005-A	Greven-broich	71	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (kleinflächig) BV besond. Bedeutung (tlw., ca.	Hinweis: Ein kleinerer Teil (Grev_WIND_005-B) von ehemals Grev_WIND_005 liegt im 200 m Abstands-	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begrün-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	bereich zum einem bei der 3. Beteiligung vorgesehenen GIB-Sondierungsbereich und ist daher keine Potenzialfläche außerhalb von Tabubereichen mehr. Dies ergibt sich aus dem Planentwurf und den Kriterien in 7.2.15.Anlage 1.	dung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		
Grev_WIND_006	Grevenbroich	71	0	3	1	3	3	AFA (tlw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 5%) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw., ca. über 95%) • Wald (kleinflächig) • Fläche für Windenergieanlagen (tlw., ca. über 95%.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überwiegend) • Waldflächen (kleinflächig) • WEAs (kleinflächig)	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Vorbelastung durch vorhandene WEA in Grev_WIND_006, geringe Waldflächenbetroffenheit, Umgebung etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass Waldbestand am Standort zwar in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) als Erholungswald gekennzeichnet ist, aber dies sind nur sehr kleine Flächen und hier kann es ggf. Belastungsminderungen über die detaillierte Standortplanung auf nachfolgenden Ebenen geben. Das Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung angezeigt.		10	ja, als Windenergiebereich
Grev_WIND_007	Grevenbroich	78	2	0	0	3	3	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. unter 5%) BSAB (insb. Braunkohle)	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Vorbelastung durch	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus:	8	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								BSLE (tlw., ca. 65%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 70%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 90%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	in Grev_WIND_007 vorhandene WEA, geringe Waldflächenbetroffenheit, Umgebung etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der geringe Waldbestand am Standort in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gar nicht vermerkt ist. Das Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung für den weit überwiegenden Teil (bis auf Nordwesten) angezeigt. Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Westlich angrenzend wurden auf dem Gebiet der Kommune Bedburg im Jahr 2015 Windkraftanlagen errichtet (vgl. http://www.energieatlasnrw.de/site/ => Karte Bestand Erneuerbare Energien). Insoweit besteht hier eine gewisse randliche Vorprägung.	Grev_WIND_007; Grev_WIND_025;		
Gev_ WIND_ 009	Greven-broich	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., <. 5%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., >. 95%) Aufschüttungen und Ablagerun-		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer um Windkraftanlagen-standorte gemäß	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								gen: Halde (tlw., <5%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Abbaugebiet Braunkohle		BLP im Bereich Frim-mersdorfer Höhen: hier wird aufgrund der realen Vorprägung der gleiche Abstand zum Test-feld gemäß B-Plan angelegt, wie in Kap. 7.2.15.3.10 der Begründung auch wenn im Bereich der Frim-mersdorfer Höhen keine Windener-giebereiche mehr im RPD vorgese-hen sind) (Hinweis: Grev_WIND_008 fiel weg aufgrund des Neuzuschnitts des Planungsrau-mes; es hätten aber die bisherigen Ausschlussgründe aus der 2. Beteili-gung auch gegol-ten)		
Grev_ WIND_ 010	Greven-broich	81	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 90%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 10%) Aufschüttungen und Ablagerungen: Halde (tlw., ca. 5%) BSAB BSLE (tlw., ca. 95%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen (marginal) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 10%) Unzerschnittener verkehrsarmer	Ende der Bergaufsicht wurde nach Kennt-nisstand der Regionalplanung für alle be-treffenden Teilbereiche angezeigt.	Ausschluss; Be-gründung: Lage im Puffer um Windkraftanlagen im Bereich Frim-mersdorfer Höhen; hier wird aufgrund der realen Vorprä-gung der gleiche Abstand zum Test-feld gemäß B-Plan angelegt, wie in Kap. 7.2.15.3.10 der Begründung auch wenn im	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Raum über 10 qkm (tlw., ca. 85%) Naturpark (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • öffentliche Grünfläche Golfplatz (überw.; ca. 90%) • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 10%) • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) • Flächen, die unter Bergaufsicht stehen (kleinflächig) • Richtfunkstrecke mit Schutzabständen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Golfplatz (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Gehölze (kleinflächig)		Bereich der Frimmersdorfer Höhen keine Windenergiebereiche mehr im RPD vorgesehen sind)		
Grev_WIND_011	Grevenbroich	33	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV besond. Bedeutung Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 95%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für Windenergieanlagen, darin Fläche für die Landwirtschaft (ca. 70%) und Testfeld für WKA (ca. 30%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung angezeigt. Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach§ 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • WEAs (kleinflächig)				
Grev_WIND_012	Grevenbroich	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 15%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 85%) BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 95%) Nadelwald (tlw., ca. 45%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 5%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) BSLE FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Land- und forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Wasserfläche (kleinflächig)	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Vorbelastung durch vorhandene WEA im Umfeld, geringe Waldflächenbetroffenheit, Umgebung etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur in der Waldfunktionskarte – auch nur als unterste von zwei Stufen – vermerkten Sichtschutzthematik wird auf E.F. 7 verwiesen und auf die weiteren Waldflächen im Umfeld. Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung angezeigt. Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach § 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend.	Ausschluss; begründung: Die Fläche wird nicht im RPD dargestellt, damit die aktuelle Nutzung östlich angrenzender Bereiche als Testfeld nicht gefährdet wird. Im Falle einer späteren Aufgabe des Testfeldes könnte später ggf. erneut über eine Darstellung entschieden werden.	k.A.	nein
Grev_WIND_013	Grevenbroich	20	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. unter 5%) BSLE (tlw., ca. 85%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 80%) LSG (tlw., ca. 80%) Lärmarme Erholungsräume	Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung angezeigt. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt jedoch im militärischen Anlagenschutzbereich gem. § 18a LuftVG. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 14, 18a	Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer um Windkraftanlagenstandorte gemäß BLP im Bereich Frim-mersdorfer Höhen: hier wird	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								(tlw., ca. 60%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95%) • Flächen für die Forstwirtschaft (kleinflächig; ca. 5%) • Richtfunkstrecke mit Schutzabständen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Gehölzstreifen (kleinflächig)	LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrs- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen erge-	aufgrund der realen Vorprägung der gleiche Abstand zum Testfeld gemäß B-Plan angelegt, wie in Kap. 7.2.15.3.10 der Begründung auch wenn im Bereich der Frimmersdorfer Höhen keine Windenergiebereiche mehr im RPD vorgesehen sind)		

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

									ben können.			
Grev_ WIND_ 014	Greven-broich	40	1	3	0	3	3	AFA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 85%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung,	Bezüglich „Buscherhof“ ist davon auszugehen, dass der Windenergiebereich im aktuellen Zuschnitt einen hinreichenden Abstand einhält – auch für den Denkmalschutz. Weiteres ist auf nachfolgenden Verfahrensstufen zu klären – wobei das Fachrecht ungeachtet der Regionalplandarstellung gilt. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb sog. Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage und Beeinträchtigungen des Flugbetriebes können bei der Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_014; Kor_WIND_005; Neu_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Auftrag des Ausschusses

									Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Grev_WIND_015	Grevenbroich	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Rom_WIND_008 als Windenergiebereich führt dazu, dass der Bereich in einem Abstand von weniger als 2.500 Metern zu diesem Windenergiebereich liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. Hier wird eine Darstellung von Rom_WIND_032 verzichtet, da diese Priorisierung des südlichen Bereiches eine größere zusammenhän-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										gende Fläche – erst recht mit Rom_WIND_036 und Rom_WIND_028 zusammen – ermöglicht, die energetisch gut genutzt werden kann. Zudem greift hier aufgrund der Streichung von Rom_WIND_002 der Ausschlussgrund der zu geringen Mindestgröße (auch zusammen mit Rom_WIND_032) und – die vorstehenden Gründe reichen bereits aus - die Ausschlussgründe vom Rom_WIND_002 würden voraussichtlich auch noch übertragbar sein		
Grev_WIND_016	Grevenbroich	92	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 70%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 30%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 60%) BV besond. Bedeutung (überw., ca. 75%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen): a) Modellflug-gelände und b) Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe	Das südöstlich gelegene Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luft-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(südlich) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche die unter Bergaufsicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Wald (tlw.) • Autofahrgelände (kleinflächig)	des Segelflugplatzes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe und die Sicherheit des auf den Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe bezogenen Luftverkehrs führten zum Ausschluss. Darauf beziehen sich die Angaben rechts.	verkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Grev_WIND_018	Grevenbroich	48	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz (randlich im äußersten Nordosten) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 45%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für die Forstwirt-		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								schaft (tlw.) • Grünfläche (kleinflächig; Start- und Landebahn; Flugplatz Gustorfer Höhe) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Braunkohlenabbau (tlw.) • Segelflugplatz (kleinflächig randlich im äußersten Nordosten		Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Grev_WIND_019	Grevenbroich	51	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 5%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 50%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe (nordöstlich) Lärmarme Erholungsräume (überw., ca. 95%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für Abgrabungen/Gewinnung von Bodenschätzen (tlw.) • Fläche die unter Bergaufsicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB)		Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau				
Grev_ WIND_ 020	Greven-broich	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich Vollrather Höhe	k.A.	nein
Grev_ WIND_ 021	Greven-broich	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone IIIb • Reservefläche für die Trinkwasserversorgung Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Entfernung zum nördlich gelegenen Potenzialbereich Grev_WIND_002 und Grev_WIND_036 ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht. Auszug aus der Stgn. des LVR zum ersten Entwurf des RPD: *„Windenergiebereich südlich Neukirchen (Blatt 24):* *Durch den geplanten Windenergiebereich sind der historisch geprägte und gewachsene Kulturland-schaftsbereich „Hofanlagen bei Neukirchen" in Grevenbroich, Rommerskirchen und Dormagen (HKLB 204 des LVR-FB KL RPD) sowie der Archäologische Bereich „Jülicher Lössbörde" (AB XXVIII des LVR-FB KL RPD) betroffen. Durch die intensive, seit rund siebentausend Jahre andauernde Besiedlung und Nutzung sind*	Ausschluss; Begründung: Auf die Darstellung soll zwecks Vergrößerung des Abstandes zum Haus Horr aus Gründen des Denkmalschutzes und des Schutzes des kulturellen und kulturlandschaftlichen Erbes (siehe nebenstehenden Auszug aus Stgn. LVR). Der Abstand ermöglicht bei z.B. 150 m hohen Anlagen einen Abstand von mehr als der fünffachen Höhe und selbst bei 200 m hohen Anlagen noch die vierfache Höhe. Das ist hinreichend in der	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									zahlreiche archäologische Fundplätze wie Siedlungen, Landgüter, Gräberfelder und Nutzungsräume erhalten. Der Kulturlandschaftsbereich ist geprägt durch das besondere Landschaftsgefüge mehrerer Hofanlagen und Adelssitze des 18. und 19. Jahrhunderts (Lübisrath, Gubisrath 4, Gubisrath 6 mit Burgwüstung, Haus Horr). Die historischen Anlagen sowie die landschaftlichen Strukturen und Elemente sind zu sichern und die Einbindung der in sich geschlossenen Höfe in die freie agrarisch geprägte Landschaft zu wahren. Der geplante Windenergiebereich würde in seinem östlichen Teil dieses Gefüge und die prägenden historischen Merkmale erheblich, insbesondere bezogen auf das Baudenkmal Haus Horr, wesentlich stören. Das Herrenhaus von Haus Horr ist ein Maison des plaisance, 1738 in architektonischer Anlehnung an das kurfürstliche Schloss Falkenlust errichtet und Michel Leveilly zugeschrieben. Das Herrenhaus und die kleine barocke Schlosskapelle gegenüber der Zufahrt sind durch eine Allee verbunden; vom ehemaligen Park mit verlandeten Wasseranlagen sind Reste erhalten. Die in sich geschlossene Gutsanlage ist in ihrer Einbindung in die freie agrarische Landschaft und mit ihren landschaftlichen Elementen und Strukturen zu bewahren. Das Potential des Baudenkmals für zur Erhaltung angemessene Nutzungen würde erheblich eingeschränkt. *Wir empfehlen dringend, den Windenergiebereich mindestens um die östliche Hälfte zu verkleinern."*	Abwägung mit dem auch wichtigen Belange des Ausbaus Erneuerbarer Energien, hier der Windenergie.		
Grev_WIND_022	Grevenbroich	3	k.A. ~~2~~	k.A.	k.A. ~~3~~	k.A. ~~0~~	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im	k.A. ~~5~~	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Bereich (inkl. Umfeld) der FNP-Windkraftflächen in Dormagen und angrenzender Bereiche in Rommerskirchen westlich der B477		
Grev_WIND_023	Grevenbroich	24	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 85%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 15%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 15%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz südöstlich FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung. Teilweise zudem (500 m zum Gegenanflug und 950 zu anderen Teilen der Platzrunde Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe): Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministe-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										rium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Grev_WIND_025	Grevenbroich	<1	2	0	0	3	3	Waldbereiche BSAB (insb. Braunkohle) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Derzeit besteht ohnehin nur eine landwirtschaftliche Nutzung. Das Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung für den weit überwiegenden Teil (bis auf Nordwesten) angezeigt. Kleinstfläche von deutlich unter 1 ha liegt näher als 2.500 m am aufgrund der WEA-Vorprägung prioritären Bereich Grev_WIND_006. Dies ist aber aufgrund der geringen Größe und der zwischenliegenden visuell weitgehend trennenden Strukturen nicht hinreichend für einen Ausschluss dieser Kleinstfläche. Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondie-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_007; Grev_WIND_025;	8	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für die Offenlegungsbeschluss

									renden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.			
Gev_WIND_026	Grevenbroich	15	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. 10%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde. Hier wurde der Bereich im Zuge der Streichung von Grev_WIND_005 mit abgehandelt (unter Ä3BT-W-Grevenbroich Nr. 04). .	k.A.	nein
Grev_WIND_027 (zusammengesetzt aus den Teilflächen – A,-B, -C und -D)	Grevenbroich	46	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 5%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 70%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 70%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände (im äußersten Südosten des Bereichs) und Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe (südöstlich)	Das tangierte Modellfluggelände (randlich im äußersten Südosten) steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde des Segelflugplatzes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe und die Sicherheit des auf	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 5%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Wald (tlw.; zu kleineren Teilen) • Modellfluggelände (kleinflächig randlich im äußersten Südosten) • Autofahrgelände (kleinflächig)	den Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe bezogenen Luftverkehrs führten zum Ausschluss. Darauf beziehen sich die Angaben rechts.	Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Grev_WIND_028	Grevenbroich	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz (randlich im äußersten Nordosten) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 75%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.)		Ausschluss, Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.) • Grünfläche (kleinflächig; Start- und Landebahn), Flugplatz Gustorfer Höhe Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Braunkohlenabbau (tlw.) • Segelflugplatz (kleinflächig randlich im äußersten Nordosten		Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Grev_WIND_029	Grevenbroich	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw.) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 15%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 40%) Lärmarme Erholungsräume (überw., ca. 80%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Fläche die unter Bergaufsicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Rest-/Randfläche des Braunkohlenabbaubetriebs		Ausschluss; Begründung: Fläche zu klein (siehe Vortext des Kapitels zur Windenergie)	k.A.	nein
Grev_WIND_030	Grevenbroich	7	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 60%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 40%) BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und	Ausschluss; Begründung: Fläche zu klein (siehe Vortext des Kapitels zur Wind-	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Abgrabungen/Gewinnung von Bodenschätzen • Fläche die unter Bergaufsicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau und zugehörige Randflächen	Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	energie)		
Grev_WIND_031-A	Grevenbroich	17	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) BV besond. Bedeutung (überw., ca. 60%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Fläche die unter Bergaufsicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Umgebung, geringe Waldflächen etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der geringe Waldbestand am Standort in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gar nicht vermerkt ist. Das südöstlich gelegene Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	k.A.	nein

Stand: Unterlagen nach der Offenlegungsbeschluss

									Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.			
Grev_ WIND_ 031-B	Greven-broich	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw., ca. 90%) Waldbereiche (Regionalplan) (marginal, ca. 10%) BGG (kleinflächig) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (ca. 15%) WSZ IIIA (kleinflächig) BV besond. Bedeutung Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw., ca. 90%) • Fläche für die Forstwirtschaft (ca. 10%) • Fläche die unter Bergauf-	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Umgebung, geringe Waldflächen etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der geringe Waldbestand am Standort in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gar nicht vermerkt ist. Das südöstlich gelegene Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Rücksichtnahme auf die Emissionsmöglichkeiten des angrenzenden GIB-Z aufgrund der bestehenden lokalen Vorbelastung (Beitrag zur Begrenzung des Erfordernisses von Nutzungsbeschränkungen). Das trägt nebenbei auch dazu bei, die südöstlich angrenzenden wertigeren Freiraumbereiche zu schonen.	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Offenlegungsbeschluss

								sicht steht (gemäß §5 Abs. 4 BauGB) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw., ca. 90%) • forstwirtschaftliche Nutzung (ca. unter 10%)	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.			
Grev_WIND_032	Grevenbroich	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca.5%) BSLE BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 5%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 10%) BSLE (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Deponie mit teils forstwirtschaftlicher Nutzung	Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung angezeigt. Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach § 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Unvereinbarkeit mit der Halden/Deponienutzung.	k.A.	nein
Grev_WIND_033	Grevenbroich	38	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Aufschüttungen und Ablagerungen: Halde BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume	Das Ende der Bergaufsicht wurde nach Kenntnisstand der Regionalplanung für den weit überwiegenden Teil (bis auf Nordwesten) angezeigt. Die Fläche liegt im Umfeld des Segelflugge-	Ausschluss; Begründung: Unvereinbarkeit mit der Halden/Deponienutzun	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Satellitenausschluss

								Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Versorgungsanlagen(tlw., ca. 45%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Deponie	ländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend.	g.		
Grev_ WIND_ 034	Greven-broich	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldebereiche (Regionalplan) BSLE BV besonderer Bedeutung Nadelwald Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft • Maßnahmenfläche zum Schutz, Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft • Überschwemmungsbereich (nachrichtl. Übernahme) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstw. Nutzung	Hinweis: Grevenbroich ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Vorbelastung durch vorhandene WEA im Umfeld, geringe Waldflächenbetroffenheit, Umgebung etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort als als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet ist. Zur in der Waldfunktionskarte – auch nur als unterste von zwei Stufen – vermerkten Sichtschutzthematik wird auf E.F. 7 verwiesen und auf die weiteren Waldflächen im Umfeld.	Ausschluss; Begründung: Die Fläche wird nicht im RPD dargestellt, damit die aktuelle Nutzung östlich angrenzender Bereiche als Testfeld nicht gefährdet wird. Im Falle einer späteren Aufgabe des Testfeldes könnte später ggf. erneut über eine Darstellung entschieden werden.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Grev_ WIND_ 035	Greven-broich	1						AFA 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaf • Flächen für die Wasserwirtschaft (WSZ) • Richtfunkstrecke (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der tech-nischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014).	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde		nein

Stand: Unterlagen für den Ausschuss Gesundheit

									Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Grev_WIND_037	Grevenbroich	8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE Lärmarmer Erholungsraum BV besonderer Bedeutung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Konzentrationszone für Windkraftanlagen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde		nein
Grev_WIND_038	Neuss	38	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung •		Ausschluss; Begründung: Die Begründung erfolgt zusammen für Neu_WIND_003 und Grev_WIND_038: Teilbereiche überdecken schutzwürdige Nutzungen (inkl. Übernachtungsnutzung) in der ehemaligen Raketenstation. Die nach entsprechenden ohnehin erforderlichen Aussparungen und Abständen (500 m	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										würden zu Übernachtungsmöglichkeiten auf der Raketenstation angesetzt) verbleibenden Bereiche sind jedoch ebenfalls mit Rücksicht auf die Kulturlandschaft kritisch (Umgebung der Raketenstation und weiteren wertgebenden Strukturen südöstlich, insb. Insel Hombroich). Hinzu kommt, dass die Flächen südwestlich der Raketenstation – nach entsprechenden Abständen Potenzialflächen für eine künftige siedlungsstrukturelle Entwicklung darstellen, auch wenn diese derzeit dafür in der zeichnerischen Darstellung des RPD nicht vorgesehen sind (ein damals noch sehr viel größerer Bereich war im GEP99 Sondierungsbereich). Diese Zukunftsoption würde durch eine Windkraftnutzung deutlich erschwert (inkl. Ausschöpfung von Emissionskontin-		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										genten). Zudem würde zusammen mit den Flächen nordwestlich der BAB, die bereits für WEA vorgesehen sind ein für einen Ballungskernnahen Bereich durchaus gravierender Riegel an WEA entstehen. In der Summe weist die Fläche, die sich zusammensetzt aus Neu_WIND_003 und Grev_WIND_038 raumordnerisch zu hohe Raumnutzungskonkurrenzen für eine Darstellung als Windenergiebereich auf.		
Grev_WIND_039	Neuss	14	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (ca. 80%) Wald (ca. 20%) Aufschüttungen und Ablagerungen, Abfalldeponie (ca. 80%) BSAB FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • unbekannt Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.)		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer um Windkraftanlagen im Bereich Frimmersdorfer Höhen; hier wird aufgrund der realen Vorprägung der gleiche Abstand zum Testfeld gemäß B-Plan angelegt, wie in Kap. 7.2.15.3.10 der Begründung auch wenn im Bereich der Frimmersdorfer Höhen keine Windener-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										giebereiche mehr im RPD vorgesehen sind)		
Grev_WIND_040	Neuss	70	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Aufschüttungen und Ablagerungen, Abfalldeponie BSAB FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstw. Nutzung (ltw.)		Ausschluss; Begründung: Lage fast vollständig im Puffer um Windkraftanlagen im Bereich Frimmersdorfer Höhen; hier wird aufgrund der realen Vorprägung der gleiche Abstand zum Testfeld gemäß B-Plan angelegt, wie in Kap. 7.2.15.3.10 der Begründung auch wenn im Bereich der Frimmersdorfer Höhen keine Windenergiebereiche mehr im RPD vorgesehen sind); danach verbleibende Restfläche ganz im Westen unter 10 ha	k.A.	nein
Jüc_WIND_001	Jüchen	21	0	0	1	3	3	AFA BSLE BGG 300 m um BSN (tlw., ca. 70%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft	Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auch sind hier evtl. Belange des Modellfluggeländes Jüchen betroffen. Um das Modellfluggelände empfehle ich einen Schutzradius von 500 m. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin.	Ausschluss; begründung: Rücksichtnahme auf die historischen Gebäudeensembles Schloß Dyk, einem der bedeutendsten Wasserschlösser des Rheinlandes, des Nikolausklosters sowie die korrespondierende Park-/ und Erholungsnut-	7	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Hinzuweisen ist darauf, dass sich die Kommunen Jüchen (Schreiben vom 14.03.2014)	zung; die Abstände sind hier zu gering angesichts der herausragenden Ballung entsprechend bedeutender Bereiche und denkmalgeschützter Gebäude.		

Stand: Unterlagen für den Beteiligungsbeschluss

									und Korschenbroich (Schreiben vom 25.02.2014) in separaten Schreiben an die Bezirksregierung gegen die Darstellung dieses Bereiches im Regionalplan gewendet haben. Der Bürgermeister der Gemeinde Jüchen hat dabei u.a. auch darauf hingewiesen, dass der Rat der Gemeinde Jüchen am 13.03.2013 den Beschluss gefasst hat, dass die geplante Ausweisung von Vorranggebieten im Regionalplan im Gemeindegebiet Jüchen, insbesondere in der Nähe von Schloss Dyck, strikt abgelehnt wird. Die Gemeinde Jüchen sieht darin gemäß Ratsbeschluss einen unzulässigen Eingriff in die kommunale Planungshoheit des Gemeinderates. Der Bürgermeister bat daran anknüpfend darum, im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplans auf die Ausweisung von Windvorranggebieten im Gemeindegebiet zu verzichten und wies noch einmal darauf hin, dass insbesondere die Ausweisung eines Windvorranggebietes in der Nähe von Schloss Dyck sowohl von örtlichen Vertretern, als auch von fachbehördlichen Seiten sehr kritisch betrachtet wird. Aus dem oben genannten Schreiben der Stadt Korschenbroich vom 25.02.2014 geht insbesondere hervor, dass sich der Rat der Stadt gegen die Darstellung eines Vorranggebietes für Windenergienutzung zwischen Liedberg und Schloss Dyck in der Nähe der Ortslage Hubbelrath gewendet hat (die entsprechende Anlage zur Ratsvorlage entspricht im Prinzip Jüc_WIND_001).			
Jüc_WIND_002	Jüchen	15	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 90%): Modellfluggelände	Das tangierte Modellfluggelände (außerhalb der Fläche gelegen) steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A	nein

Stand: Unterlagen für den Planungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auch sind hier evtl. Belange des Modellfluggeländes Jüchen betroffen. Um das Modellfluggelände empfehle ich einen Schutzradius von 500 m. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumer-			

Stand: Unterlagen für den Abwägungsbeschluss

									ken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.			
Jüc_WIND 003	Jüchen	27	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 40%): Modellfluggelände FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Das tangierte Modellfluggelände (südlich außerhalb der Fläche gelegen) steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auch sind hier evtl. Belange des Modellfluggeländes Jüchen betroffen. Um	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		nein

Stand: Unterlagen für den Umweltausschluss

									das Modellfluggelände empfehle ich einen Schutzradius von 500 m. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrech-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									tes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.			
JÜC_WIND_004	Jüchen	30	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone IIIb (kleinflächig) • Durchführt von Landstraße 19n (geplant) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohleabbau (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (teilweise; zu kleineren Teilen)	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.	k.A.	nein
Jüc_WIND_005 (einschließlich Jüc_WIND_005-A und Jüc_WIND_005-B)	Jüchen	75	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Bodendenkmal (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.		
Jüc_WIND_006 (einschließlich Jüc_WIND_005-A und Jüc_WIND_006-B)	Jüchen	354	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 5%) BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe (südöstlich) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 40%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.; ca. 80%) • Konzentrationszone für Windenergieanlagen (tlw; ca. 5%) • Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wald); ca. 10% • Richtfunk mit Korridor (200m) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung. Teilweise zudem (500 m zum Gegenanflug und 950 zu anderen Teilen der Platzrunde Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe): Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr,	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

										Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Jüc_WIND_007	Jüchen	31	3	3	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 15%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 15%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für Windenergieanlagen • Fläche für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95%) • Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wald); ca. 5% Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Die Fläche liegt im Umfeld des Segelfluggeländes Grevenbroich-Gustorfer-Höhe. Von einer Vereinbarkeit mit den korrespondierenden Belangen der Luftverkehrssicherheit wird seitens der Regionalplanung aufgrund der korrespondierenden Entfernung und Lage und der Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen ausgegangen. Hier gelten – mit Ausnahme der Ausführungen zu vorhandenen WEA – die entsprechenden luftverkehrsbezogenen Darlegungen bei Emm_WIND_004 übertragend. Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.		12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für die Auslegungsbeschlüsse

								• landwirtschaftliche Nutzung				
Jüc_WIND_010	Jüchen	75	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_011-A	Jüchen	320	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95% • Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wald); ca. 5% Realnutzung der Oberfläche	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau				
Jüc_WIND_012 (einschließlich aller noch als Potenzialflächen dargestellter Teilflächen, wie Jüc_WIND_012-A)	Jüchen	58	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (marginal) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_013-A, Jüc_WIND_013-B, Jüc_WIND_013-D Jüc_WIND_013-E Jüc_WIND_013-I Jüc_WIND_0	Jüchen	200	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Boden-	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Aus-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

13-J Jüc_WIND_013-L (Gesamtfläche der Teile),								schätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95%) • Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wald); ca. 5% Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau (tlw.)		schlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung. Teilweise zudem (500 m zum Gegenanflug und 950 zu anderen Teilen der Platzrunde Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe): Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Jüc_WIND_013-C	Jüchen	3	3	0	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Jüc_WIND_013-C Jüc_WIND_014-D Jüc_WIND_024-C Jüc_WIND_025-A Jüc_WIND_025-B	9	ja

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Raum über 10 qkm (tlw., ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Flächen für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95%) • Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (Wald); ca. 5% Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau (tlw.)		Aufnahme: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		
Jüc_WIND_014: alle Teilflächen, die Potenzialflächen sind, mit Ausnahme von Jüc_WIND_014-D	Jüchen	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung.	k.A.	nein
Jüc_WIND_014-D	Jüchen	18	3	0	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle)	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengrup-	9	ja

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		pe gebildet aus: Jüc_WIND_013-C Jüc_WIND_014-D Jüc_WIND_024-C Jüc_WIND_025-A Jüc_WIND_025-B Aufnahme: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		
Jüc_WIND_015-A und Jüc_WIND_015-B (Gesamtfläche der Teile)	Jüchen	266	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) (tlw., ca. 90%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau (überw.; ca. 90% • Landwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 5%) • Forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 5%)	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_0	Jüchen	3	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle)	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

16-A								BSLE (tlw., ca. 5%) BV besonderer Bedeutung (tlw., ca. 5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe (östlich) Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Garzweiler I & II) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (überw.; ca. 90%) • Forstwirtsch. Nutzung (kleinflächig; ca. 10%)		Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Jüc_WIND_017	Jüchen	5	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) BSLE (tlw., ca. 50%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen: Segelflugplatz Grevenbroich-Gustorfer-Höhe (östlich) Lärmarme Erholungsräume	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksicht-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Garzweiler I & II) • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 60%) • Braunkohlenabbau (tlw.; ca. 20%) • Forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.; ca. 20%)		nahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Jüc_WIND_018	Jüchen	29	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Jüc_WIND_019	Jüchen	20	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_020	Jüchen	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebe-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										reichsdarstellung		
Jüc_WIND_021-A	Jüchen	3	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_022	Jüchen	25	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Aus-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										schlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung		
Jüc_WIND_023-A und Jüc_WIND_023-B (Gesamtfläche der Teile)	Jüchen	17	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_024-A, Jüc_WIND_024-B, Jüc_WIND_024-E (Gesamtfläche der Teile)	Jüchen	19	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung		
Jüc_WIND_024-C	Jüchen	13	3	0	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Jüc_WIND_013-C Jüc_WIND_014-D Jüc_WIND_024-C Jüc_WIND_025-A Jüc_WIND_025-B Aufnahme: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	9	ja
Jüc_WIND_025-A	Jüchen	12	3	0	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Jüc_WIND_013-C Jüc_WIND_014-D Jüc_WIND_024-C Jüc_WIND_025-A Jüc_WIND_025-B Aufnahme: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	9	ja

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Jüc_WIND_025-B	Jüchen	5	3	0	0	3	3	AFA BSAB (insb. Braunkohle) Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Jüc_WIND_013-C Jüc_WIND_014-D Jüc_WIND_024-C Jüc_WIND_025-A Jüc_WIND_025-B Aufnahme: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	9	ja
Jüc_WIND_025-C	Jüchen	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_0	Jüchen	17	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle)	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

26								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung		
Jüc_WIND_027	Jüchen	11	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Jüc_WIND_028	Jüchen	7	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_029	Jüchen	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Jüc_WIND_030	Jüchen	26	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_032	Jüchen	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Windenergiebereichsdarstellung		
Jüc_WIND_033	Jüchen	33	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_034	Jüchen	20	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Ab-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Braunkohlenabbau		wägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung		
Jüc_WIND_035	Jüchen	30	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung, somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung	k.A.	nein
Jüc_WIND_036	Jüchen	30	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSAB (insb. Braunkohle) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen oder für die Gewinnung von Bodenschätzen (Teil Garzweiler) • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche	Siehe auch Jüc_WIND_001 bzgl. eines kommunalen Schreibens.	Ausschluss; Begründung: Gemäß Windkraftpotenzialstudie NRW Braunkohleabbau bis 2030 und daher voraussichtlich daher längere Zeit nicht für WKA nutzbar aufgrund der Braunkohlengewinnung - inkl. Rekultivierung,	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • Braunkohlenabbau		somit derzeit - im Rahmen der Abwägung - Ausschlussgrund für Windenergiebereichsdarstellung		
Kaa_WIND_001	Kaarst	16	1	3	3	3	3	AFA BSLE (tlw., ca. <10%) LSG (kleinflächig; <10%) BV besond. Bedeutung (kleinflächig; <10%)) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: a) Flughafen Düsseldorf, b) Modelfluggelände Schiefbahn Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig; <10%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (• WEA-Konzentrationszone (tlw.; ca. 50%) • Landschaftsschutzgebiet (kleinflächig; ca. 5%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (weit überwiegend) • eine WEA	Das tangierte Modellfluggelände Schiefbahn steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf (§ 12 LuftVG) sowie innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003; Wil_WIND_002; Wil_WIND_003; Wil_WIND_004	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Aus-			

Stand: Unterlagen für den Regionalplanungsbeschluss

									schlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kaa_WIND_002	Kaarst	6	3	3	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 50%): Verkehrslandeplatz Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_002; Kor_WIND_003	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kaa_WIND_003	Kaarst	9	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • öffentliche Grünfläche Golfplatz (überw.) • Fläche für die Landwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Golfplatznutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zu den Hinweisen der Landesluftfahrtbehörde: Da der Bereich aus anderen Gründen ohnehin nicht als Windenergiebereich vorgesehen wird, muss dieser Thematik seitens der Regionalplanung hier nicht weiter nachgegangen werden.	Ausschluss; Begründung: Erhalt der Golfplatznutzung hat Priorität angesichts der Alternativensituation	k.A.	nein
Kor_WIND_002	Korschenbroich	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG BSLE WSZ IIIA BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 95%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-	Der Bereich liegt sehr nah am Flugplatz MG und ungünstig zur Start- und Landebahn. Siehe auch Ausschlussgründe. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a	Ausschluss; Begründung: Vorsorgende Berücksichtigung der Belange der Luftverkehrssicherheit hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zu-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

								landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrslandeplatz Mönchengladbach Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 95%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.) • Wald (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landw. Nutzung	LuftVG. Hier werden die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Auch sind Störungen von Flugsicherungseinrichtungen bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin.	dem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Kor_WIND_003	Korschenbroich	40	3	3	3	3	3	AFA 800 m um ASB besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 30%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 50%): Verkehrslandeplatz Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • WEAs (kleinflächig)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_002; Kor_WIND_003	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Konkret wird davon ausgegangen, dass der Flugplatz MG und die zugehörigen Flugsicherungseinrichtungen insb. aufgrund der Entfernung einer Darstellung nicht entgegenstehen (Zusatzindiz: siehe auch WEA in der Umgebung). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kor_WIND_004	Korschenbroich	41	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • öffentliche Grünfläche Golfplatz (überw.)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von	Ausschluss; Begründung: Erhalt der Golfplatznutzung hat Priorität angesichts der Alternativensituation.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								• Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Golfplatznutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig)	Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zu den Hinweisen der Landesluftfahrtbehörde: Da der Bereich aus anderen Gründen ohnehin nicht als Windenergiebereich vorgesehen wird, muss dieser Thematik seitens der Regionalplanung hier nicht weiter nachgegangen werden. Stgn. der Regionalplanung zu den Hinweisen der Landesluftfahrtbehörde: Da der Bereich aus anderen Gründen ohnehin nicht als Windenergiebereich vorgesehen wird, muss dieser Thematik seitens der Regionalplanung hier nicht weiter nachgegangen werden.			
Kor_WIND_005	Korschenbroich	92	1	3	0	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung, • WEAs (tlw.) • im Süden ein vorhandenes größeres Wirtschaftsgebäude (innerhalb der FNP-WEA-Zone) (tlw.)	Bezüglich „Buscherhof“ ist davon auszugehen, dass der Windenergiebereich im aktuellen Zuschnitt einen hinreichenden Abstand einhält – auch für die Thematik Denkmalschutz. Weiteres ist auf nachfolgenden Verfahrensstufen zu klären – wobei das Fachrecht ungeachtet der Regionalplandarstellung gilt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_014; Kor_WIND_005; Neu_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Mee_ WIND_ 001	Meer-busch	12	1	3	3	3	3	AFA BGG WSZ IIIA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003;	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Kabinettbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung • WEAs	zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Hier wird exemplarisch auch eine Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vom 10.02.2014 wiedergegeben (ohne die Anlagen) zu einer Fläche, die sich ungefähr zusammensetzt aus Mee_WIND_001 und Will_WIND_004: Sehr geehrte Damen und Herren, durch die vorgelegte Planung wird der Aufgabenbereich des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen insoweit berührt, als das Plangebiet in den Anlagenschutzbereichen der Flugsicherungsanlagen VOR Düsseldorf, der Radaranlagen Düsseldorf Nord und Düsseldorf Süd, sowie dem Peiler Mönchengladbach und der DVOR Mönchengladbach belegen ist. Je nach Verortung, Dimensionierung und Gestaltung von Bauvorhaben besteht daher die Möglichkeit der Störung dieser Flugsicherungseinrichtungen. Für den Betrieb der VOR Düsseldorf sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen Störbeitrage zu erwarten, die nicht mehr toleriert werden können. Der konkreten Errichtung von Windkraftanlagen im Anlagenschutzbereich der VOR Düsseldorf würde von mir widersprochen werden. Die Entscheidung gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG), ob Flugsicherungseinrichtungen durch einzelne Bauwerke gestört werden können, bleibt von dieser Aussage jedoch unberührt. Sie wird von mir getroffen, sobald mir über die zuständige Luftfahrtbehörde des Landes die konkrete Vorhabensplanung (z.B. Bauantrag) vorgelegt wird. Mit freundlichen Grüßen (...) Anlagen: Gutachtliche Stellungnahme der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH vom 04.02.2014 Darstellung des erwarteten Störeinflusses durch Windkraftanlagen auf die VOR Düsseldorf Lageplan und Legende Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Wind-	Wil_WIND_002; Wil_WIND_003; Wil_WIND_004		

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									energie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Siehe auch Ausführungen u.a. zum LVR bei Will_WIND_004.			

Stand: Unterlagen für den Beschluss

Mee_ WIND_ 002	Meer-busch,	11	0	0	3	3	3	AFA BSLE Regionale Grünzüge 300 m um BSN (tlw., ca. 70%) LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Lage innerhalb des Hindernisüberwachungsbereichs Anflugsektor Verkehrsflughafen Düsseldorf; siehe auch: http://www.duesseldorf.de/planung/stadtentw/hochhaus/hhkonzept/flughafen.shtml Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Bauschutzbereiches des Verkehrsflughafens Düsseldorf und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 12, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumer-		9	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Abschluss

									ken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Mee_WIND_003	Meerbusch	3	1	3	3	3	3	AFA BGG (überw.; >95%) WSZ IIIA (überw.; >95%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone IIIa	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003; Wil_WIND_002; Wil_WIND_003; Wil_WIND_004	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

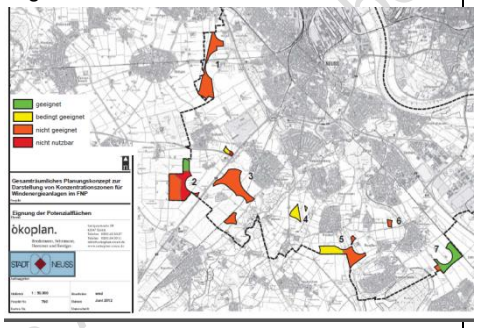
Stand: Unterlagen für den Regionalplanausschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben kön-			

Stand: Unterlagen für den Beschluss

									nen.			
Neu_ WIND_ 001	Neuss	48	1	3	0	3	3	AFA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 25%) Bodendenkmal (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Bezüglich „Buscherhof“ ist davon auszugehen, dass der Windenergiebereich im aktuellen Zuschnitt einen hinreichenden Abstand einhält – auch für die Thematik Denkmalschutz. Weiteres ist auf nachfolgenden Verfahrensstufen zu klären – wobei das Fachrecht ungeachtet der Regionalplandarstellung gilt. Dennoch wird auf Folgendes hingewiesen: Das „Gesamträumliche Planungskonzept zur Darstellung von Konzentrationszonen für WEA im FNP der Stadt Neuss“ (Ökoplan, 2012) sieht östlichste Teilflächen auf Neusser Gebiet als „nicht nutzbar“ an und westlich daran angrenzend Teilflächen auf Neusser Gebiet als „nicht geeignet“. „Gesamteinschätzung/Hinweise“ (S. 38): „Eine Nutzung des Einwirkungsbereiches des Denkmalschutzes ist nicht möglich. Die westlich davon verbleibenden Bereiche sind aufgrund der geringen Entfernung zu den vorhandenen Anlagen des Windparks Korschenbroich nicht geeignet, da auch hier ein hohes Konfliktpotenzial bzgl. denkmalschützerischer Belange besteht und zudem die entsprechenden, für eine wirtschaftliche Nutzung notwendigen Abstände zu den vorhandenen WEA nicht eingehalten werden können.“ Weitere Anmerkungen wichtige („Beschreibung / Restriktionen“) „(...) Vorrangflächen Artenschutz / Biotopverbund: Fläche komplett im „Vorrangraum für Offenlandarten“; Vorkommen planungsrelevanter Feldvogelarten (Kiebitz, Feldlerche) nachgewiesen; teilw. Rastplatz für Wintergäste versch. Zugvogelarten; Vorprägung durch Windfarm in Korschenbroich; (...) Denkmalschutz: größter Teil der Fläche gemäß Urteil vom 01.07.2010 (AZ 11 K 533/09) als „Einwirkungsbereich des	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_014; Kor_WIND_005; Neu_WIND_001	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Denkmalschutzes“ bzgl. Buscherhof bestätigt, hier keine Errichtung von WEA zulässig. Luftverkehr: Lage innerhalb des Hindernisüberwachungsbereichs Anflugsektor Mönchengladbach“ (...) Dafür wird nordöstlich eine Fläche in Neuss als geeignet eingestuft (9,7 ha), die allerdings im regionalplanerischen Tabubereich liegt.  Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu			

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

									einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Neu_ WIND_ 002	Neuss	<1	3	0	1	3	3	AFA Regionale Grünzüge BV besond. Bedeutung (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirt-	Die Entfernung des unmittelbar anschließenden Gev_WIND_002 zu den südlich gelegenen Potenzialbereichen Grev_WIND003 und ROM_WIND_022-A ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Grev_WIND_002-A; Neu_WIND_002	10	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Kabinettsbeschluss

								schaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht.			
Neu_WIND_003	Neuss	76	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (twl., ca. 70%) AFA besonderer Zweckbestimmung (tlw., ca. 30%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Sonderbaufläche (tlw.) • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung • Nachnutzung einer ehemaligen Raketenstation		Ausschluss; Begründung: Die Begründung erfolgt zusammen für Neu_WIND_003 und Grev_WIND_038: Teilbereiche überdecken schutzwürdige Nutzungen (inkl. Übernachtungsnutzung) in der ehemaligen Raketenstation. Die nach entsprechenden ohnehin erforderlichen Aussparungen und Abständen (500 m würden zu Übernachtungsmöglichkeiten auf der Raketenstation angesetzt) verbleibenden Bereiche sind jedoch ebenfalls mit Rücksicht auf die Kulturlandschaft kritisch (Umgebung der Raketenstation und weiteren wertgebenden Strukturen südöstlich, insb. Insel Hombroich).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Hinzu kommt, dass die Flächen südwestlich der Raketenstation – nach entsprechenden Abständen Potenzialflächen für eine künftige siedlungsstrukturelle Entwicklung darstellen, auch wenn diese derzeit dafür in der zeichnerisc hen Darstellung des RPD nicht vorgesehen sind (ein damals noch sehr viel größerer Bereich war im GEP99 Sondierungsbereich). Diese Zukunftsoption würde durch eine Windkraftnutzung deutlich erschwert (inkl. Ausschöpfung von Emissionskontingenten). Zudem würde zusammen mit den Flächen nordwestlich der BAB, die bereits für WEA vorgesehen sind ein für einen Ballungskernnahen Bereich durchaus gravierender Riegel an WEA entstehen. In der Summe weist die Fläche, die sich zusammensetzt aus		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Neu_WIND_003 und Grev_WIND_038 raumordnerisch zu hohe Raumnutzungskonkurrenzen für eine Darstellung als Windenergiebereich auf.		
Rom_WIND_001	Rommerskirchen	37	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde. Hier wurde der Bereich im Zuge der Streichung von u.a. Grev_WIND_003 mit abgehandelt (unter Ä3BT-W-KÜ-Grevenbroich – Rommerskirchen Nr. 01).	k.A.	nein
Rom_WIND_002	Rommerskirchen	27	3	0	3	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		nein
Rom_WIND_003	Rommerskirchen	26	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft		Ausschluss; Begründung: Ausschluss aufgrund der Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Wind-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		energiebereiche in Dormagen und Rom_008, Rom_WIND_028-B und Rom_WIND 036 – wobei die vorstehenden 3 Bereiche aufgrund der landschaftlich vorteilhaften kompakteren Form und der energetisch vorteilhaften größeren Gesamtfläche-Priorität haben gegenüber Rom_WIND_003 und den südwestlich anschließenden Potenzialflächen. Siehe zu Letzterem auch die übertragbaren Ausführungen bei Rom_WIND_037. .		
Rom_WIND_004	Rommerskirchen	39	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (kleinflächig) BV besond. Bedeutung (kleinflächig) LSG (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung				
Rom_ WIND_ 005	Rom-merskir-chen	13	k. A.	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Rom_WIND_008 als Windenergiebereich führt dazu, dass diese Fläche in einem Abstand von weniger als 2.500 Metern zu diesem Windenergiebereich liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. Daher wird zu Gunsten des im Umkehrfall betroffenen Teils des Bereiches Rom_WIND_008 auf eine Darstellung verzichtet, denn dort sind zusammen mit Rom_WIND_028-B und Rom_WIND 036 deutlich größere, kompakte Flächen zu realisieren, was energetisch und – bzgl. der Kompaktheit – landschaftlich vorteilhaft ist. .	k.A.	nein
Rom_ WIND_	Rom-merskir-	42	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. 60%)	Auszug aus Stgn. des LVR zum ersten Entwurf des RPD:	Ausschluss; begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

006	chen							Regionale Grünzüge (tlw., ca. 10%) 300 m um BSN (tlw., ca. 50%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 55%) LSG (tlw., ca. 60%) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 55%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Gehölze (kleinflächig)	*„Windenergiebereich westlich Kloster Knechtsteden (Blatt 28):* *Durch den geplanten Windenergiebereich ist der historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaftsbereich „Kloster Knechtsteden" in Dormagen und Rommerskirchen (HKLB 206 des LVR-FB KL RPD) sowie im westlichen Abschnitt der Archäologische Bereich ,,Jülicher Lössbörde" (AB XXVIII des LVR-FB KL RPD) betroffen. Durch die intensive, seit rund siebentausend Jahre andauernde Besiedlung und Nutzung sind zahlreiche archäologische Fundplätze wie Siedlungen, Landgüter, Gräberfelder und Nutzungsräume erhalten. Der Kulturlandschaftsbereich ist zum einen geprägt durch die weiträumige Anlage des ehemaligen Prämonstratenserklosters Knechtsteden mit romanischer Kirche St. Andreas, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäuden des 18. und 19. Jahrhunderts, barockes Torhaus von 1723, zum anderen durch die das Kloster umgebenden Flächen aus Wald und Ackerland mit Entwässerungsgräben und Kopfweidenreihen. Es handelt sich hierbei um Teile des großen Hoeninger Bruchs, die von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die 1920er Jahre zur land- und forstwirtschaftlichen Nutzung trockengelegt wurden. Dieser Teilbereich ist kleinteilig strukturiert und durch den Stammeier Bach, Gräben mit Kopfweidenreihen und Pappelreihen längs der Straßen und Wege gegliedert. Der geplante Windenergiebereich im südwestlichen Teil des Kulturlandschaftsbereichs würde dieses Landschaftsgefüge wesentlich stören.* *Wir empfehlen dringend, auf die Ausweisung als Windenergiebereich zu verzichten“*	Insb. Vermeidung von Störungen des wertvollen Kulturlandschaftsbereiches und insb. des Standortes und Umfeldes des Prämonstratenserklosters Knechtsteden mit romanischer Kirche St. Andreas, Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäuden des 18. und 19. Jahrhunderts, barockes Torhaus von 1723 unter Bezugnahme auf nebenstehende Ausführungen des LVR. In der Abwägung hinzu kam – als alleine nicht entscheidend - der landschaftliche und biotopverbindende Wert dieses Bereiches. Ebenso hinzu kam in östlichen Teilbereichen aufgrund neuer Daten das LANUV die Möglichkeit negativer Auswirkungen auf den Rotmilan. In der Summe ist dieser Bereich in allen Teilen zu konfliktintensiv für eine Darstellung als Windenergiebe-		

Stand: Unterlagen für die Beteiligungsschritte

										reich.		
Rom_WIND_007	Rommerskirchen	10	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich Vollrather Höhe	k.A.	nein
Rom_WIND_008	Rommerskirchen	68	3	0	2	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_008; Rom_WIND_028-B; Rom_WIND_036	11	ja, als Windenergiebereich
Rom_WIND_009	Rommerskirchen	15	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich (inkl. Umfeld) der FNP-Windkraftflächen in Dormagen und angrenzender Bereiche in Rommerskirchen westlich der B477	k.A.	nein
Rom_WIND_	Rommerskir-	89	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA (tlw., über ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan)		Ausschluss; Begründung:	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

010	chen							(marginal) BGG (tlw., ca. 40%) BSLE WSZ IIIA (tlw., ca. 40%) BV besond. Bedeutung (überw.; ca. 95%) LSG (überw.; ca. 90%) Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.; >90%) • forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig; <10%) •		Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich (inkl. Umfeld) der FNP-Windkraftflächen in Dormagen und angrenzender Bereiche in Rommerskirchen westlich der B477 und um anvisierte Windenergiebereiche im Süden von Rommerskirchen um Umfeld der dortigen FNP-Windparkflächen		
Rom_WIND_011	Rommerskirchen	114	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV herausrag. Bedeutung LSG (tlw., ca. 40%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Rommerskirchen Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Biotope gemäß Biotopkataster	Das tangierte Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss, Begründung: Herausragende ökologische Bedeutung hat Priorität angesichts der Alternativensituation (u.a. vorsorgender Schutz vor Störungen – auch in der Bauphase).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								des LANUV (kleinflächig; ca. 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.; ca. 95%) • Fläche für die Forstwirtschaft (kleinflächig; ca. 5%) • Landschaftsschutzgebiet • Überörtliche Versorgungsleitung (oberirdisch) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.; ca. 95%) • Graben (kleinflächig; ca. 5%)				
Rom_WIND_012	Rommerskirchen	53	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (überw.; über ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (marginal; ca. 5%)) BGG (überw.; ca. 75%) BSLE WSZ IIIA (überw.; ca. 75%) LSG Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Rommerskirchen Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (kleinflächig; ca. 5%) • Fläche für die Forstwirt-	Das tangierte Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss; Begründung: Erhalt der Golfplatznutzung hat Priorität angesichts der Alternativensituation.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaft (kleinflächig; ca. 5%)) • Landschaftsschutzgebiet (überw.; ca. 95%) • Flächen für Maßnahmen zum Schutz, Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (kleinflächig; ca. 5%) • Grünfläche/Golfplatz (überw.; ca. 90%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Golfplatznutzung				
Rom_WIND_013	Rommerskirchen	18	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Teilraum im Westen: Die Fläche liegt im westlichen Bereich im einem Abstand von 2.500 Metern zu bestehenden Windkraftanlagen westlich. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. Gesamtraum: Östlich angrenzend ist die Fläche Rom_WIND_008 für eine Darstellung als Windenergiebereich anvisiert. Diese bietet deutlich mehr Potential als die westlich und südwestlich gele-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										genen kleineren Teilflächen (einschließlich Rom_WIND_013), die sich innerhalb eines Puffers von ca. 2.500 Metern dazu befinden und soll daher bevorzugt werden. Dies führt im Umkehrschluss zum Ausschluss von Rom_WIND_013. Eine gemeinsame Darstellung dieser Bereiche scheidet zudem trotz einer Entfernung von unter 500 Metern zu Rom_WIND_008 aus, da korrespondierende Windkraftanlagenerrichtungen zu einem zu wenig kompakten, unhomogen wirkenden Erscheinungsbild führen würde, was in diesem ohnehin in größerem Umfang für die Windkraftnutzung vorgesehenen Teilraum vermieden werden soll. Damit kann Rom_WIND_013 auch nicht als „Brücke“ für westlich gelegene Potenzialflächen dienen, die unter 500 Meter entfernt von		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Rom_WIND_013 liegen.		
Rom_WIND_014	Rommerskirchen	23	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA LSG (marginal) Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Für Teilbereiche im Westen: Die Fläche liegt im einem Abstand von 2.500 Metern zu bestehenden Windkraftanlagen westlich. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15. 3.10 vermieden werden. Ferner gilt (als eigenständiger Ausschlussgrund) für den Gesamtraum: Östlich angrenzend ist die Fläche Rom_WIND_008 für eine Darstellung als Windenergiebereich anvisiert. Diese bietet deutlich mehr Potential als die westlich und südwestlich gelegenen, kleineren Teilflächen (einschließlich Rom_WIND_014), die sich innerhalb eines Puffers von ca. 2.500 Metern dazu befinden und soll daher bevorzugt werden. Dies führt im Umkehrschluss zum Ausschluss von	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Rom_WIND_014.		
Rom_WIND_015	Rommerskirchen	73	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV herausrag. Bedeutung LSG (tlw., ca. 25%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (marginal): Modellfluggelände Rommerskirchen Lärmarme Erholungsräume Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Das tangierte Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss, Begründung: Herausragende ökologische Bedeutung hat Priorität angesichts der Alternativensituation (u.a. vorsorgender Schutz vor Störungen – auch in der Bauphase).	k.A.	nein
Rom_WIND_016	Rommerskirchen	16	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach § 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend.	Ausschluss; Begründung: Nordöstlich angrenzend ist die Fläche Rom_WIND_008 für eine Darstellung als Windenergiebereich anvisiert. Diese bietet deutlich mehr Potential als die westlich und südwestlich gelegenen, kleineren Teilflächen (einschließlich Rom_WIND_016),	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										die sich innerhalb eines Puffers von ca. 2.500 Metern dazu befinden und soll daher bevorzugt werden. Dies führt im Umkehrschluss zum Ausschluss von Rom_WIND_016. Im Übrigen würde die Darstellung von Rom_WIND_016 sich aus ähnlichen Erwägungen mit der aufgrund des höheren Gesamtpotenzials prioritären Darstellung von Rom_WIND018 und Rom_WIND_020 ausschließen.		
Rom_WIND_017	Rommerskirchen	87	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE BV herausragender Bedeutung Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 40%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss, Begründung: Herausragende ökologische Bedeutung hat Priorität angesichts der Alternativensituation (u.a. vorsorgender Schutz vor Störungen – auch in der Bauphase).	k.A.	nein
Rom_WIND_018	Rommerskirchen	29	3	0	3	3	3	AFA LSG (kleinflächig) Lärmarme Erholungsräume (tlw.,	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt im militärischen Anlagenschutzbereich gem. § 18a LuftVG.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengrup-	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								ca. 80%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Militäranlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bre-demeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Aus-	pe gebildet aus: Rom_WIND_018; Rom_WIND_020		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									schlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Rom_ WIND_ 19-A	Rom-merskir-chen	18	3	1	3	3	3	AFA BSLE BV besonderer Bedeutung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach § 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend. Wegfall von Rom_WIND_019-B als Potenzialfläche außerhalb von Tabubereichen aufgrund von Abständen (siehe bei der 3. Beteiligung ausgelegte Unterlagen)	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_019-A; Rom_WIND_021 Rom_WIND_033-A	13	ja, als Windenergiebereich
Rom_ WIND_ 020	Rom-merskir-chen	12	3	0	3	3	3	AFA Lärmarme Erholungsräume FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt im militärischen Anlagenschutzbereich gem. § 18a LuftVG. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierun-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_018; Rom_WIND_020	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									gen bei Militäranlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – leich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bre-demeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Rom_ WIND_ 021	Rom-merskirchen	17	3	1	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände bei Stommeln BV besonderer Bedeutung FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Zone Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Das tangierte Modellfluggelände steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Hinweis: Randliche Lage bzgl. des militärischen Anlagenschutzbereiches nach Stellungn. und § 18a LuftVG. Hier gelten die korrespondierenden Ausführungen bei Rom_WIND_018 übertragend.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_019-A; Rom_WIND_021 Rom_WIND_033-A	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Abschluss

								• landwirtschaftliche Nutzung				
Rom_ WIND_ 022-A	Rom-merskir-chen	18	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 90%) BSLE (tlw., ca. 5%) regionalbedeutsame Kulturland-schaftsbereiche (tlw., ca. 5%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 5%) LSG (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet (tlw., linear, entlang eines Bachlaufs) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Entfernung zum nördlich gelegenen Grev_WIND_002 und Gev_WIND_036 ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht. Siehe auch den Auszug aus Stgn. LVR bei Grev_WIND_021.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Rom_ WIND_ 022-B	Rom-merskir-chen	9	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 90%) BSLE (tlw., ca. 5%) regionalbedeutsame Kulturland-schaftsbereiche (tlw., ca. 5%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 5%) LSG (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft	Die Entfernung zum nördlich gelegenen Grev_WIND_002 und Gev_WIND_036 ist zwar etwas unter 2.500 Meter und dieser Wert sollte in diesem Teilraum möglichst nicht unterschritten werden in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10. Aufgrund der in Bezug auf andere Windenergiebereiche eher isolierten Lage beider Bereiche (keine tendenzielle Umschließung von Ortslagen etc.) – im Vergleich zu südlicheren Bereichen ist die relativ geringe Unterschreitung dieses Wertes aber vertretbar und sachgerecht. Siehe auch den Auszug aus Stgn. LVR bei Grev_WIND_021.	Ausschluss; Begründung: Auf die Darstellung soll zwecks Vergrößerung des Abstandes zum Haus Horr aus Gründen des Denkmalschutzes und des Schutzes des kulturellen und kulturlandschaftlichen Erbes (siehe Auszug aus Stgn. LVR bei Grev_WIND_021). Der Abstand er-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Landschaftsschutzgebiet (tlw., linear, entlang eines Bachlaufs) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		möglicht bei z.B. 150 m hohen Anlagen einen Abstand von mehr als der fünffachen Höhe und selbst bei 200 m hohen Anlagen noch die vierfache Höhe. Das ist hinreichend in der Abwägung mit dem auch wichtigen Belange des Ausbaus Erneuerbarer Energien, hier der Windenergie. Auch auf die Grünstruktur, die Rom_WIND_022 quer wird durch Freihaltung der Bereiche westlich des Hauses Horr und östlich dieser Grünstruktur in diesem Nahbereich zum Haus Horr Rücksicht genommen - mit abwägendem Blick auf die Umfelderhaltung von Haus Horr.		
Rom_WIND_023	Rommerskirchen	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.), • Landschaftsschutzgebiet (tlw., linear, entlang eines Bachlaufs) • WEA-Zone (tlw.; Dorma-		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								gen) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung				
Rom_ WIND_ 024	Rom-merskir-chen	30	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. über 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. unter 5%) BSLE (tlw., ca. 40%) LSG (tlw., ca. 45%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutz Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Hinweis: Rommerskirchen ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (geringe Waldflächenbetroffenheit, umfangreiche nicht für die Windenergie vorgesehene Waldflächen östlich, Umgebung etc.) aber davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass der Waldbestand am Standort in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gar nicht als solcher gekennzeichnet ist.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Rom_ WIND_ 025	Rom-merskir-chen	<1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich (inkl. Umfeld) der FNP-Windkraftflächen in Dormagen und angrenzender Bereiche in Rommerskirchen westlich der B477.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Rom_WIND_026	Rommerskirchen	12	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde. Hier wurde der Bereich im Zuge der Streichung von u.a. Grev_WIND_003 mit abgehandelt (unter Ä3BT-W-KÜ-Grevenbroich – Rommerskirchen Nr. 01). Zudem gilt in östlichen Teilen: Ausschluss aufgrund der Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche in Dormagen.	k.A.	nein
Rom_WIND_027	Rommerskirchen	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Rom_WIND_008 – zusammen mit Rom_WIND_028-B und ROM_WIND_036 - als Windenergiebereich führt dazu, dass diese Fläche in einem Abstand von weniger als	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										2.500 Metern zu diesem Windenergiebereich liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 3.10 vermieden werden. Daher wird zu Gunsten des im Umkehrfall betroffenen Teils des Bereiches Rom_WIND_008,Rom_WIND_028-B und ROM_WIND_036 auf eine Darstellung verzichtet, denn dort sind deutlich größere, kompakte Flächen zu realisieren		
Rom_WIND_028-A	Rommerskirchen	42	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche in Dormagen	k.A.	nein
Rom_WIND_028-B	Rommerskirchen	23	3	0	2	3	3.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_008; Rom_WIND_028-B; Rom_WIND_036 Es gilt für die Dar-	11	ja

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		stellung die entsprechende Begrün-dung, die bei der 3. Beteiligung ausge-legt wurde.		
Rom_ WIND_ 029	Rom-merskir-chen	26	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss: Es gilt hier die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Rom_ WIND_ 030	Rom-merskir-chen	3	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Lärmarme Erholungsräume (tlw., ca. 50%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Lage im Puffer gemäß Kap. 7.2.15.3.10 um anvisierte Windenergiebereiche im Bereich Vollrather Höhe (kleinflächig) Zudem gilt: – Die Fläche liegt im einem Abstand von 2.500 Metern zu bestehenden Windkraftanlagen westlich. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. – Östlich angrenzend ist	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										die Fläche Rom_WIND_008 für eine Darstellung als Windenergiebereich anvisiert. Diese bietet deutlich mehr Potential als die westlich und südwestlich gelegenen, kleineren Teilflächen (einschließlich Rom_WIND_014), die sich innerhalb eines Puffers von ca. 2.500 Metern dazu befinden und soll daher bevorzugt werden. Dies führt im Umkehrschluss zum Ausschluss von Rom_WIND_014.		
Rom_WIND_031	Rommerskirchen	1	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Grev_WIND_003 und Rom_WIND_022-A als Windenergiebereich führt dazu, dass der Bereich in einem Abstand von weniger als 2.500	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										Metern zu diesen Windenergiebereichen liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. Hier wird zu Gunsten des Bereiches nördlich auf eine Darstellung von Rom_WIND_001 und ROM_WIND_026 verzichtet, da diese Priorisierung des nördlichen Bereiches eine – bezogen auf Windenergiebereiche - Entzerrung im südlicheren Teilraum bewirkt.		
Rom_WIND_032	Rommerskirchen	4	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Rom_WIND_008 als Windenergiebereich führt dazu, dass der Bereich in einem Abstand von weniger als 2.500 Metern zu diesem Windenergiebereich liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 7.2.15.3.10 vermieden werden. Hier wird eine Darstellung von Rom_WIND_032 verzichtet, da diese Priorisierung des südlichen Berei-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

										ches – erst Recht zusammen mit ROM_WIND_036 und Rom_WIND_028-B – eine größere zusammenhängende Fläche ermöglicht, die energetisch gut genutzt werden kann. Zudem greift hier aufgrund der Streichung von Rom_WIND_002 der Ausschlussgrund der zu geringen Mindestgröße (auch zusammen mit Grev_WIND_015) und die Ausschlussgründe vom Rom_WIND_002 würden voraussichtlich – die vorste-henden Gründe reichen bereits aus -auch noch übertragbar sein.		
Rom_ WIND_ 033-A	Rom-merskir-chen	<1 ha	3	1	3	3	3	AFA BSLE Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10qkm BV besonderer Bedeutung Grevgrev FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • •Fläche für die Landwirtschaft	Hinweis: Wegfall von ROM_WIND_003-B als Potenzialfläche außerhalb von Tabubereichen aufgrund von Abständen (siehe bei der 3. Beteiligung ausgelegte Unterlagen)	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_019-A; Rom_WIND_021 Rom_WIND_033-A	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • •landw. Nutzung				
Rom_ WIND_ 035	Rom-merskir-chen	1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Richtfunkstrecke mit Vermerk für bestehende Bauhöhenbeschränkungen (99-102) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung		Ausschluss: Es gilt hier die Darstellung die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein
Rom_ WIND_ 036	Rom-merskir-chen	15	3	0	2	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Leitung (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Rom_WIND_008; Rom_WIND_028-B; Rom_WIND_036 Rückbau der bisher dort vorhandenen Stromleitung	11	ja, als Windenergiebereich
Rom_ WIND_ 037	Rom-merskir-chen	14	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Leitung (tlw.)		Ausschluss; Begründung: Die anvisierte Darstellung von Rom_WIND_008 – zusammen mit Rom_WIND_028-B und ROM_WIND_036 -	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		als Windenergiebereich führt dazu, dass diese Fläche in einem Abstand von weniger als 2.500 Metern zu diesem Windenergiebereich liegt. Dies soll in Anlehnung an Kap. 3.10 vermieden werden. Daher wird zu Gunsten des im Umkehrfall betroffenen Teils des Bereiches Rom_WIND_008 – zusammen mit Rom_WIND_028-B und ROM_WIND_036 - auf eine Darstellung verzichtet, denn dort sind deutlich größere, kompakte Flächen zu realisieren. Rückbau der bisher dort vorhandenen Stromleitung		
Brü_WIND_001	Brüggen	22	3	3	3	3	3	AFA BSLE (kleinflächig, unter 5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flugplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Brüggen Naturpark BV besond. Bedeutung (kleinflächig, unter 5%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-	Das tangierte Modellfluggelände (südlich außerhalb der Fläche gelegen) steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Brü_WIND_001; Net_WIND_002	15	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								te inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • WEA-Konzentrationszone (teilweise) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • weit überw. landwirtschaftliche Nutzung • WEA (kleinflächig)	29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.			
Brü_WIND_002	Brüggen	64	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG (tlw., ca. 95%) WSZ IIIA (tlw., ca. 90%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 5%) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Brüggen Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (kleinflächig) Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Wasserschutzzone III A (ca. 90 %), • SO Modellflugplatz (45. FNP-Änd.) (kleinflächig), • Fläche für die Landwirtschaft (ca. 95 %) • WEA-Konzentrationszone (kleinflächig) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Landw. Nutzfläche (ca.	Das tangierte Modellfluggelände (liegt in der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								95%) • Modellfluggelände (kleinflächig)				
Brü_WIND_003	Brüggen	10	3	3	0	3	3	AFA Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Breyell Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Wasserschutzzone III B • Windkraftkonzentrationsfläche (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • WEA (kleinflächig)	Das tangierte Modellfluggelände steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Brü_WIND_003; Net_WIND_001	12	ja, als Windenergiebereich
Gref_WIND_001	Grefrath	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrslandeplatz Grefrath Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche	Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde des Verkehrslandeplatzes Grefrath und die Sicherheit des auf den Verkehrslandeplatz Grefrath bezogenen Luftverkehrs führten zum Ausschluss. Darauf beziehen sich die Angaben rechts. Für die sonstige Luftverkehrsthematik würde jedoch gelten, dass die Regionalplanung davon ausgeht, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie ein-	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luft-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	bezieht, führen diese weiteren Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin.	verkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		
Kem_WIND_001	Kempen	19	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA WSZ IIIA Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Kempen-St. Hubert FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Konzentrationszone (tlw.), • Wasserschutzzone III A Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzflä-	Das tangierte Modellfluggelände (südlich außerhalb der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Der nördliche Teil der Fläche, die sich zusammensetzt aus Kem_WIND_001 und Kem_WIND_002 liegt im Anlagenschutzbereich für Flugsicherungseinrichtungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtung sind in diesem Bereich zu erwarten.	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die 4. Beteiligung

								che (weit überw.) • WEA (kleinflächig)	Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Die Anlagenschutzbereiche der Flagnavigationsanlagen im Bereich MG betreffen zudem nach Kenntnis der Regionalplanung den nur Kem_WIND_002.			

Stand: Unterlagen für den Abwägungs- und Beschluss

									Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Kem_WIND_002	Kempen	34	k.A.	k.A	k.A	k.A	k.A	AFA WSZ IIIA (tlw., ca. 90%) Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Kempen-St. Hubert FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • WEA-Konzentrationszone (überwiegend), • Wasserschutzzone III A (ca. 90%.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzfläche (weit überw.) • WEA (kleinflächig)	Das tangierte Modellfluggelände (randlich im Westen innerhalb der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Der nördliche Teil der Fläche, die sich zusammensetzt aus Kem_WIND_001 und Kem_WIND_002 liegt im Anlagenschutzbereich für Flugsicherungseinrichtungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtung sind in diesem Bereich zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Die Anlagenschutzbereiche der Flugnavigationsanlagen im Bereich MG betreffen zudem nach Kenntnis der Regionalplanung den nur Kem_WIND_002. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Net_WIND_001	Nettetal	11	3	3	0	3	3	AFA Standort und Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellfluggelände Breyell Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal) Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):	Das tangierte Modellfluggelände (randlich im Norden z.T. innerhalb der Fläche) steht einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Brü_WIND_003; Net_WIND_001	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Abschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • Modellfluggelände (kleinflächig, im Norden; Teilfläche eines Gesamtgeländes) • Wasserschutzzone III B Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Modellfluggelände gemäß FNP (kleinflächig)	311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.			
Net_WIND_002	Nettetal	7	3	3	3	3	3	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Modellflug Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (überw.) • WEA-Konzentrationszone (teilweise) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • WEA (kleinflächig)	Das tangierte Modellfluggelände (südlich außerhalb der Fläche gelegen) steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Brü_WIND_001; Net_WIND_002	15	ja, als Windenergiebereich
Net_WIND_003	Nettetal	1	0	0	0	3	3	AFA BGG (tlw, ca. 70% BSLE 300 m um BSN WSZ IIIA (tlw., ca. 70%) LSG		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Net_WIND_003; Sch_WIND_001-A Sch_WIND_007	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Gemäß Schreiben der Stadt Nettetal vom 23.03,2015 liegen lokal nicht die in der Fassung der Begründung für den RR-Beschluss vom 18.09.2014 vermerkten Darstellungen „Fläche für die Forstwirtschaft“ und „Wasserschutzzone III A“ vor. Dies wird daher hier gestrichen und es wird von einer Darst. als Fläche für die Landwirtschaft ausgegangen. Auf die Frage der Darstellung als Windenergiebereich hat dies angesichts der Darstellungsgründe am Standort und der fraglichen FNP-Inhalte jedoch ohnehin keinen Einfluss. Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung				
Nie_WIND_001-B	Niederkrüchten	15	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSAB BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 20%) BV herausrag. Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 25%) Nadelwald (tlw., ca. 150%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (tlw., ca. 70%) Naturpark	Bei den Teilen des Windenergiebereichs die über BSAB liegen gilt, dass die Windenergiebereichsdarstellung die Nachfolgenutzung ist. Dies ist aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Abbaus und der zuschnitts- und flächengrößenbedingten Möglichkeit einer WEA-Errichtung ohne die substantielle Rohstoffgewinnung in Frage zu stellen aber unkritisch. Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.)	Ausschluss gemäß der Angaben in Kapitel 9 der Begründung zu Nie_WIND_001.	k.A.	nein

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw..) • Abgrabungsfläche • Landschaftsschutzgebiet • Richtfunkstrecke (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.) • Abgrabungsflächen (überw..)	davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hingewiesen wird darauf, dass die Kommune Niederkrüchten sich mit Schreiben vom 02.04.2014 (späterer Eingang bei der Bezirksregierung) kritisch u.a. zur etwaigen Darstellung dieses Windpotenzialbereichs äußerte. Neben der aus Sicht der Kommune drohenden überproportionalen Belastung des Kreises und der Kommune durch Darstellungen für die Windenergienutzung im Regionalplan wurde standörtlich u.a. der geplante Waldumbau im Elmper Wald, die Nichtübereinstimmung mit darstellungen im FNP, die Lage im Naturpark, die sensible Umgebung, die Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus und die Darstellung als LSG problematisiert. Zu diesen Themen wird jedoch seitens der Regionalplanung auf die Ausführungen in der Begründung und hier insb. im einleitenden Text zu der Darstellung der Windenergiebereiche und Windenergiepotenzialbereiche verwiesen. Dies führt hier in der Gesamtabwägung derzeit nicht zu einer geänderten Bewertung. Im Übrigen gehen die vorgenannten Aspekte teilweise zusätzlich auch in die Gunstbereichsbewertung ein. Teile der alten Fläche Nie_WIND_001 sind aufgrund der erweiterten BSN-Darstellung keine Potenzialfläche mehr.			
Nie_WIND_001-D	Niederkrüchten	108	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca.< 5%) BV besond. Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 50%) Nadelwald (tlw., ca. 50%) Unzerschnittener verkehrsarmer	Bei den Teilen des Windenergiebereichs die über BSAB liegen gilt, dass die Windenergiebereichsdarstellung die Nachfolgenutzung ist. Dies ist aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Abbaus und der zuschnitts- und flächengrößenbedingten Möglichkeit einer WEA-Errichtung ohne die substantielle Rohstoffgewinnung in Frage zu stellen aber unkritisch.	Ausschluss gemäß der Angaben in Kapitel 9 der Begründung zu Nie_WIND_001.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Offenlage- und Satzungsbeschluss

								Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet • Richtfunkstrecke (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung (überwiegend)	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hingewiesen wird darauf, dass die Kommune Niederkrüchten sich mit Schreiben vom 02.04.2014 (späterer Eingang bei der Bezirksregierung) kritisch u.a. zur etwaigen Darstellung dieses Windpotenzialbereichs äußerte. Neben der aus Sicht der Kommune drohenden überproportionalen Belastung des Kreises und der Kommune durch Darstellungen für die Windenergienutzung im Regionalplan wurde standörtlich u.a. der geplante Waldumbau im Elmper Wald, die Nichtübereinstimmung mit darstellungen im FNP, die Lage im Naturpark, die sensible Umgebung, die Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus und die Darstellung als LSG problematisiert. Zu diesen Themen wird jedoch seitens der Regionalplanung auf die Ausführungen in der Begründung und hier insb. im einleitenden Text zu der Darstellung der Windenergiebereiche und Windenergiepotenzialbereiche verwiesen. Dies führt hier in der Gesamtabwägung derzeit nicht zu einer geänderten Bewertung. Im Übrigen gehen die vorgenannten Aspekte teilweise zusätzlich auch in die Gunstbereichsbewertung ein. Teile der alten Fläche Nie_WIND_001 sind aufgrund der erweiterten BSN-Darstellung keine Potenzialfläche mehr.			
Nie_WIND_004	Niederkrüchten	35	1	0	2	3	3	AFA (tlw., ca. 80%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 20%) BSLE (tlw., ca. 50%)	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, geringer Waldflächenanteil, Umgebung etc.) davon ausge-		9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Planungsbeschluss

								BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG (tlw., ca. 50%) Mischwald (marginal) Nadelwald (tlw., ca. 20%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • landwirtschaftliche Nutzfläche, • Wasserschutzzone III B, • Lärmschutzzone 2 Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • forstwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	gangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zu Wald und Bodenschutz (teilweise untere von zwei entsprechenden Stufen in Waldfunktionskarte vermerkt) wird auf E.F.7 verwiesen. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt zum Teil im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Zur Thematik des Landschaftsbildes wird angemerkt, dass hier schon eine land-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									schaftliche Wertigkeit höherer Art im Westteil gesehen wird (vgl. auch Landschaftsbildbewertung des LANUV Mitte 2016). Jedoch ist im betreffenden Teilraum auch eine Vorbelastung des natürlichen Landschaftsbildes durch die nördliche Autobahn A52 gegeben. Zudem wird die landschaftliche Struktur eher randlich tangiert und nicht im Kern. WEA im Ostteil des Windenergiebereichs würden die Bedeutung in dem Teilstück zudem etwas relativieren. In der Gesamtabwägung wird hier dem Ausbau der erneuerbaren Energien somit auch unter diesem Aspekt der Vorzug gegeben.			
Nie_WIND_005-A	Niederkrüchten	69	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 60%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 40%) BGG (tlw., ca. 10%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 20%) Flugplatz Niederkrüchten (tlw., ca. 60%) FNP Gemeinbedarf (tlw., ca. 60%) WSZ IIIA (tlw., ca. 10%) BV herausrag. Bedeutung LSG (tlw., ca. 40%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (kleinflächig; ca. 5%) Mischwald (kleinflächig; ca. 5%) Nadelwald (tlw., ca. 35%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm (tlw., ca. 55%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (überw.; ca. 80%) Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte)	Ausschluss, Begründung, Der Bereich ist ein großer zusammenhängender Bereich mit besonderer Bedeutung für den Biotopverbund. Das würde alleine zwar nicht den Ausschluss rechtfertigen. Da der Bereich aber zugleich auch noch fast komplett von Bereichen mit herausragender Bedeutung für den Biotopschutz umgeben ist, erhöht dies die ökologische Bedeutung. Solche Standorte mit einer entsprechenden Relevanz sind im Planungsraum selten. Berücksichtigt man	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								te inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Gemeinbedarf (Teil des Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt; tlw.; ca. 60%) • Fläche für die Forstwirtschaft (tlw.; ca. 40%) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.; ca. 40%) • Lärmschutzzonen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung mit kleinen baulichen Inselnutzungen (überw.; ca. 70%) , • Golfplatz (tlw.; ca. 30%) • (Teil des Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt)	nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	dann noch die Golfplatznutzung in Teilen des Bereiches und die Bedeutung für den Vogelzug (aufgrund der sehr zentralen Lage in einem relativ naturnahen größeren Gebiet), so soll in der Gesamtabwägung unter Berücksichtigung der Alternativensituation von der Darstellung dieses Bereiches als Windenergiebereich abgesehen werden.		
Nie_WIND_010-A	Niederkrüchten	43	0	0	0	3	3	AFA (tlw.; siehe Entwurf) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw.; siehe Entwurf) BSLE (300 m um BSN (tlw., ca. 95%) FNP-Fläche für Gemeinbedarf WSZ IIIA (tlw., ca. 20%) BV herausrag. Bedeutung Standort/Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Militärflugplatz Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zu Wald und Bodenschutz (untere von zwei entsprechenden Stufen in Waldfunktionskarte vermerkt) wird auf E.F.7 verwiesen. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrt-	3 Zusatzpunkte aufgrund der Vorbelastung durch die militärische Nutzung und der potentiellen WEA-Beiträge zur Realisierung einer Umgestaltung bei Nie_WIND_010-A..	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								• Fläche für Gemeinbedarf (Fläche des Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt) • Lärmschutzzonen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung (überw.; ca. 40%), • Baulich geprägte Bereiche (tlw.; ca. 30%) • Versiegelte Bereiche (tlw.; ca. 30%) • (Teil der großen Konversionsfläche Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt)	behörde: Diese Fläche liegt im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Die Fläche Nie_WIND_010 wurde nach der ersten Beteiligungsrunde mit Rücksicht auf den Belang des gegenüber dem ersten Entwurf vergrößerten BSN auf Nie_WIND_010-A verkleinert (-B im Westen ist aufgrund des entsprechenden Belangs BSN keine Potenzialfläche, da sie somit in einem Tabubereich liegt). Im Ergebnis kann aufgrund der vergrößerten Entfernung auch keine Flächengruppe zwischen Nie_WIND_010-A und Nie_WIND_017-A gebildet werden. Teile von Nie_WIND_010 (d.h. … -B) sind aufgrund der erweiterten BSN-Darstellung			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									keine Potenzialfläche mehr.			
Nie_WIND_015	Niederkrüchten	3	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA BSLE 300 m um BSN FNP-Fläche für Gemeinbedarf BV herausrag. Bedeutung Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Gemeinbedarf (Fläche des Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt) • Lärmschutzzonen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Versiegelte Bereiche (überw.) • (Teil der großen Konversionsfläche Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt)	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Hinweis: Bei Nie_WIND_015 handelt es sich um mehrere kleine Flächen im Umfeld der Landebahnflächen, die BV herausragender Bedeutung sind, aber nicht zugleich Biotope gemäß § 30 BNatSchG / § 42 LNatSchG und die zudem nicht zu den anderen Potenzialbereichen gehören. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll.	Ausschluss; Begründung: Die hohe ökologische Wertigkeit (u.a. BV herausragender Bedeutung) ist hier angesichts der Alternativensituation höhergewichtig als die Option der Darstellung als Windenergiebereich.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Nie_WIND_016	Niederkrüchten	10	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	ASB BGG (tlw., ca. 30%) BSLE (tlw., ca. unter 5%) WSZ IIIA (tlw., ca. 30%) Naturpark BV besonderer Bedeutung (tlw., ca. unter 5% LSG (kleinflächig) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • •Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Forstwirtschaftliche Nutzung (kleinflächig).)		Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.a	nein
Nie_WIND_017-A	Niederkrüchten	25	0	0	3	0	3	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5-10%) BV besond. Bedeutung LSG Mischwald (tlw., ca. 5%) Nadelwald (tlw., ca. 95%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirt-	Bei den Teilen des Windenergiebereichs die über BSAB liegen gilt, dass die Windenergiebereichsdarstellung die Nachfolgenutzung ist. Dies ist aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Abbaus und der zuschnitts- und flächengrößenbedingten Möglichkeit einer WEA-Errichtung ohne die substantielle Rohstoffgewinnung in Frage zu stellen aber unkritisch. Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Nie_WIND_017-A; Nie_WIND_019	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								schaft • Landschaftsschutzgebiet • Richtfunkstrecke (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung	vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zu Wald und Bodenschutz (untere von zwei entsprechenden Stufen in Waldfunktionskarte vermerkt) wird auf E.F.7 verwiesen. Hingewiesen wird darauf, dass die Kommune Niederkrüchten sich mit Schreiben vom 02.04.2014 (späterer Eingang bei der Bezirksregierung) kritisch u.a. zur etwaigen Darstellung dieses Windpotenzialbereichs äußerte. Neben der aus Sicht der Kommune drohenden überproportionalen Belastung des Kreises und der Kommune durch Darstellungen für die Windenergienutzung im Regionalplan wurde standörtlich u.a. der geplante Waldumbau im Elmper Wald, die Nichtübereinstimmung mit darstellungen im FNP, die Lage im Naturpark, die sensible Umgebung, die Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus und die Darstellung als LSG problematisiert. Zu diesen Themen wird jedoch seitens der Regionalplanung auf die Ausführungen in der Begründung und hier insb. im einleitenden Text zu der Darstellung der Windenergiebereiche und Windenergiepotenzialbereiche verwiesen. Dies führt hier in der Gesamtabwägung derzeit nicht zu einer geänderten Bewertung. Im Übrigen gehen die vorgenannten Aspekte teilweise zusätzlich auch in die Gunstbereichsbewertung ein. Die Fläche Nie_WIND_017 wurde nach der ersten Beteiligungsrunde mit Rücksicht auf den Belang des gegenüber dem ersten Entwurf vergrößerten BSN auf Nie_WIND_017-A verkleinert (-B im Westen ist aufgrund des entsprechenden Belangs			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									BSN keine Potenzialfläche, da sie somit in einem Tabubereich liegt). Im Ergebnis kann aufgrund der vergrößerten Entfernung auch keine Flächengruppe zwischen Nie_WIND_010-A und Nie_WIND_017-A gebildet werden.			
Nie_WIND_019	Niederkrüchten	10	0	0	3	0	3	Waldbereiche (Regionalplan) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5-10%) BV besond. Bedeutung LSG Nadelwald Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Forstwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet • Richtfunkstrecke (tlw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Forstwirtschaftliche Nutzung	Bei den Teilen des Windenergiebereichs die über BSAB liegen gilt, dass die Windenergiebereichsdarstellung die Nachfolgenutzung ist. Dies ist aufgrund des bereits weit fortgeschrittenen Abbaus und der zuschnitts- und flächengrößenbedingten Möglichkeit einer WEA-Errichtung ohne die substantielle Rohstoffgewinnung in Frage zu stellen aber unkritisch. Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zu Wald und Bodenschutz (untere von zwei entsprechenden Stufen in Waldfunktionskarte vermerkt) wird auf E.F.7 verwiesen. Hingewiesen wird darauf, dass die Kommune Niederkrüchten sich mit Schreiben vom 02.04.2014 (späterer Eingang bei der Bezirksregierung) kritisch u.a. zur etwaigen Darstellung dieses Windpotenzialbereichs äußerte. Neben der aus Sicht der Kommune drohenden überproportionalen Belastung	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Nie_WIND_017-A; Nie_WIND_019	6	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									des Kreises und der Kommune durch Darstellungen für die Windenergienutzung im Regionalplan wurde standörtlich u.a. der geplante Waldumbau im Elmper Wald, die Nichtübereinstimmung mit darstellungen im FNP, die Lage im Naturpark, die sensible Umgebung, die Bedeutung für die Naherholung und den Tourismus und die Darstellung als LSG problematisiert. Zu diesen Themen wird jedoch seitens der Regionalplanung auf die Ausführungen in der Begründung und hier insb. im einleitenden Text zu der Darstellung der Windenergiebereiche und Windenergiepotenzialbereiche verwiesen. Dies führt hier in der Gesamtabwägung derzeit nicht zu einer geänderten Bewertung. Im Übrigen gehen die vorgenannten Aspekte teilweise zusätzlich auch in die Gunstbereichsbewertung ein. Die Fläche Nie_WIND_017 wurde nach der ersten Beteiligungsrunde mit Rücksicht auf den Belang des gegenüber dem ersten Entwurf vergrößerten BSN auf Nie_WIND_017-A verkleinert (-B im Westen ist aufgrund des entsprechenden Belangs BSN keine Potenzialfläche, da sie somit in einem Tabubereich liegt). Im Ergebnis kann aufgrund der vergrößerten Entfernung auch keine Flächengruppe zwischen Nie_WIND_010-A und Nie_WIND_017-A gebildet werden.			
Nie_WIND_020	Niederkrüchten	10	2	0	2	3	3	AFA (tlw., ca. 10%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 90%) 300 m um BSN (tlw., ca. 95%) BSAB (tlw. ca. 10%) BSLE (tlw., ca. 95%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 95%) LSG Mischwald (tlw., ca. 10%) Nadelwald (tlw., ca. 80%)	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, geringer Waldflächenanteil, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der	Ausschluss, Begründung: Die mit BSAB überlagerten Flächen sind noch unabgegraben und fallen daher weg, zumal dies recht schmale Flächen sind. Die verbleibenden Bereiche sind unter 10 ha,	10	nein

Stand: Unterlagen für den Kreistagsbeschluss

								Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Forstwirtschaftliche Nutzfläche (tlw., ca. 90%) • landwirtschaftliche Nutzfläche (tlw., ca. 10%), • Lärmschutzzone 2 Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung (überw.) • landwirtschaftliche Nutzung (tlw.)	ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Zu Wald und Bodenschutz (teilweise untere von zwei entsprechenden Stufen in Waldfunktionskarte vermerkt) wird auf E.F.7 verwiesen. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt zum Teil im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	so dass der Bereich insgesamt nicht dargestellt werden kann.		
Nie_WIND_021	Niederkrüchten	8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 20%) Waldbereiche (tlw., ca. 80%) BSLE 300 m um BSN FNP-Fläche für Gemeinbedarf BV herausrag. Bedeutung Umgebung von Flugplätzen	Hinweis: Niederkrüchten ist keine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriteri-	Ausschluss; Begründung: Die Regionalplanung sieht die ökologische konfliktintensität südlich der südlichen Lan-	k.A.	nein

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-gationsanlagen Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für Gemeinbedarf (Fläche des Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt) • Lärmschutzzonen Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Versiegelte Bereiche (kleinflächig) • Offenland (tlw., ca. 20%) • Wald (tlw., ca. 80%) • (Teil der großen Konversionsfläche Militärflugplatzes Niederkrüchten-Elmpt)	entabelle). Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Diese Fläche liegt im militärischen Bauschutzbereich. Eine Prüfung durch die militärische Luftfahrtbehörde ist daher erforderlich. Auf §§ 12, 14 und 18a LuftVG weise ich hin. Stgn. der Regionalplanung zum Hinweis der Landesluftfahrtbehörde: Seitens der Regionalplanung wird – vorbehaltlich der Erkenntniss aus weiteren Beteiligungen – davon ausgegangen, dass für die Belange des militärischen Anlagenschutzes auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Interessen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass der Militärstandort Niederkrüchten-Elmpt umgenutzt werden soll. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftfahrt- und Militärrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.	debahn als erhöht an (sensibler waldrand im Übergang zu Offenlandbereichen; zugleich BV herausragender Bedeutung), so dass von Seiten der Regionalplanung angesichts der Alternativen im Offenlandbereich diese Fläche nicht auch im RPD dargestellt werden soll. Davon unberührt bleibt, dass die Kommune ggf. unter Beachtung der Vorgaben der Raumordnung eine über die nördlichen Windenergiebereiche hinausgehende Windenergiedarstellung vornehmen könnte, wenn sich die als fachrechtlich, von den Vorgaben der raumordnung her und von seiten der bauleitplanerischen Abwägung her als machbar und aus kommunaler Sicht sinnvoll herausstellt. Hier ist die Kommune nicht an die Abwägung der Regionalplanungsbehörde zu dieser Fläche gebunden		

Stand: Unterlagen für den Beteiligungsbeschluss

										und die Raumordnung lässt hier über die – dort nicht vorgesehene – BSN-Darstellung auch bewusst Spielräume im Rahmen der Gesamtabwägung von u.a. EE-Aspekten und ökologischen Aspekten. Thema könnte hier im Rahmen der Bauleitplanung eine Gründung der WEA in nördlichen versiegelten Bereichen sein mit überstreichen von Teilen von Nie_WIND_021.		
Sch_WIND_001-A	Schwalmtal	20	2	0	0	3	3	AFA BGG (tlw., ca. 70%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 80%) WSZ IIIA (tlw., ca. 70%) LSG (tlw., ca. 80%) Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone III A Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Net_WIND_003; Sch_WIND_001-A Sch_WIND_007 Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	8	ja, als Windenergiebereich
Sch_WIND_0	Schwalmtal	<1	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG		Ausschluss: Es gilt hierfür die entspre-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

01-B								BSLE 300 m um BSN WSZ IIIA LSG Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone III A Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung		chende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.		
Sch_WIND_002	Schwalmtal	13	2	3	1	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für Windenergieanlagen • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone lllb Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (weit überw.) • zwei WEA	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierun-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_002; Vie_WIND_005	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									gen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Sch_WIND_003	Schwalmtal	63	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 25%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 75%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 5-10%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 75%) LSG Mischwald (tlw., ca. 75%) Nadelwald (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 50%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturparke FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-	Hinweis: Schwalmtal ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings gilt gerade für den Süden, dass innerhalb der Kommune sowie östlich und südwestlich angrenzend an die Kommune z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Bezüglich der Denkmalschutzbelange im Kontext des Waldhufendorfes Lüttelforst	Ausschluss gemäß der Angaben in Kapitel 9 der Begründung.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Abschluss der Offenlage

								te inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 25%) • Waldfläche (tlw.; ca. 75%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw., ca. 25%) • Wald (tlw.; ca. 75%)	wird davon ausgegangen, dass die Darstellung als Windenergiebereich damit vereinbar ist – unter anderem aufgrund der Entfernung. In der Abwägung geht hier die Windkraftnutzung vor, der insb. angesichts der Klimaschutzthematik, der regionalwirtschaftlichen Potentiale und auch der landesplanerischen Vorgaben hinreichend Raumeinzuräumen ist, angesichts der relativ geringen Auswirkungen potenzieller WEA auf den Denkmalschutz. Die Entscheidung im fachrechtlichen Zulassungsverfahren bleibt aber auch hier unberührt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesmi-			

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

									nisterium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Sch_WIND_004	Schwalmtal	7	3	3	1	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone IIIb Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • WEA (kleinflächig)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_004; Vie_WIND_003-A; Vie_WIND_006	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist zur Frage von „Spielräumen“ auf eine ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Sch_WIND_007	Schwalmtal	1	2	0	0	3	3	AFA BSLE BGG (kleinflächig, unter 5%) 300 m um BSN WSZ IIIA (kleinflächig; unter 5%) LSG Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):		Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Net_WIND_003; Sch_WIND_001-A Sch_WIND_007	8	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landw. Nutzung				
Sch_WIND_008	Schwalmtal	76	0	0	1	2	1	AFA (tlw., ca. 50%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 50%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 50%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 50%) LSG Mischwald (tlw., ca. gut 50%) Nadelwald (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 5-10%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturparke FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 50%) • Waldfläche (tlw.; ca. 50%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw., ca. 50%) • Wald (tlw.; ca. 50%)	Hinweis: Schwalmtal ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings gilt gerade für den Süden, dass innerhalb der Kommune sowie östlich und südwestlich angrenzend an die Kommune z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche – bis auf einen sehr kleinen Bereich im Nord - nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Entsprechender Erholungswald der unteren von zwei Stufen liegt nördlich von Sch_WIND_008 vor und der bietet – zusammen mit weiteren Waldflächen in der Umgebung – somit auch kleinräumig eine Alternative für die Erholungsnutzung außerhalb von Windenergiebereichen. Bezüglich der Denkmalschutzbelange im Kontext des Waldhufendorfes Lüttelforst wird davon ausgegangen, dass die Darstellung als Windenergiebereich damit vereinbar ist – unter anderem aufgrund der Entfernung. In der Abwägung geht hier die	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_008 Sch_WIND_009-A1 Sch_WIND_011-A	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Abwägungsbeschluss

									Windkraftnutzung vor, der insb. angesichts der Klimaschutzthematik, der regionalwirtschaftlichen Potentiale und auch der landesplanerischen Vorgaben hinreichend Raumeinzuräumen ist, angesichts der relativ geringen Auswirkungen potenzieller WEA auf den Denkmalschutz. Die Entscheidung im fachrechtlichen Zulassungsverfahren bleibt aber auch hier unberührt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Zur Thematik des Landschaftsbildes wird angemerkt, dass hier schon eine landschaftliche Wertigkeit höherer Art gesehen wird (vgl. auch Landschaftsbildbewertung des LANUV Mitte 2016). Jedoch ist im betreffenden Teilraum auch eine Vorbelastung des natürlichen Landschaftsbildes durch die nördliche Autobahn A52, die K9, die L 371 und Abgabungstätigkeiten sowie eine Deponie gegeben. Auch sind viele wenig naturnahe Ackerflächen in dem geplanten Windenergiebereich vorhanden Es verbleiben zudem im Bereich zwischen Autobahn A 52 und Schwalm große von Windenergiebereichen unbeeinträchtigte Bereiche. In der Gesamtabwägung wird hier dem Ausbau der erneuerbaren Energien somit auch unter diesem Aspekt der Vorzug gegeben. Diese Bewertung gilt für den Gesamtkomplex Sch_WIND_008, Sch_WIND_009-A1, Sch_WIND_011-A.			
Sch_WIND_009-A1	Schwalmtal	13	0	0	1	2	1	AFA (tlw., ca. 30%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 70%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 90%)	Hinweis: Schwalmtal ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings gilt gerade für den Süden, dass innerhalb der Kommune sowie östlich und südwestlich angrenzend an die Kommune z.T. größere, nicht isolierte Waldge-			ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) LSG Mischwald (tlw., ca. 70%) Nadelwald (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (ca. 30%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturparke FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 40%) • Waldfläche (tlw.; ca. 60%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw., ca. 40%) • Wald (tlw.; ca. 60%)	biete vorhanden sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche – bis auf einen sehr kleinen Bereich im Nord - nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Entsprechender Erholungswald der unteren von zwei Stufen liegt nördlich von Sch_WIND_008 vor und der bietet – zusammen mit weiteren Waldflächen in der Umgebung – somit auch kleinräumig eine Alternative für die Erholungsnutzung außerhalb von Windenergiebereichen. Bezüglich der Denkmalschutzbelange im Kontext des Waldhufendorfes Lüttelforst wird davon ausgegangen, dass die Darstellung als Windenergiebereich damit vereinbar ist – unter anderem aufgrund der Entfernung. In der Abwägung geht hier die Windkraftnutzung vor, der insb. angesichts der Klimaschutzthematik, der regionalwirtschaftlichen Potentiale und auch der landesplanerischen Vorgaben hinreichend Raumeinzuräumen ist, angesichts der relativ geringen Auswirkungen potenzieller WEA auf den Denkmalschutz. Die Entscheidung im fachrechtlichen Zulassungsverfahren bleibt aber auch hier unberührt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrech-			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									tes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Siehe zum Landschaftsbild auch Sch_WIND_008.			
Sch_WIND_009-A2	Schwalmtal	8	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. 95%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 5%) BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 20%) BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) LSG Mischwald (tlw., ca. 5%) Nadelwald (kleinflächig) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 40%) Unzerschnittener verkehrsarmer Raum über 10 qkm Naturparke FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (tlw.; ca. 90%) • Waldfläche (tlw.; ca. 10%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw., ca. 90%) • Wald (tlw.; ca. 10%)	Hinweis: Schwalmtal ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings gilt gerade für den Süden, dass innerhalb der Kommune sowie östlich und südwestlich angrenzend an die Kommune z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche – bis auf einen sehr kleinen Bereich im Nord - nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Entsprechender Erholungswald der unteren von zwei Stufen liegt nördlich von Sch_WIND_008 vor und der bietet – zusammen mit weiteren Waldflächen in der Umgebung – somit auch kleinräumig eine Alternative für die Erholungsnutzung außerhalb von Windenergiebereichen. Bezüglich der Denkmalschutzbelange im Kontext des Waldhufendorfes Lüttelforst wird davon ausgegangen, dass die Darstellung als Windenergiebereich damit vereinbar ist – unter anderem aufgrund der Entfernung. In der Abwägung geht hier die	Ausschluss gemäß der Angaben in Kapitel 9 der Begründung. Angaben zu Sch_WIND_003 gelten hier auch.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Windkraftnutzung vor, der insb. angesichts der Klimaschutzthematik, der regionalwirtschaftlichen Potentiale und auch der landesplanerischen Vorgaben hinreichend Raumeinzuräumen ist, angesichts der relativ geringen Auswirkungen potenzieller WEA auf den Denkmalschutz. Die Entscheidung im fachrechtlichen Zulassungsverfahren bleibt aber auch hier unberührt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Sch_WIND_0011-A	Schwalmtal	10	0	0	1	2	1	AFA BSLE 300 m um BSN (tlw., ca. 50%) LSG BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) Mischwald (tlw., ca. 10%) Nadelwald (kleinflächig) Naturparke FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (weit überw.) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (tlw., weit überw.)	Hinweis: Schwalmtal ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Allerdings gilt gerade für den Süden, dass innerhalb der Kommune sowie östlich und südwestlich angrenzend an die Kommune z.T. größere, nicht isolierte Waldgebiete vorhanden sind. Insoweit treffen die Regelannahmen zu waldarmen Kommunen in den Erläuterungen zu 7.3.1 des LEP NRW lokal nicht vollumfänglich zu. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne des Ziels des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche – bis auf einen sehr kleinen Bereich im Nord - nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Entsprechender Erholungswald der unteren von zwei Stufen liegt nördlich von Sch_WIND_008 vor und der bietet – zusammen mit weiteren Waldflächen in der Umgebung – somit auch klein-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_008 Sch_WIND_009-A1 Sch_WIND_011-A	4	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									räumig eine Alternative für die Erholungsnutzung außerhalb von Windenergiebereichen. Bezüglich der Denkmalschutzbelange im Kontext des Waldhufendorfes Lüttelforst wird davon ausgegangen, dass die Darstellung als Windenergiebereich damit vereinbar ist – unter anderem aufgrund der Entfernung. In der Abwägung geht hier die Windkraftnutzung vor, der insb. angesichts der Klimaschutzthematik, der regionalwirtschaftlichen Potentiale und auch der landesplanerischen Vorgaben hinreichend Raumeinzuräumen ist, angesichts der relativ geringen Auswirkungen potenzieller WEA auf den Denkmalschutz. Die Entscheidung im fachrechtlichen Zulassungsverfahren bleibt aber auch hier unberührt. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird jedoch davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlusgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Siehe zum Landschaftsbild auch Sch_WIND_008.			
Tön_WIND_001	Tönisvorst	13	0	0	3	3	3	AFA (überw.; ca. 95%) BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 55%) BV besond. Bedeutung LSG Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 40%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen):	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb sog. Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage und Beeinträchtigungen des Flugbetriebes können bei der Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfer-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Tön_WIND_001; Vie_WIND_004; Vie_WIND_007	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Abschluss

								• Fläche für die Landwirtschaft (übwer.) • von Ost nach West quer durch die Fläche verlaufende L475 (tlw.) • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • überw. landwirtschaftliche Nutzung • kleinflächig Gehölzstreifen	nung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ferner ist anzumerken, dass hier ist eine Betroffenheit militärischen Richtfunks je nach Anlagenkonfiguration möglich ist (Anlage südlich). Auch hier steht dies je-			

Stand: Unterlagen für den Kreistagsbeschluss

									doch einer Darstellung als Windenergiebereich nicht entgegen. Denn ist ist von hinreichenden Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen auszugehen. Auch diesbezüglich bleiben jedoch zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_001	Viersen	34	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BSLE (tlw., ca. unter 5%) BV besond. Bedeutung (marginal; <5%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrslandeplatz Grefrath Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (marginal; <5%) Naturpark FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Wasserschutzzone IIIA Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Die Thematik des Abstandes zur Platzrunde des Verkehrslandeplatzes Grefrath und die Sicherheit des auf den Verkehslandeplatz Grefrath bezogenen Luftverkehrs führten zum Ausschluss. Darauf beziehen sich die Angaben rechts. Für die sonstige Luftverkehrsthematik würde jedoch gelten, dass die Regionalplanung davon ausgeht, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen diese weiteren Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt zum Teil im Hindernisüberwachungsbereich des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Eine Zustimmung zu Windkraftanlagen in diesem	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lagebedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für die Aufstellungsbeschluss

									Bereich kann von hier nicht in Aussicht gestellt werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin.			
Vie_WIND_002-A	Viersen	18	3	0	2	3	3	AFA (tlw., ca. 85%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 15%) BGG BSLE (ca. 10%) WSZ IIIA BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 20%) Mischwald (tlw., ca. 20%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 20%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (ca. 80%), • zu kleineren Teilen (im Nordwesten) Wald	Hinweis: Viersen ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, geringer Waldflächenanteil am Standort, Bahnstrecke und sonstige Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne von 7.3.1 des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Vie_WIND_002-A Vie_WIND_009-A Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	11	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Ausschuss

									Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_002-B	Viersen	2	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA (tlw., ca. unter 5%) Waldbereiche (Regionalplan) (tlw., ca. 95%) BGG BSLE (ca. 95%) WSZ IIIA BV besond. Bedeutung Mischwald Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (tlw., ca. 95%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhal-	Hinweis: Viersen ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW. Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, geringer Waldflächenanteil am Standort, Bahnstrecke und sonstige Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne von 7.3.1 des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								te inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • Wald	einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_003-A	Viersen	13	3	3	1	3	3	AFA BGG (tlw., ca. 55%) WSZ IIIA (tlw., ca. 55%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für Windenergieanlagen (überw.; ca. 70%) • Flächen für die Landwirtschaft (tlw. ca. 30% Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw. ca. 95%) • WEAs (kleinflächig)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiter-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_004; Vie_WIND_003-A; Vie_WIND_006	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									entwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_003-B	Viersen	6	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	k. A.	AFA BGG (tlw., ca. 70%) WSZ IIIA (tlw., ca. 70%) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Konzentrationszone für Windenergieanlagen (überw.; ca. 70%) • Flächen für die Landwirtschaft (tlw. ca. 30% Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw. ca. 95%) • WEA (kleinflächig)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA	Ausschluss: Es gilt hierfür die entsprechende Begründung, die bei der 3. Beteiligung ausgelegt wurde.	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für das Aufstellungsverfahren

									möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_004	Viersen	2	? 0	0	3	3	3	AFA ÜSB BSLE Regionale Grünzüge regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft • Landschaftsschutzgebiet Realnutzung der Oberfläche	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des sog. Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage und Beeinträchtigungen des Flugbetriebes können bei der Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Hier wird exemplarisch auch eine Stellungnahme des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vom 11.02.2014 wiedergegeben zu einer Fläche, die sich ungefähr zusammensetzt aus Vie_WIND_004, Vie_WIND_007, Tön_WIND_001:	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Tön_WIND_001; Vie_WIND_004; Vie_WIND_007	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

								(wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (überw.) • Gehölzstreifen (kleinflächig)	Sehr geehrte Damen und Herren, durch die vorgelegte Planung wird der Aufgabenbereich des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung im Hinblick auf den Schutz ziviler Flugsicherungseinrichtungen insoweit berührt, als das im vorgelegten Planungsstand die Vorrangzone für Windkraftanlagen im Anlagenschutzbereich der DVOR Mönchengladbach belegen ist. Je nach Verortung, Dimensionierung und Gestaltung von Bauvorhaben (hier: Windkraftanlagen) besteht daher die Möglichkeit der Störung dieser Flugsicherungseinrichtungen. Es bestehen gegen den vorgelegten Planungsstand der Vorrangzone für Windkraftanlagen derzeit keine grundsätzlichen Einwände. Meine Aussage bezieht sich auf die in ihrer Anfrage aufgeführten Koordinaten. Die Entscheidung gemäß § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG), ob Flugsicherungseinrichtungen durch einzelne Bauwerke gestört werden können, bleibt von dieser Aussage jedoch unberührt. Sie wird von mir getroffen, sobald mir über die zuständige Luftfahrtbehörde des Landes die konkrete Vorhabensplanung (z.B. Bauantrag) vorgelegt wird. Mit freundlichen Grüßen Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der			

Stand: Unterlagen für den Ausschluss

									Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Auch der technische Fortschritt ist zu beachten als mögliche Lösungsoption: In diesem Kontext ist generell (nicht speziell bezogen auf diese Windpotenzialfläche) zum Thema Drehfunkfeuer zu vermerken, dass z.B. Doppler-VOR nach hiesiger Kenntnis oftmals störunempfindlicher sein dürften, als z.B. CVOR, so dass sich bei Umrüstungen positivere Einschätzungen ergeben könnten (Indiz: Schreiben des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vom 22.07.2015, S. 2, an das Dezernat 26 der Beziksregierung Düsseldorf zu Windkraftplanungen in der Gemeinde Vettweiß, ST/5.5.1/0146-001/15). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ferner ist anzumerken, dass hier ist eine Betroffenheit militärischen Richtfunks je nach Anlagenkonfiguration möglich ist (Anlage südlich). Auch hier steht dies jedoch einer Darstellung als Windenergiebereich nicht entgegen. Denn ist ist von hinreichenden Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen auszu-			

Stand: Unterlagen für den Kabinettsbeschluss

									gehen. Auch diesbezüglich bleiben jedoch zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_005	Viersen	3	2	3	1	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Land- und Forstwirtschaft • Wasserschutzzone Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_002; Vie_WIND_005	12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_006	Viersen	<1	3	3	1	3	3	AFA FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiter-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Sch_WIND_004; Vie_WIND_003-A; Vie_WIND_006	13	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									entwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_007	Viersen	<1	0	0	3	3	3	AFA BSLE regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BV besond. Bedeutung LSG Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Flächen für die Land- und Forstwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • forstwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche 007 liegt innerhalb sog. Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage und Beeinträchtigungen des Flugbetriebes können bei der Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Bereich nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Tön_WIND_001; Vie_WIND_004; Vie_WIND_007	9	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Ferner ist anzumerken, dass hier ist eine Betroffenheit militärischen Richtfunks je nach Anlagenkonfiguration möglich ist (Anlage südlich). Auch hier steht dies jedoch einer Darstellung als Windenergiebereich nicht entgegen. Denn ist ist von hinreichenden Regelungsmöglichkeiten auf nachfolgenden Verfahrensebenen auszugehen. Auch diesbezüglich bleiben jedoch zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Vie_WIND_009-A	Viersen	28	3	0	2	3	3	AFA (tlw., ca. über 90%) Waldbereiche (Regionalplan)	Hinweis: Viersen ist eine waldarme Kommune im Sinne von Kap. 7.3 des LEP NRW.	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengrup-	11	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								(kleinflächig) BGG BSLE (ca. 25%) WSZ IIIA BV besond. Bedeutung (tlw., ca. 10%) Mischwald (tlw., ca. unter 10%) Biotope gemäß Biotopkataster des LANUV (ca. unter 5 %) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (ca. 90%), zu kleineren Teilen (im Nordwesten) Wald (ca. 10%)	Es wird aufgrund der standörtlichen Bedingungen (Waldart, geringer Waldflächenanteil am Standort, Bahnstrecke und sonstige Umgebung etc.) davon ausgegangen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung wesentlicher Funktionen im Sinne von 7.3.1 des LEP NRW nicht vorliegt (siehe ergänzend E.F.7 der Kriterientabelle). Dabei ist ergänzend anzumerken, dass die waldbestandenen Teile dieser Fläche nicht einmal als unterste von zwei Stufen Erholungswald in der Waldfunktionskarte der ehemaligen LÖLF NRW (LÖLF, 1979) gekennzeichnet sind. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches der VOR-Anlage Mönchengladbach. Störungen der VOR-Anlage durch die Errichtung von Windkraftanlagen können nicht ausgeschlossen werden. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit beför-	pe gebildet aus: Vie_WIND_002-A Vie_WIND_009-A		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									dern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Wil_WIND_001	Willich	11	3	0	3	3	3	AFA BGG (tlw., ca. 10%) WSZ IIIA (tlw., ca. 10%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Fluglandeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen: Verkehrslandeplatz Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • landwirtschaftliche Nutzfläche • im Osten Hauptwasserleitung Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen):	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen		12	ja, als Windenergiebereich

Stand: Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

								• landwirtschaftliche Nutzung	(auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist zur Frage von „Spielräumen“ auf eine ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Wil_WIND_002	Willich	89	1	3	3	3	3	AFA BGG (tlw., ca. 30%) BSLE (tlw., ca. 5%) WSZ IIIA (tlw., ca. 30%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche BSLE (tlw., ca. 5%)	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Außerdem liegt die Fläche zum Teil im sog. Hindernisüberwachungsbereich des Verkehrslandeplatzes Mön-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003; Wil_WIND_002; Wil_WIND_003;	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (weit überw.), • eine kleine Parzelle Forstwirtschaft, • Konzentrationszonenflächen für WEA (mittig; tlw.; ca. 40%) • Richtfunkverbindung Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (weit überwiegend) • WEAs	chengladbach. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windener-	Wil_WIND_004		

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

									giebereichs als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Wil_WIND_003	Willich	41	1	3	3	3	3	AFA BSLE (tlw., ca. 25%) LSG (tlw.; ca. 20%) regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche (tlw., ca. 20%) Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavigationsanlagen (tlw., ca. 80%): Verkehrsflughafen Düsseldorf, Verkehrslandplatz Mönchengladbach; Modellfluggelände Schiefbahn (in der Fläche) FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft (weit überw.; ca. 95%) • Grünflächen/Sportplatz (kleinflächig; ca. 5%) • Landschaftsschutzgebiet (tlw.; ca. 20%) Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung (weit überwiegend) • Sportplatz	Das Modellfluggelände Schiefbahn steht der Windenergiebereichsdarstellung nicht entgegen. Die Windenergienutzung ist regionalplanerisch angesichts der Wirtschaftsleistung und der energetischen Beiträge der klimaschonenden Windenergienutzung bedeutender. Unabhängig davon erscheinen ggf. auf nachfolgenden Verfahrensebenen Lösungen möglich, am Standort oder im Umfeld auch weiterhin Modellflug zu betreiben. Vgl. auch OVG Lüneburg, Urteil vom 12.12.2012, 12 KN 311/10 JURIS RN 29 und siehe E.F.6 in der Kriterientabelle. Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Ich empfehle innerhalb des Bauschutzbereiches keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. In diesem Bereich werden evtl. die Hindernisbegrenzungsflächen durchdrungen. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Weiterer Hinweis der Regionalplanung: Teilweise Lage innerhalb des Hindernisüberwachungsbereichs Anflugsektor Ver-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003; Wil_WIND_002; Wil_WIND_003; Wil_WIND_004	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

									kehrsflughafen Düsseldorf. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG			

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsschluss

									dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			
Will_WIND_004	Willich	3	1	3	3	3	3	AFA BGG WSZ IIIA regionalbedeutsame Kulturlandschaftsbereiche FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • Fläche für die Landwirtschaft Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen des Verkehrsflughafens Düsseldorf. Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Ich empfehle in diesem Bereich keine Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Seitens der Regionalplanung wird davon ausgegangen, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen die Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiter-	Für die Punktzahlvergabe wurde hier eine Flächengruppe gebildet aus: Kaa_WIND_001; Mee_WIND_001; Mee_WIND_003; Wil_WIND_002; Wil_WIND_003; Wil_WIND_004	13	ja, als Windenergievorbehaltsbereich

Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

									entwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Allerdings sind hier bezüglich der Belange der Luftverkehrssicherheit noch so viele Fragen offen, dass statt eines Windenergiebereiches als Vorranggebiet im Sinne des ROG ein Windenergievorbehaltsbereich als Vorbehaltsgebiet im Sinne des ROG dargestellt wird. Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können. Hinzuweisen ist in diesem Kontext auf Bedenken des LVR in einem Beteiligungsschreiben vom 27.03.2015 (verm. zu Wil_WIND_004 und Mee_WIND_001 und evtl. auch südlich geplante Winenergievorbehaltsbereiche): *„Windenergievorbehaltsbereiche zw. Willich und Osterath (Blätter 18, 19):* *Durch die geplanten Windenergievorbehaltsbereiche sind der historisch geprägte und gewachsene Kultur-landschaftsbereich „Fellerhöfe / Franzens-Zollhaus" in Meerbusch und Willich (HKLB 124 des LVR-FB KL RPD) sowie der Archäologische Bereich „Kempener Lehmplatte" (AB XVI des LVR-FB KL RPD) betroffen. Der vielfältige Kulturlandschaftsbereich ist geprägt durch Grup-*			

Stand: Unterlagen für den Abwägungsbeschluss

									pen von Hofanlagen (Fellerhöfe, Bommershöfe, Streithöfe, Hardt), eine Turmwindmühle bei Osterath, den weithin sichtbaren Wasserturm Fellerhöfe von 1928 und das sog. Franzens-Zollhaus, eine mächtige Gebäudegruppe des 18. Jahrhunderts an der Ecke einer historischen Straßeneinmündung („Landstraße"). Die vielfältigen Strukturen des Kulturlandschaftsgefüges sind in ihrer besonderen topographischen Lage zwischen den einzelnen historischen Hofgruppen zu bewahren. Der Wasserturm und die Windmühle sind in ihrer Wirkung als landschaftliche Dominanten zu erhalten; sie gliedern als Landmarken den Kulturlandschaftsbereich und tragen ebenso wie das Franzens-Zollhaus als Wahrzeichen zur regionalen Identität bei. Windenergieanlagen in dem geplanten Windenergievorbehaltsbereich würden die Maßstäblichkeit der denkmalwerten Hofgruppen untereinander und in ihrer landschaftlichen Umgebung stören. Die archäologische Siedlungslandschaft auf der Kempener Lehmplatte weist eine Vielzahl von bedeutenden Relikten der Ur- und Frühgeschichte, der römischen Periode sowie des Mittelalters bis Neuzeit auf. *Wir empfehlen dringend, auf diese Windenergievorbehaltsbereiche zu verzichten“* Der Argumentation wird jedoch nicht gefolgt. Es wird auf die Ausführungen in Kap. 7.2.15.3.7 und 7.2.15.3.8 der Begründung verwiesen. Die vorstehend vom LVR genannten Belange sind nicht so gewichtig, dass sie – auch unter Berücksichtigung möglicher Minderungsmaßnahmen auf nachfolgenden Planungs- und Zulassungsebenen – einer Darstellung im Regionalplan entgegenstehen.			
Wil_WIND_005	Willich	9	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	k.A.	AFA Umgebung von Flugplätzen und/oder Umgebung von Flug-landeplätzen und/oder Flugnavi-	Ergänzende Hinweise der Landesluftfahrtbehörde: Die Fläche liegt innerhalb des Hindernisüberwachungsbereiches des Verkehrslandeplatzes Mönchengladbach	Ausschluss; Begründung: Vorsorgeorientierte Vermeidung lage-	k.A.	nein

Stand: Unterlagen für den Satzungsbeschluss

								gationsanlagen: Verkehrslandeplatz Mönchengladbach FNP-Darstellung (wesentl. Inhalte inkl. nachrichtliche Übernahmen): • landwirtschaftliche Nutzfläche Realnutzung der Oberfläche (wesentliche Nutzungen): • landwirtschaftliche Nutzung	und innerhalb des Anlagenschutzbereiches für Flugsicherungseinrichtungen (§ 18a LuftVG). Störungen von Flugsicherungseinrichtungen sind bei der Errichtung von Windkraftanlagen in der gesamten Fläche zu erwarten. Auf §§ 14, 18a LuftVG weise ich hin. Gemäß der Abwägung der Regionalplanung liegt der Bereich zu nah an der Platzrunde des Flughafens MG. Siehe daher die entsprechenden Ausschlussgründe. Für die sonstige Luftverkehrsthematik würde jedoch gelten, dass die Regionalplanung davon ausgeht, dass aufgrund der Entfernung und Lage für die Belange des Luftverkehrs auf nachfolgenden Ebenen Lösungen gefunden werden können, so dass dies einer Darstellung nicht entgegensteht. In der regionalplanerischen Abwägung, die auch die Bedeutung der Windenergie einbezieht, führen diese weiteren Luftverkehrsinteressen (auch Vorsorgeaspekte) nicht zu einem Ausschluss. Hierbei ist auch zu berücksichtigen, dass im Laufe der voraussichtlichen Geltungsdauer des Regionalplans von mindestens 15 Jahren auch insb. technischen Optimierungen bei Flugsicherungsanlagen und WEA möglich sind, die eine Vereinbarkeit befördern (siehe – wenngleich mit Hauptfokus Militär - auch EADS Deutschland GmbH, 2009 sowie den Anhang 1 von Bundesministerium für Umwelt, 2011). Bezüglich der Thematik der Drehfeuer ist dabei anzumerken, sich im Zuge der technischen Weiterentwicklung die Genauigkeit von GPS in der Luftfahrt verbessern könnte und zudem ist eine verpflichtende Umrüstung auf GPS, initiiert durch EU-Recht, denkbar. Auch beim Material der Rotoren sind Neuerungen mit geringerer Abstrahlwirkung denkbar (und nicht jede WEA-Art muss in einem	bedingter Gefahren für den Luftverkehr (insb. Platzrunde) in Anlehnung insb. an Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012) und Rücksichtnahme auf korrespondierende luftverkehrsbezogene Standortsicherungsinteressen. Dies hat Priorität angesichts der Alternativensituation (zudem ggf. fachrechtlich zwingende Zulassungshürden).		

Stand: Unterlagen für den Anhörungsentwurf

									Windenergiebereich zulassungsfähig sein) (siehe auch OP-Online, 2013). Zudem ist ein Gutachten im Auftrag des Landes SWH zu erwähnen, das Spielräume für geänderte Bewertungen sieht (Bredemeyer, 2014). Etwaige zwingende fachrechtliche Ausschlussgründe auch des Luftverkehrsrechtes bleiben unberührt, die sich auf nachfolgenden Verfahrensebenen ergeben können.			

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

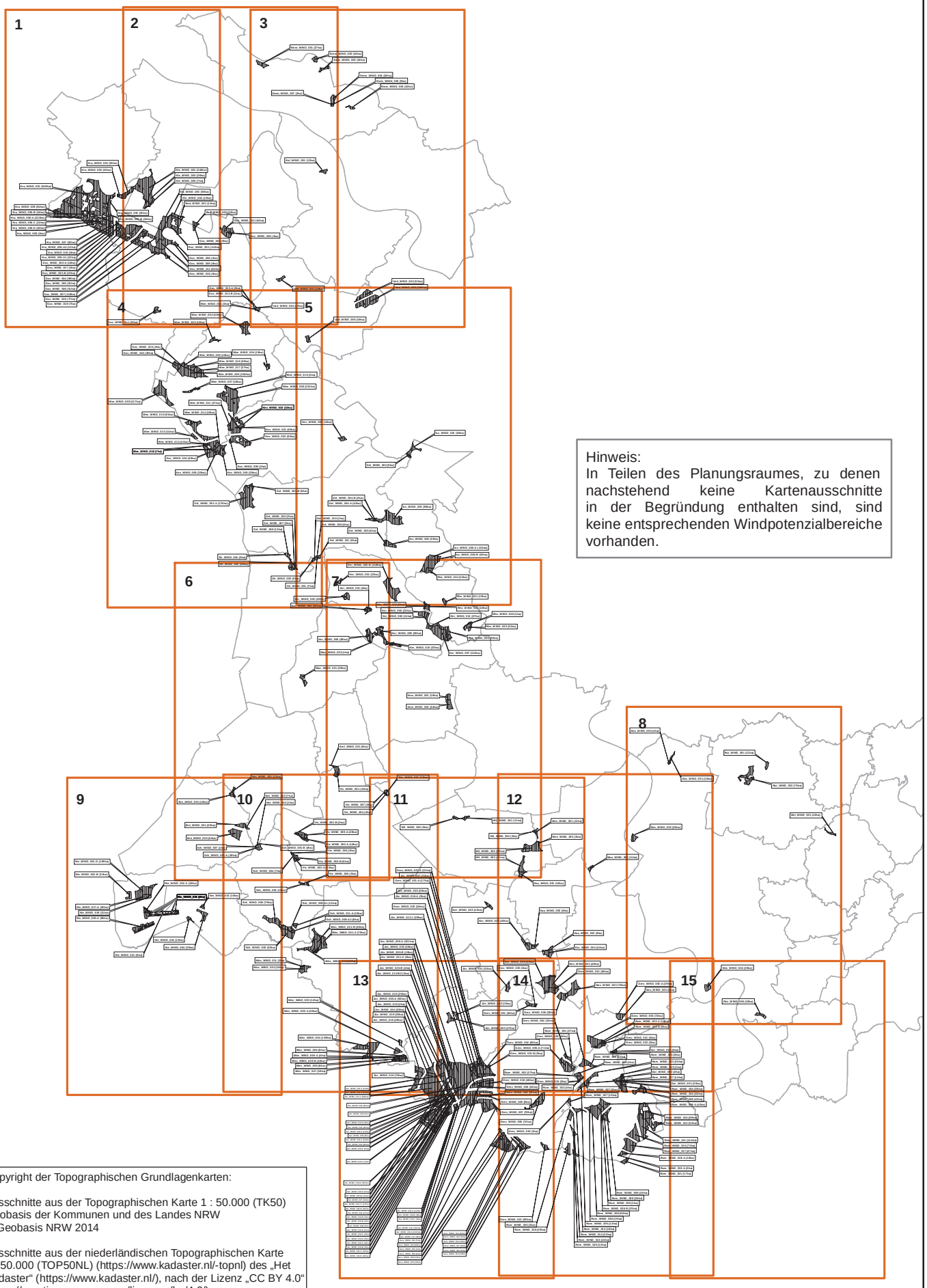
7.2.15.Anlage 3 – Kartendarstellungen der Potenzialbereiche

Blattschnittübersicht	
Blatt 01	Kranenburg, Kleve, Emmerich am Rhein, Bedburg-Hau, Goch, Weeze
Blatt 02	Kranenburg, Kleve, Emmerich am Rhein, Kalkar, Uedem, Weeze, Goch, Bedburg-Hau
Blatt 03	Emmerich am Rhein, Kalkar, Uedem, Goch
Blatt 04	Goch, Weeze, Uedem, Kevelaer, Geldern, Straelen
Blatt 05	Uedem, Issum, Rheurdt, Kerken, Geldern, Kevelaer
Blatt 06	Straelen, Kerken, Wachtendonk, Grefrath, Viersen, Schwalmtal, Brüggen, Nettetal
Blatt 07	Kerken, Rheurdt, Willich, Tönisvorst, Viersen, Grefrath, Wachtendonk
Blatt 08	Düsseldorf, Ratingen, Mettmann, Neuss, Grevenbroich
Blatt 09	Niederkrüchten, Brüggen, Nettetal, Schwalmtal, Mönchengladbach
Blatt 10	Netteltal, Viersen, Tönisvorst, Willich, Mönchengladbach, Jüchen, Schwalmtal
Blatt 11	Tönisvorst, Willich, Meerbusch, Kaarst, Neuss, Korschenbroich, Jüchen, Rommerskirchen, Grevenbroich, Mönchengladbach
Blatt 12	Meerbusch, Düsseldorf, Kaarst, Grevenbroich, Neuss, Rommerskirchen, Dormagen, Jüchen, Korschenbroich
Blatt 13	Mönchengladbach, Jüchen, Korschenbroich, Grevenbroich, Rommerskirchen
Blatt 14	Jüchen, Korschenbroich, Grevenbroich, Neuss, Rommerskirchen, Dormagen

Hinweis: Bei Fragen kann die Regionalplanungsbehörde gerne auch die konkrete Flächenzuordnung/-bezeichnung erläutern. Bitte ggf. z.B. telefonisch über die Zentrale (0211-475-0) die Büroleitung des Dezernates 32 kontaktieren und die Büroleitung um Durchstellung zum Team Energie bitten.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen

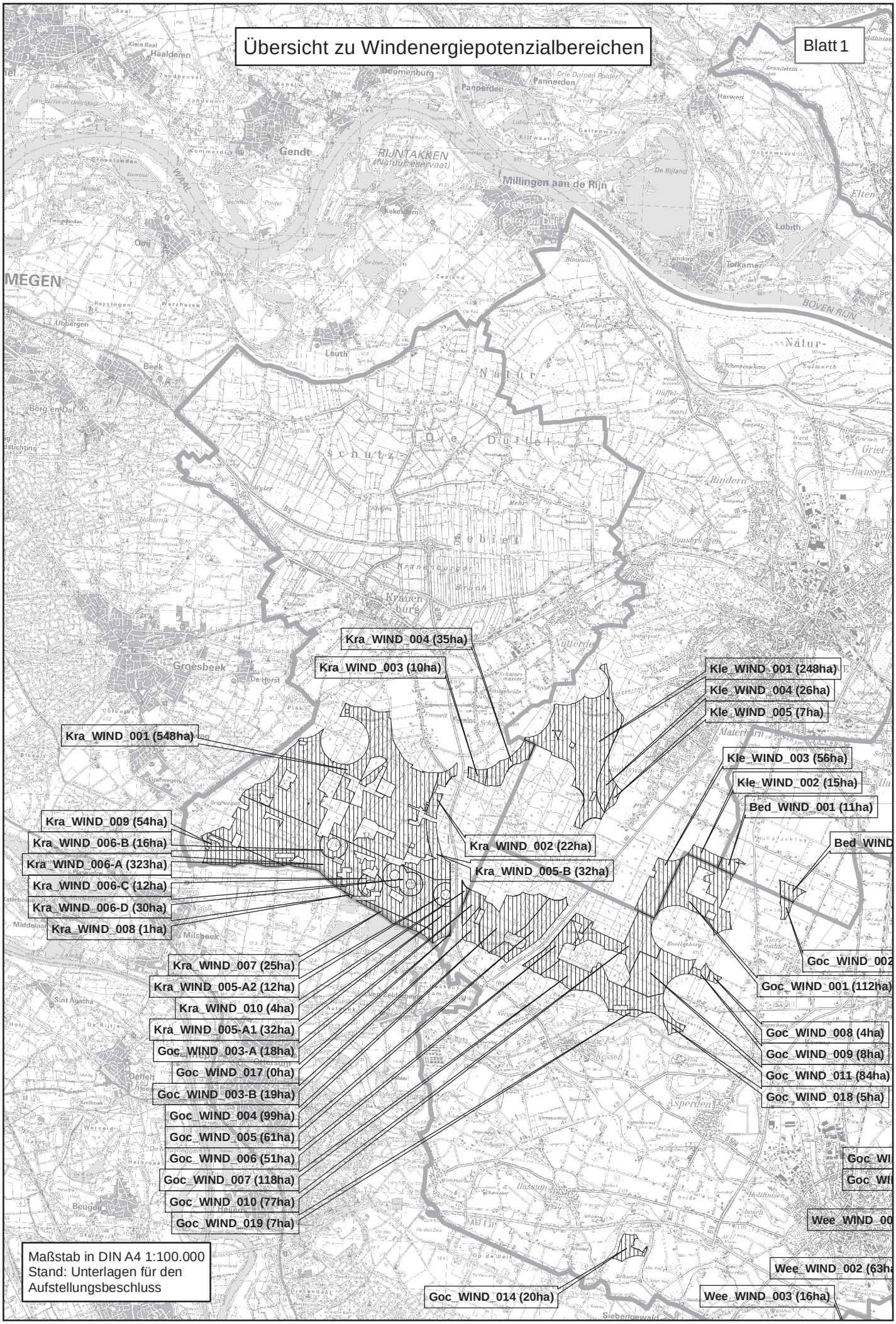


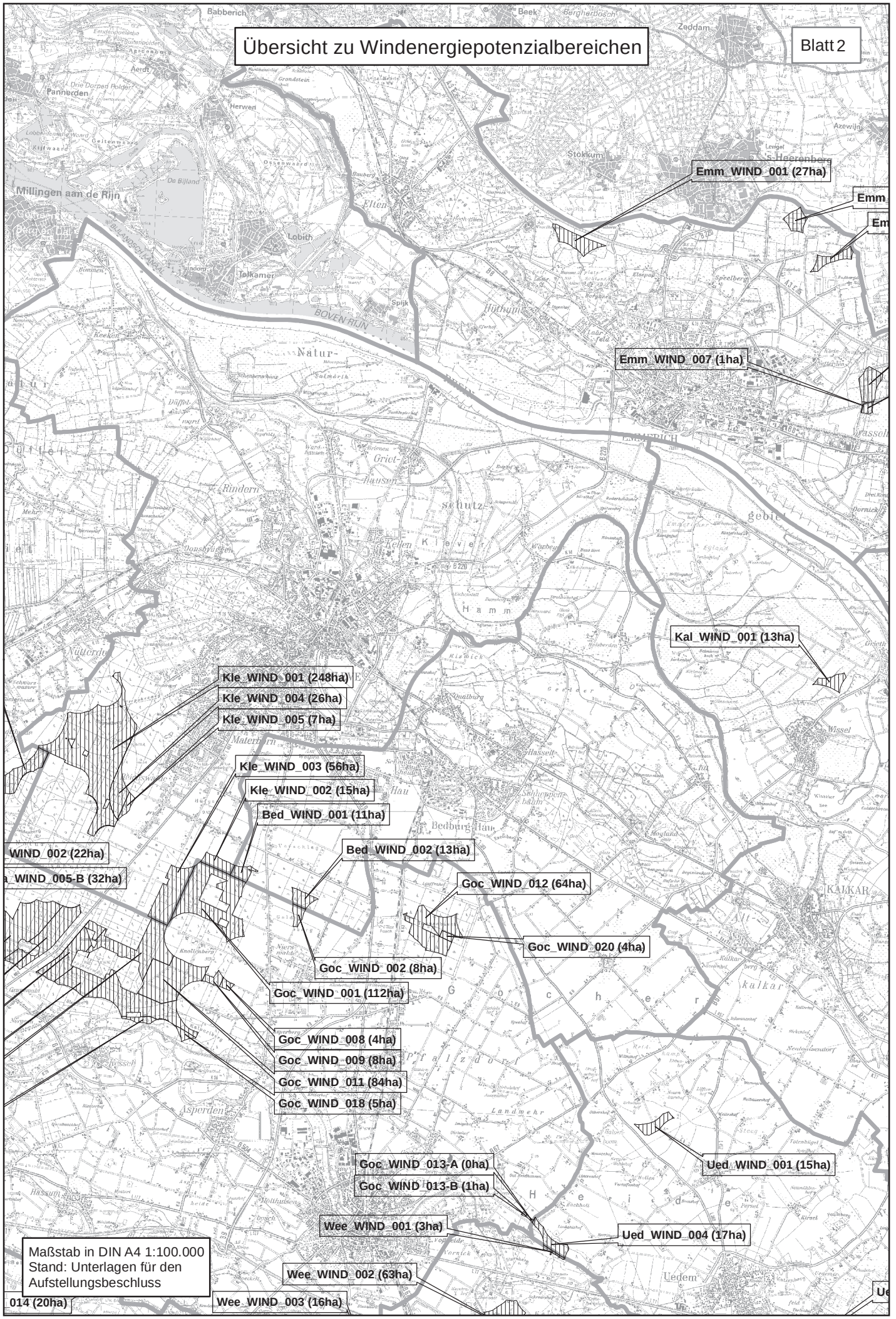
Hinweis:
In Teilen des Planungsraumes, zu denen nachstehend keine Kartenausschnitte in der Begründung enthalten sind, sind keine entsprechenden Windpotenzialbereiche vorhanden.

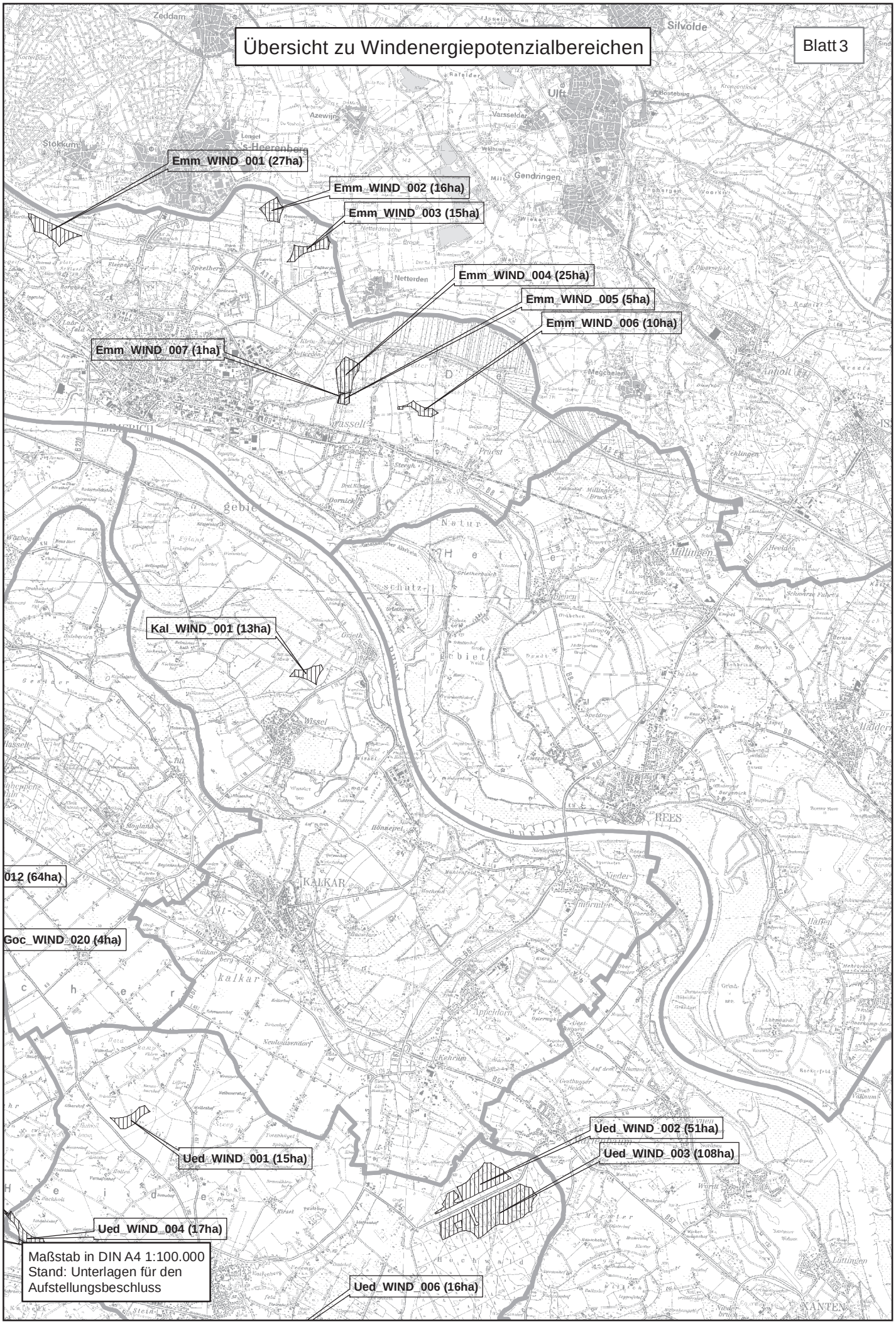
Copyright der Topographischen Grundlagenkarten:

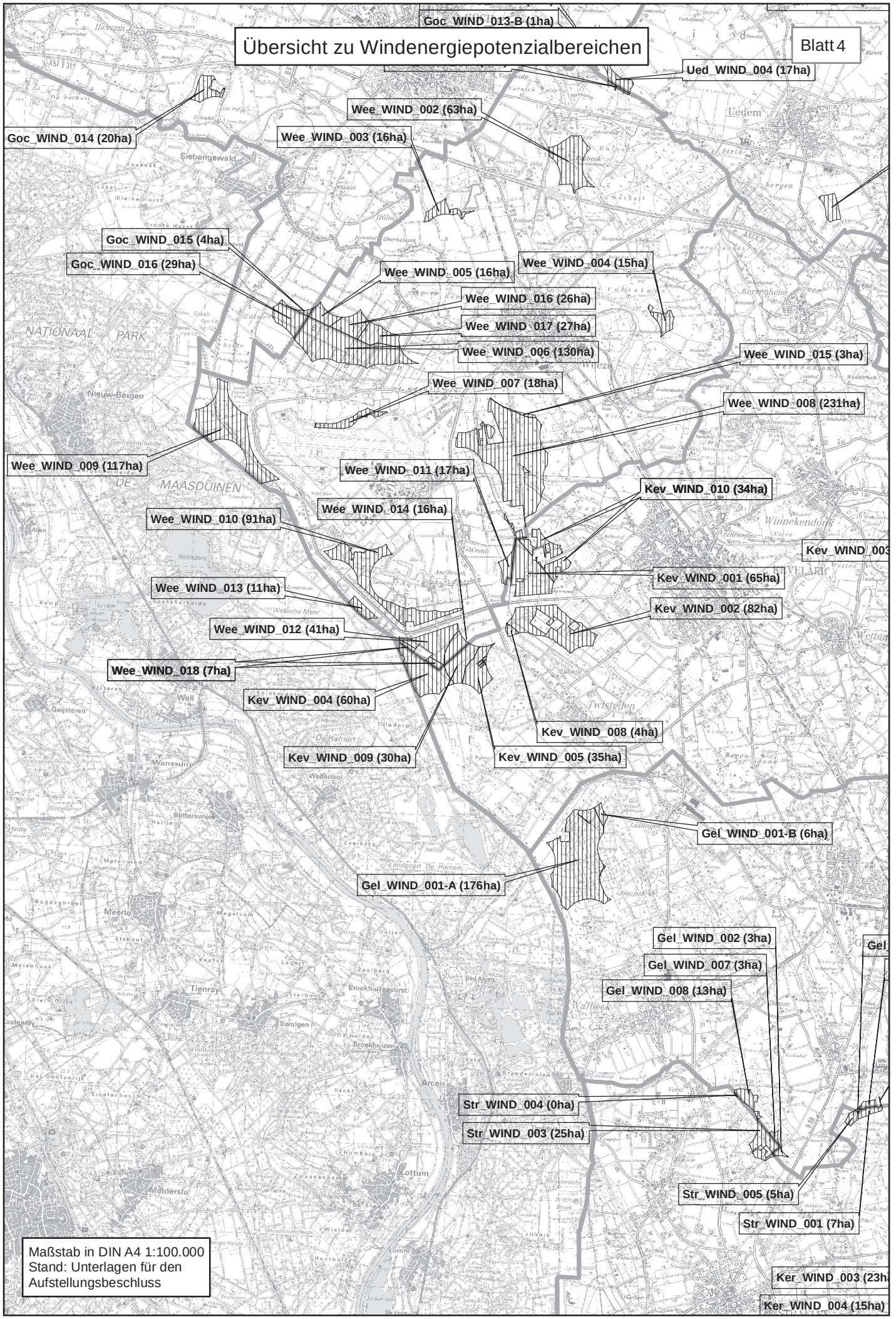
Ausschnitte aus der Topographischen Karte 1 : 50.000 (TK50)
Geobasis der Kommunen und des Landes NRW
© Geobasis NRW 2014

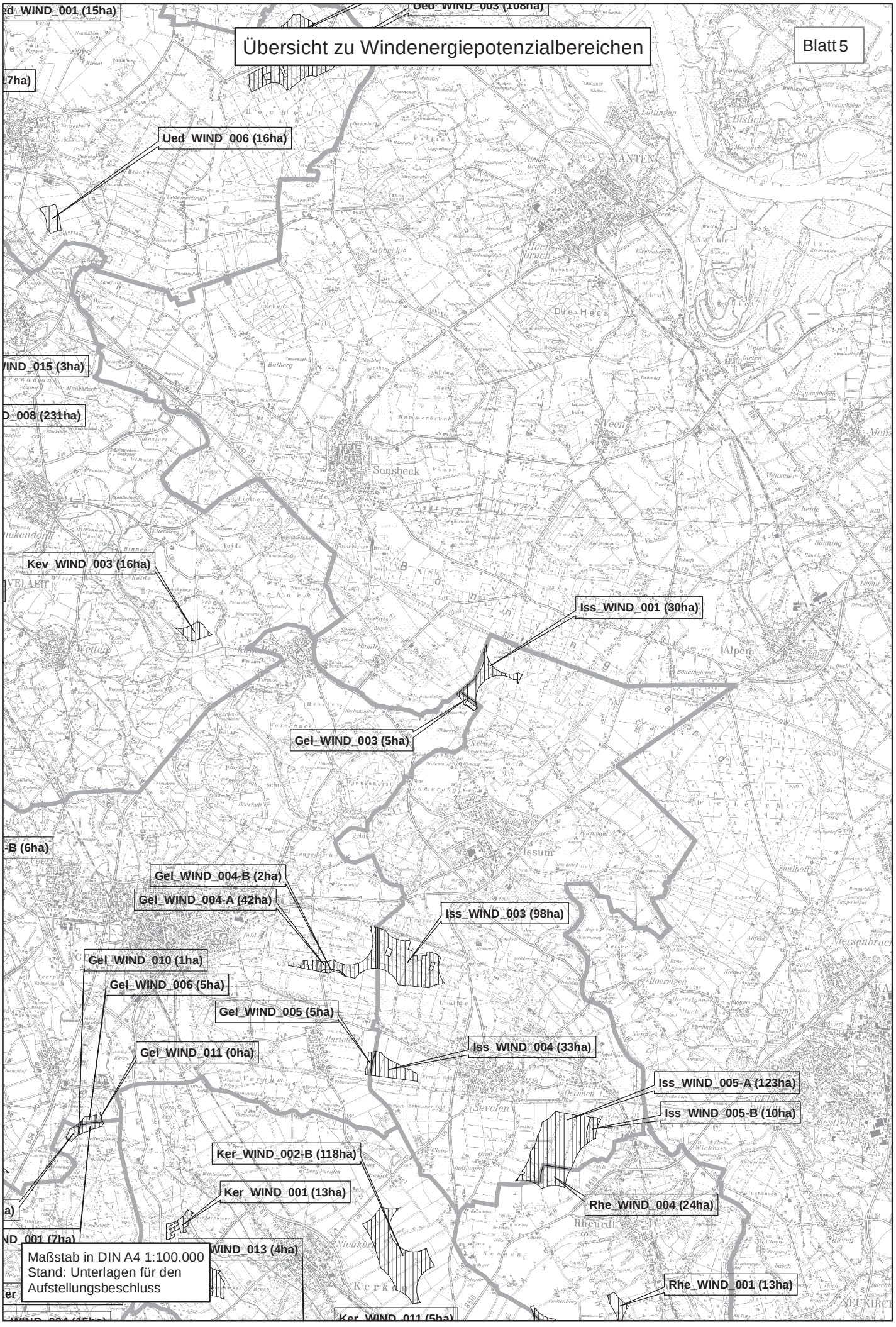
Ausschnitte aus der niederländischen Topographischen Karte 1 : 50.000 (TOP50NL) (https://www.kadaster.nl/-topnl) des „Het Kadaster“ (https://www.kadaster.nl/), nach der Lizenz „CC BY 4.0“ (https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/),
mit Modifikationen (inhaltliche Auszüge in Graustufen)

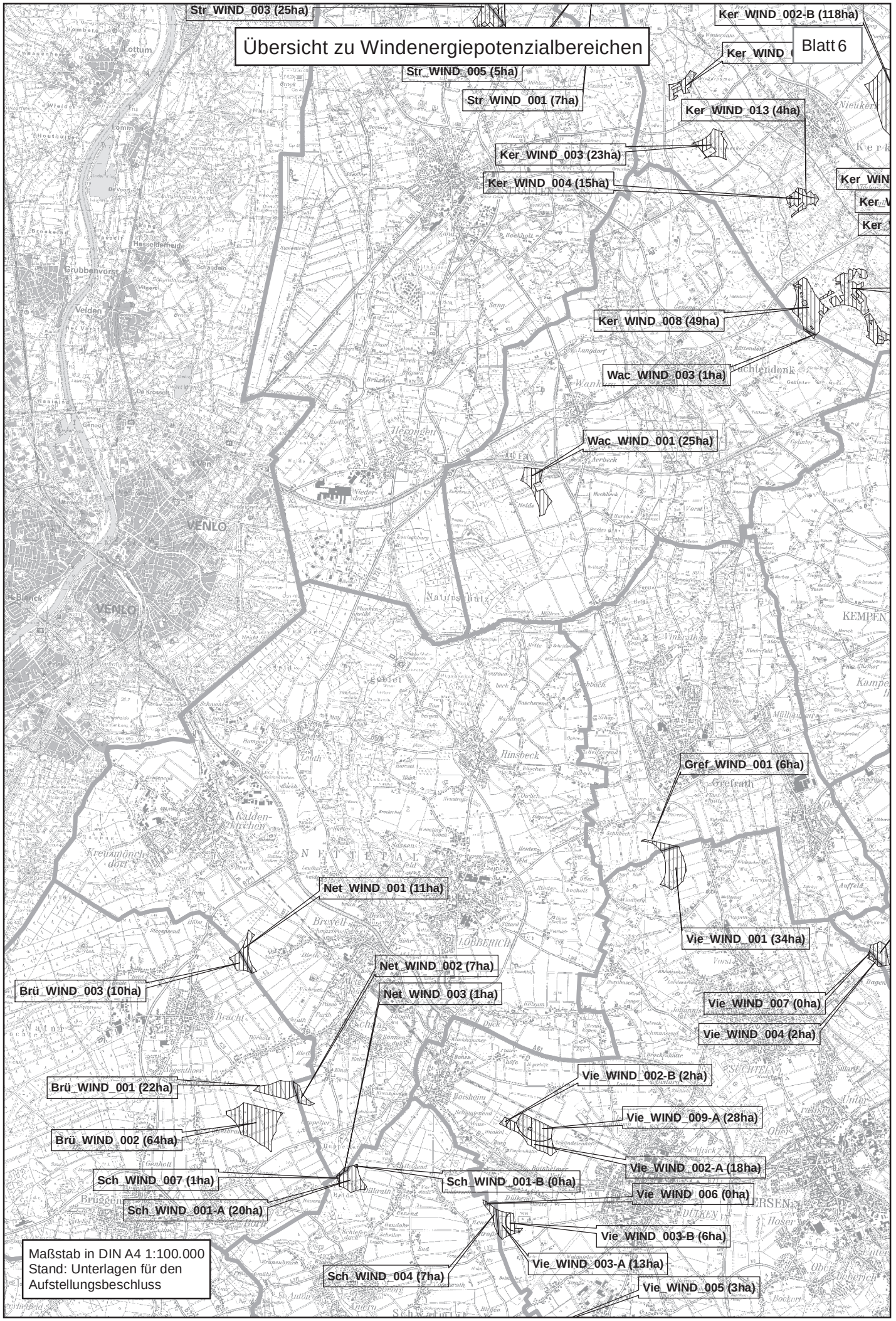

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 1
Kra_WIND_004 (35ha)
Kra_WIND_003 (10ha)
Kra_WIND_001 (548ha)
Kra_WIND_009 (54ha)
Kra_WIND_006-B (16ha)
Kra_WIND_006-A (323ha)
Kra_WIND_006-C (12ha)
Kra_WIND_006-D (30ha)
Kra_WIND_008 (1ha)
Kra_WIND_007 (25ha)
Kra_WIND_005-A2 (12ha)
Kra_WIND_010 (4ha)
Kra_WIND_005-A1 (32ha)
Goc_WIND_003-A (18ha)
Goc_WIND_017 (0ha)
Goc_WIND_003-B (19ha)
Goc_WIND_004 (99ha)
Goc_WIND_005 (61ha)
Goc_WIND_006 (51ha)
Goc_WIND_007 (118ha)
Goc_WIND_010 (77ha)
Goc_WIND_019 (7ha)
Kle_WIND_001 (248ha)
Kle_WIND_004 (26ha)
Kle_WIND_005 (7ha)
Kle_WIND_003 (56ha)
Kle_WIND_002 (15ha)
Bed_WIND_001 (11ha)
Kra_WIND_002 (22ha)
Kra_WIND_005-B (32ha)
Goc_WIND_001 (112ha)
Goc_WIND_008 (4ha)
Goc_WIND_009 (8ha)
Goc_WIND_011 (84ha)
Goc_WIND_018 (5ha)
Goc_WIND_014 (20ha)
Wee_WIND_003 (16ha)
Wee_WIND_002 (63ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

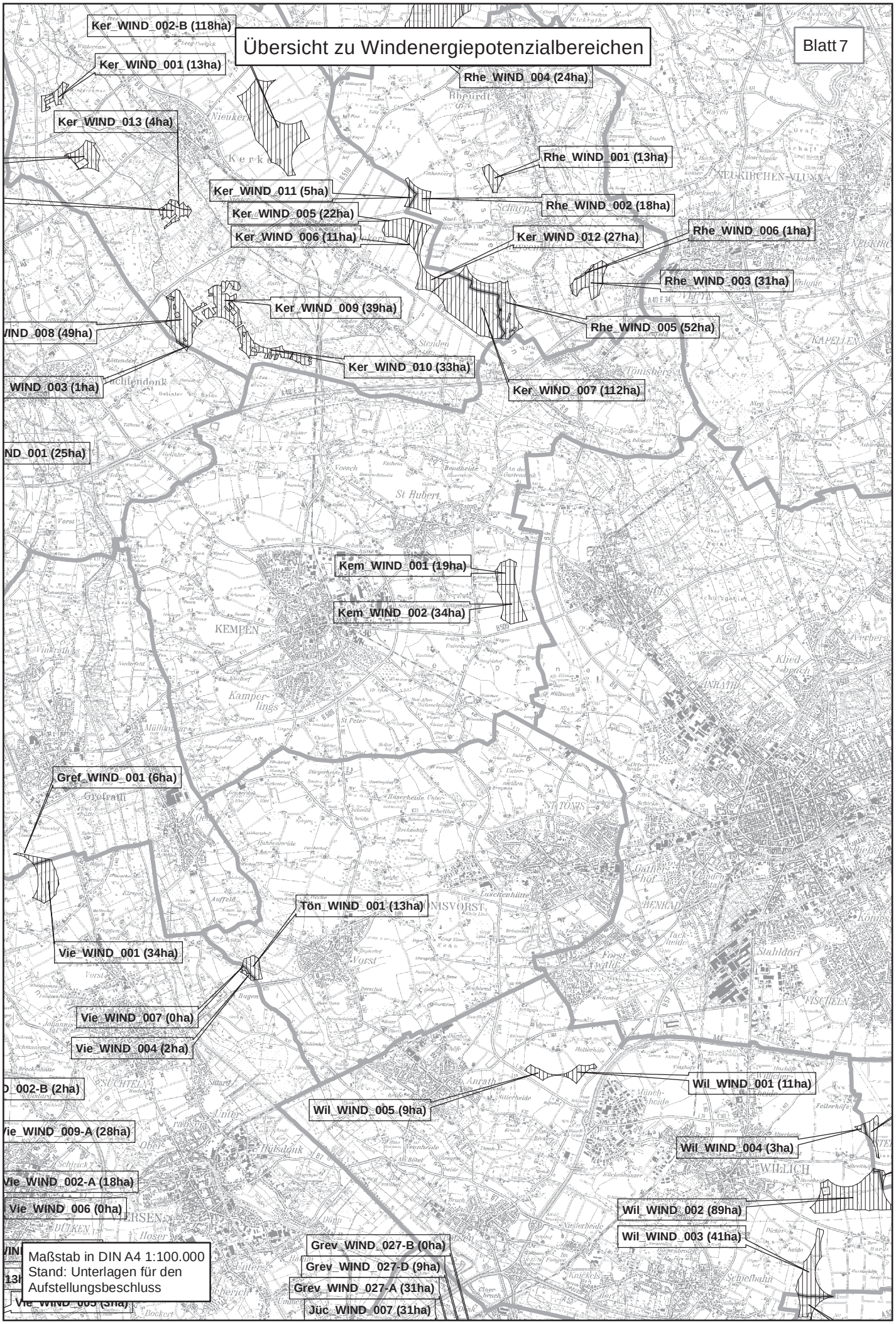

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 2
Emm_WIND_001 (27ha)
Emm
Em
Emm_WIND_007 (1ha)
Kal_WIND_001 (13ha)
Kle_WIND_001 (248ha)
Kle_WIND_004 (26ha)
Kle_WIND_005 (7ha)
Kle_WIND_003 (56ha)
Kle_WIND_002 (15ha)
Bed_WIND_001 (11ha)
WIND_002 (22ha)
_WIND_005-B (32ha)
Bed_WIND_002 (13ha)
Goc_WIND_012 (64ha)
Goc_WIND_020 (4ha)
Goc_WIND_002 (8ha)
Goc_WIND_001 (112ha)
Goc_WIND_008 (4ha)
Goc_WIND_009 (8ha)
Goc_WIND_011 (84ha)
Goc_WIND_018 (5ha)
Goc_WIND_013-A (0ha)
Goc_WIND_013-B (1ha)
Ued_WIND_001 (15ha)
Wee_WIND_001 (3ha)
Ued_WIND_004 (17ha)
Wee_WIND_002 (63ha)
Wee_WIND_003 (16ha)
014 (20ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 3
Emm_WIND_001 (27ha)
Emm_WIND_002 (16ha)
Emm_WIND_003 (15ha)
Emm_WIND_004 (25ha)
Emm_WIND_005 (5ha)
Emm_WIND_006 (10ha)
Emm_WIND_007 (1ha)
Kal_WIND_001 (13ha)
012 (64ha)
Goc_WIND_020 (4ha)
Ued_WIND_001 (15ha)
Ued_WIND_002 (51ha)
Ued_WIND_003 (108ha)
Ued_WIND_004 (17ha)
Ued_WIND_006 (16ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

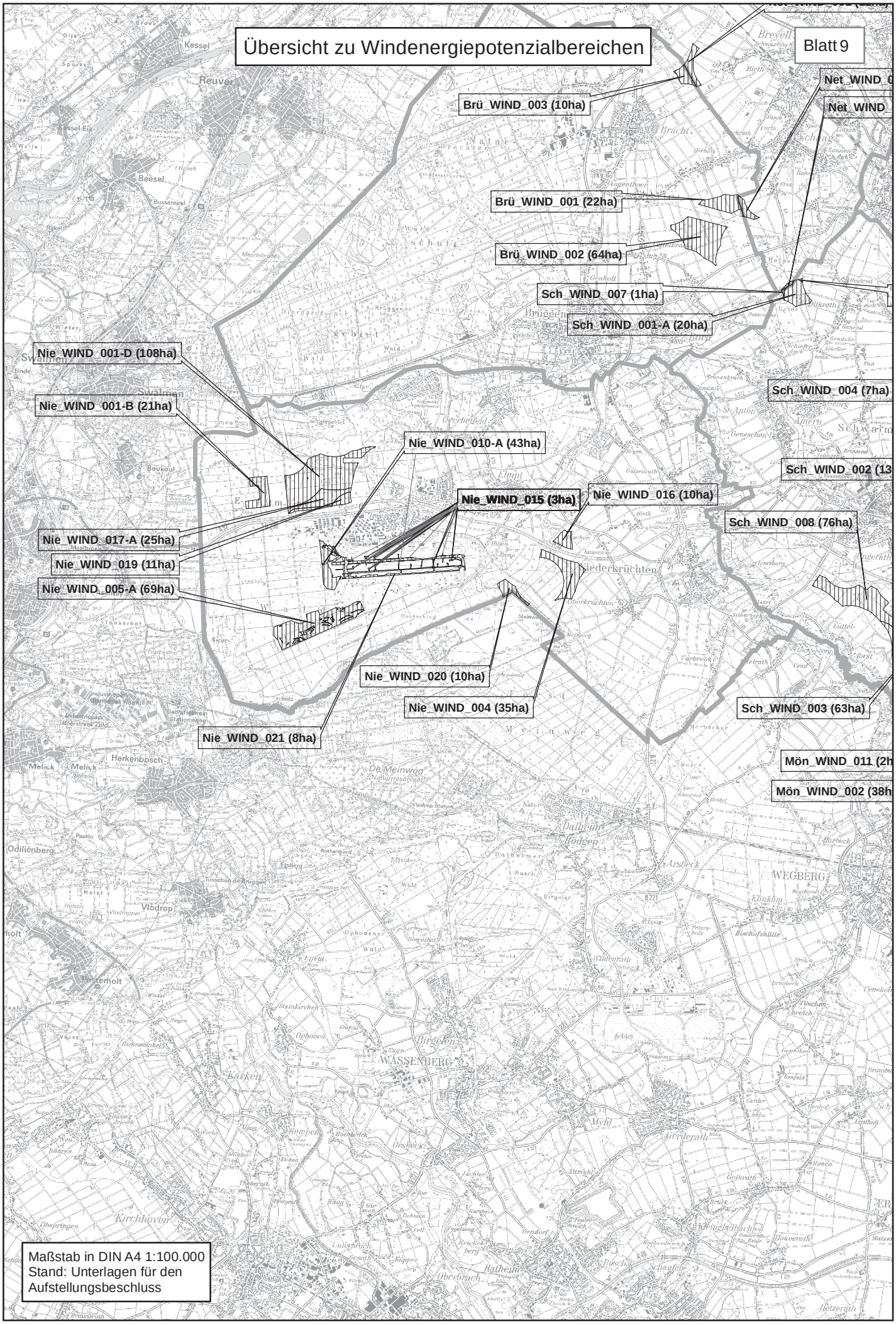

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 4
Goc_WIND_013-B (1ha)
Ued_WIND_004 (17ha)
Wee_WIND_002 (63ha)
Goc_WIND_014 (20ha)
Wee_WIND_003 (16ha)
Goc_WIND_015 (4ha)
Goc_WIND_016 (29ha)
Wee_WIND_005 (16ha)
Wee_WIND_004 (15ha)
Wee_WIND_016 (26ha)
Wee_WIND_017 (27ha)
Wee_WIND_006 (130ha)
Wee_WIND_015 (3ha)
Wee_WIND_007 (18ha)
Wee_WIND_008 (231ha)
Wee_WIND_009 (117ha)
Wee_WIND_011 (17ha)
Kev_WIND_010 (34ha)
Wee_WIND_014 (16ha)
Wee_WIND_010 (91ha)
Kev_WIND_001 (65ha)
Wee_WIND_013 (11ha)
Kev_WIND_002 (82ha)
Wee_WIND_012 (41ha)
Wee_WIND_018 (7ha)
Kev_WIND_004 (60ha)
Kev_WIND_008 (4ha)
Kev_WIND_009 (30ha)
Kev_WIND_005 (35ha)
Gel_WIND_001-B (6ha)
Gel_WIND_001-A (176ha)
Gel_WIND_002 (3ha)
Gel_WIND_007 (3ha)
Gel_WIND_008 (13ha)
Str_WIND_004 (0ha)
Str_WIND_003 (25ha)
Str_WIND_005 (5ha)
Str_WIND_001 (7ha)
Ker_WIND_003 (23h
Ker_WIND_004 (15ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

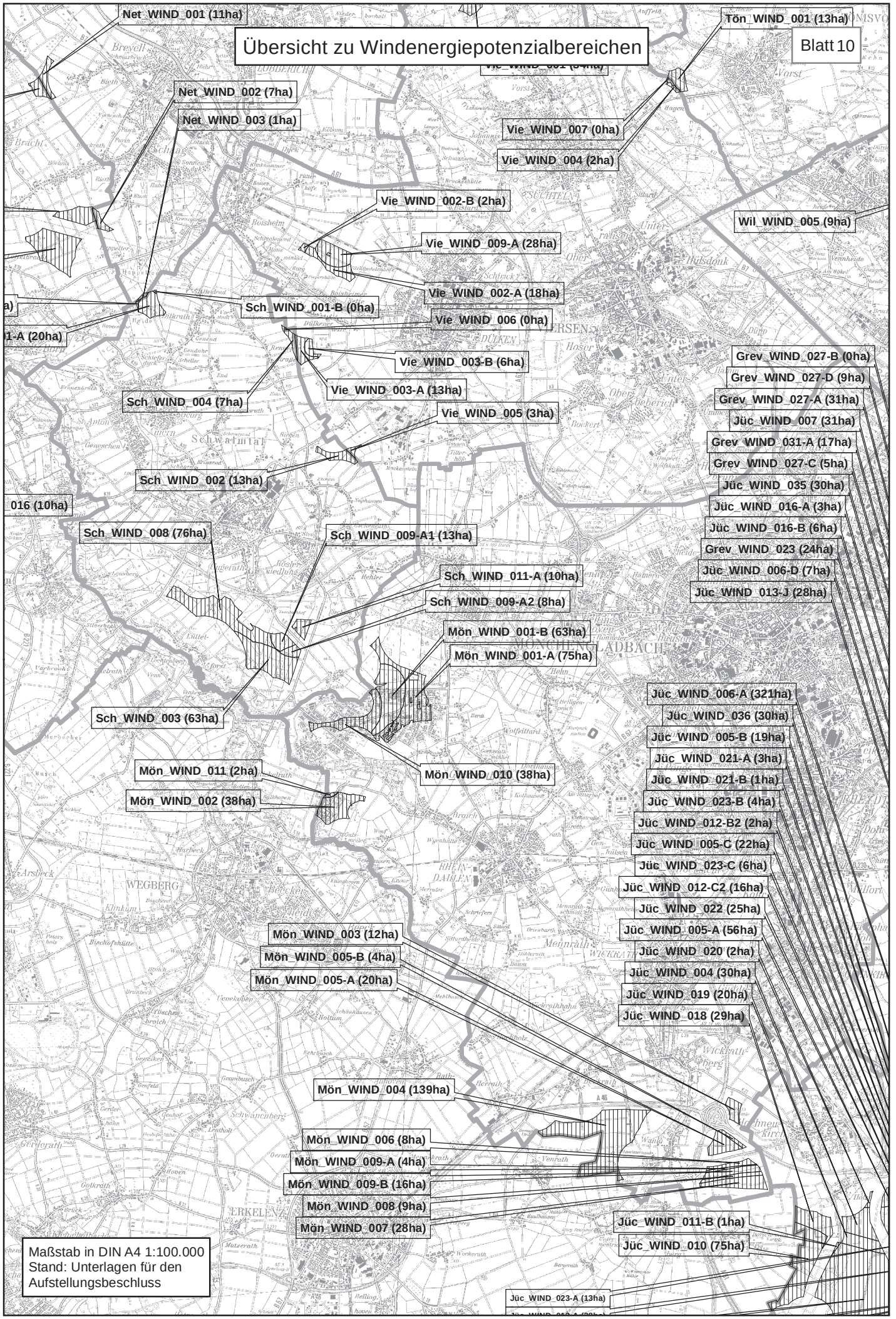

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 5
Ued_WIND_001 (15ha)
Ued_WIND_003 (10ha)
Ued_WIND_006 (16ha)
Kev_WIND_003 (16ha)
Iss_WIND_001 (30ha)
Gel_WIND_003 (5ha)
Gel_WIND_004-B (2ha)
Gel_WIND_004-A (42ha)
Iss_WIND_003 (98ha)
Gel_WIND_010 (1ha)
Gel_WIND_006 (5ha)
Gel_WIND_005 (5ha)
Gel_WIND_011 (0ha)
Iss_WIND_004 (33ha)
Iss_WIND_005-A (123ha)
Iss_WIND_005-B (10ha)
Ker_WIND_002-B (118ha)
Ker_WIND_001 (13ha)
Rhe_WIND_004 (24ha)
Rhe_WIND_001 (13ha)
Ker_WIND_011 (5ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

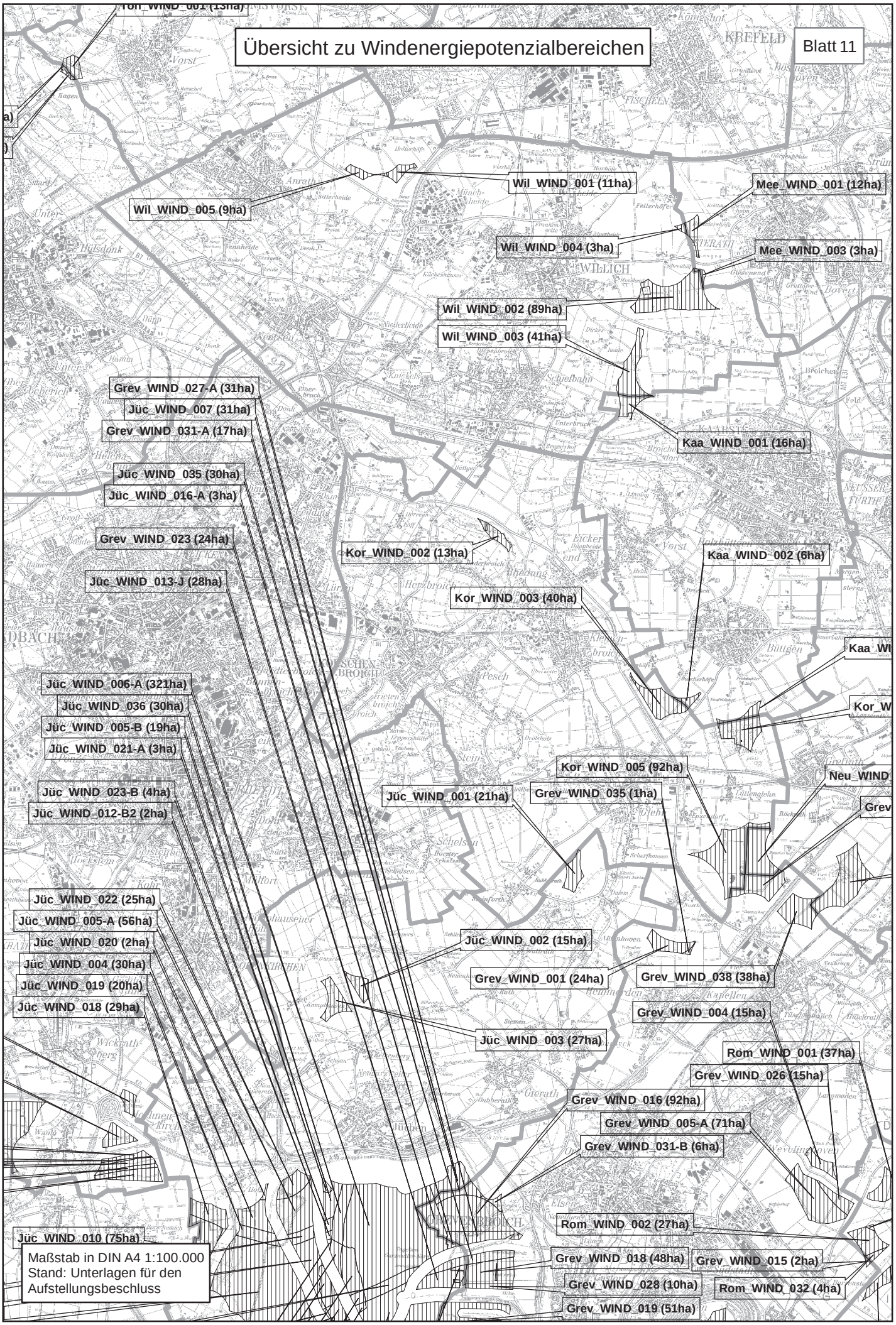

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 6
Str_WIND_003 (25ha)
Str_WIND_005 (5ha)
Str_WIND_001 (7ha)
Ker_WIND_002-B (118ha)
Ker_WIND_013 (4ha)
Ker_WIND_003 (23ha)
Ker_WIND_004 (15ha)
Ker_WIND_008 (49ha)
Wac_WIND_003 (1ha)
Wac_WIND_001 (25ha)
Gref_WIND_001 (6ha)
Vie_WIND_001 (34ha)
Vie_WIND_007 (0ha)
Vie_WIND_004 (2ha)
Vie_WIND_002-B (2ha)
Vie_WIND_009-A (28ha)
Vie_WIND_002-A (18ha)
Vie_WIND_006 (0ha)
Vie_WIND_003-B (6ha)
Vie_WIND_003-A (13ha)
Vie_WIND_005 (3ha)
Net_WIND_001 (11ha)
Net_WIND_002 (7ha)
Net_WIND_003 (1ha)
Brü_WIND_003 (10ha)
Brü_WIND_001 (22ha)
Brü_WIND_002 (64ha)
Sch_WIND_007 (1ha)
Sch_WIND_001-B (0ha)
Sch_WIND_001-A (20ha)
Sch_WIND_004 (7ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

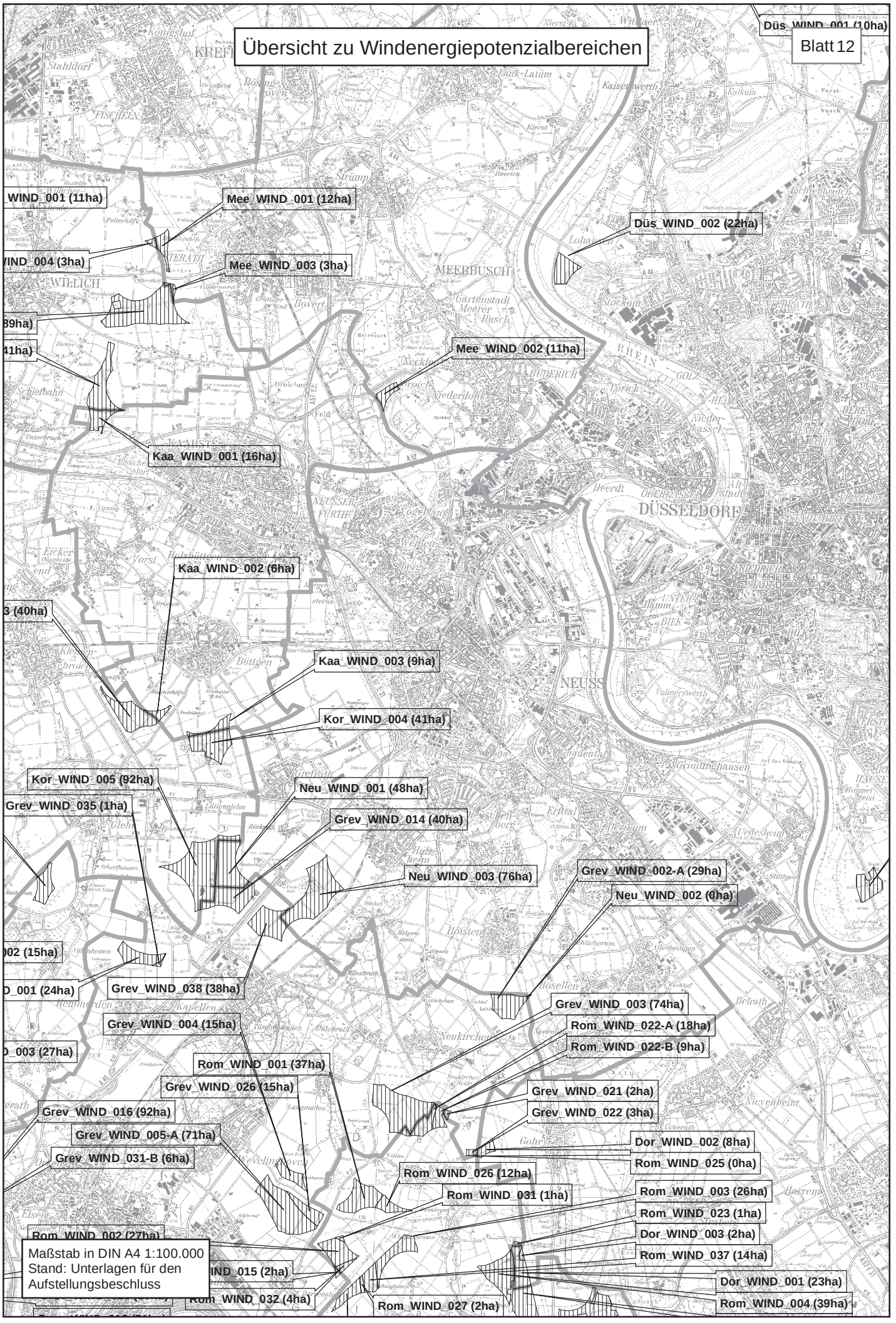

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 7
Ker_WIND_002-B (118ha)
Ker_WIND_001 (13ha)
Ker_WIND_013 (4ha)
Rhe_WIND_004 (24ha)
Rhe_WIND_001 (13ha)
Ker_WIND_011 (5ha)
Rhe_WIND_002 (18ha)
Ker_WIND_005 (22ha)
Ker_WIND_006 (11ha)
Ker_WIND_012 (27ha)
Rhe_WIND_006 (1ha)
Rhe_WIND_003 (31ha)
Ker_WIND_009 (39ha)
Rhe_WIND_005 (52ha)
Ker_WIND_010 (33ha)
Ker_WIND_007 (112ha)
Kem_WIND_001 (19ha)
Kem_WIND_002 (34ha)
Gref_WIND_001 (6ha)
Tön_WIND_001 (13ha)
Vie_WIND_001 (34ha)
Vie_WIND_007 (0ha)
Vie_WIND_004 (2ha)
Wil_WIND_001 (11ha)
Wil_WIND_005 (9ha)
Wil_WIND_004 (3ha)
Wil_WIND_002 (89ha)
Wil_WIND_003 (41ha)
Grev_WIND_027-B (0ha)
Grev_WIND_027-D (9ha)
Grev_WIND_027-A (31ha)
Jüc_WIND_007 (31ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

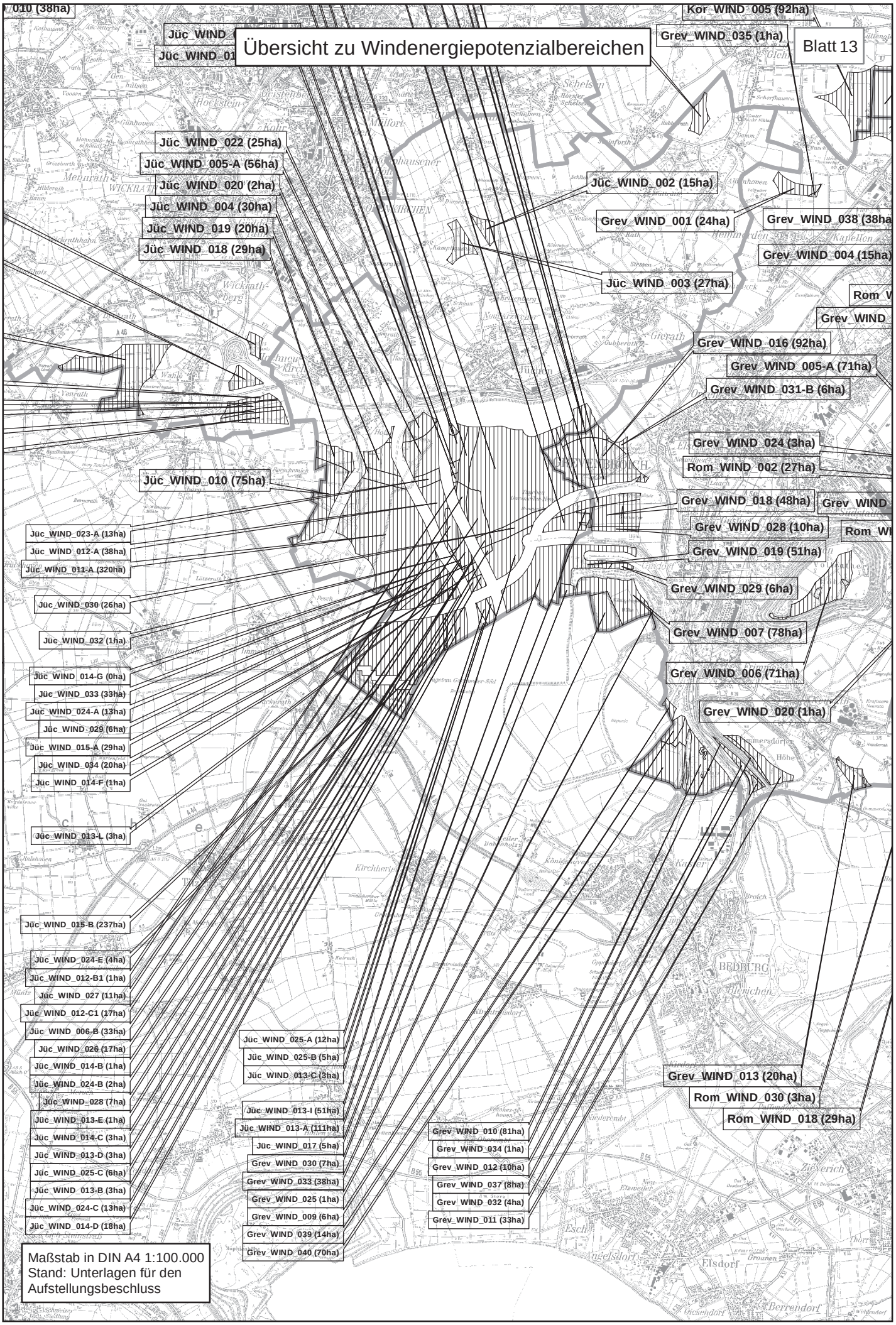

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 8
Düs_WIND_005 (4ha)
Düs_WIND_001 (10ha)
Rat_WIND_001 (12ha)
Rat_WIND_002 (75ha)
Met_WIND_001 (12ha)
Düs_WIND_002 (22ha)
2 (11ha)
Düs_WIND_004 (25ha)
Grev_WIND_002-A (29ha)
Neu_WIND_002 (0ha)
Düs_WIND_006 (18ha)
Rom_WIND_022-A (18ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

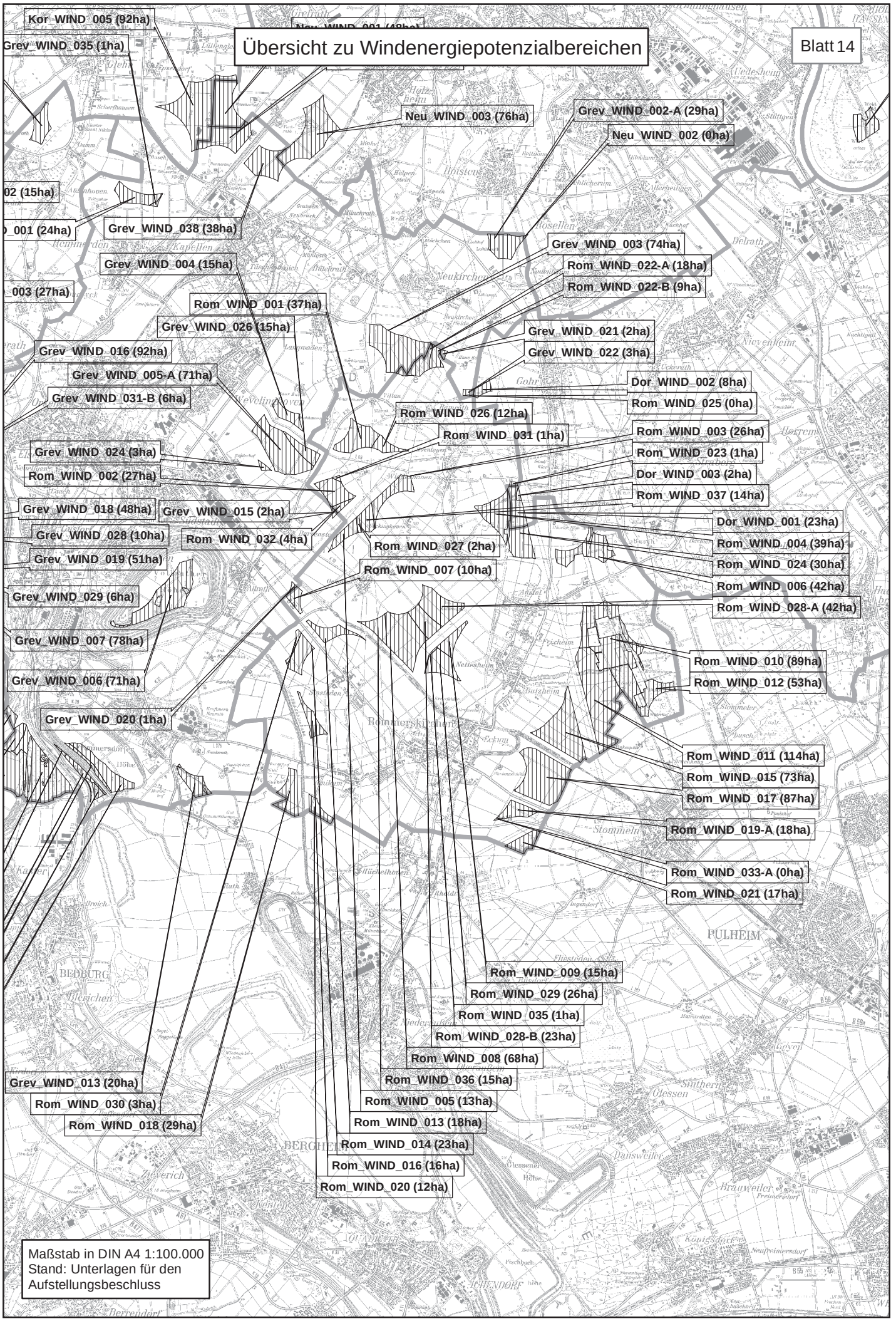

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 9
Brü_WIND_003 (10ha)
Net_WIND_0
Net_WIND
Brü_WIND_001 (22ha)
Brü_WIND_002 (64ha)
Sch_WIND_007 (1ha)
Sch_WIND_001-A (20ha)
Nie_WIND_001-D (108ha)
Nie_WIND_001-B (21ha)
Sch_WIND_004 (7ha)
Nie_WIND_010-A (43ha)
Sch_WIND_002 (13
Nie_WIND_015 (3ha)
Nie_WIND_016 (10ha)
Sch_WIND_008 (76ha)
Nie_WIND_017-A (25ha)
Nie_WIND_019 (11ha)
Nie_WIND_005-A (69ha)
Nie_WIND_020 (10ha)
Nie_WIND_004 (35ha)
Sch_WIND_003 (63ha)
Nie_WIND_021 (8ha)
Mön_WIND_011 (2h
Mön_WIND_002 (38h
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

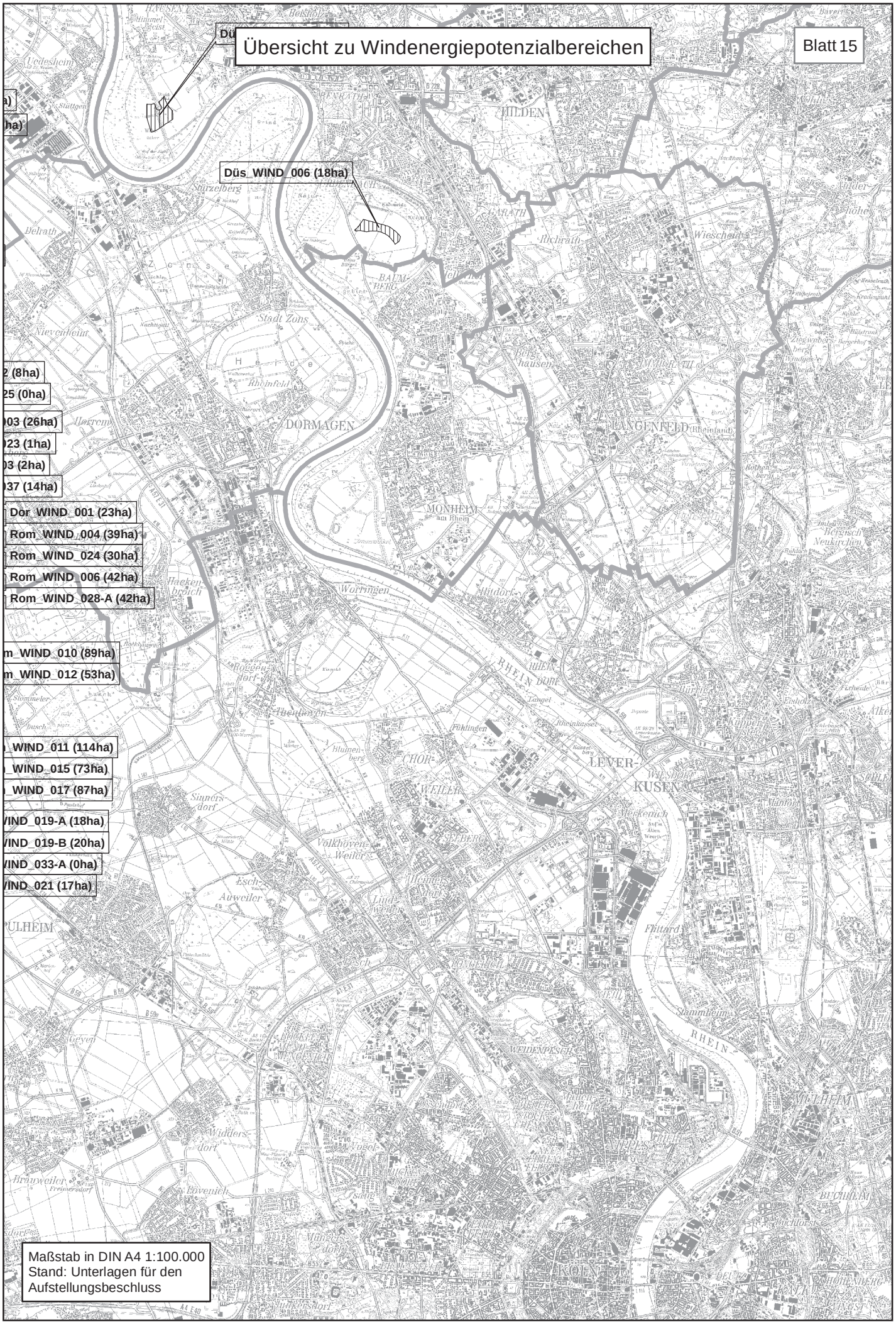

Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 10
Net_WIND_001 (11ha)
Net_WIND_002 (7ha)
Net_WIND_003 (1ha)
Tön_WIND_001 (13ha)
Vie_WIND_007 (0ha)
Vie_WIND_004 (2ha)
Vie_WIND_002-B (2ha)
Vie_WIND_009-A (28ha)
Vie_WIND_002-A (18ha)
Vie_WIND_006 (0ha)
Vie_WIND_003-B (6ha)
Vie_WIND_003-A (13ha)
Vie_WIND_005 (3ha)
Wil_WIND_005 (9ha)
Sch_WIND_001-B (0ha)
Sch_WIND_004 (7ha)
Sch_WIND_002 (13ha)
Sch_WIND_008 (76ha)
Sch_WIND_009-A1 (13ha)
Sch_WIND_011-A (10ha)
Sch_WIND_009-A2 (8ha)
Sch_WIND_003 (63ha)
Mön_WIND_001-B (63ha)
Mön_WIND_001-A (75ha)
Mön_WIND_011 (2ha)
Mön_WIND_002 (38ha)
Mön_WIND_010 (38ha)
Mön_WIND_003 (12ha)
Mön_WIND_005-B (4ha)
Mön_WIND_005-A (20ha)
Mön_WIND_004 (139ha)
Mön_WIND_006 (8ha)
Mön_WIND_009-A (4ha)
Mön_WIND_009-B (16ha)
Mön_WIND_008 (9ha)
Mön_WIND_007 (28ha)
Grev_WIND_027-B (0ha)
Grev_WIND_027-D (9ha)
Grev_WIND_027-A (31ha)
Jüc_WIND_007 (31ha)
Grev_WIND_031-A (17ha)
Grev_WIND_027-C (5ha)
Jüc_WIND_035 (30ha)
Jüc_WIND_016-A (3ha)
Jüc_WIND_016-B (6ha)
Grev_WIND_023 (24ha)
Jüc_WIND_006-D (7ha)
Jüc_WIND_013-J (28ha)
Jüc_WIND_006-A (321ha)
Jüc_WIND_036 (30ha)
Jüc_WIND_005-B (19ha)
Jüc_WIND_021-A (3ha)
Jüc_WIND_021-B (1ha)
Jüc_WIND_023-B (4ha)
Jüc_WIND_012-B2 (2ha)
Jüc_WIND_005-C (22ha)
Jüc_WIND_023-C (6ha)
Jüc_WIND_012-C2 (16ha)
Jüc_WIND_022 (25ha)
Jüc_WIND_005-A (56ha)
Jüc_WIND_020 (2ha)
Jüc_WIND_004 (30ha)
Jüc_WIND_019 (20ha)
Jüc_WIND_018 (29ha)
Jüc_WIND_011-B (1ha)
Jüc_WIND_010 (75ha)
Jüc_WIND_023-A (13ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 11
Ton_WIND_001 (13ha)
Wil_WIND_001 (11ha)
Wil_WIND_005 (9ha)
Mee_WIND_001 (12ha)
Wil_WIND_004 (3ha)
Mee_WIND_003 (3ha)
Wil_WIND_002 (89ha)
Wil_WIND_003 (41ha)
Grev_WIND_027-A (31ha)
Jüc_WIND_007 (31ha)
Grev_WIND_031-A (17ha)
Kaa_WIND_001 (16ha)
Jüc_WIND_035 (30ha)
Jüc_WIND_016-A (3ha)
Grev_WIND_023 (24ha)
Kor_WIND_002 (13ha)
Kaa_WIND_002 (6ha)
Jüc_WIND_013-J (28ha)
Kor_WIND_003 (40ha)
Kaa_WI
Jüc_WIND_006-A (321ha)
Jüc_WIND_036 (30ha)
Jüc_WIND_005-B (19ha)
Jüc_WIND_021-A (3ha)
Kor_W
Kor_WIND_005 (92ha)
Neu_WIND
Jüc_WIND_023-B (4ha)
Jüc_WIND_012-B2 (2ha)
Jüc_WIND_001 (21ha)
Grev_WIND_035 (1ha)
Grev
Jüc_WIND_022 (25ha)
Jüc_WIND_005-A (56ha)
Jüc_WIND_020 (2ha)
Jüc_WIND_004 (30ha)
Jüc_WIND_019 (20ha)
Jüc_WIND_018 (29ha)
Jüc_WIND_002 (15ha)
Grev_WIND_001 (24ha)
Grev_WIND_038 (38ha)
Grev_WIND_004 (15ha)
Jüc_WIND_003 (27ha)
Rom_WIND_001 (37ha)
Grev_WIND_026 (15ha)
Grev_WIND_016 (92ha)
Grev_WIND_005-A (71ha)
Grev_WIND_031-B (6ha)
Jüc_WIND_010 (75ha)
Rom_WIND_002 (27ha)
Grev_WIND_018 (48ha)
Grev_WIND_015 (2ha)
Grev_WIND_028 (10ha)
Rom_WIND_032 (4ha)
Grev_WIND_019 (51ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 12
Düs_WIND_001 (10ha)
WIND_001 (11ha)
Mee_WIND_001 (12ha)
Düs_WIND_002 (22ha)
IND_004 (3ha)
Mee_WIND_003 (3ha)
Mee_WIND_002 (11ha)
Kaa_WIND_001 (16ha)
Kaa_WIND_002 (6ha)
Kaa_WIND_003 (9ha)
Kor_WIND_004 (41ha)
Kor_WIND_005 (92ha)
Grev_WIND_035 (1ha)
Neu_WIND_001 (48ha)
Grev_WIND_014 (40ha)
Neu_WIND_003 (76ha)
Grev_WIND_002-A (29ha)
Neu_WIND_002 (0ha)
Grev_WIND_038 (38ha)
Grev_WIND_003 (74ha)
Rom_WIND_022-A (18ha)
Rom_WIND_022-B (9ha)
Grev_WIND_004 (15ha)
Rom_WIND_001 (37ha)
Grev_WIND_026 (15ha)
Grev_WIND_021 (2ha)
Grev_WIND_022 (3ha)
Grev_WIND_016 (92ha)
Grev_WIND_005-A (71ha)
Grev_WIND_031-B (6ha)
Dor_WIND_002 (8ha)
Rom_WIND_025 (0ha)
Rom_WIND_026 (12ha)
Rom_WIND_031 (1ha)
Rom_WIND_003 (26ha)
Rom_WIND_023 (1ha)
Dor_WIND_003 (2ha)
Rom_WIND_037 (14ha)
Dor_WIND_001 (23ha)
Rom_WIND_004 (39ha)
Rom_WIND_027 (2ha)
Rom_WIND_032 (4ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 13
010 (38ha)
Jüc_WIND_
Jüc_WIND_01
Kor_WIND_005 (92ha)
Grev_WIND_035 (1ha)
Jüc_WIND_022 (25ha)
Jüc_WIND_005-A (56ha)
Jüc_WIND_020 (2ha)
Jüc_WIND_004 (30ha)
Jüc_WIND_019 (20ha)
Jüc_WIND_018 (29ha)
Jüc_WIND_002 (15ha)
Grev_WIND_001 (24ha)
Grev_WIND_038 (38ha
Grev_WIND_004 (15ha)
Jüc_WIND_003 (27ha)
Rom_W
Grev_WIND
Grev_WIND_016 (92ha)
Grev_WIND_005-A (71ha)
Grev_WIND_031-B (6ha)
Grev_WIND_024 (3ha)
Rom_WIND_002 (27ha)
Jüc_WIND_010 (75ha)
Grev_WIND_018 (48ha)
Grev_WIND
Grev_WIND_028 (10ha)
Rom_WI
Grev_WIND_019 (51ha)
Jüc_WIND_023-A (13ha)
Jüc_WIND_012-A (38ha)
Jüc_WIND_011-A (320ha)
Grev_WIND_029 (6ha)
Jüc_WIND_030 (26ha)
Grev_WIND_007 (78ha)
Jüc_WIND_032 (1ha)
Grev_WIND_006 (71ha)
Jüc_WIND_014-G (0ha)
Jüc_WIND_033 (33ha)
Jüc_WIND_024-A (13ha)
Jüc_WIND_029 (6ha)
Grev_WIND_020 (1ha)
Jüc_WIND_015-A (29ha)
Jüc_WIND_034 (20ha)
Jüc_WIND_014-F (1ha)
Jüc_WIND_013-L (3ha)
Jüc_WIND_015-B (237ha)
Jüc_WIND_024-E (4ha)
Jüc_WIND_012-B1 (1ha)
Jüc_WIND_027 (11ha)
Jüc_WIND_012-C1 (17ha)
Jüc_WIND_006-B (33ha)
Jüc_WIND_026 (17ha)
Jüc_WIND_014-B (1ha)
Jüc_WIND_024-B (2ha)
Jüc_WIND_028 (7ha)
Jüc_WIND_013-E (1ha)
Jüc_WIND_014-C (3ha)
Jüc_WIND_013-D (3ha)
Jüc_WIND_025-C (6ha)
Jüc_WIND_013-B (3ha)
Jüc_WIND_024-C (13ha)
Jüc_WIND_014-D (18ha)
Jüc_WIND_025-A (12ha)
Jüc_WIND_025-B (5ha)
Jüc_WIND_013-C (3ha)
Jüc_WIND_013-I (51ha)
Jüc_WIND_013-A (111ha)
Jüc_WIND_017 (5ha)
Grev_WIND_030 (7ha)
Grev_WIND_033 (38ha)
Grev_WIND_025 (1ha)
Grev_WIND_009 (6ha)
Grev_WIND_039 (14ha)
Grev_WIND_040 (70ha)
Grev_WIND_010 (81ha)
Grev_WIND_034 (1ha)
Grev_WIND_012 (10ha)
Grev_WIND_037 (8ha)
Grev_WIND_032 (4ha)
Grev_WIND_011 (33ha)
Grev_WIND_013 (20ha)
Rom_WIND_030 (3ha)
Rom_WIND_018 (29ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 14
Kor_WIND_005 (92ha)
Grev_WIND_035 (1ha)
Neu_WIND_003 (76ha)
Grev_WIND_002-A (29ha)
Neu_WIND_002 (0ha)
Grev_WIND_038 (38ha)
Grev_WIND_003 (74ha)
Rom_WIND_022-A (18ha)
Rom_WIND_022-B (9ha)
Grev_WIND_004 (15ha)
Rom_WIND_001 (37ha)
Grev_WIND_026 (15ha)
Grev_WIND_021 (2ha)
Grev_WIND_022 (3ha)
Grev_WIND_016 (92ha)
Grev_WIND_005-A (71ha)
Grev_WIND_031-B (6ha)
Dor_WIND_002 (8ha)
Rom_WIND_025 (0ha)
Rom_WIND_026 (12ha)
Rom_WIND_031 (1ha)
Rom_WIND_003 (26ha)
Rom_WIND_023 (1ha)
Grev_WIND_024 (3ha)
Rom_WIND_002 (27ha)
Dor_WIND_003 (2ha)
Rom_WIND_037 (14ha)
Grev_WIND_018 (48ha)
Grev_WIND_015 (2ha)
Dor_WIND_001 (23ha)
Grev_WIND_028 (10ha)
Rom_WIND_032 (4ha)
Rom_WIND_027 (2ha)
Rom_WIND_004 (39ha)
Grev_WIND_019 (51ha)
Rom_WIND_007 (10ha)
Rom_WIND_024 (30ha)
Grev_WIND_029 (6ha)
Rom_WIND_006 (42ha)
Rom_WIND_028-A (42ha)
Grev_WIND_007 (78ha)
Rom_WIND_010 (89ha)
Grev_WIND_006 (71ha)
Rom_WIND_012 (53ha)
Grev_WIND_020 (1ha)
Rom_WIND_011 (114ha)
Rom_WIND_015 (73ha)
Rom_WIND_017 (87ha)
Rom_WIND_019-A (18ha)
Rom_WIND_033-A (0ha)
Rom_WIND_021 (17ha)
Rom_WIND_009 (15ha)
Rom_WIND_029 (26ha)
Rom_WIND_035 (1ha)
Rom_WIND_028-B (23ha)
Rom_WIND_008 (68ha)
Rom_WIND_036 (15ha)
Grev_WIND_013 (20ha)
Rom_WIND_005 (13ha)
Rom_WIND_030 (3ha)
Rom_WIND_013 (18ha)
Rom_WIND_018 (29ha)
Rom_WIND_014 (23ha)
Rom_WIND_016 (16ha)
Rom_WIND_020 (12ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss


Übersicht zu Windenergiepotenzialbereichen
Blatt 15
Düs_WIND_006 (18ha)
Maßstab in DIN A4 1:100.000
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3 Verkehrsinfrastruktur

7.3.1 Planzeichen aa-1) und ab-1) Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr und den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bestand und Bedarfsplanmaßnahmen

Der Regionalplan stellt vorhandene Straßen, die von mindestens regionaler Bedeutung und zur Gewährleistung des regionalen Netzzusammenhangs oder zur Anbindung raumbedeutsamer Verkehrsquellen oder –ziele erforderlich sind, sowie linienbestimmte und planfestgestellte Bedarfsplanmaßnahmen sowie solche Bedarfsplanmaßnahmen, für die aufgrund der Eindeutigkeit der Lage auf eine Linienbestimmung verzichtet werden kann, und Straßen der Braunkohlenplanung mit den Planzeichen aa-1) und ab-1) dar. Er bildet somit die für den regionalen Netzzusammenhang wesentlichen Bestandsstraßen ab und schützt außerdem Straßenplanungen, welche bereits ein hohes Maß an Verbindlichkeit erreicht haben, vor Planungen oder Maßnahmen, die eine spätere Präzisierung der Straßenplanung oder deren Realisierung behindern würden.

Dargestellt werden nur für das regionale Netz bedeutsame Straßen, also nicht der Gesamtbestand aller Straßen. Hierbei ist es von wesentlicher Bedeutung, dass im Zusammenwirken aller dargestellten Straßenkategorien die Kohärenz des mindestens regional bedeutsamen Straßennetzes und die Anbindung aller zeichnerisch dargestellten Siedlungsräume sichergestellt werden.

Die Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen erfolgt, da die verkehrlichen Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW den Straßenbedarf verbindlich in Gesetzesform festlegen. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Bedarfspläne langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird, werden die Straßen im Regionalplan auf Grundlage der Bedarfspläne dargestellt (für Bedarfsplanmaßnahmen wird nachfolgend die Straßenbezeichnung des jeweiligen Bedarfsplans verwandt). Linienbestimmte und planfestgestellte Maßnahmen haben hierbei einen weit fortgeschrittenen Planungsstand erreicht und werden gemäß den Vorgaben der LPlG-DVO mit den Planzeichen aa-1 (Bundesautobahnen und Bundesstraßen, soweit sie vorwiegend großräumige Verkehrsfunktionen erfüllen) oder ab-1 (Bundesautobahnen und Bundesstraßen – soweit nicht mit Planzeichen aa darzustellen – und Landesstraßen) dargestellt.

Die Festlegungen der Ziele im Regionalplan und in den Braunkohlenplänen sind miteinander abzustimmen. Im Bereich der Braunkohlenpläne Garzweiler II und Frimmersdorf geben diese den Verlauf der nach Abschluss des Abbaus herzustellenden Straßen in annähernder räumlicher Lage als Ziele der Raumordnung vor. Der Regionalplan übernimmt diese Darstellungen und konkretisiert sie hinsichtlich ihrer landesplanerischen Funktion zur Nutzung durch den vorwiegend großräumigen Verkehr oder durch den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr sowie ggf. hinsichtlich ihrer Lage im Raum (vgl. Anlage 2 zur LPlG DVO). Braunkohlenpläne liegen vor für die BSAB in Mönchengladbach, Jüchen und Grevenbroich. Die Darstellung erfolgt mit Planzeichen aa-1) oder ab-1) wenn die Planung mindestens linienbestimmt ist.

Anschlussstellen werden nur zeichnerisch dargestellt an BAB im Bestand sowie geplante Anschlussstellen an BAB, die entweder im Zuge der Bundesverkehrswegeplanung oder einer Linienbestimmung verortet wurden (diese Darstellung kommt nicht zur Anwendung) oder denen im Einzelfall durch das Bundesministerium für Verkehr zugestimmt wurde, nicht jedoch Kreuzungen von oder mit Bundes- oder Landesstraßen oder sonstigen regionalplane-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

risch bedeutsamen Straßen, da diese wesentlich zahlreicher sind und die Auffahrt auf diese Straßen daher wesentlich leichter ist. Bei BAB hingegen ist die Lage der einzelnen Anschlussstellen an das anschließende Straßennetz von wesentlicher Bedeutung sowohl für die Verkehrsströme als auch die Siedlungsentwicklung im Umfeld der Anschlussstellen.

Wo dies zur Orientierung und Lesbarkeit des Planes dienlich ist, werden im Einzelfall außerdem die Darstellungen mit den jeweils zugehörigen Nummern von Landes- und Bundesstraßen beschriftet.

Es wird unterschieden nach Maßnahmen, die

- neu dargestellt werden,
- gestrichen werden oder
- gleich bleiben.

Im Folgenden werden für beide Planzeichen lediglich die Darstellungen benannt, die im Vergleich zum GEP99 entweder neu dargestellt oder aus dem Plan gestrichen werden und die dabei über das Maß einer redaktionellen Korrektur hinausgehen; in Einzelfällen wurde die Lage der zeichnerischen Darstellung an die zugrunde liegende topographische Karte angepasst und damit rein redaktionell präzisiert (z.B. L 357 Piepersberg Solingen, B 221 Ortsumgehung Brüggen-Bracht). Alle übrigen Straßen bleiben unverändert im Plan dargestellt, weil sie unverändert weiterhin ihre regionalplanerische Funktion erfüllen bzw. weiterhin in den geltenden Bedarfsplänen enthalten sind.

Hierbei kann es untereinander Abhängigkeiten geben. Beispielsweise eine (ggf. nur geringfügige) Abweichung einer Trassierung im Zuge einer zwischenzeitlich erfolgten Planfeststellung gegenüber einer vorherigen – im GEP99 dargestellten – Linienbestimmung führt dazu, dass die linienbestimmte Trasse aus dem Plan gestrichen wird und statt dessen die zwischenzeitlich planfestgestellte Trasse als Neudarstellung erfasst wird.

7.3.1.1 Planzeichen aa-1)

Mit Planzeichen aa-1) dargestellt werden laut LPlG DVO Bundesautobahnen und Bundesstraßen, soweit sie vorwiegend großräumige Verkehrsfunktionen erfüllen. Im Planungsraum werden mit diesem Planzeichen aufgrund des dichten Autobahnnetzes lediglich bestehende Autobahnen, ergänzt um die mindestens linienbestimmten Straßentrassen für den vorwiegend großräumigen Verkehr des aktuellen Bedarfsplans dargestellt. Als Autobahnen mit vorwiegend großräumiger Verkehrsfunktion werden hierbei die Autobahnen im Planungsraum mit ein- oder zweistelliger Nummer dargestellt. Bei den Autobahnen mit dreistelliger Nummer im Planungsraum handelt es sich um vergleichsweise kürzere Strecken mit regionaler Funktion (z.B. Verbindung größerer Autobahnen oder Zubringerfunktion); diese Trassen werden mit Planzeichen ab-1) dargestellt.

7.3.1.1.1 Planzeichen aa-1) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Maßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (Planfeststellung, Bau) in einer gegenüber der linienbestimmten Trasse veränderten Linienführung darzustellen sind und daher in ihrer bisherigen Führung gestrichen werden:

- A 52 Netzschluss bei Roermond (Niederkrüchten)
- A 44 Düsseldorf/Ratingen – Velbert

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Streichung von Anschlussstellen:

- Anschlussstelle A57 zwischen Neuss-Süd und Dormagen-Delrath (Planung der Anschlussstelle Dormagen-Delrath wird mittlerweile weiter südlich verfolgt; zusätzliche Darstellung einer weiteren Anschlussstelle zwischen Neuss-Süd und Dormagen-Delrath ist entbehrlich)
- Anschlussstelle Mönchengladbach-Odenkirchen an der ehem. A44
- Kreuzungen B 7 / L 392 und B 7 / L 30 (Düsseldorf-Oberkassel), L 418 / L 74 (Wuppertal-Sonnborn), L 380 / Fesserstraße (Neuss-Hafen) (Kreuzungen von Bundes-, Landes-, Kreis- oder sonstigen Straßen ohne Zugang zu einer Autobahn)
- L 422, Ratingen (Überquerung der A 3 ohne Zufahrt zur Autobahn)

7.3.1.1.2 Planzeichen aa-1) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Maßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstadiums (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt) nun in diesem Planzeichen darzustellen sind:

- A 44 Braunkohlegebiet Garzweiler

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (Linienbestimmung zwischenzeitlich erfolgt) nun in diesem Planzeichen darzustellen sind und für die sich die Linienführung verändert hat:

- A 61 Netzschluss bei Venlo (Nettetal, Bundesgrenze Deutschland/Niederlande)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (Planfeststellung, Bau) in einer gegenüber der linienbestimmten Trasse veränderten Linienführung darzustellen sind:

- A 52 Netzschluss bei Roermond (Niederkrüchten)
- A 44 Düsseldorf/Ratingen – Velbert
- A 44 Velbert – Essen

Trassen, für welche im Bedarfsplan ein Ausbau zu einer Straße für vorwiegend den großräumigen Verkehr vorgesehen ist:

- A 524 Krefeld – Duisburg (Ausbau der B 288)

Neue Anschlussstellen im Bestand:

- Straelen-Niederdorf (A 40)
- Zwei AS in Schwalmtal (Hostert und Schwalmtal, A 52)

Darstellungen im bestehenden Netz, welche aufgrund ihrer großräumigen Bedeutung mit Planzeichen aa-1 dargestellt werden:

- A 59 Düsseldorf – Langenfeld
- A 46 Neuss (West bis Holzheim)
- A 52 Kreuz Kaarst bis Anschlussstelle Meerbusch-Büderich

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- A 52 Kreuz Düsseldorf-Nord bis Übergang B1 in Düsseldorf-Rath

Neudarstellung von Anschlussstellen:

- AS Dormagen (A 57)
- AS Mönchengladbach-Wanlo (A 61 / K 19)

7.3.1.2 Planzeichen ab-1)

Mit Planzeichen ab-1) dargestellt werden laut LPlG DVO Bundesautobahnen und Bundesstraßen – soweit sie nicht mit Planzeichen aa) darzustellen sind – und Landesstraßen. Im Planungsraum wird mit diesem Planzeichen das vorhandene Netz der Bundes- und Landesstraßen sowie die Autobahnen mit regionaler Funktion, ergänzt um die entsprechenden mindestens linienbestimmten Maßnahmen des aktuellen Bedarfsplans, dargestellt.

7.3.1.2.1 Planzeichen ab-1) im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan nicht mehr dargestellt sind

- B 7 OU Mettmann (NO Mettmann L 403 – Dornap B 7)
- L 8 OU Grieth (Kalkar)
- L 362 OU Winnekendonk (Kevelaer)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (Planfeststellung, Bau) in einer gegenüber der linienbestimmten Trasse veränderten Linienführung darzustellen sind und daher in ihrer bisherigen Führung gestrichen werden:

- B 59 OU Rommerskirchen, Sinsteden
- B 8 OU Düsseldorf Wittlaer
- L 361 Südumgehung Kevelaer
- L 357 Neurath – Vanikum (Grevenbroich)
- L 354 OU Jüchen Hochneukirch (ehemalig geplante Trasse aus Braunkohleplan)

Darstellungen im bestehenden Netz, welche durch Neu- oder Ersatzplanungen (z.B. Streichung der Ortsdurchfahrt bei gleichzeitiger Neudarstellung einer Ortsumgehung) ihre regionalplanerische Bedeutung verloren haben:

- L 39 Ortsdurchfahrt Viersen/Süchteln
- L 475 Ortsdurchfahrt Tönisvorst/Vorst
- L 31 Ortsdurchfahrt Mönchengladbach/ Giesenkirchen
- L 8 Ortsdurchfahrt Grieth (Kalkar)
- L 40 Querspange Mönchengladbach
- B 220 Ortsdurchfahrt Kleve

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- B 57 Ortsdurchfahrt Marienbaum (das Projekt liegt überwiegend im Stadtgebiet Xanten und damit außerhalb des Planungsraums)

Darstellungen im bestehenden Netz, deren Funktion durch benachbarte dargestellte Straßen mit Auswirkungen auf den umgebenden Bereich oder Knoten übernommen wird:

- Nicodemstraße / Metzenweg Mönchengladbach (zur Gewährleistung des regionalen Netzzusammenhangs nicht mehr erforderlich)
- L 85 zwischen AS D-Eller und AS D-Benrath (Vermeidung von Doppelerschließungen)
- Torfbruchstraße und Morper Straße zwischen Einmündung Nach den Maureskötheh und Im Brühl sowie Heyestraße südlich der Torfbruchstraße / Morper Straße, Düsseldorf (Verlagerung auf die Straßen Im Brühl und Verlängerung der Torfbruchstraße durch Umplanung des Bereichs Glashüttengelände)
- Ehemalige B 229 Ortsdurchfahrt Solingen
- Ehemalige B 9 Krefelder Süden
- Anrather Straße Krefeld

Darstellungen im bestehenden Netz, welche sich aufgrund ihres Ausbauzustandes nicht zur Aufnahme regionaler Verkehre eignen

- K 4 Werstener Feld (Düsseldorf; die baulichen Gegebenheiten lassen keinen Ausbau zu)
- Ortsdurchfahrt Willich-Schiefbahn (Hochstraße / Tupsheide) zwischen Linsellesstraße und Korschenbroicher Straße (Anschluss an L382 statt dessen über L361)

Trassen, für welche im Bedarfsplan ein Ausbau zu einer Straße für vorwiegend den großräumigen Verkehr vorgesehen ist und die daher mit einem anderen Planzeichen darzustellen sind:

- A 524 Krefeld – Duisburg (Ausbau der B 288)

Darstellungen im bestehenden Netz, welche aufgrund ihrer großräumigen Bedeutung mit Planzeichen aa-1 dargestellt werden:

- A 59 Düsseldorf – Langenfeld
- A 46 Neuss (West bis Holzheim)
- A 52 Kreuz Kaarst bis Anschlussstelle Meerbusch-Büderich
- A 52 Kreuz Düsseldorf-Nord bis Übergang B1 in Düsseldorf-Rath

Darstellungen, welche die Voraussetzungen für eine Darstellung mit Planzeichen ab-1) nicht erfüllen:

- Höherweg, Höherhofstraße, Nach den Maureskötheh, Düsseldorf (keine Bundes- oder Landesstraße)
- Östliche Umfahrung Glashüttenstraße, Düsseldorf (keine Bedarfsplanmaßnahme)
- K 12 zwischen B 7 in Düsseldorf und L 357 in Erkrath (keine Bundes- oder Landesstraße)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Opladener Straße Monheim (keine Bundes- oder Landesstraße)
- Ortsdurchfahrt Schiefbahn (Willich), Ostabschnitt ab Linsellesstraße

7.3.1.2.2 Planzeichen ab-1) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan neu dargestellt sind:

- B 220 OU Kleve Kellen – B 57

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstadiums (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt oder nicht erforderlich) nun mit diesem Planzeichen darzustellen sind:

- B 51 OU Bergisch Born (Remscheid)
- L 26 Nordumgehung Willich
- L 486 OU Kevelaer (Südumgehung) (B 9 – A 57)
- L 354 Ersatzstraße Braunkohlentagebau Garzweiler II (Wanlo bis Kaulhausen)
- B 9n Kleve (Eichenallee und K 3 bis Spyckstraße)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt) nun in diesem Planzeichen darzustellen sind und bei denen sich außerdem die Linienführung verändert hat:

- B 477 OU Butzheim Frixheim (Rommerskirchen)
- B 477 OU Rommerskirchen
- L 361 OU Grevenbroich Kapellen
- B 67 OU Uedem Süd- und Nordabschnitt (bis Kalkar)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (mindestens Planfeststellung ist erfolgt) in einer anderen Linienführung darzustellen sind:

- B 59 OU Rommerskirchen, Allrath, Sinsteden
- B 8 OU Düsseldorf Wittlaer
- L 361 Südumgehung Kevelaer
- L 357 Neurath – Vanikum (Grevenbroich)

Darstellungen im bestehenden Netz, welche durch den Wegfall vormals regionalbedeutsamer Planungen oder Umstufungen an anderer Stelle eine regionalplanerische Bedeutung erhalten haben:

- L 19 im Bereich Garzweiler (aufgrund Wegfall L 19 OU Hochneukirch)
- L 8 Kellen (Kleve) (aufgrund Wegfall B9n OU Kleve)
- L 8 Kleve Griethausen (aufgrund Wegfall B9n OU Kleve)
- L 74 Wuppertal – Wülfrath (aufgrund der Aufstufung B 224 im Bereich Wülfrath)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- L 477 Kempen Vluyner Str (aufgrund der Aufstufung B 224 im Bereich Wülfrath)
- L 156 Mettmann; Berliner Straße (aufgrund Wegfall B 7 OU Mettmann)
- B 7 Südumgehung Mettmann (aufgrund Wegfall B 7 OU Mettmann)
- B 9 Ortsdurchfahrt Elten (Emmerich) (aufgrund Wegfall B 8 OU Emmerich-Elten)
- B 59 Ortsdurchfahrt Jüchen (aufgrund Wegfall B 59 OU Jücjen)
- L 62 Ortsdurchfahrt Mülheim/Saarn und Essen/Kettwig (Neudarstellung ist Ersatz für wegfallende Führung durch Plangebiet des RVR; Neuplanung liegt teilweise im Plangebiet des Regionalplans Düsseldorf)
- L 90 Ortsdurchfahrt Klein-Netterden (Emmerich) (aufgrund Wegfall L 90 OU Klein-Netterden)
- L 468 Ortsdurchfahrt Haldern (Rees) (aufgrund Wegfall L 468 OU Haldern)
- L 362 Ortsdurchfahrt Kapellen (Geldern) (aufgrund Wegfall L 362 OU Kapellen)
- L 362 Ortsdurchfahrt Winnekendonk (Kevelaer) (aufghrund Wegfall L 362 OU Winnekendonk)
- L 472 Ortsdurchfahrt Elten (Emmerich) (aufgrund Wegfall L 472 OU Elten)
- L 19 Ortdurchfahrt Hochneukirch (Jüchen) (aufgrund Wegfall L 19 OU Hochneukirch)
- L 392 Grafenberger Allee (Erschließung Düsseldorf Zentrum)
- L 403 Ortsdurchfahrt Langenfeld Hilden (Alternative zur Bedarfsplanmaßnahme L403n)
- L 354n OU Jüchen (Querspange ehem. A 44 – B 59)
- L 30 Lückenschluss Büderich
- B 288 Erschließung Hafen Krefeld Nord
- L 419 Wuppertal zur L 58
- L 458 Ortsdurchfahrt Millingen (Rees)
- B 229 südliche OU Remscheid-Lennep
- OD Geldern
- L 478 – Anbindung an B 9 (Geldern, Krefelder Straße)
- Ortsdurchfahrt Willich-Schiefbahn (L361 Linsellesstraße / Bundesstraße) zwischen Hochstraße und Korschenbroicher Straße

Darstellungen im bestehenden Netz, welche durch Umstufungen eine andere regionalplanerische Bedeutung erhalten haben:

- B 7 Südumgehung Mettmann (ehemals sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße)
- B 9 BÜ-Beseitigung Krefeld (ehemals sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße)
- OU Hilden L 282 (ehemals sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße)

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- B 229 Ortsdurchfahrt Solingen
- L 353 Monheim (Baumberger Chaussee)

Straßen im bestehenden Netz, deren Darstellung zur Sicherung eines Anschlusses in benachbarten Planungsräumen dient:

- L 726 Wuppertal (Stadtgrenze Schwelm bis L 58 Rauental)

7.3.2 Planzeichen aa-2) und ab-2) Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr sowie den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung

Mit Planzeichen aa-2) oder ab-2) werden noch nicht linienbestimmte Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung dargestellt.

Die Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen erfolgt hierbei, da die verkehrlichen Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW den Straßenbedarf verbindlich in Gesetzesform festlegen. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Bedarfspläne langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird, werden die Straßen im Regionalplan auf Grundlage der Bedarfspläne dargestellt (für Bedarfsplanmaßnahmen wird nachfolgend die Straßenbezeichnung des jeweiligen Bedarfsplans verwandt).

Mit der Darstellung von Trassen ohne räumliche Festlegung beschreibt der Regionalplan die regionalplanerisch abgestimmten Vorzugstrassen für Bedarfsplanmaßnahmen, welche bei Planung und Linienabstimmung für Straßen der Bedarfspläne zu berücksichtigen sind. Diese grobe Verortung erfolgt unter umfassender Abwägung der verschiedenen im jeweiligen Raum betroffenen Belange – sowohl die der Verkehrswege als auch aller sonstigen Raumnutzungen – einschließlich eventueller Zielkonflikte. Bedeutsam ist hierbei die Abstimmung mit Freiraumnutzungen oder –schutzfunktionen. Inanspruchnahmen von Schutzgütern i.S.d. strategischen Umweltprüfung, aber auch der im Plan zeichnerisch dargestellten Freiraumfunktionen und Wälder werden so weit wie möglich vermieden oder minimiert. Weiterhin erfolgt die Darstellung im Bemühen um die Berücksichtigung eines angemessen Abstandes zu Siedlungsräumen. Soweit möglich wurde außerdem vermieden, Achtungsabstände oder angemessene Sicherheitsabstände von Betriebsbereichen nach BImSchG zu durchschneiden. Da für Bedarfsplanmaßnahmen jedoch nicht vollständig auf eine zeichnerische Darstellung verzichtet werden kann, werden entsprechende Bereiche im Einzelfall tangiert. Z.B. im Fall der Ortsumgehung Grevenbroich-Allrath ist keine Trassierung möglich, die den betroffenen Achtungsabstand nicht tangiert. Hier wäre ggf. im fachplanerischen Verfahren zu berücksichtigen, dass im eventuellen Falle von nicht zu lösenden Konflikten mit Betriebsbereichen im Umfeld dargestellter Trassen grundsätzlich auch eine Nutzung der betreffenden Strecken in der Form zu prüfen wäre, dass diese keinen wichtigen Verkehrsweg im Sinne des § 50 BImSchG darstellen.

Die Linienabstimmung wird hiermit nicht vorweg genommen. Die genauere Lage einer Trasse in diesem Korridor wird durch das nachfolgende Linienfindungsverfahren weiter präzisiert. Bei der Entscheidung über die Führung von Trassen ohne räumliche Festlegung wurden neben der Abstimmung mit anderen Raumansprüchen auch etwaige im Rahmen der Bedarfsplanung ermittelte Trassierungen in die Abwägung eingestellt und – sofern keine anderen raumordnerischen Belange entgegen stehen – bei der Darstellung berücksichtigt (z.B. Variantenvergleich im Rahmen von bereits durchgeführter UVP).

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Die Festlegungen der Ziele im Regionalplan und in den Braunkohlenplänen sind miteinander abzustimmen. Im Bereich der Braunkohlenpläne Garzweiler II und Frimmersdorf geben diese den Verlauf der nach Abschluss des Abbaus herzustellenden Straßen in annähernder räumlicher Lage als Ziele der Raumordnung vor. Der Regionalplan übernimmt diese Darstellungen und konkretisiert sie hinsichtlich ihrer landesplanerischen Funktion zur Nutzung durch den vorwiegend großräumigen Verkehr oder durch den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr sowie ggf. hinsichtlich ihrer Lage im Raum (vgl. Anlage 2 zur LPlG DVO). Braunkohlenpläne liegen vor für die BSAB in Mönchengladbach, Jüchen und Grevenbroich. Die Darstellung erfolgt mit Planzeichen aa-2) oder ab-2) sofern die Planung noch nicht weit genug voran geschritten ist, um eine Darstellung mit aa-1) oder ab-1) zu rechtfertigen.

Es wird grundsätzlich unterschieden nach Maßnahmen, die

- neu dargestellt werden,
- gestrichen werden oder
- gleich bleiben.

Im Folgenden werden lediglich die Darstellungen benannt, die im Vergleich zum GEP99 entweder neu dargestellt oder aus dem Plan gestrichen werden. Alle übrigen Straßen bleiben unverändert im Plan dargestellt, weil sie weiterhin in den geltenden Bedarfsplänen enthalten sind und zwischenzeitlich planerisch noch nicht weiter konkretisiert wurden (also noch keine Linienbestimmung erfolgt ist).

7.3.2.1 Planzeichen aa-2)

Das Planzeichen aa-2) als regionalplanerische Vorzugstrasse für den vorwiegend großräumigen Verkehr ist aufgrund des dichten Autobahnnetzes für die zeichnerische Darstellung von Autobahnmaßnahmen geeignet. Im Planungsraum liegen jedoch keine Bedarfsplanungen für einen Neubau von Autobahnen vor, welche nicht mindestens linienbestimmt sind. Das Planzeichen kommt daher nicht zur Anwendung.

7.3.2.1.1 Planzeichen aa-2) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan nicht mehr dargestellt sind

- A 44 AS Mönchengladbach-Ost – AS Mönchengladbach-Odenkirchen
- A 44 östl.AD Velbert – Bochum (Sheffieldring)
- A 46 westl. AS Neuss Holzheim – AK Neuss Süd

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt) in einem anderen Planzeichen darzustellen sind und bei denen sich außerdem die Linienführung verändert hat

- A 61 Netzschluss bei Venlo (Bundesgrenze Deutschland/Niederlande)
- A 44 Braunkohlegebiet Garzweiler
- A 44 Velbert – Essen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3.2.1.2 Planzeichen aa-2) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Im Vergleich zum GEP99 mit Planzeichen aa-2) neu darzustellende Bereiche gibt es nicht.

7.3.2.2 Planzeichen ab-2)

Darstellungen mit Planzeichen ab-2) als regionalplanerische Vorzugstrasse für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr erfolgen im Planungsraum auf Grundlage der Darstellungen des aktuellen Bedarfsplans unter Berücksichtigung etwaiger im Rahmen der Bedarfsplanung untersuchter Trassierungen.

7.3.2.2.1 Planzeichen ab-2) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan nicht oder nicht mehr dargestellt sind

- B 8 OU Emmerich-Elten (Bundesgrenze Deutschland/Niederlande bis Hütum)
- B 59 OU Jüchen
- L 90 OU Klein-Netterden (Emmerich)
- L 402 OU Monheim (Opladener Straße bis Alfred-Nobel-Straße)
- L 468 OU Haldern (Rees)
- L 362 OU Kapellen (Geldern)
- L 472 OU Elten (Emmerich)
- L19 OU Hochneukirch (Jüchen)
- Basisstraße AS Kaldenkirchen-Nord
- B 9n OU Kleve (Führung ab Knoten B 9 / B 504 – Kranenburger Straße – bis B 220 – Emmericher Straße)
- B 229 südliche OU Remscheid-Lennep
- L 458 OU Millingen (Rees)
- B 58 OU Geldern
- B 229 OU Langenfeld zwischen Ziegwebersberg (Leichlingen) und Wiescheid

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstadiums (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt) mit einem anderen Planzeichen darzustellen sind und daher als Planzeichen aa-2) gestrichen werden:

- L 26 Nordumgehung Willich
- L 486 OU Kevelaer (Südumgehung) (B 9 – A 57)
- L 354 Ersatzstraße Braunkohlentagebau Garzweiler II (Wanlo bis Kaulhausen)
- B 51 OU Bergisch Born (Remscheid)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (mindestens Linienbestimmung ist erfolgt) mit Planzeichen aa-1) oder ab-1) darzustellen sind und

Stand d. Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

daher als Planzeichen aa-2) gestrichen werden und bei denen sich außerdem die Linienführung verändert hat:

- B 477 OU Butzheim Frixheim (Rommerskirchen)
- B 477 OU Rommerskirchen
- B 67 OU Uedem Süd- und Nordabschnitt (bis Kalkar)

Darstellungen im bestehenden Netz, welche durch Umstufungen eine andere regionalplanerische Bedeutung erhalten haben:

- Basisstraße (Nettetal, Herabstufung ehemalige A 61 zu Kreisstraße)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund eines fortgeschrittenen Planungsstandes in einer veränderten Linienführung darzustellen sind und daher in ihrer bisherigen Führung gestrichen werden:

- L 403n OU Hilden bis Langenfeld (Hilden L 85 – Langenfeld K 9)
- Bedburg-Kaster – Jüchen (Wiederherstellung nach Tagebau gemäß Braunkohlenplan, Anpassung an die im Abschlussbetriebsplan konkretisierte Trassenführung)
- Titz - Grevenbroich(Wiederherstellung nach Tagebau gemäß Braunkohlenplan, Anpassung an die im Abschlussbetriebsplan konkretisierte Trassenführung)

Maßnahmen, deren Bedarf sich indirekt aus anderen fachrechtlichen Vorgaben ergibt und die wegen naturschutzfachlicher Konflikte ohne räumliche Festlegung dargestellt werden:

- L 458 OU / Bahnübergangsbeseitigung Rees-Millingen (Straßenbau als Folge einer erforderlichen Bahnübergangsbeseitigung)

7.3.2.2.2 Planzeichen ab-2) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan neu dargestellt sind:

- L 405 BA III, NB von L 141 bis B 229 (B 229n Landwehr) (Solingen)
- L 39 OU Viersen/Süchteln
- L 478 NB Kempen/Tönisberg
- L 475 OU Tönisvorst/Vorst
- L 26 OU Willich von der L 382 bis zur L 26
- L 361 Westl. Umgehung Weeze (unter Berücksichtigung von Planungsergebnissen früherer Planungsschritte, hier: UVP-Variantenvergleich)
- L 19 OU Giesenkirchen und Odenkirchen (Mönchengladbach)
- L 354 OU Jüchen Hochneukirch (unter Berücksichtigung von Planungsergebnissen früherer Planungsschritte, hier: Kommunale Untersuchungen zur Trassenfindung)
- L 468 OU Haldern (Rees)
- L 31 OU Jüchen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- B 59 OU Allrath
- B 57 OU Marienbaum (das Projekt liegt überwiegend im Stadtgebiet Xanten und damit außerhalb des Planungsraums; zeichnerisch dargestellt wird nur der Beginn der Straßenverschwenkung auf Kalkarer Stadtgebiet)

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund eines fortgeschrittenen Planungsstandes in einer veränderten Linienführung darzustellen sind und daher in ihrer bisherigen Führung gestrichen werden:

- L 403n OU Hilden bis Langenfeld (Hilden L 85 – Langenfeld K 9)
- Bedburg-Kaster – Jüchen (Wiederherstellung nach Tagebau gemäß Braunkohlenplan, Anpassung an die im Abschlussbetriebsplan konkretisierte Trassenführung)
- Titz - Grevenbroich(Wiederherstellung nach Tagebau gemäß Braunkohlenplan, Anpassung an die im Abschlussbetriebsplan konkretisierte Trassenführung)

Darstellungen des Braunkohlenplans: Anpassung der Linienführung an einen Braunkohlenplan

- K 39 Tagebau Frimmersdorf, Grevenbroich (Anschluss an entsprechende zeichnerische Darstellung des Regionalplans Köln / Erhalt von Spielraum bei der späteren Trassierung im Rahmen der Umsetzung des Braunkohlenplans)

7.3.3 Planzeichen ac) Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straßen

Sonstige regional bedeutsame Straßen dienen insbesondere der regionalen Ergänzung des Straßennetzes und der Gewährleistung eines lückenlosen Netzes von Straßen für den vorwiegend großräumigen oder überregionalen und regionalen Verkehr. Sie werden daher dargestellt, wenn der Bedarf nachgewiesen ist und sie zur Anbindung großer Verkehrsquellen und -ziele an das Verkehrsnetz erforderlich sind oder wenn kommunale Straßen zur Schließung von Lücken des regional Verkehrsnetzes dienen. Soweit dies zur Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und zur Entlastung von Ortskernen von Durchgangs- und Wirtschaftsverkehr erforderlich ist und der Bedarf nicht durch den Ausbau vorhandener Infrastruktur gedeckt werden kann, können mit diesem Planzeichen außerdem Ortsumgehungen dargestellt und vor Planungen oder Maßnahmen geschützt werden, die eine spätere Konkretisierung der Straßenplanung oder deren Realisierung behindern würden. Bei der Darstellung entsprechender Straßen ist insbesondere das Ziel 8.1-2 des LEP NRW zu beachten, welches vorgibt, dass – mit Ausnahme von Infrastruktur für nichtmotorisierte Mobilität sowie neuer Schieneninfrastruktur, die der Verlagerung von Güterverkehren aus Siedlungsbereichen dient – für neue raumbedeutsame Verkehrsinfrastruktur Freiraum nur in Anspruch genommen werden darf, wenn der Bedarf nicht durch den Ausbau vorhandener Infrastruktur gedeckt werden kann. Die genannten Gründe für die Darstellung von sonstigen regionalplanerisch bedeutsamen Straßen können alle auch innerhalb von Siedlungsräumen zum Tragen kommen. Beispielsweise für die Umgehung von Stadtteilen kann die Darstellung einer Ortsumgehung erfolgen.

Durch die Darstellung als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße wird die regionalplanerische Relevanz zum Ausdruck gebracht. Auf dieser Grundlage kann sich später ggf. auch eine Höherstufung einer Straße ergeben.

Stand Anhörung für den Aufstellungsbeschluss

Bei der Entscheidung über die Linienführung wurden etwaige im Rahmen anderer Planungen (insbesondere kommunale Planungsüberlegungen) untersuchte Trassierungen berücksichtigt (z.B. Variantenvergleich im Rahmen von bereits durchgeführter UVP); außerdem erfolgte eine Abstimmung mit anderen Raumansprüchen. Hierbei waren vorhandene Freiraumnutzungen oder –schutzfunktionen von besonderer Bedeutung. Inanspruchnahmen von Schutzgütern i.S.d. strategischen Umweltprüfung, aber auch der im Plan zeichnerisch dargestellten Freiraumfunktionen und Wälder werden so weit wie möglich vermieden oder minimiert. Weiterhin erfolgte – sofern es sich nicht um innerörtliche Darstellungen handelt – die Darstellung im Bemühen um die Berücksichtigung eines angemessen Abstandes zu Siedlungsräumen. Außerdem wurde vermieden, Achtungsabstände oder angemessene Sicherheitsabstände von Betriebsbereichen nach BImSchG zu durchschneiden. Außerdem wurde das Ziel 8.1-2 des LEP NRW beachtet, dem gemäß - mit Ausnahmen für nichtmotorisierte Mobilität sowie Schieneninfrastruktur - für neue raumbedeutsame Verkehrsinfrastruktur Freiraum nur in Anspruch genommen werden darf, wenn der Bedarf nicht durch den Ausbau vorhandener Infrastruktur gedeckt werden kann. Die Darstellungen umfassen vor diesem Hintergrund Straßen im Bestand sowie rechtskräftige Flächennutzungsplandarstellungen und innerörtliche Planungen.

Sonstige regional bedeutsame Straßen werden in Bestand und Planung als gepunktete Linien dargestellt. Eine Darstellung als sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße erfolgt nicht, wenn die betreffende Trasse bereits als Straße für den vorwiegend großräumigen Verkehr oder für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr darzustellen ist.

Es wird unterschieden nach Maßnahmen, die

- neu dargestellt werden,
- gestrichen werden oder
- gleich bleiben.

Im Folgenden werden lediglich die Darstellungen benannt, die im Vergleich zum GEP99 entweder neu dargestellt oder aus dem Plan gestrichen werden und die dabei über das Maß einer redaktionellen Korrektur hinausgehen; in Einzelfällen wurde die Lage der zeichnerische Darstellung an die zugrunde liegende topographische Karte angepasst und damit rein redaktionell präzisiert (z.B. Broichhofstraße Ratingen, Industriestraße Schwalmtal). Alle übrigen Straßen bleiben unverändert im Plan dargestellt, weil sie unverändert weiterhin ihre regionalplanerische Funktion erfüllen.

7.3.3.1 Planzeichen ac) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Maßnahmen, welche aufgrund negativer Kosten-Nutzen Rechnungen seitens des Baulastträgers nicht mehr weiter verfolgt werden:

- Südumgehung Bedburg-Hau (1. Teilabschnitt)
- OU Rheindahlen (Mönchengladbach)
- K 4 Verlängerung OU Pongs (Mönchengladbach)
- Ostumgehung Mönchengladbach
- K 3 Anbindung Flughafen und Umgehung Lichtenbroich (Düsseldorf)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- K 3 Anbindung Lichtenbroicher Baggersee (Düsseldorf)
- Solingen Anschluss an L 141n (Mangenberger Straße bis Schützenstraße)
- K 8 Viersen Südumgehung südlich Bachstraße
- Ortsdurchfahrt Büderich (Meerbusch)
- Ortsumgehung Büderich (Meerbusch)

Maßnahmen, welche aufgrund von Umstufungen in einem anderen Planzeichen dargestellt werden:

- B 9 BÜ Beseitigung Krefeld (Frankenring)
- OU Hilden L 282
- B 7 Südumgehung Mettmann
- L 353 Monheim (Baumberger Chaussee)

Maßnahmen, welche aufgrund von Zielkonflikten nicht mehr dargestellt werden können:

- Umgehung Krefeld-Fischeln (aufgrund des Wegfalls des ASB bestehen Zielkonflikte mit Freiraum)
- OU Düsseldorf-Oberbilk (Ronsdorfer Straße)
- Südanbindung Hafen Krefeld

  Auf die Darstellung einer Südanbindung an die A 57 über das Gebiet der Stadt Meerbusch (Führung über einen Straßenneubau zwischen Uerdinger Straße und Bismarckstraße zu einer Auffahrt über die Raststätte Geismühle) wird aus folgenden drei Gründen verzichtet:

  1. Die in Rede stehende Verbindung würde auf Höhe der Autobahnrastanlage Geismühle auf die A 57 treffen. Die abschließende Entscheidung über die Einrichtung neuer Autobahnanschlussstellen liegt in der Hand des Bundesverkehrsministeriums. Eine Beantragung erfordert seitens des Antragstellers die Erstellung eines Planentwurfs für den Anschluss sowie eines Verkehrsgutachtens und die Beantwortung eines Fragebogens des Bundesverkehrsministeriums. Auf Grundlage der bereits bekannten Eigenschaften der Planung hat der Landesbetrieb Straßenbau jedoch bereits die Einschätzung abgegeben, dass die vorgesehene Anbindung einer Anschlussstelle über die Rastanlage als bedenklich angesehen wird. Die Funktionen einer Rastanlage und einer Anschlussstelle seien konträr und ließen sich innerhalb einer Verkehrsanlage nicht miteinander vereinbaren. Die Rastanlage Geismühle befände sich zudem an einem stark befahrenen Autobahnabschnitt, an dem sich bereits dicht aufeinander folgende Ausfahrten befänden. Außerdem könnten zusätzliche Verkehre über die Rastanlage kaum abgewickelt werden, so dass allein aus Leistungsfähigkeits- aber auch als Sicherheitsgründen eine solche Lösung nicht in Frage käme. Eine planerische Änderung der Aus- und Einfahrsituation des geplanten Autobahnausbaus würde außerdem in das bereits eingeleitete Planfeststellungsverfahren der A 57 (Ausbau der Raststätte Geismühle) eingreifen, in das der Landesbetrieb Straßenbau nun nicht mehr Einfluss nehmen könne. Insgesamt bestünden somit aus Sicht des Landesbetriebs Straßenbau geringe Erfolgsaussichten für eine neue Anschlussstelle an der A

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

57 über die Rastanlage Geismühle. Deshalb rät der Landesbetrieb von einem Antrag auf eine neue Anschlussstelle ab.

2. Der LEP NRW sieht in Ziel 8.1-2 vor, dass Freiraum für neue raumbedeutsame Verkehrsinfrastruktur nur in Anspruch genommen werden darf, wenn der Bedarf nicht durch den Ausbau vorhandener Infrastruktur gedeckt werden kann. Als in diesem Kontext möglicherweise auszubauende Straße kommt insbesondere die das Hafengebiet nördlich erschließenden B288 (Berliner Straße) infrage.

   Die Krefelder Hafengesellschaft und die IHK haben hierzu eine gutachterliche Untersuchung durchführen lassen, welche untersucht hat, ob die vorhandene Nordanbindung des Hafens langfristig für eine angemessene Weiterentwicklung des Binnenhafenstandortes ausreichend ist. Die Untersuchung hat ergeben, dass sowohl die heutigen als auch die bis zum Jahre 2030 prognostizierten Verkehrsmengen über alle in der Untersuchung beleuchteten Varianten abgewickelt werden können. Einzig kritisch ist, dass die zweispurige Brücke der B288 über den Rhein in Fahrtrichtung nach Duisburg am Rande ihrer Kapazitätsgrenze angelangt ist. Ein vierspuriger Ausbau der Brücke würde den Abfluss jedoch langfristig gewährleisten können. Um auf hierdurch ggf. hervorgerufene Verkehrsverlagerungen, die zu einem deutlichen Anstieg des Verkehrsaufkommens auf der Brücke und dem Abschnitt bis zur A 57 führen könnten, zu reagieren, wäre ein Ausbau dieses Abschnitts zur Autobahn, dessen technische Machbarkeit seitens des Landesbetriebes strassen.nrw nachgewiesen wurde, in Betracht zu ziehen. Ein Bedarf für eine zusätzliche Südanbindung – zusätzlich zum Ausbau der Nordanbindung über die A 288 – wurde seitens des Landesbetriebes im Übrigen nicht nachgewiesen.

   In diesem Zusammenhang können seitens der Akteure vor Ort vorgebrachte Argumente hingegen nicht abschließend überzeugen. So steht der Vermutung einer nicht hinreichenden Priorisierung im Bundesverkehrswegeplan (BVWP) gegenüber, dass der BVWP grundsätzlich auf eine Umsetzung der darin enthaltenen Maßnahmen ausgelegt ist und eine zusätzliche Südanbindung daher langfristig voraussichtlich zu einer Doppelerschließung führen würde. Auch ist bezüglich der gutachterlichen Annahme eines Zuwachses des LKW-Verkehrsaufkommens um 100 % davon auszugehen, dass hinreichende Zuwachsraten auch für einen im LEP als landesbedeutsam eingestuften Hafen berücksichtigt wurden – zumal das aktuelle Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept des Landes NRW lediglich einen moderaten Bedarf für einen Flächenzuwachs am Krefelder Hafen sieht. In nachfolgenden Verfahren wird noch eine abschließende Entscheidung über die Bedeutung eines Betriebsbereiches nach BImSchG im Norden des Hafenbereichs zu treffen sein. Da jedoch einerseits für diesen Bereich bisher nur ein Achtungsabstand bekannt ist und andererseits im fachplanerischen Verfahren unter Berücksichtigung der Betriebseigenschaften und der Straßenbedeutung noch ein gewisser Abwägungsspielraum gegeben ist, bedeutet dies zurzeit nicht, dass ein Ausbau der Straße ausgeschlossen ist.

3. Um die Südanbindung herzustellen, müsste ein Straßenneubau zwischen der Düsseldorfer Straße / Uerdinger Straße und der Bismarckstraße auf Meerbuscher Stadtgebiet erfolgen. Dieser würde zwangsläufig einen Altrheinabschnitt im EU-rechtlich geschützten Flora-Fauna-Habitat-Gebiet „Latumer Bruch mit Buersbach, Stadtgraeben und Wasserwerk“ durchqueren. Dies setzt die Durchführung einer entsprechenden Verträglichkeitsprüfung voraus.

Stand: Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

Prognostizierte Auswirkungen auf eine Population des Kammmolches können so weit vermieden werden, dass es zu keiner Beeinträchtigung der Population des Kammmolches kommt.

Anders verhält es sich jedoch hinsichtlich der Auswirkungen auf den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling. Der Gebietskomplex stellt einen Teil-Lebensraum für die möglicherweise letzte bekannte Meta-Population des Dunklen Ameisenbläulings in diesem Naturraum dar. Der Schutz geeigneter Lebensräume dieser Population gehört zu den Schutzzielen des FFH-Gebietes. Im Bereich, der für eine Straßenquerung in Frage käme, befinden sich geeignete Habitate für den Dunklen Wiesenknopf-Ameisenbläuling, welche erfolgreich von der Art besiedelt werden. Durch die Straße käme es zu anlagebedingten Flächeninanspruchnahmen von für die Art geeigneten Habitaten. Des Weiteren wären Individuenverluste beim Bau und Betrieb der Straße sehr wahrscheinlich. Außerdem wäre nicht auszuschließen, dass die Trasse Austauschbeziehungen zwischen Populationen zerschneidet oder zur Verinselung beiträgt. Daher ist davon auszugehen, dass die Maßnahme sich auf die Stabilität der Population auswirken würde. Erhebliche Beeinträchtigungen können daher nicht ausgeschlossen werden.

Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass für drei verschiedene Lebensraumtypen (darunter ein prioritärer Lebensraumtyp), die für das Netz Natura 2000 bedeutsam sind, eine Zunahme betriebsbedingter Stickstoffeinträge auf der Grundlage der vorliegenden Daten nicht ausgeschlossen werden kann. Hierzu bedürfte es der Erhebung von Depositionsmengen und Wirkbereichen in Abhängigkeit vom Verkehrsaufkommen und der zugelassenen Höchstgeschwindigkeit der Straße. Eine entsprechende abschließende Beurteilung der Erheblichkeit könnte erst in einer Verträglichkeitsprüfung im nachgelagerten Verfahren vorgenommen werden.

Auch im Zusammenwirken mit anderen Projekten (Summation insbes. durch den Ausbau der A 57) können erhebliche Beeinträchtigungen auf die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes nicht ausgeschlossen werden.

Die voranstehend beschriebenen Sachverhalte sprechen alle gegen eine zeichnerische Darstellung einer Straßenverbindung zur südlichen Anbindung des Krefelder Hafens an die A 57, weshalb auf eine Darstellung verzichtet wird. Sollten sich an den voranstehend beschriebenen Gegebenheiten zukünftig relevante Änderungen ergeben, könnte der Regionalplan über ein Änderungsverfahren immer noch entsprechend angepasst werden.

Darstellungen im bestehenden Netz, welche durch neue Planungen, welche künftig die regionalplanerische Funktion übernehmen, ihre regionalplanerische Bedeutung verloren haben

- Erschließung Düsseldorfer Flughafen (durch die AS an die A 44 nicht mehr notwendig)
- geplante Verlängerung der Böhlerstr. Meerbusch / Düsseldorf (aufgrund der vorh. Bebauung lässt sich die Planung nicht mehr realisieren)
- K 44 Ortsdurchfahrt Kranenburg
- OD Düsseldorf Ronsdorfer Straße
- Darstellungen des Braunkohlenplans: Anpassung der Linienführung an einen BraunkohlenplanK 39 Tagebau Frimmersdorf, Grevenbroich (Anschluss an entsprechende zeich-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

nerische Darstellung des Regionalplans Köln / Erhalt von Spielraum bei der späteren Trassierung im Rahmen der Umsetzung des Braunkohlenplans)

7.3.3.2 Planzeichen ac) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Anbindung von Verkehrserzeugern:

- Erschließung Düsseldorfer Haupthafen
- Anbindung GIB Kalkar-Kehrum
- Rheinuferstraße Anbindung Messe Düsseldorf
- K 12 zwischen B 7 in Düsseldorf und L 357 in Erkrath (Erkrather Landstraße / Hubbelrather Weg)

Ortsumgehungen:

- K 21 Erschließung Müldersfeld/ Nordumgehung (Meerendonker Straße, Wachtendonk)
- K 37 / K 18 Ortsumgehung Mettmann
- K 38 Ortsumgehung Mettmann Querspange zur K 34-Wülfrather Straße
- Straße Im Brühl und Verlängerung der Torfbruchstraße bis Heyestraße (Umplanung des Bereichs Glashüttengelände, Düsseldorf)
- Westumgehung Monheim (Rheinpromenade bis Bleer Straße, aufgrund Wegfall L 402 OU Monheim)
- K 44 Nordumgehung Kranenburg
- OU Düsseldorf-Oberbilk
- OU Langenfeld zwischen Ziegwebersberg (Leichlingen) und Wiescheid

Netzlückenschlüsse (z.B. nicht komplett geschlossene Ringstraßen, nicht durchgehend ausgebaute Autobahnen oder Teilstück mit unterdurchschnittlichem Ausbauzustand im Vergleich zur restlichen Strecke):

- Höherweg, Höherhofstraße und östliche Verlängerung bis Heyestraße (Düsseldorf)
- Nordumgehung Kleve (Straße Tweestrom und K 3 Landwehr bis Spyckstraße)
- Kleve Querallee L 484 – B 9 (K 26)
- Verbindungsstraße AS Dormagen (K 18 bis L 280)
- Anbindung AS Dormagen-Delrath
- Ortsdurchfahrt Schiefbahn (Willich), Ostabschnitt ab Linsellesstraße
- K19 Ratingen-Lintorf (bisherige Darstellung nur bis zur A524 gewährleistete mangels Anschluss an die Autobahn vorhanden keine Darstellung eines zusammenhängenden Straßennetzes)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Vorhandene Straßen, welche aufgrund von Umstufungen eine andere regionalplanerische Bedeutung erhalten haben

- K 2 Basisstraße AS Nettetal-West / Kaldenkirchen (ehemalige Bundesplanung)
- Opladener Straße Monheim (ehem. L 402)

7.3.4 Planzeichen ba-1) und bb-1) Schienenwege für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sowie für den überregionalen und regionalen Verkehr, Bestand und Bedarfsplanmaßnahmen

Mit Planzeichen ba) dargestellt werden laut LPlG DVO Strecken des schienen- oder spurgeführten Hochgeschwindigkeitsverkehrs sowie Schienenschnellverkehrsstrecken; mit Planzeichen bb) dargestellt werden laut LPlG DVO Personen- und Güterverkehrsstrecken des mittleren Geschwindigkeitsbereiches sowie Schienenstrecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs. Im Planungsraum mit den Planzeichen ba-1) und bb-1) gesichert werden

- Schienentrassen für den Personen- und Güterverkehr und Bahnflächen in Bestand und Planung einschließlich der für den Betrieb der Schienenwege notwendigen Anlagen (Bahnbetriebsflächen und Haltepunkte / Bahnhöfe), die nach den Vorgaben des Allgemeinen Eisenbahngesetzes (AEG) gewidmet sind und für Bahnzwecke genutzt werden, und
  - regionalbedeutsame Bedarfsplanmaßnahmen, deren Planverfahren so weit vorangeschritten ist, dass ihr Linienverlauf eindeutig bestimmt ist und
- ehemals entsprechend gewidmete, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzte Trassen, deren Verlauf noch in der Örtlichkeit als landschaftliche Prägung erkennbar ist und die langfristig für eine Reaktivierung geeignet sein können. Bei diesen Trassen kann es sich gleichzeitig um Bedarfsplanmaßnahmen handeln (z.B. Kaarster See - Mönchengladbach).

Zu letzteren führt der LEP NRW in den Erläuterungen zu Ziel 8.1-11 aus, dass diese auch dann zu sichern sind, wenn für ihre Reaktivierung als Schienenstrecke zurzeit zwar kein Bedarf absehbar ist, sie jedoch regionalbedeutsame Siedlungsflächen, Einrichtungen oder Anlagen miteinander verbinden. Durch die Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen wird gewährleistet, dass die Umsetzung der in den verkehrlichen Bedarfsplänen des Bundes und des Landes NRW verbindlich in Gesetzesform festgelegten Strecken langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird. Die Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen erfolgt auf Grundlage der LPlG DVO.

Neben der Darstellung gewidmeter sowie in Betrieb befindlicher Bahnstrecken erfolgt eine Darstellung auch von stillgelegten Schienenstrecken sowie Bedarfsplanmaßnahmen auch dann, wenn sich in ihrem Umfeld Betriebsbereiche nach BImSchG befinden. Dies erfolgt insbesondere vor dem Hintergrund der Vorgaben in LEP NRW und LPlG DVO. Ergänzend ist insbesondere für die stillgelegten Trassen darauf hinzuweisen, dass vor allem aufgrund von deren Lage in den Siedlungsräumen keine vergleichbar guten Alternativen zu erwarten sind. Im Übrigen sind für den größten Teil der im Umfeld der Trassen liegenden Betriebsbereiche nur Achtungsabstände bekannt, so dass im Zuge der Ermittlung der jeweils angemessenen Sicherheitsabstände eine Verringerung des Konfliktpotentials wahrscheinlich ist. Je nach Art der betroffenen Nutzungen können außerdem technische oder organisatorische Maßnahmen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

zu einer Lösung oder Minimierung des Konfliktes beitragen. Dies ist im Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen. Und nicht zuletzt ist davon auszugehen, dass im Falle von nicht zu lösenden Konflikten mit Betriebsbereichen im Umfeld dargestellter Trassen grundsätzlich eine Reaktivierung der betreffenden Strecken in der Form denkbar ist, dass diese keinen wichtigen Verkehrsweg im Sinne des § 50 BImSchG darstellen (Kriterium: Anzahl der Personenzüge in 24 Stunden).

Die Darstellungen (Strichstärke) werden in Abhängigkeit von den jeweils verkehrenden Zuggattungen in Schienenwege für den Hochgeschwindigkeits- und sonstigen großräumigen Verkehr (Planzeichen ba-1) sowie Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr (Planzeichen bb-1) unterteilt.

Für die Darstellung bzw. Streichung von Bahnhöfen und Haltepunkten gilt Folgendes:

- Die zeichnerische Darstellung von Bahnhöfen oder Haltepunkten bezieht sich jeweils auf die höchstrangige am Bahnhof oder Haltepunkt haltende Zuggattung. Eventuelle niederrangigere auch haltende Zuggattungen werden durch die Darstellung mit erfasst.

- An zeichnerisch dargestellten ehemals entsprechend gewidmeten, aber nicht mehr für Bahnzwecke genutzten Strecken werden – sofern nicht in einem Bedarfsplan unter Angabe von Haltepunkten eine Reaktivierung enthalten ist – keine Bahnhöfe und Haltepunkte zeichnerisch dargestellt. Über die Lage von Bahnhöfen oder Haltepunkten ist auf diesen Strecken im Zuge einer Reaktivierung zu entscheiden.

- Bei jeglichen Streichungen von Streckendarstellungen werden auch etwaige im Streckenverlauf vorhandene Bahnbetriebsflächen und Bahnhöfe bzw. Haltepunkte mit gelöscht.

- Für im GEP99 auf Grundlage der Planzeichen bb-1a) „S-Bahn“ und bb-1b) „Stadtbahn“ dargestellte Haltepunkte werden die entsprechenden Darstellungen gelöscht, da auch für die zugehörigen Schienenwege keine entsprechende Darstellung mehr erfolgt (Begründung siehe Kap. 8.3). An allen weiterhin im Regionalplan dargestellten Strecken erfolgt statt dessen eine Darstellung von Haltepunkten und Bahnhöfen gemäß den Planzeichen ba-1) bzw. bb-1).

- An zeichnerisch dargestellten kommunalen Schienenstrecken werden die bestehenden Haltepunkte dargestellt. Auf eine namentliche Auflistung der einzelnen gestrichenen oder neu hinzu kommenden Haltepunkte wird nachfolgend verzichtet.

- Im Nahverkehrsplan des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) enthaltene Haltepunkte werden zeichnerisch dargestellt.

- In einem Bedarfsplan enthaltene regionalbedeutsame Strecken werden einschließlich von Haltepunkten, die in die Bedarfsplanprüfung einbezogen waren, dargestellt.

- Im GEP 99 dargestellte Haltepunkte, an deren Realisierung in der Region nach wie vor ein Interesse besteht und die nicht in Betrieb sind oder in einem Bedarfsplan oder im Nahverkehrsplan des VRR enthalten sind, sowie sonstige der Regionalplanungsbehörde bekannte entsprechende Wünsche für eine zeichnerische Darstellung werden zeichnerisch dargestellt. Sie wurden außerdem für eine Prüfung im Rahmen der Stationsoffensive der Deutschen Bahn gemeldet, wodurch unter anderem eine Prüfung hinsichtlich der technischen und organisatorischen Machbarkeit der jeweiligen Haltepunkte gewährleistet wird.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Da es sich bei den dargestellten Haltepunkten um Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten handelt, steht ein Verzicht auf eine zeichnerische Darstellung der Planung weiterer Haltepunkte nicht entgegen.

Der Entwurf wird den Vorgaben des LEP NRW gerecht. Die Erläuterungen zum Grundsatz 8.1-4 beschreiben, dass den Ausbaustrecken Oberhausen – Emmerich – deutsche Grenze, Rheydt-Odenkirchen – Kaldenkirchen – deutsche Grenze und dem „Eisernen Rhein“ als Teile der Verkehrsachse „Lyon/Genua-Basel – Duisburg-Rotterdam/Antwerpen“ und der Ausbaustrecke deutsche Grenze – Aachen – Köln als Teil der Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris – Brüssel – Köln – Amsterdam – London (PBKAL) eine besondere Bedeutung zukommt und dass sie die Anbindung der Häfen Amsterdam, Rotterdam und Antwerpen an das europäische Wirtschaftszentrum Rhein-Ruhr verbessern sollen. Er führt weiterhin aus, dass folgende Teilstrecken in Nordrhein-Westfalen liegen und deshalb in den Regionalplänen gesichert werden sollen:

- Emmerich – Duisburg – Köln – Richtung Süddeutschland (als Anschluss an die niederländische "Betuwe-Linie" nach Rotterdam),
- Kaldenkirchen – Mönchengladbach – Köln – Richtung Süddeutschland und
- Köln/ Duisburg – Mönchengladbach – Antwerpen ("Eiserner Rhein").

In den Erläuterungen zu Grundsatz 8.1-5 sieht der LEP NRW vor, dass die folgenden Strecken zum Teil in Nordrhein-Westfalen liegen und deshalb für den Schienenpersonennahverkehr in den Regionalplänen gesichert werden sollen:

- Mönchengladbach – Dalheim – Roermond,
- Mönchengladbach – Kaldenkirchen – Venlo und
- Kleve – Kranenburg – Nimwegen.

Die genannten Strecken werden in der zeichnerischen Darstellung mit den Planzeichen ba-1) bzw. bb-1) dargestellt.

Der Verkehrsausschuss des Regionalrats hat im April 2016 beschlossen, die Neubewertung des Eisernen Rheins in allen drei Varianten und unter Verzicht auf die Viersener Kurve zur Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan zu melden.

Es wird unterschieden nach Maßnahmen, die

- neu dargestellt werden,
- gestrichen werden oder
- gleich bleiben.

Im Folgenden werden lediglich die Trassendarstellungen benannt, die im Vergleich zum GEP99 entweder neu dargestellt oder aus dem Plan gestrichen werden. Alle übrigen Schienenwege bleiben unverändert im Plan dargestellt, weil sie unverändert weiterhin ihre regionalplanerische Funktion (einschließlich der Sicherung stillgelegter Schienenwege) erfüllen und durch die jeweils relevanten Zuggattungen befahren werden bzw. im Bedarfsplan enthalten sind.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3.4.1 Planzeichen ba-1)

7.3.4.1.1 Planzeichen ba-1) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Streichungen des Planzei**c**hens ba-1) Im Vergleich zum GEP99 gibt es nicht.

7.3.4.1.2 Planzeichen ba-1) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Maßnahmen, welche aufgrund betrieblicher Änderungen (Zuggattungen des Hochgeschwindigkeitsverkehrs oder sonstigen großräumigen Verkehrs) nun in diesem Planzeichen darzustellen sind

- Mönchengladbach Hbf – Neuss Hbf
- Neuss Hbf – Düsseldorf Hbf

7.3.4.2 Planzeichen bb-1)

7.3.4.2.1 Planzeichen bb-1) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres frühen Planungsstandes nicht mit Planzeichen ba-1 bzw. bb-1 (incl. bb-1a) oder bb-1b)), sondern mit Planzeichen ba-2 bzw. bb-2 darzustellen sind:

- Viersener Kurve
- Mönchengladbach Voosen – Nordpark
- Krefeld TEW Tor 3 – Willich Wekeln Schiefbahner Straße
- Düsseldorf Flughafen – Ratingen West
- Düsseldorf Kurve Freiligrathplatz und Arena/Messe Nord – Handweiser
- Spange zwischen Strecke 2400 Ratingen-Hösel – Essen-Kettwig Stausee und Trasse der Niederbergbahn (Heiligenhaus)

Einzelne im GEP99 dargestellte Schienenwege sind im aktuellen Bedarfsplan nicht mehr enthalten; außerdem ist eine Aktivierung des Schienenwegs aufgrund zwischenzeitlicher Entwicklungen (überlagernde Nutzungen im Bereich des Schienenwegs oder seiner Fortsetzung in angrenzenden Planungsräumen oder Strecke aufgrund der Streckencharakteristik nach aktuellem Stand der Technik nicht reaktivierbar) faktisch nicht mehr möglich. Hierunter fallen die folgenden Darstellungen:

- Wermelskirchen – Remscheid-Lennep
- Kaldenkirchen – Grefrath – Kempen

Vorhandene Strecken, welche im aktuellen Bedarfsplan nicht oder nicht mehr dargestellt sind und für die sich kein anderweitiger Bedarf für Bau oder Reaktivierung erkennen lässt:

- Geldern – Straelen – D(NL)
- Samba-Trasse (Wuppertal)
- Flughafenschleife Mönchengladbach (im Zusammenhang mit dem Verzicht auf den Ausbau des Flugplatzes, ggf. Anbindung an den Bahnhof Willich-Neersen – Bestandteil

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

der Bedarfsplantrasse vom Kaarster See nach Mönchengladbach – möglich) zzgl. Verbindungskurve zwischen der Strecke Kaarster See – Mönchengladbach und der stillgelegten Strecke Willich - Mönchengladbach

Maßnahmen, welche aufgrund betrieblicher Änderungen (Zuggattungen des Hochgeschwindigkeitsverkehrs oder sonstigen großräumigen Verkehrs) nun in einem anderen Planzeichen darzustellen sind:

- Mönchengladbach Hbf – Neuss Hbf
- Neuss Hbf – Düsseldorf Hbf

Maßnahmen, welche aufgrund ihres fortgeschrittenen Planungsstandes (mindestens Planfeststellung erfolgt) in einer anderen Linienführung darzustellen sind und deren bisherige Linienführung daher gestrichen wird:

- Anbindung GIB Kleve
- Belsenplatz – Dominikus-Krankenhaus (Teilabschnitt der regional bedeutsamen Linie U 75 Neuss Hbf – Düsseldorf Eller)
- Düsseldorf Stadttor (Teilabschnitt der regional bedeutsamen Linie 709 Düsseldorf Derendorf Nord – Neuss Stadthalle)
- -Strecke Krefeld – Düsseldorf im Bereich Meerbusch (Trassenänderung nicht mehr im Bedarfsplan; es wird der vorh. Verlauf dargestellt)

Maßnahmen, welche aufgrund des Fehlens kommunalen Bedarfes zu streichen sind

- Anbindung GIB Kleve
- Anbindung GIB Viersen-Mackenstein
- Hafenbahn Krefeld (nördl. Verlängerung)

Haltepunkte, welche weder im aktuellen Bedarfsplan NRW noch im NVP des VRR dargestellt werden:

- Haltepunkt Hilden-Ost
- Haltepunkt Neuss-Stadionviertel
- Haltepunkt Düsseldorf Unterrath-Süd
- Haltepunkt Neuss-Selikum
- Haltepunkte der stillgelegten Niederbergbahn Heiligenhaus-Velbert-Wülfrath
- Haltepunkte der stillgelegten Strecke Rheinberg-Moers Hoerstgen-Sevelen; Querspange Issum – Geldern
- Haltepunkte der stillgelegten Strecke Tönisvorst – Vorst
- Haltepunkte der stillgelegten Nordbahntrasse Wuppertal
- Haltepunkt Mönchengladbach-Günhoven (keine Darstellung von Haltepunkten an mit Planzeichen 3bb-2 dargestellten Trassen)

Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

- Haltepunkt Mönchengladbach-Nordpark (keine Darstellung von Haltepunkten an mit Planzeichen 3bb-2 dargestellten Trassen)

Haltepunkte, welche aufgrund ihrer unmittelbaren Nähe zu übergeordeten Haltepunkten keiner separaten Darstellung bedürfen

- Haltepunkt Krefeld Hbf (Straßenbahn)
- Haltepunkt Neuss Hbf (Straßenbahn)

Haltepunkt, der aufgrund zukünftig haltender Zuggattungen nicht mehr mit Planzeichen ba-2 darzustellen ist:

- Haltepunkt Viersen Bahnhof

Bahnbetriebsflächen, für die der betriebliche Bedarf langfristig nicht mehr gegeben ist und welche aufgrund ergangener Freistellungen nicht mehr dargestellt werden:

- Wuppertal; Gem. Langerfeld, Barmen (Clausenstraße)Fr. 3, 9, 26 Neuss; Gem. Neuss; Containerbahnhof (Römerstraße)
- Solingen; Gem. Dorp (Birkenweier)
- Düsseldorf; Gem. Eller (Harffstraße)
- Remscheid; Gem. Remscheid (Presover Straße)
- Geldern; Gem. Geldern (Am Nierspark)
- Wuppertal; Gem. Vohwinkel (Nathrather Straße)
- Wuppertal; Gem. Elberfeld (Bayreuther Straße)
- Wuppertal; Gem. Elberfeld(Mirker Straße)
- Düsseldorf; Gem. Eller, Unterbach (Am Kleinforst)
- Geldern; Gem. Geldern (Am Nierspark)
- Wuppertal; Gem. Wichlinghausen (Am Diek)
- Neuss; Gem. Neuss (Bockholtstraße)
- Kleve; Gem. Kleve (Geefacker)
- Velbert; Bereich Bahnhofstraße
- Remscheid; Bereich Neukamper Straße
- Remscheid; Bereich Lempstraße

Nach der LPlG DVO sind mit Planzeichen bb) „Personen- und Güterverkehrsstrecken des mittleren Geschwindigkeitsbereiches (z.B. Regionalbahn, Regionalschnellbahn) sowie Schienenstrecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs (z.B. S-Bahn, City-Bahn, Stadtbahn) und des Güterverkehrs“ darzustellen. Der GEP99 stellt innerorts Straßen- und Stadtbahnlinien sowie S-Bahnen mit Planzeichen bb-1a) bzw. bb-1b) dar. Um der Vorgabe der LPlG DVO der Darstellung des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs nachzukommen, sollen regional bedeutsame Schienenwege zukünftig ausschließlich mit dem hierfür durch die LPlG DVO vorgesehenen Planzeichen bb-1) bzw.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

bb-2) (siehe Kap. 7.3.5) dargestellt werden. Die Planzeichen bb-1a) und bb-1b) sollen zukünftig entfallen. Es werden daher sämtliche mit Planzeichen bb-1a) oder bb-1b) dargestellten Strecken gestrichen. Eine Neudarstellung erfolgt hier für alle regional bedeutsamen Strecken mit Planzeichen bb-1) bzw. bb-2) (siehe Kap. 7.3.5).

7.3.4.2.2 Planzeichen bb-1) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Ehemals mit Planzeichen bb-1a) oder bb-1b) dargestellte Strecken:

- Düsseldorf (Stadtmitte) – Neuss (Innenstadt), Führungen über Josef-Kardinal-Frings-Brücke und Oberkasseler Brücke
- Düsseldorf (Stadtmitte) – Duisburg
- Düsseldorf (Stadtmitte) – Meerbusch – Krefeld (Stadtmitte)
- Düsseldorf (Stadtmitte) – Ratingen (Mitte)
- Düsseldorf (Flughafen) – Neuss (Innenstadt) (mit Ausnahme der mit Planzeichen bb-2 darzustellenden Abschnitte (Bedarfsplanmaßnahmen)
- Krefeld (Stadtmitte) – Tönisvorst (Vorst)
- Krefeld (Stadtmitte) – Willich (Mitte)

Vorhandene Strecken, welche aufgrund von Streichungen im Bedarfsplan nun auf der vorhandenen Trasse dargestellt werden:

- Strecke Krefeld – Düsseldorf im Bereich Meerbusch (Trassenänderung gestrichen; es wird die vorh. Trasse dargestellt)

Maßnahmen, welche aufgrund einer Darstellung im Bedarfsplan in geänderter Linienführung darzustellen sind:

- Belsenplatz – Dominikus-Krankenhaus (Teilabschnitt der regional bedeutsamen Linie U 75 Neuss Hbf – Düsseldorf Eller)
- Düsseldorf Stadttor (Teilabschnitt der regional bedeutsamen Linie 709 Düsseldorf Derendorf Nord – Neuss Stadthalle)

Kommunale Maßnahmen, welche im aktuellen Bedarfsplan neu dargestellt sind und eine überkommunale Bedeutung erreichen:

- Flughafen Bf Düsseldorf – Ratingen West (teilweise mit Flächennutzungsplandarstellung / in Planfeststellungsverfahren / auf bestehender Trasse)

Maßnahmen, welche aufgrund ihrer Darstellung im Bedarfsplan nun mit diesem Planzeichen darzustellen sind:

- Regiobahn-Verlängerung-Ost (Wuppertal, vormals sonstige regional bedeutsame Schiene)

Vorhandene Strecken, die zur Anbindung einzelner Siedlungsbereiche dargestellt werden:

- Emmerich – Anbindung des Hafens
- Düsseldorf – Anbindung des GIB südlich Theodorstraße (vallourec)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Geplante Haltepunkte, welche aufgrund ihrer Darstellung im aktuellen Bedarfsplan NRW und/oder im Nahverkehrsplan (NVP) des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) eine regionalplanerische Bedeutung erhalten haben:

- Haltepunkt Mönchengladbach Eicken / Hoven
- Haltepunkt Mönchengladbach Geistenbeck / Mülfort
- Haltepunkt Mönchengladbach Regiopark
- Haltepunkt Neuss-Morgensternsheide / Weißenberg
- Haltepunkt Ratingen-Lintorf
- Haltepunkt Ratingen-Tiefenbroich
- Haltepunkt Krefeld-Oppum Süd
- Haltepunkt Krefeld Lindenthal / Op de Pley
- Haltepunkt Krefeld-Schickbaum
- Haltepunkt St. Tönis Steinheide
- Haltepunkt Grevenbroich Lindenstraße / Hagelkreuz
- Haltepunkt Neuss-Insel Hombroich
- Haltepunkt Neuss-Jülicher Landstraße
- Haltepunkt Düsseldorf-Medienhafen
- Haltepunkt Neuss-Gladbacher Straße
- Haltepunkt Wuppertal-Rangierbahnhof

Haltepunkt, der aufgrund zukünftig haltender Zuggattungen mit Planzeichen ba-1 darzustellen ist:

- Haltepunkt Viersen Bahnhof

7.3.5 Planzeichen ba-2) und bb-2) Schienenwege für den Hochgeschwindigkeitsverkehr und sonstigen großräumigen Verkehr sowie für den überregionalen und regionalen Verkehr, Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung

Die Darstellung von Bedarfsplanmaßnahmen ohne räumliche Festlegung erfolgt auf Grundlage der LPlG DVO. Durch die Darstellung wird gewährleistet, dass die Umsetzung der in den verkehrlichen Bedarfsplänen des Bundes und des Landes NRW verbindlich in Gesetzesform festgelegten Strecken langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird.

Mit Planzeichen ba) dargestellt werden laut LPlG DVO Strecken des schienen- oder spurgeführten Hochgeschwindigkeitsverkehrs sowie Schienenschnellverkehrsstrecken; mit Planzeichen bb) dargestellt werden laut LPlG DVO Personen- und Güterverkehrsstrecken des mittleren Geschwindigkeitsbereiches sowie Schienenstrecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs und des Güterverkehrs. Im Planungsraum mit den Planzeichen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

ba-2) und bb-2) gesichert werden entsprechende regionalbedeutsame Bedarfsplanmaßnahmen, die bisher nur auf der Bedarfsplanung von Bund und Land basieren und keine weiteren Verfahrensschritte durchlaufen haben.

Der mit dem Dritten Gesetz zur Änderung des Bundesschienenwegeausbaugesetzes am 29.12.2016 in Kraft getretene Bedarfsplan für die Bundesschienenwege enthält eine neue Kategorie „Maßnahmen des potentiellen Bedarfs“. Er sieht für diese Maßnahmen vor, dass sie in den Vordringlichen Bedarf aufgenommen werden, sobald nachgewiesen ist, dass sie die Kriterien für die Aufnahme in den Vordringlichen Bedarf erfüllen. Es handelt sich damit – zusätzlich zu allen anderen Maßnahmen der Bedarfspläne – auch bei den Maßnahmen des Potentiellen Bedarfs um Bedarfsplanmaßnahmen, die gemäß den Inhalten der DVO LPlG in die zeichnerische Darstellung des Regionalplans aufzunehmen sind.

Die Darstellungen ohne räumliche Festlegung orientieren sich an der jeweils konkretesten erkennbaren Trassierung. In der Regel ist dies die im Rahmen der jeweiligen Bedarfsplanung untersuchte Trassenführung. Die Darstellungen sind hinsichtlich ihrer Lage bei Planungen für Schienenwege der Bedarfspläne zu berücksichtigen. Die genauere Lage einer Trasse in diesem Korridor wird durch das nachfolgende Planfeststellungsverfahren weiter präzisiert.

Die Darstellungen (Strichstärke) werden in Abhängigkeit von den jeweils zu erwartenden Verkehren sowie den jeweils anschließenden Schienendarstellungen in Schienenwege für den Hochgeschwindigkeits- und sonstigen großräumigen Verkehr (Planzeichen ba-2) sowie Schienenwege für den überregionalen und regionalen Verkehr (Planzeichen bb-2) unterteilt. Eine Darstellung etwaiger Haltepunkte erfolgt aufgrund des frühen Planungsstandes an diesen Trassen nicht.

Die Darstellung erfolgt vor dem Hintergrund der Vorgaben in LEP NRW und LPlG DVO auch dann, wenn sich in ihrem Umfeld Betriebsbereiche nach BImSchG befinden. Hierbei ist entscheidend, dass für den größten Teil der im Umfeld von Schienentrassen liegenden Betriebsbereiche nur Achtungsabstände bekannt sind, so dass im Zuge der Ermittlung der jeweils angemessenen Sicherheitsabstände eine Verringerung des Konfliktpotentials wahrscheinlich ist. Je nach Art der betroffenen Nutzungen können außerdem technische oder organisatorische Maßnahmen zu einer Lösung oder Minimierung des Konfliktes beitragen. Dies ist im Planfeststellungsverfahren zu berücksichtigen. Und nicht zuletzt ist davon auszugehen, dass im Falle von nicht zu lösenden Konflikten mit Betriebsbereichen im Umfeld dargestellter Trassen grundsätzlich ein Betrieb der betreffenden Strecken in der Form zu prüfen wäre, dass diese keinen wichtigen Verkehrsweg im Sinne des § 50 BImSchG darstellen (Kriterium: Anzahl der Personenzüge in 24 Stunden).

7.3.5.1 Planzeichen ba-2)

7.3.5.1.1 Planzeichen ba-2) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Das Planzeichen wurde im GEP99 nicht verwendet.

7.3.5.1.2 Planzeichen ba-2) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Maßnahmen des Bedarfsplans für die Bundesschienenwege welche aufgrund ihres frühen Planungsstandes mit Planzeichen ba-2 bzw. bb-2 darzustellen sind:

- Neubaustrecke Rheydter Kurve (Jüchen / Mönchengladbach)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Viersener Kurve als Bestandteil der Ausbaustrecke Grenze D/NL – Kaldenkirchen – Viersen – Rheydt-Odenkirchen: Zu dieser Maßnahme enthält der Bedarfsplan eine Fußnote „Oder mit stadtverträglicher umfahrender Alternative zur Viersener Kurve – Prüfung und Planung kann zu nachrangiger Umsetzung des Teilabschnitts führen“. Diese wurde im Rahmen der Ausschussberatungen eingebracht, um so zu berücksichtigen, dass derzeit ein von der EU gefördertes Projekt 3RX verschiedene Alternativen der Verbindung Antwerpen – Ruhrgebiet untersucht und dessen Ergebnis bei Erfüllung der üblichen Voraussetzungen in den Vordringlichen Bedarf aufnehmen zu können. Gleichwohl ist die Viersener Kurve Bestandteil des Bedarfsplans. Aus den Formulierungen geht hervor, dass die Viersener Kurve eine wesentliche Option zur Verwirklichung der gesamten Bedarfsplanmaßnahme darstellt. Die Möglichkeit einer Umsetzung ist daher mittels einer zeichnerischen Darstellung offenzuhalten.

7.3.5.2 Planzeichen bb-2)

7.3.5.2.1 Planzeichen bb-2) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche:

Das Planzeichen wurde im GEP99 nicht verwendet.

7.3.5.2.2 Planzeichen bb-2) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche:

Bedarfsplanmaßnahmen, welche aufgrund ihres frühen Planungsstandes mit Planzeichen ba-2 bzw. bb-2 darzustellen sind:

- Krefeld TEW Tor 3 – Willich Wekeln Schiefbahner Straße
- Düsseldorf Flughafen – Ratingen West
- Düsseldorf Kurve Freiligrathplatz und Arena/Messe Nord – Handweiser
- Mönchengladbach Voosen – Nordpark
- Spange zwischen Strecke 2400 Ratingen-Hösel – Essen-Kettwig Stausee und Trasse der Niederbergbahn (Heiligenhaus)

7.3.6 Planzeichen bc) Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Schienenwege (Bestand und Planung)

Das Planzeichen kommt im Regionalplan nicht zur Anwendung, da kein entsprechender Planungsfall vorliegt.

7.3.7 Planzeichen c) Wasserstraßen unter Angabe der Güterumschlaghäfen

Im Planungsraum ist lediglich der Rhein einschließlich der Zuwegung zum Hafen Kleve als Bundeswasserstraße darzustellen. Nach der fachrechtlichen Definition des § 1 Bundeswasserstraßengesetz gehören zu einer Bundeswasserstraße auch alle Gewässerteile, die mit dieser in ihrem Erscheinungsbild als natürliche Einheit anzusehen sind, mit dieser durch einen Wasserzu- oder -abfluss in Verbindung stehen, einen Schiffsverkehr mit der Bundeswasserstraße zulassen und im Eigentum des Bundes stehen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Auf Grundlage der geltenden LPlG DVO entfällt die bisherige stilisierte Darstellung der Häfen (blauer „Haken“). Darstellungen von Häfen erfolgten stattdessen zukünftig mit einem Kreissymbol, welches im Verlauf der Wasserstraße dargestellt wird.

7.3.7.1 Planzeichen c) (Hafensymbol) – im Vergleich zum GEP99 gleichbleibende Bereiche

Da sich gegenüber dem Zeitpunkt der Erarbeitung des GEP99 die Vorgaben der DVP-LPlG zum Symbol zur zeichnerischen Darstellung von Güterumschlaghäfen verändert haben, muss für alle Hafenstandorte eine Änderung der zeichnerischen Darstellung vorgenommen werden. Es gibt somit keine gleichbleibenden Darstellungen.

7.3.7.2 Planzeichen c) (Hafensymbol) – im Vergleich zum GEP99 gestrichene Bereiche

Bei rein betriebsgebundenen Umschlagstellen, die für eine öffentliche Nutzung nicht zur Verfügung stehen, ist nicht davon auszugehen, dass es sich um für den regionalen Gütertransport bedeutsame Güterumschlaghäfen handelt. Eine entsprechende zeichnerische Darstellung soll daher nicht mehr erfolgen. Hiermit geht aus regionalplanerischer Sicht keinerlei Einschränkung der Nutzungsmöglichkeiten der Umschlagstellen einher, da die Darstellung eines symbolischen Hafens mit Planzeichen 3c) nicht Voraussetzung ist für den Bau und Betrieb von entsprechenden Verladeeinrichtungen. Betroffen sind die folgenden Standorte:

- Hafendarstellung Kleve-Salmorth, Rhein-km 856,80 bis 857,16 linkes Ufer
- Hafendarstellung Emmerich, Rhein-km 852,755 bis 853,065, rechtes Ufer
- Hafendarstellung Rees, Hauptortslage / Rheinpromenade
- Hafendarstellung Monheim zwischen Hauptortslage und Baumberg (ehemalige betriebsgebundene Anlegestelle der Firma Shell Aufgabe der Nutzung in 2001; Anlegestelle vollständig zurückgebaut)
- Hafendarstellung Monheim, Rhein-km 707,184 bis 707,313, rechtes Ufer

Streichung eines öffentlich zugänglichen Güterumschlaghafens wegen zwischenzeitlicher Aufgabe der Nutzung (mit der Streichung geht keinerlei Einschränkung für eine etwaige Wiederaufnahme des Betriebs einher):

- Haupthafen Kleve

Streichungen von Güterumschlaghäfen zum Zwecke einer Neudarstellung mit neuem Planzeichen:

- Haupthafen Emmerich (142ha)
- Hafen Krefeld
- Hafen Neuss
- Haupthafen Düsseldorf
- Hafen Düsseldorf-Reisholz
- Hafen Dormagen-Stürzelberg

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3.7.3 Planzeichen c) (Hafensymbol) – im Vergleich zum GEP99 neu dargestellte Bereiche

Neudarstellungen von öffentlich zugänglichen Güterumschlaghäfen mit neuem Planzeichen:

- Haupthafen Emmerich
- Haupthafen Krefeld-Linn / -Gellep-Stratum
- Hafen Krefeld-Uerdingen
- Hafen Neuss
- Haupthafen Düsseldorf
- Hafen Düsseldorf-Reisholz
- Hafen Dormagen-Stürzelberg

7.3.8 Planzeichen da) (einschließlich d)) Flughafen/ -Plätze für den zivilen Luftverkehr

Mit Planzeichen da) als Vorranggebiete zeichnerisch dargestellt werden gemäß den Vorgaben der LPlG DVO Gelände von Flughäfen / -plätzen für den zivilen Luftverkehr, deren Lärmschutzzonen im LEP dargestellt sind. Da der betreffende LEP IV Schutz vor Fluglärm mittlerweile aufgehoben wurde, erfolgt keine Darstellung mit Planzeichen da). Für die betreffenden Bereiche erfolgt statt dessen eine Darstellung mit Planzeichen dc) (siehe Kapitel 7.3.10).

An den flächenhaften Darstellungen mit Planzeichen d) (Bereichsdarstellungen der Flugplätze) wird weitgehend festgehalten. Diesbezüglich wird auf die Ausführungen in Kapitel 7.3.10 verwiesen.

-

7.3.8.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Es werden keine Darstellungen des GEP99 beibehalten.

7.3.8.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Für die Fluplätze in Düsseldorf, Weeze (Niederrhein) sowie Mönchengladbach erfolgt eine Darstellung mit Planzeichen dc). Die Darstellungen des GEP99 mit Planzeichen da) werden daher gestrichen.

Auf dem Flughafen Niederkrüchten wurde die fliegerische Nutzung von Strahlflugzeugen 2001 eingestellt. Bis 2009 wurde die Fläche noch von britischen Militärhelikoptern genutzt. Für diesen Bereich wurde in Planungswerkstätten ein Nachnutzungskonzept unter Beteiligung der Region entwickelt, welches eine Nachnutzung als Freiraum und Siedlungsraum sowie die Nutzung von Windenergie vorsieht. Es erfolgt daher die zeichnerische Darstellung der in Planungswerkstätten entwickelten Nachfolgenutzung, Freiraum (BSLE, BSN), Windenergienutzung sowie eine gewerbliche Nachnutzung auf den ehemals bebauten Bereichen nördlich des Flugfelds. Eine zeichnerische Darstellung mit Planzeichen da) erfolgt nicht mehr.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3.8.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Es erfolgt keine Neudarstellung mit Planzeichen da).

7.3.8.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Der Verzicht auf die Verwendung des Planzeichens da) resultiert aus der Aufhebung des LEP IV Schutz vor Fluglärm, welcher nach der LPlG DVO die Grundlage für die Darstellung ist. Für die betreffenden Bereiche erfolgt statt dessen eine Darstellung mit Planzeichen dc) (sinngemäße Entwicklung eines Planzeichens gemäß § 35 Abs. 4 LPlG DVO), so dass die Plandarstellung insgesamt den raumordnerischen Vorgaben entspricht.

7.3.9 Planzeichen db) (einschließlich d)) Militärflugplätze

Mit Planzeichen db) als Vorranggebiete zeichnerisch dargestellt werden gemäß den Vorgaben der LPlG DVO Gelände von Flugplätzen, die überwiegend militärischer Nutzung vorbehalten sind und deren Lärmschutzzonen im LEP dargestellt sind.

7.3.9.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Der betreffende LEP IV Schutz vor Fluglärm wurde mittlerweile aufgehoben. Darüber hinaus wird aber auch der ehemalige Militärflugplatz Laarbruch in Weeze mittlerweile für zivile Flugzwecke genutzt, und am Militärflugplatz Brüggen in Niederkrüchten wurde der Flugbetrieb eingestellt (siehe hierzu auch Kapitel 7.3.8.2). Somit ist im Planungsraum kein Flugplatz für militärische Nutzungen in Betrieb oder geplant; das Planzeichen db) wird daher im Regionalplan nicht verwendet. Es wurde auch im GEP99 nicht verwendet. Es erfolgt kein Beibhalt einer Darstellung mit Planzeichen db).

7.3.9.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Das Planzeichen db) wird im Regionalplan nicht verwendet. Es wurde auch im GEP99 nicht verwendet und ist daher nicht zu streichen.

Die flächenhafte Darstellung mit Planzeichen d) wird am Standort Niederkrüchten gelöscht.

7.3.9.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Es erfolgen keine Neudarstellungen mit Planzeichen db).

7.3.10 Planzeichen dc) (einschließlich d)) Flughafen/ -Plätze für den zivilen Luftverkehr

Mit Planzeichen dc) werden Flugplätze im Planungsraum dargestellt, auf denen Instrumentenflugbetrieb zugelassen ist und auf denen daher auch größere Luftfahrzeuge operieren und großräumige Verkehre abgewickelt werden können. Vorgesehen ist – ergänzend zur flächenhaften Darstellung mit Planzeichen d) – die symbolhafte Darstellung eines weißen Flugzeugs auf orangefarbenem Grund. Es handelt sich hierbei um eine sinngemäße Entwicklung eines Planzeichens gemäß § 35 Abs. 4 LPlG DVO.

Mit Planzeichen d) werden die Bereiche der Flugplätze flächenhaft zeichnerisch dargestellt.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.3.10.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Das Planzeichen dc) wurde im GEP99 nicht verwendet, so dass gleichbleibenden Darstellungen des Planzeichens nicht erfolgen können.

An den flächenhaften Darstellungen mit Planzeichen d) (Bereichsdarstellungen der Flugplätze) wird weitgehend festgehalten. Die Darstellungen in Laarbruch (Weeze) und Mönchengladbach bleiben unverändert. Die Darstellung in Düsseldorf wird weitgehend beibehalten (darüber hinaus siehe Kap. 7.3.10.1).

7.3.10.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Das Planzeichen dc) wurde im GEP99 nicht verwendet, so dass keine Streichungen des Planzeichens erfolgen können.

Bezüglich der flächenhaften Darstellung mit Planzeichen d) wird im Umfeld des Flughafens in Düsseldorf ein untergeordneter Teilbereich, in dem sich gewerbliche Nutzungen befinden („airport city“), aus der bisherigen Flughafendarstellung ausgenommen und als ASB dargestellt.

7.3.10.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Mit Planzeichen dc) werden die Fluglätze in Mönchengladbach, Laarbruch (Weeze) und Düsseldorf dargestellt. Auf diesen Flugplätzen ist Instrumentenflugbetrieb zugelassen, so dass hier auch größere Luftfahrzeuge operieren und großräumige Verkehre abgewickelt werden können.

Es erfolgen keine Neudarstellungen zusätzlicher Flugplätze mit Planzeichen d).

7.3.10.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Die Darstellung mit Planzeichen dc) dient dazu, die Flughäfen, der Planungsregion, auf denen größere Luftfahrzeuge operieren und großräumigere Verkehre abgewickelt werden können, zeichnerisch darstellen zu können. § 35 Abs. 4 LPlG DVO eröffnet die Möglichkeit, Darstellungen sinngemäß aus den in Anlage 3 zur LPlG DVO angegebenen Planzeichen zu entwickeln, soweit Darstellungen erforderlich sind, für die diese keine Planzeichen enthält. Beim Planzeichen dc) handelt es sich um eine solche Entwicklung eines Planzeichens. Die Plandarstellung entspricht damit insgesamt den raumordnerischen Vorgaben.

Aussagen zur Entwicklung der Flughäfen enthält Ziel 8.1-6 des LEP NRW. Diese sind vorhabenbezogen anzuwenden.

7.3.11 Planzeichen E) Grenzen der Lärmschutzgebiete Gemäß LEP "Schutz vor Fluglärm"

7.3.11.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Die LPlG DVO sieht eine Darstellung mit Planzeichen e) vor für Lärmschutzgebiete gemäß LEP IV. Da der betreffendeDer LEP IV Schutz vor Fluglärm mittlerweile aufgehoben wurde,

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

werden die im geltenden Regionalplan (GEP99) enthaltenen Darstellungen mit Planzeichen e) aus dem Plan gelöscht. Es gibt somit keine im Vergleich zum GEP99 gleichbleibenden Bereiche.

7.3.11.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Die im geltenden Regionalplan (GEP99) enthaltenen Darstellungen mit Planzeichen e) werden aus dem Plan gelöscht.

7.3.11.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Es erfolgen keine neuen Darstellungen mit Planzeichen e).

7.3.11.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Der LEP IV „Schutz vor Fluglärm“ wurde mit Inkrafttreten des neuen LEP NRW aufgehoben. Die Formulierung der neuen Vorgaben des RPD erfolgt unter Betrachtung der übergeordneten Vorgaben des neuen LEP NRW. Dieser fordert in Ziel 8.1-7, dass die in Rechtsverordnungen festgesetzten Lärmschutzzonen gemäß Gesetz zum Schutz vor Fluglärm in den Regionalplänen nachrichtlich zu übernehmen sind. Die früheren textlichen Darstellungen des nicht mehr anzuwendenden LEP IV zu in den einzelnen Lärmschutzzonen zulässigen Satzungen und bauleitplanerischen Festsetzungen sind in Ziel 8.1-7 nicht mehr enthalten. Der LEP NRW reagiert damit auf die neueren Regelungen des Fluglärmgesetzes, welches Vorgaben für Planungsmaßnahmen in Fluglärmschutzzonen bereits auf gesetzlicher Ebene enthält.

7.3.12 Planzeichen F) (einschließlich fa), fb) und fc)) Lärmschutzbereiche gemäß Fluglärmschutzverordnungen

Zur Darstellung von in Fluglärmschutzverordnungen gemäß Fluglärmgesetz enthaltenen Lärmschutzzonen werden gemäß § 35 Abs. 4 DVO-LPlG die Planzeichen fa) (Tag-Schutzzone 1), fb) (Tag-Schutzzone 2) und fc) (Nacht-Schutzzone) sinngemäß aus den in der DVO-LPlG enthaltenen Planzeichen entwickelt.

7.3.12.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Der geltende Regionalplan (GEP99) enthält bisher keine Darstellungen mit Planzeichen f).

7.3.12.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Es werden keine Darstellungen des Planzeichens f) aus dem geltenden Regionalplan (GEP99) gelöscht.

7.3.12.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Für Flughäfen, für die in Rechtsverordnungen gemäß Gesetz zum Schutz gegen Fluglärm (FluLärmG) Lärmschutzzonen festgesetzt wurden, werden entsprechend Ziel 8.1-7 des LEP NRW die in der jeweiligen Fluglärmschutzverordnung enthaltenen Lärmschutzzonen nach-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

richtlich in den Regionalplan mit den Planzeichen fa), fb) und fc) übernommen. Dies betrifft im Planungsraum die Flughäfen in Düsseldorf und Weeze (Laarbruch).

7.3.12.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Die geplanten Vorgaben dienen der Umsetzung des Ziels 8.1-7 des LEP NRW. Die Darstellung des Planzeichens f) bezieht sich insbesondere auf den zweiten Absatz des Ziels 8.1-7.

7.3.13 Planzeichen G) Erweiterte Lärmschutzzonen

Zur Darstellung von Erweiterten Lärmschutzzonen wird gemäß § 35 Abs. 4 DVO-LPlG das Planzeichen g) sinngemäß aus den in der DVO-LPlG enthaltenen Planzeichen entwickelt.

7.3.13.1 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gleichbleibende Bereiche

Der geltende Regionalplan (GEP99) enthält bisher keine Darstellungen mit Planzeichen g).

7.3.13.2 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) gestrichene Bereiche

Es werden keine Darstellungen des Planzeichens g) aus dem geltenden Regionalplan (GEP99) gelöscht.

7.3.13.3 Im Vergleich zum geltenden Regionalplan (GEP99) neu dargestellte Bereiche

Für den landesbedeutsamen Flughafen Düsseldorf (DUS) und den regionalbedeutsamen Flughafen Niederrhein in Weeze-Laarbruch (NRN) werden gemäß Ziel 8.1-7 des LEP NRW Erweiterte Lärmschutzzonen, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultieren, dargestellt.

Am Flughafen Niederrhein in Weeze ergeben sich hierbei einige Besonderheiten, die der Lage des Flughafens unmittelbar an der Grenze zu den Niederlanden und dem aus diesem Grund gewählten Verlauf der Flugrouten sowie der eher nach Osten zum Bundesgebiet ausgerichteten Betriebsabwicklung geschuldet sind. Damit nicht – entgegen den Vorgaben der LAI – die Erweiterte Lärmschutzzone kleiner ist als die dort derzeit gültige Nachtschutzzone gemäß Fluglärmschutzverordnung, wurde bei der Berechnung ausnahmsweise auch die Umhüllende der derzeitigen Nachtschutzzone in die Berechnung einbezogen. Die auf diese Weise ermittelte Darstellung erreicht westlich des Flughafens die Grenze zu den Niederlanden und verläuft dann stark nach Norden gebogen mit ihrer äußersten Ausdehnung wieder auf deutsches Gebiet. Im Osten verläuft sie bis nach Kevelaer-Winnekendonk deckungsgleich mit der Nachtschutzzone.

7.3.13.4 Raumordnerische Vorgaben des Bundes und des Landes

Die geplanten Vorgaben dienen der Umsetzung des Ziels 8.1-7 des LEP NRW. Der LEP NRW sieht darin vor, dass im Umfeld der landes- und regionalbedeutsamen Flughäfen eine Erweiterte Lärmschutzzone, die aus den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI) resultiert, in den Regionalplänen festzulegen ist. Im Planungsraum liegen gemäß Ziel 8.1-6 des LEP NRW der landesbedeutsame Flughafen Düsseldorf (DUS) und der regionalbedeutsame Flughafen Niederrhein – Weeze-Laarbruch (NRN). Der räumliche Zuschnitt der Erweiterten Lärmschutzzone wurde von der Obersten Immissionsschutzbehörde nach den Empfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz ermittelt.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

7.4 Erläuterungskarten / Beikarten

Die Beikarten sind zugleich Erläuterungskarten im Sinne des § 35 Abs. 8 LPlG DVO bzw., soweit der LEP NRW sie fordert, Erläuterungskarten im Sinne der entsprechenden Planwerke auf Landesebene.

Soweit textliche Ziele oder Grundsätze des Regionalplans (Entwurf) auf Inhalte der Beikarten Bezug nehmen, werden diese Inhalte bei den entsprechenden textlichen Zielen und Grundsätzen begründet. Ergänzend ist auf die Kapitel zu korrespondierenden graphischen Darstellungen im Planwerk 1:50.000 zu verweisen; auch hier erfolgen zum Teil weitergehende Aussagen.

Gemäß § 35 Abs. 8 LPlG DVO können raum- und strukturbedeutsame sonstige Planungen und Nutzungsregelungen für das Planungsgebiet in Erläuterungskarten abgebildet werden, soweit sie zum Verständnis des Plans oder für die regionalplanerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen notwendig oder zweckmäßig sind.

Welche Beikarten es gibt, kann dem Planwerk entnommen werden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

8. KOMPLETT WEGFALLENDE GRAPHISCHE DARSTELLUNGSKATEGORIEN (EINSCHLIEßLICH DER KORRESPONDIERENDEN DARSTELLUNGEN)

Vorbemerkung: Auch hier gilt die Vorbemerkung bei Kapitel 7 (Kapitelbeginn).

8.1 Siedlungsraum

Keine.

8.2 Freiraum

Keine.

8.3 Verkehrsinfrastruktur

8.3.1 Planzeichen 3. ba-3) Trasse der Umgehung Emmerich

Das Planzeichen 3. ba-3) „Trasse der Umgehung Emmerich“ wurde als sinngemäße Entwicklung eines neuen Planzeichens in den GEP99 aufgenommen. Sie war als potentielle Trassenführung für die aus den Niederlanden kommende Betuwe-Linie gedacht gewesen. Da sich zwischenzeitlich die Planung für die Fortsetzung der Betuwe-Linie auf der Trasse durch die Ortslage Emmerich verfestigt hat, besteht für die Darstellung der „Umgehung Emmerich“ kein Bedarf mehr.

8.3.2 Planzeichen 3. bb-1a) S-Bahn

Das Planzeichen 3. bb-1a) „S-Bahn“ wurde als sinngemäße Entwicklung eines neuen Planzeichens in den GEP99 aufgenommen.

Nach der LPlG DVO sind mit Planzeichen 3. bb) „Personen- und Güterverkehrsstrecken des mittleren Geschwindigkeitsbereiches (z.B. Regionalbahn, Regionalschnellbahn) sowie Schienenstrecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs (z.B. S-Bahn, City-Bahn, Stadtbahn) und des Güterverkehrs“ darzustellen. Der GEP99 stellt S-Bahnen jedoch mit Planzeichen bb-1a) dar. Da grundsätzlich regional bedeutsame Schienenwege im Regionalplan dargestellt werden, kann der mit dieser Darstellung verbundene inhaltliche Zweck (insbes. Freihaltung der für den Schienenverkehr benötigten Flächen) – unabhängig von der jeweils verkehrenden Zuggattung – mit einem gemeinsamen Planzeichen erreicht werden. Planzeichen bb-1a) ist damit entbehrlich.

8.3.3 Planzeichen 3. bb-1b) Stadtbahn

Das Planzeichen 3. bb-1b) „Stadtbahn“ wurde als sinngemäße Entwicklung eines neuen Planzeichens in den GEP99 aufgenommen.

Nach der LPlG DVO sind mit Planzeichen 3. bb) „Personen- und Güterverkehrsstrecken des mittleren Geschwindigkeitsbereiches (z.B. Regionalbahn, Regionalschnellbahn) sowie Schienenstrecken des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs (z.B. S-Bahn, City-Bahn, Stadtbahn) und des Güterverkehrs“ darzustellen. Der GEP99 stellt innerorts Straßen- und Stadtbahnlinien jedoch mit Planzeichen bb-1b) dar. Um der Vorgabe der LPlG DVO der Darstellung des regionalbedeutsamen Öffentlichen Personennahverkehrs nachzukommen, sollen rein kommunal bedeutsame Schienenwege zukünftig nicht mehr im RPD, sondern nur noch in einer Beikarte (5A) dargestellt werden. Regional bedeutsame, d.h. mindestens zwei Kommunen verbindende kommunale Schienenwege werden jedoch weiterhin zeichnerisch dargestellt. Da grundsätzlich regional bedeutsame Schienenwege im Regi-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

onalplan dargestellt werden, kann der mit dieser Darstellung verbundene inhaltliche Zweck (insbes. Freihaltung der für den Schienenverkehr benötigten Flächen) – unabhängig von der jeweils verkehrenden Zuggattung – mit einem gemeinsamen Planzeichen erreicht werden. Planzeichen bb-1b) ist damit entbehrlich.

8.3.4 Planzeichen 3. bd) Regionalbedeutsame Park-and-Ride-Anlagen

Das Planzeichen 3. bd) „Regionalbedeutsame Park-an-Ride-Anlagen“ wurde als sinngemäße Entwicklung eines neuen Planzeichens in den GEP99 aufgenommen.

Es ist vorgesehen, zukünftig über eine textliche Vorgabe die Anlage von Umsteigeanlagen, Parkeinrichtungen und Fahrradstationen an geeigneten Haltepunkten des öffentlichen Verkehrs zu steuern. Für die zeichnerische Verortung dieser Anlagen im Regionalplan wird hingegen kein hinreichendes Regelungserfordernis mehr gesehen. Aufgrund des je nach Lage im Verkehrsnetz, Örtlichkeit und Bauform sehr variablen Flächenbedarfs und –zuschnitts derartiger Knotenpunkte ist davon auszugehen, dass die detaillierte Planung der entsprechenden Standorte durch die Kommunen geleistet werden kann. Die Verortung von Park & Ride-Anlagen soll daher auf Grundlage der textlichen Vorgaben des RPD den nachfolgenden Planungsebenen übertragen werden. Auf die Darstellung des Planzeichens bd) soll zukünftig verzichtet werden.

8.4 Erläuterungskarten

8.4.1 Erläuterungskarte „Landschaft“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Landschaft wird verzichtet, da die darin enthaltenen Inhalte in der vorliegenden generalisierten Darstellung lediglich Hinweischarakter auf die den Informationsmedien des Fachinformationssystems des LANUV zu entnehmenden Detailinformationen haben, oder aber im Rahmen der Erarbeitung des RPDs thematisch anders zugeordnet (z.B. Wertvolle Kulturlandschaften) oder im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung inhaltlicher Schwerpunktsetzungen anders gegliedert und entsprechend dargestellt wurden (z.B. Biotopverbund mit den Beikarten 4D – Kernbereiche für die Entwicklung des Biotopverbundes – und 4E – Regionaler Biotopverbund).

8.4.2 Erläuterungskarte „Freizeit, Erholung“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Freizeit, Erholung wird verzichtet, da die darin enthaltenen Inhalte im Rahmen der Erarbeitung des RPDs thematisch eine veränderte Zuordnung erfahren haben (z.B. historische Ortskerne) oder im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung inhaltlicher Schwerpunktsetzungen anders gegliedert und entsprechend dargestellt wurden. Dies gilt für die Grünen Entwicklungsbänder, die in veränderter Form beispielsweise in der Beikarte 4C – regionale Grünzüge – und in der Beikarte 4E – Regionaler Biotopverbundinhaltlich – aufgegriffen wurden.

8.4.3 Erläuterungskarte „Klima“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Klima wird verzichtet, da die genaue Lage und aktuelle Bedeutung der entsprechenden sensiblen Räume sich in der Regel nur auf einer sehr kleinteiligen Ebene unterhalb der Region in einer für die Grundsatzumsetzung hinreichend genauen Detaillierung ermitteln lässt. Die Lage kann sich zudem z.B. durch zwischenzeitliche Nutzungsänderungen auch laufend ändern.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

8.4.4 Erläuterungskarte „Personenverkehrsnetz“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Personenverkehrsnetz wird verzichtet, da die inhaltlichen Vorgaben des Regionalplans – insbesondere zur Sicherung von Verkehrstrassen – aus sich heraus in hinreichender Weise verständlich sind. Die darüber hinaus in der Erläuterungskarte Personenverkehrsnetz enthaltenen Inhalte haben lediglich allgemein informativen Charakter und sind den Informationsmedien der jeweiligen Verkehrs- bzw. Aufgabenträger zu entnehmen.

8.4.5 Erläuterungskarte „Güterverkehrsnetz“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Güterverkehrsnetz wird verzichtet, da die inhaltlichen Vorgaben des Regionalplans – insbesondere zur Sicherung von Verkehrstrassen – aus sich heraus in hinreichender Weise verständlich sind. Die darüber hinaus in der Erläuterungskarte Güterverkehrsnetz enthaltenen Inhalte haben lediglich allgemein informativen Charakter und sind den Informationsmedien der jeweiligen Verkehrs- bzw. Aufgabenträger zu entnehmen.

8.4.6 Erläuterungskarte „Straßen“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Straßen wird verzichtet, da die inhaltlichen Vorgaben des Regionalplans – insbesondere zur Sicherung von Verkehrstrassen – aus sich heraus in hinreichender Weise verständlich sind. Die darüber hinaus in der Erläuterungskarte Straßen enthaltenen Inhalte haben lediglich allgemein informativen Charakter und sind den Informationsmedien der jeweiligen Verkehrs- bzw. Aufgabenträger zu entnehmen.

8.4.7 Erläuterungskarte „Abfallwirtschaft“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Abfallwirtschaft wird verzichtet, da die inhaltlichen Vorgaben des Regionalplans aus sich heraus in hinreichender Weise verständlich sind. Die in der Erläuterungskarte Abfallwirtschaft enthaltenen Inhalte haben lediglich allgemein informativen Charakter und sind den Informationsmedien der entsprechenden Fachplanung zu entnehmen.

8.4.8 Erläuterungskarte 10 „Steinkohle und Salzbergbau“ (Streichung gegenüber GEP99)

Auf die Erläuterungskarte des GEP99 Steinkohle- und Salzbergbau wird verzichtet, weil im Planungsraum Düsseldorf durch Wegfall der zum RVR-Gebiet gehörenden Kommunen kein Steinkohle- oder Salzbergbau mehr betrieben wird.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

9. ZUSAMMENFASSENDE ERKLÄRUNG GEMÄß § 10 ABS. 3 RAUMORDNUNGSGESETZ

9.1 Rechtliche Grundlagen

Der Regionalplan Düsseldorf legt auf Grundlage des Landesentwicklungsplanes Nordrhein Westfalen (LEP NRW) die regionalen Ziele der Raumordnung für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen für die Planungsregion Düsseldorf fest. Er bildet den verbindlichen Rahmen für eine nachhaltige Raumentwicklung, die die sozialen und wirtschaftlichen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen in Einklang bringt. Bei der Aufstellung des Regionalplanes ist gemäß § 8 ROG eine Umweltprüfung durchzuführen, in der die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf die Schutzgüter

- Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit, Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt,
- Fläche, Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
- Kultur- und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkungen zwischen diesen Schutzgütern

zu ermitteln und in einem Umweltbericht frühzeitig zu beschreiben und zu bewerten sind. Gemäß § 10 ROG ist dem Regionalplan dann eine zusammenfassende Erklärung beizufügen. Sie soll Auskunft darüber geben

- wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem Aufstellungsverfahren berücksichtigt wurden,
- aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den geprüften in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde,
- und die im Rahmen der Überwachung der Auswirkungen auf die Umwelt nach § 9 Abs. 4 Satz 1 ROG durchzuführenden Maßnahmen darlegen.

Diese zusammenfassende Umwelterklärung versteht sich als eine zusammenfassende Informations- und Entscheidungsgrundlage über den Prozess und die Ergebnisse der Umweltprüfung der Festlegungen des Regionalplanes und ist somit auch als eigenständiges Gliederungskapitel 9 in die Begründung integriert.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

9.2 Ergebnisse der Umweltprüfung

Aufgabe der Umweltprüfung ist es, die Umweltauswirkungen des Plans zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht zunächst, dass die Umweltbelange bereits bei der Erarbeitung des Regionalplanentwurfes frühzeitig und fortlaufend im gesamten Planungsprozess einbezogen wurden:

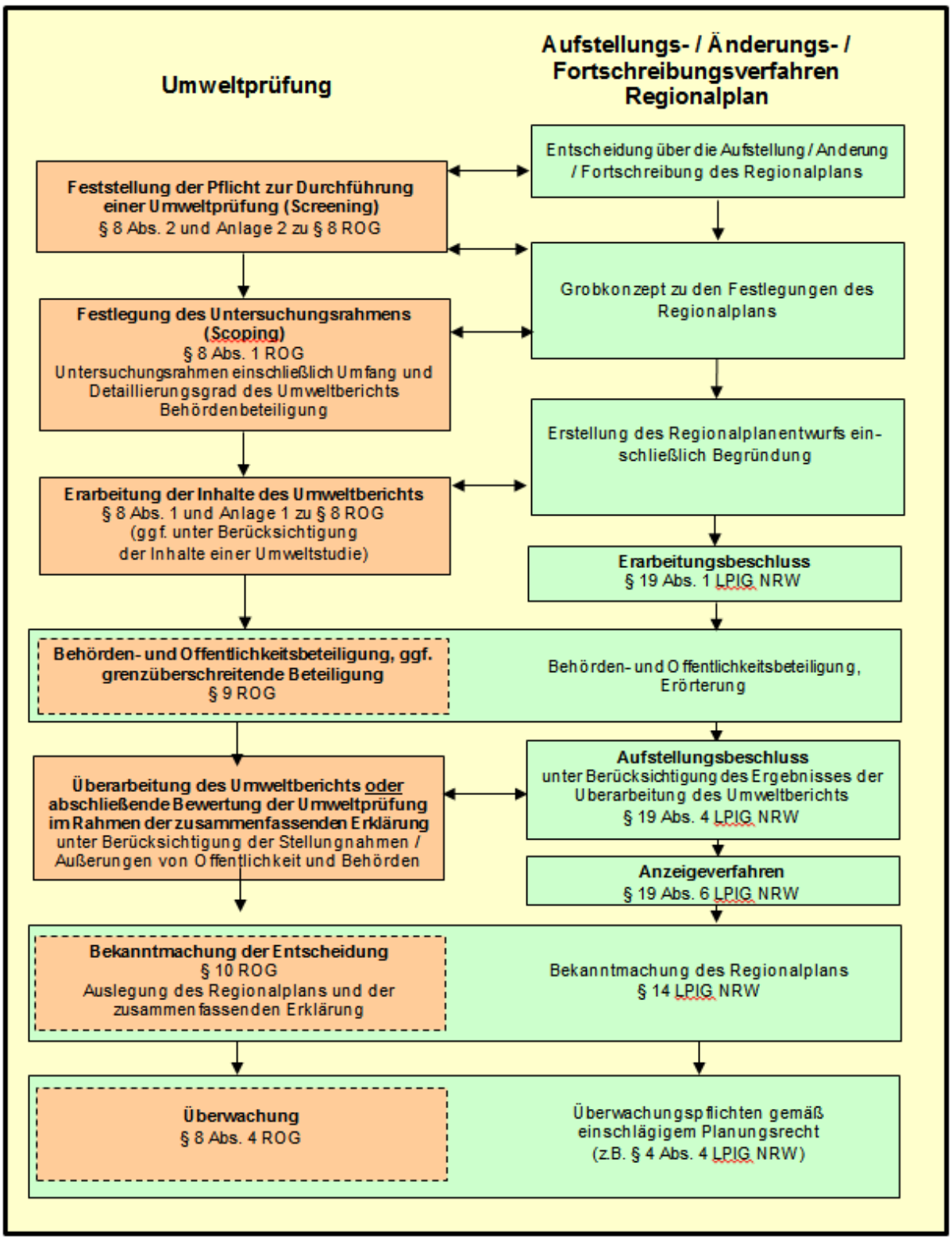


Abbildung 1: Schematischer Verfahrensablauf

Grundsätzlich waren sämtliche Planinhalte, von denen erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können, Gegenstand der Umweltprüfung. In der Regionalplanung sind dies die Planinhalte mit entsprechenden Bindungswirkungen, d.h. die im Regionalplan festgelegten Ziele und Grundsätze der Raumordnung sowie die zeichnerischen Darstellungen mit entsprechenden Bindungswirkungen. Da die Beikarten lediglich einen erläuternden Charakter besit-

zen, gehören diese grundsätzlich nicht zum Prüfprogramm der Umweltprüfung. Sofern sie im Zusammenhang mit den textlichen Festlegungen eine Relevanz entfalten, erfolgte jedoch eine Betrachtung im Zuge der Prüfung der jeweiligen Festlegung.
Die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen durch die Aufstellung des Regionalplans Düsseldorf wurde in zwei Stufen vorgenommen (siehe Abb. 2). In einem ersten Schritt wurde eine Auswirkungsprognose für die jeweiligen Planinhalte durchgeführt. Für die jeweiligen Planfestlegungen ergibt sich eine unterschiedliche Prüfintensität. Diese ist umso detaillierter bzw. spezifischer,

- je höher die Wahrscheinlichkeit ist, dass erhebliche negative Umweltauswirkungen durch die Festlegung zu erwarten sind und
- je höher die Verbindlichkeit bzw. der Konkretisierungsgrad der planerischen Festlegungen des Regionalplans sind.

In einem zweiten Schritt waren die Ergebnisse der Betrachtung einzelner Planfestlegungen einschließlich der Auswirkungen, die nicht im Rahmen von Einzelbetrachtungen erfolgt sind, zu einer abschließenden Betrachtung der Gesamtplanauswirkung aller Planinhalte zusammenzuführen. Dabei waren insbesondere auch kumulative und sonstige mögliche negative und positive Umweltauswirkungen zu betrachten.

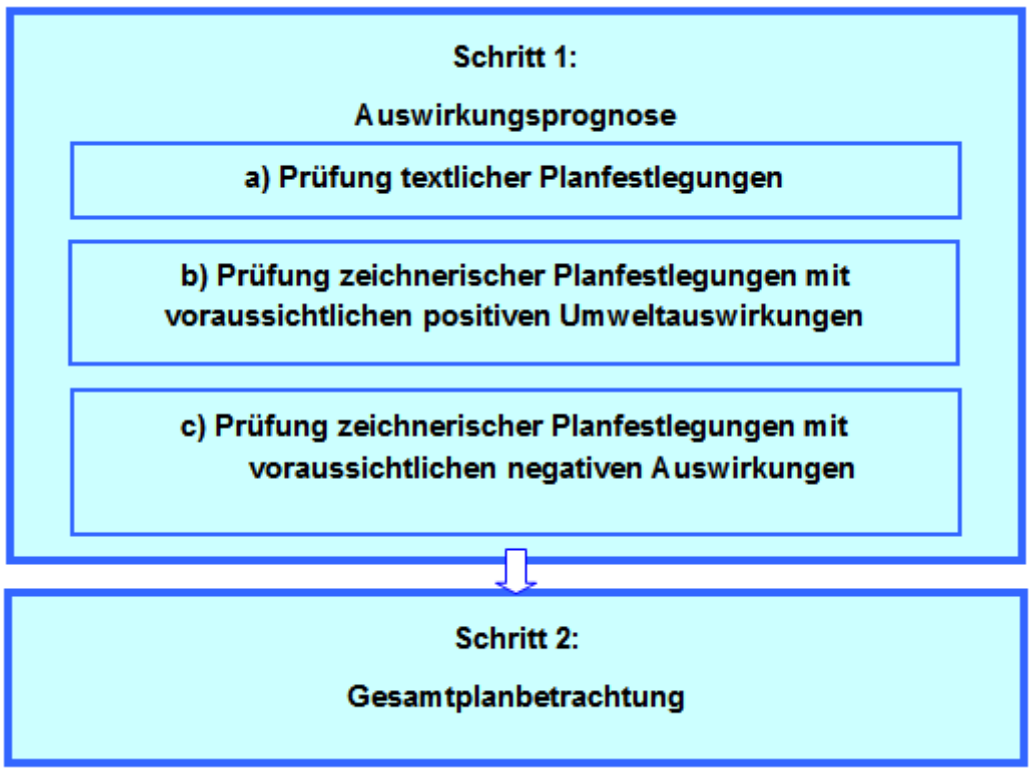


Abbildung 2: Prüfmethodik

Von besonderer Bedeutung für das methodische Vorgehen bei der Umweltprüfung sind die für den Regionalplan maßgeblichen Ziele des Umweltschutzes. Die Ziele sowie die den Zielen zugeordnete Kriterien stellen den „roten Faden“ im Umweltbericht dar, da sie bei sämtlichen Arbeitsschritten zur Erstellung des Berichts herangezogen werden. Die nachfolgende

Tabelle enthält eine zusammenfassende Übersicht der relevanten Ziele des Umweltschutzes und der zugeordneten Kriterien.

Schutzgüter	Ziele des Umweltschutzes	Kriterien
Menschen / menschliche Gesundheit	• Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (§ 1 BNatSchG, § 13 LNatSchG NRW) • Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen auf den Menschen durch Lärm, Erschütterungen, elektromagnetische Felder, Strahlung und Licht (Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG, § 47 a-f BImSchG, § 2 ROG, §§ 1, 48 BImSchG, 16., 18., 26. und 39. BImSchV, TA Lärm) • Schutz vor schädlichen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit durch Luftverunreinigungen (Richtlinie 2008/50/EG über Luftqualität und saubere Luft für Europa, § 2 ROG, Geruchsimmissionsrichtlinie GIRL, Nationale Nachhaltigkeitsstrategie, §§ 1, 48 BImSchG, 39. BImSchV, TA Luft)	• Auswirkungen auf Kurorte / -gebiete und Erholungsorte / -gebiete • Auswirkungen auf die Erholungssituation (lärmarme Räume) • Auswirkungen auf die Wohnsituation / Siedlungsbereiche
Tiere, Pflanzen, Biologische Vielfalt	• Schutz wild lebender Tiere, Pflanzen, ihrer Lebensstätten und Lebensräume, der biologischen Vielfalt (FFH-Richtlinie 92/43/EWG, Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, §§ 1, 23, 30, 32, 33, 44 BNatSchG, § 42 LNatSchG, § 2 ROG) • Sicherung sämtlicher Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen (§ 6 WHG, § 2 LWG, § 1 BNatSchG, § 2 ROG) • Schaffung eines Biotopverbundsystems (§ 21 BNatSchG)	• Auswirkungen auf naturschutzrechtlich geschützte Bereiche (Natura 2000-Gebiete, Nationalparke, Naturschutzgebiete, geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG bzw. § 42 LNatSchG) • Auswirkungen auf (verfahrenskritische Vorkommen) planungsrelevante(r) Pflanzen- und Tierarten • Auswirkungen auf schutzwürdige Biotope • Auswirkungen auf Biotopverbundflächen
Boden	• Sparsamer Umgang mit Grund und Boden (§ 1 LBodSchG) • Sicherung der natürlichen Bodenfunktionen sowie der Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte (§ 1 BBodSchG, § 1 BNatSchG, § 1 LBodSchG, § 2 ROG) • Schädliche Bodenveränderungen sind abzuwehren, der Boden und Altlasten sind zu sanieren (§ 1 BBodSchG, § 1 LBodSchG)	• Auswirkungen auf schutzwürdige Böden
Wasser	• Schutz der Gewässer vor Schadstoffeinträgen (Kommunale Abwasserrichtlinie 91/271/EWG sowie Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch 98/83/EG, § 27 WHG) • Erreichen eines guten mengenmäßigen und chemischen Zustands des Grundwassers (§ 47 WHG, Art. 4 WRRL) • Erreichen eines guten ökologischen Zustands / Potenzials und eines guten chemischen Zustands der Oberflächengewässer (§ 29 WHG, Art. 4 WRRL); • Vorbeugung der Entstehung von Hochwasserschä-	• Auswirkungen auf festgesetzte Wasserschutzgebiete, Einzugsgebiete von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen und Reservegebiete • Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete

Schutzgüter	Ziele des Umweltschutzes	Kriterien
	den und Schutz von Überschwemmungsgebieten (§§ 72-78 WHG, Art. 1 Hochwasserrisikomanagementrichtlinie 2007/60/EG, § 1 BNatSchG, § 2 ROG) • Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung (§§ 48, 50, 51, 52 WHG)	
Klima / Luft	• Vermeidung von Beeinträchtigungen der Luft und des Klimas (§ 1 BNatSchG, § 1 BImSchG) • Verringerung der Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 (§ 3 (1) Klimaschutzgesetz NRW) • Steigerung des Ressourcenschutzes, der Ressourcen- und Energieeffizienz, der Energieeinsparung und Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verringerung der Treibhausgasemissionen (§ 3 (2) Klimaschutzgesetz NRW) • Begrenzung der negativen Auswirkungen des Klimawandels durch die Erarbeitung und Umsetzung von sektorspezifischen und auf die jeweilige Region abgestimmten Anpassungsmaßnahmen (§ 3 (3) Klimaschutzgesetz NRW)	• Auswirkungen auf klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume • Auswirkungen auf klimarelevante Böden
Landschaft	• Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie des Erholungswertes (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG) • Bewahrung von Naturlandschaften und historisch gewachsenen Kulturlandschaften vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG)	• Auswirkungen auf das Landschaftsbild • Auswirkungen auf naturschutzrechtlich geschützte Bereiche (Naturparke, Landschaftsschutzgebiete, geschützte Landschaftsbestandteile) • Auswirkungen auf UZVR
Kultur- und sonstige Sachgüter	• Schutz der Baudenkmäler, Denkmalbereiche, Bodendenkmäler / archäologischen Fundstellen, Kulturdenkmäler (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG, §§ 1 und 2 DSchG NW) • Bewahrung von historisch gewachsenen Kulturlandschaften vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG)	• Auswirkungen auf historische Kulturlandschaften • Auswirkungen auf denkmalgeschützte Objekte / Bereiche

Abb. 3 Relevante Ziele des Umweltschutzes

Stand

Bestandsdarstellungen

Die Beschreibung und Bewertung des aktuellen Umweltzustands im Geltungsbereich des Regionalplans Düsseldorf, einschließlich der voraussichtlichen Entwicklung bei Nichtdurchführung der Aufstellung des Regionalplans, erfolgte in Anlehnung an die zu betrachtenden Schutzgüter. Die Darstellungen bezogen sich auf die den Schutzgütern zugeordneten relevanten Ziele und Kriterien. Dabei wurden auch aktuelle Umweltprobleme und bestehende Vorbelastungen berücksichtigt.

Auswirkungsprognose der einzelnen Planfestlegungen

Die einzelnen Planinhalte der Aufstellung des Regionalplans wurden hinsichtlich ihrer Umweltauswirkungen untersucht, wobei eine Unterscheidung in Abhängigkeit vom Konkretisierungsgrad der jeweiligen Planfestlegungen sowie ihrer Relevanz hinsichtlich voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen erfolgte. Für allgemeine, strategische oder räumlich nicht konkrete Festlegungen bzw. die Ziele und Grundsätze des Regionalplans Düsseldorf sowie für zeichnerische Planfestlegungen mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen wurden die Umweltauswirkungen verbal-argumentativ bewertet. Räumlich hinreichend konkrete sowie raumbedeutsame Planfestlegungen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen hervorrufen können, wurden entsprechend der Planungsebene vertiefend geprüft. Sie wurden innerhalb von einzelnen Prüfbögen entlang der relevanten Umweltziele und Kriterien beschrieben und bewertet. Eine vertiefende Prüfung in Form von Prüfbögen erfolgte für die folgenden Planfestlegungen:

- Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Reserve),
- Allgemeine Siedlungsbereiche für zweckgebundene Nutzung (ASBfzN),
- Allgemeine Siedlungsbereiche mit der Zweckbindung Gewerbe (ASB-GE)
- Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB, GIB-Reserve),
- Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen für flächenintensive Großvorhaben sowie für zweckgebundene Nutzungen (GIBffG, GIBfzN)
- Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen (GIB), die in Allgemeine Siedlungsbereiche (ASB) umgewandelt werden, sofern eine Erweiterung / Vergrößerung der Darstellung erfolgt,
- Bereiche für die Sicherung und den Abbau oberflächennaher Bodenschätze (BSAB) des GEP99, die noch nicht umgesetzt oder fachrechtlich zugelassen wurden; ferner sind Sondierungsbereiche für BSAB prüfrelevant, sofern sie nicht Teil der SUP zur 51. Änderung des GEP99 waren,
- Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche,
- weitere Freiraumbereiche für zweckgebundene Nutzungen, sofern erhebliche negative Auswirkungen zu erwarten sind (z.B. Aufschüttungen und Ablagerungen / Abfalldeponien, raumbedeutsame Gewächshausanlagen (AFAfzN)),
- Straßen und Schienenwege (Straßen- und Schienendarstellungen ohne räumliche Festlegung, nicht mehr genutzte Schienenwege sofern sie entwidmet sind, sonstige regionalplanerisch bedeutsame Verkehrstrassen, sofern sie noch nicht im Rahmen nachfolgender Fachplanungs- oder Bauleitplanverfahren konkretisiert oder umgesetzt wurden).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Soweit einzelne Darstellungen auch hinsichtlich ihrer Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen eines Natura 2000 Gebietes im Sinne des § 34 BNatschG zu überprüfen waren, erfolgte die Darlegung der Prüfung und Ihrer Ergebnisse ebenso im Rahmen der SUP als Trägerverfahren.

Die vertiefte Prüfung der Umweltauswirkungen (Prüfbögen) erfolgte insbesondere für zusammenhängende, raumkonkrete Planfestlegungen, die eine Fläche von mindestens 10 ha umfassen. Der Begriff Neufestlegungen umfasst dabei alle Darstellungen, die im Rahmen

der Aufstellung des Regionalplanes gänzlich neu in den Plan aufgenommen wurden, sowie um Darstellungen, die bereits im GEP99 als regionalplanerische Reserven enthalten waren und die im neuen Regionalplan bewusst beibehalten werden.
Neufestlegungen kleiner 10 ha wurden einer vertieften Prüfung nur dann unterzogen, sofern einer der nachfolgend aufgeführten Parameter zutraf, da diese aufgrund der spezifischen gesetzlichen Vorgaben bzw. der hohen rechtlichen Relevanz im Zuge von Planungs- und Zulassungsverfahren eine besondere Bedeutung einnehmen:

- Planfestlegungen bzw. Teile der Planfestlegungen liegen innerhalb eines Natura-2000 Gebietes oder eines Naturschutzgebietes bzw. innerhalb des für die jeweilige Planfestlegung definierten Umfeldes,
- Planfestlegungen bzw. Teile der Planfestlegungen liegen im Bereich von verfahrenskritischen Vorkommen planungsrelevanter Arten bzw. innerhalb des für die jeweilige Planfestlegung definierten Umfeldes,
- Planfestlegungen bzw. Teile der Planfestlegungen liegen innerhalb von Wasserschutz- oder Überschwemmungsgebieten,
- Planfestlegungen bzw. Teile der Planfestlegungen liegen innerhalb von Kurorten / Kurgebieten bzw. Erholungsorten / Erholungsgebieten bzw. innerhalb des für die jeweilige Planfestlegung definierten Umfeldes.

In diesem Zusammenhang waren zudem die Neufestlegungen < 10 ha zu betrachten, für die aufgrund einer Einzelfallprüfung besondere Konflikte mit Umweltbelangen möglich sind (bspw. noch nicht fachrechtlich zugelassene Restflächen der BSAB).

Die folgende Tabelle der Bewertungsvorschriften zeigt auf, wie die anhand der relevanten Umweltziele entwickelten, schutzgutbezogenen Kriterien für die Prüfung der einzelnen zeichnerischen Festlegungsarten des Regionalplanes operationalisiert wurden. Unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Gewichtung erfolgte dann eine zusammenfassende Einschätzung nach folgendem Prinzip:
Die jeweilige Planfestlegung führt in der zusammenfassenden Einschätzung zu erheblichen Umweltauswirkungen, sofern in der Einzelbewertung der Kriterien

- erhebliche Umweltauswirkungen für ein Kriterium mit höherem Gewicht prognostiziert wurden (nachfolgend im Fettdruck) oder
- erhebliche Umweltauswirkungen für mindestens zwei Kriterien mit geringerem Gewicht prognostiziert wurden.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle: Bewertungsvorschriften zur Prognose erheblicher Umweltauswirkungen (im Umweltbericht Tabelle 3-2 im Anhang A)

Schutzgut	Kriterium	Erhebliche Umweltauswirkungen					
		Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Zweckbindungen, ASB-Reserven)	Gewerbebereiche (GIB, GIB-Zweckbindungen, GIB-Reserven, ASB-GE, Aufschüttung u. Ablagerung/Abfalldeponie, Halden)*	Raumbedeutsame Gewächshausanlagen	Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche	Abgrabungsbereiche	Straßen, Schienenwege
Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit	**Kurort / -gebiet, Erholungsort / -gebiet**[1]	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten**	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten**	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten**	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten** • **Vorkommen von Kur- und Erholungsgebieten im Umfeld (600 m)**[2]	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten**	• **Flächeninanspruchnahme von Kur- und Erholungsgebieten** • **Vorkommen von Kur- und Erholungsgebieten im Umfeld (500 m bei Kurorten, -gebieten; 400 m bei Erholungsorten, -gebieten)**[3]
	Erholen (lärmarme Räume besonderer und herausragender Bedeutung)	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung im Umfeld (500 m)[4]	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung im Umfeld (650 m)[5]
	Wohnen	• Lage innerhalb der aktuellen Fluglärmzonen der Flughäfen Düsseldorf und Weeze) • Vorkommen von stark emittierenden Planfestlegungen im Umfeld (1.500 m)[6]	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	• Vorkommen von Wohnbausiedlungsflächen im Umfeld (800 m bei Wohnbauflächen, 600 m bei gemischten Bauflächen, 500 m bei Einzelhäusern außerhalb Wohnbauflächen, 200 m bei gewerblichen Bauflächen)[7]	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	• Vorkommen von Wohnsiedlungsflächen im Umfeld (400 m)[3]

ungsbeschluss

Schutzgut	Kriterium	Erhebliche Umweltauswirkungen					
		Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Zweckbindungen, ASB-Reserven)	Gewerbebereiche (GIB, GIB-Zweckbindungen, GIB-Reserven, ASB-GE, Aufschüttung u. Ablagerung/Abfalldeponie, Hafen)*	Raumbedeutsame Gewächshausanlagen	Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche	Abgrabungsbereiche	Straßen, Schienenwege
Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt	FFH- / Vogelschutzgebiet[1]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (Umfeld bei FFH-Gebieten 300 m und bei Vogelschutzgebieten in Abhängigkeit von den Erhaltungszielen max. 3.000 m)[8, 9]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von FFH-/ Vogelschutzgebieten • Vorkommen von FFH-/ Vogelschutzgebieten im Umfeld (500 m)[10]
		Bereichsdarstellungen innerhalb oder im Umfeld von FFH-/ Vogelschutzgebieten machen die Durchführung einer FFH-Vorprüfung (ggf. Verträglichkeitsprüfung) erforderlich. Die Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für dieses Kriterium im Rahmen der Umweltprüfung richtet sich nach dem Ergebnis dieser Prüfung.					
	Naturschutzgebiet[1]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme von NSG • Vorkommen von NSG im Umfeld (500 m)[10]
	planungsrelevante Arten, Tiere[1]	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritischen Vorkommen planungsrelevanter Arten oder verfahrenskritischen Vorkommen windenergieempfindlicher Arten[11] • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (300 m)[8, 11] • verfahrenskritische Vorkommen windenergieempfindlicher Arten im Umfeld (artspezifi-	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (300 m)[8]	• Flächeninanspruchnahme in Bereichen mit verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten • verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Umfeld (500 m)[10]

Schutzgut	Kriterium	Erhebliche Umweltauswirkungen					
		Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Zweckbindungen, ASB-Reserven)	Gewerbebereiche (GIB, GIB-Zweckbindungen, GIB-Reserven, ASB-GE, Aufschüttung u. Ablagerung/Abfalldeponie, Hafen)*	Raumbedeutsame Gewächshausanlagen	Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche	Abgrabungsbereiche	Straßen, Schienenwege
					scher Puffer)[11]		
	planungsrelevante Arten, Pflanzen[1]	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorkommen verfahrenskritischer, planungsrelevanter Arten**	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorkommen verfahrenskritischer, planungsrelevanter Arten**	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorkommen verfahrenskritischer, planungsrelevanter Arten**	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von verfahrenskritischen Vorkommen planungsrelevanter Arten**	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorkommen verfahrenskritischer, planungsrelevanter Arten**	• **Flächeninanspruchnahme innerhalb von Vorkommen verfahrenskritischer, planungsrelevanter Arten**
	geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG bzw. § 42 LNatSchG NRW	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Biotops • bei Straßen: Vorkommen eines geschützten Biotops im Umfeld (500 m)[10]
	Biotopverbundfläche (besondere, herausragende Bedeutung)	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung	• Flächeninanspruchnahme von Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung
	Schutzwürdige Biotope (lokale, regionale, überregionale, internationale Bedeutung, NSG-würdig)	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist	• Flächeninanspruchnahme eines schutzwürdigen Biotops, welches NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam ist • bei Straßen: Vorkommen von schutzwürdigen Biotopen, welche NSG-würdig oder mindestens regional bedeutsam sind, im Umfeld (500 m)[10]

chluss

Schutzgut	Kriterium	Erhebliche Umweltauswirkungen					
		Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Zweckbindungen, ASB-Reserven)	**Gewerbebereiche (GIB, GIB-Zweckbindungen, GIB-Reserven, ASB-GE, Aufschüttung u. Ablagerung/Abfalldeponie, Hafen)***	**Raumbedeutsame Gewächshausanlagen**	**Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche**	**Abgrabungsbereiche**	**Straßen, Schienenwege**
Boden	Schutzwürdige Böden	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden[12]	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden[12]	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden[12]	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden[12]	• Flächeninanspruchnahme von schutzwürdigen Böden[12]
Wasser	**festgesetzte Wasserschutzgebiete, Einzugsgebiete von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen und Reservegebiete[1]**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen I und II[13] von Wasserschutzgebieten oder Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen I bis IIIA[13] von Wasserschutzgebieten, Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen oder Reservegebieten**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen I und II[13] von Wasserschutzgebieten oder Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalbfestgesetzter Schutzzonen I und II[13] von Wasserschutzgebieten oder Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen I bis IIIB[13] von Wasserschutzgebieten, Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen oder Reservegebieten**	**• Flächeninanspruchnahme innerhalb festgesetzter Schutzzonen I und II[13] von Wasserschutzgebieten oder Einzugsgebieten von öffentlichen Trinkwassergewinnungsanlagen**
	Überschwemmungsgebiet[1]	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**	**• Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes[14]**
Klima / Luft	klimatische und lufthygienische Ausgleichsräume	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	keine Auswirkungen	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*
	klimarelevante Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden	• Flächeninanspruchnahme von klimarelevanten Böden
Landschaft	Naturpark	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhaben- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*

Beschluss

Schutzgut	Kriterium	Erhebliche Umweltauswirkungen					
		Siedlungsbereiche (ASB, ASB-Zweckbindungen, ASB-Reserven)	**Gewerbebereiche (GIB, GIB-Zweckbindungen, GIB-Reserven, ASB-GE, Aufschüttung u. Ablagerung/Abfalldeponie, Hafen)***	**Raumbedeutsame Gewächshausanlagen**	**Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche**	**Abgrabungsbereiche**	**Straßen, Schienenwege**
	Landschaftsschutzgebiet	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*	*Vorhabens- und standortbezogene Prüfung auf nachgeordneter Planungs- und Zulassungsebene*
	UZVR	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm	• Flächeninanspruchnahme eines UZVR 10-50 qkm
	geschützte Landschaftsbestandteile	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils	• Flächeninanspruchnahme eines geschützten Landschaftsbestandteils
	Landschaftsbild	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)	• Flächeninanspruchnahme einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung • Vorkommen von Landschaftsbildeinheiten mit herausragender Bedeutung im Umfeld (300 m)
Kultur- und sonstige Sachgüter	Kulturlandschaft (regional bedeutsam)	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches	• Flächeninanspruchnahme innerhalb eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches
	Boden- und Kulturdenkmale	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen	• Flächeninanspruchnahme von Bereichen mit Bodendenkmalen

* Im Rahmen der Umweltprüfung werden neben des Planzeichens GIB aufgrund der vergleichbaren Wirkfaktoren innerhalb dieser Kategorie auch die ASB für Gewerbe (ASBG), Aufschüttungen und Ablagerungen / Abfalldeponien sowie Häfen betrachtet

[1] **fett** = Kriterium mit höherer Gewichtung in der Gesamtbewertung (vgl. Kap. 4)

[2] Orientierung an der optisch bedrängenden Wirkung (Mindestabstand 3-fache bzw. 2,5-fache Gesamthöhe der Windenergieanlage); vgl. LANUV (2012): Potenzialstudie Erneuerbarer Energien NRW, Teil 1 – Windenergie.

[3] Orientierung an der Lärmisophone von 49 dB(A) nachts (gem. 16. BImSchV Grenzwert für Wohngebiete) bzw. 47 dB(A) nachts (gem. 16. BImSchV Grenzwert für Kurgebiete) bei Autobahnen (d. h. max. Lärmbelästigung) mit ca. 20.000 DTV; Berechnung nach RLS 90.

[4] vgl. DNR (2005): Grundlagenarbeit für eine Informationskampagne „Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung in Deutschland (onshore)" - Analyseteil.

[5] Orientierung an der Lärmisophone von 45 dB(A) nachts bei Autobahnen (d. h. max. Lärmbelästigung) mit ca. 20.000 DTV; Berechnung nach RLS 90.

[6] Als stark emittierend werden Kraftwerke und einschlägige Nebenbetriebe sowie Straßen für den vorwiegend großräumigen Verkehr betrachtet; das Umfeld orientiert sich an der Abstandsklasse I für Kraftwerke gemäß Abstandserlass NRW.

[7] Das Umfeld berücksichtigt Abstände in Bezug auf einen vorsorgenden Immissionsschutz, dem vorsorgenden Schutz vor optisch (annähernd) bedrückenden Wirkungen sowie in Bezug auf Belange siedlungsnaher Erholungsmöglichkeiten (vgl. Kap. 7.2.15 der Begründung zum Regionalplan).

[8] Orientierung an der VV-Habitatschutz (Rd.Erl. d. MKULNV vom 06.06.2016, wobei die 300 m einen einzuhaltenden Mindestabstand um bauliche Anlagen im Sinne von § 2 Abs. 1 der BauO NRW darstellen) sowie dem Windenergie-Erlass vom 11.07.2011, 8.1.4.

[9] vgl. MKULNV & LANUV (2013): Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW".

[10] Orientierung an der maximalen Effektdistanz an Straßen gemäß Garniel et al. (2010) sowie Balla et al. 2012.

[11] vgl. VV-Artenschutz, Rd.Erl. d. MKULNV vom 06.06.2016 sowie MKULNV & LANUV (2013): Leitfaden „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW".

[12] Da die betriebsbedingten Auswirkungen hinsichtlich der Bodenfunktionen aufgrund der geringen Wirkweite (ca. 25 m) auf Regionalplanebene eine untergeordnete Bedeutung einnehmen, sind erhebliche Umweltauswirkungen innerhalb des Umfeldes nicht zu erwarten. Eine differenziertere Betrachtung ist auf der nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebene vorzunehmen.

[13] Die unmittelbare Flächeninanspruchnahme wird hier als erhebliche Umweltauswirkung im Sinne der SUP für den Regionalplan gewertet (bspw. durch Versiegelung oder Überbauung von Flächen, die Freilegung der Grundwasseroberfläche, die Minderung der Schutzfunktion der Deckschichten sowie durch einen möglichen Eintrag von wassergefährdenden Stoffen in das Grundwasser). Weitere Umweltauswirkungen auf das Grundwasser mit möglicherweise erheblichen Folgen auch im Hinblick auf das Umfeld der Bereichsdarstellung können jedoch im Rahmen der regionalplanerischen Umweltprüfung für die Bewertung der Erheblichkeit nicht herangezogen werden. Diese Bewertung bleibt der Umweltprüfung in nachfolgenden Planverfahren vorbehalten.

[14] Hinsichtlich des Umfeldes der Bereichsdarstellungen sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten, da durch betriebsbedingte Emissionen keine Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete zu erwarten sind.

Zusammenfassendes Ergebnis der Prüfung einzelner Planfestlegungen sowie der Gesamtplanbetrachtung

Die Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen der jeweiligen Planfestlegungen des Regionalplans Düsseldorf erfolgte anhand einzelner Prüfbögen in den Anhängen C bis J. Insgesamt wurden im Rahmen der Umweltprüfung 481 Planfestlegungen einer Prüfung unterzogen. Für 187 dieser Flächen (alle < 10 ha) ergab eine Einzelfallbetrachtung, dass eine vertiefte Prüfung anhand eines Prüfbogens nicht erforderlich war, da erhebliche Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden konnten. Die Flächen konnten ohne vertiefte Prüfung in den Regionalplan übernommen werden.

Die verbleibenden 294 Planfestlegungen (73 Allgemeine Siedlungsbereiche, 56 Bereiche für gewerbliche und industrielle Nutzungen, 2 raumbedeutsame Gewächshausanlagen, 90 Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche, 39 Abgrabungsbereiche, 34 Infrastrukturplanungen) wurden einer vertieften Prüfung unterzogen. Im Zuge der planerischen Abwägung wurden 257 Planfestlegungen im Regionalplan Düsseldorf dargestellt, 2 Allgemeine Siedlungsbereiche und 37 Windenergiebereiche bzw. Windenergievorbehaltsbereiche, für die (tlw.) erhebliche Umweltauswirkungen prognostiziert wurden, wurden nicht in den Plan übernommen. Von den verbleibenden 257 Planfestlegungen wurden für 84 im Rahmen der vertiefenden Betrachtung keine erheblichen Umweltauswirkungen prognostiziert. Für 173 Planfestlegungen konnten erhebliche Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden.

Prüfgegenstand der Umweltprüfung ist grundsätzlich der gesamte Plan mit sämtlichen Planinhalten, von denen erhebliche Umweltauswirkungen ausgehen können. Aus diesem Grund sind die Ergebnisse aus der Betrachtung einzelner Planfestlegungen mit den Auswirkungen, die nicht im Rahmen von Einzelbetrachtungen berücksichtigt worden sind (z.B. etwaige Vorbelastungen aus vorhandenem Bestand) zu einer abschließenden Betrachtung der Gesamtplanauswirkung aller Planinhalte zusammenzuführen (Gesamtplanbetrachtung).

Für die Gesamtplanbetrachtung im Zuge der Aufstellung des Regionalplans Düsseldorf wurde zum einen eine überschlägige tabellarische Zusammenschau der Umweltauswirkungen der einzelnen Planfestlegungen vorgenommen. Dabei wurden die Flächenumfänge der Planfestlegungen mit voraussichtlich überwiegend nachteiligen Umweltauswirkungen den Flächenumfängen der Planfestlegungen mit voraussichtlich überwiegend nicht nachteiligen Umweltauswirkungen gegenübergestellt. Im Ergebnis der Gegenüberstellung ist hervorzuheben, dass der Regionalplan in einem großen Umfang Festlegungen von Bereichen mit nicht nachteiligen Umweltauswirkungen beinhaltet. Hierzu gehören aufgrund ihrer großen Flächenanteile insbesondere die Allgemeinen Freiraum- und Agrarbereiche sowie die Bereiche zum Schutz der Landschaft und landschaftsorientierten Erholung. Die Festlegungen mit überwiegend nicht negativen Umweltauswirkungen wirken u.a. auch durch die mit ihnen verbundenen textlichen Vorgaben einer ungesteuerten Raumentwicklung entgegen, so dass bedeutende und empfindliche Bereiche von Natur und Umwelt und die mit ihnen verbundenen Ressourcen vor einer negativ beeinflussenden Inanspruchnahme geschützt werden. Der große Umfang an Planfestlegungen mit voraussichtlich überwiegend nicht nachteiligen Umweltauswirkungen unterstreicht, dass der Regionalplanentwurf die Umweltbelange gezielt berücksichtigt, so dass die negativen Umweltauswirkungen des Planentwurfs zumindest begrenzt werden.

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Als Maßstab für positive Wirkungen des Regionalplans auf die Umwelt zeigt auch ein Vergleich der flächenmäßigen Gegenüberstellung der Planfestlegungen des GEP99 mit denen des neuen Regionalplans, dass der Flächenumfang sämtlicher Planfestlegungen mit überwiegend nachteiligen Umweltauswirkungen reduziert wurde. Lediglich die Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche weisen im Vergleich GEP99 / Neuer Regionalplan eine negative Bilanz auf. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereiche im GEP99 noch nicht dargestellt waren. Insgesamt führt aber auch die mit den Windenergiebereichen und Windenergievorbehaltsbereichen beabsichtigte Steigerung der Nutzung regenerativer Energiequellen tendenziell dazu, dass weniger fossile Energie verbraucht wird und entsprechend die Beeinträchtigungen der Umwelt durch die Gewinnung und Verbrennung fossiler Energieträger vermindert wird und somit positive Auswirkungen auf den Naturhaushalt und die Umwelt entstehen.

Neben der tabellarischen Zusammenschau der Umweltauswirkungen wurden zur Erfassung und Bewertung kumulativer Wirkungen der Festlegungen des Regionalplans Düsseldorf flächenbezogene Kumulationsgebiete abgegrenzt. Als Kumulationsgebiete wurden die Gebiete identifiziert, die sich durch eine räumliche Konzentration von Umweltauswirkungen der Planfestlegungen sowie Auswirkungen aus Vorbelastungen (Bestand) auszeichnen. Für die Aufstellung des Regionalplans Düsseldorf konnten drei Kumulationsgebiete identifiziert werden, die sich im Bereich Mönchengladbach / Neuss / Grevenbroich, entlang des Rheins vom Flughafen Düsseldorf bis Dormagen sowie zwischen Goch und Kevelaer befinden. Für die Kumulationsgebiete wurden die wesentlichen Vorbelastungen, die regionalplanerischen Festlegungen mit kumulierender Wirkung sowie die kumulativen Wirkungen auf die Schutzgüter beschrieben. Unter Berücksichtigung der Umweltauswirkungen wurden Empfehlungen für mögliche Vermeidungs- bzw. Verminderungsmaßnahmen gegeben. Weiterführende Handlungsempfehlungen in Bezug auf die kumulativ wirkenden Festlegungen in den definierten Kumulationsgebieten sind mit der Konkretisierung von Einzelvorhaben zu geben. Auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen sind daher insbesondere auch die kumulativen Effekte sowie mögliche Maßnahmen zur Vermeidung, zur Verminderung oder zum Ausgleich zu berücksichtigen.

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

9.3 Berücksichtigung der Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung und der Erörterung

Der Regionalrat Düsseldorf fasste am 18.09.2014 den Erarbeitungsbeschluss für den Regionalplan Düsseldorf einschließlich Umweltbericht und beauftragte damit auch die Bezirksregierung Düsseldorf die entsprechenden Beteiligungsprozesse vorzubereiten. Die erste Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung fand im Zeitraum 31.10.2014 – 31.03.2015 statt. Die Bedenken, Anregungen und Hinweise der Verbände, Kommunen und sonstigen Akteure sowie der Bürgerinnen und Bürger wurden ausgewertet und führten zur Überarbeitung des Planentwurfes und Fortschreibung des Umweltberichtes. Diese Unterlagen wurden unter Kenntlichmachung der vorgenommenen Änderungen gemäß Beschluss des Regionalrates vom 23.06.2016 dann in ein zweites Beteiligungsverfahren eingebracht. Im Zeitraum vom 01.08.2016 bis 07.10.2016 bestand hierzu die Möglichkeit zur erneuten Einsicht und Abgabe

einer Stellungnahme. Die eingegangenen Stellungnahmen der ersten beiden Beteiligungsrunden wurden dann gemäß § 19 Abs. 3 LPlG NRW vom 15.05.2017 – 18.05.2017 mit den öffentlichen Stellen und den Personen des Privatrechts gemäß § 4 ROG nicht-öffentlich erörtert und hinsichtlich der Bedenken, denen nicht gefolgt werden konnte, ein Ausgleich der Meinungen angestrebt. Auf Grundlage der Auswertung der 2. Beteiligung und Erörterung erfolgten weitere Änderungen am Planentwurf und seinen Unterlagen nebst Umweltbericht, welche dann in eine letzte 3. Beteiligungsrunde eingebracht wurden (3. Beteiligung vom 04.08.2017 – 04.10.2017, auf Basis des Beschlusses des Regionalrates vom 06.07.2017). Zu den hierzu ergangenen Stellungnahmen wurde dann am 08.11.2017 erneut im Sinne des § 19 Abs. 3 LPlG NRW erörtert. Aus der 3. Beteiligungsrunde und 2. Erörterung ergaben sich keine weiteren wesentlichen Änderungsbedürfnisse am Planentwurf oder Umweltbericht und analog dazu auch keine Neubewertung hinsichtlich bereits ermittelter, voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen einzelner Planfestlegungen.

Der Umweltbericht wurde nach seiner Fertigstellung zum Erarbeitungsbeschluss im Zuge der Beteiligungsprozesse sukzessive bis zum Planungstand der 3. Offenlage fortgeschrieben. Anpassungserfordernisse ergaben sich in diesem Zeitraum im Wesentlichen aus drei Gründen:

1. Bedenken und Hinweise zum Umweltbericht

Im Zeitraum vom 02.04.2012 bis 25.05.2012 wurde vorlaufend zum Erarbeitungsbeschluss das Scoping gemäß § 8 Abs. 1 ROG durchgeführt. Hier wurde der erforderliche Umfang und Detailierungsgrad der Umweltprüfung unter Beteiligung der öffentlichen Stellen, deren umwelt- und gesundheitsbezogener Aufgabenbereich von den Umweltauswirkungen des Raumordnungsplanes berührt werden kann, festgelegt. Die im Zuge dessen bestimmte und im Umweltbericht zur Anwendung gebrachte Prüfmethodik- und tiefe erfuhr bereits dort keine grundsätzliche Kritik. In den dann durchgeführten Beteiligungsrunden nach Einleitung des formalen Verfahrens bestätigte sich dieser Eindruck. Somit ergab sich im Zuge der Fortschreibungen des Umweltberichtes nicht das Erfordernis einer grundsätzlichen methodischen Überarbeitung. Gleichwohl erfolgten Bedenken und Anregungen hinsichtlich der Bestimmung relevanter Umweltziele für die Ebene der Regionalplanung, wie auch bei der Anwendung einzelner schutzgutbezogener Prüfkriterien.
Die überwiegende Zahl der umweltbezogenen Stellungnahmen setzte sich mit den schutzgutbezogenen Bewertungen einzelner Flächendarstellungen auseinander. Hier erfolgten häufig Hinweise aus weiteren Datenquellen, zu möglichen Artenvorkommen, Biotopstrukturen, Lebensräumen o.ä. weiteren Kenntnissen aus der Örtlichkeit. Häufig führten diese Bedenken jedoch nicht zu einer veränderten prognostischen Bewertung der Umwelterheblichkeit im Sinne der vorgegebenen regionalplanerischen Prüftiefe. Insbesondere bei möglichen punktuellen Vorkommen planungsrelevanter, verfahrenskritischer Arten musste häufig darauf verwiesen werden, dass auf Basis der Abstimmung mit dem LANUV die Bestimmung eines relevanten Artenkanons erfolgte, welcher im Sinne einer vorgelagerten regionalplanerischen Abschätzung verhindert, dass Festlegungen erfolgen die in nachgeordneten Verfahren aus Artenschutzgründen nicht umgesetzt werden können. Für die Prüfung von Windenergiebereichen waren hier Hinweise des LANUV auf Basis des Leitfadens zur „Umsetzung des Arten-und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windkraftanlagen in NRW“ des MKULNV 2013 maßgeblich. Für sonstige Festlegungen des Regionalplanes erfolgte eine gesonderte Einordnung relevanter Arten seitens des LANUV. Darüber hinaus möglich-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

erweise vorkommende planungsrelevante Arten können in nachgelagerten Verfahren von Bedeutung sein, sind jedoch kein zwingendes Ausschlusskriterium für eine regionalplanerische Darstellung zum jetzigen Zeitpunkt. All jene weiterführenden Informationen wurden jedoch, soweit hinreichend fundiert belegt, auch nachrichtlich in die Prüfbögen aufgenommen und können so auf den nächsten Planungsebenen inhaltlich aufgegriffen werden. (Hinsichtlich Aussagen zur Anwendung des Leitfadens siehe auch die nachfolgenden aktualisierenden Hinweise in diesem Kapitel unter „Berücksichtigung der Ergebnisse der 3. Beteiligungsrunde und 2. Erörterung“.)

Ein weiterer Diskussionspunkt waren Anregungen hinsichtlich weiterer verfügbarer Datenquellen. Häufig zielten diese jedoch in erster Linie auf die Verwendung in der Bauleitplanung ab. Hingewiesen wurde beispielsweise auf lokal vorliegende Lärmkartierungen oder Klimaschutzkonzepte. Hier musste mit Verweis auf die Prüfmethodik der regionalplanerischen Ebene darauf hingewiesen werden, dass ein Rückgriff auf weitere vorhandene und teilweise lokale Konzepte mit Blick auf die Vergleichbarkeit der Ergebnisse für alle prüfrelevanten Flächen in der Planungsregion sowie im Hinblick auf die Maßstabsebene des Regionalplanes nicht für sachgerecht gehalten wurde.

Im Weiteren erfolgten in den Beteiligungsschritten auch Einzelhinweise zu Flächen bzw. Nachfragen, warum ggf. kein Prüfbogen zu erarbeiten war. Diesen Hinweisen wurde nachgegangen und den Beteiligten über Ausführungen in den Ausgleichsvorschlägen mit Verweis auf die Prüfmethodik und tiefe des Umweltberichtes nochmalig dargelegt, warum ggf. auf eine räumlich-konkrete Prüfung verzichtet werden konnte. In einigen wenigen Fällen zeigten sich jedoch auch neue Erkenntnisse, welche zu einer nachträglichen Erstellung eines Bogens führten. Dies betrifft die Prüfung zur Fläche Düs_015_A_Hafen / Düs_098_Hafen (eingearbeitet zum Stand der 2. Offenlage) und die Fläche Rem_019_A2_GIB (eingearbeitet zum Stand der 3. Offenlage).

Weitere Bedenken und Hinweise zum Umweltbericht erfolgten nicht in der Masse oder inhaltlichen Bedeutung für das methodische Vorgehen in der Umweltprüfung, dass sie einer nochmaligen vertiefenden Betrachtung im Sinne der zusammenfassenden Umwelterklärung bedürften. Die Thementabellen zur SUP mit ihren Ausgleichsvorschlägen und regionalplanerischen Bewertungen zeigen im Detail auf, ob und wenn ja in welchen Punkten Bedenken und Hinweisen zur Umweltprüfung im Detail gefolgt werden konnte und welche inhaltlichen Änderungen am Umweltbericht hieraus folgten. Sofern einzelne Flächendarstellungen hinsichtlich ihrer Ergebnisse in der SUP (Prüfbogen oder ggf. auch Natura 2000 Prüfung) zu diskutieren waren, erfolgte dieses in den jeweiligen Kommunaltabellen. Die vorgenommenen Änderungen am Umweltbericht wurden durch die sukzessiven Fortschreibungen parallel zur Weiterentwicklung des Planentwurfes in den Beteiligungsschritten transparent aufgezeigt.

2. <u>Prüfpflichtige Veränderungen am Planentwurf</u>

Soweit nach dem Erarbeitungsbeschluss neue oder veränderte Planfestlegungen aus planerischen Erwägungen vorgenommen wurden, haben diese ebenso in gleicher Prüfmethodik Eingang in die Umweltprüfung gefunden. Somit erfuhr der Umweltbericht auch aufgrund eigener planerischer Erwägungen Veränderungen. So sind beispielsweise neue Festlegungen von Windenergiebereichen, welche noch nicht Teil des Planentwurfes zum Erarbeitungsbe-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

schluss waren, einer vertieften räumlich-konkreten Prüfung zugeführt worden (Prüfbogen). Ebenso wurden veränderte Flächenzuschnitte geprüft.
In den Fällen, wo sich bereits geprüfte Flächen im Rahmen der Weiterentwicklung des Regionalplanes verkleinerten, die bisherige Prüfung keine voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen sah und sich aus den Beteiligungsverfahren auch keine neuen entscheidenden umweltrelevanten Erkenntnisse ergaben, wurde kein neuer Prüfbogen erarbeitet. Hier ist der alte Prüfbogen im Umweltbericht belassen worden, da davon ausgegangen werden kann, dass das Prognoseergebnis auch für den im Plan verkleinerten Bereich als unproblematisch bewerten lässt.

3. Aktualisierung von Datengrundlagen

Dem methodischen Gerüst schutzgutbezogener Prüfkriterien in der Umweltprüfung liegen zahlreiche, umweltbezogene Daten und Informationen zugrunde. Der Umweltbericht benennt diese Quellen unter Angabe des jeweiligen Jahres der Erstellung. Naturgemäß ist zu einem großen Umfang auf vom LANUV bereitgestellte Daten zurückgegriffen worden.
Die umweltbezogenen Daten sind, ausgehend vom Erarbeitungsbeschluss soweit vorliegend und im Sinne der regionalplanerischen Prüftiefe verwendbar, kontinuierlich aktualisiert worden. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf die Berücksichtigung mehrfacher Aktualisierungen der Fachdaten zum Biotopverbund (bereitgestellt im Zuge der Erarbeitung des Fachbeitrages des LANUV) oder der im Verfahrensverlauf erfolgten Aktualisierung der Fachdaten zu unzerschnitten verkehrsarmen Räumen. Ferner wurden insbesondere die Daten zu Vorkommen von planungsrelevanten, verfahrenskritischen Arten fortlaufend aktualisiert.
Zum Zeitpunkt des Erarbeitungsbeschlusses mangelte es zudem an einer einheitlich verwendbaren Datengrundlage zur Bewertung von Auswirkungen auf das Landschaftsbild. Diese liegt nunmehr seit Juli 2016 vor und konnte somit als Prüfkriterium unter dem Schutzgut Landschaft noch vollumfänglich methodisch berücksichtigt werden. Hierauf beruhende, veränderte schutzgutbezogene Bewertungen in den Prüfbögen waren dann Teil der Fortschreibung der Unterlagen zur 3. Offenlage.
Alle grundlegenden Aktualisierungen waren Bestandteil der jeweiligen Beteiligungsschritte und konnten durch die Verfahrensbeteiligten und die Öffentlichkeit auch entsprechend gewürdigt werden.

Berücksichtigung der Ergebnisse der 3. Offenlage und 2. Erörterung

Der Umweltbericht wurde wie zuvor dargelegt, ausgehend vom Stand der 3. Offenlage nicht noch einmal in Gänze fortgeschrieben. Insoweit gilt für den Umweltbericht die Endfassung mit Stand 04. Juli 2017. Durch die zusammenfassende Umwelterklärung in Zusammenspiel mit den Themen- und Kommunaltabellen erfolgt an dieser Stelle eine Diskussion der letzten, aktuellen Erkenntnisse bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Planes. Dazu gehören auch aus eigener Recherche gewonnene, neue Erkenntnisse, wie bspw. seit dem Arbeitsstand des 3. Planentwurfes erfolgte Novellierungen gesetzlicher Vorgaben. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass sich auf Basis der eingegangenen Stellungnahmen der 3. Beteiligungsrunde oder anderweitig zwischenzeitlich erworbener Erkenntnisse keine grundsätzlichen, wesentlichen Neubewertungen oder Aktualisierungserfordernisse ergaben. Insgesamt waren nur noch wenige umweltrelevante Stellungnahmen zu berücksichtigen. Auf an

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

dieser Stelle noch relevante Punkte aus dem 3. Beteiligungsverfahren wird im Folgenden konkret hingewiesen.

- **Novellierung des Raumordnungsgesetzes (ROG)**
  Mit dem Gesetz zur Änderung raumordnungsrechtlicher Vorschriften vom 23.05.2017 ergaben sich Änderungen des ROG, die zum 29. November 2017 in Kraft getreten sind. Die Vorgaben zur Durchführung einer Strategischen Umweltprüfung (vormals § 9 ROG, nun § 8 ROG) sowie die Anlagen 1 und 2 erhielten keine grundsätzlichen Änderungen, sodass sich keine formalen oder inhaltlichen Änderungsbedürfnisse der Umweltprüfung für den RPD ergaben. Die einzige relevante Änderung im § 8 ROG ist die Ergänzung des Begriffes „Fläche“ im § 8 Abs. 1 Nr. 2 ROG bei der Benennung der Schutzgüter für welche die möglichen Auswirkungen des Raumordnungsplanes zu ermitteln und zu bewerten sind. Mit der Einführung des Begriffes „Fläche“ kommt seitens des Bundesgesetzgebers das Bestreben zum Ausdruck, neben dem Schutzgut Boden und dem Verlust von Bodenfunktionen, dem reinen Verbrauch von Fläche höheres Gewicht beizumessen. In Abstimmung mit dem für die Erstellung des Umweltberichtes beauftragten Gutachterbüro Bosch und Partner GmbH ist darauf hinzuweisen, dass eine Überarbeitung des hier vorliegenden Umweltberichtes aufgrund dieses neu eingeführten Schutzgutbegriffes als nicht erforderlich angesehen wird. Der durch den neuen Regionalplan induzierte Flächenverbrauch findet bereits hinreichende Berücksichtigung bei den planerischen Erwägungen wie auch bei der Umweltprüfung. Grundanspruch des Regionalplanes ist eine verträgliche Zuordnung der Nutzungen im Raum bei Reduzierung des Verbrauchs der Fläche auf das erforderliche Mindestmaß. Dabei sind die unterschiedlichen Nutzungsansprüche an den Raum untereinander gerecht in die Abwägung einzustellen. Mit Verweis auf die Begründung zum Regionalplan wird deutlich, dass den jeweiligen Siedlungsdarstellungen ein planerisches Gerüst zugrunde liegt, welches den Fokus der Siedlungsentwicklung auf vorhandene Siedlungsschwerpunkte ausrichtet und einen Abgleich zwischen prognostiziertem Bedarf im Planungszeitraum und noch vorhandener Siedlungsreserven vornimmt. Ferner finden in der Planungsregion auch moderne Flächenmanagementsysteme Anwendung (Gewerbeflächenpool für den Kreis Kleve).

  In der Umweltprüfung findet bei der Prüfung der Einzelfestlegungen die Inanspruchnahme von Flächen und der Verlust von besonderen Bodenfunktionen im Rahmen der schutzbezogenen Bewertung in den Prüfbögen Berücksichtigung. Ferner erfolgte im Kapitel 8 des Umweltberichtes eine Gesamtplanbetrachtung mit einem flächenmäßigem Abgleich der zeichnerischen Festlegungen des RPD, aus dem das mengenmäßige Verhältnis zwischen Festlegungen mit räumlich positiven und räumlich eher negativen Umweltauswirkungen ebenso deutlich wird, wie die Veränderungen zum alten Regionalplan GEP99. Somit fand der Aspekt des Flächenverbrauchs in der Prüfung und den planerischen Rückschlüssen bereits angemessene Berücksichtigung vor Einführung des Begriffes in den aktuellen § 8 ROG. Insoweit wurden auch Bedenken des Landesbüros der Naturschutzverbände im Rahmen der 3. Offenlage hinsichtlich einer ungenügenden Berücksichtigung des Flächenverbrauches in der Umweltprüfung zurückgewiesen.

Stand: Unterlagen zur den Aufstellungsbeschluss

- **Novellierung des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG)**
  Mit in Kraft treten des Gesetzes zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung vom 29.07.2017 ergaben sich eine Vielzahl von Änderungen am UVPG vor dem Hintergrund neuer europarechtlicher Vorgaben (UVP-Richtlinie 2014/52/EU). Auch weiterhin wird jedoch die Strategische Umweltprüfung bei der Aufstellung eines Raumordnungsplanes einschließlich der Überwachung nach dem ROG durchgeführt (§ 48 UVPG). Somit ergeben sich aus der Novellierung keine neuen methodischen Anforderungen an die hier durchgeführte Umweltprüfung.

- **Aktualisierung der Erhaltungsziele- und maßnahmen für FFH-Gebiete in Nordrhein Westfalen**
  Das LANUV hat im Juli 2017 eine Aktualisierung der Erhaltungsziele- und maßnahmen für sämtliche FFH-Gebiete in Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Diese finden sich entsprechend gebietsbezogen auf der Homepage der Landesoberbehörde im Informationssystem „Natura 2000-Gebiete in Nordrhein-Westfalen“. Unter nachfolgendem Link findet sich die genauere Erläuterung der erforderlich gewordenen Aktualisierungen.
  http://natura2000-meldedok.naturschutzinformationen.nrw.de/natura2000-meldedok/web/babel/media/ehz_vorbemerkungen_170818.pdf

  Im Zuge der Überarbeitung der Erhaltungsziele erfolgte eine Präzisierung, Ergänzung und systematische Neuordnung der bestehenden Erhaltungsziele. Die aktualisierten Erhaltungsziele wurden in den FFH-Vorprüfungen, die im Rahmen der Neuaufstellung des Regionalplanes (RPD) erarbeitet wurden, ergänzt. Nach Überprüfung ergab sich für die Prognosen der FFH-Vorprüfungen und deren Ergebnisse kein Überarbeitungsbedarf, da die Inhalte bereits auf der Grundlage der bisherigen Erhaltungsziele sowie der Angaben aus Standarddatenbögen und Schutzverordnungen berücksichtigt wurden. Es ergaben sich somit auch keine veränderten Bewertungen.
  Auf diese neuen Erkenntnisse und die daraufhin erfolgte Plausibilitätsprüfung der Prüfergebnisse zum Regionalplanentwurf wurde im Rahmen der 3. Offenlage der Planunterlagen hingewiesen. Auf die gesonderte Darlegung der redaktionellen Änderungen in den Einzelgutachten wurde an dieser Stelle jedoch verzichtet.

  Für die Überprüfung hinsichtlich der Aktualität der Ergebnisse der FFH- und VSG-Vollprüfungen zum Ruhehafen Niedermörmter in Kalkar (Festlegung eines Oberflächengewässers mit der Zweckbindung „Ruhehafen“) erfolgte seitens des Ingenieur- und Planungsbüros Lange eine Stellungnahme, welche als ergänzende Anlage dem bestehenden Gutachten hinzugefügt und im Rahmen der 3. Offenlage der Planunterlagen auch vorgestellt wurde. Auch hieraus ergaben sich keine geänderten Ergebnisse.

  Im weiteren Verlauf des Jahres 2017 erfolgte dann seitens des LANUV auch eine Aktualisierung der Erhaltungsziele der Vogelschutzgebiete in der Planungsregion Düsseldorf, auf die an dieser Stelle noch einmal klarstellend eingegangen werden soll. Im Bereich der Planungsregion liegt das Vogelschutzgebiet „Unterer Niederrhein“ sowie das Vogelschutzgebiet „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald und Meinweg“. Für beide Vogelschutzgebiete sind im Zuge der Aktualisierungen Vogelarten als Erhaltungsziel für das Vogelschutzgebiet ergänzt worden. Die Anpassungen der Erhaltungsziele

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

für die Vogelschutzgebiete führten jedoch nicht dazu, dass Veränderungen hinsichtlich der Aussagen zur Verträglichkeit des Plans mit den Natura 2000-Belangen erforderlich wurden.

- **Anlage 3 der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz - Planzeichen der Verkehrsinfrastruktur**
  In den Prüfbögen für Straßendarstellungen wurde im 1. und 2. RPD-Entwurf in den Zeilen 1.04 und 1.05 für Darstellungen des Planzeichens 3.ab-2 (gestrichelte Linie) jeweils die Formulierung „Straßen für den vorwiegend überregionalen und regionalen Verkehr (Grobtrasse)“ gewählt. Der Begriff der „Grobtrasse“ kommt in den Unterlagen zur 3. Beteiligung in dieser Form jedoch nicht mehr zur Anwendung. Die in Rede stehende Darstellung mit Planzeichen 3.ab-2 (sowie auch 3.aa-2, welches im RPD jedoch gar nicht zur Anwendung kommt) ist in Anlage 3 der Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz als „Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung“ beschrieben. Der RPD übernimmt diesen Begriff ab dem Bearbeitungsstand der Unterlagen zur 3. Beteiligung. Die betreffenden Prüfbögen, die noch den Begriff „Grobtrasse“ verwenden, beziehen sich auf diese Darstellung; es ist eine Darstellung mit Planzeichen 3.ab-2 als Bedarfsplanmaßnahme ohne räumliche Festlegung gemeint. Für den Umweltbericht und seine Prüfmethodik in Bezug auf die Verkehrsinfrastruktur hat dies keine Veränderungen zur Folge, sondern besitzt nur klarstellenden Charakter. Daher wurde auf eine grundsätzliche Überarbeitung der Prüfbögen in diesem Punkt im fortgeschrittenen Verfahren der Planaufstellung verzichtet.

- **Leitfaden zur Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung- und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW vom 10.11.2017**
  Mit Erlass des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 10.11.2017 erfolgte eine Aktualisierung des Leitfadens „Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in NRW“. Diese Aktualisierung stellt im Vergleich zum bislang herangezogenen Leitfaden mit Stand 12.11.2013 keine grundsätzlichen neuen Anforderungen an Methodik und Prüfung möglicher artenschutzrechtliche Konflikte auf Ebene der Regionalplanung, diskutiert jedoch einen in Teilen veränderten generellen Kanon windenergiesensibler Arten.
  Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass der bisherige Leitfaden weiterhin eine fachlich hinreichende Grundlage für FFH-Prüfungen und die (lediglich) empfohlene vorgelagerte Abschätzung möglicher Konflikte auf Ebene der Regionalplanung außerhalb von Schutzgebieten darstellt. Ein Vorgehen nach dem neuen Leitfaden war für den Regionalrat nicht zwingend. Die Ergebnisse der strategischen Umweltprüfung sowie der FFH-Prüfungen waren Bestandteil der erfolgten Offenlagen der Planunterlagen und erfuhren hier keine durchgreifende kritische Würdigung, was zusätzlich für ein fachlich sachgerechtes Vorgehen spricht. Die hierfür erforderlichen Datengrundlagen zu planungsrelevanten verfahrenskritischen Vorkommen wurden im Zuge dessen mehrfach aktualisiert und der in den Blick genommene Artenkanon durch das LANUV bestätigt. Der Erkenntnisgewinn der bisherigen Prüfungen der regionalplanerischen Festlegungen war hinreichend.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

In der Überleitungsregelung in Kap. 11 des Erlasses kommt zudem zum Ausdruck, dass selbst bei laufenden Vorhaben nicht zwingend nach dem neuen Leitfaden vorgegangen werden muss. Die Überleitungsregelung stellt hierbei auf die Konstellation ab, dass bereits vor Inkrafttreten des Leitfadens eine Abstimmung des Untersuchungsrahmens zwischen zuständiger Naturschutzbehörde und Antragsteller erfolgt ist. In Anbetracht der v. g. mehrfachen Datenaktualisierung und der Bestätigung des in den Blick genommenen Artenkanons durch das LANUV kann daher hier entsprechend der alte Erlass weiterhin als eine sachgerechte Grundlage angesehen werden. Dies gilt erst recht für die Ebene der Regionalplanung, da hier keine Letztentscheidung über die Zulässigkeit von WEA getroffen wird. Insoweit können die Änderungen durch die Neufassung des Leitfadens nicht „entscheidungserheblich" im Sinne der abschließenden Zulassungsentscheidung sein.

Generell gilt zudem, dass die Möglichkeiten der Prüfung von Artenschutzbelangen und FFH-Belangen auf der Ebene der Regionalplanung in verschiedener Hinsicht begrenzt sind. So kann heute nicht vorhergesehen werden, ob aktuell in einer Fläche vorkommende Arten auch zum Zeitpunkt einer Zulassungsentscheidung noch dort vorhanden sind oder ob sie dann z.B. aufgrund eines schlechten Erhaltungszustandes besonders schützenswert sind. Vgl. hierzu einen Auszug aus einem Urteil des Hessischen VGH vom 10.05.2012, 4 C 841/11.N:

„Es stellt entgegen der Auffassung der Antragstellerin auch keinen unzulässigen Konflikttransfer dar, dass für die konkrete örtliche avifaunistische und fledermauskundliche Untersuchung und artenschutzrechtliche Bewertung der für Windenergieanlagen vorgesehenen Flächen auf das vorhabenbezogene Genehmigungsverfahren verwiesen wird, denn diese Untersuchung und Bewertung gehört nicht mehr auf die Ebene der Regionalplanung. Sie kann in einem vorhabenbezogenen Verfahren geleistet werden, zumal - worauf im Umweltbericht hingewiesen wird - die Plan-Umweltprüfung nur den aktuellen Zustand zum Zeitpunkt der Prüfung berücksichtigen kann und die Bestände und die räumliche Verbreitung vieler Vogel- und Fledermausarten sich im Laufe der Zeit ändern können (s. Anhang 2 des Umweltberichts, S. 4, letzter Absatz)."

Zudem sind regelmäßig keine Details wie z.B. Anlagenstandorte- und -höhen oder auch Zeiten und Vorkehrungen für die Bauphase bekannt. In diesem Kontext sei auch auf den Beschluss des BVerwG vom 24.03.2015, (4 BN 32.13) verwiesen, hier zur Möglichkeit der Verlagerung einer nach § 34 Abs. 1 BNatSchG erforderlichen FFH-Verträglichkeitsprüfung auch auf ein nachfolgendes immissionsschutzrechtliches Genehmigungsverfahren.

- **Einzelhinweis**
  Die Stadt Mönchengladbach wies in Bezug auf den zur 3. Beteiligung eingebrachten Prüfbogen für die Schienenverbindung Voosen – Mönchengladbach (Prüfbogen Mön_Sch3bb2_01) auf das durch Kartierarbeiten belegte Vorkommen des Kammmolches hin. Dies führte jedoch nicht zu einer veränderten Bewertung der Umwelterheblichkeit, da es sich bei dieser Art nicht um eine planungsrelevante verfahrenskritische Art im Rahmen der vorgelagerten Abschätzung auf Ebene des Regionalplanes

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

handelte. Insoweit erfolgt an dieser Stelle ein Hinweis zur Berücksichtigung auf den nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen.

- **Einzelhinweis:**
  Die Stadt Remscheid wies in der 3. Beteiligung auf das Vorkommen von Bodendenkmälern im Bereich des sog. Gleisdreieckes hin. Entsprechend kommt es bei einer Trasse und einer GIB-Darstellung zu einer Betroffenheit des Schutzgutes „Kultur- und sonstige Sachgüter im Prüfbogen Rem_Str3ab2_006 (Bundesstraße 237n) welche zum Stand der 3. Offenlage des Planentwurfes noch nicht bekannt war. Insoweit wird darauf hingewiesen, dass in der schutzgutbezogenen Beurteilung der Darstellung für die Bundesstraße B237n (Trasse Rem_Str3ab2_006) voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen nicht nur bei den Kriterien (Wohnen, Naturschutzgebiet, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, Schutzwürdige Biotope, Schutzwürdige Böden) zu erwarten sind sondern auch beim Kriterium Kulturdenkmäler/Bodendenkmäler. Des Weiteren ist die Darstellung eines GIB im sog. Gleisdreieck (Rem_019_A2_GIB) hiervon betroffen. Hier ergibt sich zusätzlich zu den Kriterien Naturschutzgebiet und schutzwürdige Böden nun ebenso eine Betroffenheit von Bodendenkmälern.
  Beide Festlegungen waren bereits zuvor in der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung als erheblich zu beurteilen.

9.4 Begründung für die Annahme des Plans nach Abwägung mit den geprüften in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten

Dieses Kapitel 9.4 der zusammenfassenden Umwelterklärung dient dazu, die Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung bei der Planaufstellung zu dokumentieren und dabei insbesondere das Festhalten an raumordnerischen Festlegungen mit voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen zu begründen. Es sei an dieser Stelle daran erinnert, dass der gesamte Prozess der Planentwurfserarbeitung von dem Bestreben begleitet war, möglichst konfliktfreie Bereiche oder Trassenverläufe zu identifizieren. Verwiesen wird auf die vorlaufenden Kapitel, in dem die Festlegungen grundsätzlich und konzeptionell begründet und deren raumordnerische Notwendigkeit ausführlich dargelegt wurde. Das Kapitel 7 zeigt für die verräumlichten Plandarstellungen die jeweils hinterlegten konzeptionellen Überlegungen auf. An diese Begründungszusammenhänge wird im Folgenden angeknüpft, soweit für bestimmte Festlegungen erhebliche Umweltauswirkungen zu diskutieren sind.

Festlegungen und Plandarstellungen, welche sich im Zuge der Erarbeitung des Umweltberichtes im Sinne der regionalplanerischen Prüftiefe als unkritisch herausgestellt haben, sollen in diesem Kapitel keiner besonderen Begründung mehr zugeführt werden. Auch wird nicht noch einmal vertiefend diskutiert, wenn derartig konfliktfreie Flächen aus gänzlich anderen planerischen Erwägungen während der Planentwurfserstellung nicht weiter verfolgt wurden.

Bei der Betrachtung anderweitiger Planungsmöglichkeiten für die jeweiligen Planfestlegungen des Regionalplans ist zu berücksichtigen, dass bereits im Zuge des Planungsprozesses bzw. der Ermittlung der Lage sowie der Abgrenzung der jeweiligen Planfestlegungen neben der Eignung des Raumes für bestimmte Nutzungen (bspw. Vorhandensein eines entspre-

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

chenden Windpotenzials bei Windenergiebereichen und Windenergievorbehaltsbereichen) auch umweltbezogene Kriterien herangezogen wurden, um nachteilige Umweltauswirkungen möglichst zu vermeiden. So wurden aus umweltfachlicher Sicht besonders empfindliche Bereiche bei der Auswahl bspw. der Siedlungsbereiche oder der Windenergiebereiche und Windenergievorbehaltsbereichen berücksichtigt (vgl. zu den einzelnen Planfestlegungen Kap. 7 der Begründung zum Regionalplan). So fand insbesondere bei der Identifikation der Windenergiebereiche bzw. Windenergievorbehaltsbereiche eine intensive Berücksichtigung umweltfachlicher Kriterien statt (vgl. Kap. 7.2.15 der Begründung des Planentwurfs).

Darüber hinaus wurden anvisierte Festlegungen von der Regionalplanungsbehörde frühzeitig und noch vor Einleitung des formellen Verfahrens in die Gespräche mit den Kommunen eingebracht. In den Gesprächen wurden neben den regionalplanerischen Aspekten auch umweltfachliche Aspekte angesprochen. Hierzu wurden im Vorfeld sogenannte „Raumwiderstandskarten“ für den Geltungsbereich des Regionalplans erstellt, die umweltfachliche Konfliktbereiche aufzeigen. Als umweltfachliche Konfliktbereiche konnten dabei mit Hilfe der Karten diejenigen Bereiche identifiziert werden, bei denen aufgrund des Vorkommens von einem oder mehrerer bedeutender Schutzgutbereiche (wie z.B. Schutzgebiete, schutzwürdige Böden, WSG) mit Problemen im Rahmen der durchzuführenden Umweltprüfung zu rechnen war. Auf der Grundlage der Raumwiderstandskarten konnten daher bereits im Rahmen der Gespräche regelmäßig relativ umweltverträgliche Festlegungen geplant und alternative Darstellungen geprüft werden. Sowohl die Anwendung von Tabu- und Restriktionszonen im Rahmen der Identifikation von Räumen für Neudarstellungen als auch die im Rahmen der Gespräche berücksichtigten Raumwiderstandskarten haben dazu geführt, dass regelmäßig relativ konfliktarme Räume innerhalb des Geltungsbereichs des Regionalplans Düsseldorf für die festzulegenden Darstellungen ermittelt werden konnten. Durch diese frühzeitige „Vorauswahl“ konnten Flächen oder Flächenzuschnitte gewählt werden, die dann im vertieften Prüfprogramm häufig keine oder zumindest geringere Erheblichkeiten zeigten und im Rahmen der Abwägung mit anderen Belangen als hinreichend vertretbar eingestuft werden konnten. Dies führte auch dazu, dass sich die hier anhand der Prüfbogenergebnisse des Umweltberichtes dokumentierte Alternativenprüfung auf die Flächen mit erheblichen Umweltauswirkungen fokussieren konnte, und zudem nur noch selten zu kompletten Herausnahmen einzelner Flächen führen musste. Vielmehr vollzogen sich am Planentwurf in seiner Weiterentwicklung Feinjustierungen der Zuschnitte oder Trassenverläufe um die festgestellten Erheblichkeiten nach Möglichkeit und soweit auch planerisch sinnvoll weiter zu reduzieren. Auch hierfür wurden dann Prüfbögen erarbeitet. In den nachfolgenden Unterkapiteln ist die Alternativenprüfung für die Einzelfestlegungen weitergehend beleuchtet.

Das Unterkapitel 9.4.1 wird zunächst die im Umweltbericht ermittelten, voraussichtlichen Umweltauswirkungen der textlichen Ziele und Grundsätze des Regionalplanes in den Blick nehmen. Anschließend werden die verräumlichten, zeichnerischen Darstellungen diskutiert (Kapitel 9.4.2), soweit sich auf Grundlage der im Umweltbericht vorgenommen Prüfmethodik im Ergebnis erhebliche Umweltauswirkungen gezeigt haben. Zu jeder konfliktbehafteten Bereichsdarstellung wird im Einzelnen aufgezeigt und begründet, ob die Fläche auf Grundlage des Ergebnisses aus dem Planentwurf herausgenommen wurde, ggf. in einem anderen alternativen Flächenzuschnitt beibehalten wurde oder aber aufgrund anderer gewichtigerer Belange trotz erheblicher Umweltauswirkungen unverändert beibehalten wird. Des Weiteren wird aufgezeigt, welche anderen Alternativen zusätzlich geprüft wurden und die letztliche

Stand: Unterlagen zur 1. Offenlegung Entwurf

Auswahl begründet. Abschließend wird auch noch einmal auf die Thematik der Kumulationsgebiete und auf die Gesamtplanbetrachtung Bezug genommen.

Für einzelne Flächen war darüber hinaus eine besondere Betrachtung des europäischen Natura 2000 Gebietsschutzes erforderlich. Soweit Natura 2000-Gebiete in ihren für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigt werden können, sind gem. § 7 Abs. 6 und 7 ROG bei der Aufstellung bzw. der Änderung, Ergänzung oder Aufhebung von Raumordnungsplänen die Vorschriften des Bundesnaturschutzgesetzes (§§ 34 und 35 BNatSchG) über die Zulässigkeit und Durchführung von derartigen Eingriffen anzuwenden. Gemäß § 34 bzw. § 35 BNatSchG sind Projekte oder Pläne, wenn sie einzeln oder im Zusammenwirken mit anderen Projekten oder Plänen geeignet sind, ein FFH-Gebiet oder ein Europäisches Vogelschutzgebiet (VS-Gebiet) erheblich zu beeinträchtigen, vor ihrer Zulassung oder Durchführung auf ihre Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen des jeweiligen Gebiets zu prüfen. Bzgl. der Vorgehensweise bei Natura 2000-Prüfungen und deren Ergebnisse wird auf den Umweltbericht und seine Anhänge verwiesen. (vgl. „Umweltprüfung zur Fortschreibung des Regionalplanes“ hierzu insbesondere Anhang B). Soweit nach Ablauf der entsprechenden Prüfungen nicht ausgeschlossen werden kann, dass erhebliche Beeinträchtigungen bestehen, sind im Sinne von § 34 Abs. 3 BNatSchG zumutbare Alternativen zu suchen sowie zwingende Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses darzulegen (FFH-VP der Stufe 3). In diesem Zusammenhang sind insbesondere alternative Standorte zu betrachten. In der nachfolgenden Flächendiskussion wird ggf. auf die FFH-Prüfergebnisse hingewiesen und wo erforderlich auch ein Festhalten unter den Ausnahmetatbeständen des § 34 Abs. 3 BNatschG unter Bezugnahme auf jeweilige Fundstellen in der Begründung zum Regionalplan dargelegt.

9.4.1 Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen textlicher Darstellungen

Im Sinne einer vollumfänglichen Betrachtung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen des RPD wurden unter dem Kapitel 5 des Umweltberichtes auch die Wirkungen der textlichen Ziele und Grundsätze soweit möglich und dem Abstraktionsgrad der Regionalplanung entsprechend untersucht und bewertet. Die Bewertung konnte überwiegend nur als raumunspezifische Trendeinschätzung im Rahmen einer verbal argumentativen Betrachtung erfolgen. Bei einzelnen textlichen Festlegungen, welche einen unmittelbaren Bezug zu zeichnerischen Festlegungen haben, wurde insoweit auch auf die Prüfung einzelner Bereichsdarstellungen verwiesen. Soweit für die räumlich unspezifischen Festlegungen überhaupt voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen im Umweltbericht im Sinne einer Trendeinschätzung vermutbar waren, soll auf Grundlage der ausführlichen Herleitungen der Regelungen in den Kapitel 2,3,4 und 5 der Begründung zum Regionalplan das Festhalten an den Festlegungen begründet werden.

Satzung Unterlagen für den Abstimmungsbeschluss

9.4.2 Voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen zeichnersicher Darstellungen

Im Rahmen der Umweltprüfung ist eine vollumfängliche Betrachtung möglicher Umweltauswirkungen zeichnerischer Darstellungen erfolgt. D .h. es wurden auch Planinhalte ohne negative bzw. mit voraussichtlich positiven Umweltauswirkungen mindestens einer verbal-argumentativen Bewertung zugeführt.
Im Sinne der im Umweltbericht verfolgten abgestuften Prüfmethodik erfolgte eine vertiefte raumbezogene Betrachtung (Erarbeitung von Prüfbögen) für die Darstellungen, die insbesondere eine künftige siedlungs- bzw. bauliche Inanspruchnahme auf raumordnerischer Ebene vorbereiten und somit grundsätzlich erhebliche Umweltauswirkungen zur Folge haben können. Dabei wurden nicht nur reine Neudarstellungen, sondern auch regionalplanerische Reserven in den Prüfumfang einbezogen. Die nachfolgende Tabellenstruktur arbeitet kongruent zur Reihenfolge des Kapitels 7 der Begründung (Begründung zu den zeichnerischen Darstellungen) die einzelnen regionalplanerischen Darstellungstypen ab und weist auf besonders abwägungsrelevante Ergebnisse des Umweltberichtes im Einzelnen hin. Soweit der Umweltbericht im Rahmen der Erarbeitung eines Prüfbogens unter den Maßstäben seiner Prüfmethodik zu dem Ergebnis gelangt ist, dass erhebliche Umweltauswirkungen durch die Darstellung zu erwarten sind, wird die Fläche nachfolgend unter dem jeweiligen Planzeichen diskutiert. Die Flächendarstellungen mit positivem/unproblematischem Ergebnis im Umweltbericht werden im Kapitel 9 nicht noch einmal individuell diskutiert. Soweit unter einzelnen Planzeichen demnach Kommunen nicht benannt sind, bedeutet dies, dass sich in diesem Fall kein kritisches Prüfbogenergebnis zeigte.
Die jeweilig angegebene Flächenbezeichnung entspricht der Benennung des entsprechenden Prüfbogens im Umweltbericht. Für jeden dieser Bereiche wird im Folgenden der beabsichtigte Umgang mit dem Ergebnis des Umweltberichtes dokumentiert. Des Weiteren werden zu einzelnen Flächen auch anderweitige, geprüfte Alternativen diskutiert. Soweit an einer Flächendarstellung trotz voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen festgehalten werden muss, wird dies besonders begründet. Dabei wird nicht nur allgemein auf das betroffene Schutzgut Bezug genommen, sondern es werden die jeweils im Prüfbogen konkret betroffenen Kriterien zu den einzelnen Schutzgütern angesprochen.
Naturgemäß sind insbesondere einzelne Darstellungen zu ASB, GIB und Windkraft häufiger zu diskutieren. Sind dabei im Rahmen der schutzgutbezogenen Betrachtung einzelne Kriterien besonders häufig und gleichgeartet betroffen, werden die Betroffenheit und planerische Erwägungen hierzu zunächst allgemein umfassend behandelt. Bei der Beschreibung und Abwägung einzelner Flächen sollen auf diese Weise unnötige Doppelungen vermieden werden.
Zur nachfolgenden Diskussion der Einzelflächen erfolgt ferner der Hinweis, dass es sich bei den Bildausschnitten um verkleinerte und unmaßstäbliche Ausschnitte der in den Prüfbögen des Umweltberichtes gezeigten untersuchten Bereiche handelt. Diese besitzen hier im Kap. 9.4 nur nachrichtliche Funktion um die Flächen über den Flächencode hinaus auch grob verorten zu können.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

9.4.2.1 Siedlungsraum

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN A) ALLGEMEINE SIEDLUNGSBEREICHE

Im Rahmen der Umweltprüfung sind sowohl ASB-Neudarstellungen als auch geeignete regionalplanerische ASB-Reserven des Regionalplanes GEP99, an welchen auch künftig festgehalten werden soll, einer räumlich-konkreten Prüfung unterzogen worden. Die Festlegungen sind Teil einer begründeten planerischen Gesamtkonzeption, welche im Gegenstromprinzip unter Berücksichtigung der Hinweise der Städte und Gemeinden in der Planungsregion erarbeitet wurden. Die Konzeption für die zeichnerische Darstellung der ASB, wie sie in Kapitel 7.1.1 der Begründung dargestellt ist, hat neben vier anderen wesentlichen Zielsetzungen als grundlegendes Ziel möglichst restriktionsfreie Bereiche im Sinne des Natur- und Umweltschutzes auszuwählen (vgl. Kap. 7.1.1.9). Trotz allem verbleiben Flächen, deren Festlegung gemäß Ergebnis des Umweltberichtes erhebliche Umweltauswirkungen erwarten lassen. Diese Umweltauswirkungen und der Eingriff in den Naturhaushalt durch die Entwicklung der Siedlungspotentiale werden durch den Belang der bedarfsgerechten Entwicklung von Siedlungsbereichen begründet. Der Umgang mit den als kritisch bewerteten Flächen wird nachfolgend erläutert und ein Festhalten an Flächendarstellungen besonders begründet.

Im Zuge der Auswertung der Prüfbogenergebnisse zu dieser Bereichsdarstellung haben bestimmte Kriterien der Umweltprüfung häufiger zu einer Erheblichkeitsbewertung von Flächen geführt. Um unnötige Doppelungen innerhalb einzelner Flächenbeschreibungen zu vermeiden, soll die Betroffenheit des Schutzgutes Boden (mit dem Kriterium besonders schutzwürdige Böden) sowie die Betroffenheit des Schutzgutes Mensch (in Bezug auf das Kriterium „Nähe zu emittierender Planfestlegung im Umfeld“) einer allgemeinen Abwägung zugeführt werden.

<u>- Schutzgut Boden - Kriterium: Vorkommen schutzwürdiger Böden:</u>
Wie aus dem Umweltbericht hervorgeht und anhand der nachfolgenden zusammengefassten Ergebnisse nochmals dokumentiert wird, ist die Betroffenheit schutzwürdiger Böden eines der Kriterien, welches im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung bei zahlreichen Plandarstellungen zu einer Einstufung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen als „erheblich“ führt. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass schutzwürdige Böden in der Planungsregion Düsseldorf weit verbreitet sind. Der Anteil der schutzwürdigen Böden (Schutzwürdigkeit hoch – sehr hoch) an der Gesamtfläche liegt in der Planungsregion bei rund 30%. Daran haben die Böden mit Filter- und Pufferfunktion einen Anteil von rund 84%, während Böden mit Biotopentwicklungsfunktion mit einem Anteil von 12% und Böden mit Archivfunktion mit einem Anteil von knapp 4% an den oben genannten schutzwürdigen Böden vertreten sind. Bezogen auf die Gesamtfläche beträgt dieser Anteil, differenziert nach den einzelnen Funktionen, 26 % (Filter- und Pufferfunktion), 3,7 % (Biotopentwicklungsfunktion) bzw. ca. 1% (Archivfunktion) (Geologischer Dienst NRW 2012).
Aus der sehr unterschiedlichen flächenmäßigen Verbreitung der schutzwürdigen Böden - je nach der betroffenen Bodenteilfunktion - ist erkennbar, dass eine ihrer Schutzwürdigkeit angemessene Berücksichtigung nur bedingt auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen kann. Soweit in einzelnen Teilregionen, wie z.B. in einigen Städten und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss, schutzwürdige Böden nahezu flächendeckend verbreitet sind, handelt es sich dabei überwiegend um schutzwürdige Böden mit Filter- und Pufferfunktion. Insbesondere diese schutzwürdigen Böden können daher bei der Darstellung neuer Siedlungsbereiche, soweit ein Bedarf hierfür vorliegt, weder auf der Ebene der Regionalplanung noch auf nachfolgenden Planungsebenen vollständig ausgenommen werden. Dies gilt insbesondere, wenn gleichzeitig weitere Schutzgüter und die in Kapitel 7.1.1. der Begründung dargelegten weiteren Anforderungen aus siedlungsstruktureller Sicht berücksichtigt werden sollen.
Für schutzwürdige Böden mit der Boden(teil-)funktion Biotopentwicklung gilt, dass sie einer erhöhten Abwägung unterliegen, wenn die tatsächliche Bedeutung der Bodenfunktion durch die naturschutzfachliche Bewertung (Biotopverbund) gestützt wird und es dadurch zu einer Einstufung der Umweltauswirkungen als erheblich kommt; sofern Archivböden im Bereich neuer Siedlungsbereichsdarstellungen liegen, können diese auf der Grundlage großmaßstäbiger Karten auf den nachfolgenden Planungsebenen mit entsprechend höherer Detailschärfe angemessen berücksichtigt und von der Inanspruchnahme ausgenommen werden. Hierzu geben die Prüfbögen für die betroffenen Bereiche entsprechende Hinweise.
Im Rahmen der schutzgutübergreifenden Bewertung erfolgt eine zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen, in welcher die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf schutzwürdige Böden, als auch Art und Umfang der weiteren betroffenen Schutzgüter einfließen. Soweit trotz voraussichtlicher erheblicher Auswirkungen auf schutzwürdige Böden an bestehenden Flächenreserven festgehalten wird oder neue Siedlungsbereiche dargestellt werden, erfolgt dies mit Blick auf die Belange einer bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung. Insbesondere durch das Be-

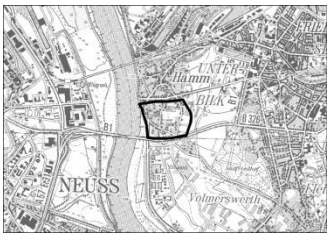
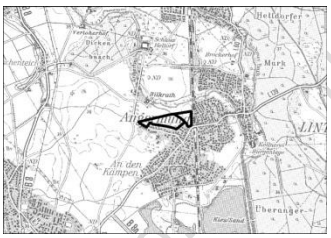
Bezirksregierung Düsseldorf Abteilung 32 Regionalplanung

streben, raumordnerische Siedlungsbereichsdarstellungen auf die vorhandenen Infrastrukturen auszurichten, ergibt sich eine gewisse Standortgebundenheit bei der Darstellung neuer Siedlungsbereiche. Diese Darstellungen sollen im Sinne der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung dazu beitragen, Zersiedlung und eine damit verbundene weitere Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden zu vermeiden. Insoweit muss der Belang des Bodenschutzes zu Gunsten einer effektiven und bezogen auf andere denkbare Planungsalternativen auch freiraumschonenden Neuausweisung von Siedlungsdarstellungen zurücktreten. Darüber hinaus kann die Berücksichtigung der in den Prüfbögen dargestellten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen und der Hinweise für eine weitergehende Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen dazu beitragen, dass die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen in den nachfolgenden Planungen reduziert oder ausgeschlossen werden können.

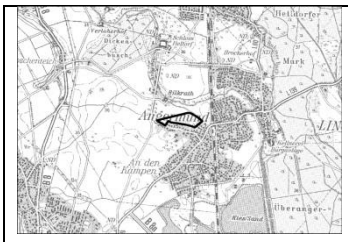
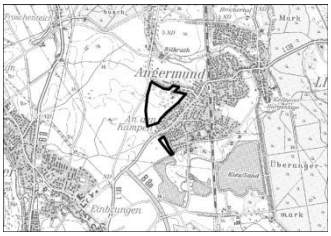
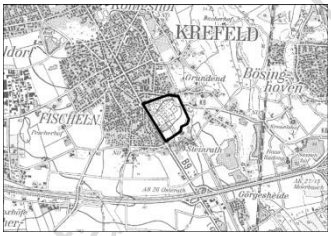
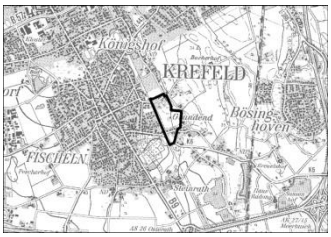
- Schutzgut Mensch – Kriterium: Vorkommen von emittierenden Planfestlegungen im Umfeld (1.500m)

Bei der Betrachtung des Schutzgutes Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit, wurde im Umweltbericht unter dem Kriterium Wohnen auch das Vorkommen von stark emittierenden Planfestlegungen im Umfeld von 1.500 m betrachtet (vgl. Umweltbericht Anhang A – Kap. 2.1.3.). Vor dem Hintergrund, dass die Festlegung von allgemeinen Siedlungsbereichen vorrangig die künftige planungsrechtliche Sicherung von Wohnnutzungen zur Folge hat, wurde überprüft inwieweit dabei in bereits durch mögliche Emissionen vorbelastete Räume hineinentwickelt wird. Dabei wurde im Sinne eines worst-case Ansatzes in der gutachterlichen Bewertung von Entfernungen bis 1.500 m ausgegangen. Naturgemäß führt dies in der dichtbesiedelten Planungsregion Düsseldorf im Rahmen der Prüfung einzelner Bereiche, häufiger zu einer Erheblichkeitsbewertung im Rahmen der SUP. Mit Blick auf das Bestreben die Siedlungsentwicklung möglichst auf die vorhanden Strukturen auszurichten und eine fortschreitende Zersiedlung zu vermeiden, ergibt sich jedoch eine gewisse Standortgebundenheit bei der Darstellung neuer Siedlungsbereiche, bzw. beim Festhalten an regionalplanerisch sinnvollen Siedlungsreserven. Insoweit ist es auch nicht in allen Fällen vermeidbar, dass Flächen in einer gewissen Nähe zu vorhandenen Emittenten (in d. R. größere Straßen) liegen, sich jedoch trotz allem in der Gesamtabwägung als sinnvoll erweisen. Gerade bei der Betroffenheit dieses Kriteriums gilt es überdies zu berücksichtigen, dass auf den nachfolgenden Planungsebenen noch weitergehende Steuerungsinstrumentarien zum Umgang mit vorhandenen Vorbelastungen im Umfeld bestehen (bspw. Gliederung von Baugebieten etc.). Insoweit muss dieser Belang zu Gunsten einer effektiven und bezogen auf andere denkbare Planungsalternativen auch freiraumschonenden Neuausweisung von Siedlungsdarstellungen zurücktreten. Dass es auf nachfolgenden Planungsebenen ggf. eine zu berücksichtigende Problematik geben kann, ist durch das Ergebnis des Prüfbogens im Umweltbericht sowie durch die Abwägung in diesem Kapitel dokumentiert.

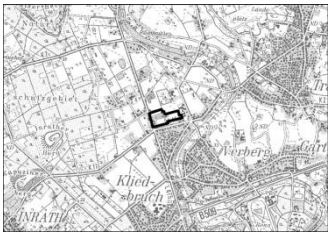
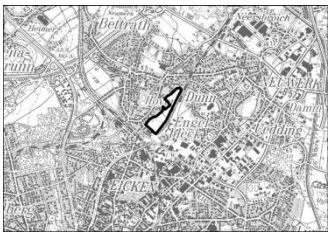
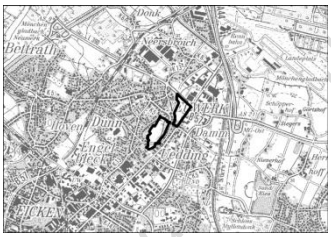
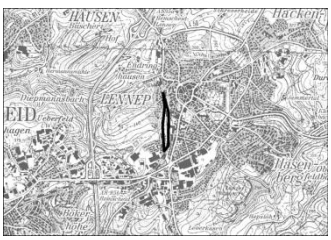
Stand: Unterlagen für den Beschlussentwurf

Flächenbezeichnung/Kommune	Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP
Düsseldorf	
Düs_036__ASB (Vorschlag-29 KommG)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie einer Überschneidung mit einem 300m-Puffer um den Biotopverbund von herausragender Bedeutung „Hamm-Volmerswerther Deichvorland“. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe zu Beginn der Tabelle dargelegte Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Der geplante ASB soll trotz der Überschneidung mit der Pufferfunktion zum Biotopverbund und der sich daraus ergebenden erheblichen Umweltauswirkungen beibehalten werden, da in der Stadt Düsseldorf ein hoher Wohnbauflächenbedarf besteht, der aufgrund fehlender geeigneter Standorte nicht gedeckt werden kann. Alternativen bestehen nicht aufgrund der hohen Freiraumwertigkeiten und der hohen Siedlungsdichte. Zudem ist der Bereich einer von nur zwei Bereichen, die bereits im GEP99 als Sondierungsbereich für eine zukünftige Siedlungsentwicklung vorgehalten wurden. Innerhalb des neu dargestellten ASB befindet sich bereits eine Bebauung entlang der Straßen (Auf der Böck, Hinter der Böck, Aderkirchweg), weshalb es sich hier nicht um einen Neuansatz im unberührten Freiraum handelt. Zudem ist die Fläche durch den bestehenden S-Bahnanschluss und die Straßenlinie Hamm gut angebunden (S-Bahn und Straßenbahn), auch liegt der neue ASB nah zur Düsseldorfer Innenstadt. Deshalb soll der Standort trotz zu erwartender erheblicher Umweltauswirkungen im Plan dargestellt und als Entwicklungspotential bewertet werden.
Düs_055__ASBRES (11-C2), Düs_057__ASBRES (11-C3) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden), der Überlagerung mit einem HQ100-Überschwemmungsgebiet („2756_Anger“) sowie aufgrund einer Überschneidung mit der regionalen Kulturlandschaft „Bereich zwischen Mündelheim, Rahm und Kalkum (Duisburg, Düsseldorf)“. Die ASB-Reserve Düs_055__ASBRES (11-C2) wird aufgrund der Umweltauswirkungen komplett zurückgenommen. Die benachbarte Reserve Düs_057__ASBRES (11-C3) erhält einen anderen Zuschnitt und wird als Alternativenfläche erneut geprüft (s.u.).
Düs_057__ASBRES (11-C3) – *Alternative*	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An dieser Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden), der Überlagerung mit einem HQ100-Überschwemmungsgebiet („2756_Anger“) sowie aufgrund einer Überschneidung mit der regionalen Kulturlandschaft „Be-

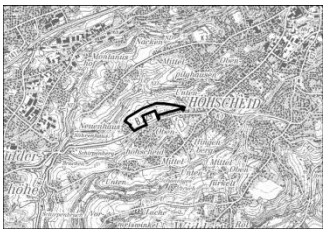
Stand der Planung für den Abwägungsbeschluss

	reich zwischen Mündelheim, Rahm und Kalkum (Duisburg, Düsseldorf)“. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung gegenüber. In der Stadt Düsseldorf stehen aufgrund der dichten Siedlungsstruktur und bei einem hohen Wohnbauflächenbedarf nur wenige Flächen zur Verfügung. Der Standort ist zudem verkehrstechnisch in der Nähe zum S-Bahnhof gut angebunden. Der Standort ist außerdem eine ASB-Reserve aus dem GEP99, bei der die Kommune signalisiert hat, daran dauerhaft festhalten zu wollen. Deshalb soll der Standort trotz zu erwartender erheblicher Umweltauswirkungen im Plan dargestellt und als Entwicklungspotential bewertet werden. Die Betroffenheit von Überschwemmungsgebieten konnte durch den aus der Alternativenprüfung resultierenden Neuzuschnitt verkleinert werden. Die verbliebene Konfliktfläche ist auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen zu berücksichtigen.
Düs_058__ASBRES (11-C4), Düs_062__ASBRES (11-C1) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden) sowie aufgrund einer Überschneidung mit der regionalen Kulturlandschaft „Bereich zwischen Mündelheim, Rahm und Kalkum (Duisburg, Düsseldorf)“. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung gegenüber. In der Stadt Düsseldorf stehen aufgrund der dichten Siedlungsstruktur und einem hohen Wohnbauflächenbedarf nur wenige Flächen für die Siedlungsentwicklung zur Option. Der Standort ist zudem verkehrstechnisch in der Nähe zum S-Bahnhof gut angebunden. Der Standort ist außerdem eine ASB-Reserve aus dem GEP99, bei der die Kommune signalisiert hat, daran dauerhaft festhalten zu wollen. Deshalb soll der Standort trotz zu erwartender erheblicher Umweltauswirkungen im Plan dargestellt und als Entwicklungspotential bewertet werden.
Krefeld	
Kre_034__ASB (0014-24) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion und aufgrund des Vorkommens von stark emittierenden Planfestlegungen (BAB 44) im Umfeld. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Gleiches gilt für die Auswirkungen der stark emittierenden Planfestlegung (BAB 44) im Umfeld.
Kre_ASBRES_B_003 (0014-66) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion und aufgrund des Vorkommens von stark emittierenden Planfestlegungen (BAB 44) im Umfeld. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Gleiches gilt für die Auswirkungen der stark emittierenden Planfestlegung (BAB 44) im Umfeld.

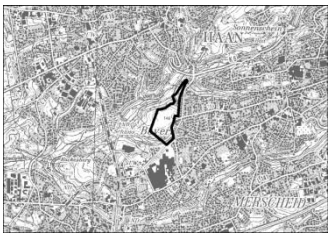
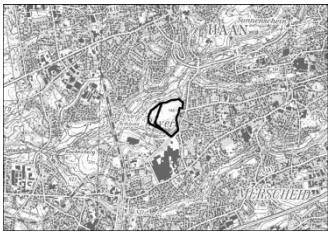
Stand Darlegung für Offenlegungsbeschluss

Kre_ASBRES_008 (0014-68) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund einer Überschneidung mit einem 300m-Puffer um das Naturschutzgebiet KR-009 „Riethbenden“. Hier ist eine kleine Fläche im Osten der Reserve betroffen. Da zwischen dem Naturschutzgebiet und der ASB-Reserve vorhandene Bebauung liegt, wird nicht davon ausgegangen, dass das Naturschutzgebiet durch die Inanspruchnahme der Reserve gefährdet wird. Die Problematik wird auf der nachfolgenden Bauleitplanebene geregelt. Weiterhin wird im neuen Regionalplan der Raum neu geordnet, das Naturschutzgebiet als Bereich für den Schutz der Natur (BSN) dargestellt. Es wird somit in seiner Funktion gesichert.
Mönchengladbach	
Mön_005__ASBRES (15-RPB 6) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden) sowie aufgrund des Vorkommens von stark emittierenden Planfestlegungen (BAB 52) im Umfeld. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Gleiches gilt für die Auswirkungen der stark emittierenden Planfestlegung (BAB 52) im Umfeld.
Mön_010__ASBRES (15-RPB 4) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden) sowie aufgrund des Vorkommens von stark emittierenden Planfestlegungen (BAB 44) im Umfeld. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Gleiches gilt für die Auswirkungen der stark emittierenden Planfestlegung (BAB 44) im Umfeld.
Remscheid	
Rem_024_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen auf ein Naturschutzgebiet und bedeutende Kulturlandschaften zu erwarten. Diese ASB-Ergänzung ist ausschließlich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet NSG „Westerholt“ (Umfeld) und die Teilinanspruchnahme des regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches (im Süden des Plangebietes) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Aufgrund fehlender Alternativen und des im Sied-

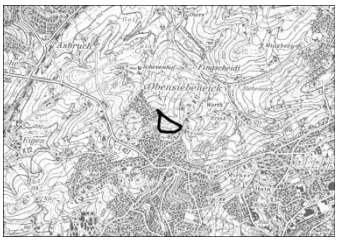
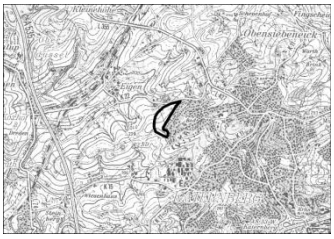
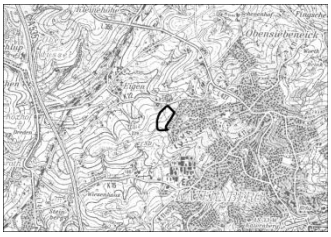
Stand der Anlagen für den Abstellungsbeschluss

	lungsmonitoring 2012 von der Stadt Remscheid nachgewiesenen Fehlbedarfes, bleibt diese ASB Reserve für eine gewerbliche Entwicklung weiter dargestellt.
Solingen	
Sol_002_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf schutzwürdige Böden und bedeutende Kulturlandschaften. Diese ASB Reserve ist ausschließlich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung der Stadt Solingen entgegen. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Auf die Teilinanspruchnahme des regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden.

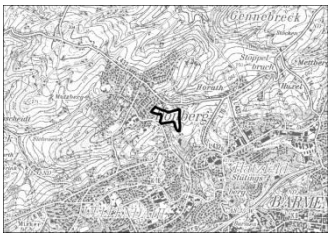
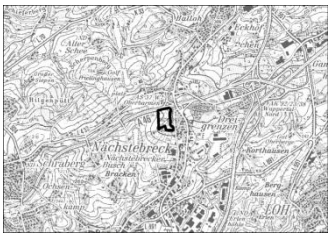
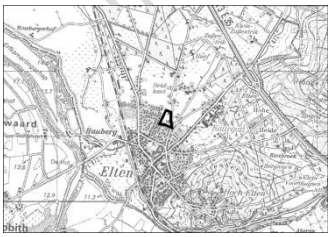
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Sol_007_ASBRES/ Sol_043_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf ein Naturschutzgebiet, planungsrelevante Arten, geschützte Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige / klimarelevante Böden und bedeutende Kulturlandschaften. Diese ASB Reserve und ASB Ergänzung ist ausschließlich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Aufgrund fehlender Alternativen und des im Siedlungsmonitoring 2012 von der Stadt Solingen nachgewiesenen Fehlbedarfes, soll diese ASB Reserve für eine gewerbliche Entwicklung erhalten bleiben. Es wurde jedoch ein alternativer Flächenzuschnitt geprüft.
Sol_007_ASBRES / Sol_043_ASB – Alternative 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind weiterhin erhebliche Umweltauswirkungen auf Naturschutzgebiete, Schutzwürdige Böden und bedeutende Kulturlandschaften zu erwarten. Der Bereich wurde jedoch im nördlichen Bereich auf die Grenze des NSG SG-011_Mittleres Ittertal und Baverter Bachtal reduziert und aus Gründen des Artenschutzes (Abstand zur verfahrenskritischen planungsrelevanten Art Gelbbauchunke) verkleinert. Der gesamte reduzierte Bereich hat eine Größenordnung von ca. 20ha. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Die von der Planung betroffenen klimarelevanten Böden liegen im Übrigen am Rand der Darstellung in einem zum Teil bereits bebauten Bereich. Auf eine etwaige Betroffenheit kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen reagiert werden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet, die Teilinanspruchnahme des regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches, die geschützten Biotope und Biotopverbundfläche (welche lediglich randlich in sehr geringem Umfang tangiert werden) kann ebenso im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. In der Alternativenprüfung konnten durch den veränderten Zuschnitt die Betroffenheit von sechs Kriterien auf drei verringert werden, sodass die Fläche Sol_007_ASBRES / Sol_043_ASB - Alternative als weniger erheblich bewertet werden kann als die Fläche Sol_007_ASBRES/ Sol_043_ASB.

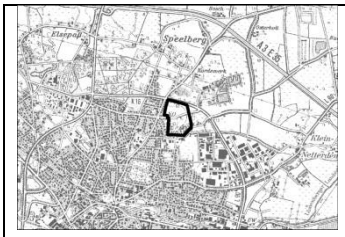
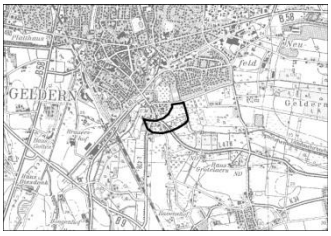
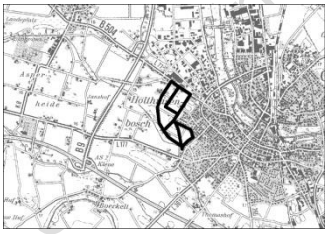
Stand: Unterlagen für den Verfahrensabschluss

Wuppertal	
Wup_001_ASBRES) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Auf die Flächendarstellung wird verzichtet.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, geschützte Biotope, schutzwürdige Biotope und geschützte Landschaftsbestandteile. Aufgrund der flächendeckenden Inanspruchnahme von geschützten Biotopen (GB4708-226_Krähenberger Bach und schutzwürdigen Biotopen (BK-4708-0086_Buchenwälder bei Obersiebeneick mit Quellwäldchen) und vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Siedlungsmonitorings 2012, welches ausreichende Entwicklungspotentiale für Wohnflächen enthält, wird auf eine Darstellung dieser Fläche verzichtet.
Wup_002_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf geschützte Biotope und geschützte Landschaftsbestandteile.
Wup_002_ASBRES – Alternative 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Schutzgutübergreifend sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Der Bereich der geschützten Biotope (GB4708-249 und GB-4708-248 und geschützten Landschaftsbestandteile LB 2.4.4 und LB 2.4.5 wird aus der Darstellung (Wup_002_ASBRES) herausgenommen. Der Bereich hat eine Größenordnung von ca. 5,5ha.
Wup_005_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Wohnen, schutzwürdige Böden und geschützte Landschaftsbestandteile. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vorkommen einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld wird auf die oben stehenden Ausführungen verwiesen. Auf den von der Darstellung betroffenen geschützten Landschaftsbestandteil kann vor dem Hintergrund seiner Lage und Größe im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass Teile des Plangebietes innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegen. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist der angemessene Abstand gutachterlich zu

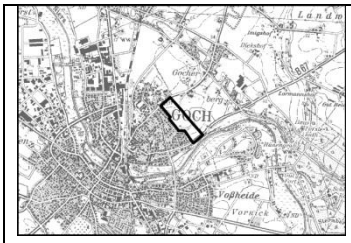
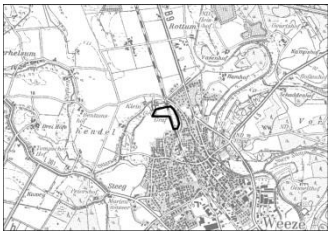
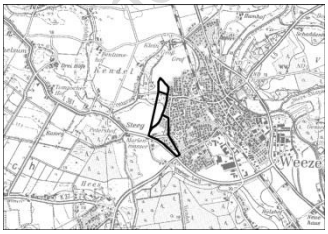
Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	ermitteln.
Wup_006_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf ein Naturschutzgebiet, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden. Hier ist eine kleine Fläche im Südosten der Reserve betroffen. Aufgrund des landesplanerischen Maßstabes ist eine Reduzierung dieses Bereiches nicht erforderlich. Die Problematik wird auf der nachfolgenden Bauleitplanebene geregelt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die betroffenen schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass Teile des Plangebietes innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegen. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist der angemessene Abstand gutachterlich zu ermitteln.
Wup_014_ASBfGRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, geschützte Biotope und schutzwürdige/klimarelevante Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet und das im Plangebiet befindliche geschützte Biotop (GB-4609-405) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Aufgrund der guten Anbindung (BAB 46 und B51), der fehlenden Alternativen und des im Siedlungsmonitoring 2012 von der Stadt Wuppertal nachgewiesenen Fehlbedarfes wird trotz der Inanspruchnahme klimarelevanter Böden an der Planung festgehalten.
Kreis Kleve	
Emmerich	
Emm_011__ASB (2102-07.1) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit (Wohnen), da sich eine relevante stark emittierende Planfestlegung im Umfeld befindet, sowie auf die Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Des Weiteren gelten die oben stehenden Formulierungen zu Vorkommen von emittierenden Planfestlegungen im Umfeld (1.500m).
Emm_ASBRES_001 (2102-13)	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten**.

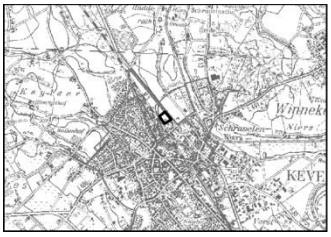
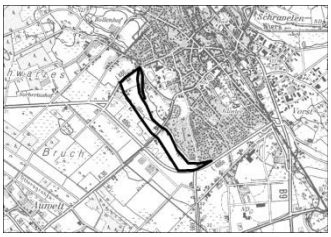
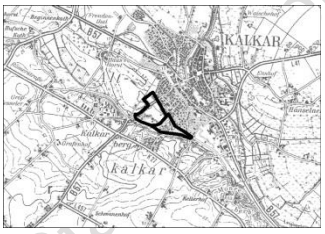
Entwurf zur Auslegung Abschluss

	Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit (Wohnen), da sich eine relevante stark emittierende Planfestlegung im Umfeld befindet, sowie auf die Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Des Weiteren gelten die oben stehenden Formulierungen zu Vorkommen von emittierenden Planfestlegungen im Umfeld (1.500m).
Geldern	
Gel_027_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind auf die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Die ASB Reserve tangiert lediglich an ihrem äußersten Rand die Schutzgüter unzerschnittenen verkehrsarmen Räume sowie die regional bedeutsame Kulturlandschaft Mittlere Niers zwischen Geldern und Neersen in einer Größenordnung, welche den regionalplanerischen Maßstab unterschreiten. Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung und der sonstigen Standorteignung für eine Siedlungsentwicklung gegenüber. Sie werden in Kauf genommen, da es im Gebiet der Stadt Geldern im Anschluss an den ZASB keine Standortalternativen gibt, die verträglicher sind.
Goch	
Goc_ASBRES__001 (2104-2), Goc_006__ASB (2104-3), Goc_007__ASB (2104-4.1), Goc_008__ASB (2104-5) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit (Wohnen), da sich eine relevante stark emittierende Planfestlegung im Umfeld befindet, sowie auf die Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Des Weiteren gelten die oben stehenden Formulierungen zu Vorkommen von emittierenden Planfestlegungen im Umfeld (1.500m). Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist der angemessene Abstand gutachterlich zu ermitteln.
Goc_ASBRES__002 (2104-1)	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüf-

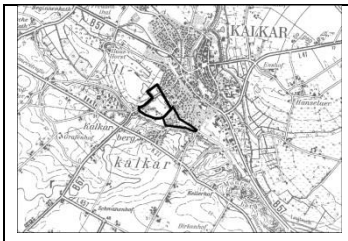
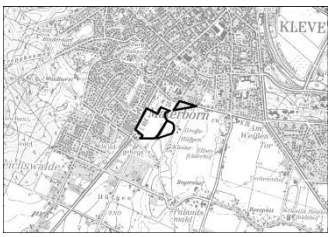
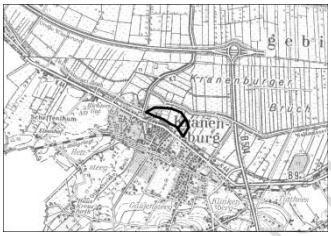
Entwurf zur Auslegungsbeschluss

	bogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut „Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt“, im speziellen auf den 300m Pufferbereich des Naturschutzgebietes Niersaltarme und Mühlenteich, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie auf die Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Des Weiteren unterschreitet die geringfügige Betroffenheit des Pufferbereichs des Naturschutzgebietes den regionalplanerischen Maßstab. Eine Auseinandersetzung mit dem Schutzgut kann erst auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen.
Weeze	
Wee_ASBRES__002 (2116-16) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden) sowie des Landschaftsbildes. Des Weiteren wurde die Flächeninanspruchnahme einer bedeutenden Kulturlandschaft festgestellt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die ASB Reserve tangiert lediglich an ihrem äußersten Rand das Schutzgut Klimarelevante Böden, in einer Größenordnung, welche den regionalplanerischen Maßstab unterschreitet. Eine Auseinandersetzung mit dem Schutzgut kann erst auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen. Die erhebliche Umweltauswirkung auf die bedeutende Kulturlandschaft Kendel bei Gaesdonk (Goch, Weeze) sowie auf das Landschaftsbild wird in Kauf genommen, da es im Gebiet der Gemeinde Weeze im Anschluss an den ZASB keine Standortalternativen gibt, die verträglicher sind. Der ZASB Weeze ist fast vollständig von unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen umgeben. Auch die bedeutende Kulturlandschaft umfasst große Bereiche angrenzend an den ZASB. Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung und der sonstigen Standorteignung für eine Siedlungsentwicklung gegenüber.
Weeze	
Wee_007_A_ASB / Wee_008_ASB / Wee_015_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktionen (schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden) sowie eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die erhebliche Umweltauswirkung auf die bedeutende Kulturlandschaft Kendel bei Gaesdonk (Goch, Weeze) wird in Kauf genommen, da es im Gebiet der Gemeinde Weeze im Anschluss an den ZASB keine Standortalternativen gibt, die verträglicher sind. Der ZASB Weeze ist fast vollständig von unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen umgeben. Auch die bedeutende Kulturlandschaft umfasst große Bereiche angrenzend an den ZASB. Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung und der sonstigen Standorteignung für

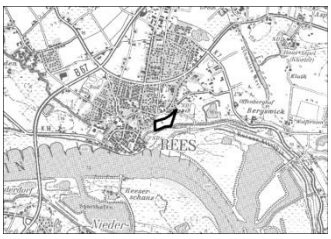
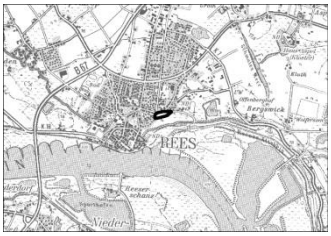
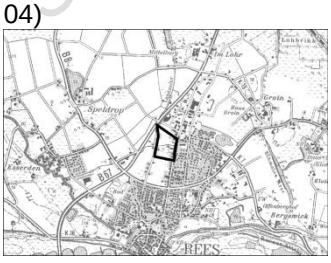
Bsp. Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	eine Siedlungsentwicklung gegenüber.
Kevelaer	
Kev_ASBRES_A_003 (2108-39) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktionen (schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden). Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die ASB Reserve tangiert lediglich an ihrem äußersten Rand das Schutzgut Klimarelevante Böden, in einer Größenordnung, welche den regionalplanerischen Maßstab unterschreitet. Eine Auseinandersetzung mit dem Schutzgut kann erst auf Ebene der Bauleitplanung erfolgen.
Kev_006_ASB/ Kev_ASBRES_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit von unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen sowie der Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Das Schutzgut unzerschnittenen verkehrsarmen Räume ist lediglich an ihrem äußersten Rand betroffen. Die Fläche ist umgeben von ASB-Darstellungen. Die Umweltauswirkung steht dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung und der sonstigen Standorteignung für eine Siedlungsentwicklung gegenüber und wird daher in Kauf genommen.
Kalkar	
Kal_ASBRES__003/ Kal_007__ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie einer Biotopverbundfläche von herausragender Bedeutung VB-D-4202-4000 „Niederung von Moyländer Graben und Wetering“.
Kal_ASBRES__003 (2106-36 / 47) / Kal__007__ASB (2106-06 / -41) - Alternative	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird im alternativen Zuschnitt festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion und des Landschaftsbilds. In der Alternativenprüfung konnte durch die Reduzierung der Fläche die Betroffen-

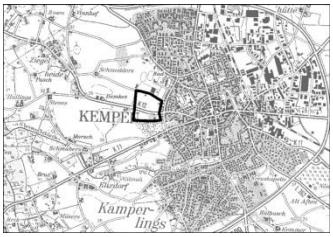
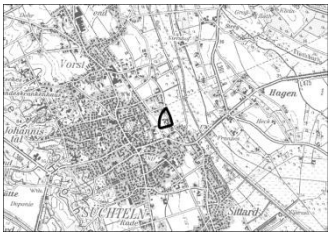
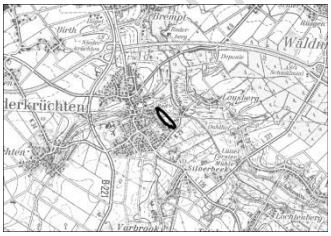
Stellungnahme für den Aufstellungsbeschluss

	heit der Biotopverbundfläche ausgeschlossen werden, sodass die Flächendarstellung Kal_ASBRES__003 (2106-36 / 47) / Kal__007__ASB (2106-06 / -41) - Alternative insgesamt als besser verträglich bewertet werden kann als die Fläche Kal_ASBRES__003 / Kal_007__ASB.
Kleve	
Kle_ASBRES_A_002 Kle_011__ASB Kle_008__ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit von unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen sowie der Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. An der Darstellung soll trotz der Beeinträchtigung des Kriteriums Erholen (lärmarme Räume) festgehalten werden, da der großräumige lärmarme Raum lediglich an seinem Rand betroffen ist. Zudem schließt die ASB Reserve mit seiner guten bis sehr guten infrastrukturellen Ausstattung im Norden und Westen an eine bestehende dichte Siedlungsbebauung an. Die Umweltauswirkung steht dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung gegenüber und wird daher in Kauf genommen.
Kranenburg	
Kra_005_ASB (2110-02.a), Kra_ 006_ASB (2110-01) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf ein im Umfeld (300 Meter Puffer) liegendes Naturschutzgebiet, die Bodenfunktion sowie regionalbedeutsame Kulturlandschaften. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Die Gemeinde Kranenburg hat in einem aktuellen Stadtentwicklungs- bzw. Einzelhandelskonzept Maßnahmen zur Umstrukturierung und Weiterentwicklung des Gemeindezentrums erarbeitet, mit dem Ziel das Zentrum bzw. den ZASB Kranenburg langfristig zu sichern. Die vorliegende Fläche ist von zentraler Bedeutung zur Umsetzung des städtebaulichen Konzeptes. Da auch das Umfeld neugegliedert und der BSN an den Siedlungskörper herangezogen wird, wird sichergestellt, dass eine weitere Siedlungsentwicklung in den Freiraum nicht möglich ist. An der Darstellung eines ASB wird aus diesen Gründen, trotz entgegenstehender Umweltbelange, festgehalten. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG-Gebiet „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)

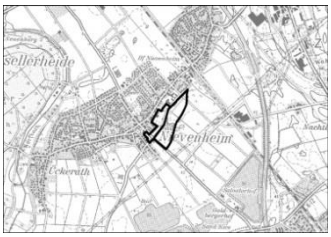
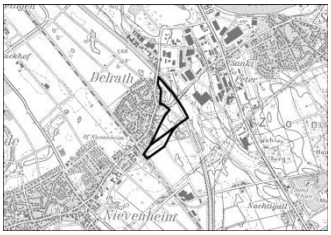
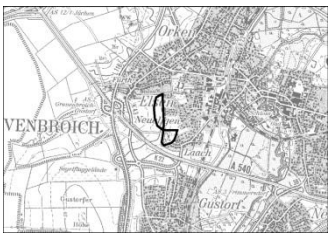
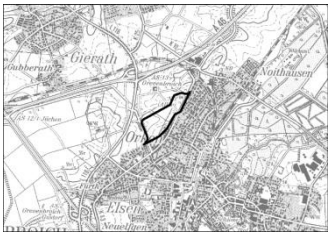
Stand: Unterlagen für den Ausschreibungsbeschluss

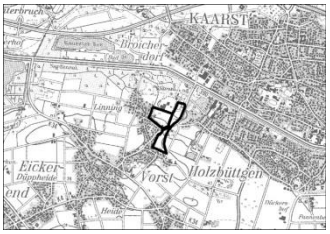
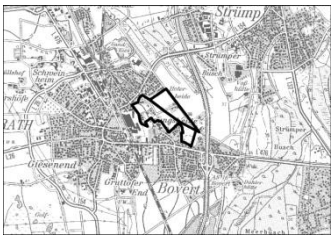
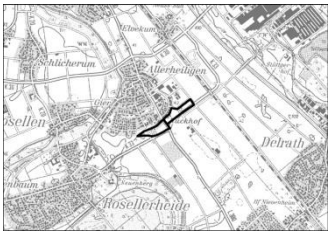
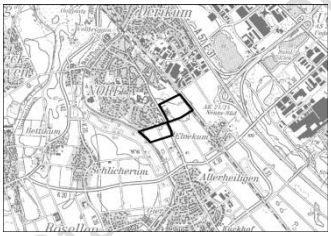
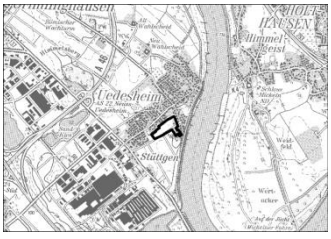
Rees	
Rees_008__ASB (2111-02)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, im speziellen auf Erholen (lärmarme Räume), Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete, das Landschaftsbild sowie die Bodenfunktion. Es wurde die Alternative Ree_ASBRES_B_001 (2111-01) geprüft.
Ree_ASBRES_B_001 (2111-01) - Alternative  	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird im alternativen Zuschnitt festgehalten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf das Schutzgut Mensch, einschließlich der menschlichen Gesundheit (Erholen (lärmarme Räume)), auf die Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. An der Darstellung soll trotz der Beeinträchtigung des Kriteriums Erholen (lärmarme Räume) festgehalten werden, da der großräumige lärmarme Raum nur an seinem Rand betroffen ist. Zudem liegt die ASB Reserve am Rande des ZASB mit seiner sehr guten infrastrukturellen Ausstattung und hat eine besondere Bedeutung bei der Umsetzung des Zieles, die Siedlungsentwicklung auf die ZASB zu konzentrieren, um langfristig die Infrastruktur zu sichern. In der Alternativenprüfung konnten durch den veränderten Zuschnitt die Betroffenheit von fünf Kriterien auf zwei verringert werden. Ferner kann aus Vorsorgegründen auch der Abstand zu den südlich gelegenen Natura 2000 Gebieten vergrößert werden Somit kann die Fläche Ree_ASBRES_B_001 (2111-01) - Alternative als besser verträglich bewertet werden kann als die Fläche Rees_008__ASB (2111-02). (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Altrhein Reeser Eyland“ sowie zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurden Vorprüfungen durchgeführt. Sie kommen für den reduzierten Zuschnitt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)
Rees_010__ASB (2111-04)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion sowie auf regionalbedeutende Kulturlandschaften. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die regionalbedeutende Kulturlandschaft Issel/Dingdener Heide wird lediglich am Rand in Anspruch genommen. Die erhebliche Umweltauswirkung wird in Kauf genommen, da der Standort in Anbindung an den ZASB liegt und infrastrukturell gut ausgestattet ist.

Stand: Unterlage zur Aufstellungsbeschluss

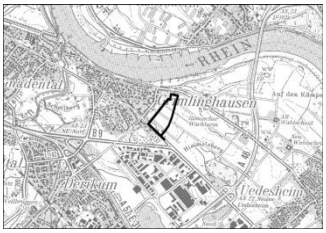
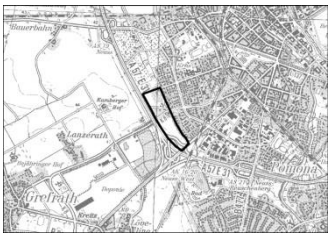
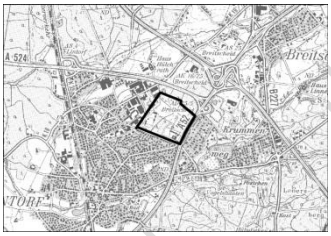
Kreis Viersen **Kempen**	
Kem_001__ASBRES (2403-5b)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion und aufgrund der Flächeninanspruchnahme eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes 10-50 qkm Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die Überlagerung mit dem unzerschnittenen verkehrsarmen Raum ist nur im Randbereich des unzerschnitten Raumes gegeben. Unter anderem deshalb wird diese Beeinträchtigung in die Abwägung eingestellt.
Viersen	
Vie_005_ASBRES (2408-29)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Lage im Umfeld des NSG VIE-031 Fritzbruch, eines im Westen angrenzenden Biotopverbundes, sowie aufgrund der Lage innerhalb einer bedeutenden Kulturlandschaft (am Rand des RPD 091 Nordkanal). Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang des Vertrauensschutzes und der sonstigen Standorteignung für eine Siedlungsentwicklung entgegen. Der Standort im Osten der Ortslage Süchteln stellt eine abschließende Verdichtung einer ohnehin schon in Anspruch genommenen Fläche dar. An die Fläche angrenzend sind im Flächennutzungsplan schon Bauflächen dargestellt. Die Reservesituation in Viersen ist vergleichsweise günstig. Die Fläche wurde deshalb auch für den Bedarf von In und Um Düsseldorf gemeldet und gerechnet. Deshalb soll der Standort in seinem Flächenzuschnitt nicht geändert und weiterhin im Plan dargestellt und als Entwicklungspotential bewertet werden.
Niederkrüchten	
Nie_003_A_ASBRES (2405-1)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld, zweier NSG im Umfeld (Raderveekes Bruch und Raderveekes Bruch/Lüttelforster Bruch) sowie aufgrund der Betroffenheit einer Kulturlandschaft (Tal der Schwalm). (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Schwalm, Knippertzbach, Raderveekes u. Luettelforster Bruch“ sowie zum VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ wurden Vorprüfungen durchgeführt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) Die erheblichen Umweltauswirkungen stehen dem Belang des Vertrauensschutzes und der sonstigen Standorteignung für eine Siedlungsentwicklung entgegen. Allerdings ist der Standort eine nach Außen gerichtete Siedlungserweiterung, die an dieser Stelle erhebliche Umweltaus-

Unterlagen für die Auslegungsbeschluss

	wirkungen erwarten lässt. Auf Grund der vergleichsweisen günstigen Ausstattung mit Bereichsdarstellungen und den sonstigen Siedlungspotentialen in der Hauptortslage soll die Darstellung gestrichen und das entsprechende Entwicklungspotential nicht bewertet werden.
Rhein Kreis Neuss **Stadt Dormagen**	
Dor_006_ASBRES / Dor_056_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Dor_016_ASB / Dor_055_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Stadt Grevenbroich	
Grev_027__ASB / Grev_064_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien.
Grev_067_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Stadt Kaarst	
Kaa_004__ASB Kaa_004__ASBRES	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

Kaa_007__ASBRES 	Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien.
Stadt Meerbusch	
Mee_002__ASBRES Mee_008_ASBRES Mee_015__ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien.
Stadt Neuss	
Neu_0012__ASBRES / Neu_053_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien.
Neu_014__ASBRES / Neu_050_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Neu_007__ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld, der Lage innerhalb eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes sowie aufgrund der Lage innerhalb eines relevanten Puffers zu einem Naturschutzgebiet. Hinsichtlich der Auswirkungen der stark emittierenden Planfestlegung

Stellungnahmen für den Auftrag

	(BAB 46) siehe oben stehende Ausführungen. Der Bereich schließt an drei Seiten an vorhandenen Siedlungsbereich an, die Inanspruchnahme von unzerschnittenem, verkehrsarmem Raum ist deshalb gering. Auswirkungen auf das NSG auf der anderen Rheinseite sind durch die Lage in der Pufferzone gegeben. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff jedoch in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Neu_002__ASBRES  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit des Naturschutzgebietes NSG Uedesheimer Rheinbogen im Umfeld und aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung im Umfeld. Zu letzterer siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit des Kriteriums Boden. Die Auswirkungen auf das Naturschutzgebiet werden gegenüber des Vertrauensschutzes der Kommunen und einer bedarfsgerechten Ausweisung in die Abwägung eingestellt.
Neu_049_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie aufgrund des Vorkommens einer emittierenden Planfestlegung. Hierzu siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Betroffenheit dieser beiden Kriterien. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen.
Kreis Mettmann **Ratingen**	
Rat_003_B_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Wohnen, schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf schutzwürdige Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vorkommen einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld wird auf die oben stehenden Ausführungen verwiesen. Die Darstellung betrifft außerdem klimarelevante Böden in einem schmalen Streifen im Zentrum des Plangebietes. Aufgrund der Lage des Schutzgutes ist ein veränderter Zuschnitt der Darstellung nicht möglich; da es sich jedoch um eine Inanspruchnahme in untergeordnetem Flächenumfang handelt, kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise hierauf eingegangen werden. An der Flächendarstellung wird festgehalten, da die vorgenannten Umweltauswirkungen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung in Ratingen entgegenstehen.
Rat_016_ASB	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Wohnen, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden und

Stand: Vorlage der Auslegungsbekanntmachung

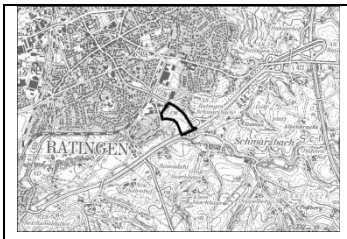
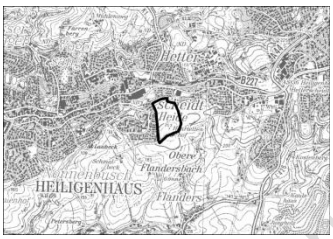
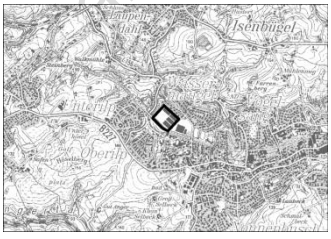
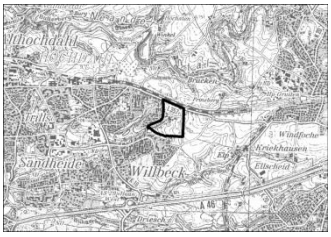
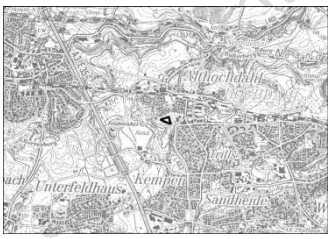
	bedeutende Kulturlandschaften. Diese ASB-Ergänzung ist ausschließlich für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Daher können die Auswirkungen auf das Schutzgut Wohnen hier nachrangig behandelt werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vorkommen einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld wird auf die oben stehenden Ausführungen verwiesen. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Ratinger Sandberge) und die im Südwesten liegende Inanspruchnahme des bedeutenden Kulturlandschaftsraumes kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Aufgrund der guten räumlichen Lage (nördlich der BAB 44, Anschlussstelle Ratingen Schwarzbach) und als Ergänzung des nördlichen angrenzenden ASB (Gewerbeflächen im FNP der Stadt Ratingen) wird trotz der Inanspruchnahme klimarelevanter Böden an der Darstellung festgehalten.
Rat_012__ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Wohnen, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden sowie auf das Landschaftsbild. Der Bereich liegt im direkten Anschluss an den Siedlungskörper von Ratingen-Lintorf. Die Darstellung des Bereiches dient der Deckung des Bedarfes an Siedlungsfläche im betreffenden Raum. An der Darstellung wird festgehalten.
Heiligenhaus	
Hei_001_A_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und schutzwürdige Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Der Bereich liegt relativ zentrumsnah im Stadtgebiet von Heiligenhaus. Die Darstellung des Bereiches ist für die Deckung des Bedarfes der Stadt Heiligenhaus an Siedlungsfläche notwendig. Die Stadt hat für den Bereich bereits eine erste Grobkonzeption erarbeitet. An der Darstellung wird festgehalten.
Hei_002_C_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, Biotopverbundflächen, schutzwürdige Böden, geschützte Landschaftsbestandteile. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Me-22_Vogelsangbachtal) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Die Biotopverbundfläche (VB-D.4607-023_Rinderbachtal) und der geschützte Landschaftsbestandteil (LB:B 2.8-91_Ehemalige Trasse Niederbergbahn) werden lediglich in untergeordnetem Umfang randlich betroffen; auch hierauf kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Der Bereich liegt zent-

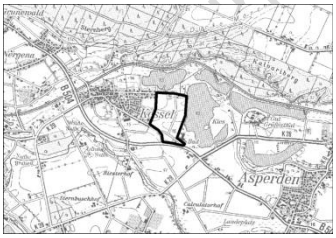
Bild: Unterlagen für die Aufstellungsbeschluss

	rumsnah mit einer siedlungsstrukturell guten Ausstattung im Stadtgebiet von Heiligenhaus. Er ist baulich vorgeprägt. An der Darstellung wird festgehalten.
Hei_003__ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, das Landschaftsbild und schutzwürdige Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Me-053_Angertal) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Bei dem Bereich handelt es sich um eine sinnvolle Ergänzung der bestehenden Siedlungsflächen südlich der Höseler Straße. Aufgrund dieser Vorprägung wird auch die ermittelte Erheblichkeit hinsichtlich der Wirkungen auf das Landschaftsbild in Kauf genommen.
Erkrath	
Erk_007_A_ASBRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Wohnen, schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Klimarelevante Böden sind nur in sehr untergeordnetem Umfang randlich betroffen; hierauf kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vorkommen einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld wird auf die oben stehenden Ausführungen verwiesen. Es handelt sich bei diesem Bereich um die einzige, größere zusammenhängende Reservefläche im Stadtgebiet von Erkrath. Obwohl der Bereich nicht im Ranking von „In und Um Düsseldorf“ gelistet wurde, liegt er günstig am S-Bahnhaltepunkt Hochdahl. An der Darstellung wird festgehalten.
Erk_012_ASB/ Erk_013_ASB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf das Kriterium Wohnen, ein Naturschutzgebiet sowie einem schutzwürdigem Biotop, einer Biotopverbundfläche und der Bodenfunktion. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Gleiches gilt in Bezug auf das Vorhandensein einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld (Kriterium Wohnen). Die Stadt Erkrath plant an diesem Standort den Neubau einer Feuer- u. Rettungswache und hat dazu sechs Standortalternativen geprüft. Die Untersuchung hat gezeigt, dass der Standort Cleverfeld nach einsatzstrategischen Betrachtungen der beste Standort ist. Die Artenschutzprüfung (ASP) I+ II zur geplanten Hauptfeuerwache am Cleverfeld hat ergeben, dass unter Berücksichtigung der Maßnahmen zur Vermeidung und Risikominderung keine Verletzung der Verbotstatbestände des §44(1) BNatSchG zu erwarten sind. Die Stadt Erkrath hat darauf hingewiesen, dass ihrer Einschätzung nach die naturschutzfachliche Wertigkeit der fraglichen Fläche nicht hoch ist und nicht der Wertigkeit eines

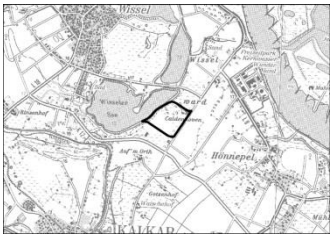
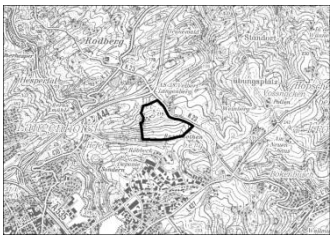
Unterlage für die Auslegung überarbeitet

	Naturschutzgebietes entspricht und daher auch die Bedeutung für den Biotopverbund nicht als hoch einzuschätzen ist. Auch die Untere Landschaftsbehörde beim Kreis Mettmann vertritt die Auffassung, dass ein Beibehalt der Fläche innerhalb des Naturschutzgebietes nicht angezeigt ist. Das LANUV hat in Aussicht gestellt, dass der dortige Bereich des Biotopverbunds nach Eingang eines Abgrenzungsvorschlags und auf Vorschlag einer Ausgleichsfläche geprüft werden und daraufhin zurückgenommen werden könnte. Eine Klärung der Situation mittels der vorgesehenen Änderung der zeichnerischen Darstellung ist trotz der vergleichsweise geringen Flächengröße überdies erforderlich, da anderenfalls die zeichnerische Darstellung eines Bereichs für den Schutz der Natur einer Realisierung der Planung entgegenstünde. Vor diesem Hintergrund und angesichts der Dringlichkeit eines Baus einer neuen Feuer- und Rettungswache wird an der Darstellung festgehalten.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN B) ASB FÜR ZWECKGEBUNDE NUTZUNGEN (OHNE PLANZEICHEN BA)
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN BA) FERIENEINRICHTUNGEN UND FREIZEITANLAGEN	
Im Rahmen der Umweltprüfung sind die neuen ASB-E und noch nicht bauleitplanerisch umgesetzten ASB-E - Reserven des Regionalplanes GEP99, an welchen auch künftig festgehalten werden soll, einer räumlich-konkreten Prüfung unterzogen worden. Die planerische Gesamtkonzeption, welche im Gegenstromprinzip unter Berücksichtigung der Hinweise der Städte und Gemeinden in der Planungsregion erarbeitet wurde, ist Kap. 7.1.3 zu entnehmen.	
Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Goch	
Goc_005_ASBfzn (2104-ASBE19) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf schutzwürdige Biotope, Biotopverbundflächen, schutzwürdige Böden, unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften. Die schutzwürdigen Böden befinden sich fast flächendeckend um die bestehenden Seen, die der Grund sind für die Planung des ASB-E, so dass es nicht möglich ist, eine Alternative zu entwickeln. Zudem sind große Teile des ASB-E, welche den schutzwürdigen Boden überlagern bereits bauleitplanerisch umgesetzt. Eine Reduzierung des ASB-E im Bereich der schutzwürdigen Böden ist somit nicht umsetzbar. Schutzwürdige Biotope und Biotopverbundflächen sind kleinteilig im Norden des ASBE betroffen. Jedoch ist derzeit schon ersichtlich, dass auf der Bauleitplanebene (vgl. 83. FPÄ Goch) auf die naturräumlichen Gegebenheiten Rücksicht genommen wird. Die Kulturlandschaft Niers-Aue wird lediglich am Rand berührt, sodass trotz Umwelteinwirkungen an der Fläche festgehalten wird.

Entwurf zur internen Abstimmung für den Aufstellungsbeschluss

Kalkar	
Kal_014_ASBfzN  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf schutzwürdige Böden und unzerschnittene verkehrsarme Räume. Hinsichtlich der Auswirkungen auf schutzwürdige Böden wird auf die im Kapitel zu ASB stehenden Ausführungen verwiesen Die Inanspruchnahme des unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes wird aufgrund fehlender geeigneter Alternativen für eine Erweiterung des ASBfzN an den Wisseler Seen in Kauf genommen. Der unzerschnittene verkehrsarme Raum umfasst fast den gesamten Bereich des Wisseler Seen. Es gibt keine alternative Erweiterungsfläche außerhalb der UZV in Seenähe. Zudem ist der Bereich bereits im GEP99 für ein Ferienhausgebiet vorgesehen gewesen.
Velbert	
Vel_003_B_ASBfzN  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Wohnen und schutzwürdige Böden. Der ASB-Z (Sport und Freizeitanlage) ist ausschließlich für eine Sport- und Freizeitnutzung vorgesehen. Daher können die Auswirkungen durch die stark emittierende BAB 44 im Umfeld hier nachrangig behandelt werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf das Vorkommen einer stark emittierenden Planfestlegung im Umfeld wird auf die im Kapitel zu ASB stehenden Ausführungen verwiesen. Schutzwürdige Böden sind randlich im Süden des ASB-Z betroffen. Auf diese Schutzfunktion kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN C) BEREICHE FÜR GEWERBLICHE UND INDUSTRIELLE NUTZUNGEN (OHNE PLANZEICHEN CA) UND ASB FÜR GEWERBE

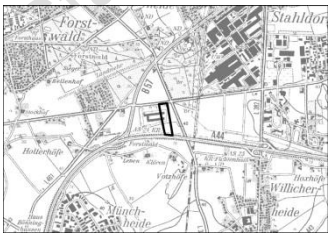
Im Rahmen der Umweltprüfung sind sowohl GIB-Neudarstellungen als auch geeignete regionalplanerische GIB-Reserven des Regionalplanes GEP'99, an welchen auch künftig festgehalten werden soll, einer räumlich-konkreten Prüfung unterzogen worden. Gleiches gilt für neue ASB für Gewerbe. Die Festlegungen sind Teil einer begründeten planerischen Gesamtkonzeption, welche im Gegenstromprinzip unter Berücksichtigung der Hinweise der Städte und Gemeinden in der Planungsregion erarbeitet wurden. Die Konzeption für die zeichnerische Darstellung der GIB, wie sie in Kapitel 7.1.4 der Begründung dargestellt ist, hat neben vier anderen wesentlichen Zielsetzungen als grundlegendes Ziel möglichst restriktionsfreie Bereiche im Sinne des Natur- und Umweltschutzes auszuwählen. Trotz allem verbleiben Flächen, deren Festlegung gemäß Ergebnis des Umweltberichtes erhebliche Umweltauswirkungen erwarten lässt. Diese Umweltauswirkungen und der Eingriff in den Naturhaushalt durch die Entwicklung der Flächenpotentiale werden durch den Belang der bedarfsgerechten Entwicklung von gewerblich genutzten Bereichen begründet. Der Umgang mit den als kritisch bewerteten Flächen wird nachfolgend erläutert und ein Festhalten an Flächendarstellungen besonders begründet.

Im Zuge der Auswertung der Prüfbogenergebnisse zu dieser Bereichsdarstellung haben bestimmte Kriterien der Umweltprüfung häufiger zu einer Erheblichkeitsbewertung von Flächen geführt. Um unnötige Doppelungen innerhalb einzelner Flächenbeschreibungen zu vermeiden, soll die Betroffenheit des Schutzgutes Boden (mit dem Kriterium besonders schutzwürdige Böden) einer allgemeinen Abwägung zugeführt werden.

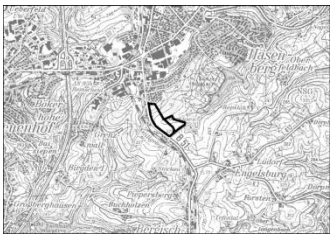
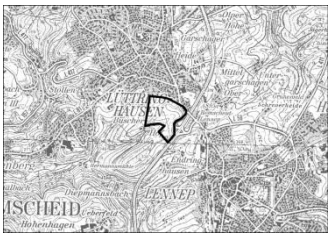
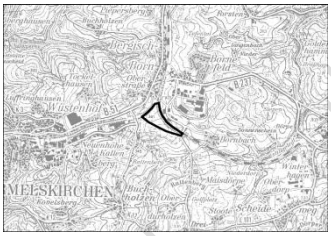
<u>- Schutzgut Boden - Kriterium: Vorkommen schutzwürdiger Böden:</u>
Wie aus dem Umweltbericht hervorgeht und anhand der nachfolgenden zusammengefassten Ergebnisse nochmals dokumentiert wird, ist die Betroffenheit schutzwürdiger Böden eines der Kriterien, welches im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung bei zahlreichen Plandarstellungen zu einer Ein-

Stand: Offenlage für das Anhörungsverfahren

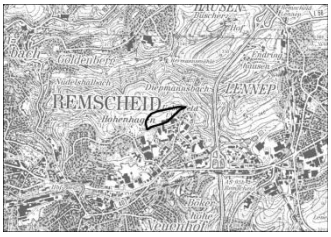
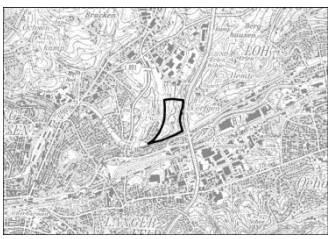
stufung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen als „erheblich“ führt. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass der Anteil der schutzwürdigen Böden (Schutzwürdigkeit hoch – sehr hoch) an der Gesamtfläche in der Planungsregion bei rund 30% liegt. Daran haben die Böden mit Filter- und Pufferfunktion einen Anteil von rund 84%, während Böden mit Biotopentwicklungsfunktion mit einem Anteil von 12% und Böden mit Archivfunktion mit einem Anteil von knapp 4% an den oben genannten schutzwürdigen Böden vertreten sind. Bezogen auf die Gesamtfläche beträgt dieser Anteil, differenziert nach den einzelnen Funktionen 26 % (Filter- und Pufferfunktion), 3,7 % (Biotopentwicklungsfunktion) bzw. ca. 1% (Archivfunktion) (Geologischer Dienst NRW 2012). Aus der sehr unterschiedlichen flächenmäßigen Verbreitung der schutzwürdigen Böden - je nach der betroffenen Bodenteilfunktion – ist erkennbar, dass eine der Schutzwürdigkeit angemessene Berücksichtigung nur bedingt auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen kann. Soweit in einzelnen Teilregionen, wie z.B. in einigen Städten und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss, schutzwürdige Böden nahezu flächendeckend verbreitet sind, handelt es sich dabei weit überwiegend um schutzwürdige Böden mit Filter- und Pufferfunktion. Insbesondere diese schutzwürdigen Böden können daher bei der Darstellung neuer Siedlungsbereiche, soweit ein Bedarf hierfür vorliegt, weder auf der Ebene der Regionalplanung noch auf nachfolgenden Planungsebenen vollständig ausgenommen werden. Dies gilt insbesondere, wenn gleichzeitig weitere Schutzgüter und die in Kapitel 7.1.4. der Begründung dargelegten weiteren Anforderungen aus siedlungsstruktureller Sicht berücksichtigt werden sollen. Für schutzwürdige Böden mit der Boden(teil-)funktion Biotopentwicklung gilt, dass sie einer erhöhten Abwägung unterliegen, wenn die tatsächliche Bedeutung der Bodenfunktion durch die naturschutzfachliche Bewertung (Biotopverbund) gestützt wird und es dadurch zu einer Einstufungen der Umweltauswirkungen als erheblich kommt; sofern Archivböden im Bereich von ASB-GE- und GIB- Darstellungen liegen, können diese auf der Grundlage großmaßstäbiger Karten auf den nachfolgenden Planungsebenen mit entsprechend höherer Detailschärfe angemessen berücksichtigt und von der Inanspruchnahme ausgenommen werden. Hierzu geben die Prüfbögen für die betroffenen Bereiche entsprechende Hinweise.
Im Rahmen der schutzgutübergreifenden Bewertung erfolgt eine zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen, in welchen die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf schutzwürdige Böden, als auch Art und Umfang der weiteren betroffenen Schutzgüter einfließen. Soweit trotz voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf schutzwürdige Böden an bestehenden Flächenreserven festgehalten wird oder neue GIB oder ASB-GE dargestellt werden, erfolgt dies mit Blick auf die Belange einer bedarfsgerechten Gewerbeflächenentwicklung. Insbesondere durch das Bestreben, raumordnerische Siedlungsbereichsdarstellungen auf die vorhandenen Infrastrukturen auszurichten, ergibt sich eine gewisse Standortgebundenheit bei der Darstellung neuer Bereiche. Diese Darstellungen sollen im Sinne der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung dazu beitragen, Zersiedlung und eine damit verbundene weitere Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden zu vermeiden. Insoweit muss der Belang des Bodenschutzes zu Gunsten einer effektiven und bezogen auf andere denkbare Planungsalternativen auch freiraumschonenden Neuausweisung von Siedlungsdarstellungen zurücktreten. Darüber hinaus kann die Berücksichtigung der in den Prüfbögen dargestellten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen und der Hinweise für eine weitergehende Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen dazu beitragen, dass die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen in den nachfolgenden Planungen reduziert oder ausgeschlossen werden können.

Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Krefeld	
Kre_070_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf eine geplante Schutzzone IIIA eines Wasserschutzgebietes. In der Stadt Krefeld stehen nur wenige Gewerbeflächen zur Option. Bei dieser Fläche handelt es sich um eine potentielle Erweiterungsfläche des bestehenden angrenzenden Betriebes. Die betroffene WSZ IIIa wird zudem nur randlich in Anspruch genommen. Vor dem Hintergrund des regionalplanerischen Maßstabs sind entsprechende Reaktionen hierauf im Rahmen nachfolgender Planungsschritte angemessen und möglich.

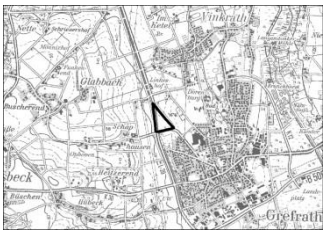
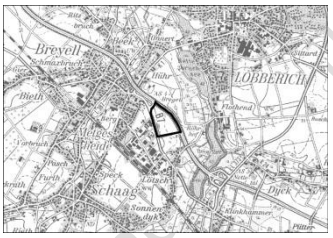
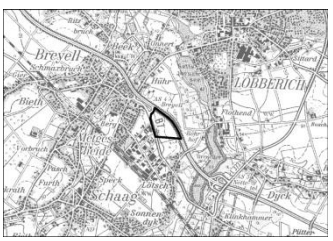
Entwurf zur Offenlegung

Remscheid	
Rem_030_ASBG / Rem_035_ASBfzN 	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die schutzwürdige Böden, Naturschutzgebiete(im Umfeld) und Wasserschutzgebiete. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung gegenüber. In der Stadt Remscheid stehen aufgrund der Topografie und einem Gewerbeflächenbedarf nur wenige Flächen zur Option. Der Standort ergänzt den Siedlungsraum Remscheid-Lennep-Hasenberg. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Die betroffene WSZ IIIa wird nur randlich in Anspruch genommen. Vor dem Hintergrund des regionalplanerischen Maßstabs sind entsprechende Reaktionen hierauf im Rahmen nachfolgender Planungsschritte angemessen und möglich.
Rem_016_A_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige / klimarelevante Böden und bedeutende Kulturlandschaften. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung sowie des Vertrauensschutzes und der sonstigen Standorteignung als eine der letzten großen zusammenhängenden Reserven für gewerbliche Entwicklungen in Remscheid entgegen. Der Standort ist überwiegend im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Remscheid bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden.
Rem_019_A2_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden und Bodendenkmäler. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung sowie des Vertrauensschutzes und der sonstigen Standorteignung als eine der letzten großen zusammenhängenden Reserven für gewerbliche Entwicklungen in Remscheid entgegen. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Ebenso sind dort die Belange des Bodendenkmalschutzes weiter zu betrachten.
Rem_023_GIB	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige / klimarelevante Böden sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung der Stadt Remscheid entgegen. Der Standort ist überwiegend im rechtskräftigen

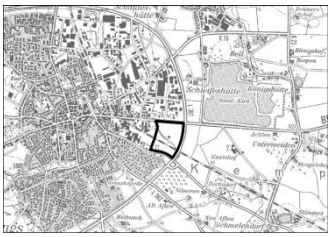
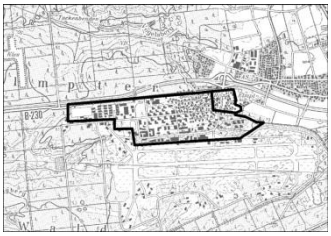
Stand: Vorlage für den Abstimmungsbeschluss

	Flächennutzungsplan der Stadt Remscheid bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Wupper östlich Wuppertal“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)
Rem_022_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete und schutzwürdige Böden und geschützte Landschaftsbestandteile. Diese Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung der Stadt Remscheid entgegen. Der Standort ist überwiegend im rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Remscheid bereits als gewerbliche Baufläche dargestellt. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet und die Inanspruchnahme von geschützten Landschaftsbestandteilen kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden.
Wuppertal	
Wup_060__GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige und klimarelevante Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG W-002_Dolinengelände) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die betroffenen schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Klimarelevante Böden sind von der Planung nur randlich in sehr untergeordnetem Flächenumfang betroffen; hierauf kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Aufgrund der guten Anbindung (BAB 46 und B51), der direkt angrenzenden vorhanden Gewerbeflächen, fehlender Alternativen und des im Siedlungsmonitoring 2012 von der Stadt Wuppertal nachgewiesenen Fehlbedarfes wird an der Planung festgehalten.
Wup_099_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG W-002_im Umfeld) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die betroffenen schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Auf die Auswirkungen auf die

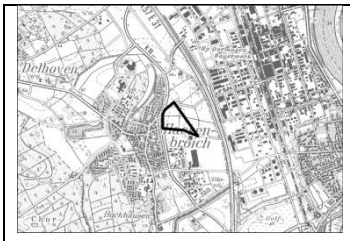
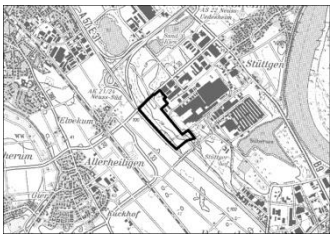
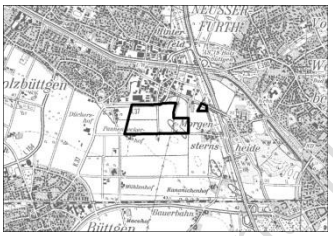
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	Klimarelevante Böden kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Aufgrund der guten Anbindung (BAB 1, B7 und B51), der direkt angrenzenden vorhanden Gewerbeflächen, fehlender Alternativen und des im Siedlungsmonitoring 2012 von der Stadt Wuppertal nachgewiesenen Fehlbedarfes wird an der Planung festgehalten.
Kreis Viersen	
Grefrath	
Gref_005_GISRES (2402-16)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion, bedeutender Kulturlandschaften (Nordkanal) sowie Bodendenkmäler (Nordkanal). Der Nordkanal ist an dieser Stelle eine an der Oberfläche nicht auszumachende Festlegung. Der Verlauf des Nordkanals kann im weiteren Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden. Die Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Siedlungsausweisung gegenüber. Der Standort in Grefrath liegt unmittelbar angrenzend an den vorhandenen GIB und ist infrastrukturell günstig gelegen. Als Gegenzug für die Darstellung wurde im Norden des vorhandenen Standortes eine in den Freiraum gerichtete Fläche gestrichen. Im Vergleich zu vielen anderen Standorten, wurde dieser Standort von der Gemeinde als entwicklungsfähig eingestuft (andere GIB-Reserven aus dem GEP99 wurden gestrichen und seitens der Gemeinde wurden hierzu Prioritäten vorgelegt). Deshalb soll der Standort trotz zu erwartender erheblicher Umweltauswirkungen im Plan dargestellt und als Entwicklungspotential bewertet werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden
Nettetal	
Net_012_G IB (2404-1)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion, des Landschaftsbildes und des Gewässerschutzes. Dabei gibt es eine sehr kleinräumige Überlagerung zwischen der südlich angrenzenden Wasserschutzzone IIIA und dem neuen GIB. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden. Aufgrund der Überschneidung mit der WSZIIIA wird der GIB reduziert und als Alternativenfläche erneut geprüft.
Net_012__GIB (2404-1) – Alternative  	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der alternativen Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und das Landschaftsbild. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von Schutzwürdigen Böden.

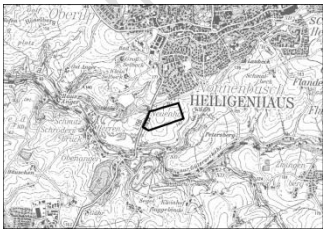
Stand der Planungen für den Anhörungsentwurf

	In der Alternativenprüfung konnte durch den veränderten Zuschnitt die Betroffenheit einer WSZ IIIA vermieden werden. Die Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung wird nur im äußersten süd-östlichen Bereich tangiert. Und dies auch nur im relevanten 300m Puffer Diese geringe Auswirkung wird zugunsten der Schaffung des GIB-Bereiches in Kauf genommen. Insgesamt kann die Fläche Net_012__GIB (2404-1) - Alternative als besser verträglich bewertet werden als die Fläche Net_012_GIB (2404-1).
Kempen	
Kem_006__GIBRES (2403-15) 	**Schutzgutübergreifend sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird mit folgendem Hinweis festgehalten.** Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden
Niederkrüchten	
Nie_004_GIB_Nie_004_A_ GIBfzN_E 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen auf geschützte Biotope, schutzwürdige Biotope und schutzwürdige Böden zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten, weil es sich um einen Standort für eine gewerbliche Entwicklung von besonderer Bedeutung für die Planungsregion Düsseldorf handelt. Die bisher militärisch genutzten und bereits bebauten Flächen sollen durch eine gewerbliche Nutzung nachgenutzt werden. Die bestehende Siedlungs- und Erschließungsstruktur, Größe und Lage im Raum (BAB Nähe) ermöglicht es, an dem Standort Flächen für große Betriebe vorzuhalten. Derartige Flächenpotenziale sind sehr selten in der Planungsregion Düsseldorf aufgrund der Siedlungsdichte und der Topographie. Es handelt sich um den einzigen Gewerbestandort in der Planungsregion, der u.a. für die Ansiedlung von flächenintensiven Betriebe >10 ha vorgehalten werden soll (siehe textliches Ziel). Zudem soll der Bedarf der Gemeinde Niederkrüchten an dem Standort gedeckt werden, da es keine besser geeigneten Alternativen in der Gemeinde gibt. Für die Inanspruchnahme spricht auch, dass es sich nicht – wie so oft bei neuen Siedlungsflächen – um landwirtschaftlich genutzte Flächen handelt, die dann der Landwirtschaft entzogen werden würden, sondern um die Nachnutzung militärischer Flächen, für die kein Bedarf mehr besteht. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden.
Rhein-Kreis Neuss Dormagen	
DOR_024_ASBG	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüf-

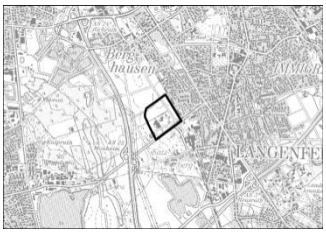
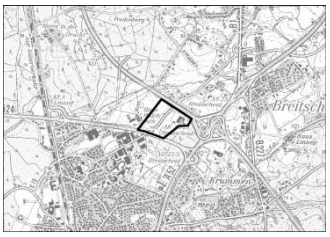
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	bogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie eines geschützten Landschaftsbestandteiles. Bzgl. der Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Abwägung im Falle der Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die im Plangebiet vorhandenen geschützten Landschaftsbestandteile sind sehr kleinteilig. Sie können ggf. im weiteren Bauleitplanverfahren berücksichtigt werden. Im Rahmen der Abwägung wird dieser Eingriff in Abwägung zum Flächenbedarf gestellt und in Kauf genommen. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden.
Neuss	
Neu_005__GIBRES (2307-R15) 	**Schutzgutübergreifend sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird unter nachfolgendem Hinweis festgehalten.** Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden.
Kaarst	
Kaa_006__ASBGRES 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie der Lage in einer WSZ IIIA. Zu den Bodenfunktionen siehe oben stehende Ausführung. Da die ASB Reserve zukünftig als ASB-GE für eine gewerbliche Entwicklung vorgesehen ist, ergibt sich hieraus eine Betroffenheit für die Umwelt und möglicherweise eine erhebliche Umweltauswirkung. Die Reserve ist dann nur eingeschränkt für eine gewerbliche Nutzung geeignet. Da jedoch die Anbindung und die infrastrukturelle Ausstattung der Fläche sehr gut ist und ein Bedarf in der Region besteht, soll an einer Darstellung als ASB-GE festgehalten werden und im weiteren Verfahren geprüft werden, ob die Reserve umsetzbar ist. Ggf. wird sie als ASB ohne Zweckbindung dargestellt und für eine wohnbauliche Nutzung umgesetzt.

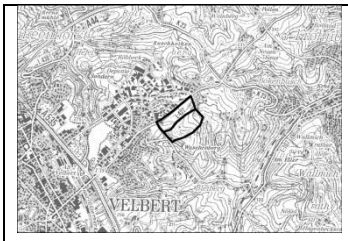
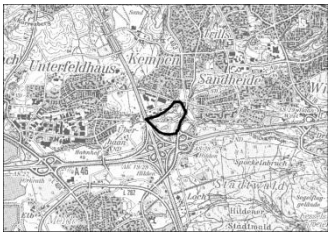
Stand: Unterlagen für den Auslegungsbeschluss

Kreis Mettmann	
Heiligenhaus	
Hei_003_A_ASBfGRES  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden, das Landschaftsbild und geschützte Landschaftsbestandteile. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Me-053_Angertal) und die Betroffenheit der geschützten Landschaftsbestandteile (LB: Quell- und Siepenbereich „Leibecker Bach“ und LB: Wäldchen „Werker Wald“) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Klimarelevante Böden sowie der relevante Pufferabstand zu einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung sind nur in sehr untergeordnetem Umfang randlich betroffen; auch hierauf kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Aufgrund der guten räumlichen Lage (nördlich der BAB 44, Anschlussstelle Heiligenhaus) und der fehlenden größeren zusammenhängenden Gewerbeflächen im Stadtgebiet der Stadt Heiligenhaus wird an der Darstellung festgehalten.
Hei_008__GIB  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige Böden, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Angertal), auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und die im Südwesten liegende kleinräumige Inanspruchnahme eines bedeutenden Kulturlandschaftsraumes (RPD 147_Angerbachtal/Schwarzbachtal/Homberger Hochfläche) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Aufgrund der guten räumlichen Lage (südlich der BAB 44, Anschlussstelle Heiligenhaus) und der fehlenden größeren zusammenhängenden Gewerbeflächen im Stadtgebiet der Stadt Heiligenhaus wird an der Darstellung festgehalten.
Hei_009__GIB  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf Naturschutzgebiete, Biotopverbundflächen, schutzwürdige Böden, unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. Auf die Nähe zum Naturschutzgebiet (NSG Angertal), der im westlichen Bereich des Plangebietes überlagernden Biotopverbundfläche (VB-D-4607-003_Baulofsbruch, Angerbachtal mit Nebentälern und Sandgrube in der Bracht), der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und der im Südwesten liegenden kleinräumigen Inanspruchnahme des bedeutenden Kulturlandschaftsraumes (RPD 147_Angerbachtal/Schwarzbachtal/Homberger Hochfläche) kann im Rahmen nachfolgender Planungen mit angemessenen Nutzungsformen

Entwurf. Unterlagen zur öffentlichen Auslegung

	eingegangen werden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Aufgrund der guten räumlichen Lage (südlich der BAB 44_Anschlussstelle Heiligenhaus) und der fehlenden größeren zusammenhängenden Gewerbeflächen im Stadtgebiet der Stadt Heiligenhaus wird an der Darstellung festgehalten.
Langenfeld	
Lan_014_ASBfzN 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Dies aufgrund der Betroffenheit schutzwürdiger Böden sowie eines Wasserschutzgebiet der Stufe IIIA (WSG Langenfeld Monheim). Unter Beachtung der Vorgaben zum Grundwasserschutz ist eine Realisierung gewerblicher Nutzungen grundsätzlich auch in der Wasserschutzzone IIIA möglich. Zur Deckung des Gewerbeflächenbedarfs der Stadt Langenfeld wird daher die Darstellung des ASB-GE vorgesehen. Gleichzeitig wird die zeichnerische Darstellung des Bereichs für den Grundwasser- und Gewässerschutz (BGG) jedoch beibehalten. Die textlichen Vorgaben des Kapitels 4.4.3 finden somit weiterhin Anwendung. Damit ist dem Belang des wasserwirtschaftlichen Vorsorgeprinzips in der kommunalen Bauleitplanung Rechnung zu tragen. Bzgl. der Bodenfunktion siehe vorlaufende Ausführung zur Abwägung bei Betroffenheit dieses Kriteriums.
Ratingen	
Rat_032_GIB 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf die Bodenfunktion sowie auf die Flächeninanspruchnahme eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiches. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Der Anregung der Stadt Ratingen im Bereich Ratingen Breitscheid westlich und östlich des Lintorfer Weges einen GIB darzustellen wird gefolgt. Der Bereich liegt zwischen den Autobahnen A52, A3 und A524. Die Neudarstellung GIB erfolgt in einer Größenordnung von ca. 24ha. Sie umfasst die bereits bestehende Kompostierungsanlage. Die eigentliche Potentialfläche wird aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten mit ca. 10ha festgesetzt. Im Rahmen der Bauleitplanung ist die Vernetzungsbeziehung zu der Biotopkatasterfläche BK 4607-0164 und dem bestehenden östliche Waldgebiet zu berücksichtigen. In Abstimmung mit der Landschaftsplanung sollte ein geeigneter großer Korridor für die vorkommenden Arten festgelegt werden, um die beeinträchtigten Vernetzungsbeziehungen soweit möglich zu gewährleisten. An der Darstellung wird festgehalten.
Velbert	
Vel_004_B__GIB, Vel_019__GIB	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Klimarelevante Böden sind nur in sehr untergeordnetem Umfang randlich betroffen; hierauf kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Aufgrund der guten räumlichen Lage als Ergänzung der nördlichen angrenzenden GIB (Gewerbegebiet Röbbeck) und des nachgewiesenen Fehlbedarfes der Stadt Velbert an verfügbaren, größeren und topografisch geeigneten Flächen, wird an der Darstellung festgehalten.
Erkrath	
Erk_006__ASBG 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten auf schutzwürdige Böden / klimarelevante Böden und Überschwemmungsgebiete. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die schutzwürdigen Böden siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Klimarelevante Böden sind nur in sehr untergeordnetem Umfang randlich betroffen; hierauf kann im Rahmen der nachfolgenden Bauleitplanung in angemessener Weise eingegangen werden. Aus regionalplanerischen Darstellungsgründen ist der gesamte Bereich als ASB-GE dargestellt. Auf das im Plangebiet befindliche Überschwemmungsgebiet HQ 100 Eselsbach, kann auf der nachfolgenden Bauleitplanebene eingegangen werden. Die im Prüfbogen angegebene Größe des Plangebietes von 16,7ha (brutto) lässt sich aufgrund der Restriktionen in diesem Bereich nur in einer Größenordnung von ca. 6ha für eine gewerbliche Entwicklung nutzen. Aufgrund der guten Anbindung an die BAB 46 wird an der Darstellung festgehalten.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN CA) ABFALLBEHANDLUNGSANLAGEN

Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN D) GIB FÜR FLÄCHENINTENSIVE GROßVORHABEN

Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN E) GIB FÜR ZWECKGEBUNDENE NUTZUNGEN (OHNE EA, EB UND EC)

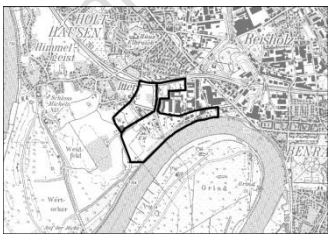
Im Zuge der Auswertung der Prüfbogenergebnisse zu dieser Bereichsdarstellung hat das Kriterium „schutzwürdiger Boden“ häufiger zu einer Erheblichkeitsbewertung von Flächen geführt. Um unnötige Doppelungen innerhalb einzelner Flächenbeschreibungen zu vermeiden, soll die Betroffenheit des Schutzgutes Boden (mit dem Kriterium besonders schutzwürdige Böden) einer allgemeinen Abwägung zugeführt werden.

- Schutzgut Boden – Kriterium: Vorkommen schutzwürdiger Böden:

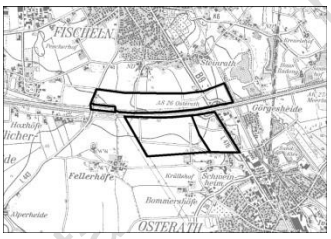
Wie aus dem Umweltbericht hervorgeht und anhand der nachfolgenden zusammengefassten Ergebnisse nochmals dokumentiert wird ist die Betroffenheit schutzwürdiger Böden eines der Kriterien, welches im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung bei zahlreichen Plandarstellungen zu einer Einstufung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen als „erheblich“ führt. Dies ist insbesondere darauf

Stadt Monheim am Rhein
Unterlagen für den Ausschuss

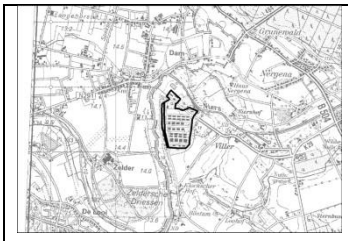
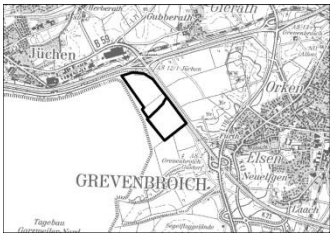
zurückzuführen, dass schutzwürdige Böden in der Planungsregion Düsseldorf weit verbreitet sind. Der Anteil der schutzwürdigen Böden (Schutzwürdigkeit hoch – sehr hoch) an der Gesamtfläche beträgt in der Planungsregion rund 30%. Daran haben die Böden mit Filter- und Pufferfunktion einen Anteil von rund 84%, während Böden mit Biotopentwicklungsfunktion mit einem Anteil von 12% und Böden mit Archivfunktion mit einem Anteil von knapp 4% an den oben genannten schutzwürdigen Böden vertreten sind. Bezogen auf die Gesamtfläche beträgt dieser Anteil, differenziert nach den einzelnen Funktionen 26 % (Filter- und Pufferfunktion, 3,7 % (Biotopentwicklungsfunktion) bzw. ca. 1% (Archivfunktion) (Geologischer Dienst NRW 2012). Aus der sehr unterschiedlichen flächenmäßigen Verbreitung der schutzwürdigen Böden - je nach der betroffenen Bodenteilfunktion ist erkennbar, dass eine der Schutzwürdigkeit angemessene Berücksichtigung nur bedingt auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen kann. Soweit in einzelnen Teilregionen, wie z.B. in einigen Städten und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss schutzwürdige Böden nahezu flächendeckend verbreitet sind, handelt es sich dabei weit überwiegend um schutzwürdige Böden mit Filter- und Pufferfunktion. Insbesondere diese schutzwürdigen Böden können daher bei der Darstellung neuer Siedlungsbereiche, soweit ein Bedarf hierfür vorliegt, weder auf der Ebene der Regionalplanung noch auf nachfolgenden Planungsebenen vollständig ausgenommen werden. Dies gilt insbesondere, wenn gleichzeitig weitere Schutzgüter und die in Kapitel 7.1.4 und 7.1.9 der Begründung dargelegten weiteren Anforderungen aus siedlungsstruktureller Sicht berücksichtigt werden sollen. Für schutzwürdige Böden mit der Boden(teil-)funktion Biotopentwicklung gilt, dass sie einer erhöhten Abwägung unterliegen, wenn die tatsächliche Bedeutung der Bodenfunktion durch die naturschutzfachliche Bewertung (Biotopverbund) gestützt wird und es dadurch zu einer Einstufungen der Umweltauswirkungen als erheblich kommt; sofern Archivböden im Bereich von Darstellungen für GIB für zweckgebundene Nutzungen liegen, können diese auf der Grundlage großmaßstäbiger Karten auf den nachfolgenden Planungsebenen mit entsprechend höherer Detailschärfe angemessen berücksichtigt und gegebenenfalls von der Inanspruchnahme ausgenommen werden. Hierzu geben die Prüfbögen für die betroffenen Bereiche entsprechende Hinweise.
Im Rahmen der schutzgutübergreifenden Bewertung erfolgt eine zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen, in welcher die voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf schutzwürdige Böden, als auch Art und Umfang der weiteren betroffenen Schutzgüter einfließen. Soweit trotz voraussichtlichen erheblichen Auswirkungen auf schutzwürdige Böden an bestehenden Flächenreserven festgehalten wird oder neue GIB mit Zweckbindung dargestellt werden, erfolgt dies mit Blick auf die Belange einer bedarfsgerechten Flächenentwicklung. Insbesondere durch das Bestreben, raumordnerische Siedlungsbereichsdarstellungen auf die vorhandenen Infrastrukturen auszurichten, ergibt sich eine gewisse Standortgebundenheit bei der Darstellung neuer Bereiche. Insoweit muss der Belang des Bodenschutzes zu Gunsten einer effektiven und bezogen auf andere denkbare Planungsalternativen auch freiraumschonenden Neuausweisung von Siedlungsdarstellungen zurücktreten. Darüber hinaus kann die Berücksichtigung der in den Prüfbögen dargestellten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen und der Hinweise für eine weitergehende Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen dazu beitragen, dass die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen in den nachfolgenden Planungen reduziert oder ausgeschlossen werden können.

Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Düsseldorf	
Düs_015_A_Hafen / Düs_098_Hafen 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen (teilweise mit Zweckbindung) wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit von lärmarmen Räumen mit herausragender Bedeutung, Vorkommens eines NSG im Umfeld, der Bodenfunktion, des Landschaftsbildes, der Inanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes sowie eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes. Die zeichnerische Darstellung der Häfen erfolgt unter Berücksichtigung der im Rahmen des Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzeptes des Landes NRW dargelegten entsprechenden Flächenbedarfe. Gleichzeitig wird angestrebt, die einzelnen Flächenabgrenzungen auf möglichst verträgliche Weise zu gestalten. Aus planerischen Erwägungen (siehe Kapitel 7.1.9 der Begründung) wird im Bereich Düs_098_Hafen auf die

Entwurf der Bezirksregierung Düsseldorf

	Darstellung der Zweckbindung als Standort des kombinierten Güterverkehrs verzichtet. Die Darstellung in Düsseldorf-Reisholz mit entsprechender Zweckbindung bleibt daher hinter dem im Umweltbericht untersuchten Flächenumfang zurück; der Bereich Düs_098_Hafen wird als Bereich für gewerbliche und industrielle Nutzungen ohne Zweckbindung dargestellt. Eine Inanspruchnahme des Überschwemmungsgebietes des Rheins erfolgt lediglich im engeren Uferbereich; da die Hafennutzung auf die Lage am Wasser angewiesen ist und die Inanspruchnahme nur einen sehr geringen Flächenumfang aufweist, wird an der Darstellung festgehalten. Der weitere Umgang mit dieser Thematik ist in nachfolgenden Fachverfahren zu klären. Die zeichnerische Darstellung ragt im südwestlichen Bereich in der Nähe des Uferbereichs in einem Flächenumfang von wenigen Hektar näher als 300 m an das Naturschutzgebiet Himmelgeister Rheinbogen und im unmittelbaren Uferbereich näher als 300 m an das Naturschutzgebiet Zonser Grind heran. Vor dem Hintergrund des Bedarfs an Umschlagflächen und angesichts der Lage dieser Flächen überwiegt hier der Belang der Sicherung von Flächen für die Hafennutzung. Vor dem Hintergrund des Flächenbedarfs sowohl für Hafenflächen als auch für GIB ohne Zweckbindung wird auch trotz der Inanspruchnahme eines lärmarmen Raumes von herausragender Bedeutung sowie der kleinflächigen Inanspruchnahme eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes und möglicher Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes an der Darstellung festgehalten. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)
Krefeld/Meerbusch	
Kre_069_GIBfzN / Mee_009_ASBfzN / Mee_010_GIBfzN / Will_031_GIBfzN  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion sowie eines regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereichs. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Eine Inanspruchnahme des Kulturlandschaftsbereiches Fellerhöfe/ Franzenzollhaus wird aufgrund des Bedarfs an gewerblichen Bauflächen in der Stadt Krefeld und aufgrund fehlender geeigneter Standorte in Kauf genommen. Zudem ist nur der Rand der Kulturlandschaft betroffen.
Goch	
Goc_014_GIBfzN / Goc_010__GIBfzN	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit eines Naturschutzgebietes im Umfeld (NSG Mühlenbruch) und eines schutzwürdigen Biotopes (BK-4202-013). Des Weiteren wurde die Flächeninanspruchnahme einer bedeutenden Kulturlandschaft

Stadt Krefeld – Vorlage für den Aufstellungsbeschluss

	festgestellt. Es handelt sich bei dem Standort in Goch um eine Konversionsfläche, die als Sonderstandort gewertet wird. Es ist vorgesehen, die bereits bestehenden Hallen und versiegelten Flächen zu nutzen. Die festgestellten möglichen erheblichen Umweltauswirkungen stehen dem Belang der Brachflächenumnutzung und des Flächensparens gegenüber. Durch die Umnutzung der bestehenden Gebäude ist es möglich, andernorts unversiegelten Freiraum (z.B. landwirtschaftlich genutzte Fläche) zu schonen. Das Biotop BK-4202-013, der unzerschnittene verkehrsarme Raum und die Kulturlandschaft überlagern großräumig des gesamten Konversionsstandort und damit auch die bereits bestehenden Hallen. Da keine bauliche Verdichtung vorgesehen ist, wird an der Flächendarstellung trotz möglicher erheblicher Umweltauswirkungen festgehalten.
Jüchen / Grevenbroich	
Jüc_009__GIBfzN Grev_042_GIBfzN  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. . Des Weiteren ergeben sich Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. Der Standort ist jedoch besonders geeignet für die vorgesehene Entwicklung eines GIBfzN, da es sich um einen bimodalen Standort handelt und zudem ein Güterverteilzentrum im Norden entwickelt werden soll. Zudem ist angrenzend keine Wohnbebauung. Es gibt in der Planungsregion nur wenige Standorte mit einer vergleichbar guten Anbindung, gleichzeitig gibt es einen großen Bedarf an gewerblichen Bauflächen, die sich für die Ansiedlung von flächenintensiven Betrieben eignen. . Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN EA) ÜBERTÄGIGE BETRIEBSANLAGEN UND EINRICHTUNGEN DES BERGBAUS

Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN EB) STANDORTE DES KOMBINIERTEN GÜTERVERKEHRS

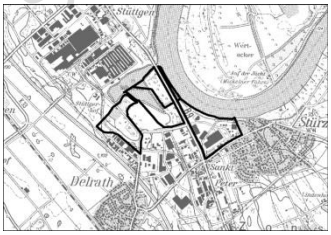
Im Zuge der Auswertung der Prüfbogenergebnisse zu dieser Bereichsdarstellung haben bestimmte Kriterien der Umweltprüfung häufiger zu einer Erheblichkeitsbewertung von Flächen geführt. Um unnötige Doppelungen innerhalb einzelner Flächenbeschreibungen zu vermeiden, soll die Betroffenheit des Schutzgutes Boden (mit dem Kriterium besonders schutzwürdige Böden) einer allgemeinen Abwägung zugeführt werden.

<u>- Schutzgut Boden - Kriterium: Vorkommen schutzwürdiger Böden:</u>
Wie aus dem Umweltbericht hervorgeht und anhand der nachfolgenden zusammengefassten Ergeb-

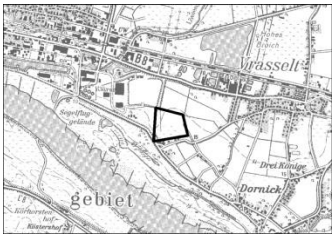
Stand: Unterlagen für den Kreistag

nisse nochmals dokumentiert wird, ist die Betroffenheit schutzwürdiger Böden eines der Kriterien, welche im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung bei zahlreichen Plandarstellungen zu einer Einstufung der voraussichtlichen Umweltauswirkungen als „erheblich“ führen. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass schutzwürdige Böden in der Planungsregion Düsseldorf weit verbreitet sind. Der Anteil der schutzwürdigen Böden (Schutzwürdigkeit hoch – sehr hoch) an der Gesamtfläche beträgt in der Planungsregion rund 30%. Daran haben die Böden mit Filter- und Pufferfunktion einen Anteil von rund 84%, während Böden mit Biotopentwicklungsfunktion mit einem Anteil von 12% und Böden mit Archivfunktion mit einem Anteil von knapp 4% an den oben genannten schutzwürdigen Böden vertreten sind. Bezogen auf die Gesamtfläche beträgt dieser Anteil, differenziert nach den einzelnen Funktionen 26 % (Filter- und Pufferfunktion, 3,7 % (Biotopentwicklungsfunktion) bzw. ca. 1% (Archivfunktion) (Geologischer Dienst NRW 2012). Aus der sehr unterschiedlichen flächenmäßigen Verbreitung der schutzwürdigen Böden - je nach der betroffenen Bodenteilfunktion ist erkennbar, dass eine der Schutzwürdigkeit angemessene Berücksichtigung nur bedingt auf der Ebene der Regionalplanung erfolgen kann. Soweit in einzelnen Teilregionen, wie z.B. in einigen Städten und Gemeinden im Rhein-Kreis Neuss schutzwürdige Böden nahezu flächendeckend verbreitet sind, handelt es sich dabei weit überwiegend um schutzwürdige Böden mit Filter- und Pufferfunktion. Insbesondere diese schutzwürdigen Böden können daher bei neuen Bereichsdarstellungen, weder auf der Ebene der Regionalplanung noch auf nachfolgenden Planungsebenen vollständig ausgenommen werden. Dies gilt insbesondere, wenn gleichzeitig weitere Schutzgüter und die in Kapitel 7.1.9. der Begründung dargelegten weiteren Anforderungen an die Deckung des voraussichtlichen quantitativen Bedarfes an Hafenflächen berücksichtigt werden sollen. Für schutzwürdige Böden mit der Boden(teil-)funktion Biotopentwicklung gilt, dass sie einer erhöhten Abwägung unterliegen, wenn die tatsächliche Bedeutung der Bodenfunktion durch die naturschutzfachliche Bewertung (Biotopverbund) gestützt wird und es dadurch zu einer Einstufungen der Umweltauswirkungen als erheblich kommt.
Im Rahmen der schutzgutübergreifenden Bewertung erfolgt eine zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen, in die voraussichtliche erhebliche Auswirkungen auf schutzwürdige Böden, als auch Art und Umfang der weiteren betroffenen Schutzgüter einfließen. Soweit trotz voraussichtlicher erheblicher Auswirkungen auf schutzwürdige Böden an bestehenden Flächenreserven festgehalten wird oder neue Standorte dargestellt werden, erfolgt dies mit Blick auf die Belange einer bedarfsgerechten Entwicklung von Standorten des kombinierten Güterverkehrs. Insbesondere durch das Bestreben, derartige Bereichsdarstellungen auf die vorhandenen Infrastrukturen auszurichten, ergibt sich bei der Darstellung neuer Standorte eine gewisse Standortgebundenheit. Diese Darstellungen sollen im Sinne der bedarfsgerechten Siedlungsentwicklung dazu beitragen, Zersiedlung und eine damit verbundene weitere Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden zu vermeiden. Insoweit muss der Belang des Bodenschutzes zu Gunsten einer effektiven und bezogen auf andere denkbare Planungsalternativen auch freiraumschonenden Neuausweisung von Standorten des kombinierten Güterverkehrs zurücktreten. Darüber hinaus kann die Berücksichtigung der in den Prüfbögen dargestellten Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen und der Hinweise für eine weitergehende Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen dazu beitragen, dass die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen in den nachfolgenden Planungen reduziert oder ausgeschlossen werden können.

Dormagen

Dor_027__HAFEN (2301-43.10-B), Neu_001__HAFEN (2307-26), Dor_19__GIB (2301-43.10) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen bei sechs Kriterien (Naturschutzgebiet im Umfeld, schutzwürdige Biotope im Umfeld, schutzwürdige Böden, Überschwemmungsgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume, geschützter Landschaftsbestandteil) zu erwarten. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Alle anderen Belange werden den Bedarfen für Hafenflächen und für Gewerbe- und Industrieflächen gegenübergestellt. Aufgrund der Lage zwischen vorhandenen großen Gewerbe- und Industriebereichen, der Anbindung an den Rhein und an die vorhandene Schienentrasse eignet sich dieser Standort besonders für die kombinierte Entwicklung eines Hafenbereiches und eines industriellen Bereiches. Auch die Vorbelastung/Kontamination größerer Flächenanteile (Stichwort Zinkhütte) spricht für eine Wiedernutzung des Bereiches. Im Rahmen der Abwä-

Stand: Unterlagen für den Offenlegungsbeschluss

	gung werden die erheblichen Umweltauswirkungen in Abgleich mit den genannten Argumenten in Kauf genommen. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden.
Emmerich	
Emm_010_HAFEN (2102-17)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien schutzwürdige Böden, das Landschaftsbild und unzerschnittene verkehrsarme Räume. Hinsichtlich der Auswirkungen auf die Bodenfunktion siehe oben stehende Ausführungen zur Inanspruchnahme von schutzwürdigen Böden. Die genannten Umweltauswirkungen stehen dem Belang der bedarfsgerechten Bereitstellung von Hafenflächen entgegen. Da Hafenflächen überdies eine hohe Standortgebundenheit aufweisen, wird trotz der Inanspruchnahme eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raums an der Darstellung festgehalten. Ergänzend zu den Erkenntnissen aus dem Umweltbericht und der Umweltprüfung hat sich im Rahmen der Hausabstimmung ergeben, dass das Plangebiet innerhalb des Achtungsabstandes eines Betriebsbereiches nach der Störfall-Verordnung (12. BImschV) liegt. Im weiteren Bauleitplanverfahren bzw. in einer Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen ist sicherzustellen, dass keine schutzbedürftigen Nutzungen geplant werden. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Dornicksche Ward““ sowie zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurden Vorprüfungen durchgeführt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)

SIEDLUNGSRAUM PLANZEICHEN EC) KRAFTWERKE UND EINSCHLÄGIGE NEBENBETRIEBE
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

Steuerungsunterlage für den Aufstellungsbeschluss

9.4.2.2 Freiraum

FREIRAUM - PLANZEICHEN A) ALLGEMEINE FREIRAUM- UND AGRARBEREICHE
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

FREIRAUM PLANZEICHEN B) WALDBEREICHE
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

FREIRAUM PLANZEICHEN C) OBERFLÄCHENGEWÄSSER
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

FREIRAUM PLANZEICHEN DA) SCHUTZ DER NATUR
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

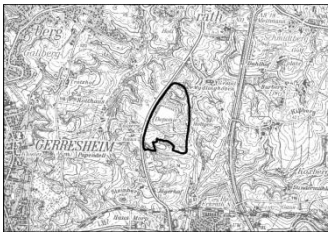
FREIRAUM PLANZEICHEN DB) SCHUTZ DER LANDSCHAFT UND LANDSCHAFTSORIENTIERTE ERHOLUNG
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.
FREIRAUM PLANZEICHEN DC) REGIONALE GRÜNZÜGE
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

FREIRAUM PLANZEICHEN DD) GRUNDWASSER- UND GEWÄSSERSCHUTZ
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

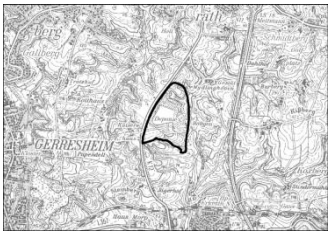
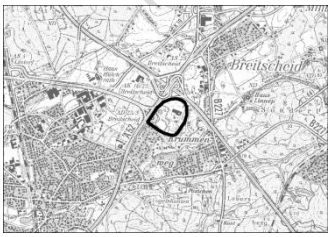
Stand Umweltbericht für das Aufstellungsbeschluss

FREIRAUM PLANZEICHEN DE) ÜBERSCHWEMMUNGSBEREICHE
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

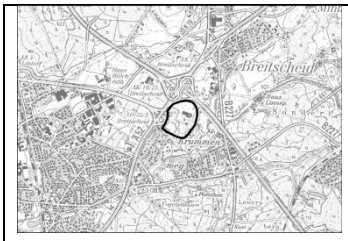
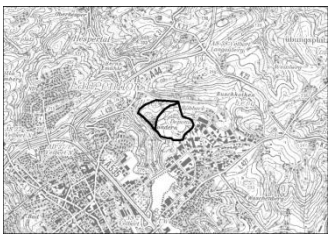
FREIRAUM PLANZEICHEN EA) AUFSCHÜTTUNGEN UND ABLAGERUNGEN (OHNE EA-1 UND EA-2)
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

FREIRAUM PLANZEICHEN EA-1) ABFALLDEPONIEN	
Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Düsseldorf	
DÜS_084_HALDE (0011-Vorschlag 28 Hausabst.)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Naturschutzgebiete D-004 („Rotthaeuser Bachtal“, im Umfeld), ME-006 („Morper Bachtal“, im Umfeld), sowie ME-039 bzw. D-006 („Hubbelrather Bachtal“, im Plangebiet und im Umfeld), der schutzwürdigen Biotope BK-4707-078 („Überwachsene Mülldeponie westlich NSG Hubbelrather Bachtal“, im Plangebiet, lokale Bedeutung) und BK-4707-904 („NSG Hubbelrather Bachtal“, im Plangebiet und Umfeld, regionale Bedeutung), der Biotopverbundfläche VB-D-4707-813 („Hubbelrather Bachtal“, herausragende Bedeutung) sowie der Lage in schutzwürdigen Böden (Parabraunerde, Kolluvisol). Es wurde eine Alternativenprüfung durchgeführt. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Rotthäuser und Morper Bachtal“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)

Stand: Unterlagen zur Aufstellungsbeschluss

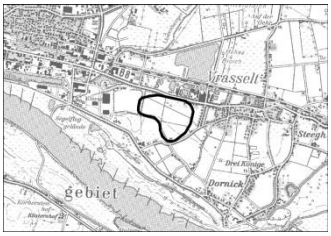
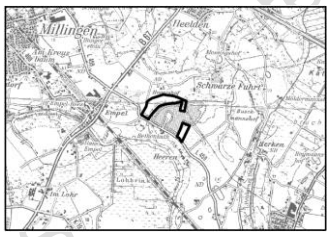
Düs_084_A_Halde - Alternative  	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der alternativen Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit eines Naturschutzgebiets, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche und schutzwürdige Böden. In der Alternativenprüfung konnten durch die Reduzierung der Fläche Waldbereiche ausgespart werden, sodass die Flächendarstellung Düs_084_A_Halde - Alternative insgesamt als besser verträglich bewertet werden kann als die Fläche DÜS_084_HALDE (0011-Vorschlag 28 Hausabst.). Die Bewertung hinsichtlich der Nicht-betroffenheit des FFH Gebietes gilt auch für diesen Zuschnitt. Naturschutzgebiete sowie Biotopverbundflächen werden – sofern überhaupt direkt betroffen - nur am Rande in untergeordnetem Flächenumfang tangiert. Hierauf kann auf nachfolgenden Planungsebenen in angemessener Weise reagiert werden; im regionalplanerischen Maßstab resultiert hieraus kein Erfordernis eines veränderten Flächenzuschnitts. Hinzu kommt, dass es sich bei dem in Rede stehenden Bereich um einen durch die bisherige Deponienutzung bereits deutlich vorgeprägten Raum handelt. Der LEP NRW sieht überdies vor, dass für Standorte raumbedeutsamer Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, in den Regionalplänen zeichnerische Darstellungen vorzusehen sind und dass bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen ist. Mit der zeichnerischen Darstellung im Regionalplan ist keine Entscheidung über die jeweils vorzusehende Deponieklasse verbunden. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf und insbesondere für den Planungsraum Düsseldorf ist ein Bedarf an Deponiekapazitäten insbesondere der Klassen I und II erkennbar. (vgl. Kapitel 7.2.10 der Begründung). Um vor diesem Hintergrund – unter Berücksichtigung von Standorten stillgelegter Deponien – durch ein ausreichendes Flächenangebot die Voraussetzungen für eine entstehungsortnahe Beseitigung im Planungsraum zu erhalten und benötigte Deponiekapazitäten schaffen zu können wird trotz der o.g. Umweltauswirkungen an der Darstellung festgehalten.
Ratingen	
Rat_029__A_HALDE_E (2208-12)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Biotopverbundfläche Hummelsbach und Ratinger Waldsee, der Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden sowie der Lage von Naturschutzgebieten im Umfeld.
Rat_029_A_HALDE - Alternative	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der alternativen Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Biotopverbundfläche Hummelsbach und Ratinger

Entwurf. Unterlage für Offenlage und Abschluss

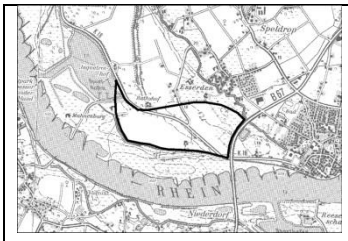
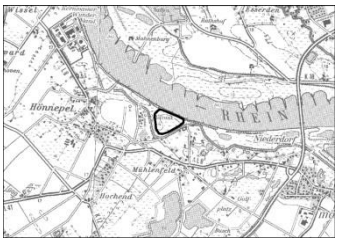
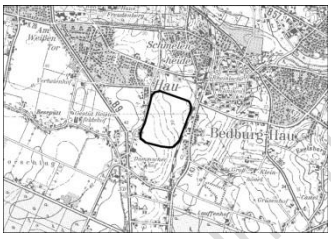
	Waldsee, der Inanspruchnahme schutzwürdiger Böden sowie der Lage von Naturschutzgebieten im Umfeld. In der Alternativenprüfung konnten durch die Reduzierung der Fläche Waldbereiche ausgespart werden, sodass die Flächendarstellung Rat_029_A_HALDE - Alternative insgesamt als besser verträglich bewertet werden kann als die Fläche Rat_029__A_HALDE_E (2208-12). Bei dem in Rede stehenden Bereich handelt es sich um einen durch die bisherige Deponienutzung bereits deutlich vorgeprägten Raum. Der LEP NRW sieht vor, dass Standorte für raumbedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, in den Regionalplänen zu sichern sind und dass bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen ist. Mit der zeichnerischen Darstellung im Regionalplan ist keine Entscheidung über die jeweils vorzusehende Deponieklasse verbunden. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf und insbesondere für den Planungsraum Düsseldorf ist ein Bedarf an Deponiekapazitäten insbesondere der Klassen I und II erkennbar. (vgl. Kapitel 7.2.10 der Begründung).Um vor diesem Hintergrund – unter Berücksichtigung von Standorte stillgelegter Deponien – durch ein ausreichendes Flächenangebot die Voraussetzungen für eine entstehungsortnahe Beseitigung im Planungsraum zu erhalten und benötigte Deponiekapazitäten schaffen zu können wird trotz der o.g. Umweltauswirkungen an der Darstellung festgehalten.
Vel_028_A_Halde / Vel_039_Halde 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Lage im Umfeld des Naturschutzgebietes Steinbruch Hefel und der im Randbereich der Darstellung gegebenen Betroffenheit der Bodenfunktion, hier auch klimarelevanten Böden. Bei dem in Rede stehenden Bereich handelt es sich um einen durch die bisherige Deponienutzung bereits deutlich vorgeprägten Raum. Der LEP NRW sieht vor, dass Standorte für raum-bedeutsame Deponien, die für die Entsorgung von Abfällen erforderlich sind, in den Regionalplänen zu sichern sind und dass bei der Planung neuer Deponiestandorte die Eignung stillgelegter Deponien als Standort zu prüfen ist. Mit der zeichnerischen Darstellung im Regionalplan ist keine Entscheidung über die jeweils vor-zusehende Deponieklasse verbunden. Für den Regierungsbezirk Düsseldorf und insbesondere für den Planungsraum Düsseldorf ist ein Bedarf an Deponiekapazitäten insbesondere der Klassen I und II erkennbar. (vgl. Kapitel 7.2.10 der Begründung). Um vor diesem Hintergrund – unter Berücksichtigung von Standorte stillgelegter Deponien – durch ein ausreichendes Flächenangebot die Voraussetzungen für eine entstehungsortnahe Beseitigung im Planungsraum zu erhalten und benötigte Deponiekapazitäten schaffen zu können wird trotz der o.g. Umweltauswirkungen an der Darstellung festgehalten.

FREIRAUM PLANZEICHEN EA-2) HALDEN
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

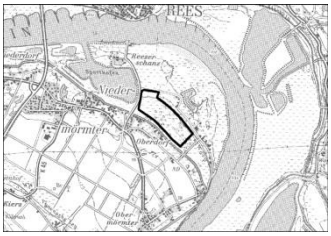
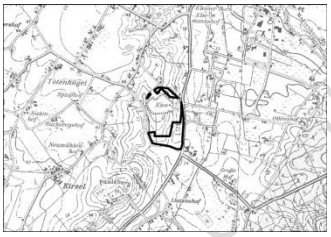
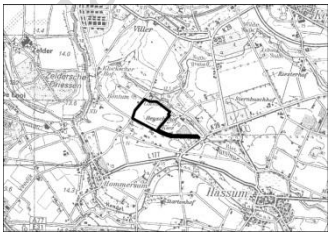
Stand: Unterlage für die Aufstellungsbeschluss

FREIRAUM PLANZEICHEN EB) SICHERUNG UND ABBAU OBERFLÄCHENNAHER BODENSCHÄTZE	
Zu den folgenden Themen wird vorab auf die Ausführungen in Kapitel 7.2.12.1.2 der Begründung verwiesen (Begründung für unveränderte Beibehaltung von BSAB-Darstellungen): • *Bodenfunktion:* • *Unzerschnittene Verkehrsarme Räume:* • *Bedeutende Kulturlandschaft:* • *FFH-/Vogelschutzgebiet:* • *Naturschutzgebiet:* • *Biotopstruktur und -vernetzung sowie Biotopverbund:* • *Überschwemmungsgebiete:* • *Lärmarme Räume:* • *Landschaftsbild:* • *Geschützte Landschaftsbestandteile:* • *Wasserschutzgebiete:* • *Kultur- und Bodendenkmale:* Sofern bereichsbezogen nachstehend nichts anderes vermerkt wird, geht das Interesse an der Darstellung aus den in Kapitel 7.2.12.1.2 genannten Gründen vor.	
Flächenbezeichnung	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
KLE03 (Emm_BSAB_0300U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. An der Flächendarstellung wird festgehalten.
KLE05 (Ree_BSAB_0100U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE09 (Ree_021_BSAB)	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiete, die Bodenfunktion, den Biotopverbund sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, Überschwemmungsgebiete, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. Hinsichtlich der Betroffenheit des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein wurde eine FFH-Verträglichkeitsstudie erarbeitet. Diese Studie war fortlaufend Teil des Umweltberichtes im Anhang B und somit auch Bestandteil der erfolgten Offenlagen und Erörterungen im Prozess der

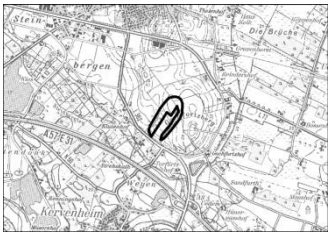
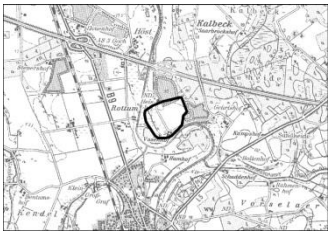
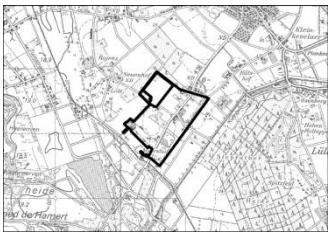
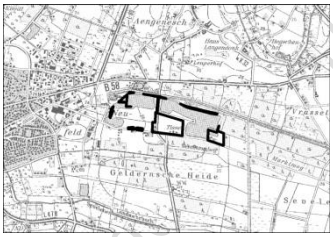
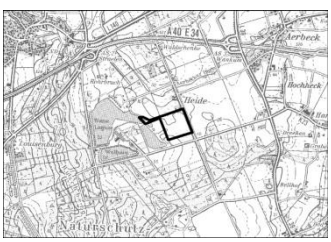
Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	Planaufstellung. Sie kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Planung das Natura 2000 Gebiet in seinen Erhaltungszielen in maßgeblichen Bestandteilen erheblich beeinträchtigen wird. Die Realisierung dieser Planfestlegung ist jedoch aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art gerechtfertigt, es gibt keine zumutbare Alternative. Ferner wird durch ergänzende textliche Festlegungen sichergestellt, dass Abgrabungsvorhaben in BSAB nicht zu einer Verringerung der gesicherten Gänseäsungsmöglichkeiten führen dürfen (Wahrung der Kohärenz des Natura 2000-Gebietes). Deshalb wird eine Ausnahme gem. § 34 Abs. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG begründet. Verwiesen wird in diesem Kontext auf Eintragungen zur Thematik in Kap. 7.2.12.1.2 der Begründung. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE12 (Kal_BSAB_0300U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf ein Naturschutzgebiet, die Bodenfunktion, die Biotopstruktur, Überschwemmungsgebiete, das Landschaftsbild sowie lärmarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Rheinfischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef“ sowie zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurden Vorprüfungen durchgeführt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE13 (Bed_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

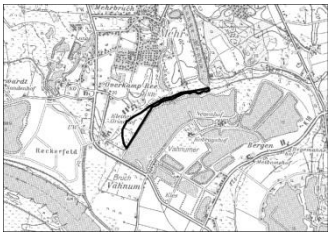
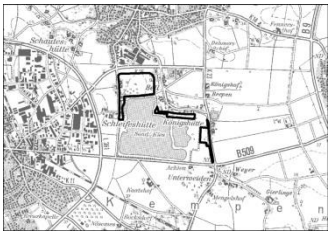
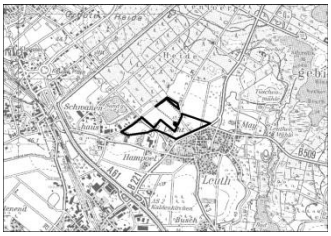
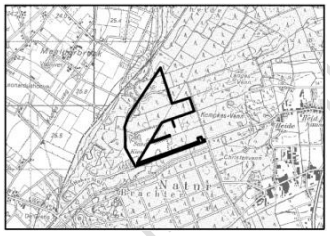
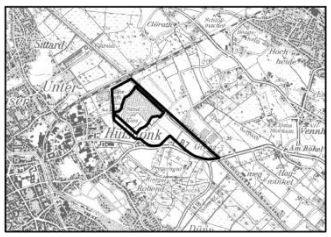
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

KLE18 (Kal_BSAB_0600U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiet, Wasserschutzgebiet (Reserve), die Biotopstruktur, Überschwemmungsgebiete, das Landschaftsbild Unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften. Hinsichtlich der Betroffenheit des Vogelschutzgebietes Unterer Niederrhein wurde eine FFH-Verträglichkeitsstudie erarbeitet. Diese Studie war fortlaufend Teil des Umweltberichtes im Anhang B und somit auch Bestandteil der erfolgten Offenlagen und Erörterungen im Prozess der Planaufstellung. Sie kommt insgesamt zu dem Ergebnis, dass die Planung das Natura 2000 Gebiet in seinen Erhaltungszielen in maßgeblichen Be-standteilen erheblich beeinträchtigen wird. Die Realisierung dieser Planfestlegung ist jedoch aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses, einschließlich solcher sozialer oder wirtschaftlicher Art gerechtfertigt, es gibt keine zumutbare Alternative. Ferner wird durch ergänzende textliche Festlegungen sichergestellt, dass Abgrabungsvorhaben in BSAB nicht zu einer Verringerung der gesicherten Gänseäsungsmöglichkeiten führen dürfen (Wahrung der Kohärenz des Natura 2000-Gebietes). Deshalb wird eine Ausnahme gem. § 34 Abs. 3 i.V.m. Abs. 5 BNatSchG begründet. Verwiesen wird in diesem Kontext auf Eintragungen zur Thematik in Kap. 7.2.12.1.2 der Begründung. (Hinweis: Für das in relevanten Abstand liegende FFH-Gebiet Reeser Schanz wurde im Rahmen einer Vorprüfung festgestellt, dass erhebliche Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele des Natura 2000 Gebietes offensichtlich ausgeschlossen werden können.) **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE23 (Kal_BSAB_0700U 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE24 (Goc_BSAB_0400U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf ein Naturschutzgebiet sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

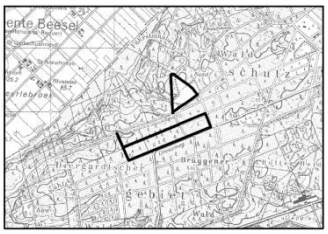
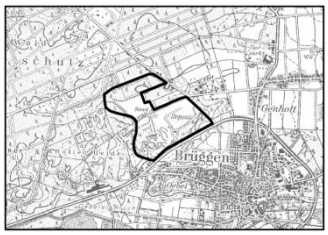
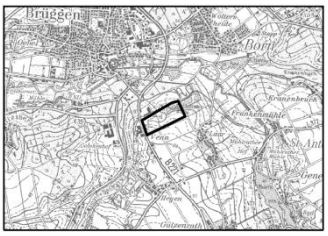
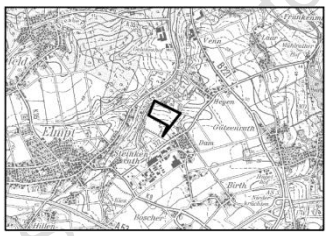
Entwurf zur Offenlage für den Aufstellungsbeschluss

KLE27 (Ued_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf geschützte Landschaftsbestandteile. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE28 (Wee_BSAB_0300U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, den Biotopverbund sowie auf Überschwemmungsgebiet. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE37 (Kev_BSAB_0200U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, die Biotopstruktur und den -verbund sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE38 (Gel_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Wasserschutzgebiete (festgesetzt und Reserve), unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
KLE 43 (Wac_BSAB_0400U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

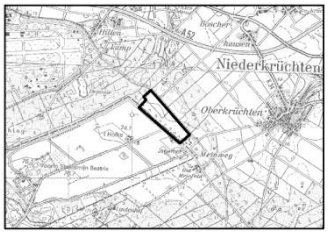
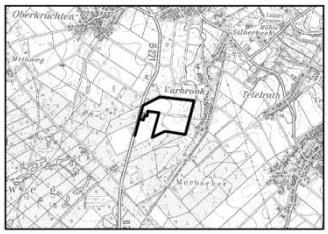
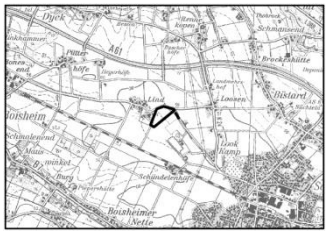
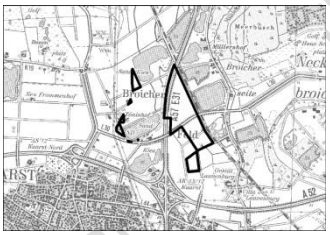
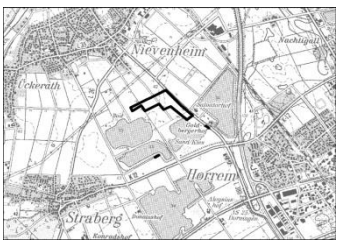
Stand für den Aufstellungsbeschluss

KLE46 (Ree_016_BSAB) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiete, geschützte Biotope, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, die Bodenfunktion, das Landschaftsbild sowie bedeutende Kulturlandschaften **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE03 (Kem_BSAB_0300U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf Wasserschutzgebiete. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE04 (Net_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Wasserschutzgebiete sowie Kultur-/Bodendenkmalen. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE08 (Bru_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf lärmarme Räume, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Biotope, den Biotopverbund, die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume, sowie Kulturdenkmäler/Bodendenkmäler. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE10 (Vie_BSAB_0200U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Naturschutzgebiete, schutzwürdige Biotope, den Biotopverbund, die Bodenfunktion, Überschwemmungsgebiete, sowie bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

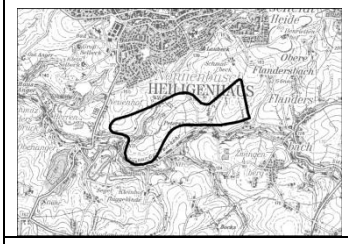
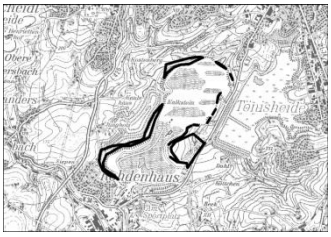
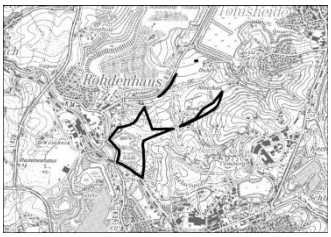
Stand: Entwurf für den Aufstellungsbeschluss

VIE11 (Bru_BSAB_0200U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf lärmarme Räume, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, die Bodenfunktion sowie unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE12 (Bru_BSAB_0300U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf lärmarme Räume, Naturschutzgebiete, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild sowie Kultur-/Bodendenkmalen. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE13 (Nie_BSAB_0100U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Naturschutzgebiete und das Landschaftsbild. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE15 (Nie_BSAB_0300U) 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Naturschutzgebiete, die Biotopstruktur und den –verbund, das Landschaftsbild sowie Wasserschutzgebiete. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

Synopse Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

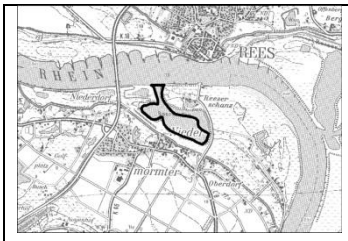
VIE16 (Nie_BSAB_0400U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und auf Wasserschutzgebiete. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE 17 (Nie_BSAB_05c00U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und das Landschaftsbild. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
VIE19 (Vie_BSAB_0300U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf Wasserschutzgebiete und bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
NE 01 Kaa_BSAB_0100U  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
NE02 (Dor_BSAB_0100U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und auf Wasserschutzgebiete. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

Stand Planen für den Aufstellungsbeschluss

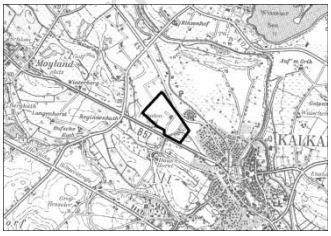
ME01 (Hei_BSAB_0100U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, ein Naturschutzgebiet, auf die Biotopstruktur sowie -vernetzung, Überschwemmungsgebiete, das Landschaftsbild bedeutende Kulturlandschaften und Kulturdenkmäler/Bodendenkmäler). **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
ME02 (Wue_BSAB_0100U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf geschützte Landschaftsbestandteile. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
ME03 (Wue_BSAB_0200U)  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf geschützte Landschaftsbestandteile. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
W04 (Haa_BSAB_0100U)  	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, ein Naturschutzgebiet und die Biotopstruktur. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

Entwurf: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

FREIRAUM PLANZEICHEN EC) SONSTIGE ZWECKBINDUNGEN (EC-2 UND EC-3; OHNE EC-1)	
Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Kalkar	
Kal_011__Hafen (2106-46)	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien: Erholen (lärmarme Räume), Schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, Überschwemmungsgebiet, unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild sowie bedeutende Kulturlandschaften. Schutzwürdige Biotope sowie Biotopverbundsystemflächen sind in nur

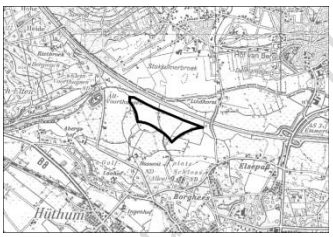
	sehr untergeordnetem Flächenumfang randlich betroffen. Eine Lage im Überschwemmungsgebiet ist für einen Ruhehafen, der vom Rhein aus durch Schiffe erreichbar sein soll, unvermeidbar. An der Darstellung wird trotz der zuvor beschriebenen betroffenen Kriterien, auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Bedarfs an Liegeplätzen im betreffenden Abschnitt des Rheins, festgehalten. Für die betroffenen Natura 2000-Gebiete wurde ferner im Rahmen einer Verträglichkeitsstudie festgestellt, dass die Nutzung durch einen Ruhehafen mit den jeweiligen Erhaltungszielen verträglich ist (vgl. Umweltbericht Anhang B). Diese Studie war fortlaufend Teil des Umweltberichtes im Anhang B und somit auch Bestandteil der erfolgten Offenlagen und Erörterungen im Prozess der Planaufstellung. Nach LANGE GBR 2014 können erhebliche Beeinträchtigungen durch den Hafen sowohl auf das FFH-Gebiet „Rhein-Fischschutzzonen zwischen Emmerich und Bad Honnef“ sowie auf das Vogelschutzgebiet „Unterer Niederrhein“ ausgeschlossen werden. Zu dieser Studie des Büros Lange ist zu sagen, dass diese für die Ebene der Regionalplanung hinreichend dokumentiert, dass nach derzeitigem Erkenntnisstand voraussichtlich von einer mit den Regelungen zu Natura 2000 vereinbaren Option der Umsetzung der geplanten Darstellung des Regionalplans auszugehen ist. Die Studie geht jedoch bereits sehr ins Detail und zielt auf eine konkrete Vorhabensvariante ab. Daher wird an dieser Stelle klargestellt, dass mit der Aufnahme dieser Studie in den Anhang des Umweltberichtes keine vorgreifende Zustimmung der Bezirksregierung zur Begutachtung (Systematik und Ergebnisse) auf der Zulassungsebene verbunden ist.

FREIRAUM PLANZEICHEN EC-1) ABWASSERBEHANDLUNGS- UND REINIGUNGSANLAGEN
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

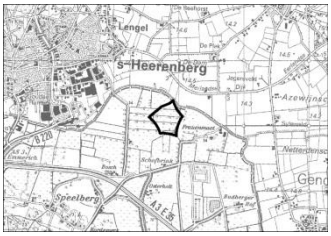
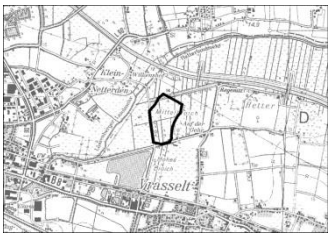
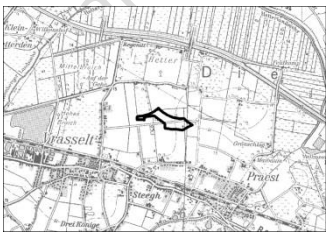
FREIRAUM PLANZEICHEN EC-2) GEWÄCHSHAUSANLAGEN	
Flächenbezeichnung/Kommune	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Platzhalter Kommune	
Kal_009_AFAfzN 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Flächendarstellung wird festgehalten.** Als Ergebnis der schutzgutübergreifenden Gesamtbewertung des Prüfbogens sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktionen (schutzwürdige Böden und klimarelevante Böden). Des Weiteren wurde die Flächeninanspruchnahme einer bedeutenden Kulturlandschaft festgestellt. Bzgl. der Betroffenheit einer Landschaftsbildeinheit mit herausragender Bedeutung wird die Beeinträchtigung als nicht erheblich eingeschätzt, da die Planfestlegung einen Bereich umfasst, der bereits im Bestand durch Gewächshäuser geprägt ist. Eine zusätzliche erhebliche Beeinträchtigung ergibt sich durch die Erweiterung der Flächen nicht. Das Kriterium schutzwürdige Böden wird in einem Ausläufer am Rande tangiert. In diesem Bereich sind am Standort jedoch größtenteils bereits Gewächshäuser vorhanden, so dass hier nicht davon ausgegangen

Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

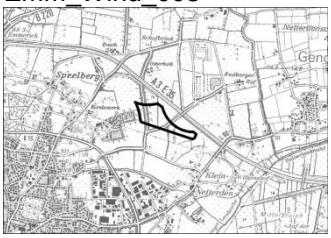
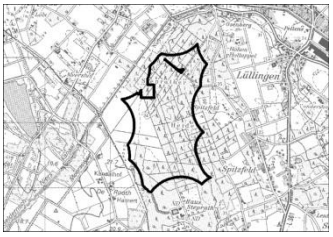
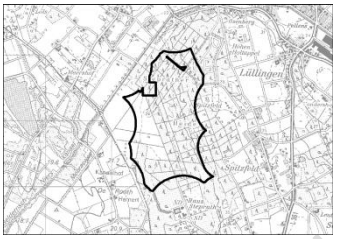
	wird, dass durch die Darstellung im Regionalplan zusätzliche erhebliche Umweltauswirkungen zu diesem Kriterium zu erwarten sind. Das Kriterium Klimarelevante Böden wird am Ende eines Ausläufers lediglich am Randbereich tangiert. Der Standort ist bereits durch bestehende Gewächshausanlagen vorgeprägt. Die erhebliche Umweltauswirkung soll hier aufgrund der Standortbindung der Gewächshausanlage sowie der betrieblichen Erweiterungserfordernisse in Kauf genommen werden. Die Inanspruchnahme der regionalbedeutenden Kulturlandschaft Straße Kleve - Kalkar erfolgt lediglich in einem kleinen Teilabschnitt der straßenbegleitenden Kulturlandschaft, der teilweise auch bereits bebaut ist. Stärker gewichtet werden hier die Belange des bereits ansässigen Gartenbaubetriebes. Die Gemeinde hat ausgeführt, dass der Betrieb Erweiterungsflächen braucht. Ggf. ist auf den nachfolgenden Planungsebenen und Verfahren auf die betroffenen Schutzgüter Rücksicht zu nehmen.

FREIRAUM PLANZEICHEN ED) WINDENERGIEBEREICHE UND EE) WINDENERGIEVORBEHALTSBEREICHE	
Zu den folgenden Themen wird vorab auf die Ausführungen in 7.2.15 (Planzeichen ed und ee) der Begründung verwiesen: Bedeutende Kulturlandschaftsbereiche, Landschaftsschutz und Bodendenkmal-/Denkmalschutz (7.2.15.3.7; 7.2.15.3.8), Biotopverbund (7.2.15 Anlage 2, E.F.3), Überschwemmungsgebiete (7.2.15 Anlage 2, E.F.5), unzerschnittene verkehrsarme Räume (7.2.15 Anlage 2, E.F.9), Erholungsfunktion (7.2.15.3.5) und Bodenfunktionen (7.2.15.3.9). Sofern bereichsbezogen nachstehend oder in 7.2.15 Anlage 2 der Begründung nichts anderes vermerkt wird, geht das Interesse an der Darstellung von Windenergiebereichen/Windenergievorbehaltsbereichen in der Abwägung aus den in Kapitel 7.2.15 genannten Gründen vor.	
Flächenbezeichnung	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Emm_WIND_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss ist wie folgt begründet: Zunächst sollen nicht ausgeschlossene erhebliche Auswirkungen einer entsprechenden Regionalplandarstellung auf die Natura2000-Bereiche vorsorglich vermieden werden – auch angesichts der Alternativensituation – denn diese Natura2000-Bereiche haben einen solch hohen Wert, dass dies in der Gesamtabwägung mit anderen Belangen (inkl. Gunstfaktoren) und Alternativen Priorität hat. Hinzu kommen als nicht alleine tragende Ausschlussgründe a) die entsprechenden positiven Auswirkungen des Darstellungsverzichts auf das Naturerleben bzgl. der Natura 2000-Bereiche und b) dass der Darstellungsverzicht dazu beiträgt, Optionen für die Weiterentwicklung der Natura 2000-Bereiche offen zu halten.

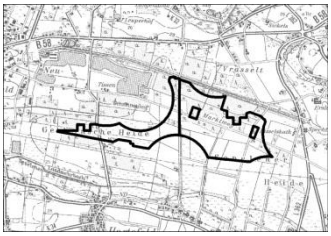
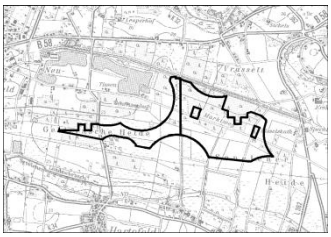
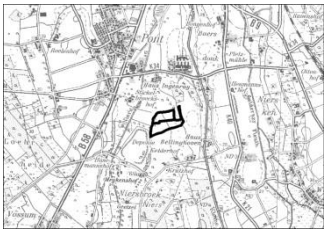
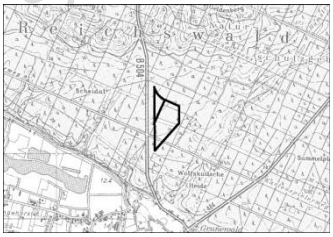
Stand der Planung zur Auslegung gemäß § 9 Abs. 2 ROG

Emm_WIND_002  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf den Biotopverbund und die Bodenfunktion. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten**. Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben).
Emm_WIND_003  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf den Biotopverbund und die Bodenfunktion. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben in Kap. 9.).
Emm_WIND_004  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben in Kap. 9.).
Emm_WIND_006  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben in Kap. 9.).

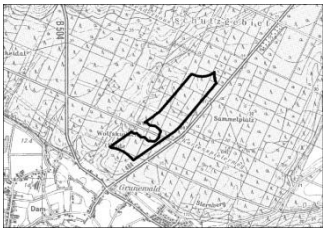
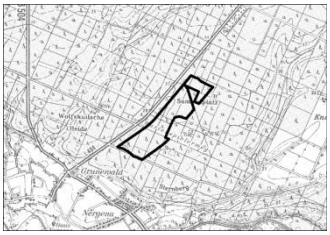
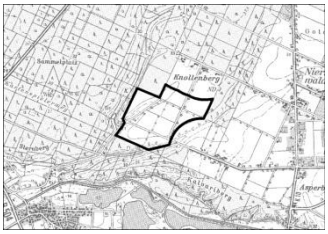
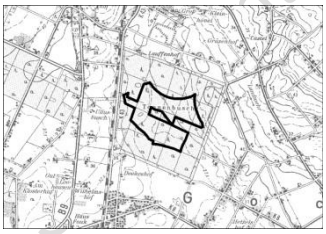
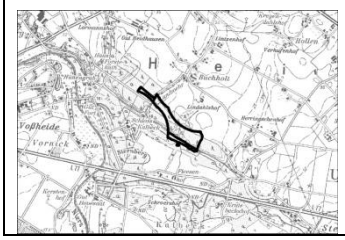
Entwurf: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Emm_Wind_008 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf die Bodenfunktion. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben in Kap. 9.).
Gel_WIND_001  Gel_WIND_001_A - Alternative 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und -denkmäler, unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften. **Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Gel_Wind_001_A hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Maasduinen“ in den Niederlanden wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)

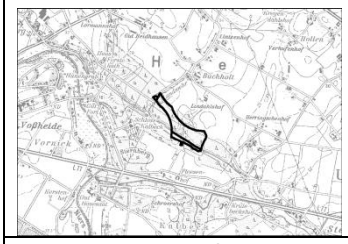
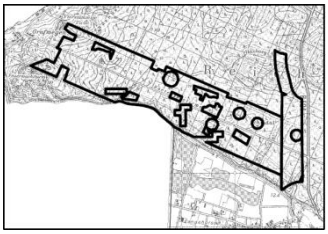
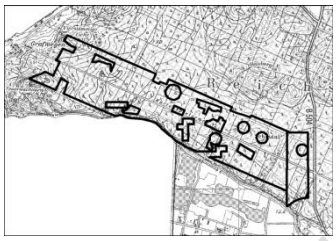
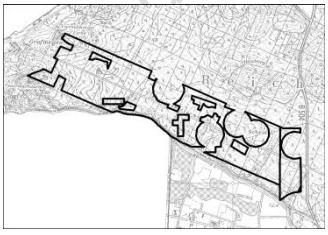
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Gel_WIND_004/ Iss_WIND_003 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften.
Gel_WIND_004/ Iss_WIND_003 Alternative 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften. Durch den alternativen Zuschnitt konnte die Beeinträchtigung eines weiteren Kriteriums (Bodenfunktion) vermieden werden.
Gel_WIND_006/ Gel_WIND_011/ Str_WIND_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf Überschwemmungsgebiete und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Goc_WIND_003/ Kra_WIND_010	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion–, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild sowie bedeutende Kulturlandschaften.
Goc_WIND_003-A/ Kra_WIND_010 	**Die Flächendarstellung wurde im Planungsprozess zunächst in veränderter Form geprüft.** Der Ausschluss von Teilen ergabsich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der zunächst verbliebene Bereich Goc_WIND_003-A/Kra_WIND_010 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen. An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten. Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 (und dementsprechend den Unterlagen aus der 3. Beteiligungsrunde (Ä3BT-W- KÜ-Goch – Kranenburg Nr. 01). Entscheidend war ein Bündel von Argumenten in summarischer Betrachtung.

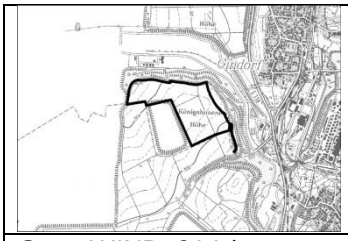
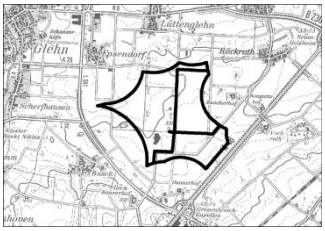
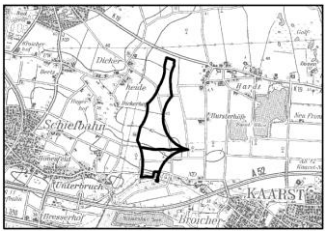
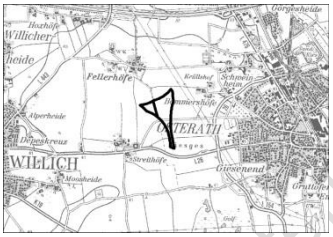
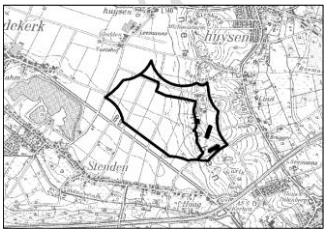
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Goc_WIND_005 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild sowie bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung nicht wird festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 (und dementsprechend den Unterlagen aus der 3. Beteiligungsrunde; Ä3BT-W-Goch Nr. 01). Entscheidend war ein Bündel von Argumenten in summarischer Betrachtung.
Goc_WIND_006 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild sowie bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 (und dementsprechend den Unterlagen aus der 3. Beteiligungsrunde; Ä3BT-W-Goch Nr. 01). Entscheidend war ein Bündel von Argumenten in summarischer Betrachtung.
Goc_WIND_011 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, das Landschaftsbild und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Goc_WIND_012 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, schutzwürdige Biotope sowie auf bedeutende Kulturlandschaften **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Goc_WIND_013/ Ued_WIND_004/ Wee_WIND_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und Bodendenkmäler. **An der Flächendarstellung nicht festgehalten. Stattdessen Prüfung eines alternativen Flächenzuschnitts erfolgt.**

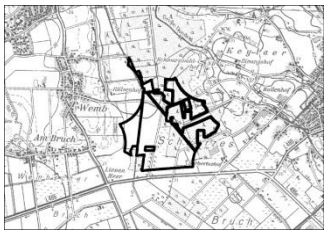
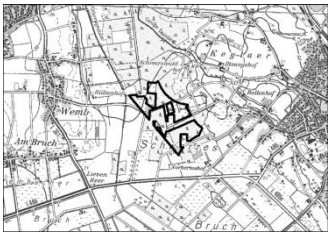
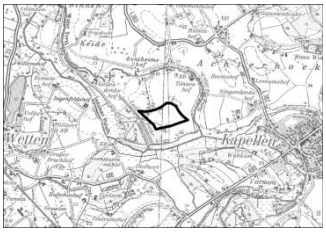
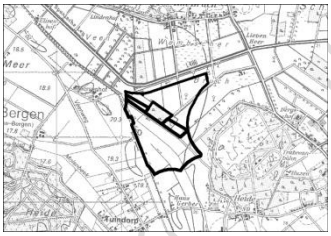
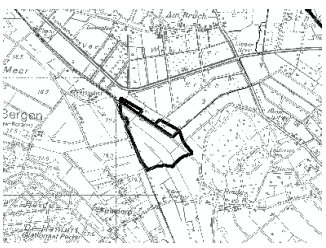
Offenlagenunterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Goc_WIND_013-A/ Ued_WIND_004/ Wee_WIND_001 - Alternative 	**Schutzgutübergreifend sind weiterhin erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und Bodendenkmäler. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. **Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen.**
Goc_WIND_017/ Kra_WIND_005/ Kra_WIND_006/ 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und -denkmäler, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume sowie bedeutende Kulturlandschaften.
Goc_WIND_017/ Kra_WIND_005_A/ Kra_Wind_006 - Alternative 	**Die Flächendarstellung wurde im Planungsprozess zunächst in veränderter Form geprüft.** Der Ausschluss von Teilen ergab sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Goc_WIND_017/ Kra_WIND_005-A/ Kra_WIND_006 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf schutzwürdige Böden, unzerschnittene verkehrsarme Räume, bedeutende Kulturlandschaften, Landschaftsbild, Bodendenkmäler.
Goc_WIND_017/ Kra_WIND_005-A1/ Kra_WIND_006 A - Alternative 	**Eine weitere Veränderung wurde nach erneutem Zuschnitt nochmals geprüft. An der Flächendarstellung wird insgesamt nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 (und dementsprechend den Unterlagen aus der 3. Beteiligungsrunde; Ä3BT-W-Kranenburg Nr. 01 und Nr. 02). Entscheidend war ein Bündel von Argumenten in summarischer Betrachtung.
Grev_WIND_007/ Grev_WIND_025	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme Räume und die Bodenfunktion. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

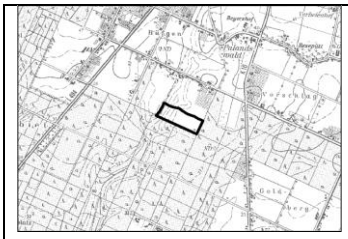
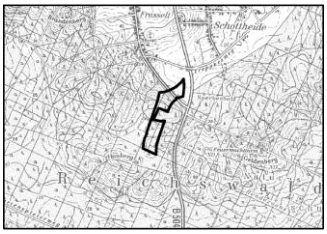
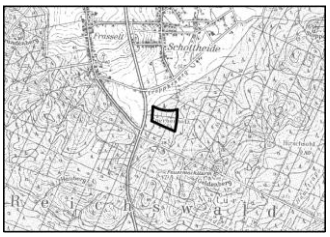
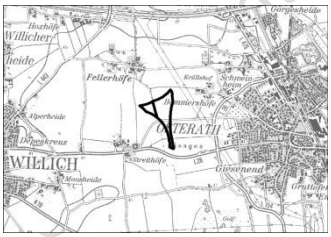
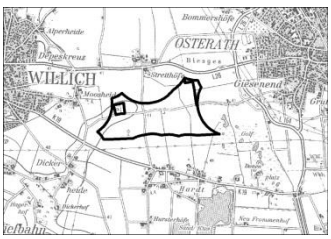
d: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	
Grev_WIND_014 / Kor_WIND_005 / Neu_WIND_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf bedeutende Kulturlandschaften und die Bodenfunktion. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Kaa_WIND_001 / Wil_WIND_003 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Mee_WIND_001/ Wil_WIND_004 	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Ker_WIND_007/ Rhe_WIND_005 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.

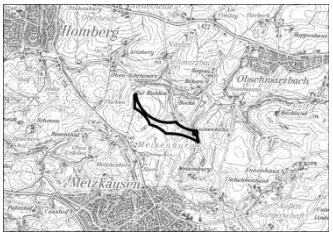
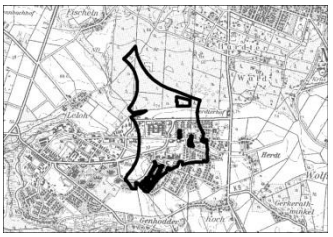
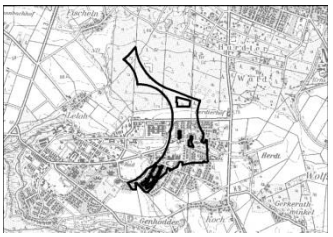
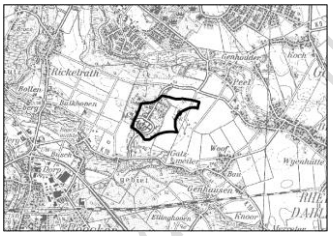
Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Kev_WIND_001 / Kev_WIND_010 / Wee_Wind_011 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume.
Kev_WIND_010 - Alternative 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Kev_WIND_010 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen.
Kev_WIND_003 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Kev_WIND_004 / Wee_Wind_012 / Wee_Wind_018 	**Schutzgutübergreifend sind für die Ursprungsfläche zunächst keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.** Es erfolgte im Planungsprozess eine Reduzierung des Bereichs. Der Ausschluss von Teilen ergab sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. **An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.**
Kev_WIND_004 / Wee_Wind_018 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Der reduzierte, verbleibende Bereich Kev_WIND_004 / Wee_Wind_018 zeigte vor dem Hintergrund der Aktualisierung der Datengrundlagen zu unzerschnittenen verkehrsarmen Räumen(UZVR) dann in der Gesamtbewertung eine Erheblichkeit aufgrund der Betroffenheit der Bodenfunktion (klimarelevante Böden) sowie der UZVR. **An der veränderten Flächendarstellung wird trotz erheblicher Umweltauswirkungen festgehalten.**
Kle_WIND_002	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.**

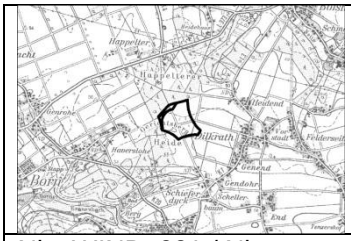
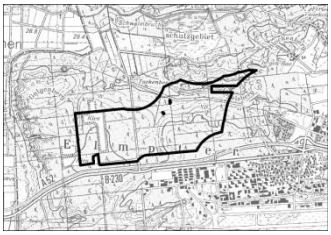
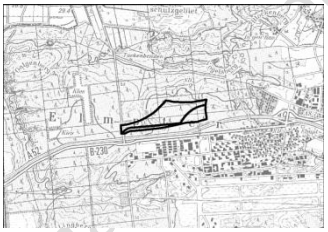
Stand der Planung für den Aufstellungsbeschluss

	Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Kra_WIND_002 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Kra_WIND_003 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Mee_WIND_001 / Wil_WIND_004  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Mee_WIND_003 / Wil_WIND_002  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

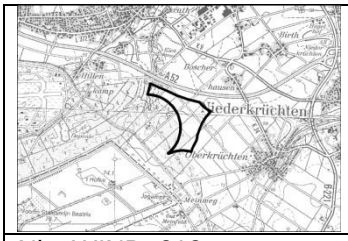
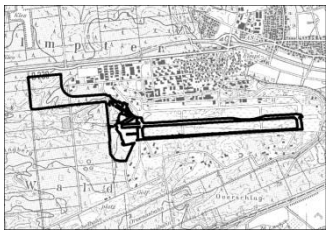
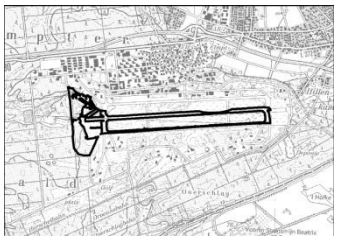
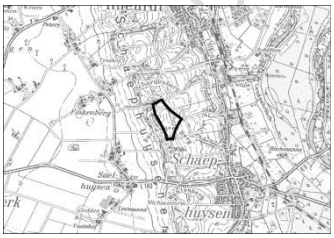
Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Met_WIND_001  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Mön_WIND_001  Mön_WIND_001-A 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf bedeutende Kulturlandschaften, das Landschaftsbild und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Mön_WIND_001-A hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen. Das Ergebnis der VSG-Vorprüfung bestätigte sich auch für den verkleinerten Bereich.
Mön_WIND_002 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Net_WIND_003/ Sch_WIND_001/Sch_WIND_007	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die unzerschnittenen verkehrsarme Räume und das Landschaftsbild. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

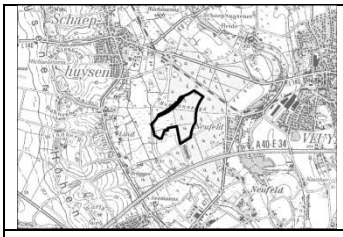
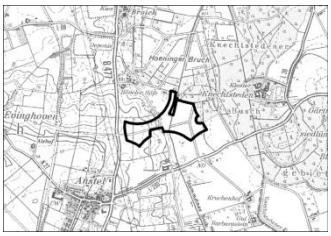
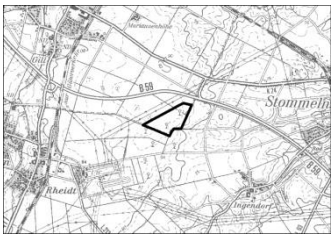
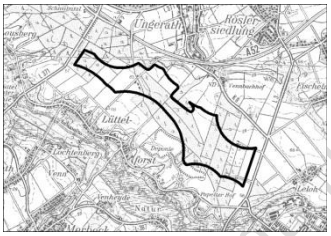
Stand: Vorlage für den Aufstellungsbeschluss

	
Nie_WIND_001 / Nie-WIND_017 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf die Bodenfunktion und unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.** Der Bereich wird um alle Bereiche reduziert, für die auf der Ebene der Regionalplanung erhebliche Umweltauswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiete nach den Ergebnissen der entsprechenden Vorprüfung zu erwarten sind bzw. nicht ausgeschlossen werden können. Hier gelten als Begründung die Ausführungen bei Emm_WIND_001 zur Thematik FFH-/Vogelschutzgebiete in diesem Kapitel 9. Ebenso fallen aktuell geplante BSN-Bereiche weg, die somit auch keine Potenzialflächen mehr sind. Dargestellt wird nur der Bereich Nie_WIND_017-A. sowie neu der Bereich Nie_WIND_019.
Nie_WIND_017-A / Nie_WIND_019 	**Der alternative Flächenzuschnitt wurde geprüft:** **Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten.** Bei Nie_WIND_017-A / Nie_WIND_019 sind auf der Ebene der Regionalplanung keine erheblichen Umweltauswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiete zu besorgen. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 und den Tabukriterien in Kap. 7.2.15 (BSN-Ausweitung). Der entsprechende verbleibende Bereich Nie_WIND_017_A / Nie_WIND_019 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen. Für den verkleinerten Bereich lassen sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen gemäß Vorprüfungsergebnis offensichtlich ausschließen.
Nie_WIND_004	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf unzerschnittene verkehrsarme

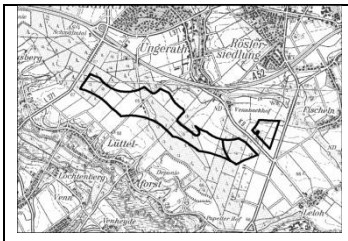
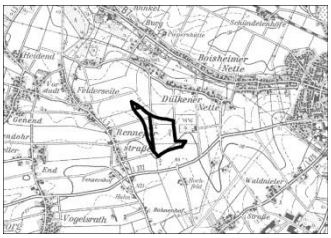
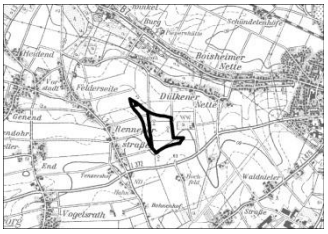
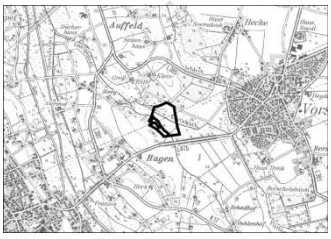
Studienunterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	Räume sowie auf das Landschaftsbild. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Nie_WIND_010 	**Schutzgutübergreifend waren für die Ursprungsfläche zunächst keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten.** Es erfolgte im Planungsprozess eine Reduzierung des Bereichs. Der Ausschluss von Teilen ergab sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 und den Tabukriterien in Kap. 7.2.15 (BSN-Ausweitung).
Nie_WIND_010_A 	**An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.** Der reduzierte, verbleibende Bereich Nie WIND_010_A erfuhr vor dem Hintergrund einer Neubewertung der Wertigkeit der Biotopverbundflächen in diesem Bereich eine veränderte schutzgutbezogene Gesamtbewertung. Die Fläche ist aufgrund der Betroffenheit des Biotopverbundes und schützenswerter Biotope als umwelterheblich einzustufen. **An der veränderten Flächendarstellung wird trotz erheblicher Umweltauswirkungen festgehalten.** (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Schwalm-Nette-Platte mit Grenzwald u. Meinweg“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)
Rhe_WIND_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Rhe_WIND_003/ Rhe_WIND_006	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Überschwemmungsgebiete und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**

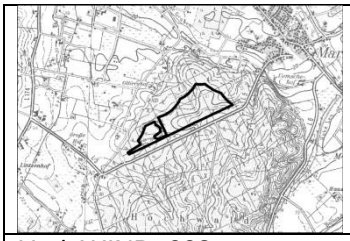
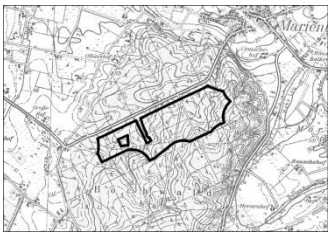
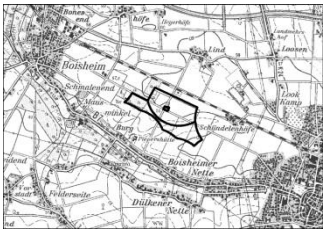
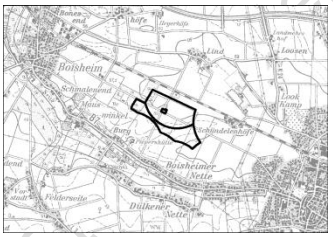
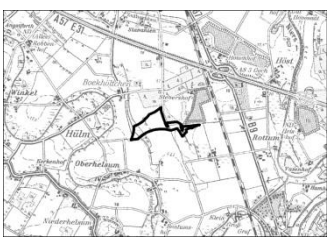
Unterlagen zur Auslegungsbeschluss

	
Rom_WIND_006 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf verfahrenskritische Vorkommen, die Erholungs- sowie die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus dem Vorkommen einer verfahrenskritischen Art (Rotmilan) sowie weiteren planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Rom_WIND_021 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Sch_WIND_003 / Sch_WIND_008  Sch_WIND_008/ Sch_WIND_009-A1/ Sch_WIND_011-A	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete **An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.** Der Bereich wird um alle Bereiche reduziert, für die auf der Ebene der Regionalplanung erhebliche Umweltauswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiete nach den Ergebnissen der entsprechenden Vorprüfung zu erwarten sind bzw. nicht ausgeschlossen werden können (Vorprüfung aufgrund relevanten Abstand zum VSG „Schwalm Nette-Platte). Dargestellt wird von der Ursprungsfläche Sch_WIND_003 / Sch_WIND_008 nur der Bereich Sch_WIND_008. Hier gelten als Begründung die Ausführungen bei Emm_WIND_001 zur Thematik FFH-/Vogelschutzgebiete in diesem Kapitel 9. Bei Sch_WIND_008 sind auf der Ebene der Regionalplanung keine erheblichen Umweltauswirkungen auf FFH-/Vogelschutzgebiete zu besorgen. **Der alternative Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2 wird die Festlegung Sch_WIND_008 erweitert um

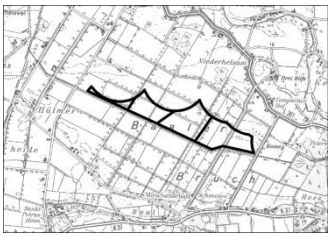
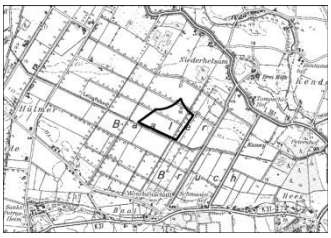
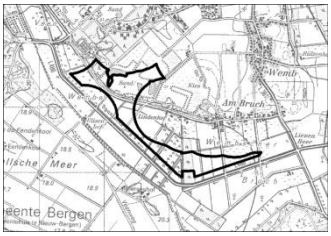
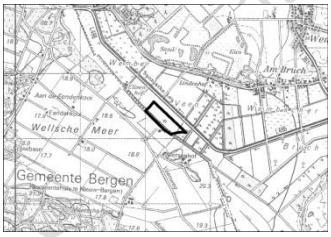
Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	Sch_WIND_009-A1 und Sch_WIND_011-A. Auch für die in veränderter Form vorgenommenen Erweiterungen können Umweltauswirkungen auf FFH/Vogelschutzgebiete ausgeschlossen werden (wobei ergänzend auf die Ausführungen zu Sch_WIND_009-A2 in Kap 7.2.15. Anlage 2 der Begründung hingewiesen wird). Schutzgutübergreifend sind die Umweltauswirkungen jedoch aufgrund weiterer betroffener Kriterien als erheblich einzuschätzen (Flächeninanspruchnahme eines unzerschnittenen verkehrsarmen Raumes sowie einer Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Trotz allem wird an der Flächendarstellung festgehalten.
Sch_WIND_004 / Vie_WIND_003 / Vie_WIND_006 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.**
Sch_WIND_004 / Vie_WIND_003_A / Vie_WIND_006 	**Der alternative Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Sch_WIND_004 / Vie_WIND_003_A / Vie_WIND_006 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen.
Tön_WIND_001 / Vie_WIND_004 / Vie_WIND_007 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, das Landschaftsbild und auf bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird festgehalten.**
Ued_WIND_002	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen

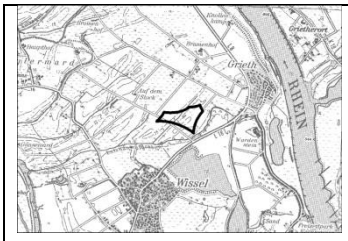
Entwurf Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

	Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Ued_WIND_003 	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Vie_WIND_002/ Vie_Wind_009_A  Vie_WIND_002_A/ Vie_Wind_009_A  	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion und auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. **An der Flächendarstellung wird in der anfänglichen Abgrenzung nicht festgehalten.** **Der alternative Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Schutzgutübergreifend sind keine erheblichen Umweltauswirkungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Des Weiteren wurde in ergänzender Analyse festgestellt, dass schutzwürdige Böden und bedeutende Kulturlandschaften nur kleinflächig nördlich im Plangebiet vorkommen. Somit werden die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als nicht erheblich eingeschätzt.
Wee_WIND_003 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion auf unzerschnittene verkehrsarme Räume, das Landschaftsbild und bedeutende Kulturlandschaften. **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2
Goc_WIND_015/	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu**

Auslegungsunterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Wee_WIND_005/ Wee_WIND_016/ Wee_WIND_017 	**erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion, unzerschnittene verkehrsarme Räume und bedeutende Kulturlandschaften.
Wee_WIND_016/ 	**Ein alternativer Flächenzuschnitt wurde geprüft:** Weiterhin sind schutzgutübergreifend erhebliche Umweltauswir-kungen zu erwarten. An dieser alternativen Flächendarstellung wird festgehalten. Der Ausschluss von Teilen ergibt sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2. Der entsprechende verbleibende Bereich Wee_WIND_016 hat ähnliche (und keine schlechteren) Umweltauswirkungen.
Wee_WIND_010 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf Biotopverbundflächen sowie auf die Bodenfunktion. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Maasduinen“ in den Niederlanden wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Wee_WIND_013 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf die Bodenfunktion sowie auf unzerschnittene verkehrsarme Räume. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Maasduinen“ in den Niederlanden wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Der Ausschluss begründet sich aus planerischen Erwägungen, dargelegt in der Begründung, Kap 7.2.15. Anlage 2.
Kal_WIND_001	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten.** Im Einzelnen sind dies Auswirkungen auf FFH-/ und Vogelschutzgebiete sowie auf die Bodenfunktion und bedeutende Kulturlandschaften. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum VSG „Unterer Niederrhein“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura 2000

Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

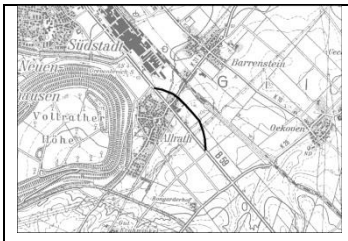
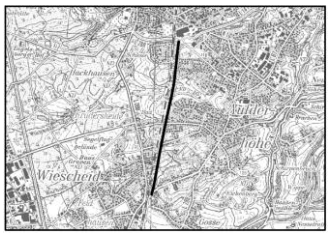
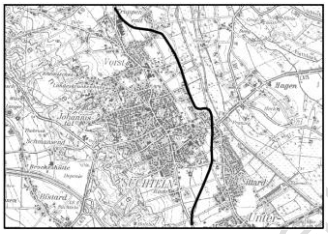
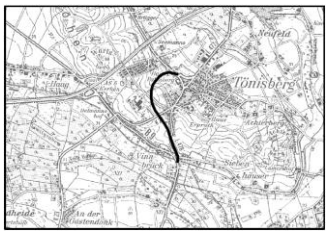
	Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen nicht offensichtlich ausschließen lassen.) **An der Flächendarstellung wird nicht festgehalten.** Für den Ausschluss gilt die gleiche Begründung wie bei Emm_WIND_001 (siehe oben in Kap. 9.).

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

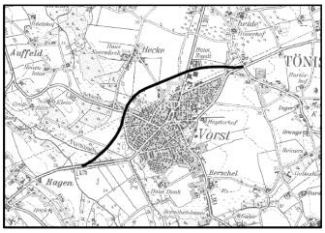
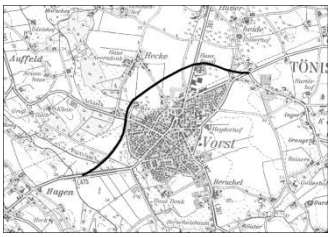
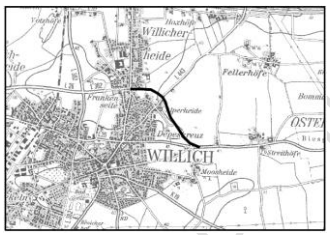
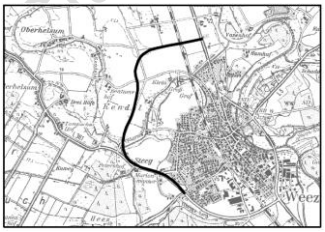
9.4.2.3 Verkehrsinfrastruktur

VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN AA-1) UND AB-1) STRAßEN FÜR DEN VORWIEGEND GROßRÄUMIGEN VERKEHR UND DEN VORWIEGEND ÜBERREGIONALEN UND REGIONALEN VERKEHR, BESTAND UND BEDARFSPLANMAßNAHMEN
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

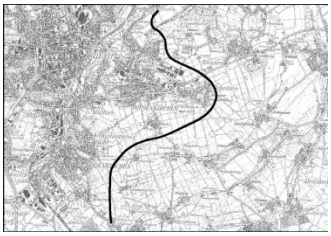
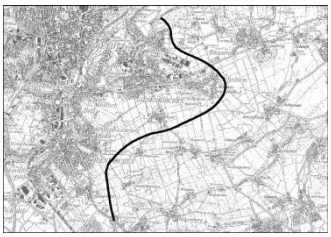
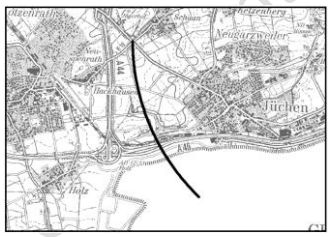
VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN AA-2) UND AB-2) STRAßEN FÜR DEN VORWIEGEND GROßRÄUMIGEN VERKEHR SOWIE DEN VORWIEGEND ÜBERREGIONALEN UND REGIONALEN VERKEHR, BEDARFSPLANMAßNAHMEN OHNE RÄUMLICHE FESTLEGUNG	
Zu den untersuchten Planzeichen ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der linienhaften Struktur der Straßen, die sich über vergleichsweise lange Strecken ausdehnt, häufig viele Bereiche, in denen im Rahmen der Umweltprüfung untersuchte Kriterien oder deren Umfeld betroffen sind tangiert oder durchschnitten werden. Um die Umweltauswirkungen zu minimieren, wurde jeweils versucht, diese Auswirkungen durch eine geschickte Trassenführung möglichst gering zu halten, völlig zu vermeiden sind sie jedoch nicht. Weitere Optimierungsmöglichkeiten zur Minimierung von Umweltauswirkungen bestehen im Rahmen der genaueren Trassierung in nachfolgenden Planungsschritten. Außerdem sei darauf hingewiesen, dass die untersuchten Straßendarstellungen häufig entfallende Straßendarstellungen des GEP 99 mit demselben Planzeichen ersetzen, die dieselbe Verkehrsfunktion übernehmen sollten, d.h. die für dieselbe Verkehrsbeziehung gedacht waren. Dies wird jedoch wegen einer gewissen räumlichen Distanz zur bisherigen Darstellung aus den Prüfbögen nicht immer ersichtlich.	
Flächenbezeichnung	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
B22 Rem_Str3ab2_006 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiete, Biotope gem. § 30 BNatSchG- bzw. gem. § 62 LG-NW, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden und Bodendenkmäler. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Das im Umfeld gelegene Naturschutzgebiet ist von der Straßenplanung durch einen Bahndamm sowie Bebauung bereits deutlich getrennt. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich.
B23 Kre_Str3ab2_054 Tön_Str3ab2_004 Kre_Str3ab2_053 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen und schutzwürdige Böden. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die dargestellte Trassierung wurde bereits so gewählt, dass die betroffenen Kriterien geringstmöglich beeinträchtigt werden. Durch die Planung der Verlagerung des Durchgangsverkehrs aus größeren Wohnsiedlungsbereichen heraus, ist nicht von einer Verschlechterung der Verhältnisse, insbesondere für das Kriterium Wohnen auszugehen.
B 25 Grev_Str3ab2_032	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen und schutzwürdige Böden. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung

	kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die verkehrlichen Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW legen den Straßenbedarf verbindlich in Gesetzesform fest. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Bedarfspläne langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird gibt die Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz vor diesem Hintergrund vor, dass die Straßenbedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan zeichnerisch darzustellen sind. Auf die Darstellung kann daher nicht verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L1 Sol_Str3ab2_061 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden und geschützter Landschaftsbestandteil. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Hinzu kommt, dass bei der hier in Rede stehenden Darstellung das regionalplanerische Ziel zum Tragen kommt, Verkehrstrassen zu bündeln. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L2 Vie_Str3ab2_048 	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten. Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiet, Schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, Schutzwürdige / klimarelevante Böden, Überschwemmungsgebiet, bedeutende Kulturlandschaften und Kulturdenkmäler / Bodendenkmäler. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Die dargestellte Trassierung tangiert die betroffenen Kriterien im Übrigen lediglich randlich und beschränkt sich somit auf die im regionalplanerischen Maßstab geringstmögliche Eingriffsintensität. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L3 Kem_Str3ab2_014 	Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten. Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden bedeutende Kulturlandschaften sowie eine Landschaftsbildeinheit besonderer Bedeutung. Ein baulich bereits bestehender und in Nutzung befindlicher Teilabschnitt der dargestellten Straße liegt im Umfeld eines FFH-Gebietes. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien, der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan und zur Wahrung eines angemessenen Abstandes zu siedlungsräumlichen Nutzungen nicht möglich bzw. nicht sinnvoll. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem

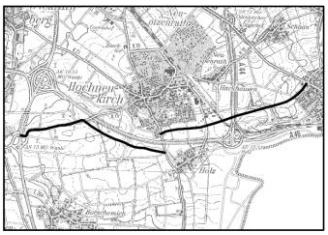
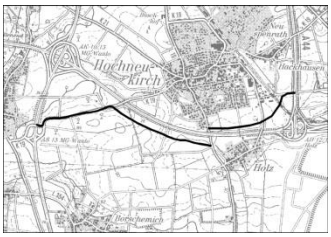
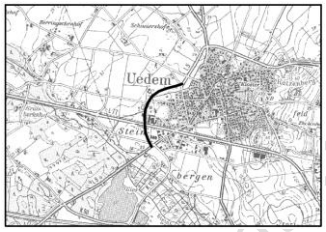
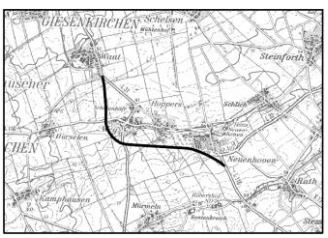
Stand: Unterlagen zum Anhörungsverfahren

	Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L4 Tön_Str3ab2_011  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Trassendarstellung wird in der anfänglichen Form nicht festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, Schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden, bedeutende Kulturlandschaften und Kultur- und Bodendenkmäler. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Im Umfeld des Hauses Raedt kann jedoch eine Veränderung der Führung vorgenommen werden, so dass die Beeinträchtigung des als Kultur- / Bodendenkmal aufgeführten Bereichs verringert wird. Eine alternative Trasse wurde geprüft.
L4 – Alternative Tön_Str3ab2_011  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung in alternativer Form wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, Schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden, bedeutende Kulturlandschaften und Kultur- und Bodendenkmäler sowie eine Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Um die Umweltauswirkungen gegenüber der ursprünglich gewählten Führung zu verringern, wurde eine alternative Trassenführung entworfen, welche kein Kultur- / Bodendenkmal durchschneidet. Eine weiter gehende Veränderung der Trassierung zur Umgehung der anderen betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich.
L5 Will_Str3ab2_046  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Schutzwürdige Böden und bedeutende Kulturlandschaften. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L6 Wee_Str3ab2_012 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden, unzerschnittene verkehrsarme Räume, bedeutende Kulturlandschaften sowie eine Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien, der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan sowie zur Wahrung eines angemessenen Abstandes zum Siedlungsraum und zum Ottersgraben nicht möglich bzw. nicht sinnvoll. Teilweise folgt die vorgesehene Darstellung in Bereichen, in denen Kriterien im Plangebiet direkt betroffen sind, dem Verlauf bereits vorhandener Straßen. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf

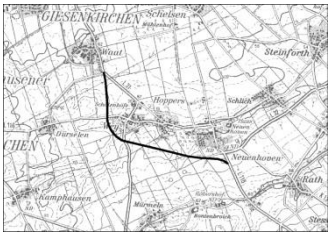
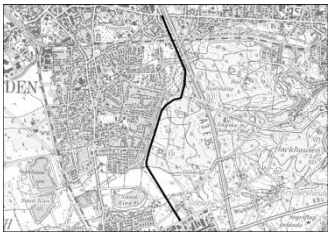
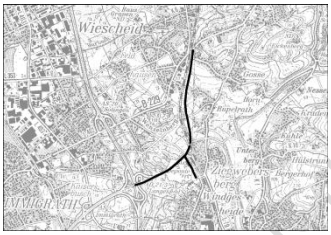
Stand: Grundlage für den Abschluss

	nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L8 Jüc_Str3ab2_029 Kor_Str3ab2_026 Mön_Str3ab2_113 Mön_Str3ab2_114 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Trassendarstellung wird in der anfänglichen Form nicht festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiete, geschützte Biotope, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden und geschützte Landschaftsbestandteile. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die Trassierung wurde so gewählt, dass – wo möglich – zu den im Umfeld liegenden Naturschutzgebieten und den geschützten sowie den schutzwürdigen Biotopen ein möglichst großer Abstand gehalten wird ohne gleichzeitig zu nah an Wohnsiedlungsräume heranzurücken. Um die Beeinträchtigung des betroffenen geschützten Landschaftsbestandteils sowie der betroffenen schutzwürdigen Böden zu verringern, kann jedoch eine geringfügige Veränderung der Führung vorgenommen werden. Eine alternative Trasse wurde geprüft.
L8 - Alternative Jüc_Str3ab2_029 Kor_Str3ab2_026 Mön_Str3ab2_113 Mön_Str3ab2_114 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung in alternativer Form wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiete, geschützte Biotope, schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden sowie eine Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die Trassierung wurde so gewählt, dass – wo möglich – zu den im Umfeld liegenden Naturschutzgebieten und den geschützten sowie den schutzwürdigen Biotopen ein möglichst großer Abstand gehalten wird ohne gleichzeitig zu nah an Wohnsiedlungsräume heranzurücken. Um die Umweltauswirkungen gegenüber der ursprünglich gewählten Führung zu verringern, wurde eine alternative Trassenführung entworfen, welche keinen geschützten Landschaftsbestanteil durchschneidet und weniger Bereiche mit schutzwürdigen Böden durchschneidet. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L17 Jüc_Str3ab2_035  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden und Überschwemmungsgebiet. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, dass die im südlichen Anschluss an diese ‚Darstellung liegenden Darstellungen mit Planzeichen 3.ab-2) im Bereich des Braunkohlentagebaus im Rahmen der SUP nicht untersucht wurden, da es sich bei diesen Darstellungen um Trassierungen aus dem Abschlussbetriebsplan handelt.

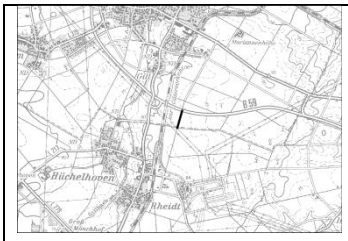
Unterlage für den Erörterungstermin

L23 Jüc_Str3ab2_032 Jüc_Str3ab2_033 Mön_Str3ab2_069 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Trassendarstellung wird in der anfänglichen Form nicht festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden und Überschwemmungsgebiet. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich. Eine alternative Trasse wurde geprüft.
L23 Mön_Str3ab2_069, Jüc_Str3ab2_032, Jüc_Str3ab2_037 Alternative 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind weiterhin die Kriterien Wohnen und schutzwürdige Böden. Durch den alternativen Trassenverlauf kann jedoch die Flächeninanspruchnahme eines Überschwemmungsgebietes vermieden werden. Die Straßenplanung ist im Landesstraßenbedarfsplan NRW dargestellt. Die verkehrlichen Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW legen den Straßenbedarf verbindlich in Gesetzesform fest. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Bedarfspläne langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird gibt die Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz vor diesem Hintergrund vor, dass die Straßenbedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan zeichnerisch darzustellen sind. Auf die Darstellung kann daher nicht verzichtet werden. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
L29 Ued_Str3ab2_007 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung in alternativer Form wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnsiedlungsflächen im Umfeld, unzerschnittene verkehrsarme Räume (UZVR) sowie Bodenfunktion. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung des UZVR oder der schutzwürdigen Böden ist aufgrund der Lage dieser beiden Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Durch die Verlagerung des Durchgangsverkehrs aus dem Ortskern heraus ist durch die Planung auch nicht von einer Verschlechterung der Verhältnisse für das Kriterium Wohnen auszugehen. Eine derartige Verlagerung würde zudem die negative Beeinflussung des Kriteriums UZVR verstärken.
L30 Jüc_Str3ab2_028 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Trassendarstellung wird in der anfänglichen Form nicht festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, schutzwürdige Böden und bedeutende Kulturlandschaften. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Um die Beeinträchtigung des betroffenen bedeutenden Kulturlandschaftsbereichs zu verringern, kann jedoch eine geringfügige Veränderung der Führung vorgenommen werden. **Eine alternative Trasse wurde geprüft.**

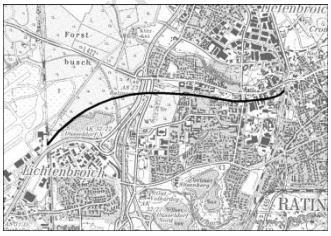
Stand: Unterlagen für den Planfeststellungsbeschluss

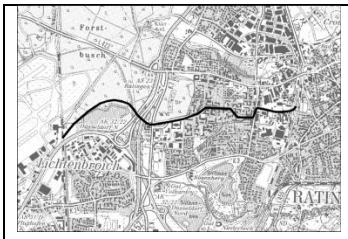
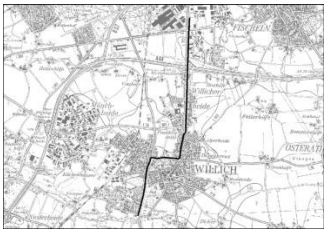
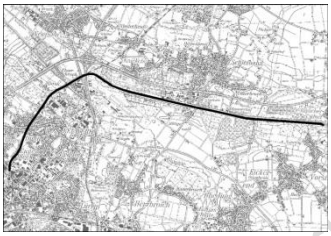
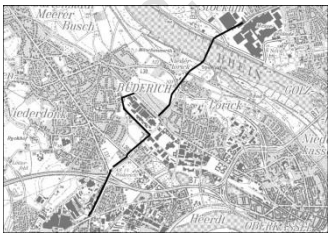
L30 – Alternative Jüc_Str3ab2_028  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung in alternativer Form wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope und schutzwürdige Böden. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Um die Umweltauswirkungen gegenüber der ursprünglich gewählten Führung zu verringern, wurde eine alternative Trassenführung entworfen, welche keinen bedeutenden Kulturlandschaftsraum durchschneidet. Eine weiter gehende Veränderung der Trassierung zur Umgehung der anderen betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich.
L31 Hil_Str3ab2_006 Lan_Str3ab2_013 Sol_Str3ab2_063  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, FFH- / Vogelschutzgebiet, Naturschutzgebiet, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, schutzwürdige Biotope und schutzwürdige Böden. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die dargestellte Trassierung hält dabei insbesondere zum betroffenen FFH-Gebiet und den Biotopen sowie auch zu den Naturschutzgebieten im Umfeld einen möglichst großen Abstand. In etwaigen nachfolgenden Planverfahren bestehen im Übrigen aufgrund der Darstellung ohne räumliche Festlegung z.B. hinsichtlich der Lage zum Hildener Siedlungsraum hinreichende Spielräume für eine genaue Verortung der Trasse.
L32 Lan_Str3ab2_005_A / Lan_Str3ab2_006 / Sol_Str3ab2_006  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope und schutzwürdige Biotope, schutzwürdige Böden, klimarelevante Böden sowie bedeutende Kulturlandschaft. Im südlichen Bereich der Darstellung (ab Anschluss Dreieck Langenfeld bis Ziegwebersberg sowie Abzweig nach Süden Richtung Leichlingen) handelt es sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien sowie der umliegenden Nutzungen und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Für die Fortsetzung ab Ziegwebersberg in Richtung Norden (Wiescheid) wird angenommen, dass dieser Straßenabschnitt – im Zusammenwirken mit der im nördlichen Anschluss dargestellten L405n sowie der südlich dargestellten L79 – eine leistungsfähige Anbindung der Städte Solingen und Leichlingen an die A 3 gewährleisten würde und dass durch die Straße eine Entlastung der umliegenden Wohngebiete bewirkt werden könnte. Diesen Belangen soll ein erhöhtes Gewicht beigemessen werden; zur Sicherung gegenüber entgegenstehenden anderen Nutzungen erfolgt daher eine Darstellung als Sonstige regionalplanerisch bedeutsame Straße. Durch die Führung parallel zu einer Bahntrasse (Ziel der Trassenbündelung) wird hierbei eine vergleichsweise verträgliche Trassierung gewählt und Konflikte zumindest minimiert. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
Rom_Str3ab2_010	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien schutzwürdige Böden und un-

Stand: Untersuchung zum Abschluss

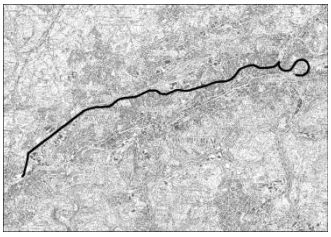
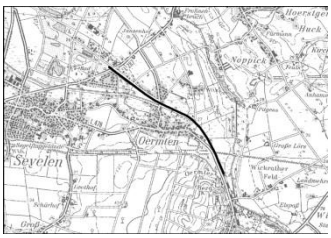
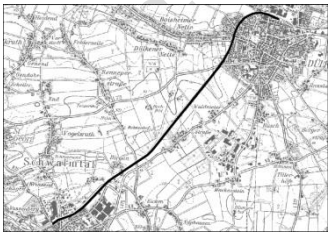
	zerschnittene verkehrsarme Räume. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Zur Anpassung an den Bedarfsplan erfolgt eine geringfügige Verschiebung nach Osten gegenüber dem 1. Entwurf des RPD. Die Inanspruchnahme eines unzerschnittenen Verkehrsarmen Raumes erfolgt hierbei nur randlich in einem schmalen Bereich. Sofern im Rahmen nachfolgender fachplanerischer Verfahren Möglichkeiten erschlossen werden, eine verträglichere Trassierung zu finden, steht der Regionalplan dem aufgrund der Darstellung ohne räumliche Festlegung nicht entgegen.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN AC) SONSTIGE REGIONALPLANERISCH BEDEUTSAME STRAßEN
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf – mit einer Ausnahme – zu keiner räumlich spe-zifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Be-wertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften. Eine Ausnahme stellt die Darstellung einer Straßenverbindung von Langenfeld / Leichlingen-Ziegwebersberg nach Norden (Wiescheid) dar. Die Darstellung wird im Prüfbogen L32 Lan_Str3ab2_005_A / Lan_Str3ab2_006 / Sol_Str3ab2_006 untersucht (siehe voranstehend Kap. VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN AA-2) UND AB-2)).

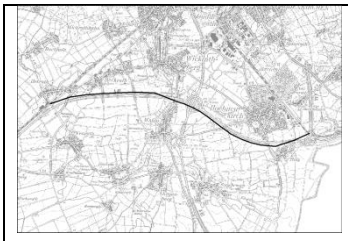
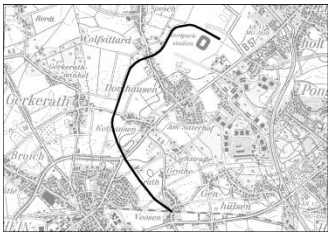
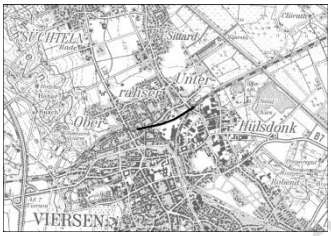
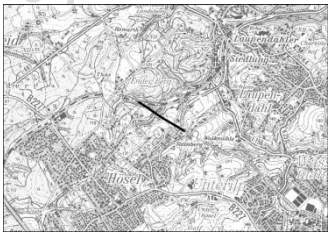
VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN BA-1), BB-1), BA-2) UND BB-2) SCHIENENWEGE FÜR DEN HOCHGESCHWINDIGKEITSVERKEHR UND SONSTIGEN GROßRÄUMIGEN VERKEHR SOWIE FÜR DEN ÜBERREGIONALEN UND REGIONALEN VERKEHR, BESTAND UND BEDARFSPLANMAßNAHMEN SOWIE BEDARFSPLANMAßNAHMEN OHNE RÄUMLICHE FESTLEGUNG	
Zu den untersuchten Planzeichen ist darauf hinzuweisen, dass aufgrund der linienhaften Struktur der Schienenwege, die sich über vergleichsweise lange Strecken ausdehnt, häufig viele Bereiche, in denen im Rahmen der Umweltprüfung untersuchte Kriterien oder deren Umfeld betroffen sind tangiert oder durchschnitten werden. Durch eine veränderte Trassierung vermeidbar sind diese Auswirkungen i.d.R. nicht, da es sich bei vielen der Darstellungen um die Sicherung ehemals genutzter und somit ihrem Verlauf nach bereits vorhandener Trassen handelt. Weitere Optimierungsmöglichkeiten zur Minimierung von Umweltauswirkungen bestehen – zumindest für Bedarfsplanmaßnahmen – im Rahmen der genaueren Trassierung in nachfolgenden Planungsschritten.	
Flächenbezeichnung	**Begründung für die Beibehaltung, Veränderung oder Streichung der Bereichsdarstellung bei festgestellten erheblichen Umweltauswirkungen in der SUP**
Sch5 Rat_Sch3bb1_001 Düs_Sch3bb1_152 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Trassendarstellung in anfänglicher Form wird nicht festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden, Wasserschutzgebiet und Überschwemmungsgebiet. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Um die Beeinträchtigung schutzwürdiger Böden sowie des betroffenen Wasserschutzgebietes zu verringern, kann jedoch eine Veränderung der Führung vorgenommen werden. **Eine alternative Trasse wurde geprüft.**
Sch5 - Alternative Rat_Sch3bb1_001_2014 Düs_Sch3bb1_152_2014	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung in alternativer Form wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, Wasserschutzgebiet und Überschwemmungsgebiet.

	Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Um die Umweltauswirkungen gegenüber der ursprünglich gewählten Führung zu verringern, wurde eine alternative Trassenführung entworfen, welche die Wasserschutzzone IIA nicht durchschneidet und keine schutzwürdigen Böden berührt. Eine weiter gehende Veränderung der Trassierung zur Umgehung der anderen betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich.
Sch 47 & Sch 49 Will_Sch3bb1_015, Kre_Sch3bb1__101, Will_Sch3bb1_046_A 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen und schutzwürdige Böden. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht verzichtet werden. Durch die Führung entlang vorhandener Straßen wird überdies eine möglichst verträgliche Trassierung gewählt.
Sch 56 Kaa_Sch3bb1_009 Kor_Sch3bb1_003 Will_Sch3bb1_014 Mön_Sch3bb1_070 Will_Sch3bb1_023 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiet, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige / klimarelevante Böden, Überschwemmungsgebiet, geschützter Landschaftsbestandteil, bedeutende Kulturlandschaften und Kulturdenkmäler / Bodendenkmäler. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Die Darstellung entspricht überdies der Vorgabe des LEP NRW, nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern. Die in weiten Teilen parallele Führung zu bereits vorhandenen Verkehrstrassen (Straße bzw. Schiene) dient außerdem dem Ziel der Trassenbündelung. Mehrere der betroffenen Kriterien werden nur randlich berührt.
Düs_Sch3bb1_162 / Mee_Sch3bb1_020 / Mee_Sch3bb1_021 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundflächen mit herausragender Bedeutung. schutzwürdige Böden, Wasserschutzgebiete, Überschwemmungsgebiete, ein regional bedeutsamer Kulturlandschaftsbereich sowie eine Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Die Planung ist im ÖPNV-Bedarfsplan NRW dargestellt. Die verkehrlichen Bedarfspläne des Bundes und des Landes NRW legen den Bedarf verbindlich in Gesetzesform fest. Um zu gewährleisten, dass die Umsetzung der Bedarfspläne langfristig nicht durch andere Planungen und Maßnahmen behindert wird gibt die Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz vor diesem Hintergrund vor, dass die Bedarfsplanmaßnahmen im Regionalplan zeichnerisch darzustellen sind. Auf die Darstellung kann daher nicht verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Kriterien und der Bindung der Trasse an den Bedarfsplan nicht möglich. Weitere Optimierungen der Trassenführung mit dem Ziel der Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.

Unterlage für den Aufstellungsbeschluss

Fr. 18 Wup_Sch3bb1_014 Wup_Sch3bb1_013 Wup_Sch3bb1_144 Wup_Sch3bb1_097 Wup_Sch3bb1_056 Wup_Sch3bb1_012 Wup_Sch3bb1_143 Wup_Sch3bb1_129 Wup_Sch3bb1_096 Wup_Sch3bb1_095 Wup_Sch3bb1_034 Wup_Sch3bb1_073 Wup_Sch3bb1_055 Wup_Sch3bb1_094 Wup_Sch3bb1_035 Wup_Sch3bb1_074 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiet, schutzwürdige Biotope, Biotopverbundfläche, schutzwürdige Böden, bedeutende Kulturlandschaften und Kulturdenkmäler / Bodendenkmäler. Die Trasse liegt teilweise innerhalb des bedeutenden Kulturlandschaftsbereichs "Wuppertal". Als integraler Teil des Stadtkörpers ist davon auszugehen, dass sie selbst prägendes Element des Kulturlandschaftsbereichs und somit nicht negativ beeinträchtigt. Der von den Kriterien schutzwürdige Biotope / Biotopverbundfläche und Kulturdenkmäler / Bodendenkmäler betroffene Streckenabschnitt ist insgesamt nur ca. 350 m lang und damit gemessen an der Gesamtlänge der Trasse vergleichsweise kurz; die genannten Kriterien werden alle nur randlich berührt. Es handelt sich um die Sicherung eines nicht mehr genutzten, für die regionalen Raumentwicklung bedeutsamen Schienenwegs, für den langfristig trotz der beschriebenen Umweltauswirkungen die Option auf eine Reaktivierung offen gehalten werden soll. Die Darstellung entspricht damit der Vorgabe des LEP NRW, nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern. An der Darstellung wird daher trotz der beschriebenen Umweltauswirkungen festgehalten.
Fr.20 Iss_Sch3bb1_020  	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Biotopverbundfläche und schutzwürdige Böden. Biotopverbundflächen und schutzwürdige Böden sind hierbei in lediglich sehr untergeordnetem Flächenumfang in kurzen Streckenabschnitten betroffen. Es handelt sich um die Sicherung eines nicht mehr genutzten, für die regionalen Raumentwicklung bedeutsamen Schienenwegs, für den langfristig trotz der beschriebenen Umweltauswirkungen die Option auf eine Reaktivierung offen gehalten werden soll. Die Darstellung entspricht damit der Vorgabe des LEP NRW, nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern. An der Darstellung soll daher trotz der beschriebenen Umweltauswirkungen festgehalten werden.
Fr. 29 Sch_Sch3bb1_018 Vie_Sch3bb1_008 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen und schutzwürdige / klimarelevante Böden. Es handelt sich um die Sicherung eines nicht mehr genutzten, für die regionalen Raumentwicklung bedeutsamen Schienenwegs, für den langfristig trotz der beschriebenen Umweltauswirkungen die Option auf eine Reaktivierung offen gehalten werden soll. Die Darstellung entspricht damit der Vorgabe des LEP NRW, nicht mehr genutzte, für die regionale Raumentwicklung bedeutsame Schienenwege als Trassen zu sichern.
Mön_Sch3ba2_001, Jüc_Sch3ba2_001	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden, Überschwemmungsgebiet, klimarelevante Böden sowie eine regional bedeutsamen Kulturlandschaft. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung einer Verbindung zwischen den bereits bestehenden Schienenwegen im

Unterlage für Offenlegungsbeschluss

	Süden von Mönchengladbach bzw. in Jüchen kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Durch die Darstellung entlang der Autobahn A46 wird grundsätzlich die Möglichkeit vorgezeichnet, durch Trassenbündelung zu einer relativ verträglichen Führung zu kommen. Eine Querung des Überschwemmungsgebiets der Niers – und damit auch der in diesem Bereich verorteten regional bedeutsamen Kulturlandschaft – sowie auch eine Darstellung im Umfeld von Wohnnutzungen sind bei dem gegebenen Ziel einer Verbindung der vorhandenen Schienenwege nicht gänzlich zu vermeiden. Allerdings bestehen aufgrund der Darstellung ohne räumliche Festlegung im Regionalplan hinreichende Spielräume für eine möglichst verträgliche Trassierung im Rahmen nachfolgender fachplanerischer Verfahren
Mön_Sch3bb2_001 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden sowie die Lage im relevanten Abstand zu einem Naturschutzgebiet (Feuchtgebiet Nordpark). Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. An dem Verlauf der Darstellung trotz der Nähe zum Wohnen sowie einem Naturschutzgebiet wird dabei festgehalten, da es sich um eine in der Örtlichkeit bereits vorhandene und erkennbare Trassierung handelt. Aufgrund der Darstellung ohne räumliche Festlegung im Regionalplan bestehen darüber hinaus hinreichende Spielräume, im Rahmen nachfolgender fachplanerischer Verfahren eine möglichst verträgliche Trassierung zu wählen.
Sch 28 Vie_Sch3bc_050 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, schutzwürdige Böden, bedeutende Kulturlandschaften und Bodendenkmäler. Die Kriterien bedeutende Kulturlandschaften und Bodendenkmäler beziehen sich hierbei beide auf den Nordkanal. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Darstellung zwischen zwei anderen Schienenwegen und der umgebenden Nutzungen sowie der Lage der betroffenen Kriterien nicht möglich. Optimierungen der Trassenführung sowie ggf. die Auswahl geeigneter baulicher Maßnahmen zur Verringerung der Eingriffsintensität sind auf nachfolgenden Planungsstufen möglich.
Sch 73 Hei_Sch3bb1_024 Rat_Sch3bb1_071 	**Schutzgutübergreifend sind erhebliche Umweltauswirkungen zu erwarten. An der Darstellung wird festgehalten.** Im Einzelnen betroffen sind die Kriterien Wohnen, Naturschutzgebiet, § 30 BNatSchG- bzw. § 62 LG-NW-Biotope, schutzwürdige Böden, geschützte Landschaftsbestandteile sowie eine Landschaftsbildeinheit herausragender Bedeutung. Es handelt sich um eine Bedarfsplanmaßnahme; auf eine Darstellung kann daher nicht gänzlich verzichtet werden. Eine Veränderung der Trassierung zur Umgehung der betroffenen Kriterien bzw. zur Vergrößerung des Abstandes hierzu ist aufgrund der Lage der Darstellung zwischen zwei anderen Schienenwegen sowie der Lage der betroffenen Kriterien nicht möglich. (Hinweis: Aufgrund der Lage im relevanten Abstand zum FFH-Gebiet „Wälder bei Ratingen“ wurde eine Vorprüfung durchgeführt. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass sich erhebliche Beeinträchtigungen des Natura

Stand: Unterlage für den Ausschuss

	2000 Gebiets in seinen Erhaltungszielen oder den Schutzweck maßgeblichen Bestandteilen offensichtlich ausschließen lassen.)

VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN BC) SONSTIGE REGIONALPLANERISCH BEDEUTSAME SCHIENENWEGE (BESTAND UND PLANUNG)
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR - PLANZEICHEN C) WASSERSTRAßEN UNTER ANGABE DER GÜTERUMSCHLAGHÄFEN
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR PLANZEICHEN DA und DC (EINSCHLIEßLICH D)) FLUGHAFEN/ -PLÄTZE FÜR DEN ZIVILEN LUFTVERKEHR
Die gewählte Prüfmethodik und Tiefe des Umweltberichtes hat bei diesem Planzeichen im Rahmen der Erarbeitung des neuen Regionalplanes für die Planungsregion Düsseldorf zu keiner räumlich spezifischen Betrachtung (Prüfbogen) geführt oder es wurden im Rahmen der schutzgutbezogenen Bewertung einzelner Flächen keine voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt, welche einer vertiefenden Betrachtung in diesem Kapitel der Begründung bedürften.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR PLANZEICHEN DB (EINSCHLIEßLICH D)) MILITÄRFLUGPLÄTZE
Da der ehemalige Militärflugplatz Laarbruch in Weeze mittlerweile für zivile Flugzwecke genutzt wird und am Militärflugplatz Brüggen in Niederkrüchten der Flugbetrieb eingestellt wurde, ist im Planungsraum kein Flugplatz für militärische Nutzungen in Betrieb oder geplant; das Planzeichen wir daher im Regionalplan nicht verwendet. Es ist daher keine räumlich konkrete Betrachtung dieses Darstellungstyps im Umweltbericht erforderlich.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR PLANZEICHEN E) GRENZEN DER LÄRMSCHUTZGEBIETE GEMÄß LEP "SCHUTZ VOR FLUGLÄRM"
Die im geltenden Regionalplan (GEP99) enthaltenen Darstellungen mit Planzeichen e) werden aus dem Plan gelöscht. Es ist daher keine räumlich konkrete Betrachtung dieses Darstellungstyps im Umweltbericht erforderlich.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR PLANZEICHEN F) (EINSCHLIEßLICH FA), FB) UND FC)) LÄRMSCHUTZBEREICHE GEMÄß FLUGLÄRMSCHUTZVERORDNUNGEN
Bei den im Plan dargestellten Bereichen handelt es sich um die Übernahme von bereits per Rechtsverordnung verbindlich festgesetzten Lärmschutzbereichen. Es ist daher keine räumlich konkrete Betrachtung dieses Darstellungstyps im Umweltbericht erforderlich.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR PLANZEICHEN G) ERWEITERTE LÄRMSCHUTZZONEN
Bei den im Plan dargestellten Bereichen handelt es sich seitens des Landesentwicklungsplans vorgegebenen Darstellungen, auf deren Umfang die Regionalplanungsbehörde keinen Einfluss hat, denen darüber hinaus grundsätzlich räumlich positive Umweltwirkungen zu unterstellen sind. Es ist daher keine räumlich konkrete Betrachtung dieses Darstellungstyps im Umweltbericht erforderlich.

Stand der Internetseite für die Auslegung abgeschlossen

9.4.2.4 Kumulationsgebiete und Gesamtplanbetrachtung

In Bezug auf die Gesamtplanbetrachtung sowie identifizierte Kumulationsgebiete wird vorsorglich darauf hingewiesen, dass ergänzend zu den Aussagen im Kap. 9.2 (Ergebnisse der Umweltprüfung) an dieser Stelle kein weiterer Begründungsbedarf zur Annahme des Planes als erforderlich angesehen wird. Ergänzend kann darauf verwiesen werden, dass ein Grundanspruch des Regionalplanes eine möglichst verträgliche Verortung der konkurrierenden Nutzungsansprüche im Raum ist. Dies kann jedoch naturgemäß nur unter Berücksichtigung der bereits bestehenden, dichten Bestandssituation innerhalb der Planungsregion Düsseldorf erfolgen. So hat der Umweltbericht richtigerweise bestimmte Kumulationsgebiete identifiziert. Gleichwohl ergeben sich weiterhin Darstellungserfordernisse für raumintensive Nutzungen zur Sicherstellung des Bedarfes an Wohn- und Gewerbeflächen, zur Energiegewinnung usw.. Verwiesen wird auf die vorlaufenden Ausführungen in der Begründung zum Regionalplan (insb. Kap. 7), in welchem für die einzelnen Darstellungen Bedarf und Findung der einzelnen Flächen unter Beachtung des zuvor skizzierten Kontextes begründet sind.

9.5 Maßnahmen zur Überwachung der Umweltauswirkungen

Gemäß § 8 Abs. 4 ROG sind die erheblichen Auswirkungen der Durchführung des Regionalplanes auf die Umwelt zu überwachen. Zweck der Überwachung ist unter anderem frühzeitig negative Auswirkungen zu ermitteln und in der Lage zu sein, geeignete Abhilfemaßnahmen zu ergreifen.
Die Überwachung muss, entsprechend der Umweltprüfung, dem Inhalt und Detaillierungsgrad des Regionalplans angemessen ausgestaltet werden. Aus Gründen der Plausibilität und Praktikabilität sollte sie in enger Anlehnung an die Methodik der Umweltprüfung erfolgen. Aufbauend auf den Erkenntnissen der Umweltprüfung orientiert sich die Auswahl der Indikatoren daher sowohl an den wesentlichen Wirkfaktoren der Planfestlegungen als auch an den Umweltzielen, die als Bewertungsmaßstab für die Auswirkungsprognose herangezogen wurden. Folgende Indikatoren sollen für das Monitoring der Umweltauswirkungen nach Abschluss des Verfahrens, vorrangig im Rahmen bestehender Überwachungsmechanismen, erhoben werden, um die im Umweltbericht prognostizierten erheblichen Auswirkungen zu überwachen:

- Flächenverbrauch
- Auswirkungen durch Lärm auf den Menschen und die menschliche Gesundheit
- Auswirkungen durch Barrieren/Verdrängung, Kollision, Lärm, visuelle Wirkungen auf Arten
- Auswirkungen auf Grundwasser sowie Oberflächengewässer
- Auswirkungen durch visuelle Beeinträchtigungen

Im Umweltbericht wurden die wesentlichen Informationen zur Operationalisierung der Indikatoren dargelegt. Die nachfolgende Tabelle (Tabelle 10-1 im Umweltbericht) gibt für jeden Indikator Aufschluss über die relevanten Umweltziele, die voraussichtlich von der Umweltauswirkung die der Indikator abbildet betroffenen Schutzgüter, die Datenerfordernisse, Zuständigkeiten und mögliche Erhebungsintervalle.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Tabelle Monitoringindikatoren

Monitoringindikator	Umweltziele	Betroffene Schutzgüter	Erforderliche Daten	Zuständigkeiten	Erhebungsintervall
Flächenverbrauch	• Sparsamer Umgang mit Grund und Boden und Sicherung der natürlichen Bodenfunktionen (§ 1 BBodSchG, § 1 BNatSchG, § 1 LBodSchG, § 2 ROG)	Boden, Flora / Fauna / Biodiversität, Wasser, Landschaft, Klima / Luft, Mensch, Kultur- / Sachgüter	Angaben zum Flächenverbrauch aus dem Siedlungsflächenmonitoring gemäß § 4 Abs. 4 LPlG	Bezirksregierung Düsseldorf	3-Jahres-Turnus
Auswirkungen durch Lärm auf den Menschen und die menschliche Gesundheit	• Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen auf den Menschen durch Lärm, (Umgebungslärmrichtlinie 2002/49/EG, § 47 a-f BImSchG, § 2 ROG, §§ 1, 48 BImSchG, 16., 18., 26. und 39. BImSchV, TA Lärm) • Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (§ 1 BNatSchG, § 13 LNatSchG NRW) • Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit der Landschaft sowie des Erholungswertes (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG)	Menschen / menschliche Gesundheit, Flora / Fauna / Biodiversität, Landschaft	Lärmbelastungen auf der Grundlage der Lärmkartierung nach EG-Umgebungslärmrichtlinie[1]	Städte, Gemeinden / LANUV	5-Jahres-Turnus
Auswirkungen durch Barrieren / Verdrängung, Kollision, Lärm, visuelle Wirkungen auf Arten	• Schutz wild lebender Tiere, Pflanzen, ihrer Lebensstätten und Lebensräume, der biologischen Vielfalt (FFH-Richtlinie 92/43/EWG, Vogelschutzrichtlinie 79/409/EWG, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt, §§ 1, 23, 30, 32, 33, 44 BNatSchG, § 42 LNatSchG, §	Flora / Fauna / Biodiversität	Angaben zum Erhaltungszustand der FFH-Arten in den biogeographischen Regionen (atlantisch / kontinental). sowie Angaben zum Zustand der Population der Arten aus dem FFH-Artenmonitoring[2]	LANUV	Turnus artspezifisch zwischen 2-6 Jahren
			Angaben zum Bestandstrend der besonders artenschutzrele-	LANUV	Turnus artspezifisch 1-10 Jahren

Monitoringindikator	Umweltziele	Betroffene Schutzgüter	Erforderliche Daten	Zuständigkeiten	Erhebungsintervall
	2 ROG)		vanten Vogelarten (Anzahl Brutreviere) aus dem Monitoring ‚EU-Vogelarten'[2]		
Auswirkungen auf das Grundwasser sowie Oberflächengewässer	• Schutz der Gewässer vor Schadstoffeinträgen (Kommunale Abwasserrichtlinie 91/271/EWG sowie Richtlinie über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch 98/83/EG, § 27 WHG) • Erreichen eines guten mengenmäßigen und chemischen Zustands des Grundwassers (§ 47 WHG, Art. 4 WRRL) • Erreichen eines guten ökologischen Zustands / Potenzials und eines guten chemischen Zustands der Oberflächengewässer (§ 29 WHG, Art. 4 WRRL); • Sicherung sämtlicher Gewässer als Bestandteil des Naturhaushaltes und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen (§ 6 WHG, § 2 LWG, § 1 BNatSchG, § 2 ROG)	Grundwasser / Oberflächengewässer, Flora / Fauna / Biodiversität	Angaben zur Qualität der Oberflächengewässer sowie des Grundwassers aus dem Monitoring Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) sowie dem chemischen und biologischem Monitoring der Oberflächengewässer in NRW zur Umsetzung der WRRL[3]	LANUV	Überblicksmessstellen 13 - 26 x jährlich
Auswirkungen durch visuelle Beeinträchtigungen	• Bewahrung von historisch gewachsenen Kulturlandschaften vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen; Schutz von Denkmälern (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG, § 1 DSchG) • Bewahrung von Naturland-	Mensch, Kultur- und Sachgüter, Landschaft	Angaben zur Qualität der regional bedeutsamen Kulturlandschaftsbereiche sowie der Erreichung der jeweiligen Ziele auf der Basis der Fortschreibung des Fachbeiträge Kulturlandschaft	LVR	kein regelmäßiger Turnus

Monitoringindikator	Umweltziele	Betroffene Schutzgüter	Erforderliche Daten	Zuständigkeiten	Erhebungsintervall
	schaften vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen (§ 1 BNatSchG, § 2 ROG) • Sicherung und Entwicklung des Erholungswertes von Natur und Landschaft (§ 1 BNatSchG, § 13 LNatSchG NRW)				

[1] vgl. http://www.umgebungslaerm.nrw.de

[2] vgl. http://www.lanuv.nrw.de/service/monitoring/lanuv-monitoring.htm

[3] http://luadb.lds.nrw.de/LUA/hygon/pegel.php?karte=nrw_g

für den Aufstellungsbeschluss

10. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Soweit nicht themenspezifisch vorstehend etwas Gegenteiliges dargelegt wurde, ist zur Übernahme bestehender Darstellungen des GEP99 ergänzend Folgendes anzumerken. Die Darstellungen würden auch dann übernommen, wenn entsprechende Darstellungen des bisherigen Plans wider Erwarten im Nachgang als bis zum Ende der Geltungszeit des alten Plans unwirksam eingestuft werden würden. Dies liegt darin begründet, dass hier dem Aspekt der Planungssicherheit und des Vertrauensschutzes in der Abwägung ein entsprechend hohes Gewicht eingeräumt wird.

Ferner wird für den Fall, dass der neue Regionalplan seitens eines Gerichtes für unwirksam oder teilunwirksam erklärt wird hier ferner Folgendes ausgeführt. Im Falle einer Gesamtunwirksamkeit soll der bisherige Regionalplan (GEP99) wieder gelten in der zuletzt gültigen Fassung und im Falle einer entsprechend abgrenzbaren Teilunwirksamkeit der entsprechende Teil des alten Plans (GEP99). Entsprechendes gilt für den Fall einer Ausnahme von Teilen nach § 19 Abs. 6 LPlG.

Soweit nicht themenspezifisch vorstehend etwas Gegenteiliges dargelegt wurde, ist zur Umsetzung oder Übernahme von Regelungen des LEP NRW auszuführen: Die Inhalte sind auch aus eigenen inhaltlichen Erwägungen übernommen worden bzw. hier werden die Begründungen der LEP-Regelungen geteilt. Die entsprechenden Regelungen des Regionalplans sollen daher auch dann fortgelten, wenn der LEP NRW wider Erwarten vor Gericht als unwirksam eingestuft werden würde.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anhang 1 – Quellen, Literatur und Basisdaten

- AFC Management Consulting AG; CO CONCEPT Marketingberatung; agiplan GmbH; Looije Agro Technics BV (2009): Masterplan Agro-Park / Gartenbaugebiet (Pilotprojektion für den Kreis Kleve), Bonn.
- Agentur für Erneuerbare Energien (2015a): Die deutsche Bevölkerung will mehr Erneuerbare Energien: Repräsentative Akzeptanzumfrage zeigt hohe Zustimmung für weiteren Ausbau, Berlin. http://www.unendlich-viel-energie.de/die-deutsche-bevoelkerung-will-mehr-erneuerbare-energien (Zugriff am 04.12.2015).
- Agentur für Erneuerbare Energien (2015b): FAQ Windenergie – Wie schnell liefert eine Windenergieanlage mehr Energie als zu ihrer Herstellung nötig war?, Berlin. http://www.unendlich-viel-energie.de/themen/faq/faq-windenergie/faq-windenergie2 (Zugriff am 16.12.2015)
- ahu AG Wasser * Boden * Geomatik; Brenk Systemplanung GmbH; IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasser (2012): Fracking in unkonventionellen Erdgaslagerstätten in Nordrhein-Westfalen. Aachen/Mülheim an der Ruhr.
- Akademie für Raumordnung und Landesplanung (ARL) (2012): *Nutzungen im Untergrund vorsorgend steuern – für eine Raumordnung des Untergrundes*, Hannover.
- Bezirksregierung Düsseldorf (2006): Sitzungsvorlage zu TOP 2 „Regionales Votum für den Regierungsbezirk Düsseldorf zum Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan (Integrierter Gesamtverkehrsplan) NRW“ der Sondersitzung des Regionalrates zum Thema IGVP am 16.02.2006. http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2006/doc/RR_Tagesordnung_d_SS_IGVP2006.html
- Bezirksregierung Düsseldorf (2008a), Sitzungsvorlagen zu TOP 4 „51. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) (Änderung der Vorgaben zur Rohstoffsicherung und -gewinnung)“ der 32. Sitzung des Regionalrates am 18.09.2008 ggf. auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv bzw. http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/32RR_Tagesordnung2008.html).
- Bezirksregierung Düsseldorf (2008b), Sitzungsvorlage zu TOP 4 „48. Änderung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) im Gebiet der Gemeinde Weeze und der Gemeinde Bedburg-Hau (Neudarstellung eines BSAB sowie Reduzierung zweier BSAB“ der 33. Sitzung des Regionalrates am 11.12.2008, http://www.brd.nrw.de/regionalrat/archiv/Archiv_2008/doc/33RR_Tagesordnung2008.html / alternativ auch über www.brd.nrw.de > Regionalrat > Archiv.
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2013a): Rheinblick Das Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf – Rohstoffsicherung, Düsseldorf, http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2013/53PA_TOP_5a_Rheinblick_Rohstoffmonitoring.pdf (Zugriff am 10.02.2014).
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2013b): Datenmosaik Pendlerverflechtungen, Düsseldorf.
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2012): Rheinblick Das Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf – Siedlung, Düsseldorf, http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2012/48PA_TOP7_Vorl_Rheinblick.pdf Zugriff am 27.02.2014).
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2011a): Möglichkeiten der regionalplanerischen Steuerung im Bereich Energieversorgung, Datenmosaik Nr. 26, Düsseldorf.
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2011b): Rheinblick Regionalmonitoring Energie, Vorlage für die 45. Sitzung des Regionalrates Düsseldorf am 06.10.2011, Düsseldorf.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Bezirksregierung Düsseldorf (07.02.2008): L 354n Zwischen Wanlo und Kaulhausen; Bestimmung der Linienführung nach § 37 Abs. 3 StrWG NRW
- Bezirksregierung Düsseldorf (Hrsg.) (2003): Wasserbilanz 2003 für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Düsseldorf
- Bezirksregierung Köln: Braunkohlenplan Frimmersdorf (genehmigt durch Erlass vom 19.09.1984)
- Bezirksregierung Köln: Braunkohlenplan Garzweiler II (genehmigt durch Erlass vom 31.03.1995)
- Birkemeyer, C. (2016): Die Belange der natürlichen Eigenart der Landschaft und des Landschaftsbildes nach § 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 BauGB i.R.d. Ansiedlung von Windkraftanlagen, in: Natur und Recht Nr. 38, S. 161-165.
- Blotevogel. H. H. (2005): Zentrale Orte. In: Ritter, E. H. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover.
- Branchenkreis LogistikImmobilien und –flächen im LogistikCluster NRW (2012): Ansiedlungshandbuch Logistik.NRW 2012.
- Bredemyer, J. (2014) Gutachten zur Interaktion zwischenWindenergieanlagen und DVOR-Anlagen der Flugsicherung, Gutachten erstellt für das Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des Landes Schleswig-Holstein (LLUR), Braunschweig.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft / Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (2015): Richtlinie zur Förderung von Maßnahmen zum Erhalt und Ausbau des CO2-Minderungspotenzials von Wald und Holz sowie zur Anpassung der Wälder an den Klimawandel (Förderrichtlinie Waldklimafonds) vom 3. Dezember 2015 (http://www.waldklimafonds.de//fileadmin/SITE_MASTER/content/Dokumente/Downloads/WKF_FöRiLi_final.pdf, Zugriff am 1.03.2016)
- Bundesministerium für Umwelt (BMU) (2011): Protokoll der ersten Sitzung der Bund – Länder – Initiative zur Ausweisung von Flächen für neue Windenergiegebiete am 04. Mai 2011, http://www.erneuerbare-energien.de/fileadmin/ee-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/blwe_protokoll_1_bf.pdf (Zugriff am 20.01.2014).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (2012): Bekanntmachung der Gemeinsamen Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen mit Sichtflugbetrieb, Bundesanzeiger vom 24.08.2012 (BAnz AT 24.08.2012 B3) (Zugriff am 19.09.2013).
- Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011): Erneuerbare Energien: Zukunftsaufgabe der Regionalplanung, Berlin.
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (2016): Bundesverkehrswegeplan 2030. Berlin
- Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.) (2014): Verkehrsverflechtungsprognose 2030. Schlussbericht
- Bundesschienenwegeausbaugesetz (BSWAG) vom 15. November 1993 (BGBl. I S. 1874), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3221)
- Bürklein, K. D. (2005): Grünzüge / Grünzäsuren. In: Ritter, E. H. (2005): Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearbeitete Auflage, Hannover.
- Deutsche WindGuard GmbH (2012): Wirtschaftlichkeit von Standorten für die Windenergienutzung – Untersuchung der wesentlichen Einflussparameter, Gutachten im Auftrag

Stand Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

des BMU, Varel. http://www.windguard.de/_Resources/Persistent/d6b100a74818b638ac2fdef28fe721e5dc3456b2/wirtschaftlichkeit-we-potentialflaechen-online.pdf (Zugriff am 04.12.2015).
- Deutscher Bundestag (2015): Entwurf eines Gesetzes zur Änderung wasser- und naturschutzrechtlicher Vorschriften zur Untersagung und zur Risikominimierung bei den Verfahren der Fracking-Technologie, Gesetzentwurf der Bundesregierung, Drucksache 18/4713, Berlin.
- EADS Deutschland GmbH (2009): Jahresbericht 2008 (WEA-Radar Verträglichkeit), Bremen/Ulm, http://enr-ee.com/fileadmin/user_upload/Downloads/Radar/EADS_Radar_Kurz_15.7.09.pdf (Zugriff am 20.01.2014).
- Einig, K.; Heilmann, J.; Zaspel, B. (2008): Wie viel Platz die Windkraft braucht, in: neue energie Nr. 8, S. 34 – 37, Berlin.
- Erste Verordnung zur Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Bestimmung des Bereichs der Häfen und Umschlaganlagen der Stadt Krefeld und das Verhalten in diesem Hafen – Hafenverordnung (HVO) Krefeld – vom 20.04.2012 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr.16 am 26.04.2012)
- Europäische Union (2007/2012): Auslegungsleitfaden zu Artikel 6 Absatz 4 der 'Habitat-Richtlinie' 92/43/EWG, (ohne Ort); http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/management/docs/art6/new_guidance_art6_4_de.pdf (Zugriff am 09.07.2014).
- Fernstraßenausbaugesetz (FStrAbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 2005 (BGBl. I S. 201), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I. S. 3354)
- Festsetzung eines Gebietes im Stadtgebiet Krefeld als Hafen im Sinne des Hafensicherheitsgesetzes NRW und der europäischen Hafensicherheitsrichtlinie vom 27.07.2017 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr.32 am 10.08.2017)
- Festsetzung eines Gebietes im Stadtgebiet Düsseldorf als Hafen im Sinne des Hafensicherheitsgesetzes NRW und der europäischen Hafensicherheitsrichtlinie vom 12.07.2016 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr.29 am 21.07.2016)
- Feststellung der Funktionslosigkeit von Bahnbetriebsflächen in der Stadt Viersen; ehem. Strecke 2513, km 0,0; Strecke 2510, km 4,29 – 5,222; Strecke 2520, km 70,14 – 75,20 des Eisenbahnbundesamts vom 28.03.2012
- Feststellung der Funktionslosigkeit von Bahnbetriebsflächen in der Gemeinde Issum; ehem. Strecke 2518, km 5,780 bis km 11,591 des Eisenbahnbundesamts vom 02.07.2010
- Forsa (2009): Umfrage zum Thema „Erneuerbare Energien“ 2009. http://www.unendlich-viel-energie.de/uploads/media/Ergebnisse_forsa09.pdf (Zugriff am 05.06.2011), S. 2 und S. 7.
- Forschungsgruppe Regionalökonomie (2012): Das Zentrale-Orte-System in Bayern (Kurzfassung), München. http://www.bihk.de/bihk/Anhaenge/bihkrepository/zos-kurzfassung.pdf (Zugriff am 18.09.2013).
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 27.04.04 über die Freistellung der Gemarkung Langerfeld; Barmen Flur 456; 068 in der Stadt Wuppertal
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 27.09.04 über die Freistellung der Gemarkung Neuss Flur 09; 054 in der Stadt Neuss

Stand Unterlagen für den Abstellungsbeschluss

- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 13.12.04 über die Freistellung der Gemarkung Dorp Flur 71 in der Stadt Solingen
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 13.03.05 über die Freistellung der Gemarkung Neuss Flur 54 in der Stadt Neuss
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 21.11.06 über die Freistellung der Gemarkung Eller Flur 16 in der Stadt Düsseldorf
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 27.03.07 über die Freistellung der Gemarkung Remscheid Flur 139 in der Stadt Remscheid
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 11.05.09 über die Freistellung der Gemarkung Geldern Flur 5 in der Stadt Geldern
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 24.11.2009 über die Freistellung der Gemarkungen Barmen, Elberfeld, Langerfeld, Nächtebreck und Vohwinkel mit verschiedenen Fluren in der Stadt Wuppertal
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 30.09.10 über die Freistellung der Gemarkung Vohwinkel Flur 048 in der Stadt Wuppertal
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 21.10.10 über die Freistellung der Gemarkung Elberfeld Flur 418 in der Stadt Wuppertal
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 28.01.11 über die Freistellung der Gemarkung Elberfeld Flur 418 in der Stadt Wuppertal
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 09.03.11 über die Freistellung der Gemarkung Neuss Flur 009 in der Stadt Neuss
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 27.07.11 über die Freistellung der Gemarkung Geldern Flur 5 in der Stadt Geldern
- Freistellung von Bahnbetriebszwecken gemäß § 23 AEG; Bescheid des Eisenbahn-Bundesamts vom 10.07.12 über die Freistellung der Gemarkung Neuss Flur 058 in der Stadt Neuss
- Gatz, S. (2009): Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, Bonn.
- Gatz, S. (2013): Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, Bonn.
- Gatz, S. (2017): Die planersiche Steuerung der Windenergienutzung in der Regional- und Flächennutzungsplanung, in: Deutsches Verwaltungsblatt Nr. 8, S. 461-468.
- Geologischer Dienst NRW (2014a): Die Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1 : 50 000 – zweite Auflage 2004, fortgeführt, mit Darstellungen der schutzwürdigen Böden, Naturnähe und klimarelevanter Böden. GIS-Projekt auf Grundlage ATKIS 2008, Krefeld
- Geologischer Dienst NRW (2014b): Abgrabungsmonitoring von Nordrhein-Westfalen – Lockergesteine – Monitoringbericht für das Planungsgebiet Düsseldorf Stand 01.01.2014, Krefeld.

Stadt Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- Geologischer Dienst NRW (2013): Abgrabungsmonitoring von Nordrhein-Westfalen – Lockergesteine – Monitoringbericht für das Planungsgebiet Düsseldorf Stand 01.01.2013, Krefeld, http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2013/53PA_TOP_5abc_Anl2.pdf (Zugriff am 10.02.2014).
- Geologischer Dienst NRW (2012): Die Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1 : 50 000 – zweite Auflage 2004, fortgeführt, mit Erläuterungen für die Planungsregion Düsseldorf, Krefeld.
- Geologischer Dienst NRW (2004): Karte der schutzwürdigen Böden in NRW 1 :50 000, Krefeld.
- Gesetz über den Bedarf und die Ausbauplanung der Landesstraßen (Landesstraßenausbaugesetz - LStrAusbauG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. April 1993 (GV. NW. S. 114), zuletzt geändert am 23.02.2007 (GV. NRW. 2007 S. 92)
- Heinritz, Günter (1979): Zentralität und zentrale Orte – eine Einführung, Stuttgart.
- Herwitch, E. G. *et al.* (2015): Integrated life-cycle assessment of electricity-supply scenarios confirms global environmental benefit of low-carbon technologies, in: Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America, Vol. 112, Nr. 20, P 6277-6282, http://www.pnas.org/content/112/20/6277.full (Zugriff am 16.12.2015).
- ICAO (International Civil Aviation Organization) (2015): ICAO EUR DOC 015 - European guidance material on managing building restricted areas, http://www.baf.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/ICAO_Docs/EUR_Doc015_ThirdEd_Nov2015.pdf?__blob=publicationFile (Zugirff am 03.01.2017), ohne Ort.
- IHK mittlerer Niederrhein (Hrsg.) (2012): Untersuchung zur Flächen(Re-)Aktivierung zur Ausweitung des Gewerbeflächenangebotes mit Gleisanschluss für eine eventuelle logistische Nutzung. Krefeld.
- IHK Düsseldorf, Mittlerer Niederrhein, Wuppertal-Solingen-Remscheid, Niederrheinischen IHK Duisburg, Wesel, Kleve zu Duisburg, /HWK Düsseldorf (2011): Fachbeitrag der Wirtschaft zum Regionalplan im Regierungsbezirk Düsseldorf, ohne Ort.
- IHK Wuppertal-Remscheid-Solingen / Stadt Remscheid, Stadt Wuppertal, Stadt Solingen, HWK Düsseldorf, Hoch3 (2012): Regionales Gewerbeflächenkonzept Bergisches Städtedreieck, Solingen.
- Industriekreis Düsseldorf; Neuss-Düsseldorfer Häfen (2013): Mögliche Verteilung der Umschlagsflächen im Reisholzer Hafen, http://www.hafen-reisholz.de/projektidee.php (Zugriff am 17.01.2014), ohne Ort.
- Infratest dimap (2011): ARD DeutschlandTrend Juni 2011 - Aomausstieg: Konsequenzen, http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2011/juni/ (Zugriff am 13.12.2013).
- ipcc, Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaveränderungen (2013): Klimaänderung 2013 – Wissenschaftliche Grundlagen, Zusammenfassung für politsche Entscheidungsträger, ohne Ort, http://www.de-ipcc.de/_media/IPCC_AR5_WG1_SPM_deutsch_WEB.pdf (Zugriff am 04.12.2015).
- ISB Stadtbauwesen, Stadtverkehr, RWTH Aachen (2012): Bedarfsberechnung für die Darstellung von Allgemeinen Siedlungsbereichen (ASB) und Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereichen (GIB) in Regionalplänen. Endbericht. Aachen.
- IWES (Fraunhofer Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik) (2011): Studie zum Potenzial der Windenergienutzung an Land – Kurzfassung.
- Kodal, K. (2010): Straßenrecht, Handbuch, 7. Auflage, München.
- Kommission für Anlagensicherheit (KAS) beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2010): Leitfaden Empfehlungen für Abstände zwischen

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Betriebsbereichen nach der Störfallverordnung und schutzbedürftigen Gebieten im Rahmen der Bauleitplanung – Umsetzung § 50 BImSchG - KAS 18“, Bonn
- Kreisverwaltung Mettmann, IHK Düsseldorf (Hrsg.) (2012): Gewerbe- und Industrieflächenkonzept Kreis Mettmann. Gesamtbericht, Mettmann.
- LAI (Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz) (2011): Hinweise zur Ermittlung von Planungszonen zur Siedlungsentwicklung an Flugplätzen im Geltungsbereich des Gesetzes zum Schutz gegen Fluglärm (Flughafen-Fluglärm-Hinweise) (unveröffentlicht).
- Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF) (1979): Die Waldfunktionenkarte im Lande Nordrhein-Westfalen, (gemäß RdErl. d. Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – IV A 2 – 30–80–00.00 v. 1.3.1974), Rheinischer Landwirtschaftsverlag-GmbH, Bonn.
- Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) (2015): Wirtschaftlichkeit, http://www4.lubw.baden-wuerttemberg.de/servlet/is/224534/ (Zugriff am 04.12.2015).
- Landesbetrieb Wald und Holz NRW (2013): Forstlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Planungsregion Düsseldorf, ohne Ort.
- Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) (Hrsg.) (2012), Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW Teil 1 - Windenergie, LANUV-Fachbericht 40, Recklinghausen.
- Landesamt für Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV): ADDIS, AbfallDeponieDaten-InformationsSystem, https://www.addis.nrw.de/spring/intro (Zugriff am 02.09.2015).
- Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Mönchengladbach (23.04.2012): Erläuterungsbericht zur Planfeststellung für den Neubau der Bundesstraße 59n, Umgehung Sinsteden.
- Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, Regionalniederlassung Niederrhein (07.04.2011): Erläuterungsbericht zum Landschaftspflegerischen Begleitplan zum Neubau der B 9n Ortsumgehung Kleve, Querspange Tiergartenstraße bis Landwehr.
- Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen (Hg.) (2013): Landwirtschaftlicher Fachbeitrag zum Regionalplan Düsseldorf. Daten, Fakten, Entwicklungen der Landwirtschaft im landlichen, suburbanen und urbanen Raum, Viersen.
- LANUV NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) (Hg.) (2016): Shapes und Bewertungstabellen zu Landschaftsbildeinheiten im Plangebiet Düsseldorf
- LANUV NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) (Hg.) (2015): Unzerschnittene verkehrsarmen Räume in NRW (UZVR). Geodaten (unveröff.). Shapes für die Planungsregion Düsseldorf überliefert am 27.11.2015. Verkehrsdichtedaten erhoben in 2005/2010 – Landesbetrieb Straßen NRW, Recklinghausen.
- LANUV NRW (Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (Hg.) (2014): Neubearbeitung (Berechnung und Darstellung) der unzerschnittenen verkehrsarmen Räume in NRW (UZVR) und Ermittlung der UZVR im Übergangsbereich zu den an NRW angrenzenden Ländern Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz. Abschlussbericht. Bearb.: u-werk, Dr. A. Meyer, Münster, Recklinghausen.
- LANUV NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) (2014):), Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landespflege für die Planungsregion Düsseldorf mit den Kreisen Kleve, Mettmann, Rhein-Kreis Neuss und Viersen und den Städten Düsseldorf, Krefeld, Mönchengladbach, Remscheid, Solingen und Wuppertal, Recklinghausen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- LANUV NRW (Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz) (2015), Biotopverbund. Geodaten und Objektreporte zum Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landespflege für die Planungsregion Düsseldorf, Recklinghausen.
- LANUV NRW (Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2012): Hydraulische Modelluntersuchung zur Wirksamkeit des Polders Lohrwardt, Recklinghausen.
- LANUV NRW (Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen) (2010): Unzerschnittene verkehrsarme Räume in Nordrhein-Westfalen http://www.naturschutzinformationen-nrw.de/uzvr/de/fachinfo/daten (Zugriff am 27.02.2014)
- LEP I/II „Raum und Siedlungsstruktur“ (Landesentwicklungsplan I/II „Raum und Siedlungsstruktur). MBl. NW. 1979, S. 1080.
- LEP Sachsen (Landesentwicklungsplan Sachsen) Sächsisches Staatsministerium des Innern (Hrsg.) (2013) Dresden, http://www.landesentwicklung.sachsen.de/11117.htm (Zugriff am 18.09.2013).
- Linienabstimmung der B 67n Neubau Ostumgehung Süd- und Nordabschnitt von Kervenheim im Stadtgebiet von Kevelaer (A57) bis Kehrum im Stadtgebiet von Kalkar (B57 / B67); Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 03.03.2005.
- Linienabstimmung der B 220 Ortsumgehung Kleve-Kellen; Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 08.11.2007.
- Linienabstimmung der B 477n Neubau der Ortsumgehung Rommerskirchen und Butzheim-Frixheim; Erlass des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.08.2012.
- Linienabstimmung der Ortsumgehung von Bergisch Born im Zuge der B 51 n; Erlass des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen vom 26.01.2005.
- LVR Landschaftsverband Rheinland 2013: Fachbeitrag Kulturlandschaft zum Regionalplan Düsseldorf - Erhaltende Kulturlandschaftsentwicklung, Köln
- MBWSV (Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) (2016): Wasserstraßen-, Hafen- und Logistikkonzept NRW. Düsseldorf.
- Messing, S. (2011): Planung und Bau von Übernachtungshäfen am Niederrhein. In: Binnenschifffahrt, 5, 70-73.
- Meynen, Emil Schmithüsen Josef (Hrg.)(1960): Handbuch der naturräumlichen Gliederung Deutschlands. Bundesanstalt für Landeskunde, Remagen/Bad Godesberg 1953–1962 (9 Lieferungen in 8 Büchern, aktualisierte Karte 1:1.000.000 mit Haupteinheiten)
- MKULNV NRW (o.J.): Forstpolitik. http://www.umwelt.nrw.de/naturschutz/forstpolitik/index.php (Zugriff am 21.02.2014)
- MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen) (2010): Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren (VV-Artenschutz), Düsseldorf.
- MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen), MWEBWB (Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen), STK (Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen) (2011): Erlass für die Planung und Genehmigung von

Stand der Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass) vom 11.07.2011, Düsseldorf.
- MKULNV (Hrsg.) (April 2011), Klimawandel und Wasserwirtschaft -Maßnahmen und Handlungskonzepte in der Wasserwirtschaft zur Anpassung an den Klimawandel, Düsseldorf.
- MKULNV NRW (Juli 2011), Bericht zur vorläufigen Bewertung nach der EG_HWRM_RL in NRW, Düsseldorf.
- MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein – Westfalen) (2012): Leitfaden Rahmenbedingungen für Windenergieanlagen auf Waldflächen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf. https://www.wald-und-holz.nrw.de/fileadmin/media/Dokumente/Presse/2012_03_29_Leitfaden_Windenergie_im_Wald.pdf (Zugriff am 15.12.2015).
- MKULNV NRW (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein – Westfalen) (Auftraggeber) (2013): Bedarfsanalyse für DK I-Deponien in Nordrhein-Westfalen. Zusammenfassung der Ergebnisse. Düsseldorf
- MKULNV (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen), Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen (LANUV) (2013): Leitfaden Umsetzung des Arten- und Habitatschutzes bei der Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- MUNLV NRW (Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein – Westfalen) (Auftraggeber) (2001) - Vorstudie Rückhalteraum Bylerward, Teil A Zusammenfassende Ergebnisdarstellung -, Düsseldorf
- MUNLV NRW (Auftraggeber) (1999)- Vorstudie Rückhalteraum Ilvericher Bruch, Teil A Zusammenfassende Ergebnisdarstellung, Düsseldorf.
- MUNLV NRW (Hrsg.) (2009) - Anpassung an den Klimawandel. Eine Strategie für NRW, Düsseldorf.
- MUNLV NRW (2010); Richtlinie für die Entwicklung naturnaher Fließgewässer in Nordrhein-Westfalen - Blaue Richtlinie - , Düsseldorf
- MURL NRW (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) (1988), Landschaftsplanung - RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft – IV B 4 – 1.06.00 v. 09.09.1988.
- MVI (Ministerium für Verkehr und Infrastruktur Baden-Württemberg) (Hg.) (2012): Städtebauliche Klimafibel Hinweise für die Bauleitplanung. Stuttgart. http://www.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/dateien/PDF/Klimafibel_2012.pdf (Zugriff am 17.03.2016).
- MWMEV (Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen) (2000): NRW-Luftverkehrskonzeption 2010, Düsseldorf.
- Nahverkehrszügeverordnung vom 30. September 1994, BGBl. I S. 1994, 2962, zuletzt geändert durch Artikel 58 des Gesetzes vom 19. Juni 2001, BGBl. I S. 1046.
- NIT Institut für Tourismus- und Bäderforschung in Nordeuropa GmbH (2014): Einflussanalyse Erneuerbare Energien und Tourismus in Schleswig-Holstein – Kurzfassung, Kiel, https://www.wind-energie.de/sites/default/files/attachments/region/schleswig-holstein/20140722-ee-tourismus-sh-kurzfassung.pdf (Zugriff am 07.12.2015).

Stadt Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

- OP-Online (2013): Riskante Reflektionen - Kampf um Platz für Windkraftanlagen, Offenbach, http://www.op-online.de/lokales/rhein-main/kampf-platz-windkraftanlagen-luftfahrtbehoerden-hart-3159169.html (Zugriff am 20.01.2014).
- Ordnungsbehördliche Verordnung über die Bestimmung der Bereiche des Hafens und der Umschlagstelle der Stadt Emmerich am Rhein und das Verhalten in diesem Hafen – Hafenverordnung (HVO) Emmerich am Rhein – vom 02.02.2006 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr. 5 am 02.02.2006).
- Ordnungsbehördliche Verordnung über die Bestimmung des Bereichs der Häfen der Stadtwerke Düsseldorf AG und das Verhalten in diesen Häfen – Hafenverordnung (HVO) – vom 08.05.1991 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr. 24 am 1306.1991).
- Ordnungsbehördliche Verordnung über die Bestimmung des Bereichs des Hafens Neuss und das Verhalten in diesem Hafen – Hafenverordnung (HVO) Neuss – vom 26.08.1981 (Veröffentlicht im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf; Nr. 38 am 17.09.1981)
- Piorr, D. (2011a): Windvorrangzonen und Abstände zu Wohnungen, LANUV-Präsentation im Rahmen des Fachdialogs „Der Windenergie-Erlass 2011“ am 16.11.2011 in Köln, Köln.
- Piorr, D. (2011b): Berücksichtigung des Immissionsschutzes bei der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergieanlagen - Stand: 12.07.2011 -, http://www.lanuv.nrw.de/geraeusche/pdf/E2_AusweisungVonWindvorrangzonen.pdf (Zugriff am 03.04.2013).
- Planungsgruppe Ökologie + Umwelt (1996): Gutachten über die zukünftige Rohstoffsicherung/-gewinnung im Regierungsbezirk Düsseldorf – Abgrabungsgutachten - , Hannover.
- Regionalplanungsbehörde Düsseldorf (2012): Rheinblick – Das Regionalmonitoring für die Planungsregion Düsseldorf (Siedlungsmonitoring) zum Stichtag 1.1.2012. (Sitzungsvorlage Nr. 7/49, RR Sitzung am 20.09.2012), Düsseldorf.
- RheinConsult (2003): Machbarkeitsstudie über eine Stadtbahnverbindung zwischen Düsseldorf Flughafen-Fernbahnhof und Ratingen-West, Entwurf, Düsseldorf.
- Runge, K. (2009): Freiräume zwischen Windparks und notwendige Puffer zu sonstigen Gebieten – Zulässigkeit und Zweckmäßigkeit, Power-Point-Folien vom 17.02.2009 (als PDF), http://oecos.com/fileadmin/downloads/Anhoerung-17-2-09-Runge.pdf (Zugriff am 15.07.2013).
- RVR (Regionalverband Ruhrgebiet; 2012): Klimaanpassung – fachliche Grundlagen zum Regionalplan Ruhr. Vortrag im Rahmen des Fachdialog Klimaschutz & Klimaanpassung am 29. November in Essen. http://www.metropoleruhr.de/fileadmin/user_upload/metropoleruhr.de/Bilder/Regionales_Management/Informelle_Planung/1-Regionaler_Diskurs/pdf_FD_Klima/FD_Klima_3_A.Snowdon_Fachbeitrag_Klimaanpassung.pdf (Zugriff am 28.10.2013).
- Schräpler, Jörg-Peter (2009): Verwendung von SGB II-Dichten als Raumindikator für die Sozialberichterstattung am Beispiel der „sozialen Belastung“ von Schulstandorten in NRW – ein Kernel-Density-Ansatz – (Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Band 57), https://webshop.it.nrw.de/gratis/Z089%20200953.pdf (Zugriff am 18.09.2013).
- Stadt Krefeld; Kuttler, W. u.a., Universität Essen, Abteilung Angewandte Klimatologie und Landschaftsökologie (2003): Gesamtstädtische Klimaanalyse Krefeld unter besonderer

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Berücksichtigung von vier Plangebieten, Essen.
http://www.krefeld.de/C1257478002CCFBA/files/Gesamtstaedtische_Klimaanalyse_Krefeld.pdf/$file/Gesamtstaedtische_Klimaanalyse_Krefeld.pdf?OpenElement (Zugriff am 19.09.2013).
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2012a): Ökonomische Bewertung von Umweltschäden METHODENKONVENTION 2.0 ZUR SCHÄTZUNG VON UMWELTKOSTEN, Dessau-Roßlau,
https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/uba_methodenkonvention_2.0_-_2012.pdf, Zugriff am 21.12.2015.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2012b): BEST-PRACTICE-KOSTENSÄTZE FÜR LUFTSCHADSTOFFE, VERKEHR, STROM- UND WÄRMEERZEUGUNG, Anhang B der „Methodenkonvention 2.0 zur Schätzung von Umweltkosten“, Dessau-Roßlau, https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/378/publikationen/uba_methodenkonvention_2.0_-_anhang_b.pdf, Zugriff am 21.12.2015.
- Umweltbundesamt (Hrsg.) (2013), Potenzial der Windenergie an Land – Studie zur Ermittlung des bundesweiten Flächen- und Leistungspotenzials der Windenergienutzung an Land, Dessau-Roßlau.
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCC) (2015): Conference of the Parties Twenty - first session Paris, 30 November to 11 December 2015 Agenda item 4 (b) Durban Platform for Enhanced Action (decision 1/CP.17) Adoption of a protocol, another legal instrument, or an agreed outcome with legal force under the Convention applicable to all Parties ADOPTION OF THE PARIS AGREEMENT Proposal by the President Draft decision - /CP.21, Paris, http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf (Zugriff am 14.12.2015).
- Verkehrsinfrastrukturbedarfsplan – Teil Schiene – in: Beratungsvorlage 14/383 für den Landtagsausschusses für Bauen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 11.06.2006.
- Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (Hrsg.) (2009): VRR-Nahverkehrsplan 2009. Gelsenkirchen
- Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Düsseldorf (Fluglärmschutzverordnung Düsseldorf - FluLärmDüsseldV) vom 25.10.2011 (GV. NW. S. 502).
- Verordnung über die Festsetzung des Lärmschutzbereichs für den Verkehrsflughafen Niederrhein (Fluglärmschutzverordnung Niederrhein - FluLärmNiederrheinV) vom 7. Dezember 2013 (GV. NW. S. 822).
- WSA Duisburg-Rhein; Pöyry Infra GmbH (2008): Übernachtungshäfen am Niederrhein zwischen Duisburg und der Grenze zu den Niederlanden (Machbarkeitsstudie). Duisburg
- WSA Duisburg-Rhein; Ingenieur- und Planungsbüro Lange (2012): Planung und Errichtung des Ruhehafens Niedermörmter. Scopingpapier, Kurzdarstellung zur Festlegung des Untersuchungsrahmens im Planfeststellungsverfahren, Duisburg/Moers.

Die stimmberechtigten Mitglieder des Regionalrates können alle herangezogenen Entscheidungsgrundlagen einsehen.

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Anhang 2 – Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Langfassung *(und ggf. weitergehende Erläuterungen in Klammern)*
A	Autobahn
AD	Autobahndreieck
ARL	Akademie für Raumordnung und Landesplanung
AK	Autobahnkreuz
AS	Anschlussstelle
ASB	Allgemeiner Siedlungsbereich
ASBE / ASB-E	Allgemeiner Siedlungsbereich für Ferien und Freizeitanlagen
ASB-GE / ASBGE	Allgemeiner Siedlungsbereich für Gewerbe
ASBZ / ASB-Z	Allgemeiner Siedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen
ATKIS	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem
AFA	Allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich
B	Bundesstraße
BAB	Bundesautobahn
BAF	Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BBergG	Bundesberggesetz
BEW	Betriebserweiterungsflächen
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BK	Beikarte
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
BSLE	Bereich für den Schutz der Landschaft und landschaftsorientierte Erholung
BSN	Bereich für den Schutz der Natur
BÜ	Bahnübergang
DK	Deponieklasse
DSchG	Denkmalschutzgesetz
DVO	Durchführungsverordnung
DVO – LPlG	Durchführungsverordnung zum Landesplanungsgesetz
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EK	Erläuterungskarte
FFH	Flora-Fauna-Habitat
FluLärmG	Gesetz zum Schutz vor Fluglärm
G *gefolgt von Zahl (z.B. „G1“)*	Grundsatz Nummer ... *(Zahl)*
Gbf	Güterbahnhof
GEP99	Gebietsentwicklungsplan99 *(Vorläuferregionalplan; bisher auch bezeichnet als „Regionalplan (GEP99)“)*
GG	Grundgesetz
GIB	Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich
GIBZ / GIB-Z	Gewerbe- und Industrieansiedlungsbereich für zweckgebundene Nutzungen
GV. NRW.	Gesetz- und Verordnungsblatt NRW
GVZ	Güterverkehrszentrum
ha	Hektar
Hbf	Hauptbahnhof
IGVP	Integrierte Gesamtverkehrsplanung des Landes NRW
InVeKoS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
ISA	Informationssystem Stoffe und Anlagen
KABAS	Kartografische Abbildung von Betriebsbereichen und Anlagen nach Störfall-Verordnung
Kfz	Kraftfahrzeug

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

K	Kreisstraße
L	Landesstraße
LAI	Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz
LANUV	Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz NRW
LEP NRW-EH	Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen - Sachlicher Teilplan großflächiger Einzelhandel
LEP 95	LEP NRW Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (vom 11.05.1995; nicht mehr in Kraft)
LEP-Entwurf vom Juni 2013	LEP NRW. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen. (Entwurf Stand 25.6.2013; nicht identisch später in Kraft getretenen LEP NRW)
LEP NRW	Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen (der derzeit gültige Landesentwicklungsplan)
LEPro	Landesentwicklungsprogramm
LEP-Entwurf vom 22.09.2015	LEP NRW. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen. (Entwurf Stand 25.09.2015)
LFoG NRW	Landesforstgesetz NRW
LNatSchG	Landesnaturschutzgesetz
LPlG NRW	Landesplanungsgesetz NRW
LPlG DVO	Verordnung zur Durchführung des Landesplanungsgesetzes (Landesplanungsgesetz DVO – LPlG DVO)
Mg	Megagramm
MKULNV	Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
MVA	Müllverbrennungsanlage
MW	Megawatt
NRW	Nordrhein-Westfalen
NSG	Naturschutzgebiet
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
OU	Ortsumgehung
ÖV	Öffentlicher Verkehr
qkm	Quadratkilometer
RL	Richtlinie
ROG	Raumordnungsgesetz
SGV. NRW.	Sammlung der geltenden Gesetze und Verordnungen NRW
SPNV	Schienengebundener Personennahverkehr
SUP	Strategische Umweltprüfung
VV	Verwaltungsvorschrift
VV-Artenschutz	Verwaltungsvorschrift zur Anwendung der nationalen Vorschriften zur Umsetzung der Richtlinien 92/43/EWG (FFH-RL) und 2009/147/EG (V-RL) zum Artenschutz bei Planungs- oder Zulassungsverfahren
VRR	Verkehrsverbund Rhein-Ruhr
VSG	Vogelschutzgebiet
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WEA	Windenergieanlage
Windenergie-Erlass	Erlass für die Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergie-Erlass) vom 11.07.2011
WKA	Windkraftanlage
WRRL	Wasserrahmenrichtlinie
WSA	Wasser- und Schifffahrtsamt
WSD	Wasser- und Schifffahrtsdirektion
WSZ	Wasserschutzzone
Z *gefolgt von Zahl (z.B. „Z1“)*	Ziel Nummer ... *(Zahl)*
ZID	Zentrale InVeKoS Datenbank (Informationsangebot und Programm zur Meldung und Dokumentation der Übertragung von Zahlungsansprüchen im Rahmen der Betriebsprämienregelung)

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss

Stand: Unterlagen für den Aufstellungsbeschluss